084103/EU XXVIII. GP
Eingelangt am 14/07/26

Europäisches Parlament

Der Stellvertretende Generalsekretär

Herrn
Dr. Harald Dossi
Parlamentsdirektor
Parlament der Republik Österreich
Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien
ÖSTERREICH

D 203305 09.07.2026

Betrifft: Übermittlung von vom Europäischen Parlament während der Tagung vom 15. bis 18. Juni 2026 angenommenen Texten

Sehr geehrter Herr Parlamentsdirektor,

das Europäische Parlament hat auf seiner Tagung vom 15. bis 18. Juni 2026 folgende Texte angenommen, die es gemäß den den Verträgen beigefügten Protokollen Nr. 1 und 2 übermittelt:

Im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren festgelegte Standpunkte

- Standpunkt in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Anpassung der Einfuhrzölle auf bestimmte Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika und zur Eröffnung von Zollkontingenten für die Einfuhr bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika,

- Standpunkt in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Nichtanwendung von Zöllen auf die Einfuhren bestimmter Waren,

- Standpunkt in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) 2024/1689, (EU) 2018/1139 und (EU) 2023/1230 im Hinblick auf die Vereinfachung der Umsetzung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Digital-Omnibus-Verordnung zur KI),

- Standpunkt in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013, (EU) 2021/2115 und (EU) 2021/2116 hinsichtlich der Stärkung der Position der Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette,

- Standpunkt zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates zur Festlegung der zur Durchführung des dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügten Protokolls Nr. 37 über die finanziellen Folgen des Ablaufs des EGKS-Vertrags und über den Forschungsfonds für

Kohle und Stahl und zur Aufhebung der Entscheidung 2003/76/EG notwendigen Maßnahmen,

- Standpunkt zu dem Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über mit bestimmten neuen genomischen Techniken gewonnene Pflanzen und die aus ihnen gewonnenen Erzeugnisse sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/625,

- Standpunkt in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines gemeinsamen Systems für die Rückkehr von illegal in der Union aufhältigen Drittstaatsangehörigen und zur Aufhebung der Richtlinie 2008/115/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinie 2001/40/EG des Rates und der Entscheidung 2004/191/EG des Rates,

- Standpunkt zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Struktur und die Sätze der Verbrauchsteuern auf Tabak und mit Tabak verwandte Erzeugnisse (Neufassung),

- Standpunkt zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2020/262 in Bezug auf das allgemeine Verbrauchsteuersystem für Tabak und mit Tabak verwandte Erzeugnisse,

- Standpunkt zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 904/2010 in Bezug auf den Zugang der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) und des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) zu mehrwertsteuerrelevanten Informationen auf EU-Ebene,

- Standpunkt in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2024/1157 hinsichtlich des Verbots der Ausfuhr von zur Verwertung bestimmten gemischten Siedlungsabfällen,

- Standpunkt in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Anforderungen an die kreislauforientierte Konstruktion von Fahrzeugen und über die Bewirtschaftung von Altfahrzeugen, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2019/1020 und (EU) 2023/1542 und zur Aufhebung der Richtlinien 2000/53/EG und 2005/64/EG.

Die genannten Texte werden allen nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten gleichzeitig in der jeweiligen Landessprache zugeleitet. Als Datum der Zuleitung gilt das Datum dieses Schreibens.

Das Europäische Parlament hat ferner beschlossen, den nationalen Parlamenten die folgenden Texte zu übermitteln, die während derselben Tagung angenommen wurden und unter kein Gesetzgebungsverfahren fallen:

- Entschließung zu der Bekämpfung transnationaler Repression und der Entwicklung einer EU-Strategie für den Schutz der Souveränität und der demokratischen Werte Europas,

- Entschließung zu der Rolle des Handels bei der Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit der EU,

- Standpunkt zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss – im Namen der Union – des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und der Islamischen Republik Pakistan gemäß Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse für alle in der EU-Liste CLXXV aufgeführten Zollkontingente infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union,

- Standpunkt zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über die Kündigung des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Liberia über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor sowie über die Einfuhr von Holzprodukten in die Europäische Union,

- Nichtlegislative Entschließung zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Kündigung des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Liberia über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor sowie über die Einfuhr von Holzprodukten in die Europäische Union,

- Standpunkt zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, im Interesse der Europäischen Union den Beitritt Cabo Verdes zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung anzunehmen,

- Entschließung zu dem Bericht 2025 der Kommission über Montenegro,

- Entschließung zu dem Bericht 2025 der Kommission über Albanien,

- Entschließung zu dem Bericht 2025 der Kommission über Nordmazedonien,

- Entschließung zu dem Bericht 2025 der Kommission über das Kosovo,

- Entschließung zu dem Bericht 2025 der Kommission über Georgien,

- Entschließung zu der Umsetzung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser und den Risiken für die Versorgungssicherheit bei Arzneimitteln,

- Entschließung zur politischen Unterdrückung und humanitären Lage in Kuba,

- Entschließung zu der Rekrutierung von Kindern durch die organisierte Kriminalität,

- Entschließung zu Russlands inakzeptablen provokativen Handlungen und dem inakzeptablen provokativen Eindringen russischer Drohnen in den Luftraum Rumäniens, Finnlands und der baltischen Staaten,

- Entschließung zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Finanzierung des Jahresaktionsplans 2026 für die Vereinigte Republik Tansania.

Als Anlage übermittle ich Ihnen im Namen der Präsidentin des Europäischen Parlaments die genannten Texte.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Markus Winkler

Anlagen

EUROPÄISCHES PARLAMENT

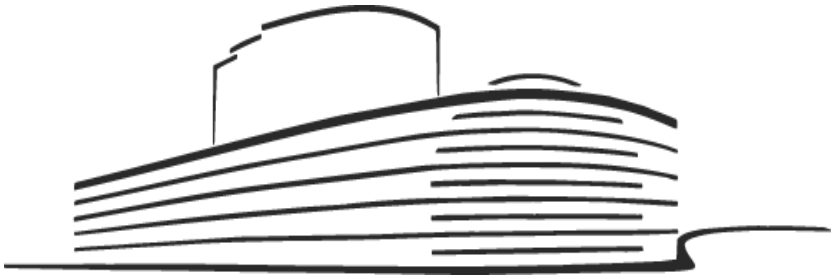
2026 - 2027

AUSZUG

AUS DEM DOKUMENT „ANGENOMMENE TEXTE“

DER TAGUNG VOM

15. – 18. Juni 2026



INHALTSVERZEICHNIS

P10_TA(2026)0196 7
ANPASSUNG DER EINFUHRZÖLLE UND ERÖFFNUNG VON ZOLLKONTINGENTEN FÜR DIE EINFUHR BESTIMMTER WAREN MIT URSPRUNG IN DEN VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

P10_TA(2026)0197 83
NICHTANWENDUNG VON ZÖLLEN AUF DIE EINFUHREN BESTIMMTER WAREN

P10_TA(2026)0198 95
VEREINFACHUNG DER UMSETZUNG HARMONISIERTER VORSCHRIFTEN FÜR KÜNSTLICHE INTELLIGENZ (DIGITAL-OMNIBUS-VERORDNUNG ZUR KI)

P10_TA(2026)0199 209
STÄRKUNG DER POSITION DER LANDWIRTINNEN UND LANDWIRTE IN DER LEBENSMITTELVERSORGUNGSKETTE

P10_TA(2026)0200 283
NOTWENDIGE MAßNAHMEN ZUR DURCHFÜHRUNG DES DEM EUV UND DEM AEUV BEIGEFÜGTEN PROTOKOLLS ÜBER DIE FINANZIELLEN FOLGEN DES ABLAUFS DES EGKS-VERTRAGS UND ÜBER DEN FORSCHUNGSFONDS FÜR KOHLE UND STAHL

P10_TA(2026)0206 285
MIT BESTIMMTEN NEUEN GENOMISCHEN TECHNIKEN GEWONNENE PFLANZEN UND DIE AUS IHNEN GEWONNENEN LEBENS- UND FUTTERMITTEL

P10_TA(2026)0207 287
GEMEINSAMES SYSTEM FÜR DIE RÜCKKEHR VON ILLEGAL IN DER UNION AUFHÄLTIGEN DRITTSTAATSANGEHÖRIGEN (RÜCKFÜHRUNGSVERORDNUNG)

P10_TA(2026)0211 451
STRUKTUR UND SÄTZE DER VERBRAUCHSTEUERN AUF TABAK UND MIT TABAK VERWANDTE ERZEUGNISSE (NEUFASSUNG)

P10_TA(2026)0212 453
ALLGEMEINES VERBRAUCHSTEUERSYSTEM FÜR TABAK UND MIT TABAK VERWANDTE ERZEUGNISSE

P10_TA(2026)0213 457
EUROPÄISCHE STAATSANWALTSCHAFT (EUSTA) UND EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF): ZUGANG ZU MEHRWERTSTEUERRELEVANTEN INFORMATIONEN AUF EU-EBENE

P10_TA(2026)0226 493
VERBRINGUNG VON ABFÄLLEN: AUSFUHR VON GEMISCHTEN SIEDLUNGSABFÄLLEN ZUR VERWERTUNG IN DIE SCHWEIZ

P10_TA(2026)0227 499
ANFORDERUNGEN AN DIE KREISLAUFORIENTIERTE KONSTRUKTION VON FAHRZEUGEN UND ENTSORGUNG VON ALTFAHRZEUGEN

P10_TA(2026)0203 793
BEKÄMPFUNG TRANSNATIONALER REPRESSION UND ENTWICKLUNG EINER EU-STRATEGIE FÜR DEN SCHUTZ DER SOUVERÄNITÄT UND DER DEMOKRATISCHEN WERTE EUROPAS

P10_TA(2026)0204 819
ROLLE DES HANDELS BEI DER STÄRKUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN SICHERHEIT DER EU

P10_TA(2026)0208 845
EU–-PAKISTAN ABKOMMEN: ÄNDERUNG DER ZUGESTÄNDNISSE FÜR ALLE IN DER EU-LISTE CLXXV AUFGEFÜHRTEN ZOLLKONTINGENTE

P10_TA(2026)0209 847
FREIWILLIGES PARTNERSCHAFTSABKOMMEN ZWISCHEN DER EU UND LIBERIA ÜBER RECHTSDURCHSETZUNG, POLITIKGESTALTUNG UND HANDEL IM FORSTSEKTOR SOWIE ÜBER DIE EINFUHR VON HOLZPRODUKTEN: KÜNDIGUNG

P10_TA(2026)0210 849
FREIWILLIGES PARTNERSCHAFTSABKOMMEN ZWISCHEN DER EU UND LIBERIA ÜBER RECHTSDURCHSETZUNG, POLITIKGESTALTUNG UND HANDEL IM FORSTSEKTOR SOWIE ÜBER DIE EINFUHR VON HOLZPRODUKTEN: KÜNDIGUNG

P10_TA(2026)0214 857
BEITRITT CABO VERDES ZUM HAAGER ÜBEREINKOMMEN VON 1980 ÜBER DIE ZIVILRECHTLICHEN ASPEKTE INTERNATIONALER KINDESENTFÜHRUNG

P10_TA(2026)0216 859
BERICHT 2025 DER KOMMISSION ÜBER MONTENEGRO

P10_TA(2026)0217 877
BERICHT 2025 DER KOMMISSION ÜBER ALBANIEN

P10_TA(2026)0218 891
BERICHT 2025 DER KOMMISSION ÜBER NORDMAZEDONIEN

P10_TA(2026)0220 911
BERICHT 2025 DER KOMMISSION ÜBER DAS KOSOVO

P10_TA(2026)0222 929
BERICHT 2025 DER KOMMISSION ÜBER GEORGIEN

P10_TA(2026)0228 951
UMSETZUNG DER RICHTLINIE ÜBER DIE BEHANDLUNG VON KOMMUNALEM ABWASSER UND RISIKEN FÜR DIE VERSORGUNGSSICHERHEIT BEI ARZNEIMITTELN

P10_TA(2026)0229 961
POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG UND HUMANITÄRE LAGE IN KUBA

P10_TA(2026)0230 969
REKRUTIERUNG VON KINDERN DURCH DIE ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

P10_TA(2026)0231 977
RUSSLANDS INAKZEPTABLE PROVOKATIVE HANDLUNGEN UND DAS INAKZEPTABLE

EINDRINGEN RUSSISCHER DROHNEN IN DEN LUFTRAUM RUMÄNIENS, FINNLANDS UND DER BALTISCHEN STAATEN

P10_TA(2026)0232 985
EINWAND GEMÄß ARTIKEL 115 ABSÄTZE 2 UND 3 GO: FINANZIERUNG DES JAHRESAKTIONSPLANS 2026 FÜR DIE VEREINIGTE REPUBLIK TANSANIA

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0196

Anpassung der Einfuhrzölle und Eröffnung von Zollkontingenten für die Einfuhr bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Juni 2026 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Anpassung der Einfuhrzölle auf bestimmte Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika und zur Eröffnung von Zollkontingenten für die Einfuhr bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika (COM(2025)0471 – C10-0193/2025 – 2025/0261(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2025)0471),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel 207 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C10-0193/2025),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die haushaltspolitische Bewertung durch den Haushaltsausschuss,

– unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 75 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung vom zuständigen Ausschuss angenommen wurde, und auf die vom Vertreter des Rates mit Schreiben vom 27. Mai 2026 gemachte Zusage, den Standpunkt des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen,

– gestützt auf die Artikel 60 und 58 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für internationalen Handel (A10-0069/2026),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest[1];

2. billigt die dieser Entschließung beigefügte gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments und der Kommission, die im *Amtsblatt der Europäischen Union* (Reihe C) veröffentlicht wird;

3. nimmt die dieser Entschließung beigefügte Erklärung der Kommission zur Kenntnis, die im *Amtsblatt der Europäischen Union* (Reihe C) veröffentlicht wird;

4. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

5. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat, der Kommission und den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

[1] Dieser Standpunkt ersetzt die am 26. März 2026 angenommenen Abänderungen (Angenommene Texte P10_TA(2026)0096).

www.parlament.gv.at

P10_TC1-COD(2025)0261

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 16. Juni 2026 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) 2026/... des Europäischen Parlaments und des Rates zur Anpassung der Einfuhrzölle auf bestimmte Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika und zur Eröffnung von Zollkontingenten für die Einfuhr bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 207 Absatz 2,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren[1],

[1] Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 16. Juni 2026.

www.parlament.gv.at

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Union und die Vereinigten Staaten von Amerika (im Folgenden „Vereinigte Staaten“) haben die umfassendsten und tiefsten bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen der Welt und ihre Volkswirtschaften sind eng miteinander verzahnt. Der bilaterale Handel zwischen ihnen belief sich 2024 auf insgesamt mehr als 1,6 Billionen EUR. Diese vertiefte und umfassende Partnerschaft stützt sich auf erhebliche gegenseitige Investitionen in Höhe von rund 5,3 Billionen EUR in den Markt der jeweils anderen Seite. ***Die Gewährleistung der weiteren Integration dieser Volkswirtschaften, die die Grundlage der umfassenderen Partnerschaft zwischen der Union und den Vereinigten Staaten bildet, ist ein strategisches Gebot, insbesondere zu einer Zeit, in der der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine die wesentlichen Sicherheitsinteressen der Union bedroht.***

(2) Die Union bekräftigt ihr unerschütterliches Bekenntnis zu einem transparenten, fairen und regelbasierten multilateralen Handelssystem, das auf den Grundsätzen der Welthandelsorganisation (WTO) beruht. Im Einklang mit den Verträgen setzt sich die Union weiterhin dafür ein, ihre Werte und Interessen auf globaler Ebene zu fördern, insbesondere durch die Unterstützung eines offenen und gerechten Handels und die Stärkung des Völkerrechts. Die WTO ist nach wie vor der Eckpfeiler der globalen Handelsordnung und das wichtigste Forum für die Entwicklung, Umsetzung und Durchsetzung internationaler Handelsregeln. Eine enge Zusammenarbeit mit gleich gesinnten Partnern ist von entscheidender Bedeutung, um dieses System aufrechtzuerhalten und zu stärken, für ein berechenbares und regelbasiertes globales Handelsumfeld zu sorgen, notwendige Reformen der WTO voranzubringen und einen gut funktionierenden Streitbeilegungsmechanismus zu schaffen.

(3) Die Union ist nach wie vor entschlossen, dafür zu sorgen, dass sich die Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen der Union und den Vereinigten Staaten im Einklang mit den Grundsätzen des freien und fairen Handels zwischen den Vertragsparteien und im Einklang mit dem regelbasierten Handelssystem der WTO entwickeln, ohne andere handelspolitische Maßnahmen der Union, einschließlich solcher im Bereich des handelspolitischen Schutzes, zu beeinträchtigen.

(4) Im Laufe des Jahres 2025 führten die Vereinigten Staaten eine Reihe von Zollmaßnahmen ein, die sich auf die Union auswirkten. ***Mit Wirkung vom 12. März 2025 führten die Vereinigten Staaten zusätzliche Zölle von 25 % auf Einfuhren von Stahl und Aluminium und ihren Folgeerzeugnissen ein. Mit Wirkung vom 3. April 2025 führten die Vereinigten Staaten einen zusätzlichen Zoll von 25 % auf Einfuhren von Kraftfahrzeugen ein. Mit Wirkung vom 5. April 2025 führten die Vereinigten Staaten einen zusätzlichen Zoll auf alle Einfuhren von allen Handelspartnern ein, wobei Ausnahmen möglich waren. Zu diesem zusätzlichen Zoll gehörte ein Basiszollsatz von 10 % für alle Einfuhren. Abhängig von den bilateralen Handelsbilanzen könnte dieser Basiszollsatz durch länderspezifische Zollsätze ersetzt werden. Für die Union betrug der angekündigte länderspezifische Zollsatz 20 %. Am 9. April 2025 kündigten die Vereinigten Staaten einen 90-tägigen Aufschub der Einführung der länderspezifischen Zollsätze an, wobei der Basissatz von 10 % für alle Partner beibehalten wurde. Mit Wirkung vom 3. Mai 2025 führten die Vereinigten Staaten einen zusätzlichen Zoll von 25 % auf die Einfuhr von Kraftfahrzeugteilen ein. Mit Wirkung vom 4. Juni 2025 wurden die die Zollsätze der Vereinigten Staaten auf die Einfuhr von Stahl und Aluminium und ihren Folgeerzeugnissen auf 50 % angehoben. Am 12. Juli 2025 kündigte der Präsident der Vereinigten Staaten an, dass der Basiszollsatz von 10% für Unionswaren mit Wirkung vom 1. August 2025 durch einen länderspezifischen Zollsatz von 30 % ersetzt wird. Mit Wirkung vom 1. August 2025 führten die Vereinigten Staaten zusätzliche Zölle in Höhe von 50 % auf Einfuhren von Kupfer und seinen Folgeerzeugnissen ein.***

(5) Vor diesem Hintergrund und im Hinblick darauf, einen stabilen Rahmen für den Handel zwischen der Union und den Vereinigten Staaten zu schaffen, haben die Präsidentin der Kommission und der Präsident der Vereinigten Staaten am 27. Juli 2025 eine politische Einigung (im Folgenden „politische Einigung vom 27. Juli 2025“) erzielt, die anschließend in der Gemeinsamen Erklärung über einen Rahmen für ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten über einen auf Gegenseitigkeit beruhenden, gerechten und ausgewogenen Handel vom 21. August 2025 (im Folgenden „Gemeinsame Erklärung“) zum Ausdruck kam.

(6) ▌In der Gemeinsamen Erklärung verpflichteten sich die Vereinigten Staaten, bestimmte Zölle auf Einfuhren aus der Union in die Vereinigten Staaten im Einklang mit der politischen Einigung vom 27. Juli 2025 zu ändern und die anwendbaren Zollsätze auf einen pauschalen Höchstzollsatz von 15 % zu senken. ▌Die Vereinigten Staaten ***verpflichteten sich auch***, nur den Meistbegünstigungszollsatz auf bestimmte Unionserzeugnisse wie nicht verfügbare natürliche Ressourcen, einschließlich Kork, alle Luftfahrzeuge und Teile davon, Generika und deren Inhaltsstoffe sowie chemische Ausgangsstoffe anwenden. Die Union und die Vereinigten Staaten haben sich auch verpflichtet zu erwägen, andere für ihre Volkswirtschaften und Wertschöpfungsketten wichtige Sektoren und Waren in die Liste der Waren aufzunehmen, für die nur die Meistbegünstigungszollsätze gelten würden.

(7) Die Union und die Vereinigten Staaten betrachten die Gemeinsame Erklärung als ersten Schritt in einem Prozess, der im Laufe der Zeit um zusätzliche Bereiche erweitert werden kann, um den Marktzugang weiter zu verbessern und die Handels- und Investitionsbeziehungen zu intensivieren. ***Die Union ist nach wie vor entschlossen, Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten aufzunehmen, um eine Einigung von gegenseitigem Nutzen für andere wichtige Sektoren ihrer Wirtschaft, wie etwa dem Agrar- und Lebensmittelsektor, sowie den Sektor der Industriegüter zu erzielen.***

(8) In der Gemeinsamen Erklärung hat sich die Union verpflichtet, Zölle auf alle Industriegüter der Vereinigten Staaten abzuschaffen und für ein breites Spektrum von Meereserzeugnissen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus den Vereinigten Staaten – darunter Schalenfrüchte, Milchprodukte, frisches und verarbeitetes Obst und Gemüse, verarbeitete Lebensmittel, Pflanzsaatgut, Sojabohnenöl sowie Schweinefleisch und Bisonfleisch – einen präferenziellen Marktzugang zu gewähren. Die Union und die Vereinigten Staaten haben sich verpflichtet, Ursprungsregeln auszuhandeln, die für diese Handelsvorteile gelten würden.

(9) Daher sollte die Union die Zölle auf die Einfuhren bestimmter Waren anpassen und Zollkontingente für die Einfuhren bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten eröffnen, indem sie gemäß der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates[2] Zollpräferenzmaßnahmen festlegt.

[2] Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 zur Festlegung des Zollkodex der Union (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/952/oj).

(10) Diese Verordnung berührt nicht die Fähigkeit der Union, im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere der Verordnung (EU) 2023/2675 des Europäischen Parlaments und des Rates[3], die auch als „Instrument gegen Zwangsmaßnahmen" bekannt ist, und der Verordnung (EU) Nr. 654/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates[4], die auch als „Durchsetzungsverordnung" bekannt ist, und im Einklang mit dem Völkerrecht Maßnahmen als Reaktion auf die Maßnahmen der Vereinigten Staaten anzuwenden.

---

[3] *Verordnung (EU) 2023/2675 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. November 2023 über den Schutz der Union und ihrer Mitgliedstaaten vor wirtschaftlichem Zwang durch Drittländer (ABl. L, 2023/2675, 7.12.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2023/2675/oj).*

[4] *Verordnung (EU) Nr. 654/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Ausübung der Rechte der Union in Bezug auf die Anwendung und die Durchsetzung internationaler Handelsregeln und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 3286/94 des Rates zur Festlegung der Verfahren der Gemeinschaft im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik zur Ausübung der Rechte der Gemeinschaft nach internationalen Handelsregeln, insbesondere den im Rahmen der Welthandelsorganisation vereinbarten Regeln (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 50, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2014/654/oj).*

(11) ***Hauptziel der Gemeinsamen Erklärung ist es, einen klaren Rahmen für den transatlantischen Handel zu schaffen, durch den den Ausführern in der Union die dringend benötigte Stabilität und Berechenbarkeit geboten wird. Wenn die Handlungen der Vereinigten Staaten eine Gefahr für diese Stabilität und Berechenbarkeit darstellen, auch indem sie von ihren Verpflichtungen im Rahmen der Gemeinsamen Erklärung abweichen oder dies androhen, wie beispielsweise wenn die Vereinigten Staaten – im Zusammenhang mit dem Auslaufen oder der Ersetzung des befristeten Zuschlags zur Einfuhrabgabe, die per Bekanntmachung des Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 20. Februar 2026 gemäß Paragraph 122 des Handelsgesetzes von 1974 („Section 122 of the Trade Act of 1974“) für Ausfuhren aus der Union in die Vereinigten Staaten auferlegt wurden – nicht auf die Bedenken der Union hinsichtlich der Zollbehandlung dieser Ausfuhren aus der Union eingehen, für die im Einklang mit der Gemeinsamen Erklärung bis zum 24. Februar 2026 der pauschale Höchstzollsatz von 15 % galt oder die von zusätzlichen Zöllen ausgenommen waren, sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, die Verpflichtungen der Union im Rahmen der mit dieser Verordnung umgesetzten Gemeinsamen Erklärung ganz oder teilweise auszusetzen. Ebenso sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, die Verpflichtungen der Union im Rahmen der mit dieser Verordnung umgesetzten Gemeinsamen Erklärung ganz oder teilweise auszusetzen, wenn die Vereinigten Staaten die Ziele der Gemeinsamen Erklärung auf andere Weise untergraben.***

(12) In der Gemeinsamen Erklärung ist keine Anwendung des Höchstzollsatzes von 15 % auf Stahl und Aluminium vorgesehen; daher werden die von den Vereinigten Staaten im Jahr 2025 eingeführten Zölle in Höhe von 50 % beibehalten. Die Union und die Vereinigten Staaten haben in der Gemeinsamen Erklärung jedoch ihre Absicht bekundet, die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zu prüfen, um ihre jeweiligen Inlandsmärkte vor Überkapazitäten bei Stahl und Aluminium abzuschirmen und gleichzeitig untereinander sichere Lieferketten zu gewährleisten, auch durch Lösungen in Form von Zollkontingenten.

(13) Das Handelsministerium der Vereinigten Staaten kündigte am 19. August 2025 die Aufnahme von 407 Warenkategorien in die Liste der unter branchenspezifische Zölle gemäß Paragraph 232 („Section 232 sectoral tariffs“) fallenden Folgeerzeugnisse aus Stahl und Aluminium an. Folglich unterliegt der Stahl- und Aluminiumgehalt dieser zusätzlichen Waren einem Zollsatz von 50 %. Am 2. April 2026 wurden die Liste der diesen Zöllen unterliegenden Folgeerzeugnisse aus Stahl und Aluminium sowie die Methode für die Anwendung dieser Zölle weiter geändert.

(14) Die Einführung dieser Zölle zusammen mit den umständlichen Verwaltungs- und Zollvorschriften, die nach der politischen Einigung vom 27. Juli 2025 eingeführt wurden, hat zu einer erhöhten Instabilität im Handel zwischen der Union und den Vereinigten Staaten geführt und schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für die betreffenden Unternehmen der Union und ihre Arbeitnehmer verursacht. Diese Zölle wirken sich auch unverhältnismäßig stark auf kleine und mittlere Unternehmen und nachgelagerte Wirtschaftszweige in der Union aus, schwächen ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Markt der Vereinigten Staaten und führen zu einem potenziellen langfristigen Verlust von Marktanteilen und zu einer dauerhaften Schädigung der transatlantischen industriellen Lieferketten. Die Union und die Vereinigten Staaten sollten daher zu einem raschen und für beide Seiten vorteilhaften Abschluss der laufenden Verhandlungen gelangen, die auf die Klärung dieser Zollfragen und die Wiederherstellung stabiler transatlantischer Handelsbeziehungen abzielen. In diesem Zusammenhang sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, einen Durchführungsrechtsakt zu erlassen, um die Anwendung dieser Verordnung in Bezug auf Waren, die von den Kapiteln 72, 73 und 76 der Kombinierten Nomenklatur gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates[5] erfasst werden, auszusetzen, wenn die Vereinigten Staaten aus der Union in die Vereinigten Staaten eingeführte Folgeerzeugnisse aus Stahl und Aluminium am 31. Dezember 2026 weiterhin mit einem Zollsatz von mehr als 15 % belegen.

(15) Mit dieser Verordnung werden den Vereinigten Staaten weitreichende und außergewöhnliche Zollpräferenzen und Zollkontingente gewährt, was zu einem Anstieg der Einfuhren der unter diese Präferenzen und Kontingente fallenden Waren führen könnte, was wiederum erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaftszweige der Union

---

5 Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (ABl. L 256 vom 7.9.1987, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/1987/2658/oj).

haben könnte. Daher sollte ein Schutzmechanismus eingeführt werden, mit dem die Wirtschaftszweige der Union, einschließlich des Agrarsektors, geschützt werden, falls die mit dieser Verordnung gewährten Zollpräferenzen und Zollkontingente zu einem Anstieg der Einfuhren bestimmter Waren führen würden, der den Wirtschaftszweigen der Union ernsthaften Schaden zufügt oder zuzufügen droht.

(16) Damit einheitliche Bedingungen für die Durchführung dieser Verordnung gewährleistet sind, sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse übertragen werden, um die Anwendung der angepassten Zölle und der Zollkontingente gemäß dieser Verordnung unter bestimmten Umständen ***ganz oder teilweise*** auszusetzen. Diese Befugnisse sollten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates[6] ausgeübt werden.

(17) Der Ursprung einer Ware sollte im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften der Union, insbesondere ***den Vorschriften zum nichtpräferenziellen Ursprung gemäß Titel II Kapitel 2 Abschnitt 1*** der Verordnung (EU) Nr. 952/2013, bestimmt werden, bis die Präferenzursprungsregeln gemäß der genannten Verordnung erlassen wurden, um das Ergebnis der in der Gemeinsamen Erklärung genannten Verhandlungen zu den Ursprungsregeln umzusetzen.

(18) Diese Verordnung geht nicht mit einer Folgenabschätzung einher, und die potenziellen wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Verordnung sind vor ihrer Annahme schwer abzuschätzen. Daher sollte die Kommission die wirtschaftlichen Auswirkungen der Anpassung der Zölle und der Eröffnung von Zollkontingenten gemäß dieser Verordnung in der Union überwachen. Die Kommission sollte das Europäische Parlament und den Rat regelmäßig über die Veränderungen des Handelsvolumens und des Handelswerts der Einfuhren von unter diese Verordnung fallenden Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten in die Union unterrichten. Bis zum 30. Juni 2029 sollte die Kommission eine umfassende Bewertung der Auswirkungen der vorliegenden Verordnung vorlegen, und – wo angemessen – zusammen mit einem Gesetzgebungsvorschlag zur Verlängerung des Anwendungszeitraums dieser Verordnung.

---

6 Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren (ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182).

(19) Der Zugang zum Unionsmarkt ist an die Einhaltung der geltenden Unionsvorschriften geknüpft.

(20) Das Europäische Parlament und der Rat werden in vollem Umfang und regelmäßig und rechtzeitig über relevante Entwicklungen im Zuge der Anwendung dieser Verordnung unterrichtet und, wo angemessen, ordnungsgemäß konsultiert, und zwar nach Maßgabe der Verträge.

(21) Da es wichtig ist, Störungen der Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen der Union und den Vereinigten Staaten zu vermeiden, sollte diese Verordnung am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft treten —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Anpassung der Zölle

(1) Die auf die Einfuhren der Waren, die in die in Anhang I dieser Verordnung aufgeführten Codes der Kombinierten Nomenklatur (KN) eingereiht werden, mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika in die Union geltenden Zölle des mit der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 eingeführten Gemeinsamen Zolltarifs betragen 0 %.

(2) Der auf den Wertzoll entfallende Teil des Gemeinsamen Zolltarifs wird nicht auf die Einfuhren von Waren der in Anhang II aufgeführten KN-Codes mit Ursprung in den Vereinigten Staaten in die Union angewendet. Der spezifische Zoll auf diese Waren, der dann angewendet wird, wenn der Einfuhrpreis die Einfuhrpreisregelung unterschreitet, wird beibehalten.

Artikel 2

Eröffnung von Zollkontingenten

(1) Für die Einfuhren der Waren der in Anhang III aufgeführten KN-Codes mit Ursprung in den Vereinigten Staaten in die Union werden Zollkontingente der Union eröffnet.

(2) Im Rahmen der in Absatz 1 dieses Artikels genannten Zollkontingente gelten Präferenzzollsätze im Sinne von Artikel 56 Absatz 2 Buchstabe e der Verordnung (EU) Nr. 952/2013. Diese Zollsätze entsprechen den in der Spalte „Kontingentzollsatz“ der Tabelle in Anhang III der vorliegenden Verordnung angegebenen Zollsätzen und gelten bis zu den in der Spalte „Kontingentsmenge“ dieser Tabelle angegebenen Mengen.

Die ***Kontingentsmengen*** gemäß Anhang III dieser Verordnung gelten für aufeinander folgende Zeiträume von zwölf Monaten, wobei der erste dieser Zeiträume am … [Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] beginnt.

(3) Die Kontingentsmengen gemäß Anhang III dieser Verordnung werden von der Kommission und den Mitgliedstaaten gemäß dem in den Artikeln 49 bis 54 der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission[7] vorgesehenen System für die Verwaltung von Zollkontingenten verwaltet.

Artikel 3

*Aussetzung **der Anwendung der Artikel 1 und 2***

(1) Der Kommission ***wird die Befugnis übertragen***, einen Durchführungsrechtsakt zu erlassen, um ***nach einer Prüfung auf der Grundlage fundierter Informationen, die auf eigene Initiative erhoben wurden oder aus einer zuverlässigen Quelle – etwa von einem Mitgliedstaat oder dem Europäischen Parlament – stammen***, die Anwendung der Artikel 1 und 2 ganz oder teilweise auszusetzen, wenn einer der folgenden Umstände vorliegt:

a) die Vereinigten Staaten setzen die Gemeinsame Erklärung ***über einen Rahmen für ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten über einen auf Gegenseitigkeit beruhenden, gerechten und ausgewogenen Handel vom 21. August 2025 (im Folgenden „Gemeinsame Erklärung“)*** nicht um***, wie beispielsweise wenn die Vereinigten Staaten – im Zusammenhang mit dem Auslaufen oder der Ersetzung des befristeten Zuschlags zur Einfuhrabgabe, die per Bekanntmachung des Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 20. Februar 2026 gemäß Paragraph 122 des Handelsgesetzes von 1974 („Section 122 of the Trade Act of 1974“) für Ausfuhren aus der Union in die Vereinigten Staaten auferlegt wurden – nicht auf die Bedenken der Union hinsichtlich der Zollbehandlung dieser Ausfuhren aus der Union eingehen, für die im Einklang mit der Gemeinsamen Erklärung bis zum 24. Februar 2026 der pauschale Höchstzollsatz von 15 % galt oder die von zusätzlichen Zöllen ausgenommen waren;*** ▌

[7] Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission vom 24. November 2015 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 558, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2015/2447/2025-05-19).

b) die Vereinigten Staaten untergraben die Ziele zur Verbesserung der Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen der Union und den Vereinigten Staaten und die mit der Gemeinsamen Erklärung verfolgten Ziele zur Förderung eines auf Gegenseitigkeit beruhenden, gerechten und ausgewogenen Handels auf andere Weise, untergraben den Zugang von Wirtschaftsteilnehmern aus der Union zum Markt der Vereinigten Staaten, diskriminieren Wirtschaftsteilnehmer aus der Union, die in den Vereinigten Staaten wirtschaftlich tätig sein wollen oder bereits tätig sind, oder nehmen sie ins Visier oder stören die Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen der Union und den Vereinigten Staaten anderweitig;

c) es gibt hinreichende Hinweise darauf, dass die Vereinigten Staaten künftig in der in Buchstabe a ***oder Buchstabe b*** genannten Weise handeln werden; ***oder***

d) die objektiven Umstände gegenüber den zum Zeitpunkt der Gemeinsamen Erklärung herrschenden Umständen haben sich geändert.

(2) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, einen Durchführungsrechtsakt zu erlassen, um die Anwendung des Artikels 1 in Bezug auf die in Anhang I aufgeführten Waren, die von den Kapiteln 72, 73 und 76 der KN erfasst werden, auszusetzen, wenn die Vereinigten Staaten aus der Union in die Vereinigten Staaten eingeführte Folgeerzeugnisse aus Stahl und Aluminium am 31. Dezember 2026 weiterhin mit einem Zollsatz von mehr als 15 % belegen.
Bis zum 1. Dezember 2026 erstattet die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat Bericht über die Zollbehandlung von aus der Union in die Vereinigten Staaten eingeführten Folgeerzeugnissen aus Stahl und Aluminium durch die Vereinigten Staaten.

(3) Die ***Durchführungsrechtsakte gemäß den Absätzen 1 und 2 des vorliegenden Artikels werden gemäß dem in Artikel 5 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.***

Diese Durchführungsrechtsakte gelten, solange die in Absatz 1 oder 2 genannten Umstände andauern.

Artikel 4

Schutzmaßnahmen

(1) Liegen hinreichende Nachweise dafür vor, dass infolge der Anpassung der Zölle gemäß Artikel 1 oder der Eröffnung von Zollkontingenten gemäß Artikel 2 eine Ware mit Ursprung in den Vereinigten Staaten in absoluten Zahlen oder im Verhältnis zur Produktion in der Union in einer derart erhöhten Menge und unter solchen Bedingungen in die Union eingeführt wird, dass dem Wirtschaftszweig der Union ein ernsthafter Schaden entsteht oder zu entstehen droht, so kann die Kommission einen Durchführungsrechtsakt erlassen, um die Anwendung des Artikels 1 oder des Artikels 2 ganz oder teilweise auszusetzen. Dieser Durchführungsrechtsakt wird nach dem in Artikel 5 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

(2) Auf hinreichend begründeten Antrag von drei oder mehr Mitgliedstaaten untersucht die Kommission, ob die in Absatz 1 genannten Umstände vorliegen.

Die Kommission leitet eine solche Untersuchung auch auf Antrag des Wirtschaftszweigs der Union oder einer im Namen des Wirtschaftszweigs der Union handelnden natürlichen oder juristischen Person oder einer im Namen des Wirtschaftszweigs der Union oder im Namen von Gewerkschaften handelnden Organisation ohne Rechtspersönlichkeit ein, wenn hinreichende Anscheinsbeweise für einen ernsthaften Schaden oder die Gefahr eines ernsthaften Schadens für den Wirtschaftszweig der Union vorliegen.

Die Kommission kann eine solche Untersuchung auch auf eigene Initiative, unter anderem auf der Grundlage von Informationen von einem oder mehreren Mitgliedstaaten oder des Europäischen Parlaments, einleiten.

(3) Die Kommission unterrichtet die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament über die Ergebnisse aller Untersuchungen gemäß Absatz 2.

(4) Der in Absatz 1 genannte Durchführungsrechtsakt gilt, solange die Umstände, die zu seiner Annahme geführt haben, andauern.

(5) Für die Zwecke dieses Artikels bezeichnet der Ausdruck

a) „Wirtschaftszweig der Union“ entweder die Gesamtheit der Unionshersteller einer gleichartigen oder unmittelbar konkurrierenden Ware, die im Gebiet der Union tätig sind, oder Unionshersteller, deren Produktion einer gleichartigen oder unmittelbar konkurrierenden Ware zusammengenommen in der Regel mehr als 50 % und unter außergewöhnlichen Umständen mindestens 25 % der Gesamtproduktion in der Union dieser Ware ausmacht,

b) „Unionshersteller“ die Unionshersteller von Industriegütern sowie die unter diese Verordnung fallenden Unionshersteller von Meereserzeugnissen oder landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

Artikel 5

Ausschussverfahren

(1) Die Kommission wird von dem mit der Verordnung (EU) 2015/1843 des Europäischen Parlaments und des Rates[8] eingesetzten Ausschuss „Handelshemmnisse“ unterstützt. ***Dieser Ausschuss ist ein Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.***

(2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

---

8 Verordnung (EU) 2015/1843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 zur Festlegung der Verfahren der Union im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik zur Ausübung der Rechte der Union nach internationalen Handelsregeln, insbesondere den im Rahmen der Welthandelsorganisation vereinbarten Regeln (ABl. L 272 vom 16.10.2015, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2015/1843/oj).

Artikel 6

Ursprungsregeln

Für die Zwecke dieser Verordnung wird der Ursprung von Waren im Einklang mit den ***Vorschriften zum nichtpräferenziellen Ursprung gemäß Titel II Kapitel 2 Abschnitt 1*** der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 bestimmt, bis die Präferenzursprungsregeln gemäß Artikel 64 Absatz 2 oder 3 der genannten Verordnung erlassen worden sind.

Artikel 7

Überwachung, Bewertung und Berichterstattung

(1) ***Die Kommission überwacht die wirtschaftlichen Auswirkungen der Anpassung der Zölle gemäß Artikel 1 und der Eröffnung von Zollkontingenten gemäß Artikel 2 in der Union. Bis zum … [sechs Monate nach dem Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung] und danach alle drei Monate unterrichtet die Kommission das Europäische Parlament und den Rat über die Veränderungen des Handelsvolumens und des Handelswerts der Einfuhren der in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallenden Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten in die Union.***

(2) ***Bis zum 30. Juni 2029 legt die Kommission eine umfassende Bewertung der Auswirkungen dieser Verordnung (im Folgenden „umfassende Bewertung“) vor. Die umfassende Bewertung umfasst unter anderem Folgendes:***

a) ***die Auswirkungen der Anwendung dieser Verordnung auf alle Ein- und Ausfuhren zwischen der Union und den Vereinigten Staaten,***

b) Veränderungen der Handelsströme in den Mitgliedstaaten und in den Sektoren der Industrie und der Landwirtschaft,

c) Veränderungen der Handelsströme der Union in Bezug auf den Handel mit Drittländern,

d) die Auswirkungen dieser Verordnung auf die Zolleinnahmen,

e) die Auswirkungen dieser Verordnung auf kleine und mittlere Unternehmen.

Die Kommission macht die für die umfassende Bewertung verwendeten Daten und Methoden der Öffentlichkeit zugänglich.

Der umfassenden Bewertung wird, wo angemessen, ein Gesetzgebungsvorschlag zur Verlängerung des Anwendungszeitraums dieser Verordnung beigefügt.

Artikel 8

Inkrafttreten ***und Anwendung***

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Sie gilt vom … [Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung] bis zum 31. Dezember 2029.

Die Kommission legt, wo angemessen, einen Gesetzgebungsvorschlag zur Verlängerung des Anwendungszeitraums dieser Verordnung zusammen mit der umfassenden Bewertung vor.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu … am …

Im Namen des Europäischen Parlaments	*Im Namen des Rates*
Die Präsidentin	*Der Präsident/Die Präsidentin*

ANHANG I

Liste der Waren nach Artikel 1 Absatz 1

Ungeachtet der Vorschriften für die Auslegung der Kombinierten Nomenklatur (im Folgenden „KN“) dient die Warenbezeichnung nur als Anhaltspunkt, da für die Gewährung der Zollpräferenzen die KN-Codes maßgebend sind. Bei KN-Codes mit dem Präfix „ex“ ist sowohl der KN-Code als auch die entsprechende Warenbezeichnung für die Gewährung der Zollpräferenzen maßgebend.

KN-Code 2025[1]	Warenbezeichnung
0701 90 50	Frühkartoffeln, frisch oder gekühlt, vom 1. Januar bis 30. Juni
0701 90 90	Kartoffeln, frisch oder gekühlt (ausgenommen Frühkartoffeln, vom 1. Januar bis 30. Juni, Pflanzkartoffeln/Saatkartoffeln und Kartoffeln zum Herstellen von Stärke)
0703 10 19	Speisezwiebeln, frisch oder gekühlt (ausgenommen für Saatzwecke „Steckzwiebeln“)
0708 20 00	Bohnen (*Vigna* spp., *Phaseolus* spp.), auch ausgelöst, frisch oder gekühlt
0709 20 00	Spargel, frisch oder gekühlt
0709 60 10	Gemüsepaprika oder Paprika ohne brennenden Geschmack, frisch oder gekühlt
0710 80 69	Pilze, auch in Wasser oder Dampf gekocht, gefroren (ausgenommen der Gattung „Agaricus“)
0710 80 95	Anderes Gemüse, auch in Wasser oder Dampf gekocht, gefroren – Andere
0712 20 00	Speisezwiebeln, getrocknet, auch in Stücke oder Scheiben geschnitten, als Pulver oder sonst zerkleinert, jedoch nicht weiter zubereitet
0712 90 90	Gemüse und Mischungen von Gemüse, getrocknet, auch in Stücke oder Scheiben geschnitten, als Pulver oder sonst zerkleinert, jedoch nicht weiter zubereitet – andere
0714 20 10	Süßkartoffeln, frisch, ganz, zum menschlichen Verzehr
0805 10 80	Orangen, frisch oder getrocknet (ausgenommen frische Süßorangen)
0805 40 00	Pampelmusen und Grapefruits, frisch oder getrocknet
0805 50 90	Limetten (*Citrus aurantifolia*, *Citrus latifolia*), frisch oder getrocknet
0805 90 00	Zitrusfrüchte, frisch oder getrocknet – andere

[1] Die Codes der Nomenklatur sind der Kombinierten Nomenklatur gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif in der für 2025 geltenden Fassung und sinngemäß in der durch nachfolgende Rechtsakte geänderten Fassung entnommen.

KN-Code 2025[1]	Warenbezeichnung
0806 20 30	Sultanas, getrocknet
0806 20 90	Weintrauben, getrocknet (ausgenommen Korinthen und Sultaninen)
0808 10 10	Mostäpfel, frisch, lose geschüttet ohne Zwischenlagen, vom 16. September bis 15. Dezember
0808 30 10	Mostbirnen, frisch, lose geschüttet ohne Zwischenlagen, vom 1. August bis 31. Dezember
0810 20 10	Himbeeren, frisch
0810 40 30	Heidelbeeren der Art *Vaccinium myrtillus*, frisch
0810 40 50	Früchte der Arten *Vaccinium macrocarpum* und *Vaccinium corymbosum*, frisch
0810 40 90	Früchte der Gattung *Vaccinium*, frisch (ausgenommen der Arten *Vaccinium vitis-idaea, myrtillus, macrocarpon und corymbosum*)
0811 90 19	Früchte und Nüsse, gefroren, genießbar, auch in Wasser oder Dampf gekocht, mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln, mit einem Zuckergehalt von > 13 GHT - andere
0811 90 50	Heidelbeeren der Art *Vaccinium myrtillus*, auch in Wasser oder Dampf gekocht, gefroren, ohne Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln
0811 90 95	Früchte und Nüsse, gefroren, genießbar, auch in Wasser oder Dampf gekocht, gefroren, ohne Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln – andere
0813 10 00	Aprikosen [Marillen], getrocknet
0813 20 00	Pflaumen, getrocknet
0813 40 95	Früchte, getrocknet – andere
0813 50 19	Mischungen von getrockneten Aprikosen/Marillen, Äpfeln, Pfirsichen, einschließlich Prunus persica nectarina und Nektarinen, Birnen, Papaya-Früchten oder anderen genießbaren und getrockneten Früchten, mit Pflaumen
1007 10 10	Hybrid-Körner-Sorghum zur Aussaat
1007 90 00	Körner-Sorghum (ausgenommen zur Aussaat)
1008 21 00	Hirse zur Aussaat (ausgenommen Körner-Sorghum)
1102 90 10	von Gerste
1209 10 00	Samen von Zuckerrüben, zur Aussaat

KN-Code 2025[1]	Warenbezeichnung
1209 21 00	Samen von Luzerne, zur Aussaat
1209 23 80	Samen von Schwingel, zur Aussaat (ausgenommen von Wiesenschwingel *Festuca pratensis Huds.* und von Rotschwingel *Festuca rubra* L.)
1209 29 50	Samen von Lupinen, zur Aussaat
1209 29 60	Samen von Futterrüben (*Beta vulgaris var. alba*), zur Aussaat
1209 29 80	Samen von Futterpflanzen, zur Aussaat - andere
1209 30 00	Samen von krautartigen Pflanzen, die hauptsächlich wegen der Blüten dieser Pflanzen gezogen werden, zur Aussaat
1209 91 30	Samen von Roten Rüben (*Beta vulgaris var. conditiva*), zur Aussaat
1209 91 80	Samen von Gemüsen, zur Aussaat (ausgenommen Rote Rüben (*Beta vulgaris* var. *conditiva*)
1209 99 91	Samen von Pflanzen, die hauptsächlich wegen der Blüten dieser Pflanzen gezogen werden, zur Aussaat (ausg. krautartige Pflanzen)
1209 99 99	Samen, Früchte und Sporen, zur Aussaat - andere
1512 11 10	Sonnenblumenöl und Safloröl, roh, zu technischen oder industriellen Zwecken (ausgenommen zum Herstellen von Lebensmitteln)
1515 90 99	Pflanzliche Fette und Öle und ihre Fraktionen, auch raffiniert, jedoch chemisch unmodifiziert, fest, in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts von > 1 kg, oder flüssig, anderweit nicht genannt (ausgenommen zu technischen oder industriellen Zwecken und rohe Fette und Öle)
1517 90 99	Mischungen und Zubereitungen von tierischen oder pflanzlichen Fetten und Ölen, genießbar sowie von genießbaren Fraktionen verschiedener Fette und Öle, mit einem Milchfettgehalt von ≤ 10 GHT (ausg. Mischungen von flüssigen, fetten pflanzlichen Ölen, Mischungen und Zubereitungen der als Form- und Trennöle [für Backwaren usw.] verwendeten Art sowie feste Margarine)
2001 10 00	Gurken und Cornichons, mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht
2001 90 20	Früchte der Gattung „Capsicum“, mit brennendem Geschmack, mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht
2004 10	Kartoffeln, anders als mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht, gefroren
2005 20 10	Kartoffeln in Form von Mehl, Grieß oder Flocken (ausgenommen gefroren)

KN-Code 2025[1]	Warenbezeichnung
2005 60 00	Spargel, zubereitet oder haltbar gemacht (anders als mit Essig oder Essigsäure) (ausgenommen gefroren)
2005 70 00	Oliven, zubereitet oder haltbar gemacht (anders als mit Essig oder Essigsäure) (ausgenommen gefroren)
2005 99 80	Gemüse, zubereitet oder haltbar gemacht (anders als mit Essig oder Essigsäure), ungefroren – andere
2007 99	Konfitüren, Gelees, Marmeladen, Fruchtmuse oder Fruchtpasten, durch Kochen hergestellt, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln
2008 20 90	Ananas, zubereitet oder haltbar gemacht, ohne Zusatz von Alkohol und ohne Zusatz von Zucker
2008 93	Preiselbeeren (*Vaccinium macrocarpon* und *Vaccinium oxycoccos*, Moosbeeren *Vaccinium vitis-idaea*), zubereitet oder haltbar gemacht, auch mit Zusatz von Zucker, anderen Süßmitteln oder Alkohol, anderweit nicht genannt
2008 99 28	Früchte und andere genießbare Pflanzenteile, zubereitet oder haltbar gemacht, mit Zusatz von Alkohol, mit einem Zuckergehalt von > 9 GHT und mit einem vorhandenen Alkoholgehalt von ≤ 11,85 % mas
2008 99 34	Früchte und andere genießbare Pflanzenteile, zubereitet oder haltbar gemacht, mit Zusatz von Alkohol, mit einem Zuckergehalt von > 9 GHT und mit einem vorhandenen Alkoholgehalt von > 11,85 % mas
2008 99 37	Früchte und andere genießbare Pflanzenteile, zubereitet oder haltbar gemacht, mit Zusatz von Alkohol, mit einem vorhandenen Alkoholgehalt von ≤ 11,85 % mas
2008 99 40	Früchte und andere genießbare Pflanzenteile, zubereitet oder haltbar gemacht, mit Zusatz von Alkohol, mit einem vorhandenen Alkoholgehalt von > 11,85 % mas
2008 99 45	Pflaumen, zubereitet oder haltbar gemacht, ohne Zusatz von Alkohol, jedoch mit Zusatz von Zucker, in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts von > 1 kg
2008 99 48	Guaven, Mangofrüchte, Mangostanfrüchte, Papaya-Früchte, Tamarinden, Kaschu-Äpfel, Litschis, Jackfrüchte, Sapotpflaumen, Passionsfrüchte, Karambolen und Pitahayas, zubereitet oder haltbar gemacht, ohne Zusatz von Alkohol, jedoch mit Zusatz von Zucker, in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts von > 1 kg
2008 99 49	Früchte und andere genießbare Pflanzenteile, zubereitet oder haltbar gemacht, ohne Zusatz von Alkohol, jedoch mit Zusatz von Zucker, in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts von > 1 kg

KN-Code 2025[1]	Warenbezeichnung
2008 99 67	Früchte und andere genießbare Pflanzenteile, zubereitet oder haltbar gemacht, ohne Zusatz von Alkohol, jedoch mit Zusatz von Zucker, in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts von ≤ 1 kg
2008 99 99	Früchte und andere genießbare Pflanzenteile, zubereitet oder haltbar gemacht, ohne Zusatz von Alkohol oder Zucker – andere
2009 49 30	Ananassaft, nicht gegoren, ohne Zusatz von Alkohol, mit einem Brixwert von > 20 jedoch ≤ 67 bei 20 °C und mit einem Wert von > 30 EUR für 100 kg Eigengewicht, zugesetzten Zucker enthaltend
2009 81	Saft aus Preiselbeeren (*Vaccinium macrocarpon* und *Vaccinium oxycoccos*, Moosbeeren *Vaccinium vitis-idaea*), nicht gegoren, ohne Zusatz von Alkohol, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln
2009 89 35	Saft aus Früchten oder Gemüsen, nicht gegoren, ohne Zusatz von Alkohol, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln, mit einem Brixwert von > 67 bei 20 °C und mit einem Wert von ≤ 30 EUR für 100 kg Eigengewicht (ausgenommen Mischungen sowie Saft aus Zitrus-, Passions-, Mango-, Mangostan-, Papaya-, Jackfrüchten, Guaven, Tamarinden, Kaschu-Äpfeln, Litschis, Sapotpflaumen, Karambolen, Pitahayas, Ananas, Tomaten, Trauben, Äpfeln und Birnen)
2009 89 38	Saft aus Früchten oder Gemüsen, nicht gegoren, ohne Zusatz von Alkohol, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln, mit einem Brixwert von > 67 bei 20 °C und mit einem Wert von > 30 EUR für 100 kg Eigengewicht (ausgenommen Mischungen sowie Saft aus Zitrusfrüchten, Guaven, Mango-, Mangostan-, Papaya-Früchten, Tamarinden, Kaschu-Äpfeln, Litschis, Jackfrüchten, Sapotpflaumen, Passionsfrüchten, Karambolen, Pitahayas, Ananas, Tomaten, Trauben einschließlich Traubenmost, Äpfeln, Preiselbeeren und Birnen)
2009 89 69	Birnensaft, nicht gegoren, ohne Zusatz von Alkohol, mit einem Brixwert von ≤ 67 bei 20 °C (ausgenommen zugesetzten Zucker enthaltend)
2009 89 73	Saft aus Guaven, Mangofrüchten, Mangostanfrüchten, Papaya-Früchten, Tamarinden, Kaschu-Äpfeln, Litschis, Jackfrüchten, Sapotpflaumen, Passionsfrüchten, Karambolen oder Pitahayas, nicht gegoren, ohne Zusatz von Alkohol, mit einem Brixwert von ≤ 67 bei 20 °C und mit einem Wert von > 30 EUR für 100 kg Eigengewicht, mit Zusatz von Zucker (ausgenommen Mischungen)

KN-Code 2025[1]	Warenbezeichnung
2009 89 79	Saft aus Früchten oder Gemüsen, nicht gegoren, ohne Zusatz von Alkohol, mit einem Brixwert von ≤ 67 bei 20 °C, mit einem Wert von > 30 EUR für 100 kg Eigengewicht, mit Zusatz von Zucker (ausgenommen Mischungen sowie Saft aus Zitrusfrüchten, Guaven, Mango-, Mangostan-, Papaya-Früchten, Tamarinden, Kaschu-Äpfeln, Litschis, Jackfrüchten, Sapotpflaumen, Passionsfrüchten, Karambolen, Pitahayas, Ananas, Tomaten, Trauben einschließlich Traubenmost, Äpfeln, Preiselbeeren, Birnen und Kirschen)
2009 89 86	Saft aus Früchten oder Gemüsen, nicht gegoren, ohne Zusatz von Alkohol, mit einem Brixwert von ≤ 67 bei 20 °C, mit einem Wert von ≤ 30 EUR für 100 kg Eigengewicht, mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von > 30 % (ausgenommen Mischungen sowie Saft aus Zitrusfrüchten, Guaven, Mango-, Mangostan-, Papaya-Früchten, Tamarinden, Kaschu-Äpfeln, Litschis, Jackfrüchten, Sapotpflaumen, Passionsfrüchten, Karambolen, Pitahayas, Ananas, Tomaten, Trauben einschließlich Traubenmost, Äpfeln, Preiselbeeren und Birnen)
2009 89 89	Saft aus Früchten oder Gemüsen, nicht gegoren, ohne Zusatz von Alkohol, mit einem Brixwert von ≤ 67 bei 20 °C, mit einem Wert von ≤ 30 EUR für 100 kg Eigengewicht, mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von ≤ 30 % (ausgenommen Mischungen sowie Saft aus Zitrusfrüchten, Guaven, Mango-, Mangostan-, Papaya-Früchten, Tamarinden, Kaschu-Äpfeln, Litschis, Jackfrüchten, Sapotpflaumen, Passionsfrüchten, Karambolen, Pitahayas, Ananas, Tomaten, Trauben einschließlich Traubenmost, Äpfeln, Preiselbeeren und Birnen)
2009 89 99	Saft aus Früchten oder Gemüsen, nicht gegoren, ohne Zusatz von Alkohol, mit einem Brixwert von ≤ 67 bei 20 °C (ausgenommen zugesetzten Zucker enthaltend, Mischungen und Saft aus Zitrusfrüchten, Guaven, Mango-, Mangostan-, Papaya-Früchten, Tamarinden, Kaschu-Äpfeln, Litschis, Jackfrüchten, Sapotpflaumen, Passionsfrüchten, Karambolen, Pitahayas, Ananas, Tomaten, Trauben einschließlich Traubenmost, Äpfeln, Birnen, Kirschen und Preiselbeeren)
25	Salz; Schwefel; Steine und Erden; Gips, Kalk und Zement
26	Erze sowie Schlacken und Aschen
27	Mineralische Brennstoffe, Mineralöle und Erzeugnisse ihrer Destillation, bituminöse Stoffe, Mineralwachse
28	Anorganische chemische Erzeugnisse; anorganische oder organische Verbindungen von Edelmetallen, von Seltenerdmetallen, von radioaktiven Elementen oder von Isotopen

KN-Code 2025[1]	Warenbezeichnung
ex 29	Organische chemische Erzeugnisse Ausgenommen: 2905 43 - Mannitol 2905 44 - D-Glucitol (Sorbit)
30	Pharmazeutische Erzeugnisse
31	Düngemittel
32	Gerb- und Farbstoffauszüge; Tannine und ihre Derivate; Farbstoffe, Pigmente und andere Farbmittel; Anstrichfarben und Lacke; Kitte; Tinten
ex 33	Ätherische Öle und Resinoide; zubereitete Riech-, Körperpflege- oder Schönheitsmittel Ausgenommen: 3302 10 - Mischungen von Riechstoffen und Mischungen (einschließlich alkoholische Lösungen) auf der Grundlage eines oder mehrerer dieser Stoffe, von der in der Lebensmittel- oder Getränkeindustrie verwendeten Art; andere Zubereitungen auf der Grundlage von Riechstoffen von der zum Herstellen von Getränken verwendeten Art
34	Seifen, organische grenzflächenaktive Stoffe, zubereitete Waschmittel, zubereitete Schmiermittel, künstliche Wachse, zubereitete Wachse, Schuhcreme, Scheuerpulver und dergleichen, Kerzen und ähnliche Erzeugnisse, Modelliermassen, „Dentalwachs“ und Zubereitungen für zahnärztliche Zwecke auf der Grundlage von Gips
3506	Zubereitete Leime und andere zubereitete Klebstoffe, anderweit weder genannt noch inbegriffen; zur Verwendung als Klebstoff geeignete Erzeugnisse aller Art in Aufmachungen für den Einzelverkauf mit einem Gewicht des Inhalts von 1 kg oder weniger
3507	Enzyme; zubereitete Enzyme, anderweit weder genannt noch inbegriffen
36	Pulver und Sprengstoffe; pyrotechnische Artikel; Zündhölzer; Zündmetall-Legierungen; leicht entzündliche Stoffe
37	Erzeugnisse zu fotografischen oder kinematografischen Zwecken

KN-Code 2025[1]	Warenbezeichnung
ex 38	Verschiedene Erzeugnisse der chemischen Industrie Ausgenommen: 3809 10 - Appretur- oder Endausrüstungsmittel, Beschleuniger zum Färben oder Fixieren von Farbstoffen und andere Erzeugnisse und Zubereitungen (z. B. zubereitete Schlichtemittel und Zubereitungen zum Beizen), von der in der Textilindustrie, Papierindustrie, Lederindustrie oder ähnlichen Industrien verwendeten Art, anderweit weder genannt noch inbegriffen, auf der Grundlage von Stärke oder Stärkederivaten; 3824 60 - Sorbit, ausgenommen Waren der Unterposition 2905 44
39	Kunststoffe und Waren daraus
40	Kautschuk und Waren daraus
41	Häute, Felle (andere als Pelzfelle) und Leder
42	Lederwaren; Sattlerwaren; Reiseartikel, Handtaschen und ähnliche Behältnisse; Waren aus Därmen
43	Pelzfelle und künstliches Pelzwerk; Waren daraus
44	Holz und Holzwaren; Holzkohle
45	Kork und Korkwaren
46	Flechtwaren und Korbmacherwaren
47	Halbstoffe aus Holz oder anderen cellulosehaltigen Faserstoffen; Papier oder Pappe (Abfälle und Ausschuss) zur Wiedergewinnung
48	Papier und Pappe; Waren aus Papierhalbstoff, Papier oder Pappe
49	Bücher, Zeitungen, Bilddrucke und andere Erzeugnisse des grafischen Gewerbes; hand- oder maschinengeschriebene Schriftstücke und Pläne
50	Seide
51	Wolle, feine und grobe Tierhaare; Garne und Gewebe aus Rosshaar
52	Baumwolle

KN-Code 2025[1]	Warenbezeichnung
53	Andere pflanzliche Spinnstoffe; Papiergarne und Gewebe aus Papiergarnen
54	Synthetische oder künstliche Filamente; Streifen und dergleichen aus synthetischer oder künstlicher Spinnmasse
55	Synthetische oder künstliche Spinnfasern
56	Watte, Filze und Vliesstoffe; Spezialgarne; Bindfäden, Seile und Taue; Seilerwaren
57	Teppiche und andere Fußbodenbeläge, aus Spinnstoffen
58	Spezialgewebe; getuftete Spinnstofferzeugnisse; Spitzen; Tapisserien; Posamentierwaren; Stickereien
59	Getränkte, bestrichene, überzogene oder laminierte Gewebe; Waren des technischen Bedarfs, aus Spinnstoffen
60	Gewirke und Gestricke
61	Kleidung und Bekleidungszubehör, aus Gewirken oder Gestricken
62	Kleidung und Bekleidungszubehör, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken
63	Andere konfektionierte Spinnstoffwaren; Warenzusammenstellungen; Altwaren und Lumpen
64	Schuhe, Gamaschen und ähnliche Waren; Teile davon
65	Kopfbedeckungen und Teile davon
66	Regenschirme, Sonnenschirme, Gehstöcke, Sitzstöcke, Peitschen, Reitpeitschen und Teile davon
67	Zugerichtete Federn und Daunen und Waren aus Federn oder Daunen; künstliche Blumen; Waren aus Menschenhaaren
68	Waren aus Steinen, Gips, Zement, Asbest, Glimmer oder ähnlichen Stoffen
69	Keramische Waren
70	Glas und Glaswaren
71	Echte Perlen oder Zuchtperlen, Edelsteine oder Schmucksteine, Edelmetalle, Edelmetallplattierungen und Waren daraus; Fantasieschmuck; Münzen

KN-Code 2025[1]	Warenbezeichnung
72	Eisen und Stahl
73	Waren aus Eisen oder Stahl
74	Kupfer und Waren daraus
75	Nickel und Waren daraus
76	Aluminium und Waren daraus
78	Blei und Waren daraus
79	Zink und Waren daraus
80	Zinn und Waren daraus
81	Andere unedle Metalle; Cermets; Waren daraus
82	Werkzeuge, Schneidwaren und Essbestecke, aus unedlen Metallen; Teile davon, aus unedlen Metallen
83	Verschiedene Waren aus unedlen Metallen
84	Kernreaktoren, Kessel, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte; Teile davon
85	Elektrische Maschinen, Apparate, Geräte und andere elektrotechnische Waren, Teile davon; Tonaufnahme- oder Tonwiedergabegeräte, Bild- und Tonaufzeichnungs- oder -wiedergabegeräte, für das Fernsehen, Teile und Zubehör für diese Geräte
86	Schienenfahrzeuge und ortsfestes Gleismaterial, Teile davon; mechanische (auch elektromechanische) Signalgeräte für Verkehrswege
87	Zugmaschinen, Kraftwagen, Krafträder, Fahrräder und andere nicht schienengebundene Landfahrzeuge, Teile davon und Zubehör
88	Luftfahrzeuge und Raumfahrzeuge, Teile davon
89	Wasserfahrzeuge und schwimmende Vorrichtungen
90	Optische, fotografische oder kinematografische Instrumente, Apparate und Geräte; Mess-, Prüf- oder Präzisionsinstrumente, -apparate und -geräte; medizinische und chirurgische Instrumente, Apparate und Geräte; Teile und Zubehör für diese Instrumente, Apparate und Geräte
91	Uhrmacherwaren

KN-Code 2025[1]	Warenbezeichnung
92	Musikinstrumente; Teile und Zubehör für diese Instrumente
93	Waffen und Munition; Teile davon und Zubehör
94	Möbel; medizinisch-chirurgische Möbel; Bettausstattungen und ähnliche Waren; Leuchten und Beleuchtungskörper, anderweit weder genannt noch inbegriffen; Reklameleuchten, Leuchtschilder, beleuchtete Namensschilder und dergleichen; vorgefertigte Gebäude
95	Spielzeug, Spiele, Unterhaltungsartikel und Sportgeräte; Teile davon und Zubehör
96	Verschiedene Waren
97	Kunstgegenstände, Sammlungsstücke und Antiquitäten

ANHANG II

Liste der Waren nach Artikel 1 Absatz 2

Ungeachtet der Vorschriften für die Auslegung der Kombinierten Nomenklatur (im Folgenden „KN") dient die Warenbezeichnung nur als Anhaltspunkt, da für die Gewährung der Zollpräferenzen die KN-Codes maßgebend sind.

KN-Code 2025[2]	Warenbezeichnung	Für Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten geltende Zollsätze
0702	Tomaten, frisch oder gekühlt	Anhang 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 kommt wie folgt zur Anwendung: Die Wertzollkomponente von 8,8 % wurde ausgesetzt und beträgt derzeit 0 %. Die spezifische Zollkomponente bleibt aufrecht.
0707 00 05	Gurken, frisch oder gekühlt	Anhang 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 kommt wie folgt zur Anwendung: Die Wertzollkomponente von 12,8 % wurde ausgesetzt und beträgt derzeit 0 %. Die spezifische Zollkomponente bleibt aufrecht.
0709 91 00	Artischocken, frisch oder gekühlt	Anhang 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 kommt wie folgt zur Anwendung: Die Wertzollkomponente von 10,4 % wurde ausgesetzt und beträgt derzeit 0 %. Die spezifische Zollkomponente bleibt aufrecht.
0709 93 10	Zucchini „Courgettes", frisch oder gekühlt	Anhang 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 kommt wie folgt zur Anwendung: Die Wertzollkomponente von 12,8 % wurde ausgesetzt und beträgt derzeit 0 %. Die spezifische Zollkomponente bleibt aufrecht.
0805 10 22	Navel Orangen, frisch	Anhang 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 kommt wie folgt zur Anwendung: Die Wertzollkomponente (variable Zollsätze je nach Datum) wurde ausgesetzt und beträgt derzeit 0 %. Die spezifische

[2] Die Codes der Nomenklatur sind der Kombinierten Nomenklatur gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif in der für 2025 geltenden Fassung und sinngemäß in der durch nachfolgende Rechtsakte geänderten Fassung entnommen.

KN-Code 2025[2]	Warenbezeichnung	Für Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten geltende Zollsätze
		Zollkomponente bleibt aufrecht.

KN-Code 2025[2]	Warenbezeichnung	Für Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten geltende Zollsätze
0805 10 24	Blondorangen, frisch	Anhang 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 kommt wie folgt zur Anwendung: Die Wertzollkomponente (variable Zollsätze je nach Datum) wurde ausgesetzt und beträgt derzeit 0 %. Die spezifische Zollkomponente bleibt aufrecht.
0805 10 28	Süßorangen, frisch (ausgenommen Navel Orangen und Blondorangen)	Anhang 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 kommt wie folgt zur Anwendung: Die Wertzollkomponente (variable Zollsätze je nach Datum) wurde ausgesetzt und beträgt derzeit 0 %. Die spezifische Zollkomponente bleibt aufrecht.
0805 21 10	Satsumas	Anhang 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 kommt wie folgt zur Anwendung: Die Wertzollkomponente von 16 % wurde ausgesetzt und beträgt derzeit 0 %. Die spezifische Zollkomponente bleibt aufrecht.
0805 21 90	Mandarinen, einschließlich Tangerinen (ausgenommen Clementinen und Satsumas)	Anhang 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 kommt wie folgt zur Anwendung: Die Wertzollkomponente von 16 % wurde ausgesetzt und beträgt derzeit 0 %. Die spezifische Zollkomponente bleibt aufrecht.
0805 22 00	Clementinen, einschließlich Monreales	Anhang 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 kommt wie folgt zur Anwendung: Die Wertzollkomponente von 16 % wurde ausgesetzt und beträgt derzeit 0 %. Die spezifische Zollkomponente bleibt aufrecht.
0805 29 00	Wilkings und ähnliche Kreuzungen von Zitrusfrüchten	Anhang 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 kommt wie folgt zur Anwendung: Die Wertzollkomponente von 16 % wurde ausgesetzt und beträgt derzeit 0 %. Die spezifische Zollkomponente bleibt aufrecht.
0805 50 10	Zitronen (*Citrus limon*, *Citrus limonum*)	Anhang 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 kommt wie folgt zur Anwendung: Die Wertzollkomponente von 6,4 % wurde ausgesetzt und beträgt derzeit 0 %. Die spezifische Zollkomponente bleibt aufrecht.

KN-Code 2025[2]	Warenbezeichnung	Für Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten geltende Zollsätze
0806 10 10	Tafeltrauben, frisch	Anhang 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 kommt wie folgt zur Anwendung: Die Wertzollkomponente (variable Zollsätze je nach Datum) wurde ausgesetzt und beträgt derzeit 0 %. Die spezifische Zollkomponente bleibt aufrecht.
0808 10 80	Äpfel, frisch (ausgenommen Mostäpfel, lose geschüttet ohne Zwischenlagen, vom 16. September bis 15. Dezember)	Anhang 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 kommt wie folgt zur Anwendung: Die Wertzollkomponente (variable Zollsätze je nach Datum) wurde ausgesetzt und beträgt derzeit 0 %. Die spezifische Zollkomponente bleibt aufrecht.
0808 30 90	Birnen, frisch (ausgenommen Mostbirnen, lose geschüttet ohne Zwischenlagen, vom 1. August bis 31. Dezember)	Anhang 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 kommt wie folgt zur Anwendung: Die Wertzollkomponente (variable Zollsätze je nach Datum) wurde ausgesetzt und beträgt derzeit 0 %. Die spezifische Zollkomponente bleibt aufrecht.
0809 29 00	Kirschen, frisch (ausgenommen Sauerkirschen/Weichseln)	Anhang 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 kommt wie folgt zur Anwendung: Die Wertzollkomponente (variable Zollsätze je nach Datum) wurde ausgesetzt und beträgt derzeit 0 %. Die spezifische Zollkomponente bleibt aufrecht.
0809 40 05	Pflaumen, frisch	Anhang 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 kommt wie folgt zur Anwendung: Die Wertzollkomponente (variable Zollsätze je nach Datum) wurde ausgesetzt und beträgt derzeit 0 %. Die spezifische Zollkomponente bleibt aufrecht.
2009 61 10	Traubensaft, einschließlich Traubenmost, nicht gegoren, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln, mit einem Brixwert von ≤ 30 bei 20 °C und mit einem Wert von > 18 EUR für 100 kg Eigengewicht	Anhang 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 kommt wie folgt zur Anwendung: Die Wertzollkomponente von 22,4 % wurde ausgesetzt und beträgt derzeit 0 %. Die spezifische Zollkomponente bleibt aufrecht.

KN-Code 2025[2]	Warenbezeichnung	Für Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten geltende Zollsätze
2009 69 19	Traubensaft, einschließlich Traubenmost, nicht gegoren, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln, mit einem Brixwert von > 67 bei 20 °C und mit einem Wert von > 22 EUR für 100 kg Eigengewicht	Anhang 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 kommt wie folgt zur Anwendung: Die Wertzollkomponente von 40 % wurde ausgesetzt und beträgt derzeit 0 %. Die spezifische Zollkomponente bleibt aufrecht.
2009 69 51	Traubensaft, einschließlich Traubenmost, konzentriert, nicht gegoren, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln, mit einem Brixwert von > 30 jedoch ≤ 67 bei 20 °C und mit einem Wert von > 18 EUR für 100 kg Eigengewicht	Anhang 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 kommt wie folgt zur Anwendung: Die Wertzollkomponente von 22,4 % wurde ausgesetzt und beträgt derzeit 0 %. Die spezifische Zollkomponente bleibt aufrecht.
2009 69 59	Traubensaft, einschließlich Traubenmost, nicht gegoren, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln, mit einem Brixwert von > 30 jedoch ≤ 67 bei 20 °C und mit einem Wert von > 18 EUR für 100 kg Eigengewicht	Anhang 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 kommt wie folgt zur Anwendung: Die Wertzollkomponente von 22,4 % wurde ausgesetzt und beträgt derzeit 0 %. Die spezifische Zollkomponente bleibt aufrecht.

ANHANG III

Liste der Waren nach Artikel 2 Absatz 1

Ungeachtet der Vorschriften für die Auslegung der Kombinierten Nomenklatur (im Folgenden „KN") dient die Warenbezeichnung nur als Anhaltspunkt, da für die Gewährung der Zollpräferenzen die KN-Codes maßgebend sind. Bei KN-Codes mit dem Präfix „ex" ist sowohl der KN-Code als auch die entsprechende Warenbezeichnung für die Gewährung der Zollpräferenzen maßgebend.

1. Zollkontingent für Schweinefleisch

Laufende Nummer	KN-Code 2025[3]	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
09.9001	0203 22 19	Schultern und Teile davon, mit Knochen, von Hausschweinen, gefroren	0 %	25 000 Tonnen
	0203 29 11	Vorderteile und Teile davon, von Hausschweinen, gefroren		
	0203 29 15	Bäuche (Bauchspeck) und Teile davon, von Hausschweinen, gefroren		
	0203 29 55	Fleisch von Hausschweinen, ohne Knochen, gefroren (ausgenommen Bäuche „Bauchspeck" und Teile davon)		
	0203 29 59	Fleisch von Hausschweinen, mit Knochen, gefroren (ausgenommen ganze oder halbe Tierkörper, Schinken oder Schultern und Teile davon sowie Vorderteile, Kotelettstränge, Bäuche „Bauchspeck" und Teile davon)		
	0210 11 19	Schultern und Teile davon, mit Knochen, von Hausschweinen, gesalzen oder in Salzlake		
	0210 11 39	Schultern und Teile davon, mit Knochen, von Hausschweinen, getrocknet oder geräuchert		
	0210 11 90	Schinken oder Schultern und Teile davon, mit Knochen, von Schweinen, gesalzen, in Salzlake, getrocknet oder		

[3] Die Codes der Nomenklatur sind der Kombinierten Nomenklatur gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif in der für 2025 geltenden Fassung und sinngemäß in der durch nachfolgende Rechtsakte geänderten Fassung entnommen.

Laufende Nummer	KN-Code 2025[3]	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
		geräuchert (ausg. von Hausschweinen)		

Laufende Nummer	KN-Code 2025[3]	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
	0210 12	Bäuche (Bauchspeck) und Teile davon, von Schweinen, gesalzen, in Salzlake, getrocknet oder geräuchert		
	0210 19 10	Bacon-Hälften oder spencers, von Hausschweinen, gesalzen oder in Salzlake		
	0210 19 20	3/4-sides oder middles, von Hausschweinen, gesalzen oder in Salzlake		
	0210 19 30	Vorderteile und Teile davon, von Hausschweinen, gesalzen oder in Salzlake		
	0210 19 50	Fleisch von Hausschweinen, gesalzen oder in Salzlake (ausgenommen Schinken oder Schultern und Teile davon, Bäuche „Bauchspeck“ und Teile davon, „bacon“-Hälften oder „spencers“, „3/4-sides“ oder „middles“ sowie Vorderteile oder Kotelettstränge und Teile davon)		
	0210 19 60	Vorderteile und Teile davon, von Hausschweinen, getrocknet oder geräuchert		
	0210 19 70	Kotelettstränge und Teile davon, von Hausschweinen, getrocknet oder geräuchert		
	0210 19 89	Fleisch von Hausschweinen, mit Knochen, getrocknet oder geräuchert (ausgenommen Schinken oder Schultern und Teile davon, Bäuche „Bauchspeck“ und Teile davon sowie Vorderteile oder Kotelettstränge und Teile davon)		
	0210 19 90	Fleisch von Schweinen, gesalzen, in Salzlake, getrocknet oder geräuchert (ausgenommen von Hausschweinen, Schinken oder Schultern und Teile davon, mit Knochen sowie Bäuche „Bauchspeck“ und Teile davon)		
	1602 41 90	Schinken und Teile davon, von Schweinen, zubereitet oder haltbar gemacht (ausgenommen von Hausschweinen)		
	1602 42	Schultern und Teile davon, von		

Laufende Nummer	KN-Code 2025[3]	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
		Schweinen, zubereitet oder haltbar gemacht		

Laufende Nummer	KN-Code 2025[3]	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
	1602 49 13	Nacken und Teile davon, einschließlich Mischungen aus Nacken und Schultern, von Hausschweinen, zubereitet oder haltbar gemacht		
	1602 49 15	Mischungen, Schinken, Schultern, Kotelettstränge oder Nacken und Teile davon enthaltend, von Hausschweinen, zubereitet oder haltbar gemacht (ausgenommen Mischungen aus nur Kotelettsträngen und Schinken oder nur Nacken und Schultern)		
	1602 49 19	Fleisch oder Schlachtnebenerzeugnisse, einschl. Mischungen, von Hausschweinen, zubereitet oder haltbar gemacht, mit einem Gehalt an Fleisch oder Schlachtnebenerzeugnissen aller Art, einschließlich Schweinespeck und Fette jeder Art und Herkunft, von ≥ 80 GHT (ausgenommen Schinken, Schultern, Kotelettstränge, Nacken, und Teile davon, Würste und ähnl. Erzeugnisse, solche in Form von fein homogenisierten Zubereitungen, aufgemacht für den Einzelverkauf zur Ernährung von Kindern oder zum Diätgebrauch in Behältnissen mit einem Inhalt von ≤ 250 g, Zubereitungen aus Lebern sowie Extrakte von Fleisch)		
	1602 49 30	Fleisch oder Schlachtnebenerzeugnisse, einschließlich Mischungen, von Hausschweinen, zubereitet oder haltbar gemacht, mit einem Gehalt an Fleisch oder Schlachtnebenerzeugnissen aller Art, einschließlich Schweinespeck und Fette jeder Art und Herkunft, von ≥ 40 GHT, jedoch < 80 GHT (ausgenommen Würste und ähnl. Erzeugnisse, solche in Form von fein homogenisierten Zubereitungen, aufgemacht für den Einzelverkauf zur Ernährung von Kindern oder zum Diätgebrauch in Behältnissen mit einem Inhalt von ≤ 250 g, Zubereitungen aus Lebern sowie Extrakte von Fleisch)		

Laufende Nummer	KN-Code 2025[3]	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
	1602 49 50	Fleisch oder Schlachtnebenerzeugnisse, einschließlich Mischungen, von Hausschweinen, zubereitet oder haltbar gemacht, mit einem Gehalt an Fleisch oder Schlachtnebenerzeugnissen aller Art, einschließlich Schweinespeck und Fette jeder Art und Herkunft, von < 40 GHT (ausgenommen Würste und ähnl. Erzeugnisse, solche in Form von homogenisierten Zubereitungen, aufgemacht für den Einzelverkauf zur Ernährung von Kindern oder zum Diätgebrauch in Behältnissen mit einem Inhalt von ≤ 250 g, Zubereitungen aus Lebern sowie Extrakte und Säfte von Fleisch)		
	1602 49 90	Fleisch oder Schlachtnebenerzeugnisse, einschließlich Mischungen, von Schweinen, zubereitet oder haltbar gemacht (ausgenommen von Hausschweinen, Schinken, Schultern, und Teile davon, Würste und ähnl. Erzeugnisse, solche in Form von fein homogenisierten Zubereitungen, aufgemacht für den Einzelverkauf zur Ernährung von Kindern oder zum Diätgebrauch in Behältnissen mit einem Inhalt von ≤ 250 g, Zubereitungen aus Lebern sowie Extrakte und Säfte von Fleisch)		

2. Zollkontingent für Bisons

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
09.9002	ex 0201 10 00	ganze oder halbe Tierkörper von Bisons, frisch oder gekühlt	0 %	3 000 Tonnen
	ex 0201 20 20	„quartiers compensés“ von Bisons, mit Knochen, frisch oder gekühlt		
	ex 0201 20 30	Vorderviertel von Bisons, zusammen oder getrennt, mit Knochen, frisch oder gekühlt		
	ex 0201 20 50	Hinterviertel von Bisons, zusammen oder getrennt, mit Knochen, frisch oder gekühlt		
	ex 0201 20 90	Fleisch von Bisons, mit Knochen, frisch		

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingent-zollsatz	Kontingents-menge
		oder gekühlt (ausgenommen ganze oder halbe Tierkörper, „quartiers compensés“, Vorder- und Hinterviertel)		

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingent-zollsatz	Kontingents-menge
	ex 0201 30 00	Fleisch von Bisons, ohne Knochen, frisch oder gekühlt		
	ex 0202 10 00	ganze oder halbe Tierkörper von Bisons, gefroren		
	ex 0202 20 10	„quartiers compensés“ von Bisons, mit Knochen, gefroren		
	ex 0202 20 30	Vorderviertel von Bisons, zusammen oder getrennt, mit Knochen, gefroren		
	ex 0202 20 50	Hinterviertel von Bisons, zusammen oder getrennt, mit Knochen, gefroren		
	ex 0202 20 90	Fleisch von Bisons, mit Knochen, gefroren (ausgenommen ganze oder halbe Tierkörper, „quartiers compensés“, Vorder- und Hinterviertel)		
	ex 0202 30 10	Vorderviertel von Bisons, ohne Knochen, gefroren, ganz oder in höchstens fünf Teile zerlegt, jedes Vorderviertel in einem einzigen Gefrierblock aufgemacht, oder „quartiers compensés“ in zwei Gefrierblöcken aufgemacht, der eine das Vorderviertel enthaltend, ganz oder in höchstens fünf Teile zerlegt, der andere das Hinterviertel enthaltend, in einem Stück, ohne Filet		
	ex 0202 30 50	Crops, chucks and blades und briskets, von Bisons, ohne Knochen, gefroren		
	ex 0202 30 90	Fleisch von Bisons, ohne Knochen, gefroren – andere		
	ex 0206 10 95	Zwerchfellpfeiler (Nierenzapfen) und Saumfleisch, von Bisons, genießbar, frisch oder gekühlt		
	ex 0206 29 91	Zwerchfellpfeiler (Nierenzapfen) und Saumfleisch, von Bisons, genießbar, gefroren		
	ex 0210 20 10	Fleisch von Bisons, mit Knochen, gesalzen, in Salzlake, getrocknet oder geräuchert		
	ex 0210 20 90	Fleisch von Bisons, ohne Knochen, gesalzen, in Salzlake, getrocknet oder geräuchert		
	ex 0210 99 51	Zwerchfellpfeiler (Nierenzapfen) und Saumfleisch, von Bisons, genießbar, gesalzen, in Salzlake, getrocknet oder geräuchert		
	ex 0210 99 59	Genießbare Schlachtnebenerzeugnisse, von Bisons, gesalzen, in Salzlake, getrocknet oder geräuchert (ausgenommen Zwerchfellpfeiler (Nierenzapfen) und		

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingent-zollsatz	Kontingents-menge
		Saumfleisch)		

3. Zollkontingent für Milcherzeugnisse

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingent-zollsatz	Kontingents-menge
09.9003	0401 10	Milch und Rahm, weder eingedickt noch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln, mit einem Milchfettgehalt von ≤ 1 GHT	0 %	10 000 Tonnen
	0401 20	Milch und Rahm, weder eingedickt noch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln, mit einem Milchfettgehalt von > 1 GHT, jedoch ≤ 6 GHT		
	0401 40	Milch und Rahm, weder eingedickt noch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln, mit einem Milchfettgehalt von > 6 GHT, jedoch ≤ 10 GHT		
	0403 20	Joghurt		
	0403 90	Buttermilch, saure Milch und saurer Rahm, Kefir und andere fermentierte oder gesäuerte Milch (einschließlich Rahm), auch eingedickt oder aromatisiert oder mit Zusatz von Zucker, anderen Süßmitteln, Früchten, Nüssen oder Kakao		
	0405 20	Milchstreichfette		
	0405 90	Fettstoffe aus der Milch sowie entwässerte Butter und Ghee (ausgenommen natürliche, rekombinierte Butter und Molkenbutter)		
	1702 11	Lactose, fest, und Lactosesirup, ohne Zusatz von Aroma- oder Farbstoffen, mit einem Gehalt an Lactose von ≥ 99 GHT, berechnet als wasserfreie Lactose in der Trockenmasse		
	1702 19	Lactose, fest, und Lactosesirup, ohne Zusatz von Aroma- oder Farbstoffen, mit einem Gehalt an Lactose von < 99 GHT, berechnet als wasserfreie Lactose in der Trockenmasse		
	2105 00	Speiseeis, auch kakaohaltig		

4. Zollkontingent für Käsesorten

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
09.9004	0406 10	Frischkäse „nichtgereifter Käse“, einschließlich Molkenkäse, und Quark/Topfen	0 %	10 000 Tonnen
	0406 20	Käse aller Art, gerieben oder in Pulverform		
	0406 30	Schmelzkäse, weder gerieben noch in Pulverform		
	0406 40 90	Blauschimmelkäse und anderer Käse mit Marmorierung des Teiges, hervorgerufen durch *Penicillium roqueforti* (ausgenommen Roquefort und Gorgonzola)		
	0406 90 01	Käse für die Verarbeitung		
	0406 90 21	Cheddar		

5. Zollkontingent für Nüsse

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
09.9005	0802	Andere Schalenfrüchte, frisch oder getrocknet, auch ohne Schalen oder enthäutet	0 %	500 000 Tonnen
	2008 19	Schalenfrüchte und andere Samen, einschließlich Mischungen, zubereitet oder haltbar gemacht (ausgenommen Erdnüsse)		

6. Zollkontingent für Sojaöl

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
09.9006	1507 10	Sojaöl, roh, auch entschleimt	0 %	400 000 Tonnen

7. Zollkontingent für bestimmte Tierfutterzubereitungen

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingent-zollsatz	Kontingents-menge
09.9007	2309 10 51	Hundefutter und Katzenfutter, in Aufmachungen für den Einzelverkauf, Glucose, Glucosesirup, Maltodextrin oder Maltodextrinsirup enthaltend, mit einem Gehalt an Stärke von > 30 GHT, keine Milcherzeugnisse enthaltend oder mit einem Gehalt an Milcherzeugnissen von < 10 GHT	0 %	40 000 Tonnen
	2309 10 90	Hundefutter und Katzenfutter, in Aufmachungen für den Einzelverkauf, weder Stärke, Glucose, Glucosesirup, Maltodextrin, Maltodextrinsirup noch Milcherzeugnisse enthaltend		
	2309 90 31	Zubereitungen für Tierfutter, einschließlich Vormischungen, Glucose, Glucosesirup, Maltodextrin oder Maltodextrinsirup, jedoch keine Stärke und keine Milcherzeugnisse enthaltend, oder mit einem Gehalt an Stärke von ≤ 10 GHT und mit einem Gehalt an Milcherzeugnissen von < 10 GHT		
	2309 90 41	Zubereitungen für Tierfutter, einschließlich Vormischungen, Glucose, Glucosesirup, Maltodextrin oder Maltodextrinsirup enthaltend, mit einem Gehalt an Stärke von > 10, jedoch ≤ 30 GHT, keine Milcherzeugnisse enthaltend oder mit einem Gehalt an Milcherzeugnissen von < 10 GHT		
	2309 90 96	Zubereitungen von der zur Fütterung verwendeten Art, weder Stärke, Glucose, Glucosesirup, Maltodextrin, Maltodextrinsirup noch Milcherzeugnisse enthaltend – andere		

8. Zollkontingent für Pazifischen Pollack

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
09.9008	0303 67	Pazifischer Pollack (*Theragra chalcogramma*), gefroren	0 %	340 000 Tonnen
	0304 75	Fischfilets vom Pazifischen Pollack (*Theragra chalcogramma*), gefroren		
	0304 94	Fischfleisch, auch fein zerkleinert, vom Pazifischen Pollack (*Theragra chalcogramma*), gefroren (ausgenommen Filets)		

9. Zollkontingent für Kalmare

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
09.9009	0307 43	Tintenfische und Kalmare, gefroren, auch ohne Schale	0 %	5 000 Tonnen

10. Zollkontingent für unverarbeiteten Lachs

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
09.9010	0303 11	Roter Lachs (*Oncorhynchus nerka*), gefroren	0 %	20 000 Tonnen
	0303 12	Pazifische Lachse, gefroren (ausgenommen Roter Lachs)		
	0304 81	Fischfilets vom Pazifischen Lachs (*Oncorhynchus nerka, Oncorhynchus gorbuscha, Oncorhynchus keta, Oncorhynchus tschawytscha, Oncorhynchus kisutch, Oncorhynchus masou* und *Oncorhynchus rhodurus*), Atlantischen Lachs (*Salmo salar*) und Donaulachs (*Hucho hucho*), gefroren		

11. Zollkontingent für verarbeiteten Lachs

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
09.9011	1604 11	Lachse, zubereitet oder haltbar gemacht, ganz oder in Stücken (ausgenommen fein zerkleinert)	0 %	5 000 Tonnen

12. Zollkontingent für zubereitete Garnelen

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
09.9012	1605 21	Garnelen, zubereitet oder haltbar gemacht, nicht in luftdichten Behältnissen (ausgenommen geräuchert)	0 %	5 000 Tonnen
	1605 29	Garnelen, zubereitet oder haltbar gemacht, in luftdichten Behältnissen (ausgenommen geräuchert)		

13. Zollkontingent für Seehechte und Dornhaie

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
09.9013	0303 81 15	Dornhaie (*Squalus acanthias*) und Katzenhaie (*Scyliorhinus* spp.), gefroren	0 %	20 000 Tonnen
	0304 74 19	Gefrorene Fischfilets von Seehechten (*Merluccius* spp.) (ausgenommen Kap-Hecht, Tiefenwasser-Kapseehecht und Patagonischer Seehecht)		
	0304 88 11	Gefrorene Fischfilets von Dornhaien (*Squalus acanthias*) und Katzenhaien (*Scyliorhinus* spp.)		
	0304 96 10	Gefrorenes Fischfleisch von Dornhaien (*Squalus acanthias*) und Katzenhaien (*Scyliorhinus* spp.), auch fein zerkleinert		

14. Zollkontingent für Kakaopulver und Schokolade

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
09.9014	1805 00 00	Kakaopulver ohne Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln	2 %	40 000 Tonnen
	1806 10 15	Kakaopulver mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln, keine Saccharose enthaltend oder mit einem Gehalt an Saccharose, einschließlich Invertzucker als Saccharose berechnet oder Isoglucose, als Saccharose berechnet, von < 5 GHT	2 %	
	1806 10 20	Kakaopulver mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln, mit einem Gehalt an Saccharose, einschließlich Invertzucker als Saccharose berechnet oder Isoglucose, als Saccharose berechnet, von ≥ 5 GHT, jedoch < 65 GHT	2 % + 6,3 EUR/100kg/net	

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingent-zollsatz	Kontin-gents-menge
	1806 10 30	Kakaopulver mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln, mit einem Gehalt an Saccharose, einschließlich Invertzucker als Saccharose berechnet oder Isoglucose, als Saccharose berechnet, von ≥ 65 GHT, jedoch < 80 GHT	2 % + 7,85 EUR/100kg/net	
	1806 10 90	Kakaopulver mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln, mit einem Gehalt an Saccharose, einschließlich Invertzucker als Saccharose berechnet oder Isoglucose, als Saccharose berechnet, von ≥ 80 GHT	2 % + 10,48 EUR/100kg/net	
	1806 20 10	Schokolade und andere kakaohaltige Lebensmittelzubereitungen, in Blöcken, Stangen oder Riegeln mit einem Gewicht von > 2 kg oder flüssig, pastenförmig, als Pulver, Granulat oder in ähnlicher Form, in Behältnissen oder unmittelbaren Umschließungen mit einem Inhalt von > 2 kg, mit einem Gehalt an Kakaobutter von ≥ 31 GHT oder mit einem Gesamtgehalt an Kakaobutter und Milchfett von ≥ 31 GHT	2,1 % + 6,07 EUR/100kg/net	
	1806 20 30	Schokolade und andere kakaohaltige Lebensmittelzubereitungen, in Blöcken, Stangen oder Riegeln mit einem Gewicht von > 2 kg oder flüssig, pastenförmig, als Pulver, Granulat oder in ähnlicher Form, in Behältnissen oder unmittelbaren Umschließungen mit einem Inhalt von > 2 kg, mit einem Gesamtgehalt an Kakaobutter und Milchfett von ≥ 25 GHT, jedoch < 31 GHT	2,1 % + 3,56 EUR/100 kg/net	
	1806 20 50	Schokolade und andere kakaohaltige Lebensmittelzubereitungen, in Blöcken, Stangen oder Riegeln mit einem Gewicht von > 2 kg oder flüssig, pastenförmig, als Pulver, Granulat oder in ähnlicher Form, in Behältnissen oder unmittelbaren Umschließungen mit einem Inhalt von > 2 kg, mit einem	2,1 % + 3,56 EUR/100kg/net	

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingent-zollsatz	Kontin-gents-menge
		Gehalt an Kakaobutter von ≥ 18 GHT, jedoch < 31 GHT		

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingent-zollsatz	Kontin-gents-menge
	1806 20 70	Chocolate-milk-crumb genannte Zubereitungen, in Behältnissen oder unmittelbaren Umschließungen mit einem Inhalt von > 2 kg	3,9 % + 10,41 EUR/100kg/net	
	1806 20 80	Kakaoglasur in Behältnissen oder unmittelbaren Umschließungen mit einem Inhalt von > 2 kg	2,1 % + 3,56 EUR/100kg/net	
	1806 20 95	Schokolade und andere kakaohaltige Lebensmittelzubereitungen, in Blöcken, Stangen oder Riegeln mit einem Gewicht von > 2 kg oder flüssig, pastenförmig, als Pulver, Granulat oder in ähnlicher Form, in Behältnissen oder unmittelbaren Umschließungen mit einem Inhalt von > 2 kg, mit einem Gehalt an Kakaobutter von < 18 GHT (ausgenommen Kakaopulver, Kakaoglasur sowie chocolate-milk-crumb genannte Zubereitungen)	2,1 % + 3,56 EUR/100kg/net	
	1806 31 00	Schokolade und andere kakaohaltige Lebensmittelzubereitungen, in Form von Tafeln, Stangen oder Riegeln, mit einem Gewicht von ≤ 2 kg, gefüllt	2,1 % + 3,56 EUR/100kg/net	
	1806 32 10	Schokolade und andere kakaohaltige Lebensmittelzubereitungen, in Form von Tafeln, Stangen oder Riegeln, mit einem Gewicht von ≤ 2 kg, mit Zusatz von Getreide, Früchten oder Nüssen, ungefüllt	2,1 % + 3,56 EUR/100kg/net	
	1806 32 90	Schokolade und andere kakaohaltige Lebensmittelzubereitungen, in Form von Tafeln, Stangen oder Riegeln, mit einem Gewicht von ≤ 2 kg, ohne Zusatz von Getreide, Früchten oder Nüssen, ungefüllt	2,1 % + 3,56 EUR/100kg/net	
	1806 90 11	Schokolade und Schokoladeerzeugnisse in Form von Pralinen, auch gefüllt, alkoholhaltig	2,1 % + 3,56 EUR/100kg/net	
	1806 90 19	Schokolade und Schokoladeerzeugnisse in Form von Pralinen, auch gefüllt, nichtalkoholhaltig	2,1 % + 3,56 EUR/100kg/net	

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingent-zollsatz	Kontin-gents-menge
	1806 90 31	Schokolade und Schokoladeerzeugnisse, gefüllt (ausgenommen in Form von Tafeln, Stangen oder Riegeln sowie Pralinen)	2,1 % + 3,56 EUR/100kg/net	
	1806 90 39	Schokolade und Schokoladeerzeugnisse, nicht gefüllt (ausgenommen in Form von Tafeln, Stangen oder Riegeln sowie Pralinen)	2,1 % + 3,56 EUR/100kg/net	
	1806 90 50	kakaohaltige Zuckerwaren und entsprechende kakaohaltige Zubereitungen auf der Grundlage von Zuckeraustauschstoffen	2,1 % + 5,76 EUR/100kg/net	
	1806 90 60	kakaohaltige Brotaufstriche	2,1 % + 3,56 EUR/100kg/net	
	1806 90 70	kakaohaltige Zubereitungen zum Herstellen von Getränken	2,1 % + 3,56 EUR/100kg/net	
	1806 90 90	Kakaohaltige Zubereitungen, in Behältnissen oder unmittelbaren Umschließungen mit einem Inhalt von ≤ 2 kg – andere	2,1 % + 3,56 EUR/100kg/net	

15. Zollkontingent für Lebensmittelzubereitungen des Kapitels 19

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingent zollsatz	Kontin-gents-menge
09.9015	1901 10 00	Lebensmittelzubereitungen aus Mehl, Grobgrieß, Feingrieß, Stärke oder Malzextrakt, ohne Gehalt an Kakao oder mit einem Gehalt an Kakao von < 40 GHT, berechnet als vollständig entfetteter Kakao, anderweit nicht genannt sowie Lebensmittelzubereitungen aus Milch, Rahm, Buttermilch, saurer Milch, saurem Rahm, Molke, Joghurt, Kefir oder ähnlichen Waren der Position 0401 bis 0404, ohne Gehalt an Kakao oder mit einem Gehalt an Kakao von < 5 GHT, berechnet als vollständig entfetteter Kakao,	1,9 % + 16,03 EUR /100kg/net	50 000 Tonnen

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
		anderweit nicht genannt, zur Ernährung von Kindern, in Aufmachungen für den Einzelverkauf		

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
	1901 20 00	Mischungen und Teig aus Mehl, Grobgrieß, Feingrieß, Stärke oder Malzextrakt, ohne Gehalt an Kakao oder mit einem Gehalt an Kakao von < 40 GHT, berechnet als vollständig entfetteter Kakao, anderweit nicht genannt sowie Mischungen und Teig aus Milch, Rahm, Buttermilch, saurer Milch, saurem Rahm, Molke, Joghurt, Kefir oder ähnlichen Waren der Position 0401 bis 0404, ohne Gehalt an Kakao oder mit einem Gehalt an Kakao von < 5 GHT, berechnet als vollständig entfetteter Kakao, anderweit nicht genannt, zum Herstellen von Backwaren der Position 1905	1,9 % + 6,01 EUR /100kg/net	
	1901 90 11	Malzextrakt, mit einem Gehalt an Trockenmasse von ≥ 90 GHT	1,3 % + 4,5 EUR / 100kg/net	
	1901 90 19	Malzextrakt, mit einem Gehalt an Trockenmasse von < 90 GHT	1,3 % + 3,68 EUR/ 100 kg/net	
	1901 90 91	Lebensmittelzubereitungen aus Mehl, Grobgrieß, Feingrieß, Stärke oder Malzextrakt, kein Milchfett, keine Saccharose, Isoglucose, Glucose oder Stärke enthaltend, oder < 1,5 GHT Milchfett, 5 GHT Saccharose, Isoglucose, Glucose oder Stärke enthaltend, ohne oder mit Gehalt an Kakao von < 40 GHT, berechnet als vollständig entfetteter Kakao (ausgenommen Malzextrakt sowie zur Kinderernährung, in Aufmachung für den Einzelverkauf, Mischungen und Teig zum Herstellen von Backwaren und in Pulverform aus Milch, Rahm, Buttermilch, saurer Milch, saurem Rahm, Molke, Joghurt, Kefir oder ähnlichen Waren der Position 0401 bis 0404)	3,2 %	

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
	1901 90 95	Lebensmittelzubereitungen in Pulverform, bestehend aus einem Gemisch aus entrahmter Milch und/oder Molke und pflanzlichen Fetten/Ölen mit einem Gehalt an Fetten/Ölen von ≤ 30 GHT	1,9 % + 16,03 EUR /100kg/net	
	1901 90 99	Lebensmittelzubereitungen aus Mehl, Grobgrieß, Feingrieß, Stärke oder Malzextrakt, ohne Gehalt an Kakao oder mit Gehalt an Kakao von < 40 GHT, berechnet als vollständig entfetteter Kakao sowie Lebensmittelzubereitungen aus Milch, Rahm, Buttermilch, saurer Milch, saurem Rahm, Molke, Joghurt, Kefir oder ähnlichen Waren der Position 0401 bis 0404, ohne oder mit Gehalt an Kakao < 5 GHT, berechnet als vollständig entfetteter Kakao, anderweit nicht genannt (ausgenommen Malzextrakt sowie zur Ernährung von Kindern, in Aufmachung für den Einzelverkauf und Mischungen und Teig zum Herstellen von Backwaren und Waren der Unterpositionen 1901 90 91 und 1901 90 95)	1,9 % + 7,71 EUR /100kg/net	
	1902 11 00	Teigwaren, weder gekocht oder gefüllt noch in anderer Weise zubereitet, Eier enthaltend	1,9 % + 6,15 EUR /100kg/net	
	1902 19 10	Teigwaren, weder gekocht oder gefüllt noch in anderer Weise zubereitet, weder Weichweizenmehl noch Weichweizengrieß sowie keine Eier enthaltend	1,9 % + 6,15 EUR /100kg/net	
	1902 19 90	Teigwaren, Weichweizenmehl oder Weichweizengrieß enthaltend, weder gekocht oder gefüllt noch in anderer Weise zubereitet, keine Eier enthaltend	1,9 % + 5,28 EUR /100kg/net	
	1902 20 10	Teigwaren, mit Fleisch oder anderen Stoffen gefüllt, auch gekocht oder in anderer Weise zubereitet, > 20 GHT Fische, Krebstiere oder andere wirbellose Wassertiere enthaltend	2,1 %	

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
	1902 20 30	Teigwaren, mit Fleisch oder anderen Stoffen gefüllt, auch gekocht oder in anderer Weise zubereitet, > 20 GHT Wurst und ähnl. Erzeugnisse, Fleisch und Schlachtnebenerzeugnisse jeder Art, einschließlich Fett jeder Art oder Herkunft, enthaltend	13,58 EUR /100 kg/net	
	1902 20 91	Teigwaren, mit Fleisch oder anderen Stoffen gefüllt, gekocht (ausgenommen > 20 GHT Wurst und ähnliche Erzeugnisse, Fleisch und Schlachtnebenerzeugnisse jeder Art, einschließlich Fett jeder Art oder Herkunft oder > 20 GHT Fische, Krebstiere oder andere wirbellose Wassertiere enthaltend)	2,1 % + 1,53 EUR /100kg/net	
	1902 20 99	Teigwaren, mit Fleisch oder anderen Stoffen gefüllt, auch noch in anderer Weise zubereitet (ausgenommen gekocht oder > 20 GHT Wurst und ähnliche Erzeugnisse, Fleisch und Schlachtnebenerzeugnisse jeder Art, einschließlich Fett jeder Art oder Herkunft oder > 20 GHT Fische, Krebstiere oder andere wirbellose Wassertiere enthaltend)	2,1 % + 4,28 EUR /100kg/net	
	1902 30 10	Teigwaren, in Form von getrockneten Zubereitungen (ausgenommen gefüllte Teigwaren)	1,6 % + 6,15 EUR /100kg/net	
	1902 30 90	Teigwaren, gekocht oder anders zubereitet (ausgenommen gefüllte oder getrocknete Teigwaren)	1,6 % + 2,43 EUR /100kg/net	
	1902 40 10	Couscous, unzubereitet	1,9 % + 6,15 EUR /100kg/net	
	1902 40 90	Couscous, gekocht oder anders zubereitet	1,6 % + 2,43 EUR /100kg/net	
	1903 00 00	Tapiokasago und Sago aus anderen Stärken, in Form von Flocken, Graupen, Perlen, Krümeln und dergleichen	1,6 % + 3,78 EUR /100kg/net	

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
	1904 10 10	Lebensmittel, durch Aufblähen oder Rösten von Getreide oder Getreideerzeugnissen hergestellt, auf der Grundlage von Mais „z. B. Cornflakes“	1 % + 5 EUR /100kg/net	
	1904 10 30	Lebensmittel, durch Aufblähen oder Rösten von Getreide oder Getreideerzeugnissen hergestellt, auf der Grundlage von Reis	1,3 % + 11,5 EUR /100kg/net	
	1904 10 90	Lebensmittel, durch Aufblähen oder Rösten von Getreide oder Getreideerzeugnissen hergestellt (ausgenommen auf der Grundlage von Mais oder Reis)	1,3 % + 8,4 EUR /100kg/net	
	1904 20 10	Zubereitungen nach Art der „Müsli“ auf der Grundlage nicht gerösteter Getreideflocken	2,3 % + 4,74 EUR /100kg/net	
	1904 20 91	Lebensmittelzubereitungen, aus nichtgerösteten Getreideflocken oder aus Mischungen von nichtgerösteten und gerösteten Getreideflocken oder aufgeblähtem Getreide, auf der Grundlage von Mais (ausgenommen Zubereitungen nach Art der „Müsli“ auf der Grundlage nichtgerösteter Getreideflocken)	1 % + 5 EUR/100kg /net	
	1904 20 95	Lebensmittelzubereitungen, aus nichtgerösteten Getreideflocken oder aus Mischungen von nichtgerösteten und gerösteten Getreideflocken oder aufgeblähtem Getreide, auf der Grundlage von Reis (ausgenommen Zubereitungen nach Art der „Müsli“ auf der Grundlage nichtgerösteter Getreideflocken)	1,3 % + 11,5 EUR /100kg/net	
	1904 20 99	Lebensmittelzubereitungen, aus nichtgerösteten Getreideflocken oder aus Mischungen von nichtgerösteten und gerösteten Getreideflocken oder aufgeblähtem Getreide (ausgenommen auf der Grundlage von Mais oder Reis sowie Zubereitungen nach Art der „Müsli“ auf der Grundlage nichtgerösteter Getreideflocken)	1,3 % + 8,4 EUR /100kg/net	

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
	1904 30 00	Bulgur-Weizen in Form von bearbeiteten Körnern, durch Kochen von Hartweizenkörnern hergestellt	2,1 % + 6,43 EUR /100kg/net	
	1904 90 10	Reis, vorgekocht oder in anderer Weise zubereitet, anderweitig nicht genannt (ausgenommen Mehl, Grobgrieß und Feingrieß, Lebensmittel, durch Aufblähen oder Rösten hergestellt, sowie Lebensmittelzubereitungen aus ungerösteten Getreideflocken oder aus Mischungen von ungerösteten und gerösteten Getreideflocken oder aus aufgeblähtem Getreide)	2,1 % + 11,5 EUR /100kg/net	
	1904 90 80	Getreide in Form von Körnern oder in Form von Flocken oder anders bearbeiteten Körnern, vorgekocht oder in anderer Weise zubereitet, anderweit nicht genannt (ausgenommen Reis und Mais, Mehl, Grobgrieß und Feingrieß, Lebensmittel durch Aufblähen oder Rösten zubereitet, Lebensmittelzubereitungen aus nichtgerösteten Getreideflocken, Lebensmittelzubereitungen aus Mischungen von nichtgerösteten und gerösteten Getreideflocken oder aufgeblähtem Getreide sowie Bulgur-Weizen)	2,1 % + 6,43 EUR /100kg/net	
	1905 10 00	Knäckebrot	1,5 % + 3,25 EUR /100kg/net	
	1905 20 10	Lebkuchen und Honigkuchen und ähnliche Waren, auch kakaohaltig, mit einem Gehalt an Saccharose, einschließlich Invertzucker als Saccharose berechnet, von < 30 GHT	2,4 % + 4,58 EUR /100kg/net	
	1905 20 30	Lebkuchen und Honigkuchen und ähnliche Waren, auch kakaohaltig, mit einem Gehalt an Saccharose, einschließlich Invertzucker als Saccharose berechnet, von ≥ 30 GHT, jedoch < 50 GHT	2,5 % + 6,15 EUR /100kg/net	
	1905 20 90	Lebkuchen und Honigkuchen und ähnliche Waren, auch kakaohaltig, mit einem Gehalt an Saccharose, einschließlich Invertzucker	2,5 % + 7,85 EUR /100kg/net	

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
		als Saccharose berechnet, von ≥ 50 GHT		

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
	1905 31 11	Kekse und ähnliches Kleingebäck, gesüßt, auch kakaohaltig, ganz oder teilweise mit Schokolade oder kakaohaltigen Überzugsmassen überzogen oder bedeckt, in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts von ≤ 85 g	2,3 % + 4,74 EUR /100kg/net	
	1905 31 19	Kekse und ähnl. Kleingebäck, gesüßt, auch kakaohaltig, ganz oder teilweise mit Schokolade oder kakaohaltigen Überzugsmassen überzogen oder bedeckt, in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts von > 85 g	2,3 % + 4,74 EUR /100kg/net	
	1905 31 30	Kekse und ähnliches Kleingebäck, gesüßt, auch kakaohaltig, mit einem Gehalt an Milchfett von ≥ 8 GHT (ausgenommen ganz oder teilweise mit Schokolade oder kakaohaltigen Überzugsmassen überzogen oder bedeckt)	2,3 % + 4,74 EUR /100kg/net	
	1905 31 91	Doppelkekse mit Füllung, gesüßt, auch kakaohaltig, mit einem Gehalt an Milchfett von < 8 GHT (ausgenommen ganz oder teilweise mit Schokolade oder kakaohaltigen Überzugsmassen überzogen oder bedeckt)	2,3 % + 4,74 EUR/ 100kg/net	
	1905 31 99	Kekse und ähnliches Kleingebäck, gesüßt, auch kakaohaltig, mit einem Gehalt an Milchfett von < 8 GHT (ausgenommen ganz oder teilweise mit Schokolade oder kakaohaltigen Überzugsmassen überzogen oder bedeckt sowie Doppelkekse mit Füllung)	2,3 % + 4,74 EUR /100kg/net	
	1905 32 05	Waffeln mit einem Wassergehalt von > 10 GHT	2,3 % + 4,74 EUR /100kg/net	
	1905 32 11	Waffeln, auch kakaohaltig, ganz oder teilweise mit Schokolade oder kakaohaltigen Überzugsmassen überzogen oder bedeckt, in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts von ≤ 85 g (ausgenommen mit einem Wassergehalt von > 10 GHT)	2,3 % + 4,74 EUR /100kg/net	
	1905 32 19	Waffeln, auch kakaohaltig, ganz oder teilweise mit Schokolade oder kakaohaltigen Überzugsmassen überzogen	2,3 % + 4,74 EUR /100kg/net	

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
		oder bedeckt (ausgenommen in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts von ≤ 85 g sowie Waffeln mit einem Wassergehalt von > 10 GHT)		

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
	1905 32 91	Waffeln, gesalzen, auch gefüllt (ausgenommen mit einem Wassergehalt von > 10 GHT)	2,3 % + 4,74 EUR /100kg/net	
	1905 32 99	Waffeln, auch kakaohaltig, auch gefüllt (ausgenommen ganz oder teilweise mit Schokolade oder kakaohaltigen Überzugsmassen überzogen, gesalzen sowie solche mit einem Wassergehalt von > 10 GHT)	2,3 % + 4,74 EUR /100kg/net	
	1905 40 10	Zwieback	2,4 % + 4,74 EUR /100kg/net	
	1905 40 90	Brot, geröstet, und ähnl. geröstete Waren (ausgenommen Zwieback)	2,4 % + 4,74 EUR /100kg/net	
	1905 90 10	ungesäuertes Brot (Matzen)	1 % + 3,98 EUR /100kg/net	
	1905 90 20	Hostien, leere Oblatenkapseln der für Arzneiwaren verwendeten Art, Siegeloblaten, getrocknete Teigblätter aus Mehl oder Stärke und ähnl. Waren	1,1 % + 15,13 EUR /100kg/net	
	1905 90 30	Brot ohne Zusatz von Honig, Eiern, Käse oder Früchten, auch mit einem Gehalt an Zuckern oder Fetten, bezogen auf die Trockenmasse, von jeweils ≤ 5 GHT	2,4 % + 4,74 EUR /100kg/net	
	1905 90 45	Kekse und ähnliches Kleingebäck, ungesüßt	2,3 % + 4,74 EUR /100kg/net	
	1905 90 55	Backwaren, extrudierte und expandierte, gesalzen oder aromatisiert (ausgenommen Knäckebrot, Zwieback, geröstetes Brot und ähnliche geröstete Waren sowie Waffeln)	2,3 % + 4,74 EUR /100kg/net	
	1905 90 70	Torten, Rosinenbrot, Panettone, Baisers, Christstollen, Hörnchen und andere Backwaren mit einem Gehalt an Saccharose, Invertzucker oder Isoglucose von ≥ 5 GHT (ausgenommen Knäckebrot, Leb- und Honigkuchen und ähnliche Waren, Kekse und ähnliches Kleingebäck, Waffeln und Zwieback)	2,3 % + 4,74 EUR /100kg/net	

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
	1905 90 80	Pizzas, Quiches und andere Backwaren mit einem Gehalt an Saccharose, Invertzucker oder Isoglucose von < 5 % (ausgenommen Knäckebrot, Kekse und ähnliches Kleingebäck, Waffeln, Zwieback und ähnliche geröstete Waren, Brot, Hostien, leere Oblatenkapseln der für Arzneien verwendeten Art, Siegeloblaten, getrocknete Teigblätter aus Mehl oder Stärke und ähnliche Waren)	2,3 % + 3,5 EUR /100kg/net	

16. Zollkontingent für Lebensmittelzubereitungen des Kapitels 21

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
09.9016	2101 11 00	Auszüge, Essenzen und Konzentrate aus Kaffee	2,3 %	250 000 Tonnen
	2101 12 92	Zubereitungen auf der Grundlage von Auszügen, Essenzen und Konzentraten aus Kaffee	2,9 %	
	2101 12 98	Zubereitungen auf der Grundlage von Kaffee	2,3 % + 3,56 EUR /100kg/net	
	2101 20 20	Auszüge, Essenzen und Konzentrate aus Tee oder Mate	1,5 %	
	2101 20 92	Zubereitungen auf der Grundlage von Auszügen, Essenzen und Konzentraten aus Tee oder Mate	1,5 %	
	2101 20 98	Zubereitungen auf der Grundlage von Tee oder Mate	1,6 % + 3,56 EUR /100kg/net	
	2101 30 11	geröstete Zichorien	2,9 %	
	2101 30 19	Kaffeemittel, geröstet (ausgenommen Zichorien)	1,3 % + 3,18 EUR /100kg/net	
	2101 30 91	Auszüge, Essenzen und Konzentrate aus gerösteten Zichorien	3,5 %	

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingent-zollsatz	Kontin-gents-menge
	2101 30 99	Auszüge, Essenzen und Konzentrate aus gerösteten Kaffeemitteln (ausgenommen Zichorien)	2,7 % + 5,68 EUR /100kg/net	
	2102 10 10	ausgewählte Mutterhefen (Hefekulturen)	2,7 %	
	2102 10 31	Backhefen, getrocknet	3 %	
	2102 10 39	Backhefen (ausgenommen getrocknet)	3 %	
	2102 10 90	Hefen, lebend (ausgenommen ausgewählte Mutterhefen und Backhefen)	3,7 %	
	2102 20 11	Hefen, ohne Leben, in Form von Tabletten, Würfeln oder ähnlichen Aufmachungen, oder in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts von ≤ 1 kg	2,1 %	
	2102 20 19	Hefen, ohne Leben (ausgenommen in Form von Tabletten, Würfeln oder ähnlichen Aufmachungen, oder in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts von ≤ 1 kg)	1,3 %	
	2102 20 90	Einzeller-Mikroorganismen, ohne Leben (ausgenommen in Aufmachung als Arzneiwaren sowie Hefen)	0 %	
	2102 30 00	zubereitete Backtriebmittel in Pulverform	1,5 %	
	2103 10 00	Sojasoße	1,9 %	
	2103 20 00	Tomatenketchup und andere Tomatensoßen	2,6 %	
	2103 30 10	Senfmehl (ausgenommen zubereitet)	0 %	
	2103 30 90	Senf, einschließlich zubereitetes Senfmehl	2,3 %	
	2103 90 10	Mango-Chutney, flüssig	0 %	
	2103 90 30	Bitter, aromatische, mit einem Alkoholgehalt von 44,2 % vol bis 49,2 % vol, zubereitet unter Verwendung von 1,5 bis 6 GHT Enzian, Gewürzen und anderen Zutaten sowie 4 bis 10 GHT Zucker enthaltend, in Behältnissen mit einem Inhalt von ≤ 0,5 l	0 %	

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingent-zollsatz	Kontin-gents-menge
	2103 90 90	Zubereitungen zum Herstellen von Würzsoßen und zubereitete Würzsoßen sowie zusammengesetzte Würzmittel (ausgenommen Sojasoße, Tomatenketchup und andere Tomatensoßen, Mango-Chutney, flüssig sowie aromatische Bitter der Unterposition 2103 90 30)	1,9 %	
	2104 10 00	Zubereitungen zum Herstellen von Suppen oder Brühen; Suppen und Brühen	2,9 %	
	2104 20 00	Lebensmittel in Form von Zubereitungen aus einer fein homogenisierten Mischung mehrerer Grundstoffe, wie Fleisch, Fisch, Gemüse oder Früchten, aufgemacht für den Einzelverkauf zur Ernährung von Kindern oder zum Diätgebrauch in Behältnissen mit einem Inhalt von ≤ 250 g	3,5 %	
	2105 00 10	Speiseeis, auch kakaohaltig, kein Milchfett enthaltend oder mit einem Gehalt an Milchfett von < 3 GHT	2,2 % + 5,05 EUR /100kg/net	
	2105 00 91	Speiseeis, auch kakaohaltig, mit einem Gehalt an Milchfett von ≥ 3 GHT, jedoch < 7 GHT	2 % + 9,63 EUR /100kg/net	
	2105 00 99	Speiseeis, auch kakaohaltig, mit einem Gehalt an Milchfett von ≥ 7 GHT	2 % + 13,5 EUR /100kg/net	
	2106 10 20	Eiweißkonzentrate und texturierte Eiweißstoffe, kein Milchfett und keine Saccharose, Isoglucose, Stärke oder Glucose enthaltend oder < 1,5 GHT Milchfett, < 5 GHT Saccharose oder Isoglucose, < 5 GHT Glucose oder < 5 GHT Stärke enthaltend	3,2 %	
	2106 10 80	Eiweißkonzentrate und texturierte Eiweißstoffe, ≥ 1,5 GHT Milchfett, ≥ 5 GHT Saccharose oder Isoglucose, ≥ 5 GHT Glucose oder ≥ 5 GHT Stärke enthaltend	66,75 EUR /100kg/net	

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingent-zollsatz	Kontin-gents-menge
	2106 90 20	Zubereitungen, zusammengesetzt, alkoholhaltig, der zum Herstellen von Getränken verwendeten Art und mit einem vorhandenen Alkoholgehalt von > 0,5 % vol (ausgenommen solche auf der Basis von Riechstoffen)	4,3 % MIN 0,25 EUR/ % vol/hl	
	2106 90 30	Isoglucosesirup, aromatisiert oder gefärbt	10,68 EUR /100kg/net mas	
	2106 90 51	Lactosesirup, aromatisiert oder gefärbt	3,5 EUR /100kg/net	
	2106 90 55	Glucosesirup und Maltodextrinsirup, aromatisiert oder gefärbt	5 EUR /100kg/net	
	2106 90 59	Zuckersirupe, aromatisiert oder gefärbt (ausgenommen Isoglucosesirup, Lactosesirup, Glucose- und Maltodextrinsirup)	0,1 EUR /100kg/net pro 1 GHT an Saccha-rose, ein-schließlich anderer als Saccharose berechneter Zucker	
	2106 90 92	Lebensmittelzubereitungen, anderweit nicht genannt, kein Milchfett und keine Saccharose, Isoglucose, Stärke oder Glucose enthaltend, oder < 1,5 GHT Milchfett, < 5 GHT Saccharose oder Isoglucose, < 5 GHT Glucose oder < 5 GHT Stärke enthaltend	3,2 %	
	2106 90 98	Lebensmittelzubereitungen, anderweitig nicht genannt, ≥ 1,5 GHT Milchfett, ≥ 5 GHT Saccharose oder Isoglucose, ≥ 5 GHT Glucose oder ≥ 5 GHT Stärke enthaltend	2,3 % + 8,35 EUR /100kg/net	

17. Zollkontingent für bestimmte nicht alkoholhaltige Getränke

Laufende Nummer	KN-Code	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
09.9017	2202 10 00	Wasser, einschließlich Mineralwasser und kohlensäurehaltiges Wasser, mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln oder Aromastoffen	0 %	20 000 Tonnen
	2202 91 00	alkoholfreies Bier		
	2202 99 19	Getränke, nicht alkoholhaltig, keine Milch oder Milcherzeugnisse und keine Fette hieraus enthaltend		

18. Zollkontingent für Mannitol und Sorbit

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
09.9018	2905 43	Mannitol	0 %	2 500 Tonnen
	2905 44	D-Glucitol (Sorbit)		

19. Zollkontingent für Riechstoffe

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
09.9019	3302 10 29	Zubereitungen auf der Grundlage von Riechstoffen, die alle charakteristischen Aromastoffe eines Getränks enthalten, ≥ 1,5 GHT Milchfett, ≥ 5 GHT Saccharose oder Isoglucose, ≥ 5 GHT Glucose oder ≥ 5 GHT Stärke enthaltend, von der in der Getränkeindustrie verwendeten Art (ausgenommen mit einem vorhandenen Alkoholgehalt von > 0,5 % vol)	0 %	1 400 Tonnen

20. Zollkontingent für Dextrine

Laufende Nummer	KN-Code 2025	Warenbezeichnung	Kontingentzollsatz	Kontingentsmenge
09.9020	3505 10	Dextrine und andere modifizierte Stärken, z. B. Quellstärke oder veresterte Stärke	0 %	11 000 Tonnen

Zu dieser Verordnung wurden zwei Erklärungen abgegeben, die in ABl. C, …, ELI: … und in ABl. C, …, ELI: … zu finden sind[+].

[+] ABl.: Bitte die Amtsblattfundstelle der Erklärungen und den/die Link(s) zur/zu den Erklärungen einfügen.

Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments und der Kommission zum Schutzmechanismus gemäß der Verordnung (EU) 2026/... zur Anpassung der Zölle auf die Einfuhren bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika und zur Eröffnung von Zollkontingenten für die Einfuhr bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika

Die Kommission erkennt an, wie wichtig es ist, dass das Europäische Parlament die Durchführung dieser Verordnung in Bezug auf den Schutzmechanismus für die Aussetzung der den Vereinigten Staaten gewährten Präferenzen genau überwacht. Zu diesem Zweck wird die Kommission, wenn das Europäische Parlament der Kommission die Einleitung einer Schutzmaßnahmenuntersuchung empfiehlt, sorgfältig prüfen, ob die Umstände die Einleitung einer Untersuchung von Amts wegen rechtfertigen, und das Europäische Parlament über das Ergebnis ihrer Bewertung unterrichten.

Erklärung der Kommission zu den Durchführungsrechtsakten gemäß der Verordnung (EU) 2026/... zur Anpassung der Zölle auf die Einfuhren bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika und zur Eröffnung von Zollkontingenten für die Einfuhr bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika

Die Kommission unterrichtet das Europäische Parlament regelmäßig und wird dessen Standpunkt so weit wie möglich berücksichtigen, bevor sie einen Durchführungsrechtsakt im Rahmen dieser Verordnung vorschlägt.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0197

Nichtanwendung von Zöllen auf die Einfuhren bestimmter Waren

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Juni 2026 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Nichtanwendung von Zöllen auf die Einfuhren bestimmter Waren (COM(2025)0472 – C10-0192/2025 – 2025/0260(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2025)0472),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel 207 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C10-0192/2025),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die haushaltspolitische Bewertung durch den Haushaltsausschuss,

– unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 75 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung vom zuständigen Ausschuss angenommen wurde, und auf die vom Vertreter des Rates mit Schreiben vom 27. Mai 2026 gemachte Zusage, den Standpunkt des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen,

– gestützt auf die Artikel 60 und 58 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für internationalen Handel (A10-0070/2026),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest[1];

2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

[1] Dieser Standpunkt ersetzt die am 26. März 2026 angenommenen Abänderungen (Angenommene Texte P10_TA(2026)0097).

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

P10_TC1-COD(2025)0260

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 16. Juni 2026 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) 2026/... des Europäischen Parlaments und des Rates über die Nichtanwendung von Zöllen auf die Einfuhren bestimmter Waren

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 207 Absatz 2,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren[1],

[1] Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 16. Juni 2026.

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Union und die Vereinigten Staaten von Amerika (im Folgenden „Vereinigte Staaten“) haben die umfassendsten und tiefsten bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen der Welt und ihre Volkswirtschaften sind eng miteinander verzahnt. Der bilaterale Handel zwischen ihnen belief sich 2024 auf insgesamt mehr als 1,6 Bio. EUR. Diese vertiefte und umfassende Partnerschaft stützt sich auf erhebliche gegenseitige Investitionen in Höhe von rund 5,3 Bio. EUR in den Markt der jeweils anderen Seite.

(2) Damit es nicht zu Störungen in ihren bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen kommt und diese Beziehungen weiter verbessert werden, ***einigten sich die Union und die Vereinigten Staaten auf eine Gemeinsame Erklärung zu einem Zollabkommen, die am 21. August 2020 bekannt gegeben wurde*** (im Folgenden „Gemeinsame Erklärung aus dem Jahr 2020“) ***und in der sich die Union verpflichtete, Zölle auf Einfuhren lebender Hummer und gefrorener Hummererzeugnisse aus den Vereinigten Staaten abzuschaffen, und in der sich die Vereinigten Staaten im Gegenzug verpflichteten, ihre Zollsätze für bestimmte von der Union ausgeführte Waren mit einem durchschnittlichen jährlichen Handelswert von 160 Mio. USD – darunter bestimmte genussfertige Gerichte, bestimmte Kristallglaswaren, Spachtel- und Verputzmassen, Schießpulver, Feuerzeuge und Feuerzeugteile – um 50 % zu senken. Zur Umsetzung der Gemeinsamen Erklärung aus dem Jahr 2020*** hat die Union am 16. Dezember 2020 die Verordnung (EU) 2020/2131 des Europäischen Parlaments und des Rates[2] über die Abschaffung von Zöllen ***erga omnes auf eine begrenzte Anzahl von*** Waren, ***darunter lebende Hummer und gefrorene Hummererzeugnisse mit Ursprung in den Vereinigten Staaten, für den Zeitraum*** vom 1. August 2020 ***bis zum*** 31. Juli 2025 erlassen.

[2] Verordnung (EU) 2020/2131 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über die Abschaffung von Zöllen auf bestimmte Waren (ABl. L 430 vom 18.12.2020, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2020/2131/oj).

(3) Am 27. Juli 2025 haben die Präsidentin der Kommission und der Präsident der Vereinigten Staaten eine politische Einigung erzielt, die anschließend in der Gemeinsamen Erklärung über einen Rahmen für ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten über einen auf Gegenseitigkeit beruhenden, gerechten und ausgewogenen Handel vom 21. August 2025 (im Folgenden „Gemeinsame Erklärung“) zum Ausdruck kam. Entsprechend dieser politischen Einigung und der Gemeinsamen Erklärung und zur Sicherstellung des kontinuierlichen Zugangs von Unionswaren zum Markt der Vereinigten Staaten sollte die Union vorsehen, dass die Zölle auf die Einfuhren der von der Verordnung (EU) 2020/2131 erfassten Hummerarten in die Union für einen weiteren Zeitraum nicht angewandt werden. Entsprechend dieser politischen Einigung und der Gemeinsamen Erklärung sollte die Nichtanwendung der Zölle sich auch auf die Einfuhren verarbeiteten Hummers, der in den Code 1605 30 90 der Kombinierten Nomenklatur (KN) gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates[3] eingereiht ist, erstrecken.

(4) Daher sollten die geltenden Einfuhrzölle auf die von dieser Verordnung erfassten Waren 0 % betragen, ***es sei denn,*** die Vereinigten Staaten setzen die Gemeinsame Erklärung ***nicht länger*** wirksam um.

(5) Damit einheitliche Bedingungen für die Durchführung dieser Verordnung gewährleistet sind, sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse übertragen werden, um die Nichtanwendung von Zöllen auf die von dieser Verordnung erfassten Waren unter bestimmten Umständen ganz oder teilweise auszusetzen. Diese Befugnisse sollten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates[4] ausgeübt werden.

---

3 Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (ABl. L 256 vom 7.9.1987, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/1987/2658/oj).

4 Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren (ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj).

(6) Bis zum 31. Januar 2030 sollte die Kommission eine Bewertung der Auswirkungen dieser Verordnung vorlegen. Diese Bewertung sollte die Änderungen umfassen, die sich seit dem 1. August 2025 in Bezug auf das Handelsvolumen und den Handelswert der Ausfuhren von von dieser Verordnung erfassten Waren aus den Vereinigten Staaten in die Union ergeben haben. Der Bewertung sollte, wo angemessen, ein Gesetzgebungsvorschlag zur Verlängerung des Anwendungszeitraums dieser Verordnung beigefügt werden.

(7) Da es wichtig ist, Störungen der Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen der Union und den Vereinigten Staaten zu vermeiden, sollte diese Verordnung am Tag ihrer Veröffentlichung in Kraft treten. Aus demselben Grund sollte diese Verordnung rückwirkend ab dem 1. August 2025 gelten. Zölle, die in der Zeit vom 1. August 2025 bis zum Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung entrichtet wurden und über die gemäß dieser Verordnung geltenden Zölle hinausgehen, sollten auf Antrag erstattet werden —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Nichtanwendung von Zöllen

Die auf die Einfuhren der Waren, die in die im Anhang der vorliegenden Verordnung aufgeführten Codes der Kombinierten Nomenklatur (KN-Codes) eingereiht werden, in die Union geltenden Zölle des mit der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 eingeführten Gemeinsamen Zolltarifs betragen 0 %.

Artikel 2

Aussetzung

(1) Die Kommission kann einen Durchführungsrechtsakt erlassen, mit dem die Anwendung des Artikels 1 ganz oder teilweise ausgesetzt wird, wenn einer der folgenden Umstände vorliegt:

a) die Vereinigten Staaten setzen die am 21. August 2025 bekannt gegebene Gemeinsame Erklärung über einen Rahmen für ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten über einen auf Gegenseitigkeit beruhenden, gerechten und ausgewogenen Handel (im Folgenden „Gemeinsame Erklärung“) nicht um oder untergraben die Ziele der Verbesserung der Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen der Union und den Vereinigten Staaten sowie die mit der Gemeinsamen Erklärung verfolgten Ziele auf andere Weise, untergraben den Zugang von Wirtschaftsteilnehmern aus der Union zum Markt der Vereinigten Staaten oder stören die Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen der Union und den Vereinigten Staaten anderweitig,

b) es gibt hinreichende Hinweise darauf, dass die Vereinigten Staaten künftig in der in Buchstabe a genannten Weise handeln werden, ***oder***

c) die objektiven Umstände gegenüber den zum Zeitpunkt der Gemeinsamen Erklärung herrschenden Umständen haben sich geändert.

Dieser Durchführungsrechtsakt wird gemäß dem in Artikel 3 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

(2) Der in Absatz 1 genannte Durchführungsrechtsakt gilt, solange die in dem genannten Absatz genannten Umstände andauern.

Artikel 3

Ausschussverfahren

(1) Die Kommission wird von dem mit der Verordnung (EU) 2015/1843 des Europäischen Parlaments und des Rates[5] eingesetzten Ausschuss „Handelshemmnisse“ unterstützt. ***Dieser Ausschuss ist ein Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.***

(2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

[5] Verordnung (EU) 2015/1843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 zur Festlegung der Verfahren der Union im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik zur Ausübung der Rechte der Union nach internationalen Handelsregeln, insbesondere den im Rahmen der Welthandelsorganisation vereinbarten Regeln (ABl. L 272 vom 16.10.2015, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2015/1843/oj).

Artikel 4

Erstattung von Zöllen

Auf Antrag der betreffenden Wirtschaftsteilnehmer erstatten die zuständigen nationalen Zollbehörden der Mitgliedstaaten alle über die gemäß dieser Verordnung geltenden Zölle hinausgehenden Zölle, die in Bezug auf in der Zeit zwischen dem 1. August 2025 und dem … [Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] in die Union eingeführte Waren, die in die im Anhang aufgeführten KN-Codes eingereiht werden, entrichtet wurden.

Artikel 5

Bewertung und Berichterstattung

(1) Bis zum 31. Januar 2030 legt die Kommission eine Bewertung der Auswirkungen dieser Verordnung vor. Diese Bewertung umfasst die Änderungen, die sich seit dem 1. August 2025 in Bezug auf das Handelsvolumen und den Handelswert der Ausfuhren von Waren, die in die im Anhang aufgeführten KN-Codes eingereiht werden, aus den Vereinigten Staaten in die Union ergeben haben.

(2) Der in Absatz 1 genannten Bewertung wird, wo angemessen, ein Gesetzgebungsvorschlag zur Verlängerung des Anwendungszeitraums dieser Verordnung beigefügt.

(3) Die Kommission unterrichtet das Europäische Parlament und den Rat regelmäßig und zeitnah über relevante Entwicklungen bei der Anwendung dieser Verordnung.

Artikel 6

Inkrafttreten und Anwendung

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Sie gilt vom 1. August 2025 ***bis zum 31. Juli 2030***.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu … am …

Im Namen des Europäischen Parlaments	*Im Namen des Rates*
Die Präsidentin	*Der Präsident/Die Präsidentin*

ANHANG

KN-Code 2025[1]	Warenbezeichnung
0306 11 90	Langusten (*Palinurus* spp., *Panulirus* spp., und *Jasus* spp.), auch geräuchert, auch ohne Panzer, gefroren, einschließlich Langusten in ihrem Panzer, in Wasser oder Dampf gekocht (ausgenommen Langustenschwänze)
0306 12 10	Hummer (*Homarus* spp.), ganz, auch geräuchert oder in Wasser oder Dampf gekocht, gefroren
0306 12 90	Hummer (*Homarus* spp.), auch geräuchert, auch ohne Panzer, gefroren, einschließlich Hummern in ihrem Panzer, in Wasser oder Dampf gekocht (ausgenommen ganze Hummer)
0306 32 10	Hummer (*Homarus* spp.), lebend
1605 30 90	Hummer, zubereitet oder haltbar gemacht (ausg. nur geräuchert; ausg. Hummerfleisch, gekocht, zum Herstellen von Hummerbutter, -pasten, -suppen oder -soßen)

[1] Die Codes der Nomenklatur sind der Kombinierten Nomenklatur gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif in der für 2025 geltenden Fassung und sinngemäß in der durch nachfolgende Rechtsakte geänderten Fassung entnommen.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0198

Vereinfachung der Umsetzung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Digital-Omnibus-Verordnung zur KI)

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Juni 2026 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) 2024/1689 und (EU) 2018/1139 im Hinblick auf die Vereinfachung der Umsetzung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Digital-Omnibus-Verordnung zur KI) (COM(2025)0836 – C10-0304/2025 – 2025/0359(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2025)0836),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel 114 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C10-0304/2025),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme der Europäischen Zentralbank vom 15. April 2026[1],

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 18. März 2026[2],

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses der Regionen vom 7. Mai 2026[3],

– unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 75 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung von den zuständigen Ausschüssen angenommen wurde, und auf die vom Vertreter des Rates mit Schreiben vom 13. Mai 2026 gemachte Zusage, den Standpunkt des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über

1 ABl. C, C/2026/2285, 15.4.2026, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2026/2285/oj.
2 Stellungnahme vom 18. März 2026 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).
3 Stellungnahme vom 7. Mai 2026 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen,

– gestützt auf Artikel 60 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die gemeinsamen Beratungen des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz und des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres gemäß Artikel 59 der Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Stellungnahmen des Ausschusses für Verkehr und Tourismus, des Ausschusses für Kultur und Bildung und des Rechtsausschusses,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz und des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (A10-0073/2026),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest[4];

2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

[4] Dieser Standpunkt ersetzt die am 26. März 2026 angenommenen Abänderungen (Angenommene Texte P10_TA(2026)0098).

P10_TC1-COD(2025)0359

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 16. Juni 2026 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) 2026/... des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) 2024/1689, (EU) 2018/1139 und (EU) 2023/1230 im Hinblick auf die Vereinfachung der Umsetzung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Digital-Omnibus-Verordnung zur KI)

(Text von Bedeutung für den EWR)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 114,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme der Europäischen Zentralbank[1],

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses[2],

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen[3],

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren[4],

1 ABl. C, C/2026/2285, 15.4.2026, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2026/2285/oj.
2 Stellungnahme vom 18. März 2026 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).
3 Stellungnahme vom 7. Mai 2026 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).
4 Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 16. Juni 2026.

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Mit der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates[5] wurden harmonisierte Vorschriften für künstliche Intelligenz (KI) mit dem Ziel festgelegt, das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern, die Einführung einer auf den Menschen ausgerichteten und vertrauenswürdigen KI zu fördern und gleichzeitig ein hohes Schutzniveau in Bezug auf Gesundheit, Sicherheit und Grundrechte zu gewährleisten und Innovationen zu unterstützen. Die Verordnung (EU) 2024/1689 ist am 1. August 2024 in Kraft getreten. Ihre Bestimmungen werden schrittweise anwendbar; ab dem 2. August 2027 finden alle Vorschriften Anwendung.

(2) Die Erfahrungen, die im Rahmen der Durchführung der bereits geltenden Teile der Verordnung (EU) 2024/1689 gesammelt wurden, können bei der Durchführung der Teile hilfreich sein, deren Anwendung noch aussteht. In diesem Zusammenhang haben die verzögerte Ausarbeitung von Normen, die technische Lösungen für Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen bieten, damit diese ihren Pflichten aus der genannten Verordnung nachkommen können, sowie die verzögerte Einrichtung der Governance- und Konformitätsbewertungsrahmen auf nationaler Ebene zu einem höheren Befolgungsaufwand geführt als erwartet. Darüber hinaus haben Konsultationen der Interessenträger ergeben, dass zusätzliche Maßnahmen erforderlich sind, die die Umsetzung und Einhaltung der Vorschriften erleichtern und präzisieren, ohne das mit den Bestimmungen der Verordnung (EU) 2024/1689 angestrebte Niveau des Schutzes der Gesundheit, der Sicherheit und der Grundrechte vor KI-bezogenen Risiken zu senken.

---

5 Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz) (ABl. L, 2024/1689, 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj).

(3) Es sind gezielte Änderungen der Verordnung (EU) 2024/1689 erforderlich, um bestimmte Herausforderungen bei der Durchführung im Hinblick auf die wirksame***, einfache und einheitliche*** Anwendung der einschlägigen Vorschriften zu bewältigen.

(4) Um KI-Innovationen im privaten und öffentlichen Sektor zu ermöglichen, ist es wichtig, dass die Kommission und die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die Aufsicht, Durchsetzung und Überwachung sektorspezifischer und nationaler Rechtsvorschriften nicht zu Überschneidungen, uneinheitlichen Auslegungen oder unterschiedlicher Durchsetzung führt.

(5) Mit der Verordnung (EU) 2024/1689 werden horizontale Vorschriften für KI-Systeme festgelegt, um sicherzustellen, dass die öffentlichen Interessen in Bezug auf Gesundheit, Sicherheit sowie die Grundrechte einheitlich und in hohem Maße geschützt werden. Für die in Artikel 6 Absatz 1 genannten Hochrisiko-KI-Systeme gilt diese Verordnung in Verbindung mit den in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union. In bestimmten Fällen können in diesen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union Anforderungen festgelegt werden, mit denen ein gleiches oder höheres Schutzniveau für die relevanten öffentlichen Interessen erreicht wird als durch die in der Verordnung (EU) 2024/1689 festgelegten spezifischen Anforderungen oder Verpflichtungen. In diesem Fall sollte es möglich sein, die Anwendung bestimmter Anforderungen oder Verpflichtungen, die in der Verordnung (EU) 2024/1689 festgelegt sind, einzuschränken, um die Einhaltung der Vorschriften zu erleichtern, den Verwaltungsaufwand und Doppelarbeit zu minimieren und gleichzeitig das durch diese Verordnung garantierte Schutzniveau zu wahren. Eine solche Einschränkung sollte möglich sein, sofern und soweit in den in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union Anforderungen vorgesehen sind, die ein gleichwertiges Schutzniveau in Bezug auf Gesundheit, Sicherheit bzw. Grundrechte bieten wie die betreffende Anforderung bzw. Verpflichtung. Der Kommission sollte die Befugnis übertragen werden, delegierte Rechtsakte zur Ergänzung jener Verordnung zu erlassen, in denen solche Fälle ausgewiesen werden und die betreffenden Produkte, die Anforderungen oder Verpflichtungen, die beschränkt werden können, sowie die Bedingungen und der Umfang etwaiger Beschränkungen festgelegt werden, um

sicherzustellen, dass das in der Verordnung (EU) 2024/1689 vorgesehene Schutzniveau nicht verringert wird.

(6) ***Bei den meisten Unternehmen in der Union handelt es sich um kleine und mittlere Unternehmen, wobei die Mehrheit dieser Unternehmen Kleinstunternehmen und kleine Unternehmen sind.*** Unternehmen, die nicht mehr unter die Definition von Kleinstunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen ***(KMU)*** fallen – nämlich die „kleinen Midcap-Unternehmen“ –, spielen eine entscheidende Rolle in der Wirtschaft der Union. Im Vergleich zu KMU weisen kleine Midcap-Unternehmen in der Regel ein schnelleres Wachstumstempo sowie ein höheres Innovationsniveau und einen höheren Digitalisierungsgrad auf. Dennoch stehen sie hinsichtlich des Verwaltungsaufwands vor ähnlichen Herausforderungen wie KMU, was die Notwendigkeit einer verhältnismäßigen Durchführung der Verordnung (EU) 2024/1689 sowie gezielter Unterstützungsmaßnahmen nach sich zieht. Um Unternehmen den reibungslosen Übergang von KMU zu kleinen Midcap-Unternehmen zu ermöglichen, ist es wichtig, die Auswirkungen, die die genannte Verordnung auf die Tätigkeit dieser Unternehmen haben kann, sobald sie zu Midcap-Unternehmen werden und den für Großunternehmen geltenden Vorschriften unterliegen, kohärent zu berücksichtigen. Die Verordnung (EU) 2024/1689 sieht mehrere Maßnahmen für kleinere Akteure vor, die ***erforderlichenfalls*** auf kleine Midcap-Unternehmen ausgeweitet werden sollten***, wobei die in der Verordnung (EU) 2024/1689 übergeordneten Ziele und das dort vorgesehene Schutzniveau zu wahren sind***. Um die Behandlung der KMU und kleinen Midcap-Unternehmen in der Verordnung (EU) 2024/1689 zu präzisieren, müssen Definitionen für KMU und kleine Midcap-Unternehmen eingeführt werden, die den Definitionen im Anhang der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission[6] bzw. im Anhang der Empfehlung (EU) 2025/1099 der Kommission[7] entsprechen sollten.

---

6 Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2003/361/oj).

7 Empfehlung (EU) 2025/1099 der Kommission vom 21. Mai 2025 zur Definition kleiner Midcap-Unternehmen (ABl. L, 2025/1099, 28.5.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2025/1099/oj).

(7) Der Begriff „Sicherheitsbauteil“ ist für die Einstufung bestimmter KI-Systeme als hochriskant gemäß der Verordnung (EU) 2024/1689 von entscheidender Bedeutung. Daher sollte der Begriff so gefasst werden, dass er – entsprechend dem risikobasierten Ansatz der genannten Verordnung – nur KI-Systeme umfasst, die sich nachteilig auf die Gesundheit und Sicherheit von Personen oder Eigentum auswirken könnten. Die Begriffsbestimmung in Artikel 3 Nummer 14 der Verordnung (EU) 2024/1689 bietet nicht die erforderliche Präzision, damit Anbieter von KI-Systemen festlegen können, ob ein KI-System als Sicherheitsbauteil einzustufen ist, und birgt daher die Gefahr die Einstufung als Hochrisiko-KI-System über das durch den risikobasierten Ansatz dieser Verordnung gerechtfertigte Maß hinaus auszudehnen. Daher ist es notwendig, diese Begriffsbestimmung zu ändern. Zunächst ist es erforderlich, den Begriff „Sicherheitsfunktion“ zu präzisieren. Bei der Sicherheitsfunktion sollte es sich um eine Zweckbestimmung des Systems handeln, die vom Anbieter des Systems festgelegt wird. Ein KI-System erfüllt dann eine Sicherheitsfunktion, wenn seine vom Anbieter festgelegte Zweckbestimmung darin besteht, Risiken für die Gesundheit und Sicherheit von Personen oder Eigentum abzuwenden oder zu mindern. Insbesondere sind hiervon KI-Systeme ausgenommen, die ausschließlich dazu bestimmt sind, Funktionen im Zusammenhang mit der Nutzerunterstützung, der Leistungsoptimierung, der Dienstleistungseffizienz, der Automatisierung, dem Bedienkomfort oder nicht sicherheitsrelevanter Aspekte der Qualitätskontrolle zu erfüllen. Die bloße Tatsache, dass ein KI-System in ein Produkt integriert ist oder in einem Produkt zum Einsatz kommt, das Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union unterliegt, bedeutet an sich noch nicht, dass es eine Sicherheitsfunktion erfüllt.

(8) Nach Artikel 4 der Verordnung (EU) 2024/1689 sind derzeit alle Anbieter und Betreiber von KI-Systemen verpflichtet, die KI-Kompetenz ihres Personals sicherzustellen. Der Erwerb von KI-Kompetenz, angefangen bei der allgemeinen und beruflichen Bildung bis hin zum lebenslangen Lernen, ist unerlässlich, um Anbieter, Betreiber und andere betroffene Personen mit den notwendigen ***Fähigkeiten auszustatten,*** damit sie fundierte Entscheidungen über den Einsatz von KI-Systemen treffen können. Die von den Interessenträgern geteilten Erfahrungen zeigen jedoch, dass eine ***Lösung, bei der strenge Verpflichtungen auferlegt werden, um ein ausreichendes Maß an KI-Kompetenz sicherzustellen,*** in Bezug auf die Förderung der KI-Kompetenz nicht für alle Arten von Anbietern und Betreibern geeignet wäre. Darüber hinaus deuten Daten darauf hin, dass die Auferlegung solcher Verpflichtungen – insbesondere für kleinere Unternehmen – einen zusätzlichen Befolgungsaufwand verursacht, während KI-Kompetenz unabhängig von gesetzlichen Verpflichtungen und möglichen Sanktionen eine strategische Priorität sein sollte. Angesichts dessen sollte Artikel 4 der Verordnung (EU) 2024/1689 dahin gehend geändert werden, dass die Anbieter und Betreiber ***verpflichtet sind, Maßnahmen zu ergreifen, um die*** KI-Kompetenz ihres Personals und anderer Personen, die in ihrem Auftrag mit dem Betrieb und der Nutzung von KI-Systemen befasst sind, ***zu fördern***. ***Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten die Bemühungen der Anbieter und Betreiber von KI-Systemen unterstützen und erleichtern***, unter anderem durch das Anbieten von Schulungen, das Bereitstellen von Informationsressourcen und die Ermöglichung des Austauschs bewährter Verfahren sowie andere Initiativen. ***Bei der Erfüllung dieser Verpflichtung könnten die Kommission und die Mitgliedstaaten die europäischen Kompetenzrahmen berücksichtigen, etwa den Referenzrahmen für digitale Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger (DigComp) und den KI-Kompetenzrahmen für die Primar- und Sekundarschulbildung.*** Das Europäische Gremium für künstliche Intelligenz (im Folgenden „KI-Gremium“) ***sollte die Kommission und die Mitgliedstaaten durch die Annahme von Empfehlungen unterstützen, in denen gemeinsame Ziele festgelegt werden, die zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu erreichen sind, und*** einen regelmäßigen Austausch zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten zu diesem Thema sicherstellen, während die Allianz für KI-Anwendungen Gespräche mit der breiteren Öffentlichkeit

ermöglichen sollte.

▌

(9) Die Erkennung und Korrektur von Verzerrungen stellt ein erhebliches öffentliches Interesse dar, da so natürliche Personen vor den nachteiligen Auswirkungen von Verzerrungen, einschließlich Diskriminierung, geschützt werden. ***Aus diesem Grund*** bietet die Verordnung (EU) 2024/1689 ▌ eine Rechtsgrundlage***, die es Anbietern von Hochrisiko-KI-Systemen in bestimmten Ausnahmefällen und vorbehaltlich strenger Schutzmaßnahmen gestattet,*** besondere Kategorien personenbezogener Daten ▌ zu verarbeiten. ***Diese Rechtsgrundlage ist mit der Verpflichtung dieser Anbieter verknüpft, Verfahren zur Erkennung, Vermeidung und Korrektur jener Verzerrungen festzulegen, bei denen es wahrscheinlich ist, dass sie die Gesundheit und Sicherheit von Personen beeinträchtigen, negative Auswirkungen hinsichtlich der Grundrechte haben oder zu Diskriminierungen führen, die nach dem Unionsrecht verboten sind. Dennoch könnten Verzerrungen, bei denen diese Auswirkungen wahrscheinlich sind, auch auf das Handeln der Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen zurückzuführen sein. Darüber hinaus könnten solche Verzerrungen auch bei anderen KI-Systemen oder -Modellen auftreten. So können beispielsweise durch Verzerrungen in den Instrumenten zur Prüfung der Eignung oder Risikobewertung, die bei der Beurteilung von Anträgen auf verschiedene Arten öffentlicher Genehmigungen oder Lizenzen zum Einsatz kommen, Rechte beeinträchtigt oder bestimmte Gruppen wirksam am Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen gehindert werden. Dementsprechend besteht ein erhebliches öffentliches Interesse daran, Anbietern und Betreibern anderer KI-Systeme und -Modelle sowie Betreibern von Hochrisiko-KI-Systemen ausnahmsweise und nur dann, wenn dies unbedingt erforderlich ist, die*** Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten ***zum Zwecke der Erkennung und Korrektur von Verzerrungen zu gestatten.***

Daher ist es erforderlich, die mit der Verordnung (EU) 2024/1689 geschaffene Rechtsgrundlage auf diese Anbieter und Betreiber auszuweiten. Diese Rechtsgrundlage ***sollte denselben Begrenzungen, Bedingungen und Schutzmaßnahmen unterliegen, die gemäß dem bestehenden Artikel 10 Absatz 5 jener Verordnung gelten,*** damit die Einhaltung von Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe g der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates[8], Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe g der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates[9] und Artikel 10 Buchstabe a der Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates[10] ***sichergestellt wird. Damit Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen zur Vorbereitung auf die Einhaltung der Anforderungen an Hochrisiko-KI-Systeme, einschließlich Artikel 10 Absatz 2 Buchstaben f und g der Verordnung (EU) 2024/1689, rechtmäßig Tätigkeiten zur Erkennung und Korrektur von Verzerrungen durchführen können, sollte die mit Artikel 4a der Verordnung (EU) 2024/1689 festgelegte Rechtsgrundlage ab dem Geltungsbeginn dieser Verordnung gelten.***

---

8 Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj)

9 Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2018/1725/oj).

10 Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 89, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2016/680/oj).

(10) Mit Artikel 5 der Verordnung (EU) 2024/1689 werden bestimmte Praktiken von KI-Systemen verboten, die besonders schädlich und missbräuchlich sind, im Widerspruch zu bestimmten Werten der Union stehen und bestimmte Grundrechte verletzen. Artikel 5 ist kontinuierlich zu überprüfen, wie in Artikel 112 Absatz 1 der genannten Verordnung festgelegt wurde. Angesichts der technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen seit der Annahme der genannten Verordnung, darunter die Einführung und weit verbreitete Nutzung von KI-Systemen, mit denen nicht einvernehmlich erstellte intime Bilder, Videos, Audioaufnahmen und ähnliches Material (im Folgenden „nicht einvernehmlich erstelltes intimes Material“) und Darstellungen von sexuellem Missbrauch von Kindern erzeugt werden, muss Artikel 5 der genannten Verordnung geändert werden.

(11) Bei nicht einvernehmlich erstelltem intimem Material handelt es sich um sexuelle Gewalt gegen Einzelpersonen, insbesondere Frauen, und sexuellen Missbrauch dieser Personen. KI-Systeme, mit denen Material dieser Art erzeugt oder manipuliert wird, stellen eine gravierende Gefahr für Gesundheit, Sicherheit und für die Grundrechte dar, darunter die Menschenwürde, die persönliche Autonomie, die Unversehrtheit und das Privatleben der Opfer, und können zu potenziell schwerwiegenden, dauerhaften psychischen und sonstigen Schäden führen sowie massivem Missbrauch ermöglichen. Aufgrund der Verbreitung solcher Technologien, die häufig als „Nudify-Apps“ bezeichnet werden, ist ein ausdrückliches rechtliches Verbot dringend geboten. Darstellungen von sexuellem Missbrauch von Kindern, darunter vollständig oder teilweise per KI erzeugte Darstellungen, gefährden die Sicherheit und die Grundrechte von Kindern in erheblichem Maße. KI-Systeme, mit denen entsprechendes Material erzeugt oder manipuliert wird, stellen eine schwerwiegende Gefahr für die Menschenwürde und die Rechte des Kindes dar und bergen die Gefahr, dass sexuelle Gewalt gegen Kinder normalisiert, verstärkt und fortgesetzt wird. Dementsprechend ist eine Änderung von Artikel 5 der Verordnung (EU) 2024/1689 erforderlich, um Frauen, Kinder, sonstige Personen und die Gesellschaft vor schwerwiegenden schädlichen Praktiken zu schützen und so die Ziele der genannten Verordnung zu verfolgen und um Anbietern und Betreibern Klarheit über den Umfang ihrer Verpflichtungen zu verschaffen und auf diesem Wege die Herausforderungen bei

der Umsetzung anzugehen.

(12) Es ist notwendig, den Geltungsbereich des Verbots klar festzulegen, was insbesondere auch den Umfang der Verpflichtungen der Anbieter und Betreiber einschließt. Dieses Verbot sollte Anbieter nicht daran hindern, die technischen Kapazitäten von KI-Systemen zur Erzeugung oder Manipulation von Bildern, Videos, Audiodateien oder ähnlichem Material weiterzuentwickeln. In Bezug auf Anbieter sollte sich das Verbot auf das Inverkehrbringen und die Inbetriebnahme von KI-Systemenbeschränken, mit denen nicht einvernehmlich erstelltes intimes Material oder Darstellungen von sexuellem Missbrauch von Kindern erzeugt oder manipuliert werden, und zwar in zwei Fällen. Erstens sollten Systeme erfasst werden, die dazu bestimmt sind, Material dieser Art zu erzeugen oder zu manipulieren. Zweitens sollten Systeme erfasst werden, bei denen eine solche Erzeugung oder Manipulation ein nach vernünftigem Ermessen absehbares und reproduzierbares Ergebnis ist und keine zumutbaren und angemessenen technischen Sicherheitsmaßnahmen sowie sonstige Schutzvorkehrungen bestehen, mit denen – unter dem Gesichtspunkt einer nach vernünftigem Ermessen absehbaren missbräuchlichen Nutzung – dieses Ergebnis zuverlässig verhindert und, falls erforderlich, korrigiert sowie beobachtete oder gemeldete missbräuchliche Nutzung, was auch die Umgehung solcher Maßnahmen einschließt, behoben wird. Zu den technischen Maßnahmen und sonstigen Schutzvorkehrungen, mit denen die Erzeugung solcher Inhalte verhindert werden soll, könnten Datenbereinigung, Ablehnungstraining, die Gestaltung sicherer Prompts und Ausgabekontrollen, Laufzeit-Leitplanken für Prompts, Mechanismen zur Klassifizierung und Filterung von Inhalten, Nutzungsbeschränkungen, Mechanismen zur Missbrauchserkennung sowie Melde- und Abhilfemechanismen gehören. Präventivmaßnahmen dieser Art sollten für das jeweilige KI-System zumutbar sein und gelten als angemessen, wenn sie mit dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen übereinstimmen und nachweislich in jedem Einzelfall die Wahrscheinlichkeit der Erstellung oder Manipulation solcher Inhalte verhindern bzw. hinreichend verringern, wobei der bekannte und vernünftigerweise absehbare missbräuchliche Gebrauch zu berücksichtigen ist, einschließlich der nach vernünftigem Ermessen absehbaren Umgehung der Präventivmaßnahmen ohne wesentliche technische Änderungen. Für Anbieter, die

die effektive Kontrolle über KI-Systeme behalten, beispielsweise über eine Plattform oder eine Webschnittstelle, könnte dies Verfahren zur Erfassung und Meldung von Missbrauchsfällen unter vollständiger Einhaltung der Datenschutzvorschriften der Union umfassen.

In Fällen, in denen eine Umgehung der Präventivmaßnahmen oder anderer Schutzmaßnahmen beobachtet oder gemeldet wird, sollten angemessene Korrekturmaßnahmen ergriffen werden, sofern diese Maßnahmen unter Berücksichtigung des spezifischen KI-Systems, einschließlich seiner Freigabe- und Verbreitungsstrategie (z. B. quelloffene Freigaben), zumutbar sind. In Bezug auf Anbieter sollte die Verwendung eines KI-Systems nur verboten werden, wenn der Betreiber ein KI-System verwendet, um nicht einvernehmlich erstelltes intimes Material oder Darstellungen von sexuellem Missbrauch von Kindern zu erzeugen oder zu manipulieren. Dies umfasst Fälle, in denen ein Betreiber KI-Systeme nutzt oder zweckentfremdet, die auf den Markt gebracht oder in Betrieb genommen wurden, ohne dass zumutbare und angemessene Schutzmaßnahmen vorhanden sind, oder in denen ein Betreiber die Schutzmaßnahmen umgeht oder für solche Zwecke rechtskonforme KI-Systeme verwendet, die nicht für die Erstellung oder Manipulation von Material dieser Art bestimmt sind. Das Verwendungsverbot erstreckt sich daher nicht auf die Nutzung eines KI-Systems zu rechtmäßigen Zwecken, wie beispielsweise die Erstellung oder Manipulation von Inhalten, bei denen es sich nicht um nicht einvernehmlich erstelltes intimes Material oder Darstellungen von sexuellem Missbrauch von Kindern handelt, selbst in Fällen, in denen das KI-System nicht über zumutbare und angemessene Schutzvorkehrungen verfügt, die vom Anbieter hätten getroffen werden müssen; ebenso wenig erstreckt es sich auf die versehentliche Erstellung oder Manipulation solcher Inhalte. Was das Verbot in Bezug auf nicht einvernehmlich erstelltes intimes Materials betrifft, so sollten in Fällen, in denen ein KI-System für die Erzeugung oder Manipulation von Material bestimmt ist, das unter dieses Verbot fällt, Maßnahmen und andere Schutzvorkehrungen im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 angemessene Mittel umfassen, die für die Verbreitung des KI-Systems geeignet sind und die zuverlässige Erfassung und den Nachweis der Einwilligung der abgebildeten Person in eine solche Erstellung oder Manipulation ermöglichen.

Das Verbot in Bezug auf nicht einvernehmlich erstelltes intimes Material sollte sich auf realistische Darstellungen intimer Körperteile, insbesondere der Genitalien, des Schambereichs, des Anus, des entblößten Gesäßes oder entblößte weiblicher Brüste, Brustwarzen oder Brustwarzenhöfe, bzw. auf Darstellungen sexuell eindeutiger Aktivitäten beschränken. Dieser „Realismus“ bezieht sich auf die Darstellung des Gesichts, der Stimme oder des Körpers der Person in einer glaubwürdigen realen Weise, unabhängig davon, wie realistisch der Kontext dieser Darstellung ist und ob sie der tatsächlichen Stimme oder dem tatsächlichen Erscheinungsbild der abgebildeten Person vollständig entspricht. Umgekehrt sind Karikaturen oder physisch unmögliche Darstellungen des Körpers einer Person ausgenommen. Das Verbot von nicht einvernehmlich erstellten intimen Materialien hat keinen Einfluss auf die Erstellung oder Manipulation anderer Formen von Nacktmaterial, wie beispielsweise Inhalte, die keine identifizierbaren natürlichen Personen zeigen, realistische teilweise Nacktdarstellungen, bei denen intime Körperteile nicht sichtbar sind und keine sexuell eindeutigen Handlungen dargestellt werden, sowie nicht-realistische künstlerische Nacktdarstellungen, die keine identifizierbaren natürlichen Personen realistisch bei sexuell eindeutigen Handlungen oder deren intime Körperteile zeigen. Es gilt auch nicht für generative KI-Anwendungen, bei denen intime Körperteile nicht gezeigt werden oder, falls doch, dies nur mit der aus freien Stücken erfolgenden, spezifischen, aufgeklärten, eindeutigen und ausdrücklichen Einwilligung der abgebildeten Person geschieht (beispielsweise Anprobe-Anwendungen und medizinische Anwendungen wie medizinische anatomische Simulationen und Mammographien); dieses Verbot schließt nicht die ausnahmsweise Nutzung von KI-Systemen aus, mit denen Nacktdarstellungen der intimen Körperteile einer identifizierbaren Person im Einklang mit den Grundrechten, einschließlich des Datenschutzrechts, und dem geltenden Medizinrecht zum Zwecke der medizinischen Diagnose und Behandlung durch medizinisches Fachpersonal erstellt oder bearbeitet werden, wenn die betroffene Person nicht in der Lage ist, ihre Einwilligung zu erteilen (beispielsweise in einer Notfallsituation).

Schließlich schließt das Verbot der „Manipulation“ von nicht einvernehmlich erstelltem intimem Material Fälle aus, in denen bereits bestehendes intimes Material in einer Weise manipuliert wird, die weder die Sichtbarkeit der abgebildeten intimen Körperteile erhöht noch die Art der dargestellten sexuell eindeutigen Handlungen verändert; dazu zählt beispielsweise die bloße Optimierung eines bestehenden Bildes, das intime Körperteile zeigt, oder eines Videos, das sexuell eindeutige Handlungen zeigt, wie etwa das Ändern des Hintergrunds, das Hinzufügen einer Textüberschrift oder die Anpassung von Kontrast oder Helligkeit. Umgekehrt fällt jede Manipulation von Inhalten – einschließlich solcher, die bereits intime Körperteile oder sexuell eindeutige Handlungen zeigen –, die den Grad der Entblößung der dargestellten intimen Körperteile erhöht oder die Art der dargestellten sexuell eindeutigen Handlungen verändert, unter dieses Verbot.

(13) Das Verbot von Darstellungen von sexuellem Missbrauch von Kindern sollte das Inverkehrbringen, die Inbetriebnahme oder die Nutzung eines KI-Systems nicht verhindern, wenn nach nationalem Recht das „unrechtmäßige" Verhalten, worauf in Artikel 5 Absatz 1 der Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates[11] verwiesen wird, als gerechtfertigt gilt. Dies umfasst Tätigkeiten, die im Rahmen innerstaatlicher Rechtsbefugnisse durchgeführt werden, wie beispielsweise die legitime Erstellung oder Manipulation von Material, das den sexuellen Missbrauch von Kindern darstellt, durch die Behörden zum Zwecke der Durchführung von Strafverfahren oder zur Prävention, Aufdeckung oder Untersuchung von Straftaten, sowie die rechtmäßige Nutzung des KI-Systems im Rahmen von Red-Teaming- und Evaluierungsmaßnahmen, um die Einhaltung des in dieser Verordnung festgelegten Verbots durch das System zu überprüfen.

---

11 *Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates (ABl. L 335 vom 17.12.2011, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2011/93/oj).*

(14) Diese Verbote stellen gerechtfertigte Eingriffe in die Meinungs- und Informationsfreiheit sowie in die unternehmerische Freiheit dar. Sie verfolgen dem Gemeinwohl dienende Zielsetzungen und schützen die Rechte und Freiheiten anderer, einschließlich derjenigen, die in Artikel 1, Artikel 3 Absatz 1 sowie den Artikeln 4, 7, 8, 21, 23 und 24 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) festgelegt sind. Sie sind genau zugeschnitten. Im Falle von intimem Material beschränken sie sich auf realistische Darstellungen identifizierbarer natürlicher Personen sowie auf Fälle, in denen das KI-System dazu verwendet wird, den Grad der Nacktheit oder der Eindeutigkeit zu erhöhen; ausgenommen sind die Erstellung und Manipulation, die mit Zustimmung der betroffenen Person vorgenommen werden. Darüber hinaus beschränken sie sich darauf, von Anbietern zu verlangen, „zumutbare und angemessene“ Maßnahmen und Schutzvorkehrungen zu treffen, sofern es sich um Systeme handelt, die nicht für die Erstellung oder Manipulation des verbotenen Materials bestimmt sind. Sie stehen auch im Einklang mit dem geltenden Unionsrecht, einschließlich der Richtlinie (EU) 2011/93/EU und der Richtlinie (EU) 2024/1385 des Europäischen Parlaments und des Rates[12]. Die Eingriffe achten den Wesensgehalt der Artikel 11 und 16 der Charta, sind gesetzlich vorgeschrieben und verhältnismäßig.

---

12 *Richtlinie (EU) 2024/1385 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (ABl. L, 2024/1385, 24.5.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1385/oj).*

(15) Die unter diese Verbote fallenden Handlungen können auch gegen andere Rechtsvorschriften, einschließlich des Strafrechts, verstoßen. Die Verbote stehen einer Strafverfolgung nach diesen Rechtsvorschriften nicht entgegen. Soweit jedoch ein Verstoß gegen die Verbote zur Verhängung von Sanktionen strafrechtlicher Natur führen kann, die gemäß Artikel 99 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2024/1689 festgelegt werden können, und soweit dieselbe Handlung strafrechtlich geahndet wird, einschließlich strafrechtlicher Sanktionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien 2011/93/EU und (EU) 2024/1385 fallen, sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, die Einhaltung des Grundsatzes des Verbots der doppelten Strafverfolgung im Einklang mit der Charta sicherzustellen.

(16) Die Verbote gelten unbeschadet der Rechtsbehelfe, die Einzelpersonen nach nationalem Recht zur Verfügung stehen, um ihre Grundrechte, einschließlich des Rechts am eigenen Bild, des Rechts auf Privatsphäre und der Menschenwürde, zu schützen.

(17) Zur Sicherstellung der Kohärenz, Vermeidung von Doppelarbeit und Minimierung des Verwaltungsaufwands im Zusammenhang mit dem Verfahren zur Benennung notifizierter Stellen gemäß der Verordnung (EU) 2024/1689 und unter Beibehaltung desselben Prüfniveaus sollten für neue Konformitätsbewertungsstellen und notifizierte Stellen, die im Rahmen der in Anhang I Abschnitt A der Verordnung (EU) 2024/1689 aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union, wie etwa der Verordnungen (EU) 2017/745[13] und (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates[14], benannt wurden, ein einziger Antrag und ein ***einheitliches*** Bewertungsverfahren zur Verfügung stehen, wenn ein solcher Antrag und ein solches Verfahren im Rahmen dieser Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union eingerichtet wurden. Mit dem einzigen Antrag und dem ***einheitlichen*** Bewertungsverfahren soll das Benennungsverfahren gemäß der Verordnung (EU) 2024/1689 erleichtert, unterstützt und beschleunigt und gleichzeitig die Einhaltung der Anforderungen sichergestellt werden, die für notifizierte Stellen gemäß der genannten Verordnung und den in Anhang I Abschnitt A der genannten Verordnung aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union gelten. ***Das einheitliche Bewertungsverfahren sollte unter Berücksichtigung der Aufgaben und Zuständigkeiten der beteiligten Behörden durchgeführt werden. Darüber hinaus sollte präzisiert werden, dass eine Konformitätsbewertungsstelle, die gemäß mehr als einer der in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union benannt wurde, nur einmal einen Antrag stellen sollte, um gemäß dieser Verordnung benannt zu werden.***

---

13 Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über Medizinprodukte, zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 und zur Aufhebung der Richtlinien 90/385/EWG und 93/42/EWG des Rates (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2017/745/oj).

14 Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über In-vitro-Diagnostika und zur Aufhebung der Richtlinie 98/79/EG und des Beschlusses 2010/227/EU der Kommission (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 176, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2017/746/oj).

(18) Um die reibungslose Anwendung und Kohärenz der Verordnung (EU) 2024/1689 sicherzustellen, sollte sie geändert werden. In Artikel 43 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Verordnung (EU) 2024/1689 sollte eine technische Korrektur vorgenommen werden, um die Konformitätsbewertungsanforderungen und die Anforderungen an Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen nach Artikel 16 der genannten Verordnung in Einklang zu bringen. Darüber hinaus sollte klargestellt werden, dass ein Anbieter eines Hochrisiko-KI-Systems, wenn er dem Konformitätsbewertungsverfahren gemäß den in Anhang I Abschnitt A der Verordnung (EU) 2024/1689 aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union unterliegt und wenn die Konformitätsbewertung auch die Konformität des Qualitätsmanagementsystems der genannten Verordnung und der Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union betrifft, im Einklang mit Artikel 17 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2024/1689 Aspekte des Qualitätsmanagementsystems gemäß der genannten Verordnung als Teil der Qualitätsmanagementsysteme entsprechend diesen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union aufnehmen können sollte. Artikel 43 Absatz 3 Unterabsatz 2 der genannten Verordnung sollte geändert werden, um klarzustellen, dass notifizierte Stellen, die nach den in Anhang I Abschnitt A der Verordnung (EU) 2024/1689 aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union notifiziert wurden und Hochrisiko-KI-Systeme bewerten sollen, die unter die in Anhang I Abschnitt A der genannten Verordnung aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, ***berechtigt sein sollten, die Konformität von Hochrisiko-KI-Systemen unter bestimmten Bedingungen für eine Dauer von*** 18 Monaten ab dem ... [dem Inkrafttreten der vorliegenden Verordnung] ***zu bewerten***.

Diese Änderung lässt Artikel 28 der Verordnung (EU) 2024/1689 unberührt***, sodass Konformitätsbewertungsstellen, die gemäß der genannten Verordnung benannt und notifiziert werden möchten, während und nach diesen 18 Monaten jederzeit einen Antrag stellen können***. Ferner sollte die Verordnung (EU) 2024/1689 geändert werden, um klarzustellen, dass in Fällen, in denen ein Hochrisiko-KI-System sowohl unter die in Anhang I Abschnitt A der Verordnung (EU) 2024/1689 aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union als auch unter einen der in Anhang III der genannten Verordnung aufgeführten Anwendungsfälle fällt, der Anbieter das einschlägige Konformitätsbewertungsverfahren gemäß diesen einschlägigen Harmonisierungsrechtsvorschriften befolgen sollte.

(19) Die Verordnung (EU) 2024/1689 und die Verordnung (EU) 2024/2847 des Europäischen Parlaments und des Rates[15] ergänzen einander, damit die Sicherheit und Cybersicherheit von Produkten mit digitalen Elementen sichergestellt wird. Artikel 12 der Verordnung (EU) 2024/2847 sieht vor, dass, wenn Hochrisiko-KI-Systeme und von Herstellern festgelegte Verfahren den in der Verordnung (EU) 2024/2847 festgelegten grundlegenden Cybersicherheitsanforderungen genügen, sie als mit den Cybersicherheitsanforderungen gemäß Artikel 15 der Verordnung (EU) 2024/1689 konform gelten, soweit diese Anforderungen von der nach der Verordnung (EU) 2024/2847 ausgestellten EU-Konformitätserklärung oder Teilen davon abgedeckt sind. Um das Zusammenspiel der Verordnung (EU) 2024/1689 und der Verordnung (EU) 2024/2847 besser zu verdeutlichen, sollte die Vorschrift aus Artikel 12 der Verordnung (EU) 2024/2847 auch in der Verordnung (EU) 2024/1689 Niederschlag finden. Das Zusammenspiel zwischen den beiden Instrumenten sollte nicht beeinträchtigt werden.

---

15 Verordnung (EU) 2024/2847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 168/2013 und (EU) 2019/1020 und der Richtlinie (EU) 2020/1828 (Cyberresilienz-Verordnung) (ABl. L, 2024/2847, 20.11.2024, ELI: ***http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2847/oj*).**

(20) Gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2024/1689 werden KI-Systeme als Hochrisiko-KI-Systeme eingestuft, wenn ein KI-System, das ein Bauteil eines Produkts ist, das unter die in Anhang I Abschnitt A der genannten Verordnung aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fällt, eine Sicherheitsbauteil ist und für dieses Produkt eine Konformitätsbewertung durch Dritte erforderlich ist. Die Anforderung, dass für ein solches Produkt eine Konformitätsbewertung durch Dritte erforderlich ist, berührt jedoch nicht die Wahl des Herstellers hinsichtlich des Konformitätsbewertungsverfahrens für ein solches Produkt. Wenn die in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union die Wahl eines auf harmonisierten Normen basierenden Konformitätsbewertungsverfahrens unter den verschiedenen Konformitätsbewertungsverfahren zulassen, gilt diese Möglichkeit auch für Produkte, in die ein Hochrisiko-KI-System eingebettet ist. Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2024/1689 sollte nicht so verstanden werden, dass Produkte, in die ein Hochrisiko-KI-System eingebettet ist, automatisch einer Konformitätsbewertung durch Dritte unterzogen werden müssen, an der eine notifizierte Stelle beteiligt ist. Wenn diese Möglichkeit in den Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union vorgesehen ist, könnte sich der Anbieter des Produkts, in das das Hochrisiko-KI-System eingebettet ist, weiterhin auf harmonisierte Normen stützen, um die Anforderungen der Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union und der Verordnung (EU) 2024/1689 als Konformitätsbewertungsverfahren zu erfüllen.

(21) Zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation ist es von wesentlicher Bedeutung, Wirtschaftsakteure zu unterstützen, die gleichzeitig die Anforderungen oder Verpflichtungen gemäß Kapitel III Abschnitte 2 und 3 der Verordnung (EU) 2024/1689 und die einschlägigen Anforderungen und Verpflichtungen, die in den in Anhang I der genannten Verordnung aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union festgelegt sind, erfüllen müssen. Um die Verfahren zur Einhaltung der Rechtsvorschriften für diese Wirtschaftsakteure zu unterstützen und zu vereinfachen, sollte die Kommission die europäischen Normungsorganisationen unverzüglich auffordern, Normungsprodukte, gegebenenfalls einschließlich harmonisierter Normen, auszuarbeiten. Diese Normungsprodukte sollten auf den im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichten harmonisierten Normen beruhen, die die Vermutung der Konformität mit den Anforderungen bzw. Verpflichtungen der Verordnung (EU) 2024/1689 begründen, sowie auf allen im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichten einschlägigen harmonisierten Normen, die die Vermutung der Konformität mit den einschlägigen Anforderungen bzw. Verpflichtungen begründen, die in den in Anhang I der genannten Verordnung aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union festgelegt sind. Solche Normungsprodukte sollten dazu beitragen, die Rechtsunsicherheit zu verringern, unnötige Doppelarbeit bei Konformitätsbewertungstätigkeiten sowie Prüf-, Dokumentations- und Berichterstattungspflichten zu verhindern und die Befolgungskosten, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen und Start-up-Unternehmen, zu senken. Die rasche Ausarbeitung solcher Produkte ist äußerst wichtig, um den Wirtschaftsakteuren praktische und zuverlässige technische Lösungen an die Hand zu geben, die Rechtssicherheit zu stärken und das Inverkehrbringen, die Inbetriebnahme und die Verwendung von KI-Systemen im Einklang mit dieser Verordnung und den in Anhang I der genannten Verordnung aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union zu erleichtern.

(22) Um die Verfahren zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften zu straffen und damit verbundene Kosten zu senken, sollte die ***Registrierung der*** in Artikel 6 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2024/1689 genannten KI-Systeme in der EU-Datenbank gemäß Artikel 49 Absatz 2 der genannten Verordnung ***vereinfacht werden, indem die nach Anhang VIII der genannten Verordnung erforderlichen Inhalte gestrafft werden. Zwar ist es für eine wirksame Marktüberwachung und die öffentliche Rechenschaftspflicht nach wie vor unerlässlich, dass solche KI-Systeme in der EU-Datenbank registriert werden, doch sollten die Registrierungsanforderungen vereinfacht und verhältnismäßiger gestaltet werden. Mit dieser Vereinfachung dürfte für mehr Ausgewogenheit gesorgt werden, ohne den in der Verordnung (EU) 2024/1689 vorgesehenen Schutz zu beeinträchtigen.*** Solche KI-Systeme gelten unter bestimmten Bedingungen nicht als hochriskant, wenn sie etwa kein erhebliches Risiko der Beeinträchtigung in Bezug auf die Gesundheit, Sicherheit oder Grundrechte natürlicher Personen bergen***. Darüber hinaus*** bleibt ein Anbieter, der ▌ Artikel 6 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2024/1689 ***anwendet***, weiterhin verpflichtet, seine Bewertung zu dokumentieren, bevor dieses KI-System in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wird. Die zuständigen nationalen Behörden sollten diese Bewertung beantragen können.

(23) Die Artikel 57, 58 und 60 der Verordnung (EU) 2024/1689 sollten geändert werden, um die Zusammenarbeit von KI-Reallaboren auf Unionsebene weiter zu stärken, Klarheit und Kohärenz bei der Governance von KI-Reallaboren zu fördern und Hochrisiko-KI-Systeme, die unter die in Anhang I der genannten Verordnung aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, in Tests unter Realbedingungen außerhalb von KI-Reallaboren einzubeziehen. Insbesondere um die Verfahren der in den KI-Reallaboren beaufsichtigten Projekte, die auch Tests unter Realbedingungen umfassen, gegebenenfalls zu vereinfachen, sollte der Plan für einen Test unter Realbedingungen in den von den Anbietern oder zukünftigen Anbietern und der zuständigen Behörden vereinbarten Plan für das Reallabor integriert werden.

(24) Des Weiteren sollte dem Europäischen Büro für Künstliche Intelligenz (im Folgenden „Büro für Künstliche Intelligenz“) die Möglichkeit eingeräumt werden, auf Unionsebene ein KI-Reallabor für KI-Systeme einzurichten, die unter Artikel 75 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2024/1689 fallen. Um für Kohärenz, Rechtssicherheit und eine effiziente Aufteilung der Aufsichtsaufgaben zwischen der Union und der nationalen Ebene zu sorgen, sollte der Zuständigkeitsbereich des auf Unionsebene eingerichteten KI-Reallabors klar festgelegt werden, um Überschneidungen mit den gemäß der genannten Verordnung eingerichteten nationalen KI-Reallaboren zu verhindern. Um Innovationen voranzutreiben und die Einführung von KI zu erleichtern, sollten KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, und kleine Midcap-Unternehmen vorrangigen Zugang zu den vom Büro für Künstliche Intelligenz eingerichteten KI-Reallaboren erhalten.

(25) Darüber hinaus sollten die Bestimmungen über die Zusammenarbeit zwischen den für den Betrieb eines KI-Reallabors zuständigen Behörden präzisiert werden, um ihr wirksames Funktionieren sicherzustellen. Aus diesem Grund sollte sich die Befugnis der Kommission, Durchführungsrechtsakte zu erlassen, in denen die detaillierten Vorkehrungen für die Einrichtung, die Entwicklung, die Umsetzung, den Betrieb und die Beaufsichtigung von KI-Reallaboren festgelegt werden, auch auf Aspekte der Governance solcher Reallabore erstrecken. Soweit die KI-Reallabore auch innovative KI-Systeme umfassen, die personenbezogene Daten verarbeiten oder anderweitig der Aufsicht anderer nationaler Behörden oder zuständiger Behörden unterstehen, die den Zugang zu Daten gewähren oder unterstützen, sollten zudem die jeweils zuständigen Aufsichtsbehörden den Betrieb des KI-Reallabors begleiten und im Maße des Umfangs ihrer entsprechenden Aufgaben und Befugnisse in die Überwachung dieser Aspekte einbezogen werden.

(26) Zur Förderung von Innovationen sollte auch der Anwendungsbereich der Tests unter Realbedingungen außerhalb von KI-Reallaboren nach Artikel 60 der Verordnung (EU) 2024/1689 ausgeweitet werden, die derzeit für die in Anhang III der genannten Verordnung aufgeführten Hochrisiko-KI-Systeme gelten; zudem sollte es Anbietern und zukünftigen Anbietern von Hochrisiko-KI-Systemen, die unter die in Anhang I der genannten Verordnung aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, ermöglicht werden, solche Systeme auch unter Realbedingungen zu testen***, wobei ausreichende Schutzmaßnahmen zu treffen sind***. Das übrige Unionsrecht oder nationale Recht für das Testen von Hochrisiko-KI-Systemen unter Realbedingungen im Zusammenhang mit Produkten, die unter diese Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, bleibt davon unberührt. ▌

(27) Ferner sollte sichergestellt werden, dass es möglich ist, Hochrisiko-KI-Systeme, die unter die in Anhang I Abschnitt B der Verordnung (EU) 2024/1689 aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, unter Realbedingungen zu testen. Diese Systeme unterliegen den in den jeweiligen sektoralspezifischen Rechtsvorschriften festgelegten Anforderungen und Verfahren; die genannte Verordnung ist für sie zumeist nicht unmittelbar relevant. In die entsprechenden sektorspezifischen Rechtsakte werden zu gegebener Zeit Anforderungen aufgenommen, die den Anforderungen gemäß Artikel 8 bis 15 der genannten Verordnung entsprechen. Daher sollte sichergestellt werden, dass die Mitgliedstaaten gestatten können, dass diese KI-Systeme unter Realbedingungen getestet werden, um ihre Konformität mit den in den Artikeln 8 bis 15 der genannten Verordnung festgelegten Anforderungen zu bewerten und zu überprüfen. Wenn die Mitgliedstaaten beschließen, Tests dieser Art zu gestatten, sollten sie gemäß der genannten Verordnung Rahmenvorschriften erlassen müssen, in denen die genauen Anforderungen für die Tests festgelegt sind. In der genannten Verordnung sollte festgelegt werden, welche wesentlichen Elemente diese Rahmenvorschriften enthalten müssen. Bei der Ausgestaltung der entsprechenden Rahmenvorschriften sollten die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass Gesundheit, Sicherheit und Grundrechte natürlicher Personen umfassend geschützt werden. Vor der Inkraftsetzung der Rahmenvorschriften sollten die Mitgliedstaaten die Kommission davon in Kenntnis setzen. Tests unter Realbedingungen sollten den in Anhang I Abschnitt B der Verordnung (EU) 2024/1689 aufgeführten einschlägigen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union samt allen geltenden Bestimmungen über die Durchführung von Tests entsprechen. Die Anwendung des neuen Artikels über Tests unter Realbedingungen sollte davon jedoch unberührt bleiben.

(28) Artikel 63 der Verordnung (EU) 2024/1689 bietet Kleinstunternehmen, die Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen sind, die Möglichkeit, die Verpflichtung zur Einrichtung eines Qualitätsmanagementsystems auf vereinfachte Weise zu erfüllen. Um die Einhaltung der Vorschriften für mehr Innovatoren zu erleichtern, sollte diese Möglichkeit auf alle KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, ausgeweitet werden.

(29) Angesichts der wichtigen Rolle, die dem Büro für Künstliche Intelligenz hinsichtlich der wirksamen und koordinierten Governance der Verordnung (EU) 2024/1689 zukommt und durch die vorliegende Verordnung weiter gestärkt wird, sollte die Kommission dem Büro für Künstliche Intelligenz unbeschadet des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens und des Haushaltsverfahrens angemessene personelle, finanzielle und technische Ressourcen bereitstellen, damit es seine Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Verordnung (EU) 2024/1689 wirksam und innerhalb einer angemessen Zeit wahrnehmen kann, wobei dies auch die Zuweisung einer ausreichenden Zahl ständiger Mitarbeiter mit fundierten Kompetenzen und technischem Fachwissen einschließt.

(30) Artikel 69 der Verordnung (EU) 2024/1689 sollte geändert werden, um die Gebührenstruktur des wissenschaftlichen Gremiums zu vereinfachen. Nehmen die Mitgliedstaaten das Fachwissen des Gremiums in Anspruch, sollten die für die Sachverständigen zu zahlenden Gebühren derjenigen Vergütung entsprechen, die die Kommission unter ähnlichen Umständen zu zahlen hat. ▌

(31) Um das Governance-System für KI-Systeme zu stärken , muss die Rolle, die das Büro für Künstliche Intelligenz bei der Überwachung und Beaufsichtigung der Konformität der KI-Systeme mit der Verordnung (EU) 2024/1689 spielt, präzisiert werden. ***Gemäß Artikel 88 der*** genannten Verordnung ***verfügt die Kommission in Bezug auf KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck über ausschließliche Befugnisse. Um die Kohärenz, Klarheit und Wirksamkeit zu erhöhen und angesichts der Reichweite und der Auswirkungen von*** KI-Systemen ***im Zusammenhang mit diesen Befugnissen sollte der Umfang der ausschließlichen Befugnis des Büros für Künstliche Intelligenz zur Überwachung von Systemen präzisiert werden. Insbesondere sollte das Büro für Künstliche Intelligenz die ausschließliche Befugnis für KI-Systeme haben***, die auf KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck beruhen***, und zwar nicht nur, wenn das System und das Modell*** von demselben Anbieter entwickelt werden***, sondern auch, wenn sie von Anbietern entwickelt werden, die demselben Unternehmen angehören. In bestimmten Fällen und insbesondere bei einer speziellen branchenbezogenen*** Beaufsichtigung ***sollte die Zuständigkeit jedoch bei der jeweils zuständigen nationalen Behörde verbleiben. Dementsprechend sollten bestimmte Ausnahmen festgelegt werden. Der persönliche Geltungsbereich dieser ausschließlichen Zuständigkeit sollte sich auf die Anbieter dieser KI-Systeme und ihre Betreiber innerhalb desselben Unternehmens erstrecken. Andere Betreiber sollten weiterhin der nationalen Beaufsichtigung und Durchsetzung unterliegen. Zudem*** gilt dies nicht für KI-Systeme, die von Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union in Verkehr gebracht, in Betrieb genommen oder verwendet werden und gemäß Artikel 74 Absatz 9 der Verordnung (EU) 2024/1689 der Beaufsichtigung des Europäischen Datenschutzbeauftragten unterliegen.

(32) ***Des Weiteren ist es*** angesichts des bestehenden Aufsichts- und Durchsetzungssystems gemäß der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates[16] angezeigt, der Kommission die Befugnisse einer zuständigen Marktüberwachungsbehörde gemäß der Verordnung (EU) 2024/1689 zu übertragen, wenn ein KI-System als sehr große Online-Plattform oder sehr große Online-Suchmaschine nach Maßgabe der Verordnung (EU) 2022/2065 gilt oder in eine solche Plattform oder Suchmaschine eingebettet ist. So soll dazu beigetragen werden, dass die Aufsichts- und Durchsetzungsbefugnisse der Kommission gemäß der Verordnung (EU) 2024/1689 und der Verordnung (EU) 2022/2065 sowie die Befugnisse, die für in solche Plattformen oder Suchmaschinen integrierte KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck gelten, kohärent ***und wirksam*** ausgeübt werden. ***Dies ist auch in Anbetracht der Bedeutung angemessen, die diesen Plattformen und Suchmaschinen angesichts ihrer Reichweite, ihrer Auswirkungen und der mit ihnen verbundenen Gefahr, komplexe und umfangreiche gesellschaftliche Schäden zu verursachen, zukommt. Der persönliche Geltungsbereich dieser ausschließlichen Zuständigkeit sollte sich auf die Anbieter dieser KI-Systeme und ihre Betreiber innerhalb desselben Unternehmens erstrecken.*** Im Falle von KI-Systemen, die in einer sehr großen Online-Plattform oder Suchmaschine eingebettet sind oder als solche anzusehen sind, sind die in den Artikeln 34, 35 und 37 der Verordnung (EU) 2022/2065 vorgeschriebenen Risikobewertungen, Risikominderungsmaßnahmen und Prüfungspflichten der erste Ansatzpunkt für die Bewertung der KI-Systeme, unbeschadet der Befugnisse des Büros für Künstliche Intelligenz, Verstöße gegen die Vorschriften der Verordnung (EU) 2024/1689 nachträglich zu untersuchen und durchzusetzen.

---

16 Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste) (ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj).

Im Zusammenhang mit der Analyse dieser Risikobewertungen, Risikominderungsmaßnahmen und Prüfungen können die für die Durchsetzung der Verordnung (EU) 2022/2065 zuständigen Kommissionsdienststellen die Stellungnahme des Büros für Künstliche Intelligenz zum Ergebnis einer möglichen früheren oder parallelen Risikobewertung, die gemäß der Verordnung (EU) 2024/1689 durchgeführt wurde, und zur Anwendbarkeit von Verboten gemäß der Verordnung (EU) 2024/1689 einholen. Darüber hinaus sollten das Büro für Künstliche Intelligenz und die zuständigen nationalen Behörden ihre Durchsetzungsbemühungen gemäß der Verordnung (EU) 2024/1689 mit den für die Beaufsichtigung und Durchsetzung der Verordnung (EU) 2022/2065 zuständigen Behörden, einschließlich der Kommission, koordinieren, um sicherzustellen, dass die Grundsätze der loyalen Zusammenarbeit und der Verhältnismäßigkeit sowie das Verbot der doppelten Strafverfolgung eingehalten werden, wobei die gemäß einer Verordnung erlangten Informationen nur dann für die Zwecke der Beaufsichtigung und Durchsetzung der anderen Verordnung zu verwenden sind, wenn das Unternehmen zustimmt. Damit sichergestellt ist, dass die insgesamt verhängten Geldbußen und Sanktionen angemessen sind und der Schwere der begangenen Zuwiderhandlung entsprechen, sollten diese Behörden insbesondere einen regelmäßigen Gedankenaustausch führen und in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen allen Geldbußen und Sanktionen Rechnung tragen, die im Wege einer rechtskräftigen Entscheidung in einem Verfahren wegen einer Zuwiderhandlung gegen andere Vorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten wegen desselben Verhaltens gegen denselben Anbieter verhängt wurden.

(33) ***Bei der*** Beaufsichtigung und Durchsetzung ***von Verpflichtungen in Bezug auf KI-Systeme in seinem Zuständigkeitsbereich hat*** das Büro für Künstliche Intelligenz ***die gleiche Funktion und Verantwortung wie eine Marktüberwachungsbehörde gemäß*** der Verordnung (EU) 2024/1689***. Folglich muss das Büro für Künstliche Intelligenz über alle Befugnisse und Zuständigkeiten verfügen, die die Marktüberwachungsbehörden gemäß der genannten Verordnung und der Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates[17] haben (im Folgenden „allgemeine Befugnisse“). Diese sollten die angemessene und wirksame Durchsetzung der in der Verordnung (EU) 2024/1689 festgelegten Anforderungen und Verpflichtungen sicherstellen. Allerdings müssen bestimmte wesentliche Elemente und andere Aspekte der allgemeinen Befugnisse sowie die entsprechenden Schutzmaßnahmen präzisiert, ergänzt und eingeordnet werden (im Folgenden „spezifizierende Bestimmungen“). Insbesondere müssen Bestimmungen folgender Art festgelegt werden: Bestimmungen über die Beziehungen zwischen dem Büro für Künstliche Intelligenz und den nationalen Behörden, Bestimmungen zur Präzisierung, Ergänzung und Begrenzung der*** Befugnisse***, Informationen anzufordern und Vor-Ort-Prüfungen durchzuführen, Bestimmungen über Untersuchungen, einschließlich der Möglichkeit, Verpflichtungszusagen für bindend zu erklären, und Bestimmungen, mit denen die Befugnis zur Feststellung von Verstößen, zur Verhängung von Geldbußen und zur Verhängung von Zwangsgeldern präzisiert und begrenzt wird. Wenn eine Art einer allgemeinen Befugnis auf diese Weise spezifiziert wurde, darf das Büro für Künstliche Intelligenz die Bedingungen und Grenzen, die bezüglich dieser Befugnisse bestehen, nicht dadurch umgehen, dass es sich auf eine damit verbundene allgemeine Befugnis stützt. Umgekehrt kann sich das Büro für Künstliche Intelligenz auf allgemeine Befugnisse solcher Art berufen, die in Bezug auf das*** Büro für Künstliche Intelligenz ***nicht präzisiert und begrenzt wurden, wie etwa die Befugnis zum Erlass von Maßnahmen gemäß*** Artikel ***16 Absatz 3*** der Verordnung (EU) 2019/1020***.***

---

17 Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über Marktüberwachung und die Konformität von Produkten sowie zur Änderung der Richtlinie 2004/42/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 765/2008 und (EU) Nr. 305/2011 (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2019/1020/oj).

Soweit dies für die ordnungsgemäße Durchführung der Verordnung (EU) 2024/1689 ***erforderlich ist, kann die Kommission Durchführungsrechtsakte erlassen, in denen die Vorschriften und Verfahren für die Anwendung von Verjährungsfristen, die Akteneinsicht und die einvernehmliche Offenlegung von Informationen konkretisiert werden. Bei der Ausübung all dieser Befugnisse muss das Büro für Künstliche Intelligenz im Einklang mit der Charta handeln. Darüber hinaus unterliegt das Büro für Künstliche Intelligenz den in den spezifizierenden Bestimmungen festgelegten Schutzmaßnahmen und dem Schutz der Grundrechte.***

(34) ***Zusätzlich zu diesen Verfahrens- und Grundrechtsgarantien*** sollten die in Artikel 18 der Verordnung (EU) 2019/1020 vorgesehenen Verfahrensrechte unbeschadet der in der Verordnung (EU) 2024/1689 vorgesehenen spezifischeren Verfahrensrechte sinngemäß für die Anbieter von KI-Systemen gelten. ***Wenn die nationalen Marktüberwachungsbehörden das Büro für Künstliche Intelligenz über die zentrale Anlaufstelle ersuchen, Aufsichts- und Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf KI-Systeme zu ergreifen, die seiner ausschließlichen Aufsicht unterliegen, sollte das Büro für Künstliche Intelligenz die zentrale Anlaufstelle spätestens vier Monate nach Eingang dieses Ersuchens über seine Absicht unterrichten, seine Aufsichts- und Durchsetzungsbefugnisse auszuüben, oder über die Gründe, aus denen es seine Befugnisse nicht ausübt. Beschließt das Büro für Künstliche Intelligenz, seine Aufsichts- und Durchsetzungsbefugnisse auszuüben, so sollte es die zentrale Anlaufstelle auch über das abschließende Ergebnis dieser Vorgänge und über zwischenzeitliche Entwicklungen informieren, die nach Ansicht des Büros für Künstliche Intelligenz erhebliche Auswirkungen auf die Untersuchung haben, einschließlich der Entscheidung, ein Verfahren einzuleiten, eine Geldbuße zu verhängen und das KI-System vom Markt zu nehmen oder zurückzurufen.***

(35) Um KI-Systemen, die nach Artikel 75 der Verordnung (EU) 2024/1689 der Beaufsichtigung des Büros für Künstliche Intelligenz und einer Konformitätsbewertung durch Dritte unterliegen, den Zugang zum Unionsmarkt zu ermöglichen, sollte die Kommission ***dafür verantwortlich sein***, dem Inverkehrbringen vorgeschaltete Konformitätsbewertungen für diese Systeme durchzuführen.

(36) Artikel 77 und die damit zusammenhängenden Bestimmungen der Verordnung (EU) 2024/1689 stellen einen wichtigen Governance-Mechanismus dar, da sie die für die Durchsetzung oder Beaufsichtigung des Unionsrechts zum Schutz der Grundrechte zuständigen Behörden oder Stellen dazu befähigen sollen, ihren Auftrag unter bestimmten Bedingungen zu erfüllen, und zugleich die Zusammenarbeit mit den für die Beaufsichtigung und Durchsetzung der genannten Verordnung zuständigen Marktüberwachungsbehörden fördern sollen. Es ist erforderlich, den Umfang dieser Zusammenarbeit zu präzisieren und klarzustellen, welche Behörden oder öffentlichen Stellen davon profitieren. Um die Zusammenarbeit zu verstärken, sollte klargestellt werden, dass Anträge auf Zugang zu Informationen und Unterlagen an die zuständige Marktüberwachungsbehörde gerichtet werden sollten, die ***unverzüglich*** auf entsprechende Anträge reagieren sollte, und dass die beteiligten Behörden oder Stellen gegenseitig zur Zusammenarbeit verpflichtet sein sollten. ***Es sollte präzisiert werden, dass diese Bestimmungen unbeschadet der Zuständigkeiten, Aufgaben, Befugnisse und Unabhängigkeit gelten, die die zuständigen nationalen Behörden oder öffentlichen Stellen im Rahmen ihres jeweiligen Auftrags haben. Insbesondere schränken diese Bestimmungen nicht die Befugnisse ein, über die diese Behörden und Stellen nach anderen Bestimmungen des Unionsrechts oder nationalem Recht verfügen, wenn es um die Einholung von Auskünften geht. Dementsprechend behalten diese Behörden und Stellen die Befugnis, Auskünfte gemäß ihrem Auftrag oder dem Unionsrecht oder nationalem Recht direkt bei den Betreibern einzuholen.***

(37) Die in der Verordnung (EU) 2024/1689 festgelegten Anforderungen an Hochrisiko-KI-Systeme betreffen spezifische Risiken, die KI-Systemen innewohnen und zu denen unter anderem Verzerrungen, ein unberechenbares Modellverhalten, mangelnde Robustheit oder Genauigkeit, die Anfälligkeit für Angriffe durch Dritte und die Intransparenz des KI-Systems zählen. Durch die Behandlung KI-spezifischer Risiken ergänzt die genannte Verordnung die Anforderungen der in Anhang I der genannten Verordnung aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union, ohne sie zu duplizieren. Die Verordnung (EU) 2024/1689 sieht Mechanismen für die Wirtschaftsakteure vor, durch die der Befolgungsaufwand gering gehalten werden soll. Insbesondere Artikel 8 Absatz 2 über das Zusammenspiel mit den sektorspezifischen Rechtsvorschriften, Artikel 9 Absatz 10 über das Risikomanagement und Artikel 17 Absatz 3 über das Qualitätsmanagement ermöglichen es den Wirtschaftsakteuren, sofern erforderlich und angemessen eine Bewertung KI-spezifischer Risiken in bestehende Risiko- und Qualitätsmanagementsysteme zu integrieren. Gemäß Artikel 40 der Verordnung (EU) 2024/1689 muss die Kommission ferner angeben, dass die gemäß der genannten Verordnung entwickelten harmonisierten Normen mit den Normen konsistent sein müssen, die gemäß den in Anhang I der genannten Verordnung aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union entwickelt wurden. Die Kommission sollte Leitlinien bereitstellen, um Wirtschaftsakteure von unter Anhang I der Verordnung (EU) 2024/1689 fallenden Hochrisiko-KI-Systeme bei der Einhaltung der genannten Verordnung zu unterstützen, wobei dies auch Leitlinien für die Anwendung von Artikel 8 Absatz 2, Artikel 9 Absatz 10 und Artikel 17 Absatz 3 der genannten Verordnung als Mechanismen zur Minimierung des Befolgungsaufwands im Einklang mit den Grundsätzen der Komplementarität und der Verhältnismäßigkeit umfassen sollte. Diese Leitlinien sollten spätestens bis zum 1. August 2027 veröffentlicht werden.

(38) Um Anbietern generativer KI-Systeme, die den Kennzeichnungspflichten gemäß Artikel 50 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2024/1689 unterliegen, ausreichend Zeit einzuräumen, um ihre Verfahren innerhalb einer angemessenen Frist anzupassen, ohne dabei den Markt zu stören, ist es angezeigt, einen Übergangszeitraum von ***vier*** Monaten für Anbieter einzuführen, die ihre Systeme bereits vor dem 2. August 2026 in Verkehr gebracht haben.

(39) Um den Anbietern von Hochrisiko-KI-Systemen ausreichend Zeit einzuräumen und die für KI-Systeme, die bereits vor dem Geltungsbeginn der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2024/1689 in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurden, geltenden Vorschriften zu präzisieren, sollte der Geltungsbereich der Übergangsfrist nach Artikel 111 Absatz 2 der genannten Verordnung präzisiert werden. Für die Zwecke von ebendiesem Artikel 111 Absatz 2 sollte die Übergangsfrist in Fällen gelten, in denen die betreffende Art und das betreffende Modell eines KI-Systems bereits in Verkehr gebracht wurde. Wenn also bereits eine einzelne Einheit des Hochrisiko-KI-Systems vor dem in Artikel 111 Absatz 2 genannten Datum rechtmäßig in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurde, gilt für andere einzelne Einheiten derselben Art und desselben Modells eines Hochrisiko-KI-Systems die in ebendiesem Artikel 111 Absatz 2 vorgesehene Übergangsfrist, und sie dürfen folglich ohne zusätzliche Verpflichtungen, Anforderungen oder Zertifizierung weiterhin auf dem Unionsmarkt in Verkehr gebracht, bereitgestellt oder in Betrieb genommen werden, solange die Gestaltung dieses Hochrisiko-KI-Systems unverändert bleibt. Für die Anwendung der Übergangsfrist nach Artikel 111 Absatz 2 ist das Datum entscheidend, an dem die erste Einheit dieser Art und dieses Modells eines Hochrisiko-KI-Systems erstmals auf dem Unionsmarkt in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurde. Jede signifikante Änderung der Gestaltung des betreffenden KI-Systems nach dem in Artikel 111 Absatz 2 genannten Datum sollte die Verpflichtung des Anbieters nach sich ziehen, alle einschlägigen für Hochrisiko-KI-Systeme geltenden Bestimmungen der genannten Verordnung, einschließlich der Anforderungen an die Konformitätsbewertung, in vollem Umfang einzuhalten.

(40) In Artikel 113 der Verordnung (EU) 2024/1689 sind die Daten des Inkrafttretens und des Geltungsbeginns der Verordnung festgelegt, insbesondere, dass der allgemeine Geltungsbeginn der 2. August 2026 ist. In Bezug auf die in Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 der Verordnung (EU) 2024/1689 festgelegten Verpflichtungen im Zusammenhang mit Hochrisiko-KI-Systemen führen die verzögerte Verfügbarkeit von Normen, gemeinsamen Spezifikationen und alternativen Leitlinien und die verzögerte Einrichtung der zuständigen nationalen Behörden zu Herausforderungen, die das wirksame Inkrafttreten dieser Verpflichtung gefährden und das Risiko einer derart erheblichen Erhöhung der Umsetzungskosten bergen, dass es nicht gerechtfertigt ist, ihren ursprünglichen Geltungsbeginn, d. h. den 2. August 2026, beizubehalten. ***Daher ist es angezeigt, den Geltungsbeginn von*** Kapitel III ***Abschnitte 1, 2 und 3*** für KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, ***auf den 2. Dezember 2027*** und für KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I ▌ als hochriskant eingestuft sind, ***auf den 2. August 2028 festzusetzen.*** Die unterschiedlichen Zeitpunkte des Geltungsbeginns der Vorschriften für KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III bzw. Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I der genannten Verordnung als hochriskant eingestuft sind, richten sich nach den in der Verordnung (EU) 2024/1689 ursprünglich vorgesehenen Zeitpunkten des Geltungsbeginns und dienen dazu, die erforderliche Zeit für die Anpassung und Umsetzung der entsprechenden Verpflichtungen einzuräumen. ***Die rechtzeitige Verfügbarkeit von Unterstützungsinstrumenten, darunter klare Leitlinien, einschlägige Normen, gemeinsame Spezifikationen und Praxisleitfäden, ist wichtig, um die Einhaltung der Vorschriften zu erleichtern und das Risiko einer unterschiedlichen Auslegung und einer uneinheitlichen Anwendung der Vorschriften in den Mitgliedstaaten zu verringern. Um Rechtssicherheit zu gewährleisten und zu verhindern, dass es bei der Anwendung der Verordnung (EU) 2024/1689 zu weiteren Verzögerungen kommt, sollte die Kommission sicherstellen, dass mit Blick auf die Einhaltung von Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 der genannten Verordnung rechtzeitig Unterstützungsmaßnahmen ergriffen werden, um eine rasche und wirksame Umsetzung der erforderlichen Bestimmungen zu gewährleisten.***

(41) Angesichts des Ziels, die Herausforderungen zu verringern, auf die Bürger, Unternehmen und öffentliche Verwaltungen bei der Umsetzung stoßen, ist es von wesentlicher Bedeutung, dass harmonisierte Bedingungen für die Anwendung bestimmter Vorschriften nur angenommen werden, wenn dies unbedingt erforderlich ist. Zu diesem Zweck ist es angezeigt, bestimmte der Kommission übertragene Befugnisse, solche harmonisierten Bedingungen im Wege von Durchführungsrechtsakten zu erlassen, zu streichen, wenn dies nicht der Fall ist. Artikel 50 Absatz 7, Artikel 56 Absatz 6 und Artikel 72 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2024/1689 sollten daher geändert werden, um die der Kommission übertragenen Befugnisse zum Erlass von Durchführungsrechtsakten zu streichen. ***Da die in Artikel 50 Absatz 7 und Artikel 56 Absatz 6 genannten Praxisleitfäden nur begrenzte Rechtswirkung haben und insbesondere keine Konformitätsvermutung begründen, ist es nicht unbedingt erforderlich, dass diese Leitfäden im Wege eines Durchführungsrechtsakts genehmigt werden. Anbieter sollten sich gemäß Artikel 53 Absatz 4 und Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2024/1689 auf Praxisleitfäden stützen können, die gemäß Artikel 56 Absatz 6 der genannten Verordnung als angemessen bewertet wurden.*** Die Streichung der Befugnis zur Annahme eines harmonisierten Musters des Plans für die Beobachtung nach dem Inverkehrbringen in Artikel 72 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2024/1689 hat den zusätzlichen Vorteil, dass so den Anbietern von Hochrisiko-KI-Systemen mehr Flexibilität bei der Einrichtung eines auf ihre Organisation zugeschnittenen Systems für die Beobachtung nach dem Inverkehrbringen geboten wird. Gleichzeitig sollte die Kommission angesichts der Notwendigkeit, Klarheit darüber zu schaffen, wie Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen ***ihre in Artikel 72 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2024/1689 festgelegte Pflicht*** erfüllen müssen, verpflichtet sein, ***bis zum 2. September 2027*** Leitlinien ***zu dem Plan für die Beobachtung nach dem Inverkehrbringen, einschließlich eines freiwilligen Musters,*** zu veröffentlichen.

(42) ***Der Einsatz künstlicher Intelligenz in Maschinen kann dazu beitragen, Innovationen zu fördern und die Effizienz dieser Maschinen zu steigern. Bei der Anwendung der Verordnung (EU) 2023/1230 des Europäischen Parlaments und des Rates[18] und der Verordnung (EU) 2024/1689 könnten Überschneidungen entstehen. Gleichzeitig ist es wichtig, in Bezug auf Risiken im Zusammenhang mit dem Einsatz künstlicher Intelligenz in Maschinen ein Schutzniveau sicherzustellen, das dem in der Verordnung (EU) 2024/1689 in Bezug auf Hochrisiko-KI-Systeme vorgesehenen Schutzniveau entspricht. Um der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, den Rechtsrahmen für KI-gestützte Maschinen zu vereinfachen, ist es angesichts der besonderen Eigenschaften von Maschinen und des Maschinenbausektors angezeigt, zu einem sektorspezifischen Ansatz überzugehen, indem die Verordnung (EU) 2023/1230 von Anhang I Abschnitt A in Abschnitt B der Verordnung (EU) 2024/1689 verschoben wird. Dementsprechend sollte erstens die Anwendung der Verordnung (EU) 2024/1689 auf diese Maschinen auf die in Artikel 2 Absatz 2 der genannten Verordnung genannten Bestimmungen beschränkt werden. Der Verweis auf die Richtlinie 2006/42/EG sollte aus Anhang I Abschnitt A in Abschnitt B der Verordnung (EU) 2024/1689 verschoben und dahin gehend aktualisiert werden, dass auf die Verordnung (EU) 2023/1230 verwiesen wird. Zweitens ist unbedingt dafür zu sorgen, dass die Verordnung (EU) 2023/1230 grundlegende Sicherheits- und Gesundheitsschutzanforderungen für KI-Systeme enthält, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2024/1689 als Hochrisiko-KI-Systeme gelten und als Sicherheitsbauteil in Maschinen oder Hochrisiko-KI-Systemen, die Maschinen darstellen, verwendet werden, wobei für ein Schutzniveau zu sorgen ist, das mit der Verordnung (EU) 2024/1689 im Einklang steht.***

---

18 Verordnung (EU) 2023/1230 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2023 über Maschinen und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 73/361/EWG des Rates (ABl. L 165 vom 29.6.2023, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2023/1230/oj).

Zu diesem Zweck sollte die Kommission verpflichtet werden, delegierte Rechtsakte zur Änderung von Anhang III der Verordnung (EU) 2023/1230 zu erlassen, mit denen den jeweiligen Anforderungen gemäß Kapitel III Abschnitt 2 und den Artikeln 17, 19, 72 und 73 der Verordnung (EU) 2024/1689 Rechnung getragen wird. Um zu verhindern, dass eine Rechtslücke entsteht, und die Angleichung an den Geltungsbeginn der einschlägigen Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme gemäß der Verordnung (EU) 2024/1689 sicherzustellen, sollten diese delegierten Rechtsakte ab dem 2. August 2028 gelten. Aus denselben Gründen sollte es den Herstellern freistehen, sich auf harmonisierte Normen oder gemeinsame Spezifikationen zu stützen, auf die gemäß der Verordnung (EU) 2024/1689 Bezug genommen wird bzw. die gemäß der genannten Verordnung erlassen wurden und die die einschlägigen grundlegenden Anforderungen für die Konformitätsvermutung im Sinne von Artikel 20 der Verordnung (EU) 2023/1230 abdecken, bis auf harmonisierte Normen oder gemeinsame Spezifikationen für KI gemäß der Verordnung (EU) 2023/1230 verwiesen wird oder diese gemäß der genannten Verordnung erlassen wurden.

(43) Konformitätsbewertungen von Hochrisiko-KI-Systemen gemäß der Verordnung (EU) 2024/1689 können die Einbeziehung von Konformitätsbewertungsstellen erfordern. Nur Konformitätsbewertungsstellen, die gemäß der genannten Verordnung benannt wurden, sind befähigt, Konformitätsbewertungen durchzuführen, und dies nur für die Tätigkeiten in Bezug auf die betreffenden Kategorien und Arten von KI-Systemen. Um den Geltungsbereich der Benennung von Konformitätsbewertungsstellen, die gemäß Artikel 30 der Verordnung (EU) 2024/1689 notifiziert wurden, angeben zu können, muss ein Verzeichnis von Codes, Kategorien und entsprechenden Arten von KI-Systemen erstellt werden. Bei dem Verzeichnis der Codes sollte berücksichtigt werden, ob es sich bei dem KI-System um das Bauteil eines Produkts oder um ein eigenständiges Produkt handelt, das unter die in Anhang I der Verordnung (EU) 2024/1689) aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fällt (im Falle von KI-Systemen, die unter die Produktvorschriften fallen, als „AIP-Codes“ bezeichnet), oder um ein in Anhang III der genannten Verordnung aufgeführtes System, was derzeit nur die in Anhang III Nummer 1 genannten biometrischen KI-Systeme betrifft (im Falle biometrischer KI-Systeme als „AIB-Codes“ bezeichnet). Sowohl AIP- als auch AIB-Codes sind vertikale Codes. Die AIP-Codes dienen als Referenzcodes, die eine Verbindung zu den in Anhang I Abschnitt A der Verordnung (EU) 2024/1689 aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union herstellen. Bei den AIB-Codes handelt es sich um neue spezifische Codes der Verordnung (EU) 2024/1689, mit denen die in Anhang III Nummer 1 der genannten Verordnung aufgeführten biometrischen KI-Systeme bezeichnet werden.

Darüber hinaus sollten in dem Verzeichnis der Codes auch spezifische Arten und zugrunde liegende Technologien von KI-Systemen (im Falle horizontaler KI-Systemcodes als „AIH-Codes“ bezeichnet) berücksichtigt werden. Bei den AIH-Codes handelt es sich um neue KI-technologiespezifische Codes, die in Verbindung mit vertikalen AIP- oder AIB-Codes angewandt werden können. Die AIH-Codes decken die zugrunde liegenden Arten und Technologien von KI-Systemen ab. Das Verzeichnis der Codes, das drei Kategorien umfasst, sollte eine mehrdimensionale Typologie von KI-Systemen vorsehen, mit der sichergestellt wird, dass die als notifizierte Stellen benannten Konformitätsbewertungsstellen über jegliche Kompetenz verfügen, die die von ihnen zu bewertenden KI-Systeme erfordern.

(44) In der Verordnung (EU) 2018/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates[19] sind gemeinsame Vorschriften für die Zivilluftfahrt festgelegt. Mit Artikel 108 der Verordnung (EU) 2024/1689 wird die Verordnung (EU) 2018/1139 geändert, damit die Kommission beim Erlass von etwaigen einschlägigen delegierten Rechtsakten oder Durchführungsrechtsakten gemäß der Verordnung (EU) 2018/1139 – auf der Grundlage der technischen und regulatorischen Besonderheiten des Zivilluftfahrtsektors und ohne Beeinträchtigung bestehender Governance-, Konformitätsbewertungs- und Durchsetzungsmechanismen sowie der damit eingerichteten Behörden – die in der Verordnung (EU) 2024/1689 festgelegten verbindlichen Anforderungen an Hochrisiko-KI-Systeme berücksichtigt. Eine technische Korrektur zur Änderung zusätzlicher Artikel der Verordnung (EU) 2018/1139 ist erforderlich, um sicherzustellen, dass sämtliche der in der Verordnung (EU) 2024/1689 festgelegten verbindlichen Anforderungen an Hochrisiko-KI-Systeme beim Erlass einschlägiger delegierter Rechtsakte oder Durchführungsrechtsakte gemäß der Verordnung (EU) 2018/1139 berücksichtigt werden.

---

19 Verordnung (EU) 2018/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Zivilluftfahrt und zur Errichtung einer Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit sowie zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2111/2005, (EG) Nr. 1008/2008, (EU) Nr. 996/2010, (EU) Nr. 376/2014 und der Richtlinien 2014/30/EU und 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 552/2004 und (EG) Nr. 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EWG) Nr. 3922/91 des Rates (ABl. L 212 vom 22.8.2018, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2018/1139/oj).

(45) Um bestimmte nicht wesentliche Bestimmungen der Verordnungen (EU) 2024/1689 und (EU) 2023/1230 zu ändern, sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union Rechtsakte hinsichtlich Folgendem zu erlassen:

- Beschränkung der Anwendung bestimmter Anforderungen oder Pflichten, die in der Verordnung (EU) 2024/1689 festgelegt sind, wenn die in Anhang I Abschnitt A der genannten Verordnung festgelegten Anforderungen einen gleichwertigen Schutz bieten,
- Änderung des Verzeichnisses von Codes, Kategorien und entsprechenden Arten von KI Systemen in Anhang XIV der Verordnung (EU) 2024/1689 und
- Änderung von Anhang III der Verordnung (EU) 2023/1230, um den relevanten Anforderungen der Verordnung (EU) 2024/1689 zu entsprechen

Es ist von besonderer Bedeutung, dass die Kommission im Zuge ihrer Vorbereitungsarbeit angemessene Konsultationen, auch auf der Ebene von Sachverständigen, durchführt, die mit den Grundsätzen im Einklang stehen, die in der Interinstituionellen Vereinbarung vom 13. April 2016[20] über bessere Rechtssetzung niedergelegt wurden. Um insbesondere für eine gleichberechtigte Beteiligung an der Vorbereitung delegierter Rechtsakte zu sorgen, erhalten das Europäische Parlament und der Rat alle Dokumente zur gleichen Zeit wie die Sachverständigen der Mitgliedstaaten, und ihre Sachverständigen haben systematisch Zugang zu den Sitzungen der Sachverständigengruppen der Kommission, die mit der Vorbereitung der delegierten Rechtsakte befasst sind.

(46) Um im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehende allgemeine Anwendung der Verordnung (EU) 2024/1689 unverzügliche Rechtssicherheit zu gewährleisten, sollte die vorliegende Verordnung aus Gründen der Dringlichkeit am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft treten.

---

20 ABl. L 123 vom 12.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2016/512/oj.

(47) Der Europäische Datenschutzbeauftragte und der Europäische Datenschutzausschuss wurden gemäß Artikel 42 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EU) 2018/1725 angehört und haben am 20. Januar 2026 ihre gemeinsame Stellungnahme abgegeben —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Änderung der Verordnung (EU) 2024/1689

Die Verordnung (EU) 2024/1689 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe g erhält folgende Fassung:

„g) Maßnahmen zur Innovationsförderung mit besonderem Augenmerk auf kleinen Midcap-Unternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), einschließlich Start-up-Unternehmen.“

2. Artikel 2 ***wird wie folgt geändert***:

a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Für KI-Systeme, die als Hochrisiko-KI-Systeme gemäß Artikel 6 Absatz 1 eingestuft sind und im Zusammenhang mit Produkten stehen, die unter die in Anhang I Abschnitt B aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, gelten nur Artikel 6 Absatz 1, Artikel 60a ***und*** Artikel 102 bis ▌ 112. ***Die*** Artikel 57***, 58 und 59*** gelten nur, soweit die Anforderungen an Hochrisiko-KI-Systeme gemäß dieser Verordnung im Rahmen der genannten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union übernommen wurden.“

b) Absatz 7 erhält folgende Fassung:

„(7) Die Rechtsvorschriften der Union zum Schutz personenbezogener Daten, der Privatsphäre und der Vertraulichkeit der Kommunikation gelten für die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit den in dieser Verordnung festgelegten Rechten und Pflichten. Unbeschadet der Artikel 4a und 59 der vorliegenden Verordnung, berührt diese Verordnung nicht die Verordnung (EU) 2016/679 bzw. (EU) 2018/1725 oder die Richtlinie 2002/58/EG bzw. (EU) 2016/680.“

3. In Artikel 2 wird folgender Absatz angefügt:

„(13) Für die in Artikel 6 Absatz 1 genannten Hochrisiko-KI-Systeme kann die Anwendung der in den Artikeln 9 bis 15 sowie 17 bis 25 festgelegten spezifischen Anforderungen oder Pflichten beschränkt werden, sofern und soweit

a) in den in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union Anforderungen oder bzw. Pflichten vorgesehen sind, die in Bezug auf Gesundheit, Sicherheit oder Grundrechte ein gleichwertiges oder höheres Schutzniveau bieten als die betreffende Anforderung bzw. Pflicht, und

(b) eine solche Beschränkung nicht zu einer Verringerung des in dieser Verordnung vorgesehenen allgemeinen Schutzniveaus führt.

Die Kommission erlässt bis zum 2. August 2027 delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 97 zur Ergänzung dieser Verordnung zu erlassen, um die betreffenden Hochrisiko-KI-Systeme, die Anforderungen oder Pflichten, die beschränkt werden können, die Bedingungen, unter denen eine solche Beschränkung gilt, und den Umfang der Beschränkung festzulegen.“

(4) ▌ Artikel 3 ***wird wie folgt geändert***:

a) Nummer 14 wird wie folgt geändert:

„14. ‚Sicherheitsbauteil' einen Bestandteil eines Produkts oder KI-Systems, der eine Sicherheitsfunktion für dieses Produkt oder KI-System erfüllt oder dessen Ausfall oder Störung die Gesundheit und Sicherheit von Personen oder Eigentum gefährdet; für die Zwecke dieser Begriffsbestimmung erfüllt ein Bauteil dann eine Sicherheitsfunktion, wenn seine Zweckbestimmung darin besteht, Risiken für die Gesundheit und Sicherheit von Personen oder Eigentum abzuwenden oder zu mindern;"

b) Die folgenden Nummern werden eingefügt:

„14a. ‚Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen' oder „KMU' ein Kleinstunternehmen, kleines oder mittleres Unternehmen im Sinne von Artikel 2 des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG;

14b. ‚kleines Midcap-Unternehmen' ein kleines Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung im Sinne von Nummer 2 des Anhangs der Empfehlung (EU) 2025/1099 ▌;"

5. Artikel 4 erhält folgende Fassung:

„Artikel 4

KI-Kompetenz

(1) ▌Die Anbieter und Betreiber von KI-Systemen ***ergreifen*** Maßnahmen***, um die Entwicklung der KI-Kompetenz ihres Personals und anderer Personen zu unterstützen,*** die in ihrem Auftrag mit dem Betrieb und der Nutzung von KI-Systemen befasst sind,▌ wobei ihre technischen Kenntnisse, ihre Erfahrung, ***ihre Aus- und Fortbildung*** und der Kontext, in dem die KI-Systeme eingesetzt werden sollen, sowie die Personen oder Personengruppen, bei denen die KI-Systeme eingesetzt werden sollen, zu berücksichtigen sind. ***Diese Verpflichtung verpflichtet Anbieter oder Betreiber nicht, für irgendeine Person ein bestimmtes Niveau an KI-Kompetenz zu garantieren.***

▌

(2) Die Kommission und die Mitgliedstaaten unterstützen und fördern die Bemühungen der Anbieter und Betreiber von KI-Systemen und insbesondere von KMU, ihre Verpflichtung nach Absatz 1 dieses Artikels zu erfüllen. Zu diesem Zweck veröffentlicht die Kommission praktische Beispiele dafür, wie diese Verpflichtung erfüllt wird auf der in Artikel 62 Absatz 3 Buchstabe b genannten zentralen Informationsplattform.

(3) Das KI-Gremium nimmt unter Berücksichtigung der europäischen Kompetenzrahmen Empfehlungen an, um die Kommission und die Mitgliedstaaten unter anderem durch die Festlegung gemeinsamer Ziele bei der Förderung der KI-Kompetenz gemäß Absatz 1 zu unterstützen.“

6. Folgender Artikel wird eingefügt:

„Artikel 4a

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten zur Erkennung und Korrektur von Verzerrungen

(1) Soweit dies zur Erkennung und Korrektur von Verzerrungen im Zusammenhang mit Hochrisiko-KI-Systemen im Einklang mit Artikel 10 Absatz 2 Buchstaben f und g dieser Verordnung ***unbedingt*** erforderlich ist, dürfen die Anbieter solcher Systeme ausnahmsweise besondere Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten, wobei sie angemessene Vorkehrungen zum Schutz der Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen treffen müssen. Zusätzlich zu den Bestimmungen der Verordnungen (EU) 2016/679 und (EU) 2018/1725 und der Richtlinie (EU) 2016/680, soweit zutreffend, müssen sämtliche der folgenden Bedingungen erfüllt sein, damit eine solche Verarbeitung stattfinden darf:

a) Die Erkennung und Korrektur von Verzerrungen kann durch die Verarbeitung anderer Daten, einschließlich synthetischer oder anonymisierter Daten, nicht effektiv durchgeführt werden,

b) die besonderen Kategorien personenbezogener Daten unterliegen technischen Beschränkungen bezüglich einer Weiterverwendung der personenbezogenen Daten und modernsten Sicherheits- und Datenschutzmaßnahmen, einschließlich Pseudonymisierung,

c) die besonderen Kategorien personenbezogener Daten unterliegen Maßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass die verarbeiteten personenbezogenen Daten gesichert und geschützt und Gegenstand angemessener Sicherheitsvorkehrungen sind, wozu auch strenge Kontrollen des Zugriffs und seine Dokumentation gehören, um Missbrauch zu verhindern und sicherzustellen, dass nur befugte Personen, die zur Einhaltung entsprechender Vertraulichkeitspflichten verpflichtet sind, Zugang zu diesen personenbezogenen Daten haben,

d) die besonderen Kategorien personenbezogener Daten werden nicht an Dritte übermittelt oder übertragen, noch haben diese Dritten anderweitigen Zugang zu diesen Daten,

e) die besonderen Kategorien personenbezogener Daten werden gelöscht, sobald die Verzerrung korrigiert wurde oder das Ende der Speicherfrist für die personenbezogenen Daten erreicht ist, je nachdem, was zuerst eintritt, und

f) die Aufzeichnungen über Verarbeitungstätigkeiten gemäß den Verordnungen (EU) 2016/679 und (EU) 2018/1725 und der Richtlinie (EU) 2016/680 enthalten die Gründe, warum die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten für die Erkennung und Korrektur von Verzerrungen ***unbedingt*** erforderlich war und warum dieses Ziel mit der Verarbeitung anderer Daten nicht erreicht werden konnte.

(2) ▌Anbieter und Betreiber anderer KI-Systeme und KI-Modelle und Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen ***dürfen ausnahmsweise besondere Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten, sofern***

a) eine solche Verarbeitung zur Erkennung und Korrektur von Verzerrungen im Hinblick auf mögliche Verzerrungen unbedingt erforderlich ist, die die Gesundheit und Sicherheit von Personen beeinträchtigen, negative Auswirkungen hinsichtlich der Grundrechte haben oder zu einer gemäß den Rechtsvorschriften der Union verbotenen Diskriminierung führen, insbesondere wenn die Datenausgaben die Eingaben für künftige Operationen beeinflussen, und

b) alle in Absatz 1 genannten Bedingungen und Vorkehrungen Anwendung finden.

Dieser Absatz begründet keine Verpflichtung, eine solche Erkennung und Korrektur von Verzerrungen vorzunehmen.“

▌

7. Artikel 5 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Unterabsatz 1 werden folgende Buchstaben eingefügt:

„ba) das Inverkehrbringen, die Inbetriebnahme oder die Verwendung eines KI-Systems, das realistische Bild-, Video-, Ton- oder ähnliche Inhalte erzeugt oder manipuliert, in denen intime Körperteile einer bestimmbaren natürlichen Person dargestellt werden oder eine an eindeutig sexuellen Handlungen beteiligte bestimmbare Person dargestellt wird, ohne dass die betreffende Person eine aus freien Stücken erfolgende, spezifische, aufgeklärte, eindeutige und ausdrückliche Zustimmung zu dieser Erzeugung oder Manipulation erteilt hat;

bb) das Inverkehrbringen, die Inbetriebnahme oder die Verwendung eines KI-Systems, das Material oder Darbietungen im Sinne von Artikel 2 Buchstaben c und e der Richtlinie 2011/93/EU erzeugt oder manipuliert, es sei denn, nach nationalem Recht gilt das‚unrechtmäßige' Verhalten als gerechtfertigt;"

b) Folgende Absätze werden eingefügt:

„(1a) Für die Zwecke von Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstaben ba und bb:

a) Das Inverkehrbringen oder die Inbetriebnahme eines KI-Systems, das Material oder Darbietungen im Sinne von Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstaben ba oder bb generiert oder manipuliert, ist nur verboten, wenn

i) die Erzeugung oder Manipulation die Zweckbestimmung des KI-Systems sind oder

ii) aufgrund der Gestaltung, des Trainings, der Architektur, der Fähigkeiten oder der nutzerseitigen Funktionen des Systems diese Erzeugung oder Manipulation ein nach vernünftigem Ermessen absehbares und reproduzierbares Ergebnis ist, ohne dass erhebliche technische Änderungen erforderlich sind, und das System nicht über zumutbare und angemessene technische Sicherheitsmaßnahmen und andere Schutzvorkehrungen verfügt, um diese Erzeugung oder Manipulation unter Berücksichtigung einer nach vernünftigem Ermessen absehbaren missbräuchlichen Nutzung zuverlässig zu verhindern und eine beobachtete oder gemeldete missbräuchliche Nutzung zu korrigieren.

b) Die Verwendung eines KI-Systems, mit dem Material oder Darbietungen im Sinne von Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstaben ba und bb erzeugt oder manipuliert werden, ist nur verboten, wenn der Betreiber das System zum Zwecke der Erzeugung oder der Manipulation solchen Materials oder solcher Darbietungen verwendet.

1b. Für die Zwecke von Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe ba gilt ein KI-System, mit dem das Material in einer Weise manipuliert wird, die die Sichtbarkeit der dargestellten intimen Körperteile weder erhöht noch die Art der dargestellten eindeutig sexuellen Handlungen verändert, nicht als manipulativ.“

8. In Artikel 6 werden die folgenden Absätze eingefügt:

„(1a) Für die Zwecke dieser Verordnung, einschließlich des Absatzes 1 dieses Artikels, gelten KI-Systeme, die ausschließlich für nicht sicherheitsrelevante Aspekte der Nutzerunterstützung, Leistungsoptimierung, Leistungseffizienz, Automatisierung oder Benutzerfreundlichkeit oder Qualitätskontrolle verwendet werden, nicht als Sicherheitsbauteile.

(1b) Unbeschadet des Absatzes 1a gelten KI-Systeme, deren Ausfall oder Fehlfunktion Gesundheit und Sicherheit gefährden würde, als Sicherheitsbauteile.

(1c) Ein Produkt, das ausschließlich aufgrund anderer Risiken als Risiken für Gesundheit und Sicherheit einer Konformitätsbewertung durch Dritte unterzogen werden muss, insbesondere aufgrund von Risiken im Zusammenhang mit der Verbreitung von Funkfrequenzen oder elektromagnetischen Interferenzen, die Gesundheit und Sicherheit nicht beeinträchtigen, gilt nicht als Produkt, das die Bedingung in Absatz 1 Buchstabe b erfüllt.“

9. Artikel 10 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Hochrisiko-KI-Systeme, in denen Techniken eingesetzt werden, bei denen KI-Modelle mit Daten trainiert werden, müssen mit Trainings-, Validierungs- und Testdatensätzen entwickelt werden, die den in den Absätzen 2, 3 und 4 dieses Artikels und in Artikel 4a Absatz 1 genannten Qualitätskriterien entsprechen, wenn solche Datensätze verwendet werden.“

b) Absatz 5 wird gestrichen.

c) Absatz 6 erhält folgende Fassung:

„(6) Bei der Entwicklung von Hochrisiko-KI-Systemen, in denen keine Techniken eingesetzt werden, bei denen KI-Modelle trainiert werden, gelten die Absätze 2, 3 und 4 dieses Artikels und Artikel 4a Absatz 1 nur für Testdatensätze.“

10. Artikel 11 Absatz 1 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Diese technische Dokumentation wird so erstellt, dass aus ihr der Nachweis hervorgeht, wie das Hochrisiko-KI-System die Anforderungen dieses Abschnitts erfüllt, und dass den zuständigen nationalen Behörden und den notifizierten Stellen die Informationen in klarer und verständlicher Form zur Verfügung stehen, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob das KI-System diese Anforderungen erfüllt. Sie enthält zumindest die in Anhang IV genannten Angaben. ▌ KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, ***und kleine Midcap-Unternehmen*** können die in Anhang IV aufgeführten Elemente der technischen Dokumentation in vereinfachter Weise bereitstellen. Zu diesem Zweck erstellt die Kommission ein vereinfachtes Formular für die technische Dokumentation, das auf die Bedürfnisse von ▌ KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, ***und von kleinen Midcap-Unternehmen*** zugeschnitten ist. Entscheidet sich ein ▌ KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, ***oder ein kleines Midcap-Unternehmen*** für eine vereinfachte Bereitstellung der in Anhang IV vorgeschriebenen Angaben, so verwendet es das in diesem Absatz genannte Formular. Die notifizierten Stellen akzeptieren das Formular für die Zwecke der Konformitätsbewertung.“

11. Artikel 17 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Umsetzung der in Absatz 1 genannten Aspekte erfolgt in einem angemessenen Verhältnis zur Größe der Organisation des Anbieters, insbesondere wenn es sich bei dem Anbieter um ein ▌ KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, ***oder ein kleines Midcap-Unternehmen*** handelt. Die Anbieter müssen in jedem Fall den Grad der Strenge und das Schutzniveau einhalten, die erforderlich sind, um die Übereinstimmung ihrer Hochrisiko-KI-Systeme mit dieser Verordnung sicherzustellen."

12. Artikel 25 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Unter den in Absatz 1 genannten Umständen gilt der Anbieter, der das KI-System ursprünglich in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen hatte, nicht mehr als Anbieter dieses spezifischen KI-Systems für die Zwecke dieser Verordnung.

Dieser Erstanbieter arbeitet eng mit neuen Anbietern zusammen, stellt die erforderlichen Informationen zur Verfügung und sorgt für den nach vernünftigem Ermessen zu erwartenden technischen Zugang und sonstige Unterstützung, die für die Erfüllung der in dieser Verordnung festgelegten Pflichten, insbesondere in Bezug auf die Konformitätsbewertung von Hochrisiko-KI-Systemen, erforderlich sind.

Die in Unterabsatz 2 festgelegte Verpflichtung umfasst, sofern dies für die dort genannten Zwecke relevant ist, insbesondere Folgendes:

a) Bereitstellung technischer Unterlagen, die ausreichen, um die Einhaltung der in Artikel 16 festgelegten Anforderungen zu bewerten;

b) Unterrichtung der neuen Anbieter über bekannte Einschränkungen und Fehlerarten und

c) Bereitstellung eines gezielten technischen Zugangs für die neuen Anbieter, auch zu Test- und Validierungszwecken.

Dieser Absatz gilt nicht in Fällen, in denen der Erstanbieter eindeutig festgelegt hat, dass sein KI-System nicht in ein Hochrisiko-KI-System umgewandelt werden darf und daher nicht der Pflicht zur Zusammenarbeit mit neuen Anbietern und zur Übergabe der Dokumentation unterliegt.“

b) In Absatz 4 erhält Unterabsatz 1 folgende Fassung:

„(4) Der Anbieter eines Hochrisiko-KI-Systems und der Dritte, der ein KI-System, ein KI-Modell, Instrumente, Dienste, Komponenten oder Verfahren bereitstellt, die in einem Hochrisiko-KI-System verwendet oder integriert werden, legen in einer schriftlichen Vereinbarung die Informationen, die Fähigkeiten, den technischen Zugang und die sonstige Unterstützung nach dem allgemein anerkannten Stand der Technik fest, die erforderlich sind, damit der Anbieter des Hochrisiko-KI-Systems die in dieser Verordnung festgelegten Pflichten vollständig erfüllen kann. Dieser Absatz gilt nicht für Dritte, die Instrumente, Dienste, Verfahren oder Komponenten, bei denen es sich nicht um KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck handelt, im Rahmen einer freien und quelloffenen Lizenz öffentlich zugänglich machen.“

13. Artikel 27 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Wird eine der in diesem Artikel festgelegten Pflichten bereits infolge einer gemäß Artikel 35 der Verordnung (EU) 2016/679 oder Artikel 27 der Richtlinie (EU) 2016/680 durchgeführten Datenschutz-Folgenabschätzung erfüllt, kann der Betreiber bei der Durchführung der Grundrechte-Folgenabschätzung gemäß Absatz 1 dieses Artikels entweder Verweise auf die einschlägigen Abschnitte dieser Datenschutz-Folgenabschätzung oder die einschlägigen Teile ebendieser in die Grundrechte-Folgenabschätzung aufnehmen.“

b) Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Das Büro für Künstliche Intelligenz erarbeitet ein Muster für einen Fragebogen – auch mithilfe eines automatisierten Instruments –, um die Betreiber in die Lage zu versetzen, ihren Pflichten gemäß diesem Artikel in vereinfachter Weise nachzukommen. In diesem Muster wird den Betreibern gegebenenfalls die Möglichkeit gegeben, gemäß Absatz 4 Verweise auf die einschlägigen Abschnitte der Datenschutz-Folgenabschätzung oder die einschlägigen Teile ebendieser in die Grundrechte-Folgenabschätzung aufzunehmen.“

14. In Artikel 28 ***werden die folgenden Absätze*** angefügt:

„(8) Die gemäß dieser Verordnung benannten notifizierenden Behörden, die für KI-Systeme zuständig sind, die unter die in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, stellen sicher, dass die Konformitätsbewertungsstelle, die ihre Benennung sowohl gemäß dieser Verordnung als auch gemäß den in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union beantragt, die Möglichkeit erhält, einen einzigen Antrag zu stellen, und sich einem ***einheitlichen*** Bewertungsverfahren unterzieht, um gemäß dieser Verordnung und den in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union benannt zu werden, sofern die einschlägigen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union einen solchen einzigen Antrag und ein solches ***einheitliches*** Bewertungsverfahren vorsehen. ***Zu diesem Zweck arbeiten die gemäß dieser Verordnung benannten notifizierenden Behörden und die gemäß den in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union benannten Behörden bei ihren Bewertungen zusammen.***

Der in diesem Absatz genannte einzige Antrag und das ***einheitliche*** Bewertungsverfahren steht auch notifizierten Stellen offen, die bereits ***gemäß den*** in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union benannt wurden, wenn diese notifizierten Stellen ihre Benennung gemäß dieser Verordnung beantragen, sofern die einschlägigen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union ein solches Verfahren vorsehen.

Eine Konformitätsbewertungsstelle, die gemäß mehr als einer der in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union benannt wurde, muss nur einmal einen Antrag stellen, um gemäß dieser Verordnung benannt zu werden. Eine Benennung gemäß dieser Verordnung gilt für alle in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union, für die die Konformitätsbewertungsstelle benannt ist.

Durch den einzigen Antrag und das ***einheitliche*** Bewertungsverfahren wird unnötige Doppelarbeit vermieden, auf den bestehenden Benennungsverfahren gemäß den in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union aufgebaut und die Einhaltung der Anforderungen an notifizierte Stellen sowohl gemäß dieser Verordnung als auch gemäß den einschlägigen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union gewährleistet.

(9) Eine notifizierende Behörde, die gemäß den in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union benannt wurde, ist auch die notifizierende Behörde, die gemäß Absatz 8 den einzigen Antrag stellt und sich dem einheitlichen Bewertungsverfahren unterzieht, es sei denn, der Mitgliedstaat benennt für diese Verordnung eine andere notifizierende Behörde.“

15. Artikel 29 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Bei notifizierten Stellen, die gemäß anderen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union benannt wurden, können alle Unterlagen und Bescheinigungen im Zusammenhang mit solchen Benennungen zur Unterstützung und Beschleunigung ihres Benennungsverfahrens nach dieser Verordnung verwendet werden.

Notifizierte Stellen, die gemäß einer der in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union benannt wurden und sich dem ***einheitlichen*** Bewertungsverfahren gemäß Artikel 28 Absatz 8 unterziehen, stellen den einzigen Antrag auf Bewertung bei der notifizierenden Behörde, die gemäß diesen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union benannt wurde.

Die notifizierte Stelle aktualisiert die in den Absätzen 2 und 3 des vorliegenden Artikels genannte Dokumentation immer dann, wenn sich relevante Änderungen ergeben, damit die für notifizierte Stellen zuständige Behörde überwachen und überprüfen kann, ob die Anforderungen des Artikels 31 kontinuierlich erfüllt sind.“

16. Artikel 30 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die notifizierenden Behörden unterrichten die Kommission und die übrigen Mitgliedstaaten anhand des in Anhang XIV genannten Verzeichnisses der Codes, Kategorien und entsprechenden Arten von KI-Systemen und mithilfe des elektronischen Notifizierungsinstruments, das von der Kommission entwickelt und verwaltet wird, über jede Konformitätsbewertungsstelle gemäß Absatz 1.

Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 97 delegierte Rechtsakte zur Änderung des Anhangs XIV zu erlassen, um dem technischen Fortschritt, dem erweiterten Wissen oder neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen Rechnung zu tragen und in das Verzeichnis der Codes, Kategorien und entsprechenden Arten von KI-Systemen neue Codes, Kategorien oder Arten von KI-Systemen aufzunehmen, bestehende Codes, Kategorien oder Arten von KI-Systemen daraus zu streichen oder Codes oder Arten von KI-Systemen von einer Kategorie in eine andere zu verschieben.“

17. ***In Artikel 40 Absatz 2 wird folgender Unterabsatz angefügt:***

„Die Kommission beauftragt im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates[21] unverzüglich die europäischen Normungsorganisationen, Normungsprodukte, gegebenenfalls einschließlich harmonisierter Normen, auszuarbeiten, um die gemeinsame Einhaltung und die Konformitätsvermutung mit den Anforderungen oder Verpflichtungen gemäß Kapitel III Abschnitte 2 und 3 dieser Verordnung und den einschlägigen Anforderungen und Verpflichtungen, die in den in Anhang I dieser Verordnung aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union festgelegt sind, zu erleichtern.“

18. ***In Artikel 42 wird folgender Absatz*** angefügt:

„(3) Fallen Hochrisiko-KI-Systeme in den Anwendungsbereich der Verordnung (EU) 2024/2847 und sind die in Artikel 12 Absatz 1 der genannten Verordnung festgelegten Bedingungen erfüllt, so gelten diese Systeme als mit den in Artikel 15 dieser Verordnung festgelegten Cybersicherheitsanforderungen konform.“

---

21 ***Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur europäischen Normung, zur Änderung der Richtlinien 89/686/EWG und 93/15/EWG des Rates sowie der Richtlinien 94/9/EG, 94/25/EG, 95/16/EG, 97/23/EG, 98/34/EG, 2004/22/EG, 2007/23/EG, 2009/23/EG und 2009/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Beschlusses 87/95/EWG des Rates und des Beschlusses Nr. 1673/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 14.11.2012, S. 12, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2012/1025/oj).***

19. Artikel 43 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Bei den Hochrisiko-KI-Systemen, die unter die in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, befolgt der Anbieter des Systems das einschlägige Konformitätsbewertungsverfahren, das gemäß den einschlägigen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union erforderlich ist. Die in Abschnitt 2 dieses Kapitels festgelegten Anforderungen gelten für diese Hochrisiko-KI-Systeme und werden in diese Bewertung einbezogen. Die Bewertung des Qualitätsmanagementsystems gemäß Artikel 17 ▌ wird ebenfalls durchgeführt***, und Anhang VII Nummern 3, 4.3, 4.4. und 4.5 sowie Nummer 4.6 Absatz 5 und Nummer 5 finden Anwendung.***

Für die Zwecke dieser Konformitätsbewertung sind die notifizierten Stellen, die gemäß den in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union notifiziert wurden, dazu befugt, die Konformität der Hochrisiko-KI-Systeme mit den in Abschnitt 2 dieses Kapitels festgelegten Anforderungen zu bewerten, sofern im Rahmen des gemäß den einschlägigen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union durchgeführten Notifizierungsverfahrens geprüft wurde, dass diese notifizierten Stellen die in Artikel 31 Absätze 4, 5, 10 und 11 festgelegten Anforderungen erfüllen***, was im Zuge der Bewertung als Teil der bestehenden Notifizierung belegt wird.*** Unbeschadet des Artikels 28 beantragen solche notifizierten Stellen, die nach den in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union notifiziert wurden, ihre Benennung gemäß Abschnitt 4 dieses Kapitels bis[18 Monate nach Inkrafttreten dieser Änderungsverordnung].

Wenn eine in Anhang I Abschnitt A aufgeführte Harmonisierungsrechtsvorschrift der Union dem Hersteller des Produkts die Möglichkeit einräumt, auf eine Konformitätsbewertung ***zurückzugreifen, an der keine Dritten beteiligt sind***, sofern dieser Hersteller harmonisierte Normen angewandt hat, ***um die Konformität mit allen relevanten Anforderungen zu gewährleisten,*** so darf dieser Hersteller nur dann von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, wenn er auch harmonisierte Normen oder gegebenenfalls gemeinsame Spezifikationen gemäß Artikel 41, die alle in Abschnitt 2 dieses Kapitels festgelegten Anforderungen abdecken, angewandt hat. ***Die Einstufung eines Produkts als Hochrisiko-KI-System gemäß Artikel 6 Absatz 1 berührt nicht die Wahl des Konformitätsbewertungsverfahrens, das den Herstellern von Produkten zur Verfügung gestellt wird, die unter die in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, wobei dies gegebenenfalls eine Option, sich auf harmonisierte Normen zu stützen, umfassen kann. Die Hersteller solcher Produkte sind nicht verpflichtet, ein Konformitätsbewertungsverfahren mit einer Konformitätsbewertung durch Dritte zu wählen, nur weil das Produkt ein Hochrisiko-KI-System als Sicherheitsbauteil enthält, sofern dies nicht in den in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union vorgeschrieben ist.***

Wenn ein Hochrisiko-KI-System sowohl unter die in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union als auch unter eine der in Anhang III aufgeführten Kategorien fällt, befolgt der Anbieter dieses Systems das einschlägige Konformitätsbewertungsverfahren, das gemäß den in Anhang I Abschnitt A aufgeführten einschlägigen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union erforderlich ist.“

▌

20. Artikel 50 Absatz 7 erhält folgende Fassung:

„(7) ***Die Kommission*** fördert und erleichtert die Ausarbeitung von Praxisleitfäden auf Unionsebene, um die wirksame Umsetzung der Pflichten in Bezug auf die Feststellung, Markierung und Kennzeichnung künstlich erzeugter oder manipulierter Inhalte zu erleichtern. Die Kommission ***prüft unter weitestgehender Berücksichtigung der Stellungnahme des KI-Gremiums*** nach dem Verfahren des Artikels 56 Absatz 6 Unterabsatz 1 ▌, ob die Befolgung dieser Praxisleitfäden angemessen ist, um die Einhaltung der in ***den Absätzen 2 und 4*** dieses Artikels festgelegten Pflichten zu gewährleisten. Hält sie den ***Praxisleitfaden*** für unangemessen, so kann die Kommission einen Durchführungsrechtsakt gemäß dem in Artikel 98 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen, in dem gemeinsame Vorschriften für die Umsetzung dieser Pflichten festgelegt werden.**“**

21. Artikel ***56 Absatz 6*** erhält folgende Fassung:

„(6) Die Kommission und das KI-Gremium überwachen und bewerten regelmäßig die Verwirklichung der Ziele der Praxisleitfäden durch die Beteiligten und deren Beitrag zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung. Die Kommission bewertet unter weitestgehender Berücksichtigung der Stellungnahme des KI-Gremiums, ob die Praxisleitfäden die in den Artikeln 53 und 55 vorgesehenen Pflichten abdecken, und überwacht und bewertet regelmäßig die Verwirklichung von deren Zielen. Die Kommission veröffentlicht ihre Bewertung der Angemessenheit der Praxisleitfäden.“

22. Artikel 57 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass ihre zuständigen Behörden mindestens ein KI-Reallabor auf nationaler Ebene einrichten, das bis zum 2. August 2027 einsatzbereit sein muss. Dieses Reallabor kann auch gemeinsam mit den zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten eingerichtet werden. Die Kommission kann technische Unterstützung, Beratung und Instrumente für die Einrichtung und den Betrieb von KI-Reallaboren bereitstellen.“

b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Der Europäische Datenschutzbeauftragte kann ein KI-Reallabor für die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union einrichten. Für diesen Zweck gelten Bezugnahmen auf die zuständigen nationalen Behörden in diesem Kapitel als Bezugnahmen auf den Europäischen Datenschutzbeauftragten.“

c) ***Der folgende Absatz*** wird eingefügt:

„(3a) Das Büro für Künstliche Intelligenz kann auf Unionsebene ein KI-Reallabor für KI-Systeme einrichten, die unter Artikel 75 Absatz 1 fallen. ***Für diesen Zweck gelten Bezugnahmen auf die zuständigen nationalen Behörden in diesem Kapitel gegebenenfalls als Bezugnahmen auf das Büro für Künstliche Intelligenz.*** Diese KI-Reallabor wird in enger Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Behörden umgesetzt, insbesondere wenn die Einhaltung anderer Rechtsvorschriften der Union als dieser Verordnung im KI-Reallabor beaufsichtigt wird, und gewährt KMU***, einschließlich Start-up-Unternehmen, und kleinen Midcap-Unternehmen*** vorrangigen Zugang dazu. ▌

Die Einrichtung eines KI-Reallabors auf Unionsebene durch das Büro für Künstliche Intelligenz lässt die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten für die Einrichtung und Beaufsichtigung von KI-Reallaboren für KI-Systeme, die ihrer Aufsicht unterliegen, unberührt.“

d) Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Die nach diesem Artikel eingerichteten KI-Reallabore bieten eine kontrollierte Umgebung, um Innovation zu fördern und die Entwicklung, das Training, das Testen und die Validierung innovativer KI-Systeme für einen begrenzten Zeitraum vor ihrem Inverkehrbringen oder ihrer Inbetriebnahme nach einem bestimmten zwischen den Anbietern oder zukünftigen Anbietern und ***den*** zuständigen ***Behörden*** vereinbarten Reallabor-Plan zu erleichtern, wobei sie dafür sorgen, dass angemessene Schutzvorkehrungen bestehen. In diesen Reallaboren können auch darin beaufsichtigte Tests unter Realbedingungen durchgeführt werden. Der Plan für das Reallabor enthält, soweit zutreffend, den Plan für einen Test unter Realbedingungen gemäß Artikel 60 und Artikel 60a.“

e) Absatz 9 Buchstabe e erhält folgende Fassung:

„e) Erleichterung und Beschleunigung des Zugangs von KI-Systemen zum Unionsmarkt, insbesondere wenn sie von ▌ KMU**,** einschließlich Start-up-Unternehmen***, und von kleinen Midcap-Unternehmen*** angeboten werden.“

f) Absatz 10 erhält folgende Fassung:

„(10) ***Soweit die innovativen KI-Systeme personenbezogene Daten verarbeiten oder anderweitig der Aufsicht anderer nationaler Behörden oder zuständiger Behörden unterstehen, die den Zugang zu personenbezogenen Daten gewähren oder unterstützen, sorgen die zuständigen nationalen Behörden dafür, dass die zuständigen Datenschutzbehörden oder diese anderen nationalen oder zuständigen Behörden in den Betrieb des KI-Reallabors sowie in die Überwachung dieser Aspekte im vollen Umfang ihrer entsprechenden Aufgaben und Befugnisse einbezogen werden.“***

g) Absatz 14 erhält folgende Fassung:

„(14) Die zuständigen nationalen Behörden***, der Europäische Datenschutzbeauftragte und das Büro für Künstliche Intelligenz*** koordinieren ***gegebenenfalls im Einklang mit ihren jeweiligen Befugnissen*** ihre Tätigkeiten und arbeiten im Rahmen des KI-Gremiums ***dementsprechend*** zusammen. Sie ***können*** die gemeinsame Einrichtung und den gemeinsamen Betrieb von KI-Reallaboren ***unterstützen***, auch in verschiedenen Sektoren***, und sich über einschlägige bewährte Verfahren austauschen***.“

23. Artikel 58 Absatz 1 Unterabsatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Die Einleitung erhält folgende Fassung:

„(1) Um eine Zersplitterung in der Union zu vermeiden, erlässt die Kommission Durchführungsrechtsakte, in denen detaillierte Regelungen für die Einrichtung, Entwicklung, Umsetzung, den Betrieb***, die Führung*** und die Beaufsichtigung der KI-Reallabore enthalten sind. In den Durchführungsrechtsakten werden gemeinsame Grundsätze zu den folgenden Aspekten festgelegt:**“**

b) Folgender Buchstabe wird angefügt:

„d) detaillierte Vorschriften für die Führung von KI-Reallaboren gemäß Artikel 57, auch in Bezug auf die ***Einbeziehung der*** zuständigen ***Datenschutzbehörden und die Aufsicht durch ebendiese, soweit zutreffend, sowie*** die Wahrnehmung der Aufgaben der zuständigen Behörden und die Koordinierung und Zusammenarbeit auf nationaler und Unionsebene.“

24. Artikel 60 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) „Tests von Hochrisiko-KI-Systemen unter Realbedingungen können von Anbietern oder zukünftigen Anbietern von Hochrisiko-KI-Systemen, die in Anhang III genannt sind oder unter die in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, außerhalb von KI-Reallaboren gemäß diesem Artikel und – unbeschadet der Bestimmungen unter Artikel - dem in diesem Artikel genannten Plan für einen Test unter Realbedingungen durchgeführt werden.“

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Anbieter oder zukünftige Anbieter können Hochrisiko-KI-Systeme, die in Anhang III genannt sind oder unter die in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, vor deren Inverkehrbringen oder Inbetriebnahme jederzeit selbst oder in Partnerschaft mit einem oder mehreren Betreibern oder zukünftigen Betreibern unter Realbedingungen testen.“

25. Folgender Artikel wird eingefügt:

„Artikel 60a

Tests von Hochrisiko-KI-Systemen, die unter die in Anhang I Abschnitt B aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, unter Realbedingungen außerhalb von KI-Reallaboren

(1) ***Die Mitgliedstaaten können*** Tests von Hochrisiko-KI-Systemen unter Realbedingungen ***durch*** Anbieter oder zukünftige Anbieter von KI-gestützten Produkten, die unter die in Anhang I Abschnitt B aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, außerhalb von KI-Reallaboren gemäß diesem Artikel ***zulassen***, ***um die Konformität dieser Systeme mit den in den Artikeln 8 bis 15 festgelegten Anforderungen zu bewerten und zu überprüfen.***

▌

(2) Mitgliedstaaten, die sich dafür entscheiden, Tests gemäß Absatz 1 zuzulassen, legen einzeln oder gemeinsam Rahmen für einen Test unter Realbedingungen fest.

(3) Jeder Mitgliedstaat teilt der Kommission jeden von ihm angenommenen Rahmen für einen Test unter Realbedingungen vor dessen Umsetzung mit. Dies berührt nicht die Zuständigkeiten der Kommission gemäß den in Anhang I Abschnitt B aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union.

(4) Die Mitgliedstaaten, ***die Rahmen für einen Test unter Realbedingungen angenommen haben, stellen sicher, dass die einschlägigen zuständigen nationalen Behörden, die zuständigen Behörden*** und die Behörden, die für Verwaltung und Betrieb der unter die in Anhang I Abschnitt B aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallenden Infrastrukturen und Produkte zuständig sind, ▌ eng und nach Treu und Glauben ***zusammenarbeiten*** und ▌ – soweit erforderlich – alle praktischen Hindernisse ***beseitigen***, auch in Bezug auf Verfahrensvorschriften für den Zugang zu physischen öffentlichen Infrastrukturen, um ***diese Rahmen für einen Test unter Realbedingungen*** erfolgreich umzusetzen und KI-gestützte Produkte, die unter die in Anhang I Abschnitt B aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, zu testen.

(5) In ***den Rahmen für einen Test unter Realbedingungen werden die Anforderungen festgelegt, unter denen Tests unter Realbedingungen stattfinden müssen. Diese Rahmen***

a) umfassen die Vorlage eines verbindlichen Plans für einen Test unter Realbedingungen, der zwischen dem Anbieter oder zukünftigen Anbieter und der zuständigen nationalen Behörde oder der im Einklang mit den in Anhang I Abschnitt B aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union zuständigen Behörde zu vereinbaren ist;

b) stellen die Einhaltung der in Artikel 60 Absätze 2 und 3, Absatz 4 Buchstaben d bis j und Absätze 5 bis 9 festgelegten Anforderungen sicher, wobei jede Bezugnahme auf Marktüberwachungsbehörden in diesen Bestimmungen als Bezugnahme auf die zuständige nationale Behörde oder gegebenenfalls die im Einklang mit den in Anhang I Abschnitt B aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften zuständige Behörde der Union zu verstehen ist;

c) umfassen wirksame Vorkehrungen für Führung und Rechenschaftspflicht;

d) stellen ein hohes Schutzniveau in Bezug auf Gesundheit, Sicherheit und Grundrechte sicher.

(6) Im Rahmen der Tests unter Realbedingungen wird den einschlägigen Bestimmungen der in Anhang I Abschnitt B aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union Rechnung getragen. Die in diesen Bestimmungen festgelegten Anforderungen berühren nicht die Anwendung dieses Artikels, soweit dies erforderlich ist, um die in Absatz 1 genannten Tests zu ermöglichen.

▌ “

26. Artikel 63 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen können bestimmte Elemente des in Artikel 17 vorgeschriebenen Qualitätsmanagementsystems in vereinfachter Weise einhalten***, sofern sie keine Partnerunternehmen oder verbundenen Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG haben***. Zu diesem Zweck arbeitet die Kommission Leitlinien zu den Elementen des Qualitätsmanagementsystems aus, die unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von KMU in vereinfachter Weise eingehalten werden können, ohne das Schutzniveau oder die Notwendigkeit zur Einhaltung der Anforderungen in Bezug auf Hochrisiko-KI-Systeme zu beeinträchtigen.“

27. In Artikel 64 wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Unbeschadet des Haushaltsverfahrens werden dem Büro für Künstliche Intelligenz angemessene Ressourcen zugewiesen, damit es seine Aufgaben und Befugnisse im Zusammenhang mit der Durchsetzung dieser Verordnung wirksam wahrnehmen kann.“

28. Artikel 69 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Mitgliedstaaten können verpflichtet werden, für die Beratung und Unterstützung durch die Sachverständigen Gebühren in Höhe der Vergütungsgebühren zu entrichten, die für die Kommission gemäß dem in Artikel 68 Absatz 1 genannten Durchführungsrechtsakt gelten.“

▌

29. Artikel 70 Absatz 8 erhält folgende Fassung:

„(8) Die zuständigen nationalen Behörden können gegebenenfalls insbesondere ▌ KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, ***und kleinen Midcap-Unternehmen*** unter Berücksichtigung der Anleitung und Beratung durch das KI-Gremium oder die Kommission mit Anleitung und Beratung bei der Durchführung dieser Verordnung zur Seite stehen. Wenn zuständige nationale Behörden beabsichtigen, Anleitung und Beratung in Bezug auf ein KI-System in Bereichen anzubieten, die unter das Unionsrecht fallen, so sind gegebenenfalls die nach jenem Unionsrecht zuständigen nationalen Behörden zu konsultieren.“

30. Artikel 72 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Das System zur Beobachtung nach dem Inverkehrbringen muss auf einem Plan für die Beobachtung nach dem Inverkehrbringen beruhen. Der Plan für die Beobachtung nach dem Inverkehrbringen ist Teil der in Anhang IV genannten technischen Dokumentation. Die Kommission nimmt ***unter weitestgehender Berücksichtigung der Stellungnahme des KI-Gremiums bis zum 2. September 2027*** Leitlinien, ***einschließlich eines Musters,*** für den Plan zur Beobachtung nach dem Inverkehrbringen an.“

31. Artikel 75 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Marktüberwachung und Kontrolle von KI-Systemen sowie Amtshilfe“

b) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Das Büro für Künstliche Intelligenz ist ▌ ausschließlich für die Beaufsichtigung und Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung in Bezug auf die ***folgenden*** KI-Systeme zuständig**:**

a) KI-Systeme auf der Grundlage von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck, bei denen das Modell und das System von demselben Anbieter oder von Anbietern entwickelt werden, die Teil desselben Unternehmens wie dieser Anbieter sind, mit Ausnahme von:

i) KI-Systemen im Zusammenhang mit Produkten, die unter die in Anhang I aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen;

ii) KI-Systemen gemäß Anhang III Nummer 2;

iii) KI-Systemen, die von Strafverfolgungsbehörden, Grenzverwaltungsbehörden und Finanzinstituten bereitgestellt werden, sofern diese KI-Systeme unter Artikel 74 Absatz 6 fallen, und

iv) KI-Systemen gemäß Anhang III Nummer 8 in Bezug auf die Rechtspflege;

b) KI-Systemen, die eine gemäß der Verordnung (EU) 2022/2065 benannte sehr große Online-Plattform oder sehr große Online-Suchmaschine bilden oder die darin integriert sind.

Die in Unterabsatz 1 genannte ausschließliche Zuständigkeit gilt für die Anbieter dieser Systeme. Sie gilt für die Betreiber dieser Systeme nur dann, wenn sie auch Anbieter dieser Systeme sind oder Teil desselben Unternehmens wie der Anbieter sind.“

c) Folgende Absätze werden eingefügt:

„(1a) Abweichend von Artikel 73 melden Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen, die der Zuständigkeit des Büros für Künstliche Intelligenz gemäß Absatz 1 dieses Artikels unterliegen, dem Büro für Künstliche Intelligenz alle schwerwiegenden Vorfälle. Die Absätze 2 bis 9 des Artikels 73 gelten sinngemäß. Das Büro für Künstliche Intelligenz übermittelt die einschlägigen Informationen unverzüglich der Marktüberwachungsbehörde des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet sich der Anbieter oder sein gesetzlicher Vertreter befindet.

(1b) Die an der Anwendung dieser Verordnung beteiligten Behörden arbeiten ***aktiv mit dem Büro für Künstliche Intelligenz zusammen und leistet ihm die erforderliche Unterstützung für die Ausübung seiner Befugnisse, unter anderem erforderlichenfalls im Zusammenhang mit Inspektionen oder anderen*** Durchsetzungsmaßnahmen im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats ▌. ***Zu diesem Zweck verfügen diese Behörden über die in dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2019/1020 niedergelegten Befugnisse und soweit zutreffend und auf das zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Absatz erforderliche Maß beschränkt, im Einklang mit den geltenden nationalen Verfahren.***

(1c) Werden im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats Ermittlungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen ergriffen, die den Zugang zu Daten oder KI-Systemen einer Behörde umfassen, so wird das Büro für Künstliche Intelligenz von der einschlägigen Marktüberwachungsbehörde unterstützt.

(1d) Bevor das Büro für Künstliche Intelligenz eine Entscheidung trifft, die ein Verbot oder eine Beschränkung der Bereitstellung oder Inbetriebnahme des KI-Systems auf einem nationalen Markt zur Folge hätte, oder bevor es eine Entscheidung dahin gehend trifft, das KI-System von einem solchen Markt zu nehmen oder zurückzurufen, unterrichtet es die für diesen Markt zuständige Marktüberwachungsbehörde unverzüglich über seine Absicht, eine solche Entscheidung zu treffen. Das Büro für Künstliche Intelligenz konsultiert gegebenenfalls die an der Anwendung dieser Verordnung beteiligten Behörden zu allen Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung.

(1e) Das Büro für Künstliche Intelligenz ist für Konformitätsbewertungen und Tests der in Absatz 1 dieses Artikels genannten KI-Systeme zuständig, die als hochriskant eingestuft sind und einer Konformitätsbewertung durch Dritte gemäß Artikel 43 unterliegen, wobei diese Konformitätsbewertung durchzuführen ist, bevor solche KI-Systeme in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen werden. Bei diesen Tests und Bewertungen wird überprüft, ob die Systeme den einschlägigen Anforderungen dieser Verordnung entsprechen und gemäß dieser Verordnung in der Union in Verkehr gebracht bzw. in Betrieb genommen werden dürfen. Die Kommission betraut die gemäß dieser Verordnung benannten notifizierten Stellen mit der Durchführung dieser Tests oder Bewertungen; in diesem Fall handeln diese notifizierten Stellen im Namen der Kommission. Kommt eine notifizierte Stelle, der die Kommission Aufgaben gemäß diesem Absatz übertragen hat, diesen Aufgaben nicht angemessen nach, so kann die Kommission die Übertragung mit sofortiger Wirkung widerrufen.

Die Gebühren für Test- und Bewertungstätigkeiten werden von dem Anbieter eines Hochrisiko-KI-Systems erhoben, der bei der Kommission eine Konformitätsbewertung durch Dritte beantragt hat. Der Anbieter zahlt die Kosten der Dienstleistungen, mit denen die Kommission die notifizierten Stellen gemäß diesem Artikel betraut hat, direkt an die notifizierte Stelle.“

d) Folgender Absatz wird eingefügt:

(2a) Hat eine Marktüberwachungsbehörde fundierte und hinreichende Gründe für den Verdacht, dass ein Anbieter oder Betreiber eines in Absatz 1 dieses Artikels genannten KI-Systems gegen diese Verordnung verstoßen hat, so kann sie das Büro für Künstliche Intelligenz über die gemäß Artikel 70 Absatz 2 benannte zuständige zentrale Anlaufstelle ersuchen, die Angelegenheit zu prüfen, damit die erforderlichen Aufsichts- und Durchsetzungsmaßnahmen ergriffen werden können, um die unverzügliche Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen. Entsprechende Ersuchen sind hinreichend zu begründen und umfassen mindestens Folgendes:

a) den Namen des betreffenden Anbieters oder Betreibers;

b) eine Beschreibung des relevanten Sachverhalts, der Bestimmungen dieser Verordnung, gegen die mutmaßlich verstoßen wurde, und aller fundierten und hinreichenden Gründe für den Verdacht eines Verstoßes, gegebenenfalls einschließlich einer Beschreibung der negativen Auswirkungen des mutmaßlichen Verstoßes;

c) die ersuchende Marktüberwachungsbehörde.

Das Büro für Künstliche Intelligenz trägt dem Ersuchen mit größter Sorgfalt Rechnung, und die Marktüberwachungsbehörde kooperiert aktiv und leistet dem Büro für Künstliche Intelligenz die erforderliche Unterstützung für die Ausübung seiner Befugnisse gemäß Absatz 1a.

Das Büro für Künstliche Intelligenz unterrichtet die zentrale Anlaufstelle unverzüglich, spätestens jedoch vier Monate nach Eingang des Ersuchens, über seine Absicht, seine Befugnisse gemäß Artikel 75a auszuüben, oder über die Gründe dafür, dass es seine Befugnisse nicht ausübt. Beschließt das Büro für Künstliche Intelligenz, seine Befugnisse gemäß Artikel 75a auszuüben, so unterrichtet es die zentrale Anlaufstelle regelmäßig über wichtige Entwicklungen in dem Verfahren und das Ergebnis dieses Verfahrens, ohne vertrauliche Informationen offenzulegen.“

32. Die folgenden Artikel werden eingefügt:

„Artikel 75a

Aufsichts- und Durchsetzungsbefugnisse des Büros für Künstliche Intelligenz

(1) Zur Wahrnehmung seiner in Artikel 75 Absatz 1 der vorliegenden Verordnung niedergelegten Aufgaben in Bezug auf Aufsicht und Durchsetzung hat das Büro für Künstliche Intelligenz alle in diesem Abschnitt und in Artikel 14 Absatz 4 und Artikel 16 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1020 vorgesehenen Befugnisse einer Marktüberwachungsbehörde. Das Büro für Künstliche Intelligenz ist befugt, gemäß Artikel 15 der Verordnung (EU) 2019/1020 die gesamten Kosten seiner Aufsichts- und Durchsetzungstätigkeiten in Bezug auf Fälle von Nichtkonformität, einschließlich der Kosten für personelle und technische Ressourcen, von dem betreffenden Akteur vollständig zurückzufordern. Artikel 17 der Verordnung (EU) 2019/1020 gilt sinngemäß.

(2) Hat das Büro für Künstliche Intelligenz berechtigten Grund zu der Annahme, dass ein Anbieter oder Betreiber eines in Artikel 75 Absatz 1 der vorliegenden Verordnung genannten KI-Systems gegen die vorliegende Verordnung verstößt, so kann es gemäß Artikel 14 Absatz 4 Buchstabe f der Verordnung (EU) 2019/1020 beschließen, in Bezug auf diese Nichtkonformität eine Ermittlung einzuleiten. Im Zuge der Einleitung einer solchen Ermittlung unterrichtet das Büro für Künstliche Intelligenz den Akteur des betreffenden KI-Systems. Das Büro für Künstliche Intelligenz kann die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Befugnisse von Amts wegen oder aufgrund einer gemäß Artikel 85 dieser Verordnung eingegangenen Beschwerde ausüben, noch bevor es eine Ermittlung gemäß Artikel 14 Absatz 4 Buchstabe f der Verordnung (EU) 2019/1020 einleitet.

Hat eine Marktüberwachungsbehörde Grund zu der Annahme, dass ein Anbieter oder Betreiber eines in Artikel 75 Absatz 1 genannten KI-Systems gegen die vorliegende Verordnung verstößt, kann sie das Büro für Künstliche Intelligenz ersuchen, die Angelegenheit zu prüfen.

(3) Das Büro für Künstliche Intelligenz kann die in Artikel 14 Absatz 4 Buchstaben a, b und c der Verordnung (EU) 2019/1020 und in Artikel 74 Absätze 12 und 13 der vorliegenden Verordnung aufgeführten Befugnisse durch einfaches Ersuchen oder im Wege eines Beschlusses ausüben.

Bei einem Informationsersuchen gibt das Büro für Künstliche Intelligenz die Rechtsgrundlage und den Zweck des Ersuchens an, gibt an, welche Informationen erforderlich sind, und legt die Frist fest, innerhalb deren die Informationen bereitzustellen sind. Handelt es sich bei dem Ersuchen um ein einfaches Ersuchen, weist das Büro für Künstliche Intelligenz zusätzlich darauf hin, dass zwar keine Verpflichtung zur Bereitstellung der angeforderten Informationen besteht, im Falle einer freiwilligen Antwort die Informationen jedoch richtig sein müssen und nicht irreführend sein dürfen, und es weist auf die möglichen Geldbußen gemäß Artikel 99 Absatz 5 für die Bereitstellung von Informationen hin, die unrichtig oder irreführend sind. Beruht das Ersuchen auf einem Beschluss, gibt das Büro für Künstliche Intelligenz zusätzlich die in Artikel 99 Absatz 5 vorgesehenen Geldbußen für die Bereitstellung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen an und weist auf das Recht hin, den Beschluss durch den Gerichtshof der Europäischen Union überprüfen zu lassen. Das Büro für Künstliche Intelligenz übermittelt der Marktüberwachungsbehörde des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet sich der Akteur oder sein gesetzlicher Vertreter befindet, eine Kopie des Ersuchens.

(4) Zur Wahrnehmung der ihm gemäß diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann das Büro für Künstliche Intelligenz im Rahmen der Befugnisse nach Artikel 14 Absatz 4 Buchstaben d und e der Verordnung (EU) 2019/1020 und Artikel 74 Absatz 5 der vorliegenden Verordnung alle erforderlichen Ferninspektionen oder Vor-Ort-Inspektionen durchführen. Bei der Durchführung einer Inspektion informiert das Büro für Künstliche Intelligenz den betreffenden Anbieter über den Gegenstand und Zweck der Untersuchung, die einschlägigen Geldbußen gemäß Artikel 99 Absatz 5 der vorliegenden Verordnung sowie das Recht, den Beschluss durch den Gerichtshof der Europäischen Union überprüfen zu lassen. Im Vorfeld der Durchführung einer Inspektion unterrichtet das Büro für Künstliche Intelligenz die Marktüberwachungsbehörde des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet sich der Akteur oder sein gesetzlicher Vertreter befindet.

Die Bediensteten des Büros für Künstliche Intelligenz sind im Zuge von Inspektionen befugt,

a) alle in der Union gelegenen Geschäftsräume, Grundstücke oder Immobilien des betreffenden Betreibers zu betreten,

b) die Bücher, Daten und sonstiges für die Erfüllung ihrer Aufgaben relevantes Material, unabhängig davon, in welcher Form es gespeichert ist, zu prüfen,

c) Kopien oder Auszüge gleich in welcher Form aus Büchern, von Daten und aus sonstigen Aufzeichnungen anzufertigen oder zu verlangen,

d) jede von der Inspektion betroffene Person oder ihre Vertreter oder jeden Beschäftigten zur Abgabe mündlicher oder schriftlicher Erklärungen zu Sachverhalten oder Unterlagen aufzufordern, die mit dem Gegenstand und Zweck der Inspektion in Zusammenhang stehen, und die Antworten aufzuzeichnen,

e) betriebliche Räumlichkeiten und Bücher oder Unterlagen jeder Art für die Dauer der Inspektion in dem hierfür erforderlichen Ausmaß zu versiegeln.

Stellt das Büro für Künstliche Intelligenz fest, dass sich eine natürliche oder juristische Person einer Inspektion widersetzt oder diese behindert, so gewährt die zuständige nationale Behörde des betreffenden Mitgliedstaats gegebenenfalls unter Einsatz von Polizeikräften oder einer entsprechenden vollziehenden Behörde die erforderliche Unterstützung, damit die Vor-Ort-Inspektion durchgeführt werden kann.

Ist für eine Vor-Ort-Inspektion von Geschäftsräumen, Grundstücken oder Immobilien eine gerichtliche Genehmigung nach nationalem Recht erforderlich, so ersucht das Büro für Künstliche Intelligenz um eine solche Genehmigung. Das Büro für Künstliche Intelligenz kann die Genehmigung auch vorsorglich beantragen. Wird eine solche Genehmigung beantragt, so verifiziert die nationale Justizbehörde unverzüglich, dass die geplanten Zwangsmaßnahmen im Hinblick auf den Gegenstand der Untersuchung oder Inspektion und die vom Büro für Künstliche Intelligenz mit dem Beschluss vorgelegten Unterlagen weder willkürlich noch unverhältnismäßig sind. Bei der Prüfung der Verhältnismäßigkeit von Zwangsmaßnahmen kann die nationale Justizbehörde das Büro für Künstliche Intelligenz um detaillierte Erläuterungen bitten, insbesondere in Bezug auf die Gründe, die dem Büro für Künstliche Intelligenz Anlass zu der Vermutung geben, dass ein Verstoß gegen diese Verordnung vorliegt, sowie auf die Schwere des mutmaßlichen Verstoßes und die Art der Beteiligung der Person, gegen die sich die Zwangsmaßnahmen richten. Die nationale Justizbehörde darf weder die Notwendigkeit der Untersuchung oder Inspektion prüfen noch Auskünfte aus der Verfahrensakte des Büros für Künstliche Intelligenz verlangen. Gemäß den Verträgen unterliegt die Rechtmäßigkeit des Beschlusses des Büros für Künstliche Intelligenz ausschließlich der Kontrolle durch den Gerichtshof der Europäischen Union.

(5) Auf Ersuchen des Büros für Künstliche Intelligenz kann die zuständige Marktüberwachungsbehörde eines Mitgliedstaats in ihrem eigenen Hoheitsgebiet im Namen und für Rechnung des Büros für Künstliche Intelligenz Untersuchungen, Inspektionen oder andere Maßnahmen zur Sachverhaltsaufklärung durchführen, um festzustellen, ob ein Verstoß gegen diese Verordnung vorliegt. Die Bediensteten der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, die für die Durchführung solcher Untersuchungen, Inspektionen oder Maßnahmen zur Sachverhaltsaufklärung zuständig sind, sowie die von ihnen ermächtigten oder bestellten Personen üben ihre Befugnisse nach Maßgabe ihres nationalen Rechts aus.

(6) Zusätzlich zu den in Absatz 1 dieses Artikels genannten Befugnissen kann das Büro für Künstliche Intelligenz in Ausübung seiner in Artikel 75 Absatz 1 genannten Zuständigkeiten

a) Akteure anweisen, Zugang zu ihren KI-Systemen zu gewähren und einschlägige Erläuterungen bereitzustellen,

b) einem Akteur die Verpflichtung auferlegen, alle Daten und Unterlagen aufzubewahren, die als erforderlich erachtet werden, damit die Umsetzung und Einhaltung der aus dieser Verordnung erwachsenden Verpflichtungen bewertet werden kann.

(7) Das Büro für Künstliche Intelligenz kann mit Zustimmung der betreffenden Behörde unabhängige externe Sachverständige und Prüfer sowie Sachverständige, Untersuchungsteams und Prüfer aus den zuständigen Behörden des Mitgliedstaats bestellen, um es bei der Überwachung der wirksamen Durchführung und Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung zu unterstützen und dem Büro für Künstliche Intelligenz spezifisches Fachwissen oder spezifische Kenntnisse bei der Ausübung seiner Befugnisse gemäß Artikel 75 Absatz 1 zur Verfügung zu stellen. Die im Rahmen dieser Überwachungsmaßnahmen erlangten Informationen werden an die einschlägigen zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten weitergegeben.

(8) Die nach diesem Artikel erhobenen Informationen dürfen ausschließlich für den Zweck dieser Verordnung verwendet werden.

Artikel 75b

Verpflichtungszusagen

Bietet der betreffende Akteur während des Verfahrens nach Artikel 75a Absatz 2 Verpflichtungszusagen an, mit denen die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung sichergestellt wird, so kann das Büro für Künstliche Intelligenz diese Verpflichtungszusagen durch einen Beschluss für den Akteur für bindend erklären und feststellen, dass es keinen weiteren Anlass zum Handeln gibt. Das Büro für Künstliche Intelligenz kann das Verfahren auf Antrag oder von Amts wegen wieder aufnehmen, wenn

a) sich der Sachverhalt, auf den sich der Beschluss stützte, in einem wesentlichen Punkt geändert hat,

b) der Akteur seinen Verpflichtungszusagen zuwiderhandelt oder

c) der Beschluss auf unvollständigen, unrichtigen oder irreführenden Angaben des betreffenden Akteurs beruhte.

Ist das Büro für Künstliche Intelligenz der Auffassung, dass die von dem betreffenden Akteur angebotenen Verpflichtungszusagen die wirksame Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung nicht sicherstellen können, so lehnt sie diese Verpflichtungszusagen bei Abschluss des Verfahrens in einem mit Gründen versehenen Beschluss ab.

Artikel 75c

Verstöße, Geldbußen und Zwangsgelder

(1) Stellt das Büro für Künstliche Intelligenz fest, dass ein Akteur, der in den Anwendungsbereich von Artikel 75 Absatz 1 fällt, die einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung oder die gemäß Artikel 75b für bindend erklärten Verpflichtungszusagen nicht einhält, so erlässt es einen Beschluss, mit dem ein solcher Verstoß festgestellt wird.

(2) Vor Erlass des Beschlusses nach Absatz 1 teilt das Büro für Künstliche Intelligenz dem betreffenden Akteur seine vorläufige Beurteilung mit. In dieser vorläufigen Beurteilung erläutert das Büro für Künstliche Intelligenz, welche Maßnahmen es zu ergreifen beabsichtigt bzw. der betreffende Akteur ergreifen sollte, um der vorläufigen Beurteilung wirksam Rechnung zu tragen.

(3) In dem Beschluss gemäß Absatz 1 dieses Artikels ordnet das Büro für Künstliche Intelligenz gegebenenfalls an, dass der betreffende Akteur die erforderlichen Maßnahmen ergreift, um die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung innerhalb einer angemessenen, darin genannten Frist sicherzustellen, und dass der Akteur Informationen über die Maßnahmen übermittelt, die er zu ergreifen beabsichtigt, um dem Beschluss nachzukommen. Der betreffende Akteur legt dem Büro für Künstliche Intelligenz eine Beschreibung der Maßnahmen vor, die er ergriffen hat, um die Einhaltung des Beschlusses durch ihre Umsetzung sicherzustellen. Bevor das Büro für Künstliche Intelligenz eine Maßnahme fordert, kann es einen strukturierten Dialog mit dem Akteur des betreffenden KI-Systems aufnehmen. Während dieses Dialogs kann der Akteur Verpflichtungszusagen gemäß Artikel 75b vorschlagen.

(4) Ein nach Absatz 1 dieses Artikels erlassener Beschluss kann mit der Verhängung von Sanktionen gemäß Artikel 99 Absätze 3 bis 7 einhergehen, deren Bestimmungen sinngemäß für das Büro für Künstliche Intelligenz bei der Wahrnehmung seiner Aufsichts- und Durchsetzungsaufgaben gemäß Artikel 75 Absatz 1 gelten.

Mit Geldbußen nach Artikel 99 Absatz 4 werden insbesondere belegt:

a) Verstöße gegen anwendbare Bestimmungen dieser Verordnung, einschließlich der nicht in Artikel 99 Absatz 4 aufgeführten Bestimmungen;

b) die Nichteinhaltung von Beschlüssen oder Maßnahmen, die gemäß den in Artikel 14 Absatz 4 oder Artikel 16 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1020 aufgeführten Befugnissen sowie den in Artikel 75a dieser Verordnung aufgeführten Befugnissen erlassen wurden;

c) die Nichteinhaltung einer Verpflichtungszusage, die durch einen Beschluss gemäß Artikel 75b für bindend erklärt wurde.

Die Übermittlung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen an das Büro für Künstliche Intelligenz als Antwort auf ein Ersuchen wird mit Geldbußen gemäß Artikel 99 Absatz 5 belegt.

(5) Das Büro für Künstliche Intelligenz kann einen Beschluss zur Verhängung von Zwangsgeldern erlassen, um die seiner Zuständigkeit unterliegenden Akteure gemäß Artikel 75 Absatz 1 zu zwingen,

a) eine Untersuchung zu dulden,

b) einem durch einen Beschluss gemäß Artikel 75a Absatz 3 angeordneten Informationsersuchen nachzukommen,

c) sich einer durch einen Beschluss gemäß Artikel 75a Absatz 4 angeordneten Inspektion zu unterziehen,

d) im Rahmen einer durch einen Beschluss gemäß Artikel 75a Absatz 4 angeordneten Inspektion richtige oder vollständige Antworten oder Erläuterungen zu geben,

e) den gemäß der Befugnis nach Artikel 16 der Verordnung (EU) 2019/1020 angeordneten Korrekturmaßnahmen nachzukommen,

f) durch Beschluss nach Artikel 75b für bindend erklärte Verpflichtungszusagen einzuhalten oder

g) einem Beschluss nach Absatz 1 dieses Artikels nachzukommen.

Diese Zwangsgelder müssen wirksam und verhältnismäßig sein und dürfen gegebenenfalls 5 % der durchschnittlichen Tageseinnahmen oder des durchschnittlichen weltweiten Jahresumsatzes im vorangegangenen Geschäftsjahr pro Tag, berechnet ab dem durch den Beschluss bestimmten Tag, nicht übersteigen.

(6) Der Gerichtshof der Europäischen Union besitzt die unbeschränkte Befugnis zur Überprüfung von Beschlüssen, mit denen das Büro für Künstliche Intelligenz eine Geldbuße oder ein Zwangsgeld gemäß diesem Artikel verhängt hat. Er kann die verhängten Geldbußen oder Zwangsgelder aufheben, herabsetzen oder erhöhen.

(7) Das Aufkommen aus den nach diesem Artikel verhängten Geldbußen oder Zwangsgeldern trägt zum Gesamthaushalt der Union bei.

(8) Die Befugnisse, die dem Büro für Künstliche Intelligenz mit diesem Artikel übertragen wurden, verjähren nach einer Frist von fünf Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt mit dem Tag, an dem der Verstoß begangen wird. Im Fall andauernder oder wiederholter Verstöße läuft die Verjährungsfrist jedoch ab dem Tag, an dem der Verstoß beendet wird.

Die Befugnis des Büros für Künstliche Intelligenz zur Vollstreckung von Beschlüssen nach diesem Artikel verjährt nach Ablauf von fünf Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt mit dem Tag, an dem der Beschluss rechtskräftig wird.

In dem in Artikel 75d Absatz 3 genannten Durchführungsrechtsakt werden die Unterabsätze 1 und 2 dieses Absatzes näher festgelegt, einschließlich der Umstände, unter denen die Verjährungsfristen ausgesetzt werden.

(9) Stellt das Büro für Künstliche Intelligenz fest, dass keine Gründe für den Erlass eines Beschlusses wegen Nichteinhaltung vorliegen, so schließt es das Verfahren mit einem Beschluss ab. Dieser Beschluss ist sofort anwendbar.

Artikel 75d

Schutzvorkehrungen und weitere Spezifizierung

(1) Unbeschadet der in dieser Verordnung enthaltenen spezifischeren Verfahrensrechte gilt Artikel 18 der Verordnung (EU) 2019/1020 sinngemäß für Akteure, die gemäß Artikel 75 Absatz 1 dieser Verordnung in die Zuständigkeit des Büros für Künstliche Intelligenz fallen.

(2) Die Verteidigungsrechte und das Recht auf Einsicht in die Akten von Akteuren, die in den Anwendungsbereich von Artikel 75 Absatz 1 fallen, werden in den Verfahren in vollem Umfang gewahrt. Im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen auf der Grundlage von Artikel 75c Absatz 1 haben diese Akteure das Recht auf Einsicht in die Akten des Büros für Künstliche Intelligenz im Rahmen einer einvernehmlichen Einsichtnahme, vorbehaltlich des berechtigten Interesses des Akteurs oder einer anderen betroffenen Person an der Wahrung ihrer Geschäftsgeheimnisse. Das Büro für Künstliche Intelligenz ist befugt, im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien Beschlüsse über die Bedingungen dieser Einsichtnahme zu fassen. Von der Einsicht in die Akten ausgenommen sind vertrauliche Informationen sowie interne Schriftstücke des Büros für Künstliche Intelligenz, anderer zuständiger Marktüberwachungsbehörden oder anderer öffentlicher Stellen der Mitgliedstaaten. Insbesondere ist die Korrespondenz zwischen dem Büro für Künstliche Intelligenz und diesen Behörden und Stellen von der Akteneinsicht ausgenommen. Die Regelung dieses Absatzes steht der Offenlegung und Nutzung der für den Nachweis einer Zuwiderhandlung notwendigen Informationen durch das Büro für Künstliche Intelligenz in keiner Weise entgegen.

(3) Die Kommission kann Durchführungsrechtsakte zu den praktischen Modalitäten für die Akteneinsicht und die einvernehmliche Offenlegung von Informationen gemäß Absatz 2 erlassen.

(4) Das Büro für Künstliche Intelligenz veröffentlicht die Beschlüsse, die es nach den Artikeln 75b und 75c erlässt. In diesen Veröffentlichungen sind die Namen der beteiligten Unternehmen und der wesentliche Inhalt des Beschlusses, einschließlich der gegebenenfalls verhängten Sanktionen, anzugeben. Bei der Veröffentlichung ist den Rechten und dem berechtigten Interesse aller Personen am Schutz ihrer vertraulichen Informationen Rechnung zu tragen.“

(33) ***In Artikel 76 Absatz 1 wird folgender Unterabsatz angefügt:***

„Beruht der Test unter Realbedingungen auf Artikel 60a, so gilt jede Bezugnahme auf eine Marktüberwachungsbehörde in diesem Artikel als Bezugnahme auf die zuständige nationale Behörde oder die gemäß den in Anhang I Abschnitt B aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union zuständige Behörde, und Bezugnahmen auf Artikel 60 gelten entsprechend als Bezugnahmen auf Artikel 60a.“

(34) Artikel 77 wird wie folgt geändert:

▌

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Befugnisse der für den Schutz der Grundrechte zuständigen Behörden und Zusammenarbeit mit den Marktüberwachungsbehörden“

b) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Nationale Behörden oder öffentliche Stellen, die die Einhaltung des Unionsrechts zum Schutz der Grundrechte, einschließlich des Rechts auf Nichtdiskriminierung, beaufsichtigen oder durchsetzen, sind befugt, von der betreffenden Marktüberwachungsbehörde sämtliche auf der Grundlage dieser Verordnung erstellten oder geführten Informationen oder Dokumentationen in zugänglicher Sprache und ***maschinenlesbarer*** Form ***auf elektronischem Weg*** anzufordern und einzusehen, sofern der Zugang zu diesen Informationen oder Dokumentationen für die wirksame Ausübung ihrer Aufträge im Rahmen ihrer Befugnisse innerhalb der Grenzen ihrer Hoheitsgewalt notwendig ist. ***Dieser Artikel gilt unbeschadet der Zuständigkeiten, Aufgaben, Befugnisse und Unabhängigkeit der zuständigen nationalen Behörden oder öffentlichen Stellen im Rahmen ihres Auftrags.***

c) Folgende Absätze werden eingefügt:

„(1a) Unter den in diesem Artikel genannten Bedingungen gewährt die Marktüberwachungsbehörde der in Absatz 1 genannten zuständigen Behörde oder öffentlichen Stelle Zugang zu diesen Informationen oder Dokumentationen, wozu sie diese Informationen oder Dokumentationen erforderlichenfalls ***und unverzüglich*** auch erst vom Anbieter oder Betreiber anfordert.

(1b) Die Marktüberwachungsbehörden und die in Absatz 1 genannten Behörden oder öffentlichen Stellen arbeiten eng zusammen und leisten einander die für die Wahrnehmung ihrer jeweiligen Aufgaben erforderliche Amtshilfe, um die kohärente Anwendung dieser Verordnung und des Unionsrechts zum Schutz der Grundrechte zu gewährleisten und die Verfahren zu straffen ***und gleichzeitig ihre jeweiligen Zuständigkeiten, Aufgaben, Befugnisse und ihre Unabhängigkeit zu achten***. Dies umfasst insbesondere den Austausch von Informationen, soweit dieser für die wirksame Beaufsichtigung oder Durchsetzung im Rahmen dieser Verordnung und der anderen einschlägigen Rechtsvorschriften der Union erforderlich ist.

▌ “

35. Artikel 95 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Das Büro für Künstliche Intelligenz und die Mitgliedstaaten berücksichtigen die besonderen Interessen und Bedürfnisse von ▌ KMU, einschließlich Startups, ***und von kleinen Midcap-Unternehmen*** bei der Förderung und Erleichterung der Aufstellung von Verhaltenskodizes.“

36. Artikel 96 Absatz 1 ***wird wie folgt geändert:***

a) ***Unterabsatz 1 Buchstabe a erhält folgende Fassung:***

„a) die Anwendung der in den Artikeln 8 bis 15 und in den Artikeln 25 und 26 genannten Anforderungen und Pflichten;“

b) ***In Unterabsatz 1 wird folgender Buchstabe angefügt:***

„g) die praktische Umsetzung von Artikel 8 Absatz 2, Artikel 9 Absatz 10 und Artikel 17 Absatz 3 im Einklang mit dem Grundsatz der Komplementarität und Verhältnismäßigkeit mit Blick darauf, Kohärenz zu gewährleisten, Doppelarbeit zu vermeiden und den zusätzlichen Aufwand bei der Erfüllung der Anforderungen dieser Verordnung und der Anforderungen der in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union so gering wie möglich zu halten; diese Leitlinien werden bis zum 1. August 2027 veröffentlicht.“

c) Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Wenn die Kommission solche Leitlinien herausgibt, ***bezieht sie das KI-Gremium ein und*** widmet ▌ den Bedürfnissen von KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, ***und von kleinen Midcap-Unternehmen,*** von lokalen Behörden und von den am wahrscheinlichsten von dieser Verordnung betroffenen Sektoren besondere Aufmerksamkeit.“

37. Artikel 97 wird wie folgt geändert:

a) Absätze 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

(2) Die in Artikel 6 Absätze 6 und 7, Artikel 7 Absätze 1 und 3, Artikel 11 Absatz 3, Artikel 43 Absätze 5 und 6, Artikel 47 Absatz 5, Artikel 51 Absatz 3, Artikel 52 Absatz 4 sowie Artikel 53 Absätze 5 und 6 genannte Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte wird der Kommission für einen Zeitraum von fünf Jahren ab 1. August 2024 übertragen. Die in Artikel 2 Absatz 13 und Artikel 30 Absatz 2 genannte Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte wird der Kommission für einen Zeitraum von 5 Jahren ab … [Datum des Inkrafttretens dieser Änderungsverordnung] übertragen. Die Kommission erstellt spätestens neun Monate vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren einen Bericht über die Befugnisübertragung. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um Zeiträume gleicher Länge, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widersprechen einer solchen Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums.

(3) Die Befugnisübertragung gemäß Artikel 2 Absatz 13, Artikel 6 Absätze 6 und 7, Artikel 7 Absätze 1 und 3, Artikel 11 Absatz 3, Artikel 30 Absatz 2, Artikel 43 Absätze 5 und 6, Artikel 47 Absatz 5, Artikel 51 Absatz 3, Artikel 52 Absatz 4 sowie Artikel 53 Absätze 5 und 6 kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden. Der Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in jenem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union oder zu einem darin angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Die Gültigkeit von delegierten Rechtsakten, die bereits in Kraft sind, wird von dem Beschluss über den Widerruf nicht berührt.

b) Absatz 6 erhält folgende Fassung:

(6) Ein delegierter Rechtsakt, der nach Artikel 2 Absatz 13, Artikel 6 Absatz 6 oder 7, Artikel 7 Absatz 1 oder 3, Artikel 11 Absatz 3, Artikel 30 Absatz 2, Artikel 43 Absatz 5 oder 6, Artikel 47 Absatz 5, Artikel 51 Absatz 3, Artikel 52 Absatz 4 sowie Artikel 53 Absatz 5 oder 6 erlassen wurde, tritt nur in Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Übermittlung jenes Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhoben haben oder wenn vor Ablauf dieser Frist das Europäische Parlament und der Rat beide der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um drei Monate verlängert.

38. Artikel 99 wird wie folgt geändert:

▌

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Entsprechend den Vorgaben dieser Verordnung erlassen die Mitgliedstaaten Vorschriften für Sanktionen und andere Durchsetzungsmaßnahmen, zu denen auch ***Geldbußen,*** Verwarnungen und nichtmonetäre Maßnahmen gehören können, die bei ***jeglichem Verstoß*** gegen diese Verordnung durch Akteure Anwendung finden, und ergreifen alle Maßnahmen, die für deren ordnungsgemäße und wirksame Durchsetzung notwendig sind, wobei die von der Kommission gemäß Artikel 96 erteilten Leitlinien zu berücksichtigen sind. Die vorgesehenen Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. Die Mitgliedstaaten berücksichtigen bei der Verhängung von Sanktionen die Interessen von ▌ KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, ***und von kleinen Midcap-Unternehmen*** sowie deren wirtschaftliches Überleben.“

b) In Absatz 4 wird folgender Buchstabe eingefügt:

„da) Pflichten der Anbieter und Akteure gemäß Artikel 25 Absätze 2 und 4;“

c) ***Folgender Absatz wird eingefügt:***

„(6a) Im Falle von kleinen Midcap-Unternehmen gilt für jede in den Absätzen 4 und 5 genannte Geldbuße der jeweils niedrigere Betrag aus den darin genannten Prozentsätzen oder Summen.“

▌

39. Artikel 111 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Unbeschadet der Anwendung des Artikels 5 gemäß Artikel 113 Absatz 3 Buchstabe a gilt diese Verordnung für ***Akteure*** von Hochrisiko-KI-Systemen – mit Ausnahme der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Systeme –, die vor dem Beginn der Anwendung des Kapitels III gemäß Artikel 113 in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurden, nur dann, wenn diese Systeme danach in ihrer Konzeption erheblich verändert wurden. In jedem Fall treffen die Anbieter und Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen, die bestimmungsgemäß von Behörden verwendet werden sollen, die erforderlichen Maßnahmen zur Erfüllung der in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen und Pflichten bis zum 2. August 2030."

b) Der folgende Absatz wird angefügt:

„(4) Anbieter von KI-Systemen, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, Video- oder Textinhalte erzeugen, die vor dem 2. August 2026 in Verkehr gebracht wurden, treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 Absatz 2 bis zum 2. ***Dezember 2026*** nachzukommen. ▌"

40. Artikel 113 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

a) Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) Die Kapitel I und II gelten ab dem 2. Februar 2025, mit Ausnahme von Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstaben ba und bb und Artikel 5 Absätze 1a und 1b, die ab dem 2. Dezember 2026 gelten."

b) Buchstabe ***c erhält folgende Fassung:***

„c) Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3***, mit Ausnahme von Artikel 6 Absatz 5,*** gelten ab **dem*:***

▌

i) 2. Dezember 2027 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und

ii) 2. August 2028 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.“

c) Folgender Buchstabe wird angefügt:

„***d)*** Die Artikel 102 bis 110 gelten ab dem [Datum des ***Inkrafttretens*** dieser ***Änderungsverordnung***].“

41. Anhang I wird wie folgt geändert:

a) In Abschnitt A wird die Nummer 1 gestrichen.

b) In Abschnitt B wird folgende Nummer angefügt:

„(21) Verordnung (EU) 2023/1230 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2023 über Maschinen und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 73/361/EWG des Rates (ABl. L 165 vom 29.6.2023, S. 1).“

42. In Anhang VIII Abschnitt B werden die ***Nummern 7 und 9*** gestrichen.

43. Folgender Anhang wird hinzugefügt:

„Anhang XIV

Verzeichnis der Codes, Kategorien und entsprechenden Arten von KI-Systemen für die Zwecke des Notifizierungsverfahrens gemäß Artikel 30 mit Angabe des Geltungsbereichs der Benennung als notifizierte Stellen

1. Einleitung

Die Konformitätsbewertung von Hochrisiko-KI-Systemen gemäß dieser Verordnung kann die Einbeziehung von Konformitätsbewertungsstellen erfordern. Nur Konformitätsbewertungsstellen, die gemäß dieser Verordnung benannt wurden, dürfen Konformitätsbewertungen durchführen, und dies nur für die Tätigkeiten in Bezug auf die betreffenden Arten von KI-Systemen. In dem Verzeichnis der Codes, Kategorien und entsprechenden Arten von KI-Systemen wird der Geltungsbereich der Benennung der gemäß Artikel 30 notifizierten Konformitätsbewertungsstellen festgelegt.

2. Liste der Codes, Kategorien und entsprechenden Arten von KI-Systemen

a) ***KI-Systeme, die unter Anhang I fallen***

AIA-Code	
AIP 0102	KI-Systeme, die unter Anhang I Abschnitt A Nummer 2 fallen
AIP 0103	KI-Systeme, die unter Anhang I Abschnitt A Nummer 3 fallen
AIP 0104	KI-Systeme, die unter Anhang I Abschnitt A Nummer 4 fallen
AIP 0105	KI-Systeme, die unter Anhang I Abschnitt A Nummer 5 fallen
AIP 0106	KI-Systeme, die unter Anhang I Abschnitt A Nummer 6 fallen
AIP 0107	KI-Systeme, die unter Anhang I Abschnitt A Nummer 7 fallen
AIP 0108	KI-Systeme, die unter Anhang I Abschnitt A Nummer 8 fallen
AIP 0109	KI-Systeme, die unter Anhang I Abschnitt A Nummer 9 fallen
AIP 0110	KI-Systeme, die unter Anhang I Abschnitt A Nummer 10 fallen
AIP 0111	KI-Systeme, die unter Anhang I Abschnitt A Nummer 11 fallen
AIP 0112	KI-Systeme, die unter Anhang I Abschnitt A Nummer 12 fallen

b) KI-Systeme, die unter Anhang III Nummer 1 fallen

AIA-Code	
AIB 0201	Biometrische Fernidentifizierungssysteme
AIB 0202	KI-Systeme zur biometrischen Kategorisierung
AIB 0203	KI-Systeme zur Emotionserkennung

3. ***KI-technologiespezifische Codes***

a) ***Symbolische KI und Expertensysteme***

AIA-Code	
AIH 0101	KI-Systeme, die auf symbolischer KI, Experten- und wissensgestützten Systemen beruhen, und KI-Systeme, die auf Suche und Optimierung beruhen

b) ***Maschinelles Lernen, mit Ausnahme von generativer KI und von KI mit allgemeinem Verwendungszweck***

AIA-Code	
AIH 0201	KI-Systeme, die strukturierte Daten verarbeiten
AIH 0202	KI-Systeme, die Signal- und Audiodaten verarbeiten
AIH 0203	KI-Systeme, die Textdaten verarbeiten
AIH 0204	KI-Systeme, die Bild- und Videodaten verarbeiten
AIH 0205	KI-Systeme, die von ihrer Umgebung lernen, mit Ausnahme von KI-Systemen, die unter AIH 0401 fallen

c) ***KI- Systeme, die auf KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck oder generativer KI beruhen***

AIA-Code	
AIH 0301	generative KI-Systeme, einschließlich KI-Systemen, die auf KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck beruhen

d) ***Neue KI-Technologien***

AIA-Code	

AIH 0401	KI-Systeme, die auf anderen neuen KI-Technologien beruhen, die nicht unter andere Codes fallen, einschließlich agentischer KI

(3) Antrag auf Benennung

Konformitätsbewertungsstellen verwenden das Verzeichnis der Codes, Kategorien und entsprechenden Arten von KI-Systemen aus diesem Anhang, wenn sie die Arten von KI-Systemen in dem in Artikel 29 genannten Antrag auf Benennung angeben. ▌ “

Artikel 2

Änderung der Verordnung (EU) 2018/1139

Die Verordnung (EU) 2018/1139 wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 27 wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Unbeschadet des Absatzes 2 werden beim Erlass von Durchführungsrechtsakten nach Absatz 1, die sich auf Systeme der künstlichen Intelligenz (KI) beziehen, bei denen es sich um Sicherheitsbauteile im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1689 handelt, die in Kapitel III Abschnitt 2 jener Verordnung festgelegten Anforderungen berücksichtigt.“

---

* Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (ABl. L, 2024/1689, 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj).“

2. In Artikel 31 wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Unbeschadet des Absatzes 2 werden beim Erlass von Durchführungsrechtsakten nach Absatz 1, die sich auf KI-Systeme beziehen, bei denen es sich um Sicherheitsbauteile im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates* handelt, die in Kapitel III Abschnitt 2 jener Verordnung festgelegten Anforderungen berücksichtigt.

3. In Artikel 32 wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Beim Erlass delegierter Rechtsakte nach Absatz 1, die sich auf KI-Systeme beziehen, bei denen es sich um Sicherheitsbauteile im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1689 handelt, werden die in Kapitel III Abschnitt 2 jener Verordnung festgelegten Anforderungen berücksichtigt.“

4. In Artikel 36 wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Unbeschadet des Absatzes 2 werden beim Erlass von Durchführungsrechtsakten nach Absatz 1, die sich auf Systeme der künstlichen Intelligenz beziehen, bei denen es sich um Sicherheitsbauteile im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1689 handelt, die in Kapitel III Abschnitt 2 jener Verordnung festgelegten Anforderungen berücksichtigt.“

5. In Artikel 39 wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Beim Erlass delegierter Rechtsakte nach Absatz 1, die sich auf KI-Systeme beziehen, bei denen es sich um Sicherheitsbauteile im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1689 handelt, werden die in Kapitel III Abschnitt 2 jener Verordnung festgelegten Anforderungen berücksichtigt.“

6. In Artikel 50 wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Unbeschadet des Absatzes 2 werden beim Erlass von Durchführungsrechtsakten nach Absatz 1, die sich auf Systeme der künstlichen Intelligenz beziehen, bei denen es sich um Sicherheitsbauteile im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1689 handelt, die in Kapitel III Abschnitt 2 jener Verordnung festgelegten Anforderungen berücksichtigt.“

7. In Artikel 53 wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Unbeschadet des Absatzes 2 werden beim Erlass von Durchführungsrechtsakten nach Absatz 1, die sich auf KI-Systeme beziehen, bei denen es sich um Sicherheitsbauteile im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1689 handelt, die in Kapitel III Abschnitt 2 jener Verordnung festgelegten Anforderungen berücksichtigt. ▌ “

Artikel 3

Änderung der Verordnung (EU) 2023/1230

Die Verordnung (EU) 2023/1230 wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 8 werden folgende Absätze angefügt:

„Die Kommission erlässt gemäß Artikel 47 dieser Verordnung delegierte Rechtsakte zur Änderung des Anhangs III dieser Verordnung durch Hinzufügung von Sicherheits- und Gesundheitsschutzanforderungen in Bezug auf künstliche Intelligenz (KI)-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2024/1689 als hochriskant eingestuft werden, weil sie ein Sicherheitsbauteil eines unter diese Verordnung fallenden Produkts oder selbst ein unter diese Verordnung fallendes Produkt sind. Diese Anforderungen müssen sicherstellen, dass den einschlägigen Anforderungen in Kapitel III Abschnitt 2 und den Artikeln 17, 19, 72 und 73 der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates* Rechnung getragen wird.

Beim Erlass der in Absatz 3 genannten delegierten Rechtsakte berücksichtigt die Kommission die Ziele der Verordnung (EU) 2024/1689 und gewährleistet ein Schutzniveau, das mit der genannten Verordnung im Einklang steht. Diese delegierten Rechtsakte gelten ab dem 2. August 2028.

---

* ***Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (ABl. L, 2024/1689, 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj).“***

2. In Artikel 20 wird folgender Absatz angefügt:

„(10) Bis in Bezug auf Hochrisiko-KI-Systeme harmonisierte Normen oder gemeinsame Spezifikationen herangezogen oder gemäß diesem Artikel angenommen werden, wird bei in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallenden Hochrisiko-KI-Systemen, die den einschlägigen herangezogenen harmonisierten Normen oder den angenommenen gemeinsamen Spezifikationen gemäß Artikel 40 bzw. Artikel 41 der Verordnung (EU) 2024/1689 entsprechen, eine Konformität mit den grundlegenden Sicherheits- und Gesundheitsschutzanforderungen nach Anhang III dieser Verordnung in Bezug auf Hochrisiko-KI-Systeme vermutet.“

3. Artikel 47 wird wie folgt geändert:

a) Absätze 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

(2) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß Artikel 6 Absätze 2 und 11 und Artikel 7 Absatz 2 wird der Kommission für einen Zeitraum von fünf Jahren ab dem 19. Juli 2023 übertragen. Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß Artikel 8 Absatz 3 wird der Kommission für einen Zeitraum von 5 Jahren ab dem … [Datum des Inkrafttretens dieser Änderungsverordnung] übertragen. Die Kommission erstellt spätestens neun Monate vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren einen Bericht über die Befugnisübertragung. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um Zeiträume gleicher Länge, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widersprechen einer solchen Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums.

(3) Die Befugnisübertragung gemäß Artikel 6 Absätze 2 und 11, Artikel 7 Absatz 2 und Artikel 8 Absatz 3 kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden. Der Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in diesem Beschluss

angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union oder zu einem im Beschluss über den Widerruf angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Die Gültigkeit von delegierten Rechtsakten, die bereits in Kraft sind, wird von dem Beschluss über den Widerruf nicht berührt.

b) Absatz 6 wird wie folgt geändert:

(6) Ein delegierter Rechtsakt, der gemäß Artikel 6 Absätze 2 und 11, Artikel 7 Absatz 2 oder Artikel 8 Absatz 3 erlassen wurde, tritt nur in Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Übermittlung dieses Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhoben haben oder wenn vor Ablauf dieser Frist das Europäische Parlament und der Rat beide der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um zwei Monate verlängert.

Artikel 4

Inkrafttreten und Geltung

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu … am …

Im Namen des Europäischen Parlaments	*Im Namen des Rates*
Die Präsidentin	*Der Präsident/Die Präsidentin*

Europäisches Parlament
2024-2029

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0199

Stärkung der Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Juni 2026 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013, (EU) 2021/2115 und (EU) 2021/2116 hinsichtlich der Stärkung der Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette (COM(2024)0577 – C10-0209/2024 – 2024/0319(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2024)0577),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 2, Artikel 42 Absatz 1 und Artikel 43 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C10-0209/2024),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 27. März 2025[1],

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses der Regionen vom 14. Mai 2025[2],– unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 75 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung vom zuständigen Ausschuss angenommen wurde, und auf die vom Vertreter des Rates mit Schreiben vom 23. März 2026 gemachte Zusage, den Standpunkt des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen,

– gestützt auf Artikel 60 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (A10-0161/2025),

1 ABl. C, C/2025/2969, 16.6.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/2969/oj.
2 ABl. C, C/2025/3479, 16.7.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3479/oj.

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest[3];

2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

[3] Dieser Standpunkt ersetzt die am 8. Oktober 2025 angenommenen Abänderungen (Angenommene Texte P10_TA(2025)0214).

P10_TC1-COD(2024)0319

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 16. Juni 2026 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) 2026/... des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013, (EU) 2021/2115 und (EU) 2021/2116 hinsichtlich der Stärkung der Position der Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 42 Absatz 1 und Artikel 43 Absatz 2,

gestützt auf den Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

▌

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses[1],

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen[2],

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren[3],

---

1 ABl. C, C/2025/2969, 16.6.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/2969/oj.
2 ABl. C, C/2025/3479, 16.7.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3479/oj.
3 Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 16. Juni 2026.

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Der Agrarsektor, insbesondere die Landwirte***, die die Ernährungssicherheit sicherstellen,*** steht vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Die COVID-19-Pandemie***, die zunehmende Instabilität im Welthandel, die immer extremeren Wetterereignisse*** und der anhaltende Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die zu einem beispiellosen Anstieg bei den Energiekosten für landwirtschaftliche Betriebe und zu einer längeren Phase hoher Inflation geführt haben, hatten Auswirkungen auf die Kosten der Landwirte und auf die Lebensmittelpreise. Gleichzeitig bemühen sich die Landwirte weiterhin um eine ökologisch nachhaltigere Produktion. Viele Kunden, die bereits mit steigenden Lebenshaltungskosten zu kämpfen haben, kaufen und konsumieren zudem zunehmend günstigere Lebensmittel. ***Aufgrund dieser Faktoren*** ist die Verteilung der Wertschöpfung entlang der Lebensmittelversorgungskette immer ungleicher geworden und die Unsicherheit in Bezug auf die Tätigkeit der Landwirte***, insbesondere derjenigen, die kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe bewirtschaften,*** ist gestiegen, wodurch Proteste angeheizt und Misstrauen geschürt wurden. Es ist daher angezeigt, Maßnahmen zur Bewältigung dieser Herausforderungen zu ergreifen, um ***Fairness sowie*** das Vertrauen der Akteure in die Lebensmittelversorgungskette wiederherzustellen***, die Position der Landwirte zu stärken und ihre Verhandlungsposition zu verbessern, einschließlich durch Erzeugerorganisationen und Genossenschaften, die einen Mehrwert schaffen, sowie das Einkommen der Landwirte zu schützen und die Zuversicht junger Menschen in Bezug auf den Beruf des Landwirts zu stärken***.

(2) Bei der Ausarbeitung von Vermarktungsnormen für die Angabe des Erzeugungs- und/oder des Ursprungsorts sollte dem spezifischen Kontext der einzelnen Erzeugnisse und Sektoren besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Bei der Festlegung dieser Angaben sollte der Notwendigkeit, den Erwartungen in Bezug auf Transparenz – einschließlich durch eine Kennzeichnung des Ursprungslands gemäß den Binnenmarktvorschriften – besser gerecht zu werden, der Relevanz dieser Angaben für die Verbraucher und der Struktur der Lieferkette Rechnung getragen werden, wobei die praktischen Auswirkungen für die Marktteilnehmer und die Notwendigkeit, unnötige Komplexität zu vermeiden, zu berücksichtigen sind.

(3) Verschiedene Marktteilnehmer in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette, die auf verschiedenen Ebenen der Erzeugung, Verarbeitung, Vermarktung, des Vertriebs und des Einzelhandels tätig sind, haben Systeme und Gütezeichen entwickelt, um Handelsmodalitäten zu fördern, die eine gerechte Verteilung der Wertschöpfung an die Landwirte und die Schaffung und Aufrechterhaltung kurzer Lieferketten gewährleisten. Die Festlegung von Mindestanforderungen für die Verwendung fakultativer Angaben zur Beschreibung dieser Handelsmodalitäten ist erforderlich, um die Transparenz und Zuverlässigkeit bei der Verwendung dieser Angaben in der Lebensmittelversorgungskette zu erhöhen und so die bestehenden Vorschriften für die Kennzeichnung von Lebensmitteln, insbesondere die Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates[4], zu ergänzen.

---

4 Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1924/2006 und (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 87/250/EWG der Kommission, der Richtlinie 90/496/EWG des Rates, der Richtlinie 1999/10/EG der Kommission, der Richtlinie 2000/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2002/67/EG und 2008/5/EG der Kommission und der Verordnung (EG) Nr. 608/2004 der Kommission (ABl. L 304 vom 22.11.2011, S. 18, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2011/1169/oj).

(4) Im Interesse der Stärkung des Vertrauens und der Fairness entlang der Lebensmittelversorgungskette sollten die Angaben „fair“ und „gerecht“ ***sowie Angaben mit einer*** diesen Angaben gleichwertigen ***Bedeutung*** nur verwendet werden, um Handelsmodalitäten zu bezeichnen, die Stabilität und Transparenz in den Handelsbeziehungen zwischen Landwirten und Käufern und eine Preisgestaltung gewährleisten, die von den teilnehmenden Landwirten als gerecht ***und rentabel*** angesehen wird, und die die Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung unterstützen sowie zu deren Verwirklichung beitragen, einschließlich in einer Weise, die mit Anhang I der Richtlinie (EU) 2024/1760 des Europäischen Parlaments und des Rates[5] im Einklang steht.

(5) Die Angabe „kurze Lieferkette“ sollte nur zur Bezeichnung von Handelsmodalitäten verwendet werden, bei denen eine direkte Verbindung zwischen Landwirten und Verbrauchern besteht, die einen direkten Austausch von Informationen über den Produktionsprozess und das Produkt ermöglicht, auch mittels Fernkommunikation und/oder über einen Vermittler ***in der Lieferkette, und bei denen die Verbraucher die Betriebe der teilnehmenden Landwirte, in denen die Rohstoffe erzeugt wurden, leicht identifizieren können***. Diese Angabe könnte alternativ auch verwendet werden, wenn eine enge Verbindung zwischen Landwirten und Verbrauchern in geografischer Nähe zueinander besteht, auch im grenzüberschreitenden Kontext. ***Geografische Nähe sollte unter anderem als geringe Entfernung oder Transportdauer verstanden werden, wobei die geografischen und demografischen Besonderheiten der Mitgliedstaaten zu berücksichtigen sind.*** Eine solche Verwendung der Angabe „kurze Lieferkette“ wird Anreize für die Verbraucher schaffen, Preise zu zahlen, die den Landwirten eine angemessene Vergütung für das gewähren, was sie erzeugen, ländliche Gebiete stärken und zur Entwicklung ***und Wiederbelebung*** dieser Gebiete beitragen sowie die Transparenz in Bezug auf den Ursprung und die Produktionsmethoden der Erzeugnisse verbessern. ***Das sollte für Erzeugnisse gelten, die innerhalb des Binnenmarkts hergestellt oder in Verkehr***

---

5 Richtlinie (EU) 2024/1760 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937 und der Verordnung (EU) 2023/2859 (ABl. L, 2024/1760 vom 5.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1760/oj).

gebracht ***werden.***

(6) Um den Marktbedingungen, den sich ändernden Erwartungen der Verbraucher und den Fortschritten sowohl bei den Vermarktungsnormen als auch bei den einschlägigen internationalen Normen besser Rechnung zu tragen, sollte der Kommission ***die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) Rechtsakte zu erlassen, um die Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates[6] durch die Hinzufügung zusätzlicher fakultativer Angaben, die den Angaben „fair“ und „gerecht“ entsprechen, und durch die Präzisierung von*** Bedingungen ***für die*** Verwendung der fakultativen Angaben zur Bezeichnung der Handelsmodalitäten im Zusammenhang mit der gerechten Verteilung der Wertschöpfung an die Landwirte und der Schaffung und Aufrechterhaltung kurzer Lieferketten zu ergänzen***, wobei alle einschlägigen internationalen Normen und damit zusammenhängenden Qualitätsregelungen zu berücksichtigen sind. Es ist von besonderer Bedeutung, dass die Kommission im Zuge ihrer Vorbereitungsarbeit angemessene Konsultationen, auch auf der Ebene von Sachverständigen, durchführt, die mit den Grundsätzen in Einklang stehen, die in der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung[7] vom 13. April 2016 niedergelegt wurden. Um insbesondere für eine gleichberechtigte Beteiligung an der Vorbereitung delegierter Rechtsakte zu sorgen, erhalten das Europäische Parlament und der Rat alle Dokumente zur gleichen Zeit wie die Sachverständigen der Mitgliedstaaten, und ihre Sachverständigen haben systematisch Zugang zu den Sitzungen der Sachverständigengruppen der Kommission, die mit der Vorbereitung der delegierten Rechtsakte befasst sind.***

---

6 Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/1308/oj).

7 ABl. L 123 vom 12.5.2016, S. 1, http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2016/512/oj.

(7) Die Mitgliedstaaten können zwar nationale Rechtsvorschriften beibehalten oder einführen, in denen zusätzliche Anforderungen für die Verwendung fakultativer Angaben für Handelsmodalitäten festgelegt werden, doch sollten diese Rechtsvorschriften die Verwendung dieser Angaben für Erzeugnisse, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig hergestellt oder in Verkehr gebracht worden sind, nicht behindern, einschränken oder erschweren.

(8) Die Verwendung schriftlicher Verträge spielt eine entscheidende Rolle für die Rechenschaftspflicht der Marktteilnehmer, sensibilisiert für die Bedeutung von Marktsignalen, trägt zur Anpassung des Angebots an die Nachfrage bei, verbessert die Preisweitergabe innerhalb der Lieferkette, verbessert die Transparenz und verhindert und bekämpft unlautere Handelspraktiken. Die Vorschriften über Vertragsbeziehungen im Sektor Milch und Milcherzeugnisse sollten daher auf andere Erzeugnisse als Rohmilch ausgeweitet werden, wobei sie an die für andere landwirtschaftliche Sektoren geltenden Vorschriften über Vertragsbeziehungen anzugleichen sind. ***Diese Verordnung sollte es den Mitgliedstaaten jedoch ermöglichen, nach Konsultation der einschlägigen Vertreter der Landwirte oder der einschlägigen Branchenverbände Marktteilnehmer von der Verpflichtung auszunehmen, Indikatoren, Indizes oder Methoden zur Berechnung des Endpreises oder eine Revisionsklausel in ihre schriftlichen Verträge aufzunehmen, sofern auf andere Weise für Vorhersehbarkeit, Transparenz und Preisweitergabe gesorgt werden kann oder die Verpflichtung zur Aufnahme dieser Elemente aus anderen gerechtfertigten Gründen nicht angemessen oder verhältnismäßig wäre.***

(9) Um den Marktentwicklungen Rechnung zu tragen und gleichzeitig einen wirksamen Wettbewerb auf dem Milchmarkt aufrechtzuerhalten, ist es angezeigt, die Grenzwerte für die Rohmilchmenge, die von kollektiven Vertragsverhandlungen anerkannter Erzeugerorganisationen abgedeckt wird, ausgedrückt als Prozentsatz der gesamten Erzeugung der Union und der gesamten in einem Mitgliedstaat erzeugten und gelieferten Menge, zu erhöhen.

(10) Um die Flexibilität für die Mitgliedstaaten zu erhöhen und das Verfahren für die Anerkennung von Erzeugerorganisationen zu vereinfachen und dadurch die Transaktionskosten zu senken und die Effizienz zu erhöhen, sollten die geltenden Vorschriften ihre Anerkennung auf der Grundlage eines einzigen Antrags, der mehrere Sektoren ***oder*** Erzeugnisse abdeckt, ***anstelle der derzeitigen Anforderung eines einzigen Antrags für einen einzelnen Sektor ermöglichen, sofern die Erzeugerorganisation die Bedingungen für die Anerkennung für jeden einzelnen Sektor, für den sie die Anerkennung beantragt, erfüllt***. Ökologisch/biologisch wirtschaftende Erzeuger ***können darüber hinaus von der bestehenden Möglichkeit zur*** Gründung und Anerkennung von Erzeugerorganisationen ***Gebrauch machen, um ihre Zusammenarbeit auszubauen.*** Die Kriterien für die Anerkennung von Erzeugerorganisationen und ihrer Satzungen sollten auch verlangen, dass Erzeugerorganisationen auf Initiative von Landwirten***, die landwirtschaftliche Erzeugnisse des Bodens – unabhängig davon, ob für die Erzeugung der Boden oder andere Kultursubstrate, beispielsweise in Gewächshäusern, verwendet werden – oder der Viehzucht produzieren,*** gegründet und dass die Erzeugerorganisationen nach Vorschriften kontrolliert werden, die es ***diesen*** angeschlossenen Landwirten ermöglichen, ihre Organisationen und deren Entscheidungen demokratisch zu kontrollieren. ***Den Mitgliedstaaten sollte auch gestattet sein, zu beschließen, dass diese demokratische Kontrolle nicht nur direkt von den Landwirten durchgeführt werden kann, sondern auch von ihren Vereinigungen, einschließlich in Form von Genossenschaften, sofern diese Vereinigungen von den Landwirten kontrolliert werden.*** Dies sollte andere Erzeuger, die keine Landwirte sind***, die landwirtschaftliche Erzeugnisse des Bodens oder der Viehzucht produzieren, wie Erstverarbeitungsunternehmen oder*** Nichterzeuger, nicht daran hindern, Erzeugerorganisationen beizutreten.

(11) Um die nachhaltige Entwicklung, die ein Kernprinzip der Verträge und ein vorrangiges Ziel der Politik der Union ist, weiter zu fördern und um Transparenz, Stabilität und Fairness in den Handelsbeziehungen zwischen Landwirten und Käufern entlang der gesamten Lieferkette zu gewährleisten, sollten die Mitgliedstaaten Erzeugerorganisationen anerkennen können, die mit der Verwendung von fakultativen Angaben für Handelsmodalitäten wie „fair“ und „gerecht“ sowie ***Angaben mit einer diesen Angaben*** gleichwertigen ***Bedeutung*** und mit der Angabe „kurze Lieferkette“ spezifische Ziele verfolgen.

(12) Um den Landwirten einen angemessenen Lebensstandard zu ermöglichen, ihre Verhandlungsposition gegenüber den verarbeitenden Betrieben und anderen Akteuren in der Lieferkette zu stärken und für eine gerechtere Verteilung der Wertschöpfung entlang der Lieferkette zu sorgen, sollte die Möglichkeit, Vertragsbedingungen im Namen ihrer Mitglieder für einen Teil ihrer oder ihre gesamte Erzeugung zu verhandeln, auf nicht anerkannte Erzeugerorganisationen, einschließlich Genossenschaften ***oder anderer nach nationalem Recht anerkannter gleichwertiger Rechtsformen***, ausgeweitet werden***, sofern sie die auf Unionsebene festgelegten Kriterien zur Anerkennung erfüllen und Tätigkeiten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 ausüben, einschließlich der Bündelung des Angebots und des Inverkehrbringens der Erzeugnisse ihrer Mitglieder***. Diese Möglichkeit sollte angemessenen Beschränkungen unterliegen, um die Gleichbehandlung der Mitglieder anerkannter und nicht anerkannter Erzeugerorganisationen zu gewährleisten. Insbesondere sollte sie nur auf nicht anerkannte Erzeugerorganisationen ausgeweitet werden, die ***bei einem Mitgliedstaat einen Antrag auf*** Anerkennung ***gestellt haben und innerhalb von vier Monaten nach Einreichung dieses Antrags oder, falls von diesem Mitgliedstaat innerhalb dieses Zeitraums keine Entscheidung getroffen wird, innerhalb von fünf Jahren nach Einreichung ihres Antrags, es sei denn, der Mitgliedstaat lehnt in der Zwischenzeit die Anerkennung ab***.

(13) Um die Verhandlungsposition der anerkannten Erzeugerorganisationen zu stärken und die nachhaltige Entwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu gewährleisten, sollten anerkannte Vereinigungen von Erzeugerorganisationen die Möglichkeit haben, im Namen ihrer Mitglieder Vertragsbedingungen, einschließlich des Preises, für die von einigen oder allen ihren Mitgliedern hergestellten Erzeugnisse auszuhandeln***, auch wenn sie selbst nicht tatsächlich eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, sofern ihre Mitglieder tatsächlich eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben***. Diese Möglichkeit sollte unter der Bedingung eingeräumt werden, dass die diesen Vereinigungen angehörenden Organisationen nicht auch Mitglieder einer anderen Vereinigung von Erzeugerorganisationen sind und die Menge ***des Erzeugnisses***, das unter die Tätigkeiten dieser Vereinigungen fällt, ***36 %*** der gesamten nationalen Produktion ***dieses Erzeugnisses in dem betreffenden*** Mitgliedstaat nicht übersteigt. Um einen wirksamen Wettbewerb auf dem Markt aufrechtzuerhalten, sollte es anerkannten Vereinigungen von Erzeugerorganisationen außerdem auch dann nicht gestattet sein, Vertragsbedingungen auszuhandeln, wenn zu diesen Vereinigungen nicht anerkannte Erzeugerorganisationen gehören.

(14) ***Die Satzungen von Erzeugerorganisationen verpflichten ihre Mitglieder, die Mitgliedschaft für jedes bestimmte Erzeugnis auf eine einzige Erzeugerorganisation zu beschränken, um Stabilität für die Erzeugerorganisation zu schaffen, opportunistisches Verhalten der Mitglieder zu verhindern, indem die Möglichkeit für sie, ihre Mengen frei bei verschiedenen Erzeugerorganisationen abzusetzen, eingeschränkt wird, und die Kohärenz bei der Vertretung ihrer Mitglieder zu wahren. Gleichzeitig sollte es einem Erzeuger möglich sein, für unterschiedliche Erzeugnisse des Betriebs Mitglied verschiedener Erzeugerorganisationen sein. Daher sollte präzisiert werden, dass mehrere Mitgliedschaften in hinreichend begründeten Fällen möglich sind, sofern sich die Produkte unter anderem im Hinblick auf ihre besonderen Merkmale oder der unterschiedlichen vorgesehenen Endverwendungen hinreichend voneinander unterscheiden.***

(15) Um zu verhindern, dass die Käufer die Verhandlungsposition der Erzeugerorganisationen untergraben, sollten geeignete Vorkehrungen für Kontakte zwischen Käufern und Mitgliedern dieser Erzeugerorganisationen getroffen werden. Die Käufer können zwar mit den Mitgliedern der Erzeugerorganisationen in Kontakt treten, die Kontaktaufnahme mit diesen Mitgliedern sollten jedoch die von den Erzeugerorganisationen verfolgten Ziele oder die Bündelung des Angebots und das Inverkehrbringen der Erzeugnisse nicht gefährden***, insbesondere wenn ein solcher direkter Kontakt*** mit den Mitgliedern der Erzeugerorganisationen ***genutzt wird, um die gemeinsame Strategie der Erzeugerorganisationen zu umgehen***.

(16) ***Um die Position der Milchbauern zu stärken, insbesondere durch die Stärkung ihrer Erzeugerorganisationen, ist es angezeigt, die Vorschriften über die Satzung von Erzeugerorganisationen anzugleichen und die Anwendung dieser Vorschriften auf Erzeugerorganisationen im Milchsektor auszuweiten und so das demokratische Funktionieren und die Transparenz zu verbessern.***

(17) Branchenverbände spielen eine wichtige Rolle bei der Vereinfachung des Dialogs zwischen den Akteuren in der Lieferkette sowie bei der Förderung von bewährten Verfahren, Markttransparenz, Stabilität und Fairness im Zusammenhang mit den Handelsbeziehungen zwischen Landwirten und Käufern in der gesamten Lieferkette. Daher sollte die Förderung von Initiativen zur Aufnahme fakultativer Angaben für Handelsmodalitäten wie „fair“ und „gerecht“ sowie ***Angaben mit einer*** diesen Angaben gleichwertigen ***Bedeutung*** und die Angabe „kurze Lieferkette“ in die Liste der Ziele aufgenommen werden, die ein anerkannter Branchenverband verfolgen kann.

(18) Einige Mitgliedstaaten verlangen, dass für alle Lieferungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse in ihrem Hoheitsgebiet schriftliche Verträge zwischen den betreffenden Parteien geschlossen werden. Nutzt ein Mitgliedstaat diese Möglichkeit nicht, können Landwirte, Erzeugerorganisationen oder Vereinigungen von Erzeugerorganisationen die Nutzung schriftlicher Verträge verlangen. Aufgrund ihrer schwächeren Verhandlungsposition und der Angst vor kommerziellen Vergeltungsmaßnahmen seitens der Käufer kann sich dies für Landwirte und ihre Verbände jedoch schwierig gestalten. Um Vertrauen, Transparenz und Effizienz innerhalb der Lieferkette zu stärken***, sollten*** Landwirte***, die am Anfang der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette tätig sind, und ihre Vereinigungen***, Erzeugerorganisationen und Vereinigungen von Erzeugerorganisationen von schriftlichen Verträgen profitieren. ***Daher sollten schriftliche Verträge vorgeschrieben werden, wenn landwirtschaftliche Erzeugnisse von Landwirten geliefert werden, die die Erzeugnisse des Bodens – unabhängig davon, ob für die Erzeugung der Boden oder andere Kultursubstrate, beispielsweise in Gewächshäusern, verwendet werden – oder der Viehzucht in ihren Betrieben produzieren, und wenn sie diese landwirtschaftlichen Rohstoffe verarbeiten. Für Lieferungen dieser Erzeugnisse durch Vereinigungen von landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben, Erzeugerorganisationen oder Vereinigungen von Erzeugerorganisationen, die diese Erzeugnisse für Landwirte verarbeiten oder vermarkten,*** sollte ***ebenfalls*** ein schriftlicher Vertrag geschlossen werden.

(19) Um Marktsignalen besser Rechnung zu tragen und die Preisweitergabe zu verbessern, sollten die Mitgliedstaaten verlangen können, dass für die Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, einschließlich Lieferungen ***durch oder an andere Marktteilnehmer in der Lebensmittelversorgungskette,*** schriftliche Verträge geschlossen werden und dass die Käufer schriftliche Vertragsangebote für die Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse nutzen.

(20) Im Interesse der Einfachheit und der Senkung der Transaktionskosten sollte diese Verordnung bestimmte Ausnahmen von der vorgeschriebenen Nutzung schriftlicher Verträge oder schriftlicher Vertragsangebote umfassen und es den Mitgliedstaaten ermöglichen, bestimmte Lieferungen von der vorgeschriebenen Nutzung schriftlicher Verträge oder schriftlicher Vertragsangebote auszunehmen. Landwirte und ihren Vereinigungen sollten jedoch weiterhin das Recht haben, die Nutzung eines schriftlichen Vertrags oder eines schriftlichen Angebots für einen Vertrag verlangen zu können, wenn eine solche Verpflichtung nicht besteht. Um die Rolle der Erzeugerorganisationen und Genossenschaften bei der Förderung kollektiver Ansätze und der Maximierung des Mehrwerts für ihre Mitglieder zu wahren und so die Position der Landwirte in der Lieferkette zu stärken, sollte für die Lieferungen der Mitglieder an ihre Erzeugerorganisation oder Genossenschaft kein schriftlicher Vertrag erforderlich sein, sofern die Satzung der betreffenden Erzeugerorganisation oder Genossenschaft transparente und vorhersehbare Regeln für die Preisweitergabe vorsieht, wobei die Auswirkungen auf die Vergütung der Landwirte zu berücksichtigen sind.

(21) Um den Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu geben, nationale oder regionale Praktiken zu berücksichtigen, sollte diese Verordnung es ihnen ermöglichen, Erzeugnisse, die saisonalen Angebots- oder Nachfrageschwankungen unterliegen oder leicht verderblich sind, sowie Erzeugnisse, die traditionellen oder üblichen Verkaufspraktiken unterliegen, von der vorgeschriebenen Nutzung schriftlicher Verträge oder schriftlicher Vertragsangebote auszunehmen. Darüber hinaus sollte es den Mitgliedstaaten gestattet sein, nach Konsultation der einschlägigen Vertreter der Landwirte oder der einschlägigen Branchenverbände bestimmte andere Erzeugnisse als Milch und Milcherzeugnisse von der Verpflichtung zum Abschluss schriftlicher Verträge auszunehmen, sofern für die betreffenden Erzeugnisse auf andere Weise für Vorhersehbarkeit, Transparenz und Preisweitergabe gesorgt wird oder die Verpflichtung zum Abschluss schriftlicher Verträge oder schriftlicher Vertragsangebote für diese Erzeugnisse aus anderen gerechtfertigten Gründen nicht angemessen oder verhältnismäßig wäre. Diese Möglichkeit, bestimmte Erzeugnisse von der Verpflichtung zu schriftlichen Verträgen auszunehmen, sollte auch die Möglichkeit umfassen, bestimmte Erzeugnisse von bestimmten verpflichtenden Elementen dieser schriftlichen Verträge auszunehmen. Zum Schutz der Landwirte sollten die Fälle, in denen diese Ausnahmen gewährt werden können, eindeutig festgelegt werden.

(22) Die vorgeschriebene Nutzung schriftlicher Verträge für die Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und die grundlegenden Voraussetzungen für ihre Nutzung sollten auf Unionsebene festgelegt werden, wobei sicherzustellen ist, dass das Recht der Parteien, alle Bestandteile ihrer Verträge auszuhandeln, nicht über das absolut Notwendige hinaus eingeschränkt wird. ***Dennoch sollten die Mitgliedstaaten nicht daran gehindert werden, Maßnahmen zur Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette, die sich negativ auf den Lebensstandard der landwirtschaftlichen Bevölkerung auswirken, zu ergreifen, sofern diese Maßnahmen zur Sicherstellung der Erreichung des verfolgten Ziels geeignet und verhältnismäßig sowie mit der Richtlinie (EU) 2019/633*** des Europäischen Parlaments und des Rates[8]***, einschließlich ihres Artikels 9, vereinbar sind.***

(23) Um die Parteien zu einer gütlichen Einigung im Falle von Streitigkeiten über den Abschluss oder die Änderung eines schriftlichen Vertrags zu ermutigen, sollten die Mitgliedstaaten ***sicherstellen, dass*** den Parteien ein Mediationsmechanismus ***oder vergleichbare Mechanismen zur Verfügung stehen***. ***Diese Mechanismen könnten bereits bestehende Mechanismen oder zu diesem Zweck eingerichtete Mechanismen umfassen. Dabei könnten unter anderem Organisationen, die Landwirte vertreten, Branchenverbände, zugelassene private Mediationsdienste oder andere unabhängige Streitbeilegungsstellen einbezogen werden. Diese Mechanismen sollten unparteiisch sein und ihre Anwendung sollte für die Vertragsparteien freiwillig sein***. Die Mitgliedstaaten sollten die Kommission über die in ihrem Hoheitsgebiet bestehenden Mechanismen unterrichten.

---

8 Richtlinie (EU) 2019/633 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette (ABl. L 111 vom 25.4.2019, S. 59, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2019/633/oj).

(24) Wird der für die Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu zahlende Endpreis durch Kombination verschiedener vertraglich festgelegter Faktoren berechnet, sollten diese Faktoren zur Erleichterung des Funktionierens der Mechanismen zur Preisweitergabe objektive Indikatoren, Indizes oder Berechnungsmethoden umfassen, die für die Parteien leicht verständlich sind. Um zu vermeiden, dass Landwirte gezwungen sind, Erzeugnisse systematisch unter ihren Produktionskosten zu verkaufen, sollten die Indikatoren, Indizes und Methoden zur Berechnung des Endpreises Veränderungen der Marktbedingungen und ***Veränderungen relevanter Elemente der*** Produktionskosten der gelieferten landwirtschaftlichen Erzeugnisse widerspiegeln***, die sich auf die Vergütung der Landwirte auswirken***.

(25) Angesichts der empfindlichen Verhandlungsposition der Landwirte und ihrer Organisationen, der jüngsten erheblichen Schwankungen der Kosten für landwirtschaftliche Betriebsmittel und der Marktpreise sowie der Notwendigkeit einer effizienteren Preisweitergabe innerhalb der Lieferkette sollten Verträge ***im Milchsektor*** mit einer Laufzeit von mehr als sechs Monaten ***sowie Verträge mit einer Laufzeit von mehr als zwölf Monaten in anderen landwirtschaftlichen Sektoren*** eine Revisionsklausel enthalten, die Landwirte ***oder*** ihre Organisationen auslösen können***, beispielsweise bei unvorhergesehenen Umständen wie extremen Wetterereignissen, Ausbrüchen von Tierseuchen, geopolitischen Spannungen oder aus anderen Gründen***. Eine solche Klausel sollte es den Landwirten ermöglichen, jederzeit ***nach Ablauf der ersten sechs beziehungsweise zwölf Monate*** eine Änderung der Vertragsbestandteile zu verlangen oder den Vertrag zu kündigen, wenn keine Einigung erzielt werden kann. Dies sollte das Recht der Vertragsparteien unberührt lassen, andere Möglichkeiten der Vertragsänderung auszuhandeln.

(26) Um die Transparenz der Verträge zu erhöhen und zu faireren Handelspraktiken beizutragen, sollten die Mitgliedstaaten die Registrierung schriftlicher Verträge für die Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse verlangen können.

(27) Bestimmte Initiativen zur vertikalen und horizontalen Zusammenarbeit im Zusammenhang mit Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen, die darauf ausgerichtet sind, strengere Anforderungen als die verbindlichen Anforderungen anzuwenden, können sich positiv auf das Ziel der gemeinsamen Agrarpolitik, der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine angemessene Lebenshaltung zu sichern, und auf das Ziel, die nachhaltige Entwicklung der Union sicherzustellen, auswirken. Daher sollten solche Initiativen in bestimmten Fällen nicht unter Artikel 101 Absatz 1 AEUV fallen.

(28) In Zeiten schwerer Marktungleichgewichte können bestimmte Kategorien gemeinsamer Maßnahmen privater Marktteilnehmer zur Stabilisierung der betreffenden Sektoren beitragen. ***Zu diesen gemeinsamen Maßnahmen privater Marktteilnehmer könnten beispielsweise Marktrücknahmen oder die kostenlose Verteilung ihrer Erzeugnisse, auch an Wohltätigkeitseinrichtungen, gehören***. Um zu gewährleisten, dass private Marktteilnehmer über die erforderlichen Mittel verfügen, diese Maßnahmen umzusetzen, sollte die Kommission Unionsmittel aus der Agrarreserve zur Förderung dieser Maßnahmen bereitstellen können. Die Mitgliedstaaten sollten außerdem zusätzliche nationale Mittel ***unverzüglich*** bereitstellen können.

(29) In ihrer Mitteilung vom 19. Februar 2025 mit dem Titel „Eine Vision für Landwirtschaft und Ernährung“ weist die Kommission darauf hin, dass die Tierhaltung ein wesentlicher Faktor für den Agrarsektor, die Wettbewerbsfähigkeit und den Zusammenhalt der Union ist. Nachhaltige Tierhaltungssysteme sind entscheidend für die Wirtschaft der Union, für die Lebensfähigkeit ländlicher Gebiete sowie für den Erhalt der Umwelt und der Landschaften im ländlichen Raum. Der Tierhaltungssektor der Union ist verschiedenen Schocks und dem globalen Wettbewerb besonders ausgesetzt und muss hohe Produktionsstandards erfüllen, die vom Markt nicht immer entlohnt werden. In diesem Zusammenhang ist es im Interesse sowohl der Erzeuger als auch der Verbraucher in der Union notwendig, die natürliche Zusammensetzung von Fleisch und Fleischerzeugnissenanzuerkennen. Fleischbezogene Begriffe haben oft eine kulturelle und historische Bedeutung. Sie sollten daher geschützt werden, um die Transparenz im Binnenmarkt in Bezug auf die Zusammensetzung von Lebensmitteln und ihren Nährwert zu erhöhen und sicherzustellen, dass die Verbraucher fundierte Entscheidungen treffen können. Diese Klarheit ist besonders wichtig für Verbraucher, die nach Erzeugnissen mit einem spezifischen Nährstoffgehalt, der traditionell mit Fleischerzeugnissen in Verbindung steht, suchen. Daher sollte das Wort „Fleisch“ für die Zwecke und im Anwendungsbereich der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 die genießbaren Teile von Tieren bezeichnen.

(30) Darüber hinaus sollten in Bezug auf die in Anhang I AEUV aufgeführten landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowie auf Lebensmittel, die nicht in dem genannten Anhang aufgeführt sind, bestimmte Ausdrücke aus Fleisch gewonnenen Erzeugnissen – unbeschadet bei der Herstellung eingesetzter technologischer Verfahren, die nicht darauf abzielen, Fleisch oder Fleischbestandteile vollständig oder teilweise zu ersetzen – oder Erzeugnissen mit einem Namen vorbehalten sein, in dem diese Ausdrücke in Verbindung mit einem oder mehreren Wörtern zur Bezeichnung der Tierart, von der ein landwirtschaftliches Erzeugnis stammt, verwendet werden, unbeschadet der Verwendung dieser Ausdrücke für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur im Sinne der Gesetzgebungsakte der Union über die gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur. Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass es bestimmte nicht aus Fleisch gewonnene Erzeugnisse gibt, deren genaue Beschaffenheit aufgrund einer etablierten langfristigen Verwendung klar ist und bei den Verbrauchern keine Verwirrung hervorruft, sollte in Artikel 78 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 eine Ermächtigung aufgenommen werden, eine Liste von Bezeichnungen zu erstellen, die allein oder in Verbindung mit anderen Wörtern verwendet werden dürfen, wobei berücksichtigt wird, wie die Ausdrücke in verschiedenen Sprachen verwendet werden.

(31) Um den Zuckerrübenerzeugern größere vertragliche Klarheit zu bieten, einen harmonisierten vertraglichen Rahmen zu gewährleisten und gleichzeitig den Besonderheiten des Zuckerrübensektors Rechnung zu tragen, sollten die Kaufbedingungen in Verträgen über die Lieferung von Zuckerrüben an die Bedingungen für die Nutzung schriftlicher Verträge in anderen landwirtschaftlichen Sektoren angeglichen werden.

(32) Die Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 sollte daher entsprechend geändert werden.

(33) Um die Position der Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette zu stärken, sollten einige Bestimmungen der Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates[9] in Bezug auf die Interventionskategorien in bestimmten Sektoren geändert werden. Diese Änderungen zielen darauf ab, einen Anreiz für Landwirte zu schaffen, Mitglied von Erzeugerorganisationen oder Vereinigungen von Erzeugerorganisationen, die gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 anerkannt sind, zu werden oder zu bleiben, da Erzeugerorganisationen und Vereinigungen von Erzeugerorganisationen die Verhandlungsposition der Erzeuger stärken. Um eine effizientere und gezieltere Unterstützung der Erzeugerorganisationen durch die von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik erstellten Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) zu gewährleisten, sollte ferner die Möglichkeit vorgesehen werden, die finanzielle Unterstützung der Union für operationelle Programme in bestimmten Sektoren erhöhen zu können.

---

9 Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 (ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/2115/oj).

(34) In einigen Mitgliedstaaten liegt der Wert der Erzeugung von Obst und Gemüse, das von Erzeugerorganisationen vermarktet wird, im Vergleich zum Gesamtwert der Obst- und Gemüseerzeugung weit unter dem Unionsdurchschnitt. Von den verfügbaren finanziellen Anreizen können die Mitgliedstaaten Erzeugerorganisationen in bestimmten Regionen, in denen der Organisationsgrad der Erzeuger deutlich unter dem Unionsdurchschnitt liegt, bereits nationale finanzielle Unterstützung gemäß Artikel 53 der Verordnung (EU) 2021/2115 gewähren. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Position der Landwirte in der Wertschöpfungskette und zur Gründung neuer Erzeugerorganisationen sollte den Erzeugerorganisationen in Mitgliedstaaten, in denen der Organisationsgrad der Erzeuger in den drei aufeinanderfolgenden Jahren vor der Durchführung des betreffenden operationellen Programms unter 10 % lag, ein finanzieller Anreiz in Form einer Erhöhung der finanziellen Unterstützung der Union um 10 % gewährt werden.

(35) Um den Generationswechsel im Agrarsektor zu erleichtern und neue Erzeuger zu ermutigen, Erzeugerorganisationen im Sektor Obst und Gemüse und in anderen Sektoren gemäß Artikel 42 Buchstabe f der Verordnung (EU) 2021/2115 beizutreten, sollte ein Anreiz für Junglandwirte und neue Landwirte gewährt werden, die einer gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 anerkannten Erzeugerorganisation beitreten. Insbesondere sollte es möglich sein, die finanzielle Unterstützung der Union für Ausgaben im Zusammenhang mit Investitionen auf dem Gelände von Junglandwirten oder neuen Landwirten, die erstmals einer anerkannten Erzeugerorganisation beitreten, um 20 Prozentpunkte zu erhöhen.

(36) Angesichts des wiederholten Auftretens von widrigen Witterungsverhältnissen, Naturkatastrophen, Pflanzenkrankheiten und Schädlingsbefall in den letzten Jahren hat es sich als nützlich erwiesen, dass Erzeugerorganisationen und Vereinigungen von Erzeugerorganisationen Mittel, einschließlich der finanziellen Unterstützung der Union im Rahmen des Betriebsfonds, auf Interventionen umverteilen können, die zur Bewältigung der Folgen dieser Ereignisse erforderlich sind. Daher muss die Möglichkeit vorgesehen werden, die finanzielle Unterstützung der Union gemäß ***Artikel 52 Absatz 1, Artikel 62, Artikel 65 Absatz 1 und Artikel 68*** der Verordnung (EU) 2021/2115 unter bestimmten Bedingungen von 50 % auf 70 % der tatsächlichen Ausgaben zu erhöhen.

(37) Um die Einrichtung von Interventionskategorien in den anderen Sektoren gemäß Artikel 42 Buchstabe f der Verordnung (EU) 2021/2115 zu unterstützen, sollte den Mitgliedstaaten ab dem 1. Januar 2025 zusätzliche Flexibilität bei der Anpassung der Zuweisung von Mitteln an diese Sektoren eingeräumt werden. Die Mitgliedstaaten sollten daher ***nach Bewertung der Auswirkungen auf die Höhe der Einkommensstützung*** bis zu 6 % ihrer Zuweisungen für Direktzahlungen verwenden können.

(38) Die Verordnung (EU) 2021/2115 sollte daher entsprechend geändert werden.

(39) Um sicherzustellen, dass den Mitgliedstaaten Unionsmittel aus der Agrarreserve zur Unterstützung gemeinsamer Maßnahmen privater Marktteilnehmer in Zeiten schwerer Marktungleichgewichte zur Verfügung gestellt werden können, sollte die Möglichkeit, die Agrarreserve zu nutzen, auf die Unterstützung gemeinsamer Maßnahmen ausgeweitet werden, wenn die Kommission entscheidet, dass die Wettbewerbsregeln für diese Maßnahmen nicht gelten.

(40) Die Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates[10] sollte daher entsprechend geändert werden.

10 Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 (ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 187, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/2116/oj).

(41) Um den Marktteilnehmern ausreichend Zeit zur Anpassung zu geben und die Kommission in die Lage zu versetzen, bestehende nationale Regelungen und Praktiken bewerten zu können, sollte die Anwendung der Vorschriften über den Vorbehalt der fakultativen Angaben „fair“ und „gerecht“ ***sowie Angaben mit einer*** diesen Angaben gleichwertigen ***Bedeutung*** und der Angabe „kurze Lieferkette“ zwei Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung beginnen. ***Ebenso*** sollten die neuen Vorschriften über schriftliche Verträge ***zwei Jahre*** nach Inkrafttreten dieser Verordnung angewendet werden, damit die Marktteilnehmer ihre Vertragsbeziehungen an diese Vorschriften angleichen ***und Erzeugerorganisationen im Milchsektor ihre Satzungen*** anpassen können. ***Damit die Marktteilnehmer ihre Vermarktungsstrategien angleichen und anpassen können, sollte außerdem die Anwendung der Begriffsbestimmungen und der Fleisch und Fleischerzeugnissen vorbehaltenen Bezeichnungen drei Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung beginnen. Erzeugnisse, die gemäß den vor dem Zeitpunkt des Beginns der Anwendung der neuen Vorschriften geltenden Vorschriften hergestellt oder eingeführt wurden, sollten jedoch weiterhin vermarktet werden dürfen, und zwar für einen Zeitraum von höchstens sechs Jahren ab dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung oder bis zum Zeitpunkt der Erschöpfung der Bestände, je nachdem, welcher Zeitpunkt der frühere ist —***

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Änderungen der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013

Die Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 wird wie folgt geändert:

▌

1. Artikel 75 Absatz 3 Buchstabe j erhält folgende Fassung:

„j) den Erzeugungs- und/oder den Ursprungsort des landwirtschaftlichen Erzeugnisses;“

2. Artikel 78 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

i) Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) alle Sektoren, in denen genießbare Teile von Tieren erzeugt werden, insbesondere die Sektoren Rindfleisch, Schweinefleisch, Schaf- und Ziegenfleisch sowie Geflügelfleisch,“

ii) Buchstabe d wird gestrichen.

b) In Absatz 3 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„In Bezug auf Anhang VII Teil Ia Nummer 3 wird der Kommission die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 227 delegierte Rechtsakte zu erlassen, um diese Verordnung zu ergänzen, indem sie Ausnahmeregelungen gewährt, die die Verwendung von Bezeichnungen, die Fleischerzeugnissen vorbehalten sind, für andere Erzeugnisse gestatten, deren genaue Beschaffenheit aufgrund einer etablierten langfristigen Verwendung klar ist und die bei den Verbrauchern keine Verwirrung hervorruft.“

3. In Teil II Titel II Kapitel I Abschnitt 1 wird folgender Unterabschnitt eingefügt:

„Unterabschnitt 3a

Verwendung von fakultativen Angaben für Erzeugnisse aller in Artikel 1 Absatz 2 genannten Sektoren

Artikel 88a

Fakultative Angaben für Handelsmodalitäten

(1) Die Angaben ‚fair‘ oder ‚gerecht‘ sowie ***Angaben mit einer diesen Angaben*** gleichwertigen ***Bedeutung*** dürfen allein oder in Verbindung mit anderen Angaben in der Etikettierung von, in der Aufmachung von, im Werbematerial für und in den Geschäftsunterlagen für ein in Verkehr gebrachtes Erzeugnis der in Artikel 1 Absatz 2 genannten Sektoren verwendet werden, sofern diese Angaben verwendet werden, um die Käufer über bestehende Modalitäten für die Organisation der Erzeugung, des Vertriebs oder des Inverkehrbringens zu informieren, die ***darauf abzielen***, zumindest Folgendes ***zu gewährleisten***:

a) Stabilität, ***einschließlich durch die Verträge zwischen den Erzeugern und den Käufern,*** Transparenz in den Beziehungen zwischen Landwirten und Käufern entlang der Lieferkette ***sowie*** Transparenz ***in den Informationen über die teilnehmenden Landwirte;***

b) Preise für ihre Erzeugnisse, die von den teilnehmenden Landwirten als gerecht ***und rentabel*** angesehen werden***; und***

c) gemeinsame Initiativen zur Verwirklichung eines oder mehrerer Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung, ***mit denen besonders zur Entwicklung ländlicher Gemeinschaften beigetragen wird, insbesondere durch die Förderung demokratisch geleiteter gemeinsame Organisationen von Landwirten***.

Für die Zwecke von Unterabsatz 1 Buchstabe b kann der Preis einschlägige verfügbare Daten zu den Produktionskosten berücksichtigen.

(2) Die Angabe ‚kurze Lieferkette' darf allein oder in Verbindung mit anderen Angaben in der Etikettierung von, in der Aufmachung von, im Werbematerial für und in den Geschäftsunterlagen für ein in Verkehr gebrachtes Erzeugnis der in Artikel 1 Absatz 2 genannten Sektoren verwendet werden, sofern ***die Verbraucher die Betriebe der teilnehmenden Landwirte, in denen der Rohstoff erzeugt wurde, leicht erkennen können, und*** die Angabe verwendet wird, um die Käufer über bestehende Modalitäten für die Organisation der Erzeugung, des Vertriebs oder des Inverkehrbringens zu informieren die Folgendes ***gewährleisten***:

a) eine direkte Verbindung zwischen dem Landwirt und dem Endverbraucher des Erzeugnisses, ***gegebenenfalls mit einem Vermittler*** oder

b) eine enge Verbindung zwischen dem Landwirt und dem Endverbraucher des Erzeugnisses ***mit einer begrenzten Zahl von Vermittlern, wobei sich der Landwirt, die Vermittler und der Endverbraucher des Erzeugnisses in geografischer Nähe zueinander befinden.***

▌

(3) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 227 delegierte Rechtsakte zu erlassen, um diese Verordnung zu ändern, indem in Absatz 1 des vorliegenden Artikels den Angaben ‚fair' und ‚gerecht' gleichwertige Angaben hinzugefügt werden, wenn solche gleichwertigen Angaben auf dem Markt verwendet werden, um Käufer über die in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Handelsmodalitäten zu informieren, ***und*** um diese Verordnung zu ergänzen***, indem für die Anwendung der Absätze 1 und 2*** des vorliegenden Artikels ***zusätzliche Vorschriften festgelegt oder Bedingungen präzisiert werden, wobei alle einschlägigen internationalen Normen und zugehörigen Regelungen zur Qualitätszertifizierung berücksichtigt werden.***

(4) Die Mitgliedstaaten können nationale Vorschriften erlassen oder beibehalten, in denen zusätzlich zu den in Absatz 1 Buchstaben a, b und c und Absatz 2 Buchstaben a und b genannten Bedingungen weitere Bedingungen in Bezug auf die Verwendung der in diesen Absätzen genannten Angaben festgelegt werden. Diese Vorschriften dürfen die Verwendung der in diesen Absätzen genannten Angaben für Erzeugnisse, die in einem anderen Mitgliedstaat unter den in diesen Absätzen genannten Bedingungen rechtmäßig hergestellt oder vermarktet werden, nicht untersagen, beschränken oder behindern.

(5) Dieser Artikel gilt unbeschadet der Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011."

4. Artikel 148 erhält folgende Fassung:

„Artikel 148

Vertragsbeziehungen im Sektor Milch und Milcherzeugnisse

(1) Für Lieferungen von Milch und Milcherzeugnissen in der Union durch Landwirte, ***einschließlich Vereinigungen von landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben, oder*** durch Erzeugerorganisationen oder Vereinigungen von Erzeugerorganisationen an verarbeitende Betriebe, Abholer, Vertriebsunternehmen oder Einzelhändler bedarf es eines schriftlichen Vertrags zwischen diesen Parteien.

Die in Unterabsatz 1 genannte Verpflichtung gilt nur für

a) Landwirte, die in ihren Betrieben Rohmilch erzeugen oder die in ihren Betrieben erzeugte Rohmilch zu Milch und Milcherzeugnissen verarbeiten;

b) Vereinigungen von landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben, Erzeugerorganisationen oder Vereinigungen von Erzeugerorganisationen, die Erzeugnisse gemäß Buchstabe a verarbeiten oder vermarkten.

Dieser schriftliche Vertrag muss die in den Absätzen 4 und 8 festgelegten Bedingungen erfüllen.

Nach Konsultation der einschlägigen Vertreter der Landwirte oder der gemäß Artikel 163 Absatz 1 anerkannten Branchenverbände können die Mitgliedstaaten beschließen, dass die Einbeziehung von Indikatoren, Indizes oder Methoden zur Berechnung des Endpreises gemäß Absatz 4 Buchstabe c Ziffer i zweiter Gedankenstrich dieses Artikels nicht verpflichtend ist und dass die Lieferung nicht den Anforderungen von Absatz 4 Buchstabe c Ziffer iii in Bezug auf eine Revisionsklausel unterliegt, wenn für die betreffende Milch oder die betreffenden Milcherzeugnisse auf andere Weise für Vorhersehbarkeit, Transparenz und Preisweitergabe gesorgt werden kann, oder dass die Verpflichtung, die in Absatz 4 Buchstabe c Ziffer i zweiter Gedankenstrich dieses Artikels und Absatz 4 Buchstabe c Ziffer iii dieses Artikels genannten Bestandteile in Bezug auf eine Revisionsklausel zu enthalten, für diese Erzeugnisse aus anderen gerechtfertigten Gründen nicht angemessen oder verhältnismäßig wäre.

Im Sinne dieses Artikels bezeichnet der Begriff ‚Abholer' ein Unternehmen, das Rohmilch von einem Landwirt oder einem weiteren Abholer zu einem Rohmilch verarbeitenden Betrieb oder einem weiteren Abholer befördert, wobei das Eigentum an der Rohmilch bei jeder Stufe der Lieferung übertragen wird.

(2) Die Mitgliedstaaten können überdies beschließen, dass

a) für die Lieferung von Milch und Milcherzeugnissen durch ***oder an Marktteilnehmer, die nicht unter Absatz 1 fallen,*** ein schriftlicher Vertrag zu schließen ist,

b) ein schriftliches Vertragsangebot über die Lieferung von Milch und Milcherzeugnissen ***verpflichtend ist***.

Bei schriftlichen Vertragsangeboten gemäß Unterabsatz 1 Buchstabe b dieses Absatzes kann der betreffende Mitgliedstaat beschließen, dass ein solches Angebot entweder von den Erstankäufern der Milch und Milcherzeugnisse oder vom Landwirt, ***einschließlich einer Vereinigung von landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben, oder*** einer Erzeugerorganisation oder einer Vereinigung von Erzeugerorganisationen ***vorgelegt wird***.

Verträge gemäß Unterabsatz 1 Buchstabe a des vorliegenden Artikels oder Vertragsangebote gemäß Unterabsatz 1 Buchstabe b dieses Artikels müssen die in den Absätzen 4 und 8 festgelegten Bedingungen erfüllen.

(3) Die Mitgliedstaaten ***stellen sicher, dass den Vertragsparteien ein*** Mediationsmechanismus ***oder vergleichbare Mechanismen, einschließlich bestehender Mechanismen, zur Verfügung stehen. Diese Mechanismen sind für die Vertragsparteien freiwillig und unparteiisch und werden*** in Fällen, in denen kein ***für beide Seiten annehmbarer*** Vertrag gemäß den Absätzen 1 und 2 ***besteht oder, wenn ein Vertrag gemäß den Absätzen 1 und 2 besteht,*** zur Änderung dieses Vertrags***, eingesetzt. Diese Mechanismen können Vertreter von Organisationen von Landwirten einbeziehen.***

Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission von den in ***Unterabsatz 1 dieses Absatzes genannten*** Mechanismen, die in ihrem Hoheitsgebiet verfügbar sind.

(4) Der Vertrag bzw. das Vertragsangebot gemäß den Absätzen 1 und 2

a) ist vor der Lieferung abzuschließen bzw. vorzulegen,

b) ist schriftlich***, einschließlich in elektronischer Form,*** abzuschließen bzw. vorzulegen und

c) hat insbesondere die folgenden Bestandteile zu enthalten:

i) den Preis für das gelieferte Erzeugnis, der

– fest und im Vertrag genannt sein muss oder

– als Kombination verschiedener im Vertrag festgelegter Faktoren errechnet wird, und zwar auf der Grundlage von objektiven Indikatoren, Indizes oder Methoden zur Berechnung des Endpreises, die leicht zugänglich und verständlich sind und Veränderungen der Marktbedingungen und ***Veränderungen relevanter Elemente der*** Produktionskosten widerspiegeln, ***die sich auf die Vergütung der Landwirte auswirken,*** von den Liefermengen sowie von der Qualität oder Zusammensetzung der gelieferten Milch oder Milcherzeugnisse; Zu diesem Zweck können die Mitgliedstaaten ***zur Verwendung in Verträgen*** nach objektiven Kriterien auf der Grundlage von Studien über die Erzeugung und die Lebensmittelversorgungskette ***oder unter Berücksichtigung objektiver Daten aus Quellen wie Branchenverbänden und der EU-Beobachtungsstelle für die Agrar- und Lebensmittelkette (Agri-Food Chain Observatory – AFCO) oder aller verfügbaren einschlägigen objektiven Daten*** Indikatoren festlegen, ***die online veröffentlicht werden können***; Den Vertragsparteien steht es frei, auf diese oder andere Indikatoren Bezug zu nehmen,

ii) die Rohmilchmenge oder die Qualität und Menge der zu liefernden Milch oder Milcherzeugnisse und den Zeitplan für diese Lieferungen,

iii) die Laufzeit des Vertrags, der auf bestimmte oder auf unbestimmte Zeit mit einer Kündigungsklausel abgeschlossen werden kann und bei Verträgen mit einer Mindestlaufzeit von mehr als sechs Monaten eine Revisionsklausel enthält, die vom Landwirt, ***einschließlich einer Vereinigung von landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben, oder*** einer Erzeugerorganisation oder einer Vereinigung von Erzeugerorganisationen ausgelöst werden kann,

iv) Angaben zu Zahlungsperioden und -verfahren***, einschließlich der Anwendung etwaiger zwischen den Vertragsparteien vereinbarter Kürzungen***,

v) die Abhol- oder Liefermodalitäten für Milch oder Milcherzeugnisse und

vi) die im Falle höherer Gewalt anzuwendenden Regelungen.

(5) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 ist kein schriftlicher Vertrag oder schriftliches Vertragsangebot erforderlich, wenn

a) die betreffende Milch oder die betreffenden Milcherzeugnisse von einem Mitglied einer Erzeugerorganisation oder Genossenschaft an die Erzeugerorganisation oder Genossenschaft, der es angehört, geliefert werden, sofern die Satzung dieser Erzeugerorganisation oder Genossenschaft oder die sich aus dieser Satzung ergebenden oder darin vorgesehenen Regeln und Beschlüsse ***transparente und demokratisch beschlossene, im Voraus bekannt gegebene Regeln für die Methoden zur Bestimmung des Preises der von diesen Mitgliedern gelieferten Milch oder Milcherzeugnisse, wobei die Auswirkungen auf die Vergütung der Landwirte zu berücksichtigen sind, sowie der Zahlungsperioden und -verfahren vorsehen***;

b) die Lieferung kostenlos erfolgt oder wenn es sich um die Abgabe von nicht mehr für den Verkauf geeignete Milch oder Milcherzeugnisse handelt.

(6) Die Mitgliedstaaten können beschließen, dass in einem oder mehreren der folgenden Fälle kein schriftlicher Vertrag oder schriftliches Vertragsangebot erforderlich ist:

a) Der Erstankäufer von Milch oder Milcherzeugnissen ist ein Kleinstunternehmen oder kleines Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen;

b) ***der Gesamtwert der von den Vertragsparteien vereinbarten*** Lieferung ***oder Lieferungen überschreitet nicht eine*** vom betreffenden Mitgliedstaat festzulegende ***Obergrenze, die maximal 10 000 EUR beträgt***;

c) der Vertragsabschluss und die Zahlung für die Milch oder Milcherzeugnisse erfolgen zum Zeitpunkt der Lieferung;

d) die Lieferung betrifft Milch oder Milcherzeugnisse, die saisonalen Angebots- oder Nachfrageschwankungen unterliegen oder leicht verderblich sind; oder

e) die Lieferung betrifft Milch oder Milcherzeugnisse, die traditionellen oder üblichen Verkaufspraktiken unterliegen.

(7) Ist gemäß Absatz 5 ***Buchstabe*** b oder Absatz 6 kein schriftlicher Vertrag oder schriftliches Vertragsangebot erforderlich, so kann ein Landwirt, ***einschließlich einer Vereinigung von landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben, oder*** eine Erzeugerorganisation oder eine Vereinigung von Erzeugerorganisationen für eine Lieferung an einen verarbeitenden Betrieb, ein Vertriebsunternehmen, einen Einzelhändler oder einen Abholer von Milch oder Milcherzeugnissen einen schriftlichen Vertrag zwischen den Parteien oder ein schriftliches Vertragsangebot verlangen. Solch ein Vertrag oder Vertragsangebot muss die in Absatz 4 und Absatz 8 Unterabsatz 1 festgelegten Bedingungen erfüllen.

(8) Sämtliche Bestandteile von Verträgen über die Lieferung von Milch oder Milcherzeugnissen, die zwischen Landwirten, ***einschließlich einer Vereinigung von landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben, oder*** Erzeugerorganisationen oder Vereinigungen von Erzeugerorganisationen und Abholern, verarbeitenden Betrieben, Vertriebsunternehmen oder Einzelhändlern geschlossen werden, einschließlich der in Absatz 4 Buchstabe c genannten Bestandteile und deren Komponenten, sind zwischen den beteiligten Vertragsparteien frei verhandelbar.

Die Mitgliedstaaten können eine oder mehrere der folgenden Regelungen festlegen:

a) In Bezug auf die in Absatz 1 genannten schriftlichen Verträge

i) eine Verpflichtung der Vertragsparteien, eine Beziehung zwischen der jeweiligen Liefermenge Milch oder Milcherzeugnisse und dem Preis für diese Lieferung zu vereinbaren;

ii) eine Mindestlaufzeit, die mindestens sechs Monate beträgt und das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarktes nicht beeinträchtigen darf;

b) in Bezug auf die in Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe b genannten schriftlichen Vertragsangebote eine Verpflichtung, dass das schriftliche Vertragsangebot eine im nationalen Recht bestimmte Mindestlaufzeit für den Vertrag enthält, die jedoch mindestens sechs Monate beträgt und das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarktes nicht beeinträchtigen darf.

Landwirte, ***einschließlich Vereinigungen von landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben, oder*** Erzeugerorganisationen oder Vereinigungen von Erzeugerorganisationen können die von den Mitgliedstaaten gemäß Unterabsatz 2 festgelegte Mindestlaufzeit schriftlich ablehnen.

(9) Die Mitgliedstaaten können den Käufer von Milch oder Milcherzeugnissen verpflichten, die schriftlichen Verträge gemäß Absatz 1 für die Lieferung der betreffenden Milch oder Milcherzeugnisse durch den Landwirt, ***einschließlich einer Vereinigung von landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben, oder*** eine Erzeugerorganisation oder eine Vereinigung von Erzeugerorganisationen an einen Abholer, einen verarbeitenden Betrieb, ein Vertriebsunternehmen oder einen Einzelhändler in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet registrieren zu lassen.

(10) Nutzt ein Mitgliedstaat die in den Absätzen ***1***, 2, 6, 8 und 9 genannten Möglichkeiten, so setzt er die Kommission über die Anwendung dieser Möglichkeiten in Kenntnis.

(11) Die Kommission kann Durchführungsrechtsakte erlassen, in denen die für die einheitliche Anwendung von den Absätzen 4 und 5 des vorliegenden Artikels erforderlichen Maßnahmen sowie die Maßnahmen bezüglich der von den Mitgliedstaaten vorzunehmenden Benachrichtigungen gemäß Absatz 10 des vorliegenden Artikels festgelegt werden. Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem in Artikel 229 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.**“**

5. Artikel 149 Absatz 2 Buchstabe c erhält folgende Fassung:

„c) sofern für eine bestimmte Erzeugerorganisation sämtliche folgenden Bedingungen erfüllt sind:

i) Die von den Verhandlungen abgedeckte Rohmilchmenge überschreitet nicht 7 % der gesamten Erzeugung der Union,

ii) die von den Verhandlungen abgedeckte Rohmilchmenge, die in einem bestimmten Mitgliedstaat erzeugt wird, überschreitet nicht 36 % der gesamten nationalen Erzeugung dieses Mitgliedstaats und

iii) die von den Verhandlungen abgedeckte Rohmilchmenge, die in einem bestimmten Mitgliedstaat geliefert wird, überschreitet nicht 36 % der gesamten nationalen Erzeugung dieses Mitgliedstaats,“

6. Artikel 152 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

i) Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) aus Erzeugern aus ***einem bestimmten*** in Artikel 1 Absatz 2 genannten Sektor bestehen und von den angeschlossenen Landwirten***, die landwirtschaftliche Erzeugnisse des Bodens oder der Viehzucht produzieren,*** gemäß Artikel 153 Absatz 2 Buchstabe c kontrolliert werden. ***Eine Anerkennung kann für einen oder mehrere bestimmte der in Artikel 1 Absatz 2 genannten Sektoren gewährt werden, sofern die Erzeugerorganisation die Bedingungen für die Anerkennung für alle Sektoren erfüllt.***

Die Mitgliedstaaten können beschließen, dass die Kontrolle von den in diesem Buchstaben genannten angeschlossenen Landwirten durch Vereinigungen von Landwirten, die landwirtschaftliche Erzeugnisse des Bodens oder der Viehzucht produzieren, durchgeführt werden kann, sofern diese Vereinigungen von diesen Landwirten kontrolliert werden;“

ii) In Buchstabe b erhält der einleitende Satz folgende Fassung:

„b) auf Initiative der Landwirte***, die landwirtschaftliche Erzeugnisse des Bodens oder der Viehzucht produzieren,*** gebildet wurden und mindestens eine der folgenden Tätigkeiten ausführen:“

iii) Buchstabe c Ziffer vi erhält folgende Fassung:

„vi) Förderung und Bereitstellung technischer Hilfe für die Anwendung von Produktionsnormen, die Verbesserung der Produktqualität, die Entwicklung von Erzeugnissen mit geschützter Ursprungsbezeichnung, geschützter geografischer Angabe oder einem nationalen Gütezeichen und die Durchführung von Initiativen zur Förderung kurzer Lieferketten oder der Verwendung der fakultativen Angaben gemäß Artikel 88a;“

b) Absatz 1a Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1a) Abweichend von Artikel 101 Absatz 1 AEUV darf eine Erzeugerorganisation, die gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels anerkannt ist, oder eine Erzeugerorganisation, einschließlich einer Genossenschaft ***oder jeder anderen gleichwertigen Rechtsform, die nach nationalem Recht anerkannt ist,*** die ***eine Anerkennung beantragt hat und noch nicht*** von einem Mitgliedstaat als Erzeugerorganisation anerkannt wurde, sofern sie die Anforderungen gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels und Artikel 154 der vorliegenden Verordnung erfüllt, im Namen ihrer Mitglieder für die gesamte Erzeugung oder einen Teil davon die Erzeugungsplanung übernehmen, die Produktionskosten optimieren, die Erzeugung vermarkten und Verträge über die Lieferung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse aushandeln. ***Eine solche Erzeugerorganisation kann diese Ausnahmeregelung innerhalb des Zeitraums gemäß Artikel 154 Absatz 4 Buchstabe a der vorliegenden Verordnung oder, wenn der Mitgliedstaat bis zum Ende dieses Zeitraums keinen Beschluss über den Anerkennungsantrag gefasst hat, innerhalb des Zeitraums von fünf Jahren ab Einreichung des Anerkennungsantrags in Anspruch nehmen, es sei denn, der betreffende Mitgliedstaat hat beschlossen, die Anerkennung abzulehnen.***“

c) In Absatz 1b wird nach Unterabsatz 1 folgender Unterabsatz angefügt:

„Wenn eine gemäß Artikel 156 Absatz 1 anerkannte Vereinigung von Erzeugerorganisationen ***die Bedingungen gemäß Absatz 1a Unterabsatz 2 Buchstaben a und b des vorliegenden Artikels nicht erfüllt, ihre Mitglieder diese Bedingungen jedoch erfüllen, so kann sie*** auch die in Absatz 1a Unterabsatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Tätigkeiten durchführen, sofern

a) ihre Mitglieder gemäß Absatz 1 dieses Artikels anerkannt worden sind,

b) ihre Mitglieder nicht Mitglied einer anderen anerkannten Vereinigung von Erzeugerorganisationen ***in Bezug auf die Erzeugnisse, die unter die in Absatz 1a Unterabsatz 1 dieses Artikels genannten Tätigkeiten fallen,*** sind und

▌

c) die Menge ***des Erzeugnisses***, das unter die in Absatz 1a Unterabsatz 1 dieses Artikels genannten Tätigkeiten fällt, nicht ***36 %*** der gesamten nationalen Erzeugung ***dieses Erzeugnisses in dem*** betreffenden Mitgliedstaat überschreitet.“

7. Artikel 153 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„b) nur Mitglied einer einzigen Erzeugerorganisation für ein bestimmtes Erzeugnis ihres Betriebs zu sein, wobei sich ein bestimmtes Erzeugnis auf Erzeugnisse bezieht, die sich insbesondere aufgrund ihrer Merkmale oder ihrer vorgesehenen Endverwendung hinreichend voneinander unterscheide;

die Mitgliedstaaten können jedoch in ordnungsgemäß begründeten Ausnahmefällen, in denen die angeschlossenen Erzeuger zwei getrennte Produktionseinheiten in unterschiedlichen geografischen Gebieten besitzen, von dieser Bedingung abweichende Regelungen vorsehen.“

b) Absatz 2 Buchstabe c erhält folgende Fassung:

„c) Regeln, die es den angeschlossenen Landwirten***, die landwirtschaftliche Erzeugnisse des Bodens oder der Viehzucht produzieren,*** ermöglichen, eine demokratische Kontrolle über ihre Organisation und deren Entscheidungen sowie über deren Rechnungslegung und Haushalt auszuüben;“

c) Absatz 2a erhält folgende Fassung:

„(2a) Die Satzung einer Erzeugerorganisation kann die Möglichkeit vorsehen, dass die Mitglieder direkten Kontakt zu den Käufern haben, sofern dieser direkte Kontakt die von der Erzeugerorganisation verfolgten Ziele***,*** ***einschließlich der*** Bündelung des Angebots und des Inverkehrbringens der Erzeugnisse durch die Erzeugerorganisation***,*** nicht gefährdet. Die Bündelung des Angebots ***und das Inverkehrbringen der Erzeugnisse*** gelten als gewährleistet, wenn die wesentlichen Elemente der Verkäufe wie Preis, Qualität und Menge von der Erzeugerorganisation ausgehandelt und festgelegt werden. ***Die Satzung einer Erzeugerorganisation, die den direkten Kontakt zwischen den Mitgliedern und den Käufern erlaubt, kann auch interne Kontroll- und Präventionsverfahren enthalten, um zu gewährleisten, dass dieser Kontakt die Ziele der Erzeugerorganisation, einschließlich der Bündelung des Angebots, nicht beeinträchtigt.“***

d) Absatz 3 ***wird gestrichen***.

8. In Artikel 157 Absatz 1 Buchstabe c wird folgende Ziffer angefügt:

„xvii) Förderung der Verwendung der fakultativen Angaben gemäß Artikel 88a.“

9. Artikel 168 erhält folgende Fassung:

„Artikel 168

Vertragsbeziehungen

(1) Für Lieferungen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus einem in Artikel 1 Absatz 2 genannten Sektor mit Ausnahme der Sektoren Milch und Milcherzeugnisse und Zucker in der Union durch Landwirte, ***einschließlich Vereinigungen von landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben, oder durch*** Erzeugerorganisationen oder Vereinigungen von Erzeugerorganisationen an verarbeitende Betriebe, Vertriebsunternehmen oder Einzelhändler bedarf es eines schriftlichen Vertrags zwischen den betreffenden Parteien.

Die in Unterabsatz 1 genannte Verpflichtung gilt nur für

a) Landwirte, die landwirtschaftliche Erzeugnisse des Bodens oder der Viehzucht produzieren oder solche in ihren Betrieben produzierte Erzeugnisse verarbeiten

b) Vereinigungen von landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben, Erzeugerorganisationen oder Vereinigungen von Erzeugerorganisationen, die Erzeugnisse gemäß Buchstabe a verarbeiten oder vermarkten.

Dieser schriftliche Vertrag muss die in den Absätzen 4 und 8 festgelegten Bedingungen erfüllen.

(2) Die Mitgliedstaaten können überdies beschließen, dass

a) für die Lieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch ***oder an Marktteilnehmer, die nicht unter Absatz 1 fallen,*** ein schriftlicher Vertrag zu schließen ist,

b) ein schriftliches Vertragsangebot über die Lieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen ***verpflichtend ist***.

Bei schriftlichen Vertragsangeboten gemäß Unterabsatz 1 Buchstabe b dieses Absatzes kann der betreffende Mitgliedstaat beschließen, dass ein solches Angebot entweder von den Erstankäufern der landwirtschaftlichen Erzeugnisse vorgelegt wird oder vom Landwirt, ***einschließlich einer Vereinigung von Landwirten, oder*** einer Erzeugerorganisation oder einer Vereinigung von Erzeugerorganisationen ***vorgelegt wird***.

Verträge gemäß Unterabsatz 1 Buchstabe a dieses Absatzes oder Vertragsangebote gemäß Unterabsatz 1 Buchstabe b dieses Absatzes müssen die in den Absätzen 4 und 8 festgelegten Bedingungen erfüllen.

(3) Die Mitgliedstaaten ***stellen sicher, dass den Vertragsparteien ein*** Mediationsmechanismus ***oder vergleichbare Mechanismen, einschließlich bestehender Mechanismen, zur Verfügung stehen. Solche Mechanismen sind für die Vertragsparteien freiwillig und unparteiisch und werden*** in Fällen, in denen kein ***für beide Seiten annehmbarer*** Vertrag gemäß den Absätzen 1 und 2 ***besteht oder, wenn ein Vertrag gemäß den Absätzen 1 und 2 besteht,*** zur Änderung dieses Vertrags***, eingesetzt. Diese Mechanismen können Vertreter von Organisationen von Landwirten einbeziehen.***

Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission von den ***in Unterabsatz 1 dieses Absatzes*** genannten Mechanismen, die in ihrem Hoheitsgebiet verfügbar sind.

(4) Der Vertrag bzw. das Vertragsangebot gemäß den Absätzen 1 und 2

a) ist vor der Lieferung abzuschließen bzw. vorzulegen,

b) ist schriftlich***, einschließlich in elektronischer Form,*** abzuschließen bzw. vorzulegen und

c) hat insbesondere die folgenden Bestandteile zu enthalten:

i) den Preis für das gelieferte Erzeugnis, der

– fest und im Vertrag genannt sein muss oder

– als Kombination verschiedener im Vertrag festgelegter Faktoren errechnet wird, und zwar auf der Grundlage von objektiven Indikatoren, Indizes oder Methoden zur Berechnung des Endpreises, die leicht zugänglich und verständlich sind und Veränderungen der Marktbedingungen und ***Veränderungen relevanter Elemente der*** Produktionskosten widerspiegeln, ***die sich auf die Vergütung der Landwirte auswirken,*** von den Liefermengen sowie der Qualität oder Zusammensetzung der gelieferten landwirtschaftlichen Erzeugnisse; zu diesem Zweck können die ***Mitgliedstaaten*** zur Verwendung in Verträgen nach objektiven Kriterien auf der Grundlage von Studien über die Erzeugung und die Lebensmittelversorgungskette ***oder unter Berücksichtigung objektiver Daten aus Quellen wie Branchenverbänden, der EU-Beobachtungsstelle für die Agrar- und Lebensmittelkette (Agri-Food Chain Observatory – AFCO) oder aller anderen verfügbaren einschlägigen objektiven Daten*** Indikatoren festlegen, die online veröffentlicht werden können. Den Vertragsparteien steht es frei, auf diese oder andere ihrer Ansicht nach wichtige Indikatoren Bezug zu nehmen.

ii) die Menge und die Qualität der betreffenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die geliefert werden können oder müssen, und den Zeitplan für diese Lieferungen,

iii) die Laufzeit des Vertrags, der auf bestimmte oder auf unbestimmte Zeit mit einer Kündigungsklausel abgeschlossen werden kann; bei Verträgen mit einer Mindestlaufzeit von mehr als ***zwölf*** Monaten eine Revisionsklausel enthält, die vom Landwirt, ***einschließlich einer Vereinigung von landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben, oder*** einer Erzeugerorganisation oder einer Vereinigung von Erzeugerorganisationen ausgelöst werden kann,

iv) Angaben zu Zahlungsperioden und -verfahren***, einschließlich der Anwendung etwaiger zwischen den Vertragsparteien vereinbarter Kürzungen***,

v) die Abhol- oder Liefermodalitäten für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, und

vi) die im Falle höherer Gewalt anzuwendenden Regelungen.

(5) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 ist kein schriftlicher Vertrag oder schriftliches Vertragsangebot erforderlich, wenn

a) die betreffenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse von einem Mitglied einer Erzeugerorganisation oder Genossenschaft an die Erzeugerorganisation oder Genossenschaft, der es angehört, geliefert werden, sofern die Satzung dieser Erzeugerorganisation oder Genossenschaft oder die sich aus dieser Satzung ergebenden oder darin vorgesehenen Regeln und Beschlüsse ***transparente und demokratisch beschlossene, im Voraus bekannt gegebene Regeln für die Methoden zur Bestimmung des Preises der von diesen Mitgliedern gelieferten landwirtschaftlichen Erzeugnisse vorsehen, wobei die Auswirkungen auf die Vergütung der Landwirte zu berücksichtigen sind, sowie der Zahlungsperioden und -verfahren vorsehen***;

b) die Lieferung kostenlos erfolgt oder wenn es sich um die Abgabe von nicht mehr für den Verkauf geeigneten Erzeugnissen handelt.

(6) Die Mitgliedstaaten können beschließen, dass in einem oder mehreren der folgenden Fälle kein schriftlicher Vertrag oder schriftliches Vertragsangebot erforderlich ist:

a) Der Erstankäufer von landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist ein Kleinstunternehmen oder kleines Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG;

b) ***der Gesamtwert der von den Vertragsparteien vereinbarten*** Lieferung ***oder Lieferungen überschreitet nicht eine*** vom betreffenden Mitgliedstaat festzulegende ***Obergrenze, die maximal 10 000 EUR beträgt***;

c) die Lieferung und Bezahlung der betreffenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse erfolgen zeitgleich oder aus gerechtfertigten Gründen spätestens innerhalb von drei Werktagen;

d) die Lieferung betrifft landwirtschaftliche Erzeugnisse, die saisonalen Angebots- oder Nachfrageschwankungen unterliegen oder leicht verderblich sind;

e) die Lieferung betrifft landwirtschaftliche Erzeugnisse, die traditionellen oder üblichen Verkaufspraktiken unterliegen;

f) die Lieferung betrifft landwirtschaftliche Erzeugnisse, bei denen der Mitgliedstaat nach Konsultation der einschlägigen Vertretern der Landwirte oder der gemäß Artikel 158 Absatz 1 für die betreffenden Sektoren anerkannten Branchenverbänden der Auffassung ist, dass die mit den Absätzen 1 und 4 dieses Artikels angestrebte Vorhersehbarkeit, Transparenz und Preisweitergabe für diese Erzeugnisse erreicht wurden oder dass die Verpflichtung zu schriftlichen Verträgen oder schriftlichen Vertragsangeboten aus anderen gerechtfertigten Gründen für diese Erzeugnisse nicht angemessen oder verhältnismäßig wäre.

(7) Ist gemäß Absatz 5 ***Buchstabe*** b oder Absatz 6 kein schriftlicher Vertrag oder schriftliches Vertragsangebot erforderlich, so kann ein Landwirt, ***einschließlich einer Vereinigung von landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben, oder*** eine Erzeugerorganisation oder eine Vereinigung von Erzeugerorganisationen für eine Lieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen an einen verarbeitenden Betrieb, ein Vertriebsunternehmen oder einen Einzelhändler einen schriftlichen Vertrag zwischen den Parteien oder ein schriftliches Vertragsangebot verlangen. Solch ein Vertrag oder Vertragsangebot muss die in Absatz 4 und Absatz 8 Unterabsatz 1 festgelegten Bedingungen erfüllen.

(8) Sämtliche Bestandteile von Verträgen über die Lieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die zwischen Landwirten, ***einschließlich Vereinigungen von landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben, oder*** Erzeugerorganisationen oder Vereinigungen von Erzeugerorganisationen und verarbeitenden Betrieben, Vertriebsunternehmen oder Einzelhändlern geschlossen werden, einschließlich der in Absatz 4 Buchstabe c genannten Bestandteile und deren Komponenten, sind zwischen den beteiligten Parteien frei verhandelbar.

Die Mitgliedstaaten können eine oder mehrere der folgenden Regelungen festlegen:

a) In Bezug auf die in Absatz 1 genannten schriftlichen Verträge

i) eine Verpflichtung der Vertragsparteien, eine Beziehung zwischen der jeweiligen Liefermenge landwirtschaftlicher Erzeugnisse und dem Preis für diese Lieferung zu vereinbaren;

ii) eine Mindestlaufzeit, die mindestens sechs Monate beträgt und das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarktes nicht beeinträchtigen darf;

b) in Bezug auf die in Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe b genannten schriftlichen Vertragsangebote eine Verpflichtung, dass das schriftliche Vertragsangebot eine für diesen Zweck im nationalen Recht bestimmte Mindestlaufzeit für den Vertrag enthält, die jedoch mindestens sechs Monate beträgt und das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarktes nicht beeinträchtigen darf.

Landwirte, ***einschließlich Vereinigungen von landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben, oder*** Erzeugerorganisationen oder Vereinigungen von Erzeugerorganisationen können die von Mitgliedstaaten gemäß Unterabsatz 2 festgelegte Mindestlaufzeit schriftlich ablehnen.

(9) Die Mitgliedstaaten können die Käufer von landwirtschaftlichen Erzeugnissen verpflichten, die schriftlichen Verträge gemäß Absatz 1 ***für*** die Lieferung der betreffenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch den Landwirt, ***einschließlich einer Vereinigung von landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben, oder*** eine Erzeugerorganisation oder eine Vereinigung von Erzeugerorganisationen an einen verarbeitenden Betrieb, ein Vertriebsunternehmen oder einen Einzelhändler in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet registrieren zu lassen.

(10) Nutzt ein Mitgliedstaat die in den Artikeln 2, 6, 8 und 9 genannten Möglichkeiten, so setzt er die Kommission über die Anwendung dieser Möglichkeiten in Kenntnis.

(11) Die Kommission kann Durchführungsrechtsakte erlassen, in denen die für die einheitliche Anwendung der Absätze 4 und 5 dieses Artikels erforderlichen Maßnahmen sowie die Maßnahmen bezüglich der von den Mitgliedstaaten vorzunehmenden Benachrichtigungen gemäß Absatz 10 dieses Artikels festgelegt werden. Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 229 Absatz 2 erlassen.“

10. Artikel 210a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

i) erhält Buchstabe a folgende Fassung:

„a) Umweltziele, einschließlich: Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel; nachhaltige Nutzung und Schutz von Landschaften, Wasser und Böden, auch durch Bewässerungssysteme; den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft, einschließlich der Verringerung von Lebensmittelverschwendung und Nährstoffrecycling von Dung zu organischen Düngemitteln oder zur Energieerzeugung; und Vermeidung und Verminderung von Umweltverschmutzung; sowie den Schutz und die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt und der Ökosysteme;“

ii) und werden die folgenden Buchstaben angefügt:

„d) Förderung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit kleiner, überwiegend auf Familienarbeit beruhender landwirtschaftlicher Betriebe mit einem Standardoutput im Sinne von Artikel 2 Nummer 8 der Verordnung (EG) Nr. 1217/2009* des Rates von höchstens 100 000 EUR;

e) Anziehung und Unterstützung junger Erzeuger landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder

f) Verbesserung der Arbeits- und Sicherheitsbedingungen in der Landwirtschaft oder Verarbeitung.

▌

---

* Verordnung (EG) Nr. 1217/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Bildung eines Datennetzes für die Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Betriebe (ABl. L 328 vom 15.12.2009, S. 27, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2009/1217/oj).“

b) Absatz 6 erhält folgende Fassung:

„Ab dem 8. Dezember 2023 können die in Absatz 1 genannten Erzeuger die Kommission um eine Stellungnahme zur Vereinbarkeit der in Absatz 1 genannten Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen in Bezug auf die Umsetzung von Nachhaltigkeitsstandards ersuchen, die zu einem oder mehreren der in Absatz 3 Buchstaben a, b und c festgelegten Ziele beitragen sollen.

Ab dem … [zwei Jahre nach Inkrafttreten dieser Änderungsverordnung] können die in Absatz 1 genannten Erzeuger die Kommission um eine Stellungnahme zur Vereinbarkeit der in Absatz 1 genannten Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen in Bezug auf die Umsetzung von Nachhaltigkeitsstandards ersuchen, die zu einem oder mehreren der in Absatz 3 Buchstaben d, e und f festgelegten Ziele beitragen sollen.

Die Kommission übermittelt dem Antragsteller ihre Stellungnahme innerhalb von vier Monaten nach Eingang des vollständigen Antrags.

Stellt die Kommission zu jedwedem Zeitpunkt nach der Erarbeitung der Stellungnahme fest, dass die in den Absätzen 1, 3 und 7 des vorliegenden Artikels genannten Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sind, erklärt sie, dass Artikel 101 Absatz 1 AEUV künftig für die betreffende Vereinbarung, den betreffenden Beschluss oder die betreffende aufeinander abgestimmte Verhaltensweise gilt, und unterrichtet entsprechend die Erzeuger.

Die Kommission kann den Inhalt einer Stellungnahme auf eigene Initiative oder auf Antrag eines Mitgliedstaats ändern, vor allem in Fällen, in denen der Antragsteller falsche Angaben gemacht oder die Stellungnahme missbräuchlich verwendet hat.“

▌

11. Artikel 222 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Während schwerer Ungleichgewichte auf den Märkten kann die Kommission Durchführungsrechtsakte erlassen, die bewirken, dass Artikel 101 Absatz 1 AEUV nicht auf Vereinbarungen und Beschlüsse von landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben, Vereinigungen von landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben oder Vereinigungen dieser Erzeugervereinigungen oder anerkannten Erzeugerorganisationen, anerkannten Vereinigungen von Erzeugerorganisationen und anerkannten Branchenverbänden in allen in Artikel 1 Absatz 2 dieser Verordnung genannten Sektoren anzuwenden ist, sofern diese Vereinbarungen und Beschlüsse nicht das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts untergraben, strikt darauf abzielen, den betreffenden Sektor zu stabilisieren, und unter eine oder mehrere der folgenden Kategorien fallen:

a) Marktrücknahmen oder kostenlose Verteilung ihrer Erzeugnisse;

▌

b) Umwandlung und Verarbeitung;

c) Lagerung durch private Marktteilnehmer;

d) gemeinsame Absatzförderungsmaßnahmen;

e) Vereinbarungen über Qualitätsanforderungen;

f) gemeinsamer Einkauf von Betriebsmitteln, die erforderlich sind, um die Verbreitung von Tier- und Pflanzenschädlingen und -seuchen in der Union zu bekämpfen, oder von Betriebsmitteln, die erforderlich sind, um die Auswirkungen von Naturkatastrophen zu bewältigen;

g) vorläufige Planung der Produktion, wobei die spezifische Art des Anbauzyklus berücksichtigt wird.

Erlässt die Kommission Durchführungsrechtsakte gemäß Unterabsatz 1 dieses Absatzes, so kann sie beschließen, den betreffenden Mitgliedstaaten Unterstützung der Union aus der Agrarreserve gemäß Artikel 16 der Verordnung (EU) 2021/2116 zur Verfügung zu stellen. Mit einer solchen finanziellen Unterstützung werden die Mittel bereitgestellt, die für die ***unverzügliche*** Durchführung dieser Vereinbarungen und Beschlüsse durch die betreffenden Marktteilnehmer erforderlich sind.

Die Kommission erlässt Durchführungsrechtsakte, in denen der Anwendungsbereich der Ausnahmeregelung von Unterabsatz 1 des vorliegenden Absatzes und, vorbehaltlich des Absatzes 3, deren Geltungszeitraum sowie gegebenenfalls der Betrag der dem betreffenden Mitgliedstaat gemäß Unterabsatz 2 des vorliegenden Absatzes zugewiesenen Agrarreserve festgelegt werden.

Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem in Artikel 229 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.“

12. Artikel 222a Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Kommission kann entscheiden, für welche der in Artikel 1 Absatz 2 aufgeführten landwirtschaftlichen Sektoren Marktbeobachtungsstellen der Union eingerichtet werden. Die Kommission kann innerhalb dieser Beobachtungsstellen ausdrücklich zwischen ökologischer/biologischer und nichtökologischer/nichtbiologischer Produktion unterschieden.“

13. In Anhang VII wird folgender Teil eingefügt:

„TEIL Ia

Bezeichnungen für Fleisch und Fleischerzeugnisse

1. Im Sinne dieses Teils bezeichnet das Wort ‚Fleisch' die genießbaren Teile eines Tieres, das in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fällt.

2. ‚Fleischerzeugnisse' im Sinne dieses Teils sind aus Fleisch gewonnene Erzeugnisse, wobei jedoch für die Herstellung erforderliche Stoffe zugesetzt werden können, sofern diese nicht verwendet werden, um einen der Fleischbestandteile vollständig oder teilweise zu ersetzen. Dies gilt unbeschadet der Verwendung des Ausdrucks ‚Fleisch' für Erzeugnisse, die unter das Unionsrecht über die gemeinsame Marktorganisation für Fischerei und Aquakultur fallen.

3. In Bezug auf die in Anhang I des AEUV aufgeführten landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowie auf Lebensmittel, die nicht in dem genannten Anhang aufgeführt sind, mit Ausnahme der Erzeugnisse, die unter das Unionsrecht über die gemeinsame Marktorganisation für Fischerei und Aquakultur fallen, und anderer Erzeugnisse, die in einem gemäß Artikel 78 Absatz 3 Unterabsatz 2 der vorliegenden Verordnung erlassenen Delegierten Rechtsakt aufgeführt sind, sind der Ausdruck ‚Fleisch' und die folgenden Ausdrücke Fleischerzeugnissen und Erzeugnissen mit einem Namen vorbehalten, in dem die folgenden Ausdrücke in Verbindung mit einem Wort oder mehreren Wörtern zur Bezeichnung der Tierart, von der ein landwirtschaftliches Erzeugnis stammt, auf allen Vermarktungsstufen verwendet werden:

a) Rindfleisch;

b) Kalbfleisch;

c) Schweinefleisch;

d) Geflügelfleisch;

e) Hühner-, Hähnchen- bzw. Hühnchenfleisch;

f) Puten- bzw. Truthahnfleisch;

g) Entenfleisch;

h) Gänsefleisch;

i) Lammfleisch;

j) Hammelfleisch;

k) Schaffleisch;

l) Ziegenfleisch;

m) Unterschenkel/Unterkeule;

n) Filet;

o) Roastbeef;

p) Bauchlappen;

q) Kotelettstrang;

r) Rippen/Rippchen;

s) Schulter;

t) Hesse/Eisbein;

u) Kotelett;

v) Flügel;

w) Brust;

x) Oberschenkel;

y) Bruststück;

z) Hochrippe/Ribeye;

aa) T-Bone-Steak;

ab) Hüfte;

ac) Speck;

ad) Steak;

ae) Leber.

4. Insbesondere dürfen der Ausdruck ‚Fleisch' und die in Nummer 3 dieses Teils aufgeführten Ausdrücke nicht zur Bezeichnung von Lebensmitteln verwendet werden, die im Sinne der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates[**] aus von Tieren, Pflanzen, Mikroorganismen, Pilzen oder Algen gewonnenen Zell- oder Gewebekulturen bestehen oder daraus isoliert oder erzeugt wurden.

5. Der Ausdruck ‚Fleisch' und die in Nummer 3 aufgeführten Ausdrücke können zusammen zur Bezeichnung von Fleischerzeugnissen verwendet werden. Sie können auch zusammen mit einem oder mehreren Wörtern für die Bezeichnung von zusammengesetzten Erzeugnissen verwendet werden, bei denen kein Bestandteil einen beliebigen Fleischbestandteil ersetzt oder ersetzen soll und bei dem Fleisch einen nach der Menge oder nach der für das Erzeugnis charakteristischen Eigenschaft wesentlichen Teil darstellt."

** *Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über neuartige Lebensmittel, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 1852/2001 der Kommission (ABl. L 327 vom 11.12.2015, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2015/2283/oj)."*

14. Anhang X wird wie folgt geändert:

a) In Abschnitt I erhalten die Nummern 1 und 2 folgende Fassung:

„1. Der Liefervertrag wird vor der Lieferung schriftlich und für eine bestimmte Menge Zuckerrüben abgeschlossen.

2. Die Laufzeit des Liefervertrags kann sich über mehrere Jahre erstrecken. Bei Verträgen mit einer Mindestlaufzeit von mehr als ***zwölf*** Monaten enthält der Vertrag zudem eine Revisionsklausel, die vom Landwirt, ***einschließlich einer Vereinigung von landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben, oder*** einer Erzeugerorganisation oder einer Vereinigung von Erzeugerorganisationen ausgelöst werden kann.“

b) In Abschnitt II Nummer 2 wird folgender Absatz angefügt:

„Der Preis wird als Kombination verschiedener im Vertrag festgelegter Faktoren errechnet, und zwar auf der Grundlage von objektiven Indikatoren, Indizes oder Methoden zur Berechnung des Endpreises, die leicht zugänglich und verständlich sind und Veränderungen der Marktbedingungen und ***Veränderungen relevanter Elemente der*** Produktionskosten widerspiegeln, ***die sich auf die Vergütung der Landwirte auswirken,*** von den Liefermengen sowie der Qualität oder Zusammensetzung der gelieferten Zuckerrüben. Zu diesem Zweck können die Mitgliedstaaten Indikatoren festlegen, die nach objektiven Kriterien auf der Grundlage von Studien über die Erzeugung und die Lebensmittelversorgungskette ***oder unter Berücksichtigung objektiver Daten aus Quellen wie Branchenverbänden, der EU-Beobachtungsstelle für die Agrar- und Lebensmittelkette (Agri-Food Chain Observatory – AFCO) oder aller verfügbaren einschlägigen objektiven Daten*** verwendet werden. ***Diese Indikatoren können zur Verwendung in Verträgen online veröffentlicht werden***. Den Vertragsparteien steht es frei, auf diese oder andere Indikatoren Bezug zu nehmen.“

c) In Abschnitt III wird folgender Absatz angefügt:

„Der Liefervertrag sieht Regelungen vor, die im Falle höherer Gewalt anzuwenden sind.“

d) Folgender Abschnitt wird eingefügt:

„ABSCHNITT IXa

Die Mitgliedstaaten können Zuckerunternehmen dazu verpflichten, die schriftlichen Lieferverträge vor der Lieferung der Zuckerrüben registrieren zu lassen.“

Artikel 2

Änderungen der Verordnung (EU) 2021/2115

Die Verordnung (EU) 2021/2115 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 52 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

i) Buchstabe e erhält folgende Fassung:

„e) Erzeugerorganisationen vermarkten weniger als 20 % der Obst- und Gemüseerzeugung in einem Mitgliedstaat. Diese Vermarktungsquote wird für jedes Jahr der Laufzeit eines operationellen Programms berechnet als der Wert der Obst- und Gemüseerzeugung, der im betroffenen Mitgliedstaat erzielt und von nach der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 anerkannten Erzeugerorganisationen während eines Zeitraums vermarktet wurde, der dem Referenzzeitraum entspricht, der in den auf der Grundlage von Artikel 45 Buchstabe c erlassenen delegierten Rechtsakten festgelegt wurde (Wert der vermarkteten Erzeugnisse), geteilt durch den Gesamtwert der Obst- und Gemüseerzeugung, der im selben Zeitraum im betroffenen Mitgliedstaat erzielt wurde;“

ii) Folgender Buchstabe wird angefügt:

„i) die Erzeugerorganisation oder die Vereinigung von Erzeugerorganisationen führt ein operationelles Programm in einem Mitgliedstaat durch, in dem der Organisationsgrad der Erzeuger im Sektor Obst und Gemüse in den drei aufeinanderfolgenden Jahren vor der Durchführung des operationellen Programms unter 10 % lag: der Organisationsgrad wird berechnet als der Wert der Obst- und Gemüseerzeugung, der im betroffenen Mitgliedstaat erzielt und von nach der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 anerkannten Erzeugerorganisationen oder Vereinigungen von Erzeugerorganisationen ***in den drei aufeinanderfolgenden Jahren vor der Durchführung des operationellen Programms*** vermarktet wurde, geteilt durch den Gesamtwert der Obst- und Gemüseerzeugung, der ***im selben Zeitraum*** im betroffenen Mitgliedstaat erzielt wurde."

b) Folgender Absatz wird eingefügt:

„(5a) Die in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannte Obergrenze von 50 % wird bei Ausgaben im Zusammenhang mit den Zielen gemäß Artikel 46 Buchstabe a, b oder c auf ***70*** % angehoben, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

a) Die Ausgaben stehen im Zusammenhang mit Investitionen in materielle und immaterielle Vermögenswerte gemäß Artikel 47 Absatz 1 Buchstabe a, die von Junglandwirten oder neuen Landwirten getätigt werden, die erstmals einer gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 anerkannten Erzeugerorganisation beitreten;

b) die Investitionen gemäß Buchstabe a werden auf dem Gelände dieser Junglandwirte oder neuen Landwirte im Rahmen ihres ersten operationellen Programms ***oder in den drei Jahren nach dem Beitritt dieser Junglandwirte oder neuen Landwirte zur Erzeugerorganisation*** getätigt."

c) Folgender Absatz wird angefügt:

„(7) Die in Absatz 1 genannte Obergrenze von 50 % wird auf 70 % des Betrags der tatsächlichen Ausgaben angehoben, die in einem bestimmten Jahr für von Erzeugerorganisationen oder Vereinigungen von Erzeugerorganisationen durchgeführte operationelle Programme getätigt wurden, die in jenem Jahr von durch die Mitgliedstaaten festzustellenden widrigen Witterungsverhältnissen, Naturkatastrophen, Pflanzenkrankheiten oder Schädlingsbefall betroffen waren***, unter der Bedingung, dass die Erhöhung nur gewährt wird, wenn die Verluste einen Schwellenwert von mindestens 30 % der durchschnittlichen Jahreserzeugung der Erzeugerorganisation oder der Vereinigung von Erzeugerorganisationen im vorangegangenen Dreijahreszeitraum oder eines Dreijahresdurchschnitts auf der Grundlage des vorangegangenen Fünfjahreszeitraums – wobei der höchste und der niedrigste Wert ausgenommen sind – überschreiten***."

2. In Artikel 62 wird folgender Absatz angefügt:

„(4) Die in Absatz 2 genannte Obergrenze von 50 % wird auf 70 % des Betrags der tatsächlichen Ausgaben angehoben, die in einem bestimmten Jahr für von Erzeugerorganisationen oder Vereinigungen von Erzeugerorganisationen durchgeführte operationelle Programme getätigt wurden, die in jenem Jahr von durch die Mitgliedstaaten festzustellenden widrigen Witterungsverhältnissen, Naturkatastrophen, Pflanzenkrankheiten oder Schädlingsbefall betroffen waren, unter der Bedingung, dass die Erhöhung nur gewährt wird, wenn die Verluste einen Schwellenwert von mindestens 30 % der durchschnittlichen Jahreserzeugung der Erzeugerorganisation oder der Vereinigung von Erzeugerorganisationen im vorangegangenen Dreijahreszeitraum oder eines Dreijahresdurchschnitts auf der Grundlage des vorangegangenen Fünfjahreszeitraums – wobei der höchste und der niedrigste Wert ausgenommen sind – überschreiten.“

3. In Artikel 65 Absatz 1 wird folgender Buchstabe angefügt:

„e) 70 % des Betrags der tatsächlichen Ausgaben, die in einem bestimmten Jahr für von Erzeugerorganisationen oder Vereinigungen von Erzeugerorganisationen durchgeführte operationelle Programme getätigt wurden, die in jenem Jahr von durch die Mitgliedstaaten festzustellenden widrigen Witterungsverhältnissen, Naturkatastrophen, Pflanzenkrankheiten oder Schädlingsbefall betroffen waren, unter der Bedingung, dass die Erhöhung nur gewährt wird, wenn die Verluste einen Schwellenwert von mindestens 30 % der durchschnittlichen Jahreserzeugung der Erzeugerorganisation oder der Vereinigung von Erzeugerorganisationen im vorangegangenen Dreijahreszeitraum oder eines Dreijahresdurchschnitts auf der Grundlage des vorangegangenen Fünfjahreszeitraums – wobei der höchste und der niedrigste Wert ausgenommen sind – überschreiten.“

4. In Artikel 68 wird folgender Absatz eingefügt:

„(2a) Artikel 52 Absatz 3 Buchstaben a bis d, f, g und h sowie Artikel 52 ***Absätze*** 5a ***und 7*** gelten entsprechend.“

5. Artikel 88 Absatz 7 erhält folgende Fassung:

„(7) Ab dem 1. Januar 2025 können die Mitgliedstaaten ihre Beschlüsse gemäß Absatz 6 des vorliegenden Artikels im Rahmen eines Antrags auf Änderung ihrer GAP-Strategiepläne gemäß Artikel 119 überarbeiten und können beschließen, bis zu 6 % ihrer in Anhang V festgesetzten Mittelzuweisungen für Direktzahlungen, gegebenenfalls nach Abzug der Mittelzuweisungen für Baumwolle gemäß Anhang VIII, für Interventionskategorien in anderen Sektoren gemäß Titel III Kapitel III Abschnitt 7 zu verwenden.

Der Betrag, der dem Prozentsatz der Zuweisungen der Mitgliedstaaten für Direktzahlungen im Sinne des Unterabsatzes 1 dieses Absatzes entspricht und für Interventionskategorien in anderen Sektoren für ein bestimmtes Haushaltsjahr verwendet wird, gilt als Mittelzuweisungen der Mitgliedstaaten je Haushaltsjahr für Interventionskategorien in anderen Sektoren.“

Artikel 3

Änderung der Verordnung (EU) 2021/2116

Artikel 16 Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2021/2116 erhält folgende Fassung:

„b) außergewöhnliche Maßnahmen gemäß den Artikeln 219, 220, 221 und 222 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013."

Artikel 4

Übergangsmaßnahmen

Erzeugnisse, die nicht den Bezeichnungen gemäß Anhang VII Teil Ia der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 entsprechen und die vor dem Geltungsbeginn der darin festgelegten Bezeichnungsvorschriften in der Union erzeugt oder in die Union eingeführt wurden, dürfen bis zur Erschöpfung der Bestände dieser Erzeugnisse oder bis zum … [6 Jahre nach Inkrafttreten dieser Änderungsverordnung], je nachdem, welcher Zeitpunkt der frühere ist, weiter in Verkehr gebracht werden.

Artikel 5

Inkrafttreten und Geltung

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Artikel 1 ***Nummern 3, Nummer 4, Nummer 7 Buchstabe d, Nummer 9 und Nummer 14*** gelten ab dem … [zwei Jahre ***nach Inkrafttreten*** dieser Änderungsverordnung].

Artikel 1 Nummer 13 gilt ab dem … [drei Jahre nach dem Inkrafttreten dieser Änderungsverordnung].

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu … am …

Im Namen des Europäischen Parlaments	*Im Namen des Rates*
Die Präsidentin	*Der Präsident/Die Präsidentin*

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0200

Notwendige Maßnahmen zur Durchführung des dem EUV und dem AEUV beigefügten Protokolls über die finanziellen Folgen des Ablaufs des EGKS-Vertrags und über den Forschungsfonds für Kohle und Stahl

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Juni 2026 zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates zur Festlegung der zur Durchführung des dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügten Protokolls Nr. 37 über die finanziellen Folgen des Ablaufs des EGKS-Vertrags und über den Forschungsfonds für Kohle und Stahl und zur Aufhebung der Entscheidung 2003/76/EG notwendigen Maßnahmen (06884/2026 – C10-0091/2026 – 2025/0390(APP))

(Besonderes Gesetzgebungsverfahren – Zustimmung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Entwurf eines Beschlusses des Rates (06884/2026),

– unter Hinweis auf das vom Rat gemäß dem Protokoll Nr. 37 über die finanziellen Folgen des Ablaufs des EGKS-Vertrags und über den Forschungsfonds für Kohle und Stahl, das dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügt ist, und insbesondere gemäß Artikel 2 Absatz 1 dieses Protokolls unterbreitete Ersuchen um Zustimmung (C10-0091/2026),

– gestützt auf Artikel 107 Absätze 1 und 4 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Empfehlung des Haushaltsausschusses (A10-0158/2026),

1. gibt seine Zustimmung zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates;

2. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0206

Mit bestimmten neuen genomischen Techniken gewonnene Pflanzen und die aus ihnen gewonnenen Lebens- und Futtermittel

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 2026 zu dem Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über mit bestimmten neuen genomischen Techniken gewonnene Pflanzen und die aus ihnen gewonnenen Erzeugnisse sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/625 (17037/1/2025 – C10-0102/2026 – 2023/0226(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: zweite Lesung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Standpunkt des Rates in erster Lesung (17037/1/25 – C10-0102/2026),

– unter Hinweis auf die vom zyprischen Parlament und der Nationalversammlung Ungarns im Rahmen des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vorgelegten begründeten Stellungnahmen, in denen geltend gemacht wird, dass der Entwurf des Gesetzgebungsakts nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 26. Oktober 2023[1],

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses der Regionen vom 17. April 2024[2],

– unter Hinweis auf seinen Standpunkt in erster Lesung[3] zu dem Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2023)0411),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 7 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 75 Absatz 4 seiner

[1] ABl. C, C/2024/893, 6.2.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/893/oj.
[2] ABl. C, C/2024/3674, 26.6.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/3674/oj.
[3] ABl. C, C/2024/6358, 7.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/6358/oj.

Geschäftsordnung vom zuständigen Ausschuss angenommen wurde,

– gestützt auf Artikel 68 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Empfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit für die zweite Lesung (A10-0175/2026),

1. billigt den Standpunkt des Rates in erster Lesung;

2. stellt fest, dass der Gesetzgebungsakt entsprechend dem Standpunkt des Rates erlassen wird;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Gesetzgebungsakt mit dem Präsidenten des Rates gemäß Artikel 297 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu unterzeichnen;

4. beauftragt seinen Generalsekretär, den Gesetzgebungsakt zu unterzeichnen, nachdem überprüft worden ist, dass alle Verfahren ordnungsgemäß abgeschlossen worden sind, und im Einvernehmen mit der Generalsekretärin des Rates die Veröffentlichung des Gesetzgebungsakts im *Amtsblatt der Europäischen Union* zu veranlassen;

5. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0207

Gemeinsames System für die Rückkehr von illegal in der Union aufhältigen Drittstaatsangehörigen (Rückführungsverordnung)

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 2026 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines gemeinsamen Systems für die Rückkehr von illegal in der Union aufhältigen Drittstaatsangehörigen und zur Aufhebung der Richtlinie 2008/115/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinie 2001/40/EG des Rates und der Entscheidung 2004/191/EG des Rates (COM(2025)0101 – C10-0047/2025 – 2025/0059(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2025)0101),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel 79 Absatz 2 Buchstabe c des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C10-0047/2025),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die vom französischen Senat im Rahmen des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vorgelegte begründete Stellungnahme, in der geltend gemacht wird, dass der Entwurf eines Gesetzgebungsakts nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 18. September 2025[1],

– nach Anhörung des Ausschusses der Regionen,

– unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 75 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung vom zuständigen Ausschuss angenommen wurde, und auf die vom

[1] ABl. C, C/2026/33, 16.1.2026, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2026/33/oj.

Vertreter des Rates mit Schreiben vom 10. Juli 2026 gemachte Zusage, den Standpunkt des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen

– gestützt auf Artikel 60 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (A10-0048/2026),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;

2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

P10_TC1-COD(2025)0059

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 17. Juni 2026 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) 2026/... des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines gemeinsamen Systems für die Rückkehr von illegal in der Union aufhältigen Drittstaatsangehörigen und zur Aufhebung der Richtlinie 2008/115/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinie 2001/40/EG des Rates und der Entscheidung 2004/191/EG des Rates*

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 79 Absatz 2 Buchstabe c,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses[1],

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen[2],

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren[3],

---

* DER TEXT WURDE NOCH NICHT VON DEN RECHTS- UND SPRACHSACHVERSTÄNDIGEN ÜBERARBEITET.

1 ABl. C […], […], S. […].

2 ABl. C […], […], S. […].

3 Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 2026.

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Union sollte bei der Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts eine gemeinsame Politik für die Rückkehr von Drittstaatsangehörigen verfolgen, die kein Aufenthaltsrecht in der Union haben. Eine wirksame Rückkehrpolitik ist zentrales Element für ein glaubwürdiges Migrationsmanagement-System.

(2) Mit dieser Verordnung wird ein gemeinsames System für die Rückkehr von ***illegal in den Mitgliedstaaten aufhältigen*** Drittstaatsangehörigen ▌ auf Grundlage eines gemeinsamen Verfahrens für die Rückkehr, ***einer wirksamen Zusammenarbeit mit Drittstaaten, von Verpflichtungen für betroffene illegal aufhältige Drittstaatsangehörige, eines Instrumentariums für das Management einer wirksamen Rückkehr, einschließlich Maßnahmen zur Schaffung von Anreizen für die Rückkehr*** und der ***Zusammenarbeit zwischen*** den Mitgliedstaaten geschaffen.

(2a) ***Nach Artikel 72 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union berührt diese Verordnung nicht die Wahrnehmung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit.***

(3) Um zur Umsetzung des Gesamtkonzepts gemäß der Verordnung (EU) 2024/1351 des Europäischen Parlaments und des Rates[4] beizutragen, sollte ein gemeinsames System für das wirksame Management der Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger geschaffen werden. Dieses ***gemeinsame*** System sollte auf einer integrierten Politikgestaltung beruhen, um die Kohärenz und Wirksamkeit der Aktionen und Maßnahmen der Union und ihrer Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten zu gewährleisten.

---

[4] Verordnung (EU) 2024/1351 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 über Asyl- und Migrationsmanagement, zur Änderung der Verordnungen (EU) 2021/1147 und (EU) 2021/1060 sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 (ABl. L 222, 22.5.2024, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1351/oj).

(4) Der Europäische Rat hat stets betont, wie wichtig entschlossenes Handeln auf allen Ebenen ist, um die Rückkehr aus der Europäischen Union zu erleichtern, zu verstärken und zu beschleunigen. Der Europäische Rat hat die Kommission im Oktober 2024 ersucht, umgehend einen neuen Gesetzgebungsvorschlag vorzulegen.

(5) In den vom Rat (Justiz und Inneres) am 12. Dezember 2024 angenommenen strategischen Leitlinien für die gesetzgeberische und operative Programmplanung im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts wird darauf hingewiesen, dass eine erfolgreiche Rückkehrpolitik ein Grundpfeiler eines umfassenden und glaubwürdigen Asyl- und Migrationssystems der Union ist. Zu diesem Zweck wird in den strategischen Leitlinien gefordert, ein entschlosseneres Gesamtkonzept für die Rückkehr zu entwickeln und umzusetzen, indem der Rechtsrahmen dringend verbessert wird.

(6) Eine wirksame Rückkehrpolitik sollte die Kohärenz mit dem Migrations- und Asylpaket gewährleisten und zu dessen Integrität ebenso beitragen wie dazu, die illegale Einwanderung in die Union zu bewältigen und unerlaubte Migrationsbewegungen illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger zwischen Mitgliedstaaten ▌ unter Wahrung der Grundrechte ***zu verhindern***.

(7) Die Union und ihre Mitgliedstaaten haben sich verstärkt um die Gestaltung einer wirksameren Rückkehrpolitik bemüht. Trotz dieser Bemühungen entspricht der derzeitige Rechtsrahmen, der aus der Richtlinie 2001/40/EG des Rates[5] und der Richtlinie 2008/115/EG[6] besteht, nicht mehr den migrationspolitischen Erfordernissen der Union ***und den legislativen und operativen Erfordernissen im Hinblick auf die Gewährleistung einer wirksamen Rückkehr***. Seit der Annahme der Richtlinie 2008/115/EG im Jahr 2008 haben sich der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und die Migrationspolitik der Union erheblich weiterentwickelt. Das EU-Recht im Bereich der Migration hat sich von Rechtsvorschriften mit Mindeststandards dahin gehend verlagert, die Verfahren der Mitgliedstaaten einander anzunähern. Die Kommission strebte 2018 mit dem Vorschlag zur Neufassung der Rückführungsrichtlinie[7] eine Reform der Rückkehrvorschriften an. Auch bemühte sich die Kommission, die Mitgliedstaaten durch die Empfehlungen (EU) 2017/2338[8] und (EU) 2023/682[9] bei der Inanspruchnahme der im Rahmen der Richtlinie 2008/115/EG möglichen Flexibilität

---

5 Richtlinie 2001/40/EG des Rates vom 28. Mai 2001 über die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen über die Rückführung von Drittstaatsangehörigen (ABl. L 149 vom 2.6.2001, S. 34, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2001/40/oj).

6 Richtlinie 2008/115/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (ABl. L 348 vom 24.12.2008, S. 98, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2008/115/oj).

7 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (Neufassung), Brüssel, 12. September 2018, COM(2018)0634, 2018/0329(COD).

8 Empfehlung (EU) 2017/2338 der Kommission vom 16. November 2017 für ein gemeinsames „Rückkehr-Handbuch“, das von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten bei der Durchführung rückkehrbezogener Aufgaben heranzuziehen ist (ABl. L 339 vom 19.12.2017, S. 83, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2017/2338/oj).

9 Empfehlung (EU) 2023/682 der Kommission vom 16. März 2023 über die gegenseitige Anerkennung von Rückkehrentscheidungen und die Beschleunigung von Rückführungen im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie 2008/115/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, C/2023/1763 (ABl. L 86 vom 24.3.2023, S. 58, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2023/682/oj).

zu unterstützen. Der derzeitige Rechtsrahmen ist jedoch an seine Grenzen gekommen.

(8) Um sicherzustellen, dass die ***wirksame*** Rückkehr von Drittstaatsangehörigen, die die Voraussetzungen für die Einreise in das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten oder den dortigen Aufenthalt nicht oder nicht mehr erfüllen, ***unverzüglich*** auf humane ***und nachhaltige*** Weise und unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte und des Völkerrechts erfolgt, sollte ein stringentes ▌ gemeinsames Verfahren für die Rückkehr eingeführt werden. Klare und transparente Vorschriften, die in allen Mitgliedstaaten gelten, sollten den betreffenden Drittstaatsangehörigen und den zuständigen Behörden Sicherheit geben. Es ist wichtig, die Rückkehrverfahren zu vereinfachen, zu erleichtern und zu beschleunigen und zu gewährleisten, dass die Rückkehr nicht ***behindert wird, auch nicht*** durch unerlaubte Migrationsbewegungen in andere Mitgliedstaaten▌ .

(9) Die Anwendung der Vorschriften dieser Verordnung sollte die Vorschriften über den Zugang zu internationalem Schutz gemäß der Verordnung (EU) 2024/1348 des Europäischen Parlaments und des Rates[10] unberührt lassen. Die Vorschriften in der vorliegenden Verordnung werden gegebenenfalls durch spezifische Vorschriften ergänzt, die ablehnende Asylentscheidungen mit dem Erlass von Rückkehrentscheidungen und Rechtsbehelfen gemäß der Verordnung (EU) 2024/1348 sowie mit dem Rückführungsverfahren an der Grenze gemäß der Verordnung (EU) 2024/1349 des Europäischen Parlaments und des Rates[11] verknüpft.

---

10 Verordnung (EU) 2024/1348 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Einführung eines gemeinsamen Verfahrens für internationalen Schutz in der Union und zur Aufhebung der Richtlinie 2013/32/EU (ABl. L***, 2024/1348***, 22.5.2024, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1348/oj).

11 Verordnung (EU) 2024/1349 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Einrichtung eines Rückkehrverfahrens an der Grenze und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/1148 (ABl. L, 2024/1349, 22.5.2024, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1349/oj).

(10) Diese Verordnung steht im Einklang mit den Grundrechten von Drittstaatsangehörigen und den Grundsätzen, die insbesondere mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) und dem Genfer Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 in der durch das New Yorker Protokoll vom 31. Januar 1967 ergänzten Fassung (im Folgenden „Genfer Abkommen“) anerkannt wurden. Sie sollte im Einklang mit der Charta, den allgemeinen Grundsätzen des Unionsrechts und dem einschlägigen Völkerrecht angewandt werden.

(11) Der Grundsatz der Nichtzurückweisung und das Verbot der Kollektivausweisung gemäß Artikel 19 der Charta sollten ▌ beachtet werden. Niemand darf in einen Drittstaat abgeschoben oder ausgewiesen oder an einen Drittstaat ausgeliefert werden, in dem für ihn das ernsthafte Risiko der Todesstrafe, der Folter oder einer anderen unmenschlichen oder erniedrigenden Strafe oder Behandlung besteht.

(12) Der Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet der illegal aufhältige Drittstaatsangehörige entdeckt wird, ist für die Gewährleistung seiner Rückkehr verantwortlich. ▌

(12a) Das von dem Mitgliedstaat nach nationalem Recht als zuständig benannte Gericht sollte für den Rechtsbehelf gegen die Rückkehrentscheidung, das Einreiseverbot und die Abschiebungsentscheidung zuständig sein. Die Einhaltung der sich aus dem Grundsatz der Nichtzurückweisung ergebenden Anforderungen sollte überprüft werden, wenn die Umstände des Falls, die dem für den Rechtsbehelf gegen die Rückkehrentscheidung oder die Abschiebungsentscheidung nach nationalem Recht zuständigen Gericht zur Kenntnis gebracht wurden, so wie sie nach einem kontradiktorischen Verfahren ergänzt und erläutert wurden, vermuten lassen, dass der Grundsatz der Nichtzurückweisung ausgehöhlt werden könnte.

(12b) ***Unbeschadet des in Artikel 47 der Charta verankerten Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf, mit dem sichergestellt wird, dass der Drittstaatsangehörige die Frist für die freiwillige Ausreise oder das Fehlen einer solchen Frist in der Rückkehrentscheidung anfechten kann, sollte jener Teil der Rückkehrentscheidung, in dem die Verpflichtung, das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten zu verlassen, auferlegt oder festgestellt wird, durch die Nichtigerklärung oder Aufhebung der Frist für die freiwillige Ausreise nicht berührt werden.***

(13) ***Bei Abschiebungen sollten die nach nationalem Recht als zuständig benannten*** Behörden die Einhaltung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung auf der Grundlage einer individuellen Bewertung unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände überprüfen. Der betreffende Drittstaatsangehörige sollte ***vor seiner Abschiebung*** so schnell wie möglich Beweismittel für seine persönlichen Umstände vorlegen. Es sollte möglich sein, sich auf eine bestehende ▌ Bewertung aller relevanten Umstände zu stützen, die in früheren Phasen des Verfahrens ***oder in vorangegangenen Verfahren*** vorgenommen wurde. Jede ***relevante*** Änderung der Umstände und jedes neue Element, das ein Risiko belegt, sollte geprüft werden***, auch um festzustellen, ob sie begründet sind und nicht davon auszugehen ist, dass der Drittstaatsangehörige sie nur vorgebracht hat, um eine Abschiebung zu verzögern oder zu vereiteln***.

(13a) Die Mitgliedstaaten können einen Drittstaatsangehörigen, der angibt, dass seine Abschiebung gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung verstoßen würde, an das geeignete Verfahren verweisen, einschließlich des Asylverfahrens gemäß der Verordnung (EU) 2024/1348. Der Mitgliedstaat kann den Drittstaatsangehörigen auch dann an das geeignete Verfahren verweisen, wenn seine nach nationalem Recht als zuständig benannten Behörden einschlägige Hinweise erhalten, dass die Abschiebung gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung verstoßen würde.

(14) Es ist notwendig, dass die Mitgliedstaaten auch durch neue bilaterale Abkommen oder Vereinbarungen flexibler und gezielter zusammenarbeiten können, um die ***wirksame Rückkehr in Drittstaaten zu fördern***.

(15) Sobald festgestellt wird, dass der Drittstaatsangehörige die Voraussetzungen für die Einreise in das oder den Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten nicht oder nicht mehr erfüllt, sollte rasch eine Rückkehrentscheidung auf der Grundlage einer individuellen Bewertung unter Berücksichtigung aller ***relevanten*** Tatsachen und Umstände erlassen werden. ***In der Rückkehrentscheidung sollte die Verpflichtung des Drittstaatsangehörigen aufgeführt sein, das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten zu verlassen. Der Rückkehrstaat hingegen sollte in der Rückkehrentscheidung nicht festgelegt werden müssen. Der Rückkehrstaat sollte spätestens vor der Abschiebung festgelegt werden und kann entweder in der Rückkehrentscheidung oder in einer anderen Entscheidung, in der die Abschiebung unabhängig von der Rückkehrentscheidung angeordnet wird, bestimmt werden. Der Erlass einer Rückkehrentscheidung sollte nicht durch das Bestehen eines Abschiebungshindernisses verhindert werden, doch sollte die Abschiebung in einem solchen Fall aufgeschoben werden. Ist es zum Zeitpunkt des Erlasses der Entscheidung, mit der der Rückkehrstaat festgelegt wird, nach wie vor möglich, dass der Drittstaatsangehörige in eines von mehreren Rückkehrstaaten abgeschoben wird, etwa aufgrund seiner doppelten oder mehrfachen Staatsangehörigkeit, so können in dieser Entscheidung alle diese Rückkehrstaaten bestimmt werden. Das in Artikel 47 der Charta verankerte Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf ist in Bezug alle in der Entscheidung bestimmten Rückkehrstaaten zu gewährleisten. In jedem Fall sollte der Drittstaatsangehörige, wenn die zuständige Behörde mit der Abschiebung fortfährt, rechtzeitig vor der Abschiebung über den Rückkehrstaat, in den er abgeschoben wird, informiert werden.***

(15a) Diese Verordnung sollte die Mitgliedstaaten nicht daran hindern, im nationalen Recht andere Gründe für die Aufschiebung der Abschiebung für bestimmte Gruppen vorzusehen.

(15b) Ein ausreisepflichtiger Drittstaatsangehöriger sollte primär dafür verantwortlich sein, das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten zu verlassen.

(16) Es ist notwendig sicherzustellen, dass die wesentlichen Elemente einer von einem Mitgliedstaat erlassenen Rückkehrentscheidung in ein spezifisches Formular als Europäische Rückkehranordnung eingegeben und im Schengener Informationssystem zusammen mit der Ausschreibung zur Rückkehr oder im Wege eines bilateralen Informationsaustauschs mit einem anderen Mitgliedstaat zur Verfügung gestellt werden. Die Europäische Rückkehranordnung sollte wiederum die Anerkennung und Vollstreckung von ***vollstreckbaren*** Rückkehrentscheidungen ***oder Abschiebungsentscheidungen*** unterstützen, die ein anderer Mitgliedstaat erlassen hat, wenn der Drittstaatsangehörige unerlaubt in einen anderen Mitgliedstaat weiterzieht.

▌

(18) Wenn gegen einen Drittstaatsangehörigen, der sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufhält, eine vollstreckbare Rückkehrentscheidung von einem anderen Mitgliedstaat erlassen wurde, sollte ▌die Anerkennung und Vollstreckung von Rückkehrentscheidungen das Rückkehrverfahren auf der Basis einer verstärkten Zusammenarbeit und des Vertrauens der Mitgliedstaaten ineinander erleichtern und beschleunigen.

Durch eine solche Anerkennung und Vollstreckung kann auch dazu beigetragen werden, vor irregulärer Migration abzuschrecken und unerlaubte Sekundärmigration innerhalb der Union zu verhindern sowie Verzögerungen im Rückkehrverfahren zu begrenzen. Der Rechtsbehelf gegen die ***Rückkehrentscheidung*** sollte ***ausschließlich*** im Entscheidungsmitgliedstaat eingelegt werden.

(18a) Die Anerkennung einer Rückkehrentscheidung oder einer Abschiebungsentscheidung auf Grundlage der in der Europäischen Rückkehranordnung gemäß Artikel 7 Absatz 7 verfügbaren Informationen sollte nicht als Entscheidung oder Maßnahme gelten. Die Nichtanerkennung einer Rückkehrentscheidung oder einer Abschiebungsentscheidung sollte nicht als Entscheidung oder Maßnahme gelten.

(18b) Erwägt ein Mitgliedstaat die Anerkennung und Vollstreckung einer vollstreckbaren Rückkehrentscheidung oder einer Abschiebungsentscheidung des Entscheidungsmitgliedstaats, so können die folgenden Leitprinzipien dem Mitgliedstaat die Ermittlung von Situationen erleichtern, in denen eine gegenseitige Anerkennung nicht angewandt und stattdessen eine nationale Rückkehrentscheidung erlassen werden sollte. Dazu können beispielsweise Situationen zählen, in denen eine Vollstreckung mit der öffentlichen Ordnung des Vollstreckungsmitgliedstaats unvereinbar wäre, etwa in Bezug auf die Rückkehr bestimmter Kategorien von Drittstaatsangehörigen wie unbegleiteter Minderjähriger oder von Opfern von Menschenhandel, für die im nationalen Recht ein höheres Schutzniveau vorgesehen ist, in denen der Erlass einer neuen Rückkehrentscheidung schneller erfolgen würde, in denen die in der Europäischen Rückkehranordnung verfügbaren Informationen unvollständig sind, in denen der Drittstaatsangehörige im Entscheidungsmitgliedstaat einen Rechtsbehelf gegen die Rückkehrentscheidung eingelegt hat oder in denen der Drittstaatsangehörige in einen anderen als den in der Rückkehrentscheidung oder der Abschiebungsentscheidung des Entscheidungsmitgliedstaats angegebenen Drittstaat abgeschoben werden soll und in denen in der Rückkehrentscheidung kein Rückkehrstaat angegeben ist.

(18c) ***Als vorbereitende Schritte hin zu einer verpflichtenden gegenseitigen Anerkennung sollten die Kommission und die einschlägigen EU-Agenturen wie eu-LISA die Mitgliedstaaten in angebrachten Fällen unterstützen, unter anderem durch die Ermittlung der zwecks Gewährleistung der automatisierten Bearbeitung der Europäischen Rückkehranordnung erforderlichen Vorkehrungen und Anpassungen.***

(19) ***Spätestens mit Erlass des in Artikel 7 Absatz 8 genannten Durchführungsrechtsakts*** sollten die Mitgliedstaaten ***sowie die Kommission und die einschlägigen EU-Agenturen wie eu-LISA damit beginnen,*** rechtliche und technische Vorkehrungen ***zu*** treffen, um sicherzustellen, dass die Europäische Rückkehranordnung über das Schengener Informationssystem bereitgestellt werden kann. ▌

(19a) Zwei Jahre nach dem in Artikel 52 Absatz 3 dieser Verordnung genannten Datum des Inkrafttretens sollte die Kommission die Umsetzung der gegenseitigen Anerkennung bewerten, insbesondere im Hinblick auf die Frage, ob die rechtlichen und technischen Vorkehrungen zur Bereitstellung der Europäischen Rückkehranordnung über das Schengener Informationssystem gemäß Artikel 7 Absatz 7 von den Mitgliedstaaten getroffen werden und wirksam sind, die Frage, ob die rechtlichen und technischen Vorkehrungen zur Gewährleistung der automatisierten Bearbeitung der Europäischen Rückkehranordnung gemäß Artikel 7 Absatz 9 von den Mitgliedstaaten getroffen werden, die Wirksamkeit der Anerkennung und Vollstreckung von Rückkehrentscheidungen und Abschiebungsentscheidungen, die sich daraus ergebende Belastung der nationalen Justiz- und Verwaltungssysteme und die Ergebnisse einschlägiger Ausbildungs- und Pilotprojektmaßnahmen.

(19b) Auf der Grundlage dieser in Artikel 9 Absatz 10 genannten Bewertung sollte die Kommission gegebenenfalls Gesetzgebungsvorschläge, einschließlich gezielter Änderungen zur Gewährleistung einer wirksamen Rückkehr, vorlegen, um die verpflichtende Anerkennung und Vollstreckung von vollstreckbaren Rückkehrentscheidungen und Abschiebungsentscheidungen, die von einem anderen Mitgliedstaat erlassen wurden, einzuführen. Legt die Kommission keinen Vorschlag vor, sollte sie die Gründe hierfür erläutern.

(20) Die Wirkung der nationalen Rückführungsmaßnahmen sollte durch die Einführung eines Einreiseverbots, das die Einreise in das Hoheitsgebiet sämtlicher Mitgliedstaaten und den dortigen Aufenthalt verbietet, weiterhin europäisch ausgerichtet werden. Die Dauer des Einreiseverbots sollte in Anbetracht aller einschlägigen Umstände des Einzelfalls festgesetzt werden. Wenn ein illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger bei der Ausreisekontrolle an den Außengrenzen entdeckt wird, könnte es zweckmäßig sein, ein Einreiseverbot zu verhängen, um eine Wiedereinreise in Zukunft zu verhindern und somit die Gefahr der illegalen Einwanderung zu verringern***, ohne die zügige Ausreise des Drittstaatsangehörigen zu verhindern***.

(21) Drittstaatsangehörige***, die ihrer*** Ausreisepflicht ***nicht nachgekommen sind oder denen keine Frist für eine freiwillige Rückkehr eingeräumt wurde, können unter Anwendung von Zwangsmaßnahmen abgeschoben werden***. Durch strengere Vorschriften über die Abschiebung soll erreicht werden, dass Fälle, in denen ein Drittstaatsangehöriger die Frist, bis zu der er ***spätestens*** ausreisen muss, nicht einhält, direkte und unmittelbare Folgen haben***, und ferner unbefugten Sekundärbewegungen sowie Sicherheitsrisiken vorgebeugt werden***. ***Besteht kein Grund zu der Annahme, dass eine freiwillige Rückkehr den Zweck eines Rückkehrverfahrens untergraben würde, kann die Rückkehr von kooperierenden Drittstaatsangehörigen weiterhin primär über die freiwillige Rückkehr erfolgen.*** Zwangsmaßnahmen sollten im Hinblick auf die eingesetzten Mittel und die angestrebten Ziele den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit und der Wirksamkeit unterliegen.

(21a) Da diese Verordnung nur für illegal in der Union aufhältige Drittstaatsangehörige gilt, berührt sie nicht die Rückkehr- und Wiedereingliederungsberatung und andere Programme zur Unterstützung der freiwilligen Rückkehr und Wiedereingliederung von Drittstaatsangehörigen, die sich rechtmäßig in der Union aufhalten.

(22) Es sind gemeinsame Vorschriften erforderlich, um zu gewährleisten, dass ***illegal aufhältige*** Drittstaatsangehörige, von denen Sicherheitsrisiken ausgehen, effizient identifiziert und rasch rückgeführt werden. Es muss sichergestellt werden, dass einschlägige Kontrollen durchgeführt werden, um Drittstaatsangehörige, von denen Sicherheitsrisiken ausgehen, zu identifizieren und auf diese aufmerksam zu machen, unter anderem durch Rückgriff auf das Überprüfungsverfahren gemäß der Verordnung (EU) 2024/1356 des Europäischen Parlaments und des Rates[12]. Für Drittstaatsangehörige, von denen Sicherheitsrisiken ausgehen, sollte die Abschiebung ***grundsätzlich*** die Regel sein, und es sollte möglich sein, von den allgemeinen Vorschriften abzuweichen, um längere ***oder unbefristete*** Einreiseverbote und eine längere Haftdauer vorzusehen, und ferner auch von der Nutzung spezialisierter Hafteinrichtungen abzuweichen, damit diejenigen, die die Sicherheit der ***Mitgliedstaaten*** bedrohen, rasch abgeschoben werden.

---

12 Verordnung (EU) 2024/1356 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Einführung der Überprüfung von Drittstaatsangehörigen an den Außengrenzen und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 767/2008, (EU) 2017/2226, (EU) 2018/1240 und (EU) 2019/817 (ABl. L, 2024/1356, 22.5.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1356/oj).

(23) Durch neue Vorschriften sollten die Möglichkeiten der Mitgliedstaaten erweitert werden, die Rückkehr in Drittstaaten durch zusätzliche Instrumente sicherzustellen. Es sollte möglich sein, spezifische Abkommen oder Vereinbarungen mit Drittstaaten zu schließen, um den Mitgliedstaaten mehr Optionen für die Rückkehr zu bieten, sofern der betreffende Drittstaat die internationalen Menschenrechtsnormen und ***– im Falle einer Abschiebung –*** den Grundsatz der Nichtzurückweisung einhält. ***Mängel in Bezug auf bestimmte Teile des Hoheitsgebiets des Drittstaates oder identifizierbare Personengruppen stehen dem Abschluss eines solchen Abkommens oder einer solchen Vereinbarung nicht entgegen, sofern ausreichende Garantien bestehen, um die uneingeschränkte Achtung der Rechte der von einem solchen Abkommen oder einer solchen Vereinbarung betroffenen Drittstaatsangehörigen zu gewährleisten.***

Insbesondere sollten in dem Abkommen oder der Vereinbarung ***die bei der Rückkehr anzuwendenden Verfahren***, die Bedingungen für den Aufenthalt im Land, ***die sich aus dem Abkommen oder der Vereinbarung jeweils ergebenden Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten der Parteien und*** die Folgen im Falle von Verstößen ***gegen das Abkommen oder die Vereinbarung***. ***Beinhaltet ein Abkommen oder eine Vereinbarung eine weiterleitende Rückkehrmaßnahme aus dem Drittstaat, so sollten in dem Abkommen oder der Vereinbarung überdies die Folgen in dem Falle, dass eine weiterleitende Rückkehrmaßnahme nicht möglich ist, die jeweiligen Pflichten und Verantwortlichkeiten der Parteien des Abkommens oder der Vereinbarung, die Folgen im Falle von*** wesentlichen Änderungen, die sich negativ auf die Lage in dem Drittstaat auswirken, und eine unabhängige Überwachungsstelle oder ein unabhängiger Überwachungsmechanismus zur Bewertung der Umsetzung des Abkommens oder der Vereinbarung festgelegt werden. Diese Abkommen oder Vereinbarungen stellen eine Durchführung des Rechts der Union im Sinne von Artikel 51 Absatz 1 der Charta dar.

(23a) Um sicherzustellen, dass berechtigte Interessen im Zusammenhang mit dem Management der Außengrenzen und der inneren Sicherheit der betreffenden Mitgliedstaaten ausreichend geschützt werden, sollten in einer Situation, in der ein Mitgliedstaat über ein Abkommen oder eine Vereinbarung für die Zwecke der vorliegenden Verordnung mit einem der benachbarten Drittstaaten der Union verhandelt, die Mitgliedstaaten, die mit diesem Drittstaat eine gemeinsame Grenze haben, zu einem geeigneten Zeitpunkt vor dem Abschluss des Abkommens oder der Vereinbarung über diese Verhandlungen unterrichtet werden, wobei der Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit nach Artikel 4 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union vollständig zu achten ist. Beim Abschluss von Abkommen oder Vereinbarungen mit Drittstaaten sollten die Mitgliedstaaten verpflichtet sein, die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten über solche Abkommen oder Vereinbarungen zu unterrichten, bevor diese vorläufig angewandt werden oder in Kraft treten, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt. Um jegliche Nichteinhaltung des Unionsrechts zu verhindern und die Transparenz weiter zu erhöhen, können die Mitgliedstaaten die Kommission und andere Mitgliedstaaten außerdem auf freiwilliger Basis über den Fortgang der Verhandlungen mit einem Drittstaat über nach dieser Verordnung zulässige Abkommen oder Vereinbarungen auf dem Laufenden halten, bevor die Parteien eine endgültige Einigung erzielen, auch um die Kommission um eine Bewertung der Vereinbarkeit des geplanten Abkommens oder der geplanten Vereinbarung, über das bzw. die verhandelt wird, mit dem Unionsrecht zu ersuchen.

(24) Ein reibungslos funktionierender Schengen-Raum ohne Binnengrenzen beruht auf der wirksamen und effizienten Anwendung des einschlägigen Besitzstands durch die Mitgliedstaaten. Mit der Verordnung (EU) 2022/922 des Rates[13] wird ein Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands ▌eingeführt, auch in Bezug auf die wirksame Rückkehr von Drittstaatsangehörigen ohne Aufenthaltsrecht und die Achtung der Grundrechte. ▌

(25) Bei einem Rückkehrverfahren sollten die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 24 der Charta und dem Übereinkommen der Vereinten Nationen von 1989 über die Rechte des Kindes das Wohl des Kindes vorrangig berücksichtigen. Bei der Beurteilung des individuellen Wohls des Kindes sollten die Mitgliedstaaten insbesondere das Wohlbefinden und die soziale Entwicklung des Minderjährigen auf kurze, mittlere und lange Sicht, Erwägungen der Sicherheit und den Willen des Minderjährigen unter Berücksichtigung seines Alters und seiner Reife, einschließlich seines Hintergrunds, berücksichtigen. Ein Vertreter sollte ▌***unbegleitete Minderjährige*** durch alle Schritte des Rückkehrverfahrens leiten.

---

13 Verordnung (EU) 2022/922 des Rates vom 9. Juni 2022 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 (ABl. L 160 vom 15.6.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/922/oj)

(26) Bestehen Zweifel daran, dass der Drittstaatsangehörige minderjährig ist, ***kann nach nationalem Recht*** eine Altersbestimmung durchgeführt werden. ***Die Mitgliedstaaten können sich auf Altersbestimmungen stützen, die im Rahmen früherer Verfahren durchgeführt wurden.*** Um für Kohärenz beim Migrationsmanagement in der Union zu sorgen, ***kann*** das in der Verordnung (EU) 2024/1348 vorgesehene Verfahren angewandt werden. ▌

(27) Um die Wirksamkeit des Rückkehrverfahrens zu erhöhen, sollten eindeutige Pflichten für Drittstaatsangehörige festgelegt werden. Drittstaatsangehörige sollten ***verpflichtet sein, das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten zu verlassen und während des gesamten*** Rückkehrverfahrens mit den Behörden zu kooperieren. Drittstaatsangehörige sollten ***den zuständigen Behörden*** zur Verfügung stehen***, für diese erreichbar sein und alle*** für die Vorbereitung ***und Durchführung*** der Rückkehr erforderlichen Informationen bereitstellen. ***Zudem sollten sie die Abschiebung weder physisch noch verbal behindern. Verbale Behinderung geht in diesem Kontext über einen bloßen Einwand hinaus. Daraus folgt, dass in erster Linie der Drittstaatsangehörige für die Feststellung seiner Identität und für die Beschaffung und Vorlage der für seine Rückkehr erforderlichen Reisedokumente verantwortlich ist.*** Wird die Pflicht ***zur Ausreise und*** zur Zusammenarbeit nicht eingehalten, sollte dies wirksame***, abschreckende*** und verhältnismäßige Folgen haben***, und die zuständigen Behörden sollten die erforderlichen Schritte, einschließlich erforderlichenfalls Ermittlungsmaßnahmen, ergreifen, um die Rückkehr sicherzustellen. Drittstaatsangehörige, die – auch aufgrund des Grundsatzes der Nichtzurückweisung oder aufgrund ihrer mangelnden Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden – nicht abgeschoben werden können, sollten nicht von der Auferlegung allgemeiner Verpflichtungen, einschließlich der Verpflichtungen zum Verbleib, zum Aufenthalt und zur Meldung, ausgeschlossen werden. Zu den Folgen bei Nichteinhaltung der Pflicht zur Zusammenarbeit sollten*** beispielsweise geringere Leistungen und Zulagen, die nach nationalem Recht gewährt werden, ***oder*** die Beschlagnahme von Reisedokumenten zählen. ▌

(27a) Diese Verordnung berührt weder Pflichten und Maßnahmen, die nicht mit der Rückkehr in Zusammenhang stehen, noch Bestimmungen über Sozialleistungen nach nationalem Recht.

(28) Diese Verordnung sollte die Möglichkeit der Mitgliedstaaten unberührt lassen, im Einklang mit dem nationalen Strafrecht gegebenenfalls strafrechtliche Sanktionen***, einschließlich Freiheitsentzug,*** gegen Drittstaatsangehörige zu verhängen, die in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen.

(29) Um die ***Rechte*** der Betroffenen wirksam zu schützen, sollte eine Reihe von Rechtsbehelfen gegen rückkehrbezogene Entscheidungen festgelegt werden. ***Im*** Falle eines Rechtsbehelfs oder einer Überprüfung durch ***ein Gericht sollte*** auf Antrag ***unbeschadet der Möglichkeit, den Zugang zu Rechtsberatung und -vertretung einzuschränken,*** die erforderliche rechtliche Unterstützung zur Verfügung gestellt werden.

(29a) Die Rechtsberatung und -vertretung umfasst die Vorbereitung des Rechtsbehelfs oder Überprüfungsantrags, einschließlich der Ausarbeitung der nach nationalem Recht erforderlichen Verfahrensdokumente und – im Falle einer Verhandlung – der Teilnahme an dieser Verhandlung vor dem Gericht, damit das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein faires Verfahren gewährleistet ist.

(29b) Der Begriff „Gericht" ist ein unionsrechtlicher Begriff im Sinne der Auslegung durch den Gerichtshof der Europäischen Union. Neben anderen Umständen kann der Begriff nur eine staatliche Stelle bezeichnen, die im Verhältnis zu der Behörde, von der die zu überprüfende Entscheidung stammt, die Eigenschaft eines Dritten hat. Diese Stelle sollte gerichtliche Aufgaben wahrnehmen, und es ist nicht entscheidend, ob diese Stelle nach nationalem Recht als Gericht anerkannt ist. Diese Verordnung sollte die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Organisation ihres nationalen Gerichtssystems und die Festlegung der Zahl der Rechtsbehelfsinstanzen unberührt lassen. Sieht das nationale Recht die Möglichkeit vor, weitere Rechtsbehelfe gegen einen ersten oder nachfolgende Rechtsbehelfe einzulegen, und wurde ein solcher Rechtsbehelf eingelegt, sollte die Abschiebung nicht ausgesetzt werden, es sei denn, der Drittstaatsangehörige beantragt die Aussetzung und ein Gericht beschließt, sie unter gebührender Berücksichtigung der besonderen Umstände des jeweiligen Einzelfalls zu gewähren. Davon sollten nationale Rechtsvorschriften, die eine aufschiebende Wirkung solcher Rechtsbehelfe vorsehen, unberührt bleiben.

(30) Um die Wirksamkeit der Rückkehrverfahren zu verbessern und gleichzeitig die Achtung des Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf gemäß Artikel 47 der Charta zu gewährleisten, sollten Rechtsbehelfe gegen rückkehrbezogene Entscheidungen so weit wie möglich auf einer einzigen gerichtlichen Ebene angefochten werden. Die Vorschriften dieser Verordnung zu Rechtsbehelfen und ***die Aussetzung der Vollstreckung von Entscheidungen*** sollten mit dem Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf gemäß Artikel 47 der Charta der Grundrechte vereinbar sein.

(30a) Wenngleich diese Verordnung keine automatische aussetzende Wirkung eines Rechtsbehelfs vorsieht, sollten die Mitgliedstaaten unter uneingeschränkter Achtung des Artikels 47 der Charta sicherstellen, dass die Abschiebung vor der Vollstreckung der Rückkehr- oder Abschiebungsentscheidung durch das zuständige erstinstanzliche Gericht ausgesetzt werden kann. Ein Drittstaatsangehöriger sollte die Möglichkeit haben, einen Antrag auf Aussetzung der Vollstreckung einer Rückkehr- oder Abschiebungsentscheidung zu stellen, es sei denn, das nationale Recht sieht auch die Möglichkeit einer Aussetzung durch das zuständige Gericht von Amts wegen vor. Dies gilt unbeschadet der Möglichkeit der Mitgliedstaaten, in ihrem nationalen Recht eine automatische aussetzende Wirkung eines Rechtsbehelfs vorzusehen. Zur Verhinderung von Doppelarbeit bei der Bewertung des Risikos einer Verletzung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung sollten jegliche Umstände des Falls, insbesondere frühere Bewertungen, berücksichtigt werden, erforderlichenfalls auch solche, die im Rahmen eines Asylverfahrens durchgeführt wurden.

(31) Die Mitgliedstaaten sollten mit den erforderlichen Instrumenten ausgestattet werden, um ***eine zügige und wirksame Rückkehr sicherzustellen, einschließlich Maßnahmen zur Ahndung von Verstößen, Anreizen für die Einhaltung der Pflicht zur Ausreise und Zusammenarbeit sowie Maßnahmen zur Abwendung der Fluchtgefahr. Flucht umfasst Handlungen wie das Verlassen des Hoheitsgebiets der Mitgliedstaaten ohne Erlaubnis der zuständigen Behörden aus Gründen, die nicht außerhalb des Einflussbereichs des Drittstaatsangehörigen liegen.*** Gemeinsame Vorschriften sollten die ***Anforderungen im Zusammenhang mit der Pflicht zur Zusammenarbeit und die Kriterien für die Feststellung einer Fluchtgefahr*** straffen***, ohne das Recht der Mitgliedstaaten, im nationalen Recht zusätzliche Maßnahmen und Kriterien festzulegen, einzuschränken. Ferner sollte mit diesen Vorschriften sichergestellt werden, dass Inhaftnahme und*** Alternativen zur Inhaftnahme in den Mitgliedstaaten ***zur Anwendung kommen,*** um das Rückkehrverfahren wirksam zu steuern.

(32) Es sollte möglich sein, eine Inhaftnahme ausschließlich zum Zwecke ***der Rückkehr, einschließlich*** der Vorbereitung der Rückkehr***, der Rückübernahme und zur Durchführung der Abschiebung*** anzuordnen ▌ – und zwar nach einer Einzelfallprüfung ▌. Die Behörden sollten mit der gebotenen Sorgfalt handeln, und die Inhaftnahme sollte so kurz wie möglich gehalten werden und ***innerhalb eines Mitgliedstaats grundsätzlich*** 24 Monate nicht überschreiten. ***Im Falle einer Flucht in einen anderen Mitgliedstaat werden vorangegangene Haftzeiten bei der Berechnung der maximalen Haftdauer nicht berücksichtigt. Die Dauer von Inhaftnahmen im Rahmen anderer Verordnungen oder Richtlinien, die das Rückkehrverfahren nicht betreffen, sollten bei der Berechnung der maximalen Haftdauer nicht berücksichtigt werden. Bei der Beurteilung der Schutzbedürftigkeit festgestellte besondere Bedürfnisse sollten während der Haft berücksichtigt werden.*** Wenn das nationale Recht die Inhaftnahme von Minderjährigen vorsieht, sollte das Wohl des Kindes eine vorrangige Erwägung sein. Andere, weniger einschneidende alternative Maßnahmen zur Inhaftnahme sollten eingesetzt werden, wenn sie wirksam auf illegal aufhältige Drittstaatsangehörige angewandt werden können.

(32a) Nach Ablauf einer Haftzeit von 24 Monaten sollte der Mitgliedstaat die Möglichkeit haben, den Drittstaatsangehörigen unter bestimmten Umständen für weitere Zeiträume von insgesamt höchstens sechs Monaten in Haft zu nehmen, sollten Veränderungen der Umstände nahelegen, dass aufgrund neuer wichtiger Informationen nach vernünftigem Ermessen eine Aussicht auf Abschiebung besteht. Die Inhaftnahme sollte unter Beachtung der Grundsätze der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit angeordnet und für so kurz wie möglich aufrechterhalten werden.

(33) Für die Rückkehr von Drittstaatsangehörigen, von denen ein Sicherheitsrisiko ausgeht, sind spezifische Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer erforderlich. Daher sollte es möglich sein, diese Drittstaatsangehörigen ***länger als 24 Monate*** in Haft zu nehmen, allerdings muss eine solche Inhaftnahme dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen.

(34) In Haft genommene Drittstaatsangehörige sollten unter Achtung ihrer Grundrechte und im Einklang mit dem Völkerrecht und dem nationalen Recht unter Berücksichtigung der praktischen Leitlinien des Ausschusses des Europarats zur Verhütung von Folter und unmenschlicher und erniedrigender Behandlung auf humane und menschenwürdige Weise behandelt werden. Die Inhaftnahme sollte ***grundsätzlich*** in speziellen Hafteinrichtungen oder speziellen Bereichen anderer Einrichtungen erfolgen. Die Unterbringung in Haftanstalten kann erfolgen, wenn ein Mitgliedstaat keine solche Einrichtung vorsehen kann, ***wobei*** der Drittstaatsangehörige***, soweit wie möglich,*** von gewöhnlichen Strafgefangenen getrennt untergebracht werden ***sollte***. ***Für Drittstaatsangehörige, von denen ein Sicherheitsrisiko ausgeht, können innerhalb der Hafteinrichtungen erhöhte Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden.***

(35) Die in dieser Verordnung aufgeführten Haftgründe lassen andere Haftgründe – einschließlich der Haftgründe im Rahmen eines Strafverfahrens –, die nach dem nationalen Recht ▌ anwendbar sind, unberührt.

(36) Die Verpflichtung jedes Staates zur Rückübernahme seiner eigenen Staatsangehörigen stellt ein Grundprinzip der staatlichen Souveränität und internationalen Zusammenarbeit dar. Die Pflicht der Staaten zur Rückübernahme eigener Staatsangehöriger gilt als Grundsatz des Völkergewohnheitsrechts ***und ist in Anhang IX Kapitel 5 des Abkommens über die internationale Zivilluftfahrt und im Samoa-Abkommen verankert. Eine wirksame Rückkehr ist nur möglich, wenn die Staaten ihrer Pflicht zur Rückübernahme eigener Staatsangehöriger nachkommen. Daher sind die Mitgliedstaaten auf die Kooperation der Drittstaaten angewiesen, um wirksame Rückkehrmaßnahmen durchzuführen. Die Union und die Mitgliedstaaten greifen auf bestehende Instrumente wie Artikel 25a der Verordnung (EG) Nr. 810/2009[14] und auf die Unterstützung durch Frontex zurück, um die Zusammenarbeit mit Drittstaaten erforderlichenfalls zu verbessern.***

[14] Verordnung (EG) Nr. 810/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über einen Visakodex der Gemeinschaft (Visakodex) (ABl. L 243 vom 15.9.2009, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2009/810/oj).

(37) Ein ▌ koordiniertes Vorgehen der Mitgliedstaaten bei der Rückübernahme ist von entscheidender Bedeutung, um die Rückkehr von Drittstaatsangehörigen zu erleichtern. Unzureichende Folgemaßnahmen zu vollstreckbaren Rückkehrentscheidungen könnten die Effizienz des gemeinsamen Rückkehrkonzepts beeinträchtigen. Im Anschluss an vollstreckbare Rückkehrentscheidungen sollten systematisch alle erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung der Rückkehr ergriffen werden, ***gegebenenfalls*** einschließlich der Übermittlung von Rückübernahmeersuchen an die Behörden von Drittstaaten in Fällen, in denen Zweifel an der Staatsangehörigkeit bestehen oder ein Reisedokument beschafft werden muss.

▌

(39) Wirksame Rückkehrverfahren beruhen auf einer effizienten Verwaltungszusammenarbeit und einem effizienten Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten. Der Informationsaustausch, einschließlich des Austauschs von Daten über die Identität und Staatsangehörigkeit der Drittstaatsangehörigen, ihre Reisedokumente und andere einschlägige Informationen, sollte auf klaren Vorschriften basieren, einschließlich der Vorschriften der Verordnung (EU) 2018/1860 des Europäischen Parlaments und des Rates[15]. Diese Vorschriften sollten die Grundsätze des Datenschutzes und die Rechte der betroffenen Person wahren und sicherstellen, dass diese Informationen richtig sind, ausschließlich für die Zwecke der Rückkehr, ***Abschiebung,*** Rückübernahme und Reintegration verwendet werden und vor unbefugtem Zugriff, unbefugter Offenlegung oder unbefugter Nutzung geschützt sind.

---

15 Verordnung (EU) 2018/1860 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. November 2018 über die Nutzung des Schengener Informationssystems für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (ABl. L 312 vom 7.12.2018, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2018/1860/oj).

(41) Für die Verarbeitung personenbezogener Daten für die Zwecke dieser Verordnung gilt die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates[16]. Für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Union für die Zwecke dieser Verordnung gilt die Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates[17]. Angesichts der wichtigen Gründe des öffentlichen Interesses, die der Rückübernahme ***und der wirksamen Rückkehr*** zugrunde liegen, könnte für die Zwecke der ***Rückkehr, Abschiebung,*** Rückübernahme und Wiedereingliederung die Übermittlung personenbezogener Daten von Drittstaatsangehörigen, gegen die eine Rückkehrentscheidung ergangen ist, einschließlich Daten zu ihrer Identität und zu Reisedokumenten, anderer relevanter Daten sowie in hinreichend begründeten Fällen Daten über ihre strafrechtlichen Verurteilungen und ihre Gesundheit erforderlich sein. Solche Übermittlungen müssen im Einklang mit Kapitel V der Verordnung (EU) 2016/679 bzw. Kapitel V der Verordnung (EU) 2018/1725***, den Rechten betroffener Personen*** sowie den Grundsätzen der Nichtzurückweisung, der Verhältnismäßigkeit und der Notwendigkeit sowie der Charta der Grundrechte der Europäischen Union erfolgen.

---

16 Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj).

17 Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2018/1725/oj).

(42) ***Die im Bereich Asyl*** zuständigen Behörden ***und die*** zuständigen Behörden, die in die verschiedenen Phasen des Rückkehrverfahrens involviert sind, sollten eng zusammenarbeiten und sich abstimmen***, damit für eine wirksame Rückkehr gesorgt wird***.

(43) Ein gemeinsames Rückkehrsystem sollte die digitalen Systeme zur Unterstützung des Managements von Rückkehr, Rückübernahme und Wiedereingliederung ▌ in vollem Umfang nutzen, wobei der Schwerpunkt auf effizienten Verwaltungsverfahren, Zusammenarbeit, Informationsaustausch und Interoperabilität liegen sollte.

(43a) Die Zusammenarbeit und Unterstützung zwischen den Mitgliedstaaten sollte grundsätzlich auch zu dem Zweck erfolgen, die Durchreise durch ihr Hoheitsgebiet zu ermöglichen, logistische oder sonstige materielle Hilfe oder Sachleistungen im Zusammenhang mit einer solchen Durchreise bereitzustellen, Überstellungen in einen anderen Mitgliedstaat zu erleichtern, sei es aufgrund bilateraler Abkommen oder Vereinbarungen oder auf der Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten, oder die Ausreise eines Drittstaatsangehörigen in den Mitgliedstaat, in dem dieser ein Aufenthaltsrecht hat, zu unterstützen.

(44) Die Union leistet ***unbeschadet des Mehrjährigen Finanzrahmens 2028-2034*** finanzielle und operative Unterstützung, um eine wirksame Durchführung dieser Verordnung zu erreichen. Soweit Tätigkeiten aus der thematischen Fazilität des Asyl- und Migrationsfonds finanziert werden sollten, können diese im Rahmen der direkten, indirekten oder geteilten Mittelverwaltung durchgeführt werden. Die Mitgliedstaaten sollten die verfügbaren Finanzierungsinstrumente, Programme und Projekte der Union im Bereich der Rückkehr, insbesondere im Rahmen der Verordnung (EU) 2021/1147 des Europäischen Parlaments und des Rates[18], sowie die operative Unterstützung durch die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache gemäß der Verordnung (EU) 2019/1896 des Europäischen Parlaments und des Rates[19] bestmöglich nutzen. ▌

[18] Verordnung (EU) 2021/1147 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2021 zur Einrichtung des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (ABl. L 251 vom 15.7.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1147/oj).

[19] Verordnung (EU) 2019/1896 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2019 über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1052/2013 und (EU) 2016/1624 (ABl. L 295 vom 14.11.2019, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2019/1896/oj).

(44a) Die externe Dimension der Rückführungspolitik ist ein integraler Bestandteil des ganzheitlichen Ansatzes im Bereich des Migrationsmanagements. Eine wirksame Zusammenarbeit bei der Rückkehr und Rückübernahme ist eine zentrale externe Komponente ausgewogener und umfassender Partnerschaften mit Drittländern im Einklang mit den in der Verordnung (EU) 2024/1351 genannten Zielen. Der Europäische Rat forderte – unter anderem in seinen Schlussfolgerungen vom Oktober 2024 – rasche Maßnahmen zur Gewährleistung einer wirksamen Rückkehr, wobei alle einschlägigen politischen Maßnahmen und Instrumente der EU, etwa in den Bereichen Visumpolitik, Handel, Entwicklung und Diplomatie, unterstützend genutzt werden sollten. Dabei bedarf es sowohl in den Mitgliedstaaten als auch innerhalb der EU-Organe eines ressortübergreifenden Ansatzes.

(44b) Da sich die Zusammenarbeit von Drittstaaten im Bereich der Rückkehr und Rückübernahme illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger in der Praxis als schwierig erweisen kann, sollten die Union und die Mitgliedstaaten – unbeschadet der Bewertung der Zusammenarbeit von Drittstaaten bei der Rückübernahme gemäß Artikel 25a der Verordnung (EG) Nr. 810/2009 – in dem Fall, dass ein oder mehrere Mitgliedstaaten Schwierigkeiten im Hinblick auf die Zusammenarbeit von Drittstaaten bei der Rückübernahme, etwa bei der Bestätigung der Staatsangehörigkeit, der Beschaffung der erforderlichen Reisedokumente von den zuständigen Drittstaatsbehörden und der Organisation von Rückkehraktionen, hat bzw. haben, die im Unionsrecht vorgesehenen bestehenden einschlägigen Instrumente nutzen können, sofern sie im Rahmen eines koordinierten Ansatzes der EU zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich der Rückkehr und Rückübernahme durch die Gesetzgebungsakte zur Einrichtung dieser Instrumente gebunden sind.

(45) Die ***Berichterstattung über*** die Wirksamkeit dieser Verordnung und ▌ die Ermittlung verbesserungsbedürftiger Bereiche ***sollte auf der Erhebung und Auswertung bestehender, zuverlässiger und vergleichbarer Statistiken über*** die Effizienz der Rückkehrverfahren, die Kooperation von Drittstaaten und die Wiedereingliederungsbemühungen ***beruhen***. ***Zwecks Sicherstellung der Relevanz der Statistiken sollten die Standards der Verordnung (EG) Nr. 862/2007[20], der Verordnung (EU) 2019/1896 und der nationalen Rechtsvorschriften berücksichtigt und erforderlichenfalls überprüft werden.*** Es sollten gemeinsame Standards und Definitionen für die Erhebung und Meldung einschlägiger Daten festgelegt werden, ***um die Bewertung der*** Auswirkungen dieser Verordnung ***zu ermöglichen*** und zu fundierten Entscheidungen über künftige politische Entwicklungen ***beizutragen***.

---

20 Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 311/76 des Rates über die Erstellung von Statistiken über ausländische Arbeitnehmer (ABl. L 199 vom 31.7.2007, S. 2, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2007/862/oj).

(46) Um einheitliche Bedingungen für die Durchführung dieser Verordnung zu gewährleisten, sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse zur Festlegung der Europäischen Rückkehranordnung ▌ übertragen werden. Diese Befugnisse sollten im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates[21] wahrgenommen werden.

(47) ***Mit dieser Verordnung wird ein neues gemeinsames System für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger eingeführt, das direkt von den nationalen Behörden umzusetzen ist. Dieses neue System bringt wichtige Neuerungen mit sich, mit denen die Effizienz des Rückkehrverfahrens verbessert werden soll, auch in Bezug auf die Rückkehrdrittstaaten und die externe Dimension der Rückkehr. Damit die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen zügig angewandt werden können, sollte die Verordnung am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft treten. Die nicht in Artikel 52 Absatz 2 dieser Verordnung genannten Bestimmungen, die Vorrang vor der Richtlinie 2008/115/EG erlangen und den in jener Richtlinie vorgegebenen Rechtsrahmen vollständig ersetzen sollen, sollten ab dem ... [ein Jahr nach des Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] gelten, damit alle erforderlichen vorbereitenden und operativen Maßnahmen getroffen werden können, ihre reibungslose, wirksame und kohärente Umsetzung auf Unionsebene sowie auf nationaler Ebene sichergestellt wird und Überschneidungen zwischen der Richtlinie und der Verordnung verhindert werden.*** Die Richtlinien 2001/40/EG, 2008/115/EG und die Entscheidung 2004/191/EG des Rates[22] sollten ***deshalb zu dem genannten Datum*** aufgehoben werden.

---

21 Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren (ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj).

22 Entscheidung 2004/191/EG des Rates vom 23. Februar 2004 zur Festlegung der Kriterien und praktischen Einzelheiten zum Ausgleich finanzieller Ungleichgewichte aufgrund der Anwendung der Richtlinie 2001/40/EG über die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen über die Rückführung von Drittstaatsangehörigen (ABl. L 60 vom 27.2.2004, S. 55, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2004/191/oj).

(48) Da die Ziele der Verordnung, nämlich die Effizienz der Rückkehr ▌ zu verbessern, von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen des Umfangs oder der Wirkungen der Maßnahme zur Gewährleistung eines gemeinsamen und kohärenten Ansatzes der Mitgliedstaaten auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das für die Verwirklichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus.

(49) Nach den Artikeln 1 und 2 des dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügten Protokolls Nr. 22 über die Position Dänemarks beteiligt sich Dänemark nicht an der Annahme dieser Verordnung und ist weder durch diese Verordnung gebunden noch zu ihrer Anwendung verpflichtet. Da diese Verordnung ▌ den Schengen-Besitzstand ergänzt, sollte Dänemark gemäß Artikel 4 des genannten Protokolls innerhalb von sechs Monaten, nachdem der Rat diese Verordnung angenommen hat, beschließen, ob es sie in nationales Recht umsetzt.

▌

(50) ***Diese*** Verordnung ▌ stellt eine Weiterentwicklung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands dar, an denen sich Irland gemäß dem ▌ dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügten Protokoll Nr. 19 über den in den Rahmen der Europäischen Union einbezogenen Schengen-Besitzstand – ***nicht beteiligt, und Irland ist vorbehaltlich der Anwendung des Artikels 4 dieses Protokolls*** weder durch diese Verordnung gebunden noch zu ihrer Anwendung verpflichtet[23]. ▌

(51) Für Island und Norwegen stellt diese Verordnung ▌ eine Weiterentwicklung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands im Sinne des Übereinkommens zwischen dem Rat der Europäischen Union sowie der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung der beiden letztgenannten Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands[24] dar, die zu dem in Artikel 1 Buchstabe C des Beschlusses 1999/437/EG des Rates[25] genannten Bereich gehören.

▌

23 ***Diese Erwägung wird geändert, wenn Irland beantragt, sich im Einklang mit Artikel 4 Absatz 1 des Protokolls Nr. 19 über den in den Rahmen der Europäischen Union einbezogenen Schengen-Besitzstand an dieser Verordnung zu beteiligen, und der Rat seinen Beschluss gleichzeitig mit der Annahme dieser Verordnung erlässt. In diesem Fall wird in der Erwägung auf den Beschluss des Rates zum Antrag Irlands auf Anwendung einzelner Bestimmungen des Schengen-Besitzstands auf Irland verwiesen.***

24 ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_internation/1999/439(1)/oj.

25 Beschluss 1999/437/EG des Rates vom 17. Mai 1999 zum Erlass bestimmter Durchführungsvorschriften zu dem Übereinkommen zwischen dem Rat der Europäischen Union und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung dieser beiden Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 31, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/1999/437/oj).

(52) Für die Schweiz stellt diese Verordnung ▌ eine Weiterentwicklung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands im Sinne des Abkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands[26] dar, die zu dem in Artikel 1 Buchstabe C des Beschlusses 1999/437/EG des Rates in Verbindung mit Artikel 3 des Beschlusses 2008/146/EG des Rates[27] genannten Bereich gehören.

(53) Für Liechtenstein stellt diese Verordnung ▌ eine Weiterentwicklung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands im Sinne des Protokolls zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zu dem Abkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands dar, die zu dem in Artikel 1 Buchstabe C des Beschlusses 1999/437/EG in Verbindung mit Artikel 3 des Beschlusses 2011/350/EU des Rates[28] genannten Bereich gehören.

---

26 ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 52.

27 Beschluss 2008/146/EG des Rates vom 28. Januar 2008 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Abkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2008/146/oj).

28 Beschluss 2011/350/EU des Rates vom 7. März 2011 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Protokolls zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum Abkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands in Bezug auf die Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen und den freien Personenverkehr (ABl. L 160 vom 18.6.2011, S. 19, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2011/350/oj).

▌

(55) Der Europäische Datenschutzbeauftragte wurde gemäß Artikel 42 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2018/1725 konsultiert und hat am [...] eine Stellungnahme abgegeben —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Kapitel I
ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1
Gegenstand

(1) Mit dieser Verordnung wird ein gemeinsames System für die ***wirksame*** Rückkehr von illegal ***im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten*** aufhältigen Drittstaatsangehörigen im Einklang mit den ▌ in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) anerkannten Grundrechten***, den allgemeinen Grundsätzen des Unionsrechts*** sowie den geltenden ***internationalen*** Verpflichtungen, auch in Bezug auf ▌ die Menschenrechte, eingeführt.

(2) Ziel dieser Verordnung ist es, ***den Mitgliedstaaten das Ergreifen aller notwendigen Maßnahmen zu ermöglichen, mit denen unter Berücksichtigung des*** Gesamtkonzepts nach Artikel 3, Artikel 4 Buchstabe h und Artikel 5 Buchstabe e der Verordnung (EU) 2024/1351 ***eine wirksame Rückkehr sichergestellt wird***.

Artikel 2

Anwendungsbereich

(1) Diese Verordnung gilt für illegal im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten aufhältige Drittstaatsangehörige.

(2) Diese Verordnung gilt nicht für Personen, die nach Unionsrecht Anspruch auf freien Personenverkehr haben, im Sinne des Artikels 2 Nummer 5 der Verordnung (EU) 2016/399.

(3) Die vorliegende Verordnung gilt unbeschadet der Bestimmungen der Verordnungen (EU) 2024/1351, (EU) 2024/1348 und (EU) 2024/1349 des Europäischen Parlaments und des Rates.

(4) Unbeschadet des Absatzes 5 des vorliegenden Artikels gilt die vorliegende Verordnung nicht für Drittstaatsangehörige,

a) die an den Außengrenzen einer Einreiseverweigerung gemäß Artikel 14 der Verordnung (EU) 2016/399[29] oder – im Falle von nicht an die genannte Verordnung gebundenen Mitgliedstaaten – gemäß gleichwertigen nationalen Rechtsvorschriften unterliegen;

[29] Verordnung (EU) 2016/399 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über einen Unionskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) (Kodifizierter Text) (ABl. L 77 vom 23.3.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/399/oj).

b) die von den zuständigen Behörden in Verbindung mit dem illegalen Überschreiten der Außengrenze eines Mitgliedstaats auf dem Land-, See- oder Luftwege aufgegriffen bzw. abgefangen wurden und die nicht anschließend die Genehmigung oder das Recht erhalten haben, sich in diesem Mitgliedstaat aufzuhalten;

c) die nach nationalem Recht aufgrund einer strafrechtlichen Sanktion oder infolge einer strafrechtlichen Sanktion rückkehrpflichtig sind;

d) gegen die ein Auslieferungsverfahren anhängig ist.

(5) Ein Mitgliedstaat kann beschließen, diese Verordnung auf eine oder mehrere der in Absatz 4 Buchstaben a, b und c genannten Kategorien von Drittstaatsangehörigen anzuwenden. In solchen Fällen gilt diese Verordnung für jene Kategorien von Drittstaatsangehörigen ab dem Zeitpunkt, zu dem der betroffene Mitgliedstaat seine Entscheidung den anderen Mitgliedstaaten und der Kommission mitteilt.

(6) Beschließt ein Mitgliedstaat, diese Verordnung auf Drittstaatsangehörige anzuwenden, die aufgrund einer strafrechtlichen Sanktion rückkehrpflichtig sind, so finden die Artikel 7, 9 und 10 keine Anwendung.

(7) In Bezug auf Drittstaatsangehörige, die gemäß Absatz 4 Buchstaben a und b vom Anwendungsbereich dieser Verordnung ausgenommen sind, stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass diese nicht eine weniger günstige Behandlung erfahren und ihnen nicht ein geringeres Maß an Schutz gewährt wird, als dies in Artikel 12 Absätze 4 und 5, Artikel 14 Absatz 2, Artikel 14 Absatz 6 Buchstaben c und e, Artikel 34 Absätze 1 bis 6 und Artikel 35 vorgesehen ist, und halten den Grundsatz der Nichtzurückweisung ein.

▌

(2b) Diese Verordnung gilt unbeschadet der nationalen Strafrechtsvorschriften der Mitgliedstaaten und insbesondere der Bestimmungen über wirksame, verhältnismäßige und abschreckende strafrechtliche Sanktionen, einschließlich Freiheitsstrafen, im Zusammenhang mit dem illegalen Aufenthalt, sofern solche Strafverfahren oder die Anwendung solcher Sanktionen die Verwirklichung der wirksamen Rückkehr nicht gefährden.

I

Artikel 4

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck

1. „Drittstaatsangehöriger“ eine Person, die nicht Unionsbürger im Sinne des Artikels 20 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist und die nicht nach Unionsrecht Anspruch auf freien Personenverkehr im Sinne des Artikels 2 Nummer 5 der Verordnung (EU) 2016/399 hat;

2. „illegaler Aufenthalt“ die Anwesenheit eines Drittstaatsangehörigen, der nicht oder nicht mehr die Einreisevoraussetzungen nach Artikel 6 der Verordnung (EU) 2016/399 oder ***– im Falle von nicht an die genannte Verordnung gebundenen Mitgliedstaaten, die sich jedoch an der vorliegenden Verordnung beteiligen – gleichwertige, in den jeweiligen nationalen Rechtsvorschriften festgelegte*** Voraussetzungen für die Einreise in einen Mitgliedstaat oder den dortigen Aufenthalt erfüllt, im Hoheitsgebiet dieses Mitgliedstaats;

3. „Rückkehrstaat“

a) einen Drittstaat, bei dem es sich um den Herkunftsstaat des Drittstaatsangehörigen handelt;

b) einen Drittstaat, bei dem es sich um das Land des formalen gewöhnlichen Aufenthalts des Drittstaatsangehörigen handelt;

c) einen Transit-Drittstaat auf dem Weg in die Union gemäß den Rückübernahmeabkommen oder -vereinbarungen der Union oder der Mitgliedstaaten;

d) einen anderen als den unter den Buchstaben a ***und b*** genannten Drittstaat, in dem der Drittstaatsangehörige ein Recht auf Einreise und Aufenthalt hat;

e) einen sicheren Drittstaat, hinsichtlich dessen der Antrag eines Drittstaatsangehörigen auf internationalen Schutz gemäß Artikel 59 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2024/1348 ***oder – im Falle der nicht an die genannte Verordnung gebundenen Mitgliedstaaten – gemäß den entsprechenden Bestimmungen, die jene Mitgliedstaaten möglicherweise in ihr nationales Recht aufgenommen haben,*** als unzulässig abgelehnt wurde;

f) den ersten Asylstaat, hinsichtlich dessen der Antrag eines Drittstaatsangehörigen auf internationalen Schutz gemäß Artikel 58 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2024/1348 ***oder – im Falle der nicht durch die genannte Verordnung gebundenen Mitgliedstaaten – gemäß den entsprechenden Bestimmungen, die jene Mitgliedstaaten möglicherweise in ihr nationales Recht aufgenommen haben,*** als unzulässig abgelehnt wurde;

g) einen ***anderen als den unter den Buchstaben a, b und d genannten*** Drittstaat, mit dem ein Abkommen oder eine Vereinbarung besteht, auf deren bzw. dessen Grundlage der Drittstaatsangehörige nach Artikel 17 dieser Verordnung aufgenommen wird;

4. „Rückkehrentscheidung“ die behördliche oder richterliche ***Maßnahme oder*** Entscheidung, mit der der illegale Aufenthalt eines Drittstaatsangehörigen festgestellt und eine Verpflichtung zur Ausreise aus ***dem Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten*** auferlegt oder festgestellt wird;

4a. „Rückkehr“

a) die freiwillige Rückkehr eines illegal aufhältigen Drittstaatsangehörigen im Sinne von Nummer 6 oder

b) die Abschiebung eines illegal aufhältigen Drittstaatsangehörigen durch die zuständigen Behörden aus den Mitgliedstaaten in einen der in der Abschiebungsentscheidung bzw. in der Rückkehrentscheidung bestimmten Rückkehrstaaten;

4b. „Abschiebungsentscheidung“ die behördliche oder richterliche Maßnahme oder Entscheidung, mit der festgestellt wird, dass ein Drittstaatsangehöriger in einen oder mehrere Rückkehrstaaten im Sinne von Nummer 3 abgeschoben werden kann;

5. „Abschiebung“ die Vollstreckung der Rückkehrentscheidung ***oder Abschiebungsentscheidung*** durch die zuständigen Behörden im Wege der tatsächlichen Verbringung aus ***den Mitgliedstaaten in einen Rückkehrstaat***;

6. „freiwillige Rückkehr“ die ***eigenständig, mit oder ohne Unterstützung und ohne Rückgriff auf die Abschiebung erfolgende Ausreise aus dem*** Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten ***eines illegal aufhältigen Drittstaatsangehörigen, der seiner Verpflichtung zur Ausreise innerhalb oder nach Ablauf der in der Rückkehrentscheidung festgelegten Frist für die freiwillige Ausreise nachkommt***;

7. „Flucht“ die Handlung, durch die sich ein Drittstaatsangehöriger der Verfügung der zuständigen Verwaltungs- oder Justizbehörden entzieht ;

8. „Einreiseverbot“ die behördliche oder richterliche Entscheidung oder Maßnahme, mit der die Einreise in das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten und der dortige Aufenthalt untersagt wird;

11. „Rückkehraktion“ eine von einer zuständigen Behörde organisierte oder koordinierte ***oder von der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) unterstützte*** Aktion, mit der Drittstaatsangehörige aus einem oder mehreren Mitgliedstaaten rückgeführt werden**.**

Artikel 5

Grundrechte

Bei der Anwendung dieser Verordnung handeln die Mitgliedstaaten unter vollständiger Einhaltung des einschlägigen Unionsrechts, einschließlich der Charta, des einschlägigen Völkerrechts, der Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Zugang zu internationalem Schutz, ▌ des Grundsatzes der Nichtzurückweisung ▌ sowie der Grundrechte.

Kapitel II

RÜCKKEHRVERFAHREN

▌

Abschnitt 2

Verfahren zur Anordnung der Rückkehr

Artikel 7

▌ Rückkehrentscheidung

(1) ***Die*** zuständigen Behörden ***des Mitgliedstaats, in dem die Verpflichtung zur Ausreise aus dem Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten auferlegt oder festgestellt wird, erlassen*** gegen alle illegal in ***dessen*** Hoheitsgebiet aufhältigen Drittstaatsangehörigen eine Rückkehrentscheidung.

(1a) In den Rückkehrentscheidungen wird

a) eine Ausreisefrist von höchstens 30 Tagen gesetzt, bis zu deren Ablauf der Drittstaatsangehörige das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten spätestens verlassen muss, oder

b) festgestellt, dass der Drittstaatsangehörige das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten unverzüglich verlassen muss.

Die in Buchstabe a genannte Ausreisefrist kann im nationalen Recht verkürzt oder näher bestimmt werden.

Die Mitgliedstaaten können in ihrem nationalen Recht festlegen, wann einem Drittstaatsangehörigen eine Frist für die freiwillige Ausreise eingeräumt oder die unverzügliche Ausreise angeordnet wird.

(1b) Die zuständigen Behörden können unter gebührender Berücksichtigung der besonderen Umstände des jeweiligen Einzelfalls eine Ausreisefrist nach Absatz 1a vorsehen, die 30 Tage überschreitet.

(1c) Die Mitgliedstaaten können die Ausreisefrist nach Absatz 1a unter gebührender Berücksichtigung der besonderen Umstände des jeweiligen Einzelfalls, insbesondere der Teilnahme an einem Rückkehr- und Wiedereingliederungsprogramm nach Artikel 46 Absatz 3 und der Einhaltung der Pflicht zur Zusammenarbeit nach Artikel 21, verlängern.

(1d) Die zuständigen Behörden können die Ausreisefrist nach Absatz 1a im Falle einer Nichteinhaltung der Pflicht zur Zusammenarbeit nach Artikel 21 verkürzen.

(1e) Die Ausreisefrist beginnt an einem im nationalen Recht festgelegten Datum.

(2) Die Rückkehrentscheidung wird schriftlich unter Angabe der sachlichen und rechtlichen Gründe erlassen. ***Der Drittstaatsangehörige wird über die*** verfügbaren Rechtsbehelfe und die Fristen für die Einlegung dieser Rechtsbehelfe ***unterrichtet***. Die Rückkehrentscheidung wird dem Drittstaatsangehörigen ***so schnell wie möglich gemäß dem nationalen Recht des betreffenden Mitgliedstaats*** mitgeteilt. ***Ist der Aufenthaltsort des Drittstaatsangehörigen nicht bekannt, so wird die Rückkehrentscheidung gemäß dem nationalem Recht zugestellt.***

(3) Die zuständigen Behörden können beschließen, Informationen über die sachlichen Gründe nicht oder nur eingeschränkt zu erteilen, wenn das nationale Recht eine Einschränkung des Rechts auf Information vorsieht oder wenn dies zum Schutz der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Sicherheit oder der nationalen Sicherheit und zur Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten erforderlich ist. In solchen Fällen wird der Drittstaatsangehörige über den wesentlichen Inhalt der Gründe, aus denen eine Rückkehrentscheidung getroffen wird, zum Zwecke des Zugangs zu einem wirksamen Rechtsbehelf unterrichtet. ***Die Verpflichtung, den Drittstaatsangehörigen über den wesentlichen Inhalt der Gründe zu unterrichten, umfasst nicht die Verpflichtung zur Offenlegung von Verschlusssachen.***

(4) ***Der Rückkehrstaat bzw. die Rückkehrstaaten können in der Rückkehrentscheidung oder gemäß Artikel 12 Absatz 2a vor Durchführung der Abschiebung festgelegt werden. Beschließt der Drittstaatsangehörige, freiwillig in einen anderen Rückkehrstaat als den Rückkehrstaat bzw. die Rückkehrstaaten, der bzw. die in der Rückkehrentscheidung genannt ist bzw. sind, zurückzukehren, so muss keine neue Entscheidung zur Festlegung des Rückkehrstaats erlassen werden.***

(4b) Die zuständigen Behörden werden nicht daran gehindert, eine Rückkehrentscheidung zu erlassen, wenn die Abschiebung behindert wird. Wurde der Rückkehrstaat in der Rückkehrentscheidung festgelegt und die Gefahr einer Zurückweisung festgestellt, so wird die Abschiebung in diesen Rückkehrstaat gemäß Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a aufgeschoben.

(5) Dem Drittstaatsangehörigen wird auf Wunsch eine schriftliche oder mündliche Übersetzung der wichtigsten Elemente der Rückkehrentscheidung ▌ einschließlich Informationen über mögliche Rechtsbehelfe in einer Sprache zur Verfügung gestellt, die der Drittstaatsangehörige versteht oder bei der vernünftigerweise davon ausgegangen werden kann, dass er sie versteht. ***Hierzu können die zuständigen Behörden falls zweckmäßig auf standardisierte Übersetzungsvorlagen oder maschinell unterstützte Übersetzungstools oder maschinell erstellte Übersetzungen zurückgreifen.***

(6) Die Rückkehrentscheidung ▌ wird mit der Entscheidung über die Beendigung des rechtmäßigen Aufenthalts eines Drittstaatsangehörigen in ein und demselben Akt ***oder in einem gesonderten Akt*** gleichzeitig und zusammen mit dieser Entscheidung ***oder unverzüglich danach*** erlassen, ohne dass die in Kapitel IV und anderen einschlägigen Bestimmungen des Unionsrechts und des Völkerrechts vorgesehenen Verfahrensgarantien berührt werden.

(7) Nach Erlass der Rückkehrentscheidung ***verwenden die Mitgliedstaaten*** das nach Absatz 8 erstellte Formular („Europäische Rückkehranordnung“)***. Das Formular enthält die wichtigsten Elemente der Rückkehrentscheidung und gegebenenfalls der Abschiebungsentscheidungen und wird*** über das Schengener Informationssystem gemäß der Verordnung (EU) 2018/1860 ***bereitgestellt***.

(8) Die Kommission erlässt ***spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung*** einen Durchführungsrechtsakt zur Festlegung des in Absatz 7 genannten Formulars der Europäischen Rückkehranordnung. Dieser Durchführungsrechtsakt wird gemäß dem in Artikel 49 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

(9) ***Spätestens mit dem Erlass des in Absatz 8 genannten Durchführungsrechtsakts beginnen die Mitgliedstaaten und die Kommission und die einschlägigen EU-Agenturen wie eu-LISA damit, die erforderlichen rechtlichen und technischen Vorkehrungen zu treffen, damit die Europäische Rückkehranordnung über das Schengener Informationssystem bereitgestellt wird, um die Erfüllung der Verpflichtung nach Absatz 7 zu erleichtern. Die Kommission und die einschlägigen EU-Agenturen wie eu-LISA unterstützen die Mitgliedstaaten entsprechend.***

(9a) ***Spätestens bis zum in Artikel 52 Absatz 3 dieser Verordnung genannten Datum des Inkrafttretens ergreifen die Kommission und die einschlägigen EU-Agenturen wie eu-LISA Maßnahmen, um sicherzustellen, dass im Hinblick auf eine effizientere Anwendung von Artikel 9 die Möglichkeit einer automatisierten Bearbeitung der Europäischen Rückkehranordnung besteht.***

(9b) ***Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission spätestens bis zu dem in Artikel 52 Absatz 3 dieser Verordnung genannten Datum des Inkrafttretens mit, welche rechtlichen und technischen Vorkehrungen getroffen wurden, um der in Absatz 7 genannten Verpflichtung nachzukommen.***

Artikel 8

Ausnahmen von der Verpflichtung zum Erlass einer Rückkehrentscheidung

(1) Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten können beschließen, keine Rückkehrentscheidung zu erlassen, wenn der Drittstaatsangehörige

a) nach dem Verfahren gemäß Artikel 23a der Verordnung (EU) 2016/399 in einen anderen Mitgliedstaat überstellt wird,

b) im Rahmen bilateraler Abkommen oder Vereinbarungen oder auf der Grundlage einer Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten gemäß Artikel 44 in einen anderen Mitgliedstaat überstellt wird,

c) eine Person ist, deren illegaler Aufenthalt im Rahmen von Grenzübertrittskontrollen an der Außengrenze bei der Ausreise nach Artikel 8 der Verordnung (EU) 2016/399 oder ***im Falle von nicht an die genannte Verordnung gebunden Mitgliedstaaten bei*** gleichwertigen Kontrollen nach nationalem Recht festgestellt wird, ▌ wobei ein Aufschub der Ausreise des betreffenden Drittstaatsangehörigen so weit wie möglich vermieden wird.

(2) Eine Rückkehrentscheidung wird nicht erlassen, wenn der Drittstaatsangehörige im Besitz eines von einem anderen Mitgliedstaat ausgestellten gültigen Aufenthaltstitels, eines Visums für den längerfristigen Aufenthalt oder einer sonstigen Aufenthaltsberechtigung ist ▌ .

(3) In den in Absatz 2 genannten Fällen fordert der Mitgliedstaat den Drittstaatsangehörigen auf, sich unverzüglich in das Hoheitsgebiet dieses anderen Mitgliedstaats zu begeben. Kommt der Drittstaatsangehörige dieser Aufforderung nicht nach oder ist die sofortige Ausreise des Drittstaatsangehörigen aus Gründen der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Sicherheit oder der nationalen Sicherheit erforderlich, so kann der betreffende Mitgliedstaat den anderen Mitgliedstaat nach Artikel 44 um Zusammenarbeit ersuchen oder eine Rückkehrentscheidung nach Artikel 7 erlassen.

(4) Eine Rückkehrentscheidung wird nicht erlassen, wenn das ***Verfahren nach*** Artikel 9 Anwendung ***findet***.

Artikel 9

Anerkennung und Vollstreckung von Rückkehrentscheidungen, die von einem anderen Mitgliedstaat erlassen wurden

(1) Der Mitgliedstaat, in dem sich der Drittstaatsangehörige illegal aufhält (im Folgenden „Vollstreckungsmitgliedstaat“), kann eine vollstreckbare Rückkehrentscheidung ***–*** ***und, falls zutreffend, eine Abschiebungsentscheidung*** **–**, die gegen diesen Drittstaatsangehörigen von einem anderen Mitgliedstaat (im Folgenden „Entscheidungsmitgliedstaat“) nach Artikel 7 Absatz 1 ***und Artikel 12 Absatz 2*** erlassen wurde, anerkennen ***und vollstrecken***. ***Die Vollstreckung wird*** basierend auf ***den in*** der in Artikel 7 Absatz 7 genannten Europäischen Rückkehranordnung ***verfügbaren Informationen und im Einklang mit den nationalen Bestimmungen und Verfahren*** nach Artikel 12 ***durchgeführt***.

(2) ***Die*** Mitgliedstaaten ***sind nicht verpflichtet, für die Zwecke der Anerkennung Verwaltungsentscheidungen oder Maßnahmen zu erlassen. Die Anerkennung muss nicht in Form eines Verwaltungsverfahrens erfolgen***.

▌

(5) Erkennt ein Mitgliedstaat eine Rückkehrentscheidung ***oder eine Abschiebungsentscheidung*** nach Absatz 1 ▌ nicht an oder vollstreckt sie nicht, so erlässt dieser Mitgliedstaat ***unter den in Artikel 7 genannten Bedingungen*** eine Rückkehrentscheidung ***oder eine Abschiebungsentscheidung gemäß Artikel 12 Absatz 2***.

(6) ***Erkennt ein Mitgliedstaat eine Rückkehrentscheidung oder eine Abschiebungsentscheidung gemäß Absatz 1 an oder vollstreckt sie,*** setzt ***er die Abschiebung*** aus, wenn die Wirkungen der Rückkehrentscheidung ***oder der Abschiebungsentscheidung*** im Entscheidungsmitgliedstaat ausgesetzt werden***, und kann unter den in Artikel 7 genannten Bedingungen eine Rückkehrentscheidung erlassen***.

(7) ***Setzt*** der Entscheidungsmitgliedstaat die Rückkehrentscheidung ***aus*** oder nimmt sie zurück oder wird die Rückkehrentscheidung von einer ***Verwaltungsbehörde oder einem Gericht*** aufgehoben, so erlässt der Vollstreckungsmitgliedstaat unter den in Artikel 7 genannten Bedingungen eine Rückkehrentscheidung.

(8) Der Entscheidungsmitgliedstaat stellt dem Vollstreckungsmitgliedstaat im Einklang mit der Verordnung (EU) 2018/1860 ***auf Ersuchen*** alle verfügbaren Daten und Dokumente zur Verfügung, die für die Zwecke der ***Rückkehr oder der Abschiebung*** erforderlich sind.

▌

(9a) Die Anwendung von Artikel 9 lässt die Anwendung der in Artikel 8 genannten Ausnahmen unberührt.

(11) Die Mitgliedstaaten leiten bis zum Erlass des in Artikel 7 Absatz 8 genannten Durchführungsrechtsakts vorbereitende Maßnahmen ein, die die Anerkennung von Rückkehrentscheidungen oder Abschiebungsentscheidungen, die von einem anderen Mitgliedstaat erlassen wurden, erleichtern könnten, einschließlich, falls angezeigt, rechtlicher und technischer Vorkehrungen in ihren nationalen Systemen, Änderungen an nationalen IT-Systemen sowie einschlägiger Ausbildungs- und Pilotprojektmaßnahmen.

(12) Spätestens zwei Jahre nach dem in Artikel 52 Absatz 3 dieser Verordnung genannten Geltungsbeginn bewertet die Kommission die Umsetzung der gegenseitigen Anerkennung gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels, insbesondere im Hinblick auf

a) die Frage, ob die rechtlichen und technischen Vorkehrungen zur Bereitstellung der Europäischen Rückkehranordnung über das Schengener Informationssystem gemäß Artikel 7 Absatz 7 von den Mitgliedstaaten getroffen werden und wirksam sind,

b) die Frage, ob die rechtlichen und technischen Vorkehrungen zur Gewährleistung der automatisierten Bearbeitung der Europäischen Rückkehranordnung gemäß Artikel 7 Absatz 9 von den Mitgliedstaaten getroffen werden,

c) die Wirksamkeit der Anerkennung und Vollstreckung von Rückkehrentscheidungen und Abschiebungsentscheidungen,

d) die sich daraus ergebende Belastung der nationalen Justiz- und Verwaltungssysteme und

e) die Ergebnisse einschlägiger Ausbildungs- und Pilotprojektmaßnahmen.

(13) Auf der Grundlage der in Absatz 12 genannten Bewertung legt die Kommission gegebenenfalls Gesetzgebungsvorschläge, einschließlich gezielter Änderungen zur Gewährleistung einer wirksamen Rückkehr, vor, um die verpflichtende Anerkennung und Vollstreckung von vollstreckbaren Rückkehrentscheidungen und Abschiebungsentscheidungen, die von einem anderen Mitgliedstaat erlassen wurden, einzuführen. Legt die Kommission keinen Vorschlag vor, erläutert sie die Gründe hierfür.

Abschnitt 3

Einreiseverbot

Artikel 10

Erlass eines Einreiseverbots

(1) Rückkehrentscheidungen gehen mit einem Einreiseverbot einher, wenn

a) der Drittstaatsangehörige Gegenstand einer Abschiebung nach Artikel 12 ist,

b) der ***Verpflichtung, das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten zu verlassen,*** nicht innerhalb der nach Artikel *7* ***Absätze 1a bis 1c*** gesetzten Fristen nachgekommen wurde,

c) der Drittstaatsangehörige ein Sicherheitsrisiko nach Artikel 16 darstellt.

(2) In anderen als den in Absatz 1 genannten Fällen ***können*** die zuständigen Behörden eine Rückkehrentscheidung ***oder eine Abschiebungsentscheidung*** mit einem Einreiseverbot ***verbinden***, wobei sie den einschlägigen Umständen Rechnung tragen, insbesondere der Kooperationsbereitschaft des Drittstaatsangehörigen.

(3) Das Einreiseverbot wird im Rahmen der Rückkehrentscheidung ***oder im Rahmen der Abschiebungsentscheidung*** oder gesondert schriftlich erlassen. ***Das Einreiseverbot*** wird dem Drittstaatsangehörigen in einer Sprache mitgeteilt, die der Drittstaatsangehörige versteht oder bei der vernünftigerweise davon ausgegangen werden kann, dass er sie versteht. ***Hierzu können die zuständigen Behörden falls zweckmäßig auf standardisierte Übersetzungsvorlagen oder maschinell unterstützte Übersetzungstools oder maschinell erstellte Übersetzungen zurückgreifen.***

(4) Die zuständigen Behörden können gegenüber einem Drittstaatsangehörigen, der sich illegal im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten aufhält und dessen illegaler Aufenthalt im Rahmen von Grenzübertrittskontrollen bei der Ausreise nach Artikel 8 der Verordnung (EU) 2016/399 ***oder im Falle von Mitgliedstaaten, die nicht an die genannte Verordnung gebunden sind, bei gleichwertigen Kontrollen nach nationalem Recht*** festgestellt wird, ein Einreiseverbot verhängen, ohne eine Rückkehrentscheidung zu erlassen. ***Das Einreiseverbot kann in diesen Fällen verhängt und mitgeteilt werden, nachdem der Drittstaatsangehörige das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten verlassen hat, wobei*** ein Aufschub der Ausreise des betreffenden Drittstaatsangehörigen so weit wie möglich vermieden wird.

(4a) Verlässt ein illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten, bevor eine Rückkehrentscheidung erlassen wird, so können die zuständigen Behörden ein Einreiseverbot verhängen, ohne eine Rückkehrentscheidung zu erlassen.

(4b) ***Sind die Gründe für die Verhängung eines Einreiseverbots eingetreten, nachdem eine Rückkehrentscheidung erlassen wurde, so können die zuständigen Behörden ein Einreiseverbot verhängen, ohne eine neue Rückkehrentscheidung zu erlassen.***

(5) Die zuständigen Behörden können in Einzelfällen aus humanitären Gründen***, wenn der Drittstaatsangehörige Opfer von Menschenhandel ist*** oder wenn der Drittstaatsangehörige ordnungsgemäß mit den zuständigen Behörden zusammenarbeitet, indem er sich beispielsweise für ein Rückkehr- und Wiedereingliederungsprogramm anmeldet, vom Erlass eines Einreiseverbots absehen.

(6) Die Dauer des Einreiseverbots wird in Anbetracht der jeweiligen Umstände des Einzelfalls auf höchstens zehn Jahre festgesetzt. ***Unbeschadet von Artikel 16 Absatz 3 Buchstabe a kann mit einer hinreichenden Begründung ein Einreiseverbot von höchstens 20 Jahren verhängt werden, wenn dies als notwendig erachtet wird, um den Drittstaatsangehörigen an der Einreise in das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten zu hindern.***

▌

(8) Der Zeitraum des Einreiseverbots beginnt mit dem Datum, an dem der Drittstaatsangehörige das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten verlassen hat.

Artikel 11

Aufhebung, Aussetzung oder Verkürzung der Dauer eines Einreiseverbots

(1) ***Unbeschadet der Absätze 2 und 3*** kann ein Einreiseverbot ***vom Entscheidungsmitgliedstaat*** aufgehoben oder ausgesetzt oder seine Dauer verkürzt werden, wenn der Drittstaatsangehörige ***nachweist, dass er freiwillig zurückgekehrt ist.***

▌(2) ***Unbeschadet des Absatzes 3 kann die zuständige Behörde, wenn sie es für angebracht hält,*** ein Einreiseverbot ▌ in begründeten Einzelfällen, einschließlich aus humanitären Gründen, unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände ***aufheben oder aussetzen*** oder seine Dauer ***verkürzen***.

(3) ***Unbeschadet des Absatzes 4 kann der Drittstaatsangehörige einen begründeten Antrag auf*** Aufhebung, Aussetzung oder Verkürzung der Dauer eines Einreiseverbots ***einreichen, sofern der Drittstaatsangehörige das Hoheitsgebiet verlassen hat***.

(4) Ein Drittstaatsangehöriger, gegen den gemäß Artikel 10 Absatz 6 oder Artikel 16 Absatz 3 Buchstabe a ein Einreiseverbot von mehr als zehn Jahren verhängt wurde, kann zehn Jahre nach seiner Ausreise aus den Mitgliedstaaten beim Entscheidungsmitgliedstaat beantragen, dass er unter gebührender Berücksichtigung aller relevanten Umstände – gegebenenfalls einschließlich der Frage, ob der Drittstaatsangehörige nach wie vor ein Sicherheitsrisiko gemäß Artikel 16 darstellt und ob das Einreiseverbot weiterhin erforderlich ist, um den betreffenden Drittstaatsangehörigen weiter an der Einreise in das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten zu hindern – überprüft, ob das Einreiseverbot aufzuheben oder auszusetzen oder seine Dauer zu verkürzen ist. Der Antrag auf Überprüfung muss hinreichend begründet sein.

(4a) Die Mitgliedstaaten können die Aufhebung eines Einreiseverbots von der Erstattung der Kosten für die Abschiebung des Drittstaatsangehörigen abhängig machen.

Abschnitt 4

Vollstreckung der Rückkehr

Artikel 12

Abschiebung

(1) ***Die Mitgliedstaaten ergreifen alle erforderlichen Maßnahmen für die Abschiebung des Drittstaatsangehörigen***, wenn

-a) er der Verpflichtung zum Verlassen des Hoheitsgebiets gemäß Artikel 7 nicht nachgekommen ist,

a) er ***nicht*** mit den Behörden ***zusammenarbeitet***,

▌

c) er in den Anwendungsbereich des Artikels 16 fällt,

d) er sich unrechtmäßig in einen anderen Mitgliedstaat begibt, auch während des nach Artikel *7* festgelegten Zeitraums,

da***) die zuständigen Behörden die Abschiebung aus anderen als den unter den Buchstaben -a bis d genannten Gründen im Einklang mit dem nationalen Recht für notwendig und verhältnismäßig halten.***

(1a) Diese Verordnung hindert die Mitgliedstaaten nicht daran, die freiwillige Rückkehr eines Drittstaatsangehörigen, der andernfalls gemäß Absatz 1 abgeschoben wird, zu gestatten oder zu erleichtern, insbesondere wenn davon auszugehen ist, dass dies zu einer schnelleren und wirksameren Rückkehr führt.

(2) Die zuständigen Behörden ***können eine Abschiebungsentscheidung gegen jeden Drittstaatsangehörigen erlassen, der Gegenstand einer Rückkehr ist. Eine Abschiebungsentscheidung wird schriftlich erlassen und kann in derselben Entscheidung wie der Rückkehrentscheidung oder als eine*** getrennte behördliche oder gerichtliche Entscheidung ***oder Maßnahme oder als Teil einer anderen behördlichen oder gerichtlichen Entscheidung erfolgen***.

(2a) Wurde noch kein Rückkehrstaat bestimmt oder weicht er von dem zuvor bestimmten Staat ab, so bestimmt die zuständige Behörde vor der Abschiebung in der Rückkehrentscheidung oder der Abschiebungsentscheidung einen oder mehrere Rückkehrstaaten im Sinne von Artikel 4 Absatz 3.

(2b) Wird eine Abschiebungsentscheidung erlassen, so sind darin die sachlichen und rechtlichen Gründe aufzuführen. Der Drittstaatsangehörige wird über die verfügbaren Rechtsbehelfe und die Fristen für die Einlegung dieser Rechtsbehelfe unterrichtet. Die Entscheidung wird dem Drittstaatsangehörigen so bald wie möglich gemäß dem nationalen Recht des betreffenden Mitgliedstaats mitgeteilt.

(2c) Bei Erlass einer Abschiebungsentscheidung wird dem Drittstaatsangehörigen auf Wunsch eine schriftliche oder mündliche Übersetzung der wichtigsten Elemente der Abschiebungsentscheidung einschließlich Informationen über mögliche Rechtsbehelfe in einer Sprache zur Verfügung gestellt, die der Drittstaatsangehörige versteht oder bei der vernünftigerweise davon ausgegangen werden kann, dass er sie versteht. Hierzu können die zuständigen Behörden falls zweckmäßig auf standardisierte Übersetzungsvorlagen oder maschinell unterstützte Übersetzungstools oder maschinell erstellte Übersetzungen zurückgreifen.

(3) ***Wenn der Drittstaatsangehörige angibt oder die Behörden des Mitgliedstaats einschlägige Hinweise darauf erhalten, dass die Abschiebung gegen den Grundsatz*** der Nichtzurückweisung ***verstoßen würde, verweisen die zuständigen Behörden den Drittstaatsangehörigen auf das geeignete Verfahren, gegebenenfalls einschließlich das Asylverfahrens gemäß der Verordnung (EU) 2024/1348, oder bewerten nach nationalem Recht, ob die Abschiebung mit dem Grundsatz der Nichtzurückweisung im Einklang steht***. Der betreffende Drittstaatsangehörige bringt so schnell wie möglich relevante ***Informationen*** betreffend seine persönlichen Umstände vor***, um seine Behauptung zu stützen, dass mit seiner Abschiebung der Grundsatz der Nichtzurückweisung verletzt würde***. ***Die zuständigen Behörden können sich auf eine frühere Bewertung der Gefahr einer Zurückweisung stützen oder diese berücksichtigen. Eine weitere Beurteilung des Risikos einer Zurückweisung wird nur vorgenommen, wenn relevante Informationen vorgebracht wurden.***

(3a) Die Mitgliedstaaten können beschließen, dass der Grundsatz der Nichtzurückweisung von einer anderen Behörde als der zuständigen Behörde, die die Rückkehrentscheidung erlässt oder vollstreckt, geprüft werden kann.

(4) Zwangsmaßnahmen zur Sicherstellung der Abschiebung müssen notwendig und verhältnismäßig sein und dürfen in keinem Fall über die Grenzen des Vertretbaren hinausgehen. Sie müssen im Einklang mit dem nationalen Recht unter Achtung der Grundrechte und unter gebührender Berücksichtigung der Menschenwürde und körperlichen Unversehrtheit des betreffenden Drittstaatsangehörigen angewandt werden.

(5) Bei der Durchführung von Abschiebungen auf dem Luftweg tragen die Mitgliedstaaten den Gemeinsamen Leitlinien für Sicherheitsvorschriften bei gemeinsamen Rückführungen auf dem Luftweg im Anhang zur Entscheidung 2004/573/EG des Rates[30] Rechnung.

▌

[30] Entscheidung 2004/573/EG des Rates vom 29. April 2004 betreffend die Organisation von Sammelflügen zur Rückführung von Drittstaatsangehörigen, die individuellen Rückführungsmaßnahmen unterliegen, aus dem Hoheitsgebiet von zwei oder mehr Mitgliedstaaten (ABl. L 261 vom 6.8.2004, S. 28, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2004/573/oj).

Artikel 14

Bedingungen für die Aufschiebung der Abschiebung

(1) Die Abschiebung nach Artikel 12 wird aufgeschoben,

a) wenn sie gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung verstoßen würde oder

b) wenn und solange die Rückkehrentscheidung nach Artikel 28 ausgesetzt ist.

(2) Die Abschiebung nach Artikel 12 kann unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Einzelfalls ▌ aufgeschoben werden. ***Besteht Fluchtgefahr, können zusätzliche Maßnahmen gemäß Absatz 7 ergriffen werden.***

(3) Beantragt der Drittstaatsangehörige die Aufschiebung der Abschiebung, so ist der Antrag hinreichend zu begründen.

(4) ▌ ***Die*** Mitgliedstaaten ***übermitteln*** dem betreffenden Drittstaatsangehörigen eine schriftliche Bestätigung ▌ der Aufschiebung ***gemäß Absatz 1 oder Absatz 2*** und ***seiner*** Rechte während ***der Aufschiebung. Eine Übersetzung der Bestätigung kann dem Drittstaatsangehörigen mündlich in einer Sprache übermittelt werden, die er versteht oder bei der vernünftigerweise davon ausgegangen werden kann, dass er sie versteht, auch unter Inanspruchnahme von Dolmetschdiensten***.

(5) Die ***Aufschiebung der*** Abschiebung ▌, wird ▌ überprüft***, wenn sich die relevanten Umstände erheblich ändern***.

(6) In Bezug auf die Situation des Drittstaatsangehörigen***, einschließlich dessen Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung,*** während des Zeitraums, für den die Abschiebung aufgeschoben wurde, werden folgende Aspekte sichergestellt:

a) Grundbedürfnisse,

b) Wahrung der Familieneinheit mit den in demselben Hoheitsgebiet aufhältigen Familienangehörigen,

c) medizinische Notfallversorgung und unbedingt erforderliche Behandlung von Krankheiten,

d) Zugang zum Grundbildungssystem für Minderjährige je nach Länge ihres Aufenthalts,

e) Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse schutzbedürftiger Personen.

(7) Wird die Abschiebung aufgeschoben, so können die Maßnahmen nach Artikel ***21 bis 23c und Artikel 29*** angewandt werden, wenn die Bedingungen dafür erfüllt sind.

Artikel 15

Überwachung der Abschiebung

▌ Die Mitgliedstaaten sehen ein unabhängiges ***System für die Überwachung von Rückführungen*** vor. ▌ Die Mitgliedstaaten ***können sich auf bestehende Überwachungsmechanismen wie Strukturen und Fachwissen stützen, die gemäß der Verordnung (EU) 2024/1356 eingerichtet wurden, soweit dies für die Zwecke dieses Artikels relevant ist***.

▌

Artikel 16

Rückkehr von Drittstaatsangehörigen, von denen Sicherheitsrisiken ausgehen

(1) Dieser Artikel gilt für Drittstaatsangehörige, wenn

a) sie eine Gefahr für die öffentliche Ordnung, die öffentliche Sicherheit oder die nationale Sicherheit darstellen***, auch wenn sie Gegenstand einer Ausschreibung nach Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2018/1861 des Europäischen Parlaments und des Rates[31] sind***;

[31] Verordnung (EU) 2018/1861 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. November 2018 über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems (SIS) im Bereich der Grenzkontrollen, zur Änderung des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen und zur Änderung und Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1987/2006 (ABl. L 312 vom 7.12.2018, S. 14, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2018/1861/oj).

b) ***begründete Hinweise*** für die Annahme vorliegen, dass sie eine schwere Straftat im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI des Rates[32] begangen haben ***oder eine Straftat begangen haben, die nach nationalem Recht mit einer Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren geahndet wird, oder mehrere Straftaten begangen haben, die nach nationalem Recht des Urteilsmitgliedstaats mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr geahndet werden***;

ba) begründete Hinweise für die Annahme vorliegen, dass die Person in eine Straftat im Sinne der Richtlinie (EU) 2017/541 des Europäischen Parlaments und des Rates[33] involviert ist;

---

32 Rahmenbeschluss 2002/584/JI des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten – Stellungnahmen bestimmter Mitgliedstaaten zur Annahme des Rahmenbeschlusses (ABl. L 190 vom 18.7.2002, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_framw/2002/584/oj).

33 Richtlinie (EU) 2017/541 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 zur Terrorismusbekämpfung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates und zur Änderung des Beschlusses 2005/671/JI des Rates (ABl. L 88 vom 31.3.2017, S. 6, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2017/541/oj).

c) ***begründete*** Hinweise auf ihre Absicht vorliegen, im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats eine Straftat nach ***den Buchstaben*** b ***und ba*** dieses Absatzes zu begehen;

ca) begründete Hinweise für die Annahme vorliegen, dass von ihnen eine andere nach nationalem Recht ermittelte Sicherheitsbedrohung ausgeht.

(2) Drittstaatsangehörige, die in den Anwendungsbereich dieses Artikels fallen, sind Gegenstand einer Abschiebung nach Artikel 12.

(2a) Absatz 1 Buchstaben b, ba und c finden auch auf Drittstaatsangehörige Anwendung, wenn begründete Hinweise dafür vorliegen, dass sie andere zu den dort genannten Straftaten oder Handlungen angestiftet oder in sonstiger Weise daran teilgenommen haben.

(2b) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Rückkehrentscheidungen, die Drittstaatsangehörige betreffen, die in den Anwendungsbereich dieses Artikels fallen, vorrangig bearbeitet und vollstreckt werden.

(3) Abweichend von den einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung können Drittstaatsangehörige, die in den Anwendungsbereich dieses Artikels fallen,

a) einem nach Artikel 10 verhängten Einreiseverbot unterliegen, das die in Artikel 10 Absatz 6 genannte Höchstdauer ▌ überschreitet, ***oder einem unbefristeten Einreiseverbot unterliegen, wenn dies gerechtfertigt ist und in einem angemessenen Verhältnis zu dem von dem Drittstaatsangehörigen ausgehenden Sicherheitsrisiko steht***; ***in diesem Fall findet Artikel 11 Absatz 4 Anwendung***;

b) im Einklang mit Artikel 29 Absatz 3 Buchstabe c in Haft genommen werden;

c) in Gefängnissen inhaftiert und***, soweit möglich,*** von gewöhnlichen Strafgefangenen getrennt untergebracht werden;

d) für ***zusätzliche Zeiträume, die*** über die in Artikel 32 Absatz 3 genannte Höchstdauer ***hinausgehen*** und ***die*** von ***einem Gericht*** unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls festgelegt und mindestens alle drei Monate von ***einem Gericht*** überprüft werden, in Haft genommen werden.

(4) ***Wenn der von Drittstaatsangehörigen nach Absatz 1 Buchstabe a ausgehenden Gefahr für die öffentliche Ordnung, die öffentliche Sicherheit oder die nationale Sicherheit nicht wirksam gemäß diesem Artikel begegnet werden kann, können die Mitgliedstaaten andere Maßnahmen nach nationalem Recht vorsehen. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Maßnahme zum Zeitpunkt der Entscheidung in Bezug auf die Schwere der Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder die von der betreffenden Person ausgehenden Gefahr notwendig und verhältnismäßig ist***.

(4a) Die Mitgliedstaaten können sich auf eine bestehende gründliche Sicherheitsprüfung aller relevanten Umstände stützen, die von den zuständigen Behörden in früheren Phasen, auch im Zusammenhang mit Asyl-, Visum- und Grenzkontroll-verfahren, einschließlich Überprüfungsverfahren, durchgeführt wurde.

Artikel 17

Rückkehr in einen Drittstaat, mit dem ein Abkommen oder eine Vereinbarung besteht

(1) Die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger in einen Rückkehrstaat im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe g erfordert den Abschluss eines Abkommens oder einer Vereinbarung mit einem Drittstaat. Ein solches Abkommen oder eine solche Vereinbarung darf nur mit einem Drittstaat geschlossen werden, in dem die internationalen Menschenrechtsnormen und -grundsätze im Einklang mit dem Völkerrecht, einschließlich des Grundsatzes der Nichtzurückweisung, eingehalten werden.

(2) Ein Abkommen oder eine Vereinbarung nach Absatz 1 muss folgende Elemente enthalten:

a) die Verfahren für die ***Rückkehr*** illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger ***aus den*** Mitgliedstaaten in den in Absatz 1 genannten Drittstaat;

b) die Bedingungen für den Aufenthalt des Drittstaatsangehörigen in dem in Absatz 1 genannten Drittstaat, einschließlich der jeweiligen Pflichten und Zuständigkeiten ***der Parteien des Abkommens oder der Vereinbarung***;

▌

d) die Verpflichtungen des Drittstaats nach Absatz 1 Satz 2;

▌

f) die Konsequenzen, die bei Verstößen gegen das Abkommen oder die Vereinbarung oder bei erheblichen Änderungen, die sich nachteilig auf die Situation des Drittstaats auswirken, zu ziehen sind.

(2a) Wird in einem Abkommen oder eine Vereinbarung gemäß Absatz 1 die Modalitäten der Rückkehr in einen Rückkehrstaat im Sinne des Artikels 4 Nummer 3 Buchstaben a bis d vorgesehen, so muss das Abkommen oder die Vereinbarung zusätzlich zu Absatz 2 Folgendes regeln:

a) die Folgen für den Fall, dass eine Rückkehr nicht möglich ist;

b) die jeweiligen Pflichten und Zuständigkeiten der Parteien des Abkommens oder der Vereinbarung;

c) die Konsequenzen, die bei erheblichen Änderungen, die sich nachteilig auf die Situation des in Absatz 1 genannten Drittstaats auswirken, zu ziehen sind;

d) eine unabhängige Stelle oder einen unabhängigen Mechanismus zur Überwachung der wirksamen Anwendung des Abkommens oder der Vereinbarung.

Das Abkommen oder die Vereinbarung gemäß Unterabsatz 1 kann Bedingungen für die Inhaftnahme in dem in Absatz 1 genannten Drittstaat enthalten.

(3) ***Die Mitgliedstaaten unterrichten zu geeigneter Zeit die betreffenden Mitgliedstaaten über Verhandlungen über ein Abkommen*** oder ***eine*** Vereinbarung nach ***Unterabsatz 1 mit einem Drittstaat, der eine gemeinsame Landgrenze mit diesen*** Mitgliedstaaten ***hat. Die Mitgliedstaaten unterrichten*** die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten ***über alle bilateralen oder multilateralen Abkommen oder Vereinbarungen, die gemäß Absatz 1 geschlossen wurden, bevor diese in Kraft treten oder, wenn ein Abkommen oder eine Vereinbarung vorläufig angewandt werden soll, bevor mit seiner bzw. ihrer vorläufigen Anwendung begonnen wird***. ***Die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten werden auch über alle nachfolgenden Änderungen oder die Beendigung solcher Abkommen oder Vereinbarungen unterrichtet.***

(4) Unbegleitete Minderjährige ▌ dürfen nicht in einen Drittstaat nach Absatz 1 rückgeführt werden.

Abschnitt 5

Rückkehr Minderjähriger

Artikel 18

Wohl des Kindes

Bei der Anwendung dieser Verordnung ist dem Wohl des Kindes Vorrang einzuräumen.

Artikel 19

Altersbestimmung Minderjähriger

(1) Bestehen infolge von Aussagen des Drittstaatsangehörigen, verfügbaren Nachweisdokumenten oder anderen einschlägigen Hinweisen Zweifel, ob er minderjährig ist, kann die zuständige Behörde eine ***Altersbestimmung im Einklang mit dem nationalen Recht oder dem Unionsrecht*** vornehmen***. Solche Anordnungen müssen mit*** Artikel 25 der Verordnung (EU) 2024/1348 ***in Einklang*** stehen.

(2) Die zuständige Behörde kann sich auf eine bestehende Altersbestimmung stützen, die in früheren Phasen des Rückkehrverfahrens oder in einem anderen einschlägigen Verfahren durchgeführt wurde.

(3) ***Ein Mitgliedstaat kann die Ergebnisse einer Altersbestimmung anderer Mitgliedstaaten anerkennen, sofern diese Altersbestimmung im Einklang mit dem Unionsrecht durchgeführt wurde.***

(6) ***Eine Weigerung, sich einer Altersbestimmung einschließlich der medizinischen Untersuchung zu unterziehen, hindert die zuständige Behörde nicht daran, das Rückkehrverfahren fortzusetzen. Diese Weigerung darf lediglich als widerlegbare Vermutung dafür angesehen werden, dass der Antragsteller nicht minderjährig ist.***

Artikel 20

Rückkehr unbegleiteter Minderjähriger

(1) ▌Unterstützung wird durch geeignete Stellen, bei denen es sich nicht um die für die Vollstreckung von Rückkehrentscheidungen zuständigen Behörden handelt, im Einklang mit dem Wohl des Kindes bereitgestellt.

(2) Ein Vertreter oder eine Person, die für den Schutz des Kindeswohls ***benannt*** ist, wird bestellt, um einen unbegleiteten Minderjährigen im Rückkehrverfahren zu vertreten, zu unterstützen und gegebenenfalls in seinem Namen zu handeln. Es wird sichergestellt, dass der benannte Vertreter in kindgerechter und altersgerechter Kommunikation angemessen geschult ist und ***dass er – auch unter Inanspruchnahme von Dolmetschdiensten – in einer*** Sprache ***kommunizieren kann***, die der Minderjährige versteht ***oder bei der vernünftigerweise davon ausgegangen werden kann, dass er sie versteht***. Diese Person ***soll*** die Person sein, die benannt wurde, als ein Vertreter im Sinne der Richtlinie (EU) 2024/1346[34] zu fungieren, sofern die Person nach Artikel 27 der genannten Richtlinie benannt wurde.

[34] Richtlinie (EU) 2024/1346 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen (ABl. L, 2024/1346, 22.5.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1346/oj).

(3) Der unbegleitete Minderjährige wird entweder direkt oder über den Vertreter oder die ▌ Person nach Absatz 2 angehört, auch im Zusammenhang mit der Feststellung des Kindeswohls. ***Spätestens vor*** der Abschiebung eines unbegleiteten Minderjährigen aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats vergewissern sich die Behörden dieses Mitgliedstaats, dass der Minderjährige einem Mitglied seiner Familie, einem offiziellen Vormund oder einer geeigneten Aufnahmeeinrichtung im Rückkehrstaat übergeben wird.

Kapitel III
PFLICHTEN DES DRITTSTAATSANGEHÖRIGEN

Artikel 21
Pflicht zur Zusammenarbeit

(1) ***Drittstaatsangehörige sind*** verpflichtet, ***das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten zu verlassen, und sie sind*** verpflichtet, in allen Phasen des ***Rückkehrverfahrens*** mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten.

(1a) Der Drittstaatsangehörige informiert die zuständigen Behörden unverzüglich über alle Änderungen seiner individuellen Situation, die für die Zwecke ***dieser Verordnung*** relevant sind.

(2) Der Drittstaatsangehörige **–** ***unbeschadet der Verpflichtung, das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten unverzüglich zu verlassen –***

a) muss im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats, der für das Rückkehrverfahren zuständig ist, dessen Gegenstand der Drittstaatsangehörige ist, ***für die zuständigen Behörden verfügbar bleiben,*** darf nicht ▌ fliehen***, auch nicht in einen anderen Mitgliedstaat, und muss sich zur Ausreise im Rahmen der Beförderung zwecks Rückkehr wie von der zuständigen Behörde festgelegt einfinden***;

aa) darf die Rückkehr weder körperlich noch verbal behindern;

b) muss ▌ unverzüglich alle für die Feststellung oder Überprüfung der Identität ***oder Staatsangehörigkeit*** oder erforderlichen oder anderweitig im Rahmen des ***Rückkehrverfahrens*** relevanten Informationen und physischen ***und digitalen*** Unterlagen bereitstellen, in deren Besitz er ist ***oder von denen vernünftigerweise anzunehmen ist, dass er sie beschaffen kann; dies gilt insbesondere für die Vorlage eines Identitäts- oder Reisedokuments bei den zuständigen Behörden oder die Mitwirkung bei der Beschaffung eines Identitäts- oder Reisedokuments***;

c) darf nicht Dokumente***, Informationen und Unterlagen, die in Buchstabe b dieses Absatzes genannt sind,*** vernichten***, zurückhalten*** oder anderweitig beseitigen, in betrügerischer Absicht Aliasnamen verwenden, andere falsche Angaben in mündlicher oder schriftlicher Form bereitstellen ***oder die Behörden in anderer Weise irreführen*** oder sich ▌ dem Rückkehrverfahren betrügerisch widersetzen;

d) muss sich erklären, wenn er nicht im Besitz eines Identitäts- oder Reisedokuments ist;

e) muss Informationen über die Transit-Drittstaaten***, die gewählten Reiserouten oder andere Drittstaaten, zu denen er womöglich Verbindungen unterhält, die die Rückkehr erleichtern könnten,*** bereitstellen;

f) muss biometrische Daten im Sinne des ***nationalen Rechts und des Unionsrechts, einschließlich des*** Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe s der Verordnung (EU) 2024/1358 des Europäischen Parlaments und des Rates[35], bereitstellen;

fa) muss die Reiseanforderungen der Beförderer und die Einreiseanforderungen der Behörden von Drittstaaten, einschließlich der Gesundheitsanforderungen, erfüllen, wenn diese Anforderungen generell internationalen Reisenden auferlegt werden;

g) muss ***auf Anfrage der zuständigen Behörden*** genaue Kontaktdaten angeben, einschließlich des derzeitigen Aufenthaltsorts, der Anschrift, der Telefonnummer, unter der er erreichbar ist, und gegebenenfalls einer E-Mail-Adresse;

---

35 Verordnung (EU) 2024/1358 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 über die Einrichtung von Eurodac für den Abgleich von biometrischer Daten zum Zwecke der effektiven Anwendung der Verordnungen (EU) 2024/1351 und (EU) 2024/1350 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2001/55/EG des Rates sowie für die Feststellung der Identität illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger und Staatenloser und über der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung dienende Anträge der Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und Europols auf den Abgleich mit Eurodac-Daten, zur Änderung der Verordnungen (EU) 2018/1240 und (EU) 2019/818 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 603/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L, 2024/1358, 22.5.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1358/oj).

h) muss unverzüglich Informationen über etwaige Änderungen der unter Buchstabe g genannten Kontaktdaten bereitstellen;

i) muss ***allen gemäß*** Artikel 23 ***Absatz 1 und Artikel 23c Absatz 1 verhängten Maßnahmen*** während des gesamten ***Rückkehrverfahrens*** nachkommen;

j) muss alle erforderlichen Informationen und Erklärungen im Zusammenhang mit Anträgen, die bei den zuständigen Behörden betreffender Drittstaaten zur Erlangung von Reisedokumenten gestellt wurden, bereitstellen und erforderlichenfalls mit diesen Drittstaatsbehörden zusammenarbeiten;

k) muss ▌ persönlich oder ▌ per Videokonferenz***, wie von den zuständigen Behörden gefordert,*** vor den zuständigen nationalen Behörden oder Drittstaatsbehörden an dem von diesen Behörden angegebenen Ort ***für den Zweck der Beschaffung von Reisedokumenten und der Feststellung seiner Identität oder Staatsangehörigkeit*** erscheinen;

l) muss auf Verlangen der zuständigen Behörden an einer Rückkehr- und Wiedereingliederungsberatung teilnehmen***;***

la) muss weitere einschlägige zusätzliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Rückkehr gemäß nationalem Recht einhalten.

Die Verpflichtungen, die dem Drittstaatsangehörigen nach diesem Artikel auferlegt werden, lassen die im nationalen Recht vorgesehenen Verpflichtungen und Maßnahmen, die nicht mit der Rückkehr in Zusammenhang stehen, unberührt.

(3) Die in Absatz 2 Buchstabe b genannten Informationen und ▌ Unterlagen oder, falls nicht verfügbar, Kopien davon umfassen insbesondere die Erklärungen des Drittstaatsangehörigen und alle in seinem Besitz befindlichen Unterlagen in Bezug auf

a) seinen Namen, sein Geburtsdatum und seinen Geburtsort, sein Geschlecht sowie seine Staatsangehörigkeit(en) oder die Tatsache, dass der Drittstaatsangehörige staatenlos ist;

b) seine Familienangehörigen und andere personenbezogene Angaben des Drittstaatsangehörigen, sofern dies für die Durchführung des ***Rückkehrverfahrens*** oder für die Bestimmung des Rückkehrstaates relevant ist;

c) Art, Anzahl, Gültigkeitsdauer und Ausstellungsland jedweder Identitäts- oder Reisedokumente des Drittstaatsangehörigen und anderer von ihm vorgelegter Dokumente, die die zuständige Behörde für die Zwecke seiner Identifizierung, für die Durchführung des ***Rückkehrverfahrens*** und für die Bestimmung des Rückkehrstaates für relevant hält;

d) von einem anderen Mitgliedstaat oder einem Drittstaat ausgestellte Aufenthaltstitel oder sonstige Aufenthaltsberechtigungen für den Drittstaatsangehörigen;

e) eine von einem anderen Mitgliedstaat erlassene Rückkehrentscheidung**,** ***Entscheidung über die Anordnung der Abschiebung oder Anordnung eines Einreiseverbots***;

f) ein Land oder Länder und einen Ort oder Orte des früheren Aufenthalts, Reiserouten***, Transitländer*** und Reiseunterlagen.

(4) Beschließen die zuständigen Behörden, ein für die ▌Rückkehr erforderliches Dokument nach Absatz 2 Buchstabe b einzubehalten, so stellen sie sicher, dass der Drittstaatsangehörige ▌unverzüglich Fotokopien oder ***einen anderen geeigneten Nachweis über die Einbehaltung*** der ***Dokumente*** erhält. ***Im Falle der freiwilligen*** Rückkehr ▌händigen die zuständigen Behörden dem Drittstaatsangehörigen solche Dokumente entweder bei der Ausreise oder bei der Ankunft im Drittstaat wieder aus.

(5) Der Drittstaatsangehörige ***muss über alle im nationalen Recht vorgesehenen Kommunikationsmittel erreichbar sein***. Die Mitgliedstaaten legen ▌im nationalen Recht die Methode der Mitteilung und den Zeitpunkt fest, zu dem die Mitteilung als bei dem Drittstaatsangehörigen eingegangen und diesem mitgeteilt gilt, oder nutzen digitale Systeme, die ***von den Mitgliedstaaten oder*** der Union für die Zwecke dieser Mitteilung entwickelt und/oder unterstützt werden.

▌

Artikel 21a

Fluchtgefahr

(1) Sofern nicht das Gegenteil nachgewiesen wird, besteht im Einzelfall Fluchtgefahr, wenn eines der folgenden Kriterien in Bezug auf den betreffenden illegal aufhältigen Drittstaatsangehörigen erfüllt ist:

a) Der Drittstaatsangehörige ist ohne Genehmigung in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats eingereist, hat sich dorthin begeben – auch wenn er dies nach der Durchreise durch einen Drittstaat getan hat – oder hat dies versucht.

b) Gegen den Drittstaatsangehörigen ist eine Rückkehrentscheidung ergangen, die von einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dessen Hoheitsgebiet sich die Person derzeit illegal aufhält, erlassen wurde, auch wenn dies mittels der gemäß der Verordnung (EU) 2018/1860 in das Schengener Informationssystem eingegebenen Ausschreibungen festgestellt wurde.

c) Der Drittstaatsangehörige kommt einer oder mehreren der gemäß Artikel 23 Absatz 1 und Artikel 23b Absatz 1 verhängten Maßnahmen nicht nach oder bekundet oder zeigt die Absicht, dies nicht zu tun.

d) Der Drittstaatsangehörige ist unter Verstoß gegen ein gültiges Einreiseverbot erneut in das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten eingereist.

(2) In Fällen, die nicht unter Absatz 1 fallen, wird die Fluchtgefahr auf der Grundlage einer umfassenden Bewertung der Umstände des Einzelfalls bestimmt. Die Bewertung umfasst eines oder mehrere der folgenden Kriterien in Bezug auf den betreffenden illegal aufhältigen Drittstaatsangehörigen:

a) kein nachweisbarer oder kein fester Wohnsitz oder keine zuverlässige Anschrift,

b) Nichteinhaltung der Verpflichtung zur Ausreise aus dem Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten innerhalb der nach Artikel 7 Absatz 1a Buchstabe a gesetzten Frist,

c) unmittelbares Bevorstehen der Abreise und Vorliegen von Gründen zur Annahme, dass der Drittstaatsangehörige beabsichtigt, gegen die Pflicht zur Zusammenarbeit nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe a zu verstoßen,

d) Verwendung falscher oder gefälschter Identitäts- oder Reisedokumente, Aufenthaltstitel, Visa oder Dokumente, die die Erfüllung der Einreisebedingungen nachweisen, Vernichtung oder anderweitige Beseitigung solcher Dokumente, Verwendung von Aliasnamen in betrügerischer Absicht, Bereitstellung anderer falscher Angaben in mündlicher oder schriftlicher Form oder anderweitige betrügerische Behinderung des Rückkehr- oder Rückübernahmeverfahrens,

e) Nichtteilnahme an einer Rückkehr- und Wiedereingliederungsberatung, sofern von den zuständigen Behörden verlangt,

f) fehlende Verankerung auf sozialer Ebene, insbesondere aufgrund des Fehlens familiärer Bindungen und unzureichender Existenzmittel,

g) Nichteinhaltung der Pflichten nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben a bis c, e, fa, und i bis k, einschließlich mangelnder Kooperation bei der Erlangung von Reisedokumenten,

h) andere als die unter den Buchstaben a bis f genannten Kriterien, sofern im nationalen Recht vorgesehen.

▌

Kapitel IIIa

MAßNAHMEN ZUR FÖRDERUNG DER RÜCKKEHR UND ALTERNATIVEN ZUR INHAFTNAHME

Artikel 23

Verfügbarkeit für das Rückkehrverfahren

(-1) Um eine ▌ wirksame Rückkehr ***vorzubereiten und*** zu gewährleisten ***oder weitere Anreize dafür zu schaffen, der Verpflichtung zur Ausreise und der Pflicht zur Zusammenarbeit nachzukommen, können die Mitgliedstaaten*** eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen ***gegen den Drittstaatsangehörigen verhängen***:

a) die Verpflichtung, in einem geografischen Gebiet innerhalb des Hoheitsgebiets des Mitgliedstaats ***zu verbleiben***, in dem sie sich frei bewegen können,

b) ***die Verpflichtung, sich*** an einer bestimmten Anschrift ***oder einem von den zuständigen Behörden benannten Ort aufzuhalten***,

c) ***die Verpflichtung, sich*** bei den zuständigen Behörden ***zu bestimmten Zeitpunkten persönlich oder auf andere im nationalen Recht festgelegte Weise zu melden***,

d) ***andere als die unter den Buchstaben a bis c genannten Maßnahmen, sofern dies im nationalen Recht vorgesehen ist.***

(2) ***Maßnahmen nach*** Absatz 1 ***finden*** nur Anwendung, soweit ***sie*** mit den besonderen Bedürfnissen schutzbedürftiger Personen und dem Wohl des Kindes vereinbar ***sind***.

(2a) ***Die in Absatz 1 genannten Maßnahmen können auch gegen Drittstaatsangehörige verhängt werden, die nicht abgeschoben werden können, wenn sie nicht mit den zuständigen Behörden kooperieren.***

(3) Auf Antrag können die zuständigen Behörden dem Drittstaatsangehörigen die Genehmigung erteilen, ***einer der in Absatz 1 genannten Maßnahmen vorübergehend nicht nachzukommen.***

(4) ***Der Drittstaatsangehörige wird darüber unterrichtet, ob die Genehmigung*** nach Absatz 3 ***erteilt wird***.

(5) Ein Drittstaatsangehöriger muss keine Genehmigung ***gemäß Absatz 3*** einholen, um Termine bei Behörden oder Gerichten wahrzunehmen, ***wenn er andernfalls gegen seine Verpflichtungen nach Absatz 1 verstoßen würde und wenn*** seine Anwesenheit erforderlich ist. Der Drittstaatsangehörige hat die zuständigen Behörden über solche Termine ***im Voraus*** zu informieren.

(6) Die Entscheidungen nach Absatz 1 Buchstaben b und c werden schriftlich getroffen, müssen verhältnismäßig sein und den besonderen Umständen des betreffenden Drittstaatsangehörigen Rechnung tragen.

(7) Der Drittstaatsangehörige wird über jede Entscheidung, dass Maßnahmen nach Absatz 1 dieses Artikels zur Anwendung kommen, und über die Konsequenzen einer Nichteinhaltung dieser Entscheidung, einschließlich einer Inhaftnahme gemäß Artikel 29, unterrichtet.

Artikel 23a

Ermittlungsmaßnahmen

(1) Unbeschadet von Ermittlungsmaßnahmen gemäß nationalem Recht aus anderen Gründen, die nicht mit der Rückkehr in Zusammenhang stehen, können die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, soweit dies zur Vorbereitung oder Gewährleistung einer wirksamen Rückkehr erforderlich, verhältnismäßig und hinreichend begründet ist,

a) den Drittstaatsangehörigen und – vorbehaltlich einer vorherigen gerichtlichen Anordnung oder, im Einklang mit dem einschlägigen nationalen Recht, einer Verwaltungsanordnung, sofern dies erforderlich, verhältnismäßig und durch die Dringlichkeit einer solchen Durchsuchung hinreichend begründet ist – seinen Aufenthaltsort oder andere einschlägige Räumlichkeiten durchsuchen,

aa) Verwaltungsmaßnahmen ergreifen, um die Einhaltung der im nationalen Recht festgelegten Verpflichtung zur Bereitstellung biometrischer Daten, einschließlich Fingerabdrücken, sicherzustellen, was die Möglichkeit umfassen könnte, als letztes Mittel auf Zwangsmittel zurückzugreifen, wenn ein Drittstaatsangehöriger keine biometrischen Daten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe f bereitstellt,

b) persönliche Gegenstände, elektronische Geräte und andere relevante Gegenstände durchsuchen und beschlagnahmen,

c) weitere Ermittlungsmaßnahmen anordnen, sofern dies im nationalen Recht vorgesehen ist.

(2) Alle Ermittlungsmaßnahmen nach Absatz 1 Buchstaben a bis c dieses Artikels können ohne die Zustimmung des betreffenden Drittstaatsangehörigen durchgeführt werden.

(3) Alle Ermittlungsmaßnahmen nach Absatz 1 Buchstaben a bis c dieses Artikels müssen mit den Grundrechten im Einklang stehen und unterliegen den im Unionsrecht und im nationalen Recht verankerten Garantien und Rechtsbehelfen.

Artikel 23b

Folgen der Nichteinhaltung der Pflicht zur Zusammenarbeit

(1) Bei Nichteinhaltung der Pflicht zur Zusammenarbeit gemäß Artikel 21 Absatz 1 und der Anforderungen gemäß Artikel 21 Absatz 2 verhängen die Mitgliedstaaten gegen den betreffenden Drittstaatsangehörigen eine oder mehrere der in Artikel 23 Absatz 1 festgelegten Maßnahmen und können eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen verhängen, die wirksam und verhältnismäßig sein müssen:

b) Verweigerung oder Kürzung bestimmter Leistungen und Zuwendungen, sofern im nationalen Recht vorgesehen, es sei denn, dies würde dazu führen, dass der Betroffene nicht in der Lage wäre, seine Grundbedürfnisse zu decken,

c) Verweigerung oder Kürzung von Anreizen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr, einschließlich Verweigerung oder Einschränkung der Unterstützung im Rahmen von Rückkehr- und Wiedereingliederungsprogrammen nach Artikel 46 Absatz 3,

d) Verweigerung oder Entzug der Arbeitserlaubnis, sofern im nationalen Recht vorgesehen,

e) Verlängerung der Geltungsdauer eines Einreiseverbots bis zur Höchstdauer nach Artikel 10 Absatz 6,

f) strafrechtliche Sanktionen, einschließlich Freiheitsentzug, sofern im nationalen Recht vorgesehen,

g) Geldstrafen,

h) andere als die oben genannten Maßnahmen oder Folgen, sofern im nationalen Recht vorgesehen.

Artikel 23c

Alternativen zur Inhaftnahme

(1) Die Mitgliedstaaten können eine oder mehrere der folgenden alternativen Maßnahmen zur Inhaftnahme ergreifen, wobei die individuellen Umstände des betreffenden Drittstaatsangehörigen, einschließlich der nach Artikel 21a bewerteten Fluchtgefahr, zu berücksichtigen sind:

a) Hinterlegung einer angemessenen finanziellen Garantie,

b) Rückgriff auf elektronische Überwachung,

c) andere als die unter den Buchstaben a und b genannten Maßnahmen, sofern im nationalen Recht vorgesehen.

(1a) Die in Unterabsatz 1 genannten Maßnahmen zielen in erster Linie darauf ab, die wirksame und fristgerechte Rückkehr des Drittstaatsangehörigen sicherzustellen.

(2) In der Entscheidung über die Anwendung der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Maßnahmen sind die sachlichen und rechtlichen Gründe anzugeben.

(3) Der Drittstaatsangehörige wird über jede Entscheidung, dass Maßnahmen nach Absatz 1 dieses Artikels ergriffen werden, und über die Konsequenzen einer Nichteinhaltung dieser Entscheidung, einschließlich einer Inhaftnahme gemäß Artikel 29, schriftlich unterrichtet.

(4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die nach Absatz 2 getroffenen Entscheidungen auf Antrag der betroffenen Person oder von Amts wegen von einem Gericht überprüft werden.

Kapitel IV

GARANTIEN UND RECHTSBEHELFE

Abschnitt 1

Verfahrensgarantien

Artikel 24

Recht auf Information

(1) ***Die zuständigen Behörden stellen sicher, dass*** Drittstaatsangehörige, die ***rückkehrpflichtig sind***, ▌über Folgendes informiert ***werden***:

a) ***den*** Zweck ▌des ***Verfahrens***,

b) die ▌Pflichten von Drittstaatsangehörigen ▌nach den Artikeln 21 und 23, die Folgen der Nichteinhaltung nach ***Artikel 23b und Artikel 29 Absatz 3 Buchstabe e***, das Vorhandensein einer Ausschreibung der betreffenden Person zur Rückkehr im Schengener Informationssystem sowie die Anerkennung und Vollstreckung einer von einem anderen Mitgliedstaat nach Artikel 9 erlassenen Rückkehrentscheidung,

c) Rückkehr- und Wiedereingliederungsberatung und -programme nach Artikel 46,

d) ihre Verfahrensrechte ▌gemäß dieser Verordnung und nationalem Recht, insbesondere das Recht auf Rechtsberatung und -vertretung nach Artikel 25.

(2) Die Informationen werden unverzüglich ▌in einer Sprache erteilt, die der Drittstaatsangehörige versteht oder von der vernünftigerweise ***davon ausgegangen*** werden kann, dass er sie versteht**.** ***Die*** Informationen ***können*** über Standardinformationsblätter in Papierform oder in elektronischer Form bereitgestellt ***werden, wobei sie erforderlichenfalls durch den Rückgriff auf Übersetzungs- und Dolmetschdienste mündlich ergänzt werden können***. Bei ***unbegleiteten*** Minderjährigen werden die Informationen in ***einer*** altersgerechten Weise unter Einbeziehung des ▌Vertreters ***oder der zur Unterstützung des Minderjährigen benannten Person*** im Sinne des Artikels 20 Absatz 2 bereitgestellt.

(2a) ***Führt die zuständige Behörde eine Abschiebung auf der Grundlage einer Rückkehrentscheidung oder einer Abschiebungsentscheidung durch, in der mehr als ein Rückkehrstaat bestimmt wurde, so wird der*** Drittstaatsangehörige ***rechtzeitig vor der Abschiebung über den Rückkehrstaat unterrichtet, in den er abgeschoben wird.***

Artikel 25

Rechtsberatung und -vertretung

(1) Im Falle eines Rechtsbehelfs oder einer Überprüfung durch ***ein Gericht*** nach Artikel 27 stellen die Mitgliedstaaten auf Antrag des Drittstaatsangehörigen sicher, dass ***ihm die erforderliche*** Rechtsberatung und -vertretung unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird ▌.

(2) ***Die zuständigen Behörden stellen sicher, dass*** unbegleitete Minderjährige ***in einer Weise vertreten und beraten werden, die es ihnen ermöglicht, die Rechte aus dieser Verordnung in Anspruch zu nehmen und den sich aus dieser Verordnung ergebenden Pflichten nachzukommen***.

(4) Die unentgeltliche Rechtsberatung und -vertretung erfolgt durch Rechtsbeistände oder andere nach nationalem Recht ***für die Rechtsberatung und -vertretung von Drittstaatsangehörigen*** zugelassene oder befugte Personen, die über eine angemessene Qualifikation verfügen, ***oder durch nichtstaatliche Organisationen, die nach nationalem Recht für die Erbringung von Rechtsdienstleistungen oder Vertretungsdienstleistungen für Drittstaatsangehörige akkreditiert sind***.

(5) Im Rechtsbehelfsverfahren können die Mitgliedstaaten die Bereitstellung von unentgeltlicher Rechtsberatung und -vertretung ausschließen, wenn

a) davon ausgegangen wird, dass der Drittstaatsangehörige über ausreichende Mittel verfügt, um die Kosten für Rechtsberatung und -vertretung selbst zu tragen,

b) davon ausgegangen wird, dass der Rechtsbehelf keine hinreichenden Aussichten auf Erfolg hat oder missbräuchlich ist,

c) es sich um einen Rechtsbehelf oder eine Überprüfung in zweiter oder höherer Instanz handelt oder um Wiederaufnahmeverfahren oder Rechtsbehelfsüberprüfungen, wie im nationalen Recht vorgesehen,

d) der Drittstaatsangehörige bereits von einem Rechtsberater unterstützt oder vertreten wird.

(6) Der Drittstaatsangehörige, der unentgeltliche Rechtsberatung und -vertretung beantragt, muss seine finanzielle Situation offenlegen ***und die zuständigen Behörden unverzüglich über jede wesentliche Änderung seiner finanziellen Situation informieren, es sei denn, im nationalen Recht ist eine unentgeltliche Rechtsberatung unabhängig von seiner finanziellen Situation vorgesehen***.

(7) Mit Ausnahme der Unterstützung unbegleiteter Minderjähriger ▌können die Mitgliedstaaten

a) für die unentgeltliche Rechtsberatung und -vertretung eine finanzielle oder zeitliche Begrenzung vorsehen, soweit diese Begrenzung nicht willkürlich ist und dadurch der Zugang zu unentgeltlicher Rechtsberatung und -vertretung nicht ungebührlich eingeschränkt ▌wird,

b) die vollständige oder teilweise Erstattung der entstandenen Kosten verlangen, wenn sich die finanzielle Lage des Drittstaatsangehörigen während des Rückkehrverfahrens verbessert hat oder wenn die Entscheidung, unentgeltliche Rechtsberatung und -vertretung zu leisten, auf der Grundlage falscher Angaben des Drittstaatsangehörigen getroffen wurde,

c) vorsehen, dass Drittstaatsangehörigen hinsichtlich der Gebühren, anderen Kosten und Erstattungen eine Gleichbehandlung, aber keine günstigere Behandlung zuteilwird, als sie den eigenen Staatsangehörigen in Fragen der Rechtsberatung im Allgemeinen zukommt.

(8) Die Mitgliedstaaten legen spezifische verfahrensrechtliche Vorschriften fest, mit denen geregelt wird, wie Anträge auf unentgeltliche Rechtsberatung und -vertretung ***in Verbindung mit einem Rechtsbehelf oder einer Überprüfung durch ein Gericht nach Artikel 27*** gestellt und bearbeitet werden, oder wenden die für nationale Anträge ähnlicher Art geltenden Vorschriften an, vorausgesetzt, durch diese Vorschriften wird der Zugang zur unentgeltlichen Rechtsberatung und -vertretung nicht übermäßig erschwert oder unmöglich gemacht.

(9) Wird die Entscheidung, dass keine unentgeltliche Rechtsberatung und -vertretung gewährt wird, nicht von ***einem Gericht*** getroffen und damit begründet, dass der Rechtsbehelf keine hinreichende Aussicht auf Erfolg hat oder missbräuchlich ist, so wird dem Antragsteller das Recht auf ein wirksames Rechtsmittel gegen diese Entscheidung vor ***einem Gericht*** gewährt. ▌

(10) Die Mitgliedstaaten können nach nationalem Recht unentgeltliche Rechtsberatung und -vertretung im Verwaltungsverfahren vorsehen.

Abschnitt 2

Rechtsbehelfe

Artikel 26

Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf

(1) Dem betreffenden Drittstaatsangehörigen wird ein wirksamer Rechtsbehelf eingeräumt, um die in Artikel 7 ***Absatz 1***, Artikel 10 und Artikel 12 Absatz 2 genannten Entscheidungen vor ***dem nach nationalem Recht*** zuständigen ***Gericht*** anzufechten.

(2) Der wirksame Rechtsbehelf muss eine umfassende ***Prüfung*** sowohl in sachlicher als auch in rechtlicher Hinsicht vorsehen.

(3) ***Lassen die Umstände des Falls, der dem für den Rechtsbehelf gegen die Rückkehrentscheidung oder die Abschiebungsentscheidung zuständigen Gericht zur Kenntnis gebracht wurde, so wie sie nach einem kontradiktorischen Verfahren ergänzt und erläutert wurden, vermuten, dass der Grundsatz der Nichtzurückweisung ausgehöhlt werden könnte, so muss*** die Einhaltung der sich aus dem Grundsatz der Nichtzurückweisung ergebenden Anforderungen ▌überprüft ***werden*** ▌.

(4) Die Nichtigerklärung oder Aufhebung eines nicht wesentlichen Bestandteils einer Rückkehrentscheidung führt nicht zur Nichtigerklärung oder Aufhebung des verbleibenden Teils der betreffenden Entscheidung.

Artikel 27

Rechtsbehelf bei einem zuständigen ***Gericht***

(1) ***Für die Zwecke der Anwendung dieser Verordnung legen die Mitgliedstaaten im*** nationalen Recht ▌die Frist für die Einlegung eines Rechtsbehelfs bei ***einem*** erstinstanzlichen ***Gericht fest, die*** höchstens 14 Tage ***betragen darf***.

Mitgliedstaaten, die bis zum … [Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung] in ihrem nationalen Recht Fristen für die Einlegung eines Rechtsbehelfs vorsehen, die 30 Tage oder länger betragen, können von Unterabsatz 1 abweichen. Beschließen die Mitgliedstaaten eine Abweichung, so darf die in Unterabsatz 1 genannte Frist 30 Tage nicht überschreiten.

(2) Die in Absatz 1 ***genannte Frist*** beginnt mit dem Tag, an dem Drittstaatsangehörigen eine der in Artikel 7 ***Absatz 1***, Artikel 10 und Artikel 12 Absatz 2 genannten Entscheidungen mitgeteilt wird ▌oder ***an dem sie*** nach nationalem Recht ***als mitgeteilt gilt***.

(3) Beruht eine Rückkehrentscheidung auf demselben Akt wie eine Entscheidung über die Verweigerung oder Beendigung des rechtmäßigen Aufenthalts oder wurde sie in demselben Akt erlassen, so können die Fristen für die Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen die Rückkehrentscheidung die im nationalen Recht festgelegten Fristen für die Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen eine Entscheidung über die Beendigung oder Verweigerung des rechtmäßigen Aufenthalts sein.

(4) Wird ein Einreiseverbot ***und/oder eine Abschiebungsentscheidung*** zusammen mit einer Rückkehrentscheidung nach Artikel 7 erlassen, so muss der Rechtsbehelf dagegen auch gegen die Rückkehrentscheidung eingelegt werden, und zwar vor demselben ***Gericht*** sowie innerhalb derselben ***Verfahren*** und Fristen. Wird ein Einreiseverbot ***und/oder eine Abschiebungsentscheidung*** getrennt von einer Rückkehrentscheidung erlassen oder ist es die einzige anzufechtende Entscheidung, so kann der Rechtsbehelf gesondert eingelegt werden. ▌

Artikel 28

Aufschiebende Wirkung

(1) ***Wenngleich diese Verordnung keine automatische aufschiebende Wirkung des Rechtsbehelfs vorsieht, stellen die Mitgliedstaaten unter uneingeschränkter Achtung des Artikels 47 der Charta sicher, dass die Abschiebung vor der*** Vollstreckung der nach Artikel 7 und Artikel 12 Absatz 2 ***erlassenen Entscheidungen durch das zuständige erstinstanzliche Gericht*** ausgesetzt ***werden kann. Die Abschiebung kann auf Antrag des betroffenen Drittstaatsangehörigen für die Dauer der Frist für die Einlegung eines Rechtsbehelfs gemäß Artikel 27 oder, wenn ein Rechtsbehelf eingelegt wurde, bis zur Entscheidung über einen derartigen Rechtsbehelf ausgesetzt werden, es sei denn, im nationalen Recht ist auch vorgesehen, dass die Vollstreckung einer solchen Entscheidung von Amts wegen ausgesetzt werden kann. Dieser Absatz gilt unbeschadet von Bestimmungen des nationalen Rechts, nach denen Rechtsbehelfe vor einem erstinstanzlichen Gericht eine automatische aufschiebende Wirkung haben.***

(1a) Bei der Prüfung des Antrags gemäß Absatz 1 kann sich das Gericht auf das ihm zur Kenntnis gebrachte Aktenmaterial stützen, einschließlich etwaiger Bewertungen relevanter Umstände, die in früheren Phasen des Rückkehrverfahrens und gegebenenfalls des Asylverfahrens vorgenommen wurden.

(3) Wird ein weiterer Rechtsbehelf gegen die Entscheidung über einen ersten oder nachfolgenden Rechtsbehelf eingelegt, wird die ***Abschiebung*** nicht ausgesetzt, es sei denn, ***die Bestimmungen des nationalen Rechts sehen eine aufschiebende Wirkung derartiger Rechtsbehelfe vor oder*** der Drittstaatsangehörige beantragt die Aussetzung und ***ein zuständiges Gericht*** beschließt, diese unter gebührender Berücksichtigung der besonderen Umstände des Einzelfalls zu gewähren.

Kapitel V
INHAFTNAHME

Artikel 29
Haftgründe

(1) Die Mitgliedstaaten dürfen einen Drittstaatsangehörigen nach dieser Verordnung auf der Grundlage einer Einzelfallprüfung in Haft nehmen, wenn die Inhaftnahme verhältnismäßig ist.

(2) Die Mitgliedstaaten dürfen einen Drittstaatsangehörigen nur ***für die Zwecke der Rückkehr, einschließlich*** zur Vorbereitung der Rückkehr***, der Rückübernahme und*** zur Durchführung der Abschiebung in Haft halten.

(3) Ein Drittstaatsangehöriger darf nur aus einem oder mehreren der folgenden Haftgründe inhaftiert werden:

a) nach Artikel ***21a*** festgestellte Fluchtgefahr;

b) der Drittstaatsangehörige umgeht oder behindert ***die Rückübernahme,*** die Vorbereitung der Rückkehr oder ***die Abschiebung***;

c) der Drittstaatsangehörige stellt ein Sicherheitsrisiko nach Artikel 16 dar;

d) um seine Identität oder Staatsangehörigkeit festzustellen oder zu überprüfen;

e) Nichteinhaltung der ***Pflichten*** nach Artikel ***21 Absatz 2 Buchstaben a bis c, e, fa, und i bis k, einschließlich mangelnder Kooperation bei der Erlangung von Reisedokumenten***;

f) andere einschlägige im nationalen Recht vorgesehene Gründe im Zusammenhang mit der Rückkehr, um wirksame Rückkehrverfahren zu gewährleisten, die notwendig und verhältnismäßig sind.

(5) Die Inhaftnahme wird von einer Verwaltungs- oder Justizbehörde angeordnet. Die Inhaftnahme wird durch eine schriftliche Entscheidung angeordnet, in der die sachlichen und rechtlichen Gründe, auf denen sie beruht, sowie Informationen über die verfügbaren Rechtsbehelfe aufgeführt sind. Die Entscheidung wird dem Drittstaatsangehörigen ***mündlich oder schriftlich*** in einer Sprache mitgeteilt, die der Drittstaatsangehörige versteht oder bei der vernünftigerweise davon ausgegangen werden kann, dass er sie versteht***, auch unter Inanspruchnahme von Dolmetsch- oder Übersetzungsdiensten***.

(6) Bei der Inhaftnahme eines Drittstaatsangehörigen gemäß Absatz 2 berücksichtigen die Mitgliedstaaten***, ob*** er eine schutzbedürftige Person ist.

▌

Artikel 32

Haftdauer

(1) Die Haft dauert so kurz wie möglich und wird so lange aufrechterhalten, wie die in Artikel 29 dargelegten ***Gründe*** gegeben sind und wie dies erforderlich ist, um die ***wirksame und*** erfolgreiche Rückkehr ***des Drittstaatsangehörigen*** zu gewährleisten.

(2) Stellt sich heraus, dass die in Artikel 29 genannten ***Gründe*** nicht mehr ***gegeben*** sind, so ***wird*** der Drittstaatsangehörige ▌ aus der ***gemäß dieser Verordnung verhängten*** Haft entlassen. Diese Entlassung steht der Anwendung von Maßnahmen ▌ gemäß ***den Artikeln 23 und 23c*** nicht entgegen.

(3) Die Haftdauer darf in ***einem*** Mitgliedstaat zwölf Monate ***nicht*** überschreiten. ***Wenn*** das Rückkehrverfahren aufgrund mangelnder Kooperation des betreffenden Drittstaatsangehörigen oder aufgrund von Verzögerungen beim Erhalt der erforderlichen Unterlagen aus Drittstaaten voraussichtlich länger dauern wird ***oder unter im nationalen Recht vorgesehenen außergewöhnlichen Umständen kann die Haftdauer*** verlängert werden***, darf jedoch 24 Monate in einem Mitgliedstaat nicht überschreiten***.

Hat sich der Drittstaatsangehörige in einen anderen Mitgliedstaat begeben und stellt sein Verhalten einen Haftgrund gemäß Artikel 29 Absatz 3 dar, so gilt eine neue Haftdauer.

(3a) Nach Ablauf der maximalen Haftdauer von 24 Monaten gemäß Absatz 3 kann für weitere Zeiträume von insgesamt bis zu sechs Monaten eine Inhaftnahme angeordnet werden, wenn Fluchtgefahr besteht und aufgrund einer oder mehrerer der folgenden Änderungen der Umstände hinreichende Aussicht auf Abschiebung besteht:

a) es liegen neue relevante Informationen über die Identität des Drittstaatsangehörigen vor;

b) das Reisedokument wurde erlangt, oder es kann aufgrund einer Änderung der Umstände vernünftigerweise davon ausgegangen werden, dass es erlangt werden kann;

c) die Zusammenarbeit mit dem Drittstaat hat sich verbessert.

Bei der Inhaftnahme eines Drittstaatsangehörigen gemäß diesem Absatz räumt der Mitgliedstaat einem solchen Fall Vorrang ein, um zu gewährleisten, dass die Inhaftnahme so kurz wie möglich bleibt.

(4) Der Ablauf der maximalen Haftdauer gemäß ***den Absätzen*** 3 ***und 3a*** schließt die Anwendung von Maßnahmen nach ***den Artikeln 23 und 23c*** nicht aus.

(5) Kooperiert ein Drittstaatsangehöriger während seiner Inhaftnahme im Hinblick auf seine Rückkehr, so wird die freiwillige Rückkehr des betreffenden Drittstaatsangehörigen, sofern angemessen, unverzüglich organisiert. Die Inhaftnahme kann gegebenenfalls bis zur Ausreise aufrechterhalten werden, um eine wirksame Rückkehr im Sinne der Absätze 3 und 3a zu gewährleisten.

Artikel 33

Überprüfung von Haftanordnungen

(1) ***Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass*** die Inhaftnahme ▌ mindestens ▌ alle ***sechs*** Monate auf Antrag des betreffenden Drittstaatsangehörigen oder von Amts wegen überprüft ***wird***.

(2) ***Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass*** die Inhaftnahme unbegleiteter Minderjähriger ▌ von Amts wegen ▌ mindestens ▌ alle drei Monate ***oder auf Antrag des betreffenden unbegleiteten Minderjährigen oder seines gemäß Artikel 20 Absatz 2 bestellten Vertreters*** überprüft ***wird***.

(3) Wurde die Inhaftnahme von Verwaltungsbehörden angeordnet oder verlängert, so stellen die Mitgliedstaaten ***Folgendes*** sicher ▌:

a) ***sie tragen dafür Sorge, dass über eine*** gerichtliche Überprüfung der Rechtmäßigkeit einer Inhaftnahme so schnell wie möglich ***innerhalb eines nach nationalem Recht festgelegten Zeitraums*** nach Beginn der Haft ▌ ***entschieden*** wird, oder

b) ***sie räumen*** dem betreffenden Drittstaatsangehörigen das Recht ***ein***, die Rechtmäßigkeit der Inhaftnahme gerichtlich überprüfen zu lassen, wobei so schnell wie möglich ***innerhalb eines nach nationalem Recht festgelegten Zeitraums*** nach Beginn des betreffenden Verfahrens ▌ eine Entscheidung zu ergehen hat. In solchen Fällen unterrichten die Mitgliedstaaten den betreffenden Drittstaatsangehörigen bei der Inhaftnahme unverzüglich über die Möglichkeit, einen solchen Antrag zu stellen.

Wird ein Drittstaatsangehöriger über die gemäß Artikel 32 Absatz 3a festgelegte maximale Haftdauer von 24 Monaten hinaus in Haft genommen und beträgt diese Verlängerung mehr als drei Monate, wird die Inhaftnahme mindestens alle drei Monate von einem Gericht überprüft.

Artikel 34

Haftbedingungen

(1) Die Inhaftnahme erfolgt ***im Allgemeinen*** in speziellen Hafteinrichtungen, einschließlich solcher in speziellen Bereichen anderer Einrichtungen. Wenn ein Mitgliedstaat die Unterbringung in solchen Einrichtungen nicht vornehmen kann und die Unterbringung in gewöhnlichen Haftanstalten erfolgen muss, so werden die Drittstaatsangehörigen ***soweit möglich*** gesondert von den gewöhnlichen Strafgefangenen untergebracht.

(2) In Haft genommene Drittstaatsangehörige müssen die Möglichkeit haben, sich im Freien aufzuhalten. ***Die Möglichkeit, sich im Freien aufzuhalten, kann für einen begrenzten Zeitraum beschränkt werden, wenn dies erforderlich und verhältnismäßig ist, um eine gut funktionierende Hafteinrichtung zu gewährleisten.***

(3) In Haft genommenen Drittstaatsangehörigen wird auf Wunsch gestattet, zu gegebener Zeit mit Rechtsvertretern, Familienangehörigen und den zuständigen Konsularbehörden Kontakt aufzunehmen.

(4) Den besonderen Bedürfnissen inhaftierter schutzbedürftiger Personen wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet ▌. Inhaftierten Drittstaatsangehörigen wird medizinische Notfallversorgung und die unbedingt erforderliche Behandlung von Krankheiten gewährt.

(5) Rechtsvertreter, Familienangehörige, zuständige Konsularbehörden sowie einschlägige und zuständige nationale, internationale und nichtstaatliche Organisationen und Stellen haben die Möglichkeit, jede Hafteinrichtung zu besuchen und unter Bedingungen, die den Schutz der Privatsphäre garantieren, mit den Drittstaatsangehörigen Verbindung aufzunehmen und sie zu besuchen. Solche Besuche können von einer Genehmigung ***und anderen angemessenen Bedingungen*** abhängig gemacht werden***, einschließlich der vorherigen Ausstellung einer angemessenen Sicherheitsermächtigung, die von einer zuständigen Behörde im Einklang mit dem nationalen Recht ausgestellt wurde***. ***Die Mitgliedstaaten können diesen Zugang nach nationalem Recht beschränken, wenn diese Beschränkungen für die Sicherheit, die öffentliche Ordnung oder die Verwaltung der Einrichtung objektiv erforderlich sind.***

(6) In Haft genommene Drittstaatsangehörige erhalten ▌ Informationen, in denen die in der Einrichtung geltenden Regeln erläutert sowie ihre Rechte und Pflichten in einer ▌ Sprache ▌ dargelegt werden***, die sie verstehen oder bei der vernünftigerweise davon ausgegangen werden kann, dass sie sie verstehen***. Diese Informationen beinhalten eine Unterrichtung über ihren nach nationalem Recht geltenden Anspruch auf Kontaktaufnahme mit den in den Absätzen 3 und 5 genannten Personen und Stellen.

(6a) Drittstaatsangehörige, die gemäß Artikel 16 als Sicherheitsrisiko eingestuft wurden, können für den Zeitraum, der unbedingt erforderlich ist, um das Risiko zu bewältigen und ihre Rückkehr zu ermöglichen, in Hafteinrichtungen mit erhöhten Sicherheitsvorkehrungen, einschließlich strengerer Trennungsmaßnahmen oder verstärkter Überwachung, untergebracht werden.

Artikel 35

Haftbedingungen für ***unbegleitete*** Minderjährige und Familien ***mit Minderjährigen***

(1) Bei unbegleiteten Minderjährigen und Familien mit Minderjährigen wird Haft nur als letztes Mittel, für den kürzest möglichen angemessenen Zeitraum und unter Berücksichtigung des Kindeswohls eingesetzt.

(2) ▌ Unbegleitete Minderjährige ***und Familien mit Minderjährigen*** erhalten ***während der Haftdauer*** eine gesonderte Unterbringung, die ein angemessenes Maß an Privatsphäre gewährleistet. Die dafür vorgesehenen Einrichtungen müssen den Bedürfnissen der ***Minderjährigen*** entsprechend ihrem Alter und Geschlecht Rechnung tragen ▌; das dortige Personal muss angemessen geschult sein.

(3) In Haft genommene Minderjährige müssen die Gelegenheit zu Freizeitbeschäftigungen, darunter altersgerechte Spiel- und Erholungsmöglichkeiten, und einen der Dauer ihrer Inhaftnahme entsprechenden Zugang zu Bildung ***oder Bildungsaktivitäten*** erhalten.

Kapitel VI

RÜCKÜBERNAHME

Artikel 36

Rückübernahme

(1) Nach dem Erlass einer ▌ Rückkehrentscheidung ▌ leiten die zuständigen Behörden gegebenenfalls mit Unterstützung durch Frontex ***die Rückübernahme*** ein***, gegebenenfalls auch in Bezug auf die Bestätigung der Staatsangehörigkeit eines Drittstaatsangehörigen, die Ausstellung eines Reisedokuments für den Drittstaatsangehörigen und die Organisation einer Rückkehraktion***.

▌

Gegebenenfalls ist das europäische Reisedokument für die Rückkehr im Einklang mit dem geltenden Rückübernahmeinstrument und der Verordnung (EU) 2016/1953[36] zu verwenden.

▌ (7) ***Die Rückübernahme*** in Drittstaaten wird durch spezielle EU-Verbindungsbeamte für Rückkehrfragen unterstützt, die von der Union finanziert werden. Diese Verbindungsbeamten sind Teil der Struktur der Delegationen der Union und stimmen sich bei der Verwirklichung der einschlägigen politischen Prioritäten der Union eng mit der Kommission ab.

---

36 Verordnung (EU) 2016/1953 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über die Einführung eines europäischen Reisedokuments für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger und zur Aufhebung der Empfehlung des Rates vom 30. November 1994 (ABl. L 311 vom 17.11.2016, S. 13, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/1953/oj).

I

Artikel 37a

Externe Dimension und die Zusammenarbeit mit Drittstaaten

Die Union und die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die externe Dimension der Rückkehrpolitik integraler Bestandteil des ganzheitlichen Ansatzes im Bereich der Migrationssteuerung ist.

Wird eine mangelnde Kooperationsbereitschaft eines Drittstaats festgestellt oder stoßen ein oder mehrere Mitgliedstaaten auf Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit einem Drittstaat im Bereich der Rückübernahme, ergreifen die Union und die Mitgliedstaaten geeignete Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Konditionalität in Bezug auf alle einschlägigen Politikbereiche und Instrumente, etwa die Visumpolitik sowie Handel und Entwicklung, gemäß den diesbezüglichen Rechtsakten der Union und für die Mitgliedstaaten, die durch diese Rechtsakte gebunden sind, um vorhersehbare und wirksame Rückkehrverfahren mit Drittländern zu unterstützen und eine wirksame und nachhaltige Zusammenarbeit bei der Rückübernahme sicherzustellen.

Kapitel VII

AUSTAUSCH UND ÜBERMITTLUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

Artikel 38

Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten

(1) Die Mitgliedstaaten nutzen zur Durchführung dieser Verordnung alle geeigneten Mittel der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs.

(2) Der Informationsaustausch erfolgt auf Ersuchen eines Mitgliedstaats und darf nur zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten stattfinden.

(3) Die Mitgliedstaaten übermitteln einander auf Ersuchen ***verfügbare*** Informationen über eine in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallende Person zum Zwecke der Durchführung des Rückkehrverfahrens ▌ und der Bereitstellung von ***Rückkehr- und*** Wiedereingliederungshilfe.

(4) Können die in Absatz 3 genannten Informationen über die in Artikel 4 Nummer 15 der Verordnung (EU) 2019/818 des Europäischen Parlaments und des Rates[37] genannten EU-Informationssysteme oder durch Zusatzinformationen im Einklang mit der Verordnung (EU) 2018/1860 ausgetauscht werden, werden ***in der Regel*** ausschließlich diese Möglichkeiten genutzt.

[37] Verordnung (EU) 2019/818 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 zur Errichtung eines Rahmens für die Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen (polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, Asyl und Migration) und zur Änderung der Verordnungen (EU) 2018/1726, (EU) 2018/1862 und (EU) 2019/816 (ABl. L 135 vom 22.5.2019, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2019/818/oj).

(5) ▌ Das Ersuchen ***um Informationen*** ist entsprechend zu begründen.

(6) Die in Absatz 3 genannten Informationen ***können*** insbesondere Folgendes ***umfassen***:

a) Informationen, ▌ die zur Feststellung der Identität des Drittstaatsangehörigen und gegebenenfalls seiner Familienangehörigen und Verwandten sowie zur Feststellung sonstiger familiärer Beziehungen erforderlich sind; ▌

b) Informationen im Zusammenhang mit den gemäß der Verordnung (EU) 2024/1358 erfassten biometrischen Daten des Drittstaatsangehörigen ▌ ;

c) Informationen über die Staatsangehörigkeit sowie ***zum*** Reisedokument bzw. ***zu den Reisedokumenten*** des Drittstaatsangehörigen ▌ ;

d) Informationen über den Aufenthaltsort, Reiserouten, gesprochene Sprachen und Kontaktdaten (E-Mail-Adresse(n) und Telefonnummer(n)) des Drittstaatsangehörigen;

e) Informationen über ***den Aufenthaltsstatus oder sonstige Aufenthaltsberechtigungen, einschließlich*** Aufenthaltstitel oder Visa***, sowie über alle diesbezüglichen Anträge oder Verlängerungen, die von einem Mitgliedstaat oder einem Drittstaat erteilt wurden***;

f) Informationen zu der den Drittstaatsangehörigen betreffenden Rückkehraktion ▌;

g) Informationen über die Wiedereingliederung des Drittstaatsangehörigen***, gegebenenfalls einschließlich Informationen zur Schutzbedürftigkeit***;

h) die Gründe für Rückkehrentscheidungen, die den Drittstaatsangehörigen betreffen;

ha) Informationen darüber, inwieweit der Drittstaatsangehörige die Verpflichtungen nach Artikel 21 oder die Maßnahmen nach Artikel 23 erfüllt;

i) Informationen darüber, ob der Drittstaatsangehörige in Haft genommen wurde oder ob Alternativen zur Inhaftnahme angewandt wurden;

j) Informationen zum Strafregister oder zu der von dem Drittstaatsangehörigen ausgehenden Gefahr für die öffentliche Ordnung, die öffentliche Sicherheit oder die nationale Sicherheit;

k) Informationen über die Vulnerabilität sowie die gesundheitlichen und medizinischen Bedürfnisse des Drittstaatsangehörigen.

(7) Der ersuchte Mitgliedstaat ist verpflichtet, so bald wie möglich, spätestens jedoch innerhalb von ***zwei*** Wochen zu antworten.

(7a) Eine ausbleibende, unvollständige oder verzögerte Antwort eines Mitgliedstaats auf ein Ersuchen gemäß dem vorliegenden Artikel darf die Vollstreckung einer von einem anderen Mitgliedstaat erlassenen Rückkehrentscheidung oder Abschiebungsanordnung nicht verhindern oder verzögern. Der ersuchende Mitgliedstaat kann im Einklang mit dem Unionsrecht und dem nationalen Recht auf der Grundlage der seinen zuständigen Behörden bereits vorliegenden Informationen vorgehen.

(8) Die ausgetauschten Informationen dürfen nur zu den in Absatz 3 vorgesehenen Zwecken verwendet werden. Diese Informationen dürfen in den einzelnen Mitgliedstaaten je nach Art und Befugnissen der empfangenden Behörde nur den mit dem Rückkehrverfahren, ***der Rückübernahme*** oder der Bereitstellung von Wiedereingliederungshilfe betrauten Behörden oder Justizbehörden übermittelt werden.

(9) Die Mitgliedstaaten übermitteln einander auf Ersuchen die Originale der Reisedokumente eines Drittstaatsangehörigen, wenn das Reisedokument für die Sicherstellung der Rückkehr erforderlich ist.

Artikel 39

Übermittlung von Daten über Drittstaatsangehörige an Drittstaaten zum Zwecke der ***Rückkehr,*** Rückübernahme und Wiedereingliederung

(1) Unbeschadet der Artikel 40 und 41 können Daten nach Artikel 38 Absatz 6 Buchstaben a bis h von einer zuständigen Behörde und gegebenenfalls Frontex verarbeitet und an die zuständige Behörde eines Drittstaats ***oder an Dritte, die für Wiedereingliederungshilfe oder für andere mit der Durchführung der Rückkehr verbundene Aufgaben zuständig sind, – wie Fluggesellschaften oder medizinische Dienstleister –*** übermittelt werden, ▌ sofern dies für die ***Rückkehr, die Rückübernahme oder die Wiedereingliederung*** erforderlich ist.

▌

(3) Wenn die Mitgliedstaaten und Frontex personenbezogene Daten gemäß Absatz 1 ▌ übermitteln, stellen sie sicher, dass diese Übermittlung mit Kapitel V der Verordnung (EU) 2016/679 bzw. Kapitel V der Verordnung (EU) 2018/1725 im Einklang steht.

(4) Wird eine Übermittlung gemäß Absatz 1 ▌ vorgenommen, so wird sie dokumentiert, und die Dokumentation wird der nach Artikel 51 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679 und Artikel 52 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1725 eingerichteten zuständigen Aufsichtsbehörde auf Verlangen zur Verfügung gestellt, einschließlich Datum und Uhrzeit der Übermittlung und Informationen über die zuständige Behörde des empfangenden Drittstaats. ***Diese Angaben beschränken sich auf Informationen, die unbedingt erforderlich sind, um die Einhaltung der Rechtsgrundlage für die Übermittlung nachzuweisen, und beinhalten keinerlei zusätzliche Berichterstattungspflichten für die Mitgliedstaaten.***

Artikel 40

Übermittlung von Daten über strafrechtliche Verurteilungen von Drittstaatsangehörigen an Drittstaaten zum Zwecke der ***Rückkehr,*** Rückübernahme und Wiedereingliederung

(1) Daten zu einer oder mehreren strafrechtlichen Verurteilungen eines Drittstaatsangehörigen können im Einzelfall von einer zuständigen Behörde und gegebenenfalls Frontex verarbeitet und an die zuständige Behörde eines Drittstaats ***oder an Dritte, die für Wiedereingliederungshilfe oder für andere mit der Durchführung der Rückkehr verbundene Aufgaben zuständig sind,*** übermittelt werden, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

a) Der Drittstaatsangehörige, dessen personenbezogene Daten übermittelt werden, wurde in den vorangegangenen 25 Jahren wegen einer terroristischen Straftat oder in den vorangegangenen 15 Jahren wegen einer anderen im Anhang der Verordnung (EU) 2018/1240 des Europäischen Parlaments und des Rates[38] aufgeführten Straftat verurteilt ***oder hat eine Straftat begangen, die nach nationalem Recht mit einer Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren geahndet wird, oder mehrere Straftaten begangen, die nach nationalem Recht des Urteilsmitgliedstaats mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr geahndet wird***;

[38] Verordnung (EU) 2018/1240 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. September 2018 über ein Europäisches Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS) und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1077/2011, (EU) Nr. 515/2014, (EU) 2016/399, (EU) 2016/1624 und (EU) 2017/2226 (ABl. L 236 vom 19.9.2018, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2018/1240/oj).

b) die Übermittlung der Daten ist für die ***Rückkehr, Rückübernahme und Bereitstellung einer maßgeschneiderten nichtfinanziellen Wiedereingliederungshilfe*** erforderlich;

▌

d) die zuständige Behörde ***hat überprüft*** und ***Frontex hat sich*** gegebenenfalls ▌ vergewissert, dass bei der Datenübermittlung nicht die Gefahr besteht, dass der Grundsatz der Nichtzurückweisung verletzt wird;

e) die zuständige Behörde ***hat überprüft*** und ***Frontex hat sich*** gegebenenfalls ▌ vergewissert, dass bei der Datenübermittlung nicht die Gefahr besteht, dass Artikel 50 der Charta verletzt wird.

▌ (3) Wenn die Mitgliedstaaten und Frontex personenbezogene Daten gemäß Absatz 1 oder 2 übermitteln, stellen sie sicher, dass diese Übermittlung mit Kapitel V der Verordnung (EU) 2016/679 bzw. Kapitel V der Verordnung (EU) 2018/1725 im Einklang steht.

(4) Wird eine Übermittlung gemäß Absatz 1 ▌ vorgenommen, so wird sie dokumentiert, und die Dokumentation wird der nach Artikel 51 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679 und Artikel 52 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1725 eingerichteten zuständigen Aufsichtsbehörde auf Verlangen zur Verfügung gestellt, einschließlich Datum und Uhrzeit der Übermittlung, Informationen über die zuständige Behörde des empfangenden Drittstaats, der Begründung, dass die Übermittlung die in Absatz 1 ▌ festgelegten Bedingungen erfüllt, und der übermittelten personenbezogenen Daten. ***Diese Unterlagen beschränken sich auf Informationen, die unbedingt erforderlich sind, um die Einhaltung der Rechtsgrundlage für die Übermittlung nachzuweisen, und beinhalten keinerlei zusätzliche Berichterstattungspflichten für die Mitgliedstaaten.***

Artikel 41

Übermittlung von Gesundheitsdaten von Drittstaatsangehörigen an Drittstaaten zum Zwecke der Durchführung der Rückkehraktion und der Wiedereingliederung

(1) Daten zur medizinischen Versorgung, die Drittstaatsangehörigen während der Rückkehraktion zu leisten ist, können im Einzelfall von einer zuständigen Behörde und gegebenenfalls Frontex verarbeitet und an die zuständige Behörde eines Drittstaats ***oder an Dritte, die für Wiedereingliederungshilfe oder für andere mit der Durchführung der Rückkehr verbundene Aufgaben zuständig sind, etwa medizinische Dienstleister,*** übermittelt werden, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

a) Die Übermittlung der Daten ist für die Durchführung der Rückkehraktion erforderlich;

▌

c) die zuständige Behörde ***hat überprüft*** und ***Frontex hat sich*** gegebenenfalls ▌ vergewissert, dass bei der Datenübermittlung nicht die Gefahr besteht, dass der Grundsatz der Nichtzurückweisung verletzt wird.

(2) Gesundheitsdaten ***und Daten über medizinische Bedürfnisse*** von Drittstaatsangehörigen können im Einzelfall von einer zuständigen Behörde und gegebenenfalls Frontex verarbeitet und an einen für Wiedereingliederungshilfe ***oder für andere mit der Durchführung der Rückkehr verbundene Aufgaben*** zuständigen Dritten übermittelt werden, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

a) Die Übermittlung von Daten ist für die Bereitstellung der in Artikel 46 genannten Wiedereingliederungshilfe erforderlich, die auf die medizinischen Bedürfnisse des Drittstaatsangehörigen zugeschnitten ist;

b) ***der Drittstaatsangehörige***, dessen personenbezogene Daten übermittelt werden, ▌ hat dieser Übermittlung zugestimmt.

(3) Wenn die Mitgliedstaaten und Frontex personenbezogene Daten gemäß Absatz 1 oder 2 übermitteln, stellen sie sicher, dass diese Übermittlung mit Kapitel V der Verordnung (EU) 2016/679 bzw. Kapitel V der Verordnung (EU) 2018/1725 im Einklang steht.

(4) Wird eine Übermittlung gemäß Absatz 1 oder 2 vorgenommen, so wird sie dokumentiert, und die Dokumentation wird der nach Artikel 51 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679 und Artikel 52 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1725 eingerichteten zuständigen Aufsichtsbehörde auf Verlangen zur Verfügung gestellt, einschließlich Datum und Uhrzeit der Übermittlung, Informationen über die zuständige Behörde des empfangenden Drittstaats, der Begründung, dass die Übermittlung die in Absatz 1 oder 2 festgelegten Bedingungen erfüllt, und der übermittelten personenbezogenen Daten. ***Diese Unterlagen beschränken sich auf Informationen, die unbedingt erforderlich sind, um die Einhaltung der Rechtsgrundlage für die Übermittlung nachzuweisen, und beinhalten keinerlei zusätzliche Berichterstattungspflichten für die Mitgliedstaaten.***

Kapitel VIII

GEMEINSAMES RÜCKKEHRSYSTEM

Artikel 42

Komponenten eines gemeinsamen Rückkehrsystems

(1) Ein gemeinsames Rückkehrsystem gemäß dieser Verordnung besteht aus:

a) einem gemeinsamen Verfahren für die Rückkehr von Drittstaatsangehörigen, die kein Recht auf Aufenthalt ***im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten haben***;

b) einem System zur Anerkennung und Vollstreckung von Rückkehrentscheidungen zwischen den Mitgliedstaaten;

▌

d) digitalen Systemen für das Management der Rückkehr, Rückübernahme und Wiedereingliederung von Drittstaatsangehörigen;

e) der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten;

ea) ausreichenden, vom Mitgliedstaat unter Berücksichtigung des tatsächlichen Bedarfs festgelegten Haftkapazitäten;

f) ***finanzieller Unterstützung durch die Union und operativer Unterstützung durch die Organe,*** Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union ▌ im Einklang mit ihren jeweiligen Mandaten ▌ .

(1a) Die Entwicklung digitaler Systeme stützt sich so weit wie möglich auf bestehende nationale Infrastruktur und interoperable Systeme der Union und verursacht für die Mitgliedstaaten keinen zusätzlichen Berichts- oder Verfahrensaufwand.

(2) Die Union und die Mitgliedstaaten legen gemeinsame Prioritäten im Bereich Rückkehr ▌ und Wiedereingliederung fest und sorgen für die erforderlichen Folgemaßnahmen unter Berücksichtigung der gemäß Artikel 8 der Verordnung (EU) 2024/1351 angenommenen Europäischen Strategie für Asyl- und Migrationsmanagement, der Durchführung des Rückführungsverfahrens an der Grenze gemäß der Verordnung (EU) ***2024/1349***, der Bewertung des Umfangs der Kooperation von Drittstaaten mit den Mitgliedstaaten bei der Rückübernahme nach Artikel 25a der Verordnung (EG) Nr. 810/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Rückübernahmeinstrumente der Union und aller anderen für die Zusammenarbeit bei der Rückübernahme relevanten Instrumente der Union.

(3) Die Union und die Mitgliedstaaten sorgen für eine loyale Zusammenarbeit und enge Koordinierung zwischen den zuständigen Behörden sowie zwischen der Union und den Mitgliedstaaten sowie für Synergien zwischen internen und externen Komponenten ▌.

Artikel 43

Zuständige Behörden ▌

(1) Jeder Mitgliedstaat benennt im Einklang mit dem nationalen Recht die für die Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung zuständigen Behörden.

▌

Artikel 44

Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten

(1) Die Zusammenarbeit und Unterstützung zwischen den gemäß Artikel 43 benannten zuständigen Behörden erfolgt ***in der Regel*** zu folgenden Zwecken:

a) Ermöglichung der Durchreise durch das Hoheitsgebiet des betreffenden Mitgliedstaats, um die Vollstreckung einer Rückkehrentscheidung eines anderen Mitgliedstaats oder die Beschaffung von Reisedokumenten zu erleichtern;

b) Bereitstellung logistischer ▌ und sonstiger materieller Hilfe oder Sachleistungen ***im Zusammenhang mit der Durchreise durch das Hoheitsgebiet des betreffenden Mitgliedstaats nach Buchstabe a***;

ba) Erleichterung der Überstellung nach Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b;

▌

d) Unterstützung bei der Ausreise eines Drittstaatsangehörigen in den Mitgliedstaat, in dem er nach Artikel 8 Absatz 3 ein Aufenthaltsrecht hat.

▌

(2) Eine Zusammenarbeit und Unterstützung zwischen den gemäß Artikel 43 benannten zuständigen Behörden kann u. a. zu folgenden Zwecken erfolgen:

a) Führung oder Unterstützung des politischen Dialogs und des Austauschs mit den Behörden von Drittstaaten zur Erleichterung der Rückübernahme;

b) Kontaktaufnahme mit den zuständigen Behörden von Drittstaaten zwecks Überprüfung der Identität von Drittstaatsangehörigen und Erlangung eines gültigen Reisedokuments;

c) Organisation – im Namen des ersuchenden Mitgliedstaats – der praktischen Vorkehrungen für die Vollstreckung der Rückkehr;

d) ***Bereitstellung logistischer und sonstiger materieller Hilfe oder Sachleistungen.***

Artikel 45

Frontex-Unterstützung

(1) Die Mitgliedstaaten können darum ersuchen, dass ihre zuständigen Behörden gemäß der Verordnung (EU) 2019/1896 von Sachverständigen unterstützt werden, die von Frontex entsandt oder unterstützt werden, einschließlich Verbindungsbeamten für Rückkehrfragen und anderen Verbindungsbeamten.

(2) Die Mitgliedstaaten stellen Frontex einschlägige Informationen über den geplanten Bedarf an Frontex-Unterstützung für die Zwecke der erforderlichen Planung der Unterstützung durch die Agentur im Einklang mit ▌ der Verordnung (EU) ***2019/1896*** zur Verfügung.

Artikel 46

Unterstützung bei der Rückkehr und Wiedereingliederung

(1) Die Mitgliedstaaten ***gewährleisten die Verfügbarkeit von*** Rückkehr- und Wiedereingliederungsberatung ▌, um Drittstaatsangehörigen ***gegebenenfalls*** so früh wie möglich während des Rückkehrverfahrens Informationen und Orientierungshilfen zu Rückkehr- und Wiedereingliederungsoptionen, einschließlich der in Absatz 3 genannten Programme, zur Verfügung zu stellen. Die Rückkehr- und Wiedereingliederungsberatung kann mit anderer Beratung im Rahmen anderer Migrationsverfahren im Mitgliedstaat kombiniert werden.

(2) Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass Informationen über Rückkehr und Wiedereingliederung ***spätestens bei*** Erlass der Rückkehrentscheidung bereitgestellt werden ▌.

(3) Die Mitgliedstaaten ***gewährleisten die Verfügbarkeit von*** Rückkehr- und ***Wiedereingliederungsprogrammen, die auf nationaler Ebene oder auf Ebene der Union unterstützt oder finanziert werden***. ***Diese*** Programme ***bestehen*** aus logistischer, finanzieller ***oder*** sonstiger materieller Hilfe oder Sachleistungen bzw. Anreizen für Drittstaatsangehörige, einschließlich Wiedereingliederungshilfe im Rückkehrstaat.

(4) Die ***Rückkehr- und*** Wiedereingliederungshilfe ist kein individuelles Recht und stellt keine Voraussetzung für das Rückübernahmeverfahren dar.

(5) Die im Rahmen der Rückkehr- und Wiedereingliederungsprogramme geleistete Unterstützung trägt dem Grad der Zusammenarbeit und der Einhaltung der Vorschriften durch den Drittstaatsangehörigen Rechnung und kann im Laufe der Zeit reduziert ***oder entzogen*** werden. Bei der Bestimmung von Art und Umfang der Rückkehr- und Wiedereingliederungshilfe ***können*** gegebenenfalls folgende Kriterien ***berücksichtigt werden***:

a) die in Artikel 21 beschriebene Zusammenarbeit des betreffenden Drittstaatsangehörigen während des Rückkehr- und Rückübernahmeverfahrens;

b) ob der Drittstaatsangehörige freiwillig zurückkehrt oder abgeschoben wird;

c) ob es sich bei dem Drittstaatsangehörigen um einen Staatsangehörigen eines in Anhang II der Verordnung (EU) 2018/1806[39] aufgeführten Drittstaats handelt;

d) ob der Drittstaatsangehörige wegen einer Straftat verurteilt wurde;

e) ob der Drittstaatsangehörige aufgrund seiner Eigenschaft als schutzbedürftige Person, Minderjähriger, unbegleiteter Minderjähriger oder Teil einer Familie besondere Bedürfnisse hat***;***

f) zusätzliche Kriterien nach nationalem Recht.

(6) Drittstaatsangehörigen, die bereits von einem Mitgliedstaat oder der Union eine andere oder dieselbe Unterstützung erhalten haben, wird die in diesem Artikel vorgesehene Unterstützung nicht gewährt. Die Union, die Mitgliedstaaten und Frontex sorgen für Kohärenz und Koordinierung bei der Wiedereingliederungshilfe.

Kapitel IX

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

[39] Verordnung (EU) 2018/1806 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (Kodifizierter Text) (ABl. L 303 vom 28.11.2018, S. 3, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2018/1806/oj).

Artikel 47

Notlagen

(1) Führt eine außergewöhnlich große Zahl von Drittstaatsangehörigen, deren Rückkehr sicherzustellen ist, zu einer unvorhersehbaren Überlastung der Kapazitäten der Hafteinrichtungen eines Mitgliedstaats oder seines Verwaltungs- oder Justizpersonals, so kann der betreffende Mitgliedstaat, solange diese außergewöhnliche Situation anhält, die ▌ festgelegten Fristen über die in Artikel ***27 Absatz 1, Artikel 33 Absatz 3 und Artikel 38 Absatz 7*** genannten Fristen hinaus verlängern und dringliche Maßnahmen in Bezug auf die Haftbedingungen ergreifen, die von den Haftbedingungen nach den Artikeln 34 Absatz 1 und 35 Absatz 2 abweichen. ***Die Mitgliedstaaten können Verwaltungsverfahren und interne Meldepflichten vorübergehend anpassen, um Rückkehraktionen zu beschleunigen, sofern diese Anpassungen zur Bewältigung der Ausnahmesituation unbedingt erforderlich sind.***

(2) Ein Mitgliedstaat, der auf diese außergewöhnlichen Maßnahmen zurückgreift, setzt die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis. Er unterrichtet die Kommission ebenfalls, sobald die Gründe für die Anwendung dieser außergewöhnlichen Maßnahmen nicht mehr vorliegen.

(3) Dieser Artikel ist nicht so auszulegen, als gestatte er den Mitgliedstaaten eine Abweichung von ihrer allgemeinen Verpflichtung, alle geeigneten – sowohl allgemeinen als auch besonderen – Maßnahmen zu ergreifen, damit sie ihren aus dieser Verordnung hervorgehenden Verpflichtungen nachkommen.

Artikel 48

Statistische Daten

(1) ***Zur Überwachung der Zusammenarbeit mit Drittstaaten bei der Rückübernahme kann die*** ▌ Kommission ***jährlich darum ersuchen, dass Frontex die folgenden*** Daten ***zu den betreffenden Drittstaaten und aufgeschlüsselt nach Drittstaat übermittelt werden:***

a) die Zahl der ***Ersuchen um Bestätigung der Staatsangehörigkeit und die Zahl der positiven und negativen Antworten auf die Bestätigung der Staatsangehörigkeit***;

b) die Zahl der ***Ersuchen auf Ausstellung von Reisedokumenten, davon die Zahl der Ersuchen auf Ausstellung von Reisedokumenten in Fällen, in denen die Staatsangehörigkeit bestätigt wurde, die Zahl der von den Behörden des Drittstaats ausgestellten Reisedokumente und die Zahl der negativen Antworten auf Ersuchen um Reisedokumente***.

▌

(2) ***Frontex gewährt der Kommission Zugang zu den in Absatz 1 genannten*** Daten ▌. ***Die unter den Buchstaben a bis b genannten Daten, aufgeschlüsselt nach*** Mitgliedstaaten***, können Drittstaaten zur Überwachung der Umsetzung und Einhaltung der Rückübernahmepflichten, auch im Rahmen der Rückübernahmeinstrumente der Union, übermittelt werden***.

(3) Die Mitgliedstaaten ***stellen auf Ersuchen der Kommission die für den Abschluss der Bewertung gemäß Artikel 9 Absatz 12 erforderlichen Informationen zur Verfügung, insbesondere statistische Daten über die Zahl der Drittstaatsangehörigen, gegen die eine Rückkehrentscheidung eines anderen Mitgliedstaats ergangen ist, und über die Zahl der Drittstaatsangehörigen, die auf der Grundlage anerkannter Rückkehrentscheidungen und gegebenenfalls Abschiebungsentscheidungen eines anderen Mitgliedstaats innerhalb eines bestimmten Zeitraums abgeschoben oder rückgeführt wurden***.

▌

(4) Die ***Kommission stützt sich für die Zwecke dieses Artikels und soweit möglich auf die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 bereitgestellten Informationen***.

(5) Legt die Kommission einen Gesetzgebungsvorschlag gemäß Artikel 9 Absatz 13 vor, so schlägt sie unter Berücksichtigung der einschlägigen legislativen Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung erforderlichenfalls Änderungen dieses Artikels vor.

Artikel 49

Ausschussverfahren

(1) Die Kommission wird von einem Ausschuss unterstützt. Dieser Ausschuss ist ein Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

(2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011. Gibt der Ausschuss keine Stellungnahme ab, so erlässt die Kommission den Entwurf des Durchführungsrechtsaktes nicht, und Artikel 5 Absatz 4 Unterabsatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 findet Anwendung.

Artikel 50

Berichterstattung

(1) Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament und dem Rat bis zum [***fünf Jahre nach Inkrafttreten der vorliegenden Verordnung***] und danach alle fünf Jahre Bericht über die Anwendung dieser Verordnung in den Mitgliedstaaten und schlägt gegebenenfalls Änderungen vor.

(2) Auf Ersuchen der Kommission übermitteln ihr die Mitgliedstaaten spätestens neun Monate vor Ablauf der Frist die für die Ausarbeitung ihres Berichts ***nach Absatz 1 verfügbaren*** erforderlichen Informationen. ***Die Kommission nutzt nach Möglichkeit die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 bereitgestellten Informationen.***

Artikel 51

Aufhebung

(1) Die Richtlinie 2008/115/EG ▌, die Richtlinie 2001/40/EG und die Entscheidung 2004/191/EG des Rates werden ▌ für die durch diese Verordnung gebundenen Mitgliedstaaten ***ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung gemäß Artikel 52 Absatz 3*** aufgehoben.

(2) Bezugnahmen auf die aufgehobenen Rechtsakte gelten als Bezugnahmen auf diese Verordnung und sind nach Maßgabe der Entsprechungstabelle im Anhang zu lesen.

Artikel 52

Inkrafttreten ***und Geltung***

(1) Diese Verordnung tritt am ▌ Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

(2) ***Artikel 1, Artikel 2 Absätze 1 bis 3, Artikel 4 Absatz 3, Artikel 5, Artikel 7 Absätze 8 und 9, Artikel 17, 18, 19, 36, 37a, 43, 45, 49, 50 und 51 dieser Verordnung gelten ab dem Inkrafttreten.***

(3) ***Die übrigen Bestimmungen dieser Verordnung gelten ab … [Amt für Veröffentlichungen: bitte das Datum 12 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens einfügen].***

(4) ***Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.***

Geschehen zu ▌

Im Namen des Europäischen Parlaments	*Im Namen des Rates*
Die Präsidentin	*Der Präsident /// Die Präsidentin*

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0211

Struktur und Sätze der Verbrauchsteuern auf Tabak und mit Tabak verwandte Erzeugnisse (Neufassung)

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 2026 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Struktur und die Sätze der Verbrauchsteuern auf Tabak und mit Tabak verwandte Erzeugnisse (Neufassung) (COM(2025)0580 – C10-0207/2025 – 2025/0580(CNS))

(Besonderes Gesetzgebungsverfahren – Anhörung – Neufassung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an den Rat (COM(2025)0580),

– gestützt auf Artikel 113 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, gemäß dem es vom Rat angehört wurde (C10-0207/2025),

– unter Hinweis auf die von der italienischen Abgeordnetenkammer im Rahmen des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vorgelegte begründete Stellungnahme, in der geltend gemacht wird, dass der Entwurf eines Gesetzgebungsakts nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist,

– gestützt auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 28. November 2001 über die systematischere Neufassung von Rechtsakten[1],

– unter Hinweis auf das Schreiben des Rechtsausschusses vom 11. Dezember 2025 an den Ausschuss für Wirtschaft und Währung gemäß Artikel 113 Absatz 3 seiner Geschäftsordnung,

– gestützt auf die Artikel 113 und 84 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (A10-0161/2026),

1. lehnt den Vorschlag der Kommission ab;

2. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag zurückzunehmen;

[1] ABl. C 77 vom 28.3.2002, S. 1.

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0212

Allgemeines Verbrauchsteuersystem für Tabak und mit Tabak verwandte Erzeugnisse

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 2026 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2020/262 in Bezug auf das allgemeine Verbrauchsteuersystem für Tabak und mit Tabak verwandte Erzeugnisse (COM(2025)0581 – C10-0296/2025 – 2025/0581(CNS))

(Besonderes Gesetzgebungsverfahren – Anhörung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an den Rat (COM(2025)0581),

– gestützt auf Artikel 113 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, gemäß dem es vom Rat angehört wurde (C10-0296/2025),

– gestützt auf Artikel 84 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (A10-0160/2026),

1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;

2. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag gemäß Artikel 293 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union entsprechend zu ändern;

3. fordert den Rat auf, es zu unterrichten, falls er beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;

4. fordert den Rat auf, es erneut anzuhören, falls er beabsichtigt, den Vorschlag der Kommission entscheidend zu ändern;

5. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

Abänderung 1

Vorschlag für eine Richtlinie
Erwägung 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2a) Die neuen Kategorien für Verbrauchsteuern, die in der Richtlinie (EU) …/… des Rates[1a+] festgelegt sind, sollten zu den Richtmengen für den Erwerb durch Privatpersonen für den Eigenbedarf hinzugefügt werden.
	[1a] Richtlinie (EU) …/… des Rates vom … über die Struktur und die Sätze der Verbrauchsteuern auf Tabak und mit Tabak verwandte Erzeugnisse (Neufassung) (ABl. L …, …, ELI: …).
	+ ABl.: Bitte die Nummer der im Dokument 2025/0580(CNS) enthaltenen Richtlinie in den Text sowie Nummer, Datum, Titel und Amtsblattfundstelle dieser Richtlinie in den Fußnotentext einfügen.

Abänderung 2

Vorschlag für eine Richtlinie
Erwägung 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2b) Bei der Änderung der Richtmengen sollte der Grundsatz gelten, dass Erzeugnisse, die unter die neuen Kategorien gemäß der Richtlinie (EU) …/… [ABl.: Bitte die Nummer der im Dokument 2025/0580(CNS) enthaltenen Richtlinie einfügen] fallen, eine Alternative zu Erzeugnissen darstellen, für die bereits die Richtmengen gemäß der Richtlinie (EU) 2020/262 des Rates gelten. Die Richtmengen für diese neuen

Kategorien sollten daher mit jenen für Erzeugnisse vergleichbar sein, für die bereits die Richtmengen gemäß der Richtlinie (EU) 2020/262 des Rates gelten.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0213

Europäische Staatsanwaltschaft (EUStA) und Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF): Zugang zu mehrwertsteuerrelevanten Informationen auf EU-Ebene

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 2026 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 904/2010 in Bezug auf den Zugang der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) und des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) zu mehrwertsteuerrelevanten Informationen auf EU-Ebene (COM(2025)0685 – C10-0298/2025 – 2025/0348(CNS))

(Besonderes Gesetzgebungsverfahren – Anhörung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an den Rat (COM(2025)0685),

– gestützt auf Artikel 113 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, gemäß dem es vom Rat angehört wurde (C10-0298/2025),

– gestützt auf Artikel 84 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Haushaltskontrollausschusses,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (A10-0159/2026),

1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;

2. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag gemäß Artikel 293 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union entsprechend zu ändern;

3. fordert den Rat auf, es zu unterrichten, falls er beabsichtigt, von dem vom Europäischen Parlament gebilligten Text abzuweichen;

4. fordert den Rat auf, es erneut anzuhören, falls er beabsichtigt, den Vorschlag der Kommission entscheidend zu ändern;

5. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

Abänderung 1

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Gemäß Artikel 24 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2017/1939 müssen die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union und die nach anwendbarem nationalem Recht zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten der EUStA unverzüglich jegliche Straftaten – einschließlich grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrugs – melden, für die die EUStA ihre Zuständigkeit gemäß Artikel 22 und Artikel 25 Absätze 2 und 3 jener Verordnung ausüben könnte. Grenzüberschreitender Mehrwertsteuerbetrug betrifft definitionsgemäß immer mehrere Mitgliedstaaten, und der Informationsfluss von einzelnen Mitgliedstaaten zur EUStA erfüllt im Hinblick auf die Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs auf EU-Ebene nicht seinen Zweck. Damit die EUStA über Mehrwertsteuerbetrugsrisiken auf EU-Ebene informiert werden und ihr Mandat ausüben kann, ist es daher notwendig, ausführlichere Modalitäten festzulegen, nach denen die Mitgliedstaaten der EUStA im Rahmen des in Artikel 33 der Verordnung (EU) Nr. 904/2010 genannten Eurofisc-Netzwerks Verdachtshinweise und gegebenenfalls ***präzise*** Informationen ***zu Mehrwertsteuerbetrug*** melden können. Ferner kann die EUStA gemäß Artikel 24 Absatz 9 der Verordnung (EU) 2017/1939 in bestimmten Fällen die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union und die Behörden der Mitgliedstaaten um weitere ihnen	(2) Gemäß Artikel 24 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2017/1939 müssen die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union und die nach anwendbarem nationalem Recht zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten der EUStA unverzüglich jegliche Straftaten – einschließlich grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrugs – melden, für die die EUStA ihre Zuständigkeit gemäß Artikel 22 und Artikel 25 Absätze 2 und 3 jener Verordnung ausüben könnte***, und zwar in einer Weise, die es ermöglicht, bei kriminellen Handlungen dieser Art zeitnah Analysen vorzunehmen oder Ermittlungen einzuleiten***. Grenzüberschreitender Mehrwertsteuerbetrug betrifft definitionsgemäß immer mehrere Mitgliedstaaten, und der Informationsfluss von einzelnen Mitgliedstaaten zur EUStA erfüllt im Hinblick auf die Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs auf EU-Ebene nicht seinen Zweck. Damit die EUStA über Mehrwertsteuerbetrugsrisiken auf EU-Ebene informiert werden und ihr Mandat ausüben kann, ist es daher notwendig, ausführlichere Modalitäten festzulegen, nach denen die Mitgliedstaaten der EUStA im Rahmen des in Artikel 33 der Verordnung (EU) Nr. 904/2010 genannten Eurofisc-Netzwerks ***die Ergebnisse betreffend von Eurofisc behandelte und geprüfte Fälle von mutmaßlichem grenzüberschreitenden Betrug sowie*** Verdachtshinweise und gegebenenfalls

vorliegende einschlägige Informationen ersuchen. Daher ist es angezeigt, Vorschriften festzulegen, nach denen die Mitgliedstaaten der EUStA im Rahmen von Eurofisc auf deren Ersuchen Informationen über grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug übermitteln sollten.

die präzisen Informationen melden können***, die erforderlich sind, damit die EUStA beurteilen kann, ob sie ihre Zuständigkeit ausüben soll***. Ferner kann die EUStA gemäß Artikel 24 Absatz 9 der Verordnung (EU) 2017/1939 in bestimmten Fällen die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union und die Behörden der Mitgliedstaaten um weitere ihnen vorliegende einschlägige Informationen ersuchen. Daher ist es angezeigt, Vorschriften festzulegen, nach denen die Mitgliedstaaten der EUStA im Rahmen von Eurofisc auf deren Ersuchen Informationen über grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug übermitteln sollten.

Abänderung 2

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) Mitgliedstaaten, die nicht an der EUStA beteiligt sind, sind nach dem in Artikel 4 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit verpflichtet, die Tätigkeiten der EUStA zu unterstützen und alle Handlungen zu unterlassen, die die Verwirklichung ihrer Ziele gefährden könnten. Im Eurofisc-Netzwerk sind sowohl Mitgliedstaaten vertreten, die an der EUStA teilnehmen, als auch solche, die nicht daran beteiligt sind. Daher ist es wichtig, dass die EUStA über eine klare Rechtsgrundlage für den Zugang zu den von Eurofisc verarbeiteten Informationen verfügt.	(4) Mitgliedstaaten, die nicht an der EUStA beteiligt sind, sind nach dem in Artikel 4 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit verpflichtet, die Tätigkeiten der EUStA zu unterstützen und alle Handlungen zu unterlassen, die die Verwirklichung ihrer Ziele gefährden könnten. Im Eurofisc-Netzwerk sind sowohl Mitgliedstaaten vertreten, die an der EUStA teilnehmen, als auch solche, die nicht daran beteiligt sind. Daher ist es wichtig, dass die EUStA ***zu Strafverfolgungszwecken*** über eine klare Rechtsgrundlage für den Zugang zu den von Eurofisc verarbeiteten Informationen verfügt***, damit sie ihre in Artikel 4 der Verordnung (EU) 2017/1939 des Rates festgelegte Aufgabe, Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen***

www.parlament.gv.at

der Union strafrechtlich zu untersuchen und zu verfolgen, wirksam wahrnehmen kann.

Abänderung 3

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(4a) Der Europäische Rechnungshof hat wiederholt Mängel hinsichtlich der Zugänglichkeit und Interoperabilität der Mehrwertsteuer-Informationssysteme in den Mitgliedstaaten und den Einrichtungen der Union festgestellt, die ein erhebliches Hindernis für wirksame Ermittlungen bei grenzüberschreitendem Mehrwertsteuerbetrug darstellen, zuletzt in seinem Sonderbericht 8/2025 über Mehrwertsteuerbetrug bei Einfuhren. In diesem Bericht wurden darüber hinaus erhebliche Unterschiede bei der Höhe der von den Mitgliedstaaten verhängten Verwaltungssanktionen im Zusammenhang mit Mehrwertsteuerbetrug bei Einfuhren festgestellt, die den Wirtschaftsbeteiligten die Möglichkeit bieten, sich die Rechtsordnung des Landes mit den niedrigsten Strafen zunutze zu machen. Der Zugang zu Mehrwertsteuerdaten, der der EUStA und dem OLAF durch diese Verordnung gewährt wird, verbessert zwar die Aufdeckungs- und Strafverfolgungskapazitäten, stellt in Bezug auf die divergierenden Strafen jedoch keine ausreichende Abschreckung dar. In diesem Zusammenhang und im Einklang mit der Zusage der Kommission, die Betrugsbekämpfungsarchitektur als

Teil der im MFR für die Zeit nach 2027 enthaltenen Maßnahmen zu überarbeiten, kann die Möglichkeit weiterer Maßnahmen zur Beseitigung dieser Unterschiede in Betracht gezogen werden, z. B. ein Gesetzgebungsvorschlag, der auf einer geeigneten Rechtsgrundlage basiert und mit dem ein Mindestmaß an Harmonisierung bzw. Kohärenz der Verwaltungssanktionen für die gravierendsten Verstöße im Zusammenhang mit den Mehrwertsteuervorschriften und dem Zollrecht erreicht werden soll, wobei zu berücksichtigen ist, dass die finanziellen Interessen der Union wirksam geschützt werden müssen. Ein solcher Vorschlag sollte mit einer umfassenden Folgenabschätzung einhergehen und mit den in Artikel 5 EUV verankerten Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit im Einklang stehen.

Abänderung 4

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 4 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(4b) Im Weißbuch der Kommission vom Juli 2025 zur Überprüfung der Betrugsbekämpfungsarchitektur der EU wurde festgestellt, dass der lückenhafte Informationsfluss zwischen Eurofisc, der EUStA, dem OLAF, Europol und Eurojust eine systemische strukturelle Schwachstelle darstellt, durch die die Wirksamkeit der Maßnahmen der Union zur Bekämpfung des grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrugs beeinträchtigt wird. Die vorliegende Verordnung dient der legislativen Umsetzung der Säule „Datenaustausch“ einer überarbeiteten Betrugsbekämpfungsarchitektur und ist

	im Zusammenhang mit den in diesem Weißbuch angekündigten weiteren Maßnahmen zu betrachten, zu denen gehört, die operativen Kapazitäten von Eurofisc zu stärken, die Bedingungen und Haftungsvorschriften für Steuervertreter zu harmonisieren, die von nicht in der Union ansässigen Steuerpflichtigen im Rahmen der IOSS und anderer Einfuhrmehrwertsteuerregelungen bestellt werden, und den Datenverwaltungsrahmen des CESOP zwecks Kohärenz mit dem durch diese Verordnung festgelegten Zugang zu Zolldaten auszuweiten.

Abänderung 5

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 4 c (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(4c) Die von den Zollbehörden gespeicherten Informationen im Zusammenhang mit Einfuhrverfahren, bei denen Mehrwertsteuerpflichten aufgeschoben werden oder die von der Steuer befreit werden, sind ihrem Wesen nach mehrwertsteuerbezogene Informationen im Sinne von Artikel 113 AEUV. Die Ausweitung des Anwendungsbereichs von Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe f der Verordnung (EU) Nr. 904/2010 auf alle Einfuhrverfahren mit Mehrwertsteuerbefreiungen oder -aufschüben, auch im Rahmen der mit der Richtlinie 2006/112/EG eingeführten Regelung der einzigen Anlaufstelle für die Einfuhr, und die Hinzufügung des angemeldeten Zollwerts und des Ursprungslands als obligatorische Datenelemente sind erforderlich, damit die zuständigen Behörden, einschließlich der EUStA und des OLAF, Einfuhranmeldungen mit Mehrwertsteuererklärungen abgleichen und Unstimmigkeiten aufdecken können, die auf Betrug hindeuten. Die

materiellrechtlichen Zollvorschriften für dieses Einfuhrverfahren sollten von einer entsprechenden Ausweitung unberührt bleiben und weiterhin der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 unterliegen.

Abänderung 6

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 4 d (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(4d) Im Sinne der Zusage der Kommission, die Betrugsbekämpfungsarchitektur zu überarbeiten, sollten diejenigen Mitgliedstaaten, die sich nicht an der EUStA beteiligen, verpflichtet sein, eine zuständige nationale Behörde zu benennen, die für die Wahrnehmung gleichwertiger Aufgaben im Rahmen der Zusammenarbeit mit Eurofisc und dem OLAF bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrugs zuständig ist, damit die durch diese Verordnung geschaffenen Durchsetzungskapazitäten wirksam auf alle Mitgliedstaaten ausgedehnt und anhaltende Asymmetrien innerhalb des Binnenmarkts und im Bereich der Betrugsbekämpfung der Union verhindert werden. Diese Mitgliedstaaten sollten der Kommission innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung mitteilen, welche Stelle sie benannt haben, und der Kommission jährlich Bericht darüber erstatten, wie die erhaltenen Informationen genutzt wurden, wie viele Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden und zu welchen Ergebnissen diese geführt haben.

Abänderung 7

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 5

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(5) Der Europäische Rechnungshof hat empfohlen, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten rechtliche Hindernisse ***entfernen***, die dem Informationsaustausch zwischen Verwaltungs-, Justiz- und Strafverfolgungsbehörden auf nationaler und EU-Ebene im Wege stehen, und dass insbesondere das OLAF Zugang zu Daten des Mehrwertsteuer-Informationssystems (MIAS) und Eurofisc-Daten erhält[6]. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass ein zentraler Zugang zu den IT-Systemen der EU in einer klaren Rechtsgrundlage geregelt wird.	(5) Der Europäische Rechnungshof hat empfohlen, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten rechtliche Hindernisse ***beseitigen***, die dem Informationsaustausch zwischen Verwaltungs-, Justiz- und Strafverfolgungsbehörden auf nationaler und EU-Ebene im Wege stehen, und dass insbesondere das OLAF Zugang zu Daten des Mehrwertsteuer-Informationssystems (MIAS) und Eurofisc-Daten erhält[6]. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass ***unter Einhaltung der Grundsätze der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit*** ein zentraler Zugang zu den IT-Systemen der EU in einer klaren Rechtsgrundlage geregelt wird***, damit das OLAF sein in Artikel 4 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 festgelegtes Mandat wirksam wahrnehmen kann***.
[6] Sonderbericht Nr. 24/2015 des Europäischen Rechnungshofs, Bekämpfung des innergemeinschaftlichen MwSt.-Betrugs: Weitere Maßnahmen sind erforderlich (https://www.eca.europa.eu/de/publications/sr15_24).	[6] Sonderbericht Nr. 24/2015 des Europäischen Rechnungshofs, Bekämpfung des innergemeinschaftlichen MwSt.-Betrugs: Weitere Maßnahmen sind erforderlich (https://www.eca.europa.eu/de/publications/sr15_24).

Abänderung 8

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(5a) Zu den anhaltenden Hindernissen für eine wirksame Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen der Union zählen nicht kompatible IT-Systeme, lückenhafte Kommunikationskanäle und nur begrenzt interoperable Fallbearbeitungssysteme, was Effizienzverluste, Verzögerungen und einen erhöhten Verwaltungsaufwand zur Folge hat. Daher ist es erforderlich, die Interoperabilität zu verbessern und gemeinsame digitale Infrastrukturen zu entwickeln, um einen nahtlosen und sicheren Informationsaustausch zu gewährleisten.

Abänderung 9

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 8 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(8a) Zwar sind die zuständigen Mehrwertsteuerbehörden der Mitgliedstaaten gemäß Artikel 13 der Verordnung (EU) Nr. 904/2010 bereits verpflichtet, spontan Informationen auszutauschen, die für die Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug von Nutzen sein könnten, doch gilt diese Verpflichtung nur für die Mehrwertsteuerbehörden und erstreckt sich nicht auf die zuständigen Zollbehörden der Mitgliedstaaten, die keine zuständigen Mehrwertsteuerbehörden im Sinne der genannten Verordnung sind. Darüber hinaus ist es weder im Rahmen des bestehenden Mechanismus gemäß Artikel 13 der Verordnung (EU) Nr. 904/2010 noch im Rahmen des Eurofisc-Netzes vorgesehen, dass

Informationen zu zollbezogenen Betrugsfällen direkt und spontan an die EUStA und das OLAF weitergeleitet werden. Organisierter Mehrwertsteuerbetrug im Zusammenhang mit Einfuhrverfahren zeichnet sich durch systematische Unstimmigkeiten zwischen den Angaben, die den Zollbehörden am Ort der Einfuhr gemeldet werden, und den anschließend im Bestimmungsmitgliedstaat eingereichten Mehrwertsteuererklärungen aus. Zollbehörden decken solche Unregelmäßigkeiten im Rahmen ihrer Risikomanagementanalysen oft als Erste auf. Damit diese Lücke geschlossen wird und sichergestellt ist, dass die von den Zollbehörden ermittelten vorgelagerten zollrechtlichen Erkenntnisse unverzüglich an die Stellen weitergeleitet werden, die für die Ermittlungen und die Verfolgung bei grenzüberschreitendem Mehrwertsteuerbetrug zuständig sind, müssen die betreffenden Zollbehörden dazu verpflichtet werden, diese Informationen spontan zu übermitteln, zumal die in den Artikeln 49a und 49b der Verordnung (EU) Nr. 904/2010 vorgesehenen Zugangsrechte nur dann wirksam ausgeübt werden können, wenn die EUStA und das OLAF über das Vorliegen möglicher Betrugsfälle unterrichtet werden. Die entsprechenden Erkenntnisse sollten an Eurofisc, die EUStA und das OLAF weitergeleitet werden, sobald sich aus den in Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe f genannten Daten Anhaltspunkte für Mehrwertsteuerbetrug ergeben. Diese Maßnahme ist für den wirksamen Schutz der finanziellen Interessen der Union äußerst wichtig und steht im Einklang mit der Zusage der Kommission, die allgemeine Betrugsbekämpfungsarchitektur als wesentlichen Bestandteil des MFR-Pakets für die Zeit nach 2027 zu überarbeiten. Das Europäische Parlament hat in seinen Entschließungen zum Schutz der finanziellen Interessen der Union in den

letzten Jahren wiederholt gefordert, die Koordinierung zwischen den Zoll- und Mehrwertsteuerbehörden auf nationaler Ebene insbesondere durch nationale Betrugsbekämpfungsstrategien zu verstärken. Ein solcher Mechanismus zur spontanen Übermittlung wird ausschließlich im Rahmen der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer gemäß der Verordnung (EU) Nr. 904/2010 angewandt und lässt die materiellrechtlichen Zollverfahren gemäß der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 und die damit verbundenen Vorschriften für die Datenverwaltung unberührt.

Abänderung 10

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 8 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(8b) Der in dieser Verordnung vorgesehene Mechanismus für die spontane Übermittlung ist nur dann wirksam, wenn auf nationaler Ebene eine angemessene Koordinierung zwischen den zuständigen Zollbehörden und den zuständigen Mehrwertsteuerbehörden der Mitgliedstaaten gegeben ist. Bei diesen Stellen handelt es sich in vielen Mitgliedstaaten um getrennte Verwaltungseinheiten mit eigenen Weisungsstrukturen und Informationssystemen. Die Mitgliedstaaten sollten daher sicherstellen, dass ihre zuständigen Zoll- und Mehrwertsteuerbehörden – unter anderem im Rahmen von Eurofisc – Mechanismen für eine regelmäßige Koordinierung einrichten, um die Aufdeckung von Unstimmigkeiten, die auf Mehrwertsteuerbetrug hindeuten, sowie die zeitnahe Übermittlung einschlägiger zollrechtlicher Daten an Eurofisc, die EUStA und das OLAF zu erleichtern. Bei einer solchen Koordinierung handelt es

sich um eine verfahrenstechnische und organisatorische Maßnahme, die keine zusätzlichen IT-Verpflichtungen für die nationalen Behörden mit sich bringt.

Abänderung 11

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 9

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(9) Um den Zugang zu personenbezogenen Daten zu schützen, sollten nur die Europäischen Staatsanwälte, die Delegierten Europäischen Staatsanwälte sowie ausgewähltes Personal der EUStA und des OLAF, die zuvor von der EUStA bzw. dem OLAF ermächtigt wurden, unter der Aufsicht der Eurofisc-Verbindungsbeamten zur Erfüllung ihrer Aufgaben Zugang zu mehrwertsteuerrelevanten Informationen erhalten. Um einheitliche Bedingungen für diesen Zugang zu gewährleisten, sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse für die Festlegung technischer Einzelheiten und praktischer Modalitäten, einschließlich eines Zugangskontrollmechanismus und der Nutzerprofile und -kennungen, übertragen werden. Diese Befugnisse sollten im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates[9] ausgeübt werden.	(9) Um den Zugang zu personenbezogenen Daten zu schützen, sollten nur die Europäischen Staatsanwälte, die Delegierten Europäischen Staatsanwälte sowie ausgewähltes Personal der EUStA und des OLAF, die zuvor von der EUStA bzw. dem OLAF ermächtigt wurden, unter der Aufsicht der Eurofisc-Verbindungsbeamten zur Erfüllung ihrer Aufgaben Zugang zu mehrwertsteuerrelevanten Informationen erhalten. Um einheitliche Bedingungen für diesen Zugang zu gewährleisten, sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse für die Festlegung technischer Einzelheiten und praktischer Modalitäten, einschließlich eines Zugangskontrollmechanismus und der Nutzerprofile und -kennungen, übertragen werden***, um bei der Gestaltung ein hohes Datenschutzniveau zu wahren und gleichzeitig die operative Effizienz durch automatisierte Prozesse und ohne unnötige administrative Verzögerungen zu steigern***. Diese Befugnisse sollten im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates[9] ausgeübt werden***. Dies ist als Sofortmaßnahme zu verstehen, wohingegen die bevorstehende Überprüfung der Betrugsbekämpfungsstruktur Gelegenheit bieten wird, für mehr***

Kohärenz und Einheitlichkeit zu sorgen.

---

[9] Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren (ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj).

---

[9] Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren (ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj).

Abänderung 12

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 10

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(10) Die vorliegende Verordnung steht im Einklang mit den Grundrechten und Grundsätzen, die mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannt wurden, insbesondere dem Recht auf Schutz personenbezogener Daten.	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Abänderung 13

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 10 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(10a) Der Zugang der EUStA und des OLAF zum MIAS, zum Surveillance-System und zum CESOP sowie zu allen anderen Systemen und Datenbanken sollte die folgenden übergeordneten Datenkategorien betreffen: Informationen über Mehrwertsteuer-Identifikationsnummern und innergemeinschaftliche

	Mehrwertsteuer-Umsätze, relevante Informationen über mehrwertsteuerbefreite Einfuhren im Zusammenhang mit der einzigen Anlaufstelle für Einfuhrdaten (IOSS) und über Einfuhren nach den Zollverfahren 42/63 sowie aggregierte Zahlungsinformationen. Ein solcher Zugang sollte der EUStA und dem OLAF nur zu dem Zwecke gewährt werden, dass diese ihre Aufgaben gemäß Artikel 4 der Verordnung (EU) 2017/1939 und Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 wahrnehmen können. Der Kommission sollte die Befugnis übertragen werden, Durchführungsrechtsakte zu erlassen, in denen die genauen Datenkategorien festgelegt werden, die der EUStA und dem OLAF für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben gemäß diesen Artikeln zur Verfügung stehen. Die Entwürfe dieser Durchführungsrechtsakte sollten dem Europäischen Parlament zur Kenntnisnahme übermittelt werden, damit es seine Rechte ausüben kann.

Abänderung 14

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 11

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(11) Da die Systeme, Infrastrukturen und technischen Mittel zur Einrichtung des Austauschs von mehrwertsteuerrelevanten Informationen auf Unionsebene angepasst werden müssen, um den sicheren Zugang der EUStA und des OLAF zu gewährleisten, muss die Anwendung der einschlägigen Bestimmungen aufgeschoben werden, damit die Mitgliedstaaten, die Kommission, die EUStA und das OLAF	(11) Da die Systeme, Infrastrukturen und technischen Mittel zur Einrichtung des Austauschs von mehrwertsteuerrelevanten Informationen auf Unionsebene angepasst werden müssen, um den sicheren Zugang der EUStA und des OLAF zu gewährleisten, muss die Anwendung der einschlägigen Bestimmungen aufgeschoben werden, damit die Mitgliedstaaten, die Kommission, die EUStA und das OLAF

die notwendigen Anpassungen vornehmen können. Dabei sollten die Zeitpunkte berücksichtigt werden, ***an*** denen das zentrale MIAS in Betrieb genommen und das bisherige MIAS schrittweise abgeschafft werden. Die EUStA und das OLAF ***sollten die Kosten der Einrichtung und Pflege der notwendigen Infrastrukturen und technischen Mittel für den sicheren Zugang*** zu ***mehrwertsteuerrelevanten Informationen tragen***.	die notwendigen Anpassungen vornehmen können. Dabei sollten die Zeitpunkte berücksichtigt werden, ***zu*** denen das zentrale MIAS in Betrieb genommen und das bisherige MIAS schrittweise abgeschafft werden. ***Für die wirksame Durchführung dieser Verordnung sollten*** die EUStA und das OLAF ***im Einklang mit dem Grundsatz der Haushaltsneutralität Zugang zu angemessenen und stabilen finanziellen und personellen Ressourcen haben, einschließlich Fachkompetenz in den Bereichen Finanzermittlungen, digitale Forensik und Datenanalyse sowie gegebenenfalls eines separaten Zugangsportals oder einer separaten Schnittstelle, um den Grundsatz der Datenminimierung einzuhalten. Mit Unionsmitteln sollten interoperable IT-Systeme sowie sichere Kommunikationsinstrumente weiter gefördert werden, um für eine wirksame Zusammenarbeit zu sorgen. Um Missbrauch vorzubeugen, sollten organisatorische Maßnahmen, interne Genehmigungsverfahren, Aufsichtsmechanismen und Schutzvorkehrungen vorhanden sein***.

Abänderung 15

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 12

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(12) Der Europäische Datenschutzbeauftragte wurde gemäß Artikel 42 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1725 ***konsultiert*** und hat am ***[…]*** eine Stellungnahme abgegeben.	(12) Der Europäische Datenschutzbeauftragte wurde gemäß Artikel 42 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1725 ***angehört*** und hat am ***7. Januar 2026*** eine Stellungnahme abgegeben.

Abänderung 16

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer -1 (neu)
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	-1. Folgender Artikel wird eingefügt:
	„Artikel 2a
	Folgevorschlag zur Mindestharmonisierung der Sanktionen
	Bis zum … [18 Monate nach Inkrafttreten dieser Änderungsverordnung] und im Einklang mit den Zielen der Überarbeitung der Betrugsbekämpfungsarchitektur als ergänzendes Maßnahmenpaket des MFR-Pakets für die Zeit nach 2027 und zur Verbesserung des Schutzes der finanziellen Interessen der Union legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Legislativvorschlag für eine Mindestharmonisierung der Verwaltungssanktionen vor, die bei den gravierendsten Verstößen gegen die Mehrwertsteuervorschriften und damit zusammenhängenden Zollrechtsverletzungen, insbesondere in Bezug auf innergemeinschaftlichen Missing-Trader-Mehrwertsteuerbetrug und den Missbrauch vereinfachter Zollverfahren im Rahmen des Zollverfahrens 42 und der einzigen Anlaufstelle für die Einfuhr, verhängt werden. Der Vorschlag lässt die in der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 festgelegten materiellrechtlichen Zollverfahren unberührt.“

Abänderung 17

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer -1 a (neu)
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 13 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*

-1a. Folgender Artikel wird eingefügt:

„Artikel 13a

Spontane Übermittlung von Zolldaten, die auf Mehrwertsteuerbetrug hindeuten

(1) Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten teilen den in Artikel 36 Absatz 1 genannten Eurofisc-Arbeitsbereichskoordinatoren und – im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate – der EUStA und dem OLAF spontan alle gespeicherten Informationen im Sinne des Artikels 17 Absatz 1 Buchstabe f mit, aus denen sich Anhaltspunkte für Mehrwertsteuerbetrug ergeben, insbesondere:

a) systematische Diskrepanzen zwischen dem in der Einfuhranmeldung angegebenen Bestimmungsmitgliedstaat und dem Mitgliedstaat, in dem die Mehrwertsteuer später erklärt oder entrichtet wurde,

b) systematische Diskrepanzen zwischen dem in der Einfuhranmeldung im Rahmen der IOSS-Regelung angegebenen Empfänger und dem Steuerpflichtigen, der die entsprechende Mehrwertsteuer im Bestimmungsmitgliedstaat erklärt hat,

c) angemeldete Zollwerte, die erheblich vom Marktwert abweichen, wenn diese Abweichung mit einer Unterbewertung für Mehrwertsteuerzwecke einhergeht, und

d) alle sonstigen Indikatoren, die in dem Durchführungsrechtsakt der Kommission als zollbasierte Indikatoren für das Risiko von Mehrwertsteuerbetrug festgelegt sind.

(2) Die Mitteilung gemäß Absatz 1 erfolgt unverzüglich und umfasst mindestens die in Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe f aufgeführten Datenelemente für die betreffende Einfuhr bzw. die Reihe von Einfuhren.

(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher,

dass ihre zuständigen Zollbehörden und die zuständigen Mehrwertsteuerbehörden sich in Bezug auf die Ermittlung von den Diskrepanzen gemäß Absatz 1 abstimmen, auch im Rahmen von Eurofisc.

(4) Die Kommission legt im Wege von Durchführungsrechtsakten die technischen Formate und Verfahren für die Mitteilungen nach diesem Artikel fest. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 58 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

(5) In Mitgliedstaaten, die sich nicht an der mit der Verordnung (EU) 2017/1939 des Rates eingerichteten EUStA beteiligen, sind die in Absatz 1 genannten Mitteilungen an die Eurofisc-Arbeitsbereichskoordinatoren und – im Rahmen seines Mandats – an das OLAF und nicht an die EUStA zu richten.“

Abänderung 18

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer -1 b (neu)
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe f

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	-1b. Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe f erhält folgende Fassung:
f) Informationen***, die er*** gemäß Artikel 143 Absatz ***2 Buchstaben a und b*** der Richtlinie 2006/112/EG ***erhebt***, ***sowie das Ursprungsland, das Bestimmungsland, der Warencode, die Währung, der Gesamtbetrag, der Wechselkurs, der Preis des Gegenstands und das Nettogewicht;***	***„***f) ***die von den Zollbehörden der Mitgliedstaaten zusammengetragenen*** Informationen ***über alle Einfuhren von Waren***, ***für*** die ***bei der Einfuhr eine Mehrwertsteuerbefreiung, ein Steueraufschub oder eine besondere Erhebungsregelung geltend gemacht wird, unter anderem*** gemäß Artikel 143 Absatz ***1 Buchstabe d*** der Richtlinie 2006/112/EG ***(Zollverfahren 42/63), im Rahmen der Regelung der einzigen Anlaufstelle für die Einfuhr (IOSS-Regelung) gemäß den Artikeln 369l bis 369x der genannten Richtlinie und im Rahmen jedes anderen Einfuhrverfahrens, bei dem die Verpflichtung zur Entrichtung der***

	Mehrwertsteuer auf den Bestimmungsmitgliedstaat verschoben wird, beschränkt auf folgende Datenelemente:
	i) die Kennung der Einfuhranmeldung,
	ii) die gegenüber dem Zoll angegebene Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer des Einführers oder gegebenenfalls die IOSS-Identifikationsnummer,
	iii) die Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer des Kunden im Bestimmungsmitgliedstaat, sofern verfügbar,
	iv) den angemeldeten Zollwert der Waren,
	v) das angegebene Ursprungsland der Waren und
	vi) den Code des Zollverfahrens, auch in Fällen, in denen die Waren einem vereinfachten Einfuhrverfahren gemäß Artikel 166 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 unterliegen;“

Abänderung 19

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 24k – Absatz 1a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1a) Die EUStA und das OLAF erhalten ***Zugang zu Informationen des zentralen MIAS*** im Einklang mit den in den Artikeln 49a und 49b festgelegten Beschränkungen und Regeln.	(1a) Die EUStA und das OLAF erhalten ***über eine sichere zentrale Schnittstelle, mit der die Vertraulichkeit gewahrt wird, und*** im Einklang mit den in den Artikeln 49a und 49b festgelegten Beschränkungen und Regeln ***Zugang zu Informationen des zentralen MIAS***.

Abänderung 20

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 4

Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 36 – Absatz 2a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2a) Die Eurofisc-Arbeitsbereichskoordinatoren unterrichten die EUStA im Einklang mit Artikel 24 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2017/1939 des Rates* in Bezug auf die an der EUStA teilnehmenden Mitgliedstaaten und im Einklang mit dem vorliegenden Artikel in Bezug auf die anderen Mitgliedstaaten unverzüglich über jeglichen Verdachtshinweis auf grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug, der auf den im Rahmen der vorliegenden Verordnung übermittelten oder erhobenen Informationen beruht und für den die EUStA ihre Zuständigkeit ausüben könnte.	(2a) Die Eurofisc-Arbeitsbereichskoordinatoren unterrichten die EUStA im Einklang mit Artikel 24 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2017/1939 des Rates* in Bezug auf die an der EUStA teilnehmenden Mitgliedstaaten und im Einklang mit dem vorliegenden Artikel in Bezug auf die anderen Mitgliedstaaten unverzüglich über jeglichen Verdachtshinweis auf grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug, der auf den im Rahmen der vorliegenden Verordnung übermittelten oder erhobenen Informationen beruht und für den die EUStA ihre Zuständigkeit ausüben könnte. ***Die Eurofisc-Arbeitsbereichskoordinatoren übermitteln der EUStA die Informationen, die diese benötigt, um zu beurteilen, ob sie ihre Zuständigkeit ausüben muss, vorausgesetzt, dass diese Übermittlung notwendig und verhältnismäßig ist, den Zwecken des Mandats der EUStA entspricht und unter vollständiger Einhaltung des Datenschutzrechts der Union erfolgt.***

Abänderung 21

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 4
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 36 – Absatz 2c

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2c) Im Einklang mit Artikel 8 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates** unterrichten die Eurofisc-	(2c) Im Einklang mit Artikel 8 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates** unterrichten die Eurofisc-

Arbeitsbereichskoordinatoren das OLAF unverzüglich über jeglichen Verdachtshinweis auf grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug auf der Grundlage der im Rahmen der vorliegenden Verordnung übermittelten oder erhobenen Informationen der Mitgliedstaaten, damit das OLAF geeignete Maßnahmen entsprechend seinem Mandat prüfen kann.	Arbeitsbereichskoordinatoren das OLAF unverzüglich über jeglichen Verdachtshinweis auf grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug auf der Grundlage der im Rahmen der vorliegenden Verordnung übermittelten oder erhobenen Informationen der Mitgliedstaaten, damit das OLAF geeignete Maßnahmen entsprechend seinem Mandat prüfen kann***, wobei es zu verhindern gilt, dass sich die Ermittlungsmaßnahmen des OLAF und der EUStA überschneiden. Die Eurofisc-Arbeitsbereichskoordinatoren übermitteln dem OLAF die Informationen, die es benötigt, um zu beurteilen, ob es sein Mandat ausüben muss oder nicht***.

Abänderung 22

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 4
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 36 – Absatz 2d

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2d) Im Einklang mit Artikel 8 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 und auf Ersuchen des OLAF übermitteln die Eurofisc-Arbeitsbereichskoordinatoren dem OLAF jegliche im Rahmen der vorliegenden Verordnung übermittelten oder erhobenen Informationen der Mitgliedstaaten über grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug, damit das OLAF geeignete Maßnahmen entsprechend seinem Mandat prüfen kann.	(2d) Im Einklang mit Artikel 8 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 und auf Ersuchen des OLAF übermitteln die Eurofisc-Arbeitsbereichskoordinatoren dem OLAF jegliche ***maßgeblichen*** im Rahmen der vorliegenden Verordnung übermittelten oder erhobenen Informationen der Mitgliedstaaten über grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug, damit das OLAF geeignete Maßnahmen entsprechend seinem Mandat prüfen kann.

Abänderung 23

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49a – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Unbeschadet des Artikels 43 der Verordnung (EU) 2017/1939 gewähren die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten der EUStA für gezielte Abfragen einen zentralen Zugang zu folgenden Informationen:	(1) Unbeschadet des Artikels 43 der Verordnung (EU) 2017/1939 gewähren die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten der EUStA für gezielte Abfragen ***im Rahmen ihres Mandats*** einen zentralen Zugang zu folgenden ***notwendigen*** Informationen:

Abänderung 24

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49a – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) ab dem 1. September 2026 zu den in Artikel 17 Absatz 1 Buchstaben e und f dieser Verordnung genannten Informationen;	b) ab dem 1. September 2026 zu den in Artikel 17 Absatz 1 Buchstaben e und f dieser Verordnung genannten Informationen***, einschließlich etwaiger zusätzlicher gespeicherter Datenelemente gemäß Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe f dieser Verordnungg***;

Abänderung 25

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49a – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1a) Der in Absatz 1 genannte Zugang wird ausschließlich im Rahmen von aktiven strafrechtlichen Ermittlungen wegen mutmaßlicher Straftaten oder der strafrechtlichen Verfolgung von Tätern, die in den Anwendungsbereich von Artikel 4 der

	Verordnung (EU) 2017/1939 fallen, gewährt und wird so konzipiert und genutzt, dass ungezielte Abfragen oder ein nicht mit einem konkreten Fall verbundener Zugang verhindert werden. Zur Wahrung der Datenschutzgrundsätze muss in der Systemarchitektur und in den Betriebsprotokollen jede Form von spekulativem Data-Mining, massenhafter Datenextraktion, pauschalen Abfragen und automatisierter Profilerstellung, die nicht im Zusammenhang mit einem konkreten Ermittlungsverfahren steht, untersagt werden.

Abänderung 26

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49a – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1b) Der in Absatz 1 genannte zentrale Zugang unterliegt geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen, sodass jeder Zugriff einem bestimmten strafrechtlichen Ermittlungsverfahren bzw. einer bestimmten Strafverfolgungsmaßnahme und einem identifizierten autorisierten Nutzer zuordenbar ist. Jeder Zugriff wird so protokolliert, dass eine wirksame Ex-post-Überprüfung möglich ist.

Abänderung 27

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49a – Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Dieser zentrale Zugang erfolgt über einen einzigen Zugangspunkt für alle Informationen bezüglich einer ***Untersuchung***, auch wenn diese Informationen mehrere Mitgliedstaaten betreffen.	(3) Dieser zentrale Zugang erfolgt über einen einzigen Zugangspunkt für alle Informationen bezüglich ***eines Ermittlungsverfahrens***, auch wenn diese Informationen mehrere Mitgliedstaaten betreffen. ***Das betreffende System gewährleistet die vollständige Rückverfolgbarkeit und Protokollierung aller Abfragen und wird durch sichere Kommunikationskanäle und umfassende Aufzeichnungen unterstützt, die wirksame Ex-post-Überprüfungsmechanismen ermöglichen.***

Abänderung 28

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49a – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(3a) Die EUStA veröffentlicht jährlich Statistiken über die Nutzung des nach dieser Verordnung gewährten zentralen Zugangs, die Aufschluss über die Anzahl der erfolgten Abfragen, die Anzahl der Ermittlungsverfahren, bei denen dieser Zugang zur Weiterverfolgung des Falls beigetragen hat, sowie die Anzahl der Fälle, in denen die abgerufenen Daten als irrelevant befunden und gelöscht wurden, geben. Diese Statistiken sind in die Jahresberichte der EUStA aufzunehmen, die dem Europäischen Parlament übermittelt werden. Gemäß den maßgeblichen Bestimmungen für die Ermittlungen werden diese Daten ordnungsgemäß geschwärzt, um die Vertraulichkeit und die ordnungsgemäße Durchführung der Ermittlungen zu

	gewährleisten.

Abänderung 29

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49a – Absatz 4 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) die technischen Einzelheiten betreffend den zentralen Zugang zu den in Absatz 1 dieses Artikels genannten Informationen, einschließlich der Liste der Datenkategorien, anhand deren gezielte Abfragen durchgeführt werden können;	a) die technischen Einzelheiten betreffend den zentralen Zugang zu den in Absatz 1 dieses Artikels genannten Informationen, einschließlich der Liste der Datenkategorien, anhand deren gezielte Abfragen durchgeführt werden können***, sowie der Schutzmechanismen gegen ungezielte Abfragen***;

Abänderung 30

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49a – Absatz 5

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(5) Die Kosten der Einrichtung, des Betriebs und der Pflege der Infrastrukturen und technischen Mittel für den zentralen Zugang zu den in Absatz 1 dieses Artikels genannten Informationen werden von der EUStA getragen.	***entfällt***

Abänderung 31

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49a – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(5a) Alle Nutzer sind an die Vertraulichkeitsregeln dieser Verordnung

gebunden. Der Informationsaustausch und der Zugang zu Daten werden unter Einhaltung der Verordnungen (EU) 2016/679 und (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie unter Berücksichtigung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union durchgeführt.

Abänderung 32

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49a – Absatz 5 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(5b) Die in Absatz 1 genannten Systeme, die den zentralen Zugang ermöglichen, müssen so konzipiert sein, dass eine vollständige Interoperabilität mit den von den zuständigen Unionsstellen genutzten Systemen gegeben ist, um den effizienten und sicheren Austausch von Informationen zu erleichtern und den Verwaltungsaufwand zu verringern.

Abänderung 33

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49a – Absatz 5 c (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(5c) Die Kommission prüft in enger Zusammenarbeit mit der EUStA, ob zusätzliche Unionsmittel erforderlich sind, um die Entwicklung interoperabler IT-Systeme sowie digitaler Instrumente zu fördern und die Einstellung von Fachpersonal zu unterstützen.

Abänderung 34

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49a – Absatz 5 d (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(5d) Erhält die EUStA infolge einer spontanen Übermittlung durch die Zollbehörden gemäß Artikel 13a personenbezogene Daten, so gelten folgende Regeln:
	a) Die Daten dürfen ausschließlich zum Zwecke der Beurteilung der Frage, ob im Rahmen des Mandats der EUStA gemäß Artikel 4 der Verordnung (EU) 2017/1939 Ermittlungen einzuleiten sind, oder zur Durchführung solcher Ermittlungen verarbeitet werden.
	b) Stellt die EUStA innerhalb von 90 Tagen nach Eingang fest, dass die Daten für Ermittlungen im Rahmen ihres Mandats irrelevant sind, löscht sie die Daten und teilt dies der übermittelnden Behörde mit.
	c) Werden auf der Grundlage der übermittelten Daten Ermittlungen eingeleitet, so wird die übermittelnde Zollbehörde unterrichtet, die sich, wenn sie der Auffassung ist, dass die Verarbeitung über das erforderliche Maß hinausgeht, mit ihrer Einschätzung an die EUStA und den EDSB wenden kann.
	d) Es gelten die Datenschutzvorschriften des Kapitels VIII der Verordnung (EU) 2017/1939.“

Abänderung 35

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49b – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten gewähren dem OLAF für gezielte Abfragen einen zentralen Zugang zu folgenden Informationen:	(1) Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten gewähren dem OLAF für gezielte Abfragen einen zentralen Zugang zu folgenden Informationen***, der sich auf das für die Erfüllung seines Mandats erforderliche Maß beschränkt***:

Abänderung 36

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49b – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) ab dem 1. September 2026 zu den in Artikel 17 Absatz 1 Buchstaben e und f dieser Verordnung genannten Informationen;	b) ab dem 1. September 2026 zu den in Artikel 17 Absatz 1 Buchstaben e und f dieser Verordnung genannten Informationen***, einschließlich etwaiger zusätzlicher gespeicherter Datenelemente im Sinne des Artikels 17 Absatz 1 Buchstabe f***;

Abänderung 37

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49b – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2a) Der in Absatz 1 genannte zentrale Zugang wird so konzipiert und genutzt, dass das OLAF über den von ihm benötigten gezielten, untersuchungsspezifischen Zugang verfügt und dass es nicht möglich ist, ungezielte Suchabfragen durchzuführen oder Zugang zu erhalten, wenn dieser nicht dem Zweck der Einleitung oder Durchführung von Untersuchungen im Einklang mit den Aufgaben des OLAF gemäß Artikel 1 Absatz 1 der

	Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 dient. Dieser Zugang darf keine massenhafte Datenextraktion, allgemeine Überwachung oder automatisierte Profilerstellung ermöglichen, die nicht im Zusammenhang mit einer konkreten behördlichen Untersuchung steht.

Abänderung 38

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49b – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2b) Der in Absatz 1 genannte zentrale Zugang unterliegt geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass jeder Zugriff einer bestimmten Untersuchung und einem identifizierten autorisierten Nutzer zuordenbar ist. Jeder Zugriff wird so protokolliert, dass eine wirksame Ex-post-Überprüfung möglich ist.

Abänderung 39

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49b – Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Dieser zentrale Zugang erfolgt über einen einzigen Zugangspunkt für alle Informationen bezüglich einer Untersuchung, auch wenn diese Informationen mehrere Mitgliedstaaten betreffen.	(3) Dieser zentrale Zugang erfolgt über einen einzigen Zugangspunkt für alle Informationen bezüglich einer Untersuchung, auch wenn diese Informationen mehrere Mitgliedstaaten betreffen. ***Das betreffende System gewährleistet die vollständige Rückverfolgbarkeit und Protokollierung aller Abfragen und wird durch***

	umfassende Aufzeichnungen unterstützt, die wirksame Ex-post-Überprüfungsmechanismen ermöglichen.

Abänderung 40

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49b – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(3a) Das OLAF veröffentlicht jährlich Statistiken über die Nutzung des nach dieser Verordnung gewährten zentralen Zugangs, die Aufschluss über die Anzahl der erfolgten Abfragen, die Anzahl der Untersuchungen, bei denen dieser Zugang zur Weiterverfolgung des Falls beigetragen hat, sowie die Anzahl der Fälle, in denen die abgerufenen Daten als irrelevant befunden und gelöscht wurden, geben. Diese Statistiken sind in die Jahresberichte des OLAF aufzunehmen, die dem Europäischen Parlament übermittelt werden. Gemäß den maßgeblichen Bestimmungen für die Untersuchungen werden diese Daten ordnungsgemäß geschwärzt, um die Vertraulichkeit und die ordnungsgemäße Durchführung der Untersuchungen zu gewährleisten.

Abänderung 41

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49b – Absatz 4 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) die technischen Einzelheiten betreffend den zentralen Zugang zu den in Absatz 1 dieses Artikels genannten	a) die technischen Einzelheiten betreffend den zentralen Zugang zu den in Absatz 1 dieses Artikels genannten

Informationen, einschließlich der Liste der Datenkategorien, anhand deren gezielte Abfragen durchgeführt werden können;	Informationen, einschließlich der Liste der Datenkategorien, anhand deren gezielte Abfragen durchgeführt werden können***, sowie der Schutzmechanismen gegen ungezielte Abfragen***;

Abänderung 42

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49b – Absatz 5

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(5) Die Kosten der Einrichtung, des Betriebs und der Pflege der Infrastrukturen und technischen Mittel für den zentralen Zugang zu den in Absatz 1 dieses Artikels genannten Informationen werden vom OLAF getragen.	***entfällt***

Abänderung 43

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49b – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(5a) Alle Nutzer sind an die Vertraulichkeitsregeln dieser Verordnung gebunden. Der Informationsaustausch und der Zugang zu Daten werden unter Einhaltung der Verordnungen (EU) 2016/679 und (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie unter Berücksichtigung der Charta der Grundrechte der EU durchgeführt.

Abänderung 44

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5

Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49b – Absatz 5 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(5b) Die in Absatz 1 genannten Systeme, die den zentralen Zugang ermöglichen, müssen so konzipiert sein, dass eine vollständige Interoperabilität mit den von den zuständigen Unionsstellen genutzten Systemen gegeben ist, um den effizienten und sicheren Austausch von Informationen zu erleichtern und den Verwaltungsaufwand zu verringern.

Abänderung 45

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49b – Absatz 5 c (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(5c) Die Kommission prüft in enger Zusammenarbeit mit dem OLAF, ob zusätzliche Unionsmittel erforderlich sind, um die Entwicklung interoperabler IT-Systeme sowie digitaler Instrumente zu fördern und die Einstellung von Fachpersonal zu unterstützen.

Abänderung 46

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 49b – Absatz 5 d (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(5d) Erhält das OLAF infolge einer spontanen Übermittlung durch die Zollbehörden gemäß Artikel 13a personenbezogene Daten, so gelten folgende Regeln:

a) Die Daten dürfen ausschließlich zum Zwecke der Beurteilung der Frage, ob im Rahmen des Mandats des OLAF gemäß Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 eine Untersuchung einzuleiten ist, oder zur Durchführung einer solchen Untersuchung verarbeitet werden.

b) Stellt das OLAF innerhalb von 60 Tagen nach Eingang fest, dass die Daten für eine Untersuchung im Rahmen seines Mandats irrelevant sind, löscht es die Daten und teilt dies der übermittelnden Behörde mit.

c) Wird auf der Grundlage der übermittelten Daten eine Untersuchung eingeleitet, so wird die übermittelnde Zollbehörde unterrichtet, die sich, wenn sie der Auffassung ist, dass die Verarbeitung über das erforderliche Maß hinausgeht, mit ihrer Einschätzung an das OLAF und den EDSB wenden kann.

d) Es gelten die Datenschutzvorschriften der Verordnung (EU) 2018/1725. Das OLAF wendet auf die gemäß diesem Absatz gewährten Zugangsrechte die internen Genehmigungsanforderungen gemäß Artikel 5 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 an.“

Abänderung 47

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5 a (neu)
Verordnung (EU) Nr. 904/2010
Artikel 59 – Absatz 1

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	(5a) Artikel 59 Absatz 1 erhält folgende Fassung:
(1) Die Kommission ***erstattet*** dem	***„***(1) Die Kommission ***legt*** dem

Europäischen Parlament ***und*** dem Rat ***bis spätestens 1. November 2013 und anschließend*** alle ***fünf*** Jahre Bericht über die Anwendung dieser Verordnung.	Europäischen Parlament***,*** dem Rat ***und dem Europäischen Rechnungshof ab dem … [Datum des Inkrafttretens dieser Änderungsverordnung]*** alle ***drei*** Jahre ***auf der Grundlage der Berichte der EUStA, des OLAF und von Eurofisc einen*** Bericht über die Anwendung dieser Verordnung ***vor***. ***In dem Bericht wird insbesondere Folgendes bewertet:*** ***a) die operative Wirksamkeit des direkten Zugangs der EUStA und des OLAF zum MIAS, zum SURVEILLANCE-System und zum CESOP, einschließlich der durchschnittlichen Zugriffszeit, der Anzahl der wesentlich vorangetriebenen Ermittlungen und der Ergebnisse von Strafverfolgungs- oder Verwaltungsmaßnahmen,*** ***b) die Kohärenz des Zugangs- und Übermittlungsrahmens mit anderen Instrumenten, die als Teil der überarbeiteten Betrugsbekämpfungsarchitektur angenommen wurden und zu denen unter anderem Maßnahmen in Bezug auf die Kapazitäten von Eurofisc, die CESOP-Governance, die Harmonisierung betreffend die Steuervertreter und die Angleichung der Sanktionen gehören,*** ***c) die Funktionsweise und die Aktualität des Mechanismus zur spontanen Übermittlung gemäß Artikel 13a, einschließlich nationaler Koordinierungsvereinbarungen zwischen Zoll- und Mehrwertsteuerbehörden,*** ***d) die Durchsetzungsergebnisse, die in den nicht an der EUStA teilnehmenden Mitgliedstaaten erzielt wurden, und ob im Rahmen der Überarbeitung der Betrugsbekämpfungsarchitektur gleichwertige Mechanismen***

eingerichtet wurden,

e) die geschätzten Beträge der Mehrwertsteuereinnahmen der Union und der damit verbundenen Zolleinnahmen, die als direkte Folge des durch diese Verordnung eingerichteten Datenaustauschs und der entsprechenden Zugangsrechte eingezogen oder gesichert wurden,

f) der Beitrag, den diese Verordnung zur Angleichung der Durchsetzungsergebnisse in den Mitgliedstaaten leistet, auch was die Möglichkeit betrifft, auf Unionsebene eine Methodik zur Messung nicht erhobener Zolleinnahmen zu entwickeln, die hinsichtlich ihres Zwecks mit dem von der Kommission jährlich veröffentlichten Indikator für die Mehrwertsteuerlücke vergleichbar ist.

Werden in dem Bericht anhaltende Mängel in Bezug auf die Anwendung dieser Verordnung festgestellt, so legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat binnen sechs Monaten nach der Veröffentlichung des Berichts Legislativvorschläge für Abhilfemaßnahmen vor.“

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0226

Verbringung von Abfällen: Ausfuhr von gemischten Siedlungsabfällen zur Verwertung in die Schweiz

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. Juni 2026 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2024/1157 hinsichtlich des Verbots der Ausfuhr von zur Verwertung bestimmten gemischten Siedlungsabfällen (COM(2026)0183 – C10-0108/2026 – 2026/0099(COD))

(ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2026)0183),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel 192 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C10-0108/2026),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 17. Juni 2026[1],

– nach Anhörung des Ausschusses der Regionen,

– gestützt auf die Artikel 60 und 170 seiner Geschäftsordnung,

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;

2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln

[1] Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

P10_TC1-COD(2026)0099

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 18. Juni 2026 2026 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) 2026/... des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2024/1157 hinsichtlich des Verbots der Ausfuhr von zur Verwertung bestimmten gemischten Siedlungsabfällen

(Text von Bedeutung für den EWR)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 192 Absatz 1,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses[1],

nach Anhörung des Ausschusses der Regionen,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren[2],

[1] Stellungnahme vom 17. Juni 2026 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).
[2] Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 18. Juni 2026.

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 44 Absatz 2 Buchstabe f der Verordnung (EU) 2024/1157 des Europäischen Parlaments und des Rates[1] 21. Mai 2026 ist die Ausfuhr aus der Union von zur Verwertung in Drittländern bestimmten gemischten Siedlungsabfällen verboten. Die Verbringung solcher Abfälle aus Grenzgebieten der Union in nahe gelegene Behandlungsanlagen in der Schweiz, wo hohe Standards für die Abfallbewirtschaftung eingehalten werden, wäre somit nicht mehr zulässig, wodurch eine seit Langem bewährte Praxis enden würde. Das Verbot der Ausfuhr dieser Abfälle in die Schweiz würde folglich zum Transport dieser Abfälle in andere Länder und in weiter entfernte Abfallbewirtschaftungsanlagen führen, was zur Ersetzung des Schienentransports der Abfälle durch zusätzliche Straßentransporte führen würde. Dies würde die Kosten für die Bewirtschaftung dieser Abfälle erhöhen und zu höheren Treibhausgasemissionen aufgrund des damit verbundenen zusätzlichen Straßentransports führen, während die Vorteile sehr begrenzt wären. Es ist daher erforderlich, Artikel 44 Absatz 2 Buchstabe f der Verordnung (EU) 2024/1157 zu ändern, um die Fortsetzung der Ausfuhren in die Schweiz von zur Verwertung bestimmten gemischten Siedlungsabfällen zu ermöglichen.

[1] Verordnung (EU) 2024/1157 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über die Verbringung von Abfällen, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1257/2013 und (EU) 2020/1056 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 (ABl. L, 2024/1157, 30.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1157/oj).

(2) Die Verordnung (EU) 2024/1157 sollte daher entsprechend geändert werden.

(3) Da das Ziel dieser Verordnung von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden kann, sondern vielmehr wegen der erforderlichen Harmonisierung auf Unionsebene besser zu verwirklichen ist, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das für die Verwirklichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.

(4) Angesichts des bevorstehenden Inkrafttretens des Verbots der Verbringung von gemischten Siedlungsabfällen zur Verwertung, durch das es zu einer Unterbrechung der Verbringung von gemischten Siedlungsabfällen in die Schweiz kommen würde, und der Tatsache, dass vor dem Inkrafttreten dieses Verbots erteilte Zustimmungen für solche Verbringungen mindestens ein Jahr gültig sind, wird es als angemessen erachtet, sich auf die Ausnahme von der Achtwochenfrist gemäß Artikel 4 des dem EUV, dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft beigefügten Protokolls Nr. 1 über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union zu berufen —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Artikel 44 Absatz 2 Buchstabe f der Verordnung (EU) 2024/1157 erhält folgende Fassung:

„f) die Ausfuhr von Abfällen gemäß Artikel 4 Absatz 3 ist verboten, ausgenommen in die Schweiz;“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu … am …

Im Namen des Europäischen Parlaments	*Im Namen des Rates*
Die Präsidentin	*Der Präsident/Die Präsidentin*

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0227

Anforderungen an die kreislauforientierte Konstruktion von Fahrzeugen und Entsorgung von Altfahrzeugen

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. Juni 2026 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Anforderungen an die kreislauforientierte Konstruktion von Fahrzeugen und über die Entsorgung von Altfahrzeugen, zur Änderung der Verordnungen (EU) 2018/858 und (EU) 2019/1020 und zur Aufhebung der Richtlinien 2000/53/EG und 2005/64/EG (COM(2023)0451 – C9-0308/2023 – 2023/0284(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2023)0451),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel 114 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C9-0308/2023),

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Rechtsausschusses zu der vorgeschlagenen Rechtsgrundlage,

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 sowie Artikel 114 und Artikel 192 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 14. Dezember 2023[1],

– nach Anhörung des Ausschusses der Regionen,

– unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 75 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung von den zuständigen Ausschüssen angenommen wurde, und auf die vom Vertreter des Rates mit Schreiben vom 25. Februar 2026 gemachte Zusage, den Standpunkt des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen,

– gestützt auf die Artikel 60 und 41 seiner Geschäftsordnung,

[1] ABl. C, C/2024/1593, 5.3.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/1593/oj.

– unter Hinweis auf die gemeinsamen Beratungen des Ausschusses für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit und des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz gemäß Artikel 59 der Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses für Verkehr und Tourismus,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit und des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (A10-0158/2025),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest[1];

2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

[1] Dieser Standpunkt ersetzt die am 9. September 2025 angenommenen Abänderungen (Angenommene Texte P10_TA(2025)0168).

P10_TC1-COD(2023)0284

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 18. Juni 2026 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) 2026/... des Europäischen Parlaments und des Rates über Anforderungen an die kreislauforientierte Konstruktion von Fahrzeugen und über die Bewirtschaftung von Altfahrzeugen, zur Änderung der Verordnungen *(EU) Nr. 168/2013*, (EU) 2018/858, (EU) 2019/1020 und *(EU) 2023/1542* und zur Aufhebung der Richtlinien 2000/53/EG und 2005/64/EG

(Text von Bedeutung für den EWR)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 114 ***und – in Bezug auf die Artikel 14 bis 36 der vorliegenden Verordnung – auf Artikel 192 Absatz 1,***

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses[1],

nach Anhörung des Ausschusses der Regionen,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren[2],

1 ABl. C, …, ELI: ….

2 Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 18. Juni 2026.

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) In der Mitteilung der Kommission vom 11. Dezember 2019 über den europäischen Grünen Deal wird eine Wachstumsstrategie vorgestellt, mit der der Wandel der Union zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft vollzogen werden soll, in der bis ***spätestens*** 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist. Damit im Zuge der Produktpolitik der Union zur weltweiten Senkung der CO_2-Emissionen beigetragen werden kann, muss sichergestellt werden, dass die in der Union vermarkteten und verkauften Produkte auf nachhaltige Weise beschafft, erzeugt und am Ende ihrer Lebensdauer behandelt werden.

(2) Die Automobilindustrie trägt in bedeutendem Maße zum Verbrauch der Union an Energie und Rohstoffen und somit zur Erzeugung von Treibhausgasen bei. Die Produktion von Fahrzeugen in Drittländern und deren Inverkehrbringen in der Union trägt weltweit zur Erzeugung von Treibhausgasen bei, was wiederum zu negativen Umweltauswirkungen in der Union führt. Der im „Fit für 55“-Paket vorgesehene Übergang von der Nutzung fossiler Brennstoffe in Fahrzeugen zu emissionsfreier Mobilität ist eine der Voraussetzungen für die Verwirklichung des Ziels der Klimaneutralität bis 2050. Er wird eine Verringerung der Treibhausgasemissionen aus der Automobilindustrie, die mit der Nutzungsphase von Fahrzeugen zusammenhängen, bewirken. Die Automobilindustrie ist einer der größten Verbraucher von Primäraluminium, Stahl und Kunststoffen, was mit der Herstellung von Neufahrzeugen zusammenhängt, die in der Union in Verkehr gebracht werden. Aufgrund der für die Gewinnung und Verarbeitung dieser Werkstoffe erforderlichen Energie kann dies erhebliche Umweltauswirkungen mit sich bringen. Der ökologische Fußabdruck im Zusammenhang mit der Herstellung von Neufahrzeugen könnte sich durch die laufende Elektrifizierung der Fahrzeugflotte, ***die zunehmende Größe und das zunehmende Gewicht der Fahrzeuge*** sowie durch die zunehmende Nutzung von ***und Komplexität der*** Elektronik in künftigen Modellen erhöhen; dafür wird jeweils eine große Menge an kritischen und strategischen Rohstoffen und Edelmetallen wie Kupfer und Seltene Erden benötigt. Infolgedessen könnte die Produktionsphase von Fahrzeugen einen größeren ökologischen Fußabdruck als ihre Nutzungsphase haben***, die Abhängigkeit der europäischen Industrie von Einfuhren kritischer Rohstoffe größer werden und die Anfälligkeit der europäischen Industrie für Versorgungsunterbrechungen steigen, was sich nachteilig auf ihre Wettbewerbsfähigkeit auswirken würde***.

Darüber hinaus führen die derzeitigen Anforderungen des Unionsrechts an die Abfallbewirtschaftung zu einer suboptimalen Verwertung von Ressourcen aus Altfahrzeugen und es besteht ein hohes Potenzial zur Steigerung der Menge und Qualität der Teile, Bauteile und Werkstoffe, die ***während der Nutzungsphase eines Fahrzeugs oder am Ende der Lebensdauer eines Fahrzeugs repariert,*** wiederverwendet, wiederaufgearbeitet, überholt***, nachgerüstet*** oder recycelt werden können. Um diese Umweltauswirkungen zu bewältigen**,** zur Dekarbonisierung der Branche beizutragen ***und die Wettbewerbsfähigkeit im Wege einer verstärkten Belastbarkeit der Automobilindustrie zu fördern***, muss das Funktionieren des Binnenmarkts verbessert und der Übergang der Automobilindustrie zur Kreislaufwirtschaft vorangetrieben werden. Dies steht im Einklang mit der Mitteilung der Kommission vom 11. März 2020 mit dem Titel „Ein neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft – Für ein saubereres und wettbewerbsfähigeres Europa“, in der zu einer Überarbeitung der geltenden Vorschriften aufgefordert wurde, um stärker kreislauforientierte Geschäftsmodelle zu fördern (Verknüpfung von Auslegungsaspekten mit der Behandlung am Ende der Lebensdauer), Vorschriften für den obligatorischen Rezyklatanteil in bestimmten Werkstoffen zu prüfen und die Recyclingeffizienz zu verbessern. ***Dies steht auch im Einklang mit der Verordnung (EU) 2024/1252 des Europäischen Parlaments und des Rates[3].*** Der Rat und das Europäische Parlament betonten auch die Notwendigkeit neuer Unionsvorschriften in diesem Bereich, mit denen die geltenden Vorschriften für die Typgenehmigung in Bezug auf die Wiederverwendbarkeit, Recyclingfähigkeit und Verwertbarkeit von Fahrzeugen sowie für Altfahrzeuge ersetzt werden.

[3] ***Verordnung (EU) 2024/1252 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1724 und (EU) 2019/1020 (ABl. L, 2024/1252, 3.5.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1252/oj).***

(3) In der Richtlinie 2000/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates[4] sind harmonisierte Anforderungen an die Behandlung von Altfahrzeugen und Zielvorgaben für Wiederverwendung und Recycling sowie für Wiederverwendung und Verwertung festgelegt. Die Richtlinie enthält Pflichten in Bezug auf die Sammlung von Altfahrzeugen sowie Pflichten für Wirtschaftsteilnehmer, wobei insbesondere die Verwendung von Schwermetallen in Fahrzeugen eingeschränkt wird. Mit der Richtlinie werden zudem grundlegende Regeln für die erweiterte Herstellerverantwortung eingeführt, wonach Fahrzeughersteller einen Teil der Kosten für die Sammlung von Altfahrzeugen übernehmen müssen.

(4) Im Zuge der Evaluierung der Richtlinie 2000/53/EG durch die Kommission wurde hervorgehoben, dass viele der ursprünglichen Ziele der Richtlinie wirksam erreicht wurden, insbesondere die Beseitigung von Cadmium, Blei, Quecksilber und sechswertigem Chrom aus Fahrzeugen, die Erhöhung der Anzahl der Sammelstellen für Altfahrzeuge und die Erreichung der Zielvorgaben für Verwertung und Recycling. Bei der Evaluierung wurde jedoch festgestellt, dass wichtige Fragen im Zusammenhang mit der Sammlung von Altfahrzeugen von der genannten Richtlinie nicht ausreichend abgedeckt werden und dass die Richtlinie nicht länger geeignet ist, um eine hochwertige Behandlung dieser Fahrzeuge zu gewährleisten.

---

4 Richtlinie 2000/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. September 2000 über Altfahrzeuge (ABl. L 269 vom 21.10.2000, S. 34, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2000/53/oj).

(5) Die Richtlinie 2005/64/EG des Europäischen Parlaments und des Rates[5] regelt die Typgenehmigung von Fahrzeugen hinsichtlich ihrer Wiederverwendbarkeit, Recyclingfähigkeit und Verwertbarkeit, sodass diese Fahrzeuge am Ende ihrer Lebensdauer die Zielvorgaben der Richtlinie 2000/53/EG erfüllen können. Die Richtlinie 2005/64/EG hat jedoch nicht zu einer wesentlichen Verbesserung der Wiederverwendbarkeit, Recyclingfähigkeit und Verwertbarkeit von Neufahrzeugen geführt und ist nicht an die Merkmale von Neufahrzeugen angepasst, die sich seit Inkrafttreten der Richtlinie 2005/64/EG deutlich weiterentwickelt haben.

---

5 Richtlinie 2005/64/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 über die Typgenehmigung für Kraftfahrzeuge hinsichtlich ihrer Wiederverwendbarkeit, Recyclingfähigkeit und Verwertbarkeit und zur Änderung der Richtlinie 70/156/EWG des Rates (ABl. L 310 vom 25.11.2005, S. 10, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2005/64/oj).

(6) Mit der Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates[6] wurde ein umfassendes Typgenehmigungs- und Marktüberwachungssystem für Kraftfahrzeuge und Anhänger sowie für Systeme, Bauteile und selbstständige technische Einheiten für diese Fahrzeuge eingeführt, das ein reibungsloses Funktionieren des Binnenmarkts gewährleisten und ein hohes Maß an Umweltschutz bieten soll. Es bedarf eines eigenständigen Rechtsakts für die Zwecke des in Anhang II der genannten Verordnung festgelegten EU-Typgenehmigungsverfahrens. Für Fahrzeuge, die derzeit das Verfahren zur Erlangung einer EU-Typgenehmigung durchlaufen, müssen daher Bestimmungen und Anforderungen an die Kreislauffähigkeit festgelegt werden. Um zu gewährleisten, dass die Fahrzeuge die Anforderungen erfüllen, muss ihre Überprüfung im Rahmen des EU-Typgenehmigungsverfahrens sichergestellt werden. Die Verwaltungsvorschriften der Verordnung (EU) 2018/858, einschließlich der Bestimmungen über Marktüberwachung, Abhilfemaßnahmen***, Schutzklauseln*** und Sanktionen, gelten für Typgenehmigungen, die gemäß den Anforderungen der vorliegenden Verordnung erteilt werden.

---

6 Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 715/2007 und (EG) Nr. 595/2009 und zur Aufhebung der Richtlinie 2007/46/EG (ABl. L 151 vom 14.6.2018, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2018/858/oj).

(7) ***Es ist wichtig, zwischen bestehenden und neuen Typgenehmigungen zu unterscheiden. Es muss somit präzisiert werden, welche Bestimmungen gemäß der Verordnung (EU) 2018/858 für neue Fahrzeugtypen gelten. Es sollte daher deutlich gemacht werden, dass eine Änderung der Typgenehmigung nicht systematisch eine Erweiterung der Typgenehmigung gemäß der genannten Verordnung erfordert.***

(8) Um das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern und zugleich ein hohes Umweltschutzniveau zu gewährleisten, müssen die Bedingungen für die Typgenehmigung von Fahrzeugen im Hinblick auf ihre Wiederverwendbarkeit, Recyclingfähigkeit und Verwertbarkeit ▌, ***die Produktionsphase von Fahrzeugen, die Bewertung des Fahrzeugstatus und*** die Ausfuhr von Gebrauchtfahrzeugen vereinheitlicht werden. ***Um zu den Zielen der Erhaltung, des Schutzes und der Verbesserung der Qualität der Umwelt, des Schutzes der menschlichen Gesundheit und der umsichtigen und rationellen Nutzung natürlicher Ressourcen beizutragen, müssen Vorschriften hinsichtlich der Bewirtschaftung von Altfahrzeugen festgelegt werden, wobei die Konstruktion von Fahrzeugen und Maßnahmen zur Unterbindung einer illegalen Demontage, etwa die bessere Verfolgbarkeit bei Übertragung des Eigentums an einem Gebrauchtfahrzeug, zu berücksichtigen sind.*** Der effizienteste Weg für einen einfacheren Übergang der Automobilindustrie zur Kreislaufwirtschaft besteht folglich darin, einen einheitlichen, integrierten und kohärenten Rechtsrahmen auf Unionsebene zu schaffen, der die Konstruktion, die Herstellung, das Inverkehrbringen in der Union und die Behandlung von Altfahrzeugen abdeckt. Von entscheidender Bedeutung ist dies auch für die Entwicklung des Unionsmarktes für Sekundärrohstoffe, die in in Verkehr gebrachten Neufahrzeugen enthalten sind, sowie für die Vermeidung von Handelshemmnissen und Wettbewerbsverzerrungen, die Gewährleistung von Rechtsklarheit und die Verbesserung der Umweltleistung aller Wirtschaftsteilnehmer, die an Konstruktion und Produktion sowie an der Behandlung von Altfahrzeugen beteiligt sind. Um diese Ziele zu erreichen ▌, sollten die Richtlinien 2000/53/EG und 2005/64/EG durch eine Verordnung auf der Grundlage von Artikel 114 ***und Artikel 192 Absatz 1*** des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ersetzt werden.

(9) In den Gebieten in äußerster Randlage gemäß Artikel 349 AEUV sollten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, die Verpflichtungen der Hersteller anzupassen, um die Erbringung von Dienstleistungen sicherzustellen und die Kosten für die Bewirtschaftung von Altfahrzeugen unter Berücksichtigung der Merkmale dieser Regionen zu decken.

(10) Die Richtlinien 2000/53/EG und 2005/64/EG gelten nur für Personenkraftwagen (M_1) und leichte Nutzfahrzeuge (N_1), was in etwa 85 % aller in der Union zugelassenen Fahrzeuge umfasst. Für alle übrigen Fahrzeuge, nämlich zweirädrige und dreirädrige ***Fahrzeuge sowie vierrädrige Leichtfahrzeuge***, Lastkraftwagen, Busse und Anhänger, existieren keinerlei Unionsvorschriften im Hinblick auf die umweltgerechte Konstruktion und ihre ***Bewirtschaftung*** am Ende der Lebensdauer. Um für alle in der Union zugelassenen Fahrzeuge ***ein umfassendes*** Kreislaufprinzip, darunter auch ihre umweltgerechte Behandlung, zu gewährleisten und eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu verhindern, sollte die vorliegende Verordnung daher nicht nur auf Fahrzeuge der Klassen M_1 und N_1 Anwendung finden, sondern in Teilen auch auf Fahrzeuge der Klasse L ▌ sowie auf schwere Nutzfahrzeuge und deren Anhänger (M_2, M_3, N_2, N_3 und O). Es mangelt an umfassenden Daten über die Behandlung dieser Fahrzeuge am Ende ihrer Lebensdauer in der Union, weshalb sie nicht den Regelungen unterliegen können, die für Fahrzeuge der Klassen M_1 und N_1 nach Inkrafttreten der vorliegenden Verordnung gelten. Die Anforderungen in Bezug auf die Sammlung von Altfahrzeugen, ihre obligatorische Übergabe an zugelassene Behandlungsanlagen und die Schadstoffentfrachtung***, die Pflicht zur Entfernung bestimmter Teile und Bauteile vor dem Schreddern mit Blick auf Wiederverwendung und Recycling sowie die Bedingungen für die Deponierung von Nicht-Inertabfällen aus dem Schreddervorgang*** sollten jedoch für Fahrzeuge der Klasse L ▌ sowie für schwere Nutzfahrzeuge und deren Anhänger (M_2, M_3, N_2, N_3 und O) gelten. Um die Behandlung dieser Altfahrzeuge zu erleichtern, sollten die Erzeuger verpflichtet sein, Informationen über die Entfernung und Ersetzung von Teilen, Bauteilen und Werkstoffen der Fahrzeuge bereitzustellen. Außerdem sollten für diese Fahrzeugklassen auch die Bestimmungen über die erweiterte Herstellerverantwortung gelten, die die Kosten für die Sammlung und die Schadstoffentfrachtung am Ende der Lebensdauer abdecken.

(11) Da die Zulassung von Fahrzeugen der Klasse L1e, L2e oder L6e nicht in allen Mitgliedstaaten vorgeschrieben ist, muss den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eingeräumt werden, diese Fahrzeugklassen von den mit der Zulassung verbundenen Anforderungen auszunehmen.

(12) Studien zufolge betreffen Probleme hinsichtlich der Ausfuhr von Gebrauchtfahrzeugen nicht nur Personenkraftwagen (M_1) und leichte Nutzfahrzeuge (N_1), sondern auch größere Fahrzeuge. Diese Bestimmungen sollten daher auch für schwere Nutzfahrzeuge und ihre Anhänger (M_2, M_3, N_2, N_3 und O) gelten.

(13) Fahrzeuge, die ausschließlich für den Einsatz durch Streitkräfte konstruiert und gebaut oder dafür angepasst wurden, sowie Fahrzeuge, die für den Einsatz durch Streitkräfte, den Katastrophenschutz, die Feuerwehr, die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zuständigen Kräfte und medizinische Notdienste konstruiert und gebaut wurden, sollten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung ausgenommen werden. Diese Fahrzeuge dienen besonderen Einsatzfunktionen und unterliegen besonderen technischen Anforderungen, und ihre Konstruktion, Bauweise und Verwendung unterscheiden sich erheblich von denen von Fahrzeugen, die für den allgemeinen Straßenverkehr bestimmt sind. Die Anwendung allgemeiner Anforderungen an die kreislauforientierte Konstruktion von Fahrzeugen und an die kreislauforientierte Bewirtschaftung von Altfahrzeugen auf solche Fahrzeuge wäre daher nicht angemessen, und ihre Ausnahme vom Anwendungsbereich dieser Verordnung steht im Einklang mit der besonderen Art ihrer Funktionen.

(14) Mit Blick auf die Erhaltung des kulturellen Erbes Europas sollten Fahrzeuge von historischem Interesse vom Anwendungsbereich dieser Verordnung ausgenommen werden und weder den Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Eigentumsübertragung und der Ausfuhr noch den mit dem Ende der Lebensdauer verbundenen Anforderungen unterliegen. Ebenso sollten Fahrzeuge, die von einem Mitgliedstaat als Fahrzeug von besonderem kulturellem Interesse anerkannt wurden, vom Anwendungsbereich der vorliegenden Verordnung ausgenommen werden. Dies kann beispielsweise Fahrzeuge im Besitz von Sammlern oder Museen, Sonderanfertigungen von Fahrzeugen oder Rennfahrzeuge betreffen, sofern die zuständigen Behörden das entsprechende besondere kulturelle Interesse anerkennen. Die Anforderungen im Rahmen dieser Verordnung, etwa Anforderungen an die kreislauforientierte Konstruktion, sollten jedoch auf diese Fahrzeuge Anwendung finden, bevor sie als Fahrzeuge von historischem Interesse oder als Fahrzeuge von besonderem kulturellem Interesse gelten. Wenn diese Fahrzeuge von den Mitgliedstaaten nicht mehr als Fahrzeuge von historischem Interesse oder Fahrzeuge von besonderem kulturellem Interesse angesehen werden, fallen sie wieder in den Anwendungsbereich der vorliegenden Verordnung und sollten Anforderungen wie Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Eigentumsübertragung, der Ausfuhr oder dem Ende der Lebensdauer unterliegen.

(15) Um einen übermäßigen Verwaltungsaufwand zu verhindern und sicherzustellen, dass der Anwendungsbereich der vorliegenden Verordnung den Bedürfnissen des Binnenmarkts gerecht wird, sollten andere Fahrzeugtypen, etwa in Kleinserien hergestellte Fahrzeuge der Klasse L oder bestimmte für den Pedalantrieb ausgelegte Räder der Klassen L1e-A und L1e-B, vom Anwendungsbereich dieser Verordnung ausgenommen werden.

(16) ***Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung sind Fahrzeuge, die eine spezielle Funktion erfüllen sollen; sie erfordern Spezialaufbauten, die nicht ausschließlich der Kontrolle des Erzeugers unterliegen. Dies erschwert die Berechnung der Wiederverwendbarkeits-, Recyclingfähigkeits- und Verwertbarkeitsquoten. Für Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung der Klassen M_1 und N_1 sollten die Kosten für die Sammlung, die*** Schadstoffentfrachtung***, die obligatorische Entfernung von Teilen und Bauteilen sowie die Behandlung im Rahmen des Regimes der erweiterten Herstellerverantwortung von den Herstellern getragen werden. Für Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung der Klasse M_2, M_3, N_2, N_3 und O sollte nur eine begrenzte Anzahl an Vorschriften gelten. Die Bestimmungen über besorgniserregende Stoffe in Fahrzeugen sollten, wie dies in der Richtlinie 2000/53/EG vorgesehen ist, auch für Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung der Klassen M_1 und N_1 gelten. Andere Teile eines Fahrzeugs mit besonderer Zweckbestimmung,*** die im Rahmen einer Mehrstufen-Typgenehmigung typgenehmigt wurden***, sollten im gleichen Maße abgedeckt sein wie die Klasse des betreffenden Fahrzeugs. Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung aller Klassen mit Ausnahme der Klassen M_1 und N_1, die von einem Kleinserienhersteller produziert werden, sollten nicht in den Anwendungsbereich der vorliegenden Verordnung fallen.***

(17) Wohnmobile und Wohnanhänger unterscheiden sich von herkömmlichen Fahrzeugen oder Anhängern, da ihre Hauptfunktion eher die Unterbringung als der Transport ist. Diese Wohnmobile werden mit nicht-automobilen Bauteilen wie Holz, Möbeln, Wassersystemen und elektrischen Haushaltssystemen ausgestattet, die nicht von Recyclinganlagen für Fahrzeuge behandelt werden. Viele Wohnanhänger befinden sich als Ferienhäuser dauerhaft an einem festen Standort, werden als saisonale Unterkünfte genutzt und bleiben jahrzehntelang funktionsfähig. Aufgrund ihrer besonderen Zweckbestimmung, ihrer besonderen Materialzusammensetzung und ihrer kontinuierlichen Nutzung sollten Wohnanhänger vom Anwendungsbereich der vorliegenden Verordnung ausgenommen werden. Wohnmobile, die häufig nicht zugelassen sind, sollten nicht als Altfahrzeug eingestuft werden, wenn sie weiterhin als Unterkunft genutzt werden. Wohnmobile enthalten in ihren Basisfahrzeugen Teile und Bauteile, die auch in anderen Fahrzeugen verwendet werden, und sollten daher denselben Verpflichtungen unterliegen, sobald sie nicht länger zu Wohnzwecken verwendet werden.

(18) Eine der größten praktischen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Anwendung der Richtlinie 2000/53/EG betrifft die Feststellung, ob ein Fahrzeug zum Altfahrzeug geworden ist, insbesondere bei grenzüberschreitenden Verbringungen. Trotz der Herausgabe von Leitlinien zu diesem Thema sind solche Bewertungen nach wie vor problematisch. Es müssen daher rechtsverbindliche, präzise Kriterien für die Einordnung eines Fahrzeugs als Altfahrzeug festgelegt werden. Diese Kriterien sollten von allen ***einschlägigen zuständigen Behörden,*** Wirtschaftsteilnehmern und Fahrzeugeignern, die mit Altfahrzeugen befasst sind, verwendet werden. ***Es müssen jedoch auch Ausnahmen vorgesehen werden, um den Mitgliedstaaten weiterhin die Möglichkeit einzuräumen, Situationen festzulegen, in denen einzelne Fahrzeuge aufgrund ihres Status als Fahrzeug von besonderem kulturellem Interesse nicht in den Anwendungsbereich der vorliegenden Verordnung fallen sollten, solange sie diesen Status tragen. Darüber hinaus sollten die zuständigen Behörden eines Mitgliedstaats in der Lage sein, ein Fahrzeug auf Antrag des Eigners von dem Status eines Altfahrzeugs befreien, wenn es repariert wird.***

(19) Die Bewertung der Richtlinie 2000/53/EG ergab, dass die Bestimmungen dieser Richtlinie über die Konstruktion von Fahrzeugen zur leichteren Demontage und Nutzung von Recyclingstoffen nur begrenzte Auswirkungen auf die Konstruktion und Herstellung von Neufahrzeugen haben, da sie nicht ausreichend detailliert, spezifisch und messbar sind.

(20) Um die Konstruktion aller in der Union in Verkehr gebrachten Fahrzeuge und das Ende ihrer Lebensdauer abzudecken, müssen einheitliche Anforderungen an die Kreislauffähigkeit festgelegt werden, deren Einhaltung im Rahmen der Typgenehmigung geprüft wird. Es ist unerlässlich, bei der Konstruktion und Herstellung von Fahrzeugen sicherzustellen, dass ihre Teile und Bauteile wiederverwendbar und die enthaltenen Werkstoffe recyclingfähig sind, um zu verhindern, dass diese Teile, Bauteile und Werkstoffe am Ende der Lebensdauer eines Fahrzeugs nicht angemessen verwertet werden können. Die Erzeuger und ihre Zulieferer sollten daher Strategien für die Konstruktion von Fahrzeugen einführen, mit denen die Wiederverwendbarkeit und Recyclingfähigkeit in einer frühen Phase der Entwicklung von Neufahrzeugen verbessert werden. Dementsprechend sollten neue Fahrzeugtypen weiterhin so gebaut werden, dass sie zu einem Massenanteil von mindestens 85 % wiederverwendbar oder recyclingfähig und zu einem Massenanteil von mindestens 95 % wiederverwendbar oder verwertbar sind, wie bereits in der Richtlinie 2005/64/EG vorgesehen. Um sicherzustellen, dass die Berechnung der Wiederverwendbarkeits-, Recyclingfähigkeits- und Verwertbarkeitsquoten einheitlich erfolgt und überwacht werden kann, sollte eine neue Methode für die Berechnung und Überprüfung der Wiederverwendbarkeits-, Recyclingfähigkeits- und Verwertbarkeitsquoten von Fahrzeugen eingeführt werden. Diese Methode sollte dem tatsächlichen Potenzial eines Neufahrzeugs, am Ende der Lebensdauer recycelt, wiederverwendet und verwertet zu werden, besser gerecht werden und gleichzeitig dem kontinuierlichen technologischen Fortschritt Rechnung tragen. Zur Gewährleistung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung der vorliegenden Verordnung sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse für die Festlegung einer solchen Methode ***unter Berücksichtigung der ISO-Norm 22628:2002*** übertragen werden. Bis eine solche Methode festgelegt wurde, sollten die Wiederverwendbarkeits-, Recyclingfähigkeits- und Verwertbarkeitsquoten weiterhin nach der ISO-Norm 22628:2002 gemäß der Richtlinie 2005/64/EG berechnet werden. ***Die Kommission sollte sich darum bemühen, sicherzustellen, dass die betreffende Methode der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (United Nations Economic Commission for Europe, UNECE) entsprechend aktualisiert wird, um Inkonsistenzen mit der Methode der Union zu verhindern und den Aufwand für die*** Erzeuger ***zu verringern.***

(21) ***Lieferketten in der Automobilindustrie umfassen zahlreiche Zulieferer, darunter viele kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die in verschiedenen Regionen tätig sind und über unterschiedliche Organisationsstrukturen verfügen.*** Erzeuger ***sollten zwar entlang der gesamten Lieferkette Informationen zu den in den Fahrzeugen verwendeten Werkstoffen sammeln und Verfahren zur Überprüfung der Richtigkeit dieser Informationen entwickeln und implementieren, dabei jedoch die Kapazitäten kleiner und mittlerer Unternehmen berücksichtigen. KMU verfügen häufig über begrenzte Verwaltungsressourcen und eine geringere Anzahl an technischen Instrumenten und haben in einigen Fällen keine etablierten Systeme zur Erzeugung oder Überprüfung detaillierter Daten über die Umwelt oder die Materialzusammensetzung. Diese Einschränkungen können sich auf die Verfügbarkeit und Vollständigkeit der Informationen auswirken, die von KMU bereitgestellt werden können. Bei der Bewertung der Verfahren der*** Erzeuger ***für die Erfassung und Überprüfung von Informationen zu Zulieferern sollte die besondere Situation von KUM in der Lieferkette dementsprechend gebührend berücksichtigt werden.***

(22) ***Die Sicherstellung der Reparierbarkeit von Fahrzeugen während ihrer gesamten Lebensdauer ist ein Grundpfeiler einer wirklich nachhaltigen und kreislauforientierten Automobilwirtschaft. Fahrzeuge sollten nicht vorzeitig als Altfahrzeuge eingestuft werden, wenn sie nach wie vor reparierbar sind, da dies zu unnötigem Abfall, wirtschaftlicher Ineffizienz und einer unangemessenen Belastung für die Fahrzeugeigner führen würde.***

(23) Fahrzeuge sollten so konzipiert und hergestellt werden, dass darin möglichst wenige besorgniserregende Stoffe vorhanden sind. In ihrer Mitteilung vom 14. Oktober 2020 mit dem Titel „Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit – Für eine schadstofffreie Umwelt“ erklärte die Kommission, dass besorgniserregende Stoffe so wenig wie möglich verwendet und so weit wie möglich substituiert werden sollen und für nicht wesentliche gesellschaftliche Verwendungszwecke, insbesondere in Verbraucherprodukten, nach und nach auf die schädlichsten Chemikalien verzichtet werden soll. Dementsprechend sollte die Verwendung besorgniserregender Stoffe als Bestandteil von in Fahrzeugen verwendeten Werkstoffen oder von Fahrzeugteilen- oder -bauteilen so weit wie möglich minimiert werden, damit sich Fahrzeuge und aus Fahrzeugen recycelte Werkstoffe während ihres gesamten Lebenszyklus nicht schädlich auf die Umwelt oder die menschliche Gesundheit auswirken.

(24) Im Zuge der Richtlinie 2000/53/EG wird die Verwendung von Blei, Quecksilber, Cadmium und sechswertigem Chrom in Fahrzeugen bereits beschränkt und es werden Ausnahmen vorgesehen, was die mögliche Verwendung dieser Stoffe für bestimmte Anwendungen anbelangt. Die geltenden Vorschriften sollten in die vorliegende Verordnung übernommen werden. Um jedoch die Kohärenz der Rechtsvorschriften im Bereich der Chemikalien zu gewährleisten, sollten Beschränkungen für das Inverkehrbringen und die Verwendung anderer Stoffe in Fahrzeugen im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates[7] geregelt werden. Ebenso sollten Beschränkungen der Verwendung von Stoffen, die unter die Verordnung (EU) 2019/1021 des Europäischen Parlaments und des Rates[8] fallen, auf der Grundlage der Bestimmungen der genannten Verordnung ***geachtet*** werden. ▌

[7] Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Chemikalienagentur, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission (ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2006/1907/oj).

[8] Verordnung (EU) 2019/1021 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über persistente organische Schadstoffe (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 45, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2019/1021/oj).

(25) Um die Einhaltung der vorliegenden Verordnung zu erleichtern und Leitlinien für das Vorhandensein besorgniserregender Stoffe in Fahrzeugen sowie in ihren Teilen und Bauteilen zu bieten, einschließlich solcher Stoffe, die der Wiederverwendung und dem Recycling von Werkstoffen entgegenstehen oder schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit oder die Umwelt haben, sollte die Kommission diese Stoffe bewerten und einordnen. Zu diesem Zweck sollte die Kommission mit Unterstützung der mit der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 eingerichteten Europäischen Chemikalienagentur (im Folgenden die „Agentur") einen Bericht über das Vorhandensein von besorgniserregenden Stoffen in Fahrzeugen ausarbeiten. Im Rahmen des Berichts sollte ermittelt werden, inwieweit diese Stoffe einer Wiederverwendung und einem Recycling entgegenstehen oder der Gesundheit oder der Umwelt schaden, ohne dass dabei bereits im Rahmen von anderen Rechtsvorschriften der Union vorgeschriebene Bewertungen dupliziert werden. Auf der Grundlage ihrer Erkenntnisse sollte die Kommission geeignete Folgemaßnahmen in Betracht ziehen und ergreifen, darunter gegebenenfalls die Annahme von delegierten Rechtsakten zur Festlegung von Informationsanforderungen und von Beschränkungen für besorgniserregende Stoffe, die einer Wiederverwendung und einem Recycling von Werkstoffen aus Gründen entgegenstehen, die nicht in erster Linie mit der Stoffsicherheit zusammenhängen.

(26) Die Richtlinie 2000/53/EG sieht Ausnahmen von den Beschränkungen der Verwendung von Blei und Cadmium in Fahrzeugbatterien vor, die in die vorliegende Verordnung übernommen werden. Die Verwendung von Stoffen in Batterien ist jedoch umfassend in der Verordnung (EU) ***2023/1542*** des Europäischen Parlaments und des Rates[9] geregelt. Diese Stoffe sollten demnach in der genannten Verordnung geregelt werden, und Beschränkungen und damit verbundene Ausnahmen sollten, gegebenenfalls ***durch eine in der vorliegenden Verordnung enthaltene Änderungsbestimmung,*** auf die genannte Verordnung übertragen werden. ▌

[9] Verordnung ***(EU) 2023/1542*** des Europäischen Parlaments und des Rates vom ***12. Juli*** 2023 über Batterien und Altbatterien, zur Änderung der Richtlinie 2008/98/EG und der Verordnung (EU) 2019/1020 und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/66/EG (ABl. ***L 191 vom 28.7.2023, S. 1***, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2023/1542/oj).

(27) Zur Berücksichtigung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts sollte der Kommission weiterhin die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 AEUV delegierte Rechtsakte zur Änderung der Ausnahmen von den Beschränkungen für die Verwendung von Blei, Quecksilber, Cadmium und sechswertigem Chrom in Fahrzeugen, die dieser Verordnung unterliegen, zu erlassen. Vor der Änderung oder Streichung derartiger Ausnahmen sollte eine Bewertung der sozioökonomischen Auswirkungen einer solchen Änderung erfolgen, die in der Richtlinie 2000/53/EG fehlt, einschließlich der Berücksichtigung der Verfügbarkeit von Alternativstoffen und der Auswirkungen auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit während des gesamten Lebenszyklus der Fahrzeuge. ***Vor der Annahme eines solchen delegierten Rechtsakts sollte die Kommission einschlägige Sachverständige und Interessenträger konsultieren, um den sozioökonomischen Auswirkungen und den Auswirkungen auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit Rechnung zu tragen.*** Zur Gewährleistung einer wirksamen Entscheidungsfindung, Koordinierung und Verwaltung der technischen, wissenschaftlichen und administrativen Aspekte einer Änderung der vorliegenden Verordnung in Bezug auf Beschränkungen bei der Verwendung von Stoffen in Fahrzeugen sollte die Agentur die Kommission bei dieser Bewertung unterstützen.

(28) Zur Stärkung des Kreislaufprinzips in der Automobilindustrie sollten Fahrzeuge zunehmend dergestalt konzipiert und hergestellt werden, dass anstatt Primärrohstoffen Recyclingstoffe verwendet werden***, wobei das Sicherheitsniveau der Fahrzeuge aufrechtzuerhalten ist***. Durch die Verwendung von Recyclingstoffen können Werkstoffe ressourceneffizienter genutzt, die Produktion dekarbonisiert und negative Umweltauswirkungen im Zusammenhang mit der Nutzung von Primärrohstoffen verringert werden. Eine verstärkte Kreislauforientierung für in Drittländern hergestellte und in der Union in Verkehr gebrachte Fahrzeuge trägt zusätzlich zur weltweiten Verringerung der Treibhausgasemissionen bei, auch innerhalb der Union. Darüber hinaus ***werden dadurch die strategische Autonomie und die Wettbewerbsfähigkeit der Union gestärkt, indem*** die Rohstoff- und Energieabhängigkeit im Zusammenhang mit der Versorgung mit Primärrohstoffen ***verringert wird, insbesondere indem dazu beigetragen wird, wertvolle kritische Rohstoffe in der Union zu halten, und gleichzeitig der*** Markt für Sekundärrohstoffe ***gestärkt wird***. Auch wenn es keine allgemeinen Anforderungen hinsichtlich der Verwendung von Recyclingstoffen gibt, verwenden viele Erzeuger bereits Recyclingstoffe für den Bau ihrer Fahrzeuge. Die Festlegung von Zielvorgaben und einheitlichen Bestimmungen für die Berechnung des Rezyklatanteils wird Rechtssicherheit schaffen und zu einem fairen Wettbewerb zwischen den Erzeugern beitragen. Die Anforderungen ***sollten*** für alle Erzeuger gelten, die Fahrzeuge in der Union, auch über Online-Marktplätze, in Verkehr bringen möchten**,** und zwar unabhängig davon, wo sich ihr Unternehmenssitz befindet. In Anerkennung der Bedeutung globaler Wertschöpfungsketten für die Automobilindustrie sollte die Beschaffung von Sekundärrohstoffen aus Ländern außerhalb der Union im Rahmen der vorliegenden Verordnung möglich sein.

(29) Angesichts der niedrigen Recyclingquote von Kunststoffen insbesondere aus Altfahrzeugen und der insgesamt negativen Auswirkungen anderer Formen der Behandlung von Kunststoffabfällen sollten für Fahrzeuge verstärkt recycelte Kunststoffe verwendet werden. Zu diesem Zweck sollte für Neufahrzeuge eine verbindliche Zielvorgabe für recycelte Kunststoffe aus Verbraucherabfällen gelten. Dementsprechend sollte jeder Fahrzeugtyp ***einen kontinuierlich steigenden Anteil*** an recycelten Kunststoffen aus Verbraucher-Kunststoffabfällen enthalten. ***20*** % dieser Zielvorgabe für den ***Rezyklatanteil bei*** Kunststoffen ***in Fahrzeugtypen*** sollten durch die Einbeziehung von Kunststoffen erreicht werden, die aus Altfahrzeugen recycelt werden. ***Die Auswahl der Kunststoffe, die unter die Zielvorgaben fallen, beruht auf den recyclingfähigen Kunststoffarten, die in der speziellen Studie der Gemeinsamen Forschungsstelle mit dem Titel „Towards recycled plastic content targets in new passenger cars and light commercial vehicles – Technical proposals and analysis of impacts in the context of the review of the ELV Directive“ und in der Folgenabschätzung zu der vorliegenden Verordnung festgelegt sind. In diesen Dokumenten werden Duroplaste, mit Ausnahme von Polyurethan-Schaumstoffen in Sitzen, und Elastomere bei der Berechnung der Zielvorgaben nicht berücksichtigt, da Duroplaste besonders schwer zu recyceln sind. Viele gängige Elastomere, Duroplaste und vernetzte Werkstoffe entsprechen der Definition von Polymeren gemäß der Definition von Kunststoffen in der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006. Elastomere, einschließlich thermoplastischer Elastomere, die zu Thermoplasten wiederverarbeitet werden können, fallen in den Anwendungsbereich der in der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Zielvorgaben für den Rezyklatanteil bei Kunststoffen. Zielvorgaben für den Rezyklatanteil von Elastomeren in Reifen finden jedoch bereits Berücksichtigung, da Reifen ein prioritäres Produkt gemäß der Verordnung (EU) 2024/1781 des Europäischen Parlaments und des Rates[10] sind, weshalb sie nicht in den Anwendungsbereich der vorliegenden Verordnung fallen.***

[10] Verordnung (EU) 2024/1781 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Ökodesign-Anforderungen für nachhaltige Produkte, zur Änderung der Richtlinie (EU) 2020/1828 und der Verordnung (EU) 2023/1542 und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/125/EG (ABl. L, 2024/1781, 28.6.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1781/oj).

Um einheitliche Bedingungen für die Umsetzung dieser Verpflichtung zu gewährleisten, sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse übertragen werden, um eine Methode für die Berechnung und Überprüfung des Anteils an aus Verbraucherabfällen ***und aus Verbraucherabfällen aus Altfahrzeugen*** recyceltem Kunststoff festzulegen. ***Um andere Recyclingmethoden als das mechanische Recycling, einschließlich des chemischen Recyclings, zu ermöglichen und zur Erreichung der Zielvorgaben für den Rezyklatanteil beizutragen, müssen zusätzliche Vorschriften für die Berechnung und Überprüfung des Anteils an recyceltem Kunststoff und die Berichterstattung darüber festgelegt werden. In solchen Fällen muss eine sogenannte Massenbilanzierung im Einklang mit der für das Kunststoffrecycling geltenden Methodik der Massenbilanzierung eingeführt werden, wobei es gilt, die Merkmale spezieller Recyclingtechnologien für Kunststoffe zu berücksichtigen, etwa bei heterogen geschredderten Kraftfahrzeugabfällen. Wenn die Einhaltung der Mindestanteile durch mangelnde Verfügbarkeit oder überhöhte Preise bestimmter recycelter Kunststoffe übermäßig erschwert wird, sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, die vorliegende Verordnung durch die Festlegung befristeter Ausnahmeregelungen mit Blick auf die Zielvorgaben für den Rezyklatanteil bei Kunststoffen zu ergänzen.***

(30) Die Förderung der Verwendung von recyceltem Kunststoff in Fahrzeugen beruht auf der Prämisse, dass der Rezyklatanteil selbst auf ökologisch nachhaltige Weise hergestellt wurde, sodass der CO_2-Fußabdruck verringert und die Kreislaufwirtschaft gefördert wird. Zu diesem Zweck müssen bestimmte Schutzvorkehrungen getroffen werden, um sicherzustellen, dass die Art und Weise, in der der Rezyklatanteil erzielt wird, die Umweltvorteile der Verwendung eines solchen Rezyklatanteils in Fahrzeugen nicht zunichtemacht. Die damit verbundenen Umweltprobleme müssen deshalb sowohl in Bezug auf in der EU hergestellte als auch in Bezug auf eingeführte recycelte Kunststoffe auf diskriminierungsfreie Weise angegangen werden. Zu diesem Zweck sollten recycelte Kunststoffe, um auf die in der Verordnung festgelegten Zielvorgaben für den Rezyklatanteil angerechnet zu werden, gleichwertigen Bedingungen in Bezug auf die Anforderungen an den Schutz der menschlichen Gesundheit, des Klimas und der Umwelt unterliegen, auch in Bezug auf Emissionen und Abfallbewirtschaftung, unabhängig davon, ob das Recyclingverfahren innerhalb oder außerhalb der Union stattfindet.

(31) Die Bedingungen, die für in Drittländern recycelte Werkstoffe gelten, einschließlich der Auditanforderungen, sollten erst ab dem … [48 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] gelten und die Kommission sollte die erwarteten Auswirkungen dieser Bedingungen vor dem Hintergrund der Entwicklung der Marktlage und der Handelsbeziehungen umfassender bewerten und dem Europäischen Parlament und dem Rat bis zum … [24 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] über ihre Bewertung Bericht erstatten.

(32) Um die in dieser Verordnung genannten Zielvorgaben für die Einbeziehung des Rezyklatanteils zu erreichen, sollte die Kommission bis zum … [72 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] eine Überprüfung des Stands der technologischen Entwicklung und der ökologischen Leistung von biobasierten Kunststoffen und Elastomeren aus der Wiederaufbereitung von Reifen in Fahrzeugen veröffentlichen und gegebenenfalls einen Gesetzgebungsvorschlag mit Nachhaltigkeitsanforderungen und Zielvorgaben vorlegen.

(33) Die Automobilindustrie gehört zu den größten Stahlverbrauchern und recycelter Stahl wird in Neufahrzeugen weiterhin kaum verwendet. Um zu einem niedrigeren CO_2-Fußabdruck im Zusammenhang mit der Produktion von Neufahrzeugen beizutragen und den Übergang der Automobilindustrie zur Klimaneutralität zu unterstützen, ***sollte ein Mindestanteil an aus Verbraucher-Stahlabfällen und gegebenenfalls aus Eisenschrott recyceltem Stahl in Neufahrzeugen festgelegt werden***. Der Kommission sollte daher die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 AEUV Rechtsakte zur Festlegung eines Mindestanteils an aus Verbraucher-Stahlabfällen ***und gegebenenfalls aus Eisenschrott, einschließlich der Produktfamilien der Flach- und Langerzeugnisse aus Kohlenstoffstahl und potenziell aus Edelstahl, recyceltem Stahl,*** der in Fahrzeugtypen enthalten und verbaut sein muss, zu erlassen. Vor der Festlegung einer künftigen Zielvorgabe sollte die Kommission eine spezielle Studie durchführen, in der alle relevanten technischen, ökologischen und wirtschaftlichen Faktoren im Zusammenhang mit der Machbarkeit dieser Zielvorgabe abgedeckt werden, ***einschließlich der Auswirkungen auf andere stahlverarbeitende Branchen und die globalen Treibhausgasemissionen***. ***Es ist wichtig, zwischen den verschiedenen Produktfamilien von Stahlerzeugnissen innerhalb des Fahrzeugs zu unterscheiden, da sie mit unterschiedlichen Technologien hergestellt werden, die hinsichtlich der Verwertbarkeit von Eisenschrott verschiedene Einschränkungen mit sich bringen, wenn es darum geht, inwieweit ein gewisser Kupfergehalt und andere Fremdeinschlüsse hinnehmbar sind.*** Um ***bestimmte nicht wesentliche Teile dieser Verordnung zu ergänzen, sollte*** der Kommission ***die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 AEUV Rechtsakte zu erlassen,*** um eine Methode für die Berechnung und Überprüfung des Anteils an aus ***Verbraucher-Stahlabfällen und gegebenenfalls aus Eisenschrott*** gewonnenem Stahl festzuglegen, der im Fahrzeugtyp enthalten sein und verbaut werden muss.

(34) Die Automobilindustrie gehört ferner mit einem Anteil von über 40 % an der Gesamtnachfrage der Union zu den größten Aluminiumverbrauchern, wobei der Verbrauch weiter zunimmt. Derzeit wird nur wenig recyceltes Aluminium in Neufahrzeugen verbaut. Um zur Verringerung des mit der Produktion von Neufahrzeugen verbundenen CO_2-Fußabdrucks beizutragen und den Übergang der Automobilindustrie zur Klimaneutralität zu unterstützen, den Energieverbrauch und die Energiekosten zu senken und die Widerstandsfähigkeit im Wege der Verringerung der Abhängigkeit von der Versorgung mit Primärrohstoffen zu verbessern, ist es angezeigt, mehr recyceltes Aluminium in Fahrzeugen zu verwenden. Zu diesem Zweck sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 AEUV Rechtsakte zu erlassen, um einen Mindestanteil an Aluminium und seinen Legierungen festzulegen, der aus Verbraucherabfällen in Fahrzeugtypen und gegebenenfalls aus Produktionsabfällen recycelt und in Fahrzeugtypen enthalten und verbaut werden muss. Vor der Festlegung einer künftigen Zielvorgabe sollte die Kommission eine spezielle Studie durchführen, in der alle relevanten technischen, ökologischen und wirtschaftlichen Faktoren im Zusammenhang mit der Machbarkeit dieser Zielvorgabe abgedeckt werden. Um bestimmte nicht wesentliche Teile dieser Verordnung zu ergänzen, sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 AEUV Rechtsakte hinsichtlich der Festlegung der Methode für die Berechnung und Überprüfung des Anteils von Aluminium und seinen Legierungen, der aus Verbraucherabfällen und gegebenenfalls aus Produktionsabfällen zurückgewonnen werden und in den Fahrzeugtypen enthalten sein und verbaut werden muss, zu erlassen.

(35) Es besteht das Potenzial, den Rezyklatanteil in Fahrzeugen bei anderen Werkstoffen zu erhöhen, die üblicherweise in der Automobilindustrie verwendet werden und bei denen die Sekundärrohstoffmärkte unterentwickelt sind, der Fußabdruck im Zusammenhang mit der Herstellung der Primärrohstoffe hoch ist oder der Recyclinganteil begrenzt ist, zumal die Sortier- und Recyclingtechnologien zeitgleich zunehmend besser werden. Die Kommission sollte daher die Zweckmäßigkeit, die Machbarkeit und die Auswirkungen der Festlegung von Zielvorgaben für den Rezyklatanteil von Neodym, Dysprosium, Praseodym, Terbium, Samarium, ***Nickel, Kobalt*** und Bor in Dauermagneten sowie Magnesium und seinen Legierungen bewerten. ▌

(36) Zur Förderung der unterentwickelten Märkte für Sekundärrohstoffe sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 AEUV Rechtsakte zu erlassen, um einen Mindestanteil an aus Verbraucherabfällen recyceltem Magnesium und seinen Legierungen, Neodym, Dysprosium, Praseodym, Terbium, Samarium***, Nickel, Kobalt*** oder Bor festzulegen, der in den Fahrzeugtypen enthalten sein und verbaut werden muss. Um ***bestimmte nicht wesentliche Teile dieser Verordnung zu ergänzen,*** sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 ***AEUV*** Rechtsakte zu erlassen, um eine Methode für die Berechnung und Überprüfung der Anteile an diesen aus Verbraucherabfällen ***und gegebenenfalls aus Produktionsabfällen*** recycelten Werkstoffen in Fahrzeugtypen festzulegen. Diese Methode ist notwendig, um die Begriffsbestimmungen von Produktions- und Verbraucherabfällen zu präzisieren. Dies ist wichtig, um Anreize für die Verbesserung der Qualität und die Werterhaltung ▌ bei ***Verbraucherabfall-Fraktionen*** zu schaffen. Zur Förderung der Dekarbonisierung durch die Verwendung höherer Rezyklatanteile sind klare Definitionen erforderlich, um Anreize für das Recycling von Verbraucherabfällen zu schaffen und gleichzeitig die Verwendung von Produktionsabfällen möglichst gering zu halten, da diese im Allgemeinen denselben CO_2-Fußabdruck haben wie die Primärrohstoffe.

(37) Im Einklang mit den Anforderungen der Verordnung (EU) ***2024/1252*** und in Anbetracht der Notwendigkeit, in der vorliegenden Verordnung Bestimmungen für den Rezyklatanteil in Fahrzeugen und ***Angaben zu der Entfernung von Fahrzeugteilen und -bauteilen, die Dauermagnetmaterialien enthalten,*** festzulegen, sollten diese Bestimmungen als sektorspezifische Umsetzung der Bestimmungen der Verordnung (EU) ***2024/1252*** Anwendung finden. Dadurch wird sichergestellt, dass die verschiedenen ***Verpflichtungen im Zusammenhang mit den Informationen über die Entfernung dieser Teile und Bauteile gemäß der vorliegenden*** Verordnung auf die für andere Teile und Bauteile geltenden Verpflichtungen abgestimmt sind und entsprechend integriert werden. ***Hinsichtlich der Kennzeichnung gelten die in Artikel 28 der Verordnung (EU) 2024/1252 festgelegten Verpflichtungen.***

(38) Um sicherzustellen, dass Batterien im Einklang mit den Anforderungen der Verordnung (EU) ***2023/1542*** recycelt werden und dass Elektroantriebsmotoren, die große Mengen Seltener Erden enthalten, ebenfalls ersetzt und recycelt werden können, sind für neue ***Fahrzeugtypen*** neue Konstruktionsanforderungen erforderlich, mit denen sichergestellt wird, dass diese Batterien***, ihre Batteriesätze*** und Elektroantriebsmotoren in jeder Phase des Lebenszyklus eines Fahrzeugs von zugelassenen Behandlungsanlagen oder Reparatur- und Wartungsunternehmen problemlos entfernt werden können. ***Die Kommission sollte zudem die Ausarbeitung von Normen für Konstruktion und Montageverfahren anregen, durch die die Wartung, Reparatur und Umnutzung von Batterien und Batteriesätzen erleichtert werden. Um das Potenzial für die Ersetzung, die Wiederverwendung, das Recycling, die Wiederaufarbeitung oder die Überholung von Fahrzeugteilen und -bauteilen generell zu maximieren und das Abfallaufkommen möglichst gering zu halten, sollten Fahrzeuge so konstruiert sein, dass möglichst viele Teile und Bauteile entfernt werden können. Der Begriff der technischen Machbarkeit sollte so ausgelegt werden, dass diese Ziele unterstützt und gefördert werden, wobei zu berücksichtigen ist, dass in bestimmten Fällen die Sicherheits- oder Funktionsanforderungen eines Teils alternative Lösungen rechtfertigen können, durch die die Entfernbarkeit eines Teils oder Bauteils eingeschränkt wird. In solchen Fällen sollten die*** Erzeuger ***nachweisen, dass diese Wahl notwendig war.*** Um dem technischen und wissenschaftlichen Fortschritt Rechnung zu tragen, sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 AEUV Rechtsakte zur Änderung dieser Verordnung zu erlassen, indem die Liste der Teile und Bauteile, die für die Entfernung aus und die Ersetzung in Fahrzeugen konzipiert werden sollen, überarbeitet wird. Zur Gewährleistung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung dieser Konstruktionsvorschrift sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse übertragen werden.

(39) Das Typgenehmigungssystem gemäß der Verordnung (EU) 2018/858 verpflichtet Erzeuger dazu, ihre Fahrzeuge, Systeme, Bauteile und selbstständigen technischen Einheiten in Übereinstimmung mit einem genehmigten Fahrzeugtyp herzustellen. Um sicherzustellen, dass die Erzeuger die für sie in der Typgenehmigungsphase geltenden und in der vorliegenden Verordnung festgelegten Anforderungen an die Kreislauffähigkeit erfüllen und dass die Typgenehmigungsbehörden die Einhaltung der Vorschriften überprüfen können, müssen die Erzeuger die für das Typgenehmigungsverfahren erforderlichen Informationen in die Beschreibungsmappe aufnehmen. Um mehr Transparenz zu gewährleisten und sicherzustellen, dass die erforderlichen Typgenehmigungsinformationen im Einklang mit den Anforderungen anderer Rechtsvorschriften über Typgenehmigungsanforderungen für Fahrzeuge ausgeführt sind, sollte die Kommission die in ihrer Durchführungsverordnung (EU) 2020/683[11] festgelegten Vorschriften ändern, mit denen die Unterlagen und Informationen für die Beschreibungsmappe standardisiert werden, und somit die administrativen Anforderungen für die Typgenehmigung präzisieren.

[11] Durchführungsverordnung (EU) 2020/683 der Kommission vom 15. April 2020 zur Durchführung der Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der administrativen Anforderungen für die Genehmigung und Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge (ABl. L 163 vom 26.5.2020, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2020/683/oj).

(40) Um sicherzustellen, dass die Erzeuger von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen Maßnahmen zur Erfüllung der Anforderungen der vorliegenden Verordnung an die Kreislauffähigkeit ergreifen, und um ihnen Anreize zu bieten, die Kreislauffähigkeit der ***Fahrzeuge*** zu verbessern, sollten die Hersteller eine umfassende Kreislauffähigkeitsstrategie ausarbeiten. ***Die Kreislauffähigkeitsstrategie sollte auf*** Erzeuger***ebene ausgearbeitet und alle fünf Jahre aktualisiert werden. Den Typgenehmigungsbehörden und der Kommission sollte eine Kopie übermittelt werden. Wenngleich die Kreislauffähigkeitsstrategie den Typgenehmigungsbehörden vorgelegt wird, sollte sie nicht mit dem Typgenehmigungsverfahren verknüpft werden. Zur Gewährleistung einer umfassenderen Aufsicht und Kontrolle sollte die Kommission die Kreislauffähigkeitsstrategien der*** Erzeuger ***sowie deren aktualisierte Fassungen unter gebührender Berücksichtigung des Schutzes sämtlicher vertraulicher Informationen öffentlich zugänglich machen.*** Die Kommission sollte auf der Grundlage der von den Erzeugern vorgelegten Kreislauffähigkeitsstrategien ***und weiterer Informationen mindestens alle sechs Jahre*** einen Bericht über die Kreislauffähigkeit der Automobilindustrie ***ausarbeiten und veröffentlichen***.

(41) Um mehr Transparenz bei der Verwendung von Recyclingstoffen durch die Automobilindustrie zu gewährleisten und Anreize für eine Erhöhung des Rezyklatanteils zu bieten, sollten die Erzeuger verpflichtet werden, technische Unterlagen vorzulegen, aus denen der prozentuale Anteil an Recyclingstoffen in den neuen Fahrzeugtypen hervorgeht, für die eine Typgenehmigung beantragt wird. Diese Anforderung sollte für eine Auswahl an Werkstoffen gelten, bei denen eine Erhöhung des Rezyklatanteils in Fahrzeugen besonders große ökologische Vorteile mit sich bringen würde. Die obligatorische Erklärung sollte der Typgenehmigungsbehörde zusammen mit anderen Unterlagen als Teil des Antrags auf Typgenehmigung vorgelegt werden.

(42) Der Zugang zu aktuellen Informationen und der frühzeitige Austausch zwischen Erzeugern und Abfallbewirtschaftern entlang der Wertschöpfungskette in der Automobilindustrie sind wesentlich, um eine möglichst große Wiederverwendung, Wiederaufarbeitung und Überholung der Teile und Bauteile eines Fahrzeugs sowie ein hochwertiges Recycling von Altfahrzeugen zu gewährleisten. Die Erzeuger sollten den Abfallbewirtschaftern und Reparatur- und Wartungsunternehmen daher – ***auch über bestehende, in der Automobilindustrie genutzte Instrumente*** – uneingeschränkten, standardisierten und diskriminierungsfreien Zugang zu Informationen gewähren, die ihnen das sichere Entfernen bestimmter Teile, Bauteile und Werkstoffe in einem Fahrzeug ermöglichen. ***Die*** Erzeuger ***sollten nicht verpflichtet sein, Reparatur- und Wartungsunternehmen Informationen dieser Art zur Verfügung zu stellen, wenn sie nach Maßgabe anderer Rechtsvorschriften der Union bereits bereitgestellt wurden.*** Die Informationen sollten den Abfallbewirtschaftern***, Herausgebern von technischen Informationen*** und Reparatur- und Wartungsunternehmen Leitlinien hinsichtlich der Schritte bieten, die erforderlich sind, um auf Elektrofahrzeugbatterien ***und ihre Batteriesätze*** sowie auf Elektroantriebsmotoren zuzugreifen und diese zu entfernen, was Informationen zu den Werkzeugen oder Technologien einschließt, die die sichere Entladung von Batterien ermöglichen. Die Informationen sollten ferner klare Anweisungen hinsichtlich des Einsatzes von Werkzeugen oder Technologien für den Zugriff und die Entfernung enthalten. Sie sollten die Identifizierung, Ortung und Entfernung der Teile, Bauteile und Werkstoffe erleichtern, die schadstoffentfrachtet und vor dem Schreddern aus dem Fahrzeug entfernt werden sollten, sowie der Teile und Bauteile, die kritische Rohstoffe in Dauermagneten gemäß der Verordnung (EU) ***2024/1252*** enthalten. ***Die*** Erzeuger ***sollten Notdiensten zudem Leitlinien für Rettungs- und Notfallmaßnahmen zur Verfügung stellen.*** Es ist wichtig, dass die Rechte des geistigen Eigentums gebührend geachtet werden, damit durch den Zugang zu technischen Informationen keine herstellereigenen Technologien oder Geschäftsgeheimnisse beeinträchtigt werden. Dies sollte mittels Kommunikationsplattformen umgesetzt werden, die von den Erzeugern eingerichtet werden, und die Informationen sollten kostenlos bereitgestellt werden (ausgenommen ***sind angemessene*** Verwaltungskosten). Die Typgenehmigungsbehörden sollten überprüfen, ob die erforderlichen Informationen

von den Erzeugern vorgelegt wurden. ***Angesichts dessen, dass die Nachrüstung von Fahrzeugen unterstützt werden muss, um die Emissionen zu verringern, die Lebensdauer von Fahrzeugen zu verlängern und die Nachhaltigkeit zu fördern, sollten die*** Erzeuger ***auch eine angemessene Zusammenarbeit mit Nachrüstbetrieben sicherstellen.***

(43) ***Unternehmern, die auf dem Anschlussmarkt tätig sind, sollte – auch im Hinblick auf die spätere Ersetzung dieser Teile und Bauteile – Zugang zu Informationen über die Entfernung von Teilen und Bauteilen aus Altfahrzeugen gewährt werden, damit die Auswahl für die Verbraucher gewährleistet ist und für eine effiziente Nutzung der Ressourcen gesorgt wird. Daher muss sichergestellt werden, dass Abfallbewirtschafter und Herausgeber technischer Informationen die Informationen erhalten, die für die sichere und wirksame Entfernung solcher Teile und Bauteile aus Altfahrzeugen erforderlich sind. Darüber hinaus sollten Unternehmer derartige Informationen erhalten, wenn sie eine Tätigkeit ausüben, die die Reparatur und Wartung eines Fahrzeugs umfasst, sofern sie nicht als Abfallbewirtschafter gelten, wobei dies auf Fälle beschränkt ist, in denen die Bereitstellung von Informationen nicht bereits durch andere Rechtsvorschriften der Union abgedeckt ist.***

(44) Wenngleich digitale Codierung für die Steuerung verschiedener Teile und Bauteile in Fahrzeugen zunehmend zum Einsatz kommt, wurde bei der Bewertung der Richtlinie 2000/53/EG festgestellt, dass eine solche Codierung das Potenzial zur Wiederverwendung, Wiederaufarbeitung und Überholung bestimmter Teile und Bauteile beeinträchtigen könnte. Daher ist es wesentlich, dass Erzeuger verpflichtet werden, Informationen bereitzustellen, mithilfe derer professionelle Abfallbewirtschafter ***und Reparatur- und Wartungsunternehmen*** die Probleme lösen können, die sich aus digital codierten Teilen und Bauteilen in einem Fahrzeug ergeben, wenn eine solche Codierung der Reparatur, Wartung oder Ersetzung in einem anderen Fahrzeug entgegensteht.

(45) Erzeuger und ihre Zulieferer sollten für die Kennzeichnung und Identifizierung der Kunststoff- und Elastomerteile, -bauteile und -werkstoffe die ursprünglich in der Entscheidung 2003/138/EG der Kommission[12] festgelegten Kennzeichnungsnormen für Bauteile und Werkstoffe verwenden. Sie sollten sicherstellen, dass sämtliche Fahrzeugteile und -bauteile im Einklang mit anderen geltenden Rechtsvorschriften

---

12 Entscheidung 2003/138/EG der Kommission vom 27. Februar 2003 zur Festlegung von Kennzeichnungsnormen für Bauteile und Werkstoffe gemäß der Richtlinie 2000/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Altfahrzeuge (ABl. L 53 vom 28.2.2003, S. 58, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2003/138(1)/oj).

der Union gekennzeichnet werden, insbesondere was die Kennzeichnung von Batterien und Dauermagneten anbelangt, die in ihren in Verkehr gebrachten Fahrzeugen enthalten sind. Um dem technischen und wissenschaftlichen Fortschritt Rechnung zu tragen, sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 AEUV Rechtsakte zur Änderung des Anhangs zur Festlegung der Kennzeichnung von Teilen und Bauteilen in Fahrzeugen zu erlassen.

(46) Um die Behandlung von Altfahrzeugen zu erleichtern, sollten Erzeuger über digitale Instrumente genaue, vollständige und aktuelle Informationen über die sichere Entfernung und Ersetzung von Fahrzeugteilen und -bauteilen bereitstellen. Daher sollte ein ***digitaler*** Kreislaufpass für Fahrzeuge entwickelt und als Datenträger für solche Informationen bereitgestellt werden; dieser sollte mit anderen digitalen Dateninstrumenten und -plattformen kohärent sein, die in der Automobilindustrie bereits für die Umweltverträglichkeit von Fahrzeugen vorhanden sind oder sich in der Entwicklung befinden, und mit den entsprechenden Bestimmungen der Verordnungen (EU) ***2023/1542***, ***(EU) 2024/1781*** und ***(EU) 2024/1257***[13] des Europäischen Parlaments und des Rates in Einklang stehen. Um einheitliche Bedingungen für die Durchführung der vorliegenden Verordnung zu gewährleisten, sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse zur Festlegung der technischen Anforderungen an die Ausführung und den Einsatz des Passes sowie der Vorschriften für den Standort des Datenträgers oder der sonstigen Kennung, die den Zugang zum Pass des Fahrzeugs ermöglicht, übertragen werden. ***Bei der Festlegung der Vorschriften für den digitalen Kreislaufpass für Fahrzeuge sollte die Kommission der Notwendigkeit eines hohen Maßes an Sicherheit und Privatsphäre, auch in Bezug auf die Betriebsdaten eines Fahrzeugs, Rechnung tragen, um Cyberbedrohungen vorzubeugen.***

---

13 Verordnung ***(EU) 2024/1257*** des Europäischen Parlaments und des Rates ***vom 24. April 2024*** über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Motoren sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge hinsichtlich ihrer Emissionen und der Dauerhaltbarkeit von Batterien (Euro 7)***, zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates*** und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 715/2007 und (EG) Nr. 595/2009 ***des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnung (EU) Nr. 582/2011 der Kommission, der Verordnung (EU) 2017/1151 der Kommission, der Verordnung (EU) 2017/2400 der Kommission und der Durchführungsverordnung (EU) 2022/1362 der Kommission (ABl. L, 2024/1257, 8.5.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1257/oj).***

(47) Um sicherzustellen, dass Hersteller und andere Wirtschaftsteilnehmer in sämtlichen Mitgliedstaaten denselben Vorschriften unterliegen, müssen einheitliche Vorschriften für die Abfallbewirtschaftung von Altfahrzeugen festgelegt werden. Dies sollte unionsweit zu einem hohen Maß an Schutz für die Umwelt und die menschliche Gesundheit führen. Außerdem würde dies eine weitere Harmonisierung der Qualität der von den Wirtschaftsteilnehmern erbrachten Abfallbewirtschaftungsdienste mit sich bringen und ein besseres Funktionieren des Marktes für Sekundärrohstoffe zur Folge haben.

(48) Um die sichere und umweltgerechte Behandlung von Altfahrzeugen zu gewährleisten, sollte jede Anlage oder jedes Unternehmen, die bzw. das die Behandlung von Altfahrzeugen beabsichtigt, bei der zuständigen Behörde eine Zulassung einholen. Die Zulassung sollte nur erteilt werden, wenn die Anlage oder das Unternehmen über die ▌ Kapazitäten verfügt, die erforderlich sind, um die Vorgänge zur Behandlung der Altfahrzeuge im Einklang mit dem geltenden EU-Recht und nationalen Recht durchzuführen, einschließlich der in der vorliegenden Verordnung festgelegten besonderen Anforderungen an die Behandlung. Darüber hinaus sollten ***nur*** zugelassene Behandlungsanlagen befugt sein, Verwertungsnachweise gemäß der vorliegenden Verordnung auszustellen.

▌

(49) ***Schließen Hersteller oder Organisationen für Herstellerverantwortung Verträge mit zugelassenen*** Behandlungsanlagen***, um ihren Pflichten der Herstellerverantwortung nachzukommen, sollten diese Verträge mit den Grundsätzen des Wettbewerbsrechts vereinbar sein und keine Bestimmungen enthalten, die, insbesondere im Sinne der Artikel 101 und 102 AEUV, eine Einschränkung oder Verzerrung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken. Verträge dieser Art sollten fair und transparent sein und keine diskriminierenden Geschäftsbedingungen enthalten. Um die Einhaltung dieser Anforderungen zu erleichtern, sollte es den Mitgliedstaaten möglich sein, einen Mustervertrag bereitzustellen.***

(50) Mit der Richtlinie 2000/53/EG wird die grundlegende Verpflichtung für Fahrzeughersteller eingeführt, einen Teil der Kosten für die Sammlung von Altfahrzeugen zu übernehmen. Aufbauend auf dieser Verpflichtung ist es im Einklang mit dem Verursacherprinzip und den allgemeinen Mindestanforderungen für Regimes der erweiterten Herstellerverantwortung gemäß der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates[14] angezeigt, auf Unionsebene Anforderungen an die Verantwortung der Erzeuger im Zusammenhang mit der Behandlung von Altfahrzeugen festzulegen. Für Fahrzeuge, die das Ende ihrer Lebensdauer erreicht haben, sollten die Hersteller, die die Fahrzeuge erstmals im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats auf dem Markt bereitgestellt haben, eine erweiterte Herstellerverantwortung haben. Die erweiterte Herstellerverantwortung sollte die Verpflichtung umfassen, sicherzustellen, dass die von den Herstellern in einem Mitgliedstaat in Verkehr gebrachten Fahrzeuge im Einklang mit dieser Verordnung gesammelt und behandelt werden und dass Abfallbewirtschafter, die diese Fahrzeuge behandeln, die in dieser Verordnung festgelegten Recyclingziele erfüllen.

14 Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Abfälle und zur Aufhebung bestimmter Richtlinien (ABl. L 312 vom 22.11.2008, S. 3, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2008/98/oj).

(51) Zur leichteren Überwachung der Einhaltung der Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung durch die Hersteller sollten die Mitgliedstaaten ein Herstellerregister einrichten ***oder ein bestehendes Register nutzen***. Die Registrierungsanforderungen sollten in der gesamten Union harmonisiert werden, um die Registrierung zu erleichtern, insbesondere wenn Hersteller Fahrzeuge in verschiedenen Mitgliedstaaten bereitstellen. Das Register sollte auch für den Zweck der Berichterstattung an die zuständigen Behörden über die Erfüllung der Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung verwendet werden. Die mit diesem Register verbundenen Merkmale und verfahrenstechnischen Aspekte sollten auch mit dem mit der Verordnung (EU) ***2023/1542*** eingeführten Herstellerregister in Einklang stehen, damit Fahrzeug- und Batteriehersteller ein und dasselbe Register verwenden können. ***Um die Registrierung von Herstellern in allen Mitgliedstaaten zu erleichtern, sollte die Kommission eine zentrale Website einrichten, die Links zu allen nationalen Registern enthält.***

(52) ***Gemäß Artikel 30 der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates[15] („Gesetz über digitale Dienste“) müssen Anbieter von Online-Plattformen, die Verbrauchern den Abschluss von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern ermöglichen, sicherstellen, dass Unternehmer diese Online-Plattformen nur dann benutzen können, um bei Verbrauchern in der Union für ihre Produkte oder Dienstleistungen zu werben und ihnen diese anzubieten, wenn die Anbieter dieser Plattformen vor ihrer Verwendung zu diesen Zwecken bestimmte Informationen erhalten haben, soweit dies auf den Unternehmer zutrifft. In diesem Zusammenhang handelt es sich bei Fahrzeugen um Produkte. Das mit der vorliegenden Verordnung eingerichtete Herstellerregister kann zwecks Erfüllung von Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EU) 2022/2065 als öffentliches Register gelten. Die im Rahmen der vorliegenden Verordnung festgelegten Anforderungen im Hinblick auf die erweiterte Herstellerverantwortung können auch durch eine Selbstbescheinigung des Unternehmers gemäß Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe e der Verordnung (EU) 2022/2065 abgedeckt werden, in der sich dieser verpflichtet, nur Produkte oder Dienstleistungen anzubieten, die den geltenden Vorschriften des Unionsrechts entsprechen. Schließlich sollten die Mitgliedstaaten für die Zwecke von Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/2065 in Fällen, in denen die Informationen im Herstellerregister nicht öffentlich zugänglich sind, sicherstellen, dass Anbieter von Online-Plattformen kostenlos Zugang zu diesen Informationen erhalten, damit sie sich nach besten Kräften um eine Beurteilung der Verlässlichkeit und Vollständigkeit der Informationen bemühen können.***

---

15 Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste) (ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj).

(53) Stellt der Hersteller Fahrzeuge in einem Gebiet eines Mitgliedstaats, in dem der Hersteller nicht niedergelassen ist, erstmals auf dem Markt bereit, so sollte der Hersteller einen Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung benennen. ***Vertritt ein Bevollmächtigter in einem Mitgliedstaat mehr als einen Hersteller, so sollte dieser Bevollmächtigte den Namen und die Kontaktdaten für jeden der vertretenen Hersteller getrennt angeben.***

(54) Die Hersteller sollten entscheiden können, ob sie ihre Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung individuell oder kollektiv als Mitglieder einer Organisation für Herstellerverantwortung, die die Verantwortung in ihrem Namen übernimmt, erfüllen möchten. ***Die Mitgliedstaaten sollten jedoch verlangen können, dass ein Hersteller von einer Organisation für Herstellerverantwortung vertreten wird. In solchen Fällen sollten die Hersteller von dem Mitgliedstaat nicht verpflichtet werden, von einer bestimmten Organisation für Herstellerverantwortung vertreten zu werden, da hinsichtlich der Anzahl der Organisationen für Herstellerverantwortung, die in einem Mitgliedstaat ansässig sein dürfen, Flexibilität herrschen sollte. Dies sollte auch in Mitgliedstaaten mit staatlichen Organisationen für Herstellerverantwortung der Fall sein, die im Rahmen des einzelstaatlichen Rechts spezifischeren Regelungen unterliegen können. Wenngleich die Rechtsrahmen der Mitgliedstaaten verschiedene Governance-Strukturen ermöglichen, sollten Organisationen für Herstellerverantwortung generell darauf hinwirken, dass die von den Herstellern gezahlten Gebühren ausschließlich zur Erfüllung der Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Sammlung und Behandlung von Altfahrzeugen zur Organisation und Finanzierung der Verpflichtungen in Bezug auf die Abfallbewirtschaftung verwendet werden. Alle*** Organisationen für Herstellerverantwortung sollten gewährleisten, dass die ihnen von den Herstellern übermittelten Daten vertraulich behandelt werden. Um sicherzustellen, dass die Interessen aller Wirtschaftsteilnehmer angemessen berücksichtigt werden, und eine Situation zu verhindern, in der Abfallbewirtschafter bei den Entscheidungen im Rahmen der Regimes der erweiterten Herstellerverantwortung benachteiligt werden, ***könnten die Organisationen für Herstellerverantwortung beispielsweise mindestens einmal jährlich eine strukturierte Konsultation mit den Interessenträgern durchführen und auf ihrer Website einen zusammenfassenden Bericht über diese Konsultation veröffentlichen, in dem die wichtigsten eingegangenen Bemerkungen zusammen mit einer Erläuterung, wie diesen Bemerkungen Rechnung getragen wurde, dargelegt werden. Abfallbewirtschaftern sollte in den Leitungsgremien der Organisationen für Herstellerverantwortung, d.h. in ihren Exekutivausschüssen, Beobachterstatus gewährt werden, um die allgemeine Governance und Effizienz des Systems zu verbessern, wobei zugleich dem Umstand Rechnung getragen wird,***

dass Interessenkonflikte verhindert werden müssen. Darüber hinaus sollten Abfallbewirtschafter von Organisationen für Herstellerverantwortung in einem diskriminierungsfreien Verfahren auf der Grundlage transparenter Zuschlagskriterien ausgewählt werden.

(55) Die Hersteller sollten einen Teil der Kosten für die Sammlung und Behandlung von Altfahrzeugen tragen, die in Verbindung mit der Erfüllung der in der vorliegenden Verordnung festgelegten Anforderungen anfallen, insbesondere der Verpflichtungen, mit denen eine hochwertigere Qualität von aus Fahrzeugen gewonnenen Sekundärrohstoffen gewährleistet werden soll. Die genaue Höhe der Kosten solcher Vorgänge, die von den Herstellern getragen werden sollten, sollte unter Berücksichtigung der Einnahmen der zugelassenen Behandlungsanlagen und anderer Abfallbewirtschafter aus dem Verkauf gebrauchter Ersatz- oder Bauteile und von Sekundärrohstoffen aus Altfahrzeugen bestimmt werden. Zu diesem Zweck sollten die zuständigen Behörden in Zusammenarbeit mit den Herstellern und den Abfallbewirtschaftern die durchschnittlichen Kosten der Sammlung, des Recyclings und der Behandlung sowie die Höhe der finanziellen Beiträge überwachen, die die Hersteller zahlen, um sicherzustellen, dass die Kosten gerecht auf alle interessierten Wirtschaftsteilnehmer verteilt werden.

(56) Der finanzielle Beitrag der Hersteller sollte auch die Kosten von Aufklärungskampagnen mit dem Ziel ***der Aufklärung der Öffentlichkeit und*** einer verstärkten Sammlung von Altfahrzeugen sowie für die Einrichtung eines Mitteilungssystems für die Ausstellung und Übertragung von Verwertungsnachweisen und für die Datenerhebung und -übermittlung an die zuständigen Behörden decken. ***Da mit der vorliegenden Verordnung Änderungen in Bezug auf die finanzielle Verantwortung der Hersteller für die Sammlung*** von Altfahrzeugen, ***die unter die Richtlinie 2000/53/EG fallen, eingeführt werden, sollten außerdem geeignete Bestimmungen erlassen werden, um dem Übergang von der Richtlinie 2000/53/EG zu*** dieser Verordnung ***Rechnung zu tragen***.

(57) Hersteller, die sich dafür entscheiden, ihre Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung individuell zu erfüllen, sollten auch eine Garantie zur Deckung der Kosten für die ***Bewirtschaftung*** von Altfahrzeugen stellen. Derartige Garantien sollten insbesondere in Fällen eingesetzt werden, in denen die betreffenden Hersteller zahlungsunfähig werden oder ihre Geschäftstätigkeit endgültig einstellen.

(58) Wenn ein Hersteller seine Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung kollektiv als Teil einer Organisation für Herstellerverantwortung wahrnimmt, sollten die finanziellen Beiträge des Herstellers auf der Grundlage harmonisierter Kriterien angepasst werden. Diese Kriterien sollten wirtschaftliche Anreize für die Erzeuger schaffen, das Kreislaufprinzip in der Konstruktion und Produktion von Neufahrzeugen verstärkt anzuwenden, wobei es gilt, die Menge an Primär- und Recyclingstoffen in einem Fahrzeug, das Ausmaß, in dem das Fahrzeug schwer zu entfernende, zu demontierende, wiederzuverwendende oder zu recycelnde Teile, Bauteile und Werkstoffe enthält, sowie die Menge an enthaltenen gefährlichen Stoffen zu berücksichtigen. Um Verzerrungen des Binnenmarkts entgegenzuwirken, sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 AEUV Rechtsakte zur Ergänzung dieser Verordnung zu erlassen, in denen detaillierte Vorschriften über die Anwendung der Kriterien für die Anpassung der an Organisationen für Herstellerverantwortung gezahlten finanziellen Beiträge festgelegt werden.

(59) Einige Mitgliedstaaten haben im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie 2000/53/EG bereits Strukturen der erweiterten Herstellerverantwortung und Abfallbewirtschaftungssysteme eingerichtet, die die Grundlage für einschlägige nationale Genehmigungen und vertragliche Vereinbarungen bilden. Diese Mitgliedstaaten sollten diese Strukturen und Systeme weiterhin nutzen können, sofern sie der vorliegenden Verordnung entsprechen.

(60) ▌ Fahrzeuge werden oft in einem anderen Mitgliedstaat als in dem Mitgliedstaat zum Altfahrzeug, in dem sie ***in Verkehr gebracht wurden***. ***Solange ein Hersteller im Sinne der vorliegenden Verordnung in dem Mitgliedstaat, in dem das Fahrzeug zu einem Altfahrzeug wird, ermittelt werden kann, sollte er die entsprechenden Kosten für die Sammlung und die Behandlung tragen. Da der Hersteller in dem Mitgliedstaat, in dem das Fahrzeug nach einem Grenzübertritt zu einem Altfahrzeug wird, jedoch nicht immer ermittelt werden kann, ist es auch erforderlich,*** Vorschriften ***für einen grenzüberschreitenden Mechanismus für die Kostenaufteilung einzuführen, der nur in dieser spezifischen Situation Anwendung findet und nur für Fahrzeuge der Klassen M_1 und N_1 gelten sollte.*** Mit diesen Vorschriften sollte sichergestellt werden, dass die ***Kosten für die Sammlung und die Behandlung, die den Abfallbewirtschaftern*** in dem Mitgliedstaat, in dem das Fahrzeug zum Altfahrzeug wird, entstehen, ***abgedeckt sind. Die Verpflichtungen, die sich aus dem grenzüberschreitenden Mechanismus für die Kostenaufteilung ergeben, einschließlich der Benennung von Bevollmächtigten in jedem Mitgliedstaat, sollten nicht für Einführer oder Händler gelten, um Verwaltungsaufwand für diese Unternehmer zu verhindern. Jeder*** Erzeuger ***von Fahrzeugen der Klassen M_1 und N_1 sollte verpflichtet sein,*** in jedem Mitgliedstaat einen Bevollmächtigten für ***den grenzüberschreitenden Mechanismus zu*** benennen***, die zuständigen Behörden über die Benennungen zu unterrichten*** und Mechanismen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit einschlägigen Abfallbewirtschaftern einzurichten. ***Die*** Erzeuger ***sollten eine Organisation für Herstellerverantwortung beauftragen können, als ihr Bevollmächtigter für den grenzüberschreitenden Mechanismus zu fungieren. Außerhalb der Union niedergelassene*** Erzeuger ***sollten die Möglichkeit haben, einen Bevollmächtigten des Erzeugers in der Union gemäß Artikel 13 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2018/858 zur Erfüllung der Verpflichtungen für den grenzüberschreitenden Mechanismus und die Einrichtung von Mechanismen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu benennen.*** Die Einführung eines solchen ***grenzüberschreitenden*** Mechanismus trägt zu fairen Wettbewerbsbedingungen unter den zugelassenen Behandlungsanlagen in der gesamten Union bei ▌.

(61) Um die Einhaltung dieser Pflichten zu gewährleisten und Verzerrungen des Binnenmarkts entgegenzuwirken, sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 AEUV Rechtsakte zu erlassen, um weitere detaillierte Vorschriften über die Pflichten der Hersteller, Mitgliedstaaten und Abfallbewirtschafter und die Merkmale der grenzüberschreitenden Mechanismen festzulegen.

(62) Eine wesentliche Voraussetzung für die angemessene Behandlung von Altfahrzeugen ist die Sammlung sämtlicher Altfahrzeuge. Daher sollten in der vorliegenden Verordnung in erster Linie für die Hersteller und in zweiter Linie für die Mitgliedstaaten bestimmte Pflichten im Zusammenhang mit der Sammlung vorgesehen werden. Die Hersteller sollten ***sicherstellen, dass alle Altfahrzeuge, die sie erstmals im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats auf dem Markt bereitgestellt haben, gesammelt werden. Zu diesem Zweck sollten Hersteller oder Organisationen für Herstellerverantwortung*** Sammelsysteme einrichten oder sich daran beteiligen ▌und die Mitgliedstaaten sollten alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass die Sammelsysteme eingerichtet wurden und dass sie die Verwirklichung der Ziele dieser Verordnung ermöglichen. Die Sammelsysteme sollten es Fahrzeugeignern und sonstigen Fahrzeughaltern ermöglichen, das Fahrzeug ohne unnötigen Aufwand oder unnötige Kosten an eine zugelassene ***Behandlungsanlage oder eine Sammelstelle*** zu übergeben. In der Praxis bedeutet dies, dass mit diesen Systemen das gesamte Hoheitsgebiet jedes Mitgliedstaats angemessen abgedeckt ***und eine ausreichende Verfügbarkeit von zugelassenen*** Behandlungsanlagen ***oder Sammelstellen sichergestellt werden sollte***. Dabei sollten Altfahrzeuge aller Marken sowie Abfallteile aus Fahrzeugreparaturen gesammelt werden können.

(63) Altfahrzeuge sollten nur in zugelassenen Behandlungsanlagen behandelt werden; daher spielen diese Anlagen eine entscheidende Rolle bei der Sammlung von Altfahrzeugen. Um die Sammlung zu erleichtern und eine angemessene Verfügbarkeit von Anlagen zur Sammlung von Altfahrzeugen sicherzustellen, ist in der vorliegenden Verordnung dennoch die Möglichkeit der Einrichtung von Sammelstellen vorgesehen. Die Aufgaben dieser Sammelstellen wären auf die Sammlung von Altfahrzeugen, deren Lagerung unter ordnungsgemäßen Bedingungen und den Transport der Fahrzeuge zur zugelassenen Behandlungsanlage begrenzt. Für den Betrieb einer solchen Sammelstelle ist eine besondere Genehmigung erforderlich. Sammelstellen sollten verpflichtet werden, alle gesammelten Altfahrzeuge an zugelassene Behandlungsanlagen zu übergeben.

(64) Um effektiv alle Altfahrzeuge zu sammeln, muss die Öffentlichkeit über das Vorhandensein von Sammelsystemen aufgeklärt werden. Fahrzeugeignern sollte bewusst sein, dass sie Altfahrzeuge mit oder ohne Elektrofahrzeugbatterie grundsätzlich kostenlos an eine Sammelstelle oder eine zugelassene Behandlungsanlage übergeben können***, sofern keine wesentlichen Teile wie der Elektroantriebsmotor, der Motor oder mehrere große Teile des Aufbaus fehlen, damit illegale Demontagepraktiken eingedämmt werden***. ***Wenn die Elektrofahrzeugbatterie fehlt, sollte der Fahrzeugeigner nachweisen, dass die Batterie von einem sachkundigen Wirtschaftsteilnehmer in Einklang mit der Verordnung (EU) 2023/1542 behandelt wurde. Um die illegale Demontage wertvoller Teile und Bauteile aus Altfahrzeugen zu verhindern und die Sammlung vollständiger Altfahrzeuge zu fördern, könnte die kostenfreie Übergabe von Altfahrzeugen mit finanziellen Anreizen verbunden werden.*** Die Aufklärungskampagne der Hersteller oder der Organisationen für Herstellerverantwortung sollte auch die Folgen einer unsachgemäßen Sammlung und Behandlung von Altfahrzeugen für die Umwelt und die menschliche Gesundheit aufzeigen.

(65) Die zugelassene Behandlungsanlage sollte ***dem letzten Fahrzeugeigner bei der Übergabe des Altfahrzeugs*** einen Verwertungsnachweis ausstellen ▌. Dies ist erforderlich, um eine angemessene Überwachung der ***Bewirtschaftung*** von Altfahrzeugen sicherzustellen. Die Mindestanforderungen an diesen Nachweis sind derzeit in der Entscheidung 2002/151/EG der Kommission[16] festgelegt und der Inhalt dieser Entscheidung sollte mit den erforderlichen Anpassungen in die vorliegende Verordnung aufgenommen werden. Die Nachweise sollten den letzten Eignern von Altfahrzeugen in elektronischer Form ausgestellt ***werden*** und den zuständigen Behörden eines Mitgliedstaats von den zugelassenen Behandlungsanlagen ***zum Zwecke der Abmeldung des Fahrzeugs im Rahmen eines elektronischen Mitteilungsverfahren übermittelt werden***. Über das elektronische ***Mitteilungsverfahren sollte der Verwertungsnachweis übermittelt werden können und es sollte möglich sein, dem letzten Fahrzeugeigner und Wirtschaftsteilnehmern, die im Namen eines Eigners handeln, eine Kopie der elektronischen Mitteilung zu übermitteln***.

16 Entscheidung 2002/151/EG der Kommission vom 19. Februar 2002 über Mindestanforderungen für den gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie 2000/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Altfahrzeuge ausgestellten Verwertungsnachweis (ABl. L 50 vom 21.2.2002, S. 94, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2002/151(1)/oj).

(66) Ungeachtet der in der Richtlinie 2000/53/EG enthaltenen Verpflichtung, alle Altfahrzeuge zur Behandlung an eine zugelassene Behandlungsanlage zu übergeben, gibt es einen erheblichen Anteil an Fahrzeugen, deren Verbleib nicht bekannt ist, die entweder illegal behandelt oder als Altfahrzeuge ausgeführt wurden oder deren Status den Zulassungsbehörden der Mitgliedstaaten nicht ordnungsgemäß gemeldet wird. Diese Fahrzeuge werden als „Fahrzeuge mit ungewissem Verbleib“ bezeichnet. Die Mitgliedstaaten sollten verstärkt zusammenarbeiten, um die Anzahl der Fahrzeuge mit ungewissem Verbleib zu verringern. Durch die Anerkennung von in einem anderen Mitgliedstaat ausgestellten Verwertungsnachweisen und die Verpflichtung, die Behörden der Mitgliedstaaten, in denen das Fahrzeug zugelassen ist, über die Ausstellung eines Verwertungsnachweises zu informieren, sollte der Verbleib von Altfahrzeugen besser verfolgt werden können.

(67) Um eine effektive Sammlung von Altfahrzeugen sicherzustellen, sollten den Fahrzeugeignern ausdrückliche Pflichten auferlegt werden. Am Ende der Lebensdauer ihres Fahrzeugs sollten sie es an eine Sammelstelle oder zugelassene Behandlungsanlage übergeben. ***Wenn das Fahrzeug beschädigt ist und ein Versicherungsunternehmen einbezogen worden ist, um das Fahrzeug zu einem technischen oder wirtschaftlichen Totalschaden zu erklären, sollte das Versicherungsunternehmen oder jeder andere in seinem Auftrag handelnde Kfz-Sachverständige ebenfalls prüfen, ob es sich bei dem Fahrzeug um ein Altfahrzeug gemäß der vorliegenden Verordnung handelt oder nicht. Im Falle aufgegebener Fahrzeuge sollten die einschlägigen Behörden Vorschriften für die Erklärung eines Fahrzeugs zum Altfahrzeug festlegen und sich bei weiteren Schritten an die vorliegende Verordnung halten. Aufgegebene Fahrzeuge könnten beispielsweise Fahrzeuge umfassen, die unbeaufsichtigt oder unrechtmäßig auf öffentlichen Grundstücken zurückgelassen wurden, die ohne Zustimmung des Eigentümers des Grundstücks auf einem Privatgrundstück abgestellt wurden oder die nach einer Mitteilung der zuständigen Behörden an den Fahrzeugeigner nicht wieder in Besitz genommen wurden.***

(68) Um eine einheitliche und umweltgerechte Behandlung von Altfahrzeugen in der Union zu gewährleisten, muss sichergestellt werden, dass die zugelassenen Behandlungsanlagen alle Altfahrzeuge, Teile, Bauteile und Werkstoffe einschließlich Abfallteilen aus Fahrzeugreparaturen im Einklang mit den in ihren Genehmigungen festgelegten Bedingungen sowie im Einklang mit den Anforderungen in der vorliegenden Verordnung, den besten verfügbaren Techniken und der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates[17] annehmen und behandeln. ***Zwecks Einhaltung der Anforderungen in Bezug auf die Entfernung, die Qualitätsanforderungen und die Zielvorgaben für die Verwertung von Werkstoffen kann die vollständige Behandlung eines Altfahrzeugs von einem einzigen Abfallbewirtschafter oder innerhalb einer einzigen Anlage erfolgen, dies ist aber nicht zwingend erforderlich.***

(69) Angesichts dessen, dass den zugelassenen Behandlungsanlagen eine Schlüsselrolle dabei zukommt, Altfahrzeuge auf eine Art und Weise zu bewirtschaften, die keine Beeinträchtigungen für Umwelt oder menschliche Gesundheit mit sich bringt und zur Verwirklichung der Kreislaufwirtschaftsziele der Union beiträgt, müssen diesen Anlagen für all ihre Tätigkeiten von der Annahme und Lagerung von Altfahrzeugen bis hin zur abschließenden Behandlung Pflichten auferlegt werden.

---

17 Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Emissionen aus Industrie und Tierhaltung (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) (ABl. L 334 vom 17.12.2010, S. 17, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2010/75/oj).

(70) Um ihre Tätigkeiten***, darunter die Qualität des Schrotts oder anderer relevanter Eingangsmaterialien,*** verfolgen zu können, sollten die zugelassenen Behandlungsanlagen die zur Behandlung durchgeführten Vorgänge dokumentieren, die entsprechenden Aufzeichnungen mindestens drei Jahre lang elektronisch speichern und den einschlägigen nationalen Behörden auf deren Verlangen vorlegen können.

(71) Die Schadstoffentfrachtung eines Altfahrzeugs ist der erste Schritt zur Vermeidung von Schäden an Umwelt und menschlicher Gesundheit sowie von Risiken im Bereich der Arbeitssicherheit. Es ist daher von wesentlicher Bedeutung, dass Altfahrzeuge ***innerhalb von 30 Tagen*** nach ihrer Übergabe an die zugelassene Behandlungsanlage und vor jeglicher Weiterbehandlung die erforderlichen Vorgänge zur Schadstoffentfrachtung durchlaufen. In dieser Phase sollte Altöl getrennt von anderen Fluiden und Flüssigkeiten gesammelt und gelagert und gemäß der Richtlinie 2008/98/EG weiterbehandelt werden. ***Kältemittel sollten in Einklang mit der Verordnung (EU) 2024/573 des Europäischen Parlaments und des Rates***[18] ***behandelt werden.*** Darüber hinaus sollten die Teile, Bauteile und Werkstoffe, die Blei, Cadmium, Quecksilber und sechswertiges Chrom enthalten, aus dem Altfahrzeug entfernt werden, um negative Auswirkungen auf Mensch oder Umwelt zu verhindern.

---

18 ***Verordnung (EU) 2024/573 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Februar 2024 über fluorierte Treibhausgase, zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 (ABl. L, 2024/573, 20.2.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/573/oj).***

(72) Um eine ordnungsgemäße Durchführung der Verordnung (EU) ***2023/1542*** zu gewährleisten, müssen alle in Fahrzeugen eingebauten Batterien getrennt aus dem Altfahrzeug entfernt und für die Weiterbehandlung in einem eigens dafür eingerichteten Bereich gelagert werden.

(73) Um das Potenzial zur Wiederverwendung, Wiederaufarbeitung und Überholung von Teilen und Bauteilen so weit wie möglich auszuschöpfen und dafür zu sorgen, dass Sekundärrohstoffe aus Altfahrzeugen weiterhin einen hohen Wert haben, sollte es vorgeschrieben sein, dass bestimmte Teile und Bauteile vor dem Schreddern aus dem Altfahrzeug entfernt werden müssen. ***Diese*** Teile und Bauteile ▌ sollten im Rahmen eines manuellen Demontageverfahrens oder eines halbautomatisierten oder automatisierten Zerlegungsverfahrens entfernt werden, ***ohne dabei zerstört zu werden***. ***Es sollte von der*** Anforderung der obligatorischen ***zerstörungsfreien*** Entfernung von Teilen und Bauteilen ***abgewichen werden können, wenn eine zugelassene*** Behandlungsanlage ***nachweist, dass eine manuelle zerstörungsfreie Demontage oder eine automatisierte oder halbautomatische zerstörungsfreie Zerlegung unverhältnismäßige wirtschaftliche Kosten verursacht, die nicht durch die erwarteten Einnahmen aus der Wiederverwendung, Wiederaufarbeitung oder Überholung dieser Teile und Bauteile ausgeglichen werden können. In einem solchen Fall sollten diese Teile und Bauteile so entfernt werden können, dass sie dabei zerstört werden, um die relevanten Werkstoffe vor dem Schreddern zu trennen. Teile und Bauteile können vollständig von der Pflicht zur Entfernung ausgenommen werden, wenn sie in der vorliegenden Verordnung entsprechend ausgewiesen sind, sofern die zugelassene*** Behandlungsanlage ***nachweist, dass Werkstoffe mit Post-Schredder-Technologien ebenso effizient von den betreffenden Teilen und Bauteilen getrennt werden wie*** mit manuellen, halbautomatisierten oder automatisierten Prozessen ***und dass die Kriterien und Grenzwerte der vorliegenden Verordnung eingehalten werden***. Um technische und wissenschaftliche Entwicklungen berücksichtigen zu können, sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 AEUV Rechtsakte zur Änderung des entsprechenden Anhangs zu erlassen.

(74) Nachdem die zugelassenen Behandlungsanlagen Teile und Bauteile aus einem Altfahrzeug entfernt haben, sollten sie auf der Grundlage objektiver Kriterien im Zusammenhang mit den technischen Merkmalen der Teile und Bauteile und der Anforderungen an die Fahrzeugsicherheit sorgfältig prüfen und ermitteln, ob diese Teile und Bauteile für die Wiederverwendung, Wiederaufarbeitung oder Überholung geeignet sind.

(75) Die Verordnung (EU) ***2023/1542*** enthält Vorschriften über die Nachhaltigkeit, Leistung, Sicherheit, Sammlung, das Recycling und die Second-Life-Verwendung von Batterien sowie über Informationen für Wirtschaftsteilnehmer über die Entfernung von Batterien. Das Potenzial von Batterien für eine Second-Life-Verwendung sollte in der vorliegenden Verordnung berücksichtigt werden, indem Elektrofahrzeugbatterien von den wesentlichen Teilen oder Bauteilen ausgenommen werden, sodass das Fahrzeug ohne Elektrofahrzeugbatterie zur kostenlosen Behandlung abgegeben werden kann***, vorausgesetzt, der letzte Fahrzeugeigner hat Unterlagen vorlegt, die belegen, dass die Batterie von einem sachkundigen Unternehmer gemäß der Verordnung (EU) 2023/1542 behandelt wurde***.

(76) Angesichts des Potenzials zur Wiederaufarbeitung und Überholung in der Automobilindustrie und ihres Beitrags zur Kreislaufwirtschaft muss den in dieser Branche tätigen Wirtschaftsteilnehmern Rechtsklarheit geboten werden. Daher sollte klargestellt werden, dass aus Altfahrzeugen ***oder bei Reparatur- und Wartungsvorgängen*** entfernte Teile und Bauteile, die für die ***sofortige*** Wiederverwendung ***oder eine weitere*** Wiederaufarbeitung oder Überholung ***durch sachkundige*** Unternehmer geeignet sind, nicht als Abfall gelten sollten. ***Um die Abfallhierarchie einzuhalten und die kreislauforientierte Verwendung von Ersatzteilen zu fördern, sollte die Weitergabe dieser Teile und Bauteile, mit Ausnahme von Batterien, zwischen Wirtschaftsteilnehmern nicht eingeschränkt werden. Aus Altfahrzeugen entfernte Teile und Bauteile sollten von einer zugelassenen*** Behandlungsanlage ***ordnungsgemäß kontrolliert, gereinigt und erforderlichenfalls getestet werden, damit sie ohne weitere Vorbehandlung umgehend wiederverwendet werden können oder andernfalls für eine weitere Wiederaufarbeitung oder Überholung geeignet sind. Teile und Bauteile, die nicht für die Wiederverwendung, Wiederaufarbeitung oder Überholung geeignet sind, sollten als Abfall betrachtet werden, und ihre Ausfuhr sollte der Verordnung (EU) 2024/1157 des Europäischen Parlaments und des Rates[19] unterliegen.*** Die einschlägigen nationalen Behörden sollten die Möglichkeit haben, von der zugelassenen Behandlungsanlage, die das betreffende Teil oder Bauteil entfernt hat, Unterlagen anzufordern, in denen die zugelassene Behandlungsanlage im Wege einer entsprechenden Bewertung bestätigt, dass die betreffenden Teile und Bauteile für die Wiederaufarbeitung, Überholung oder Wiederverwendung technisch geeignet sind.

---

19 Verordnung (EU) 2024/1157 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über die Verbringung von Abfällen, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1257/2013 und (EU) 2020/1056 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 (ABl. L, 2024/1157, 30.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1157/oj).

(77) In ihrer Bewertung der Richtlinie 2000/53/EG stellte die Kommission fest, dass der Öffentlichkeit gebrauchte Ersatzteile und Bauteile von nicht identifizierten Anbietern angeboten werden und oftmals aus illegalen Tätigkeiten resultieren. Daher sollten neue Anforderungen für den Handel mit gebrauchten, wiederaufgearbeiteten oder überholten Teilen und Bauteilen festgelegt werden. Diese Teile und Bauteile sollten vor allem mit einem Etikett gekennzeichnet werden, auf dem ***der Name des Teils oder Bauteils und die Kontaktdaten der zugelassenen*** Behandlungsanlage***, die das Teil oder Bauteil entfernt hat, angegeben sind, und sie sollten ferner angemessen vor Beschädigungen bei der Beförderung sowie beim Ver- und Abladen der Teile und Bauteile geschützt werden. Die zugelassene*** Behandlungsanlage***, die das Teil oder das Bauteil entfernt hat, sollte eine Kopie der Rechnung oder des Vertrags im Zusammenhang mit der Verbringung dieser Teile zur Hand haben, falls die zuständige Behörde derartige Unterlagen verlangt.***

(78) ***Handelt es sich bei dem Endnutzer um einen Verbraucher, würde der Verkauf gebrauchter, wiederaufgearbeiteter oder überholter Teile und Bauteile von Unternehmen an Verbraucher unter die Richtlinie (EU) 2019/771 des Europäischen Parlaments und des Rates[20] fallen. Nach dieser Richtlinie müssen verkaufte Waren dem Kaufvertrag entsprechen und für den Fall einer Vertragswidrigkeit sind die Haftung des Verkäufers und Abhilfen für den Verbraucher, wie die unentgeltliche Nachbesserung oder die unentgeltliche Ersatzlieferung, vorgesehen. Da entfernte und zur Wiederverwendung geeignete Teile und Bauteile sowie überholte Teile und Bauteile gebrauchte Waren im Sinne der Richtlinie (EU) 2019/771 sind, können sich Verkäufer und Verbraucher auf kürzere Haftungszeiträume oder Verjährungsfristen, die ein Jahr nicht unterschreiten, einigen, wenn der betreffende Mitgliedstaat eine solche Möglichkeit vorgesehen hat. Die betreffenden Wirtschaftsteilnehmer werden ermutigt, Verbrauchern sowie – bei Geschäften zwischen Unternehmen – ihren Kunden gewerbliche Garantien für wiederverwendete, wiederaufgearbeitete und überholte Teile und Bauteile anzubieten.***

---

20 ***Richtlinie (EU) 2019/771 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte des Warenkaufs, zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2394 und der Richtlinie 2009/22/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 1999/44/EG (ABl. L 136 vom 22.5.2019, S. 28, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2019/771/oj).***

(79) Im Interesse der Straßenverkehrssicherheit und des Umweltschutzes sollten bestimmte Bauteile und Teile, die aus Altfahrzeugen entfernt wurden, nicht wiederverwendet, wiederaufgearbeitet oder überholt werden. Diese Teile und Bauteile sollten nur für den Bau neuer Fahrzeuge oder für Fahrzeuge verwendet werden, die bereits in Verkehr gebracht wurden***, wenn im Zuge der durchgeführten technischen Bewertung belegt wurde, dass sie den geltenden Fahrzeuganforderungen entsprechen. Diese Teile sollten nur von einem qualifizierten Reparatur- und Wartungsunternehmen eingebaut werden.***

(80) Um die Entwicklung und das reibungslose Funktionieren des Marktes für wiederverwendbare, überholte und wiederaufgearbeitete Teile und Bauteile ***und die Nachrüstung von Fahrzeugen*** in der Union zu fördern, sollten die Mitgliedstaaten dazu angehalten werden, auf nationaler Ebene ***Anreize*** für die Weiterverwendung, Überholung und Wiederaufarbeitung von Teilen und Bauteilen – unabhängig davon, ob die Teile und Bauteile während der Nutzungsphase oder am Ende der Lebensdauer eines Fahrzeugs entfernt wurden – ***und für die Nachrüstung von Fahrzeugen*** zu schaffen. ***Diese Anreize sollten sich in den Abfallvermeidungsprogrammen widerspiegeln, die die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 29 der Richtlinie 2008/98/EG aufstellen müssen.*** Die Kommission sollte den Informationsaustausch zwischen Mitgliedstaaten erleichtern, indem deren bewährte Verfahren in Bezug auf auf nationaler Ebene geschaffene Anreize im Hinblick auf eine Überwachung der Wirksamkeit geteilt werden.

(81) In ihrer Bewertung der Richtlinie 2000/53/EG stellte die Kommission fest, dass die Definition des Begriffs „Recycling“ in dieser Richtlinie zu weit gefasst ist und nicht mit der Richtlinie 2008/98/EG im Einklang steht, da darin der Begriff „Verfüllung“ als Recyclingverfahren eingestuft wird. In der vorliegenden Verordnung sollte daher die Definition des Begriffs „Recycling“ mit der Begriffsbestimmung aus Richtlinie 2008/98/EG in Einklang gebracht werden, in der der Begriff nicht die Verfüllung von Materialien umfasst.

(82) Das Recycling aller Kunststoffe aus Altfahrzeugen sollte fortlaufend verbessert werden, und es muss ein ausreichendes Angebot an Rezyklaten sichergestellt werden, um der Nachfrage nach recycelten Kunststoffen in Fahrzeugen gerecht zu werden. Daher ist es notwendig, das spezifische Ziel festzulegen, 30 % der Kunststoffe aus Altfahrzeugen zu recyceln. Dieses Ziel würde die Zielvorgabe für die Wiederverwendung und das Recycling von 85 % sowie die Zielvorgabe für die Wiederverwendung und Verwertung von 95 % von Altfahrzeugen, bezogen auf das durchschnittliche Gewicht pro Fahrzeug und Jahr, ergänzen. Um den Abfallbewirtschaftern die Umsetzung dieser Anforderungen zu erleichtern, ist ein Übergangszeitraum von drei Jahren erforderlich. In der Zwischenzeit sollten die derzeitigen Zielvorgaben für die Wiederverwendung und das Recycling von 85 % sowie die Zielvorgaben für die Wiederverwendung und Verwertung von 95 % von Altfahrzeugen gemäß der Richtlinie 2000/53/EG und ihrer Definition des Begriffs „Recycling“ weiterhin gelten. ***Das Gewicht der recycelten Kunststoffe und das Gesamtgewicht der Kunststoffe für das spezifische Recyclingziel für Kunststoffe sollte Elastomere, Duroplaste mit Ausnahme der zur Polsterung verwendeten Polyurethan-Schaumstoffe und Kunststoffe, die in Artikel 7 der Verordnung (EU) 2019/1021 genannte Stoffe enthalten oder durch sie verunreinigt sind, wenn die Schwellenwerte in Anhang IV der genannten Verordnung überschritten werden, nicht einschließen.***

(83) Die Verwertung hochwertiger Sekundärrohstoffe sollte mittels einer Verbesserung der Vorgänge für das Schreddern von Altfahrzeugen ausgeweitet werden. Daher sollten Altfahrzeuge und ihre Teile, Bauteile und Werkstoffe ***nur dann*** zusammen mit ***anderen Abfällen, einschließlich*** Verpackungsabfällen und Elektro- und Elektronik-Altgeräten geschreddert werden ***dürfen, wenn bestimmte Kriterien und die Qualitätsanforderungen hinsichtlich der Outputfraktionen erfüllt sind***.

(84) Um die Qualität der Behandlung von Altfahrzeugen zusätzlich zu verbessern, ***sollten nur die*** Abfallfraktionen aus geschredderten Altfahrzeugen auf Deponien ***entsorgt werden können***, wenn die Fraktionen, die Nicht-Inertabfälle enthalten, ***die in der vorliegenden Verordnung festgelegten Grenzwerte nicht überschreiten***.

(85) Altfahrzeuge werden als gefährliche Abfälle eingestuft und können nicht in Nicht-OECD-Länder ausgeführt werden. Es sollte dennoch möglich sein, dass schadstoffentfrachtete Altfahrzeuge außerhalb der Union behandelt werden, sofern die Verbringung dieser schadstoffentfrachteteten Altfahrzeuge im Einklang mit der Verordnung (EU) ***2024/1157*** erfolgt.

(86) Werden Altfahrzeuge aus der Union in ein Drittland verbracht, so sollte der Exporteur von der zuständigen Behörde im Bestimmungsland genehmigte Unterlagen vorlegen, aus denen hervorgeht, dass die Behandlung unter Bedingungen erfolgt, die den Anforderungen der vorliegenden Verordnung und den in anderen Rechtsvorschriften der Union festgelegten Anforderungen an den Schutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit im Einklang mit der Verordnung (EU) ***2024/1157*** weitgehend gleichwertig sind.

(87) Um sicherzustellen, dass Altfahrzeuge ökologisch nachhaltig behandelt werden, muss Klarheit über den Status eines Fahrzeugs während seiner gesamten Lebensdauer geschaffen werden, insbesondere in Situationen, in denen zwischen Gebrauchtfahrzeugen und Altfahrzeugen unterschieden werden muss. Fahrzeugeigner, die ***innerhalb der Union*** das Eigentum an einem Gebrauchtfahrzeug übertragen möchten, sollten ***unter bestimmten Umständen Unterlagen darüber vorlegen*** müssen, dass es sich bei dem betreffenden Fahrzeug nicht um ein Altfahrzeug handelt. ***Aus diesen Unterlagen sollte hervorgehen, dass das Fahrzeug verkehrssicher ist, oder sie sollten im Einklang mit der vorliegenden Verordnung eine Bewertung enthalten,*** die Kriterien ***umfasst***, anhand derer festgestellt wird, ob es sich bei ***einem*** Fahrzeug um ein Altfahrzeug handelt. ***Diese Bewertung sollte in abgestufter Weise von verbindlichen Kriterien bis hin zu indikativen Kriterien durchgeführt werden. Sobald ein verbindliches Kriterium erfüllt ist, sollte*** das betreffende Fahrzeug ***als*** Altfahrzeug ***gelten***. ***Ist kein verbindliches Kriterium erfüllt, sollten die indikativen Kriterien geprüft werden. Wenn eines dieser indikativen Kriterien erfüllt ist, wäre eine weitere technische Bewertung erforderlich, um die erforderlichen Reparaturen festzustellen und eine Prüfbescheinigung zu erhalten. Auf der Grundlage dieser technischen Bewertung sollte der Fahrzeugeigner entscheiden können, ob das Fahrzeug entsorgt werden sollte. Erhält der Fahrzeugeigner nicht innerhalb von fünf Jahren nach dieser technischen Bewertung eine Prüfbescheinigung, sollte das betreffende Fahrzeug als Altfahrzeug gelten. Für diesen Zeitraum von fünf Jahren sollte die technische Bewertung als Beleg dafür dienen, dass es sich bei dem Fahrzeug nicht um ein Altfahrzeug handelt.***

Die Bewertung, ob es sich um ein Altfahrzeug handelt, sollte von einem unabhängigen Kfz-Sachverständigen durchgeführt werden, es obliegt jedoch den einzelnen Mitgliedstaaten, zu entscheiden, wie diese unabhängigen Kfz-Sachverständigen im Einzelnen benannt werden sollten. Bei den unabhängigen Kfz-Sachverständigen sollte es sich um Fachkräfte mit Fachkenntnissen in den Bereichen Automobiltechnologie, Reparatur und Wartung oder Bewertung des Fahrzeugwerts handeln, die benannt werden, um unvoreingenommenes Fachwissen bereitzustellen, ohne dass Interessenkonflikte mit den beteiligten Parteien entstehen. Um übermäßige Belastungen für natürliche Personen, die keine Wirtschaftsteilnehmer sind, zu verhindern und in erster Linie der Situation der Mehrheit der potenziellen Altfahrzeuge Rechnung zu tragen, sollte die Beleganforderung für solche Fahrzeugeigner nur unter bestimmten Umständen gelten. Solche Fälle sollten den Verkauf von Fahrzeugen betreffen, die von einer Versicherungsgesellschaft als wirtschaftlicher Totalschaden eingestuft wurden oder bei denen der Verkauf vollständig über eine Online-Plattform abgeschlossen wird, ohne dass eine physische Übergabe des Fahrzeugs zwischen Verkäufer und Käufer oder einer in deren Namen handelnden Person stattfindet.

(88) In Fällen, in denen ein Versicherungsunternehmen oder ein in seinem Auftrag handelnder Kfz-Sachverständiger eine Bewertung eines Schadens an einem Unfallfahrzeug durchführt, muss sichergestellt werden, dass im Rahmen dieser Bewertung insbesondere überprüft wird, ob das Fahrzeug gemäß den in der vorliegenden Verordnung festgelegten Kriterien als Altfahrzeug einzustufen ist. Um illegalen Tätigkeiten entgegenzuwirken und die ordnungsgemäße Identifizierung von Altfahrzeugen sicherzustellen, sollten die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten die Befugnis erhalten, im Falle von Zweifeln hinsichtlich des Status eines Gebrauchtfahrzeugs vom Fahrzeugeigner Unterlagen anzufordern, die bestätigen, dass es sich bei dem Fahrzeug nicht um ein Altfahrzeug handelt. Diese Unterlagen sollten entweder aus einer im Einklang mit der vorliegenden Verordnung durchgeführten Bewertung im Hinblick auf die Einstufung als Altfahrzeug oder aus einer gültigen Prüfbescheinigung bestehen. Die zuständigen Behörden können von diesem Vorrecht unabhängig davon Gebrauch machen, ob das Fahrzeug an einem Unfall beteiligt war oder nicht. Diese Befugnis gilt auch für Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung, die ansonsten nicht den Vorschriften über den Status von Fahrzeugen unterliegen sollten. Mitgliedstaaten sollten in der Lage sein, Fahrzeuge der Klassen L1e, L2e und L6e in ihren nationalen Rechtsvorschriften von den Vorschriften über den Fahrzeugstatus auszunehmen. Der Kommission sollte die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 AEUV Rechtsakte zu erlassen, um die in der vorliegenden Verordnung festgelegten Kriterien für die Feststellung, ob es sich bei einem Fahrzeug um ein Altfahrzeug handelt, zu ändern, indem Kriterien gestrichen werden, nach denen ein Fahrzeug als Altfahrzeug gilt, wenn technologische Fortschritte in den Bereichen Verfolgbarkeit, Reparierbarkeit und Sicherheit eine solche Streichung hinreichend rechtfertigen.

(89) ***Um sicherzustellen, dass der Binnenmarkt nicht untergraben wird, und angesichts des Umstands, dass mit der Ausfuhr von Gebrauchtfahrzeugen, wie vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen dokumentiert, erhebliche Herausforderungen für die Umwelt und die öffentliche Gesundheit einhergehen, ist es angezeigt, spezifische Anforderungen an die Ausfuhr von Gebrauchtfahrzeugen festzulegen.*** Diese Anforderungen sollten auf objektiven Kriterien beruhen, anhand derer sich entscheidet, dass ein Gebrauchtfahrzeug kein Altfahrzeug ist und gemäß der Richtlinie 2014/45/EU des Europäischen Parlaments und des Rates[21] als verkehrssicher einzustufen ist. Dadurch sollte sichergestellt werden, dass nur Gebrauchtfahrzeuge, die in der Union als verkehrssicher gelten, in Drittländer ausgeführt werden können ▌. Damit die Zollbehörden überprüfen können, ob diese Anforderungen bei der Ausfuhr erfüllt sind, sollte jede Person, die Gebrauchtfahrzeuge ausführt, verpflichtet sein, den Behörden die Fahrzeug-Identifizierungsnummer (FIN) und eine Erklärung vorzulegen, in der bestätigt wird, dass es sich bei dem Gebrauchtfahrzeug nicht um ein Altfahrzeug handelt und dass es als verkehrssicher gilt.

---

21 Richtlinie 2014/45/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 über die regelmäßige technische Überwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/40/EG (ABl. L 127 vom 29.4.2014, S. 51, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2014/45/oj).

(90) Es ist wichtig, einen Mechanismus einzurichten, mithilfe dessen die Einhaltung der Ausfuhranforderungen für Gebrauchtfahrzeuge wirksam überprüft werden kann, ohne den Handel zwischen der Union und Drittländern zu beeinträchtigen. Daher sollte die Kommission ein elektronisches System einrichten, mit dem die Behörden in den Mitgliedstaaten in Echtzeit Informationen über die FIN und den Stand der technischen Überwachung der zur Ausfuhr bestimmten Gebrauchtfahrzeuge austauschen ***und überprüfen*** können. Angesichts seiner bestehenden Merkmale und Funktionen im Zusammenhang mit dem Austausch von Informationen über in der Union zugelassene Fahrzeuge zwischen Zulassungsbehörden hat die Kommission MOVE-HUB, eine Plattform für den Austausch von Nachrichten, entwickelt, um die nationalen elektronischen Register der Mitgliedstaaten miteinander zu vernetzen. ***Die Mitgliedstaaten sollten die Möglichkeit haben, das Europäische Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS) zur Anbindung an das elektronische System MOVE-HUB zu nutzen.*** Die Plattform erleichtert derzeit die Zusammenschaltung des Folgenden: Register der Kraftverkehrsunternehmen (ERRU), Führerscheinregister (RESPER), Berufskraftfahrerqualifikationsregister (ProDriveNet), Mitteilung von Mängeln bei der Unterwegskontrolle von Fahrzeugen (RSI) und Register der Fahrtenschreiberkarten (TACHOnet-System) zusammengeschaltet.

Die Funktionen von MOVE-HUB sollten daher erweitert werden, um den Austausch ***und die Überprüfung*** von Informationen über die FIN und den Stand der technischen Überwachung der zur Ausfuhr bestimmten Gebrauchtfahrzeuge zu ermöglichen. Um es den Zollbehörden zu ermöglichen, elektronisch und automatisch zu überprüfen, ob ein zur Ausfuhr bestimmtes Gebrauchtfahrzeug die Ausfuhranforderungen erfüllt, sollte das von MOVE-HUB betriebene elektronische System mit der Single-Window-Umgebung der EU für den Zoll gemäß der Verordnung (EU) 2022/2399 des Europäischen Parlaments und des Rates[22] vernetzt werden. Die genannte Verordnung sieht einen umfassenden Rahmen automatisierter Überprüfungen bei spezifischen Nichtzollformalitäten der Union vor. In der vorliegenden Verordnung sollten daher die wichtigsten zu überprüfenden Elemente festgelegt werden; die technischen Maßnahmen zur Durchführung dieser Überprüfungen würden hingegen in der Verordnung (EU) 2022/2399 festgelegt.

---

22 Verordnung (EU) 2022/2399 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. November 2022 zur Einrichtung der Single-Window-Umgebung der Europäischen Union für den Zoll und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 (ABl. L 317 vom 9.12.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2399/oj).

(91) Um einheitliche Bedingungen für die Umsetzung der Ausfuhranforderungen zu gewährleisten, sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse zur Entwicklung der erforderlichen elektronischen Systeme und deren Vernetzung mit den nationalen Systemen übertragen werden.

(92) Die ***zuständigen Behörden der*** Mitgliedstaaten sollten zusammenarbeiten, um eine wirksame Umsetzung der Anforderungen für die Ausfuhr von Gebrauchtfahrzeugen sicherzustellen und sich gegenseitig Amtshilfe zu leisten. Diese Amtshilfe sollte den Austausch von Informationen zur Überprüfung des Status von Fahrzeugen vor der Ausfuhr umfassen, einschließlich der Bestätigung von Zulassungsinformationen in dem Mitgliedstaat, in dem das jeweilige Fahrzeug zuvor zugelassen war. ***Die Zusammenarbeit sollte unter anderem die Gewährung des Zugangs zu einschlägigen Dokumenten und Informationen, einschließlich der Ergebnisse von Inspektionen, unter Einhaltung des für die ersuchte Behörde geltenden Datenschutzrecht umfassen.*** Darüber hinaus sollten die ***zuständigen Behörden der*** Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine umfassende Zusammenarbeit mit Behörden aus Drittländern kooperieren.

(93) Die Zollbehörden müssen in der Lage sein, Kontrollen an zur Ausfuhr bestimmten Gebrauchtfahrzeugen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates[23] vorzunehmen. Ein erheblicher Anteil der aus der Union ausgeführten Gebrauchtfahrzeuge wird in Länder verbracht, in denen Einfuhranforderungen bestehen oder eingeführt werden könnten, wie beispielsweise Anforderungen in Bezug auf das Alter des Fahrzeugs oder seine Emissionen. Die Zollbehörden müssen in der Lage sein, elektronisch und automatisch über die Single-Window-Umgebung der EU für den Zoll zu überprüfen, ob ein zur Ausfuhr bestimmtes Gebrauchtfahrzeug diese Anforderungen erfüllt, wenn die Informationen über diese Anforderungen der Kommission von den betreffenden Drittländern offiziell übermittelt werden. ***Um die Einhaltung der Vorschriften zu erleichtern, sollte die Kommission die gemeldeten spezifischen Bedingungen im Zusammenhang mit dem Umweltschutz oder der Straßenverkehrssicherheit, die von Drittländern auferlegt werden, auf einem speziellen Online-Portal veröffentlichen und aktualisieren.*** Um den Umweltschutz und die Straßenverkehrssicherheit in Drittländern zu gewährleisten, sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 AEUV delegierte Rechtsakte zur Festlegung dieser Anforderungen zu erlassen.

---

23 Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 zur Festlegung des Zollkodex der Union (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/952/oj).

(94) Um das Risiko der Ausfuhr von Fahrzeugen ohne die erforderlichen Unterlagen mit Angaben über die FIN und den Stand der technischen Überwachung des Fahrzeugs zu umgehen sowie das Risiko zu vermeiden, dass ein Verstoß gegen die Ausfuhranforderungen erst dann festgestellt wird, wenn das Fahrzeug die Union bereits verlassen hat, sollte die Anwendung der Verfahren ***der Anschreibung in der Buchführung des Anmelders und der Eigenkontrolle*** gemäß der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 nicht zulässig sein. Diese Verfahren würden die Zollbehörden daran hindern, Echtzeitkontrollen über die Single-Window-Umgebung der EU für den Zoll durchzuführen, was das Risiko eines Verstoßes gegen die Unionsvorschriften über die Ausfuhr von Gebrauchtfahrzeugen erhöhen würde.

(95) In ihrer Bewertung der Richtlinie 2000/53/EG betrachtete die Kommission das Fehlen von Vorschriften über verpflichtende Inspektionen als einen Mangel der genannten Richtlinie. Im Zuge der vorliegenden Verordnung sollten ***demnach die Mitgliedstaaten bestimmte Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Aufdeckung illegaler Tätigkeiten im Bereich der Sammlung, Behandlung und Ausfuhr von Altfahrzeugen sowie deren Teilen und Bauteilen auferlegt bekommen und es sollten*** Mindestanforderungen für die Häufigkeit der Inspektionen, ihren Umfang und die Merkmale der Anlagen festgelegt werden, die Gegenstand solcher Inspektionen sind. Die Wettbewerbsfähigkeit der zugelassenen Behandlungsanlagen gegenüber illegal agierenden Wirtschaftsteilnehmern würde damit gewahrt und die kontinuierliche Einhaltung der Genehmigungsauflagen und Anforderungen an die Sammlung und Behandlung von Altfahrzeugen sichergestellt.

(96) ***Um die wirksame Durchsetzung dieser Verordnung sicherzustellen, müssen die Mitgliedstaaten Inspektionsstrategien festlegen, mit denen illegale Tätigkeiten bei der Sammlung, Behandlung und Ausfuhr von Altfahrzeugen sowie deren Teilen und Bauteilen aufgedeckt werden sollen. In diesen Strategien sollten die in dieser Verordnung festgelegten Maßnahmen enthalten sein, damit die Einhaltung der Vorschriften sichergestellt wird und zur Verhinderung rechtswidriger Praktiken in der Branche beigetragen wird. Die Mitgliedstaaten sollten in jedem Kalenderjahr*** Inspektionen ***durchführen***. ***Diese*** Inspektionen sollten ***sich sowohl auf rechtmäßig tätige Einrichtungen als auch auf mutmaßlich illegale Tätigkeiten erstrecken***. ***Die Mindestanzahl der jährlich in jedem Mitgliedstaat durchzuführenden Inspektionen sollte mindestens 10 % der in diesem Mitgliedstaat betriebenen*** zugelassenen Behandlungsanlagen ***und Sammelstellen entsprechen***. Es muss betont werden, dass die im Rahmen der vorliegenden Verordnung durchgeführten Inspektionen die Inspektionen bei der Verbringung von Altfahrzeugen ergänzen sollten, die in der Verordnung ***(EU) 2024/1157*** umfassend geregelt sind.

(97) Die Mitgliedstaaten sollten Mechanismen zur Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene einrichten, damit die Inspektionen effizient durchgeführt werden können***, um die Verhinderung und Erkennung der illegalen Behandlung und Ausfuhr von Altfahrzeugen zu erleichtern und das Problem der Fahrzeuge mit ungewissem Verbleib zu lösen***. Diese Mechanismen sollten den Austausch von Fahrzeugzulassungsdaten ermöglichen, der für die Verfolgung der Fahrzeuge und die Überprüfung der ordnungsgemäßen Behandlung am Ende der Lebensdauer erforderlich ist. ***Um die Zusammenarbeit in der gesamten Union in diesen Bereichen zu fördern, sollten die Kommission und die Mitgliedstaaten aktiv auf die einschlägigen bestehenden Agenturen, wie die durch die Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates[24] eingerichtete Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), sowie auf die Durchsetzungsnetze, die sich mit der Bekämpfung der Umweltkriminalität in der gesamten Union befassen, zurückgreifen.***

(98) Die Mitgliedstaaten sollten alle erforderlichen Durchsetzungsmaßnahmen ergreifen, um gegen die illegale Behandlung von Altfahrzeugen vorzugehen und so daraus entstehende Schäden für die Umwelt oder die menschliche Gesundheit zu verhindern. Jede Anlage oder jedes Unternehmen, die bzw. das Altfahrzeuge ohne gültige Genehmigung behandelt oder gegen die in der Genehmigung festgelegten Bedingungen oder Anforderungen verstößt, sollte daher mit Sanktionen belegt werden. Zur Gewährleistung einer wirksamen Einhaltung dieser Verordnung sollten die Mitgliedstaaten auch andere Maßnahmen wie den Entzug der Genehmigung oder die Anordnung der Aussetzung der Geschäftstätigkeit eines Wirtschaftsteilnehmers in Betracht ziehen.

---

[24] Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/794/oj).

(99) Die Mitgliedstaaten sollten Vorschriften über Sanktionen festlegen, die bei Verstößen gegen diese Verordnung anzuwenden sind, und die Durchführung dieser Vorschriften sicherstellen. Die Sanktionen sollten insbesondere für Verstöße gegen die Bestimmungen über die Ausfuhr von Gebrauchtfahrzeugen, die Übergabe von Altfahrzeugen an zugelassene Behandlungsanlagen oder Sammelstellen und den Handel mit gebrauchten, wiederaufgearbeiteten oder überholten Teilen und Bauteilen festgelegt werden. Die vorgesehenen Sanktionen sollten wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.

(100) Für die Gewährleistung der ordnungsgemäßen Umsetzung, Überwachung und Bewertung der Rechtsvorschriften der Union und die Bereitstellung aktueller Transparenzinformationen für die Märkte müssen Berichterstattungspflichten festgelegt werden. Korrekte und gültige Daten sind unerlässlich, damit die Kommission bewerten kann, ob die in der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Maßnahmen ihren Zweck erfüllen, und gegebenenfalls weitere Anpassungen vorschlagen kann, um eine umweltgerechte Behandlung von Altfahrzeugen zu gewährleisten oder die Durchführung der vorliegenden Verordnung zu optimieren. Im Hinblick auf eine Begrenzung des mit der Berichterstattung verbundenen Aufwands sollten nur Daten gemeldet werden, die für die Zwecke der Durchführung dieser Verordnung unerlässlich sind, und die Berichterstattung sollte durch digitale Instrumente erleichtert werden. Auf der Grundlage dieser Aspekte sollte festgelegt werden, welche Daten die Wirtschaftsteilnehmer an die einschlägigen Behörden und welche Daten die Mitgliedstaaten an die Kommission melden müssen. Zur Gewährleistung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung dieser Berichterstattungspflichten sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse übertragen werden. In den Durchführungsrechtsakten, die die Entscheidung 2005/293/EG der Kommission[25] ersetzen sollten, sollte auch eine Methode für die Berechnung und Überprüfung der Verwirklichung der Zielvorgaben für die Wiederverwendung, das Recycling und die Verwertung festgelegt werden.

[25] Entscheidung 2005/293/EG der Kommission vom 1. April 2005 zur Festlegung der Einzelheiten für die Kontrolle der Einhaltung der Zielvorgaben für Wiederverwendung/Verwertung und Wiederverwendung/Recycling gemäß der Richtlinie 2000/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Altfahrzeuge (ABl. L 94 vom 13.4.2005, S. 30, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2005/293/oj).

(101) Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten spielen eine wichtige Rolle bei der Überprüfung der Erfüllung der Pflichten im Rahmen dieser Verordnung im Zusammenhang mit der Sammlung und ***Bewirtschaftung*** von Altfahrzeugen, einschließlich einer besseren Verfolgung der Fahrzeuge durch die Behörden und der Bekämpfung der illegalen Behandlung von Altfahrzeugen. Die Mitgliedstaaten sollten Abfallbewirtschaftern und anderen einschlägigen Wirtschaftsteilnehmern daher vorschreiben, den zuständigen Behörden Daten vorzulegen, anhand derer sie die Umsetzung der Bestimmungen über die Sammlung und Bewirtschaftung von Altfahrzeugen besser überwachen können.

(102) Um einheitliche Bedingungen für die Durchführung der vorliegenden Verordnung zu gewährleisten, sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse übertragen werden. Diese Durchführungsbefugnisse sollten im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates[26] wahrgenommen werden.

---

26 Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren (ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj).

(103) Beim Erlass delegierter Rechtsakte nach der vorliegenden Verordnung ist es von besonderer Bedeutung, dass die Kommission im Zuge ihrer Vorbereitungsarbeit angemessene Konsultationen, auch auf der Ebene von Sachverständigen, durchführt, die mit den Grundsätzen in Einklang stehen, die in der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung[27] niedergelegt wurden. Um insbesondere für eine gleichberechtigte Beteiligung an der Vorbereitung delegierter Rechtsakte zu sorgen, erhalten das Europäische Parlament und der Rat alle Dokumente zur gleichen Zeit wie die Sachverständigen der Mitgliedstaaten, und ihre Sachverständigen haben systematisch Zugang zu den Sitzungen der Sachverständigengruppen der Kommission, die mit der Vorbereitung der delegierten Rechtsakte befasst sind.

(104) Anhang II der Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates[28], in dem die Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union ohne Bestimmungen über Sanktionen aufgelistet werden, sollte geändert werden, indem die Richtlinien 2000/53/EG und 2005/64/EG aus der genannten Liste gestrichen werden, da die vorliegende Verordnung Sanktionsbestimmungen enthalten muss.

(105) Es muss sichergestellt werden, dass die mit der Typgenehmigung zusammenhängenden Bestimmungen und Anforderungen der vorliegenden Verordnung im Rahmen des EU-Typgenehmigungsverfahrens überprüft werden. Die Verordnung (EU) 2018/858 sollte daher entsprechend geändert werden.

---

27 ABl. L 123 vom 12.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2016/512/oj.

28 Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über Marktüberwachung und die Konformität von Produkten sowie zur Änderung der Richtlinie 2004/42/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 765/2008 und (EU) Nr. 305/2011 (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2019/1020/oj).

(106) Fahrzeuge mit ungewissem Verbleib wurden als eine der größten Herausforderungen bei der Umsetzung der Richtlinie 2000/53/EG ermittelt. Das Fehlen eines effizienten Systems für den Echtzeit-Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über den Zulassungsstatus von Fahrzeugen beeinträchtigt die Verfolgbarkeit und wurde als ein Grund für die hohe Anzahl von „Fahrzeugen mit ungewissem Verbleib“ in der Union ermittelt. Um hier Abhilfe zu schaffen, ***hat*** die Kommission eine Überarbeitung der Richtlinie 1999/37/EG des Rates über Zulassungsdokumente für Fahrzeuge[29] ***vorgeschlagen***. Im Rahmen dieser Überarbeitung sollten die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, für in ihrem Hoheitsgebiet zugelassene Fahrzeuge Daten elektronisch zu erfassen, anhand derer die Gründe für eine Aufhebung der Zulassung eines Fahrzeugs ordnungsgemäß dokumentiert werden können, insbesondere wenn ein Fahrzeug als Altfahrzeug in einer zugelassenen Behandlungsanlage behandelt, in einem anderen Mitgliedstaat wieder zugelassen, in ein Drittland außerhalb der Union ausgeführt oder gestohlen wurde. Darüber hinaus sollten die Fahrzeugeigner verpflichtet werden, jegliche Änderung bezüglich des Eigentums unverzüglich an die nationale Zulassungsbehörde zu melden, um die illegale Demontage oder Ausfuhr von vorübergehend abgemeldeten Fahrzeugen zu verhindern. Diese Änderungen ergänzen die bestehenden Anforderungen an die Mitgliedstaaten, Daten über alle in ihrem Hoheitsgebiet zugelassenen Fahrzeuge elektronisch zu erfassen, und bauen auf ihnen auf.

---

29 Richtlinie 1999/37/EG des Rates vom 29. April 1999 über Zulassungsdokumente für Fahrzeuge (ABl. L 138 vom 1.6.1999, S. 57, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/1999/37/oj).

(107) Angesichts der Notwendigkeit, ein hohes Umweltschutzniveau zu gewährleisten und dem wissenschaftlichen Fortschritt Rechnung zu tragen, sollte die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die Anwendung dieser Verordnung und ihre Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarkts und auf die Umwelt vorlegen. Die Kommission sollte in ihren Bericht ***unter anderem*** eine Bewertung der Bestimmungen über die Konstruktion neuer Fahrzeuge, einschließlich der Zielvorgaben für die Wiederverwendbarkeit, Recyclingfähigkeit und Verwertbarkeit, der Bestimmungen über die ***Bewirtschaftung*** von Altfahrzeugen, einschließlich der Recyclingziele, und der Bestimmungen über Sanktionen sowie eine Bewertung der Notwendigkeit und Durchführbarkeit einer weiteren Ausweitung ***der geltenden Bestimmungen*** auf ▌Fahrzeuge der Klasse L, schwere Nutzfahrzeuge***, im Rahmen einer Mehrstufen-Typgenehmigung typgenehmigte Fahrzeuge und Wohnmobile, einschließlich Wohnanhängern, die in den Geltungsbereich dieser Verordnung fallen,*** aufnehmen. Diese Bewertung sollte sich nicht nur auf Aspekte der Behandlung von Altfahrzeugen konzentrieren, sondern auch auf die Relevanz und den Mehrwert von Konstruktionsanforderungen ***sowie auf das Ausmaß, in dem das Problem von Fahrzeugen mit ungewissem Verbleib gelöst wurde, einschließlich Schätzungen der Anzahl der Fahrzeuge mit ungewissem Verbleib und der Auswirkungen der Maßnahmen im Hinblick auf die Ausfuhr von Gebrauchtfahrzeugen, und auf die Notwendigkeit, weitere Maßnahmen mit Blick auf das Problem der Verfolgbarkeit von Fahrzeugen aufzunehmen***.

In dieser Hinsicht sollten in der Bewertung die Wirksamkeit, Interoperabilität und Zuverlässigkeit der nationalen Fahrzeugzulassungssysteme geprüft werden, ebenso wie ihr grenzüberschreitender Informationsaustausch, wenn es gilt, die genaue Identifizierung, den Status und die Verfolgbarkeit von Fahrzeugen während ihres gesamten Lebenszyklus sicherzustellen. Die Kommission sollte auch den Stand der technologischen Entwicklung und die ökologische Leistung des Gehalts an biobasiertem Kunststoff in Fahrzeugen und von Elastomeren aus der Wiederaufarbeitung von Reifen in Neufahrzeugen überprüfen und könnte gegebenenfalls einen Gesetzgebungsvorschlag zur Festlegung einschlägiger Ziele vorlegen. Bei Elastomeren aus der Wiederaufarbeitung von Reifen sollte vorrangig bewertet werden, inwieweit sie in die bestehenden Zielvorgaben für den Anteil an recyceltem Kunststoff einbezogen werden können.

(108) Der Bericht der Kommission sollte auch eine Bewertung der Maßnahmen zur Bereitstellung von Informationen über in den Fahrzeugen enthaltene besorgniserregende Stoffe und der Notwendigkeit der Verbesserung der Verfolgbarkeit solcher Stoffe enthalten. Die Kommission sollte auch bewerten, ob Maßnahmen in Bezug auf Stoffe eingeführt werden müssen, die sich auf die Behandlung von Altfahrzeugen auswirken können, um die Vorschriften besser mit der Verordnung ***(EU) 2024/1781*** in Einklang zu bringen.

(109) ***Die Kommission sollte ferner auf der Grundlage der Erklärungen der*** Erzeuger ***bewerten, ob die*** Erzeuger ***bei der Erfüllung der Zielvorgaben für recycelten Kunststoff auf dem richtigen Weg sind. Bei der Bewertung sollten insbesondere die Verfügbarkeit geeigneter Kunststoffrecyclingtechnologien, die ausreichende Verfügbarkeit von recyceltem Kunststoff, das Qualitätsniveau des recycelten Kunststoffs im Vergleich zum erforderlichen Sicherheitsniveau sowie technische und wirtschaftliche Schwierigkeiten bei der Erreichung des Ziels beurteilt werden. Der Bewertung sollte gegebenenfalls ein Gesetzgebungsvorschlag der Kommission zur Änderung der einschlägigen Bestimmungen der vorliegenden Verordnung beigefügt werden.***

(110) Es muss ein ausreichender Zeitraum vorgesehen werden, damit die Wirtschaftsteilnehmer ihren Pflichten aus dieser Verordnung nachkommen und die Mitgliedstaaten die für die Anwendung der Verordnung erforderliche Infrastruktur aufbauen können. Diese Verordnung sollte daher erst nach einer gewissen Zeit in Kraft treten.

(111) Um es den Mitgliedstaaten zu ermöglichen, die erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen für die Einrichtung von Sammelsystemen zu ergreifen und gleichzeitig die Kontinuität für die Wirtschaftsteilnehmer und Abfallbewirtschafter aufrechtzuerhalten, sollte die Richtlinie 2000/53/EG erst nach einer gewissen Zeit aufgehoben werden.

(112) Diese Verordnung berührt nicht die in der Richtlinie 2000/53/EG festgelegten Vorschriften über Beschränkungen der Verwendung von Blei, Quecksilber, Cadmium und sechswertigem Chrom in Fahrzeugen oder Ausnahmen von diesen Beschränkungen. Sie enthält jedoch klarere Vorschriften dafür, wie die Einhaltung dieser Beschränkungen sowie anderer Anforderungen an die Kreislauffähigkeit während des Typgenehmigungsverfahrens zu überprüfen sind. Um sicherzustellen, dass den Erzeugern ausreichend Zeit für die Einhaltung dieser Vorschriften zur Verfügung steht, sollten die Vorschriften erst nach einer gewissen Zeit in Kraft treten. Daher sollten die Bestimmungen der Richtlinie 2000/53/EG bezüglich der Beschränkungen der Verwendung von Blei, Quecksilber, Cadmium und sechswertigem Chrom in Kraft bleiben, bis die Vorschriften der vorliegenden Verordnung Anwendung finden, um Kontinuität zu gewährleisten und sicherzustellen, dass in der Union in Verkehr gebrachte Fahrzeuge in Fällen, die nicht von der genannten Richtlinie abgedeckt werden, keine solchen Stoffe enthalten.

(113) Die Bestimmungen zur erweiterten Herstellerverantwortung in der vorliegenden Verordnung sind zudem klarer als die in der Richtlinie 2000/53/EG festgelegten Bestimmungen. Da die Einführung solcher Regelungen und der erforderlichen nationalen Bestimmungen über die Zulassung von Herstellern und Organisationen für Herstellerverantwortung etwas Zeit erfordert, sollten diese Bestimmungen erst nach einer gewissen Zeit in Kraft treten. Die entsprechenden Bestimmungen der Richtlinie 2000/53/EG sollten bis zum Inkrafttreten der Bestimmungen der vorliegenden Verordnung in Kraft bleiben, um Kontinuität in Bezug auf die Finanzierung der Kosten für die Sammlung von Altfahrzeugen durch die Hersteller zu gewährleisten.

(114) Ebenso enthält diese Verordnung neue Anforderungen an die Behandlung von Altfahrzeugen, insbesondere in Bezug auf die Entfernung von Teilen und Bauteilen zur Förderung ihrer Wiederverwendung, Wiederaufarbeitung oder Überholung sowie zur Verbesserung der Qualität der Recyclingverfahren. Abfallbewirtschafter benötigen Zeit, um sich an diese neuen Anforderungen anzupassen; die Vorschriften sollten daher erst nach einer gewissen Zeit in Kraft treten. Die entsprechenden Bestimmungen der Richtlinie 2000/53/EG sollten bis zum Inkrafttreten der Anforderungen der vorliegenden Verordnung in Kraft bleiben, um Kontinuität in Bezug auf die Behandlung von Altfahrzeugen zu gewährleisten.

(115) Um Kontinuität zu gewährleisten, sollten die Pflichten gemäß der Richtlinie 2000/53/EG über die Berichterstattung und die damit verbundenen Pflichten zur Übermittlung von Daten an die Kommission in Kraft bleiben, bis die Kommission die neuen Berechnungsvorschriften und Berichterstattungsformate im Rahmen der vorliegenden Verordnung angenommen hat.

(116) Alle Bestimmungen bezüglich Fahrzeugen der Klasse L ▌ und Fahrzeuge der Klassen M_2, M_3, N_2, N_3 und O sollten erst nach einer gewissen Zeit in Kraft treten, um den Wirtschaftsteilnehmern genug Zeit für die Einhaltung der Anforderungen zu geben. Dies ist insbesondere im Hinblick auf Genehmigungen für zugelassene Behandlungsanlagen wichtig, die die Schadstoffentfrachtung und die weitere Behandlung solcher Fahrzeuge durchführen können.

(117) Im Interesse der Klarheit, der Verhältnismäßigkeit und der Vereinfachung und da die Vorschriften für die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich ihrer Wiederverwendbarkeit, Recyclingfähigkeit und Verwertbarkeit alle in der vorliegenden Verordnung enthalten sind, sollte die Richtlinie ***2005/64/EG*** erst nach einer gewissen Zeit aufgehoben werden. Dadurch bleibt den Erzeugern ausreichend Zeit, um sicherzustellen, dass die von ihnen konzipierten und gebauten Fahrzeugtypen den Anforderungen an die Kreislauffähigkeit entsprechen, und den Typgenehmigungsbehörden genug Zeit, um die neuen Vorschriften umzusetzen.

(118) Da die Ziele dieser Verordnung, nämlich zum Funktionieren des Binnenmarkts beizutragen, negative Auswirkungen der ***Bewirtschaftung*** von Altfahrzeugen zu verhindern und zu verringern und ein hohes Maß an Schutz für die Umwelt und die menschliche Gesundheit zu gewährleisten, von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können, sondern aufgrund des Harmonisierungsbedarfs auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das für die Verwirklichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus.

(119) ***Am 1. Februar 2020 ist das Vereinigte Königreich aus der Europäischen Union ausgetreten. Die Europäische Union und die Europäische Atomgemeinschaft einerseits und das Vereinigte Königreich andererseits haben ein Austrittsabkommen[30] geschlossen. Es wurde mit dem Beschluss (EU) 2020/135 des Rates[31] angenommen und trat am 1. Februar 2020 in Kraft. Im Austrittsabkommen ist ein Übergangszeitraum vorgesehen, der am 31. Dezember 2020 endete. Mit dem Ende des Übergangszeitraums endete die Anwendbarkeit des Unionsrechts im Vereinigten Königreich, während das Protokoll zu Irland/Nordirland (im Folgenden „Windsor-Rahmen“)[32], das einen integralen Bestandteil des Austrittsabkommens darstellt, anwendbar wurde. Nach Artikel 5 Absatz 4 des Windsor-Rahmens und Anhang 2 Nummer 9 des Windsor-Rahmens gelten die Richtlinie 2005/64/EG sowie die Rechtsakte der Union zur Durchführung, Änderung oder Ersetzung dieser Richtlinie für das Vereinigte Königreich und im Vereinigten Königreich in Bezug auf Nordirland. Die vorliegende Verordnung ersetzt die Richtlinie 2005/64/EG und würde daher für das Vereinigte Königreich und im Vereinigten Königreich in Bezug auf Nordirland gelten. Angesichts des Anwendungsbereichs des Windsor-Rahmens sollte daher festgelegt werden, dass einige Bestimmungen der vorliegenden Verordnung nicht für das Vereinigte Königreich und im Vereinigten Königreich in Bezug auf Nordirland gelten sollten —***

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

---

30 ***Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft (ABl. L 29 vom 31.1.2020, S. 7, ELI: http://data.europa.eu/eli/treaty/withd_2020/sign).***

31 ***Beschluss (EU) 2020/135 des Rates vom 30. Januar 2020 über den Abschluss des Abkommens über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft (ABl. L 29 vom 31.1.2020, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2020/135/oj).***

32 ***Gemeinsame Erklärung Nr. 1/2023 der Union und des Vereinigten Königreichs im mit dem Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft eingesetzten Gemeinsamen Ausschuss vom 24. März 2023 (ABl. L 102 vom 17.4.2023, S. 87).***

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Gegenstand

In dieser Verordnung werden Anforderungen an die Kreislauffähigkeit der Konstruktion und Produktion von Fahrzeugen in Bezug auf Wiederverwendbarkeit, Recyclingfähigkeit und Verwertbarkeit sowie die Verwendung von Rezyklatanteilen festgelegt, die bei der Typgenehmigung von Fahrzeugen zu überprüfen sind, sowie Anforderungen an die Informationen über und Kennzeichnung von Teilen, Bauteilen und Werkstoffen in Fahrzeugen. Ferner werden Anforderungen im Hinblick auf die erweiterte Herstellerverantwortung, die Sammlung und Behandlung von Altfahrzeugen sowie die Ausfuhr von Gebrauchtfahrzeugen aus der Union in Drittländer festgelegt.

Artikel 2

Anwendungsbereich

(1) Diese Verordnung gilt

a) für Fahrzeuge und Altfahrzeuge der Klassen M_1 und N_1 gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer i und Buchstabe b Ziffer i der Verordnung (EU) 2018/858,

b) ab dem … [erster Tag des Monats 36 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] für Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung und Altfahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung im Sinne des Artikels 3 Nummer 31 der Verordnung (EU) 2018/858 der Klassen M_1 und N_1,

c) ab dem … [erster Tag des Monats 60 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] für Fahrzeuge und Altfahrzeuge der Klassen M_2, M_3, N_2, N_3 und O gemäß Artikel 4 Nummer 1 der Verordnung (EU) 2018/858,

d) ab dem … [erster Tag des Monats 60 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] für ***Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung und Altfahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung im Sinne des Artikels 3 Nummer 31*** der Verordnung (EU) ***2018/858 der Klassen M_2, M_3, N_2, N_3 und O***,

e) ab dem … [erster Tag des Monats 60 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] für Fahrzeuge und Altfahrzeuge der Klasse L gemäß Artikel 4 Nummer 2 der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates[33].

[33] Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von zwei- oder dreirädrigen und vierrädrigen Fahrzeugen (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 52, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/168/oj).

(2) ***Ungeachtet Absatz 1 gilt*** diese Verordnung ▌ nicht

▌

a) für Kleinserienfahrzeuge im Sinne von Artikel 3 Nummer 30 der Verordnung (EU) 2018/858,

b) für Kleinserienfahrzeuge der Klasse L gemäß Artikel 42 der Verordnung (EU) Nr. 168/2013,

c) für Fahrzeuge, die ausschließlich für den Einsatz durch die Streitkräfte konstruiert und gebaut oder dafür angepasst wurden, gemäß Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe d der Verordnung (EU) 2018/858,

d) für Fahrzeuge, die zur Benutzung durch die Streitkräfte, den Katastrophenschutz, die Feuerwehr, die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zuständigen Kräfte und die medizinischen Notdienste ausgelegt und gebaut sind, gemäß Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe e der Verordnung (EU) Nr. 168/2013,

▌

e) für Fahrzeuge von historischem Interesse im Sinne von Artikel 3 Nummer 7 der Richtlinie 2014/45/EU***, einschließlich ihrer identifizierbaren Teile und Bauteile, die in dem Zeitraum, in dem diese Fahrzeuge als Fahrzeuge von historischem Interesse gelten, für Wartungstätigkeiten an diesen Fahrzeugen und zur Erhaltung ihres historischen Status erforderlich sind,***

f) für Fahrzeuge von besonderem kulturellem Interesse für den Zeitraum, in dem diese Fahrzeuge von den zuständigen Behörden nach dem in Anhang II der vorliegenden Verordnung festgelegten Verfahren offiziell als solche anerkannt sind,

▌

g) für Wohnanhänger gemäß Anhang I Nummer 5.6 der Verordnung (EU) 2018/858,

h) für Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung im Sinne von Artikel 3 Nummer 31 der Verordnung (EU) 2018/858 der Klasse M_2, M_3, N_2, N_3 oder O und von einem Kleinserienhersteller hergestellt wurden,

i) für Räder, die für den Pedalantrieb ausgelegt sind, der Klasse L1e-A gemäß Anhang I Kriterium 9 der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 oder der Klasse L1e-B gemäß Anhang XIX Nummer 1.1.2. der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 3/2014 der Kommission[34].

(3) Ungeachtet Absatz 1 Buchstabe c gelten die folgenden Bestimmungen nicht für Fahrzeuge und Altfahrzeuge der Klassen M_2, M_3, N_2, N_3 und O:

a) Artikel 4 über die Wiederverwendbarkeit, Recyclingfähigkeit und Verwertbarkeit von Fahrzeugen;

b) Artikel 5 über Anforderungen für Stoffe in Fahrzeugen,

c) Artikel 6 über den Mindestrezyklatanteil in Fahrzeugen,

▌

[34] Delegierte Verordnung (EU) Nr. 3/2014 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an die funktionale Sicherheit von Fahrzeugen für die Genehmigung von zwei- oder dreirädrigen und vierrädrigen Fahrzeugen (ABl. L 7 vom 10.1.2014, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2014/3/oj).

d) Artikel 8 über allgemeine Pflichten,

e) Artikel 9 über eine Kreislauffähigkeitsstrategie,

f) Artikel 10 über die Erklärung des Rezyklatanteils in Fahrzeugen,

g) Artikel 12 über die Kennzeichnung von Teilen, Bauteilen und Werkstoffen in Fahrzeugen,

h) Artikel 13 über den ***digitalen*** Kreislaufpass für Fahrzeuge,

i) Artikel 21 über die Beitragsmodulation,

j) Artikel 22 über den Kostenzuweisungsmechanismus für Fahrzeuge, die in einem anderen Mitgliedstaat zum Altfahrzeug werden,

▌

k) Artikel 33 über Zielvorgaben für die Wiederverwendung, das Recycling und die Verwertung,

l) Artikel 35 Absatz 2 über die Verbringung von Altfahrzeugen.

▌

(4) Ungeachtet Absatz 1 Buchstabe e gelten die folgenden Bestimmungen nicht für Fahrzeuge oder Altfahrzeuge der ***Klasse L***:

▌

a) Artikel 4 über die Wiederverwendbarkeit, Recyclingfähigkeit und Verwertbarkeit von Fahrzeugen,

b) Artikel 5 über Anforderungen für Stoffe in Fahrzeugen,

c) Artikel 6 über den Mindestrezyklatanteil in Fahrzeugen,

d) Artikel 9 über eine Kreislauffähigkeitsstrategie,

e) Artikel 10 über die Erklärung des Rezyklatanteils in Fahrzeugen,

f) Artikel 13 über den digitalen Kreislaufpass für Fahrzeuge,

g) Artikel 21 über die Beitragsmodulation***,***

h) Artikel 22 über den Kostenzuweisungsmechanismus für Fahrzeuge, die in einem anderen Mitgliedstaat zum Altfahrzeug werden,

▌

i) Artikel 33 über Zielvorgaben für die Wiederverwendung, das Recycling und die Verwertung,

▌

j) Artikel 35 Absatz 2 über die Verbringung von Altfahrzeugen,

k) Artikel 38 über die zuständige Behörde für die Ausfuhr von Gebrauchtfahrzeugen,

l) Artikel 39 über Kontrollen und Anforderungen für die Ausfuhr von Gebrauchtfahrzeugen,

m) Artikel 40 über die automatisierte Überprüfung der Informationen über den Fahrzeugstatus,

n) Artikel 41 über das Risikomanagement und Zollkontrollen,

o) Artikel 42 über die Aussetzung,

p) Artikel 43 über die Überlassung zur Ausfuhr,

q) Artikel 44 über die Ablehnung der Überlassung zur Ausfuhr,

r) Artikel 45 über die Zusammenarbeit der Behörden und den Austausch von Informationen,

s) Artikel 46 über elektronische Systeme.

▌

(5) Ungeachtet Absatz ***1 Buchstaben b und d*** gelten ***die folgenden Bestimmungen nicht*** für Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung oder Altfahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung ▌:

a) Artikel ***4 über die Wiederverwendbarkeit, Recyclingfähigkeit und Verwertbarkeit von*** Fahrzeugen,

b) Artikel ***6 über den Mindestrezyklatanteil in Fahrzeugen***,

c) Artikel ***7 über die Konzeption zur leichten Entfernung und Ersetzung bestimmter Teile und Bauteile in Fahrzeugen***,

d) Artikel ***8 über allgemeine Pflichten***,

e) Artikel ***9 über eine Kreislauffähigkeitsstrategie***,

f) Artikel ***10 über die Erklärung des Rezyklatanteils in Fahrzeugen***,

g) Artikel ***11 über Informationen über das Entfernen und die Ersetzung von Teilen, Bauteilen und Werkstoffen in*** Fahrzeugen,

h) Artikel ***12 über die Kennzeichnung von Teilen, Bauteilen und Werkstoffen in Fahrzeugen***,

i) Artikel ***13 über den digitalen Kreislaufpass für Fahrzeuge***,

j) Artikel 14 über die zuständigen Behörden für die Bewirtschaftung von Altfahrzeugen,

k) Artikel 15 über zugelassene Behandlungsanlagen***,***

l) Artikel 17 über Organisationen für Herstellerverantwortung,

m) Artikel 18 über die Zulassung zur Erfüllung der Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung,

n) Artikel 19 über die Registrierung,

o) Artikel 21 über die Beitragsmodulation***,***

p) Artikel 22 über den Kostenzuweisungsmechanismus für Fahrzeuge, die in einem anderen Mitgliedstaat zum Altfahrzeug werden,

q) Artikel 33 über Zielvorgaben für die Wiederverwendung, das Recycling und die Verwertung,

r) Artikel 35 Absatz 2 über die Verbringung von Altfahrzeugen,

s) Artikel 36 über die Übertragung des Eigentums an Gebrauchtfahrzeugen innerhalb der Union,

t) Artikel 37 Absatz 1 über den Fahrzeugstatus,

u) Artikel 38 über die zuständige Behörde für den Ausfuhr von Gebrauchtfahrzeugen in Drittländer,

v) Artikel 39 über Kontrollen und Anforderungen für die Ausfuhr von Gebrauchtfahrzeugen,

w) Artikel 40 über die automatisierte Überprüfung der Informationen über den Fahrzeugstatus,

x) Artikel 41 über das Risikomanagement und Zollkontrollen,

y) Artikel 42 über die Aussetzung,

z) Artikel 43 über die Überlassung zur Ausfuhr,

aa) Artikel 44 über die Ablehnung der Überlassung zur Ausfuhr,

ab) Artikel 45 über die Zusammenarbeit der Behörden und den Austausch von Informationen,

ac) Artikel 46 über elektronische Systeme.

(6) Ungeachtet Absatz 1 ***gilt Folgendes***:

a) ***Die Artikel 4 bis 13 gelten nicht für Teile eines Fahrzeugs der Klasse M_2, M_3, N_2, N_3 oder O, die im Rahmen einer Mehrstufen-Typgenehmigung typgenehmigt wurden, mit Ausnahme des Basisfahrzeugs; die anderen Bestimmungen dieser Verordnung gelten, soweit sie auf die betreffende Fahrzeugklasse anwendbar sind;***

b) Artikel 5 gilt nicht für Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung der Klassen M_2, M_3, N_2, N_3 und O;

c) Artikel *7* ***und 11 gelten für Fahrzeuge der Klasse L nur in Bezug auf Anhang VIII Teil C Nummern 1, 2, 3, 4, 5, 7, 10 und 11***;

d) Artikel *7* ***gilt für Fahrzeuge der Klassen M_2, M_3, N_2, N_3 und O nur in Bezug auf Anhang VIII Teil C Nummern 1, 3, 4 und 5***;

e) Artikel 8 ***gilt für Fahrzeuge der Klasse L nur in Bezug auf*** die für diese ***Fahrzeuge*** geltenden Verpflichtungen;

f) ***Artikel 16 Buchstabe b gilt nicht für Fahrzeuge der Klasse L, Fahrzeuge der Klassen M_2, M_3, N_2, N_3 und O sowie Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung der Klasse M_1, M_2, M_3, N_1, N_2, N_3 oder O;***

g) ***die Mitgliedstaaten können die Fahrzeugklassen L1e, L2e und L6e von den Verpflichtungen gemäß Artikel 23 Absatz 6 sowie Artikel 25, 36 und 37 ausnehmen;***

▌

h) ***Artikel 29 gilt für Fahrzeuge der Klasse L, Fahrzeuge der Klassen M_2, M_3, N_2, N_3, und O sowie Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung der Klassen M_2, M_3, N_2, N_3 und O nur in Bezug auf Anhang VIII Teil C Nummern 1, 2, 3, 4, 5, 7, 10 und 11;***

i) ***die Artikel 47 bis 50 gelten für Fahrzeuge der Klasse L sowie Fahrzeuge der Klassen M_2, M_3, N_2, N_3, und O nur in Bezug auf die Berichterstattung und die Durchsetzung der für diese Fahrzeugklassen geltenden Verpflichtungen.***

▌

Artikel 3

Begriffsbestimmungen

(Für die Zwecke dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck

1. „Fahrzeug“ jedes Fahrzeug im Sinne von Artikel 3 Nummer 15 der Verordnung (EU) 2018/858 oder eines der in Artikel 4 Absatz 2 ▌der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 aufgeführten Fahrzeuge;

2. „Altfahrzeug“ ein Fahrzeug, bei dem es sich um Abfall im Sinne von Artikel 3 Nummer 1 der Richtlinie 2008/98/EG handelt, oder ***bei dem es sich um Abfall*** gemäß ▌Anhang I der vorliegenden Verordnung ***handelt***;

3. „Fahrzeugtyp“ einen Fahrzeugtyp im Sinne von Artikel 3 Nummer 32 der Verordnung (EU) 2018/858 oder im Sinne von Artikel 3 Nummer 73 der Verordnung (EU) Nr. 168/2013;

4. „Wiederverwendung“ jeden Vorgang, bei dem ***Altfahrzeugteile oder -bauteile wieder*** zu dem gleichen Zweck verwendet werden, für den sie entworfen wurden;

5. „Wiederverwendbarkeit“ die Möglichkeit der Wiederverwendung von Teilen oder Bauteilen aus Altfahrzeugen;

6. „Recyclingfähigkeit“ die Möglichkeit des Recyclings von Teilen, Bauteilen oder Werkstoffen aus Altfahrzeugen;

7. „Verwertbarkeit“ die Möglichkeit der Verwertung von Teilen, Bauteilen oder Werkstoffen aus Altfahrzeugen;

▌

8. „Zulieferer“ jede natürliche oder juristische Person, die Teile, Bauteile oder Werkstoffe an einen Erzeuger liefert, der sie zur Herstellung von Fahrzeugen verwendet;

9. „Kunststoff“ ein Polymer im Sinne von Artikel 3 Nummer 5 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006, dem möglicherweise Zusatzstoffe oder andere Stoffe zugesetzt wurden ***und der als Hauptstrukturbestandteil von Endprodukten fungieren kann, mit Ausnahme von natürlichen Polymeren, die nicht chemisch modifiziert wurden***;

▌

10. „kritische Rohstoffe“ kritische Rohstoffe im Sinne von Artikel ***4 Absatz 1*** der Verordnung (EU) ***2024/1252***;

11. „Produktionsabfälle“ Werkstoffe, die während eines Herstellungsprozesses aus dem Abfallstrom abgeleitet werden, mit Ausnahme der Wiederverwendung von Werkstoffen, etwa von aufbereiteten oder gemahlenen Abfällen oder von Ausschuss, die innerhalb desselben Prozesses, bei dem sie entstanden sind, zurückgewonnen werden können;

12. „Verbraucherabfälle“ Abfälle, die aus Produkten entstehen, ***die*** in Verkehr gebracht ***oder im Rahmen einer Geschäftstätigkeit in einem Drittland entgeltlich oder unentgeltlich zum Vertrieb, zum Verbrauch oder zur Verwendung abgegeben*** wurden;

▌

13. „Entfernung“ die manuelle, mechanische, chemische, thermische oder metallurgische Handhabung, die darin resultiert, dass die betreffenden Teile, Bauteile oder Werkstoffe aus Altfahrzeugen einzeln als separater Outputstrom oder Teil eines Outputstroms erkennbar sind;

14. „Elektroantriebsmotor“ einen Elektromotor, der elektrische Eingangsleistung in mechanische Ausgangsleistung umwandelt, um ein Fahrzeug anzutreiben;

15. „Elektrofahrzeugbatterie“ eine Elektrofahrzeugbatterie im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Nummer 14 der Verordnung (EU) ***2023/1542***;

▌

16. „zugelassene Behandlungsanlage“ jede(s) Anlage oder Unternehmen, die bzw. das gemäß der Richtlinie 2008/98/EG und der vorliegenden Verordnung ***für Tätigkeiten im Bereich der*** Sammlung***, Lagerung*** und Behandlung von Altfahrzeugen***, einschließlich ihrer Teile und Bauteile***, zugelassen ist;

17. „Schreddern“ einen Vorgang, der dazu dient, Altfahrzeuge zu zertrümmern oder zu zerkleinern;

18. „Behandlung“ jede Tätigkeit, die nach der Übergabe des Altfahrzeugs an eine Anlage zur Schadstoffentfrachtung, zur Demontage, zur Kompaktierung, zur Grobzerkleinerung, zum Schreddern, zur Verwertung oder zur Vorbereitung ***vor*** der Beseitigung der Schredder-Abfälle durchgeführt wird, sowie einen sonstigen Vorgang im Zusammenhang mit der Verwertung oder Beseitigung von Altfahrzeugen und deren Teilen, Bauteilen und Werkstoffen;

19. „Reparatur- und Wartungsunternehmen“ eine natürliche oder juristische Person, die ***gewerbsmäßig direkt oder indirekt an der Reparatur und Wartung von Fahrzeugen beteiligt ist, einschließlich Reparaturunternehmen,*** Erzeugern ***oder Händlern von Werkstattausrüstung, Werkzeugen oder Ersatzteilen, sowie Herausgebern von technischen Informationen, Automobilclubs, Pannenhilfsdiensten, Anbietern von Inspektions- und Prüfdienstleistungen sowie Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung von Mechanikern sowie***Erzeugern ***und Reparaturkräften für Ausrüstungen von Fahrzeugen, die mit alternativen Kraftstoffen betrieben werden***;

20. „Bereitstellung auf dem Markt“ jede entgeltliche oder unentgeltliche Abgabe eines Fahrzeugs für den Handel oder zur Verwendung auf dem Markt im Rahmen einer Geschäftstätigkeit;

21. „Inverkehrbringen“ die erstmalige Bereitstellung eines Fahrzeugs auf dem Unionsmarkt;

22. „Abfallbewirtschafter“ jede natürliche oder juristische Person, die gewerbsmäßig Altfahrzeuge***, einschließlich ihrer Teile und Bauteile,*** sammelt oder behandelt;

23. „Hersteller“ jeden Erzeuger, Einführer oder Vertreiber, der unabhängig von der Verkaufsmethode, auch im Wege von Fernabsatzverträgen im Sinne von Artikel 2 Nummer 7 der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates[35], ein Fahrzeug erstmals in einem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats für den Handel oder zur Verwendung gewerblich bereitstellt;

24. „Organisation für Herstellerverantwortung“ eine Rechtsperson, die finanziell oder finanziell und operativ für die Wahrnehmung der Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung im Namen mehrerer Hersteller sorgt;

25. „▌Bevollmächtigter für die erweiterte Herstellerverantwortung“ eine natürliche oder juristische Person, die in einem Mitgliedstaat niedergelassen ist, in dem der Hersteller Fahrzeuge erstmals auf dem Markt bereitstellt, mit Ausnahme des Mitgliedstaats ***oder Drittlands***, in dem der Hersteller niedergelassen ist, und die vom Hersteller gemäß Artikel 8a Absatz 5 Unterabsatz 3 der Richtlinie 2008/98/EG benannt wurde, um die Verpflichtungen dieses Herstellers gemäß Kapitel IV der vorliegenden Verordnung zu erfüllen;

---

35 Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 304 vom 22.11.2011, S. 64, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2011/83/oj).

26. „Bevollmächtigter für den grenzüberschreitenden Mechanismus“ eine natürliche oder juristische Person, die in einem Mitgliedstaat niedergelassen ist und vom Erzeuger ***im Einklang mit Artikel 22 benannt wurde;***

27. „Sekundärrohstoffe“ Werkstoffe, die Primärrohstoffe ersetzen können und durch Recyclingverfahren gewonnen wurden;

28. „Fahrzeugeigner“ jede natürliche oder juristische Person, die das Eigentumsrecht an einem Fahrzeug innehat, ***oder den*** Inhaber der Zulassungsbescheinigung ***des Fahrzeugs oder, wenn weder der Inhaber des Eigentumsrechts noch der Inhaber der Zulassungsbescheinigung des Fahrzeugs ermittelt werden kann, den Halter des Fahrzeugs***;

29. „Post-Schredder-Technologie“ Techniken und Technologien, die eingesetzt werden, um Werkstoffe aus Altfahrzeugen ***im Einklang mit Anhang VIII Teil G Nummer 2 nach dem Schreddern*** zur weiteren Verwertung zu verarbeiten;

30. „Wiederaufarbeitung“ ***gewerbsmäßige Tätigkeiten, in deren Rahmen*** ein neues Teil oder Bauteil wieder ***in einem neuwertigen Zustand*** aus Teilen und Bauteilen hergestellt wird, die ▌aus Fahrzeugen oder Altfahrzeugen entfernt wurden, ***wobei*** mindestens eine Änderung vorgenommen wird, die sich auf ***die*** Sicherheit, ***die Lebensdauer, die*** Leistung, ***den*** Zweck oder ***den*** Typ ***des Teils oder Bauteils*** auswirkt***, und zwar im Wege eines Verfahrens, das spezifischen technischen Spezifikationen, einschließlich technischer Standards, Qualitätsnormen und Prüfstandards, entspricht***;

31. „Überholung“ Tätigkeiten zur Vorbereitung, Reinigung, Prüfung***, Wartung*** und erforderlichenfalls Reparatur eines aus Fahrzeugen oder Altfahrzeugen entfernten Teils oder Bauteils mit dem Ziel, ***seine*** Leistung oder Funktionalität ▌, die im Rahmen des in der Produktentwicklungsphase ursprünglich vorgesehenen Verwendungszwecks und Leistungsbereichs zum Zeitpunkt des Inverkehrbringens ***des Teils oder Bauteils*** festgelegt wurde, wiederherzustellen;

▌

32. „Nicht-Inertabfälle“ Abfälle, die nicht den Bedingungen der Begriffsbestimmung für „Inertabfälle“ gemäß Artikel 2 Buchstabe e der Richtlinie 1999/31/EG des Rates[36] entsprechen;

33. „Gebrauchtfahrzeug“ ein Fahrzeug, das in einem Mitgliedstaat oder in einem Drittland zugelassen wurde und kein Altfahrzeug ist;

34. „zur Ausfuhr bestimmtes Gebrauchtfahrzeug“ ein Gebrauchtfahrzeug, das in das Zollverfahren gemäß Artikel 269 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 übergeführt werden soll;

[36] Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien (ABl. L 182 vom 16.7.1999, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/1999/31/oj).

35. „Wirtschaftsteilnehmer“ Hersteller, Sammler, Kfz-Versicherungsunternehmen, Zulieferer, Reparatur- und Wartungsunternehmen, Abfallbewirtschafter***, einschließlich Demontagebetrieben und Recyclingunternehmen,*** und alle anderen Akteure, die an der Konstruktion von Fahrzeugen, dem Handel mit Gebrauchtfahrzeugen***, der Demontage, der Wiederverwendung*** oder der ***Bewirtschaftung*** von Altfahrzeugen***, der Wiederaufarbeitung und Überholung von Teilen, Bauteilen und Werkstoffen aus Fahrzeugen*** beteiligt sind***;***

▌

36. „verkehrssicheres Fahrzeug“ ein gemäß der Richtlinie 2014/45/EU verkehrssicheres Fahrzeug;

37. „Nachrüstbetrieb“ jede juristische Person, die einen elektrischen Umbausatz herstellt oder Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor auf batteriebetriebene Elektrofahrzeuge oder Brennstoffzellenfahrzeuge umrüstet;

38. „Sammelstelle“ einen Wirtschaftsteilnehmer, bei dem es sich nicht um eine zugelassene Behandlungsanlage ***handelt, der Altfahrzeuge vorübergehend lagert und die Übergabe der gesammelten Altfahrzeuge an zugelassene*** Behandlungsanlagen ***vorbereitet;***

39. „Abfall“, „Altöl“, „Abfallbesitzer“, „Abfallbewirtschaftung“, „Sammlung“, „Vermeidung“, „Verwertung“, „Recycling“, „Verfüllung“, „Beseitigung“ und „Regime der erweiterten Herstellerverantwortung“ Abfall, Altöl, Abfallbesitzer, Abfallbewirtschaftung, Sammlung, Vermeidung, Verwertung, Recycling Verfüllung, Beseitigung und Regime der erweiterten Herstellerverantwortung im Sinne von Artikel 3 Nummer 1, 3, 6, 9, 10, 12, 15, 17, 17a, 19 bzw. 21 der Richtlinie 2008/98/EG;

40. ***außer für Fahrzeuge der Klasse L:*** „Typgenehmigung“, „Mehrstufen-Typgenehmigung“, „Bauteil“, „Teile“, „Ersatzteile“, „Basisfahrzeug“, „Kleinserienfahrzeug“, „Fahrzeug mit besonderer Zweckbestimmung“, „Marktüberwachungsbehörde“, „Genehmigungsbehörde“, „Erzeuger“, „Einführer“ und „Händler“ Typgenehmigung, Mehrstufen-Typgenehmigung, Bauteil, Teile, Ersatzteile, Basisfahrzeug, Kleinserienfahrzeug, Fahrzeug mit besonderer Zweckbestimmung, Marktüberwachungsbehörde, Genehmigungsbehörde, Hersteller, Einführer und Händler im Sinne von Artikel 3 Nummer 1, 8, 19, 21, 23, 24, 30, 31, 35, 36, 40, 42 bzw. 43 der Verordnung (EU) 2018/858;

41. für Fahrzeuge der Klasse L: „Typgenehmigung“, „Basisfahrzeug“, „Bauteil“, „Teile“, „Ersatzteile“, „Erzeuger“, „Einführer“, „Händler“, „Genehmigungsbehörde“ und „Marktüberwachungsbehörde“ Typgenehmigung, Basisfahrzeug, Bauteil, Teile, Ersatzteile, Hersteller, Einführer, Händler, Genehmigungsbehörde und Marktüberwachungsbehörde im Sinne von Artikel 3 Nummer 1, 11, 16, 18, 21, 47, 49, 50, 56 bzw. 57 der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 sowie „Kleinserienfahrzeug“ ein Kleinserienfahrzeug gemäß Artikel 42 der genannten Verordnung;

42. „Zulassung“, „Zulassungsbescheinigung“, „Inhaber der Zulassungsbescheinigung“, „Aussetzung der Zulassung“ und „Aufhebung der Zulassung“ Zulassung, Zulassungsbescheinigung, Inhaber der Zulassungsbescheinigung, Aussetzung der Zulassung und Aufhebung der Zulassung im Sinne von Artikel 2 Buchstabe b, c, d, e bzw. f der Richtlinie 1999/37/EG;

43. „Fahrzeug von historischem Interesse“, „technische Überwachung“ und „Prüfbescheinigung“ Fahrzeug von historischem Interesse, technische Überwachung und Prüfbescheinigung im Sinne von Artikel 3 Nummer 7, 9 bzw. 12 der Richtlinie 2014/45/EU;

44. „besorgniserregender Stoff“ und „Datenträger“ einen besorgniserregenden Stoff bzw. Datenträger im Sinne von Artikel 2 Nummer ***27*** bzw. ***29*** der Verordnung ***(EU) 2024/1781***;

45. „Zollbehörden“ Zollbehörden im Sinne des Artikels 5 Nummer 1 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013;

46. „Online-Plattform“ eine Online-Plattform im Sinne des Artikels 3 Buchstabe i der Verordnung (EU) 2022/2065;

47. „Kleinserienhersteller“ einen Kleinserienhersteller im Sinne des Artikels 3 Nummer 48 der Verordnung (EU) 2024/1257;

48. „Batterie für leichte Verkehrsmittel“ bzw. „LV-Batterie“ eine Batterie für leichte Verkehrsmittel bzw. LV-Batterie im Sinne von Artikel 3 Nummer 11 der Verordnung (EU) 2023/1542;

49. „Verpackungsabfälle“ Verpackungsabfälle im Sinne des Artikels 3 Nummer 25 der Verordnung (EU) 2025/40 des Europäischen Parlaments und des Rates[37];

50. „Elektro- und Elektronik-Altgeräte“ Elektro- und Elektronik-Altgeräte im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe e der Richtlinie 2012/19/EU des Europäischen Parlaments und des Rates[38];

51. „biobasierte Kunststoffe“ biobasierte Kunststoffe im Sinne des Artikels 3 Nummer 53 der Verordnung (EU) 2025/40;

52. „Aufarbeitung“ eine Aufarbeitung im Sinne des Artikels 3 Nummer 13 der Verordnung (EU) 2024/573.

---

37 Verordnung (EU) 2025/40 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2024 über Verpackungen und Verpackungsabfälle, zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/1020 und der Richtlinie (EU) 2019/904 sowie zur Aufhebung der Richtlinie 94/62/EG (ABl. L, 2025/40, 22.1.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2025/40/oj).

38 ***Richtlinie 2012/19/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 197 vom 24.7.2012, S. 38, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2012/19/oj).***

Kapitel II

Anforderungen an die Kreislauffähigkeit

Artikel 4

Wiederverwendbarkeit, Recyclingfähigkeit und Verwertbarkeit von Fahrzeugen

(1) Jedes Fahrzeug eines Fahrzeugtyps, der ab dem … [erster Tag des Monats 72 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] gemäß der Verordnung (EU) 2018/858 typgenehmigt wird, muss so konstruiert sein, dass es

a) zu einem Massenanteil von mindestens 85 % wiederverwendbar oder recyclingfähig ist,

b) zu einem Massenanteil von mindestens 95 % wiederverwendbar oder verwertbar ist.

(2) Für jeden in Absatz 1 genannten Fahrzeugtyp treffen die Erzeuger folgende Maßnahmen:

a) Erfassung der erforderlichen Daten aus der gesamten Lieferkette, insbesondere zur Art und zur Masse aller Werkstoffe, die bei der Fertigung der Fahrzeuge verwendet werden, um die fortgesetzte Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen,

b) Aufbewahrung aller anderen geeigneten Fahrzeugdaten, die für das in Buchstabe e genannte Berechnungsverfahren erforderlich sind,

c) ***Einrichtung von Verfahren zur*** Überprüfung der Richtigkeit und Vollständigkeit der von den Zulieferern erhaltenen Informationen,

d) Verwaltung und Beleg der Aufschlüsselung der Werkstoffe,

e) Berechnung der Wiederverwendbarkeits-, Recyclingfähigkeits- und Verwertbarkeitsquoten für die Zwecke des Absatzes 1 dieses Artikels gemäß der von der Kommission nach Absatz 3 dieses Artikels festgelegten Methode oder vor der Annahme ***und dem Anwendungsbeginn*** einer solchen Methode gemäß der internationalen Norm ISO 22628:2002 in Kombination mit den in Anhang III Teil A dieser Verordnung aufgeführten Elementen;

f) Kennzeichnung der Teile und Bauteile der Fahrzeuge, die aus Polymeren und Elastomeren bestehen, gemäß Artikel 12 Absatz 1,

g) Sicherstellung, dass die in Anhang VIII Teil E aufgeführten Teile und Bauteile nicht bei der Konstruktion neuer Fahrzeuge wiederverwendet werden.

(3) Die Kommission erlässt bis zum … [letzter Tag des Monats 29 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] einen Durchführungsrechtsakt zur Festlegung einer neuen Methode für die Berechnung und Überprüfung der Wiederverwendbarkeits-, Recyclingfähigkeits- und Verwertbarkeitsquoten eines Fahrzeugs unter Berücksichtigung der in Anhang III dieser Verordnung ***und in der internationalen Norm ISO 22628:2002*** aufgeführten Elemente. Dieser Durchführungsrechtsakt wird gemäß dem in Artikel 52 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

Artikel 5

Anforderungen für Stoffe in Fahrzeugen

(1) Das Vorhandensein besorgniserregender Stoffe in Fahrzeugen sowie in ihren Teilen und Bauteilen ist so weit wie möglich zu minimieren.

(2) Bis zum … [18 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] erstellt die Kommission einen Bericht über das Vorhandensein besorgniserregender Stoffe in Fahrzeugen, um zu ermitteln, inwieweit sie sich negativ auf die Wiederverwendung und das Recycling von Werkstoffen oder auf die Umwelt oder die Gesundheit auswirken. In Fragen der Stoffsicherheit wird die Kommission von der Agentur unterstützt. Der Bericht erstreckt sich nicht auf besorgniserregende Stoffe in Fahrzeugteilen und -bauteilen, für die bereits durch andere Rechtsvorschriften der Union eine Identifizierung oder Bewertung vorgeschrieben ist. Die Kommission übermittelt den Bericht, in dem sie ihre Ergebnisse darlegt, dem Europäischen Parlament und dem Rat und prüft geeignete Folgemaßnahmen. Ist ein Mitgliedstaat der Auffassung, dass ein in einem Fahrzeug vorhandener Stoff die Wiederverwendung und das Recycling von Werkstoffen beeinträchtigt, so übermittelt er diese Informationen bis zum … [30 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] der Kommission und in Bezug auf Aspekte der Stoffsicherheit auch der Agentur und verweist, soweit verfügbar, auf einschlägige Risikobewertungen oder andere relevante Daten.

(3) ***Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 51 delegierte Rechtsakte zu erlassen, um diese Verordnung durch die Festlegung von Informationsanforderungen und Beschränkungen für das Vorhandensein besorgniserregender Stoffe zu ergänzen, die der Wiederverwendung und dem Recycling von Werkstoffen in Fahrzeugen sowie in deren Teilen und Bauteilen entgegenstehen, und zwar aus Gründen, die nicht in erster Linie mit der Stoffsicherheit zusammenhängen.***

(4) ▌Kein Fahrzeugtyp, der ab dem … [erster Tag des Monats 72 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] gemäß der Verordnung (EU) 2018/858 typgenehmigt wird, ***und kein neues Teil oder Bauteil, das für ein solches Fahrzeug in Verkehr gebracht wird, darf*** Blei, Quecksilber, Cadmium oder sechswertiges Chrom enthalten.

▌

(5) Abweichend von Absatz 4 des vorliegenden Artikels dürfen Fahrzeugtypen ***oder Teile und Bauteile, die für diese Fahrzeuge in Verkehr gebracht werden,*** Blei, Quecksilber, Cadmium oder sechswertiges Chrom unter den Bedingungen und bis zu den Konzentrationshöchstwerten gemäß Anhang IV der vorliegenden Verordnung enthalten. ***Die Absätze 2, 3 und 4 des vorliegenden Artikels und der vorliegende Absatz gelten nicht für Batterien, die in Fahrzeugen eingebaut sind, für die die Verordnung (EU) 2023/1542 gilt.***

(6) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 51 delegierte Rechtsakte zur Änderung des Anhangs IV zu erlassen, um ihn an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt anzupassen, indem

a) Konzentrationshöchstwerte festgelegt werden, bis zu denen das Vorhandensein von Blei, Quecksilber, Cadmium oder sechswertigem Chrom in bestimmten Teilen, Bauteilen und homogenen Werkstoffen von Fahrzeugen zu tolerieren ist;

b) bestimmte Teile, Bauteile und homogene Werkstoffe von Fahrzeugen vom Verbot des Vorhandenseins von Blei, Quecksilber, Cadmium oder sechswertigem Chrom gemäß Absatz 4 ausgenommen werden, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

   i) Die Verwendung dieser Stoffe ist unvermeidbar,

   ii) es wird nachgewiesen, dass der sozioökonomische Nutzen die Risiken überwiegt, die sich aus der Verwendung dieser Stoffe für die Umwelt und die menschliche Gesundheit ergeben,

   iii) es gibt keine geeigneten Alternativstoffe oder -technologien;

c) Teile, Bauteile und homogene Werkstoffe von Fahrzeugen aus Anhang IV gestrichen werden, wenn die Verwendung von Blei, Quecksilber, Cadmium oder sechswertigem Chrom vermeidbar ist;

d) die Teile, Bauteile und homogenen Werkstoffe von Fahrzeugen, die vor einer weiteren Behandlung entfernt werden müssen, bestimmt werden und vorgeschrieben wird, dass diese zu kennzeichnen oder auf andere geeignete Weise kenntlich zu machen sind.

Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 51 delegierte Rechtsakte zur Änderung des Anhangs IV zu erlassen, insbesondere durch Streichung bestimmter Ausnahmen für homogene Werkstoffe und Bauteile aus der Liste, falls die spezifische Ausnahme in anderen Rechtsvorschriften der Union geregelt ist.

Beim Erlass delegierter Rechtsakte gemäß diesem Absatz berücksichtigt die Kommission die sozioökonomischen Auswirkungen der Einführung, Änderung oder Streichung einer Ausnahme von der Beschränkung der Verwendung von Blei, Quecksilber, Cadmium oder sechswertigem Chrom in Fahrzeugtypen, einschließlich der Verfügbarkeit von Alternativen und der Auswirkungen auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit während des gesamten Lebenszyklus von Fahrzeugen.

(7) Auf Ersuchen der Kommission erstellt die Agentur innerhalb von zwölf Monaten ***unter anderem auf der Grundlage von Konsultationen mit Interessenträgern*** einen Bericht über die technische und wirtschaftliche Machbarkeit von Alternativen zu den in Anhang IV aufgeführten bestehenden Ausnahmen und macht auf der Grundlage einer solchen Bewertung einen hinreichend begründeten Vorschlag für die spezifische Änderung einer solchen Ausnahme.

(8) Sobald das Ersuchen der Kommission bei der Agentur eingeht, veröffentlicht sie auf ihrer Website eine Bekanntmachung, dass ein Bericht über eine mögliche Änderung einer in Anhang IV genannten Ausnahme erstellt wird, und fordert ***die Mitgliedstaaten und*** alle interessierten Parteien auf, innerhalb von ***zwölf*** Wochen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung Stellung zu nehmen. Die Agentur veröffentlicht auf ihrer Website alle von den ***Mitgliedstaaten und*** interessierten Parteien eingegangenen Stellungnahmen.

(9) Spätestens ***zwölf*** Monate nach Vorlage des in Absatz 7 genannten Berichts bei der Kommission gibt der gemäß Artikel 76 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 eingesetzte Ausschuss für sozioökonomische Analyse der Agentur eine Stellungnahme zu dem Bericht und den vorgeschlagenen spezifischen Änderungen ab. Die Agentur übermittelt diese Stellungnahme unverzüglich der Kommission.

▌

Artikel 6

Mindestrezyklatanteil in Fahrzeugen

(1) Der in jedem ***neuen*** Fahrzeug eines ab dem … [erster Tag des Monats 72 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] gemäß der Verordnung (EU) 2018/858 typgenehmigten Fahrzeugtyps enthaltene Kunststoff muss mindestens ***15*** Gewichtsprozent recycelten Kunststoff aus Verbraucher-Kunststoffabfällen enthalten.

Der in jedem Fahrzeug eines neuen ab dem … [erster Tag des Monats 120 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] gemäß der Verordnung (EU) 2018/858 typgenehmigten Fahrzeugtyps enthaltene Kunststoff muss mindestens 25 Gewichtsprozent recycelten Kunststoff aus Verbraucher-Kunststoffabfällen enthalten.

(2) Mindestens 20 % der in Absatz 1 festgelegten Zielvorgabe müssen erreicht werden, indem Kunststoffe, die aus Altfahrzeugen oder aus Teilen und Bauteilen, die während der Nutzungsphase der Fahrzeuge entfernt wurden, recycelt wurden, in dem betreffenden Fahrzeugtyp verbaut werden.

(3) Von dem Gewicht des in dem jeweiligen neuen Fahrzeugtyp enthaltenen Kunststoffs und dem Gewicht des in den Absätzen 1 und 2 genannten recycelten Kunststoffs sind Elastomere aus Reifen und andere Duroplaste als die zur Polsterung verwendeten Polyurethan-Schaumstoffe ausgenommen.

▌

(4) Für die Zwecke der in den Absätzen 1, 2 und 3 festgelegten Verpflichtungen wird der Rezyklatanteil aus Verbraucherabfällen zurückgewonnen, deren Recycling entweder

a) in einer Anlage in der Union erfolgt ist oder

b) ab dem … [48 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] in einer Anlage in einem Drittland erfolgt ist, sofern diese Anlage die Anforderungen des Anhangs XIII erfüllt.

Bis zum … [letzter Tag des Monats 24 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] bewertet die Kommission in umfassenderer Weise die erwarteten Auswirkungen auf den Welthandel sowie auf die Recycling- und Automobilindustrie der Union und erstattet dem Europäischen Parlament und dem Rat Bericht über ihre Bewertung.

(5) Bis zum … [letzter Tag des Monats 23 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] erlässt die Kommission gemäß Artikel 52 Absatz 2 einen Durchführungsrechtsakt zur ▌Festlegung der Methode für die Berechnung und Überprüfung – für die Zwecke der ***Absätze 1 bis 4*** dieses Artikels – des Anteils von Kunststoffen, der aus Verbraucherabfällen und aus Altfahrzeugen ***recycelt wurde*** und in Fahrzeugtypen enthalten ist und verbaut wird.

Auf recycelten Kunststoff, der durch andere Recyclingmethoden als mechanisches Recycling gewonnen wird, wird eine Methodik der Massenbilanzierung angewandt, die mit den Methodiken der Massenbilanzierung im Einklang steht, die für das Kunststoffrecycling entsprechend der Definition des Begriffs „Recycling“ in der Richtlinie 2008/98/EG angewandt werden.

Die Methode für die Überprüfung umfasst eine Verpflichtung für die Erzeuger***, sicherzustellen, dass jede Anlage in einem Drittland, in der von ihnen verwendete Werkstoffe mit Rezyklatanteil hergestellt werden, Anhang XIII entspricht und dass jede solche Anlage in einem Drittland mindestens alle fünf Jahre von einem unabhängigen Dritten gemäß Anhang XIV geprüft wird. Durch diese Prüfungen wird verifiziert, dass die in den Absätzen 1 bis 4 dieses Artikels genannten Bedingungen erfüllt sind.***

Die in Unterabsatz 3 dieses Absatzes dargelegte Prüfanforderung und die in Anhang XIII festgelegten Anforderungen und Kriterien für in Drittländern recycelte Werkstoffe gelten ab dem … [48 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung].

(6) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 51 delegierte Rechtsakte zur Ergänzung der Absätze 1 und 2 dieses Artikels zu erlassen, indem befristete Ausnahmen in Bezug auf die Zielvorgaben für den Rezyklatanteil bei Kunststoff oder in Bezug auf den Zeitplan festgelegt werden, falls eine unzureichende Verfügbarkeit bestimmter recycelter Kunststoffe oder überhöhte Preise für diese die Einhaltung der Mindestprozentsätze an Rezyklatanteil übermäßig schwierig gestalten.

(7) Bis zum … [letzter Tag des Monats zwölf Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] bewertet die Kommission, ob es machbar ist, eine Anforderung an den Mindestanteil an recyceltem Stahl festzulegen***, wobei sie insbesondere Folgendes berücksichtigt***:

▌

a) die aktuelle und prognostizierte Verfügbarkeit von ***Eisenschrott, einschließlich der Produktfamilien der Flach- und Langerzeugnisse aus Stahl und gegebenenfalls der Edelstahlerzeugnisse***,

b) den aktuellen Anteil an ***Eisenschrott*** in verschiedenem Stahlhalbzeug und Zwischenprodukten, die ***mit den*** in Fahrzeugen ***verwendeten Stahlfamilien zusammenhängen, und die erwarteten Veränderungen im Zusammenhang mit dem Wandel der Automobilindustrie***,

c) die mögliche Nutzung von ***Eisenschrott*** durch die Erzeuger in Fahrzeugen, die in Zukunft typgenehmigt werden sollen, ***und der entsprechende mögliche Beitrag zu einer umfangreicheren Schrottnutzung, wobei die verschiedenen Einschränkungen aufgrund der Zusammensetzung im Hinblick auf jede Produktfamilie von Stahlerzeugnissen zu berücksichtigen sind,***

d) die relative Nachfrage der Automobilindustrie im Vergleich zur Nachfrage nach ***Eisenschrott*** in anderen Branchen***, wobei zu berücksichtigen ist, inwieweit ein gewisser Kupfergehalt und andere unbeabsichtigte Fremdeinschlüsse hinnehmbar sind***,

e) die wirtschaftliche Tragfähigkeit sowie den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt, einschließlich Änderungen bei der Verfügbarkeit von Recyclingtechnologien in Bezug auf die Stahlrecyclingquoten***, sowie die Notwendigkeit, Marktversagen Rechnung zu tragen, durch das die Verwendung von Eisenschrott aus Verbraucherabfällen gegenüber Eisenschrott aus Produktionsabfällen behindert wird***,

f) den Beitrag eines Mindestrezyklatanteils von Stahl in Fahrzeugen zu den Zielen der Union in den Bereichen offene strategische Autonomie, Klima***,*** Umwelt ***und Industrie, insbesondere im Hinblick auf die Schaffung von ergänzenden Leitmärkten für die dekarbonisierte Stahlproduktion***,

g) die Notwendigkeit, unverhältnismäßige negative Auswirkungen auf die Erschwinglichkeit von Fahrzeugen zu vermeiden, und

h) den Einfluss auf die Gesamtkosten und die Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie ***sowie auf die gesamte Wertschöpfungskette für Stahl in der Automobilindustrie.***

Die Kommission ***erlässt bis zum … [letzter Tag des Monats 24 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung]*** einen ***delegierten Rechtsakt gemäß Artikel 51 zur Ergänzung dieser Verordnung durch Festlegung von Mindestanteilen*** an recyceltem Stahl aus Verbraucherabfällen und ***gegebenenfalls aus Stahlschrott***, die in Fahrzeugtypen enthalten ***sein*** und verbaut ***werden müssen, die gemäß der vorliegenden Verordnung und der Verordnung (EU) 2018/858 einer Typgenehmigung bedürfen. In diesem delegierten Rechtsakt wird auch der Geltungsbeginn der Verpflichtung, über einen Mindestrezyklatanteil zu verfügen, auf spätestens … [84 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] festgelegt. Stahl, der als verstärkender Werkstoff in Reifen verwendet wird, gilt nicht als in den Anwendungsbereich dieses delegierten Rechtsakts fallend.***

Bis zum … [letzter Tag des Monats 24 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] erlässt die Kommission einen delegierten Rechtsakt gemäß Artikel 51 ***zur Festlegung der Methode für die Berechnung und Überprüfung des Anteils von aus Verbraucherabfällen recyceltem Stahl, der in Fahrzeugtypen verbaut wird, und gegebenenfalls des Anteils an Eisenschrott, der in Fahrzeugtypen enthalten ist und verbaut wird***.

(8) Bis zum … [letzter Tag des Monats zwölf Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] bewertet die Kommission, ob es machbar ist, eine Anforderung an den Mindestanteil an ***Aluminium und seinen Legierungen, der aus Verbraucherabfällen recycelt und in Fahrzeugtypen enthalten ist und verbaut wird,*** festzulegen***, wobei sie insbesondere Folgendes berücksichtigt***:

a) ***die aktuelle und prognostizierte Verfügbarkeit von*** Aluminium und seinen Legierungen ▌, die aus ***Produktions- und*** Verbraucherabfällen recycelt ▌ werden, ▌

b) ***die aktuellen Anteile von*** Rezyklat aus Verbraucherabfällen ***in Aluminium und seinen Legierungen in den in Verkehr gebrachten Fahrzeugen***,

c) die wirtschaftliche Tragfähigkeit sowie den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt, einschließlich Änderungen bei der Verfügbarkeit von Recyclingtechnologien in Bezug auf die Art der recycelten Werkstoffe und ihre Recyclingquoten,

d) den Beitrag eines Mindestrezyklatanteils von Aluminium in Fahrzeugen zu den Zielen der Union in den Bereichen offene strategische Autonomie, Klima, Umwelt und Industrie, insbesondere im Hinblick auf die Schaffung von ergänzenden Leitmärkten für dekarbonisiertes Aluminium und seine Legierungen,

e) die Notwendigkeit, unverhältnismäßige negative Auswirkungen auf die Erschwinglichkeit von Fahrzeugen, die Aluminium und seine Legierungen enthalten, zu vermeiden, und

f) den Einfluss auf die Gesamtkosten und die Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie.

Die Kommission erlässt bis zum … [letzter Tag des Monats 24 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] einen delegierten Rechtsakt gemäß Artikel 51 zur Ergänzung dieser Verordnung durch Festlegung eines Mindestanteils an recyceltem Aluminium und seinen Legierungen, der in Fahrzeugtypen enthalten sein und verbaut werden muss, die gemäß der vorliegenden Verordnung und der Verordnung (EU) 2018/858 einer Typgenehmigung bedürfen. In diesem delegierten Rechtsakt wird auch der Geltungsbeginn der Verpflichtung, über einen Mindestrezyklatanteil zu verfügen, auf spätestens … [84 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] festgelegt.

Bis zum … [letzter Tag des Monats 24 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] erlässt die Kommission einen delegierten Rechtsakt gemäß Artikel 51 zur Festlegung der Methode für die Berechnung und Überprüfung des Anteils von aus Verbraucherabfällen recyceltem Aluminium und seinen Legierungen, der in Fahrzeugtypen verbaut wird, und gegebenenfalls des Anteils von aus Produktionsabfällen recyceltem Aluminium und seinen Legierungen, der in Fahrzeugtypen enthalten ist und verbaut wird.

(9) Bis zum … [letzter Tag des Monats 35 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] bewertet die Kommission, ob es machbar ist, eine Anforderung an den Mindestanteil für die folgenden Werkstoffe festzulegen:

a) Magnesium und seine Legierungen, die aus Produktions- und Verbraucherabfällen recycelt und in Fahrzeugtypen enthalten sind und verbaut werden, und

b) Neodym, Dysprosium, Praseodym, Terbium, Samarium, Nickel, Kobalt oder Bor, die aus Verbraucher- und gegebenenfalls Produktionsabfällen recycelt und in Dauermagneten enthalten sind und verbaut werden.

▌

▌ In ***der*** Machbarkeitsbewertung ***wird*** Folgendes berücksichtigt ▌:

a) die aktuelle und prognostizierte Verfügbarkeit der in Unterabsatz 1 Buchstaben a und b aufgeführten aus ***Produktions- und*** Verbraucherabfällen recycelten Werkstoffe,

b) die aktuellen Anteile von Rezyklat aus Verbraucherabfällen an den in Unterabsatz 1 Buchstaben a und b genannten Werkstoffen in in Verkehr gebrachten Fahrzeugen,

c) die wirtschaftliche Tragfähigkeit sowie den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt, einschließlich Änderungen bei der Verfügbarkeit von Recyclingtechnologien in Bezug auf diese Art von recycelten Werkstoffen und ihre Recyclingquoten,

d) den Beitrag eines Mindestrezyklatanteils der in Unterabsatz 1 Buchstaben a und b aufgeführten Werkstoffe in Fahrzeugen zu den Zielen der Union in den Bereichen strategische Autonomie, Klima und Umwelt,

e) die möglichen Auswirkungen auf die Funktionsweise von Fahrzeugen, wenn die in Unterabsatz 1 Buchstaben a und b aufgeführten Werkstoffe in Fahrzeugteilen und -bauteilen verbaut werden,

f) die Notwendigkeit, unverhältnismäßige negative Auswirkungen auf die Erschwinglichkeit von Fahrzeugen zu vermeiden, die die in Unterabsatz 1 Buchstaben a und b aufgeführten Werkstoffe enthalten,

g) den Einfluss auf die Gesamtkosten und die Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie.

Der Kommission wird die Befugnis übertragen, nach Abschluss der in Unterabsatz 1 genannten Bewertung einen delegierten Rechtsakt gemäß Artikel 51 zu erlassen, um die vorliegende Verordnung durch die Festlegung eines Mindestanteils für die folgenden Werkstoffe zu ergänzen:

a) Magnesium und seine Legierungen, die aus Verbraucher- und gegebenenfalls Produktionsabfällen recycelt und in Fahrzeugtypen enthalten sind und verbaut werden, und

b) Neodym, Dysprosium, Praseodym, Terbium, Samarium, Nickel, Kobalt oder Bor, die aus Verbraucher- und gegebenenfalls Produktionsabfällen recycelt und in Dauermagneten enthalten sind und verbaut werden.

In dem in Unterabsatz 3 genannten delegierten Rechtsakt wird auch der Geltungsbeginn der Verpflichtung festgelegt, über einen Mindestrezyklatanteil zu verfügen.

Bis zum … [letzter Tag des Monats 36 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] erlässt die Kommission einen ***delegierten Rechtsakt gemäß Artikel 51*** zur Festlegung der Methode für die Berechnung und Überprüfung des ***in Unterabsatz 1 genannten*** Anteils von recycelten Werkstoffen, der in Fahrzeugtypen ***enthalten ist und verbaut wird***.

Artikel 7

Konzeption zur leichten Entfernung und Ersetzung bestimmter Teile und Bauteile in Fahrzeugen

(1) Jedes Fahrzeug eines ***neuen*** Fahrzeugtyps, der ab dem … [erster Tag des Monats 72 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] gemäß der Verordnung (EU) 2018/858 und der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 typgenehmigt wird, ist so zu konstruieren, dass die Entfernung der in Anhang VIII Teil C aufgeführten Teile und Bauteile aus dem betreffenden Fahrzeug während seiner Abfallphase durch zugelassene Behandlungsanlagen ***im Hinblick auf Ersetzung, Wiederverwendung, Recycling, Wiederaufarbeitung oder Überholung, sofern technisch umsetzbar,*** nicht behindert wird.

(2) Jedes Fahrzeug eines ***neuen*** Fahrzeugtyps, der ab dem … [erster Tag des Monats 72 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] gemäß der Verordnung (EU) 2018/858 typgenehmigt wird, ist ▌so zu konzipieren, dass Elektrofahrzeugbatterien und ***ihre Batteriesätze sowie*** Elektroantriebsmotoren in der Nutzungsphase und in der Abfallphase des Fahrzeugs durch zugelassene Behandlungsanlagen oder Reparatur- und Wartungsunternehmen einfach und zerstörungsfrei aus dem Fahrzeug entfernt und ersetzt werden können.

(3) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 51 delegierte Rechtsakte zur Änderung von Absatz 2 zu erlassen, indem unter Berücksichtigung des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts zusätzliche in Anhang VIII Teil C aufgeführte Teile und Bauteile in diesen Absatz aufgenommen werden.

(4) Die Kommission kann Durchführungsrechtsakte erlassen, in denen erforderlichenfalls die Bedingungen für die Konzeption zur Entfernung und Ersetzung von Teilen und Bauteilen gemäß Absatz 2 festgelegt werden, um eine einheitliche Umsetzung der Verpflichtung nach dem genannten Absatz sicherzustellen. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 51 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

(5) ***Die*** Erzeuger ***dürfen die Entfernung und die Ersetzung von Teilen und Bauteilen in Fahrzeugen durch Softwareaktualisierungen nicht behindern, es sei denn, das Unionsrecht sieht dies vor.***

Kapitel III

Pflichten der Erzeuger

Artikel 8

Allgemeine Pflichten

(1) Die Erzeuger weisen nach, dass von ihnen hergestellte und in Verkehr gebrachte neue ***Fahrzeugtypen*** gemäß den Anforderungen der Verordnung (EU) 2018/858***, der Verordnung (EU) Nr. 168/2013*** und der vorliegenden Verordnung typgenehmigt sind.

(2) Für die Zwecke der Typgenehmigung von ***Fahrzeugtypen***, für die die Anforderungen der Artikel 4, 5, 6 oder 7 gelten, legt der Erzeuger die Unterlagen vor, aus denen die Einhaltung dieser Anforderungen hervorgeht, und

a) nimmt diese in die Beschreibungsmappe gemäß Artikel 24 der Verordnung (EU) 2018/858 ***oder gegebenenfalls gemäß Artikel 27 der Verordnung (EU) Nr. 168/2013*** auf und

b) übermittelt diese gemäß Artikel 23 der Verordnung (EU) 2018/858 ***oder gegebenenfalls gemäß Artikel 26 der Verordnung (EU) Nr. 168/2013*** der Typgenehmigungsbehörde.

(3) Für die Zwecke der Typgenehmigung von Fahrzeugen, für die die Anforderungen des Artikels 10 der vorliegenden Verordnung gelten, stellt der Erzeuger die in Artikel 10 Absatz 1 der vorliegenden Verordnung genannten Informationen zusammen und reicht sie gemäß Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2018/858 zusammen mit dem Antrag auf Erteilung einer Typgenehmigung gemäß Artikel 23 der genannten Verordnung bei der Typgenehmigungsbehörde ein.

(4) Für die Zwecke der Typgenehmigung von Fahrzeugen, für die die Anforderungen des Artikels 11 der vorliegenden Verordnung gelten, reicht der Erzeuger eine Erklärung zur Bestätigung der Einhaltung der Anforderungen des Artikels 11 Absatz 1 der vorliegenden Verordnung gemäß Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2018/858 ***oder gegebenenfalls gemäß Artikel 27 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 168/2013*** zusammen mit dem Antrag auf Erteilung einer Typgenehmigung bei der Typgenehmigungsbehörde ein.

Artikel 9

Kreislauffähigkeitsstrategie

(1) ***Jeder*** Erzeuger ***erstellt*** ab dem … [erster Tag des Monats 36 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] eine Kreislauffähigkeitsstrategie ***auf*** Erzeuger***ebene***.

(2) In der Kreislauffähigkeitsstrategie wird beschrieben, welche Maßnahmen der Erzeuger ergreifen wird, um seinen Pflichten nachzukommen und sicherzustellen, dass die ▌ Anforderungen an die Kreislauffähigkeit in Kapitel II erfüllt werden.

(3) Die Kreislauffähigkeitsstrategie enthält die in Anhang V Teil A festgelegten Elemente.

(4) ***Jeder*** Erzeuger übermittelt ***den Typgenehmigungsbehörden der Mitgliedstaaten und der Kommission*** innerhalb von 30 Tagen nach ***Erstellung*** der Kreislauffähigkeitsstrategie eine Kopie dieser Strategie.

(5) ***Jeder*** Erzeuger überwacht und verfolgt die in der Kreislauffähigkeitsstrategie enthaltenen Maßnahmen und aktualisiert die Strategie ***unter Angabe der einschlägigen neuen Änderungen an der Strategie*** alle fünf Jahre gemäß Anhang V Teil B. Die Erzeuger legen der ***Kommission*** die aktualisierte Kreislauffähigkeitsstrategie vor.

(6) Die Kommission macht die Kreislauffähigkeitsstrategien und etwaige Aktualisierungen dieser Strategien mit Ausnahme von vertraulichen Informationen öffentlich zugänglich.

▌

(7) Bis zum … [letzter Tag des Monats 83 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] und danach ***mindestens*** alle sechs Jahre erstellt und veröffentlicht die Kommission einen Bericht über die Kreislauffähigkeit der Automobilindustrie. Der Bericht stützt sich insbesondere auf die Kreislauffähigkeitsstrategien und deren Aktualisierungen.

Artikel 10

Erklärung des Rezyklatanteils in Fahrzeugen

(1) Die Erzeuger melden für jeden ***neuen*** Fahrzeugtyp, der ab dem ▌ ersten Tag des Monats ***zwölf*** Monate nach dem Datum ***der Annahme der jeweiligen Methoden für die Berechnung und Überprüfung des Anteils von recycelten Werkstoffen aus Verbraucherabfällen in Fahrzeugtypen nach Artikel 6 der vorliegenden Verordnung*** gemäß der Verordnung (EU) 2018/858 typgenehmigt wird, den jeweiligen Rezyklatanteil von

a) Neodym, Dysprosium, Praseodym, Terbium, Samarium, ***Nickel, Kobalt*** und Bor in Dauermagneten in Elektroantriebsmotoren,

b) Aluminium und seinen Legierungen;

c) Magnesium und seinen Legierungen;

d) Stahl ***und seinen Legierungen,***

e) Kunststoffen.

Die Erklärung bezieht sich auf den Rezyklatanteil dieser im Fahrzeugtyp enthaltenen Werkstoffe und gibt für jeden Werkstoffanteil ***und für Kunststoffkomponenten mit einem Gewicht von mehr als 100 Gramm*** an, ob der Werkstoff aus Produktions- oder Verbraucherabfällen recycelt wurde.

(2) Die Typgenehmigungsbehörden überprüfen, ob die erforderlichen Unterlagen von den Erzeugern vorgelegt wurde und die in Absatz 1 genannten Informationen enthält.

(3) Abweichend von Absatz 1 gilt die Anforderung, den Rezyklatanteil eines bestimmten Werkstoffs anzugeben, nicht, wenn für diesen Werkstoff eine Zielvorgabe gemäß Artikel 6 ***anwendbar*** wurde.

Artikel 11

Informationen über das Entfernen und die Ersetzung von Teilen, Bauteilen und Werkstoffen in Fahrzeugen

(1) Ab dem … [erster Tag des Monats 36 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] gewähren die Erzeuger Abfallbewirtschaftern, ***Herausgebern von technischen Informationen*** sowie Reparatur- und Wartungsunternehmen ***für neue typgenehmigte Fahrzeugtypen*** uneingeschränkten, standardisierten und nicht diskriminierenden Zugriff auf die in Anhang VI aufgeführten Informationen, die den Zugang zu sowie die sichere Entfernung und Ersetzung von Folgendem ermöglichen***, sofern diese Informationen nicht bereits aufgrund von anderen Rechtsvorschriften der Union verfügbar sind***:

a) im Fahrzeug verbaute Elektrofahrzeugbatterien ***und ihre Batteriesätze***,

b) Teile, Bauteile und Werkstoffe, die die in Anhang VIII Teil B aufgeführten Fluide und Flüssigkeiten enthalten und die in Fahrzeugen enthalten sind,

c) in Anhang VIII Teil C aufgeführte Teile und Bauteile, die in Fahrzeugen enthalten sind,

d) Teile und Bauteile, die zum Zeitpunkt der Typgenehmigung des Fahrzeugs die kritischen Rohstoffe gemäß Artikel ***28*** Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) ***2024/1252*** enthalten,

e) digital kodierte Bauteile und Teile eines Fahrzeugs, wenn eine solche Codierung deren Reparatur, Wartung oder Ersetzung in einem anderen Fahrzeug verhindert.

Unterabsatz 1 Buchstabe e gilt nicht für Informationen, die Herausgebern von technischen Informationen vorzulegen sind.

(2) ***Die*** Erzeuger ***stellen Notdiensten Leitlinien für Rettungs- und Notfallmaßnahmen zur Verfügung.***

(3) Die Erzeuger sorgen für die Zusammenarbeit mit den zugelassenen ***Behandlungsanlagen, Herausgebern von technischen Informationen, Nachrüstbetrieben*** sowie Reparatur- und Wartungsunternehmen, indem sie die erforderlichen Kommunikationsplattformen einrichten, um die in Absatz 1 genannten und die in Anhang VI aufgeführten Informationen bereitzustellen und auf dem neuesten Stand zu halten.

Die Erzeuger stellen die in Unterabsatz 1 genannten Informationen kostenlos zur Verfügung. Die Erzeuger können von Abfallbewirtschaftern***, Herausgebern von technischen Informationen*** sowie Reparatur- und Wartungsunternehmen ***zumutbare und verhältnismäßige*** Beiträge ***in dem Umfang*** erheben, der zur Deckung der ***tatsächlich für die Bereitstellung der erforderlichen Informationen über Kommunikationsplattformen angefallenen*** Verwaltungskosten ▌ erforderlich ist.

(4) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 51 delegierte Rechtsakte zur Änderung des Anhangs VI zu erlassen, um die Liste der Teile, Bauteile und Werkstoffe von Fahrzeugen und den Umfang der von den Erzeugern bereitzustellenden Informationen zu überarbeiten. ***Die Kommission berücksichtigt technische und regulatorische Entwicklungen, aktuelle Entwicklungen der Informationstechnologie und vorhersehbare Entwicklungen der Fahrzeugtechnologie.***

Artikel 12

Kennzeichnung von Teilen, Bauteilen und Werkstoffen in Fahrzeugen

(1) Die Erzeuger und ihre Zulieferer verwenden für die Kennzeichnung und Identifizierung von Teilen, Bauteilen und Werkstoffen von Fahrzeugen die Nomenklatur der in Anhang VII Nummern 1 bis 3 aufgeführten Kennzeichnungsnormen für Bauteile und Werkstoffe.

▌

(2) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 51 delegierte Rechtsakte zur Änderung des Anhangs VII zu erlassen, um ihn an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt anzupassen.

Artikel 13

Digitaler Kreislaufpass für Fahrzeuge

(1) Ab dem … [erster Tag des Monats ***72*** Monate nach dem Datum des Inkrafttretens der Verordnung] verfügt jedes in Verkehr gebrachte Fahrzeug über einen ***digitalen*** Kreislaufpass, der an andere fahrzeugbezogene Umweltpässe nach Unionsrecht***, insbesondere an die in Artikel 77 der Verordnung (EU) 2023/1542 und in Artikel 3 Nummer 68 der Verordnung (EU) 2024/1257 genannten Pässe und an andere einschlägige Pässe nach der Verordnung (EU) 2024/1781,*** angepasst, ***mit ihnen interoperabel*** und nach Möglichkeit in sie integriert ist.

(2) Der ***digitale*** Kreislaufpass ***eines in Verkehr gebrachten Fahrzeugs*** ist kostenlos zugänglich ***und enthält in digitaler Form die folgenden Informationen:***

a) die in Artikel 11 genannten Informationen,

b) die Informationen über Teile des Fahrzeugs, die Blei, Quecksilber, Kadmium oder sechswertiges Chrom gemäß der Ausnahmeregelung in Artikel 5 Absatz 5 enthalten,

c) die Erklärung des Rezyklatanteils von Kunststoff und den in Artikel 10 Absatz 1 aufgeführten Werkstoffen,

▌

d) den offiziellen Ersatzteilkatalog für den betreffenden Fahrzeugtyp.

(3) Sind die nach dem vorliegenden Artikel erforderlichen Informationen bereits über einen anderen in Absatz 1 genannten Pass als den digitalen Kreislaufpass für Fahrzeuge zugänglich, so werden die nach Absatz 2 erforderlichen Informationen nicht zusätzlich in den digitalen Kreislaufpass für Fahrzeuge aufgenommen, sofern die Interoperabilität gewährleistet ist.

(4) Der Erzeuger, der das Fahrzeug in Verkehr bringt, stellt sicher, dass die ***in Absatz 2 genannten*** Angaben richtig, vollständig und auf dem neuesten Stand sind.

(5) Alle im ***digitalen*** Kreislaufpass enthaltenen Informationen müssen den von der Kommission gemäß Absatz 6 festgelegten Vorschriften entsprechen und

a) auf offenen Standards basieren,

b) in einem interoperablen Format entwickelt werden,

c) über ein offenes interoperables Datenaustauschnetz ohne Anbieterbindung übertragbar sein,

d) maschinenlesbar, strukturiert und durchsuchbar sein.

(6) ***Bis zum … [48 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens der Verordnung]*** erlässt die Kommission Durchführungsrechtsakte mit Vorschriften zu Folgendem:

a) Art ***und Grundanforderungen*** der technischen ▌Lösung, die für den Zugang zum ***digitalen*** Kreislaufpass zu verwenden ist***, ohne dass dadurch eine bestimmte technologische Lösung ausgeschlossen wird,***

b) technische Anforderungen an die Konzeption und den Einsatz des ***digitalen*** Kreislaufpasses, einschließlich Vorschriften über

i) die ***Anpassung*** des ***digitalen*** Kreislaufpasses an andere nach dem Unionsrecht vorgeschriebene Pässe ***und die Interoperabilität mit diesen***,

ii) die Speicherung und Verarbeitung von Informationen, die im ***digitalen*** Kreislaufpass enthalten sind,

iii) die Verfügbarkeit des ***digitalen*** Kreislaufpasses, nachdem der Erzeuger, der für die Erfüllung der in Absatz 4 genannten Pflichten verantwortlich ist, in der Union nicht mehr besteht oder seine Tätigkeit einstellt,

c) Eingabe, Änderung und Aktualisierung von Informationen im ***digitalen*** Kreislaufpass durch andere Dritte als den Erzeuger,

d) Bedingungen für den Zugriff auf den digitalen Kreislaufpass für Fahrzeuge, einschließlich des Zugangsrechts und der einschlägigen Vorschriften zum Datenschutz und zum Schutz der Rechte des geistigen Eigentums,

e) Standort des Datenträgers oder eine andere Kennung, die den Zugang zum ***digitalen*** Kreislaufpass des Fahrzeugs ermöglicht. ▌

Bei der Festlegung der in Unterabsatz 1 genannten Vorschriften trägt die Kommission der Notwendigkeit Rechnung, ein hohes Maß an Sicherheit und Privatsphäre zu gewährleisten.

Die in den Unterabsatz 1 genannten Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 52 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

Kapitel IV

Bewirtschaftung von Altfahrzeugen

ABSCHNITT 1

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 14

Zuständige Behörde für die ***Bewirtschaftung*** von Altfahrzeugen

(1) Die Mitgliedstaaten benennen eine oder mehrere zuständige Behörden, die für die Verpflichtungen nach diesem Kapitel zuständig sind, insbesondere für die Überwachung und Überprüfung der Einhaltung der Pflichten gemäß den Artikeln 15 bis 37 ***und Anhang I*** durch ***die Wirtschaftsteilnehmer***, die Hersteller und die Organisationen für Herstellerverantwortung.

(2) Jeder Mitgliedstaat kann unter den in Absatz 1 genannten zuständigen Behörden eine Kontaktstelle für die Kommunikation mit der Kommission benennen.

(3) Die Mitgliedstaaten legen die Einzelheiten der Organisation und Arbeitsweise der zuständigen Behörden fest, einschließlich der Verwaltungs- und Verfahrensvorschriften für

a) die Registrierung von Herstellern gemäß Artikel ***19***,

b) die Zulassung von Herstellern und Organisationen für Herstellerverantwortung gemäß Artikel ***18***,

c) die Aufsicht über die Wahrnehmung der Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung gemäß den Artikeln 16 und 20,

d) die Sammlung von Daten zu Fahrzeugen und Altfahrzeugen gemäß Artikel ***19*** Absatz 12 und Artikel 50 Absatz 6,

e) die Bereitstellung von Informationen gemäß Artikel 50.

(4) Bis zum … [letzter Tag des Monats ***9 Monate*** nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission die Namen und Anschriften der gemäß Absatz 1 benannten zuständigen Behörden. Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission unverzüglich über etwaige Änderungen bei den Namen oder Anschriften dieser zuständigen Behörden.

Artikel 15

Zugelassene Behandlungsanlagen

(1) Unbeschadet der Richtlinie 2010/75/EU muss jede Anlage oder jedes Unternehmen, die bzw. das die Behandlung von Altfahrzeugen beabsichtigt, bei der zuständigen Behörde gemäß Artikel 23 der Richtlinie 2008/98/EG eine Genehmigung einholen und die in dieser Genehmigung festgelegten Bedingungen erfüllen.

(2) Um eine Genehmigung gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels zu erteilen, überprüft die zuständige Behörde, ob die Anlage oder das Unternehmen über die Kapazitäten verfügt, die erforderlich sind, um den Pflichten gemäß Artikel 26 nachzukommen.

(3) In den Genehmigungen nach Absatz 1 des vorliegenden Artikels ist anzugeben, dass die Behandlungsanlagen für die Ausstellung eines Verwertungsnachweises gemäß Artikel 25 zuständig sind.

Abweichend von Unterabsatz 1 des vorliegenden Absatzes können die Mitgliedstaaten in ihrem nationalen Rechtsrahmen vorsehen, dass zugelassene Behandlungsanlagen ***für die Ausstellung des in Artikel 25 genannten Verwertungsnachweises zuständig sind.***

(4) Hersteller oder – sofern gemäß Artikel 17 Absatz 1 benannt – Organisationen für Herstellerverantwortung können für den Zweck der Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen der Herstellerverantwortung Verträge mit zugelassenen Behandlungsanlagen ***schließen. Verträge dieser Art müssen fair und transparent sein und dürfen keine diskriminierenden Geschäftsbedingungen enthalten.***

Die Mitgliedstaaten können einen Mustervertrag bereitstellen, um die Einhaltung dieses Artikels zu erleichtern.

(5) ***Die Mitgliedstaaten stellen*** sicher, dass die Bedingungen und Verfahren für die Erteilung der Genehmigung umfassend koordiniert werden, wenn an diesen Genehmigungsverfahren mehr als eine zuständige Behörde bzw. mehr als eine Anlage oder ein Unternehmen beteiligt sind, die die Behandlung von Altfahrzeugen beabsichtigen***, um ein wirksames integriertes Konzept aller zuständigen Behörden sicherzustellen***.

(6) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, einen Durchführungsrechtsakt zur Festlegung der auf die in Absatz 4 des vorliegenden Artikels genannten Verträge anwendbaren genauen Anforderungen zu erlassen, um faire, transparente und nicht diskriminierende Bedingungen sicherzustellen. Dieser Durchführungsrechtsakt wird gemäß dem in Artikel 52 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

ABSCHNITT 2

ERWEITERTE HERSTELLERVERANTWORTUNG

Artikel 16

Erweiterte Herstellerverantwortung

(1) Ab dem … [erster Tag des Monats 36 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] haben die Hersteller eine erweiterte Herstellerverantwortung für Fahrzeuge, die sie erstmals im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats auf dem Markt bereitstellen***, auch wenn das Fahrzeug zuvor in einem anderen Mitgliedstaat als dem Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet es auf dem Markt bereitgestellt wird, bereitgestellt wurde. Das Regime der erweiterten Herstellerverantwortung*** muss mit den Artikeln 8 und 8a der Richtlinie 2008/98/EG im Einklang stehen und die Anforderungen dieses Kapitels erfüllen.

(2) Die erweiterte Herstellerverantwortung umfasst die Verpflichtung der Hersteller, sicherzustellen, dass

a) Fahrzeuge, die sie erstmals im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats auf dem Markt bereitgestellt haben und die zu Altfahrzeugen geworden sind,

i) gemäß Artikel 23 gesammelt werden,

ii) gemäß Artikel 26 behandelt werden,

b) die Abfallbewirtschafter, die Altfahrzeuge gemäß Buchstabe a behandeln, die Zielvorgaben gemäß Artikel 33 erfüllen.

(3) In den Gebieten in äußerster Randlage gemäß Artikel 349 AEUV können die Mitgliedstaaten die in den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels genannten Verpflichtungen der Hersteller anpassen, um die Kosten für die Bewirtschaftung von Altfahrzeugen unter Berücksichtigung der Merkmale dieser Gebiete zu decken.

(4) Zusätzlich zu den in Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe e der Richtlinie 2008/98/EG genannten Informationen veröffentlichen die Hersteller im Falle der individuellen Erfüllung der Pflichten im Rahmen der erweiterten Herstellerverantwortung oder die benannten Organisationen für Herstellerverantwortung im Falle der kollektiven Erfüllung der Pflichten im Rahmen der erweiterten Herstellerverantwortung einmal jährlich auf ihren Websites unter Wahrung der Vertraulichkeit von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen Informationen über die Sammlung von Altfahrzeugen und das Erreichen der Zielvorgaben für die Wiederverwendung und das Recycling, die Wiederverwendung und die Verwertung sowie das Recycling von Kunststoffen durch sie selbst im Falle der individuellen Erfüllung der Pflichten im Rahmen der erweiterten Herstellerverantwortung oder durch die Hersteller, die die jeweilige Organisation für Herstellerverantwortung benannt haben, im Falle der kollektiven Erfüllung der Pflichten im Rahmen der erweiterten Herstellerverantwortung.

Artikel 17

Organisation für Herstellerverantwortung

(1) Die Hersteller können ihre Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung entweder einzeln erfüllen oder eine gemäß Artikel ***18*** zugelassene Organisation für Herstellerverantwortung benennen, die die Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung in ihrem Namen erfüllt.

Die Mitgliedstaaten können Maßnahmen treffen, um die Hersteller zu verpflichten, eine Organisation für Herstellerverantwortung zu benennen, die ihre Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung in ihrem Namen erfüllt.

(2) Organisationen für Herstellerverantwortung gewährleisten die Vertraulichkeit der in ihrem Besitz befindlichen Daten in Bezug auf proprietäre Informationen oder Informationen, die einzelnen Herstellern oder ihren ▌Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung unmittelbar zuzuordnen sind.

▌

(3) Neben den in Artikel 16 Absatz 4 genannten Informationen veröffentlichen Organisationen für Herstellerverantwortung Informationen über das in Absatz 5 des vorliegenden Artikels genannte Auswahlverfahren.

(4) Die Organisationen für Herstellerverantwortung gewährleisten ***gemäß Artikel 8a Absatz 6 der Richtlinie 2008/98/EG einen regelmäßigen Dialog zwischen den Interessenträgern. Abfallbewirtschafter, die in der Sammlung und Behandlung von Altfahrzeugen tätig sind, benennen Beobachter in den Vorstand der*** Organisationen für Herstellerverantwortung.

(5) Die Abfallbewirtschafter werden einem diskriminierungsfreien Auswahlverfahren unterzogen, das auf transparenten Zuschlagskriterien beruht, von Herstellern oder Organisationen für Herstellerverantwortung durchgeführt wird und kleine und mittlere Unternehmen nicht übermäßig belastet.

Artikel ***18***

Zulassung zur Erfüllung der Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung

(1) Im Falle der individuellen Erfüllung der Pflichten im Rahmen der erweiterten Herstellerverantwortung beantragt ein Hersteller eine Zulassung bei der zuständigen Behörde; im Falle der kollektiven Erfüllung der Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung obliegt dies den benannten Organisationen für Herstellerverantwortung.

(2) Die Zulassung wird nur erteilt, wenn nachgewiesen wird, dass die Anforderungen gemäß Artikel 8a Absatz 3 Buchstaben a bis d der Richtlinie 2008/98/EG erfüllt sind und die von dem Hersteller oder der Organisation für Herstellerverantwortung ergriffenen Maßnahmen ausreichen, um die in diesem Kapitel festgelegten Verpflichtungen in Bezug auf die Zahl der Fahrzeuge zu erfüllen, die von dem oder den Herstellern, in deren Namen die Organisation für Herstellerverantwortung handelt, erstmals im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats auf dem Markt bereitgestellt werden.

Im Falle der individuellen Erfüllung der Pflichten im Rahmen der erweiterten Herstellerverantwortung können Hersteller nur registriert werden, wenn sie über eine Zulassung von der zuständigen Behörde gemäß diesem Artikel verfügen; im Falle der kollektiven Erfüllung der Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung gilt dies für die Organisationen für Herstellerverantwortung. Dies berührt nicht die Möglichkeit, das Registrierungsverfahren gemäß Artikel 19 und das Zulassungsverfahren gemäß dem vorliegenden Artikel zu einem einzigen Verfahren zusammenzufassen.

(3) Die Mitgliedstaaten nehmen in ihren Maßnahmen zur Festlegung von Verwaltungs- und Verfahrensvorschriften gemäß Artikel 14 Absatz 3 Buchstabe b die Einzelheiten des Zulassungsverfahrens, das je nachdem, ob es sich auf die individuelle oder kollektive Erfüllung der Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung bezieht, variieren kann, sowie die Modalitäten für die Überprüfung der Einhaltung der Pflichten der Hersteller und der Organisationen für Herstellerverantwortung auf, einschließlich der von den Herstellern oder den Organisationen für Herstellerverantwortung zu diesem Zweck bereitzustellenden Informationen.

(4) Der Hersteller oder die Organisation für Herstellerverantwortung melden der zuständigen Behörde unverzüglich alle Änderungen der in der Zulassung enthaltenen Informationen, alle Änderungen, die die Zulassungsbedingungen betreffen, oder die endgültige Einstellung ihrer Tätigkeit.

(5) Der Eigenkontrollmechanismus gemäß Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe d der Richtlinie 2008/98/EG kommt regelmäßig, mindestens jedoch alle drei Jahre, sowie auf Verlangen der zuständigen Behörden zur Anwendung, um zu überprüfen, ob die in diesem Buchstaben genannten Bestimmungen eingehalten werden und die in Absatz 2 des vorliegenden Artikels genannten Zulassungsbedingungen weiterhin erfüllt sind. Der Hersteller oder die Organisation für Herstellerverantwortung legt der zuständigen Behörde auf Verlangen einen Eigenkontrollbericht und erforderlichenfalls den Entwurf eines Korrekturmaßnahmenplans vor. Unbeschadet der Zuständigkeiten nach Absatz 6 des vorliegenden Artikels kann die zuständige Behörde zu dem Eigenkontrollbericht und dem Entwurf des Korrekturmaßnahmenplans Anmerkungen vorbringen und übermittelt etwaige derartige Anmerkungen dem Hersteller oder der Organisation für Herstellerverantwortung. Der Korrekturmaßnahmenplan wird vom Hersteller oder von der Organisation für Herstellerverantwortung auf der Grundlage dieser Anmerkungen erstellt und umgesetzt.

(6) Die zuständige Behörde kann entscheiden, die Zulassung zu widerrufen, wenn der Hersteller oder die Organisation für Herstellerverantwortung die Anforderungen in Bezug auf die Organisation der Sammlung und Behandlung von Altfahrzeugen nicht mehr erfüllt oder es versäumt, der zuständigen Behörde Bericht zu erstatten oder Änderungen zu melden, die die Zulassungsbedingungen betreffen, oder die Tätigkeit eingestellt hat.

Artikel ***19***

Registrierung

(1) Bis zum … [letzter Tag des Monats 35 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] richtet jeder Mitgliedstaat ein Herstellerregister ein ***oder nutzt ein bestehendes Herstellerregister***, das dazu dient, die Einhaltung der Anforderungen dieses Kapitels durch die Hersteller zu überwachen.

Das Register enthält Links zu Websites anderer nationaler Herstellerregister, um die Registrierung von Herstellern oder ▌Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung in allen Mitgliedstaaten zu erleichtern***, und, sofern verfügbar, zu den nationalen Websites mit Informationen über das Registrierungsverfahren.***

Bis zum … [letzter Tag des Monats 35 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] richtet die Kommission eine Website ein, die die Links zu allen nationalen Herstellerregistern enthält, um die Registrierung in allen Mitgliedstaaten zu erleichtern.

Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission innerhalb von 30 Tagen nach der Einrichtung dieser Register die Links dazu.

(2) Die Hersteller registrieren sich in dem in Absatz 1 genannten nationalen Register. Zu diesem Zweck stellen sie in jedem Mitgliedstaat, in dem sie Fahrzeuge erstmals auf dem Markt bereitstellen, einen Antrag auf Registrierung.

Die Hersteller reichen den Antrag auf Registrierung über ein elektronisches Datenverarbeitungssystem gemäß Absatz 8 Buchstabe a ein.

Die Hersteller stellen Fahrzeuge nur dann auf dem Markt eines Mitgliedstaats bereit, wenn sie oder – im Falle einer Bevollmächtigung – ***ihre*** Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung in diesem Mitgliedstaat registriert sind.

(3) Der Registrierungsantrag enthält die in Anhang IX aufgeführten Informationen. Die Mitgliedstaaten können erforderlichenfalls zusätzliche Informationen oder Unterlagen anfordern, um das Herstellerregister effizient zu nutzen.

(4) Abweichend von Absatz 3 des vorliegenden Artikels werden die in Anhang IX Nummer 1 Buchstabe d genannten Informationen entweder im Registrierungsantrag gemäß Absatz 3 des vorliegenden Artikels oder im Antrag auf Zulassung gemäß Artikel ***18*** bereitgestellt.

(5) Hat ein Hersteller eine Organisation für Herstellerverantwortung gemäß Artikel ***17 Absatz 1*** benannt, so erfüllt diese Organisation die sich aus dem vorliegenden Artikel ergebenden Pflichten entsprechend, sofern der Mitgliedstaat, in dem das Fahrzeug erstmals auf dem Markt bereitgestellt wurde, nichts anderes bestimmt.

(6) Die Pflichten gemäß diesem Artikel können im Namen des Herstellers von einem ▌Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung wahrgenommen werden.

Wird mehr als ein Hersteller in einem Mitgliedstaat durch einen Bevollmächtigten vertreten, so muss dieser Bevollmächtigte den Namen und die Kontaktdaten für jeden der vertretenen Hersteller getrennt angeben.

(7) Die Mitgliedstaaten können beschließen, dass das Registrierungsverfahren gemäß diesem Artikel und das Zulassungsverfahren gemäß Artikel ***18*** in einem einzigen Verfahren zusammengefasst werden, sofern der Zulassungsantrag die Anforderungen der Absätze 3 bis 6 des vorliegenden Artikels erfüllt.

(8) Die zuständige Behörde muss

a) auf ihrer Website Informationen über den Antragsvorgang über ein elektronisches Datenverarbeitungssystem bereitstellen,

b) Registrierungsanträgen innerhalb von höchstens zwölf Wochen ab dem Zeitpunkt, an dem alle gemäß den Absätzen 2 und 3 erforderlichen Informationen vorgelegt worden sind, stattgeben und eine Registrierungsnummer erteilen.

(9) Die zuständige Behörde kann

a) die Modalitäten bezüglich der Anforderungen und des Verfahrens der Registrierung festlegen, ohne den gemäß den Absätzen 2 und 3 festgelegten Anforderungen wesentliche Anforderungen hinzuzufügen,

b) von den Herstellern für die Bearbeitung der in Absatz 2 des vorliegenden Artikels ***und in Artikel 18 Absatz 1*** genannten Anträge kostenbasierte und verhältnismäßige Gebühren verlangen.

(10) Die zuständige Behörde kann die Registrierung eines Herstellers verweigern oder diese zurückziehen, wenn die in Absatz 3 des vorliegenden Artikels genannten Informationen und diesbezüglichen zum Nachweis dienenden Unterlagen nicht vorgelegt werden oder unzureichend sind oder wenn der Hersteller die in Anhang IX Nummer 1 Buchstabe d genannten Anforderungen nicht mehr erfüllt.

Die zuständige Behörde zieht die Registrierung des Herstellers zurück, wenn dieser nicht mehr besteht.

(11) Der Hersteller oder gegebenenfalls der ▌Bevollmächtigte des Herstellers für die erweiterte Herstellerverantwortung oder die im Namen der durch sie vertretenen Hersteller benannte Organisation für Herstellerverantwortung meldet der zuständigen Behörde unverzüglich alle Änderungen der in der Registrierung enthaltenen Informationen und die endgültige Einstellung der Bereitstellung der in der Registrierung genannten Fahrzeuge auf dem Markt im Hoheitsgebiet des betreffenden Mitgliedstaats.

(12) Der Hersteller oder gegebenenfalls der ▌Bevollmächtigte des Herstellers für die erweiterte Herstellerverantwortung oder die Organisation für Herstellerverantwortung meldet der für das Register zuständigen Behörde die Erfüllung der Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung.

Sind die im Herstellerregister enthaltenen Informationen nicht öffentlich zugänglich, stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass Anbieter von Online-Plattformen, über die Verbraucher Fernabsatzverträge mit Herstellern abschließen können, kostenlos Zugang zu diesen Informationen erhalten.

Artikel 20

Finanzielle Verantwortung der Hersteller

(1) Die vom Hersteller gezahlten finanziellen Beiträge decken die folgenden Kosten im Zusammenhang mit den Fahrzeugen, die der Hersteller erstmals im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats auf dem Markt bereitstellt:

a) die Kosten der Sammlung von Altfahrzeugen, die zur Erfüllung der Anforderungen der Artikel 23 bis 25 ***sowie für deren anschließenden effizienten Transport anfallen,*** und die Kosten der Behandlung von Altfahrzeugen, die zur Erfüllung der Anforderungen der Artikel 26 bis 30, 33 und 35 ***anfallen***, ***wobei*** die Einnahmen der Abfallbewirtschafter aus dem Verkauf von gebrauchten Ersatzteilen und gebrauchten Ersatzbauteilen, von schadstoffentfrachteteten Altfahrzeugen oder von Sekundärrohstoffen***, die aus solchen Teilen, Bauteilen und Werkstoffen gewonnen wurden, berücksichtigt werden und die Kosten auf einer Berechnung der Durchschnittskosten beruhen,***

b) die Kosten der Durchführung von Sensibilisierungskampagnen ***zur Aufklärung der Öffentlichkeit und*** zur Verbesserung der Sammlung von Altfahrzeugen,

c) die Kosten der Einrichtung des Mitteilungssystems gemäß Artikel 25,

d) die ***administrativen*** Kosten ***der Erhebung und Bereitstellung von Daten sowie*** der Berichterstattung an die zuständigen Behörden.

Für Fahrzeuge, die in den Geltungsbereich der Richtlinie 2000/53/EG fallen und vor dem … [Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] auf dem Markt bereitgestellt wurden, müssen abweichend von Unterabsatz 1 Buchstabe a und Absatz 2 des vorliegenden Artikels in Mitgliedstaaten, in denen die Hersteller gemäß Artikel 5 Absatz 4 Unterabsatz 2 der Richtlinie 2000/53/EG nicht alle, sondern nur einen wesentlichen Teil der Kosten tragen mussten, die von den Herstellern dieser Fahrzeuge zu leistenden finanziellen Beiträge einem Betrag entsprechen, der einen wesentlichen Teil der dort genannten Kosten ausmacht.

(2) Die finanziellen Beiträge der Hersteller, die das Fahrzeug erstmals im Hoheitsgebiets eines Mitgliedstaats auf dem Markt bereitstellen, decken im Verhältnis zu ihrem jeweiligen Marktanteil auch die in Absatz 1 Buchstabe a genannten Kosten im Zusammenhang mit Fahrzeugen, deren Hersteller in dem Mitgliedstaat, in dem das Fahrzeug zu einem Altfahrzeug wurde, nicht ermittelt werden kann oder nicht mehr existiert.

(3) Die finanziellen Beiträge der Hersteller, die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung auf dem Markt bereitstellen, decken nur die Kosten gemäß Absatz 1 Buchstabe a, die die Sammlung solcher Fahrzeuge und deren Schadstoffentfrachtung betreffen.

(4) Im Falle der individuellen Erfüllung der Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung stellen die Hersteller eine Garantie für Fahrzeuge, die sie erstmals im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats auf dem Markt bereitstellen. Diese Garantie stellt sicher, dass die Tätigkeiten nach Absatz 1 in Bezug auf diese Fahrzeuge finanziert werden***, auch bei endgültiger Einstellung der Tätigkeit oder Insolvenz.***

Die Höhe der Garantie wird von den Mitgliedstaaten, in denen das Fahrzeug erstmals auf dem Markt bereitgestellt wird, unter Berücksichtigung der in Artikel 21 festgelegten Kriterien bestimmt.

Die Garantie kann in Form einer Teilnahme des Herstellers an geeigneten Systemen für die Finanzierung der ***Bewirtschaftung*** von Altfahrzeugen, ***einer finanziellen Garantie oder einer gleichwertigen*** Versicherung ▌ gestellt werden.

(5) ***Wurde ein neues Fahrzeug im Rahmen einer Mehrstufen-Typgenehmigung typgenehmigt, so gilt der Hersteller des Basisfahrzeugs als Hersteller des vervollständigten Fahrzeugs und kann anteilige Beiträge von den*** Erzeugern ***anderer Teile, bei denen es sich nicht um das Basisfahrzeug handelt und die im Rahmen der Mehrstufen-Typgenehmigung typgenehmigt wurden, erheben. Diese anteiligen Beiträge decken nur die Kosten im Zusammenhang mit der*** Schadstoffentfrachtung ***gemäß Artikel 28 und der Entfernung von Teilen und Bauteilen gemäß Artikel 29.***

Kleinstunternehmen im Sinne von Artikel 2 Absatz 3 des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG[39] der Kommission sind von diesen Beiträgen befreit.

(6) Die zuständige Behörde überwacht in enger Zusammenarbeit mit den Herstellern, den Organisationen für Herstellerverantwortung und den Abfallbewirtschaftern

a) die durchschnittlichen Kosten der Sammlung, des Recyclings und der Behandlung sowie die Einnahmen der Abfallbewirtschafter,

b) die Höhe der finanziellen Beiträge, die die Hersteller an die Organisationen für Herstellerverantwortung zu zahlen haben, die im Falle der kollektiven Erfüllung der Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung benannt wurden, sodass die Kosten gerecht auf alle interessierten Wirtschaftsteilnehmer verteilt werden.

---

39 Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2003) 1422) (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2003/361/oj).

Artikel 21

Beitragsmodulation

(1) Im Falle einer kollektiven Erfüllung der Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung stellen die Organisationen für Herstellerverantwortung sicher, dass die von den Herstellern an sie gezahlten finanziellen Beiträge unter Berücksichtigung ***mindestens*** der folgenden Elemente angepasst werden:

a) Gewicht des Fahrzeugs ***ohne Elektrofahrzeugbatterien***,

▌

b) Recyclingfähigkeit und Wiederverwendbarkeit des Fahrzeugtyps, zu dem das Fahrzeug gehört, auf der Grundlage der Informationen gemäß Artikel 4, die der Typgenehmigungsbehörde übermittelt wurden,

c) Zeit, die zur Demontage des Fahrzeugs in einer zugelassenen Behandlungsanlage erforderlich ist, insbesondere für Teile und Bauteile, die vor dem Schreddern gemäß Artikel 29 entfernt werden müssen,

d) Anteil der Werkstoffe und Stoffe, die ein hochwertiges Recyclingverfahren verhindern ▌,

e) Prozentsatz des Rezyklatanteils der in den Artikeln 6 und 10 aufgeführten Werkstoffe, die in dem Fahrzeug verwendet wurden,

f) Vorhandensein und Menge von Stoffen gemäß Artikel 5 Absatz 4.

(2) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 51 delegierte Rechtsakte zur Ergänzung dieser Verordnung durch Festlegung detaillierter Vorschriften über die Anwendung der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels vorgesehenen Kriterien zu erlassen.

Artikel 22

Kostenzuweisungsmechanismus für Fahrzeuge, die in einem anderen Mitgliedstaat zum Altfahrzeug werden

(1) Wird ein Fahrzeug ***der Klasse M_1 oder N_1*** in einem anderen Mitgliedstaat als dem Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet das Fahrzeug ***in Verkehr gebracht wurde***, zum Altfahrzeug ***und kann im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats, in dem es zum Altfahrzeug wird, kein Hersteller ermittelt werden,*** so stellt der Erzeuger dieses Fahrzeugs ***ungeachtet Artikel 16 und Artikel 20 Absatz 2*** sicher, dass die ***Kosten*** der Abfallbewirtschaftungsvorgänge gemäß Artikel 20 ***Absatz 1 Buchstaben a und d***, die Abfallbewirtschaftern ▌ entstehen, gedeckt werden.

(2) ***Um seinen Verpflichtungen gemäß Absatz 1 nachzukommen, muss ein*** Erzeuger

a) durch einen schriftlichen Auftrag einen Bevollmächtigten ***für den grenzüberschreitenden Mechanismus*** in jedem Mitgliedstaat benennen ***und die zuständigen Behörden über die Benennungen unterrichten***, und

b) Mechanismen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den Abfallbewirtschaftern einrichten, die Abfallbewirtschaftungsvorgänge gemäß Artikel 20 ***Absatz 1 Buchstaben a und d*** durchführen.

Der Bevollmächtigte des Erzeuger ***gemäß Unterabsatz 1 Buchstabe a des vorliegenden Absatzes nimmt die Aufgaben wahr, die der*** Erzeuger ***in der entsprechenden Vollmacht festgelegt hat. Ein*** Erzeuger ***kann eine Organisation für Herstellerverantwortung als seinen Bevollmächtigten benennen.***

Ist ein Erzeuger ***außerhalb der Unio niedergelassen, so können dessen in Unterabsatz 1 Buchstaben a und b dieses Absatzes genannten Pflichten von dem gemäß Artikel 13 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2018/858 benannten Bevollmächtigten des*** Erzeugers ***in der Union erfüllt werden.***

(3) ***Die*** Erzeuger ***weisen ihren Herstellern die Einhaltung der in Absatz 2 genannten Anforderungen nach.***

(4) ***Die Hersteller stellen auf dem Markt eines Mitgliedstaats nur Fahrzeuge von*** Erzeugern ***bereit, die die Einhaltung der in Absatz 2 genannten Anforderungen nachgewiesen haben.***

(5) Der Mitgliedstaat, in dem das Fahrzeug zum Altfahrzeug wurde, überwacht die Einhaltung der Absätze 1 und 2 des vorliegenden Artikels durch die Erzeuger ***und ihre Bevollmächtigten.*** Die Überwachung stützt sich auf die Informationen über die Umsetzung der Absätze 1 und 2 des vorliegenden Artikels und insbesondere die Berechnung und Zuweisung der Kosten für die ***Bewirtschaftung*** von Altfahrzeugen gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels, die die Erzeuger ***und ihre Bevollmächtigten*** den zuständigen Behörden unter gebührender Berücksichtigung des Geschäftsgeheimnisses und anderer Bedenken hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit gemeldet haben und die von diesen überprüft wurden.

(6) Soweit dies erforderlich ist, um die Einhaltung dieses Artikels sicherzustellen und ***unter Berücksichtigung der Informationen, die von den Mitgliedstaaten im Rahmen der in den Absätzen 2 und 5 dieses Artikels genannten Kooperations- und Überwachungstätigkeiten bereitgestellt werden,*** wird der Kommission die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 51 dieser Verordnung delegierte Rechtsakte zu erlassen***.*** ***Diese Rechtsakte zielen insbesondere darauf ab, eine Verzerrung des Binnenmarkts zu vermeiden und gleiche Wettbewerbsbedingungen für innerhalb und außerhalb der Union niedergelassene Wirtschaftsteilnehmer zu gewährleisten. In den delegierten Rechtsakten können*** detaillierte Vorschriften über die Pflichten der Hersteller, ***insbesondere der außerhalb der Union niedergelassenen*** Erzeuger***,*** ***der Bevollmächtigten der*** Erzeuger***,*** der Hersteller, der Mitgliedstaaten und der Abfallbewirtschafter sowie über die Merkmale der in ***dem vorliegenden Artikel*** genannten Mechanismen festgelegt werden.

ABSCHNITT 3

SAMMLUNG VON ALTFAHRZEUGEN

Artikel 23

Sammlung von Altfahrzeugen

(1) Die Hersteller stellen sicher, dass alle Fahrzeuge, die sie erstmals im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats auf dem Markt bereitgestellt haben, gesammelt werden, wenn sie zu Altfahrzeugen werden.

(2) Für die Zwecke von Absatz 1 richten die Hersteller oder – sofern gemäß Artikel ***17 Absatz 1*** beauftragt – die Organisationen für Herstellerverantwortung ▌Sammelsysteme, einschließlich Sammelstellen, ein oder beteiligen sich an deren Einrichtung.

Die Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Hersteller oder – sofern gemäß Artikel 17 Absatz 1 benannt – die Organisationen für Herstellerverantwortung Sammelsysteme für alle Altfahrzeuge einrichten.

(3) Die Hersteller oder – sofern gemäß Artikel 17 Absatz 1 benannt – die Organisationen für Herstellerverantwortung stellen sicher, dass die in Absatz 2 des vorliegenden Artikels genannten Sammelsysteme

a) das gesamte Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats abdecken,

b) ***mit einer angemessenen*** Verfügbarkeit zugelassener Behandlungsanlagen ***oder Sammelstellen*** unter Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße und -dichte und der erwarteten Menge von Altfahrzeugen ***ausgestattet sind***, sodass sie nicht auf Gebiete beschränkt sind, in denen die Sammlung und die anschließende Bewirtschaftung am rentabelsten sind,

c) die Sammlung von Abfallteilen aus Reparaturen von Fahrzeugen sicherstellen,

d) die Sammlung von Altfahrzeugen ▌unabhängig von ihrer Herkunft ermöglichen,

e) die kostenlose Übergabe aller Altfahrzeuge an ***Sammelstellen oder*** zugelassene Behandlungsanlagen gemäß Artikel 24 Absatz 2 ermöglichen.

(4) Die Hersteller oder – sofern gemäß Artikel ***17 Absatz 1*** beauftragt – die Organisationen für Herstellerverantwortung ***veröffentlichen die Liste der Sammelstellen und zugelassenen*** Behandlungsanlagen ***auf ihren Websites und aktualisieren diese regelmäßig und*** führen Aufklärungskampagnen durch, mit denen ***die Sammelsysteme*** für Altfahrzeuge bekannt gemacht werden und über die Umweltauswirkungen einer unsachgemäßen Sammlung und Handhabung von Altfahrzeugen informiert wird. ***Die Mitgliedstaaten können vorschreiben, dass die Aufklärungskampagnen innerhalb des Mitgliedstaats in Zusammenarbeit sowohl mit den Herstellern oder – sofern gemäß Artikel 17 Absatz 1 beauftragt – den Organisationen für Herstellerverantwortung als auch den zuständigen Behörden koordiniert werden.***

(5) Die Mitgliedstaaten können anderen ***Sammelstellen*** als zugelassenen Behandlungsanlagen gestatten, ▌Altfahrzeuge ***zu sammeln***.

▌

Die Sammelstellen müssen von der zuständigen Behörde eine Genehmigung gemäß Artikel 23 der Richtlinie 2008/98/EG einholen und die in dieser Genehmigung festgelegten Bedingungen erfüllen. Um eine Genehmigung zu erteilen, überprüft die zuständige Behörde, dass diese Anlage oder dieses Unternehmen über die Kapazitäten verfügt, die erforderlich sind, um die folgenden Pflichten zu erfüllen:

a) ***Sammlung von Altfahrzeugen und ihre vorübergehende Lagerung gemäß Anhang VIII Teil A,***

b) ***Vorbereitung der Verbringung der gesammelten Altfahrzeuge in zugelassene*** Behandlungsanlagen***, indem das unbeabsichtigte Austreten von Flüssigkeiten und der unbefugte Zugang zur Sammelstelle verhindert werden,***

▌

c) Gewährleistung, dass alle gesammelten Altfahrzeuge innerhalb ***von zwei Monaten*** nach Erhalt des Altfahrzeugs in eine zugelassene Behandlungsanlage verbracht werden.

▌

(6) Die ***Sammelstellen*** stellen dem Fahrzeugeigner ein Dokument in elektronischer Form aus, mit dem der Erhalt des Altfahrzeugs bestätigt wird, und übermitteln es den zuständigen Behörden des Mitgliedstaats, einschließlich der gemäß Artikel 14 benannten zuständigen Behörden, im Wege eines gemäß Artikel 25 Absatz 2 festgelegten elektronischen Mitteilungsverfahren.

▌

Artikel 24

Übergabe von Altfahrzeugen

(1) ***Ein Fahrzeugeigner, dessen Fahrzeug zu einem Altfahrzeug wird, sowie jeder im Namen des Fahrzeugeigners handelnde Wirtschaftsteilnehmer übergibt das Fahrzeug unverzüglich an eine zugelassene*** Behandlungsanlage ***oder an eine Sammelstelle. Diese Pflicht gilt nicht für Wohnmobile gemäß Anhang I Teil A Nummer 5.1 der Verordnung (EU) 2018/858, die zu Altfahrzeugen geworden sind, solange diese Fahrzeuge zu Wohnzwecken verwendet werden.***

Alle Altfahrzeuge***, für die kein Eigner ermittelt werden kann,*** werden zur Verwertung an zugelassene Behandlungsanlagen übergeben.

(2) Die Übergabe eines Altfahrzeugs an eine zugelassene Behandlungsanlage ***oder eine Sammelstelle*** ist für den letzten Eigner eines Fahrzeugs kostenlos, es sei denn, dem Altfahrzeug fehlen wesentliche Fahrzeugteile oder -bauteile ▌ oder es enthält Abfälle, die dem Altfahrzeug hinzugefügt wurden.

(3) Wesentliche Teile im Sinne dieses Artikels sind insbesondere

a) Elektroantriebsmotoren,

b) Elektrofahrzeugbatterien,

c) Motoren,

d) mehrere große Teile des Aufbaus.

(4) Im Falle einer fehlenden Elektrofahrzeugbatterie bleibt die Übergabe des Altfahrzeugs kostenlos, wenn der letzte Eigner des Fahrzeugs Unterlagen vorlegt, mit denen belegt wird, dass die Elektrofahrzeugbatterie von einem Unternehmer gemäß der Verordnung (EU) 2023/1542 behandelt wurde.

(5) Bei Fahrzeugen, die von Versicherungsgesellschaften als technischer Totalschaden eingestuft wurden, ist die Übergabe solcher Altfahrzeuge auch dann kostenlos, wenn die in Absatz 2 genannten wesentlichen Teile fehlen.

Artikel 25

Verwertungsnachweis

(1) Zugelassene Behandlungsanlagen stellen dem letzten Fahrzeugeigner ***bei der Übergabe des Altfahrzeugs an die zugelassene*** Behandlungsanlage einen Verwertungsnachweis aus. Der Verwertungsnachweis ***wird nach dem Muster in Anhang X ausgestellt***.

(2) Der Verwertungsnachweis wird in elektronischer Form ausgestellt und den zuständigen Behörden des Mitgliedstaats, einschließlich der nach Artikel 14 benannten zuständigen Behörden, über ein elektronisches Mitteilungsverfahren übermittelt. ***Die zugelassene*** Behandlungsanlage ***stellt dem letzten Fahrzeugeigner und jedem im Namen des Fahrzeugeigners handelnden Wirtschaftsteilnehmer eine Kopie der elektronischen Mitteilung zur Verfügung.***

(3) Ist das Altfahrzeug, für das in einem Mitgliedstaat ein Verwertungsnachweis ausgestellt wurde, in einem anderen Mitgliedstaat zugelassen, so teilen die ***zuständigen*** Behörden, ***die von dem*** Mitgliedstaat ***benannt wurden***, in dem der Verwertungsnachweis ausgestellt wurde, den zuständigen Behörden, ***die von dem*** Mitgliedstaat ***benannt wurden***, in dem das Fahrzeug zugelassen ist, mit, dass für das betreffende Fahrzeug ein Verwertungsnachweis ausgestellt wurde.

(4) Die zuständigen ***Fahrzeugzulassungsbehörden*** heben die Zulassung eines Altfahrzeugs erst auf, nachdem sie den Verwertungsnachweis für dieses Fahrzeug erhalten haben.

(5) Die in einem Mitgliedstaat ausgestellten Verwertungsnachweise werden von allen anderen Mitgliedstaaten anerkannt.

ABSCHNITT 4

BEHANDLUNG VON ALTFAHRZEUGEN

Artikel 26

Pflichten zugelassener Behandlungsanlagen

(1) Zugelassene Behandlungsanlagen stellen sicher, dass alle Altfahrzeuge und ihre Teile, Bauteile und Werkstoffe sowie Abfallteile aus Reparaturen von Fahrzeugen gemäß den in ihren Genehmigungen festgelegten Bedingungen sowie im Einklang mit dieser Verordnung angenommen und behandelt werden. ***Die Behandlung von Altfahrzeugen kann einzeln von einer zugelassenen*** Behandlungsanlage ***oder – mit Ausnahme der Schadstoffentfrachtung – in Zusammenarbeit mit anderen zugelassenen*** Behandlungsanlagen ***durchgeführt werden.***

▌

(2) Zugelassene Behandlungsanlagen

a) lagern alle Altfahrzeuge und deren Teile, Bauteile und Werkstoffe – auch vorübergehend – entsprechend den Mindestanforderungen gemäß Anhang VIII Teil A,

b) schadstoffentfrachten alle Altfahrzeuge gemäß Artikel 28 und den in Anhang VIII Teil B festgelegten Mindestanforderungen,

c) entfernen die in Anhang VIII Teil C aufgeführten Teile und Bauteile ***gemäß Artikel 29 und 30*** aus dem Altfahrzeug,

d) behandeln alle Altfahrzeuge und ihre Teile, Bauteile und Werkstoffe im Einklang mit ***den Artikeln 27 bis 31, 33, 34 und 35 und Anhang VIII dieser Verordnung***, der Abfallhierarchie und den allgemeinen Anforderungen des Artikels 4 der Richtlinie 2008/98/EG**,**

e) wenden gegebenenfalls die besten verfügbaren Techniken im Sinne von Artikel 3 Nummer 10 der Richtlinie 2010/75/EU an,

▌

f) behandeln das erhaltene Altfahrzeug innerhalb von zwölf Monaten nach dem Übergabedatum.

Zusätzlich zu den Anforderungen gemäß Artikel 35 der Richtlinie 2008/98/EG speichern die zugelassenen Behandlungsanlagen die Aufzeichnungen über ***alle*** zur Behandlung der Altfahrzeuge durchgeführten Vorgänge ***gemäß Unterabsatz 1 Buchstabe a bis e des vorliegenden Absatzes*** drei Jahre lang elektronisch und können diese Informationen auf Verlangen der einschlägigen nationalen Behörden vorlegen.

(3) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 51 delegierte Rechtsakte zur Änderung des Anhangs VIII zu erlassen, um die Mindestanforderungen an die Verwertung von Altfahrzeugen an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt ***bei Behandlungstechnologien*** anzupassen***, wozu Folgendes gehört:***

a) Hinzufügung, Streichung oder Änderung der in Anhang VIII Teil C aufgeführten Teile und Bauteile,

b) Überprüfung der Zielwerte für die in Anhang VIII Teil G Nummer 2 aufgeführten Outputfraktionen,

c) Erweiterung der Liste der Arten der Aluminiumlegierungen in Anhang VIII Teil G Nummer 2 Buchstaben b und c,

d) Aufnahme von Qualitätsanforderungen, um die Trennung von recyclingfähigen Kunststoffen zu verbessern, und Aufnahme von Zielwerten für die nachfolgenden Recyclingtechnologien, die für Anhang VIII Teil G Nummer 2 gelten.

(4) Die Mitgliedstaaten regen zugelassene Behandlungsanlagen dazu an, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 zertifizierte Umweltmanagementsysteme einzuführen ***und Betriebsprüfungen durchzuführen***.

Artikel 27

Allgemeine Anforderungen an das Schreddern

(1) Ab dem … [erster Tag des Monats 36 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] verlangen zugelassene Behandlungsanlagen und andere Abfallbewirtschafter***, die Schredderprozesse ausführen,*** dass die ihnen zum Schreddern übergebenen Altfahrzeuge ***oder die ihnen zum Schreddern oder Zerteilen übergebenen großen strukturellen Teile und Bauteile der Fahrgestelle oder Aufbauten von Altfahrzeugen der Klassen N_2, N_3, M_2, M_3 und O***

a) ***gemäß Artikel 28*** schadstoffentfrachtet ***wurden und deren Teile und Bauteile gemäß Artikel 29 entfernt wurden und***

b) ihnen eine Kopie des Verwertungsnachweises ***beigefügt ist***, der für das betreffende Altfahrzeug ausgestellt wurde.

(2) Zugelassene Behandlungsanlagen und Abfallbewirtschafter, die ***Schredderprozesse ausführen und*** Altfahrzeuge erhalten, die nicht den Anforderungen gemäß Absatz 1 entsprechen,

a) melden den Verstoß an die zuständige Behörde***, einschließlich des Namens und der Kontaktdaten der natürlichen oder juristischen Person, die das Altfahrzeug zum Schreddern an die zugelassene*** Behandlungsanlage ***oder einen anderen Abfallbewirtschafter übergeben hat,***

b) sehen davon ab, diese Altfahrzeuge bei ihren Schredderprozessen zu verwenden, es sei denn, die zuständige Behörde genehmigt diese Vorgänge***, oder bis die erforderlichen Schritte zur Behandlung des Altfahrzeugs gemäß Artikel 28 und 29 und zur Ausstellung eines Verwertungsnachweises gemäß Artikel 25 unternommen wurden.***

(3) ***Zugelassene*** Behandlungsanlagen ***und*** Abfallbewirtschafter, die Altfahrzeuge schreddern, dürfen Altfahrzeuge, ihre Teile, Bauteile und Werkstoffe ***nur dann mit anderen Abfällen, einschließlich*** Verpackungsabfällen und Elektro- und Elektronik-Altgeräten vermischen***, wenn die Kriterien und Grenzwerte des Anhangs VIII Teil G Nummern 1 und 2 eingehalten werden.***

Artikel 28

Schadstoffentfrachtung eines Altfahrzeugs

(1) ***Innerhalb von 30 Tagen*** nach der Übergabe eines Altfahrzeugs an die zugelassene Behandlungsanlage schadstoffentfrachtet dieses Fahrzeug, bevor es weiterbehandelt wird, wobei die Mindestanforderungen gemäß Anhang VIII Teil B einzuhalten sind.

(2) Die in Anhang VIII Teil B aufgeführten Fluide und Flüssigkeiten werden gemäß den Anforderungen in Anhang VIII Teil A getrennt gesammelt und gelagert. Altöl wird getrennt von anderen Fluiden und Flüssigkeiten gesammelt und gelagert und gemäß Artikel 21 der Richtlinie 2008/98/EG behandelt.

(3) Teile, Bauteile und Werkstoffe, die in Artikel 5 Absatz 4 der vorliegenden Verordnung genannte Stoffe enthalten, werden aus Altfahrzeugen entfernt und gemäß Artikel 17 der Richtlinie 2008/98/EG behandelt.

(4) Die Batterien werden gemäß Artikel 70 Absatz 3 der Verordnung (EU) ***2023/1542*** getrennt aus Altfahrzeugen entfernt und für die Weiterbehandlung in einem eigens dafür eingerichteten Bereich gelagert.

(5) Die Teile, Bauteile und Werkstoffe, die schadstoffentfrachtet wurden, werden gemäß den Artikeln 18 und 19 der Richtlinie 2008/98/EG behandelt und gekennzeichnet.

(6) Die zugelassene Behandlungsanlage dokumentiert die Schadstoffentfrachtung von Altfahrzeugen, indem sie die in Anhang VIII Teil B Nummer 4 aufgeführten Informationen erfasst***, und übermittelt diese Informationen für jedes Kalenderjahr der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats***.

Artikel 29

Obligatorische Entfernung von Teilen und Bauteilen zur Wiederverwendung, ***Wiederaufarbeitung, Überholung*** und zum Recycling vor dem Schreddern

(1) Ab dem … [erster Tag des Monats 36 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] stellen die zugelassenen Behandlungsanlagen sicher, dass die in Anhang VIII Teil C aufgeführten Teile und Bauteile vor dem Schreddern ***oder der Kompaktierung*** aus einem Altfahrzeug entfernt werden, nachdem die in Artikel 28 genannten Maßnahmen zur Schadstoffentfrachtung des Fahrzeugs abgeschlossen sind.

In Anhang VIII Teil C aufgeführte Teile und Bauteile mit Wiederverwendungs-, Wiederaufarbeitungs- oder Überholungspotenzial werden von den zugelassenen Behandlungsanlagen ***zerstörungsfrei entfernt.***

Unterabsatz 2 des vorliegenden Artikels gilt nicht, wenn eine zugelassene Behandlungsanlage ***nachweist, dass die manuelle Demontage oder die halbautomatisierte oder automatisierte zerstörungsfreie Zerlegung der in Anhang VIII Teil C aufgeführten Teile und Bauteile unverhältnismäßige wirtschaftliche Kosten verursacht, die nicht durch die erwarteten Einnahmen aus der Wiederverwendung, Wiederaufarbeitung oder Überholung dieser Teile und Bauteile ausgeglichen werden können.***

(2) ***Eine zugelassene*** Behandlungsanlage ***ist nicht verpflichtet, die in Anhang VIII Teil C aufgeführten Teile und Bauteile, mit Ausnahme derjenigen, die gemäß*** Absatz 1 ***des vorliegenden Artikels zerstörungsfrei entfernt werden müssen, zu entfernen,*** wenn sie nachweist, dass die Post-Schredder-Technologie Werkstoffe von den in Anhang VIII Teil C ***Spalte 2*** aufgeführten Teilen und Bauteilen ebenso effizient trennt wie manuelle Demontageverfahren oder halbautomatisierte oder automatisierte Zerlegungsverfahren ***und dass die Kriterien und Grenzwerte von Anhang VIII Teil G Nummern 1 und 2 erfüllt sind.***

Für die Zwecke von Unterabsatz 1 stellt die zugelassene Behandlungsanlage die in Anhang VIII Teil G ***Nummer 3*** aufgeführten Informationen bereit.

(3) Zusätzlich zu den Verpflichtungen gemäß Artikel 35 der Richtlinie 2008/98/EG führen die zugelassenen Behandlungsanlagen Aufzeichnungen über die Altfahrzeuge, die ohne vorherige Entfernung von Teilen, Bauteilen und Werkstoffen gemäß Absatz 2 des vorliegenden Artikels verarbeitet werden, einschließlich des Namens und der Anschrift der Behandlungsanlagen und der FIN der betreffenden Altfahrzeuge.

Die zugelassenen Behandlungsanlagen übermitteln der zuständigen Behörde die Informationen aus den in Unterabsatz 1 genannten Aufzeichnungen gemäß Artikel 50 Absatz 6.

Artikel 30

Anforderungen an entfernte Teile und Bauteile

(1) Alle Teile und Bauteile, die gemäß Artikel 29 Absatz 1 aus einem Altfahrzeug entfernt wurden, werden bewertet, um festzustellen, ob sie geeignet sind für

a) die Wiederverwendung gemäß Anhang VIII Teil D Nummer 1 Buchstabe a,

b) die Wiederaufarbeitung oder Überholung gemäß Anhang VIII Teil D Nummer 1 Buchstabe b,

c) das Recycling oder

d) sonstige Behandlungsvorgänge unter Berücksichtigung der spezifischen Behandlungsanforderungen in Anhang VIII Teil F.

▌

Bei der Bewertung werden insbesondere die technische Machbarkeit der in Unterabsatz 1 genannten Verfahren und die Anforderungen an die Fahrzeugsicherheit berücksichtigt.

▌

(2) Die entfernten Teile und Bauteile, die zur Wiederverwendung, Wiederaufarbeitung oder Überholung geeignet sind, werden

a) im Einklang mit Anhang VIII Teil D Nummer 2 gekennzeichnet, und

▌

b) angemessen vor Beschädigungen während des Transports sowie des Be- und Entladens geschützt.

▌

(3) Die in Anhang VIII Teil E aufgeführten Teile und Bauteile dürfen nicht wiederverwendet werden***, es sei denn, die technische Bewertung gemäß Absatz 1 bestätigt, dass die Verwendung dieser Teile und Bauteile den geltenden Fahrzeuganforderungen der Verordnungen (EU) 2018/858 und (EU) Nr. 168/2013 entspricht. Diese Teile und Bauteile dürfen nur dann zur Wiederverwendung an einen anderen Wirtschaftsteilnehmer weitergegeben werden, wenn vorgesehen ist, dass sie von einem qualifizierten Reparatur- und Wartungsunternehmen eingebaut werden.***

(4) Die aus Altfahrzeugen oder bei Reparatur- und Wartungsvorgängen entfernten Teile und Bauteile, die für die Wiederverwendung, Wiederaufarbeitung oder Überholung geeignet sind, gelten nicht als Abfall. Zugelassene Behandlungsanlagen ***stellen den zuständigen nationalen Behörden auf Anfrage Folgendes zur Verfügung:***

a) die Unterlagen zur Bestätigung der Bewertung gemäß Absatz 1, aus denen hervorgeht, dass die Teile und Bauteile für die Zwecke der Wiederverwendung, Wiederaufarbeitung oder Überholung geeignet sind, und

b) eine Kopie der Rechnung oder des Vertrags im Zusammenhang mit der Übergabe dieser Teile und Bauteile.

(5) ***Der vorliegende Artikel gilt nicht für Batterien, für die die Verordnung (EU) 2023/1542 gilt.***

(6) ***Zugelassene*** Behandlungsanlagen ***stellen sicher, dass entfernte Teile und Bauteile, die nicht zur Wiederverwendung, Wiederaufarbeitung oder Überholung geeignet sind, einer Behandlung gemäß Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstaben c und d zugeführt werden.***

Artikel 31

Handel mit gebrauchten, wiederaufgearbeiteten oder überholten Teilen und Bauteilen

(1) Ab dem … [erster Tag des Monats 36 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] ***stellt jeder Wirtschaftsteilnehmer,*** der gebrauchte, wiederaufgearbeitete oder überholte Ersatzteile und -bauteile ***verkauft***, sicher***, dass die Teile und Bauteile die von zugelassenen*** Behandlungsanlagen ***gemäß Artikel 30 Absatz 2 Buchstabe a angebrachte Kennzeichnung enthalten.***

(2) ***Beim Verkauf von gebrauchten, wiederaufgearbeiteten oder überholten Teilen und Bauteilen an Verbraucher stellen die Wirtschaftsteilnehmer sicher, dass diese Teile und Bauteile die erforderlichen Funktionen und die erforderliche Leistung bei herkömmlicher Verwendung aufrechterhalten und die sonstigen Anforderungen erfüllen können, die gemäß der Richtlinie (EU) 2019/771 für die verkauften Waren gelten.***

(3) Die Anforderungen an Wirtschaftsteilnehmer gemäß Absatz 1 und 2 gelten unabhängig von der verwendeten Handelsmethode, auch für Online-Verkäufe.

Artikel 32

Wiederverwendung, Wiederaufarbeitung und Überholung von Teilen und Bauteilen

(1) Ab dem … [erster Tag des Monats 36 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] gewähren die Mitgliedstaaten die erforderlichen Anreize, um die Wiederverwendung, Wiederaufarbeitung, ***Nachrüstung*** und Überholung von Teilen und Bauteilen zu fördern, unabhängig davon, ob sie während der Nutzungsphase oder am Ende der Lebensdauer eines Fahrzeugs entfernt wurden.

Die Anreize nach Unterabsatz 1 können Folgendes umfassen:

a) eine Anforderung an Wartungs- und Reparaturunternehmen, Kunden neben der Reparatur eines Fahrzeugs mit neuen Teilen und Bauteilen auch die Reparatur des Fahrzeugs mit gebrauchten, wiederaufgearbeiteten oder überholten Ersatzteilen und -bauteilen anzubieten, sofern eine solche Anforderung so formuliert ist, dass Kleinst- und Kleinunternehmen keine übermäßigen Kosten oder Verwaltungslasten entstehen,

b) die Nutzung wirtschaftlicher Anreize ***zur Ankurbelung des Marktes*** für gebrauchte, wiederaufgearbeitete oder überholte Ersatzteile und -bauteile. ▌

(2) Die Mitgliedstaaten nehmen die in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Anreize in die gemäß Artikel 29 der Richtlinie 2008/98/EG vorgeschriebenen Abfallvermeidungsprogramme auf.

(3) Die Kommission erleichtert den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten in Bezug auf die Anreize gemäß Absatz 1.

Die Kommission überwacht die Wirksamkeit der von den Mitgliedstaaten gewährten Anreize.

Artikel 33

Zielvorgaben für die Wiederverwendung, das Recycling und die Verwertung

(1) Ab dem … [erster Tag des Kalenderjahres 36 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] ***ergreifen*** die Mitgliedstaaten ***die erforderlichen Maßnahmen, damit die Hersteller oder – sofern gemäß Artikel 17 Absatz 1 benannt – die Organisationen für Herstellerverantwortung sicherstellen, dass*** die Abfallbewirtschafter die folgenden Zielvorgaben erreichen:

a) Zusammen berechnet werden mindestens 95 % des durchschnittlichen Fahrzeuggewichts pro Jahr (ohne Batterien) wiederverwendet und verwertet,

b) zusammen berechnet werden mindestens 85 % des durchschnittlichen Fahrzeuggewichts pro Jahr (ohne Batterien) wiederverwendet und recycelt.

(2) Ab dem … [erster Tag des Kalenderjahres 60 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens der Verordnung] ***ergreifen*** die Mitgliedstaaten ***die erforderlichen Maßnahmen, damit die Hersteller oder – sofern gemäß Artikel 17 Absatz 1 benannt – die Organisationen für Herstellerverantwortung*** sicherstellen, dass die Abfallbewirtschafter eine jährliche Zielvorgabe für das Recycling von Kunststoffen von mindestens 30 % des ***durchschnittlichen*** Gesamtgewichts der ***Kunststoffe aus Altfahrzeugen*** erreichen.

Das Gewicht des recycelten Kunststoffs und das Gesamtgewicht der in Unterabsatz 1 genannten Kunststoffe schließt Elastomere, Duroplaste, mit Ausnahme der zur Polsterung verwendeten Polyurethan-Schaumstoffe, und Kunststoffe aus, die in Artikel 7 der Verordnung (EU) 2019/1021 genannte Stoffe enthalten oder durch sie verunreinigt sind, wenn die Schwellenwerte in Anhang IV der genannten Verordnung überschritten werden.

Artikel 34

Verbot der Deponierung von Nicht-Inertabfällen

Ab dem … [erster Tag des Monats 36 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] dürfen ***die nach der Behandlung verbleibenden Schredderschwer- und Schredderleichtfraktionen*** von Altfahrzeugen, die Nicht-Inertabfälle enthalten, in einer Deponie nicht angenommen werden***, wenn sie die in Anhang VIII Teil G Nummer 2 Buchstaben d und e festgelegten Grenzwerte überschreiten.***

Artikel 35

Verbringung von Altfahrzeugen

(1) Die Behandlung von Altfahrzeugen kann ***außerhalb des betreffenden Mitgliedstaats oder*** außerhalb der Union erfolgen, sofern die Verbringung von Altfahrzeugen ***oder Abfällen, die bei ihrer Behandlung anfallen,*** im Einklang mit der Verordnung (EU) ***2024/1157*** erfolgt.

▌

(2) Die Verbringung von Altfahrzeugen aus der Union in ein Drittland gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels wird nur dann auf die Erfüllung der Pflichten und Zielvorgaben gemäß Artikel 33 angerechnet, wenn der Exporteur der Altfahrzeuge von der zuständigen Behörde am Bestimmungsort bestätigte schriftliche Nachweise vorlegt, aus denen hervorgeht, dass die Behandlung unter Bedingungen erfolgt ist, die ***als*** den Anforderungen dieser Verordnung und den in anderen Rechtsvorschriften der Union festgelegten Anforderungen an den Schutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit gleichwertig ***gelten***.

▌

Kapitel V

Übertragung des Eigentums und Unterscheidung zwischen Gebrauchtfahrzeugen und Altfahrzeugen

Artikel 36

Übertragung des Eigentums an Gebrauchtfahrzeugen innerhalb der Union

(1) Für die Zwecke der Übertragung des Eigentums an einem Gebrauchtfahrzeug ***innerhalb der Union*** muss ***ein Wirtschaftsteilnehmer*** jeder natürlichen oder juristischen Person, die am Erwerb des Eigentums an dem betreffenden Fahrzeug interessiert ist, ***unabhängig von der verwendeten Handelsmethode, einschließlich spezieller Auktionen für Wirtschaftsteilnehmer, Fernabsatzverträgen oder Online-Plattformen, die Unterlagen vorlegen, aus denen hervorgeht, dass es sich nicht um ein Altfahrzeug handelt. Aus diesen Unterlagen muss hervorgehen, dass es sich um ein verkehrssicheres Fahrzeug handelt, oder sie müssen eine Bewertung gemäß Anhang I umfassen, aus der hervorgeht,*** dass es sich nicht um ein Altfahrzeug handelt.

(2) Für die Zwecke der Übertragung des Eigentums an einem Gebrauchtfahrzeug innerhalb der Union sind natürliche Personen, die keine Wirtschaftsteilnehmer sind, nur dann zur Vorlage der in Absatz 1 genannten Unterlagen verpflichtet, wenn

a) das Fahrzeug von einer Versicherungsgesellschaft als wirtschaftlicher Totalschaden eingestuft wird,

b) der Verkauf vollständig über eine Online-Plattform abgeschlossen wird, ohne dass eine physische Übergabe des Fahrzeugs zwischen Verkäufer und Käufer oder einer in deren Namen handelnden Person stattfindet.

Artikel 37

Fahrzeugstatus

(1) Bei der Bewertung des Schadens an einem Fahrzeug, das an einem Unfall beteiligt war, beurteilt die Versicherungsgesellschaft oder ein anderer Kfz-Sachverständiger, der die Bewertung in ihrem Namen durchführt, ob es sich bei dem Fahrzeug um ein Altfahrzeug gemäß Anhang I handelt.

(2) Bei Zweifeln, ob es sich bei einem Gebrauchtfahrzeug um ein Altfahrzeug handelt, können die zuständigen Behörden vom Fahrzeugeigner verlangen, Unterlagen darüber vorzulegen, dass es sich bei dem betreffenden Fahrzeug nicht um ein Altfahrzeug handelt. Diese Unterlagen bestehen aus einer Bewertung gemäß Anhang I oder einer gültigen Prüfbescheinigung.

(3) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 51 dieser Verordnung delegierte Rechtsakte zur Änderung dieser Verordnung durch die Streichung der in Anhang I aufgeführten Kriterien zu erlassen, anhand derer bestimmt wird, ob ein Gebrauchtfahrzeug ein Altfahrzeug ist, sofern der technologische Fortschritt im Bereich der Verfolgbarkeit, der Reparierbarkeit und der Sicherheit eine Begrenzung der Fälle rechtfertigt, in denen das Fahrzeug als Altfahrzeug gilt.

Kapitel VI

Ausfuhr von Gebrauchtfahrzeugen in Drittländer

Artikel 38

Zuständige Behörde für die Ausfuhr von Gebrauchtfahrzeugen in Drittländer

(1) Die Mitgliedstaaten benennen eine oder mehrere zuständige Behörden, die für die sich aus diesem Kapitel ergebenden Verpflichtungen verantwortlich sind.

(2) Bis zum … [letzter Tag des Monats 12 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission die Namen und Anschriften der gemäß Absatz 1 benannten zuständigen Behörden. Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission unverzüglich über etwaige Änderungen bei den Namen oder Anschriften dieser zuständigen Behörden.

Artikel 39

Kontrollen und Anforderungen für die Ausfuhr von Gebrauchtfahrzeugen

(1) Ab dem … [erster Tag des Monats ***60*** Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] unterliegen zur Ausfuhr bestimmte Gebrauchtfahrzeuge den Kontrollen und Anforderungen gemäß diesem ***Kapitel***.

(2) ***Dieses Kapitel*** lässt andere Bestimmungen dieser Verordnung sowie andere Rechtsakte der Union über die Überlassung von Waren zur Ausfuhr, insbesondere die Verordnung (EU) Nr. 952/2013 und ihre Artikel 46, 47, 267 und 269, unberührt.

(3) Gebrauchtfahrzeuge dürfen nur ausgeführt werden, wenn sie

a) keine Altfahrzeuge ▌ sind ***und***

b) ***zum Zeitpunkt der Abgabe der Ausfuhranmeldung*** verkehrssicher ***sind, es sei denn, sie wurden gemäß Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe f und Anhang II als Fahrzeuge von besonderem kulturellem Interesse anerkannt***.

(4) Die folgenden Informationen werden den Zollbehörden für jedes Gebrauchtfahrzeug, das ausgeführt werden soll, bereitgestellt oder zugänglich gemacht:

a) die FIN des Gebrauchtfahrzeugs und eine Angabe des Mitgliedstaats, in dem das Fahrzeug zuletzt zugelassen war,

b) eine Erklärung, in der bestätigt wird, dass das Gebrauchtfahrzeug die Anforderungen des Absatzes 3 ***des vorliegenden Artikels*** erfüllt ***oder eine Bescheinigung gemäß Anhang II***.

(5) Zur Überprüfung der Einhaltung dieses ***Kapitels*** über die Freigabe eines Gebrauchtfahrzeugs für die Ausfuhr

a) tauschen die Zollbehörden, bis die Verbindung nach Artikel 46 Absatz 4 einsatzbereit ist, Informationen aus und arbeiten mit den zuständigen Behörden gemäß Artikel 45 zusammen und berücksichtigen erforderlichenfalls diesen Informationsaustausch und die Zusammenarbeit, damit ein Gebrauchtfahrzeug zur Ausfuhr überlassen werden kann,

b) finden Artikel 40, Artikel 41 Absätze 2 und 3 sowie Artikel 43 Absatz 3 Anwendung und erfolgen Mitteilungen und ein sonstiger Austausch gemäß den Artikeln 42, 43 und 44 über diese elektronischen Systeme, sobald die Verbindung gemäß Artikel 46 Absatz 4 einsatzbereit ist.

(6) Ein zur Ausfuhr bestimmtes Gebrauchtfahrzeug wird nicht Gegenstand

[redacted]

a) einer Anschreibung in der Buchführung des Anmelders gemäß Artikel 182 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013,

b) einer Eigenkontrolle gemäß Artikel 185 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013.

[redacted]

Artikel 40

Automatisierte Überprüfung der Informationen über den Fahrzeugstatus

(1) Vor der Überlassung ***eines Gebrauchtfahrzeugs*** zur Ausfuhr überprüfen die Zollbehörden elektronisch und automatisch über die in Artikel 46 ***Absatz 4*** genannten elektronischen Systeme, ob das Fahrzeug auf der Grundlage der FIN und der Angaben zum Mitgliedstaat der letzten Zulassung verkehrssicher ist. ***Diese Verpflichtung gilt nicht in Bezug auf Fahrzeuge, die gemäß Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe f und Anhang II dieser Verordnung als Fahrzeuge von besonderem kulturellem Interesse anerkannt wurden.***

(2) Entsprechen die den Zollbehörden übermittelten oder zur Verfügung gestellten Informationen nicht den Angaben in den nationalen Fahrzeugregistern und den nationalen elektronischen Systemen für die technische Überwachung gemäß Absatz 1, so überlassen die Zollbehörden das Fahrzeug nicht zur Ausfuhr und setzen ***die betroffene natürliche oder juristische Person*** über diese Systeme davon in Kenntnis.

Artikel 41

Risikomanagement und Zollkontrollen

(1) Zur Durchsetzung der Bestimmungen des Artikels 39 führen die Zollbehörden Kontrollen von zur Ausfuhr bestimmten Gebrauchtfahrzeugen gemäß den ***Bestimmungen zu Risikomanagement und Zollkontrollen*** der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 durch. Unbeschadet des Artikels 40 der vorliegenden Verordnung stützen sich diese Kontrollen in erster Linie auf eine Risikoanalyse gemäß der Verordnung (EU) Nr. 952/2013.

(2) Zusätzlich zu dem in Absatz 1 genannten Risikomanagement ***enthalten*** die in Artikel 46 Absatz 1 genannten elektronischen Systeme, sobald die Verbindung nach Artikel 46 einsatzbereit ist***, die Informationen, und die Zollbehörden überprüfen automatisch und elektronisch über die in Artikel 46 Absatz 4 genannte Verbindung,*** ob ein zur Ausfuhr bestimmtes Gebrauchtfahrzeug bestimmte Bedingungen im Zusammenhang mit dem Schutz der Umwelt oder der Straßenverkehrssicherheit gemäß Absatz 3 des vorliegenden Artikels erfüllt.

(3) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 51 delegierte Rechtsakte zu erlassen, um diese Verordnung durch Festlegung der in Absatz 2 des vorliegenden Artikels genannten Konformitätsbedingungen zu ergänzen, diem sich auf spezifische Bedingungen für die Einfuhr von Gebrauchtfahrzeugen durch das Einfuhrdrittland im Zusammenhang mit dem Schutz der Umwelt und der Straßenverkehrssicherheit beziehen, wenn das betreffende Drittland der Kommission solche Bedingungen mitgeteilt hat. Diese Bedingungen müssen anhand der in den elektronischen Systemen gemäß Artikel 46 Absatz 1 verfügbaren Informationen überprüfbar sein.

(4) Gemäß Absatz 3 veröffentlicht die Kommission die gemeldeten spezifischen Bedingungen im Zusammenhang mit dem Umweltschutz oder der Straßenverkehrssicherheit, die von Drittländern auferlegt werden, auf einem speziellen Online-Portal und aktualisiert diese regelmäßig.

Artikel 42

Aussetzung

(1) Besteht Grund zu der Annahme, dass ein zur Ausfuhr bestimmtes Gebrauchtfahrzeug die Anforderungen dieses ***Kapitels*** möglicherweise nicht erfüllt, setzen die Zollbehörden ***umgehend*** die Überlassung dieses Gebrauchtfahrzeugs zur Ausfuhr aus, unterrichten umgehend die ***gemäß Artikel 38 benannten*** zuständigen Behörden über die Aussetzung und übermitteln alle einschlägigen Informationen, die ***für die zuständigen Behörden*** erforderlich sind, um festzustellen, ob das Gebrauchtfahrzeug den Anforderungen dieser Verordnung entspricht und zur Ausfuhr überlassen werden kann.

(2) Um festzustellen, ob ein Gebrauchtfahrzeug, das einer Aussetzung nach Absatz 1 unterliegt, dieser Verordnung entspricht, können die zuständigen Behörden von jeder Person, die an der Ausfuhr dieses Gebrauchtfahrzeugs beteiligt ist, zusätzliche Informationen anfordern, einschließlich Informationen über den Verkauf oder die Übertragung des Fahrzeugeigentums, wie z. B. einer Kopie der Rechnung oder des Vertrags, sowie Belegen dafür, dass das Gebrauchtfahrzeug zur Weiterverwendung bestimmt ist.

Artikel 43

Überlassung zur Ausfuhr

(1) Wurde die Überlassung eines Gebrauchtfahrzeugs zur Ausfuhr gemäß Artikel 42 ausgesetzt, so ist dieses Gebrauchtfahrzeug zur Ausfuhr zu überlassen, wenn alle übrigen Anforderungen und Förmlichkeiten für diese Überlassung sowie eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

a) Die ***gemäß Artikel 38 benannten*** zuständigen Behörden haben die Zollbehörden nicht innerhalb von vier Arbeitstagen nach Beginn der Aussetzung gebeten, die Aussetzung aufrechtzuerhalten, oder

b) die ***gemäß Artikel 38 benannten*** zuständigen Behörden haben die Zollbehörden über ihre Zustimmung zur Überlassung zur Ausfuhr gemäß diesem ***Kapitel*** unterrichtet.

(2) Die Überlassung zur Ausfuhr gilt nicht als Nachweis für die Einhaltung des Unionsrechts und insbesondere der vorliegenden Verordnung oder der Verordnung (EU) Nr. 952/2013.

(3) Die Zollbehörden melden der Fahrzeugzulassungsbehörde des Mitgliedstaats ***der letzten Zulassung automatisch über die Verbindung nach Artikel 46 Absatz 4 den Abgang des Fahrzeugs aus der Union. Die Fahrzeugzulassungsbehörde vermerkt in ihrem nationalen Fahrzeugregister, dass das Fahrzeug in ein Drittland ausgeführt wurde.***

Artikel 44

Ablehnung der Überlassung zur Ausfuhr

(1) Gelangt die zuständige Behörde zu dem Schluss, dass ein Gebrauchtfahrzeug, dessen Aussetzung gemäß Artikel 42 gemeldet wurde, die Anforderungen dieses ***Kapitels*** nicht erfüllt, so bittet die zuständige Behörde die Zollbehörden umgehend, es nicht zur Ausfuhr zu überlassen, und setzt sie davon in Kenntnis.

(2) Nach der Mitteilung von der zuständigen Behörde gemäß Absatz 1 überlassen die Zollbehörden das Gebrauchtfahrzeug nicht zur Ausfuhr.

Artikel 45

Zusammenarbeit der Behörden und Austausch von Informationen

(1) Die ***zuständigen Behörden der*** Mitgliedstaaten unterstützen sich gegenseitig bei der Durchführung dieses ***Kapitels*** durch einen Informationsaustausch auf bilateraler Ebene, insbesondere zum Zweck der Überprüfung des Fahrzeugstatus, einschließlich der Überprüfung seines Zulassungsstatus in dem Mitgliedstaat, in dem es zuvor zugelassen war.

(2) Gegebenenfalls arbeiten die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten auch mit Verwaltungsbehörden aus Drittländern zusammen. Diese Zusammenarbeit kann den Austausch einschlägiger Informationen, die Durchführung gemeinsamer Inspektionen und andere Formen der Amtshilfe umfassen, die als notwendig erachtet werden, um die Einhaltung der für die Ausfuhr von Gebrauchtfahrzeugen geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften sicherzustellen.

(3) Die Zollbehörden und die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten arbeiten im Einklang mit Artikel 47 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 zusammen und tauschen Informationen aus, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung erforderlich sind, auch auf elektronischem Wege. Die Zollbehörden dürfen im Einklang mit Artikel 12 Absatz 1 und Artikel 16 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 vertrauliche Informationen, die sie im Zuge der Wahrnehmung ihrer Aufgaben erheben oder die ihnen auf vertraulicher Basis übermittelt werden, an die zuständige Behörde des Mitgliedstaats übermitteln, in dem der Wirtschaftsteilnehmer oder der Händler niedergelassen ist.

(4) Haben die zuständigen Behörden Informationen gemäß den Absätzen 1 bis 3 erhalten, so können diese zuständigen Behörden diese Informationen an die zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten weiterleiten.

(5) Risikobezogene Informationen werden wie folgt ausgetauscht:

a) zwischen den Zollbehörden gemäß Artikel 46 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013,

b) zwischen den Zollbehörden und der Kommission gemäß Artikel 47 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013,

c) zwischen den Zollbehörden und zuständigen Behörden, einschließlich zuständiger Behörden anderer Mitgliedstaaten, gemäß Artikel 47 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013.

Artikel 46

Elektronische Systeme

(1) Das von der Kommission entwickelte elektronische System MOVE-HUB wird für den Austausch der FIN und anderer Informationen über die Fahrzeugzulassung und den Stand der technischen Überwachung zwischen den nationalen Fahrzeugregistern und den elektronischen Systemen der Mitgliedstaaten für die technische Überwachung sowie für die Zusammenschaltung mit der Single-Window-Umgebung der EU für den Zoll verwendet, sofern dies für die in diesem ***Kapitel*** festgelegten Kontrollen und Anforderungen erforderlich ist.

(2) Das in Absatz 1 genannte elektronische System MOVE-HUB bietet mindestens die folgenden Funktionen:

a) Austausch der Daten mit den nationalen Fahrzeugregistern und den mit ihnen verbundenen nationalen elektronischen Systemen der Mitgliedstaaten für die technische Überwachung in Echtzeit,

b) Ermöglichung einer automatisierten elektronischen Überprüfung der Daten in einer Prüfbescheinigung gemäß Anhang II der Richtlinie 2014/45/EU, des Tags der Erstzulassung eines Fahrzeugs sowie des Mitgliedstaats, in dem das Fahrzeug zuletzt zugelassen war, gemäß der Richtlinie 1999/37/EG, um festzustellen, ob ein zur Ausfuhr bestimmtes Gebrauchtfahrzeug die Anforderungen von Artikel 39, Artikel 40 Absatz 1 und Artikel 41 erfüllt,

c) Verbindung mit der Single-Window-Umgebung der EU für den Zoll gemäß der Verordnung (EU) 2022/2399 zum Zwecke des Datenaustauschs und Unterstützung des Informationsaustauschs gemäß Artikel 40 Absatz 1 und Artikel 41 Absatz 2 sowie Unterstützung der Mitteilungen gemäß den Artikeln 42, 43 und 44,

d) Ermöglichung des elektronischen Informationsaustauschs für die Zwecke der Zusammenarbeit mit Drittländern gemäß Artikel 45 Absatz 2 mit den zuständigen Behörden von Drittländern, die der Kommission gemäß Artikel 41 Absatz 2 die geltenden besonderen Bedingungen für die Einfuhr von Gebrauchtfahrzeugen mitgeteilt haben.

(3) Die Mitgliedstaaten verbinden ihre nationalen Fahrzeugregister und nationalen elektronischen Systeme für die technische Überwachung mit dem in Absatz 1 genannten elektronischen System MOVE-HUB. Diese Verbindung ist innerhalb von zwei Jahren nach dem Datum der Annahme des Durchführungsrechtsakts gemäß Absatz 5 einsatzbereit.

▌

(4) Die Kommission verbindet das in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannte MOVE-HUB-System mit dem mit Artikel 4 der Verordnung (EU) 2022/2399 eingerichteten Single-Window-System der Europäischen Union für den Austausch von Bescheinigungen im Zollbereich, damit die automatisierten Kontrollen gemäß Artikel 40 und Artikel 41 Absatz 2 sowie die Mitteilungen gemäß den Artikeln 42, 43 und 44 durchgeführt werden können. Diese Verbindung ist innerhalb von vier Jahren nach dem Datum der Annahme des Durchführungsrechtsakts gemäß Absatz 5 des vorliegenden Artikels einsatzbereit.

(5) Die Kommission erlässt ***bis zum … [letzter Tag des Monats [24] Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung]*** Durchführungsrechtsakte zur Festlegung der erforderlichen Vorkehrungen für die Umsetzung der in Absatz 2 genannten Funktionen von MOVE-HUB, einschließlich der technischen Maßnahmen, die für die Verbindung der nationalen elektronischen Systeme mit MOVE-HUB erforderlich sind, der Bedingungen für die Anbindung an MOVE-HUB, der von den nationalen Systemen zu übermittelnden Daten und des Formats für die Übermittlung dieser Daten über die miteinander verbundenen nationalen Systeme. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 52 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

Kapitel VII

Durchsetzung

▌

Artikel 47

Inspektionen

(1) Zur Durchsetzung dieser Verordnung legen die Mitgliedstaaten Inspektionsstrategien fest, die darauf abzielen, illegale Tätigkeiten im Bereich der Sammlung, Behandlung und Ausfuhr von Altfahrzeugen und deren Teilen und Bauteilen aufzudecken. Diese Strategien umfassen die in den Absätzen 2, 3 und 4 genannten Inspektionen.

(2) Zur Durchsetzung dieser Verordnung inspizieren die Mitgliedstaaten

a) zugelassene Behandlungsanlagen,

b) Sammelstellen,

▌

c) sonstige Anlagen und Wirtschaftsteilnehmer, ***die an der Sammlung, Behandlung und Ausfuhr von Altfahrzeugen oder am Verkauf gebrauchter Ersatzteile und -bauteile beteiligt sein könnten.***

(3) ***Die Gesamtzahl der in Absatz 2 aufgeführten Unternehmen, die in jedem Kalenderjahr einer Inspektion zu unterziehen sind,*** erstreckt sich auf mindestens 10 % der in Absatz 2 Buchstaben a ***und b*** genannten Unternehmen.

(4) Die Mitgliedstaaten führen auch ***regelmäßige und risikobasierte*** Inspektionen im Zusammenhang mit der Ausfuhr von Gebrauchtfahrzeugen durch, um die Einhaltung von Artikel 39 zu überprüfen.

▌

(5) Um zwischen Gebrauchtfahrzeugen und Altfahrzeugen zu unterscheiden, können die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten die Verbringungen von Gebrauchtfahrzeugen, bei denen der Verdacht besteht, dass es sich um Altfahrzeuge handelt, auf die Einhaltung der in Artikel 36 und Anhang I festgelegten Anforderungen überprüfen und diese Verbringungen entsprechend überwachen.

(6) Stellen die zuständigen Behörden eines Mitgliedstaats fest, dass eine geplante Verbringung eines Gebrauchtfahrzeugs ein oder mehrere Altfahrzeuge umfasst, so können die Kosten für entsprechende Analysen, Inspektionen und die Lagerung der Fahrzeuge, bei denen es sich vermutlich um Altfahrzeuge handelt, den Personen auferlegt werden, die die Verbringung dieser Fahrzeuge veranlassen.

Artikel 48

Zusammenarbeit bei der Durchsetzung auf nationaler Ebene und zwischen den Mitgliedstaaten

(1) Die Mitgliedstaaten richten für alle einschlägigen, an der Durchsetzung dieser Verordnung beteiligten zuständigen Behörden wirksame Mechanismen ein, die ihnen im Inland die Zusammenarbeit und Koordinierung bei der Entwicklung und Umsetzung von Durchsetzungsmaßnahmen und Tätigkeiten zur Überwachung der Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen, der Aussetzung und Aufhebung der Zulassung, ***der Verwertungsnachweise, der Ausfuhr von Gebrauchtfahrzeugen*** sowie zur Verhinderung der illegalen Behandlung ***und Ausfuhr*** von Altfahrzeugen ermöglichen.

(2) Die Mitgliedstaaten erleichtern die Verhinderung und Erkennung der illegalen Behandlung ***und Ausfuhr*** von Altfahrzeugen ***sowie die Bewältigung des Problems von Fahrzeugen mit ungewissem Verbleib*** durch bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit. Sie tauschen über das in Artikel 46 genannte elektronische Austauschsystem einschlägige Informationen über die Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen sowie die Aussetzung und Aufhebung der Zulassung aus. Ferner tauschen sie einschlägige Informationen über zugelassene Behandlungsanlagen, über Reparatur- und Wartungsunternehmen, die nicht als zugelassene Behandlungsanlagen zugelassen sind, sowie über andere Anlagen und Wirtschaftsteilnehmer aus, die möglicherweise Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Behandlung von Altfahrzeugen durchführen. Sie tauschen innerhalb von bestehenden Strukturen ***wie Durchsetzungsnetzen, Agenturen und dem gemäß Artikel 52 dieser Verordnung eingesetzten Ausschuss regelmäßig Informationen,*** Erfahrungen und Wissen über ***illegale Tätigkeiten im Zusammenhang mit Altfahrzeugen,*** Durchsetzungsmaßnahmen ***und gemeinsame Maßnahmen*** aus.

Der Austausch von Fahrzeugzulassungsdaten umfasst den Zugang zu und den Austausch von Daten über die Leistung, die Art und die Ergebnisse der durchgeführten Kontrollen mit den zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten, um die Durchsetzung dieser Verordnung zu erleichtern.

(3) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission mit, welche in ihren Dienststellen festangestellten Personen für die in Absatz 2 dieses Artikels sowie in Artikel 45 genannte Zusammenarbeit verantwortlich sind.

▌

Artikel 49

Sanktionen

Bis zum … [erster Tag des Monats 36 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] erlassen die Mitgliedstaaten Vorschriften über Sanktionen, die bei Verstößen gegen Artikel 15 Absatz 1, Artikel 16, Artikel ***18 Absatz 1***, Artikel 22 Absätze 1 und 2, Artikel 23 und 24, Artikel 25 Absätze 1 und 2, Artikel 26 bis 31 sowie Artikel 33, 34, 36 und 39 dieser Verordnung zu verhängen sind, und treffen alle für die Anwendung der Sanktionen erforderlichen Maßnahmen. Die vorgesehenen Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission diese Vorschriften und Maßnahmen unverzüglich mit und melden ihr unverzüglich alle diesbezüglichen Änderungen.

Artikel 50

Berichterstattung an die Kommission

(1) Ab dem … [erster Tag des Monats 36 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] veröffentlichen die Mitgliedstaaten für jedes Kalenderjahr und in dem von der Kommission gemäß Absatz 5 festgelegten Format in aggregierter Form die folgenden Daten, die auf Informationen und Daten von Herstellern, Organisationen für Herstellerverantwortung und Abfallbewirtschaftern beruhen:

a) Anzahl der in dem Mitgliedstaat zugelassenen Fahrzeuge,

b) Anzahl der Fahrzeuge, die erstmals im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats auf dem Markt bereitgestellt werden,

c) Anzahl und Gewicht der in dem Mitgliedstaat gesammelten und schadstoffentfrachteten Altfahrzeuge,

d) Anzahl und Gewicht der im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats recycelten Altfahrzeuge,

e) Anzahl und Gewicht der zur Weiterbehandlung in einen anderen Mitgliedstaat oder in ein Drittland ausgeführten oder verbrachten Altfahrzeuge,

f) Anzahl und Gewicht der zur Weiterbehandlung aus einem Drittland eingeführten oder verbrachten Altfahrzeuge,

g) Anzahl der zur Ausfuhr überlassenen und der eingeführten Gebrauchtfahrzeuge,

h) Anzahl der ausgestellten Verwertungsnachweise,

i) Gesamtgewicht und ***gegebenenfalls Menge*** der Teile, Bauteile und Werkstoffe, die aus Altfahrzeugen für folgende Zwecke entfernt wurden:

  i) Wiederverwendung,

  ii) Wiederaufarbeitung oder Überholung,

  iii) Recycling,

  iv) Verwertung, einschließlich energetischer Verwertung,

  v) Beseitigung,

j) Menge und Gewicht der Altfahrzeuge, die anders behandelt wurden als unter Buchstabe d angegeben,

k) Menge und Gewicht der Altfahrzeuge, die zur Verfüllung verwendet werden,

l) Höhe der Zielvorgaben gemäß Artikel 33, die von allen Abfallbewirtschaftern, die in dem Mitgliedstaat tätig sind, erreicht werden,

m) Inanspruchnahme der Ausnahme gemäß Artikel 29 Absatz 2 und die Art und Weise, wie sie vom Bericht erstattenden Mitgliedstaat überwacht wurde,

n) Daten zu den Organisationen für Herstellerverantwortung, einschließlich der Namen der von ihnen vertretenen juristischen Personen,

o) Daten in Bezug auf die Umsetzung des Artikels 21,

p) Menge der aus Altfahrzeugen entfernten Teile und Bauteile, die relevante Mengen an kritischen Rohstoffen enthalten, und Menge der kritischen Rohstoffe, die aus solchen Teilen und Bauteilen zurückgewonnen wurden.

Die Mitgliedstaaten machen die in Unterabsatz 1 genannten Daten innerhalb von 18 Monaten nach Ablauf des Berichtszeitraums, für den sie erhoben werden, öffentlich zugänglich. Die Daten müssen maschinenlesbar, sortierbar und durchsuchbar sein und offenen Standards für die Nutzung durch Dritte genügen. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission mit, wann die in Unterabsatz 1 genannten Daten zugänglich gemacht werden.

Der erste Berichtszeitraum erstreckt sich auf das erste Kalenderjahr nach dem Datum der Annahme des Durchführungsrechtsakts gemäß Absatz 5.

(2) Den von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 1 bereitgestellten Daten wird ein Qualitätskontrollbericht beigefügt. Diese Informationen werden in dem gemäß Absatz 5 von der Kommission festgelegten Format übermittelt.

(3) Die Mitgliedstaaten erstellen alle fünf Jahre einen Bericht, in dem Folgendes zusammengefasst wird:

a) Anreize zur Förderung der Wiederverwendung, Wiederaufarbeitung und Überholung von Teilen und Bauteilen gemäß Artikel 32 ***sowie ihre erwarteten Auswirkungen,***

b) Anwendung von gemäß Artikel 49 erlassenen Sanktionen und anderen Strafen, die in ihrem nationalen Recht für Verstöße gegen diese Verordnung vorgesehen sind, einschließlich einer Liste der gemeldeten Verstöße und der Art der ergriffenen Maßnahmen,

c) Ergebnisse der gemäß Artikel 47 durchgeführten Inspektionen,

d) Art und Weise der Anwendung der Definitionen der Begriffe „Altfahrzeug“ und „Gebrauchtfahrzeug“, einschließlich der in diesem Zusammenhang in der Praxis aufgetretenen Schwierigkeiten.

Die Mitgliedstaaten legen der Kommission den Bericht innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Fünfjahreszeitraums vor, den er abdeckt. Der erste Bericht wird der Kommission bis zum … [erster Tag des Monats sechs Jahre nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] übermittelt.

Die Kommission überprüft die von den Mitgliedstaaten vorgelegten Berichte und erstellt ***und veröffentlicht*** Berichte über die erhaltenen Informationen, um ***die Evaluierung der Durchführung dieser Verordnung in den Mitgliedstaaten zu bewerten und*** den Austausch von Informationen über die in den Mitgliedstaaten angewandten bewährten Verfahren zu erleichtern.

(4) Um die Durchführung dieser Verordnung zu überwachen, erhebt und überprüft die Kommission die gemäß diesem Artikel zur Verfügung gestellten Informationen.

(5) Die Kommission erlässt Durchführungsrechtsakte, in denen Folgendes festgelegt wird:

a) die Methode und die Vorschriften für die Berechnung, Überprüfung und Übermittlung von Daten gemäß Absatz 1, einschließlich

i) der Methode zur Bestimmung der Menge und des Gewichts der entfernten Teile, Bauteile und Werkstoffe für die in Absatz 1 Buchstaben i, j***, k und p*** genannten Zwecke,

ii) der Methode zur Bestimmung des Gewichts recycelter Abfälle, einschließlich der Bestimmung von Berechnungs- und Messpunkten, und erforderlichenfalls der Möglichkeit, durchschnittliche Verlustquoten anzuwenden,

iii) der Methode für die Berechnung und Überprüfung des Erreichens der in Artikel 33 genannten Zielvorgaben für Wiederverwendung, Recycling und Verwertung***, einschließlich mit Blick auf das Schreddern von Altfahrzeugen zusammen mit anderen Abfällen gemäß Artikel 27 und Anhang VIII Teil G Nummer 3***,

b) das Format der Berichterstattung an die Kommission gemäß Absatz 1 sowie das Format des Qualitätskontrollberichts.

Diese Durchführungsrechtsakte werden ***bis zum … [letzter Tag des Monats 30 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung]*** gemäß dem in Artikel 52 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

(6) Die Hersteller, Organisationen für Herstellerverantwortung, Abfallbewirtschafter und sonstige einschlägige Wirtschaftsteilnehmer ***müssen*** den zuständigen Behörden genaue und zuverlässige Daten ***übermitteln***, die es den Mitgliedstaaten ermöglichen, ihren Berichterstattungspflichten nach diesem Artikel nachzukommen.

Kapitel VIII

Befugnisübertragung und Ausschussverfahren

Artikel 51

Ausübung der Befugnisübertragung

(1) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte wird der Kommission unter den in diesem Artikel festgelegten Bedingungen übertragen.

(2) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß Artikel 5 Absatz 3, Artikel 5 Absatz 6, Artikel 6 Absätze ***2,*** 3 und 4, Artikel 7 Absatz 3, Artikel 11 Absatz 4, Artikel 12 Absatz 2, Artikel 21 Absatz 2, Artikel 22 Absatz 6, Artikel 26 Absatz 3, Artikel 37 Absatz 3 und Artikel 41 Absatz 3 wird der Kommission für einen Zeitraum von fünf Jahren ab dem … [Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] übertragen. Die Kommission erstellt spätestens neun Monate vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren einen Bericht über die Befugnisübertragung. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um Zeiträume gleicher Länge, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widersprechen einer solchen Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums.

(3) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß Artikel 5 Absatz 3, Artikel 5 Absatz 6, Artikel 6 Absätze ***2,*** 3 und 4, Artikel 7 Absatz 3, Artikel 11 Absatz 4, Artikel 12 Absatz 2, Artikel 21 Absatz 2, Artikel 22 Absatz 6, Artikel 26 Absatz 3, Artikel 37 Absatz 3 und Artikel 41 Absatz 3 kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden. Der Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in diesem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* oder zu einem im Beschluss über den Widerruf angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Die Gültigkeit von delegierten Rechtsakten, die bereits in Kraft sind, wird von dem Beschluss über den Widerruf nicht berührt.

(4) Vor dem Erlass eines delegierten Rechtsakts konsultiert die Kommission die von den einzelnen Mitgliedstaaten benannten Sachverständigen im Einklang mit den in der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung enthaltenen Grundsätzen.

(5) Sobald die Kommission einen delegierten Rechtsakt erlässt, übermittelt sie ihn gleichzeitig dem Europäischen Parlament und dem Rat.

(6) Ein delegierter Rechtsakt, der gemäß Artikel 5 Absatz 3, Artikel 5 Absatz 6, Artikel 6 Absätze ***2,*** 3 und 4, Artikel 7 Absatz 3, Artikel 11 Absatz 4, Artikel 12 Absatz 2, Artikel 21 Absatz 2, Artikel 22 Absatz 6, Artikel 26 Absatz 3, Artikel 37 Absatz 3 oder Artikel 41 Absatz 3 erlassen wurde, tritt nur in Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Übermittlung dieses Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhoben haben oder wenn vor Ablauf dieser Frist das Europäische Parlament und der Rat beide der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um zwei Monate verlängert.

Artikel 52

Ausschussverfahren

(1) Die Kommission wird von dem Ausschuss, der durch Artikel 39 der Richtlinie 2008/98/EG eingesetzt wurde, unterstützt. Dieser Ausschuss ist ein Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

(2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

KAPITEL IX

Änderungen

Artikel 53

Änderung der Verordnung (EU) 2023/1542

Anhang I der Verordnung (EU) 2023/1542 wird gemäß Anhang XII der vorliegenden Verordnung geändert.

Artikel 54

Änderungen der Verordnung (EU) 2019/1020

Anhang II Nummern 10 und 11 der Verordnung (EU) 2019/1020 werden gelöscht.

Artikel 55

Änderung der Verordnungen (EU) 2018/858 ***und (EU) Nr. 168/2013***

Anhang II der Verordnung (EU) 2018/858 ***und Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 werden*** gemäß Anhang XI der vorliegenden Verordnung geändert.

Kapitel X

Schlussbestimmungen

Artikel 56

Überprüfung

(1) Bis zum … [letzter Tag des Jahres 95 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] überprüft die Kommission die Anwendung dieser Verordnung und ihre Auswirkungen auf die Umwelt, die menschliche Gesundheit und das Funktionieren des Binnenmarkts und erstellt einen Bericht darüber, den sie dem Europäischen Parlament und dem Rat vorlegt. ***Sie fügt dem Bericht gegebenenfalls einen Gesetzgebungsvorschlag zur Änderung einschlägiger Bestimmungen dieser Verordnung bei.***

(2) Unter Berücksichtigung des technischen Fortschritts und der in den Mitgliedstaaten gewonnenen praktischen Erfahrungen sowie einer etwaigen Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 nimmt die Kommission in ihren Bericht eine Bewertung des Folgenden auf:

a) Notwendigkeit, den Anwendungsbereich der vorliegenden Verordnung, insbesondere der Bestimmungen der Kapitel II und III sowie des Kapitels IV Abschnitt II, auf Fahrzeuge der Klasse ***L*** im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 ▌der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 und auf Fahrzeuge der Klassen M_2, M_3, N_2, N_3 und O gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/858 auszuweiten,

b) Notwendigkeit, den Anwendungsbereich der geltenden Bestimmungen auf im Rahmen einer Mehrstufen-Typgenehmigung typgenehmigte Fahrzeuge sowie auf Wohnmobile auszuweiten und Wohnanhänger in den Anwendungsbereich dieser Verordnung aufzunehmen,

c) Notwendigkeit, den Anwendungsbereich der vorliegenden Verordnung, insbesondere der Bestimmungen des Kapitels VI, auf Fahrzeuge der Klasse L im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 auszuweiten,

d) Maßnahmen in Bezug auf die Bereitstellung von Informationen über besorgniserregende Stoffe in Fahrzeugen und die Notwendigkeit, weitere Bestimmungen für besorgniserregende Stoffe einzuführen, die ein hochwertiges Recycling von Fahrzeugen am Ende ihrer Lebensdauer beeinträchtigen können,

e) Maßnahmen für die ***Bewirtschaftung*** von Altfahrzeugen gemäß Kapitel IV, einschließlich der Höhe der Zielvorgaben gemäß Artikel 33 und der Notwendigkeit ihrer Überarbeitung,

f) Notwendigkeit, den Anwendungsbereich dieser Verordnung in Bezug auf die Recyclingzielwerte gemäß Artikel 33 auf die Fahrzeugklassen auszuweiten, für die Artikel 33 im Rahmen dieser Verordnung nicht gilt,

g) Verstöße und Wirksamkeit, Verhältnismäßigkeit und abschreckende Wirkung von Sanktionen gemäß Artikel 49,

h) Notwendigkeit, Artikel 5 zu ändern,

i) aktueller Stand der Lösung des Problems von Fahrzeugen mit ungewissem Verbleib, einschließlich Schätzungen der Anzahl der Fahrzeuge mit ungewissem Verbleib und der Auswirkungen der Maßnahmen in Bezug auf die Ausfuhr von Gebrauchtfahrzeugen, und Notwendigkeit, weitere Maßnahmen mit Blick auf die Verfolgbarkeit von Fahrzeugen aufzunehmen,

▌

j) Anforderungen an den Rezyklatanteil bei Kunststoffen, einschließlich Zielvorgaben und Verpflichtungen für Recyclinganlagen innerhalb und außerhalb der Union gemäß Artikel 6 Absätze 1 bis 4 der vorliegenden Verordnung, und Notwendigkeit einer Überarbeitung auf dieser Grundlage, einschließlich einer Bewertung der Entwicklungen bei Stahl und Aluminium in Bezug auf Artikel 6 Absätze 7 und 8 der vorliegenden Verordnung und im Rahmen anderer einschlägiger Rechtsvorschriften der Union wie der Verordnung (EU) 2025/40 oder der Verordnung (EU) 2024/1781, um Kohärenz und Angleichung sicherzustellen,

k) Kostenzuweisungsmechanismus für Fahrzeuge, die in einem anderen Mitgliedstaat zum Altfahrzeug werden, gemäß Artikel 22 und Notwendigkeit seiner Überarbeitung,

l) Bestimmungen über Verfahren, die ein hochwertiges Recycling von Fahrzeugen am Ende ihrer Lebensdauer beeinträchtigen können,

m) Auswirkungen unterschiedlicher nationaler Kriterien für einen verkehrssicheren Zustand auf die Ausfuhren von Gebrauchtfahrzeugen,

n) Wirksamkeit, Interoperabilität und Zuverlässigkeit der nationalen Fahrzeugzulassungssysteme und ihres grenzüberschreitenden Informationsaustauschs, wenn es gilt, die genaue Identifizierung, den Status und die Verfolgbarkeit von Fahrzeugen während ihres gesamten Lebenszyklus sicherzustellen, wobei Folgendes besonders zu berücksichtigen ist:

i) die Auswirkungen einer vorübergehenden Abmeldung auf die Genauigkeit, Zugänglichkeit und Verfolgbarkeit der Aufzeichnungen über Fahrzeuge, einschließlich ihrer Rolle bei der Identifizierung von Fahrzeugen mit ungewissem Verbleib,

ii) die Notwendigkeit von Mindestanforderungen für die Abmeldung von Fahrzeugen in der Union, wie die Festlegung einer Höchstdauer und strenger Bedingungen für die Wiederzulassung, um die Verfolgbarkeit von Fahrzeugen zu stärken und ihre illegale Behandlung zu verhindern.

(3) Die Kommission überprüft bis zum … [letzter Tag des Jahres 72 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] den Stand der technologischen Entwicklung, die ökologische und wirtschaftliche Leistung und die Verfügbarkeit des Anteils an biobasiertem Kunststoff und von Elastomeren aus der Wiederaufarbeitung von Reifen in Neufahrzeugen und berücksichtigt dabei die in Artikel 29 der Richtlinie (EU) 2018/2001 festgelegten Nachhaltigkeitskriterien und Nachhaltigkeitskriterien, die gemäß der Verordnung (EU) 2024/1781 für Reifen festzulegen sind.

(4) Gegebenenfalls legt die Kommission auf der Grundlage der in Absatz 3 genannten Überprüfung einen Gesetzgebungsvorschlag vor, um

a) Nachhaltigkeitsanforderungen für biobasierte Ausgangsmaterialien in Kunststoffen, die in Fahrzeugen verwendet werden, festzulegen,

b) Zielvorgaben für die verstärkte Verwendung biobasierter Ausgangsmaterialien in Kunststoffen, die in Fahrzeugen verwendet werden, festzulegen,

c) Zielvorgaben für die Verwendung von Elastomeren aus der Wiederaufarbeitung von Fahrzeugreifen festzulegen,

d) zu bewerten, inwieweit die in Buchstabe b genannten Zielvorgaben mit den in Artikel 6 Absatz 1 genannten Zielvorgaben kombiniert oder zu diesen hinzugefügt werden können,

e) zu bewerten, inwieweit die in Buchstabe c genannten Zielvorgaben mit den in Artikel 6 Absatz 1 genannten Zielvorgaben kombiniert werden können,

f) gegebenenfalls die Bestimmung des Begriffs „biobasierte Kunststoffe“ in Artikel 3 Absatz 1 Nummer 53 der Verordnung (EU) 2025/40, die Bestimmung des Begriffs „Kunststoff“ in Artikel 3 Absatz 1 Nummer 9 der vorliegenden Verordnung und den Anwendungsbereich der Zielvorgaben für recycelten Kunststoff gemäß Artikel 6 Absatz 1 der vorliegenden Verordnung zu ändern,

g) gegebenenfalls die in Artikel 6 Absatz 2 genannte Methode für die Berechnung und Überprüfung und die Anforderungen an in der Union und in Drittstaaten angesiedelte Anlagen zur Verarbeitung von Elastomeren aus Reifen zu ändern.

(5) Die Kommission kann gegebenenfalls im Interesse der wirksamen und einheitlichen Verfolgbarkeit von Altfahrzeugen und auf der Grundlage der in Absatz 2 Buchstabe n genannten Überprüfung einen Gesetzgebungsvorschlag mit Vorschriften für die Abmeldung von Fahrzeugen in der Union vorlegen.

(6) Die Kommission führt bis zum … [60 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] eine Bewertung durch, um auf der Grundlage der gemäß Artikel 10 abgegebenen Erklärungen zu beurteilen, ob die Erzeuger ***auf einem guten Weg sind, die Zielvorgaben für recycelten Kunststoff gemäß Artikel 6 Absatz 1 zu erreichen. Bei der Bewertung wird insbesondere Folgendes beurteilt:***

a) die Verfügbarkeit geeigneter Kunststoffrecyclingtechnologien,

b) die ausreichende Verfügbarkeit von recyceltem Kunststoff,

c) das Qualitätsniveau des recycelten Kunststoffs im Vergleich zum erforderlichen Sicherheitsniveau und

d) die technischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei der Erreichung der Zielvorgaben für recycelten Kunststoff.

Auf der Grundlage dieser Bewertung kann die Kommission gegebenenfalls dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Gesetzgebungsvorschlag zur Änderung der in Artikel 6 Absatz 1 festgelegten Zielvorgaben vorlegen, um Abweichungen in Bezug auf den Anwendungsbereich, den Zeitplan oder die Höhe der darin festgelegten Mindestanteile zu ermöglichen.

Artikel 57

Aufhebung und Übergangsbestimmungen

(1) Die Richtlinie 2000/53/EG wird mit Wirkung vom … [erster Tag des Monats ***24*** Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] aufgehoben.

Die folgenden Bestimmungen der Richtlinie 2000/53/EG gelten jedoch weiterhin:

a) Artikel 4 Absatz 2 sowie Anhang II bis zum … [letzter Tag des Monats 71 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung]; Anhang II Einträge 5a***, 5b i), 5b ii) und 16 der Richtlinie 2000/53/EG endet jedoch ab dem [Datum des Inkrafttretens der vorliegenden Verordnung] nicht mehr***,

b) Artikel 5 Absatz 4 Unterabsatz 2, Artikel 6 Absatz 3 Unterabsatz 2, Artikel 7 Absatz 1, Artikel 8 Absätze 3 und 4 bis zum … [letzter Tag des Monats 35 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung],

c) Artikel 6 Absatz 3 Unterabsatz 1 und Anhang I bis zum … [letzter Tag des Monats 35 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung],

d) Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe b bis zum … [letzter Tag des Jahres 35 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung],

e) Artikel 9 Absatz 1a Unterabsätze 1 und 3 sowie Artikel 9 Absatz 1b und Artikel 9 Absatz 1d bis zum … [letzter Tag des Monats 35 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung],

f) Artikel 9 Absatz 1a Unterabsatz 2 bis zum … [letzter Tag des Monats 59 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung].

(2) Die Richtlinie 2005/64/EG wird mit Wirkung vom … [letzter Tag des Monats 71 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] aufgehoben.

Artikel 6 Absatz 3 der genannten Richtlinie wird jedoch mit Wirkung vom … [letzter Tag des Monats 35 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] aufgehoben.

(3) Bezugnahmen auf die aufgehobene Richtlinie gelten als Bezugnahmen auf die vorliegende Verordnung und sind nach Maßgabe der Entsprechungstabellen in Anhang XV zu lesen.

(4) Abweichend von Artikel 8 Absatz 2 dieser Verordnung gilt, sofern in dem genannten Artikel auf Artikel 4 dieser Verordnung Bezug genommen wird, eine solche Bezugnahme bis zum … [72 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] als Bezugnahme auf Artikel 5 der Richtlinie 2005/64/EG.

Abweichend von Artikel 8 Absatz 2 dieser Verordnung gilt, sofern in dem genannten Artikel auf Artikel 5 dieser Verordnung Bezug genommen wird, eine solche Bezugnahme bis zum … [72 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] als Bezugnahme auf Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie 2005/64/EG.

Artikel 58

Anwendbarkeit auf das Vereinigte Königreich und im Vereinigten Königreich in Bezug auf Nordirland

(1) ***Artikel 14 gilt nur in Bezug auf Artikel 30, Artikel 31 und Artikel 35 Absatz 1 für das Vereinigte Königreich und im Vereinigten Königreich in Bezug auf Nordirland.***

(2) ***Die Artikel 15 bis 29, Artikel 32 bis 34 und Artikel 35 Absatz 2 gelten nicht für das Vereinigte Königreich und im Vereinigten Königreich in Bezug auf Nordirland.***

(3) ***Artikel 47 Absatz 2 Buchstabe a und Artikel 47 Absatz 3 gelten nicht für das Vereinigte Königreich und im Vereinigten Königreich in Bezug auf Nordirland.***

(4) ***Artikel 48 Absätze 1 und 2 gelten hinsichtlich der Vermeidung der illegalen Behandlung von Altfahrzeugen nicht für das Vereinigte Königreich und im Vereinigten Königreich in Bezug auf Nordirland.***

(5) ***Artikel 48 Absatz 2 gilt hinsichtlich des Austauschs einschlägiger Informationen über zugelassene*** Behandlungsanlagen ***nicht für das Vereinigte Königreich und im Vereinigten Königreich in Bezug auf Nordirland.***

(6) ***Artikel 49 gilt in Bezug auf Artikel 15 Absatz 1, Artikel 16, Artikel 19 Absatz 1, Artikel 22 Absätze 1 und 2, Artikel 23, Artikel 24, Artikel 25 Absätze 1 und 2, Artikel 27 bis 29, Artikel 33 und Artikel 34 nicht für das Vereinigte Königreich und im Vereinigten Königreich in Bezug auf Nordirland.***

(7) ***Artikel 50 Absatz 1 Buchstaben c, d, h, i Ziffer iii, i Ziffer iv, i Ziffer v, j, k, l, m, n und o und Artikel 50 Absatz 3 Buchstabe a gelten nicht für das Vereinigte Königreich und im Vereinigten Königreich in Bezug auf Nordirland.***

Artikel 59

Inkrafttreten und Geltung

(1) Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

(2) Sie gilt ab dem … [erster Tag des Monats ***24*** Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung].

Artikel 4 Absatz 3, Artikel 5 Absatz 2, Artikel 5 Absätze 3 bis 9, Artikel 6 Absätze 4 bis 9, Artikel 6 Absatz 11, Artikel 7 Absätze 3 und 4, Artikel 9 Absatz 7, Artikel 11 Absatz 4, Artikel 12 Absatz 2, Artikel 13 Absatz 6, Artikel 14 Absatz 4, Artikel 15 Absatz 6, Artikel 21 Absatz 2, Artikel 22 Absatz 6, Artikel 26 Absatz 3, Artikel 37 Absatz 3, Artikel 41 Absatz 3, Artikel 46 Absatz 5 und Artikel 50 Absatz 5 gelten jedoch ab dem … [ein Monat nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung], Artikel 53 gilt ab dem [Datum des Inkrafttretens der vorliegenden Verordnung] und Artikel 55 gilt ab dem … [erster Tag des Monats 72 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung].

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in den Mitgliedstaaten.

Geschehen zu … am …

Im Namen des Europäischen Parlaments	*Im Namen des Rates*
Die Präsidentin	*Der Präsident / Die Präsidentin*

ANHANG I

KRITERIEN FÜR DIE FESTSTELLUNG, OB EIN ▌ FAHRZEUG EIN ALTFAHRZEUG IST

In diesem Anhang werden die Kriterien festgelegt, anhand deren bestimmt wird, ob es sich bei einem Fahrzeug um ein Altfahrzeug handelt, wobei wie folgt vorzugehen ist:

In Teil A sind die Kriterien für die Bewertung der Irreparabilität eines Fahrzeugs festgelegt. Wenn eines oder mehrere dieser Kriterien erfüllt sind, gilt das Fahrzeug als Altfahrzeug.

Ist keines der Kriterien in Teil A erfüllt, so wird das Fahrzeug gemäß den in Teil B genannten Kriterien bewertet. Wenn eines oder mehrere der in Teil B genannten Kriterien erfüllt sind, wird anhand einer technischen Bewertung bestimmt, welche Reparaturen erforderlich sind, damit das Fahrzeug in dem Mitgliedstaat, in dem es vor der Reparatur zugelassen war, eine Prüfbescheinigung gemäß der Richtlinie 2014/45/EU erhält. Auf der Grundlage dieser technischen Bewertung entscheidet der Fahrzeugeigner, ob er sich des Fahrzeugs entledigen möchte.

Erhält der Fahrzeugeigner innerhalb von fünf Jahren nach dieser technischen Bewertung keine Prüfbescheinigung gemäß der Richtlinie 2014/45/EU, so gilt das Fahrzeug als Altfahrzeug. Für den Zeitraum dieser fünf Jahre gilt diese technische Bewertung als Beleg dafür, dass es sich bei dem Fahrzeug nicht um ein Altfahrzeug handelt.

Die in diesem Anhang genannte Bewertung wird von einem unabhängigen Kfz-Sachverständigen durchgeführt. Die Mitgliedstaaten können eine abschließende Liste unabhängiger Kfz-Sachverständiger, die diese Bewertungen durchführen dürfen, erstellen.

Die zuständigen Behörden des Mitgliedstaats der Fahrzeugzulassung oder eine der in diesem Mitgliedstaat benannten Genehmigungsstellen können auf Antrag des Fahrzeugeigners für ein Fahrzeug, das gemäß diesem Anhang als Altfahrzeug gilt, eine Ausnahme dahin gehend gewähren, dass es nicht als Altfahrzeug gilt, wenn das betreffende Fahrzeug einer Reparatur unterzogen wird.

TEIL A

KRITERIEN FÜR DIE BEWERTUNG ▌VON ***ALTFAHRZEUGEN***

Ein Fahrzeug ist ***ein Altfahrzeug***, wenn es eines oder mehrere der folgenden Kriterien erfüllt:

a) Es wurde in Einzelteile zerlegt oder ***zur Wiederverwendung seiner Teile demontiert***,

▌

b) es ist in solchem Maße ausgebrannt, dass der Motorraum oder der Fahrgastraum ***vollständig*** zerstört ist,

c) es befand sich bis oberhalb des Armaturenbretts unter Wasser,

d) eines oder mehrere der folgenden Bauteile des Fahrzeugs können ***aus technischer Sicht weder*** repariert ***noch*** ausgetauscht werden:

i) Bauteile mit Bodenkontakt (z. B. Reifen und Räder), Federung, Lenkung, Bremsen und ihre Steuerelemente,

ii) Sitzverankerungen und -gelenke,

iii) Airbags, Gurtstraffer, Sicherheitsgurte und ihre peripheren Bedienungselemente,

iv) Körper und Fahrgestell ***oder Karosserie*** des Fahrzeugs,

e) seine Struktur- und Sicherheitsbauteile weisen technische Defekte auf, die unumkehrbar sind und dazu führen, dass diese Bauteile nicht ausgewechselt werden können***,***

▌

f) es wurde zur Behandlung an eine Sammelstelle oder eine zugelassene Behandlungsanlage ***übergeben,***

g) es wurde von einem Versicherungsunternehmen auf der Grundlage der von einem Kfz-Sachverständigen vorgenommenen technischen Bewertung zu einem technischen Totalschaden erklärt.

▌

TEIL B

KATALOG INDIKATIVER ***KRITERIEN*** FÜR ALTFAHRZEUGE ▌

Findet keines der in Teil A genannten Kriterien Anwendung, so wird das Fahrzeug gemäß den folgenden Kriterien ***bewertet***:

a) ***Es wurde aufgegeben oder es fehlen die*** Mittel zu seiner Identifizierung, insbesondere die FIN,

▌

b) das Fahrzeug ist nicht angemessen vor Beschädigungen während der Lagerung, des Transports sowie des Be- und Entladens geschützt, ▌

▌

c) die Kosten, die anfallen würden, um das Fahrzeug im Wege einer Reparatur in einen technischen Zustand zu versetzen, der ausreichen würde, um eine Prüfbescheinigung zu erhalten, zuzüglich des aktuellen Werts des Fahrzeugs übersteigen den geschätzten Marktwert nach der Reparatur,

d) es befand sich bis unterhalb des Armaturenbretts unter Wasser und der Motor oder das elektrische System ist beschädigt,

e) seine ***Kraftstoffe oder Kraftstoffdämpfe sind ausgetreten und stellen eine Brand- und Explosionsgefahr dar,***

f) aus seinem Flüssiggassystem ist Gas ausgetreten, weshalb eine Brand- und Explosionsgefahr besteht,

g) es sind Betriebsflüssigkeiten (Kraftstoff, Bremsflüssigkeit, Frostschutzmittel, Batteriesäure, Kühlflüssigkeit) ausgetreten, wodurch die Gefahr einer Wasserverunreinigung besteht,

h) das Fahrzeug wurde demontiert oder

i) eine oder mehrere Zugangsöffnung(en) wurde(n) zugeschweißt oder mit Isolierschaum verschlossen.

▌

ANHANG II

KRITERIEN FÜR DIE ANERKENNUNG DES STATUS VON FAHRZEUGEN VON BESONDEREM KULTURELLEM INTERESSE

1. Die zuständigen Behörden im Mitgliedstaat der Fahrzeugzulassung oder eine der in diesem Mitgliedstaat benannten Genehmigungsstellen können ein Fahrzeug als von besonderem kulturellem Interesse anerkennen, wenn es alle folgenden Kriterien erfüllt:

a) Sein einzigartiger historischer oder kultureller Wert oder Status wurde entweder vom Fahrzeugeigner oder von den zuständigen Behörden des Mitgliedstaats dokumentiert, in dem das Fahrzeug zugelassen ist, oder es handelt sich um ein einzelnes verändertes oder maßgefertigtes Fahrzeug, das im Einklang mit der Verordnung (EU) 2018/858 oder nationalem Recht einzeln genehmigt wurde

b) der Fahrzeugeigner ist bekannt und kann ermittelt werden,

c) die Teile des Fahrzeugs können durch eine Seriennummer oder eine andere vom Erzeuger *angegebene oder von der zuständigen Behörde zugewiesene Kennzeichnung identifiziert werden,*

d) das Fahrzeug kann anhand der FIN, der Seriennummer oder einer anderen vom Erzeuger*bereitgestellten oder von einer zuständigen Behörde zugewiesenen Kennzeichnung identifiziert werden.*

Auf Antrag des Fahrzeugeigners stellen die zuständigen Behörden des Zulassungsmitgliedstaats eine Bescheinigung aus, mit der ein Fahrzeug als von besonderem kulturellem Interesse anerkannt wird, wenn die in Unterabsatz 1 dieser Nummer genannten Kriterien erfüllt sind.

Auf Antrag des Fahrzeugeigners widerrufen die zuständigen Behörden des Zulassungsmitgliedstaats die in Unterabsatz 2 dieser Nummer genannte Bescheinigung.

2. Der Eigner des Fahrzeugs von besonderem kulturellem Interesse stellt sicher, dass

a) das Fahrzeug gemäß dem Unionsrecht oder dem nationalen Recht in umweltschonender Weise gelagert, transportiert oder verwendet wird,

b) die in Nummer 1 Unterabsatz 2 genannte Bescheinigung den Behörden auf Anfrage vorgelegt oder zur Verfügung gestellt wird.

3. Mindestens alle fünf Jahre oder im Falle eines Eigentumswechsels wird überprüft, ob die in den Nummern 1 und 2 genannten Kriterien für das Fahrzeug erfüllt sind.

ANHANG III

BERECHNUNG DER WIEDERVERWENDBARKEITS-, RECYCLINGFÄHIGKEITS- UND VERWERTBARKEITSQUOTEN

Für die Zwecke dieses Anhangs ist ein „repräsentatives Fahrzeug“ die Version eines Fahrzeugtyps, die von der Genehmigungsbehörde in Abstimmung mit dem Erzeuger sowie im Einklang mit den in Teil A festgelegten Kriterien unter den Gesichtspunkten Wiederverwendbarkeit, Recyclingfähigkeit und Verwertbarkeit als die problematischste betrachtet wird.

TEIL A

1. Es sind alle im Fahrzeug vorhandenen Werkstoffe, ihr jeweiliger Anteil und ihre Positionen sowie alle relevanten Informationen, die für die korrekte Berechnung der Recyclingfähigkeits- und Verwertbarkeitsquoten erforderlich sind, anzugeben.

2. Massen werden in kg mit einer Dezimalstelle angegeben. Die Quoten werden in Prozent mit einer Dezimalstelle berechnet und dann wie folgt gerundet:

   a) Liegt der Wert der ersten Dezimalstelle zwischen 0 und 4, wird abgerundet,

   b) liegt der Wert der ersten Dezimalstelle zwischen 5 und 9, wird aufgerundet.

3. Bei der Auswahl der repräsentativen Fahrzeuge sind die folgenden Kriterien zu berücksichtigen:

   a) die Art des Aufbaus,

   b) die verfügbaren Ausstattungsvarianten,

   c) die verfügbare Sonderausstattung, die unter der Verantwortung des Erzeugers in das Fahrzeug eingebaut werden kann.

4. Sofern die Genehmigungsbehörde und der Erzeuger nicht im Einvernehmen die Version eines Fahrzeugtyps festlegen, die unter den Gesichtspunkten der Wiederverwendbarkeit, der Recyclingfähigkeit und der Verwertbarkeit als am problematischen betrachtet wird, wird für jeden Fahrzeugtyp ein repräsentatives Fahrzeug ausgewählt, und zwar:

   a) bei M_1-Fahrzeugen ein Fahrzeug für jede „Aufbauart“ im Sinne von Anhang I Teil C Nummer 2 der Verordnung (EU) 2018/858,

   b) bei N_1-Fahrzeugen ein Fahrzeug für jede „Aufbauart“, d. h. geschlossener Lkw, Fahrgestell mit Führerhaus, Pick-up usw.

5. Für die Zwecke der Prüfung der Werkstoffe und der Massen der Bauteile stellt der Erzeuger gemäß den Anforderungen der Genehmigungsbehörde Fahrzeuge und Bauteile zur Verfügung.

TEIL B

1. Um als wiederverwendbar gelten zu können, müssen Bauteile oder Teile leicht und zerstörungsfrei entfernt werden können.

2. Die Gesamtmasse der wiederverwendbaren Teile, Bauteile und Werkstoffe ist zu 100 % als wiederverwendbar, recyclingfähig und verwertbar anzusehen.

3. Die in Anhang VIII Teil B Nummern 1, 2 und 3 aufgeführten Teile, Bauteile und Werkstoffe gelten zu 0 % als wiederverwendbar und zu 100 % als recyclingfähig und verwertbar. Die in Anhang VIII Teil E aufgeführten Teile und Bauteile gelten zu 0 % als wiederverwendbar und zu 100 % als recyclingfähig und verwertbar. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass im Falle einer Änderung von Anhang VIII, die zu einer Erweiterung der Liste der in Teil E des genannten Anhangs aufgeführten Teile und Bauteile führt, die neu hinzugefügten Teile und Bauteile zu 0 % als wiederverwendbar und zu 100 % als recyclingfähig und verwertbar gelten.

4. Die Berechnung der Wiederverwendbarkeits-, Recyclingfähigkeits- und Verwertbarkeitsquoten muss mit der Kreislauffähigkeitsstrategie im Einklang stehen und dem technischen Fortschritt bei den Technologien für die Behandlung von Altfahrzeugen Rechnung tragen.

ANHANG IV

BEDINGUNGEN UND HÖCHSTWERTE FÜR DIE KONZENTRATION VON BLEI, QUECKSILBER, CADMIUM UND SECHSWERTIGEM CHROM IN WERKSTOFFEN, TEILEN UND BAUTEILEN

Ein Höchstkonzentrationswert von bis zu 0,1 Gewichtsprozent Blei, sechswertigem Chrom und Quecksilber in homogenem Werkstoff und bis zu 0,01 Gewichtsprozent Cadmium in homogenem Werkstoff wird toleriert.

Nach dem 1. Juli 2003 in Verkehr gebrachte Ersatzteile (ausgenommen Auswuchtgewichte, Kohlebürsten für Elektromotoren und Bremsbeläge), die für vor dem 1. Juli 2003 in Verkehr gebrachte Fahrzeuge verwendet werden, sind von den Bestimmungen des Artikels 5 Absatz 4 ausgenommen.

Homogene Werkstoffe, Teile und Bauteile	Anwendungsbereich und Ablauffrist der Ausnahme	Zu kennzeichnen oder kenntlich zu machen gemäß Artikel 5 Absatz 6 Buchstabe d
Blei als Bestandteil einer Legierung		
1a. Stahl für Bearbeitungszwecke und als Stückgut feuerverzinkte Stahlbauteile mit einem Bleianteil von bis zu 0,35 Gewichtsprozent		
1b. Kontinuierlich verzinktes Stahlblech mit einem Bleianteil von bis zu 0,35 Gewichtsprozent	Vor dem 1. Januar 2016 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	
2a. Aluminium für Bearbeitungszwecke mit einem Bleianteil von bis zu 2 Gewichtsprozent	Als Ersatzteile für vor dem 1. Juli 2005 in Verkehr gebrachte Fahrzeuge	
2b. Aluminium mit einem Bleianteil von bis zu 1,5 Gewichtsprozent	Als Ersatzteile für vor dem 1. Juli 2008 in Verkehr gebrachte Fahrzeuge	
2c. i) Aluminiumlegierungen für Bearbeitungszwecke mit einem Bleianteil	Vor dem 1. Januar 2028 typgenehmigte Fahrzeuge	

Homogene Werkstoffe, Teile und Bauteile	Anwendungsbereich und Ablauffrist der Ausnahme	Zu kennzeichnen oder kenntlich zu machen gemäß Artikel 5 Absatz 6 Buchstabe d
von bis zu 0,4 Gewichtsprozent	und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	
2c. ii) Nicht unter Eintrag 2c. i) fallende Aluminiumlegierungen mit einem Bleianteil von bis zu 0,4 Gewichtsprozent(2)	***Vor dem 1. Januar 2027 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge***	
2c. iii) Aluminiumgusslegierungen mit einem Bleianteil von bis zu 0,3 Gewichtsprozent, sofern es aus recyceltem bleihaltigem Aluminiumschrott stammt	***Nach dem 31. Dezember 2026 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge(1)***	
3. Kupferlegierungen mit einem Bleianteil von bis zu 4 Gewichtsprozent	(*1*)	

Homogene Werkstoffe, Teile und Bauteile	Anwendungsbereich und Ablauffrist der Ausnahme	Zu kennzeichnen oder kenntlich zu machen gemäß Artikel 5 Absatz 6 Buchstabe d
4a. Lagerschalen und Buchsen	Als Ersatzteile für vor dem 1. Juli 2008 in Verkehr gebrachte Fahrzeuge	
4b. Lagerschalen und Buchsen in Motoren, Getrieben und Kompressoren für Klimaanlagen	Als Ersatzteile für vor dem 1. Juli 2011 in Verkehr gebrachte Fahrzeuge	
Blei und Bleiverbindungen in Bauteilen *5. (gelöscht)*		
6. Schwingungsdämpfer	Vor dem 1. Januar 2016 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	X

Homogene Werkstoffe, Teile und Bauteile	Anwendungsbereich und Ablauffrist der Ausnahme	Zu kennzeichnen oder kenntlich zu machen gemäß Artikel 5 Absatz 6 Buchstabe d
7a. Vulkanisierungsmittel und Stabilisatoren für Elastomere in Brems- und Kraftstoffschläuchen, Belüftungsschläuchen, in elastomer-/metallhaltigen Teilen der Fahrzeuggestelle und Motorblöcken	Als Ersatzteile für vor dem 1. Juli 2005 in Verkehr gebrachte Fahrzeuge	
7b. Vulkanisierungsmittel und Stabilisatoren für Elastomere in Brems- und Kraftstoffschläuchen, Belüftungsschläuchen, in elastomer-/metallhaltigen Teilen der Fahrzeuggestelle und Motorblöcken mit einem Bleianteil von bis zu 0,5 Gewichtsprozent	Als Ersatzteile für vor dem 1. Juli 2006 in Verkehr gebrachte Fahrzeuge	
7c. Bindemittel für Elastomere in Anwendungen der Kraftübertragung mit einem Bleianteil von bis zu 0,5 Gewichtsprozent	Als Ersatzteile für vor dem 1. Juli 2009 in Verkehr gebrachte Fahrzeuge	
Blei in Lötmitteln oder Beschichtungen von in den folgenden Untereinträgen aufgeführten elektrischen und elektronischen Anwendungen		
8a. Blei in Lötmitteln zur Befestigung elektrischer und elektronischer Bauteile auf elektronischen Leiterplatten und Blei in Beschichtungen von Anschlüssen von anderen Bauteilen als Aluminium-Elektrolytkondensatoren, auf Bauteilanschlussstiften und auf elektronischen Leiterplatten	Vor dem 1. Januar 2016 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	X*(3)*

Homogene Werkstoffe, Teile und Bauteile	Anwendungsbereich und Ablauffrist der Ausnahme	Zu kennzeichnen oder kenntlich zu machen gemäß Artikel 5 Absatz 6 Buchstabe d
8b. Blei in Lötmitteln in anderen elektrischen Anwendungen als auf elektronischen Leiterplatten oder auf Glas	Vor dem 1. Januar 2011 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	X(3)
8c. Blei in der Beschichtung von Anschlüssen von Aluminium-Elektrolytkondensatoren	Vor dem 1. Januar 2013 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	X(3)
8d. Blei in Lötmitteln zum Löten auf Glas in Luftmassenmessern	Vor dem 1. Januar 2015 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	X(3)
8e. Blei in hochschmelzenden Loten (d. h. Lötlegierungen auf Bleibasis mit einem Massenanteil von mindestens 85 % Blei)	(1)	X(3)
8f. i) Blei in Einpresssteckverbindern (z. B. Compliant-Pin-Technik)	Vor dem 1. Januar 2017 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	X(3)
8f. ii) Blei in Einpresssteckverbindern (z. B. Compliant-Pin-Technik) außer im Steckbereich der Fahrzeugkabelbaum-Steckverbinder	Vor dem 1. Januar 2024 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	X(3)

Homogene Werkstoffe, Teile und Bauteile	Anwendungsbereich und Ablauffrist der Ausnahme	Zu kennzeichnen oder kenntlich zu machen gemäß Artikel 5 Absatz 6 Buchstabe d
8g. i) Blei in Lötmitteln zum Herstellen einer stabilen elektrischen Verbindung zwischen dem Halbleiterchip und dem Schaltungsträger in integrierten Flip-Chip-Baugruppen	Vor dem 1. Oktober 2022 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	X***(3)***
8g. ii) Blei in Lötmitteln zum Herstellen einer stabilen elektrischen Verbindung zwischen dem Halbleiterchip und dem Träger in integrierten Flip-Chip-Baugruppen, wenn diese elektrische Verbindung aus einer der folgenden Anordnungen besteht: 1. einem Halbleiter-Technologieknoten von 90 nm oder mehr; 2. einem einzelnen Chip mit einer Größe von 300 mm^2 oder mehr in jeglichem Halbleiter-Technologieknoten; 3. gestapelten Chipbaugruppen mit einer Chipgröße von 300 mm^2 oder mehr oder Silizium-Interposern mit einer Größe von 300 mm^2 oder mehr.	(1) ***Vor dem 1. Januar 2030*** typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	X***(3)***
8h. Blei in Lötmitteln zur Befestigung von Wärmeverteilern an Kühlkörpern in Halbleitermodulen mit einer Chipgröße von mindestens 1 cm^2 Projektionsfläche und einer Nennstromdichte von mindestens 1 A/mm^2 Siliziumchipfläche	Vor dem 1. Januar 2016 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	X***(3)***
8i. Blei in Lötmitteln in elektrischen Anwendungen auf Glas, ausgenommen zum Löten in Verbundglas	Vor dem 1. Januar 2016 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	X***(3)***

Homogene Werkstoffe, Teile und Bauteile	Anwendungsbereich und Ablauffrist der Ausnahme	Zu kennzeichnen oder kenntlich zu machen gemäß Artikel 5 Absatz 6 Buchstabe d
8j. Blei in Lötmitteln zum Löten von Verbundglas	Vor dem 1. Januar 2020 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	X*(3)*
8k. Löten von Heizanwendungen mit 0,5 A oder mehr Heizstrom je Lötverbindung auf Einfachverbundglas mit einer Stärke von maximal 2,1 mm. Diese Ausnahme gilt nicht für das Löten auf im Zwischenpolymer eingebettete Kontakte.	Vor dem 1. Januar 2024 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	X*(3)*
9. Ventilsitze	Als Ersatzteile für vor dem 1. Juli 2003 entwickelte Motortypen	
10a. Elektrische und elektronische Bauteile, die Blei gebunden in Glas oder Keramik, in einer Glas- oder Keramik-Matrix, in einem Glaskeramikwerkstoff oder in einer Glaskeramik-Matrix enthalten. Diese Ausnahme umfasst nicht die Verwendung von Blei in i) Glas in Glühlampen und der Glasur von Zündkerzen, ii) dielektrischen Keramikwerkstoffen von unter 10b, 10c und 10d aufgeführten Bauteilen.		X*(4)* (für andere als piezoelektrische Bauteile in Motoren)

Homogene Werkstoffe, Teile und Bauteile	Anwendungsbereich und Ablauffrist der Ausnahme	Zu kennzeichnen oder kenntlich zu machen gemäß Artikel 5 Absatz 6 Buchstabe d
10b. Blei in PZT-basierten dielektrischen Keramikwerkstoffen in Kondensatoren, die Teil integrierter Schaltkreise oder diskreter Halbleiter sind		
10c. Blei in dielektrischen Keramikwerkstoffen in Kondensatoren für eine Nennspannung von weniger als 125 V AC oder 250 V DC	Vor dem 1. Januar 2016 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	
10d. Blei in dielektrischen Keramikwerkstoffen von Kondensatoren, die bei den Sensoren von Ultraschallsystemen temperaturbedingte Abweichungen ausgleichen	Vor dem 1. Januar 2017 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	
11. Pyrotechnische Auslösegeräte	Vor dem 1. Juli 2006 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	
12. Bleihaltige thermoelektrische Werkstoffe in elektrischen Fahrzeuganwendungen zur Senkung des CO_2-Ausstoßes durch Abgaswärmerückgewinnung	Vor dem 1. Januar 2019 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	X

Homogene Werkstoffe, Teile und Bauteile	Anwendungsbereich und Ablauffrist der Ausnahme	Zu kennzeichnen oder kenntlich zu machen gemäß Artikel 5 Absatz 6 Buchstabe d
Sechswertiges Chrom		
13a. Korrosionsschutzschichten	Als Ersatzteile für vor dem 1. Juli 2007 in den Verkehr gebrachte Fahrzeuge	
13b. Korrosionsschutzschichten für Schrauben und Muttern zur Befestigung von Teilen des Fahrzeuggestells	Als Ersatzteile für vor dem 1. Juli 2008 in den Verkehr gebrachte Fahrzeuge	
14. Sechswertiges Chrom als Korrosionsschutzmittel des Kohlenstoffstahl-Kühlsystems in Absorptionskühlschränken bis zu einem Anteil von 0,75 Gewichtsprozent im Kältemittel:		X
a) für den Betrieb (vollständig oder teilweise) mit einem elektrischen Heizgerät mit einer durchschnittlichen elektrischen Nutzleistungsaufnahme von < 75 W unter konstanten Betriebsbedingungen;	Für a) gilt: Vor dem 1. Januar 2020 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	
b) für den Betrieb (vollständig oder teilweise) mit einem elektrischen Heizgerät mit einer durchschnittlichen elektrischen Nutzleistungsaufnahme von ≥ 75 W unter konstanten Betriebsbedingungen;	Für b) gilt: Vor dem 1. Januar 2026 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	
c) für den vollständigen Betrieb mit einem nichtelektrischen Wärmegenerator.		

Homogene Werkstoffe, Teile und Bauteile	Anwendungsbereich und Ablauffrist der Ausnahme	Zu kennzeichnen oder kenntlich zu machen gemäß Artikel 5 Absatz 6 Buchstabe d
Quecksilber		
15a. Entladungslampen für Scheinwerfer	Vor dem 1. Juli 2012 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	X
15b. Leuchtstoffröhren in Instrumententafelanzeigen	Vor dem 1. Juli 2012 typgenehmigte Fahrzeuge und Ersatzteile für diese Fahrzeuge	X

Erläuterungen zur Tabelle:

(1) Diese Ausnahme wird ***2030 nach Maßgabe von Artikel 5 Absatz 6*** überprüft.

(2) Gilt für Aluminiumlegierungen, soweit das Blei nicht absichtlich hinzugefügt wurde, sondern aufgrund der Verwendung von recyceltem Aluminium vorhanden ist.

▌

(3) Demontage, wenn im Zusammenhang mit Eintrag 10a ein durchschnittlicher Schwellenwert von 60 Gramm pro Fahrzeug überschritten wird. Elektronische Geräte, die nicht vom Erzeuger bei der Fertigung installiert wurden, sind von der Anwendung dieser Klausel ausgenommen.

(4) Demontage, wenn im Zusammenhang mit den Einträgen 8a bis 8k ein durchschnittlicher Schwellenwert von 60 Gramm pro Fahrzeug überschritten wird. Elektronische Geräte, die nicht vom Erzeuger bei der Fertigung installiert wurden, sind von der Anwendung dieser Klausel ausgenommen.

ANHANG V

KREISLAUFFÄHIGKEITSSTRATEGIE

TEIL A

ELEMENTE DER KREISLAUFFÄHIGKEITSSTRATEGIE

1. Eine nichttechnische Beschreibung der geplanten Maßnahmen, mit denen sichergestellt werden soll, dass die ▌ Fahrzeuge während ihrer gesamten Produktion die Anforderungen der Artikel 4 bis 7 erfüllen.

2. Eine nichttechnische Beschreibung der vom Erzeuger angewandten Verfahren zur

   a) Erhebung der ▌ Daten über die vollständige Lieferkette***, die für die Einhaltung der Anforderungen der Artikel 4 bis 7 relevant sind***,

   b) Kontrolle und Überprüfung der von den Zulieferern erhaltenen Informationen,

   c) angemessenen Reaktion, wenn die von den Zulieferern erhaltenen Daten darauf hinweisen, dass die Anforderungen der Artikel 4, 5 oder 6 möglicherweise nicht eingehalten worden sind.

3. Informationen über die ▌ bestehenden Technologien für die Behandlung von Altfahrzeugen, über den ***erwarteten*** technologischen Fortschritt bei Technologien für die Behandlung von Altfahrzeugen und über die Kapazitätsinvestitionen in diese Technologien ▌, die der Erzeuger zur Berechnung der Wiederverwendbarkeit, Recyclingfähigkeit und Verwertbarkeit ***seiner Fahrzeugtypen*** gemäß Artikel 4 herangezogen hat.

4. Informationen über die Höhe des Rezyklatanteils in Fahrzeugen gemäß den Artikeln 6 und 10.

5. Eine Liste der Maßnahmen, zu denen sich der Erzeuger verpflichtet, um sicherzustellen, dass die Behandlung von Altfahrzeugen ▌ im Einklang mit dieser Verordnung erfolgt, mit besonderem Schwerpunkt auf

a) Maßnahmen zur Erleichterung der Entfernung von Teilen gemäß Anhang VIII Teil C,

▌

b) Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen, die sich aus der Verwendung von Werkstoffen und Techniken ergeben, die eine einfache Demontage behindern oder das Recycling maßgeblich erschweren ▌ ,

c) Maßnahmen zur Förderung der Wiederverwendung von Teilen und Bauteilen,

d) Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten, Investitionen in die Entwicklung von Recyclingtechnologien oder -infrastrukturen sowie Zusammenarbeit mit Abfallbewirtschaftern zum Zweck der Durchführung der unter den Buchstaben a bis c genannten Maßnahmen.

▌

TEIL B

WEITERVERFOLGUNG UND AKTUALISIERUNG DER KREISLAUFFÄHIGKEITSSTRATEGIE

1. Die Erzeuger legen mindestens alle fünf Jahre eine Aktualisierung der Kreislauffähigkeitsstrategie vor.

2. Die aktualisierte Kreislauffähigkeitsstrategie umfasst ***die einschlägigen Änderungen und insbesondere*** Folgendes:

a) eine Beschreibung, wie die in Teil A Nummer ***5*** genannten Maßnahmen durchgeführt wurden, ***mit einer Bewertung ihrer Wirksamkeit*** und, falls eine oder mehrere der in der Strategie genannten Maßnahmen nicht durchgeführt wurden, eine Erläuterung der entsprechenden Gründe,

b) Angaben über die wesentlichen Änderungen der Konstruktion und in der Produktion, die der Erzeuger ***zur Verbesserung der Kreislauffähigkeit von Fahrzeugen vorgenommen hat.***

ANHANG VI

INFORMATIONSANFORDERUNGEN IN BEZUG AUF ENTFERNUNG UND ERSETZUNG

1. In das Fahrzeug eingebaute Elektrofahrzeugbatterien ***und Batterien für leichte Verkehrsmittel***:

   a) ***Erstausrüstungsnummer***,

   b) Position,

   c) Gewicht,

   d) Art der chemischen Zusammensetzung der Batterie,

   e) Anweisungen für die sichere Entladung der Batterie,

   f) technische Anweisungen für das Entfernen und Ersetzen, einschließlich der Abfolge aller Schritte und Arten der Techniken zur Verbindung, Befestigung und Abdichtung,

   g) Werkzeuge oder Technologien, die für den Zugang zu sowie für das Entfernen und Ersetzen von Elektrofahrzeugbatterien und ***Batterien für leichte Verkehrsmittel*** erforderlich sind.

2. In das Fahrzeug eingebaute Elektromotoren:

   a) ***Erstausrüstungsnummer***,

   b) Position,

   c) Gewicht,

   d) Typen von Dauermagneten, die in Elektromotoren vorhanden sind, ***gemäß der Auflistung in Artikel 28 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2024/1252***,

   ▌

   e) technische Anweisungen für das Entfernen und Ersetzen, einschließlich der Abfolge aller Schritte und Arten der Techniken zur Verbindung, Befestigung und Abdichtung,

   f) Werkzeuge oder Technologien, die für den Zugang zu sowie für das Entfernen und Ersetzen der Elektromotoren erforderlich sind.

3. In Anhang VIII Teil B aufgeführte Bauteile, Teile und Werkstoffe:

   a) ***Erstausrüstungsnummer***,

   b) Position,

c) Gewicht,

d) Vorhandensein der in Artikel 5 Absatz 4 aufgeführten Stoffe in einem Fahrzeug, die gemäß Anhang IV gekennzeichnet werden müssen,

e) technische Anweisungen für die Entfernung, einschließlich der Abfolge aller Schritte,

f) Verfügbarkeit der besten Behandlungstechniken.

4. In Anhang VIII Teil C aufgeführte Bauteile, Teile und Werkstoffe:

a) ***Erstausrüstungsnummer***,

b) Position,

c) technische Anweisungen für das Entfernen und Ersetzen, einschließlich der Abfolge aller Schritte,

d) Angaben, Spezifikationen, Werkzeuge und Verfahren, einschließlich Softwareaktualisierungen, die für die Wiederaufarbeitung und Überholung erforderlich sind.

5. Digital codierte Bauteile und Teile in einem Fahrzeug:

a) Anzahl,

b) Position,

c) technische Anweisungen für den Zugang zu sowie das Entfernen und Ersetzen ***von Bauteilen***, einschließlich der Codierung und der Software, die für die Aktivierung von Ersatzteilen und Bauteilen für den Betrieb in einem anderen Fahrzeug ***und für die Verarbeitung von Informationen über ihre Abmeldung und Entkopplung von einer FIN*** erforderlich sind***, gegebenenfalls einschließlich Anweisungen zur Verwendung eines Diagnosegeräts im Hinblick auf ihre künftige Wiederverwendung***,

d) Beschreibung der Funktionalität, Austauschbarkeit und Kompatibilität mit bestimmten Teilen und Bauteilen anderer Marken und Modelle,

e) Kontaktstelle des Erzeugers für technische Unterstützung.

6. Für die Zwecke von Nummer 5 Buchstabe c richtet der Erzeuger ***für die Fälle, in denen in Artikel 11 der vorliegenden Verordnung genannte digital codierte Bauteile, Ausrüstungen und Teile von einer FIN abgemeldet und entkoppelt werden müssen, Verfahren ein, die es Abfallbewirtschaftern sowie Reparatur- und Wartungsunternehmen ermöglichen, eine solche Abmeldung und Entkopplung vorzunehmen. Dabei kann der*** Erzeuger ***einen Nachweis für die Zerstörung sowie eine Authentifizierung des jeweiligen Bewirtschafters bzw. Unternehmens verlangen. Zu diesem Zweck erhalten und nutzen Abfallbewirtschafter sowie Reparatur- und Wartungsunternehmen die Authentifizierungsdaten, die für die in Anhang X Nummer 2.1 der Verordnung (EU) 2018/858 genannte RMI-Website des*** Erzeugers ***erforderlich sind. Benötigen die Abfallbewirtschafter bzw. Reparatur- und Wartungsunternehmen für solche Abmeldungs- und Entkopplungsverfahren Zugriff auf die Fahrzeug-OBD-Informationen, so kann der*** Erzeuger ***als Voraussetzung für die Ausstellung von Zugangsdaten***

a) verlangen, dass zum Zeitpunkt der Entfernung eine ununterbrochene Online-Verbindung zwischen dem Diagnosegerät und dem Server des Erzeugers ***des Diagnosegeräts sowie zwischen dem Server des*** Erzeugers ***des Diagnosegeräts und dem Server des*** Erzeugers ***besteht, und***

b) ***den*** Erzeuger ***des Geräts, das für den Zugang zu den OBD-Informationen verwendet wird, verpflichten, dem*** Erzeuger ***die Identität des Diagnosegeräts und die pseudonymisierte Identität des Bewirtschafters bzw. Unternehmens zu bescheinigen und die FIN, die eindeutige Kennung des Teils - sofern verfügbar und durch den Fahrzeughersteller-Prozess unterstützt, den Datums- und Zeitstempel (UTC) für die betreffende Tätigkeit und die eindeutige Kennung des Diagnosegeräts zu erfassen und zu speichern; der*** Erzeuger ***erhält auf Antrag vom*** Erzeuger ***des Diagnosegeräts Zugang zu den unter der vorliegenden Nummer genannten Informationen, wenn dies erforderlich ist, damit er auf einen begründeten Verdacht auf Diebstahl oder missbräuchliche Verwendung von Teilen reagieren kann.***

ANHANG VII

KENNZEICHNUNGSANFORDERUNGEN

1. Fahrzeugteile, -bauteile und -werkstoffe aus Kunststoff mit einem Gewicht von mehr als 100 g:

   a) Internationale Norm ISO 1043-1 Kunststoffe – Kennbuchstaben und Kurzzeichen. Teil 1: Basis-Polymere und ihre besonderen Eigenschaften,

   b) Internationale Norm ISO 1043-2 Kunststoffe – Kennbuchstaben und Kurzzeichen. Teil 2: Füllstoffe und Verstärkungsstoffe,

   c) Internationale Norm ISO 11469 Kunststoffe – Sortenspezifische Identifizierung und Kennzeichnung von Kunststoff-Formteilen.

2. Fahrzeugteile, -bauteile und -werkstoffe aus Elastomer mit einem Gewicht von mehr als 200 g, ausgenommen Reifen: Internationale Norm ISO 1629 Kautschuk und Latices – Einteilung.

3. Die in den ISO-Normen verwendeten Symbole „[“ und „]“ können durch runde Klammern ersetzt werden.

ANHANG VIII

VORSCHRIFTEN FÜR DIE BEHANDLUNG

TEIL A

MINDESTANFORDERUNGEN AN STANDORTEN FÜR DIE LAGERUNG UND BEHANDLUNG

1. Standorte für die Lagerung für die Lagerung von Altfahrzeugen vor ihrer Behandlung sowie ihrer Bauteile, Teile und Werkstoffe, einschließlich Standorten für die Lagerung in den Sammelstellen

   a) verfügen über undurchlässige Oberflächen mit Auffangeinrichtungen und Abscheidern für auslaufende Flüssigkeiten sowie fettlösende Reinigungsmittel,

   b) verfügen über Ausrüstung für die Behandlung von Wasser, einschließlich Regenwasser, in Übereinstimmung mit Gesundheits- und Umweltschutzanforderungen,

   c) verfügen über eine angemessene Lagermöglichkeit für Altfahrzeuge, wobei nur schadstoffentfrachtete ***Altfahrzeuge gestapelt werden, und zwar bis zu einer angemessenen Höhe, sofern keine Regale verwendet werden,***

   d) sind so ausgerüstet, dass Fluide und Flüssigkeiten aus undichten Altfahrzeugen sofort entfernt und ausgetretene Fluide und Flüssigkeiten mit absorbierendem Material aufgefangen werden können.

   Die Betreiber der in Unterabsatz 1 genannten Standorte führen die in Unterabsatz 1 Buchstabe d genannten Maßnahmen unverzüglich durch.

2. Die Lagerung ist so zu gestalten, dass Schäden an Folgendem vermieden werden:

   a) Bauteilen und Teilen, die die in Teil B Nummern 1 und 3 dieses Anhangs aufgeführten Flüssigkeiten und Fluide enthalten,

   b) Bauteilen, Teilen und Werkstoffen, die in Teil C dieses Anhangs aufgeführt sind.

3. Die Orte, an denen Altfahrzeuge und ihre Bauteile, Teile und Werkstoffe behandelt werden, verfügen über Folgendes:

   a) geeignete Bereiche mit undurchlässiger Oberfläche, Auffangeinrichtungen und Abscheidern für auslaufende Flüssigkeiten sowie fettlösende Reinigungsmittel,

   b) angemessene Lagermöglichkeiten für Teile, Bauteile und Werkstoffe, die aus dem Altfahrzeug entfernt wurden, einschließlich undurchlässiger Lagermöglichkeiten für ölverunreinigte Teile, Bauteile und Werkstoffe,

   c) geeignete Behälter für die Lagerung von Batterien (Elektrolytneutralisierung vor Ort oder an anderer Stelle), Filtern und PCB/PCT-haltigen Kondensatoren,

   d) geeignete separate Lagertanks für die gesonderte Lagerung von Flüssigkeiten aus Altfahrzeugen: ***Kraftstoffe, Öle (***Motoröl, Getriebeöl, ***Servoöl,*** Kraftübertragungsflüssigkeit, Hydrauliköl***),*** ***Ölfilter***, Kühlflüssigkeit, Frostschutzmittel, Bremsflüssigkeit, ***Kältemittel, AdBlue*** und sonstige im Altfahrzeug enthaltene Flüssigkeiten ***oder Gase***,

e) Ausrüstung für die Behandlung von Wasser, einschließlich Regenwasser, in Übereinstimmung mit Gesundheits- und Umweltschutzanforderungen,

f) angemessene Lagermöglichkeiten für gebrauchte Reifen unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, Brandgefahren und zu große Lagerbestände zu vermeiden.

4. Zugelassene Behandlungsanlagen, die zur Behandlung von Elektrofahrzeugen zugelassen sind, müssen die Anforderungen des Anhangs XII der ***Verordnung (EU) 2023/1542*** erfüllen. ***Zugelassene*** Behandlungsanlagen***, die Elektrofahrzeuge annehmen, bei denen der Verdacht auf Beschädigung der Elektrofahrzeugbatterie besteht, prüfen diese Batterien so bald wie möglich, spätestens jedoch innerhalb von 24 Stunden nach der Entgegennahme. Solche Fahrzeuge und Batterien werden in einem Quarantänebereich gemäß Absatz 1 getrennt gelagert. Der Quarantänebereich muss entsprechend ausgestattet sein, um die Ausbreitung von Bränden von Elektrofahrzeugbatterien auf andere Bereiche, andere Elektrofahrzeuge und andere Batterien zu verhindern, zu erkennen und einzudämmen.***

TEIL B

MINDESTANFORDERUNGEN AN DIE SCHADSTOFFENTFRACHTUNG

(1) Die folgenden Fluide**,** Flüssigkeiten ***und Gase*** sind aus dem Altfahrzeug zu entfernen, es sei denn, sie sind für die Wiederverwendung der betreffenden Teile erforderlich:

a) Kraftstoff,

b) Motoröl,

c) Kraftübertragungsflüssigkeit,

d) Getriebeöl,

e) Servoöl,

f) Hydrauliköl,

g) Kühlflüssigkeit,

h) Frostschutzmittel,

i) Bremsflüssigkeit,

j) ***Kältemittel***, ▌

k) AdBlue und

l) alle weiteren im Altfahrzeug enthaltenen ***Flüssigkeiten oder Gase***.

Nach dem Entfernen der Fluide und Flüssigkeiten werden Ablassstopfen angebracht, um das Austreten von Überresten zu verhindern. Die Sammelbehälter sind so zu kennzeichnen, dass die Art der Flüssigkeit angegeben ist, die darin enthalten ist, und sie sind getrennt voneinander gemäß Teil A dieses Anhangs an einem sicheren Ort zu lagern, um unbeabsichtigtes Ausfließen, Leckagen oder unbefugten Zugang zu ihnen zu verhindern.

2. Folgende Bauteile, Teile und Werkstoffe sind zu neutralisieren oder zu entfernen:

a) eCall-System,

b) pyrotechnische Teile von Airbags,

c) pyrotechnische Teile von Sicherheitsgurten,

d) alle sonstigen pyrotechnischen Teile.

3. Folgende Bauteile, Teile und Werkstoffe sind aus Altfahrzeugen zu entfernen:

a) Airbags, Flüssiggastanks (LPG), Tanks für komprimiertes Erdgas (CNG), Wasserstofftanks und alle anderen potenziell explosionsgefährlichen Teile und Bauteile müssen neutralisiert werden,

b) Ölfilter,

c) Kältemittel werden gemäß der Verordnung (EU) ***2024/573*** behandelt,

d) Bauteile, die nachweislich Quecksilber enthalten, sind während der Behandlung in einen unterscheidbaren Strom zu trennen, der gemäß Artikel 17 der Richtlinie 2008/98/EG sicher immobilisiert und beseitigt wird,

e) Werkstoffe, die in Artikel 5 Absatz 4 genannte Stoffe enthalten, die gemäß Anhang IV gekennzeichnet werden müssen, sind während der Behandlung in einen unterscheidbaren Strom zu trennen, der gemäß Artikel 17 der Richtlinie 2008/98/EG sicher immobilisiert und beseitigt wird.

Alle Teile, Bauteile und Werkstoffe, die während der Schadstoffentfrachtung gesammelt werden, sind in dafür bestimmten Behältern zu lagern. Die Sammelbehälter werden mit Angaben der darin enthaltenen Bauteile, Teile und Werkstoffe gekennzeichnet und gemäß Teil A an einem sicheren Ort gelagert, um unbeabsichtigtes Ausfließen, Leckagen oder unbefugten Zugang zu ihnen zu verhindern.

4. Folgende Informationen über die Befreiung der Altfahrzeuge von Schadstoffen sind aufzuzeichnen:

a) ***Gesamtzahl der behandelten Altfahrzeuge***,

b) ***Durchschnittsgewicht der Altfahrzeuge vor und nach der*** Schadstoffentfrachtung ***und der Entfernung***,

c) ***Gesamtmenge jeder*** Art von schadstoffentfrachteten ***Flüssigkeiten, Teilen, Bauteilen oder Werkstoffen***,

d) gegebenenfalls Name und Kontaktdaten des Abfallbeförderers,

e) ***Name und*** Kontaktinformationen ***der Anlage, in der die*** während der Schadstoffentfrachtung ***gesammelten Flüssigkeiten und Gase, Teile, Bauteile oder Werkstoffe abschließend behandelt werden***.

TEIL C

OBLIGATORISCHE ENTFERNUNG VON TEILEN UND BAUTEILEN AUS ALTFAHRZEUGEN

	Nach Artikel 29 Absatz 2 befreit, wenn die Bedingungen von Anhang VIII Teil G erfüllt sind X: Die Befreiung kommt zur Anwendung
1) Elektrofahrzeugbatterien, einschließlich ihrer Batteriemanagementsysteme, eingebauter Ladegeräte, Gehäuse oder Verkleidungen, falls vorhanden	
2) Batterien für leichte Verkehrsmittel (LV-Batterien) im Sinne von Artikel 3 Nummer 11 der Verordnung (EU) 2023/1542, einschließlich ihrer Batteriemanagementsysteme, eingebauter Ladegeräte, Gehäuse oder Verkleidungen, falls vorhanden	
3) Starterbatterien im Sinne von Artikel 3 Nummer 12 der Verordnung (EU) 2023/1542	
4) Gerätebatterien im Sinne von Artikel 3 Nummer 9 der Verordnung (EU) 2023/1542	
5) Elektromotoren, einschließlich ihrer Gehäuse und aller zugehörigen Steuergeräte, der Verkabelung und anderer Teile, Bauteile und Werkstoffe	
6) Motorblöcke	***X***
7) Katalysatoren	
8) Getriebe	***X***

9) mindestens 70 % des gesamten Glases aus Windschutz-, Heck- und Seitenscheiben aus Glas, einschließlich Fahrzeugdächern aus Glas	
10) Felgen	
11) Reifen	
12) direkt zugängliche Teile des Infotainment-Systems	
13) Scheinwerfer und Schlusslichter, einschließlich ihrer Aktuatoren	
14) Hauptkabelbäume	*X*
15) Stoßfänger	*X*
16) Kraftstoffbehälter	*X*
17) Wärmetauscher	*X*
18) Teile aus kohlenstofffaserverstärkten Kunststoffen	
19) elektrische und elektronische Bauteile:	*X*
a) Wechselrichter und Gleichstrom-Gleichstrom-Wandler für Elektrofahrzeuge mit einem Gewicht von mehr als 2 kg	*X*
b) leicht zugängliche und große Leiterplatten	*X*
c) Fotovoltaikmodule mit einer Oberfläche von mehr als 0,2 Quadratmetern	*X*
d) Steuermodule und Ventilgehäuse für das automatische Getriebe.	*X*

TEIL D

WIEDERVERWENDUNG, WIEDERAUFARBEITUNG UND ÜBERHOLUNG VON TEILEN UND BAUTEILEN

1. Technische Bewertung der entfernten Teile und Bauteile:

a) Zur Wiederverwendung:

i) Das Teil oder Bauteil ist funktionstüchtig,

ii) es kann leicht für seinen primären Zweck, für den es konzipiert wurde, verwendet werden.

b) Zur Wiederaufarbeitung oder Überholung:

i) Das Teil oder das Bauteil ***enthält alle relevanten Teile***,

ii) ***es kann wiederaufgearbeitet oder überholt werden, wobei Schäden, eingeschränkte*** Funktionalität, ***verminderte*** Leistung***, verkürzte Lebensdauer und erforderliche*** Reparaturen ***zu berücksichtigen sind***,

iii) es gibt keine ***ersichtliche*** starke Korrosion***, die die Funktionalität des Teils oder Bauteils beeinträchtigt***.

2. Mindestangaben bei der Kennzeichnung der Teile und Bauteile:

a) Bezeichnung des Bauteils oder des Teils,

▌

b) Name, Postanschrift mit Angabe einer einzigen Kontaktstelle und E-Mail-Adresse, gegebenenfalls einer Website, mit Angabe ***der zugelassenen*** Behandlungsanlage***, die*** das Bauteil oder Teil entfernt hat.

TEIL E

NICHT WIEDERZUVERWENDENDE BAUTEILE UND TEILE

1. Sämtliche Airbags einschließlich Kissen, pyrotechnischer Sätze, elektronischer Steuergeräte und Sensoren.

2. Systeme zur Abgasnachbehandlung (z. B. Katalysatoren, Partikelfilter)***, es sei denn, diese Teile erfüllen die Auflagen der entsprechenden technischen Überwachung gemäß Artikel 4 der Richtlinie 2014/45/EU***.

▌

3. Automatische oder nicht automatische Gurtsysteme einschließlich Gurtbändern, Gurtschlössern, Gurtstraffern, pyrotechnischen Sätzen.

4. Sitze mit Sicherheitsgurtverankerungen und/oder Airbags.

5. Lenkungsblockiervorrichtungen, die auf die Lenksäule wirken.

6. Wegfahrsperren einschließlich Transpondern und elektronischer Steuergeräte.

TEIL F

BESONDERE ANFORDERUNGEN AN DIE BEHANDLUNG DER ENTFERNTEN TEILE, BAUTEILE UND WERKSTOFFE

1. Starterbatterien werden gemäß Artikel 70 der Verordnung (EU) ***2023/1542*** behandelt.

2. Elektrofahrzeugbatterien werden gemäß Artikel 70 der Verordnung (EU) ***2023/1542*** behandelt.

3. Batterien für leichte Verkehrsmittel (LV-Batterien) werden gemäß Artikel 70 der Verordnung (EU) 2023/1542 behandelt.

4. Gerätebatterien werden gemäß Artikel 70 der Verordnung (EU) 2023/1542 behandelt.

5. Werkstoffe für Dauermagneten, die Neodym, Dysprosium oder Praseodym (Neodym-Eisen-Bor, NdFeB) im Sinne von Artikel ***28*** der Verordnung ***(EU) 2024/1252*** enthalten, sowie Kupfer aus Elektromotoren, die/das nicht für die Wiederverwendung, Wiederaufarbeitung oder Überholung geeignet sind/ist, sind/ist zu entfernen, wenn dies ohne übermäßige Kosten für die zugelassenen Behandlungsanlagen durchgeführt werden kann. Sind keine technischen Fortschritte beim Recycling von NdFeB-Werkstoffen für Dauermagnete zu verzeichnen, so sind die Elektromotoren oder die Teile, die Dauermagnetenwerkstoffe enthalten, gemäß Artikel 28 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung ***(EU) 2024/1252*** zu lagern und zu kennzeichnen. ***Für die Zwecke eines späteren Recyclings gelten die Anforderungen der Richtlinie 1999/31/EG in Bezug auf die vorübergehende Lagerung nicht.***

6. Entfernte elektronische Bauteile und Teile, die nicht zur Wiederverwendung, Wiederaufarbeitung oder Überholung bestimmt sind, sowie Nichteisenfraktionen, einschließlich geschredderter Leiterplatten, werden von Betreibern von Behandlungsanlagen gemäß Artikel 8 Absatz 3 der Richtlinie 2012/19/EU behandelt.

7. Aus dem Altfahrzeug entferntes Glas ist zumindest in Behälterglas, Glasfaser oder Glas gleichwertiger Qualität zu recyceln.

8. Entfernte Kältemittel werden gemäß Artikel 8 der Verordnung (EU) 2024/573 recycelt, aufgearbeitet oder zerstört.

9. Die Kunststoffe und Restfraktionen werden gemäß Artikel 7 und Anhang IV der Verordnung (EU) 2019/1021 behandelt.

10. Gummireifen werden gemäß der Abfallhierarchie und den allgemeinen Anforderungen nach Maßgabe des Artikels 4 der Richtlinie 2008/98/EG verarbeitet, damit Optionen zur Vermeidung Vorrang erhalten, mit denen insgesamt die beste Umweltleistung erzielt wird, wozu die Runderneuerung gehört, und bei denen Recycling, einschließlich anderer Methoden als mechanischem Recycling, gegenüber energetischer Verwertung bevorzugt wird.

11. Aluminiumwerkstoffe aus Wärmetauschern gemäß Anhang VIII Teil C Nummer 17 werden getrennt von den in Anhang VIII Teil G Nummer 2 Buchstabe b genannten Aluminiumguss- und Aluminiumknetfraktionen gelagert und recycelt.

TEIL G

KRITERIEN FÜR GEMEINSAMES SCHREDDERN UND DIE ANWENDUNG VON POST-SCHREDDER-TECHNOLOGIEN

1. Damit die Bestimmungen von Artikel 27 Absatz 3 der vorliegenden Verordnung eingehalten werden, dürfen Altfahrzeuge nur dann zusammen mit anderen Abfällen geschreddert werden, wenn

a) Elektro- und Elektronik-Altgeräte gemäß Anhang VII der Richtlinie 2012/19/EU selektiv behandelt wurden,

b) alle Batterien gemäß der Verordnung (EU) 2023/1542 entfernt wurden,

c) Kunststoffverpackungen gemäß der Verordnung (EU) 2025/40 von Verpackungsabfällen und Metallverpackungen getrennt wurden,

d) das kombinierte Schredderverfahren nicht zu einer Verschlechterung der Qualität der Abfallströme im Vergleich zu einer getrennten Behandlung führt und

e) festgestellt werden kann, dass bei den spezifischen Beiträgen der einzelnen gemischten Abfallströme zu den Outputfraktionen die jeweiligen Berichterstattungspflichten gemäß der Verordnung (EU) 2023/1542, der Verordnung (EU) 2025/40, der Richtlinie 2008/98/EG und der Richtlinie 2012/19/EU erfüllt sind.

2. Qualitätsanforderungen für die Outputfraktionen:

a) Der Gesamtkupfergehalt der wesentlichen Stahlfraktion beträgt höchstens 0,25 % auf Gewichtsbasis; ab dem … [erster Tag des Monats 60 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] darf der Gesamtkupfergehalt der wesentlichen Stahlfraktion 0,15 % auf Gewichtsbasis nicht überschreiten.

b) Ab dem … [erster Tag des Monats 36 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] wird Aluminium in mindestens zwei Fraktionen sortiert:

i) Gussaluminium (Fraktionen mit einem Siliziumgehalt von mehr als 1,5 %),

ii) Knetaluminium (Fraktionen mit einem Siliziumgehalt von höchstens 1,5 %).

c) Ab dem … [erster Tag des Monats 72 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] wird Aluminium in mindestens vier Fraktionen sortiert:

i) Aluminiumfraktion mit einem Siliziumgehalt von mehr als 1,5 %, einem Kupfergehalt von höchstens 0,5 % und einem Eisengehalt von höchstens 0,2 %,

ii) Aluminiumfraktion mit einem Siliziumgehalt von mehr als 1,5 %, die nicht den Anforderungen an die Zusammensetzung gemäß Ziffer i in Bezug auf Kupfer und Eisen entspricht,

iii) Aluminiumfraktion mit einem Siliziumgehalt von höchstens 1,5 %, einem Magnesiumgehalt von höchstens 1,5 %, einem Kupfergehalt von höchstens 0,3 % und einem Zinkgehalt von höchstens 0,3 %,

iv) Aluminiumfraktion mit einem Siliziumgehalt von höchstens 1,5 %, die nicht den Anforderungen an die Zusammensetzung gemäß Ziffer iii in Bezug auf Magnesium, Kupfer und Zink entspricht.

d) Die nach der Windsichtung und der Abscheidung von Eisen anfallende Schredderschwerfraktion wird weiter behandelt, um Eisenmetalle, Nichteisenmetalle, Kunststoffe und andere organische Werkstoffe zum Zwecke des Recyclings oder der Verwertung abzutrennen. Im Rückstand dieser Verfahren liegt der Metallgehalt bei weniger als 1 Gewichtsprozent und der gesamte organische Kohlenstoffgehalt (Total Organic Carbon, TOC) im Einklang mit der Entscheidung 2003/33/EG des Rates[1] bei weniger als 5 Gewichtsprozent; der Grenzwert für den gesamten organischen Kohlenstoffgehalt von weniger als 5 Gewichtsprozent gilt nicht, wenn die entsprechend ausgewählte und aufbereitete Schredderschwerfraktion gemäß den geltenden Rechtsvorschriften biologisch stabil ist.

[1] Entscheidung 2003/33/EG des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung von Kriterien und Verfahren für die Annahme von Abfällen auf Abfalldeponien gemäß Artikel 16 und Anhang II der Richtlinie 1999/31/EG (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 27, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2003/33(1)/oj).

e) Die Schredderleichtfraktion wird weiter behandelt, um Eisenmetalle, Nichteisenmetalle, Kunststoffe und andere organische Werkstoffe zum Zwecke des Recyclings oder der Verwertung abzutrennen; im Rückstand dieser Verfahren liegt der Metallgehalt bei weniger als 1 Gewichtsprozent und der gesamte organische Kohlenstoffgehalt im Einklang mit der Entscheidung 2003/33/EG bei weniger als 5 Gewichtsprozent; der Grenzwert für den gesamten organischen Kohlenstoffgehalt von weniger als 5 Gewichtsprozent gilt nicht, wenn die entsprechend ausgewählte und aufbereitete Schredderleichtfraktion gemäß den geltenden Rechtsvorschriften biologisch stabil ist.

3. Bei Ausnahmen von der Verpflichtung zur Entfernung von Teilen, Bauteilen und Werkstoffen zur Verfügung zu stellende Dokumente:

a) sofern verfügbar: eine Kopie des schriftlichen Vertrags zwischen der zugelassenen Behandlungsanlage und der Anlage, die Schredderprozesse ▌ und Post-Schredder-Technologien ***ausführt***, einschließlich der Spezifikationen zu der Qualität der zu ***recycelnden*** Sekundärmaterialien und der technischen Spezifikationen für die Verarbeitung der Behandlungsfraktionen von Altfahrzeugen,

b) ein Bericht über die Massenbilanz der Probenanalyse zu Qualität und Quantität der Behandlungsfraktionen (Output) für eine repräsentative Behandlungskonfiguration, die von einer unabhängigen Stelle zur Verfügung gestellt wird.

▌

ANHANG IX

ANGABEN ZUR EINTRAGUNG IN DAS HERSTELLERREGISTER

1. Vom Hersteller oder seinem ▌Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung vorzulegende Informationen:

a) Name und gegebenenfalls Markennamen, unter denen der Hersteller in dem Mitgliedstaat tätig ist, und Anschrift des Herstellers, einschließlich Postleitzahl und Ort, Straße und Hausnummer, Land, Telefonnummer, gegebenenfalls Website und E-Mail-Adresse unter Angabe einer einzigen Kontaktstelle,

b) nationale Identifikationsnummer des Herstellers, einschließlich seiner Handelsregisternummer oder einer gleichwertigen amtlichen Registernummer und der europäischen oder nationalen Steueridentifikationsnummer,

c) Fahrzeugklassen, die der Hersteller erstmals im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats auf dem Markt bereitstellen will,

d) Informationen darüber, wie der Hersteller seinen Verpflichtungen gemäß Artikel 16 nachkommt, einschließlich schriftlicher Informationen über

i) die vom Hersteller ergriffenen Maßnahmen zur Erfüllung der Pflichten der Herstellerverantwortung gemäß den Artikeln 16 und 20,

ii) die Maßnahmen, die ergriffen wurden, um der Sammlungspflicht gemäß Artikel 23 in Bezug auf die Menge der Fahrzeuge, die der Hersteller in dem Mitgliedstaat auf dem Markt bereitstellt, nachzukommen, und

iii) das System, mit dem sichergestellt wird, dass die den zuständigen Behörden gemeldeten Daten zuverlässig sind,

e) eine Erklärung des Herstellers oder gegebenenfalls des ▌Bevollmächtigten ***des Herstellers*** für die erweiterte Herstellerverantwortung oder der Organisation für Herstellerverantwortung, aus der hervorgeht, dass die Angaben wahrheitsgetreu sind.

2. Informationen, die zusätzlich zu den in Nummer 1 aufgeführten Informationen bereitzustellen sind, wenn eine Organisation für Herstellerverantwortung mit der Erfüllung der Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung beauftragt wird:

a) Name und Kontaktdaten, einschließlich Postleitzahl und Ort, Straße und Hausnummer, Land, Telefonnummer, Internet- und E-Mail-Adresse sowie nationale Kennnummer der Organisation für Herstellerverantwortung,

b) die Handelsregisternummer oder eine gleichwertige amtliche Registrierungsnummer und die europäische oder nationale Steueridentifikationsnummer der Organisation für Herstellerverantwortung und

c) das Mandat der Hersteller, die sie vertritt.

3. Informationen, die zusätzlich zu den in Nummer 1 aufgeführten Informationen von der Organisation für Herstellerverantwortung bereitzustellen sind, wenn sie gemäß Artikel ***17 Absatz 1*** benannt wurde:

   a) Namen und Kontaktdaten, einschließlich Postleitzahlen und Orte, Straßen und Hausnummern, Länder, Telefonnummern, Websites und E-Mail-Adressen der vertretenen Hersteller,

   b) gegebenenfalls das Mandat jedes vertretenen Herstellers,

   c) vertritt die Organisation für Herstellerverantwortung mehr als einen Hersteller, so gibt sie getrennt an, wie jeder der vertretenen Hersteller die in Artikel 16 festgelegten Pflichten erfüllt.

4. Werden die Verpflichtungen nach Artikel 16 im Namen eines Herstellers von einem für die erweiterte Herstellerverantwortung benannten Bevollmächtigten, der mehr als einen Hersteller vertritt, erfüllt, so gibt dieser Bevollmächtigte zusätzlich zu den in Nummer 1 aufgeführten Informationen den Namen und die Kontaktdaten für jeden der vertretenen Hersteller getrennt an.

ANHANG X

▌VERWERTUNGSNACHWEIS▐

1.	***Anlage oder Unternehmen, die bzw. das diesen Nachweis ausstellt***	
1.1	***Name***	
1.2	***Anschrift***	
1.3	***Telefonnummer***	
1.4	***E-Mail [falls verfügbar]***	
1.5	***Registrierungs- oder Identifikationsnummer****	
2.	***Zuständige Behörde, die der in Nummer 1 genannten Anlage bzw. dem genannten Unternehmen eine Genehmigung ausgestellt hat***	
2.1	***Mitgliedstaat***	
2.2	***Name***	
2.3	***Anschrift***	
3.	***Verwertungsnachweis***	
3.1	***Datum der Ausstellung***	
3.2	***Nummer***	
4.	***Angaben zum Fahrzeug, für das dieser Verwertungsnachweis ausgestellt wird***	
4.1	***Länderkennzeichen***	
4.2	***(A) Zulassungsnummer*** **	

4.3	*(J) Klasse***	
4.4	*(D.1) Fabrikmarke***	
4.5	*(D.3) Handelsbezeichnung***	
4.6	*(E) Fahrzeug-Identifizierungsnummer***	
4.7	*Nummer der Zulassungsbescheinigung*	
5.	*Angaben zum Fahrzeugeigner*	
5.1	*(C.2.1) Familien- oder Firmenname***	
5.2	*(C.2.2) Andere(r) Name(n)***	
5.3	*(C.2.3) Anschrift***	
5.4	*Telefonnummer [falls verfügbar und mit Zustimmung des Eigners]*	
5.5	*E-Mail-Adresse [falls verfügbar und mit Zustimmung des Eigners]*	
6	*Bemerkungen*	
	** Diese Anforderung kann außer Acht gelassen werden, wenn das nationale Zulassungs- oder Identifizierungssystem eine solche Nummer nicht vorsieht.* *** Harmonisierte gemeinschaftliche Codes gemäß der Richtlinie 1999/37/EG.*	

ANHANG XI

ÄNDERUNG DER VERORDNUNG (EU) 2018/858 ***UND DER VERORDNUNG (EU) Nr. 168/2013***

1. Anhang II der Verordnung (EU) 2018/858 wird wie folgt geändert:

a) Teil I Eintrag G13 erhält folgende Fassung:

„

G13	Kreislauffähigkeit	Verordnung (EU) …/… [Amt für Veröffentlichungen: Nummer dieser Verordnung einfügen]	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X		

“;

b) Anlage 1 wird wie folgt geändert:

i) In Tabelle 1 erhält der Eintrag G13 folgende Fassung:

„

G13	Kreislauffähigkeit	Verordnung (EU) …/… [Amt für Veröffentlichungen: Nummer dieser Verordnung einfügen]		k. A. Es gilt jedoch Anhang VIII Teil E über das Verbot der Wiederverwendung der angegebenen Bauteile.

“;

ii) In Tabelle 2 erhält der Eintrag G13 folgende Fassung:

„

G13	Kreislauffähigkeit	Verordnung (EU) …/… [Amt für Veröffentlichungen: Nummer dieser Verordnung einfügen]		k. A. Es gilt jedoch Anhang VIII Teil E über das Verbot der Wiederverwendung der angegebenen Bauteile.

“;

c) Anlage 2 Nummer 4 wird wie folgt geändert:

i) In der Tabelle „Teil I: Fahrzeuge der Klasse M_1“ erhält der Eintrag 59 folgende Fassung:

„

59	Verordnung (EU) …/… [Amt für Veröffentlichungen: Nummer dieser Verordnung einfügen] (Kreislauffähigkeit)	Die Anforderungen der genannten Verordnung gelten nicht.

“:

ii) In der Tabelle „Teil II: Fahrzeuge der Klasse N_1“ erhält Eintrag 59 folgende Fassung:

„

59	Verordnung (EU) …/… [Amt für Veröffentlichungen: Nummer dieser Verordnung einfügen] (Kreislauffähigkeit)	Die Anforderungen der genannten Verordnung gelten nicht.

“;

d) Teil III wird wie folgt geändert:

i) In Anlage 1 erhält der Eintrag 59 folgende Fassung:

„

59	Kreislauffähigkeit	Verordnung (EU) …/… [Amt für Veröffentlichungen: Nummer dieser Verordnung einfügen]	k. A.	k. A.		

“;

ii) In Anlage 2 erhält der Eintrag 59 folgende Fassung:

„

59	Kreislauffähigkeit	Verordnung (EU) …/… [Amt für Veröffentlichungen: Nummer dieser Verordnung einfügen]	k. A.				k. A.					

“;

iii) In Anlage 3 erhält der Eintrag 59 folgende Fassung:

„

59	Kreislauffähigkeit	Verordnung (EU) …/… [Amt für Veröffentlichungen: Nummer dieser Verordnung einfügen]	k. A.

“;

iv) In Anlage 4 erhält der Eintrag 59 folgende Fassung:

„

59	Kreislauffähigkeit	Verordnung (EU) …/… [Amt für Veröffentlichungen: Nummer dieser Verordnung einfügen]	k. A.				k. A.					

“;

2. Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 wird wie folgt geändert:

In Abschnitt C1 der Tabelle erhält der Eintrag 15a folgende Fassung:

„

				L1e-A1	L1e-B2	L2e	L3e	L4e	L5e-B	L6e-A	L7e-A1	L7e-A2	L7e-B1	L7e-B2
15a	18	Anforderungen an die Kreislauffähigkeit	[Amt für Veröffentlichungen: diese Verordnung (EU) 2026/… einfügen]	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x

“.

ANHANG XII

ÄNDERUNG DER VERORDNUNG (EU) 2023/1542

In Anhang I erhält die Tabelle folgende Fassung:

Spalte 1 *Bezeichnung des Stoffes oder der Stoffgruppe*	*Spalte 2* *Einzelheiten der Beschränkung*
1. Quecksilber CAS-Nr. 7439-97-6 EG-Nr. 231-106-7 und seine Verbindungen	*In Batterien darf der Massenanteil Quecksilber nicht mehr als 0,0005 % (ausgedrückt als metallisches Quecksilber) betragen, unabhängig davon, ob die Batterien in Geräten, leichten Verkehrsmitteln oder sonstigen Fahrzeugen enthalten oder verbaut sind.*
2. Cadmium CAS-Nr. 7440-43-9 EG-Nr. 231-152-8 und seine Verbindungen	*1. In Gerätebatterien darf der Massenanteil Cadmium nicht mehr als 0,002 % (ausgedrückt als metallisches Cadmium) betragen, unabhängig davon, ob die Batterien in Geräten, leichten Verkehrsmitteln oder sonstigen Fahrzeugen enthalten oder verbaut sind.* *2. In Elektrofahrzeugbatterien und Starterbatterien, die in Fahrzeuge, einschließlich Fahrzeugen mit besonderer Zweckbestimmung, der Klassen M_1 und N_1 im Sinne der Verordnung (EU) 2018/858 eingebaut sind, darf der Massenanteil Cadmium nicht mehr als 0,01 % (ausgedrückt als metallisches Cadmium) in homogenem Werkstoff betragen.* *3. Nummer 2 gilt nicht für Elektrofahrzeugbatterien, die als Ersatzteile für Elektrofahrzeuge, einschließlich Fahrzeugen mit besonderer Zweckbestimmung, der Klassen M_1 und N_1 im Sinne der Verordnung (EU) 2018/858 verwendet werden, die vor dem 31. Dezember 2008 in Verkehr gebracht wurden.*

Spalte 1 *Bezeichnung des Stoffes oder der Stoffgruppe*	*Spalte 2* *Einzelheiten der Beschränkung*
3. Blei CAS-Nr. 7439-92-1 EG-Nr. 231-100-4 und seine Verbindungen	*1. Ab dem 18. August 2024 darf der Massenanteil Blei in Gerätebatterien nicht mehr als 0,01 % (ausgedrückt als metallisches Blei) betragen, unabhängig davon, ob die Batterien in Geräten enthalten oder verbaut sind.* *2. Bis zum 18. August 2028 gilt die Beschränkung nach Nummer 1 nicht für Zink-Luft-Gerätebatterien in Form von Knopfzellen.* *3. In Gerätebatterien, die in Fahrzeuge, einschließlich Fahrzeugen mit besonderer Zweckbestimmung, der Klassen M_1 und N_1 im Sinne der Verordnung (EU) 2018/858 eingebaut sind, darf der Massenanteil Blei nicht mehr als 0,1 % (ausgedrückt als metallisches Blei) in homogenem Werkstoff betragen.* *4. Nummer 3 gilt nicht für Gerätebatterien, die in Fahrzeuge, einschließlich Fahrzeugen mit besonderer Zweckbestimmung, der Klassen M_1 und N_1 im Sinne der Verordnung (EU) 2018/858, die vor dem 1. Januar 2024 typgenehmigt wurden, eingebaut sind oder als Ersatzteile dafür verwendet werden.* *5. In Elektrofahrzeugbatterien, die in Fahrzeuge, einschließlich Fahrzeugen mit besonderer Zweckbestimmung, der Klassen M_1 und N_1 im Sinne der Verordnung (EU) 2018/858 eingebaut sind, darf der Massenanteil Blei nicht mehr als 0,1 % (ausgedrückt als metallisches Blei) in homogenem Werkstoff betragen.*

Spalte 1 *Bezeichnung des Stoffes oder der Stoffgruppe*	*Spalte 2* *Einzelheiten der Beschränkung*
	6. Nummer 5 gilt nicht für ***a) in Hochspannungssystemen verwendete Elektrofahrzeugbatterien, die in Fahrzeuge der Klassen M_1 und N_1 im Sinne der Verordnung (EU) 2018/858, die vor dem 1. Januar 2019 typgenehmigt wurden, eingebaut sind oder als Ersatzteil dafür verwendet werden.*** ***b) nicht von Buchstabe a erfasste Elektrofahrzeugbatterien der vorliegenden Nummer, die in Fahrzeuge, einschließlich Fahrzeugen mit besonderer Zweckbestimmung, der Klassen M_1 und N_1 im Sinne der Verordnung (EU) 2018/858, die vor dem 1. Januar 2024 typgenehmigt wurden, eingebaut sind oder als Ersatzteil dafür verwendet werden.*** ***7. In Starterbatterien, die in Fahrzeuge, einschließlich Fahrzeugen mit besonderer Zweckbestimmung, der Klassen M_1 und N_1 im Sinne der Verordnung (EU) 2018/858 eingebaut sind, darf der Massenanteil Blei nicht mehr als 0,1 % (ausgedrückt als metallisches Blei) in homogenem Werkstoff betragen.***

Spalte 1 *Bezeichnung des Stoffes oder der Stoffgruppe*	*Spalte 2* *Einzelheiten der Beschränkung*
	8. Nummer 7 gilt nicht für ***a) Starterbatterien, die in 12-Volt-Anwendungen für Fahrzeuge, einschließlich Fahrzeugen mit besonderer Zweckbestimmung, der Klassen M_1 und N_1 im Sinne der Verordnung (EU) 2018/858 verwendet werden.[1]*** ***b) Starterbatterien, die in 24-Volt-Anwendungen in Fahrzeugen mit besonderer Zweckbestimmung der Klassen M_1 und N_1 im Sinne der Verordnung (EU) 2018/858 verwendet werden.[2]*** ***c) Starterbatterien, die in anderen als den unter den Buchstaben a und b dieser Nummer genannten Anwendungen in Fahrzeugen, einschließlich Fahrzeugen mit besonderer Zweckbestimmung, der Klassen M_1 und N_1 im Sinne der Verordnung (EU) 2018/858, die vor dem 1. Januar 2024 typgenehmigt wurden, verwendet werden.***
4. Sechswertiges Chrom CAS-Nr. 18540-29-9 EG-Nr. 606-053-1 und seine Verbindungen	***In Batterien, die in Fahrzeuge, einschließlich Fahrzeugen mit besonderer Zweckbestimmung, der Klassen M_1 und N_1 im Sinne der Verordnung (EU) 2018/858 eingebaut sind, darf der Massenanteil sechswertiges Chrom nicht mehr als 0,1 % (ausgedrückt als metallisches sechswertiges Chrom) in homogenem Werkstoff betragen.***

[1] ***Diese Befreiung wird 2030 überprüft.***
[2] ***Diese Befreiung wird 2030 überprüft.***

1 Systeme mit einer Spannung von über 75 V DC gemäß Artikel 1 der Richtlinie 2014/35/EU des Europäischen Parlaments und des Rates[3].

[3] Richtlinie 2014/35/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26 Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung elektrischer Betriebsmittel zur Verwendung innerhalb bestimmter Spannungsgrenzen auf dem Markt (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 357, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2014/35/oj).

ANHANG XIII

VON ANLAGEN IN DRITTSTAATEN, MIT DENEN RECYCLINGSTOFFE HERGESTELLT WERDEN, ZU ERFÜLLENDE KRITERIEN

Teil A KRITERIEN FÜR DEN NACHWEIS, DASS RECYCLINGSTOFFE MIT EINER ANLAGE HERGESTELLT WURDEN, DIE BESTIMMTE ANFORDERUNGEN DES UNIONSRECHTS ODER IHNEN GLEICHWERTIGE ANFORDERUNGEN IN BEZUG AUF DEN SCHUTZ DER MENSCHLICHEN GESUNDHEIT, DES KLIMAS UND DER UMWELT ERFÜLLT (GEMÄß ARTIKEL 6 ABSATZ 4)

1. Die in einem Drittstaat angesiedelte Anlage, die an der Erzeugung von Recyclingstoffen beteiligt ist, muss im konkreten Betrieb die folgenden Bedingungen erfüllen:

a) Sie erfüllt die Anforderungen an das Recycling von Abfällen und wird im Einklang mit den geltenden nationalen Umweltschutzvorschriften betrieben,

b) sie wird auf sichere und umweltschonende Weise entworfen, gebaut und betrieben und verfügt insbesondere über die erforderlichen Verfahren, die geeigneten Abfallbewirtschaftungstechnologien sowie die geeignete Abfallbewirtschaftungsorganisation und -infrastruktur, um die betreffenden Abfälle zu recyceln,

c) die Kunststoffabfälle werden aus einem Mitgliedstaat bzw. einem Staat bezogen, der in Bezug auf den Umweltschutz und die Sicherheit der Arbeitnehmer das Unionsrecht bzw. gleichwertige Normen wie die Mitgliedstaaten erfüllt, und die Anlage wird in einem solchen Staat nach den in Nummer 3 festgelegten Kriterien betrieben,

d) es werden Management- und Überwachungssysteme, -verfahren und -techniken festgelegt und angewendet, die Folgendes vermeiden, mindern, minimieren und – soweit praktisch möglich – beseitigen sollen:

i) Risiken für die Gesundheit und Sicherheit der betreffenden Arbeitnehmer und der in unmittelbarer Nähe der Anlage lebenden Bevölkerung und

ii) durch den Betrieb der Anlage verursachte nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt (insbesondere im Wege geeigneter Maßnahmen zur Überwachung und Bekämpfung der Umweltverschmutzung),

e) die Verfolgbarkeit aller an dem Standort entgegengenommenen und behandelten Abfälle wird sichergestellt, wozu auch gehört, dass alle bei dem Betrieb der Anlage anfallenden Restabfälle dokumentiert und nur an Abfallbewirtschaftungseinrichtungen übergeben werden, die für die Behandlung solcher Restabfälle zugelassen sind,

f) es wurden Maßnahmen ergriffen, um Energie zu sparen und die infolge des Betriebs der Anlage entstehenden Treibhausgasemissionen zu begrenzen,

g) es werden Aufzeichnungen über die Abfallbewirtschaftungstätigkeiten der Anlage der letzten fünf Jahre erstellt, die vorgelegt werden können; sofern eine Anlage seit weniger als fünf Jahren in Betrieb ist, werden Aufzeichnungen über ihre Abfallbewirtschaftungstätigkeiten für den Zeitraum ihres Betriebs erstellt, die vorgelegt werden können,

h) weder ihr Betreiber noch ihre Leitung wurden in den letzten fünf Jahren wegen illegaler Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Abfallbewirtschaftung verurteilt.

2. Als Referenz werden gegebenenfalls die folgenden oder gleichwertige Regeln herangezogen:

a) spezifische Anforderungen an die Behandlung bestimmter Abfälle und an die Berechnung der Menge der behandelten Abfälle, die nach den Rechtsvorschriften der Union verbindlich sind, und an die Verbuchung der erzeugten Mengen von Recyclingstoffen,

b) die Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken, die für bestimmte Tätigkeiten im Rahmen der Richtlinie 2010/75/EU angenommen wurden.

3. Die Kunststoffabfälle werden gemäß den Anforderungen des Unionsrechts oder gemäß gleichwertigen Anforderungen behandelt und stammen aus einem Mitgliedstaat oder einem Staat mit einem umfassenden Regelwerk für die Abfallbewirtschaftung, das sein gesamtes Hoheitsgebiet abdeckt und seine Fähigkeit und Bereitschaft zur Gewährleistung einer umweltschonenden Abfallbewirtschaftung unter Beweis stellt, wobei insbesondere die folgenden Kriterien berücksichtigt werden:

a) die durchgeführten und geplanten Maßnahmen zur Sicherstellung der umweltschonenden Bewirtschaftung von Abfällen in seinem Hoheitsgebiet, wie die Einführung eines Regimes der erweiterten Herstellerverantwortung oder eines gleichwertigen Systems zur Umsetzung des Verursacherprinzips,

b) die durchgeführten und geplanten Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils von Verbraucher-Kunststoffabfällen, die aus Fahrzeugen recycelt wurden, sowie die Indikatoren für die Überwachung dieser Maßnahmen,

c) die durchgeführten und geplanten Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils von recycelten Verbraucher-Kunststoffabfällen, die in auf dem nationalen Markt in Verkehr gebrachte Fahrzeuge eingebaut werden, sowie die Indikatoren für die Überwachung dieser Maßnahmen.

Teil B KRITERIEN FÜR DEN NACHWEIS, DASS RECYCLINGSTOFFE UNTER EINHALTUNG DER ANFORDERUNGEN GEMÄß ARTIKEL 6 ABSÄTZE 1, 2 UND 3 HERGESTELLT WURDEN

Die in einem Drittstaat angesiedelte Anlage, die an der Erzeugung von Recyclingstoffen beteiligt ist, muss im konkreten Betrieb die folgenden Bedingungen erfüllen:

1. Es muss nachgewiesen werden können, dass mit der Anlage Werkstoffe hergestellt werden, die aus Verbraucherabfällen recycelt werden. Werden mit der Anlage auch Werkstoffe hergestellt, die aus Produktionsabfällen oder aus Rohstoffen stammen, so muss nachgewiesen werden können, dass klar zwischen den verschiedenen Arten von Werkstoffen unterschieden wird. Es ist sicherzustellen, dass mit der Anlage nur Werkstoffe bereitgestellt werden, die aus Verbraucherabfällen recycelt werden, damit diese Werkstoffe auf die Zielvorgaben gemäß Artikel 6 angerechnet werden können.

2. Bei einer Anlage, in der Recyclingstoffe aus Verbraucherabfällen aus Altfahrzeugen oder reparierten Fahrzeugen hergestellt werden, muss nachgewiesen werden können, dass diese Abfälle getrennt gesammelt und nicht auf eine Weise mit Materialien anderer Herkunft vermischt wurden, dass diese Abfälle vor ihrem Eintreffen in der Anlage und während des gesamten Recyclingverfahrens nicht mehr verfolgt werden können.

ANHANG XIV

ANFORDERUNGEN AN PRÜFUNGEN, ZERTIFIZIERUNGSSTELLEN UND PRÜFER

Teil A DETAILLIERTE ANFORDERUNGEN AN DRITTE, DIE PRÜFUNGEN DURCHFÜHREN

1. Ein Dritter, der gemäß Artikel 6 Absatz 5 Prüfungen der in einem Drittstaat befindlichen Anlage durchführt, muss von dem Zulieferer, dem Erzeuger *oder der an der Herstellung des Recyclingstoffs beteiligten Person und von der kontrollierten Anlage unabhängig sein. Zu diesem Zweck muss der Dritte in der Lage sein, nachzuweisen, dass*

a) er weder diesen Organisationen angehört noch von ihnen kontrolliert wird,

b) er Verfahren eingeführt hat und betreibt, die seine Unparteilichkeit gewährleisten, darunter

i) die fortlaufende Bewertung von Risiken für seine Unparteilichkeit,

ii) die Ermittlung, Beseitigung und Minderung von Risiken für die Unparteilichkeit, die sich aus finanziellem, kommerziellem und sonstigem Druck ergeben,

iii) die Bewertung des Risikos für seine Unparteilichkeit, das sich aus Beziehungen seines Personals ergibt,

c) er so strukturiert ist und verwaltet wird, dass seine Unabhängigkeit und Unparteilichkeit sichergestellt sind, auch dadurch, dass

i) er innerhalb der juristischen Person eindeutig ermittelbar ist, wenn die juristische Person auch Tätigkeiten ausübt, die nicht im Zusammenhang mit Prüfungen stehen,

ii) er über Vorschriften für die Berichterstattung über die durchgeführten Prüfungen verfügt,

iii) sein Personal eindeutig erkennbare Verantwortlichkeiten in Bezug auf die Durchführung von Prüfungen hat.

2. Bei einem Dritten, der Prüfungen gemäß Artikel 6 Absatz 5 durchführt, wird davon ausgegangen, dass er über angemessene Qualifikationen im Bereich Prüfungen und Abfallbehandlung verfügt, wenn er direkt oder im Wege von Unteraufträgen über ausreichendes qualifiziertes Personal verfügt, das regelmäßig geschult wird, und wenn sein an der Durchführung solcher Prüfungen beteiligtes Personal nachweislich über Berufserfahrung in allen folgenden Bereichen verfügt:

a) Durchführung von Prüfungen von Abfallbehandlungsanlagen,

b) Abfallbehandlungsverfahren,

c) Managementsysteme für Gesundheit und Sicherheit in Bezug auf Umwelt und Arbeitsplatz,

d) Herstellung von Recyclingstoffen.

3. Um nachzuweisen, dass er die in den Nummern 1 und 2 dieses Teils genannten Kriterien einhält, verweist der Dritte, der Prüfungen oder Zertifizierungen durchführt, auf seine Zertifizierung nach Unionsnormen oder gleichwertigen international anerkannten Normen für die Durchführung von Prüfungen, wie etwa der Internationalen Norm ISO 19011:2018 oder ISO/IEC 17020:2012.

Teil B. GEGENSTAND DER PRÜFUNG

1. Bei der in Artikel 6 Absatz 5 genannten Prüfung wird überprüft, ob die in einem Drittstaat angesiedelte Anlage, die an der Erzeugung von Recyclingstoffen beteiligt ist, im konkreten Betrieb die in Anhang XIII aufgeführten Bedingungen erfüllt.

2. Die Namen und Kontaktdaten der Personen, die die Prüfungen durchgeführt haben, müssen in den Prüfberichten eindeutig angegeben werden.

ANHANG XV

ENTSPRECHUNGSTABELLEN

1. Richtlinie 2000/53/EG

Richtlinie 2000/53/EG	Vorliegende Verordnung
Artikel 1	Artikel 1
Artikel 2 Nummer 1	Artikel 3 Nummer 1
Artikel 2 Nummer 2	Artikel 3 Nummer 2
Artikel 2 Nummer 3	Artikel 3 Nummer 23
Artikel 2 Nummer 4	Artikel 3 Nummer 39
Artikel 2 Nummer 5	Artikel 3 Nummer 18
Artikel 2 Nummer 6	Artikel 3 Nummer 4
Artikel 2 Nummer 7	Artikel 3 Nummer 39
Artikel 2 Nummer 8	Artikel 3 Nummer 39
Artikel 2 Nummer 9	Artikel 3 Nummer 39
Artikel 2 Nummer 10	Artikel 3 Nummer 35
Artikel 2 Nummer 11	–
Artikel 2 Nummer 11 Buchstabe a	–
Artikel 2 Nummer 11 Buchstabe b	–
Artikel 2 Nummer 11 Buchstabe c	–
Artikel 2 Nummer 11 Buchstabe d	–
Artikel 2 Nummer12	–
Artikel 2 Nummer 13	–
Artikel 3 Absatz 1	Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a
Artikel 3 Absatz 2	–
Artikel 3 Absatz 3	–
Artikel 3 Absatz 4	
Artikel 3 Absatz 5	

Richtlinie 2000/53/EG	Vorliegende Verordnung
Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a	Artikel 5 Absatz 1
Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b	Artikel 7 Absatz 1
Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c	Artikel 6
Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a	Artikel 5 Absätze 4 und 5
Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer i	Artikel 5 Absatz 6 Buchstabe a
Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer ii	Artikel 5 Absatz 6 Buchstabe b
Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer iii	Artikel 5 Absatz 6 Buchstabe c
Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer iv	Artikel 5 Absatz 6 Buchstabe d
Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe c	–
Artikel 5 Absatz 1 Gedankenstrich 1	
Artikel 5 Absatz 1 Gedankenstrich 2	Artikel 23 Absatz 3 Buchstabe b
Artikel 5 Absatz 2	Artikel 24 Absatz 1
Artikel 5 Absatz 3 Unterabsatz 1	Artikel 25 Absatz 1
Artikel 5 Absatz 3 Unterabsatz 2	–
Artikel 5 Absatz 3 Unterabsatz 3	–
Artikel 5 Absatz 4 Unterabsatz 1	Artikel 24 Absatz 2
Artikel 5 Absatz 4 Unterabsatz 2	Artikel 16 und Artikel 20 Absatz 1 Buchstabe a
Artikel 5 Absatz 4 Unterabsatz 3	Artikel 24 Absatz 2
Artikel 5 Absatz 4 Unterabsatz 4	–
Artikel 5 Absatz 5 Unterabsatz 1	Artikel 25 Absatz 1 und Anhang X
Artikel 5 Absatz 5 Unterabsatz 2	
Artikel 6 Absatz 1	Artikel 26 Absätze 1 und 2
Artikel 6 Absatz 2 Unterabsatz 1	Artikel 15 Absatz 1
Artikel 6 Absatz 2 Unterabsatz 2	–
Artikel 6 Absatz 3 Unterabsatz 1	Artikel 29 Absatz 1 und Anhang VIII Teil C
Artikel 6 Absatz 3 Unterabsatz 2	Artikel 28 Absatz 1

Richtlinie 2000/53/EG	Vorliegende Verordnung
Artikel 6 Absatz 4	Artikel 15 Absatz 2
Artikel 6 Absatz 5	Artikel 26 Absatz 4
Artikel 6 Absatz 6	Artikel 26 Absatz 3
Artikel 7 Absatz 1	Artikel 30 Absatz 1
Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe a	–
Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe b	Artikel 33 Absatz 1 Buchstaben a und b
Artikel 7 Absatz 2 Unterabsatz 2	–
Artikel 7 Absatz 2 Unterabsatz 3	
Artikel 7 Absatz 3	–
Artikel 7 Absatz 4	–
Artikel 7 Absatz 5	–
Artikel 8 Absatz 1	Artikel 12 Absatz 1
Artikel 8 Absatz 2	Artikel 12 Absatz 2
Artikel 8 Absatz 3	Artikel 11 Absatz 1
Artikel 8 Absatz 4	Artikel 11 Absätze 1 und 3
Artikel 9 Absatz 1a Unterabsatz 1	Artikel 50 Absatz 1 Unterabsatz 1
Artikel 9 Absatz 1a Unterabsatz 2	Artikel 50 Absatz 1 Unterabsatz 2
Artikel 9 Absatz 1a Unterabsatz 3	Artikel 50 Absatz 1 Unterabsatz 3
Artikel 9 Absatz 1b	Artikel 50 Absatz 2
Artikel 9 Absatz 1c	Artikel 50 Absatz 3 Unterabsatz 3
Artikel 9 Absatz 1d	Artikel 50 Absatz 5
Artikel 9 Absatz 2	Artikel 9 und Anhang V, Teil A
Artikel 9a Absatz 1	Artikel 51 Absatz 1
Artikel 9a Absatz 2	Artikel 51 Absatz 2
Artikel 9a Absatz 3	Artikel 51 Absatz 3
Artikel 9a Absatz 4	Artikel 51 Absatz 4

Richtlinie 2000/53/EG	Vorliegende Verordnung
Artikel 9a Absatz 5	Artikel 51 Absatz 5
Artikel 9a Absatz 6	Artikel 51 Absatz 6
Artikel 10 Absatz 1	–
Artikel 10 Absatz 2	–
Artikel 10 Absatz 3	–
Artikel 10a	Artikel 56
Artikel 11 Absatz 1	Artikel 52 Absatz 1
Artikel 11 Absatz 2	Artikel 52 Absatz 2
Artikel 12 Absatz 1	Artikel 59 Absatz 1
Artikel 12 Absatz 2	Artikel 59 Absatz 2
Artikel 12 Absatz 3	–
Artikel 13	–
Anhang I	Anhang VIII
Anhang II	Anhang IV

2. Richtlinie 2005/64/EG

Richtlinie 2005/64/EG	Vorliegende Verordnung
Artikel 1 Unterabsatz 1	Artikel 1
Artikel 1 Unterabsatz 2	–
Artikel 2	Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a
Artikel 3 Buchstabe a	
Artikel 3 Buchstabe b	
Artikel 3 Buchstabe c	Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a
Artikel 4 Nummer 1	Artikel 3 Nummer 1
Artikel 4 Nummer 2	
Artikel 4 Nummer 3	Artikel 3 Nummer 3
Artikel 4 Nummer 4	Artikel 3 Nummer 2
Artikel 4 Nummer 5	Anhang III
Artikel 4 Nummer 6	
Artikel 4 Nummer 7	Artikel 3 Nummer 40
Artikel 4 Nummer 8	
Artikel 4 Nummer 9	Artikel 3 Nummer 4
Artikel 4 Nummer 10	Artikel 3 Nummer 39
Artikel 4 Nummer 11	–
Artikel 4 Nummer 12	Artikel 3 Nummer 39
Artikel 4 Nummer 13	Artikel 3 Nummer 5
Artikel 4 Nummer 14	Artikel 3 Nummer 6
Artikel 4 Nummer 15	Artikel 3 Nummer 7

Richtlinie 2005/64/EG	Vorliegende Verordnung
Artikel 4 Nummer 16	–
Artikel 4 Nummer 17	–
Artikel 4 Nummer 18	
Artikel 4 Nummer 19	–
Artikel 4 Nummer 20	–
Artikel 5 Absatz 1	–
Artikel 5 Absatz 2	Artikel 8 Absatz 2
Artikel 5 Absatz 3	Artikel 8 Absatz 3
Artikel 5 Absatz 4	
Artikel 6 Absatz 1	
Artikel 6 Absatz 2 Unterabsatz 2	Artikel 5 Absätze 4 4 und 5
Artikel 6 Absatz 3	Artikel 9
Artikel 6 Absatz 4	–
Artikel 6 Absatz 5	–
Artikel 6 Absatz 6	–
Artikel 6 Absatz 7	–
Artikel 6 Absatz 8	–
Artikel 7 Buchstabe a	Anhang VIII Teil E
Artikel 7 Buchstabe b	Anhang VIII Teil E
Artikel 8	–
Artikel 9	–
Artikel 10 Absatz 1	–
Artikel 10 Absatz 2	–
Artikel 10 Absatz 3	–
Artikel 10 Absatz 3	–

Richtlinie 2005/64/EG	Vorliegende Verordnung
Artikel 10 Absatz 4	–
Artikel 11 Absatz 1	–
Artikel 11 Absatz 2	–
Artikel 12	–
Artikel 13	–
Anhang I	Artikel 4 Absatz 1
Anhang II	–
Anhang III	–
Anhang VII	–
Anhang V	Anhang VIII Teil E
Anhang VI	–

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0203

Bekämpfung transnationaler Repression und Entwicklung einer EU-Strategie für den Schutz der Souveränität und der demokratischen Werte Europas

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Juni 2026 zu der Bekämpfung transnationaler Repression und die Entwicklung einer EU-Strategie für den Schutz der Souveränität und der demokratischen Werte Europas (2025/2179(INI))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union, in dem die Werte, auf die sich die EU gründet, nämlich die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte verankert sind,

– unter Hinweis auf den Vertrag über die Europäische Union, insbesondere auf die Artikel 3 und 21,

– unter Hinweis auf die Zunahme transnationaler Repression und die Verantwortung der Mitgliedstaaten, alle in ihrem Hoheitsgebiet lebenden Menschen zu schützen,

– unter Hinweis auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte,

– unter Hinweis auf die Charta der Grundrechte der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf die Artikel 83 und 215,

– unter Hinweis auf die Erklärung der Vereinten Nationen zu Menschenrechtsverteidigern aus dem Jahr 1998,

– unter Hinweis auf die Resolutionen des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen vom 4. April 2025 mit dem Titel „Human rights defenders and new and emerging technologies: protecting human rights defenders, including women human rights defenders, in the digital age“ (Menschenrechtsverteidiger und neue und aufkommende Technologien: Schutz von Menschenrechtsverteidigern, einschließlich Menschenrechtsverteidigerinnen, im digitalen Zeitalter) und vom 1. Juli 2025 mit dem Titel „Civil society space“ (Zivilgesellschaftlicher Raum),

– unter Hinweis auf die am 18. Juni 2025 veröffentlichte Kurzinformation des Amtes des

Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte zu transnationaler Repression[1],

– unter Hinweis auf die Erklärung des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte vom 13. Januar 2025 zur Verbesserung des Schutzes von Menschenrechtsverteidigern,

– unter Hinweis auf den Jahresbericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte und die Berichte des Amtes des Hohen Kommissars und des Generalsekretärs A/HRC/60/62 vom September 2025 mit dem Titel „Cooperation with the United Nations, its representatives and mechanisms in the field of human rights – Report of the Secretary General“ (Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, ihren Vertretern und ihren Mechanismen im Bereich der Menschenrechte – Bericht des Generalsekretärs),

– unter Hinweis auf die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte zur Umsetzung des Rahmenprogramms „Protect, Respect and Remedy“ (Schutz, Achtung und Abhilfe) der Vereinten Nationen, die vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in seiner Resolution 17/4 vom 16. Juni 2011 gebilligt wurden,

– unter Hinweis auf die am 22. Januar 2025 veröffentlichte Erklärung einer Gruppe unabhängiger Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen, in der sie ihre Besorgnis über die Verbreitung von in Abwesenheit geführten Gerichtsverfahren in Belarus zum Ausdruck bringen,

– unter Hinweis auf die von der Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs durchgeführte Voruntersuchung zur Lage in der Republik Litauen und in der Republik Belarus (ICC-01/24-1),

– unter Hinweis auf die im Juni 2004 angenommenen und 2008 aktualisierten EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern und auf seine Entschließung vom 16. März 2023 zu den EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern[2],

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Rates vom 27. Januar 2025 zu den Prioritäten der EU in den Menschenrechtsgremien der Vereinten Nationen im Jahr 2025,

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Rates vom 30. Januar 2026 zu den Prioritäten der EU in den Menschenrechtsgremien der Vereinten Nationen im Jahr 2026,

– unter Hinweis auf den Aktionsplan der EU für Menschenrechte und Demokratie 2020-2024, der bis 2027 verlängert wurde,

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur

---

1 https://www.ohchr.org/en/documents/tools-and-resources/transnational-repression.

2 ABl. C, C/2023/409, 23.11.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2023/409/oj.

Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste)[3],

– unter Hinweis auf die Richtlinie (EU) 2024/1760 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937 und der Verordnung (EU) 2023/2859[4] (Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit),

– unter Hinweis auf die EU-Jahresberichte 2024 und 2025 über Menschenrechte und Demokratie in der Welt,

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 12. November 2025 mit dem Titel „EU-Strategie für die Zivilgesellschaft“ (COM(2025)0790),

– unter Hinweis auf seine Empfehlung vom 15. Juni 2023 an den Rat und die Kommission nach der Prüfung von behaupteten Verstößen gegen das Unionsrecht und Missständen bei der Anwendung desselben im Zusammenhang mit dem Einsatz von Pegasus und ähnlicher Überwachungs- und Spähsoftware[5],

– unter Hinweis auf die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 12. November 2025 mit dem Titel „Europäischer Schutzschild für die Demokratie: Förderung starker und widerstandsfähiger Demokratien“ (JOIN(2025)0791),

– unter Hinweis auf die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 5. Juni 2025 mit dem Titel „Eine internationale Digitalstrategie für die Europäische Union“ (JOIN(2025)0140),

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 13. November 2025 zu den Maßnahmen gegen die länderübergreifende Unterdrückung von Menschenrechtsverteidigern[6],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 21. Januar 2026 zu der Bekämpfung der Straflosigkeit mittels EU-Sanktionen, auch mittels der globalen Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte (sogenannte Magnitski-Verordnung der EU)[7],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 9. März 2022 zur Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation[8],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 1. Juni 2023 zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation[9],

– unter Hinweis auf die Arbeit seines Sonderausschusses für den Europäischen

---

3 ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj.
4 ABl. L, 2024/1760, 5.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1760/oj.
5 ABl. C, C/2024/494, 23.1.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/494/oj.
6 Angenommene Texte, P10_TA(2025)0258.
7 Angenommene Texte, P10_TA(2026)0015.
8 ABl. C 347 vom 9.9.2022, S. 61.
9 ABl. C, C/2023/1226, 21.12.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2023/1226/oj.

Schutzschild für die Demokratie,

– unter Hinweis auf die Verfassung der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol), insbesondere auf Artikel 2, wonach die Organisation im Geiste der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte handeln muss,

– unter Hinweis auf die Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G7 vom 17. Juni 2025 zu transnationaler Repression und auf den im Februar 2025 unter Beteiligung verschiedener Interessenträger geführten Dialog der G7 zu transnationaler Repression,

– unter Hinweis auf die Erklärung der Außenminister der G7 vom 19. April 2024 mit dem Titel „Addressing global challenges, fostering partnerships“ (Globale Herausforderungen angehen, Partnerschaften entwickeln),

– unter Hinweis auf die Resolution 2509 (2023) und die Empfehlung 2257 (2023) der Parlamentarischen Versammlung des Europarats mit dem Titel „Transnational repression as a growing threat to the rule of law and human rights“ (Transnationale Repression als zunehmende Bedrohung für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte),

– unter Hinweis auf die Studie seiner Generaldirektion Externe Politikbereiche der Union vom Juni 2025 zu dem Thema „Transnationale Repression von Menschenrechtsverteidigern: Auswirkungen auf den zivilgesellschaftlichen Raum und Verantwortung der Aufnahmestaaten“[10],

– unter Hinweis auf die Studie seiner Generaldirektion Externe Politikbereiche der Union vom Januar 2026 zu dem Thema „Akteure und Methoden im Bereich transnationaler Repression und mögliche Gegenmaßnahmen“[11],

– unter Hinweis auf den siebten Bericht der Tagung 2024/2025 des Gemeinsamen Ausschusses für Menschenrechte des Parlaments des Vereinigten Königreichs mit dem Titel „Transnational repression in the UK“ (Transnationale Repression im Vereinigten Königreich),

– unter Hinweis auf den im Juni 2025 veröffentlichten Verfassungsschutzbericht 2024 des deutschen Bundesministeriums des Inneren,

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (A10-0142/2026),

---

10 Europäisches Parlament: Generaldirektion Externe Politikbereiche der Union, Referat Analyse und Unterstützung für die externen Politikbereiche, *Transnational repression of human rights defenders: The impacts on civic space and the responsibility of host states*, August 2025, https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2025/754475/EXPO_STU(2025)754475_EN.pdf.

11 Europäisches Parlament: Generaldirektion Externe Politikbereiche der Union, Referat Analyse und Unterstützung für die externen Politikbereiche, *Perpetrators and methods of transnational repression and possible counter-strategies*, Januar 2026, https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2026/775286/EXAS_STU(2026)775286_EN.pdf.

A. in der Erwägung, dass transnationale Repression eine vorsätzliche, systematische, gezielte und repressive Handlung ist, bei der Regierungen oder ihre Stellvertreter außerhalb ihrer Landesgrenzen und ihrer territorialen Zuständigkeit tätig werden, um im Ausland lebende Einzelpersonen oder Gruppen oder deren Familienangehörige oder Unterstützungsnetze unter Verletzung der Grundrechte einzuschüchtern, zu bedrohen, zum Schweigen zu bringen, zu nötigen, zu kontrollieren oder ihnen auf andere Weise zu schaden, indem sie ein breites Spektrum physischer, psychologischer, digitaler, rechtlicher, administrativer und sonstiger Mittel einsetzen; in der Erwägung, dass unter anderem Tausende von Demokratieverfechtern, die aufgrund von Repressionsmaßnahmen in ihren Herkunftsstaaten gezwungen waren, aus diesen Staaten zu fliehen, Ziel transnationaler Repression sind;

B. in der Erwägung, dass es sich bei den Werten, auf die sich die EU gründet, um die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte handelt;

C. in der Erwägung, dass diese Grundwerte durch transnationale Repression beeinträchtigt werden und dass transnationale Repression zur Manipulation der öffentlichen Debatte beiträgt sowie die Grundrechte, das Völkerrecht und die Souveränität und Sicherheit der EU und ihrer Mitgliedstaaten verletzt; in der Erwägung, dass zunehmende Menschenrechtsverletzungen in den Herkunftsstaaten häufig mit verstärkter transnationaler Repression im Ausland einhergehen;

D. in der Erwägung, dass in den Hoheitsgebieten der EU-Mitgliedstaaten begangene transnationale Repression Teil einer umfassenderen Strategie der Einflussnahme aus dem Ausland ist, mit der demokratische Einrichtungen und Gesellschaften geschwächt werden sollen, und dass damit unmittelbar in den internen demokratischen Raum der EU eingegriffen wird, indem Stimmen zum Schweigen gebracht, Gemeinschaften zersplittert, Angst geschürt und Selbstzensur gefördert werden, während gleichzeitig das auswärtige Handeln der EU beeinträchtigt wird, indem die Fähigkeit von Personen mit Wohnsitz in der EU, sich für Demokratie, Menschenrechte und Rechenschaftspflicht in Drittstaaten einzusetzen, eingeschränkt wird;

E. in der Erwägung, dass transnationale Repression angesichts ihres systematischen und weit verbreiteten Ausmaßes ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne von Artikel 7 Buchstabe h des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs[12] darstellen kann;

F. in der Erwägung, dass alle Personen mit Wohnsitz in der EU unabhängig von ihrer ethnischen oder nationalen Herkunft nach dem Unionsrecht die gleichen Rechte und den gleichen Schutz genießen, einschließlich der durch die Charta der Grundrechte der Europäischen Union garantierten Rechte; in der Erwägung, dass die individuellen Rechte aller Personen mit Wohnsitz in der EU von den zuständigen nationalen Behörden und EU-Behörden geschützt und gewahrt werden müssen; in der Erwägung, dass im Zusammenhang mit transnationaler Repression spezifische, opferorientierte Maßnahmen erforderlich sind, um bestehende Lücken beim Schutz zu schließen; in der Erwägung, dass die Gefahr besteht, dass andere Aspekte transnationaler Repression verschleiert werden, die Wirksamkeit der Maßnahmen eingeschränkt wird und die von transnationaler Repression betroffenen Personen und Gemeinschaften unzureichend

12 https://www.icc-cpi.int/sites/default/files/2024-05/Rome-Statute-eng.pdf.

geschützt werden, wenn transnationale Repression in erster Linie als Sicherheitsproblem oder Problem der Einflussnahme aus dem Ausland behandelt wird;

G. in der Erwägung, dass ausländische Akteure transnationale Repression gegen Personen und Gruppen mit Wohnsitz in den EU-Mitgliedstaaten ausgeübt haben; in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten in unterschiedlichem Maße von transnationaler Repression betroffen sind und hinsichtlich der Sensibilisierung, der institutionellen Vorsorge und der Verfügbarkeit von Schutzmechanismen auf einem unterschiedlichen Stand sind; in der Erwägung, dass die Täter grenzüberschreitend tätig sind und solche Unterschiede zwischen den rechtlichen und institutionellen Rahmen der Mitgliedstaaten ausnutzen, sodass die Wirksamkeit isolierter einzelstaatlicher Maßnahmen verringert wird;

H. in der Erwägung, dass transnationale Repression mehrere Politikbereiche betrifft und daher eine zusätzliche Koordinierung erforderlich ist; in der Erwägung, dass bei Taktiken transnationaler Repression häufig Grauzonen zwischen Agenturen und Abteilungen ausgenutzt werden;

I. in der Erwägung, dass den Mitgliedstaaten eine grundlegende Rolle dabei zukommt, transnationale Repression zu verhindern, zu untersuchen und darauf zu reagieren; in der Erwägung, dass die Fähigkeit der EU, transnationale Repression wirksam und konsequent zu erkennen, zu verhindern und zu bekämpfen, durch fragmentierte einzelstaatliche Ansätze und eine mangelnde Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten beeinträchtigt wird und dass derartige Ansätze nicht ausreichen, um dem grenzüberschreitenden Charakter transnationaler Repression Rechnung zu tragen; in der Erwägung, dass durch eine solche Fragmentierung in der Praxis die Unsicherheit für betroffene Personen und Gemeinschaften unter anderem dadurch verschärft werden kann, dass das Gefährdungspotenzial, die Sichtbarkeit und die Verwundbarkeit zunehmen, was Nötigung durch die Herkunftsstaaten betrifft; in der Erwägung, dass die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten im Bereich der nationalen Sicherheit durch eine stärkere Koordinierung auf EU-Ebene unterstützt und ergänzt werden sollten;

J. in der Erwägung, dass die in den letzten zehn Jahren erhobenen Daten darauf hindeuten, dass der Umfang, die geografische Reichweite und die Komplexität transnationaler Repression stetig zunehmen; in der Erwägung, dass auch bei der Zahl und den Arten der an transnationaler Repression beteiligten Akteure ein Anstieg zu verzeichnen ist, da Repressionsmaßnahmen an Stellvertreter, etwa an Gruppen der organisierten Kriminalität, ehemalige Geheimdienstbeamte und Cyberakteure, ausgelagert werden, auch an solche in den EU-Mitgliedstaaten, wodurch die Beteiligung an transnationaler Repression einfacher zu leugnen ist, die Zuordnung erschwert wird und die Rechenschaftspflicht beeinträchtigt wird;

K. in der Erwägung, dass bei transnationaler Repression häufig die normalen Abläufe der Verwaltungs-, Finanz- und Migrationssysteme des Aufnahmestaats ausgenutzt werden, einschließlich der auf der Einhaltung von Vorschriften beruhenden Finanzkontrollen, starrer Dokumentationsanforderungen und fragmentierter Datenverarbeitungsverfahren; in der Erwägung, dass somit die Gefahr besteht, dass die Strukturen der Organe und Mitgliedstaaten der EU von den Tätern missbraucht werden, auch wenn dies von den Organen und Mitgliedstaaten der EU nicht beabsichtigt ist und sie nicht direkt mit den Täterstaaten zusammenarbeiten; in der Erwägung, dass für die Bekämpfung von transnationaler Repression daher eine Kontrolle der internen Verfahren der EU und der

Mitgliedstaaten erforderlich ist, um zu verhindern, dass sie für repressive Zwecke ausgenutzt werden;

L. in der Erwägung, dass Einzelpersonen und Gemeinschaften, die von transnationaler Repression betroffen sind, zudem wichtige Ersthelfer mit einzigartigen Kenntnissen über repressive Taktiken, Stellvertreternetze und neue Risikoverläufe sind; in der Erwägung, dass eine konstruktive Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinschaften für eine wirksame Prävention, Frühwarnung und die Entwicklung dauerhafter Gegenstrategien daher von entscheidender Bedeutung ist;

M. in der Erwägung, dass transnationale Repression schwerwiegende und nachhaltige Auswirkungen auf Menschenrechtsverteidiger, Journalisten, Rechtsanwälte und politische Aktivisten sowie auf deren Familienangehörige hat;

N. in der Erwägung, dass häufig fälschlicherweise davon ausgegangen wird, dass es sich bei transnationaler Repression um eine Reihe isolierter Vorfälle handelt, und sie nicht als nachhaltige Strategie verstanden wird, die gegen ganze Gemeinschaften gerichtet ist; in der Erwägung, dass ein Ausbleiben von körperlicher Gewalt oder offenkundiger Schikanierung nicht mit Sicherheit oder Freiheit gleichgesetzt werden sollte, da häufig Unterdrückung, Angst, Traumata und Fragmentierung das beabsichtigte Ergebnis von transnationaler Repression sind; in der Erwägung, dass aufgrund dieser kumulativen Auswirkungen transnationaler Repression nicht nur sofortiger Schutz, sondern auch Zugang zu wirksamen Rechtsbehelfen und Entschädigungen erforderlich sind; in der Erwägung, dass selbst dann, wenn die Opfer siegen, die Entschädigung nur symbolisch ist, verzögert gezahlt wird oder nicht durchgesetzt wird;

O. in der Erwägung, dass sich transnationale Repression je nach Geschlecht, sexueller Orientierung, ethnischem oder religiösem Hintergrund und sozioökonomischer Lage auf unterschiedliche Weise auf Einzelpersonen auswirkt; in der Erwägung, dass die negativen Auswirkungen transnationaler Repression durch sich überschneidende Formen der Diskriminierung und strukturelle Ungleichheiten sowohl in den Herkunfts- als auch in den Aufnahmestaaten verstärkt werden können; in der Erwägung, dass Frauen mit besonderen Formen transnationaler Repression konfrontiert sind, die sich in sexualisierten und sexistischen digitalen Angriffen auf ihre Identität manifestieren können, durch die sie eingeschüchtert, diskreditiert und von Aktivismus abgeschreckt werden sollen und die einem allgemeineren Muster des geschlechtsspezifischen Missbrauchs und der geschlechtsspezifischen Belästigung im Internet entsprechen; in der Erwägung, dass LGBTIQ+-Personen ebenfalls unverhältnismäßig stark ins Visier genommen werden;

Tendenzen, Formen und Methoden der transnationalen Repression

P. in der Erwägung, dass transnationale Repression zwar nicht neu, aber ein sich veränderndes Phänomen ist, das in einem schwierigen Kontext stattfindet, der durch die Beeinträchtigung der Menschenrechte, Einschränkungen der Grundfreiheiten und des zivilgesellschaftlichen Raums sowie das immer forschere Auftreten bestimmter autoritärer Regime gekennzeichnet ist;

Q. in der Erwägung, dass physische Formen transnationaler Repression gezielte Tötungen, Entführungen, Gewalt, Rückführungen, Verschleppungen, Abschiebungen und Angriffe auf Eigentum umfassen; in der Erwägung, dass Freedom House von 2014 bis 2025 in

107 Zielländern 1 375 direkte physische Vorfälle verzeichnet hat;

R. in der Erwägung, dass bestimmte Regime bekanntermaßen Drohungen einsetzen oder Kollaborateure bezahlen, um Teilnehmer an öffentlichen Protesten aufzuzeichnen oder Dissidenten in der EU auszuspionieren, wodurch die Ausübung der Grundrechte unmittelbar beeinträchtigt wird;

S. in der Erwägung, dass autoritäre Regime im digitalen Zeitalter immer ausgefeiltere Methoden der digitalen transnationalen Repression entwickeln; in der Erwägung, dass digitale Formen transnationaler Repression Online-Belästigung, direkte Bedrohungen, Doxing, Hacking, Cyberangriffe, Desinformationskampagnen, Verleumdungskampagnen und Anstiftung zu Hass gegen Dissidenten in ihren Wohnsitzstaaten, auch unter Anwendung künstlicher Intelligenz (KI), sowie den Einsatz von Spähsoftware und anderen Überwachungstechnologien umfassen, um Personen im Ausland zu überwachen, Profile von ihnen zu erstellen, sie einzuschüchtern oder sie zum Schweigen zu bringen, und mit herkömmlichen Methoden transnationaler Repression verflochten sind; in der Erwägung, dass solche Praktiken oft schwer zuzuordnen sind und häufig das traditionell strafrechtlich relevante Maß nicht überschreiten; in der Erwägung, dass diese Praktiken besonders schädlich sind, da Internetplattformen und digitale Medien für Personen, die aufgrund politischer Verfolgung gezwungen waren, ihr Land zu verlassen, sowohl persönlich als auch beruflich äußerst wichtig sind; in der Erwägung, dass die Reichweite und Wirkung transnationaler Repression aufgrund der Verbreitung von künstlicher Intelligenz exponentiell zugenommen hat, da die Behörden damit unter anderem Gesichtserkennung vornehmen, Verhaltensanalysen durchführen und Daten in Echtzeit verarbeiten; in der Erwägung, dass digitale Drohungen gegen die Zivilgesellschaft als Menschenrechtsverletzung gelten; in der Erwägung, dass Unternehmen der sozialen Medien und Online-Plattformen eine wichtige Rolle dabei spielen, das Online-Umfeld für Menschenrechtsverteidiger und -aktivisten zu gestalten; in der Erwägung, dass ein Fehlen wirksamer Schnellreaktionsmechanismen zur Bekämpfung von Doxing und gezielter Online-Belästigung zur Folge hat, dass Verteidiger einem erhöhten Risiko der Einschüchterung, Überwachung und weiterer transnationaler Repression ausgesetzt sind; in der Erwägung, dass in dem Gesetz über digitale Dienste Maßnahmen vorgesehen sind, mit denen Aspekte von transnationaler Repression angegangen werden können, insbesondere in Bezug auf koordinierte Belästigung und Desinformation;

T. in der Erwägung, dass Anbieter digitaler Dienste, soziale Medien und andere Online-Plattformen, private Spähsoftwareunternehmen und andere Technologieunternehmen zuweilen Wegbereiter für transnationale Repression geworden sind; in der Erwägung, dass gängige Plattformen wie unter anderem WeChat, Telegram, Facebook und X genutzt werden, um Dissidenten, die an Protesten teilnehmen oder ihre Meinung auf andere Art zum Ausdruck bringen, zu verfolgen; in der Erwägung, dass Unternehmen, die Überwachungstechnologien in Verkehr bringen, verhindern müssen, dass sie rechtswidrig für politische Zwecke genutzt werden;

U. in der Erwägung, dass böswillige ausländische Akteure offene Schwachstellen in Geräten missbrauchen, um private oder dienstliche Nachrichten auszuspähen; in der Erwägung, dass in den letzten Jahren in mehreren Fälle deutlich wurde, dass die EU nicht dafür gerüstet ist, dagegen vorzugehen, dass mithilfe von Spähsoftware in Geräte eingedrungen wird; in der Erwägung, dass ausländische Akteure Spähsoftware eingesetzt haben, um Dissidenten wie auch Beamte zu überwachen; in der Erwägung,

dass die zunehmende Überwachung von Menschenrechtsverteidigern als eine Form von transnationaler Repression oder überwachungsgestützter Nötigung betrachtet werden sollte; in der Erwägung, dass der Einsatz von Spähsoftware für transnationale Repression eine ernsthafte Bedrohung für die Grundrechte, die demokratischen Prozesse und die Integrität von Wahlen darstellt;

V. in der Erwägung, dass die Nötigung mittels Stellvertretern eine weit verbreitete und besonders schädliche Form von transnationaler Repression darstellt, die Drohungen, Schikanierung, Inhaftierungen oder Bestrafungen von Familienangehörigen oder nahestehenden Personen, die im Herkunftsstaat verbleiben, sowie den Einsatz von Veranstaltungen oder Organisationen in der Diaspora umfasst, um Gemeindemitglieder überwachen und einschüchtern zu können, wodurch schwere psychische Schäden verursacht und Anreize für die Selbstzensur geschaffen werden; in der Erwägung, dass Nötigung mittels Stellvertretern auch damit einhergehen kann, dass Mitglieder von Diaspora-Gemeinschaften gezwungen werden, im Namen des Staates repressive Handlungen vorzunehmen, sodass sie gleichzeitig Opfer und Instrumente transnationaler Repression sind; in der Erwägung, dass einige Mitglieder der Diaspora auch als Instrument der transnationalen Repression genutzt werden können, ohne dazu gezwungen zu werden; in der Erwägung, dass Personen in der Diaspora, die möglicherweise an Maßnahmen transnationaler Repression beteiligt sind, besser identifiziert werden müssen;

W. in der Erwägung, dass die für transnationale Repression verantwortlichen staatlichen Stellen häufig Vorwürfe erfinden und die Opfer transnationaler Repression als Straftäter darstellen, um ihre Forderungen glaubwürdiger erscheinen zu lassen; in der Erwägung, dass diejenigen, die transnationale Repression ausüben, in zunehmendem Maße in Abwesenheit geführte Gerichtsverfahren, Massenverfahren, Vermögensbeschlagnahmungen und die Einschüchterung von Familienangehörigen als Mittel der Unterdrückung gegen im Ausland lebende Dissidenten einsetzen, wodurch sie internationale Reisen und eine sichere Rückkehr verhindern, Eigentumsrechte einschränken und über die im Land verbliebenen Familienangehörigen indirekten Druck ausüben; in der Erwägung, dass es den Aufnahmestaaten durch die Beschränkungen der Zuständigkeit und den extraterritorialen Charakter solcher Praktiken besonders erschwert wird, Nötigung mittels Stellvertretern zu verhindern, zu dokumentieren und strafrechtlich zu verfolgen, wodurch wesentlich dazu beigetragen wird, dass sich die Opfer mit der Meldung von Vorfällen zurückhalten;

X. in der Erwägung, dass Staaten, die transnationale Repression betreiben, häufig Mechanismen der internationalen und rechtlichen Zusammenarbeit missbrauchen, darunter Auslieferungs- und Informationsersuchen, Mechanismen für den Datenaustausch, gegenseitige Rechtshilfe, die Rahmen der Arbeitsgruppe „Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung“ (FATF) zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und für die Cybersicherheit sowie Interpol-Ausschreibungen oder -Durchgaben, die im Zusammenhang mit ihrer Umsetzung verwendet werden, um Personen aus politischen Gründen ausfindig zu machen, festzunehmen oder zwangsweise zurückzuführen, wodurch repressive Regime legitimiert werden, obwohl der politische Missbrauch nach dem Völkerrecht ausdrücklich verboten ist; in der Erwägung, dass insbesondere die violetten und silbernen Ausschreibungen von Interpol als operative Instrumente ohne individuelle Abhilfemaßnahmen oder Überprüfungsmöglichkeiten für die Betroffenen konzipiert sind, wodurch ihr Missbrauch im Zusammenhang mit transnationaler Repression

erleichtert wird; in der Erwägung, dass die von autokratischen Akteuren ins Visier genommenen Personen durch den Austausch von Interpol-Daten, unter anderem von roten Ausschreibungen und Durchgaben, in Gefahr gebracht werden können; in der Erwägung, dass die Zahl der roten Ausschreibungen und Durchgaben von Interpol in den letzten zehn Jahren drastisch gestiegen ist und es sich dabei um das wichtigste Instrument handelt, das von denjenigen, die transnationale Repression ausüben, eingesetzt wird;

Y. in der Erwägung, dass die Täterstaaten administrative und mobilitätsbezogene Formen transnationaler Repression durch Überwachung und Nötigung vonseiten diplomatischer oder konsularischer Missionen einsetzen, unter anderem im Wege der Annullierung oder Verweigerung der Verlängerung von Pässen, der Verweigerung von Konsulardiensten oder des Widerrufs der Staatsangehörigkeit, sodass Einzelpersonen genötigt werden, mit den Konsularbehörden zusammenzuarbeiten oder von Reisen abzusehen; in der Erwägung, dass die Verweigerung von Konsulardienste nicht nur Menschenrechtsverteidiger und politische Aktivisten, sondern auch deren Familien betrifft;

Z. in der Erwägung, dass finanzielle transnationale Repression den Missbrauch von FATF-Standards zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung mit dem Ziel umfasst, falsche Anschuldigungen zu verbreiten und auf der Grundlage der Einhaltung der Vorschriften Kontosperrungen und die Kündigung von Bankkonten auszulösen; in der Erwägung, dass betroffene Einzelpersonen und Organisationen durch diese Praktiken um Finanzierungsmöglichkeiten und Finanzdienstleistungen gebracht werden und dass ihre Existenzgrundlage sowie ihre staatsbürgerlichen und politischen Tätigkeiten gefährdet werden; in der Erwägung, dass die Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AMLA) eine wichtige Schutzeinrichtung der EU ist, die Schnellreaktionsmechanismen gegen missbräuchliche Kontosperrungen und -kündigungen entwickeln und strenge Grenzen für den Datenaustausch mit Täterstaaten festlegen muss;

AA. in der Erwägung, dass Verwaltungsverfahren von den Täterstaaten und ihren Helfern ausgenutzt werden können, insbesondere wenn vom Herkunftsstaat ausgestellte Dokumente benötigt werden oder wenn Dolmetscher als Stellvertreter eingesetzt werden, um Opfer einzuschüchtern oder zu nötigen;

Täter, Zusammenarbeit und Stellvertreterstrukturen

AB. in der Erwägung, dass aus den vom Parlament in Auftrag gegebenen Untersuchungen und unabhängigen Datensätzen hervorgeht, dass transnationale Repression ein globales Phänomen ist, und dass einer Untersuchung von Freedom House zufolge mehr als 25 % der Regierungen weltweit transnationale Repression betreiben, schätzungsweise 3,5 Millionen Menschen gefährdet sind und es dokumentierte Fälle transnationaler Repression in mehr als 100 Ländern gibt; in der Erwägung, dass transnationale Repression hauptsächlich von autoritären Regimen ausgeübt wird; in der Erwägung, dass Russland, China, Iran und Belarus zu den prominenten Tätern gehören, wenn es um transnationale Repression in Europa und weltweit geht;

AC. in der Erwägung, dass aus den vom Parlament in Auftrag gegebenen Untersuchungen hervorgeht, dass bei der Mehrzahl der dokumentierten Vorfälle transnationaler Repression die Herkunfts- und die Aufnahmestaaten zusammengearbeitet haben oder

schwache rechtsstaatliche Rahmenbedingungen ausgenutzt wurden, unter anderem durch den Missbrauch von Auslieferungsrahmen, der Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung und internationalen Organisationen;

AD. in der Erwägung, dass transnationale Repression oft regional gehäuft auftritt, was auf informelle oder formelle Kooperationsrahmen und gemeinsame Praktiken der Täterstaaten und ihrer Helfer, einschließlich der gegenseitigen Durchsetzung der Repression gegen im Exil lebende Gemeinschaften, Unionsbürger sowie Organisationen, schließen lässt;

AE. in der Erwägung, dass Russland transnationale Repression weltweit am aggressivsten einsetzt, in der EU unter allen Herkunftsstaaten für die höchste Zahl dokumentierter Vorfälle verantwortlich ist, politische Auswanderung als strategische Bedrohung betrachtet und Praktiken wie Mord, versuchten Mord, digitale Überwachung, Schikanierung, Entführungskomplotte, Cyberangriffe, feindliche Geheimdienstoperationen, Erpressung, Verleumdungskampagnen, Einschüchterung von Diaspora-Gemeinschaften, Stigmatisierung, in Abwesenheit geführte Gerichtsverfahren, Nötigung mittels Stellvertretern, Drohungen gegen Familienangehörige, die systematische Instrumentalisierung internationaler Mechanismen der rechtlichen und finanziellen Zusammenarbeit und der Zusammenarbeit auf den Gebieten der Cybersicherheit und der Strafverfolgung sowie Drohungen gegen EU-Gesetzgeber anwendet; in der Erwägung, dass auf Russland ein unverhältnismäßig hoher Anteil der weltweiten öffentlichen roten Ausschreibungen von Interpol entfällt, der deutlich über der vergleichbaren Nutzung durch andere Staaten liegt; in der Erwägung, dass Russland auf bilaterale Abkommen über die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden mit Drittstaaten zurückgreift, um Auslieferungsersuchen gegen ihre Staatsangehörigen im Ausland zu erleichtern; in der Erwägung, dass die russischen Nachrichtendienste im Internet, häufig auf Telegram, Rekrutierungskampagnen für Auftragsmorde und terroristische Aktivitäten durchgeführt haben, die sich häufig gegen die russische Diaspora und politische Gegner richteten; in der Erwägung, dass Russland Maßnahmen der transnationalen Repression von Stellvertretern wie der Wagner-Gruppe, tschetschenischen Todesschwadronen, kulturellen Einrichtungen und in manchen Fällen mit der russisch-orthodoxen Kirche verbundenen Strukturen durchführen lässt;

AF. in der Erwägung, dass Belarus in alarmierendem Umfang transnationale Repression ausübt, auch auf dem Gebiet der EU, insbesondere durch physische Gewalt, den Missbrauch der Mechanismen von Interpol, die Verweigerung der Ausstellung von Reisedokumenten, den Einsatz von Spähsoftware, konsularische Zwangspraktiken, Rückführungen, die Beschlagnahme von Vermögenswerten und Einschüchterung; in der Erwägung, dass Belarus die roten Ausschreibungen von Interpol nutzt, um politische Gegner im Exil ins Visier zu nehmen, und im Rahmen von Strafverfahren, insbesondere von in Abwesenheit geführten Gerichtsverfahren, sowie durch Nötigung mittels Stellvertretern gegen die Diaspora und Dissidenten, einschließlich derjenigen, die in der EU leben, vorgeht;

AG. in der Erwägung, dass China die umfassendste und systematischste Kampagne transnationaler Repression weltweit durchführt und dabei auf eine umfassende extraterritoriale Infrastruktur zurückgreift, einschließlich staatsnaher Einrichtungen, Polizeidienststellen im Ausland, der Diaspora, akademischer Organisationen, Studentenvereinigungen, Medien und digitaler Netze, um Personen in Diaspora-Gemeinschaften und ihre Partner durch Überwachung, Schikanierung, rechtlichen und

finanziellen Druck, Missbrauch von Interpol-Mechanismen, Rückführungen und die Einschüchterung von Familienangehörigen zu identifizieren, zu überwachen, einzuschüchtern und zu nötigen; in der Erwägung, dass China Zwangsmaßnahmen gegen europäische Einzelpersonen und Einrichtungen anwendet; in der Erwägung, dass Berichte von Menschenrechtsverteidigern darauf hindeuten, dass China ohne Rechtsgrundlage verdeckte Polizeidienststellen auf europäischem Boden betreibt und dort Stellvertreter einsetzt, wodurch Überwachung und Rückführungen möglich werden, unter anderem durch Drohungen gegen Familienangehörige und in einigen Fällen durch Entführungen; in der Erwägung, dass die chinesischen Staatsorgane Druck auf Wissenschaftler ausüben, damit diese als sensibel eingestufte Forschungsarbeiten, auch in Bezug auf Lieferketten und Zwangsarbeit oder auf Tibet und Taiwan, einstellen, und Künstler ins Visier nehmen, indem sie Veranstaltungen im Zusammenhang mit Taiwan absagen lassen; in der Erwägung, dass China ein führender Exporteur von Überwachungssystemen, Spähsoftware und Anwendungen für die datengestützte Polizeiarbeit ist, die von anderen autoritären Regimen eingesetzt werden, um ihre eigenen Diaspora-Gemeinschaften im Ausland zu überwachen und einzuschüchtern; in der Erwägung, dass in Hongkongs Gesetz über die nationale Sicherheit aus dem Jahr 2020 und in der Verordnung über den Schutz der nationalen Sicherheit aus dem Jahr 2024 die extraterritoriale Zuständigkeit geltend gemacht wird und sie für Maßnahmen der transnationalen Repression genutzt wurden, unter anderem indem europäischen Politikern Strafverfolgung und Auslieferung angedroht wurde sowie Haftbefehle gegen Aktivisten und Akademiker mit Wohnsitz in der EU erlassen und Kopfgelder gegen sie ausgelobt wurden; in der Erwägung, dass die Auslieferungsabkommen der EU mit China und Hongkong Anlass zu großer Besorgnis geben;

AH. in der Erwägung, dass Iran seit Langem mutmaßliche Gegner im Ausland verfolgt und transnationale Repression in der EU ausübt, wobei die Operationen auf höchster Ebene der staatlichen Autorität geleitet und vom Geheimdienstministerium und dem Korps der Islamischen Revolutionsgarde, einschließlich deren Quds-Einheit, durchgeführt werden und dabei Taktiken wie Morde, Entführungen, Verschwindenlassen, glaubhafte Gewaltandrohungen, digitale Formen transnationaler Repression und Auslagerung von Repression an Gruppen der organisierten Kriminalität und andere Stellvertreter, Einschüchterung von Journalisten und Dissidenten, Cyberüberwachung, Nötigung von Familienangehörigen in Iran sowie dokumentierte Mord- und Entführungskomplotte gegen Oppositionelle auf europäischem Boden zur Anwendung kommen; in der Erwägung, dass durch diese Handlungen die öffentliche Sicherheit bedroht wird und die Grundrechte verletzt werden;

AI. in der Erwägung, dass die globale Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte ein wichtiges Instrument ist, um gegen Einzelpersonen und Organisationen vorzugehen, die weltweit für schwere Menschenrechtsverletzungen und -verstöße verantwortlich sind, einschließlich derjenigen, die an transnationaler Repression beteiligt sind; in der Erwägung, dass durch ihren wirksamen und konsequenten Einsatz zur Abschreckung, zur Rechenschaftspflicht und zum Schutz der Grundrechte beigetragen werden kann;

AJ. in der Erwägung, dass in der EU derzeit eine gemeinsame Begriffsbestimmung, umfassende Datenerhebungsmechanismen und ein koordinierter, EU-weiter institutioneller Ansatz zur Bekämpfung von transnationaler Repression fehlen; in der Erwägung, dass diese auch außerhalb der EU fehlen, was die Prävention, die Identifizierung und die wirksame politische Reaktion erschwert;

AK. in der Erwägung, dass viele Formen von transnationaler Repression verdeckt ausgeübt werden und daher in amtlichen Statistiken nur selten erfasst werden; in der Erwägung, dass es eine hohe Dunkelziffer bei den Fällen von transnationaler Repression gibt, auch in der EU, da die Personen, gegen die transnationale Repression gerichtet ist, häufig Vergeltungsmaßnahmen gegen Familienangehörige befürchten oder den Behörden aufgrund früherer Erfahrungen in autoritären Kontexten misstrauen; in der Erwägung, dass zu den zusätzlichen Hemmnissen für die Meldung eine fehlende Sensibilisierung und Schulung der Strafverfolgungs- und Verwaltungsbehörden, fehlende niederschwellige und traumasensible Meldemechanismen, Sprachbarrieren und die kumulative psychologische Belastung durch anhaltende Einschüchterung, Überwachung und Schikanierung gehören; in der Erwägung, dass viele Opfer transnationaler Repression auch aufgrund der Ineffizienz der lokalen Strafverfolgung oder aus Angst, die Situation zu verschlimmern, davon absehen, Übergriffe zu melden; in der Erwägung, dass diese strukturell unzureichende Meldung ein anhaltendes Schutzdefizit für von transnationaler Repression betroffene Opfer und Gemeinschaften zur Folge hat, die faktengestützte Politikgestaltung und Rechenschaftspflicht beeinträchtigt und somit aufgrund des begrenzten Risikos einer Aufdeckung oder von Konsequenzen dazu beiträgt, dass die transnationale Repression durch die Täterstaaten fortgeführt wird;

AL. in der Erwägung, dass viele EU-Aufnahmestaaten transnationale Repression nicht bekämpfen oder erfassen, wenn die Schwellenwerte für Strafbarkeit dabei nicht überschritten werden;

AM. in der Erwägung, dass transnationale Repression im aktuellen Vorschlag für den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht erwähnt wird;

Festlegung einer EU-weit einheitlichen Definition transnationaler Repression

1. ist der Ansicht, dass transnationale Repression eine schwerwiegende und zunehmende Bedrohung für die Demokratie, eine Menschenrechtsverletzung und eine Form der Einflussnahme aus dem Ausland darstellt, die die demokratische Staatsführung, die Rechtsstaatlichkeit, die Grundrechte sowie die Souveränität und Sicherheit der Aufnahmestaaten und ihre Fähigkeit, für den Schutz der in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Personen zu sorgen, untergräbt; betont, dass sich diese Tendenzen aufgrund der Aushöhlung internationaler Normen und des raschen technologischen Wandels, durch den auch die Kosten für die Durchführung solcher Handlungen sinken, voraussichtlich noch verstärken werden;

2. verurteilt Akte transnationaler Repression und der Einflussnahme aus dem Ausland, einschließlich solcher, die in EU-Mitgliedstaaten begangen werden, aufs Schärfste; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, anzuerkennen, dass transnationale Repression eine nicht hinnehmbare und rechtswidrige Praxis darstellt, die in erster Linie von autoritären Regime betrieben wird, und sich zu einem Null-Toleranz-Ansatz zu verpflichten, der ein entschiedenes, abgestimmtes und umfassendes Vorgehen gegen jegliche Form von transnationaler Repression erfordert;

3. ist der Ansicht, dass das Fehlen einer klaren Definition transnationaler Repression zu der hohen Dunkelziffer beiträgt, wirksame politische Maßnahmen verhindert und den Einsatz von Instrumenten zur Rechenschaftspflicht, einschließlich Sanktionsmechanismen, behindert; fordert die Kommission, den Rat und die Mitgliedstaaten auf, auf der Grundlage der in diesem Bericht und in früheren Berichten

des Europäischen Parlaments dargelegten Begriffsbestimmung eine EU-weit einheitliche Definition transnationaler Repression anzunehmen und diese Definition systematisch in alle politischen Maßnahmen und Instrumente der EU aufzunehmen, einschließlich der Außenpolitik, der Politik in den Bereichen Justiz und Inneres, der Digitalpolitik, der Haushaltsordnung und der Sanktionsregelungen, um zu verhindern, dass die rechtlichen und verwaltungstechnischen Rahmenbedingungen der EU zu repressiven Zwecken missbraucht werden; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, transnationale Repression in ihren nationalen Rechtsvorschriften zu kodifizieren;

4. definiert transnationale Repression als vorsätzliche Handlungen oder Drohungen von Staaten, einschließlich repressiver oder autoritärer Regime, von mit dem Staat verbundenen Einrichtungen oder von Einrichtungen, die unter dem Einfluss eines Staates stehen oder auf die ein Staat Druck ausübt, sowie von deren Stellvertretern, die dazu dienen, ihre Interessen zu verteidigen und zu fördern, indem sie außerhalb ihrer Landesgrenzen tätig werden, um im Ausland lebende Einzelpersonen oder Gruppen oder deren Unterstützungsnetze oder Familienangehörige einzuschüchtern, zu bedrohen, zum Schweigen zu bringen, zu nötigen, zu kontrollieren oder ihnen auf andere Weise zu schaden;

5. stellt mit Besorgnis fest, dass transnationale Repression auf ein breites Spektrum von Einzelpersonen und Gruppen abzielt, darunter Dissidenten, Journalisten, Aktivisten, Akademiker und Mitglieder der Diaspora sowie ihre Familienangehörigen; stellt fest, dass transnationale Repression nicht nur die Diaspora betrifft, sondern auch gegen Organisationen und Personen gerichtet ist, die Opfer verteidigen oder unterstützen, einschließlich solcher, die keine nationale Verbindung zum Täterstaat haben; ist zutiefst besorgt über den schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Raum und die Unterdrückung von im Exil lebenden Gemeinschaften, deren Stimmen bei der Dokumentation der Menschenrechtslage und der Menschenrechtsverletzungen eine zentrale Rolle spielen;

6. betont, dass transnationale Repression ein breites und immer größeres Spektrum an Zwangsmaßnahmen umfasst, darunter

   a) physische Formen transnationaler Repression, wie gezielte Tötungen, Entführungen, Gewalt, Rückführungen, Verschleppungen, Abschiebungen und Angriffe auf Eigentum,

   b) Rechtsmissbrauch und verwaltungsrechtlicher Missbrauch – einschließlich des Missbrauchs von Konsulardiensten, Auslieferungsverfahren und Rechtshilfeverfahren – wie in Abwesenheit geführte Gerichtsverfahren, Missbrauch internationaler Ausschreibungen, Einfrieren von Vermögenswerten und Beschränkungen des Zugangs zu Bank- und Finanzdienstleistungen, unbegründete Strafanzeigen, selektive Strafverfolgung, Verweigerung von Genehmigungen, Lizenzen oder Zulassungen ohne triftigen Grund oder willkürliche Geldbußen oder Strafen,

   c) nicht physische Methoden der Nötigung wie digitale Überwachung, Bedrohung, Einschüchterung, digitale Belästigung, Missbrauch von Spähsoftware, Hacking, Erpressung, Anschuldigungen wegen Terrorismus oder Gefährdung der Staatssicherheit, Schikanierung von Familienangehörigen und Nötigung mittels Stellvertretern – unter anderem durch diplomatische oder konsularische Vertretungen, Gruppen der organisierten Kriminalität, private Akteure oder mit dem Staat verbundene und ihm nahestehende Einrichtungen, die im Ausland tätig

sind;

7. betont, dass die Mitgliedstaaten derzeit in unterschiedlichem Maße von transnationaler Repression betroffen sind und hinsichtlich der Sensibilisierung, der institutionellen Vorsorge und der Schutzmechanismen auf einem unterschiedlichem Stand sind; betont jedoch, dass transnationale Repression nicht wirksam durch isolierte einzelstaatliche Maßnahmen bekämpft werden kann, da die Täter grenzüberschreitend tätig sind und Unterschiede zwischen den nationalen Systemen ausnutzen, und dass daher die Mitwirkung und Bereitschaft aller Mitgliedstaaten im Rahmen einer koordinierten EU-Strategie erforderlich sind;

Verbesserung der EU-Koordinierung, der Datenerhebung und der institutionellen Reaktion

8. betont, dass Fälle von transnationaler Repression deutlich zu selten gemeldet werden, obwohl die Erhebung zuverlässiger Daten entscheidend dafür ist, ihr Ausmaß zu verstehen; stellt fest, dass die Opfer transnationaler Repression möglicherweise zögern, Vorfälle zu melden, weil sie Vergeltungsmaßnahmen gegen Familienangehörige befürchten, den Behörden aufgrund von Erfahrungen in autoritären Ländern misstrauen oder mit Sprachbarrieren konfrontiert sind;

9. fordert die Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) auf, gemeinsam mit den einschlägigen EU-Einrichtungen, einschließlich Europol, einen EU-Mechanismus für die Erhebung, Überwachung und Meldung von Daten über transnationale Repression einzurichten, der Vorfälle innerhalb der EU und weltweit abdeckt, es Behörden und Interessenträgern ermöglicht, Beiträge zu leisten, und von der Kommission und den Mitgliedstaaten genutzt werden kann, um ihre Strategien zur Bekämpfung von transnationaler Repression zu entwickeln, zu verfeinern und zu bewerten; betont, dass gemeinsame Verfahren benötigt werden und die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern in diesem Bereich sichergestellt werden muss; betont, dass die Meldekanäle mehrsprachig und traumasensibel sein sollten und dabei gleichzeitig für einen soliden Datenschutz und Vertraulichkeit gesorgt werden sollte;

10. fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass strafbare und nicht strafbare Handlungen, die einen Bezug zu transnationaler Repression aufweisen, in der gesamten EU einheitlich als solche erfasst werden, und dass die zuständigen Behörden in der Lage sind, den Aspekt der transnationalen Repression zu erkennen;

11. betont, dass eine starke Verschlüsselung und strenge Schutzvorkehrungen erforderlich sind, damit die über diese Kanäle ausgetauschten Informationen nicht von unbefugten Akteuren abgefangen, missbraucht oder abgerufen werden können und die Opfer keiner weiteren Gefahr ausgesetzt werden;

12. betont, dass Meldungen, die über diese Kanäle eingehen, rasch bewertet werden sollten und bei Bedarf konkrete Maßnahmen der zuständigen Behörden ergriffen werden sollten, einschließlich Untersuchungen und Bemühungen zur Ermittlung möglicher Verbindungen zu ausländischen Geheimdienstakteuren;

13. stellt fest, dass Organisationen der Zivilgesellschaft die wichtige Aufgabe zukommt, die verborgensten Formen transnationaler Repression zu dokumentieren, darunter digitale Überwachung, finanzielle Repression, administrative Schikanen und Nötigung mittels Stellvertretern; hebt hervor, dass die derzeitige Datenerhebung zu transnationaler

Repression nach wie vor hauptsächlich auf nichtstaatlichen Quellen beruht, von denen viele mit erheblichen finanziellen Engpässen zu kämpfen haben, was den dringenden Bedarf an Überwachungsmechanismen auf der Ebene der Mitgliedstaaten und der EU noch verstärkt; bekräftigt, dass die Zivilgesellschaft, Journalisten, Hinweisgeber und andere Personen, die Mechanismen und Fälle von transnationaler Repression aufdecken und dadurch häufig hohen persönlichen Risiken ausgesetzt sind, unterstützt werden müssen;

14. fordert die Mitgliedstaaten auf, einen engen Austausch mit den Diaspora-Gemeinschaften zu pflegen, die am stärksten von transnationaler Repression bedroht sind; fordert die Kommission auf, den Mitgliedstaaten Leitlinien und Empfehlungen zum Schutz im Exil lebender gefährdeter Gruppen zur Verfügung zu stellen;

15. fordert die Mitgliedstaaten auf, spezielle Schulungen für Strafverfolgungs-, Justiz-, Finanz-, Cybersicherheits-, Einwanderungs- und Asylbehörden zur Aufdeckung und Bekämpfung transnationaler Repression anzubieten; fordert die Mitgliedstaaten auf, die betroffenen Gemeinschaften in die Ausarbeitung und Durchführung dieser Schulungen einzubeziehen;

16. fordert nachdrücklich die Schaffung eines umfassenden Rahmens, um der Fragmentierung der nationalen Maßnahmen entgegenzuwirken und die Koordinierung und den Informationsaustausch zwischen den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU, den Mitgliedstaaten, den einzelstaatlichen Menschenrechtsinstitutionen und den einschlägigen Interessenträgern sicherzustellen; betont, dass eine verstärkte dienststellenübergreifende Zusammenarbeit und ein strukturierter politischer Dialog erforderlich sind, um für eine kohärente und wirksame Reaktion der EU zu sorgen;

17. fordert die Mitgliedstaaten auf, nationale Anlaufstellen für transnationale Repression zu benennen, die für die Koordinierung zwischen den zuständigen Behörden auf allen Ebenen zuständig sind;

18. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den regelmäßigen Austausch zwischen den Mitgliedstaaten über ein Netz dieser nationalen Anlaufstellen für transnationale Repression zu erleichtern, damit sie sich über Erfahrungen, Tendenzen, bewährte Verfahren und gewonnene Erkenntnisse austauschen können; fordert, dass die nationalen Anlaufstellen regelmäßig zu Sitzungen des Europäischen Zentrums für demokratische Resilienz eingeladen werden; fordert die Mitgliedstaaten auf, der Kommission systematisch über die Entwicklungen auf nationaler Ebene Bericht zu erstatten und ihre nationalen Maßnahmen besser aufeinander abzustimmen, um der grenzüberschreitenden Dimension transnationaler Repression wirksamer zu begegnen;

19. fordert die Kommission und den EAD auf, jährlich einen öffentlichen Bericht über transnationale Repression mit Auswirkungen auf die EU zu veröffentlichen, in dem Tendenzen, Muster und neu auftretende Risiken bewertet werden, einschließlich selten gemeldeter Formen wie digitale Überwachung, finanzielle Repression, administrative Schikane und Nötigung mittels Stellvertretern;

20. fordert die Kommission auf, einen Vorschlag zur Aktualisierung der Mandate von Europol und Eurojust vorzulegen, damit transnationale Repression wirksamer bekämpft werden kann; fordert Europol und Eurojust auf, der engen Zusammenarbeit und dem Informationsaustausch zwischen den EU-Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von

transnationaler Repression Vorrang einzuräumen und für einen besseren Informationsaustausch zu sorgen, unter anderem durch spezielle Schulungen sowie gezielte Bewertungen der Bedrohung durch transnationale Repression;

21. fordert die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und den EAD auf, die Koordinierung innerhalb der bestehenden außenpolitischen Instrumente der EU zu verstärken, um transnationaler Repression wirksamer entgegenzuwirken, unter anderem durch eine Verstärkung der EU-Präsenz in Drittstaaten und durch eine Stärkung der Anlaufstellen in den EU-Delegationen, damit Fälle von transnationaler Repression in Drittstaaten zur Sprache gebracht werden;

22. fordert den Rat auf, einen Koordinator für die Bekämpfung transnationaler Repression zu ernennen, der als zentrale Anlaufstelle fungieren und zur Ausarbeitung einer allgemeinen Strategie der EU zu transnationaler Repression beitragen könnte; ist der Ansicht, dass dieser Koordinator in die Arbeit des Europäischen Zentrums für demokratische Resilienz einbezogen werden und diese ergänzen sollte;

23. betont, dass bei allen Maßnahmen zur Erhebung von Daten und zur Unterstützung der Opfer, allen Schutzmaßnahmen und allen sonstigen Maßnahmen zur Bekämpfung transnationaler Repression den spezifischen Risiken, denen ethnische und religiöse Minderheiten sowie LGBTIQ+-Personen ausgesetzt sind, und kulturellen Besonderheiten Rechnung getragen werden sollte sowie geschlechtsspezifische Auswirkungen und sich überschneidende Formen der Schutzbedürftigkeit systematisch berücksichtigt werden sollten;

Verbesserung des Schutzes und der Unterstützung von Personen, die transnationaler Repression ausgesetzt sind

24. fordert einen umfassenden, auf die Opfer ausgerichteten und intersektionalen Ansatz für den Schutz und die Unterstützung von Personen, die transnationaler Repression ausgesetzt sind, bei dem sofortige und langfristige Schutzmaßnahmen mit maßgeschneiderter Unterstützung für Personen, die einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, kombiniert werden; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang auf, geschlechtersensible Schutzmaßnahmen für Frauen und LGBTIQ+-Personen zu ergreifen, die transnationaler Repression ausgesetzt sind;

25. betont, dass Prävention, Schutz, Stabilisierung, Rechenschaftspflicht und Abschreckung erforderlich sind und dass bestehende Schutzdefizite abgebaut werden müssen und dazu unter anderem Zugang zu rechtlicher, administrativer und psychosozialer Unterstützung ermöglicht werden muss; betont ferner, dass in den zuständigen Behörden die Fähigkeit entwickelt werden muss, schnell zu reagieren;

26. hebt die schwerwiegenden psychologischen, sozialen und sicherheitspolitischen Folgen transnationaler Repression für die Opfer und ihre Familien hervor; fordert die Mitgliedstaaten auf, psychosoziale Schäden als integrales Merkmal transnationaler Repression einzustufen und für Zugang zu mehrsprachiger, traumasensibler psychologischer Betreuung zu sorgen; weist in diesem Zusammenhang auf die Folgen und die psychische Belastung hin, die strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP-Klagen) für Journalisten oder rechtlicher Druck für Akademiker mit sich bringen;

27. fordert die Mitgliedstaaten auf, den Missbrauch von Rechtssystemen als eine Form von transnationaler Repression anzuerkennen und sicherzustellen, dass die Opfer transnationaler Repression Zugang zu spezialisiertem Rechtsbeistand sowie zu wirksamen, verhältnismäßigen und durchsetzbaren Rechtsbehelfen und Wiedergutmachung haben, einschließlich Entschädigung und Erstattung der Prozesskosten, die sich aus missbräuchlichen oder schikanösen Verfahren ergeben, durch die Täter;

28. fordert die Mitgliedstaaten auf, gezielte Unterstützung bereitzustellen, damit Personen, die transnationaler Repression ausgesetzt sind, ihre berufliche und staatsbürgerliche Tätigkeit fortsetzen können, und für einen wirksamen und schnellen Schutz derjenigen zu sorgen, die sich dafür entscheiden, Missbrauch öffentlich zu dokumentieren oder zu melden; begrüßt in diesem Zusammenhang die EU-Richtlinie zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[13]; ist der Ansicht, dass ähnliche Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die akademische Freiheit vor äußerem Druck zu schützen;

29. fordert die Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden auf, dauerhafte Kontakte zu Gemeinschaften aufzubauen, die transnationaler Repression ausgesetzt sind, und vertrauenswürdige Kanäle für die Kommunikation mit ihnen sowie Strukturen zur Zusammenarbeit mit ihnen einzurichten, um für das Thema zu sensibilisieren, eine sichere Meldung von Vorfällen zu ermöglichen und sich wandelnde Muster transnationaler Repression besser zu verstehen, einschließlich Verhaltensweisen, die noch nicht den Straftatbestand erfüllen;

30. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, betroffene Personen und Gemeinschaften zu ermitteln und als wichtige Ersthelfer zu unterstützen; nimmt die Rolle von im Exil lebenden Journalisten als wichtige Verbündete bei der Bekämpfung autoritärer Propaganda sowie der Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland zur Kenntnis; fordert die Kommission auf, die EU-Strategie für die Zivilgesellschaft umzusetzen, und spricht sich für eine bessere Zusammenarbeit und einen besseren Informationsaustausch zwischen der Zivilgesellschaft und den Organen und Mitgliedstaaten der EU aus;

31. fordert den EAD auf, den Aktionsplan der EU für Menschenrechte und Demokratie und die EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern zu aktualisieren und darin ausdrücklich auch auf transnationale Repression einzugehen, einschließlich des Schutzes und der Unterstützung von im Exil und in Diaspora-Gemeinschaften lebenden Menschenrechtsverteidigern;

32. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, für eine vorhersehbare Finanzierung dieser Unterstützung für Opfer zu sorgen, unter anderem im Rahmen des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt, des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ und von Horizont Europa;

---

13 Richtlinie (EU) 2024/1069 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über den Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L, 2024/1069, 16.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1069/oj).

Prävention und Bekämpfung spezifischer Formen transnationaler Repression

Physische Formen transnationaler Repression

33. fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, neue Mechanismen zu entwickeln oder bestehende Mechanismen anzupassen, mit denen dem grenzüberschreitenden Charakter physischer Formen transnationaler Repression Rechnung getragen wird, einschließlich Überwachung, Nötigung, Übergriffen und versuchter Entführungen, um sicherzustellen, dass solche Handlungen systematisch aufgedeckt, untersucht und als staatlich motivierte Repression und nicht als vereinzelte Straftaten behandelt werden;

Digitale und technologiegestützte Formen transnationaler Repression

34. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, digitale Formen transnationaler Repression wie Zensur, Desinformation, Verleumdungskampagnen, Online-Belästigung und Einschüchterung, die durch von Online-Plattformen unterstützte Mechanismen ermöglicht werden, wie auf dem Nutzerverhalten beruhende Empfehlungssysteme, Scheinkonten und Bot-Netzwerke, als solche einzustufen, zu unterbinden und zu bekämpfen; betont, dass die besondere Herausforderung im Zusammenhang mit geschlechtsspezifischen digitalen Formen transnationaler Repression und die besonderen Folgen dieser Art von Repression für Frauen, die transnationaler Repression ausgesetzt sind, anerkannt werden müssen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, bei der Durchsetzung der geltenden EU-Rechtsvorschriften, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über künstliche Intelligenz[14] und die Verordnung über Güter mit doppeltem Verwendungszweck[15], transnationaler Repression Rechnung zu tragen, um eine konsequente Durchsetzung, strenge Ausfuhrkontrollen und Mechanismen zur Rechenschaftspflicht sicherzustellen;

35. fordert digitale Plattformen nachdrücklich auf, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um Bedrohungen durch digitale Formen transnationaler Repression zu mindern und ihnen entgegenzuwirken; fordert die Kommission auf, zu prüfen, ob digitale Formen transnationaler Repression die Kriterien für eine Einstufung als Tätigkeit erfüllen, die negative Auswirkungen auf die „Grundrechte“ im Sinne des Gesetzes über digitale Dienste hat; fordert die Kommission auf, den Auswirkungen transnationaler Repression bei den bevorstehenden Überarbeitungen der Leitlinien in Bezug auf Risikobewertungs- und Risikominderungsmaßnahmen für sehr große Online-Plattformen besondere Aufmerksamkeit zu widmen, unter anderem durch die Untersuchung der systemischen Risiken, die von Plattformen wie WeChat und TikTok ausgehen;

---

14 Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz) (ABl. L, 2024/1689, 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj).

15 Verordnung (EU) 2021/821 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 über eine Unionsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr, der Vermittlung, der technischen Unterstützung der Durchfuhr und der Verbringung betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck (ABl. L 206 vom 11.6.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/821/oj).

36. bringt seine tiefe Besorgnis über den Einsatz künstlicher Intelligenz als Instrument transnationaler Repression durch Drittstaaten und deren Stellvertreter zum Ausdruck, unter anderem durch KI-gestützte digitale Überwachung, den Einsatz von Spähsoftware, Phishing- und Hacking-Angriffe, Doxing, automatisierte Online-Belästigung sowie koordinierte Desinformationskampagnen in den sozialen Medien; fordert das Büro für Künstliche Intelligenz der Kommission auf, die Auswirkungen künstlicher Intelligenz auf transnationale Repression weiter zu untersuchen und konkrete Schutzmaßnahmen vorzuschlagen, um den Missbrauch von KI-Systemen zu verhindern, durch den grenzüberschreitende Überwachung, Nötigung oder Unterdrückung ermöglicht wird;

37. betont, dass das Recht auf sichere und private Kommunikation ein Grundrecht ist; verurteilt nachdrücklich den Einsatz von Spähsoftware und Überwachungstechnologien durch Drittstaaten und ihre Stellvertreter gegen Personen in der EU; nimmt mit Besorgnis dokumentierte Fälle zur Kenntnis, an denen private Unternehmen beteiligt sind, die fortgeschrittene Spähsoftware und digitale Überwachungsinstrumente entwickeln und ausführen, die für transnationale Repression eingesetzt werden;

38. weist auf den Bericht seines Untersuchungsausschuss zum Einsatz von Pegasus und ähnlicher Überwachungs- und Spähsoftware (PEGA) hin, der Empfehlungen zur Bekämpfung des illegalen Einsatzes von Spähsoftware, insbesondere intrusiver Spähsoftware, enthält; bedauert, dass die Kommission die Empfehlungen bis heute nicht berücksichtigt hat, obwohl die Probleme weiterhin bestehen; fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission in diesem Zusammenhang auf, die Empfehlungen des PEGA-Untersuchungsausschuss des Parlaments umzusetzen, die Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung und den Missbrauch von Spähsoftware zu verstärken und Mängel in den nationalen Rechtsvorschriften durch eine bessere Durchsetzung von EU-Rechtsvorschriften wie der Geldwäscherichtlinie[16], den Vergabevorschriften und der Verordnung über Güter mit doppeltem Verwendungszweck zu beheben; fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, für eine strenge Überwachung der Märkte für Spähsoftware, wirksame Mechanismen zur Rechenschaftspflicht und die Einstufung der unter Verstoß gegen das EU-Recht im Auftrag ausländischer Staaten erfolgenden unrechtmäßigen Datenerhebung als Straftat zu sorgen;

39. fordert, dass Technologieunternehmen und andere private Akteure zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie transnationale Repression erleichtern, indem sie etwa Risiken für die Grundrechte von in der EU ansässigen Personen nicht mindern, insbesondere im Hinblick auf die Nutzung der betreffenden Apps für staatlich geförderte Überwachung, die Zensur politischer Äußerungen und die Erleichterung von transnationaler Repression gegen Diaspora-Gemeinschaften; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass sehr große Online-Plattformen und Suchmaschinen bei der Moderation von Inhalten die Menschenrechte zugrunde legen; fordert diese Plattformen auf, Mechanismen zur raschen Reaktion für schutzbedürftige Personen einzurichten, darunter vorrangige Meldekanäle, eine zeitnahe Überprüfung

---

16 Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2006/70/EG der Kommission (ABl. L 141 vom 5.6.2015, S. 73, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2015/849/oj).

durch Menschen, Schutzmaßnahmen gegen die willkürliche Entfernung von Inhalten sowie wirksame Maßnahmen gegen Doxing, Kontoübernahmen und koordinierte Online-Belästigung;

Nötigung mittels Stellvertretern und Repression von Familienangehörigen

40. nimmt zur Kenntnis, dass Vergeltungsmaßnahmen gegen Familienangehörige von im Exil lebenden Personen als eigenständige und schwerwiegende Form transnationaler Repression einzustufen sind, und zwar unabhängig davon, ob diese innerhalb der EU oder in Drittstaaten stattfinden; fordert, dass auf Familien gerichtete Einschüchterungen, Inhaftierungen, die Beschlagnahmung von Eigentum, Reiseverbote und ähnliche Praktiken im Rahmen der Überwachungsmaßnahmen, Sanktionsmaßnahmen und diplomatischen Maßnahmen der EU systematisch behandelt werden;

41. betont, dass Familienzusammenführungen und andere Schutzmaßnahmen das Risiko einer Nötigung mittels Stellvertretern verringern;

Bekämpfung der Strukturen, die transnationale Repression ermöglichen

42. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, strukturelle Schwachstellen in Verwaltungs-, Rechts- und Finanzsystemen der EU und der Mitgliedstaaten, die für transnationale Repression ausgenutzt werden können und unter anderem in Konsulardiensten bestehen, zu ermitteln, zu bewerten und zu beseitigen;

43. fordert die EU-Organe und die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass ihre Strukturen für transnationale Repression missbraucht werden, und dazu etwa risikobewusste Schutzmaßnahmen einzuführen, bei Bedarf alternative Verfahren zu schaffen und die Aufsicht über rechtliche, administrative und finanzielle Infrastrukturen – einschließlich Bewertungen der Auswirkungen auf die Grundrechte, Programmen zur Erlangung einer Aufenthaltsgenehmigung durch Investitionen und Rahmenwerken zur Bekämpfung der Geldwäsche – zu verstärken, um einen Missbrauch durch Täter zu verhindern und die Rechenschaftspflicht sicherzustellen;

44. fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, mit Investitionen verbundene Aufenthaltsgenehmigungen und ähnliche Programme für „goldene Visa“ für Personen, die glaubhaft mit Regimen oder Netzwerken in Verbindung stehen, von denen bekannt ist, dass sie sich an transnationaler Repression beteiligen, streng zu prüfen – und bei Bedarf zu widerrufen –, um zu verhindern, dass Täter und Mittäter in der EU Aufenthaltsrechte erwerben, die illegale Aktivitäten erleichtern;

*Missbrauch internationaler Kooperationsmechanismen*45. fordert die Mitgliedstaaten auf, wachsam zu bleiben und informelle, mit Gewaltandrohung verbundene oder außergerichtliche Ersuchen ausländischer Stellen zur Überwachung, Inhaftierung, Einschränkung, Einschüchterung oder Auslieferung von im Exil lebenden Personen oder Angehörigen von Diaspora-Gemeinschaften abzulehnen, zu dokumentieren und zu melden, auch wenn solche Ersuchen über diplomatische Kanäle übermittelt werden; fordert in diesem Zusammenhang eine verstärkte Prüfung, die Personen betreffen, die von transnationaler Repression bedroht sind; fordert die Mitgliedstaaten ferner auf, von der Auslieferung von Opfern oder potenziellen Opfern von transnationaler Repression abzusehen und deren Schutz in der EU sicherzustellen;

46. fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die Strafverfolgungsbehörden, die Justizbehörden und die anderen zuständigen Stellen, die Interpol-Daten erhalten und bilaterale Kooperationsabkommen mit Ländern umsetzen, die verdächtigt werden, transnationale Repression anzuwenden, angemessen geschult sind, um Missbrauchsrisiken zu ermitteln und zu bewerten;

47. betont, dass zur Bekämpfung des Missbrauchs von Interpol in innerstaatlichen Rechtsvorschriften und operativen Leitlinien festgeschrieben werden muss, dass Interpol-Ausschreibungen und -Durchgaben vor ihrer Veröffentlichung nicht derselben Prüfung unterliegen wie Haftbefehle und nicht als diesen gleichwertig behandelt werden sollten; betont, dass die Voraussetzungen und Bewertungen für Abhilfemaßnahmen von Interpol im Rahmen der Bekämpfung von transnationaler Repression überprüft werden sollten;

48. fordert die Kommission auf, auf EU-Ebene einen Rechtsbehelfsmechanismus für missbräuchliche rote Ausschreibungen von Interpol einzurichten, die Aussetzung der Zusammenarbeit in Fällen in Erwägung zu ziehen, in denen Bedenken hinsichtlich des ordnungsgemäßen Verfahrens bestehen oder Urteile in Abwesenheit verhängt werden, und die Anerkennung von Ersuchen aus Täterstaaten auszusetzen bzw. keine Unterstützung infolge solcher Ersuchen zu leisten, bis die Unabhängigkeit der Justiz wiederhergestellt ist;

49. fordert die Mitgliedstaaten auf, sich innerhalb von Interpol dafür einzusetzen, dass jährlich detaillierte Statistiken für jede Art von Ausschreibung und Durchgabe veröffentlicht werden, aufgeschlüsselt nach dem ausstellenden Staat und unter Angabe der Anzahl sowie der Gründe für Genehmigungen, Ablehnungen und Löschungen;

50. fordert, dass angemessene Reformen und Ressourcen eingeführt werden, damit langfristige Lösungen bereitgestellt werden können, mit denen politisch motivierte rote Ausschreibungen und Durchgaben unterbunden werden, einschließlich der Festlegung von Benchmarks zur Verhinderung des Missbrauchs des Interpol-Ausschreibungssystems und einer verstärkten Kontrolle von Regierungen mit einer schlechten Bilanz in Bezug auf die Menschenrechte oder transnationale Repression;

Finanzielle und verwaltungstechnische Mittel der Repression

51. fordert die EU-Finanzaufsichtsbehörden und die zuständigen Aufsichtsbehörden auf, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Einhaltung der FATF-Rahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und für die Cybersicherheit als Instrument der transnationalen Repression gegen die Zivilgesellschaft und ihre Geldgeber, Journalisten und Diaspora-Gemeinschaften, Unternehmer und deren Unternehmen und Partner sowie Einzelpersonen missbraucht werden können; fordert die Strafverfolgungs- und Justizbehörden der Mitgliedstaaten auf, mit den Finanzaufsichtsbehörden zusammenzuarbeiten, um dem Missbrauch von Finanzsystemen und Reisedatenbanken, die zur Erleichterung von transnationaler Repression genutzt werden, vorzubeugen und dagegen vorzugehen;

52. fordert die EU-Finanzaufsichtsbehörden, einschließlich der AMLA, auf, Schutzmaßnahmen zu entwickeln, um eine derartige Manipulation zu verhindern, darunter Überprüfungen vor der Sperrung von Konten sowie geeignete Kontroll- und Datenschutzmaßnahmen;

53. fordert die EU-Finanzaufsichtsbehörden auf, auf die Opfer ausgerichtete Rechtsbehelfsmechanismen zu erarbeiten, um bei Finanzmanipulation und langfristigen Schäden Abhilfe zu schaffen, etwa in Form öffentlicher Korrekturmechanismen; fordert eine verstärkte Koordinierung zwischen Finanzaufsichtsbehörden, Finanzinstituten und den zuständigen Aufsichtsbehörden sowie den für die Bekämpfung transnationaler Repression zuständigen EU-Gremien;

54. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Mechanismen einzurichten, mit denen dafür gesorgt wird, dass Personen, bei denen glaubhaft ein Risiko transnationaler Repression besteht, einen garantierten Zugang zu grundlegenden Bankdienstleistungen haben und auf Notfallmechanismen für die finanzielle Kontinuität oder Liquidität zurückgreifen können, falls die Repression zu einem plötzlichen Einfrieren von Vermögenswerten führt;

55. fordert die zentralen Meldestellen auf, mit transnationaler Repression verbundene Finanzmuster zu ermitteln und systematisch zu analysieren sowie relevante Erkenntnisse an die Koordinierungsstellen der EU und der Mitgliedstaaten für transnationale Repression weiterzuleiten;

56. fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass Strafverfolgungs-, Justiz-, Finanz- und Cybersicherheitsbehörden speziell darin geschult werden, mit transnationaler Repression in Verbindung stehende Finanzmuster zu erkennen, einschließlich des Missbrauchs von Instrumenten der Arbeitsgruppe „Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung“, von Interpol und von Reisedatenbanken;

57. fordert die Mitgliedstaaten auf, den Finanzinstituten Leitlinien an die Hand zu geben, dafür zu sorgen, dass ihre nationalen Finanzaufsichtsbehörden befugt sind, die ihnen vorliegenden Daten an Strafverfolgungs- und Justizbehörden weiterzugeben, und wirksame nationale Beschwerde- und Überprüfungsverfahren einzuführen;

Schutz der Asyl-, Migrations- und Konsulardienste vor Missbrauch zum Zwecke transnationaler Repression

58. hebt die Verweigerung von Konsulardiensten als eine Form transnationaler Repression hervor, die mit Einschüchterung, Überwachung oder Nötigung in Verbindung gebracht werden kann; verurteilt den Einsatz von Reisebeschränkungen durch die Täterstaaten, einschließlich des Entzugs von Reisepässen, der Verweigerung von Konsulardiensten und anderer Reisebeschränkungen;

59. fordert die Kommission auf, offizielle Leitlinien zur Bekämpfung konsularischer Zwangsmaßnahmen zu erlassen, damit sich Personen, die von transnationaler Repression betroffen sind, nicht zu ihren nationalen Botschaften oder Konsulaten im Ausland begeben müssen;

60. fordert die Mitgliedstaaten auf sicherzustellen, dass die individuellen Umstände von Antragstellern, die Opfer von transnationaler Repression sind, angemessen berücksichtigt werden; fordert die Mitgliedstaaten und die übrigen Länder des Schengen-Raums auf, den EU-Visakodex und das EU-Handbuch konsequent und flexibel anzuwenden, um den Schutzbedürfnissen von Personen gerecht zu werden, die von transnationaler Repression betroffen sind;

Stärkung der Abschreckung und der Rechenschaftspflicht

61. betont, dass die mit transnationaler Repression verbundenen Kosten erhöht werden müssen und die Abschreckung verstärkt werden muss, unter anderem durch eine wirksame Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung der Täter und derjenigen, die ihnen dabei helfen; fordert die Mitgliedstaaten auf, klare rechtliche Haftungsregelungen für Personen und Organisationen festzulegen, die wissentlich Akte transnationaler Repression, die im Auftrag ausländischer Staaten begangen werden, unterstützen oder davon profitieren; fordert darüber hinaus die wirksame Umsetzung der Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Bereich der Menschenrechte, unter anderem gemäß der Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit; ist der Ansicht, dass eine geeignete Maßnahme, um dem zunehmenden Phänomen der transnationalen Repression durch autoritäre Regime gegen in der EU ansässige Personen entgegenzuwirken, darin besteht, zu zeigen, dass die EU eine abschreckende Macht sein kann; fordert die EU daher nachdrücklich auf, ihre eigenen Verteidigungsfähigkeiten weiter auszubauen und Abhängigkeiten abzubauen;

62. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen zur Prävention und hinsichtlich der Rechenschaftspflicht zu verstärken und dazu unter anderem vor ihrer Akkreditierung zu überprüfen, ob Diplomaten, Beamte der betreffenden Länder, Dolmetscher, Vertreter von Lobbyisten und andere einschlägige Akteure an transnationaler Repression mitwirken, und angemessene Maßnahmen – einschließlich Ausweisungen, Einreiseverbote oder die Aussetzung der Akkreditierung – gegen Personen zu verhängen, die für solche Handlungen verantwortlich sind; fordert die Mitgliedstaaten ferner auf, einschlägige Informationen an die Partnerländer weiterzugeben, um eine erneute Akkreditierung oder weiteren Missbrauch zu verhindern; betont, dass die Risiken, die von der Unterwanderung demokratischer oppositioneller Gruppen im Ausland durch transnationale Repression ausgehen, zur Kenntnis genommen werden müssen und dass koordinierte, gemeinsame Maßnahmen ergriffen werden müssen, um solchen Aktivitäten vorzubeugen und ihnen entgegenzuwirken;

63. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den Missbrauch von Justiz- oder Strafverfolgungsmechanismen durch den Täterstaat oder staatsnahe Akteure zu überwachen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, Vorsichtsmaßnahmen in Bezug auf diese Staaten in Erwägung zu ziehen, wenn hinreichende Beweise vorliegen;

64. fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass ihre Rechtsrahmen Eingriffe in die durch die Europäische Menschenrechtskonvention geschützten Rechte verbieten, auch wenn solche Handlungen im Namen einer ausländischen Macht durchgeführt werden, und dass diese Beteiligung bei der Verurteilung für damit zusammenhängende Straftaten als erschwerender Faktor gewertet wird;

65. fordert den Rat auf, die Möglichkeit zu prüfen, transnationale Repression gemäß Artikel 83 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union als schwere Straftat mit grenzüberschreitender Dimension einzustufen, um erforderlichenfalls gemeinsame EU-Vorschriften für Definitionen und Sanktionen festzulegen; fordert die Kommission auf, Rechtsvorschriften zur Harmonisierung des Verbots ausländischer Überwachungstätigkeiten in der EU und insbesondere jener Aktivitäten auf den Weg zu bringen, die unter transnationale Repression fallen;

66. fordert die Strafverfolgungs- und Justizbehörden auf, Fälle von transnationaler

Repression zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen, die nach dem Römischen Statut Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen;

67. fordert die Mitgliedstaaten auf, in Zusammenarbeit mit der Kommission und dem EAD die Risiken im Zusammenhang mit transnationaler Repression in die Reiseinformationen und konsularischen Leitlinien der EU aufzunehmen, unter anderem durch gezielte Reisehinweise für Länder, für die belastbare Hinweise auf eine Beteiligung staatlicher Behörden oder Stellvertreter an transnationaler Repression vorliegen;

68. fordert die Kommission und den EAD auf, dafür zu sorgen, dass Personen und Organisationen, die sich an transnationaler Repression beteiligen, systematisch für eine Aufnahme in die Liste gemäß der globalen Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte in Betracht gezogen werden, und transnationale Repression ausdrücklich als Grund für eine Aufnahme in die Liste gemäß der künftigen Sanktionsregelung der EU im Bereich der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität aufzunehmen;

69. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, mehr Finanzmittel in forensische Untersuchungen, Finanzermittlungen und digitale Ermittlungen im Zusammenhang mit transnationaler Repression zu investieren, um transnationale Repression aufzudecken, zuzuordnen und zu dokumentieren sowie von Opfern angestrengte Gerichtsverfahren zu unterstützen;

70. fordert die Mitgliedstaaten auf, der Ermittlung und Zerschlagung von Netzen transnationaler Repression, einschließlich Stellvertretern und Verbindungen zur organisierten Kriminalität, durch eine verstärkte Koordinierung zwischen Sicherheits-, Justiz- und Finanzbehörden Vorrang einzuräumen;

Positionierung der Europäischen Union als weltweiter Vorreiter bei der Bekämpfung transnationaler Repression

71. fordert die Kommission und den EAD auf, die Bekämpfung transnationaler Repression systematisch in das auswärtige Handeln der EU einzubeziehen, unter anderem in die politischen Dialoge und Menschenrechtsdialoge, die Zusammenarbeit mit Drittstaaten und Bewerberländern sowie die Public Diplomacy, und Bedenken öffentlich anzusprechen; fordert die Kommission und den EAD auf, in internationale Abkommen und Kooperationsrahmen Bedingungen, die dem Missbrauch multilateraler und bilateraler Kooperationsabkommen in Strafsachen im Bereich transnationaler Repression vorbeugen, und die Möglichkeit einer Aussetzung aufzunehmen;

72. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, Fälle von transnationaler Repression, einschließlich Nötigung mittels Stellvertretern und Repression von Familienangehörigen, in den bilateralen Beziehungen zu den Täterstaaten zur Sprache zu bringen und die Einstellung derartiger Praktiken zu fordern;

73. fordert die Kommission und den EAD auf, die strategische Kommunikation zum Thema transnationale Repression zu verstärken, diese ausdrücklich als globale Bedrohung anzuerkennen, die Täter scharf zu verurteilen und die Unterstützung der EU für die betroffenen Personen zum Ausdruck zu bringen;

74. fordert den EAD auf, transnationale Repression ausdrücklich in das Mandat der EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte aufzunehmen und sicherzustellen, dass dieses Thema in den Menschenrechtsberichten der EU angesprochen wird;

75. fordert die Kommission und den EAD auf, bei der Ausarbeitung von Finanzierungs-, Kooperations- und Partnerschaftsabkommen mit Drittstaaten das Risiko transnationaler Repression systematisch zu berücksichtigen;

76. fordert die Kommission auf, transnationale Repression als Kategorie in ihre Berichte über die Rechtsstaatlichkeit und ihre Erweiterungsberichte aufzunehmen;

77. fordert die Kommission auf, das Thema transnationale Repression bei der Umsetzung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie zu einer Priorität zu machen, insbesondere für das Europäische Zentrum für demokratische Resilienz;

78. fordert die künftigen Ratsvorsitze auf, dem Thema transnationale Repression in der Agenda der EU Vorrang einzuräumen, den Austausch über bewährte Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten zu erleichtern und auf eine Mitteilung des Rates hinzuarbeiten, in der ein kohärenter Ansatz der EU zur Bekämpfung transnationaler Repression dargelegt wird;

79. begrüßt die Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G7 zu transnationaler Repression und fordert den Rat und die Kommission auf, die Koordinierung auf der Ebene der G7, des Europarats, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und der Vereinten Nationen weiter zu verstärken, unter anderem durch ein nachhaltiges Engagement im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen und durch die Unterstützung der Arbeit des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte; fordert darüber hinaus, dass systematische Praktiken transnationaler Repression durch Täterstaaten bei der Bewertung der Beteiligung dieser Länder an zwischenstaatlichen Gremien und ihrer Initiativen in zwischenstaatlichen Gremien berücksichtigt werden;

80. fordert die Mitgliedstaaten auf, sich für ein Übereinkommen des Europarats zu transnationaler Repression einzusetzen;

81. ist der festen Überzeugung, dass die EU eng mit gleichgesinnten Verbündeten zusammenarbeiten sollte, unter anderem durch den Austausch über bewährte Verfahren in den Bereichen Gesetzgebung, Opferschutz, Zurechnung von Straftaten und Sanktionen gegen Netze von Stellvertretern;

°

° °

82. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0204

Rolle des Handels bei der Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit der EU

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Juni 2026 zu der Rolle des Handels bei der Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit der EU (2025/2113(INI))

Das Europäische Parlament,

– gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union,

– gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2019/452 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Union[1] (Verordnung über die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen),

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2021/821 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 über eine Unionsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr, der Vermittlung, der technischen Unterstützung, der Durchfuhr und der Verbringung betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck[2],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2023/1781 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. September 2023 zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Halbleiter-Ökosystems und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/694 (Chip-Gesetz)[3],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2023/2675 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. November 2023 über den Schutz der Union und ihrer Mitgliedstaaten vor wirtschaftlichem Zwang durch Drittländer[4],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2024/1252 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1724 und (EU)

1 ABl. L 79I vom 21.3.2019, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2019/452/oj.
2 ABl. L 206 vom 11.6.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/821/oj.
3 ABl. L 229 vom 18.9.2023, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2023/1781/oj.
4 ABl. L, 2023/2675 vom 7.12.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2023/2675/oj.

2019/1020[5] (Verordnung zu kritischen Rohstoffen),

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2024/1735 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems der Fertigung von Netto-Null-Technologien und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1724[6],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2024/2747 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2024 zur Schaffung eines Rahmens von Maßnahmen für einen Binnenmarkt-Notfall und die Resilienz des Binnenmarkts und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2679/98 des Rates (Verordnung über Binnenmarkt-Notfälle und die Resilienz des Binnenmarkts)[7],

– unter Hinweis auf die Empfehlung der Kommission vom 3. Oktober 2023 zu Technologiebereichen, die für die wirtschaftliche Sicherheit der EU von entscheidender Bedeutung sind, zwecks weiterer Risikobewertung mit den Mitgliedstaaten (C(2023)6689),

– unter Hinweis auf die Empfehlung (EU) 2025/63 der Kommission vom 15. Januar 2025 zur Überprüfung von Investitionen in Drittstaaten in Technologiebereiche, die für die wirtschaftliche Sicherheit der Union von entscheidender Bedeutung sind[8],

– unter Hinweis auf die Empfehlung (EU) 2025/683 der Kommission vom 8. April 2025 zur Koordinierung der nationalen Kontrolllisten[9],

– unter Hinweis auf die Empfehlung des Rates vom 23. Mai 2024 zur Stärkung der Forschungssicherheit[10],

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission vom 24. Januar 2024 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Überprüfung ausländischer Investitionen in der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2019/452 des Europäischen Parlaments und des Rates (COM(2024)0023),

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission vom 11. März 2025 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Stärkung der Verfügbarkeit von und der Sicherheit der Versorgung mit kritischen Arzneimitteln sowie der Verfügbarkeit und der Zugänglichkeit von Arzneimitteln von gemeinsamem Interesse und zur Änderung der Verordnung (EU) 2024/795 (COM(2025)0102),

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission vom 20. Januar 2026 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA), den europäischen Rahmen für die Cybersicherheitszertifizierung und die Sicherheit der IKT-Lieferkette sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2019/881 (Rechtsakt zur Cybersicherheit 2)

---

5 ABl. L, 2024/1252 vom 3.5.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1252/oj.
6 ABl. L, 2024/1735 vom 28.6.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1735/oj.
7 ABl. L, 2024/2747 vom 8.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2747/oj.
8 ABl. L 2025/63 vom 15.1.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2025/63/oj.
9 ABl. L 2025/683 vom 16.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2025/683/oj.
10 ABl. C, C/2024/3510, 30.5.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/3510/oj.

(COM(2026)0011),

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission vom 21. Januar 2026 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über digitale Netze, zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120, der Richtlinie 2002/58/EG und der Entscheidung 676/2002/EG sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2018/1971, der Richtlinie (EU) 2018/1972 und des Beschlusses 243/2012/EU (Rechtsakt über digitale Netze) (COM(2026)0016),

– unter Hinweis auf die Gemeinsame Mitteilung der Kommission und des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 20. Juni 2023 über eine europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit (JOIN/2023/0020),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 29. Januar 2025 mit dem Titel „Ein Kompass für eine wettbewerbsfähige EU“ (COM(2025)0030),

– unter Hinweis auf die Gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 3. Dezember 2025 mit dem Titel „Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit der EU“ (JOIN/2025/0977),

– unter Hinweis auf den Bericht von Enrico Letta vom April 2024 mit dem Titel „Much more than a market“ (Weit mehr als ein Markt),

– unter Hinweis auf die politischen Leitlinien für die nächste Europäische Kommission 2024-2029 vom 18. Juli 2024,

– unter Hinweis auf den Bericht von Mario Draghi vom 9. September 2024 mit dem Titel „The future of European competitiveness“ (Zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit),

– unter Hinweis auf das Mandatsschreiben der Präsidentin der Kommission vom 17. September 2024 an das designierte Mitglied der Kommission für Handel und wirtschaftliche Sicherheit sowie für interinstitutionelle Beziehungen und Transparenz,

– unter Hinweis auf die Unionsliste kritischer Arzneimittel, die von der Europäischen Arzneimittel-Agentur erstellt und geführt wird, um Schwachstellen und Engpässe bei der Versorgung mit lebenswichtigen Arzneimitteln zu beheben,

– unter Hinweis auf das Weißbuch der Kommission vom 24. Januar 2024 über Ausfuhrkontrollen (COM(2024)0025),

– unter Hinweis auf das Weißbuch der Kommission vom 24. Januar 2024 über Investitionen in Drittstaaten (COM(2024)0024),

– unter Hinweis auf das Weißbuch der Kommission vom 24. Januar 2024 über Optionen für eine verstärkte Unterstützung von Forschung und Entwicklung zu Technologien mit potenziell doppeltem Verwendungszweck (COM(2024)0027),

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für internationalen Handel (A10-0148/2026),

A. in der Erwägung, dass die Offenheit der EU für Handel und Investitionen nach wie vor ein Eckpfeiler ihres Wohlstands, ihrer Wettbewerbsfähigkeit und ihres globalen Einflusses ist;

B. in der Erwägung, dass das internationale wirtschaftliche Umfeld einen Strukturwandel durchlaufen hat, der durch zunehmende geopolitische Rivalität, systemischen Wettbewerb, strukturelle Überkapazitäten und den Einsatz wirtschaftlicher Instrumente für strategische Zwecke gekennzeichnet ist, beispielsweise indem Handel, wirtschaftliche Abhängigkeiten und wirtschaftlicher Zwang als Druckmittel eingesetzt werden;

C. in der Erwägung, dass die EU angesichts des immer häufigeren Einsatzes von Ausfuhrkontrollen oder -beschränkungen, einer Politik staatlicher Beihilfen, durch die der faire Wettbewerb verzerrt wird, der Instrumentalisierung des Handels und wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen dringend eine wirksame Strategie für wirtschaftliche Sicherheit entwickeln muss, mit der ihre wirtschaftlichen Schwachstellen umfassend angegangen werden;

D. in der Erwägung, dass eine glaubwürdige Strategie für wirtschaftliche Sicherheit darauf ausgerichtet sein muss, die wirtschaftliche, digitale und finanzielle Autonomie der EU zu stärken und gleichzeitig die Integrität des Binnenmarkts zu wahren, übermäßige Abhängigkeiten in den entsprechenden Sektoren zu quantifizieren, Rechtssicherheit für Wirtschaftsteilnehmer sicherzustellen und das Engagement der EU für einen fairen und nachhaltigen Handel und eine regelbasierte internationale Ordnung zu wahren; in der Erwägung, dass dies auch erfordert, die strategischen technologischen Abhängigkeiten zu verringern, unter anderem in den Bereichen digitale Infrastruktur, Halbleiter, Cloud-Dienste und Cybersicherheitssysteme, da es sich dabei um integrale Bestandteile der wirtschaftlichen Sicherheit handelt;

E. in der Erwägung, dass die Gemeinsame Mitteilung vom 3. Dezember 2025 einen konzeptionellen Wandel im Ansatz der EU im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit darstellt und der Erkenntnis Rechnung trägt, dass Handel und wirtschaftliche Offenheit nicht ausschließlich als Positivsummenspiel betrachtet werden können und dass Drittländer wirtschaftliche Verflechtungen zu strategischen Zwecken oder zur Ausübung von Zwang nutzen können; in der Erwägung, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten daher bereit sein müssen, erforderlichenfalls wirtschaftliche Kosten zu tragen, um Schwachstellen zu verringern und die allgemeine Sicherheit zu verbessern; in der Erwägung, dass Überlegungen zur wirtschaftlichen Sicherheit daher als strukturelle Dimension in die Handels- und Wirtschaftspolitik der EU einbezogen werden müssen und nicht als außergewöhnliche Abweichung davon behandelt werden dürfen;

F. in der Erwägung, dass ungeachtet der umfassenden Rahmenbestimmungen in den Gemeinsamen Mitteilungen vom 20. Juni 2023 und vom 3. Dezember 2025 der Begriff der wirtschaftlichen Sicherheit weder im Unionsrecht noch in amtlichen Dokumenten der EU definiert wurde; in der Erwägung, dass sich dennoch ein breiter Konsens darüber herausgebildet hat, dass die wirtschaftliche Sicherheit der EU in ihrer Fähigkeit besteht, Bedrohungen für ihre Wirtschaft, ihre Bürgerinnen und Bürger und ihre strategischen Interessen zu antizipieren, abzuschrecken und darauf zu reagieren – einschließlich der Risiken für die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten, für die physische Sicherheit und die Cybersicherheit kritischer Infrastrukturen, für die Technologiesicherheit, unter anderem durch den Abfluss von Technologie, sowie für

die wirtschaftliche Offenheit, wenn Abhängigkeiten als Druckmittel eingesetzt werden oder Zwang ausgeübt wird – und dass die Bewältigung dieser Probleme seitens der EU einerseits die Bewältigung strategischer Abhängigkeiten durch inländische Produktion oder Diversifizierung und andererseits die Minderung struktureller Schwachstellen durch die Aufrechterhaltung der Kontrolle der EU über kritische Vermögenswerte, auch durch die Überprüfung ausländischer Investitionen, erfordert;

G. in der Erwägung, dass in jüngsten Analysen Produktionskostenunterschiede von 30 % bis 40 % zwischen europäischen und chinesischen Herstellern festgestellt wurden, von denen fast zwei Drittel der Wertschöpfung des europäischen verarbeitenden Gewerbes betroffen sind; in der Erwägung, dass diese Unterschiede strukturell sind und sich selbst verstärken, angetrieben durch ein kohärentes System staatlicher Unterstützung, Faktorkostenvorteile und regulatorische Asymmetrien, die durch Produktivitätssteigerungen allein nicht ausgeglichen werden können; in der Erwägung, dass die EU ein beispielloses Ungleichgewicht im Handel mit China zu verzeichnen hat, wobei das Defizit 400 Mrd. EUR erreicht, obgleich die EU insgesamt einen Überschuss gegenüber der übrigen Welt aufrechterhält; in der Erwägung, dass dieses Ungleichgewicht auf massiv subventionierte Überkapazitäten im verarbeitenden Gewerbe in China zurückzuführen ist, die zu einer Deindustrialisierung in der EU geführt haben; in der Erwägung, dass die erwartete Wechselkursanpassung nicht erfolgt ist, wodurch sich die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit weiter vergrößert und die europäischen Hersteller Marktanteile eingebüßt haben; in der Erwägung, dass die bestehenden handelspolitischen Schutzinstrumente der EU weitgehend produktspezifisch sind und in ihrer derzeitigen Form nicht ausreichen, um systemischen, gesamtwirtschaftlichen Verzerrungen dieses Ausmaßes entgegenzuwirken;

H. in der Erwägung, dass die EU deutlich weniger Verwaltungsressourcen für die Durchsetzung des Handelsschutzes bereitstellt als vergleichbare Länder und Gebiete, wodurch die Einleitung und Bearbeitung von Fällen in einer Zeit, in der die europäischen Industrien einem zunehmenden Handelsdruck ausgesetzt sind, in der Praxis erschwert wird; in der Erwägung, dass die EU im Verhältnis zu den Gesamteinfuhrmengen und -werten bereits wesentlich seltener auf handelspolitische Schutzinstrumente zurückgreift als die Vereinigten Staaten, Kanada und Australien; in der Erwägung, dass die Antidumpingzölle der EU trotz vergleichbarer Feststellungen zu Dumping und Schädigung häufig deutlich niedriger sind als die von anderen großen Volkswirtschaften eingeführten Zölle; in der Erwägung, dass die EU verpflichtet ist, eine Schadensspanne anzuwenden, wenn diese niedriger ist als die Dumpingspanne; in der Erwägung, dass die EU nur zögerlich allein auf der Grundlage einer drohenden Schädigung tätig wird; in der Erwägung, dass diese Kombination aus geringerer Durchsetzungsintensität, Verfahrenszwängen und vergleichsweise moderaten Zollsätzen zu Handelsumlenkungen und zu der Wahrnehmung der EU als weniger strenges Durchsetzungsumfeld oder als „Dumpinggebiet“ beiträgt, wodurch der Druck auf die industrielle Basis der EU erhöht wird;

I. in der Erwägung, dass der Klimawandel und die Umweltzerstörung ein wachsendes und systemisches Risiko für die langfristige wirtschaftliche Sicherheit der EU darstellen, denn dadurch werden Lieferketten unterbrochen, die landwirtschaftliche Produktion bedroht und der Wettbewerb um Ressourcen verschärft; in der Erwägung, dass der Einsatz von Lieferungen fossiler Brennstoffe als Druckmittel durch Russland nach Beginn seines Angriffskriegs gegen die Ukraine besonders deutlich gezeigt hat, dass die

Abhängigkeit von Energieeinfuhren aus unzuverlässigen Drittländern eine direkte und akute Bedrohung für die wirtschaftliche Sicherheit der Union darstellt und dass die Beschleunigung des Übergangs zu erneuerbaren Energiequellen und eine damit verbundene Risikominderung daher nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus strategischen Gründen unerlässlich ist; in der Erwägung, dass der grüne Wandel selbst jedoch rasch zu neuen und erheblichen Abhängigkeiten geführt hat, insbesondere in Bezug auf kritische Rohstoffe und saubere Technologien wie Solarpaneele, Photovoltaik-Wechselrichter, Elektrofahrzeuge und Netzbatterien, die überwiegend aus China bezogen werden; in der Erwägung, dass die EU darauf achten muss, nicht eine strategische Abhängigkeit durch eine andere zu ersetzen, und daher eine echte Autonomie in Bezug auf die für den grünen Wandel erforderlichen Inputs als Kernbestandteil ihrer Strategie für wirtschaftliche Sicherheit anstreben muss;

J. in der Erwägung, dass die Überwachung der Lieferkette dazu beitragen kann, Risiken für die wirtschaftliche Sicherheit zu erkennen, zu verhindern und zu mindern;

K. in der Erwägung, dass die wirtschaftliche Sicherheit letztlich den Bürgerinnen und Bürgern der Union dienen muss; in der Erwägung, dass die Fähigkeit, externen wirtschaftlichen Schocks standzuhalten und sie zu bewältigen, eine Voraussetzung für die Erhaltung des Lebensstandards, die Kontinuität der öffentlichen Dienstleistungen und die Aufrechterhaltung des sozialen Zusammenhalts ist; in der Erwägung, dass die Politik im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit daher nicht nur im Hinblick auf makroökonomische Aggregate oder strategische Interessen, sondern auch anhand ihrer konkreten Auswirkungen auf das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger bewertet werden muss;

Die sich wandelnde Risikolage im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit

1. begrüßt die Gemeinsame Mitteilung vom 3. Dezember 2025 als notwendigen Schritt zur Stärkung des gemeinsamen Ansatzes der EU im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit; stellt fest, dass weitere Schritte erforderlich sind, um die Ziele der EU im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit umzusetzen, einschließlich eines Aktionsplans, eines Fahrplans und konkreter Zielwerte zur Risikominderung in Lieferketten in strategischen Sektoren;

2. ist der Ansicht, dass in der Gemeinsamen Mitteilung zu Recht die Notwendigkeit eines Kulturwandels betont wird, der von einem reaktiven zu einem proaktiveren Ansatz für die wirtschaftliche Sicherheit führt; betont, dass dies einen Paradigmenwechsel hin zu einem gesamteuropäischen und gesamtgesellschaftlichen Ansatz erfordert, bei dem die Kommission, das Parlament, die Mitgliedstaaten, der Privatsektor sowie andere öffentliche und private Interessenträger zusammenarbeiten, um zum Ziel der Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit der EU beizutragen; betont, dass eine echte Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit auf einer strategischen Ausrichtung beruhen muss, bei der die politischen Maßnahmen in den Bereichen Klima und Energie, Handel und Wettbewerb, Regulierung der digitalen Märkte, Industriepolitik, Forschung und Innovation, ausländische Investitionen und die Rolle des Euro einbezogen und strategisch aufeinander abgestimmt werden;

3. teilt die Einschätzung der Kommission, dass wirtschaftliche Sicherheitsmaßnahmen kurzfristig sowohl für Unternehmen als auch für öffentliche Einrichtungen mit gewissen Kosten verbunden sein können, hebt jedoch hervor, dass die Kosten aufgrund von

Abhängigkeiten und wirtschaftlichem Zwang viel höher sind; fordert, dass solche Maßnahmen im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen durch das Programm „Horizont-Europa“ und den Fonds für Wettbewerbsfähigkeit angemessen unterstützt werden; fordert die Kommission auf, eine ausreichende Unterstützung für die Branchen und Arbeitnehmer sicherzustellen, die am stärksten von Störungen der Lieferkette oder anderen Formen des wirtschaftlichen Drucks oder wirtschaftlichen Zwangs betroffen sind;

4. weist darauf hin, dass die EU mit einem Außenhandelsanteil von mehr als 20 % am BIP eine der größten Handelsmächte der Welt ist; betont, dass Handel und internationale Investitionen für die Wirtschaft der EU von grundlegender Bedeutung sind; unterstreicht, dass die EU durch ihre starke Einbindung in die globalen Märkte zunehmend anfällig für Störungen, Zwangsmaßnahmen und strategischen Einfluss von Drittländern ist, die durch Engpässe in den Lieferketten, Monopolstellungen bei kritischen Ressourcen, die Abhängigkeit von Hochrisikoanbietern von kritischen Technologien sowie Schwachstellen in wichtigen physischen und digitalen Infrastrukturen und bei Energieimporten aus Drittländern ausgeübt werden; betont, dass diese erhebliche und strukturelle Abhängigkeit von externen Akteuren bei strategischen Gütern, Dienstleistungen und Infrastrukturen zu gefährlichen Schwachstellen führt, die dringend angegangen werden müssen;

5. betont, dass die jüngsten Krisen – darunter die COVID-19-Pandemie, Unterbrechungen der Energieversorgung infolge des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, die Ausbreitung rechtswidriger Zölle, Handelsbeschränkungen und anderer protektionistischer Maßnahmen, wiederkehrende Spannungen, die sich auf die globalen Verkehrs- und Logistikrouten auswirken, Zwangsbeschränkungen beim Zugang zu kritischen Materialien, die eskalierenden wirtschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels, unter anderem infolge extremer Wetterereignisse, die Produktion und Logistik stören, sowie die Politik staatlicher Beihilfen und das Dumping subventionierter Überkapazitäten durch Drittländer in Schlüsselsektoren auf den europäischen Märkten – gezeigt haben, wie Einfuhrabhängigkeiten rasch zu Engpässen, Inflation, Schädigung lokaler Produktionskapazitäten und Produktionsausfällen führen können; hebt hervor, dass sich auch Ausfuhrabhängigkeiten als erhebliches Risiko für die Ausführer in der EU erwiesen haben; betont, dass sowohl die Abhängigkeit von Einfuhren als auch von Ausfuhren konkrete Einschränkungen für die Wirtschaftstätigkeit Europas und die Fähigkeit der EU darstellen, wirksam auf externe Schocks zu reagieren; betont, dass diese Schwachstellen eher struktureller als vorübergehender Natur sind, da sie auf Konzentrationen und Monopole zurückzuführen sind, die sich im Laufe der Zeit herausgebildet haben;

6. bringt seine tiefe Besorgnis über die systemischen Marktverzerrungen Chinas zum Ausdruck, die zu Überkapazitäten führen, darunter umfassende staatlich gesteuerte Unterstützungsmechanismen, die strategische Beschaffung nach dem Prinzip „Buy China“, die Vorzugsbehandlung inländischer Unternehmen und ein Mangel an Gegenseitigkeit; bekräftigt, dass es keinen fairen Handel in einem System geben kann, in dem ein Land den Weltmarkt dominiert und überschwemmt;

7. begrüßt den Plan der Kommission, eine umfassende, systematische und regelmäßig aktualisierte Bewertung der kritischsten Abhängigkeiten der EU entlang der Wertschöpfungsketten zu erstellen, und fordert, dass diese Bewertungen eine Analyse der Schwachstellen umfassen, die potenziell zu Engpässen in der EU führen könnten,

einschließlich quantifizierter Daten über die Konzentration von Einfuhren und globale Marktanteile nach Ländern und Sektoren;

Prävention durch Diversifizierung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit

8. betont, dass wirtschaftliche Sicherheit nicht als wirtschaftliche Isolation ausgelegt werden darf; bekräftigt, dass die Offenheit für nachhaltigen Handel und nachhaltige Investitionen in Verbindung mit Maßnahmen zur Bekämpfung von unlauterem Wettbewerb sowie die Diversifizierung von Partnern, Lieferanten, Energieeinfuhren und Transportwegen eines der wichtigsten Mittel der EU ist, um die strukturelle Anfälligkeit gegenüber externen Schocks und Störungen in kritischen Sektoren sowie gegenüber Zwangsmaßnahmen zu verringern; betont, dass die Stärkung der Widerstandsfähigkeit und der wirtschaftlichen Sicherheit der EU ein ausdrückliches Ziel jeder Handels- oder Investitionspartnerschaft der EU sein sollte; betont, dass die Förderung der Nachfrage nach in der EU hergestellten Alternativen und die Schaffung sektoraler Ökosysteme in der EU von entscheidender Bedeutung sind, um die wirtschaftliche Sicherheit der EU glaubwürdig zu stärken;

9. betont, dass die Offenheit des EU-Marktes auf den Grundsätzen der Gegenseitigkeit, der Verlässlichkeit und des Verzichts auf Zwang beruhen muss und dass sie nicht bedingungslos sein kann, wenn grundlegende Sicherheitsinteressen auf dem Spiel stehen; betont, dass die EU über beträchtliche wirtschaftliche Stärken verfügt, insbesondere über ihren Binnenmarkt mit einem Volumen von 18 Bio. EUR und 450 Millionen Verbrauchern, ihre Führungsrolle in den Bereichen hochtechnologische Fertigung und Dienstleistungen, ihre hochwertigen Standards und Normen sowie ihre hochwertigen Bildungseinrichtungen und Forschungs- und Entwicklungsprogramme (FuE); betont, dass diese Stärken angesichts externer Zwänge genutzt werden sollten, insbesondere in Bereichen, in denen europäische Güter oder Technologien auf den globalen Märkten unverzichtbar sind;

10. warnt davor, dass durch ein mikro- und makroökonomisches Umfeld, das die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen schwächt, etwa durch Hindernisse im Binnenmarkt, unnötigen Verwaltungsaufwand, Unsicherheiten bezüglich der Regulierung, hohe Energiepreise, übermäßig komplexe Genehmigungsverfahren und Investitionsrückgänge, Innovationen hemmt und die Ziele der EU in Bezug auf wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und Sicherheit gefährdet;

11. betont, dass die wirtschaftliche Sicherheit der EU nicht wesentlich gestärkt werden kann, solange die europäische Wirtschaft übermäßig von der Einfuhr fossiler Brennstoffe oder von der Einfuhr von Technologien für erneuerbare Energien abhängig ist; ist der Ansicht, dass die Verfolgung einer stabilen und berechenbaren Dekarbonisierungspolitik, mit der Netto-Null-Ziele erreicht und die Einfuhren fossiler Brennstoffe beendet werden sollen, zur Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit beiträgt und die Wettbewerbsfähigkeit der EU erhöht; betont, dass wesentlich höhere und beschleunigte Investitionen in die Elektrifizierung und in eine Kreislaufwirtschaft von grundlegender Bedeutung sind, um die strategische Abhängigkeit der EU von externen Akteuren zu verringern; fordert die Kommission auf, entschlossene und breit angelegte nachfrageseitige Maßnahmen zu ergreifen, um die Nachfrage nach europäischen, CO_2-armen strategischen Gütern, die für die Energiewende von zentraler Bedeutung sind, wie grüner Stahl, Batterien, erneuerbare Energien und Halbleiter anzukurbeln; fordert die Kommission ferner auf, dafür zu sorgen, dass der grüne Wandel nicht dieselbe

strukturelle Logik der Abhängigkeit in einer anderen Form nachbildet, und zu diesem Zweck Produktionskapazitäten auf EU-Ebene, strategische Bevorratung und eine stabile Diversifizierung bei der Beschaffung kritischer Rohstoffe und den Komponenten sauberer Technologien, von denen der Übergang abhängt, Vorrang einzuräumen;

12. betont, dass ein voll funktionsfähiger und integrierter Binnenmarkt ein Grundpfeiler der wirtschaftlichen Sicherheit ist; hebt hervor, dass eine vertiefte Integration und die Beseitigung von Hindernissen für einen tatsächlich harmonisierten Markt für Waren, Dienstleistungen und Kapital für das langfristige sozioökonomische Modell, die Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherheit der EU von wesentlicher Bedeutung sind; ist der Ansicht, dass die Aufstockung der Investitionen in Bildung, Innovation und FuE ein wesentlicher Bestandteil der langfristigen Strategie zum Schutz der wirtschaftlichen Sicherheit der EU ist;

13. missbilligt die übermäßige Abhängigkeit der EU von Drittländern bei der Versorgung mit kritischen Rohstoffen und nimmt zur Kenntnis, dass die EU dadurch in geopolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht sowie in Bezug auf die Lieferkette erheblichen Schwachstellen ausgesetzt ist; ist daher der Ansicht, dass die Stärkung der inländischen Widerstandsfähigkeit, unter anderem durch strategische Projekte im heimischen Bergbau und in der heimischen Verarbeitung, den Ausbau der Recyclingkapazitäten, die Verbesserung der Ressourceneffizienz und die vollständige Umsetzung eines Kreislaufwirtschaftsmodells eine nachhaltige und strategische Lösung darstellt; fordert einen Rechtsakt zur Kreislaufwirtschaft, der ambitionierte Ziele enthält; fordert, Anreize für Investitionen in kritische innovative Kreislauftechnologien zu schaffen und diese Investitionen zu schützen;

14. betont, dass der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor externen wirtschaftlichen Schocks – einschließlich der Unterbrechung von Lieferketten, des Anstiegs von Energiepreisen und der Folgen von wirtschaftlichem Zwang – ein Kernziel der Politik der wirtschaftlichen Sicherheit ist; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die sozialen Auswirkungen von Maßnahmen der wirtschaftlichen Sicherheit systematisch bewertet werden und dass diese Maßnahmen die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen nicht unverhältnismäßig stark belasten;

15. weist darauf hin, dass die Handelspolitik ein strategischer Bestandteil der Macht der EU ist und proaktiv eingesetzt werden sollte, um die Sicherheitsinteressen der EU und die strategische Autonomie zu schützen; betont, dass es notwendig ist, über einen vorwiegend defensiven Ansatz hinauszugehen und die vorhandenen Instrumente strategischer und vorausschauender zu kombinieren und einzusetzen, auch indem wirtschaftliche Interdependenzen in einer Weise genutzt werden, mit der die geopolitische Position der EU gestärkt wird;

16. weist darauf hin, dass die Wirksamkeit der Agenda der EU für Handel und wirtschaftliche Sicherheit von der einheitlichen Anwendung der Handelsregeln und der wesentlichen Klauseln in Handels-, Partnerschafts- und Assoziierungsabkommen abhängt; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um für die vollständige und wirksame Einhaltung ihrer eigenen Zusagen und Verpflichtungen zu sorgen, insbesondere im Hinblick auf die Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung;

17. fordert die Kommission auf, die laufenden Verhandlungen zum Abschluss zu bringen

und als zentrales Element ihrer Diversifizierungsstrategie aktiv einen strategischen und ehrgeizigen Ansatz für Handelsabkommen und sektorale Partnerschaften mit verlässlichen Partnern zu verfolgen; ist der Ansicht, dass die Diversifizierung der Lieferanten aus Drittländern und der Ausfuhrmärkte auf einer klaren Bewertung der strukturellen Schwachstellen der EU beruhen und sich daran orientieren sollte; betont, dass die traditionellen umfassenden Freihandelsabkommen vorrangig durch neue, flexiblere und gezieltere Formen von Handels- und Investitionspartnerschaften ergänzt werden müssen, die ausdrücklich darauf abzielen, das Risiko von Ein- und Ausfuhren durch die Entwicklung sicherer und widerstandsfähiger Lieferketten in bestimmten Hochrisikosektoren zu verringern; betont, dass solche Partnerschaften verbindliche Verpflichtungen umfassen und die uneingeschränkte Einbeziehung des Parlaments und Transparenz gegenüber dem Parlament während der gesamten Verhandlungen erfordern sollten, ebenso wie die Zustimmung des Parlaments im Ratifizierungsprozess;

18. unterstreicht, dass das modernisierte Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur von strategischer Bedeutung für die wirtschaftliche Sicherheit der EU ist; betont, dass das Abkommen dazu beitragen wird, den Zugang zu kritischen Rohstoffen zu diversifizieren und widerstandsfähige Wertschöpfungsketten zu stärken;

19. hebt hervor, dass die Erweiterung des wirtschaftlichen und handelspolitischen Engagements mit Indien von strategischer Bedeutung ist, denn Indien ist ein zunehmend wichtiger Produktions- und Technologiestandort und spielt eine wachsende Rolle bei digitalen Dienstleistungen und der Versorgung mit kritischen Rohstoffen;

20. betont, dass es wichtig ist, die laufenden Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Partnern wie den Philippinen und Thailand zu beschleunigen und das Handelsabkommen mit Indonesien abzuschließen, da diese Länder eine immer wichtigere Rolle bei der Produktion von wichtigen Mineralien, Elektronik und Komponenten sauberer Technologien spielen; unterstreicht, dass verlässliche handelspolitische Rahmenbedingungen erforderlich sind, um Risiken im Zusammenhang mit Ausfuhrbeschränkungen und Lieferketten anzugehen und die EU stärker in den industriellen Wertschöpfungsketten des indopazifischen Raums zu verankern;

21. begrüßt den Abschluss der Handelsverhandlungen mit Australien, einem zuverlässigen und gleichgesinnten Partner; betont die Bedeutung dieser regelbasierten Partnerschaft für die Versorgungssicherheit und die Diversifizierung der Lieferketten, da Australien über erhebliche Reserven an kritischen Rohstoffen verfügt und Technologien für den Bergbau und die Weiterverarbeitung herstellt; begrüßt die weitere Zusammenarbeit bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit, insbesondere angesichts der Erfahrungen, die Australien aus erster Hand beim Umgang mit wirtschaftlichen Zwang gesammelt hat;

22. fordert, einen strukturierten Dialog über wirtschaftliche Sicherheit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich einzurichten, um die Koordinierung in den Bereichen Handel, Überprüfung von Investitionen und Widerstandsfähigkeit der Lieferketten zu verbessern; unterstützt eine engere Zusammenarbeit im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, um Störungen in strategischen Sektoren vorzubeugen;

23. unterstützt die im Rahmen der EU-Strategie für den indopazifischen Raum aufgestellte

Forderung, die Zusammenarbeit mit den asiatischen Partnern im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit zu vertiefen, unter anderem durch verstärkte Partnerschaften mit den ASEAN-Mitgliedern sowie durch eine engere Kooperation mit den Partnern, die an der umfassenden und fortschrittlichen Vereinbarung über eine transpazifische Partnerschaft beteiligt sind;

24. fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die noch ausstehenden Freihandelsabkommen zu ratifizieren;

25. fordert die Kommission auf, einen erneuerten und umfassenden Handels- und Investitionsdialog mit den Entwicklungsländern und -regionen vorzuschlagen, der auf für beide Seiten vorteilhaften Partnerschaften beruht, die über die Ausweitung des Marktzugangs oder die Gewinnung natürlicher Ressourcen hinausgehen; betont, dass es wichtig ist, im Rahmen von Handelsabkommen und sektoralen Partnerschaften die lokale und regionale Wertschöpfung durch die Entwicklung sauberer und nachhaltiger Wertschöpfungsketten zu fördern und gleichzeitig eine inklusive und nachhaltige Entwicklung zu fördern sowie den Schutz von Umweltstandards und Arbeitnehmerrechten sicherzustellen;

26. stellt fest, dass die EU derzeit bei rund 98 % ihrer Versorgung mit Seltenerdmetallen und bei über 90 % ihrer Magnesiumeinfuhren von China abhängig ist, dass die heimischen Recyclingraten für Seltenerdmetalle nach wie vor unter 1 % liegen und dass über 60 % der weltweiten Kapazitäten für Lithiumraffination und über 85 % der Verarbeitungskapazitäten für Seltenerdmetalle in einem einzigen Drittland konzentriert sind, sodass die EU weit davon entfernt ist, die in der Verordnung zu kritischen Rohstoffen festgelegten Zielwerte zu erreichen; hebt hervor, dass es wichtig ist, Abkommen mit gleich gesinnten Ländern in diesem Bereich zu schließen sowie weiterhin neue Partnerschaften auszuhandeln, um die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten der EU zu stärken;

27. betont, dass die Diversifizierung der Bezugsquellen kritischer Rohstoffe angesichts ihrer entscheidenden Rolle beim grünen und beim digitalen Wandel sowie in der Verteidigung ein strategisches Ziel der EU-Handelspolitik sein sollte; stellt fest, dass die Verordnung zu kritischen Rohstoffen zwar einen wichtigen Schritt zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der EU darstellt, jedoch nicht ausreicht, um die wichtigsten Schwachstellen zu beseitigen, insbesondere die anhaltende Konzentration von Raffinations- und Verarbeitungskapazitäten in einer begrenzten Anzahl von Drittländern; betont, dass der Verordnung auf EU-Ebene unverbindliche Benchmarks zugrunde liegen und die Verfügbarkeit spezieller Finanzmittel und wirksamer Durchführungskapazitäten nach wie vor begrenzt ist;

28. begrüßt die Initiative „ResourceEU“, die darauf abzielt, die Mittel für strategische inländische Bergbau-, Verarbeitungs- und Recyclingkapazitäten aufzustocken; unterstreicht, dass diese Fördermaßnahmen jedoch mit Schutz- und Partnerschaftsmaßnahmen kombiniert werden müssen, um die Risiken für die Wertschöpfungskette für kritische Rohstoffe bis 2030 erfolgreich zu verringern; bekräftigt, dass der langfristige wirtschaftliche Nutzen und die Rentabilität von Investitionen in vertrauenswürdige Wertschöpfungsketten für kritische Rohstoffe mit Preisuntergrenzen und Abnahmegarantien sowie in enger Zusammenarbeit mit gleich gesinnten Ländern einhergehen sollten, um so dem Risiko entgegenzuwirken, dass ein Drittland seine Monopolstellung missbraucht, um schwächere Wettbewerber zu

unterbieten; betont, dass sich die Initiative „ResourceEU“ zu einem wirksamen Instrument entwickeln muss, um die Erreichung der in der Verordnung zu kritischen Rohstoffen festgelegten Ziele für 2030 zu beschleunigen; betont, dass die EU ohne eine rasche Mobilisierung koordinierter finanzieller Unterstützung für Projekte in den Bereichen Gewinnung, Verarbeitung und Recycling nicht in der Lage sein wird, ihre Benchmarks innerhalb des festgelegten Zeitrahmens zu erreichen;

29. betont, dass die Diplomatie der EU in Bezug auf kritische Rohstoffe über die Gewinnung und den Zugang zu Primärressourcen hinausgehen und sich systematisch mit der Verarbeitung, der Raffination und den nachgelagerten Tätigkeiten befassen sollte, wo strategische Schwachstellen und Konzentrationsrisiken nach wie vor besonders akut sind;

Überwachung der, Umgang mit den und Eindämmung der festgestellten Risiken

30. gelangt zu dem Schluss, dass die Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit der EU von entscheidender Bedeutung ist, um die wirtschaftliche und politische Souveränität der Union, die Integrität des Binnenmarktes, die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten, die wirtschaftliche Rentabilität der Unternehmen in der EU sowie den Lebensunterhalt der Bürgerinnen und Bürger, auch im Hinblick auf hochwertige Arbeitsplätze, zu sichern; betont, dass ein umfassender und integrierter Ansatz für wirtschaftliche Sicherheit nicht nur auf die Verringerung externer Abhängigkeiten abzielen sollte, sondern auch auf den Aufbau strategischer Autonomie bei kritischen Rohstoffen, Technologie, Energie, Verkehr, Finanzen und digitaler Infrastruktur; fordert die Europäische Kommission daher auf, die wirtschaftliche Sicherheit in allen industriepolitischen Maßnahmen durchgängig zu berücksichtigen, einschließlich sektorbezogener Rechtsvorschriften und Risikobewertungen der Lieferketten, um ein einheitliches Vorgehen sicherzustellen;

31. räumt ein, dass bestimmte kritische wirtschaftliche Risiken aufgrund ihres Umfangs, ihrer Konzentration, ihrer strategischen Bedeutung oder ihrer Unumkehrbarkeit gezielte, dringende und entschlossene Abhilfemaßnahmen erfordern; betont, dass die Maßnahmen in solchen Fällen berechtigterweise Beschränkungen oder Verbote des Marktzugangs, der Wirtschaftstätigkeit oder der Investitionsströme aus Drittländern umfassen können, um die wesentlichen Interessen der EU und die öffentliche Ordnung zu schützen; bekräftigt, dass der Zugang zum Binnenmarkt das größte Druckmittel der EU ist, und fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die „umgekehrten Abhängigkeiten“ zu nutzen, um Druck auf Drittländer auszuüben, damit diese unrechtmäßige Ausfuhrbeschränkungen, die der EU auferlegt wurden, aufheben;

32. fordert die Kommission auf, weitere Maßnahmen vorzuschlagen, mit denen wirtschaftliche Sicherheitsrisiken verhindert oder beschränkt werden können; unterstützt in diesem Zusammenhang den Vorschlag der Kommission, EU-Wirtschaftsteilnehmer in bestimmten Hochrisikosektoren zur Diversifizierung der Lieferanten zu verpflichten; ist der Ansicht, dass dies in Zukunft ausgeweitet werden sollte, um die Wirtschaftsteilnehmer auch dazu zu verpflichten, die Bezugsländer oder -regionen zu diversifizieren;

33. betont, dass wirksame Instrumente entwickelt werden müssen, die darauf abzielen, wirtschaftliche Sicherheitsrisiken entlang der Wertschöpfungsketten in Hochrisikobereichen frühzeitig zu überwachen, zu ermitteln und zu bewerten, um eine proaktive Bestandsaufnahme bestehender und potenzieller strategischer Abhängigkeiten

zu ermöglichen; betont, dass sowohl die Mitgliedstaaten als auch der Privatsektor wichtige Partner bei der Ermittlung und Bewertung von Abhängigkeiten sind; unterstützt den Vorschlag der Kommission, eine Plattform für Informationen zum Thema wirtschaftliche Sicherheit einzurichten, um die verfügbaren Informationen zu konsolidieren; fordert die Kommission auf, Instrumente auszuarbeiten, die darauf abzielen, Wirtschaftsinformationen mit internationalen Partnern auszutauschen, um Maßnahmen von Drittländern vorzubeugen, die Abhängigkeiten als Druckmittel gegen die EU einsetzen;

34. fordert die Kommission auf, ein jährliches Barometer für wirtschaftliche Sicherheit einzurichten, um die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele der Strategie für wirtschaftliche Sicherheit systematisch zu bewerten; betont, dass ein solcher Mechanismus klare und messbare Indikatoren enthalten sollte, die unter anderem die Verringerung der kritischen Abhängigkeiten nach Sektoren, die Anzahl der als für die wirtschaftliche Sicherheit relevant eingestuften handelspolitischen Schutzinstrumente sowie die Zunahme der Anzahl alternativer Lieferanten aufzeigen; betont, dass eine transparente und regelmäßige Berichterstattung unerlässlich ist, um die Rechenschaftspflicht und eine fundierte Anpassung der Politik sicherzustellen;

35. betont, dass solche Maßnahmen verhältnismäßig und auf die Schwere und Dauer des Risikos zugeschnitten sein, auf klar definierten Risikoschwellen, objektiven und überprüfbaren Kriterien und im Vorfeld durchgeführten Bewertungen beruhen und einer kontinuierlichen Überwachung und Überprüfung unterzogen werden sollten;

36. hebt hervor, dass bestehende EU-Instrumente, mit denen strukturelle Schwachstellen, Marktverzerrungen und nicht marktkonformes Verhalten angegangen werden sollen, wie von der Kommission im Rahmen der Gemeinsamen Mitteilung vom 3. Dezember 2025 vorgeschlagen, bei Bedarf modernisiert und strategischer sowie entschlossener eingesetzt werden sollten und dass der fragmentierte, zögerliche oder uneinheitliche Einsatz solcher Instrumente ihre Wirksamkeit, einschließlich ihrer abschreckenden Wirkung, untergräbt; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Fristen für Handelsschutzuntersuchungen zu verkürzen und dem Beispiel zahlreicher Länder zu folgen und die rechtlich zulässigen, aber nicht ausreichend genutzten Bestimmungen über drohende Schädigungen und vorläufige Maßnahmen stärker zu nutzen, um irreparable Schäden für die Industrie der EU zu verhindern;

37. betont, dass wirtschaftliche Sicherheit zwar langfristig nicht durch allgemeine Maßnahmen der Autarkie oder des Protektionismus erreicht werden kann, es derzeit jedoch dringend notwendig ist, gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um die Welle der Deindustrialisierung zu stoppen und strategische Sektoren in der EU vor dem unlauteren Wettbewerb durch billige Einfuhren aus Drittländern in Bereichen wie Stahl, Chemikalien, Pharmazeutika, Energie aus erneuerbaren Quellen und umweltverträgliche Waren zu schützen; fordert die Kommission auf, einen Aktionsplan auszuarbeiten, um die am meisten gefährdeten strategischen Sektoren der EU vor weltweiten Überkapazitäten zu schützen;

38. ist der Ansicht, dass der gleichzeitige Ausbau der industriellen Kapazitäten in mehreren strategischen Sektoren durch bestimmte große Volkswirtschaften außerhalb der EU, insbesondere China, eine systemische Wettbewerbsherausforderung darstellt, die nicht angemessen durch sektorspezifische Reaktionen angegangen werden kann; ist der Ansicht, dass systemische Risiken dieser Art systemische Reaktionen erfordern, die auf

die strukturellen Bedingungen abzielen, die zu Überkapazitäten in großem Umfang führen, anstatt deren Folgen auf einzelnen Märkten zu bewältigen;

39. begrüßt den Vorschlag der Kommission vom 7. Oktober 2025 für eine Verordnung zur Eindämmung der negativen handelsbezogenen Auswirkungen globaler Überkapazitäten auf den Stahlmarkt der Union[11] als Anerkennung der strategischen Bedeutung des Erhalts eines rentablen europäischen Stahlsektors; betont, dass der Verlust europäischer Stahlproduktionskapazitäten ein irreversibles wirtschaftliches Sicherheitsrisiko darstellen würde; stellt jedoch fest, dass das Problem der Überkapazität nicht auf Stahl und Aluminium beschränkt ist, sondern auch viele andere Sektoren wie die chemische Industrie sowie aus Stahl und Aluminium hergestellte Erzeugnisse betrifft; ist besorgt darüber, dass Untersuchungen im Rahmen der handelspolitischen Schutzmaßnahmen zu langsam, ressourcenintensiv und produktspezifisch sind, um die durch Überkapazitäten verursachten gesamtwirtschaftlichen Verzerrungen angemessen anzugehen; ist der Ansicht, dass sich die EU mit geeigneten Instrumenten ausstatten sollte, um systemische Überkapazitäten in der gesamten Wertschöpfungskette zu überwachen und anzugehen;

Handelspolitische Instrumente, Durchsetzung und Abschreckung

40. betont, dass die Abschreckung und die Wettbewerbsfähigkeit geschwächt werden, wenn Durchsetzungsmaßnahmen verzögert ergriffen werden, inkohärent ausfallen oder als unsicher empfunden werden; fordert die Kommission daher auf, für eine zeitnahe Entscheidungsfindung, klare Aktivierungskriterien und vorhersehbare Konsequenzen zu sorgen, sobald das Vorliegen oder das Drohen von Risiken für die wirtschaftliche Sicherheit oder von unlauteren Praktiken festgestellt wurde;

41. betont, dass die wirksame Durchsetzung der Handelspolitik der EU und die zunehmende Dimension der wirtschaftlichen Sicherheit angemessene administrative und technische Ressourcen erfordern; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Generaldirektion Handel und wirtschaftliche Sicherheit mit ausreichend Personal, Fachwissen und Ressourcen ausgestattet wird, um handelspolitische Schutzinstrumente und die Strategie der Union für wirtschaftliche Sicherheit wirksam umzusetzen; betont, dass im derzeitigen geoökonomischen Kontext die wirtschaftlichen Sicherheitsfähigkeiten der EU gestärkt werden sollten;

42. unterstreicht, dass die systematische Durchsetzung der geltenden Handelsregeln die vorrangige und verhältnismäßige Reaktion der EU auf Verstöße darstellt und die Strategie der EU für wirtschaftliche Sicherheit umzusetzen; bedauert jedoch, dass die Durchsetzung der geltenden Vorschriften nicht ausreicht, um das Problem vollständig zu lösen; fordert die Kommission daher auf, höhere Antidumpingzölle einzuführen, die sich an denen vergleichbarer Partner orientieren, um Handelsumlenkungen und Dumping auf dem EU-Markt entgegenzuwirken; fordert die Kommission ferner auf, Umwelt-, Energie- und Arbeitskosten in die Berechnung der Dumpingspanne von Ausführern aus Drittländern einzubeziehen und von der Regel des niedrigeren Zolls, die von der Welthandelsorganisation (WTO) nicht gefordert wird, abzurücken;

43. stellt fest, dass Antidumping- und Antisubventionsverfahren zu eng gefasst, zu ressourcenintensiv und zu langsam sind, um das Ausmaß und den strukturellen Charakter der Herausforderungen im Wettbewerb und der Überkapazität, vor denen die

[11] COM(2025)0726.

www.parlament.gv.at

EU-Industrie derzeit steht, zu bewältigen;

44. betont, dass die Resilienzziele der EU – darunter die Fähigkeit, den ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel auf nachhaltige, gerechte und demokratische Weise zu bewältigen, sowie die Erhaltung der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen und der natürlichen Ressourcen – fest im Primär- und Sekundärrecht der EU verankert sind; ist der Ansicht, dass dieser Rechtsrahmen eine solide und weitgehend ungenutzte Grundlage für die Geltendmachung der in Artikel XX des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vorgesehenen allgemeinen Ausnahmen darstellt; fordert die Kommission auf, von den Ausnahmen nach Artikel XX umfassender und systematischer Gebrauch zu machen, wenn Maßnahmen der EU, mit denen diese legitimen politischen Ziele verfolgt werden, im Rahmen der WTO angefochten werden;

45. fordert die Kommission auf, Änderungen an bestehenden Instrumenten vorzuschlagen, um eine aktivere, strategischere und koordiniertere Nutzung zu ermöglichen, und neue Instrumente vorzuschlagen, wenn eine klare und nachweisbare Lücke in der Wirksamkeit bestehender EU-Instrumente festgestellt wurde; fordert die Straffung bestehender und künftiger Rechtsvorschriften und Initiativen, die für die wirtschaftliche Sicherheit von Belang sind;

46. betont, dass die Glaubwürdigkeit der Reaktion der EU auf wirtschaftlichen Zwang in erster Linie von ihrer Bereitschaft abhängt, Zwangsmaßnahmen rechtzeitig zu ermitteln und formell als solche einzustufen, und so den Prozess einzuleiten, der sowohl der Abschreckung als auch der Verhandlungsmacht zugutekommt; ist der Ansicht, dass das Instrument zur Bekämpfung von Zwangsmaßnahmen das geeignetste Instrument ist, um die Stärken der EU in dieser Hinsicht zu nutzen; betont, dass das Instrument im Falle von Zwangsmaßnahmen oder deren Androhung eingesetzt werden sollte und dass alle Möglichkeiten zur Deeskalation geprüft werden sollten, bevor als letztes Mittel Gegenmaßnahmen ergriffen werden;

47. fordert die Kommission auf, die Kapazität der EU für Abschreckungsmaßnahmen dringend zu stärken; fordert die Kommission auf, eine proaktive Strategie auszuarbeiten, um auf Bedrohungen der Wirtschaftssouveränität der EU, einschließlich der ihr zugrunde liegenden kritischen Infrastruktur, reagieren zu können; betont, dass eine solche Strategie es ermöglichen muss, ausländische Akteure schnell und wirksam davon abzuhalten, ihre Drohungen in die Tat umzusetzen, indem das gesamte Repertoire an Gegenmaßnahmen der EU genutzt wird;

48. betont, dass die Reaktion der EU in Fällen, in denen Durchsetzung und Zusammenarbeit keine Verhaltensänderung bewirken, einem schrittweisen, angemessenen und umkehrbaren Eskalationsansatz folgen sollte, bei dem es möglich ist, den Druck in kontrollierter Weise zu erhöhen und gleichzeitig Rechtssicherheit und glaubwürdige Optionen für eine Deeskalation aufrechtzuerhalten; fordert die Kommission nachdrücklich auf, in dieser Hinsicht entschlossener zu reagieren, und weist darauf hin, dass Maßnahmen, die nicht zu einer Änderung des schädigenden und Zwang ausübenden Verhaltens führen, die Glaubwürdigkeit und den Einfluss der Handelspolitik der EU zu untergraben drohen und somit zu hohen anfänglichen politischen Kosten für ein Eingreifen führen können, ohne dass dadurch gleiche Wettbewerbsbedingungen wiederhergestellt werden;

49. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Anwendung von

Durchsetzungsinstrumenten, handelspolitischen Schutzinstrumenten und Instrumenten gegen Zwangsmaßnahmen innerhalb eines kohärenten operativen Rahmens in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten und den Wirtschaftsteilnehmern koordiniert wird; fordert die Kommission ferner auf, die Ausarbeitung eines Mechanismus für die Lastenteilung auf EU-Ebene in Erwägung zu ziehen, um dazu beizutragen, die Kosten nationaler Reaktionen auf wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen zu verteilen und so den politischen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit angesichts eskalierender Handelsspannungen sicherzustellen;

50. betont, dass die öffentliche Finanzkraft Europas eine der größten Stärken der EU ist; ist der Ansicht, dass keine öffentlichen EU-Gelder ausgegeben werden sollten, wenn dadurch nicht nachweislich zur Stärkung der Souveränität und Widerstandsfähigkeit der EU beigetragen wird; fordert die Kommission auf, diese Stärke zu nutzen und ein Instrument zur Aussetzung der Finanzierung einzuführen, mit dem der Zugang zu EU-Mitteln in Situationen, in denen Drittländer Maßnahmen ergreifen, durch die die wirtschaftliche Sicherheit der EU untergraben wird, zügig beschränkt werden kann;

51. betont, dass ein sicherer und unterbrechungsfreier Zugang zu kritischen Komponenten, Rohstoffen und grundlegenden Technologien, die bei der Produktion von Verteidigungsgütern zum Einsatz kommen, sichergestellt werden muss; hebt hervor, dass Schwachstellen in der Lieferkette in Sektoren, in denen Güter mit doppeltem Verwendungszweck hergestellt werden, unmittelbare Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft und die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der EU haben können;

52. betont, dass die zunehmende Verflechtung zwischen zivilen Innovationen und Verteidigungsanwendungen einen gemeinsamen Ansatz für die Überprüfung, Ausfuhrkontrolle und Investitionsaufsicht in Sektoren, in denen Güter mit doppeltem Verwendungszweck hergestellt werden, erfordert, um unbeabsichtigte Transfers sensibler Technologien zu verhindern und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu erhalten;

53. hebt hervor, dass der EU-Rahmen für die Kontrolle der Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck strukturelle Begrenzungen aufweist, insbesondere die Abhängigkeit von sich langsam entwickelnden multilateralen Regelungen, die begrenzte Fähigkeit, neu entstehende und sich rasch entwickelnde Technologien zu antizipieren und darauf zu reagieren, sowie die fragmentierte Umsetzung in den Mitgliedstaaten;

54. ist der Ansicht, dass der derzeitige Rahmen für die Ausfuhrkontrolle ein uneinheitliches Gefüge verschiedener nationaler politischer Strategien und Maßnahmen auf der Ebene der Mitgliedstaaten ist, dem es an der erforderlichen Wirksamkeit, Kohärenz und Schnelligkeit fehlt, um auf den aktuellen geoökonomischen Kontext zu reagieren; hebt hervor, dass die Reform und der Übergang über die bestehenden nationalen Strategien zur Ausfuhrkontrolle hinaus dringend erforderlich für die wirtschaftliche Sicherheit der EU ist; betont, dass ein harmonisiertes Ausfuhrkontrollsystem auf EU-Ebene ausgearbeitet werden muss; betont, dass die Angleichung der Ausfuhrkontrollen an internationale Partner die wirtschaftliche Sicherheit der EU erheblich stärken würde;

55. begrüßt die jüngsten Aktualisierungen der EU-Ausfuhrkontrollliste für Güter mit doppeltem Verwendungszweck im Einklang mit der im Rahmen des Wassenaar-Arrangements vereinbarten Liste, obwohl Russland ein Veto dagegen eingelegt hat;

fordert, dass die Verordnung (EU) 2021/821[12] dringend überarbeitet wird, um es der EU zu ermöglichen, bei den Ausfuhrkontrollen mit einer Stimme zu sprechen und in der gesamten EU einheitliche Kontrollen einzuführen sowie die internationale Angleichung und die Rechtssicherheit für die Wirtschaftsbeteiligten aufrechtzuerhalten; fordert in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines konsolidierten Referats für die gemeinsame Wirtschafts- und Sicherheitspolitik in der Kommission, das sich mit den sich wandelnden Herausforderungen für die wirtschaftliche Sicherheit befasst, die sich aus der anhaltenden Umgehung der Ausfuhrkontrollen und Sanktionen der EU durch Drittländer ergeben; ist der Ansicht, dass dieses Referat von den Nachrichtendiensten der Mitgliedstaaten unterstützt werden sollte, indem der Zugang zu Echtzeitinformationen über Ausweichnetze und Fähigkeiten zum Austausch von Informationen in Echtzeit mit der Industrie verbessert wird, um neue Umgehungstaktiken zu erkennen; stellt ferner fest, dass es mit der Befugnis zur Durchsetzung von Ausfuhrkontrollen und mit Ressourcen für die technologische Entwicklung, Analyse und internationale Koordinierung sowie mit der Befugnis zur Einführung robuster Überprüfungssysteme und Technologien zur Verfolgung der Lieferkette ausgestattet werden sollte;

56. betont, dass die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU die Kohärenz mit den Zielen der EU im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit sicherstellen sollte; betont, dass strategische Abhängigkeiten, Schwachstellen in der Lieferkette und wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen zunehmend direkte Auswirkungen auf die Sicherheit haben und sich auf die Kapazitäten der technologischen und industriellen Basis der europäischen Verteidigung auswirken; fordert, Überlegungen zur wirtschaftlichen Sicherheit systematisch in die strategischen Politiken der EU, die Verteidigungsplanung und die Krisenreaktionsmechanismen einzubeziehen, um die Krisenvorsorge und die Widerstandsfähigkeit der EU in einem zunehmend konfliktreichen geopolitischen Umfeld zu stärken;

Investitionen, Kapitalströme und strategische Risiken

57. begrüßt die laufenden legislativen Arbeiten am Rechtsakt zur beschleunigten Dekarbonisierung der Industrie und betont dessen Potenzial, zu den Zielen der EU im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit beizutragen; ist der Ansicht, dass dieser Rechtsakt einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung strategischer Abhängigkeiten und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der EU gegenüber externen Schocks und Zwangsmaßnahmen leisten könnte;

58. betont, dass von der EU finanzierte Programme in strategisch sensiblen Sektoren so gestaltet und durchgeführt werden sollten, dass sie in erster Linie Investitionen zugutekommen, mit denen die industriellen Kapazitäten, die technologische Entwicklung und die Wertschöpfung in der EU gestärkt werden; betont, dass der Zugang zu EU-Mitteln in diesen Sektoren an angemessene Schutzvorkehrungen und Bedingungen geknüpft sein sollte, mit denen sichergestellt wird, dass von den Empfängern keine Risiken für die wirtschaftliche Sicherheit ausgehen und dass die

---

12 Verordnung (EU) 2021/821 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 über eine Unionsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr, der Vermittlung, der technischen Unterstützung der Durchfuhr und der Verbringung betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck (ABl. L 206 vom 11.6.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/821/oj).

finanzierten Tätigkeiten wirksam zur langfristigen Widerstandsfähigkeit und den strategischen Interessen der EU beitragen;

59. betont, dass auch Maßnahmen zur Schaffung von Anreizen für die Herstellung in der EU erforderlich sind, um die EU in kritischen Lieferketten und Engpässen unverzichtbarer zu machen; begrüßt die in der Netto-Null-Industrie-Verordnung[13] festgelegten Resilienzanforderungen und betont, wie wichtig es ist, sie mit Quoten zuverlässiger Lieferanten zu kombinieren, auch um alternative Lieferanten mit Sitz in der EU zu fördern und die in der Netto-Null-Industrie-Verordnung festgelegten Fertigungsziele zu erreichen;

60. betont, dass Entscheidungen über die Vergabe öffentlicher Aufträge in strategischen Sektoren als Hebel zur Stärkung der industriellen Kapazitäten, der Versorgungssicherheit und der wirtschaftlichen Sicherheit in der EU genutzt werden sollten; betont, dass der Zugang zu einer Vergabe öffentlicher Aufträge in solchen Sektoren und der damit verbundenen EU-Unterstützung an klare Bedingungen für die Förderfähigkeit geknüpft sein sollte, mit denen sichergestellt wird, dass die teilnehmenden Unternehmen keine Risiken für die wirtschaftliche Sicherheit darstellen;

61. betont, dass der fehlende gegenseitige Zugang bei der Vergabe öffentlicher Aufträge für Schlüsselsektoren angegangen werden muss; fordert, dass die Instrumente der EU gegenüber Drittländern wirksam genutzt werden, um auf restriktive oder diskriminierende Maßnahmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu reagieren, und zwar auf der Grundlage des Grundsatzes gleicher Wettbewerbsbedingungen;

62. weist darauf hin, dass grenzüberschreitende Investitionen und Kapitalströme wichtige Triebkräfte für Wachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit in der EU sind; stellt fest, dass europäische Scale-up-Unternehmen, die eine Finanzierung von mehr als 1 Mrd. EUR benötigen, häufig gezwungen sind, die EU zu verlassen, um Kapital zu beschaffen; fordert die Kommission daher auf, die Kapitalmarktunion dringend zu vollenden und diese Finanzierungslücke bei Scale-up-Unternehmen durch den Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit zu schließen; weist jedoch darauf hin, dass Investitionen zu Risiken führen können, wenn sich die Kontrolle, der Einfluss oder der Zugang zu sensiblen Gütern, Technologien oder kritischen Infrastrukturen in Drittländern konzentriert;

63. betont, dass die überarbeitete Verordnung über die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen als zentrales wirtschaftliches Sicherheitsinstrument wichtig ist, und fordert deren kohärente, wirksame und strikte Anwendung in allen Mitgliedstaaten, unter anderem mithilfe von umfassenden nationalen Überprüfungsmechanismen, klaren Zeitplänen und einer verstärkten Zusammenarbeit und eines verstärkten Informationsaustauschs zwischen den nationalen Behörden und der Kommission, sowie wirksame Folgemaßnahmen, wenn Risiken festgestellt werden; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Bestimmungen der überarbeiteten Verordnung umfassend und proaktiv zu nutzen und sicherzustellen, dass die Liste kritischer Technologien ständig

---

13 Verordnung (EU) 2024/1735 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems der Fertigung von Netto-Null-Technologien und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1724 (ABl. L, 2024/1735, 28.6.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1735/oj).

überprüft und regelmäßig aktualisiert wird;

64. fordert einen kohärenteren und koordinierteren europäischen Ansatz für die Überprüfung von Investitionen, der durch eine stärkere Durchsetzung auf EU-Ebene und solidere und klar definierte Marktzugangsbedingungen unterstützt wird; fordert in diesem Zusammenhang, dass zusätzliche Mechanismen für ausländische Direktinvestitionen mit Indikatoren für die wirtschaftliche Sicherheit, wie Joint Ventures, der Transfer von Technologien an europäische Unternehmen, Abnahmevereinbarungen, in denen sich ausländische Investitionspartner verpflichten, einen bestimmten Anteil der Produktion zu erwerben, die Einstellung von Personal in der EU und die Integration in die Wertschöpfungsketten der EU, sorgfältig überprüft werden;

65. erklärt sich zutiefst besorgt über das beschleunigte Tempo, mit dem große EU-Technologieunternehmen ihre Marktmacht im Bereich der künstlichen Intelligenz und der Quantentechnologien konsolidieren; fordert die Kommission auf, zu bewerten, ob die bestehenden EU-Mechanismen angemessen ausgestattet sind, um nicht traditionelle Transaktionen wie Miet- und Lizenzvergabevereinbarungen, die die wirtschaftliche Sicherheit der EU in strategisch sensiblen Sektoren untergraben, indem Schwellenwerte für die Anmeldung von Zusammenschlüssen und die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen umgangen werden, aufzudecken, zu überprüfen und erforderlichenfalls zu stoppen;

66. stellt fest, dass Japan nach der Unterbrechung der Versorgung mit Seltenerdmetallen im Jahr 2010, durch die die strategischen Risiken einer übermäßigen Abhängigkeit von einem einzigen Lieferanten deutlich wurden, seinen Rahmen für wirtschaftliche Sicherheit gestärkt hat; hebt als Vorbild besonders die Rolle hervor, die das Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie des Landes bei der Koordinierung von Investitionsüberprüfungen, Ausfuhrkontrollen und Maßnahmen zur industriellen Widerstandsfähigkeit spielt;

67. fordert die EU auf, aus der Rolle des Ausschusses für ausländische Investitionen in den Vereinigten Staaten Lehren zu ziehen, um einen kohärenten und koordinierten Ansatz für die Überprüfung von Investitionen und den Schutz kritischer Technologien über verschiedene Stellen und Einrichtungen hinweg sicherzustellen;

68. hebt hervor, dass Investitionen, die kritische Infrastrukturen betreffen, erhöhte Wachsamkeit erfordern, da sich Änderungen bei den Eigentumsverhältnissen, der Governance oder der betrieblichen Kontrolle unmittelbar auf die Sicherheit und die Kontinuität der Versorgung auswirken können, insbesondere auf wichtige Verkehrs- und Logistikknotenpunkte, die sich für den Außenhandel und die militärische Mobilität als maßgeblich erweisen, sowie auf die Infrastruktur für die Erzeugung, Übertragung, Verteilung und Speicherung von Energie; ist zutiefst besorgt über die zunehmende Abhängigkeit von Anbietern mit hohem Risiko in Bezug auf kritische Infrastrukturen der EU; kommt zu dem Schluss, dass die EU ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen auf ihre Einfuhren sauberer Technologien aus risikoreichen Drittländern übertragen hat, insbesondere in den Bereichen Windkraft, Solarenergie und Batterien, und stellt fest, dass diese häufig mit Fernüberwachungs- und -aktualisierungsfunktionen ausgestattet sind, wodurch die Gefahr von Datenexfiltrationen, Systemstörungen oder ferngesteuerten Eingriffen in Energienetze, Verkehrssysteme und andere kritische Infrastrukturen erheblich zunimmt; ist der Ansicht, dass solche strukturellen

Abhängigkeiten die EU in einer Zeit des verschärften geopolitischen Wettbewerbs wirtschaftlichem Zwang und Sicherheitslücken aussetzen und fordert die EU nachdrücklich auf, in diesen Sektoren unabhängiger zu werden; begrüßt die Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit[14] als Gelegenheit, darauf hinzuwirken, dass allen Betreibern kritischer Infrastrukturen der Einsatz von Systemen mit Fernüberwachungsfunktionen, die von Hochrisikoverkäufern hergestellt oder mit dort lizenzierter Technologie gefertigt wurden, untersagt wird;

69. hält es für wesentlich, dass die Kommission eine stärkere Rolle bei der Sicherstellung der wirtschaftlichen Sicherheit der EU spielt, die der ausschließlichen Zuständigkeit der EU für die gemeinsame Handelspolitik gemäß Artikel 207 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union entspricht; verweist in diesem Zusammenhang auf die Verordnung über drittstaatliche Subventionen[15] als starkes und wirksames Instrument auf EU-Ebene, um den Binnenmarkt vor Verzerrungen zu schützen, und betont ihre erhebliche abschreckende Wirkung; hält es für unerlässlich, dass die Kommission letztlich dafür zuständig ist, ausländische Direktinvestitionen in der EU zu genehmigen oder zu blockieren, wenn diese ein Risiko für die EU-weite wirtschaftliche Sicherheit darstellen; warnt davor, dass die Überlassung solcher Entscheidungen in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten die Gefahr eines Wettlaufs nach unten mit sich bringt, bei dem der Wettbewerb um eingehende Investitionen einzelne Mitgliedstaaten dazu veranlasst, Transaktionen zu genehmigen, die den kollektiven Interessen der EU abträglich sind; fordert die Kommission auf, ihre Befugnisse im Rahmen der Verordnung über drittstaatliche Subventionen umfassend und entschlossen zu nutzen, auch durch Untersuchungen von Amts wegen, um gegen neu aufkommende Umgehungspraktiken vorzugehen, wie die Verlagerung von Zöllen, bei der Ausführer Produktionsanlagen in Drittländern oder in der EU erwerben oder errichten, um für ihre Güter einen neuen Herkunftsort angeben zu können und so bestehende Antidumping- oder Antisubventionszölle der EU zu umgehen, oder um eine Monopolstellung auf dem EU-Markt zu erlangen;

70. betont, dass Risiken für die wirtschaftliche Sicherheit auch dann entstehen, wenn aufgrund von Investitionen in Drittstaaten, strategischen Partnerschaften oder Unternehmensumstrukturierungen der Transfer, die Entwicklung oder die Verbreitung von sensiblen Technologien, Produktionskapazitäten oder technischem Know-how außerhalb der EU möglich wird, unter anderem durch Neuansiedlungsinvestitionen, Gemeinschaftsunternehmen, Lizenzvereinbarungen, Auftragsherstellung oder die Verlagerung wichtiger Forschungs-, Entwicklungs- und Herstellungstätigkeiten; betont, dass durch solche Transfers die langfristige industrielle Basis bzw. die technologische Führungsrolle der EU geschwächt werden können;

71. nimmt die Empfehlungen der Kommission zu Investitionen in Drittstaaten zur Kenntnis und betont, dass auf EU-Ebene ein gemeinsames Verständnis der potenziellen Risiken,

---

14 Verordnung (EU) 2019/881 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die ENISA (Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit) und über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 (Rechtsakt zur Cybersicherheit) (ABl. L 151 vom 7.6.2019, S. 15, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2019/881/oj).

15 Verordnung (EU) 2022/2560 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über den Binnenmarkt verzerrende drittstaatliche Subventionen (ABl. L 330 vom 23.12.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2560/oj).

die sich aus Investitionen, Partnerschaften oder Umstrukturierungen von Unternehmen ergeben, entwickelt werden muss; betont, dass es wichtig ist, einen gezielten, risiko- und faktenbasierten und verhältnismäßigen Ansatz zu verfolgen, der sich auf eindeutig ermittelte und klar definierte Risiken beschränkt, um unbeabsichtigte Auswirkungen auf rechtmäßige wirtschaftliche Tätigkeiten zu vermeiden und sicherzustellen, dass die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovationsfähigkeit und das legitime globale wirtschaftliche Engagement der EU nicht ausgehöhlt werden; fordert die Kommission auf, einen Rahmen für die Überprüfung von Investitionen in Drittstaaten vorzuschlagen, mit dem die Risiken von Technologietransfer so bald wie möglich angegangen werden können;

72. betont, dass die EU zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Sicherheit ihre wirksame Kontrolle, Entscheidungsfähigkeit, operative Autonomie oder strategische Unverzichtbarkeit in Bezug auf kritische Technologien aufrechterhalten muss, darunter insbesondere was fortgeschrittene Halbleiter und Mikroelektronik, Cloud- und Dateninfrastrukturen, KI und Hochleistungsrechnen, Quantentechnologien, fortschrittliche Robotik, weltraumgestützte Systeme und Satellitensysteme, Cybersicherheit und Verschlüsselungstechniken sowie wichtige energiebezogene Technologien betrifft, da dies die wesentlichen Säulen der technologischen und wirtschaftlichen Souveränität Europas ist; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass Investitionsrisiken in diesen Bereichen gezielt und vertraulich bewertet und angegangen werden;

73. betont, dass sich die EU in vollem Umfang an neu entstehenden Rahmenbedingungen für die Koordinierung der Halbleiterindustrie beteiligen sollte; betont, dass die EU in solchen Vereinbarungen trotz der strategischen Rolle einiger EU-Unternehmen in den globalen Lieferketten für Halbleiter derzeit unterrepräsentiert ist;

74. betont, dass geistiges Eigentum und industrielles Know-how in strategisch sensiblen Sektoren zentrale strategische Vermögenswerte darstellen, deren Kontrolle und Standort für die wirtschaftliche Sicherheit der EU von wesentlicher Bedeutung sind; betont, dass öffentliche Unterstützung, Entscheidungen in Bezug auf die Vergabe öffentlicher Aufträge und Genehmigungen für ausländische Investitionen Schutzmaßnahmen umfassen sollten, mit denen sichergestellt wird, dass kritisches geistiges Eigentum, das in der EU erzeugt oder entwickelt wird, wirksam in der EU verankert bleibt und nicht in einer Weise außerhalb der EU übertragen wird, die die technologische Führungsrolle und die industrielle Kapazität der EU untergräbt;

75. betont, dass Risiken für die wirtschaftliche Sicherheit auch nach einer Investition auftreten können, und hebt hervor, dass Entwicklungen nach der Investition, einschließlich der Governance, der strategischen Entscheidungsfindung und der möglichen Übertragung von kritischen Technologien oder Know-how, wirksam überwacht und einer Risikobewertung unterzogen werden müssen, um sicherzustellen, dass die Ziele des Rahmens der EU für die Überprüfung von Investitionen in vollem Umfang erreicht werden;

Wirtschaftliche Sicherheit in allen Politikbereichen

76. vertritt die Auffassung, dass die Seetransportwege, Häfen und Logistikdienste von entscheidender Bedeutung für die wirtschaftliche Sicherheit sind, und betont, dass die Wahrung der Freiheit der Schifffahrt ein wichtiges diplomatisches und militärisches Ziel der EU sein sollte; fordert eine verstärkte Notfallplanung auf EU-Ebene und die

koordinierten Mechanismen zur Krisenvorsorge, um längere Störungen an wichtigen Seekontrollpunkten, wie der Straße von Hormus zu vermeiden;

77. fordert, dass ein EU-Mechanismus zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Luftfracht für lebensnotwendige Güter (z. B. medizinische Güter und kritische Komponenten) eingerichtet wird, einschließlich einer raschen Mobilisierung von Kapazitäten und vereinfachter Genehmigungsverfahren in Krisenzeiten;

78. fordert einen strategischen Ansatz für Schienengüterverkehrskorridore, bei dem der Stärkung und Integration des internen Güterverkehrsnetzes der EU Vorrang eingeräumt wird, um bestehende Ineffizienzen und Engpässe zu beheben und gleichzeitig diversifizierte und widerstandsfähige Verbindungen mit Drittländern, auch entlang der Strecken zwischen Europa und Asien, zu unterstützen; betont, dass eine Risikobewertung der Korridorinfrastruktur, der Betreiber und der digitalen Systeme zur Unterstützung des Schienengüterverkehrs erforderlich ist;

79. stellt fest, dass Prämien für Seeversicherungen und Risikoklassifizierungen in Krisenzeiten faktisch zu Handelshemmnissen werden können; fordert, dass auf EU-Ebene mit Versicherern, Akteuren im Bereich der Klassifizierung und Schifffahrtsunternehmen zusammengearbeitet wird, um die Kontinuität von wichtigen Transporten sicherzustellen und Manipulationen durch Zwangsmaßnahmen zu verhindern;

80. fordert, die Nutzung von Verschiffungs- und Containerdaten zu verstärken, um Zwangsmaßnahmen, Umgehungen und rechtswidrige Umlenkungen aufzudecken, einschließlich einer verbesserten Fähigkeit der EU, die Nutzung anomaler Muster bei der Streckenführung und bei Umschlagzentren, die für die Umgehung von Sanktionen genutzt werden, zu erkennen;

81. begrüßt die Einführung der Neugestaltung des Zollkodex der EU als eine Möglichkeit der schnelleren Abwicklung für kritische Inputs und lebensnotwendige Güter, und stellt fest, dass sie bei größeren Störungen mit harmonisierten Kriterien aktiviert werden kann, um eine Fragmentierung zwischen den Mitgliedstaaten zu vermeiden;

82. fordert eine Stärkung der Widerstandsfähigkeit der EU gegen Störungen großer globaler Satellitennavigationssysteme (GNSS), einschließlich Stören und Spoofing, die sich auf die Luftfahrt auswirken, durch den Einsatz von Backup-Navigationsprotokollen und sicheren Ortungsalternativen sowie robusten Detektions- und Minderungssystemen, gegebenenfalls einschließlich KI-gestützter Fähigkeiten für kritische Operationen;

83. weist warnend darauf hin, dass durch wiederholtes Eindringen von Drohnen in den Luftraum über großen europäischen Flughäfen ernsthafte Schwachstellen im europäischen Luftraum deutlich wurden, und stellt fest, dass dies zu erheblichen Störungen des Luftverkehrs und der Frachtrouten geführt hat; betont, dass dem Schutz kritischer Infrastrukturen wie Luftverkehrsdrehkreuze bei der wirtschaftlichen Sicherheit Priorität eingeräumt werden muss, weshalb koordinierte Maßnahmen auf EU-Ebene erforderlich sind, um Betriebsstörungen von kritischen Verkehrsinfrastrukturen zu verhindern;

84. betont, dass kritische Energieinfrastrukturen wie Terminals für Flüssigerdgas (LNG), Verbindungsleitungen, Speicherfazilitäten oder Stromnetze als Vermögenswerte der

wirtschaftlichen Sicherheit behandelt werden müssen, wobei die Eigentumsverhältnisse, die Kontrolle und die wichtigsten Diensteanbieter wie in der überarbeiteten Verordnung über die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen festgelegt einer verstärkten Prüfung unterzogen werden müssen;

85. fordert einen gezielten Plan der EU zur Verringerung risikoreicher Abhängigkeiten im Kernbrennstoffkreislauf, einschließlich koordinierter Protokolle für die Diversifizierung und die Notfallbeschaffung;

86. stellt fest, dass der jüngste großflächige Stromausfall in der EU Schwachstellen in der Stabilität des Stromnetzes und in den digitalen Steuersystemen, die der kritischen Energieinfrastruktur zugrunde liegen, offenbart und zu unmittelbaren kaskadenartigen wirtschaftlichen Auswirkungen geführt hat, verbunden mit der Gefahr einer verstärkten Abhängigkeit von Drittländern;

87. betont, dass die Rechenzentrumskapazität der EU nach wie vor unzureichend ist, um der rasch wachsenden Nachfrage nach Hochleistungsrechnern und fortschrittlichen Rechensystemen gerecht zu werden und dass auf Europa nur etwa 15 % der weltweiten Kapazität von Hyperscale-Rechenzentren entfallen, während die Nachfrage in Europa mit zweistelligen jährlichen Zuwachsraten steigt;

88. betont, wie wichtig eine verstärkte Überprüfung von Eigentums-, Betriebs- und Wartungsverträgen in Bezug auf Unterseekabel, Anlandestellen und wichtige Internet-Hubs ist, bei denen es sich um strategische Vermögenswerte handelt;

89. fordert einen gezielten Schutz vor feindseligen Übernahmen strategischer digitaler Start-up-Unternehmen, einschließlich der Überprüfung von Minderheitsbeteiligungen, konvertierbaren Instrumenten und Vereinbarungen über die Übertragung von geistigem Eigentum, wobei angemessene Kanäle auf hoher Ebene für EU-Investitionen sichergestellt werden müssen;

90. stellt mit Besorgnis fest, dass dem zweiten Bericht über die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung des EU-Instrumentariums für 5G-Cybersicherheit zufolge 14 Mitgliedstaaten noch keine Beschränkungen für Anbieter mit hohem Risiko umgesetzt haben, was zu erheblichen Sicherheitslücken führt; begrüßt den im Vorschlag für die Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit für Fälle mit hohem Risiko dargelegten risikobasierten Ansatz und die strengere Durchsetzung;

91. betont, dass es zur Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit der EU erforderlich ist, die bestehenden EU-Unternehmen im Bereich der Spitzentechnologien vor Zwangsmaßnahmen zu schützen und unter gleichen Wettbewerbsbedingungen zu fördern;

92. hebt hervor, dass der Regelungsrahmen der EU für den digitalen Bereich ein Grundpfeiler ihrer Souveränität ist; betont, dass die Durchsetzung dieses Rahmens unberührt von Druck von außen oder der Androhung von Vergeltungsmaßnahmen aufgrund von Handelsstreitigkeiten bleiben muss;

93. begrüßt die anstehenden Vorschläge für einen Rechtsakt der EU über Quantentechnologie, einen Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung und eine Überarbeitung des Chip-Gesetzes; betont, dass die Wirksamkeit dieser Rechtsakte von

einer starken Dimension im Bereich Handel und Investitionen abhängt, einschließlich Maßnahmen zur Unterstützung der Ausweitung und Markteinführung, zur Erleichterung des Zugangs zu globalen Wertschöpfungsketten und zu Partnerschaften mit gleich gesinnten Ländern;

94. stellt fest, dass Engpässe bei kritischen Arzneimitteln eine Schwachstelle für die wirtschaftliche Sicherheit darstellen; fordert gezielte Instrumente für den Handel und die Vergabe öffentlicher Aufträge, um die Kontinuität der Versorgung mit unentbehrlichen Arzneimitteln, deren Wirkstoffen und wichtigen Vorprodukten in Notfällen sicherzustellen;

95. fordert, die Abhängigkeiten vorrangig bei pharmazeutischen Wirkstoffen, Ausgangsstoffen und wichtigen Vorläuferstoffen zu verringern, bei denen die Produktion konzentriert ist und Ausfuhrbeschränkungen plausibel sind, unter anderem durch diversifizierte Lieferketten;

96. fordert, dass eine EU-weite Bestandsaufnahme angefertigt wird sowie Abhängigkeiten von einer einzigen Bezugsquelle bei der Herstellung von Medizinprodukten, In-vitro-Medizinprodukten und deren Schlüsselkomponenten verringert werden und betont, dass eine gezielte Diversifizierung der Herstellung und eine Ausweitung der inländischen Produktion erforderlich sind;

97. fordert, dass Gesundheitsdateninfrastrukturen und Cloud-Dienste, mit denen Gesundheitssysteme unterstützt werden, risikobasiert geschützt werden, unter anderem durch Kontinuitätsanforderungen und Schutzvorkehrungen gegen unberechtigten Zugriff oder Störungen;

98. betont, dass der Zustrom gefälschter medizinischer Produkte aus Drittländern die Sicherheit und das Vertrauen der Öffentlichkeit untergräbt; fordert eine engere Zusammenarbeit bei der Durchsetzung der Zollvorschriften, um die in der Richtlinie über gefälschte Arzneimittel[16] festgelegten Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit zu stärken;

99. betont, dass die Stärkung und Vollendung der Kapitalmarktunion und die Mobilisierung europäischer privater Ersparnisse für strategische Wirtschaftszweige die Abhängigkeit von externer Finanzierung verringern und den Verlust der Kontrolle über kritische Vermögenswerte und Technologien verhindern könnten;

100. hebt hervor, dass Meldesysteme für Finanztransaktionen, einschließlich SWIFT, eine kritische Infrastruktur für die Funktionsfähigkeit des globalen Finanzsystems und den Außenhandel der EU darstellen; stellt fest, dass geopolitische Spannungen und Sanktionsregelungen in der Vergangenheit gezeigt haben, welche Auswirkungen der Zugang zu solchen Systemen hat; betont, dass es wichtig ist, die Widerstandsfähigkeit, Autonomie und Rechtssicherheit der Finanzinfrastruktur der EU sicherzustellen, unter anderem durch Schutzvorkehrungen gegen unzulässige externe Eingriffe oder

---

16 Richtlinie 2011/62/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel hinsichtlich der Verhinderung des Eindringens von gefälschten Arzneimitteln in die legale Lieferkette (ABl. L 174, 1.7.2011, S. 74, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2011/62/oj).

Störungen, durch die die Kontinuität der Wirtschaftstätigkeit beeinträchtigt werden könnten;

Multilaterales Engagement und Partnerschaften

101. bekräftigt das Eintreten der EU für ein regelbasiertes multilaterales Handelssystem mit der WTO als dem am weitesten entwickelten Rahmen, um die globale wirtschaftliche Verflechtung zu steuern und Risiken für die wirtschaftliche Sicherheit in einer vorhersehbaren und diskriminierungsfreien Weise anzugehen;

102. bedauert jedoch, dass die WTO in ihrer derzeitigen Form die Asymmetrien zwischen ihren Mitgliedern in Bezug auf die Marktöffnung und das Engagement für einen fairen Wettbewerb nicht beseitigt und über ein dysfunktionales Streitbeilegungssystem verfügt; betont, dass eine substanzielle Reform der WTO, einschließlich der Wiederherstellung eines vollständig funktionsfähigen Streitbeilegungssystems, von wesentlicher Bedeutung ist, um systemische Risiken in Angriff zu nehmen, unlautere Praktiken einzudämmen und die Eskalation von Handelsstreitigkeiten zu verhindern; nimmt zur Kenntnis, dass die EU bis zu einer solchen Reform ihre eigene Fähigkeit stärken muss, autonom zu handeln und wirksam auf Risiken für die wirtschaftliche Sicherheit, steigende Zölle und mangelnde Gegenseitigkeit bei der Marktöffnung zu reagieren; ist der Ansicht, dass die EU bei der Bildung einer Koalition gleich gesinnter Mittelmächte, die einen klaren Rahmen für eine kollektive Reaktion und gegenseitige Unterstützung in Fällen wirtschaftlichen Zwangs bietet, eine führende Rolle übernehmen sollte;

103. nimmt mit Interesse den Standpunkt von Maroš Šefčovič, für Handel und wirtschaftliche Sicherheit zuständiges Mitglied der Kommission, zur Kenntnis, demzufolge das Meistbegünstigungsprinzip angesichts der Tatsache, dass bestimmte Mitglieder der WTO ihren Anteil am Welthandel drastisch ausgeweitet haben und gleichzeitig ihre eigenen Märkte relativ geschlossen halten, neu bewertet werden muss; fordert eine Bewertung, wie das Meistbegünstigungsprinzip die Realitäten des derzeitigen Handelsumfelds besser widerspiegeln könnte;

104. spricht sich für eine engere und strukturiertere Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Partnern und ähnlich ausgerichteten Volkswirtschaften aus, um eine vernetzte Resilienz gegen Störungen des Handels und der Versorgung aufzubauen, unter anderem durch die Festlegung von Netzwerken von vertrauenswürdigen Lieferanten für kritische Technologien und Infrastrukturen, in denen nicht durch die technische Konformität geregelt, sondern auch nichttechnische, auf Governance basierende Kriterien einbezogen werden sollten, die sich mit systemischen Risiken befassen, die von Lieferanten ausgehen, die unter dem Einfluss ausländischer Staaten stehen, sowie durch koordinierte Vorsorge, Vereinbarungen zur gegenseitigen Unterstützung und komplementäre Ansätze bei der Bevorratung, der Krisenbewältigung und dem Schutz kritischer Lieferketten; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Erfahrungen von Partnern, die mit Risiken für die wirtschaftliche Sicherheit konfrontiert waren, in den Bewertungen der wirtschaftlichen Sicherheit, der Vorsorgeplanung und der externen Koordinierung der EU systematisch berücksichtigt werden;

105. begrüßt die im Rahmen der G7 entwickelten Initiativen für wirtschaftliche Sicherheit; fordert die Kommission auf, darauf hinzuwirken, dass die EU eine proaktive und sichtbare Rolle bei der Umsetzung und Weiterverfolgung dieser Initiativen übernimmt

und gleichzeitig für Kohärenz zwischen den Verpflichtungen der G7 und dem Instrumentarium der EU für wirtschaftliche Sicherheit sorgt;

106. besteht auf der zentralen Rolle des Parlaments und insbesondere seines Ausschusses für internationalen Handel bei der demokratischen Kontrolle von Maßnahmen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Sicherheit, die sich auf Handel und Investitionen auswirken, auch in allen Phasen ihrer Gestaltung, Umsetzung und Überprüfung, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und eine fundierte parlamentarische Kontrolle sicherzustellen; fordert die Kommission auf, dem Ausschuss für internationalen Handel im Einklang mit den bewährten interinstitutionellen Verfahren für den Zugang zu Dokumenten Zugang zu allen einschlägigen Dokumenten im Zusammenhang mit der Umsetzung der Strategie für wirtschaftliche Sicherheit zu gewähren; fordert, dass der Ausschuss für internationalen Handel in das in der gemeinsamen Mitteilung vom 3. Dezember 2025 vorgeschlagene Netz für wirtschaftliche Sicherheit einbezogen wird; betont, dass ein regelmäßiger strukturierter Dialog mit dem Parlament über Prioritäten, Risiken und Abhilfestrategien im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit geführt werden muss;

107. fordert die Kommission auf, einen institutionellen Rahmen und einen Governance-Rahmen vorzuschlagen, in dessen Rahmen ermöglicht wird, gemeinsam mit dem Parlament und dem Rat sowie allen anderen einschlägigen öffentlichen und privaten Interessenträgern eine umfassende Strategie für wirtschaftliche Sicherheit auszuarbeiten und umzusetzen;

°

° °

108. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, der Kommission sowie den Regierungen und den Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0208

EU–-Pakistan Abkommen: Änderung der Zugeständnisse für alle in der EU-Liste CLXXV aufgeführten Zollkontingente

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 2026 zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss – im Namen der Union – des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und der Islamischen Republik Pakistan gemäß Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse für alle in der EU-Liste CLXXV aufgeführten Zollkontingente infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (06518/2021 – C10-0024/2026 – 2021/0042(NLE))

(Zustimmung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Entwurf eines Beschlusses des Rates (06518/2021),

– unter Hinweis auf den Entwurf eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Union und der Islamischen Republik Pakistan (06519/2021),

– unter Hinweis auf das vom Rat gemäß Artikel 207 Absatz 4 und Artikel 218 Absatz 6 Unterabsatz 2 Buchstabe a Ziffer v des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union unterbreitete Ersuchen um Zustimmung (C10-0024/2026),

– gestützt auf Artikel 107 Absätze 1 und 4 und Artikel 117 Absatz 7 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Empfehlung des Ausschusses für internationalen Handel (A10-0134/2026),

1. gibt seine Zustimmung zu dem Abschluss des Abkommens;

2. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Islamischen Republik Pakistan zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0209

Freiwilliges Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Liberia über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor sowie über die Einfuhr von Holzprodukten: Kündigung

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 2026 zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über die Kündigung des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Liberia über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor sowie über die Einfuhr von Holzprodukten in die Europäische Union (14569/2025 – C10-0299/2025 – 2025/0259(NLE))

(Zustimmung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Entwurf eines Beschlusses des Rates (14569/2025),

– unter Hinweis auf das Freiwillige Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Liberia über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor sowie über die Einfuhr von Holzprodukten in die Europäische Union[1],

– unter Hinweis auf das vom Rat gemäß Artikel 207 Absatz 4 Unterabsatz 1 und Artikel 218 Absatz 6 Unterabsatz 2 Buchstabe a Ziffer v des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union unterbreitete Ersuchen um Zustimmung (C10-0299/2025),

– unter Hinweis auf seine nichtlegislative Entschließung vom 17. Juni 2026[2] zu dem Entwurf eines Beschlusses,

– gestützt auf Artikel 107 Absätze 1 und 4 und Artikel 117 Absatz 7 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Entwicklungsausschusses,

– unter Hinweis auf die Empfehlung des Ausschusses für internationalen Handel (A10-0133/2026),

1 ABl. L 191 vom 19.7.2012, S. 3, ELI: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:22012A0719(01).
2 Angenommene Texte, P10_TA(2026)0210.

1. gibt seine Zustimmung zu der Kündigung des Abkommens;

2. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Republik Liberia zu übermitteln.

Europäisches Parlament
2024-2029

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0210

Freiwilliges Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Liberia über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor sowie über die Einfuhr von Holzprodukten: Kündigung

Nichtlegislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 2026 zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Kündigung des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Liberia über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor sowie über die Einfuhr von Holzprodukten in die Europäische Union (14569/2025 – C10-0299/2025 – 2025/0259M(NLE))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission vom 9. September 2025 für einen Beschluss des Rates über die Kündigung des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Liberia über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor sowie über die Einfuhr von Holzprodukten in die Europäische Union (COM(2025)0467),

– unter Hinweis auf den Entwurf eines Beschlusses des Rates über die Kündigung des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Liberia über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor sowie über die Einfuhr von Holzprodukten in die Europäische Union (C10-0299/2025),

– unter Hinweis auf das vom Rat gemäß Artikel 207 Absatz 4 Unterabsatz 1 sowie Artikel 218 Absatz 6 Unterabsatz 2 Buchstabe a des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union unterbreitete Ersuchen um Zustimmung,

– unter Hinweis auf das Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union einerseits und den Mitgliedern der Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten andererseits[1],

– unter Hinweis auf das Freiwillige Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Liberia über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor (FLEGT) sowie über die Einfuhr von Holzprodukten in die Europäische

[1] ABl. L, 2023/2862, 28.12.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_internation/2023/2862/oj.

Union[2],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EG) Nr. 2173/2005 des Rates vom 20. Dezember 2005 zur Einrichtung eines FLEGT-Genehmigungssystems für Holzeinfuhren in die Europäische Gemeinschaft[3],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzerzeugnisse in Verkehr bringen[4] (EU-Holzverordnung),

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2023/1115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2023 über die Bereitstellung bestimmter Rohstoffe und Erzeugnisse, die mit Entwaldung und Waldschädigung in Verbindung stehen, auf dem Unionsmarkt und ihre Ausfuhr aus der Union sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 995/2010[5] (EU-Verordnung über Entwaldung),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 7. November 2024 über den strategischen Rahmen für die internationale Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Verordnung (EU) 2023/1115 über die Bereitstellung bestimmter Rohstoffe und Erzeugnisse, die mit Entwaldung und Waldschädigung in Verbindung stehen, auf dem Unionsmarkt und ihre Ausfuhr aus der Union[6],

– unter Hinweis auf die Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung, insbesondere Ziel 15, das darauf abzielt, Landökosysteme zu schützen, wiederherzustellen und ihre nachhaltige Nutzung zu fördern, Wälder nachhaltig zu bewirtschaften, Wüstenbildung zu bekämpfen, Bodenverschlechterung zu stoppen und umzukehren und den Biodiversitätsverlust zu stoppen,

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 15. Januar 2020 zum europäischen Grünen Deal[7],

– unter Hinweis auf das Übereinkommen von Paris und den Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal zur Eindämmung und Umkehr des Naturverlusts,

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 16. September 2020 zu der Rolle der EU beim Schutz und der Wiederherstellung der Wälder in der Welt[8],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 22. Oktober 2020 mit Empfehlungen an die Kommission für einen EU-Rechtsrahmen zur Eindämmung und Umkehrung der von der EU verursachten weltweiten Entwaldung[9],

---

2 ABl. L 191 vom 19.7.2012, S. 3.
3 ABl. L 347 vom 30.12.2005, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2005/2173/oj.
4 ABl. L 295 vom 12.11.2010, S. 23, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2010/995/oj.
5 ABl. L 150 vom 9.6.2023, S. 206, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2023/1115/oj.
6 ABl. C, C/2024/6604, 7.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/6604/oj.
7 ABl. C 270 vom 7.7.2021, S. 2.
8 ABl. C 385 vom 22.9.2021, S. 10.
9 ABl. C 404 vom 6.10.2021, S. 175.

– unter Hinweis auf seine legislative Entschließung vom 17. Juni 2026[10] zum Beschlussentwurf,

– gestützt auf Artikel 107 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für internationalen Handel (A10-0146/2026),

A. in der Erwägung, dass das Freiwillige Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Liberia über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor (FLEGT) sowie über die Einfuhr von Holzprodukten in die Europäische Union am 1. Dezember 2013 in Kraft getreten ist;

B. in der Erwägung, dass 68 % des liberianischen Hoheitsgebiets von Wäldern bedeckt sind und dass Liberias Wälder mehr als die Hälfte der verbleibenden tropischen Wälder Westafrikas ausmachen; in der Erwägung, dass es sich nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen bei den meisten Wäldern in Liberia um Primärwälder oder sich natürlich verjüngende Wälder handelt; in der Erwägung, dass laut Global Forest Watch zwischen 2021 und 2024 98 % des Verlusts des Baumbestands in Liberia in natürlichen Wäldern aufgetreten sind, was einem Gesamtverlust von 589 000 ha entspricht; in der Erwägung, dass Liberia auf der Grundlage von Daten von Global Forest Watch zwischen 2001 und 2022 2,2 Millionen Hektar Wald verloren hat, was einem Rückgang der Vegetationsdecke um 23 % seit 2000 entspricht; in der Erwägung, dass illegaler Holzeinschlag und die Waldumwandlung, die durch eine schlechte Politikgestaltung in der Forstwirtschaft ermöglicht und durch den Handel angeheizt werden, zu einem großen Teil für die Entwaldung verantwortlich sind; in der Erwägung, dass zwischen 2010 und 2020 0,39 % der Waldfläche verloren ging;

C. in der Erwägung, dass Entwaldung und Waldschädigung die anhaltende Klima- und Biodiversitätskrise weiter verschärfen; in der Erwägung, dass illegaler Holzeinschlag erhebliche negative wirtschaftliche, ökologische und soziale Auswirkungen hat und insbesondere zu einem Verlust an öffentlichen Einnahmen und Vorteilen für vom Wald abhängige Gemeinschaften führt und häufig mit Konflikten um Land und Ressourcen, der Entmachtung lokaler und indigener Gemeinschaften, Korruption und bewaffneten Konflikten in Verbindung steht;

D. in der Erwägung, dass Liberia bei der Ausfuhr von Holz und Holzprodukten in die EU den geltenden EU-Rechtsrahmen einhalten sollte; in der Erwägung, dass die Kommission Liberia bei seinen Bemühungen um die Einhaltung der EU-Holzverordnung und bei der Vorbereitung der Umsetzung der EU-Entwaldungsverordnung, die ab Dezember 2026 gelten soll, unterstützen sollte;

E. in der Erwägung, dass die Freiwilligen Partnerschaftsabkommen über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor dazu dienen, systemische Veränderungen in der Politikgestaltung im Forstsektor, Rechtsdurchsetzung, Transparenz und Einbeziehung verschiedener Interessenträger, insbesondere lokaler Gemeinschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft, in die politische Entscheidungsfindung herbeizuführen;

---

10 Angenommene Texte, P10_TA(2026)0209.

F. in der Erwägung, dass Liberia noch kein FLEGT-Genehmigungssystem eingerichtet hat und sein Legalitätssicherungssystem für Holz nach wie vor nicht funktionsfähig ist, was bedeutet, dass auch das Freiwillige Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Liberia bislang noch nicht funktioniert;

G. in der Erwägung, dass es sich bei den Freiwilligen Partnerschaftsabkommen über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor (FLEGT-VPA) um bilaterale, rechtsverbindliche Handelsabkommen handelt, die die EU und das Partnerland verpflichten, den Handel mit illegal geschlagenem Holz zu unterbinden; in der Erwägung, dass sie eine einzigartige Kombination aus handelspolitischen Hebeln und Governance-Reformen bieten; in der Erwägung, dass das Freiwillige Partnerschaftsabkommen eine Grundlage für den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen der EU und Liberia geschaffen und zu einigen Ergebnissen geführt hat, zum Beispiel zu einer Reform der Rechtsvorschriften, dem Aufbau von Kapazitäten, einer verstärkten Aufteilung der Vorteile, einer verbesserten Rückverfolgbarkeit, mehr Rechenschaftspflicht und mehr Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Waldbewirtschaftung; in der Erwägung, dass Liberia in den letzten 13 Jahren seinen Verpflichtungen im Rahmen des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens nicht vollständig nachgekommen ist und sein Kernziel nicht erreicht hat; in der Erwägung, dass Ghana – als erstes afrikanisches Land – im August 2025 seine erste FLEGT-Genehmigung erteilt hat, nachdem 16 Jahre an der Umsetzung gearbeitet wurde;

H. in der Erwägung, dass das Freiwillige Partnerschaftsabkommen zwischen Liberia und der EU im Jahr 2013 in Kraft getreten ist; in der Erwägung, dass Liberia im Mai 2025 sein Interesse bekundet hat, von einem Freiwilligen Partnerschaftsabkommen zu einer Waldpartnerschaft überzugehen, deren Schwerpunkt auf Gemeinschaftswäldern, nachhaltiger Erzeugung, dem Schutz der biologischen Vielfalt und Rechtsreformen liegt;

I. in der Erwägung, dass die Kommission in ihrer Mitteilung vom 7. November 2024 über den strategischen Rahmen für die internationale Zusammenarbeit vorgeschlagen hat, dass Waldpartnerschaften auf Freiwilligen Partnerschaftsabkommen aufbauen oder diese sogar ersetzen könnten; in der Erwägung, dass Freiwillige Partnerschaftsabkommen und Waldpartnerschaften zwei unterschiedliche Instrumente sind, die sich in Art und Umfang unterscheiden; in der Erwägung, dass Waldpartnerschaften unverbindliche Dachpartnerschaften sind, die über Genehmigungen für Holzerzeugnisse und die Politikgestaltung im Forstsektor hinausgehen und als solche ergänzende Instrumente zu den freiwilligen Partnerschaftsabkommen darstellen;

1. betont, dass illegaler und nicht nachhaltiger Holzeinschlag, Entwaldung und Waldschädigung tiefgreifende negative Umweltauswirkungen und nachteilige Auswirkungen auf die menschliche Entwicklung haben und die wirtschaftliche Stabilität, die Gesundheit und den sozialen Zusammenhalt gefährden, insbesondere in schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen und indigenen Gemeinschaften;

2. betont, dass die durch Entwaldung und Waldschädigung verursachten Umweltschäden äußerst negative soziale und wirtschaftliche Folgen für die Gemeinschaften haben werden, darunter insbesondere Einkommens- und Ressourcenverluste, eine Zunahme der Armut und der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten auf Kosten der Kleinbauern, Vertreibung von Gemeinschaften sowie Landkonflikte, die zum Verlust

traditioneller Lebensweisen führen;

3. hebt hervor, dass die Global-Gateway-Strategie Liberia dabei unterstützen sollte, in seinem gesamten Hoheitsgebiet eine nachhaltige, inklusive und umweltfreundliche Entwicklung zu fördern;

4. weist darauf hin, dass zur Verwirklichung der in der Agenda der Vereinten Nationen 2030 für nachhaltige Entwicklung, im Übereinkommen von Paris und im Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal zur Eindämmung und Umkehr des Naturverlusts festgelegten Ziele eine nachhaltige und inklusive Forstwirtschaft und eine entsprechende Politikgestaltung von wesentlicher Bedeutung sind;

5. weist darauf hin, dass die Freiwilligen Partnerschaftsabkommen sowohl für die EU als auch für ihre Partnerländer einen wichtigen Rechtsrahmen bieten und einen fruchtbaren Austausch zwischen den verschiedenen Interessenträgern sowie eine gute Zusammenarbeit mit den betreffenden Ländern sowie deren Einsatz erfordern; weist darauf hin, dass das Freiwillige Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Liberia zwar Verbesserungen mit sich brachte, etwa was die Beteiligung der Interessenträger an Regierungsprozessen und der Reform der Forstwirtschaft betrifft, dass diese Fortschritte aber in den letzten 13 Jahren leider nicht durchgängig waren; bedauert, dass es bei der Umsetzung des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens mit Liberia, insbesondere im Hinblick auf die Einrichtung eines funktionierenden FLEGT-Genehmigungssystems und eines Legalitätssicherungssystems für Holz, keine Fortschritte gab;

6. betont, dass die EU, um gegen schwache Regierungsführung, unwirksame Rechtsdurchsetzung, unsichere Landbesitzverhältnisse, fehlenden Zugang zu Finanzmitteln, schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Raum und Korruption vorzugehen, einschlägige Interessenträger, zum Beispiel indigene Völker und lokale Gemeinschaften, konstruktiv einbeziehen muss, damit Hindernisse bei der Umsetzung der Rechtsvorschriften in Bezug auf Transparenz und Rückverfolgbarkeit aus dem Weg geräumt werden;

7. betont, dass es wichtig ist, Mechanismen zur Einbeziehung verschiedener Interessengruppen einzusetzen, bei denen die Zivilgesellschaft, die Privatwirtschaft und die lokalen Behörden in Entscheidungsprozesse eingebunden werden, die Vorteile mit den lokalen Gemeinschaften zu teilen und die Sicherheit und Rechenschaftspflicht zu stärken; betont, dass Entscheidungen über die Zukunft der Zusammenarbeit zwischen der EU und Liberia im Bereich der Wälder mit einem zeitnahen Informationsaustausch und einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft einhergehen sollten; stellt fest, dass zivilgesellschaftliche Organisationen sowohl in der EU als auch in Liberia ernsthafte Bedenken hinsichtlich des Vorschlags der Kommission zur Kündigung des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens geäußert haben; fordert die Kommission auf, den Gemeinsamen Ausschuss für die Umsetzung des Abkommens zu stärken, indem eine angemessene Finanzierung und maßgeschneiderte Initiativen zum Kapazitätsaufbau sichergestellt werden, damit Organisationen der Zivilgesellschaft, indigene Völker und lokale Gemeinschaften aktiv an künftigen Waldpartnerschaften teilnehmen können;

8. betont, dass der Nachweis der Legalität von Holzerzeugnissen weltweit zunehmend Gegenstand der Marktregulierung wird; hebt hervor, dass für Länder auf der ganzen Welt, die über gesetzlich geregelte Einfuhrmärkte für legales Holz verfügen oder dies

anstreben, eine gegenseitige Zusammenarbeit und, soweit möglich, eine gegenseitige Anerkennung ihrer Vorschriften und Systeme, wie die Freiwilligen Partnerschaftsabkommen der EU über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor, von Vorteil wäre; betont, dass die Festlegung internationaler Normen und die Einrichtung von Systemen zur Förderung der Legalität von Holzerzeugnissen diesbezüglich wirksamer wäre und langfristige Rechtssicherheit für Unternehmen und Verbraucher fördern würde;

9. betont, dass die EU und ihre Partnerländer bei der Bekämpfung der Ursachen der Entwaldung – wozu etwa ein steigender globaler Verbrauch und eine steigende Nachfrage nach landwirtschaftlichen Rohstoffen, Holz und Bergbau, eine unzulässige Einflussnahme bestimmter Akteure auf die Holzindustrie und anderer Gruppen mit eigenen Interessen, eine schwache Regierungsführung, eine unwirksame Rechtsdurchsetzung, unsichere Landbesitzverhältnisse, ein fehlender Zugang zu Finanzmitteln, ein schrumpfender zivilgesellschaftlicher Raum und Korruption zählen – gemeinsame Bewertungen durchführen müssen, die auf der konstruktiven Einbeziehung von Interessenträgern wie indigener Völker und lokaler Gemeinschaften beruhen, damit Hindernisse bei der Umsetzung der Rechtsvorschriften in Bezug auf Transparenz und Rückverfolgbarkeit aus dem Weg geräumt werden; betont, dass eine unabhängige, gründliche Analyse und Bewertung der Entwicklung der Politikgestaltung im Forstsektor in Liberia durchgeführt werden muss und dass sichergestellt werden muss, dass die einschlägigen Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Prozess des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens als Grundlage für sämtliche Entscheidungen über die Zukunft des Abkommens dienen und in jede künftige Partnerschaft einbezogen werden;

10. bedauert, dass das rechtsverbindliche Freiwillige Partnerschaftsabkommen mit Liberia beendet werden muss, und betont, dass die Kommission weiterhin mit der Regierung Liberias im Bereich der Forstwirtschaft zusammenarbeiten muss; weist darauf hin, dass sich seine Beendigung negativ auf den zivilgesellschaftlichen Raum auswirken könnte, da das Freiwillige Partnerschaftsabkommen in den vergangenen Jahren einen Dialog zwischen der Regierung Liberias und der Zivilgesellschaft ermöglicht hat; betont, dass die EU nach wie vor ein engagierter Partner Liberias ist, wenn es darum geht, das Wirtschaftswachstum und die umfassende menschliche Entwicklung zu fördern; fordert die Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst auf, einen Dialog mit den staatlichen Stellen Liberias zu führen, um Möglichkeiten für eine konstruktive Zusammenarbeit auf der Grundlage von Bereichen, die von beiderseitigem Interesse sind, auszuloten, den illegalen Holzeinschlag zu bekämpfen, den Waldschutz zu unterstützen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Handel zu fördern;

11. fordert die Kommission auf, im Rahmen eines engen Dialogs mit Liberia ergänzende Initiativen auszuloten, unter anderem durch die Entwicklung einer Waldpartnerschaft als Rahmen für einen kontinuierlichen Dialog und eine kontinuierliche Zusammenarbeit, um die Legalität von Holz und Holzerzeugnissen aus Liberia sicherzustellen und das Problem des illegalen Holzeinschlags angemessen anzugehen, wobei die jüngsten positiven Entwicklungen in Liberia in Bezug auf die Einbeziehung der Regierung und der Interessenträger zu berücksichtigen sind und sicherzustellen ist, dass die erzielten Fortschritte weiterverfolgt, gefördert und gefestigt werden und nicht aufgrund der Beendigung des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens verloren gehen;

12. fordert die Kommission auf, vor der Übermittlung der schriftlichen Mitteilung über die Beendigung des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens an Liberia im Einklang mit den

Grundsätzen der Wirksamkeit des auswärtigen Handelns der EU und der loyalen Zusammenarbeit dem Parlament und dem Gemeinsamen Ausschuss für die Umsetzung des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens EU-Liberia einen umfassenden Fahrplan für den Übergang vorzulegen, in dem die Ziele, der Zeitplan für die Verhandlungen, die Verwaltungsstruktur und die Vorkehrungen für eine inklusive Konsultation der Interessenträger für die künftige Zusammenarbeit mit Liberia in Form einer Waldpartnerschaft festgelegt sind, um sicherzustellen, dass die bereits erzielten Fortschritte bei der Beteiligung der Interessenträger, der Aufteilung der Vorteile und der Rechtsreform nicht verloren gehen; betont, dass die Beendigung des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens erst nach Abschluss einer nachfolgenden Waldpartnerschaft wirksam werden darf, um ein Vakuum bei der Zusammenarbeit zwischen der EU und Liberia im Bereich der nachhaltigen und inklusiven Waldbewirtschaftung und Politikgestaltung zu verhindern und die Kontinuität der Politikgestaltung, der Rechenschaftspflicht und der Beteiligung der Interessenträger sicherzustellen; besteht daher darauf, dass die Verhandlungen über die nachfolgende Waldpartnerschaft unverzüglich geführt und dringend abgeschlossen werden, spätestens ein Jahr nach Übermittlung der schriftlichen Kündigungsmitteilung an Liberia;

13. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die inklusiven und partizipativen Governance-Strukturen des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens, einschließlich des Gemeinsamen Ausschusses für die Umsetzung des Abkommens und des Liberia Implementation Committee, auch im Rahmen der Vereinbarung, die der künftigen Waldpartnerschaft zugrunde liegt, uneingeschränkt fortgesetzt werden, und die laufenden Waldreformen Liberias wie das nationale Gesetz zur Reform des Forstsektors zu unterstützen, das Liberia die Möglichkeit bietet, diese Strukturen in nationales Recht zu integrieren; betont, dass eine solche künftige Waldpartnerschaft starke Rechenschafts- und Durchsetzungsmechanismen enthalten sollte, einschließlich Beschwerde- und Feedbackmechanismen auf lokaler Ebene; fordert die Kommission auf, detaillierte Indikatoren für Folgenabschätzungen und gesellschaftliche Vorteile zu konzipieren und in die Anforderungen der Waldpartnerschaft hinsichtlich der Einhaltung und Bewertung zu integrieren; besteht darauf, dass die Waldpartnerschaft auf den Governance-Strukturen des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens, einschließlich Multi-Stakeholder-Plattformen, Legalitätsprüfungsinstrumenten und Mechanismen zur Beteiligung der Gemeinschaft, aufbaut; betont, dass systematisch während der gesamten Verhandlung, Entwicklung und Umsetzung einer solchen Waldpartnerschaft für vollständige Transparenz sowie eine konstruktive und diskriminierungsfreie Beteiligung der Interessengruppen gesorgt werden muss, insbesondere über die Multi-Stakeholder-Plattformen des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens, wobei vor allem Organisationen der Zivilgesellschaft, lokale und internationale nichtstaatliche Organisationen, die Privatwirtschaft – einschließlich Kleinstunternehmen und andere kleine und mittlere Unternehmen –, lokale Behörden, Landwirte, indigene Völker und lokale Gemeinschaften, Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger sowie Gewerkschaften einzubeziehen sind;

14. betont, dass eine parlamentarische Kontrolle und Überwachung des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens durch den Ausschuss des Parlaments für internationalen Handel wichtig ist; hebt hervor, dass das Parlament bei der Bewertung der Umsetzung bestehender Freiwilliger Partnerschaftsabkommen sowie der Aushandlung, Unterzeichnung und Umsetzung möglicher künftiger Waldpartnerschaften konstruktiv, kontinuierlich und rechtzeitig einbezogen werden muss; bedauert, dass dem Parlament beim Abschluss und bei der Umsetzung bestehender Waldpartnerschaften keine

formelle Rolle zukommt; fordert die Kommission auf, dem Parlament regelmäßig über die Umsetzung der Freiwilligen Partnerschaftsabkommen und der Waldpartnerschaften Bericht zu erstatten, und zwar auch über die Tätigkeit der gemeinsamen Ausschüsse für die Umsetzung und über die in den kommenden Jahren zu verfolgenden Strategien; fordert die Kommission auf, das Mandat ihrer FLEGT-Arbeitsgruppe dahingehend zu überarbeiten, dass eine regelmäßige Berichterstattung über die Waldpartnerschaften vorgeschrieben wird und Vertreter von Organisationen der Zivilgesellschaft aus den Ländern der Waldpartnerschaften einbezogen werden; fordert ferner die regelmäßige Veröffentlichung von Sitzungszusammenfassungen von den Gesprächen über die Waldpartnerschaften, begleitet von strategischen Fahrplänen und Haushaltsplänen, die klare und messbare Leistungsindikatoren enthalten;

15. hebt hervor, dass Freiwillige Partnerschaftsabkommen sowohl für die EU als auch für ihre Partnerländer nach wie vor einen wichtigen Rechtsrahmen bieten, der durch die gute Zusammenarbeit und die Bemühungen der beteiligten Länder ermöglicht wird; betont, dass sich die EU weiterhin uneingeschränkt für geltende Freiwillige Partnerschaftsabkommen einsetzen und die Partnerländer bei deren Umsetzung unterstützen sollte, unter anderem durch technische Hilfe und finanzielle Unterstützung; betont ferner, dass es wichtig ist, die Umsetzung der EU-Entwaldungsverordnung zu unterstützen, den Partnerländern technische Hilfe und regulatorische Leitlinien bereitzustellen und dazu beizutragen, die Handelspraktiken mit den Umweltstandards in Einklang zu bringen, insbesondere in Wirtschaftsbereichen wie Holz, Kakao und tropische Landwirtschaft; fordert die Kommission auf, die Umsetzung bestehender Freiwilliger Partnerschaftsabkommen zu bewerten, unter anderem indem sie die unterschiedlichen Umsetzungsgrade beurteilt, um künftig für eine besser angepasste und wirksamere Methodik zu sorgen;

16. fordert die Kommission auf, bei der Zusammenarbeit mit Liberia für Kohärenz zwischen den Handels- und Nachhaltigkeitsrahmen der EU zu sorgen;

17. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, dem Europäischen Auswärtigen Dienst, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie der Regierung und dem Parlament der Republik Liberia zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0214

Beitritt Cabo Verdes zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 2026 zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, im Interesse der Europäischen Union den Beitritt Cabo Verdes zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung anzunehmen (COM(2026)0063 – C10-0081/2026 – 2026/0041(NLE))

(Anhörung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag für einen Beschluss des Rates (COM(2026)0063),

– unter Hinweis auf Artikel 38 Absatz 4 des Haager Übereinkommens von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung,

– gestützt auf Artikel 81 Absatz 3 und auf Artikel 218 Absatz 6 Unterabsatz 2 Buchstabe b des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, gemäß denen es vom Rat angehört wurde (C10-0081/2026),

– unter Hinweis auf das Gutachten des Gerichtshofs[1] über die ausschließliche Außenkompetenz der Europäischen Union für eine Einverständniserklärung zu einem Beitritt zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung,

– gestützt auf Artikel 84 und Artikel 117 Absatz 8 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Rechtsausschusses (A10-0157/2026),

1. billigt die Ermächtigung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, im Interesse der Europäischen Union den Beitritt Cabo Verdes zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung anzunehmen;

2. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und dem Ständigen Büro der Haager Konferenz für internationales Privatrecht zu übermitteln.

[1] Gutachten 1/13 des Gerichtshofs vom 14. Oktober 2014, ECLI:EU:C:2014:2303.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0216

Bericht 2025 der Kommission über Montenegro

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 2026 zu dem Bericht 2025 der Kommission über Montenegro (2025/2253(INI))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Montenegro andererseits[1], das am 1. Mai 2010 in Kraft trat,

– unter Hinweis auf den Antrag Montenegros vom 15. Dezember 2008 auf Beitritt zur Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme der Kommission vom 9. November 2010 zum Antrag Montenegros auf Beitritt zur Europäischen Union (COM(2010)0670), den Beschluss des Europäischen Rates vom 17. Dezember 2010, Montenegro den Status eines Bewerberlandes zuzuerkennen, und den Beschluss des Europäischen Rates vom 29. Juni 2012 über die Aufnahme von Verhandlungen mit Montenegro über den Beitritt zur EU,

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) Nr. 2021/1529 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. September 2021 zur Schaffung des Instruments für Heranführungshilfe (IPA III)[2],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2024/1449 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Einrichtung der Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan[3],

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Vorsitzes bei der Tagung des Europäischen Rates vom 19./20. Juni 2003 in Thessaloniki,

– unter Hinweis auf die Erklärungen der Gipfeltreffen EU-Westbalkan, die 2018, 2020 und 2021 jeweils in Sofia (Bulgarien), Zagreb (Kroatien) und Brdo pri Kranju (Slowenien) abgehalten wurden,

---

1 ABl. L 108 vom 29.4.2010, S. 3, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_internation/2010/224/oj.
2 ABl. L 330 vom 20.9.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1529/oj.
3 ABl. L, 2024/1449, 24.5.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1449/oj.

– unter Hinweis auf das Treffen der Staats- und Regierungschefs der Westbalkanländer vom 1. Juli 2025 in Skopje (Nordmazedonien) zum Wachstumsplan für den Westbalkan,

– unter Hinweis auf die auf dem Gipfeltreffen EU-Westbalkan am 17. Dezember 2025 abgegebene Erklärung,

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Vorsitzes vom 16. Dezember 2025 zur Erweiterung,

– unter Hinweis auf den am 28. August 2014 eingeleiteten Berlin-Prozess,

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Gipfeltreffens 2025 zum Berlin-Prozess vom 22. Oktober 2025,

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 6. Oktober 2020 mit dem Titel „Ein Wirtschafts- und Investitionsplan für den Westbalkan“ (COM(2020)0641),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 8. November 2023 mit dem Titel „Ein neuer Wachstumsplan für den Westbalkan“ (COM(2023)0691),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 20. März 2024 über Reformen und Überprüfungen von Politikbereichen im Vorfeld der Erweiterung (COM(2024)0146),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 8. Juli 2025 mit dem Titel „Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025 – Die Lage der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union“ (COM(2025)0900) und die begleitende Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen mit dem Titel „2025 Rule of Law Report – Country Chapter on the rule of law situation in Montenegro“ (Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025 – Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Montenegro) (SWD(2025)0929),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 4. November 2025 mit dem Titel „Mitteilung 2025 über die Erweiterungspolitik der EU“ (COM(2025)0690) und die begleitende Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen mit dem Titel „Montenegro 2025 Report“ (Bericht über Montenegro 2025) (SWD(2023)0754),

– unter Hinweis auf die Bewertung des Wirtschaftsreformprogramms Montenegros durch die Kommission vom 2. Juni 2025 im Rahmen ihres Überblicks mit länderspezifischen Bewertungen und die gemeinsamen Schlussfolgerungen des Wirtschafts- und Finanzdialogs mit regionalen Partnern vom 13. Mai 2025,

– unter Hinweis auf die Ergebnisse der Beitrittskonferenzen mit Montenegro vom 22. Juni 2021, 13. Dezember 2021, 29. Januar 2024, 26. Juni 2024, 16. Dezember 2024, 27. Juni 2025, 16. Dezember 2025, 26. Januar 2026 und 17. März 2026,

– unter Hinweis auf das Ergebnis der 11. Tagung des Stabilitäts- und Assoziationsrats EU-Montenegro vom 14. Juli 2022,

– unter Hinweis auf die EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke,

– unter Hinweis auf die Erklärung und die Empfehlungen, die auf der 23. und 24. Tagung des Parlamentarischen Stabilitäts- und Assoziationsausschusses EU-Montenegro vom 2./3. April 2025 bzw. 18./19. September 2025 angenommen wurden,

– unter Hinweis auf den Beitritt Montenegros zur NATO am 5. Juni 2017,

– unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zu Montenegro,

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (A10-0143/2026),

A. in der Erwägung, dass die Erweiterung ein wichtiges außenpolitisches Instrument der EU und eine strategische Investition in Frieden, Sicherheit und Wohlstand auf dem europäischen Kontinent darstellt, insbesondere vor dem Hintergrund der sich wandelnden geopolitischen Lage und der sicherheitspolitischen Herausforderungen in Europa;

B. in der Erwägung, dass jedes Bewerberland auf Grundlage der eigenen Verdienste bei der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien bewertet werden muss, wobei strenge, aber faire Bedingungen und messbare Ergebnisse, insbesondere im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und im Hinblick auf die Angleichung an die Werte der EU sowie die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gelten;

C. in der Erwägung, dass Montenegro im Jahr 2008 einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt hat; in der Erwägung, dass ihm 2010 der Status eines Bewerberlandes zuerkannt wurde; in der Erwägung, dass entsprechende Verhandlungen im Jahr 2012 aufgenommen wurden; in der Erwägung, dass die Regierung Montenegros es zu ihrem Ziel erklärt hat, dass Montenegro bis 2028 der 28. Mitgliedstaat der EU wird;

D. in der Erwägung, dass Montenegro das Bewerberland ist, das auf dem Weg zum EU-Beitritt die größten Fortschritte erzielt hat; in der Erwägung, dass Montenegro alle 33 Verhandlungskapitel eröffnet hat, von denen einige bereits abgeschlossen wurden; in der Erwägung, dass weitere Fortschritte von nachhaltigen Ergebnissen bei der Umsetzung der Reformen abhängen, insbesondere was die Kapitel 23 und 24 anbelangt;

E. in der Erwägung, dass die EU der zuverlässigste Partner Montenegros ist und das Vertrauen von 69 % der Bürgerinnen und Bürger des Landes genießt – eine der höchsten Vertrauensquoten in der Region; in der Erwägung, dass die politischen Akteure dadurch umso stärker in der Pflicht sind, verantwortungsvolle, kohärente und wirksame Reformen durchzuführen;

F. in der Erwägung, dass ein anhaltendes politisches Engagement sowohl der Bewerberländer als auch der EU von entscheidender Bedeutung ist, um die Kohärenz, Glaubwürdigkeit, Transparenz und allgemeine Wirksamkeit des Erweiterungsprozesses aufrechtzuerhalten; in der Erwägung, dass bilaterale Problemstellungen auch bilaterale Lösungen erfordern und nicht dazu genutzt werden sollten, den Erweiterungsprozess zu blockieren oder weiter zu politisieren;

G. in der Erwägung, dass die EU nach wie vor der wichtigste Wirtschafts- und Finanzpartner Montenegros und sein größter Handelspartner ist; in der Erwägung, dass

das reibungslose Funktionieren der Handels- und Verkehrsströme zwischen Montenegro und der EU von wesentlicher Bedeutung für die wirtschaftliche Stabilität, die Resilienz der Lieferkette und die schrittweise Integration des Landes in den EU-Binnenmarkt ist;

H. in der Erwägung, dass die Stabilität Montenegros eine Grundvoraussetzung für die Sicherheit des Westbalkanraums und der EU darstellt; in der Erwägung, dass externe politische Projekte, die eine grenzüberschreitenden Einflussnahme auf der Grundlage ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit zum Ziel haben, die Souveränität und verfassungsmäßige Ordnung der Staaten in der Region gefährden könnten; in der Erwägung, dass die Zukunft der westlichen Balkanländer in der europäischen Integration liegt und nicht in konkurrierenden geopolitischen Einflusssphären oder ethnisch motivierten regionalen Ausrichtungen;

I. in der Erwägung, dass Montenegro nach wie durch externe und interne Versuche gefährdet ist, den Informationsraum zu manipulieren; in der Erwägung, dass die Kommission auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, jegliche Möglichkeiten für ausländische Einflussnahme und Informationsmanipulation, einschließlich Desinformation, zu unterbinden und die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft zu stärken; in der Erwägung, dass Russland versucht, seinen Einfluss im Westbalkanraum, auch in Montenegro, durch den strategischen Einsatz religiöser, kultureller und sogenannter wertebasierter Narrative zu stärken, die darauf abzielen, den öffentlichen Diskurs zu prägen und die euro-atlantische Integration zu schwächen;

J. in der Erwägung, dass Korruption und organisierte Kriminalität trotz einiger institutioneller Fortschritte immer noch etliche Wirtschaftsbereiche und öffentliche Einrichtungen Montenegros durchziehen;

K. in der Erwägung, dass die Angleichung an den Besitzstand der EU in den Bereichen Besteuerung und verantwortungsvolles Handeln im Steuerwesen nach wie vor ein Eckpfeiler der Finanzstabilität und des Vertrauens im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt ist;

Engagement für den EU-Beitritt

1. begrüßt die stetigen Fortschritte Montenegros bei EU-bezogenen Reformen, die durch ein breites politisches Engagement und das Bestreben getragen werden, die Verhandlungen bis Ende 2026 abzuschließen; begrüßt den vorläufigen Abschluss von sechs zusätzlichen Verhandlungskapiteln im Jahr 2025 und vier weiteren im Jahr 2026, wodurch sich die Gesamtzahl auf 16 erhöht; bekräftigt seine uneingeschränkte Unterstützung für die Zukunft des Landes in der EU; begrüßt die Einsetzung einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe des Rates zur Ausarbeitung eines Beitrittsvertrags mit Montenegro als wichtigen und rechtzeitigen Schritt, um die Endphase des EU-Beitrittsprozesses Montenegros voranzubringen und das Engagement der EU für die Erweiterung zu bekräftigen;

2. bekräftigt, dass Montenegro nach wie vor Vorreiter im EU-Beitrittsprozess ist, und betont, dass das Tempo und die Reihenfolge der Erweiterung weiterhin vom Grundsatz der individuellen Leistung bestimmt werden müssen; betont, dass die Fortschritte auf dem Weg zur Mitgliedschaft streng im Hinblick auf die objektive Erfüllung der festgelegten Bedingungen bewertet werden sollten; fordert, dass konsequente Reformbemühungen mit einer ebenso glaubwürdigen, berechenbaren und zeitnahen EU-

Perspektive erwidert werden; betont, dass die Integrität der Erweiterungspolitik auf Kohärenz, Fairness und Gleichbehandlung beruht, wobei ausschlaggebend ist, in welchem Umfang der jeweilige Bewerber seine Bereitschaft für den Beitritt nachgewiesen hat;

3. begrüßt die breite und konsequente öffentliche Unterstützung seitens der Bevölkerung Montenegros für den europäischen Weg des Landes, wobei eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ihr Vertrauen in die Zukunft Montenegros in der EU zum Ausdruck bringt;

4. fordert alle politischen Akteure auf, sich weiterhin auf den erfolgreichen Abschluss der Beitrittsverhandlungen zu konzentrieren, die Dynamik in diesem Sinne beizubehalten und die Anstrengungen zur Umsetzung der erforderlichen Reformen zu verstärken; betont, dass in diesem Zusammenhang politische Stabilität und eine konstruktive parteiübergreifende Zusammenarbeit erforderlich sind; betont, dass echte Fortschritte von der effektiven Umsetzung der beschlossenen Reformen und von dauerhaften, messbaren Ergebnissen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit abhängen, einschließlich der Verhängung von rechtskräftigen Verurteilungen in Fällen von Großkorruption und organisierter Kriminalität; fordert Montenegro auf, weiter auf die Erreichung der Benchmarks für den Abschluss, insbesondere der Kapitel 23 und 24, hinzuarbeiten;

5. fordert alle staatlichen Stellen auf, im Sinne der institutionellen Verantwortung zu handeln und sicherzustellen, dass politische Differenzen die Annahme und Umsetzung von EU-bezogenen Reformen nicht verzögern; betont, dass die Wahrung des strategischen Ziels der EU-Mitgliedschaft über parteipolitische Erwägungen hinaus eine gemeinsame nationale Priorität bleiben muss; fordert das Parlament und die Regierung Montenegros nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass Identitätspolitik nicht dazu führt, dass die Aufmerksamkeit von der EU-Agenda abgelenkt wird oder die Beziehungen zu den Nachbarländern belastet werden, damit Montenegro weiterhin entschlossen den Weg in die EU verfolgt;

6. legt Montenegro als dem am weitesten fortgeschrittenen Bewerberland nahe, seine konstruktive und stabilisierende Rolle in der Region beizubehalten und durch seine Führungsrolle zu zeigen, dass Souveränität, bürgerschaftliche Identität und europäische Integration sich gegenseitig verstärken;

7. begrüßt Montenegros Konsequenz bei der vollständigen Angleichung an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, einschließlich der restriktiven Maßnahmen der EU, insbesondere bei den Maßnahmen, die den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine betreffen, sowie seine Prinzipientreue in den Vereinten Nationen und seine Beteiligung an Krisenbewältigungsmissionen und -operationen der EU sowie an Missionen der NATO und an anderen internationalen und multilateralen Missionen, einschließlich der EU-Marineoperation Atalanta, der militärischen Unterstützungsmission der Europäischen Union zur Unterstützung der Ukraine (EUMAM Ukraine) und der Kosovo-Truppe; begrüßt den Beschluss des montenegrinischen Parlaments, die Teilnahme Montenegros an der EUMAM Ukraine zu genehmigen; bekräftigt, dass die konsequente Angleichung Montenegros an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, einschließlich der restriktiven Maßnahmen gegen Russland, ein wichtiger Indikator für seine strategische Ausrichtung ist; betont, dass dies unverändert beibehalten werden muss; betont, dass das unerschütterliche Bekenntnis der politischen Vertreter Montenegros zu Montenegros

unabhängiger Eigenstaatlichkeit und strategischer europäischer Ausrichtung neben den Benchmarks für technische Reformen nach wie vor ein zentrales politisches Kriterium ist;

8. begrüßt den Sicherheits- und Verteidigungsdialog zwischen der EU und Montenegro und den in diesem Rahmen stattfindenden strukturierten Austausch über die Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung, die Resilienz gegenüber neuen Bedrohungen und die Zusammenarbeit bei der Unterstützung der Ukraine;

9. begrüßt den Beschluss des montenegrinischen Parlaments, Streitkräfte Montenegros zur Teilnahme an der EUMAM Ukraine zu entsenden, wodurch eine klare und unerschütterliche Angleichung an die Sicherheitsprioritäten der EU und der NATO signalisiert wird; weist darauf hin, dass Montenegro ein wichtiger Verbündeter der EU in der Region ist; begrüßt den Beschluss der montenegrinischen Regierung, die Zusage von 2 % für Verteidigungsausgaben einzuhalten;

10. ist nach wie vor zutiefst besorgt über anhaltende und sich verschärfende böswillige Einflussnahme aus dem Ausland, destabilisierende Handlungen, hybride Bedrohungen und Desinformationskampagnen durch Akteure aus Drittstaaten in Montenegro, die sich gegen die demokratischen Institutionen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie die strategische Hinwendung zur EU und die NATO-Mitgliedschaft Montenegros richten; betont, dass solche Einflussnahme eine direkte Herausforderung für die Rechtsstaatlichkeit, die demokratische Regierungsführung und die nationale Souveränität darstellt; stellt insbesondere fest, dass China, Russland und Serbien böswilligen Einfluss ausüben;

11. nimmt mit großer Besorgnis die Berichte zur Kenntnis, wonach Anhänger des serbischen Präsidenten Vučić am 3. Juni 2026 nach Tivat gereist sind, um Montenegro zu destabilisieren und das Gipfeltreffen EU-Westbalkan zu stören; stellt ferner fest, dass einige der beteiligten Personen zuvor bei regierungsfreundlichen Mobilisierungen identifiziert worden waren, an Bemühungen zur Unterdrückung von Studentenprotesten in Serbien beteiligt waren und Vorstrafen wegen Gewaltdelikten oder Vergehen hatten; verurteilt aufs Schärfste die Handlungen von Strukturen, die mit der serbischen Regierungspartei in Verbindung stehen und darauf abzielen, Montenegro zu destabilisieren und seine Fortschritte auf dem Weg zum EU-Beitritt zu vereiteln;

12. fordert, dass die EU und die NATO maßgeschneiderte Unterstützungsmaßnahmen entwickeln und verstärkt mit Montenegro zusammenarbeiten, um verstärkt gegen solche hybriden Bedrohungen, ausländische Informationsmanipulation und verdeckte politische Finanzierung vorzugehen und die gesellschaftliche und institutionelle Widerstandsfähigkeit zu verbessern, unter anderem durch die Stärkung der Cybersicherheit, die Verbesserung der Medienkompetenz auf allen Bildungsebenen, die Sicherstellung einer angemessenen Lehrerausbildung und moderner Lehrmittel, die Stärkung der strategischen Kommunikation, die Verbesserung der Kapazitäten zur Bekämpfung von Desinformation und die verstärkte Transparenz der Eigentumsverhältnisse in den Medien; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass Montenegro in vollem Umfang vom Europäischen Schutzschild für die Demokratie profitieren kann; fordert stärkere Überprüfungs- und Integritätsmechanismen innerhalb der Sicherheits- und Nachrichtendienste Montenegros;

13. ist besorgt über die politische Instrumentalisierung religiöser Institutionen durch externe

Akteure; betont, dass die Tätigkeiten religiöser Organisationen unter vollständiger Achtung des verfassungsrechtlichen und säkularen Rahmens Montenegros transparent und unabhängig von ausländischer politischer Einflussnahme erfolgen müssen;

14. fordert die EU und Montenegro auf, die gezielte strategische Kommunikation über die Vorteile der Erweiterung und der EU-Mitgliedschaft weiterzuverfolgen und deutlich zu verstärken, indem sie in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden und der Zivilgesellschaft einen in stärkerem Maße proaktiven und an die örtlichen Gegebenheiten angepassten Ansatz verfolgen; stellt mit Besorgnis fest, dass laut der jüngsten Eurobarometer-Sonderumfrage nur 39 % der Bürgerinnen und Bürger Montenegros der Ansicht sind, gut oder sehr gut über die Europäische Union informiert zu sein;

15. begrüßt das aktive Engagement des montenegrinischen Parlaments im Parlamentarischen Stabilitäts- und Assoziationsausschuss EU-Montenegro;

16. begrüßt die Abhaltung des Bürgerforums zum Thema „Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt der Erweiterung der Europäischen Union“ vom 20. bis 21. September 2025 in Podgorica, Montenegro;

17. begrüßt die Auswahl von Nikšić als Kulturhauptstadt Europas 2030 und von Podgorica als Jugendhauptstadt Europas 2028 und hebt die Rolle dieser Städte bei der Förderung des Engagements junger Menschen, der Innovation, des kulturellen Austauschs und der Annäherung zwischen Montenegro und der EU hervor;

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

18. betont den Stellenwert des montenegrinischen Parlaments im Beitrittsprozess und unterstreicht dessen zentrale Rolle bei der Sicherstellung der demokratischen Rechenschaftspflicht, der parlamentarischen Kontrolle und der Transparenz des Gesetzgebungsprozesses; fordert einen konstruktiven Dialog und Zusammenarbeit über das gesamte politische Spektrum hinweg, um hochwertige Rechtsvorschriften zu verabschieden, mit denen strukturelle Probleme gelöst oder deutliche Verbesserungen erzielt werden können und Montenegro auf seinem Weg zum Beitritt vorangebracht wird; hebt hervor, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem Parlament Montenegros für die rechtzeitige und erfolgreiche Umsetzung von Reformen von entscheidender Bedeutung ist; betont, dass die Beschleunigung des Gesetzgebungsprozesses nicht dazu führen darf, dass die parlamentarische Debatte oder die Rolle der Opposition eingeschränkt werden, und fordert ein angemessenes Gleichgewicht zwischen dem Tempo der Reformen und der Qualität der parlamentarischen Kontrolle;

19. begrüßt die Änderungen am Wahlgesetz Montenegros, insbesondere im Hinblick auf die Aufsicht über die Wahlkampffinanzierung und die Medien, die Integrität der Wahlen, die Geschlechterquoten auf den Wahllisten und die Einführung eines einzigen gemeinsamen Wahltags für lokale Wahlen; fordert Montenegro nachdrücklich auf, sich vollständig an die EU-Normen anzugleichen und sämtliche noch ausstehende Empfehlungen des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und der Gruppe der Staaten gegen Korruption vollständig umzusetzen, insbesondere im Hinblick auf die Transparenz bei den Ausgaben politischer Parteien, einschließlich der Verwendung von

Mitteln für Frauenorganisationen in politischen Parteien, auf politische Werbung im Internet, einschließlich der Offenlegung von Sponsoren und Targeting-Kriterien, sowie auf die Verhinderung des Missbrauchs staatlicher Mittel, die Aktualisierung des Wählerverzeichnisses und den Umgang mit der Wohnsitzregistrierung; weist darauf hin, dass dies im Rahmen eines transparenten und inklusiven Konsultationsprozesses mit allen relevanten Interessenträgern erfolgen sollte; fordert die staatlichen Stellen Montenegros auf, im Vorfeld der Wahlen das Informationsumfeld im Wahlkampf systematisch zu schützen, indem sie Kanäle für die zügige Zusammenarbeit zwischen der Wahlbehörde, der Medienaufsichtsbehörde und sonstigen zuständigen Behörden einrichten, um – unter uneingeschränkter Achtung der Meinungsfreiheit – koordinierte Desinformationskampagnen und unzulässige Einflussnahme aufzudecken und zu bekämpfen;

20. begrüßt, dass Montenegro in den Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit 2025 aufgenommen wurde;

21. fordert ein schnelleres Vorgehen bei Ernennungen im Justizwesen anhand von leistungsorientierten und transparenten Verfahren, die keiner politischen Einflussnahme unterliegen, auf Fachkompetenz und Integrität beruhen und ohne Verzögerungen bei den Bearbeitungszeiten erfolgen, auch bei Ernennungen für das Verfassungsgericht sowie den Justizrat und den Staatsanwaltsrat, unter vollständiger Einhaltung der Anforderungen der Benchmarks für den Verhandlungsabschluss; betont, dass ein voll funktionsfähiges Verfassungsgericht von entscheidender Bedeutung für die Stabilität der Rechtsordnung und des Rechtsrahmens für Wahlen ist; ist ernsthaft besorgt über die fortwährenden Verzögerungen bei der Ernennung eines Verfassungsrichters, wodurch die volle Funktionsfähigkeit einer der für die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und die EU-Integration entscheidenden Institutionen gefährdet wird;

22. fordert Montenegro nachdrücklich auf, seinen Rechtsrahmen weiter an den Besitzstand der EU und die europäischen Standards in Bezug auf die Unabhängigkeit, Rechenschaftspflicht, Unparteilichkeit, Integrität und Professionalität der Justiz anzugleichen und ausstehende Empfehlungen umzusetzen; fordert eine größere Effizienz des Justizsystems, einschließlich des Abbaus von Rückständen, insbesondere im Bereich der Korruption und der organisierten Kriminalität, was von entscheidender Bedeutung für die Stärkung des Vertrauens der Öffentlichkeit und für die Erfüllung der Bedingungen für die EU-Mitgliedschaft ist; weist darauf hin, dass zur Erfüllung der Benchmarks für den Abschluss des betreffenden Kapitels nachweisbare Ergebnisse in der Praxis erforderlich sind, darunter verbesserte Arbeitsbedingungen, ausreichende Personalausstattung und eine wirksame Fallbearbeitung, da die Effizienz der Justiz nach wie vor durch anhaltende strukturelle Mängel beeinträchtigt wird; begrüßt Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität von Laufbahnen im Justizwesen; fordert die Verabschiedung des Gesetzes über die Gehälter und sonstigen Rechte in Bezug auf die Ausübung von richterlichen und verfassungsgerichtlichen Funktionen, um angemessene, stabile und vorhersehbare Gehälter und Arbeitsbedingungen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sicherzustellen, was eine wesentliche Voraussetzung für ihre Unabhängigkeit und für das ordnungsgemäße Funktionieren des Justizsystems darstellt;

23. stellt fest, dass Fachleute aus der Zivilgesellschaft ernsthafte Bedenken hinsichtlich des Inhalts der von der Regierung vorgeschlagenen Gesetzesänderungen zum Staatsanwaltsrat geäußert haben, da durch diese Änderungen keine substanzielle

Stärkung der Unabhängigkeit des Staatsanwaltsrats erreicht werde und es sogar schwieriger werden könnte, eine wirklich unabhängige Zusammensetzung des Staatsanwaltsrats sicherzustellen; nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass die Änderungen am Gesetz über innere Angelegenheiten und am Gesetz über das Amt für nationale Sicherheit trotz der heftigen Kritik seitens der Opposition und der Zivilgesellschaft angenommen wurden; fordert transparente Verfahren und eine echte Zusammenarbeit und Konsultation, insbesondere zu allen Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit dem EU-Integrationsprozess, mit allen einschlägigen Interessenträgern, einschließlich der Opposition, juristischen Fachleuten und der Kommission;

24. verurteilt aufs Schärfste den häufigen politischen und öffentlichen Druck auf Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und fordert die zuständigen Behörden auf, unverzüglich und wirksam zu reagieren, um die Unabhängigkeit und Integrität dieser Amtsträger zu schützen;

25. fordert weitere Verbesserungen bei der Aufklärung und strafrechtlichen Verfolgung von Großkorruption, einschließlich der Einziehung von Vermögenswerten; fordert Montenegro nachdrücklich auf, die proaktive Untersuchung und Verfolgung von Großkorruption zu intensivieren und die Kapazitäten und die Leistungsfähigkeit der Justiz- und Korruptionsbekämpfungsstellen zu stärken; stellt fest, dass die Agentur für Korruptionsprävention nach wie vor von Lücken in der Führung, begrenztem Personal und unzureichender finanzieller Unabhängigkeit betroffen und infolgedessen in ihrer Gesamtwirkung eingeschränkt ist, und fordert Maßnahmen, um ihre vollständige operative, finanzielle und funktionale Unabhängigkeit im Einklang mit europäischen Standards sicherzustellen; fordert eine weitere Angleichung an den Besitzstand und die Normen der EU bei der Korruptionsbekämpfung und fordert Montenegro nachdrücklich auf, alle noch ausstehenden Empfehlungen in diesem Bereich umzusetzen;

26. fordert umfassende Integritätsmaßnahmen zum Schutz der Strafverfolgungsbehörden und der Justiz vor Korruption und organisierter Kriminalität; fordert die Einrichtung von disziplinarischen Mechanismen sowie stärkeren und effizienteren ethischen Mechanismen zur Rechenschaftspflicht, insbesondere in Fällen, in denen Vermögenswerte nicht deklariert werden, um eine substanzielle und wirksame Rechenschaftspflicht in der Praxis sicherzustellen; begrüßt die erzielten Fortschritte in Bereichen wie Regulierung von Lobbyarbeit, Schutz von Hinweisgebern und Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, woran deutlich wird, dass gezielte und ordnungsgemäß umgesetzte Reformen zu greifbaren Ergebnissen führen können;

27. fordert Montenegro nachdrücklich auf, die Strafverfolgung und Gerichtsverfahren bei schwerer und organisierter Kriminalität effizienter zu gestalten, um eine solide Erfolgsbilanz bei rechtskräftigen Verurteilungen und der Einziehung von Vermögenswerten zu erzielen; stellt im Hinblick auf die Bekämpfung der Geldwäsche fest, dass Montenegro erhebliche Fortschritte bei der Verbesserung seines Rahmens zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung sowie bei der Umsetzung von EU-Sanktionen erzielt hat;

28. begrüßt die laufende Zusammenarbeit Montenegros mit Frontex, Europol, Eurojust und der Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, einschließlich des Waffen-, Drogen- und Menschenhandels, sowie bei der Bekämpfung

von Terrorismus und Extremismus; betont, dass die Zusammenarbeit im Kampf gegen Drogen verstärkt werden muss;

29. fordert Montenegro erneut auf, seine Visumpolitik vollständig an die der EU anzugleichen, insbesondere in Bezug auf Länder, von denen Sicherheitsrisiken ausgehen; nimmt den Beschluss der Regierung Montenegros zur Kenntnis, im Jahr 2025 eine Reihe von Staaten von ihrer Liste der von der Visumpflicht ausgenommenen Länder zu streichen; weist darauf hin, dass dies eine Benchmark-Voraussetzung für den Abschluss von Kapitel 24 ist;

30. unterstreicht den hohen Stellenwert einer transparenten und rechenschaftspflichtigen öffentlichen Verwaltung, einer stärkeren Verwaltungskapazität und eines professionellen, leistungsorientierten öffentlichen Dienstes; stellt mit Besorgnis fest, dass die fortgesetzten massiven Neueinstellungen in der öffentlichen Verwaltung ohne transparente Kriterien und klare Bedarfsanalysen den Grundsätzen der leistungsorientierten Einstellung und Professionalisierung zuwiderlaufen; fordert eine weitere Entpolitisierung der Ernennungen hochrangiger Beamter, die Einführung klarer leistungsbasierter Bewertungsmechanismen und den Erhalt von Fachkompetenz;

Grundfreiheiten und Menschenrechte

31. bedauert, dass in Montenegro nationale Minderheiten und schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen, einschließlich Roma und Balkan-Ägyptern, Menschen mit Behinderungen und LGBTIQ+-Personen, nach wie vor von Diskriminierung, Hetze, insbesondere im Internet, und Hassverbrechen betroffen sind; begrüßt, dass kürzlich das Gesetz zur Gleichstellung und zum Verbot von Diskriminierung verabschiedet wurde; fordert eine stärkere Durchsetzung der Gleichbehandlung ethnischer Gemeinschaften, wobei sichergestellt werden muss, dass alle ethnischen, religiösen und sozialen Gruppen die gleichen Rechte und Chancen erhalten und uneingeschränkt und wirksam am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen können; stellt fest, dass der Schutz der Rechte von Minderheiten von grundlegender Bedeutung für die Förderung des sozialen Zusammenhalts, der demokratischen Staatsführung und der Wahrung der europäischen Werte ist; fordert Montenegro nachdrücklich auf, umfassende Rechtsvorschriften und politische Maßnahmen zu verabschieden und durchzusetzen, mit denen Diskriminierung verhindert und Inklusivität gefördert wird;

32. fordert Montenegro auf, das Gesetz über eingetragene Partnerschaften vollständig umzusetzen;

33. fordert Montenegro auf, eine Strategie zur Deinstitutionalisierung von Menschen mit Behinderungen umzusetzen und ein starkes Kinderschutzsystem einzurichten, das auf der gemeinschaftsbasierten Betreuung beruht;

34. erkennt den multiethnischen Charakter der montenegrinischen Gesellschaft an und fordert eine stärkere Achtung aller Sprachen und Traditionen und des kulturellen Erbes lokaler Gemeinschaften und nationaler Minderheiten; fordert Montenegro auf, seine Bemühungen um eine diskriminierungsfreie Verwendung von Minderheitensprachen im Bildungsbereich und in speziellen landesweiten und lokalen Medien zu intensivieren; fordert den Schutz der multiethnischen Identität der Bucht von Kotor, insbesondere durch die Anerkennung des kulturellen Erbes der kroatischen Gemeinschaft; äußert tiefe Besorgnis darüber, dass in der Bucht von Kotor, einer UNESCO-Welterbestätte,

massive Bauarbeiten im Gange sind, die die Bewahrung des Kulturerbes und den Schutz des Naturraums beeinträchtigen, und fordert, dass der rechtliche Schutz des Milocher Parks zum Abschluss gebracht wird;

35. stellt fest, dass ein sensibler und inklusiver Umgang mit identitätsbezogenen Diskussionen erforderlich ist, um einer Polarisierung vorzubeugen und einen breiten Konsens zu Themen zu erzielen, die von entscheidender Bedeutung für die Unabhängigkeit, die Souveränität und den Weg Montenegros in die EU sind; bekräftigt seine Besorgnis über die Versuche im Parlament Montenegros, das Gesetz über die montenegrinische Staatsbürgerschaft zu ändern, um die Erlangung einer doppelten Staatsbürgerschaft zu ermöglichen, was schwerwiegende und langfristige Auswirkungen auf den Entscheidungsprozess und die Identität des Landes haben könnte; fordert die betreffenden staatlichen Stellen auf, sich hinsichtlich etwaiger Gesetzesänderungen weiterhin mit der EU abzustimmen und zu koordinieren, um sicherzustellen, dass diese vollständig an den Besitzstand der EU und internationale Standards angeglichen ist und mit den Grundrechten übereinstimmt;

36. verurteilt aufs Schärfste alle Formen von Hetze, auch im Internet, und Hassverbrechen; begrüßt, dass die Zahl der strafrechtlichen Verfolgungen wegen Rassismus und Hetze gestiegen ist, äußert sich jedoch besorgt über unzureichende Maßnahmen gegen Reden, öffentliche Äußerungen oder symbolische Handlungen, mit denen Kriegsverbrecher verherrlicht oder historische Tatsachen revidiert werden; fordert Montenegro auf, seine institutionelle Reaktion auf Hetze zu verstärken, wirksame Aufklärung und strafrechtliche Verfolgung sicherzustellen und sich vollständig an den Besitzstand der EU anzugleichen;

37. fordert Montenegro nachdrücklich auf, die wirksame Anwendung seines grundrechtlichen Rahmens, einschließlich des Zugangs zur Justiz und des Schutzes schutzbedürftiger Personen, sicherzustellen und alle Empfehlungen internationaler Überwachungsgremien umzusetzen;

38. betont, dass gegen die Diskriminierung von Frauen und insbesondere von Frauen aus Minderheitengruppen vorgegangen werden muss; äußert sich besorgt über Kinderehen, von denen Mädchen aus Roma- und Balkan-Ägypter-Gemeinschaften in Montenegro überproportional betroffen sind; bedauert, dass geschlechtsspezifische Gewalt und Schuldzuweisungen an die Opfer sowie geschlechtsspezifische Hetze und Desinformation, auch im Internet, insbesondere gegenüber Frauen im öffentlichen und politischen Leben, weit verbreitet sind; fordert Montenegro nachdrücklich auf, seinen Gleichstellungsrahmen mit ausreichenden Mitteln und Ressourcen auszustatten und für eine angemessene Koordinierung und Durchsetzung zu sorgen; fordert die jeweiligen Behörden auf, mehr Wachsamkeit zu üben und Unterstützungssysteme für Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt sowie häuslicher Gewalt einzurichten; fordert eine bessere Datenerhebung über häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt, Einkommen und Gehälter, Gesundheit und soziale Sicherheit; fordert die staatlichen Stellen Montenegros auf, für eine stärkere politische Teilhabe von Frauen zu sorgen;

39. nimmt Montenegros Politik der Nichtduldung von Gewalt gegen Journalisten zur Kenntnis und verurteilt Einschüchterung und sämtliche Fälle von massiven verbalen Angriffen auf Medien und Vertreter der Zivilgesellschaft, insbesondere auf medienschaffende Frauen und Menschenrechtsverteidigerinnen, durch Amtsträger und politische Parteien; ist besorgt über den Einsatz informeller Vorladungen und

Vernehmungen gegen Journalisten, Kolumnisten und Akteure der Zivilgesellschaft aufgrund ihrer Kritik an Amtsträgern; fordert eine rasche und effektive Rechtsdurchsetzung und einen wirksamen Rechtsschutz, mit besonderem Augenmerk auf die Durchführung von Ermittlungen und die umfassende und wirksame Weiterverfolgung ungelöster Fälle wie des Mordfalls Duško Jovanović, sowie abschreckende Strafen; stellt fest, dass es im montenegrinischen Rechtssystem keine spezifische Definition und kein beschleunigtes Verfahren zur Identifizierung und Abweisung von taktischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung gibt, und fordert die Einrichtung solcher Mechanismen;

40. betont die entscheidende Rolle freier und pluralistischer Medien als Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft; weist darauf hin, dass die Sicherstellung der Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Medienregulierungsbehörde eine Voraussetzung für den Abschluss von Kapitel 23 darstellt; hebt hervor, dass es von großer Bedeutung ist, vollständige Transparenz hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse und der Finanzierung der Medien sicherzustellen, auch bei Online-Medien; begrüßt die kürzlich erfolgte Ernennung von Mitgliedern des Rates der Agentur für audiovisuelle Mediendienste und betont, dass die Agentur in der Lage sein muss, unabhängig und frei von politischer Einflussnahme zu arbeiten; ist besorgt angesichts anhaltender politischer Einflussnahme auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und fordert die Behörden auf, Gerichtsverfahren zu respektieren, die Rechtmäßigkeit wiederherzustellen und die institutionelle und redaktionelle Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sicherzustellen; fordert Montenegro auf, seine Mediengesetzgebung an das Europäische Medienfreiheitsgesetz[4] anzugleichen und die Widerstandsfähigkeit gegenüber ausländischer Einflussnahme und Desinformation zu erhöhen; fordert vollständige Transparenz hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse in den Medien und ausländischer Finanzierungsquellen, insbesondere wenn diese mit politischen Akteuren oder den Interessen anderer Staaten in Verbindung stehen, um eine verdeckte Einflussnahme von außen auf den öffentlichen Diskurs in Montenegro zu verhindern;

41. begrüßt, dass die Zivilgesellschaft Montenegros aktiv und konstruktiv mitwirkt und im Reformprozess eine zentrale und positive Rolle spielt; fordert die konstruktive Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Politikgestaltung, unter anderem durch eine systematischere Einbindung und einen zeitnahen Zugang zu relevanten Informationen; fordert die staatlichen Stellen nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt die Anforderungen hinsichtlich der Konsultation der Öffentlichkeit und die geltenden Standards der partizipativen Regierungsführung nicht umgangen werden; fordert, dass die Arbeit des Rates für die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und nichtstaatlichen Organisationen nach langer Unterbrechung wieder aufgenommen wird, um kooperative Beziehungen aufzubauen und die Zivilgesellschaft von Anfang an tatsächlich in einen transparenten Gesetzgebungsprozess einzubeziehen;

42. fordert Montenegro nachdrücklich auf, sämtlichen Empfehlungen des Europäischen Ausschusses zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender

[4] Verordnung (EU) 2024/1083 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU (Europäisches Medienfreiheitsgesetz) (ABl. L, 2024/1083, 17.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1083/oj).

Behandlung oder Strafe vollständig nachzukommen; nimmt mit Besorgnis die steigende Zahl von Beschwerden über Folter und erzwungene Geständnisse, den Rückstau an Fällen und die begrenzte Anwendung von verfahrensrechtlichen Schutzvorkehrungen wie der audiovisuellen Aufzeichnung von Verhören zur Kenntnis; bedauert die inkonsequenten Suspendierungen und Disziplinarverfahren sowie die milden Sanktionen in Fällen von Misshandlungen durch die Polizei und fordert unverzügliche, wirksame und unparteiische Untersuchungen;

Aussöhnung und gutnachbarschaftliche Beziehungen

43. begrüßt, dass Montenegro am 5. Juni 2026 das Gipfeltreffen EU-Westbalkan in Tivat ausrichtet, das eine wichtige Plattform für die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit, die Förderung der Beitrittsagenda, die Verbesserung der wirtschaftlichen Integration und die Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen bietet;

44. unterstreicht die Schlüsselrolle gutnachbarlicher Beziehungen und der regionalen Zusammenarbeit im Erweiterungsprozess; weist darauf hin, dass gutnachbarliche Beziehungen eines der Schlüsselkriterien für die Bewertung der Fortschritte im Beitrittsprozess Montenegros gemäß dem Verhandlungsrahmen der EU sind; fordert konstruktive Lösungen im Geiste gegenseitiger Achtung für noch offene bilaterale Fragen, bei denen die Interessen der Bürger Vorrang haben; weist darauf hin, dass ungelöste bilaterale und regionale Streitigkeiten nicht dazu benutzt werden dürfen, den Beitrittsprozess der Bewerberländer zu blockieren; begrüßt die bilateralen Konsultationen zwischen Kroatien und Montenegro als konstruktiven Mechanismus zur Lösung noch offener Fragen und zur Stärkung von Vertrauen;

45. lobt Montenegro für seine stetigen Fortschritte bei der innerstaatlichen Strafverfolgung von Kriegsverbrechen; stellt jedoch fest, dass die Sonderstaatsanwaltschaft seit Juni 2024 keine neuen Ermittlungen eingeleitet und keine Anklagen in Fällen von Kriegsverbrechen erhoben hat und dass es keine Fortschritte in Bezug auf die Befehlsverantwortung gegeben hat; betont, dass stärkere Bemühungen vonnöten sind und weiterhin im Einklang mit dem Völkerrecht und den internationalen Standards eine glaubwürdige und nachhaltige Erfolgsbilanz bei wirksamen Ermittlungen, Strafverfolgungen und Gerichtsverfahren in Fällen von Kriegsverbrechen, auch in Fällen auf hoher Ebene, aufgebaut werden muss; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass der Zugang zu Archiven einen wichtigen Faktor darstellt;

46. fordert Montenegro auf, weiterhin einen proaktiven Ansatz zu verfolgen, um den Zugang zur Justiz und die wirksame Wiedergutmachung für die Opfer, auch in Form von institutioneller Unterstützung, sicherzustellen, einschließlich einer angemessenen und fairen Entschädigung für alle Personen, die in den 1990er Jahren in Montenegro als Kriegsgefangene in Lagern interniert waren; begrüßt die regionale Zusammenarbeit in diesen Fragen, und fordert eine umfassende Zusammenarbeit in der Region und mit EU-Mitgliedstaaten, einschließlich des Austauschs von Beweismaterial und der Klärung des Schicksals vermisster Personen; begrüßt, dass in Montenegro auf Ersuchen von Kroatien eine Person festgenommen wurde, die in Abwesenheit wegen Kriegsverbrechen an Kriegsgefangenen verurteilt wurde, und lobt die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden beider Länder in diesem Fall;

47. bringt erneut seine Besorgnis über revisionistische Äußerungen bestimmter politischer Akteure zum Ausdruck, die die Rechenschaftspflicht aushöhlen und gesellschaftliche

Spaltungen vertiefen; verurteilt aufs Schärfste jede Verherrlichung von Kriegsverbrechern und die öffentliche Leugnung von Kriegsverbrechen;

48. ist besorgt über in der Region verbreitete politische Konzepte und Narrative, etwa der sogenannten serbischen Welt, mit denen eine grenzüberschreitende Vereinigung oder Koordinierung auf der Grundlage ethnischer Zugehörigkeit propagiert und die Souveränität und territoriale Integrität benachbarter Staaten infrage gestellt werden; fordert alle regionalen Akteure auf, die Unabhängigkeit Montenegros zu achten und sich nicht in seine inneren Angelegenheiten einzumischen; betont, dass solche Narrative mit den Grundsätzen gutnachbarlicher Beziehungen und dem EU-Beitrittsprozess unvereinbar sind; betont, dass die Zukunft der westlichen Balkanländer in der EU-Integration liegt und nicht in konkurrierenden geopolitischen Einflusssphären;

49. bekräftigt seine Forderung, die Archive, die die früheren Republiken Jugoslawiens betreffen, zu öffnen und Zugang zu den Akten des ehemaligen jugoslawischen Geheimdienstes und des Geheimdienstes der jugoslawischen Volksarmee zu gewähren, damit die Verbrechen aus der Zeit des Kommunismus gründlich erforscht und aufgearbeitet werden können;

50. fordert die Klärung offener Eigentumsfragen; betont, dass die Klärung offener Fragen im Zusammenhang mit Eigentumsrechten, einschließlich der Rückgabe von Eigentum, für die Erfüllung der Verpflichtungen Montenegros gemäß Kapitel 23 von entscheidender Bedeutung ist und nach wie vor eine zentrale Voraussetzung für den Abschluss der Verhandlungen im Bereich der Grundrechte darstellt;

Sozioökonomische Reformen

51. begrüßt das Engagement Montenegros im Rahmen des EU-Wachstumsplans für den Westbalkan; würdigt seine Fortschritte bei der Umsetzung seiner Reformagenda, für die 18 Mio. EUR ausgezahlt wurden, und fordert die Fortführung der Umsetzungsmaßnahmen; betont, wie wichtig messbare und dauerhafte Ergebnisse bei der Umsetzung von Reformen sind, insbesondere in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Verwaltung der öffentlichen Finanzen;

52. fordert Montenegro weiterhin auf, alle ihm gewährten EU-Mittel vollumfänglich und effektiv zu nutzen, unter anderem durch die Verbesserung der Verwaltungskapazitäten, die Beschleunigung der Programmplanung und Auftragsvergabe sowie die Verbesserung der Koordinierung; betont den hohen Stellenwert einer breiten und konstruktiven Beteiligung von Interessenträgern, einschließlich lokaler Behörden, Wirtschaftsverbänden, Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft, in allen Phasen – von der Gestaltung von Reformmaßnahmen über die Durchführung von Projekten bis zur Überwachung der Ergebnisse; weist auf die Konditionalität der finanziellen Unterstützung durch die EU hin, wonach die Finanzierung an die Bedingung geknüpft ist, dass greifbare Fortschritte bei Reformen und der Achtung der Rechtsstaatlichkeit erzielt werden;

53. begrüßt die operative Beteiligung Montenegros am einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA), was einen wichtigen Schritt hin zu einer stärkeren finanziellen Integration in die EU darstellt und die Transaktionskosten für Bürger und Unternehmen verringern wird; nimmt erste Ergebnisse zur Kenntnis, denen zufolge seit der Einführung von SEPA im Oktober 2025 erhebliche Einsparungen bei den

Transaktionskosten erzielt wurden;

54. begrüßt den Vorschlag der Kommission, Verhandlungen mit den Partnern im Westbalkanraum, darunter Montenegro, aufzunehmen, um die EU-Regelung „Roam Like at Home“ (Roaming wie zu Hause) auszuweiten, damit die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen in der gesamten EU und in den Westbalkanländern von nahtlosen Mobilfunkverbindungen zu Inlandstarifen profitieren können, wodurch die zwischenmenschlichen Kontakte gefördert, die wirtschaftlichen Beziehungen gestärkt, der Bildungsaustausch unterstützt und der Tourismus erleichtert werden; betont, dass diese Initiative einen konkreten Schritt in Richtung einer vertieften Integration im Vorfeld des Beitritts darstellt, grenzüberschreitende soziale und wirtschaftliche Beziehungen fördert und den Bürgerinnen und Bürgern schon lange vor der Vollmitgliedschaft in der EU greifbare Vorteile bringt; begrüßt, dass der Rat die Aufnahme von Verhandlungen über die Ausweitung der Regelung „Roaming zu Inlandspreisen“ auf die Partnerländer im Westbalkanraum genehmigt hat, und fordert, dass die bilateralen Abkommen mit diesen Partnerländern zeitnah abgeschlossen werden;

55. nimmt das Wirtschaftswachstum Montenegros zur Kenntnis und fordert Montenegro nachdrücklich dazu auf, die Bemühungen bei der Haushaltsdisziplin, den Strukturreformen, der Verbesserung der Regierungsführung und bei den Maßnahmen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, des Wachstums des Privatsektors, der Investitionen aus dem Ausland, und der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung fortzuführen; fordert Montenegro auf, die Zoll-, Sozial- und Steuerpolitik an die EU-Standards anzupassen, was Transparenz und einen wirksamen Austausch von Steuerinformationen mit einschließt, um Fortschritte im Rahmen von Kapitel 16 zu erzielen; fordert Montenegro auf, sich an den EU-Rahmen für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen, insbesondere in strategischen Sektoren wie Energie, Telekommunikation, kritische Infrastruktur und Medien, anzugleichen, um strategische Abhängigkeiten zu verhindern und kritische Infrastrukturen und zentrale Wirtschaftszweige zu schützen; begrüßt die erste Investitionskonferenz EU-Montenegro als starkes Signal für die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen;

56. fordert Montenegro auf, die Digitalisierung öffentlicher Dienste voranzutreiben und die unternehmensbezogene Berufsbildung zu verbessern; betont, dass der Schutz personenbezogener und sensibler Daten der Bürgerinnen und Bürger in allen digitalen Systemen sichergestellt werden muss; begrüßt die Forderungen nach einer Integration aller westlichen Balkanländer in den digitalen Binnenmarkt der EU vor der EU-Mitgliedschaft;

57. fordert Montenegro nachdrücklich auf, seinen Kampf gegen Korruption bei Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge zu intensivieren, indem es den Rechtsrahmen stärkt und die Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten verbessert, und fordert Montenegro auf, dafür zu sorgen, dass alle zwischenstaatlichen Abkommen vollständig mit den Vorschriften und Grundsätzen der EU im Einklang stehen;

Energie, Umwelt und Konnektivität

58. fordert Montenegro nachdrücklich auf, seine Bemühungen um einen nachhaltigen und grünen Wandel zu verstärken und endlich seinen nationalen Energie- und Klimaplan anzunehmen und umzusetzen; betont den hohen Stellenwert der

Energieversorgungssicherheit, der Diversifizierung der Versorgung mit Blick auf eine Verminderung von strategischen Abhängigkeiten von externen Akteuren und der vollständigen Integration in den regionalen und europäischen Energiemarkt; verlangt die vollständige Angleichung an das Paket zur Integration des Elektrizitätssektors und stärkere Energieeffizienzmaßnahmen; fordert die Angleichung an die EU-Standards für Versorgungssicherheit und transparente Vergabeverfahren;

59. fordert Montenegro auf, seine Bemühungen um die Erreichung der Benchmarks für den Abschluss von Kapitel 27 zu verstärken und die Angleichung an den Besitzstand der EU im Umweltbereich sowie dessen wirksame Umsetzung in allen relevanten Sektoren, einschließlich Luftqualität, Wasser, Naturschutz, Abfallwirtschaft, industrielle Verschmutzung und Klimawandel zu beschleunigen und Strategien und Aktionspläne für Luftqualität und Naturschutz sowie lokale Abfallbewirtschaftungspläne anzunehmen; begrüßt, dass Montenegro dem LIFE-Programm der EU beigetreten ist; fordert alle Parteien auf, eine Einigung über die Kläranlage in der Gemeinde Zeta zu erzielen, die sowohl der Notwendigkeit des Baus der Anlage gerecht wird als auch die Anliegen der lokalen Bevölkerung berücksichtigt;

60. fordert Montenegro auf, Gebiete mit hohem Wert für die biologische Vielfalt, wie Smaragd-Gebiete und Gebiete mit einer künftigen Natura-2000-Ausweisung, zu schützen und ihren rechtlichen Schutz sowie die Angleichung an EU-Richtlinien sicherzustellen; fordert Montenegro auf, die Einrichtung und Umsetzung des Natura-2000-Netzes in vollständiger Angleichung an den Besitzstand der EU erheblich zu beschleunigen und sicherzustellen, dass die Ermittlung, Ausweisung und Verwaltung von Schutzgebieten auf wissenschaftlichen Kriterien und transparenten öffentlichen Konsultationsverfahren beruhen; fordert eine strengere Durchsetzung der Tierschutzvorschriften;

61. fordert Montenegro auf, seine Verwaltungs- und Kontrollkapazitäten auf nationaler und lokaler Ebene auszubauen sowie die interinstitutionelle Koordinierung und seine Entscheidungsverfahren bei Infrastrukturprojekten zu verbessern, indem es unter anderem eine wirksame Koordinierung zwischen strategischen Umweltprüfungen, Umweltverträglichkeitsprüfungen und angemessenen Bewertungsverfahren einrichtet; fordert Montenegro auf, seine Verkehrspolitik auf eine nachhaltige und intelligente Mobilität auszurichten;

62. betont, dass die regionale Verkehrs- und Energiekonnektivität ein Schlüsselelement der wirtschaftlichen Entwicklung und Stabilität in den westlichen Balkanländern darstellt und fordert Projekte, die die Integration mit den EU-Mitgliedstaaten vertiefen; ist besorgt darüber, dass vor dem Hintergrund der Umsetzung des Einreise-/Ausreisesystems der EU ab Oktober 2025 Grenzübertritte in den Schengen-Raum von Berufskraftfahrern aus den westlichen Balkanländern blockiert wurden; betont, dass bei anhaltenden Störungen die Lieferketten, Handelsströme und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Montenegro beeinträchtigt werden könnten; fordert die Kommission auf, in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten mögliche pragmatische und rechtlich tragfähige Lösungen zu prüfen, die den betrieblichen Gegebenheiten des Verkehrssektors und der Notwendigkeit, die Integrität des Schengen-Besitzstands zu wahren, in gleichem Maße Rechnung tragen, für angemessene Schutzvorkehrungen sorgen und jeglichen Missbrauch verhindern;

°

° °

63. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie – übersetzt in die montenegrinische Sprache – dem Präsidenten, der Regierung und dem Parlament Montenegros zu übermitteln.

Europäisches Parlament
2024-2029

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0217

Bericht 2025 der Kommission über Albanien

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 2026 zu dem Bericht 2025 der Kommission über Albanien (2025/2250(INI))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Albanien andererseits[1],

– unter Hinweis darauf, dass Albanien am 24. April 2009 einen Antrag auf Beitritt zur EU eingereicht hat,

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2021/1529 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. September 2021 zur Schaffung des Instruments für Heranführungshilfe (IPA III)[2],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2024/1449 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Einrichtung der Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan[3],

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 5. Februar 2020 mit dem Titel „Stärkung des Beitrittsprozesses – Eine glaubwürdige EU-Perspektive für den westlichen Balkan“ (COM(2020)0057),

– unter Hinweis auf den vom Rat im Juli 2022 gebilligten Verhandlungsrahmen der EU für Albanien, in dem die Leitlinien und Grundsätze für die Verhandlungen über den Beitritt Albaniens zur EU festgelegt sind,

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 8. November 2023 mit dem Titel „Ein neuer Wachstumsplan für den Westbalkan“ (COM(2023)0691),

– unter Hinweis auf die Reformagenda Albaniens, die im Rahmen der Reform- und Wachstumsfazilität der EU für den Westbalkan vorgelegt wurde und von der

1 ABl. L 107 vom 28.4.2009, S. 166, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_internation/2009/332/oj.
2 ABl. L 330 vom 20.9.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1529/oj.
3 ABl. L, 2024/1449, 24.5.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1449/oj.

Kommission am 23. Oktober 2024 gebilligt wurde,

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 8. Juli 2025 mit dem Titel „Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025“ (COM(2025)0900) und die der Mitteilung beigefügte Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen mit dem Titel „2025 Rule of Law Report – Country Chapter on the rule of law situation in Albania“ (Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025 – Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Albanien) (SWD(2024)0928),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 4. November 2025 mit dem Titel „Mitteilung 2025 über die Erweiterungspolitik der EU“ (COM(2025)0690) und die der Mitteilung beigefügte Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen mit dem Titel „Albania 2025 Report“ (Bericht 2025 über Albanien) (SWD(2025)0750),

– unter Hinweis auf den Abschlussbericht der Wahlbeobachtungsmission des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 23. Oktober 2025 über die Parlamentswahl in Albanien vom 11. Mai 2025,

– unter Hinweis auf die auf dem Gipfeltreffen EU-Westbalkan vom 17. Dezember 2025 in Brüssel abgegebene Erklärung,

– unter Hinweis auf die Gipfeltreffen EU-Westbalkan von 2018, 2020 und 2021 in Sofia, Zagreb und Brdo pri Kranju und ihre Erklärungen,

– unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zu Albanien,

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 11. März 2006 zu der EU-Erweiterungsstrategie[4],

– unter Hinweis auf den von Transparency International im Februar 2026 veröffentlichten Korruptionswahrnehmungsindex 2025,

– unter Hinweis auf die von Reporter ohne Grenzen im März 2025 veröffentlichte Rangliste der Pressefreiheit 2025,

– unter Hinweis auf den vom Weltwirtschaftsforum am 11. Juni 2025 veröffentlichten Bericht mit dem Titel „Global Gender Gap Report 2025“ (Globaler Bericht über das geschlechtsbedingte Gefälle 2025),

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (A10-0141/2026),

A. in der Erwägung, dass die EU-Erweiterung nach wie vor eine strategische Investition in Frieden, Sicherheit, Stabilität und demokratische und sozioökonomische Entwicklung in ganz Europa darstellt;

B. in der Erwägung, dass Albanien mit Blick auf den Beitritt zur EU unverändert klar,

[4] Angenommene Texte, P10_TA(2026)0077.

konsequent und strategisch Kurs gehalten und unter Beweis gestellt hat, dass es – auch in Bezug auf die restriktiven Maßnahmen der EU gegen Russland und Belarus – die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU vollständig übernommen hat und dementsprechend die Ukraine in Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen unterstützt;

C. in der Erwägung, dass Albanien im Jahr 2014 der Status eines EU-Bewerberlandes zuerkannt wurde, es die Beitrittsverhandlungen im Juli 2022 aufgenommen und das Screening-Verfahren im November 2023 erfolgreich abgeschlossen hat sowie dass mit dem Land zwischen dem 15. Oktober 2024 und dem 17. November 2025 alle Verhandlungscluster eröffnet wurden;

D. in der Erwägung, dass im Bericht 2025 der Kommission über Albanien bestätigt wird, dass das Land in den meisten beitrittsbezogenen Bereichen weiter Fortschritte erzielt, und gleichzeitig betont wird, dass tiefgreifendere, kohärentere und unumkehrbare Reformen erforderlich sind;

E. in der Erwägung, dass der Erweiterungsprozess der EU nur dann glaubhaft ist, wenn er an strenge Auflagen geknüpft ist, auf leistungsorientierten Fortschritten beruht und Reformen wirksam umgesetzt werden, nicht aber, wenn lediglich Rechtsvorschriften formell angenommen werden; in der Erwägung, dass Albanien der EU nur dann beitreten kann, wenn es in sämtlichen Bereichen des Clusters „Wesentliche Elemente“ der Beitrittsverhandlungen – allen voran in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Funktionsweise demokratischer Institutionen – dauerhafte, tiefgreifende und unumkehrbare Reformen durchführt; in der Erwägung, dass der Zeitplan für den Beitritt eines Bewerberlandes von der Qualität der von diesem Land durchgeführten Reformen abhängt;

F. in der Erwägung, dass es für den Beitrittsprozess Albaniens nach wie vor von entscheidender Bedeutung ist, die demokratischen Institutionen, die Unabhängigkeit der Justiz, die Bemühungen zur Korruptionsbekämpfung, die Medienfreiheit und die Grundrechte, darunter die Minderheitenrechte, zu stärken;

G. in der Erwägung, dass die Wahrung der Integrität demokratischer Prozesse zu einem zentralen Bestandteil der Erweiterungspolitik der EU geworden ist; in der Erwägung, dass das Parlament Albaniens im Juli 2025 die erste nationale Strategie des Landes gegen Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformation angenommen hat;

H. in der Erwägung, dass die Empfehlungen des BDIMR vom 23. Oktober 2025, die im Anschluss an die Parlamentswahl in Albanien vom 11. Mai 2025 abgegeben wurden, sowie die früheren Empfehlungen des BDIMR, wonach bei der Abhaltung von Wahlen in dem Land weitere Verbesserungen zu erzielen sind, bislang noch nicht vollständig umgesetzt wurden;

1. begrüßt das außerordentliche Engagement Albaniens für den Beitritt zur EU, dem ein parteiübergreifender Konsens sowie der überwältigende Rückhalt in der Bevölkerung zugrunde liegen, und würdigt, dass innerhalb von nur 13 Monaten alle Cluster der Beitrittsverhandlungen mit dem Land eröffnet wurden; stellt fest, dass die Bürgerinnen und Bürger Albaniens die EU-Mitgliedschaft nach wie vor in gleichbleibend hohem Maße befürworten und somit deutlich machen, dass die Bevölkerung des Landes äußerst bestrebt ist, Teil der EU zu werden; fordert das Land auf, den derzeitigen

Reformimpuls beizubehalten und die Angleichung an den Besitzstand der EU fortzuführen, und betont, dass die Fortschritte Albaniens auf dem Weg zum EU-Beitritt zur Stabilität, Sicherheit und Widerstandsfähigkeit Europas beitragen;

2. nimmt zur Kenntnis, dass Albanien die Beitrittsverhandlungen bis Ende 2027 abschließen möchte, und begrüßt, dass das Land in den vergangenen Jahren rasche Fortschritte in dieser Hinsicht erzielt hat; betont, dass die staatlichen Stellen Albaniens dafür Sorge tragen müssen, dass die Rechtsvorschriften vollumfänglich umgesetzt werden;

3. stellt fest, dass sowohl in dem Bericht 2025 der Kommission über Albanien als auch in dem Bericht des BDIMR über die Parlamentswahl vom Mai 2025 die Rahmenbedingungen für Wahlen in Albanien als weitgehend geeignet für die Abhaltung wettbewerbsgeprägter Wahlen bewertet werden, gleichzeitig jedoch Bedenken hinsichtlich ungleicher Wettbewerbsbedingungen für politische Akteure, der missbräuchlichen Verwendung von Verwaltungsressourcen, wodurch die Grenzen zwischen staatlichen Institutionen und Parteistrukturen verwischt werden, der Finanzierung politischer Parteien, mutmaßlichen Stimmenkaufs sowie der Ausübung von Druck auf Wählerinnen und Wähler bekräftigt werden; fordert daher die Regierungs- und Oppositionsparteien Albaniens auf, in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft konstruktiv und unter Einbeziehung aller Beteiligten eine umfassende Wahlreform voranzutreiben und die noch ausstehenden Empfehlungen des BDIMR und der Venedig-Kommission rechtzeitig vor den nächsten regulär anstehenden Wahlen vollständig umzusetzen; betont, dass mit einer derartigen Reform die Rahmenbedingungen für Wahlen gestärkt werden sollten, zu denen die Transparenz der Wahlkampffinanzierung, der gleichberechtigte Zugang zu den Medien und Schutzmaßnahmen gegen die missbräuchliche Verwendung von Verwaltungsressourcen gehören, und dafür gesorgt werden sollte, dass die Rahmenbedingungen wirksam durchgesetzt werden; betont, dass für das Vertrauen der Öffentlichkeit in künftige Wahlen ein umfassender parteiübergreifender Konsens und eine tatsächliche Umsetzung entsprechender Reformen erforderlich sind;

4. ist besorgt über die anhaltende politische Polarisierung und den konfrontativen politischen Diskurs, durch die die parlamentarische Kontrolle, das Vertrauen der Öffentlichkeit und das wirksame Funktionieren demokratischer Institutionen beeinträchtigt werden; fordert die politischen Akteure auf, wieder in einen konstruktiven parlamentarischen Dialog einzutreten und dafür zu sorgen, dass das Parlament Albaniens das zentrale Forum für demokratische Debatten und demokratische Kontrolle bleibt; betont, dass für eine funktionierende Demokratie eine sinnstiftende Beteiligung der Oppositionsparteien an den parlamentarischen Verfahren erforderlich ist; weist darauf hin, dass gewaltvolle Proteste in einer funktionierenden Demokratie fehl am Platz sind;

5. fordert, dass die Exekutive einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle unterliegt, bei Gesetzgebungsverfahren mehr Transparenz herrscht und Organisationen der Zivilgesellschaft, Sozialpartner und unabhängige Institutionen bereits frühzeitig konstruktiver einbezogen werden; betont, dass Fortschritte beim Prozess der Integration in die EU angestrebt werden sollten, ohne dabei Abstriche bei der Qualität und der Inklusivität der Reformen zu machen; betont, dass für eine nachhaltige Umsetzung und dauerhafte Wirkung Interessenträger angemessen einbezogen werden müssen und nationale Eigenverantwortung wichtig ist; betont, dass es wichtig ist, die Funktion und

die Kapazitäten der parlamentarischen Ausschüsse Albaniens zu stärken und zu diesem Zweck unter anderem den Zugang zu Informationen zu erleichtern, fachliche Unterstützung bereitzustellen und für transparente Gesetzgebungsverfahren zu sorgen;

Rechtsstaatlichkeit, Justiz und Korruptionsbekämpfung

6. begrüßt, dass Albanien seine Justizreform, die auch die Überprüfung von Richtern und Staatsanwälten umfasst, fortsetzt, zumal die Reformen zu mehr Rechenschaftspflicht und Integrität innerhalb der Justiz beigetragen haben; begrüßt, dass der Hohe Justizrat neue Richter ernannt und damit zur Verringerung der unbesetzten Stellen beigetragen hat; betont, dass es für die Rechtsstaatlichkeit nach wie vor von wesentlicher Bedeutung ist, die Unabhängigkeit der Justiz zu wahren und sich kontinuierlich um eine weitere Verbesserung der Rechenschaftspflicht, Qualität und Effizienz der Justiz zu bemühen; stellt jedoch fest, dass weiter Herausforderungen in Bezug auf die Effizienz des Justizwesens, die wirksame Vollstreckung rechtskräftiger Gerichtsentscheidungen, den Rückstau anhängiger Verfahren, die Kohärenz der Rechtsprechung sowie die versuchte unzulässige Beeinflussung bestehen;

7. weist darauf hin, dass die parlamentarische Immunität Teil des verfassungsrechtlichen Rahmens Albaniens ist, mit dem das ordnungsgemäße Funktionieren der demokratischen Institutionen sichergestellt werden soll; betont, dass alle diesbezüglichen Entscheidungen strikt im Einklang mit den verfassungsrechtlichen Bestimmungen sowie den geltenden rechtlichen Verfahren und ohne politische Einflussnahme oder ungebührliche Verzögerung getroffen werden sollten;

8. zollt den staatlichen Stellen Albaniens Anerkennung dafür, dass die Effizienz des Verfassungsgerichts des Landes kontinuierlich verbessert wird; fordert jedoch, dass die weiter gefassten Justizverwaltungsorgane weiter gestärkt werden und dass nachhaltig in die Infrastruktur der Gerichte und die Digitalisierung investiert wird; weist darauf hin, dass die Justiz weiterhin politischem Druck und Drohungen ausgesetzt ist und dadurch ihre Unabhängigkeit gefährdet wird; erachtet es als wichtig, dass sowohl die Exekutive als auch die Legislative die Beschlüsse des Verfassungsgerichts zeitnah und vollständig umsetzen, da dies ein wesentliches Element der Rechtsstaatlichkeit und des institutionellen Gleichgewichts ist;

9. bedauert, dass Albanien im Korruptionswahrnehmungsindex 2025 von Transparency International auf den 91. Platz zurückgefallen ist, nachdem es 2024 noch auf Platz 80 lag; betont, dass Korruption nach wie vor ein erhebliches Problem ist und dass Albanien trotz Fortschritten bei seinem rechtlichen und institutionellen Rahmen die entsprechenden polizeilichen Kapazitäten weiter ausbauen und seine Erfolgsbilanz bei Ermittlungen, Strafverfolgungsmaßnahmen und rechtskräftigen Verurteilungen weiter festigen muss, insbesondere wenn es um Korruption auf hoher Ebene geht; begrüßt, dass wichtige Gesetze zur Korruptionsbekämpfung, unter anderem zum Schutz von Hinweisgebern und zu Interessenkonflikten, angenommen wurden, und fordert deren konsequente Umsetzung; begrüßt, dass die speziellen Einrichtungen zur Bekämpfung von Korruption und die Einrichtungen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität, darunter die spezielle Struktur zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität, ihre Arbeit fortsetzen, und fordert, dass ihre Unabhängigkeit, eine angemessene Mittelausstattung und ihre hinreichende operative Leistungsfähigkeit dauerhaft sichergestellt werden, ohne ihre Ermittlungsbefugnisse einzuschränken oder ihre Arbeit zu beeinträchtigen; fordert, dass sich verstärkt darum bemüht wird, durch

Straftaten erlangte Vermögenswerte wirksam zu ermitteln, einzufrieren, einzuziehen und zu verwalten, und dass zu diesem Zweck unter anderem systematische Finanzermittlungen durchgeführt werden, die einrichtungs- und länderübergreifende Zusammenarbeit verbessert wird und die Einziehungsinstrumente im Einklang mit den Grundrechten in vollem Umfang genutzt werden;

10. hält daran fest, dass Korruption auf allen Ebenen bekämpft werden muss, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Institutionen des Staates zu stärken und ein berechenbares Geschäftsumfeld zu schaffen; fordert mehr Transparenz, strengere Kontrollen hinsichtlich Interessenkonflikten, gründlichere Integritätsrisikobewertungen und mehr gezielte Präventivmaßnahmen in Branchen mit hohem Risiko, insbesondere bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sowie bei der Konzessionsvergabe, bei der Erteilung von Genehmigungen, bei Inspektionen sowie im Bauwesen und in der Raumplanung;

11. fordert Albanien auf, eindeutige Fortschritte in Bezug auf die Erstregistrierung von Eigentum und hinsichtlich fairer, gemeinhin akzeptierter Entschädigungsleistungen zu erzielen und zu diesem Zweck die Transparenz des staatlichen Liegenschaftsregisters sowie die Qualität der Katasterdaten im Grundbuch zu verbessern und darüber hinaus sicherzustellen, dass bei Enteignung und der Entziehung von Eigentum das Recht auf ein faires Verfahren und das Recht auf wirksamen Rechtsbehelf geachtet werden;

12. erachtet es als sehr wichtig, wirksam gegen die organisierte Kriminalität wie Geldwäsche und Drogennetze vorzugehen, und fordert, dass enger mit EU-Agenturen wie Europol und Eurojust zusammengearbeitet wird; fordert die staatlichen Stellen auf, sich mit mehr Nachdruck darum zu bemühen, Albaniens Rechtsrahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität an den Besitzstand der EU anzupassen, die Strafverfolgungskapazitäten zu stärken und die Wirksamkeit der Ermittlungen zu verbessern;

13. begrüßt, dass Banken in Albanien offiziell damit begonnen haben, länderübergreifende Überweisungen in Euro über das SEPA-System durchzuführen; würdigt, dass die staatlichen Stellen Albaniens die nationale Strategie zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung 2024-2030 angenommen haben und sich damit nachdrücklich für die Bekämpfung von Geldwäsche einsetzen; nimmt die Initiative „Cashless Albania 2030“ (Bargeldloses Albanien 2030) zur Kenntnis, mit der das hohe Maß an informeller Arbeit und illegalen Geldströmen angegangen werden soll;

Grundrechte und Medienfreiheit

14. begrüßt, dass sich Albanien in der Rangliste der Pressefreiheit für das Jahr 2025 von Reporter ohne Grenzen von Platz 99 im Jahr 2024 auf Platz 80 im Jahr 2025 verbessert hat; fordert, dass weitere Anstrengungen zum Schutz der Meinungsfreiheit und des Medienpluralismus in Albanien unternommen werden, die Transparenz hinsichtlich möglicher Interessenkonflikte von Medieneigentümern erhöht wird, Schutzmaßnahmen gegen politischen und wirtschaftlichen Druck auf Journalistinnen und Journalisten getroffen und Drohungen und Angriffe gegen Medienschaffende wirksam untersucht werden; fordert, dass mehr Transparenz bei den Eigentumsverhältnissen im Medienbereich geschaffen wird und staatliche Werbeaufträge auf nachvollziehbare Weise verteilt werden, um die redaktionelle Unabhängigkeit und den Medienpluralismus zu gewährleisten;

15. verurteilt aufs Schärfste, dass unabhängige Journalistinnen und Journalisten sowie Medienschaffende in Albanien angefeindet werden, wozu verbale Angriffe und medienfeindliche Äußerungen hochrangiger Amtsträger, Verleumdungskampagnen sowie frauenfeindliche Schikane im Internet gehören, und stellt fest, dass häufig diejenigen Journalistinnen und Journalisten ins Visier genommen werden, die über Rechtsstaatlichkeit, Korruption und gerichtliche Angelegenheiten berichten; ist ferner besorgt über die hohe Zahl von Klagen gegen Journalistinnen und Journalisten; begrüßt die jüngsten Änderungen des Strafgesetzbuchs Albaniens; bedauert jedoch, dass diese nicht zu einer vollständigen Entkriminalisierung von Verleumdung und Beleidigung im Einklang mit EU-Standards und internationalen Standards geführt haben;

16. fordert die staatlichen Stellen Albaniens auf, die Medien- und Digitalkompetenz als ergänzende Maßnahme zu fördern, um die Widerstandsfähigkeit des Informationsumfelds zu stärken, und zu diesem Zweck unter anderem Medienkompetenzinitiativen in das gesamte Bildungssystem zu integrieren, die Lehrkraftausbildung und die Nutzung moderner Unterrichtsmaterialien zu unterstützen sowie die Zusammenarbeit mit unabhängigen Medien und einschlägigen EU-Programmen zu intensivieren, um kritisches Denken und einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien anzuregen;

17. fordert Albanien auf, den institutionellen Rahmen für den Schutz und die Förderung der Rechte von Angehörigen ethnischer und religiöser Minderheiten und schutzbedürftigen Gruppen zu stärken, darunter Roma und Ägypter, Menschen mit Behinderungen, Wanderarbeitnehmer und LGBTIQ+-Personen, und dafür zu sorgen, dass die Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Diskriminierung wirksam umgesetzt werden, dass ethnischen und religiösen Minderheiten sowie schutzbedürftigen Gruppen der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen erleichtert wird und dass diese sinnstiftend am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben teilhaben können; ist besorgt darüber, dass im politischen Diskurs in Albanien Äußerungen getätigt werden, die sich gegen die Geschlechtervielfalt richten; stellt fest, dass die Stärkung des institutionellen Rahmens für den Schutz der Minderheitenrechte mit wirksamen Maßnahmen einhergehen muss, durch die sichergestellt wird, dass diese Rechte in der Praxis uneingeschränkt und effektiv zum Tragen kommen;

18. fordert die staatlichen Stellen Albaniens auf, dafür zu sorgen, dass anerkannte nationale Minderheiten dauerhaften Zugang zu Bildung in ihren Minderheitensprachen erhalten und dass die dafür erforderliche Ausbildung von Lehrkräften, die Erstellung von Lehrbüchern sowie die Bewahrung der kulturellen Identität gefördert werden;

19. begrüßt, dass Albanien das Gesetz über die Gleichstellung der Geschlechter angenommen hat, das mit dem Besitzstand der EU und den internationalen Menschenrechtsnormen im Einklang steht; ist jedoch besorgt über die Flut von Desinformation und Hass gegen LGBTIQ-Personen, einschließlich Verleumdungskampagnen gegen die Arbeit von Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen einsetzen; fordert die staatlichen Stellen Albaniens auf, Personen, die diskriminierende Äußerungen verbreiten, vor dem Gesetz zur Rechenschaft zu ziehen; fordert die Regierung Albaniens auf, mit Blick auf die Angleichung der Rechtsvorschriften des Landes im Bereich der Menschenrechte an den Besitzstand der EU seiner im nationalen Aktionsplan für LGBTI-Personen (2021–2027) eingegangenen Verpflichtung nachzukommen und rechtliche Maßnahmen wie eingetragene Partnerschaften zu erarbeiten, um gleichgeschlechtliche Paare

anzuerkennen und zu schützen;

20. begrüßt, dass anerkannt wurde, dass die bulgarische Gemeinschaft seit jeher in Regionen wie Prespa, Golloborda und Gora ansässig ist, und fordert die staatlichen Stellen Albaniens auf, dafür zu sorgen, dass ihre sprachlichen, kulturellen und bildungsbezogenen Rechte sowie die entsprechenden Rechte der anderen anerkannten nationalen Minderheiten Albaniens uneingeschränkt geachtet werden;

21. bedauert, dass Minderheiten in Albanien nach wie vor Opfer von Diskriminierung und gesellschaftlicher Ausgrenzung sind, insbesondere was den Zugang zu Bildung, Beschäftigung und öffentlichen Dienstleistungen betrifft; fordert die Regierung Albaniens auf, die Antidiskriminierungspolitik und die Minderheitenrechte vollständig an den Besitzstand der EU anzugleichen; betont, dass insbesondere schutzbedürftigen und marginalisierten Gruppen der Zugang zur Justiz und die Teilhabe am politischen Leben erleichtert werden müssen;

22. stellt fest, dass die nationale griechische Minderheit insbesondere in Südalbanien heute wie damals stark vertreten ist, und fordert Albanien auf, für den Schutz des Eigentumsrechts zu sorgen;

23. betont ferner, dass es wichtig ist, Gedenkstätten im Zusammenhang mit der kommunistischen Diktatur zu erhalten und Gedenk- und Bildungsinitiativen zu unterstützen, die insbesondere bei jüngeren Generationen das Geschichtsbewusstsein fördern und die demokratische Kultur stärken;

24. begrüßt die lebendige und konstruktive Zivilgesellschaft Albaniens, die im Reformprozess eine entscheidende und positive Rolle spielt; fordert die Regierung Albaniens auf, kooperative Beziehungen aufzubauen und die Zivilgesellschaft von Anfang an aufrichtig in einen transparenten Gesetzgebungsprozess einzubeziehen; bedauert jedoch, dass Organisationen der Zivilgesellschaft in Albanien weiterhin mit Hindernissen konfrontiert sind und kaum öffentliche Mittel erhalten; fordert die Regierung Albaniens ferner auf, ein förderliches, sicheres und diskriminierungsfreies Umfeld für die Zivilgesellschaft zu schaffen;

25. ist besorgt darüber, dass Albanien in der weltweiten Rangliste, die das Weltwirtschaftsforum in ihrem Globalen Bericht 2025 über das geschlechtsbedingte Gefälle veröffentlicht hat, von Rang 23 im Jahr 2024 auf Rang 36 im Jahr 2025 zurückgefallen ist, was darauf hindeutet, dass sich das geschlechtsbedingte Gefälle vergrößert; bedauert, dass der Rechtsrahmen für die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt noch nicht an das Übereinkommen von Istanbul angeglichen wurde; fordert die Regierung Albaniens nachdrücklich auf, dass die Opferunterstützungsdienste verbessert werden, insbesondere die Gesundheitsversorgung, die Finanzierung von Schutzunterkünften für Frauen, die kostenlose Prozesskostenhilfe sowie die Programme zur Wiedereingliederung und Rehabilitierung;

26. ist besorgt darüber, dass die nationale Agenda Albaniens für die Rechte des Kindes 2021-2026 noch nicht vollständig umgesetzt ist und dass der Zugang von Kindern zur Justiz durch Verzögerungen, begrenzte Prozesskostenhilfe und eine unzureichende institutionelle Koordinierung behindert wird; bedauert, dass die Mehrheit der Kinder in Albanien nach wie vor von Armut bedroht ist; fordert die staatlichen Stellen Albaniens

auf, die nationale Agenda für die Rechte des Kindes wirksam umzusetzen und zu diesem Zweck Kinder zu unterstützen, die von Ausgrenzung und Armut bedroht sind;

Reform der öffentlichen Verwaltung und Governance

27. nimmt die Fortschritte bei der Reform der öffentlichen Verwaltung, unter anderem in den Bereichen strategische Planung und Koordinierung, zur Kenntnis; begrüßt die Annahme der bereichsübergreifenden Strategie für die Reform der öffentlichen Verwaltung 2025-2030; betont jedoch, dass für nach Leistung ausgerichtete Einstellungsverfahren und die Entpolitisierung des öffentlichen Dienstes weitere Anstrengungen erforderlich sind und ein neuer Rechtsrahmen für den öffentlichen Dienst angenommen und umgesetzt werden muss;

28. ist besorgt darüber, dass weder der Rechtsrahmen für die Vergabe öffentlicher Aufträge noch das Gesellschaftsrecht vollständig an den Besitzstand der EU angeglichen sind; fordert die staatlichen Stellen Albaniens auf, ihre Bemühungen um die vollständige Angleichung der Rechtsvorschriften des Landes an den Besitzstand der EU fortzusetzen; fordert eine verstärkte parlamentarische Kontrolle, unabhängige Prüfungen und vollständige Transparenz bei den Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge, damit EU-Standards in den Bereichen Wettbewerb, Datenschutz und Korruptionsbekämpfung eingehalten werden;

29. begrüßt die laufende Arbeit des parteiübergreifenden parlamentarischen Ausschusses Albaniens für die Gebietsreform; betont, dass jegliche Reform in diesem Bereich im Rahmen eines inklusiven Prozesses und auf der Grundlage objektiver sozioökonomischer Kriterien und europäischer Standards der lokalen Selbstverwaltung durchgeführt werden sollte;

30. fordert eine verbesserte Politikplanung, eine faktengestützte Beschlussfassung und transparente Haushaltsverfahren, wozu auch eine verstärkte parlamentarische Kontrolle der öffentlichen Finanzen zählt; hält daran fest, dass die Finanzmittel aufgestockt, die Verwaltungskapazitäten erhöht und Verbesserungen hinsichtlich der Steuerautonomie der lokalen Gebietskörperschaften erzielt werden müssen;

31. würdigt, dass die staatlichen Stellen Albaniens kürzlich die nationale Cybersicherheitsstrategie 2025-2030 angenommen haben; begrüßt, dass das derzeitige Gesetz zur Cybersicherheit an die NIS-2-Richtlinie[5] der EU angeglichen wird; würdigt, dass die staatlichen Stellen Albaniens eine aktualisierte Liste der Betreiber kritischer und wichtiger Informationsinfrastrukturen angenommen haben;

32. begrüßt, dass Albanien die Datenübermittlung an Eurostat kontinuierlich verbessert hat; fordert die staatlichen Stellen Albaniens auf, die Erstellung und Verbreitung hochwertiger Daten weiter auszubauen;

33. würdigt, dass die Regierung Albaniens neue Gesetze zu Marken und Patenten

---

[5] Richtlinie (EU) 2022/2555 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 und der Richtlinie (EU) 2018/1972 sowie zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2016/1148 (NIS-2-Richtlinie) (ABl. L 333 vom 27.12.2022, S. 80, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2022/2555/oj).

angenommen hat; fordert die staatlichen Stellen Albaniens auf, die Rechtsvorschriften des Landes über geistiges Eigentum vollständig an den Besitzstand der EU anzugleichen und sie weiter zu stärken;

Sozioökonomische Reformen und Umwelt

34. begrüßt Albaniens Engagement bei der Umsetzung des EU-Wachstumsplans für den Westbalkan; stellt jedoch fest, dass nach wie vor strukturelle Schwächen bestehen, darunter informelle Wirtschaftstätigkeiten, begrenztes Produktivitätswachstum und ein schwieriges Unternehmensumfeld; bedauert, dass die umfangreiche informelle Wirtschaft das Geschäftsumfeld und den Wettbewerb behindert; weist erneut darauf hin, dass es wichtig ist, die Verkehrsinfrastruktur zwischen den Westbalkanländern zu verbessern und die Zug- und Flugverbindungen zu den EU-Mitgliedstaaten weiter auszubauen; würdigt, dass die staatlichen Stellen Albaniens Projekte im Land, die von der EU finanziert werden, von der Mehrwertsteuer befreien;

35. weist erneut darauf hin, dass der Wirtschafts- und Investitionsplan der EU für den Westbalkan das Potenzial birgt, die Anbindung der Region durch den Schienen- und Straßenverkehr zu verbessern; fordert in diesem Zusammenhang die staatlichen Stellen aller betreffenden Länder auf, die Projekte im Rahmen des Korridors VIII, der Albanien, Nordmazedonien und Bulgarien verbindet, fertigzustellen;

36. fordert, dass ein umfassender Mechanismus zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen als strategische Initiative eingeführt wird, um die nationalen Interessen Albaniens zu schützen, die Sicherheit zu erhöhen und sicherzustellen, dass für Investoren Planbarkeit und die Übereinstimmung mit EU-Standards gegeben ist;

37. betont, dass das im Zusammenhang mit der internen Kontrolle der öffentlichen Finanzen verwendete System der internen Kontrolle nach wie vor nur teilweise wirksam ist; fordert Albanien auf, die Rechenschaftspflicht und Transparenz staatseigener Unternehmen zu erhöhen und zu diesem Zweck ihre jährlichen Finanzberichte öffentlich zugänglich zu machen; fordert die staatlichen Stellen Albaniens auf, die Empfehlungen des Obersten Rechnungskontrollorgans Albaniens vollumfänglich umzusetzen;

38. begrüßt, dass Albanien die Strategie für die Modernisierung und Harmonisierung seiner Zollinformationssysteme mit den Systemen der EU für den Zeitraum 2025-2030 angenommen hat; würdigt, dass die staatlichen Stellen Albaniens bemüht sind, durch die Harmonisierung und Verbesserung der Zollinfrastruktur die EU-Standards zu erfüllen; betont, dass die IT-Systeme des Zolls erheblich modernisiert werden müssen, um eine vollständige Harmonisierung mit den EU-Standards zu erreichen, und fordert die staatlichen Stellen Albaniens auf, die in diesem Zusammenhang erforderlichen Investitionen und Reformen zu beschleunigen;

39. begrüßt, dass die staatlichen Stellen Albaniens die Rechtsvorschriften über private Pensionsfonds an den Besitzstand der EU angepasst haben; fordert Albanien auf, die Angleichung an den Besitzstand der EU in den Bereichen Versicherungen, Kapitalmärkte, Wertpapiermärkte, Investmentfonds und Finanzmarktinfrastrukturen zum Abschluss zu bringen;

40. begrüßt nachdrücklich, dass die Kommission den Vorschlag unterbreitet hat,

Verhandlungen über die Ausweitung der EU-Regelung „Roaming zu Inlandspreisen“ auf die Westbalkanländer aufzunehmen, und dass der Rat dies genehmigt hat, und fordert die Kommission und die Partner im Westbalkanraum auf, rasch die notwendigen Schritte zur gegenseitigen Öffnung der Roamingmärkte der EU und der Partner im Westbalkanraum zu unternehmen, damit Bürger und Unternehmen Roamingdienste ohne zusätzliche Kosten nutzen können;

41. betont, dass Investitionen in Bildung, Kompetenzentwicklung und Innovation wichtig sind, um nachhaltiges Wachstum und sozialen Zusammenhalt zu fördern; begrüßt, dass die Regierung Albaniens Gesetzgebungsakte zur Reform der Hochschulbildung und zur stetigen Umsetzung der nationalen Bildungsstrategie 2021-2026 angenommen hat; fordert die staatlichen Stellen Albaniens auf, die Durchführungsbestimmungen für das Gesetz über das Kulturerbe und die Museen fertigzustellen; spricht sich für die Entwicklung politischer Maßnahmen aus, die darauf abzielen, die Auswanderung junger Menschen und die Abwanderung hochqualifizierter Kräfte zu verringern und die Chancen für junge Fachkräfte durch verbesserte Arbeitsmarktbedingungen, Bildungsreformen und Innovationsförderung zu stärken;

42. fordert, dass der Rahmen für den sozialen Wohnungsbau in Albanien weiterentwickelt und wirksam umgesetzt wird, und zwar auf der Grundlage der Fortführung und Verbesserung der nationalen Strategie für den sozialen Wohnungsbau 2016-2025, um einkommensschwachen und schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen stabile und menschenwürdige Lebensbedingungen zu ermöglichen; betont insbesondere, dass zugänglicher und erschwinglicher sozialer Wohnraum für junge Menschen, einschließlich Studierender und Auszubildender, wichtig ist, da dadurch ihre geografische Mobilität, ihr Zugang zu Bildung und Ausbildung sowie ihre erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt gefördert werden;

43. hebt hervor, dass ein aufrichtiger gesellschaftlicher Dialog überaus wichtig ist, damit die Vorteile der EU-Erweiterung verschiedenen Bevölkerungsgruppen zugutekommen; begrüßt, dass die Datenbankübertragung und die frühzeitige Anbindung an das Europäische Netz der Arbeitsvermittlungen (EURES) verbessert wurden, was durch die vollständige Angleichung der nationalen Liste der Berufe an die mehrsprachige europäische Klassifizierung für Fähigkeiten/Kompetenzen, Qualifikationen und Berufe (ESCO) ermöglicht wurde; bedauert jedoch, dass der Nationale Arbeitsrat nur selten zusammentritt; fordert, dass die dreiseitigen Konsultationen gestärkt und die Gewerkschaften angemessen vertreten werden; betont, dass der Kapazitätsaufbau der Sozialpartner gestärkt werden muss;

44. fordert, dass größere Anstrengungen unternommen werden, um die Einhaltung der arbeitsrechtlichen EU-Rechtsvorschriften und des Rahmens der EU für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz zu fördern, wozu auch die vollständige Umsetzung einer diskriminierungsfreien Politik und von Gleichstellungsmaßnahmen gehört, und hält die zuständigen staatlichen Stellen nachdrücklich dazu an, für eine wirksame Überwachung und Durchsetzung sowie für angemessene Sanktionen bei Verstößen zu sorgen;

45. betont, dass Fortschritte im Hinblick auf den Beitritt zur EU nur dann erzielt werden können, wenn tatsächlich nachweisbar ist, dass der Besitzstand im Umweltbereich – insbesondere in Bezug auf Umweltprüfungen, Naturschutzvorschriften und das Recht auf Beteiligung der Öffentlichkeit – umgesetzt und durchgesetzt wird;

46. nimmt zur Kenntnis, dass die Regierung Albaniens bekannt gegeben hat, die Abfallbewirtschaftungsbranche des Landes reformieren und die Abfallsammlung und -bewirtschaftung zentralisieren und verbessern zu wollen; nimmt jedoch mit Besorgnis zur Kenntnis, dass der Einschätzung der Kommission zufolge im Berichtszeitraum keine Fortschritte in den Bereichen Umwelt und Klimawandel erzielt wurden; fordert die Regierung Albaniens auf, der Umsetzung von Strategien zur Anpassung an den Klimawandel sowie dem Ausbau erneuerbarer Energieträger Vorrang einzuräumen und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern;

47. bedauert zutiefst, dass Albanien sein Gesetz von 2015 über strategische Investitionen verlängert hat, zumal die darin enthaltenen Bestimmungen beschleunigte Genehmigungsverfahren und weniger strenge Umweltprüfungen ermöglichen, was sich nachteilig auf Schutzgebiete und andere ökologisch empfindliche Gebiete auswirken könnte; fordert, dass die 2024 vorgenommenen Änderungen des Gesetzes über Schutzgebiete aufgehoben werden, da diese den Ausbau groß angelegter touristischer Infrastruktur innerhalb von Schutzgebieten ermöglichen und mit ihnen wichtige Verwaltungs- und Entscheidungsbefugnisse auf den Nationalen Rat für Raumordnung übertragen werden, wodurch die Umweltaufsicht geschwächt wird;

48. betont, dass die Kommission Albanien dazu aufgefordert hat, von Maßnahmen abzusehen, die seinen EU-Beitrittsprozess beeinträchtigen könnten, während im Land anhaltende Proteste gegen ein groß angelegtes Luxusbauprojekt stattfinden, durch das ein Naturschutzgebiet bedroht ist, in dem Flamingos und Robben beheimatet sind und Schildkröten nisten; schließt sich in diesem Zusammenhang der Kritik der Kommission an und weist darauf hin, dass die Angleichung an die EU-Umweltvorschriften, einschließlich der Vogelschutzrichtlinie[6] und der Habitat-Richtlinie[7], eine Voraussetzung für den EU-Beitritt ist;

49. ist zutiefst besorgt über die aktuellen Entwicklungen im Schutzgebiet Vjosa-Narta, die deutlich machen, welche Folgen diese Gesetzesänderungen in der Praxis haben und welche Risiken sich daraus für Gebiete von anerkanntem ökologischem Wert ergeben; verfolgt in diesem Zusammenhang aufmerksam die anhaltenden friedlichen Massenproteste; fordert die staatlichen Stellen Albaniens auf, der seit Langem bestehenden Forderung der Kommission und des Parlaments nachzukommen und im Einklang mit den Benchmarks für den Abschluss von Kapitel 27 umgehend ein Aussetzungsgebot für alle neuen Genehmigungsverfahren, Bauarbeiten und Erschließungsmaßnahmen in Schutzgebieten zu erlassen, bis die unvereinbaren Bestimmungen des geänderten Gesetzes über Schutzgebiete aufgehoben wurden und bis die vollständige Einhaltung der EU-Naturschutzstandards sichergestellt ist; betont, dass alle Projekte in diesem Bereich umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfungen unterzogen werden müssen, die in vollem Einklang mit den EU-Standards stehen, und dass ein transparentes Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit stattfinden muss, an dem lokale Gemeinschaften, Wissenschaftler und die Zivilgesellschaft beteiligt sind;

---

6 Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. L 20 vom 26.1.2010, S. 7, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2009/147/oj).

7 Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen (ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/1992/43/oj).

Außenpolitik und regionale Zusammenarbeit

50. würdigt, dass Albanien die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU vollumfänglich übernommen, restriktive Maßnahmen umgesetzt, sich weiter an Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU beteiligt sowie eine konstruktive Rolle bei der Förderung der regionalen Stabilität gespielt hat und damit unter Beweis gestellt hat, dass das Land eine starke euro-atlantische Haltung einnimmt; begrüßt die verstärkte Zusammenarbeit in Sicherheits- und Verteidigungsfragen im Rahmen der Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft zwischen der EU und Albanien sowie im Rahmen der Sicherheits- und Verteidigungsdialoge; betont, dass eine weitere Zusammenarbeit wichtig ist, beispielsweise in Form von gemeinsamen Ausbildungsinitiativen, Bündelung nachrichtendienstlicher Kapazitäten und verstärkten Maßnahmen zur Grenzsicherung, um regionalen und globalen Sicherheitsherausforderungen zu begegnen;

51. betont, dass bei der Teilnahme an internationalen Initiativen und Organisationen stets die Werte der EU, die regionale Stabilität und die Ziele Albaniens im Hinblick auf den Beitritt zur EU gewahrt bleiben sollten; hebt hervor, dass Transparenz und eine angemessene parlamentarische Kontrolle bei Beschlüssen im Zusammenhang mit internationalen Verpflichtungen von großer Bedeutung sind;

52. betont, dass gutnachbarschaftliche Beziehungen und regionale Zusammenarbeit wesentliche Bestandteile des EU-Erweiterungsprozesses und mithin von großer Bedeutung sind, und begrüßt die aktive Beteiligung Albaniens an regionalen Initiativen; betont, dass die sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Westbalkanraum vertieft und eine engere Koordinierung zwischen den Partnern in der Region gefördert werden muss, um gegen organisierte Kriminalität, Cyberbedrohungen und hybride Herausforderungen vorzugehen; stellt fest, dass die Region Adria-Ionisches Meer für die Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität Europas von strategischer Bedeutung ist; fordert Albanien auf, seine Fähigkeiten im Bereich der maritimen Sicherheit in Abstimmung mit der EU und der NATO zu verbessern sowie die Marineinfrastruktur zu stärken, die Überwachungssysteme zu verbessern und die Bemühungen zur Bekämpfung illegaler Aktivitäten wie Menschenhandel zu intensivieren; legt Albanien nahe, enger mit den EU-Küstenstaaten zusammenzuarbeiten, um den Schutz wichtiger Seewege und die ökologische Nachhaltigkeit in der Region sicherzustellen;

53. weist warnend darauf hin, dass außerhalb des EU-Rahmens entwickelte Initiativen wie der Verbund „Offener Balkan“ die Gefahr bergen, Parallelstrukturen zu schaffen, durch die der Berlin-Prozess und der gemeinsame regionale Markt der Westbalkanländer entkräftet werden könnten;

EU-Unterstützung

54. begrüßt die finanzielle und technische Unterstützung, die die EU Albanien im Rahmen des IPA III und der Reform- und Wachstumsfazilität zukommen lässt, und betont, dass diese Unterstützung auch künftig fest an die Umsetzung konkreter Reformen und an messbare Ergebnisse geknüpft sein muss; fordert die EU auf, Initiativen für die regionale Sicherheit, mit denen die Stabilität und die Widerstandsfähigkeit in der gesamten Westbalkanregion verbessert werden, stärker zu fördern; begrüßt die bilateralen Hilfsmaßnahmen der Europäischen Friedensfazilität zur Unterstützung der

Streitkräfte Albaniens, wodurch Albanien besser in die Lage versetzt wird, einen Beitrag zu den im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU durchgeführten Missionen und Operationen zu leisten;

55. fordert, dass eine verstärkte Aufsicht erfolgt, Organisationen der Zivilgesellschaft, Wirtschaftsverbände und Sozialpartner in allen Phasen der Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan sinnstiftend eingebunden werden und Reformmaßnahmen ausgearbeitet, Projekte umgesetzt und die Ergebnisse überwacht werden;

56. fordert die EU auf, Albanien zusätzliche finanzielle und technische Unterstützung zukommen zu lassen, um eine nachhaltige ländliche Entwicklung zu fördern und im Einklang mit der Kohäsionspolitik der EU die Kluft zwischen Stadt und Land zu verringern;

57. ist besorgt über die schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten, die das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung bei der Umsetzung des EU-Instruments für Heranführungshilfe für die Entwicklung des ländlichen Raums (IPARD II) in Albanien festgestellt hat; betont, dass für vollständige Transparenz, Rechenschaftspflicht und wirksame Kontrollmechanismen bei der Verwendung der Finanzhilfen der EU zu sorgen ist, damit die finanziellen Interessen der EU gewahrt werden und das Vertrauen der Öffentlichkeit aufrechterhalten wird; fordert, dass die erforderlichen Korrekturmaßnahmen umgehend umgesetzt werden;

58. fordert die Kommission auf, weiterhin klare Leitlinien zu den Reformprioritäten vorzugeben und dafür zu sorgen, dass die Fortschritte bei den Reformen transparent und streng überwacht werden; fordert die Kommission ferner auf, in allen Mitgliedstaaten und in Albanien eine Informationskampagne durchzuführen, um den Bürgerinnen und Bürgern die positiven Auswirkungen der EU-Erweiterung aufzuzeigen;

59. fordert die Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst auf, die Widerstandsfähigkeit Albaniens gegen hybride Bedrohungen in den Bereichen Cybersicherheit, Informationsmanipulation und Schutz kritischer Infrastruktur weiter zu stärken; betont, dass die Koordinierung verbessert und gegen Desinformation und hybride Bedrohungen – mit denen die Unterstützung der Öffentlichkeit in Albanien für eine EU-Mitgliedschaft geschmälert werden soll – vorgegangen werden muss und dass zu diesem Zweck den Menschen in der Westbalkanregion auf strategische Weise stärker vor Augen geführt werden muss, welche Bedeutung die EU hat;

°

° °

60. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, dem Präsidenten des Europäischen Rates, der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie dem Präsidenten, der Regierung und dem Parlament der Republik Albanien zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0218

Bericht 2025 der Kommission über Nordmazedonien

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 2026 über den Bericht 2025 der Kommission über Nordmazedonien (2025/2254(INI))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Nordmazedonien andererseits[1],

– unter Hinweis darauf, dass Nordmazedonien am 22. März 2004 einen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union eingereicht hat,

– unter Hinweis auf den Beschluss des Europäischen Rates vom 16. Dezember 2005, Nordmazedonien den Status eines Bewerberlandes zuzuerkennen,

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Rates vom 18. Juli 2022 zur Erweiterung – Nordmazedonien und Albanien und vom 17. Dezember 2024 zur Erweiterung,

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2021/1529 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. September 2021 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA III)[2],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2024/1449 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Einrichtung der Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan[3],

– unter Hinweis auf die Reformagenda Nordmazedoniens, die von der Kommission im Rahmen der Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan am 23. Oktober 2024 gebilligt wurde,

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 5. Februar 2020 mit dem Titel „Stärkung des Beitrittsprozesses – Eine glaubwürdige EU-Perspektive für den

1 ABl. L 84 vom 20.3.2004, S. 13, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_internation/2004/239(2)/oj.
2 ABl. L 330 vom 20.9.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1529/oj.
3 ABl. L, 2024/1449, 24.5.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1449/oj.

westlichen Balkan“ (COM(2020)0057),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 8. November 2023 mit dem Titel „Ein neuer Wachstumsplan für den Westbalkan“ (COM(2023)0691),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 20. März 2024 über Reformen und Überprüfungen von Politikbereichen im Vorfeld der Erweiterung (COM(2024)0146),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 8. Juli 2025 mit dem Titel „2025 Rule of Law Report“ (Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025) (COM(2025)0900) und die der Mitteilung beigefügte Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen mit dem Titel „2025 Rule of Law Report – Country Chapter on the rule of law situation in North Macedonia“ (Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025 – Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Nordmazedonien) (SWD(2025)0930),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 4. November 2025 mit dem Titel „Mitteilung 2025 über die Erweiterungspolitik der EU“ (COM(2025)0690) und die der Mitteilung beigefügte Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen mit dem Titel „North Macedonia 2025 Report“ (Bericht 2025 über Nordmazedonien) (SWD(2025)0753),

– unter Hinweis auf die Europäische Menschenrechtskonvention und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte,

– unter Hinweis auf die Gipfeltreffen EU-Westbalkan von 2018, 2020 und 2021 in Sofia, Zagreb und Brdo pri Kranju und ihre Erklärungen,

– unter Hinweis auf die Erklärung, die auf dem Gipfeltreffen EU-Westbalkan am 17. Dezember 2025 in Brüssel abgegeben wurde,

– unter Hinweis auf den Abschlussbericht der Wahlbeobachtungsmission des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) vom 23. September 2024 zu der Präsidentschaftswahl in Nordmazedonien am 24. April 2024 und der Parlamentswahl am 8. Mai 2024,

– unter Hinweis auf die 19. Sitzung des Stabilitäts- und Assoziationsausschusses EU-Nordmazedonien,

– unter Hinweis auf die gemeinsamen Empfehlungen, die auf der 24. Tagung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EU-Nordmazedonien am 26. und 27. November 2025 in Straßburg angenommen wurden,

– unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zu Nordmazedonien, insbesondere auf seine Entschließung vom 24. Oktober 2019 zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien[4],

[4] ABl. C 202 vom 28.5.2021, S. 86.

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 29. Februar 2024 zu einer Vertiefung der EU-Integration mit Blick auf eine künftige Erweiterung[5],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 11. März 2026 zu der EU-Erweiterungsstrategie[6],

– unter Hinweis auf das Rahmenabkommen von Ohrid von 2001,

– unter Hinweis auf den Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit zwischen Bulgarien und der Republik Nordmazedonien, der am 1. August 2017 unterzeichnet und im Januar 2018 ratifiziert wurde,

– unter Hinweis auf das endgültige Abkommen über die Beilegung der in den Resolutionen 817 (1993) und 845 (1993) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen bezeichneten Differenzen, die Kündigung des Interimsabkommens von 1995 und die Begründung einer strategischen Partnerschaft zwischen Griechenland und Nordmazedonien vom 17. Juni 2018, das auch als Prespa-Abkommen bekannt ist,

– unter Hinweis auf die dritte Konferenz der Vereinten Nationen über die Standardisierung geografischer Bezeichnungen im Jahr 1977,

– unter Hinweis auf den Dialog mit Nordmazedonien über die Nachbegleitung und den entsprechenden Bericht, der am 8. Januar 2026 von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats angenommen wurde,

– unter Hinweis auf den am 29. Juni 2023 von der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) des Europarats angenommenen sechsten Bericht zu Nordmazedonien,

– unter Hinweis auf die gemeinsame Mitteilung der Kommission und des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 25. November 2020 mit dem Titel „EU-Aktionsplan für die Gleichstellung (GAP III) – Eine ambitionierte Agenda für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau im auswärtigen Handeln der EU“ (JOIN(2020)0017), die der Mitteilung beigefügte gemeinsame Arbeitsunterlage mit dem Titel „Objectives and Indicators to frame the implementation of the Gender Action Plan III (2021-25)“ (Ziele und Indikatoren für die Umsetzung des Aktionsplans für die Gleichstellung III (2021-25)) (SWD(2020)0284) sowie den Umsetzungsplan auf Länderebene für Nordmazedonien,

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (A10-0162/2026),

A. in der Erwägung, dass Nordmazedonien seit 2005 den Status eines EU-Bewerberlandes innehat und das Screening-Verfahren im Dezember 2023 erfolgreich abgeschlossen hat;

B. in der Erwägung, dass Nordmazedoniens strategisches Engagement für den EU-Beitritt und der nationale Konsens zwischen den Parteien unerschütterlich sind und dass die

---

5 ABl. C, C/2024/6746, 26.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/6746/oj.
6 Angenommene Texte, P10_TA(2026)0077.

Unterstützung in den Reihen der Bürger für die EU-Mitgliedschaft gegenüber 2024 um nahezu 10 % auf 71 %; gestiegen ist;

C. in der Erwägung, dass die Erweiterungspolitik der EU weiterhin eine strategische Investition in Frieden, Demokratie, Stabilität und Wohlstand auf dem europäischen Kontinent darstellt und dass die Glaubwürdigkeit des Beitrittsprozesses von strengen Auflagen und einer fairen Behandlung der Bewerberländer abhängt; in der Erwägung, dass die Bewerberländer die Kopenhagener Kriterien uneingeschränkt erfüllen und sich an die europäischen Werte halten müssen; in der Erwägung, dass bilaterale Fragen bilateral und im Einklang mit dem Völkerrecht gelöst werden und nicht dazu genutzt werden sollten, den Erweiterungsprozess zu blockieren oder weiter zu politisieren; in der Erwägung, dass die Glaubwürdigkeit der Erweiterungspolitik der EU gleichermaßen davon abhängt, dass die Bewerberländer Reformen durchführen und dass die EU ihren Verpflichtungen nachkommt, sobald alle Bedingungen erfüllt sind;

D. in der Erwägung, dass das Parlament die europäische Perspektive Nordmazedoniens konsequent unterstützt und einen kontinuierlichen Dialog mit mazedonischen Behörden, Interessenträgern und der Zivilgesellschaft des Landes führt und betont hat, dass nachhaltige Reformen, die Achtung demokratischer Werte, der Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sowie die Erfüllung der vereinbarten Verpflichtungen erforderlich sind;

E. in der Erwägung, dass sich die Auswanderung nach wie vor negativ auf Nordmazedonien auswirkt und langfristige Risiken für die finanzielle Tragfähigkeit wesentlicher öffentlicher Dienstleistungen birgt;

F. in der Erwägung, dass die politische Polarisierung, die eingeschränkte parteiübergreifende Zusammenarbeit und die langsame Umsetzung von Reformen das Vertrauen und die Beteiligung der Öffentlichkeit nach wie vor verringern;

G. in der Erwägung, dass insbesondere in komplexen historischen Kontexten Fragen der Sprache, Identität und Kultur naturgemäß sensibel sind; in der Erwägung, dass die Gefahr besteht, dass der Beitrittsprozess der Bewerberländer erschwert und politisiert wird, wenn solche Fragen zusätzlich in die Erweiterungsdiskussionen eingebracht werden, und dass diese Fragen daher mit Zurückhaltung und Verantwortung in einer Weise behandelt werden sollten, bei der die Integrität der Erweiterungspolitik der EU gewahrt bleibt;

H. in der Erwägung, dass Nordmazedonien messbare, wenn auch langsame Fortschritte bei der Umsetzung seiner Reformagenda erzielt hat, die hauptsächlich Reformen in anderen als den grundlegenden Bereichen abdecken; in der Erwägung, dass die Umsetzung der Reformagenda zur Modernisierung und Entwicklung der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Institutionen Nordmazedoniens beiträgt;

I. in der Erwägung, dass der Rat zu der Schlussfolgerung gekommen ist, dass er bereit ist, gemäß seinen internen Verfahren, ohne weitere Verzögerungen oder zusätzliche politische Entscheidungen eine Regierungskonferenz einzuberufen, sobald Nordmazedonien seiner Verpflichtung, die Verfassungsänderungen abzuschließen, nachgekommen ist;

J. in der Erwägung, dass einzelne EU-Mitgliedstaaten ihre Standpunkte zum Verhandlungsrahmen Nordmazedoniens zum Ausdruck gebracht haben;

K. in der Erwägung, dass das Ersinnen einer gemeinsamen Herangehensweise bei der Vermittlung und Aufarbeitung der Vergangenheit und die Etablierung einer Kultur des Gedenkens in einer für beide Seiten respektvollen Art und Weise die Grundlage ist, auf der Bulgarien und Nordmazedonien ihre künftigen Beziehungen aufbauen sollten; in der Erwägung, dass sich die Bildungsprozesse in den beiden Ländern in den Beziehungen zwischen den künftigen Generationen in Nordmazedonien und Bulgarien widerspiegeln werden;

1. bekräftigt seine uneingeschränkte Unterstützung für das Engagement Nordmazedoniens im Hinblick auf die EU-Mitgliedschaft auf der Grundlage klarer und messbarer Fortschritte und strenger, aber fairer Bedingungen sowie der notwendigen tiefgreifenden Änderungen, die zur Erfüllung der Beitrittskriterien erforderlich sind; würdigt das Engagement des Landes für die europäische Integration und fordert weitere Anstrengungen, um Reformen zwecks Angleichung an die EU voranzubringen; weist jedoch erneut darauf hin, dass Fortschritte bei den Beitrittsverhandlungen nach wie vor von anhaltenden und tiefgreifenden Reformen abhängen und auf einem strikt leistungsbasierten Ansatz basieren müssen;

2. stellt mit Bedauern fest, dass seit dem letzten Bericht keine Fortschritte erzielt wurden; weist darauf hin, dass die Reformdynamik ein erneuertes politisches Engagement erfordert und aus konkreten Maßnahmen bestehen muss, auch wenn es um die notwendigen Verfassungsänderungen, eine konstruktive parteiübergreifende Zusammenarbeit und eine wirksame parlamentarische Kontrolle geht; ist sich dessen bewusst, dass die Verfassungsänderungen ein wichtiges, aber sehr kontroverses Thema in einem Land sind, das viele Schwierigkeiten auf dem Weg zu einer unabhängigen Nation überwunden hat; betont in diesem Zusammenhang, dass alle politischen Interessenträger, die sich für den europäischen Weg des Landes einsetzen, dringend ihre Kräfte bündeln sollten, damit die notwendigen Verfassungsänderungen umgesetzt werden, was die Eröffnung des ersten Verhandlungsclusters ermöglichen wird; weist darauf hin, dass die parteiübergreifende Zusammenarbeit bei der Angleichung der nationalen Rechtsvorschriften an den EU-Besitzstand während der gesamten Verhandlungen weiterhin von wesentlicher Bedeutung sein wird;

3. begrüßt die jüngsten politischen Signale in Nordmazedonien in Bezug auf ein erneuertes Engagement für Reformen; betont jedoch, dass das Land nur auf der Grundlage einer Erfolgsbilanz bei den durchgeführten Reformen bewertet wird; betont, dass das Fehlen einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit zur Förderung der Verfassungsänderungen keine Entschuldigung dafür ist, andere notwendige Reformen zu verzögern, die dem Land und seinen Bürgern unabhängig vom europäischen Weg zugutekommen würden;

4. fordert die Mitgliedstaaten, den Rat und die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass der Beitrittsprozess berechenbar und glaubhaft bleibt, nicht zuletzt, um die öffentliche Unterstützung in den Erweiterungsländern für den Beitritt zu erhalten; fordert in diesem Zusammenhang den Europäischen Rat und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, öffentlich und unmissverständlich ihre Absicht zu bekunden, zeitnah und bedingungslos den positiven Beschluss zu fassen, die nächste Phase der Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien aufzunehmen, sofern die in den Schlussfolgerungen des Rates vom 18. Juli 2022 festgelegten Bedingungen erfüllt sind; stellt fest, dass Nordmazedonien eines der Bewerberländer ist, dessen Beitrittsprozess am längsten aussteht, da ihm vor zwei Jahrzehnten der Status eines Bewerberlandes zuerkannt wurde; betont, dass die wiederholte Verschiebung des Beginns der Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien

durch den Europäischen Rat dazu beigetragen hat, dass die politischen Akteure und die Bürger des Landes davon ausgehen, dass Nordmazedonien geringe Aussichten auf einen EU-Beitritt hat;

5. Schließt sich der Forderung des Europäischen Rates aus seinen Schlussfolgerungen zu Nordmazedonien aus dem Jahr 2024 erneut an, den Abschluss der Verfassungsänderungen zu beschleunigen; weist darauf hin, dass der Rat seine Bereitschaft bekräftigt hat, unverzüglich eine weitere Regierungskonferenz einzuberufen oder zusätzliche politische Entscheidungen zu treffen, sobald Nordmazedonien seine Verpflichtung gemäß seinen internen Verfahren erfüllt hat, und dass der Rat danach bereit ist, den ersten Verhandlungscluster gemäß dem Verhandlungsrahmen so bald wie möglich zu eröffnen;

6. würdigt das Engagement der Bürger Nordmazedoniens für die Integration in die EU und die Unterstützung, die sie diesem Projekt auch zwei Jahrzehnte nach Beginn des Prozesses entgegenbringen; fordert die Kommission auf, klare Vorschläge dazu vorzulegen, wie die Instrumente der schrittweisen Integration, einschließlich der Instrumente im Rahmen des Wachstumsplans für den Westbalkan, als Ergänzung und nicht als Ersatz für die Vollmitgliedschaft in möglichst vielen Bereichen angewandt werden können, damit die Bürger Nordmazedoniens bereits vor dem Beitritt von der EU-Integration profitieren können;

7. weist erneut darauf hin, dass eine einstimmige Beschlussfassung über die Aufnahme und den Abschluss von Beitrittsverhandlungen als wichtige politische Meilensteine im Erweiterungsprozess erforderlich ist; bekräftigt seine Forderung, die Handlungsfähigkeit der EU durch vereinfachte Verfahren wie die Anwendung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit in den Zwischenschritten des Erweiterungsprozesses in vollem Einklang mit den Verträgen zu verbessern;

8. weist darauf hin, dass bilaterale Streitigkeiten zwischen Ländern im Rahmen eines offenen Dialogs unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und von Fachleuten und einer echten Zusammenarbeit nach Treu und Glauben und im Einklang mit dem Völkerrecht beigelegt und nicht im Rahmen des Beitrittsprozesses instrumentalisiert werden sollten;

9. betont, dass sprachliche, kulturelle und nationale Identitäten eine echte Grundlage jedes Landes sind und nicht von Dritten infrage gestellt werden sollten; stellt ferner fest, dass solche Angelegenheiten den EU-Beitrittsprozess nicht beeinflussen sollten, bei dem man sich auf die Umsetzung des EU-Besitzstands und die Angleichung an die Werte und Grundsätze der EU gemäß den Kopenhagener Kriterien und den Grundsätzen gutnachbarlicher Beziehungen konzentriert und der von objektiven Kriterien geleitet werden und ausschließlich auf Verdiensten beruhen sollte; lehnt ethno-nationalistische Rhetorik, auch seitens politischer Akteure, durch die einer Spaltung Vorschub geleistet wird und gutnachbarliche Beziehungen und Beziehungen zwischen ethnischen Gruppen und Gemeinschaften untergraben werden, entschieden ab; fordert die EU auf, mehr Anstrengungen zu unternehmen, um diese Rhetorik und ihre Auswirkungen einzudämmen;

10. begrüßt die Stabilität der Beziehungen zwischen den Volksgruppen in Nordmazedonien und die Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid, unter anderem durch Regelungen einer gerechten Vertretung; fordert alle Akteure auf, die Grundlagen für die Stabilität und Integrität des Landes zu wahren, die Beziehungen, die Zusammenarbeit

und den Austausch zwischen ethnischen Gruppen, Minderheiten und anderen Gemeinschaften voranzubringen und von spaltender Rhetorik Abstand zu nehmen;

11. nimmt die Entscheidung des Verfassungsgerichts Nordmazedoniens vom 18. September 2024 über die Aufhebung bestimmter Bestimmungen über Quoten für Vertreter der albanischen und anderer Gemeinschaften in öffentlichen Einrichtungen zur Kenntnis; betont, dass die Verwaltung des Landes seine multiethnische Zusammensetzung widerspiegeln sollte; fordert die staatlichen Stellen auf, für eine angemessene und faire Vertretung aller Gemeinschaften gemäß dem Rahmenabkommen von Ohrid zu sorgen und den entsprechenden Gesetzentwurf vollständig im Einklang mit der Stellungnahme der Venedig-Kommission und den EU-Standards zu ändern und umzusetzen; fordert die staatlichen Stellen Nordmazedoniens nachdrücklich auf, die Frage der Verwendung der albanischen Sprache für staatliche Prüfungen rasch beizulegen, um die praktische Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid sowohl in rechtlicher als auch in inhaltlicher Hinsicht sicherzustellen, und die Studentenproteste nicht in unaufrichtiger Weise als politisch motiviert oder als destabilisierender Faktor darzustellen;

12. nimmt zur Kenntnis, dass der Stabilitäts- und Assoziationsausschuss kürzlich die Fortschritte bei der Erfüllung der Vorgaben für die Öffnung des Clusters „Wesentliche Elemente“ begrüßt hat, die mithilfe in Form von Fahrplänen für die Reform der öffentlichen Verwaltung und für die Kapitel über Rechtsstaatlichkeit erzielt wurden; fordert Nordmazedonien auf, alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit den Vorgaben für die Eröffnung des Clusters „Wesentliche Elemente“ in einem transparenten und sinnvollen Konsultationsprozess mit allen einschlägigen Interessenträgern, einschließlich der Zivilgesellschaft, vorzubereiten und abzuschließen;

Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen

13. stellt fest, dass die demokratischen Institutionen in Nordmazedonien zwar zufriedenstellend funktionieren, eine politische Polarisierung jedoch fortbesteht, aufgrund derer sich dringend benötigte Reformen und Ernennungen verzögern; bedauert, dass keine Versuche unternommen wurden, die Verfassungsänderungen anzunehmen, zu deren Annahme sich das Land verpflichtet hat und die erforderlich sind, damit das Cluster „Wesentliche Elemente“ eröffnet werden kann; fordert alle in der Versammlung der Republik Nordmazedonien vertretenen politischen Parteien nachdrücklich auf, die hitzige Wahlkampfrhetorik zu überwinden und parteiübergreifend zusammenzuarbeiten, um eine Einigung über die notwendigen Reformen zu erzielen; fordert die Organe und Mitgliedstaaten der EU auf, mehr Anstrengungen zu unternehmen, um die Lösung dieses Problems zu erleichtern, unter anderem durch technische Hilfe und die Förderung von Dialog;

14. betont, dass die parlamentarische Kontrolle der Exekutive weiter ausgebaut werden sollte, und fordert verstärkte Kontrollmechanismen, einschließlich der verstärkten Einbeziehung von Oppositionsparteien und Akteuren der Zivilgesellschaft;

15. begrüßt, dass die Kommunalwahlen im Oktober und November 2025 im Allgemeinen von fairem Wettbewerb geprägt waren und dass die Wahlverwaltung die Wahlvorbereitungen trotz einiger Verfahrensmängel weitgehend effizient abgewickelt hat; merkt an, dass eine umfassende Wahlreform immer noch überfällig ist; bekräftigt seine Forderung, die noch offenen Empfehlungen des BDIMR der OSZE und der Venedig-Kommission in transparenter Weise unter Einbeziehung aller relevanten

Interessenträger umzusetzen; fordert darüber hinaus mehr Transparenz in Bezug auf die Finanzierung und Ausgaben politischer Parteien und politischer Werbung, sowohl in traditionellen als auch in digitalen Medien, insbesondere in den Social Media; fordert Nordmazedonien auf, Regelungslücken zu schließen, die eine verdeckte Einflussnahme bei Wahlen ermöglichen, insbesondere durch die Regulierung politischer Werbung im Internet – so auch mittels einer obligatorischen Nennung der Sponsoren, Transparenz bei den Ausgaben und einer aussagekräftigen Offenlegung der Targeting-Kriterien – sowie durch Regelungen zu Kanälen für die Finanzierung durch Dritte und wahlkampfbezogene Ausgaben; fordert eine gerechte staatliche Finanzierung und einen gleichberechtigten Zugang aller politischen Parteien und unabhängigen Kandidaten zu den Medien;

16. fordert eine echte und bedeutsame politische Stärkung von Frauen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene, um ihre Beteiligung am Wahlprozess und an der politischen Entscheidungsfindung zu verbessern; empfiehlt ferner, Geschlechterquoten einzuführen, wenn sie noch nicht vorhanden sind, um sicherzustellen, dass die in der nationalen Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter festgelegte Verpflichtung zur ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern eingehalten wird;

17. erkennt an, dass bei der Reform der öffentlichen Verwaltung und dem digitalen Wandel im Hinblick auf größere Transparenz und Effizienz im öffentlichen Sektor moderate Fortschritte erzielt wurden, darunter durch die kürzlich angenommenen Vorschriften über die elektronische Identifizierung, die mit den EU-Verordnungen übereinstimmen; stellt jedoch fest, dass weitere Anstrengungen erforderlich sind, einschließlich Reformen der lokalen Selbstverwaltung und einer stärkeren Umsetzung der Strategie für die öffentliche Verwaltung 2023-2030, die es den lokalen Verwaltungen ermöglichen würde, bessere Dienstleistungen für die Bürger zu erbringen, lokale und regionale Entwicklungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen und sicherzustellen, dass die erforderlichen Verwaltungskapazitäten vorhanden sind;

18. fordert nachdrücklich eine weitere Entpolitisierung der öffentlichen Verwaltung und die vollständige Umsetzung leistungsorientierter Einstellungsverfahren und Auswahlverfahren für Führungskräfte im Einklang mit den EU-Standards;

19. begrüßt die kürzlich erfolgte Ernennung der neuen Ombudsperson; begrüßt das Format der öffentlichen Anhörungen bei der Besetzung öffentlicher Ämter, wodurch die die Transparenz und die öffentliche Kontrolle gestärkt wird; ist jedoch besorgt über Hinweise auf politische Bevorzugung bei der Ernennung von Mitgliedern der Kommission für Prävention und Schutz vor Diskriminierung; betont, dass Gleichstellungsstellen unabhängig und frei von politischer Einflussnahme arbeiten müssen;

Medien und Zivilgesellschaft

20. begrüßt, dass Nordmazedonien angemessene rechtliche Garantien für das Recht auf freie Meinungsäußerung bereitstellt; stellt jedoch fest, dass weitere Verbesserungen notwendig sind, um ein wirklich günstiges Umfeld für freie und unabhängige Medien zu schaffen; fordert die Medien auf, bei der Veröffentlichung von Äußerungen, die die Beziehungen zwischen ethnischen Gruppen und Gemeinschaften beeinträchtigen könnten, Zurückhaltung zu üben; betont, dass Social-Media-Plattformen die Moderation von Inhalten stärken müssen, insbesondere in Bezug auf ethnisch motivierte Hetze;

spricht sich ferner für die Entwicklung privater Medien auf lokaler und regionaler Ebene aus;

21. stellt fest, dass die wirksame Umsetzung der Rechtsvorschriften zum Schutz von Journalisten nach wie vor schwierig ist, insbesondere in Fällen von Belästigung im Internet und geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Journalistinnen; ist besorgt darüber, dass das Fehlen spezifischer Rechtsvorschriften zur Bekämpfung strategischer Klagen gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP-Klagen) und das begrenzte Bewusstsein von Richtern, Anwälten und Journalisten für dieses Problem nach wie vor Hindernisse für einen wirksamen Schutz von Journalisten und öffentlichen Kritikern vor SLAPP-Klagen darstellen; betont, dass nationale Rechtsvorschriften angenommen werden müssen, die mit der EU-Richtlinie gegen SLAPP-Klagen[7] in Einklang stehen; bringt seine Besorgnis über die sozioökonomische Unsicherheit von Medienschaffenden zum Ausdruck, wobei in Bezug auf Frauen, die im Medienbereich arbeiten, Anlass zu besonderer Sorge besteht; fordert die Bediensteten der Strafverfolgungsbehörden und der Justiz auf, für wirksame Ermittlungen und Sanktionen bei Angriffen, Drohungen, Belästigungen und Druck gegen Journalisten zu sorgen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Journalistinnen liegen sollte; fordert die zuständigen Behörden mit Nachdruck auf, alle Fälle von Hetze, Hassverbrechen und Einschüchterung vorausschauend zu verhindern und systematisch zu verfolgen, damit verbundene Angriffe eingehend zu untersuchen und für die Sicherheit und Unversehrtheit der Personen, gegen die sie gerichtet sind, z. B. Journalisten sowie Angehörige von Minderheiten, Gemeinschaften und anderen gefährdeten Gruppen, zu sorgen;

22. nimmt die zunehmende Konzentration der Eigentumsverhältnisse im Medienbereich und die Gefahr einer verdeckten Kontrolle durch Mittelsleute besorgt zur Kenntnis; fordert stärkere Garantien für die redaktionelle Unabhängigkeit, transparente Praktiken im Bereich der staatlichen Werbung und den Schutz von Journalisten; betont, dass dringend eine wirksame Medienreform eingeführt und wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Medienkonzentration erlassen werden müssen, einschließlich vollständiger Transparenz hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse in den Medien und der Vergabe öffentlicher Mittel für staatliche Werbung sowie der Einhaltung der Vorschriften in den Bereichen Wettbewerb, staatliche Beihilfen und Rechte des geistigen Eigentums; betont, dass der Medienpluralismus für die demokratische Resilienz von wesentlicher Bedeutung ist; betont, dass die Unabhängigkeit und die Kapazitäten der Medienaufsichtsbehörde, des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Regulierungsstelle für elektronische Kommunikation gestärkt werden müssen;

23. ist besorgt über die strategische Übernahme wichtiger Fernsehsender und Nachrichtenportale durch ungarische Medienmanager, wodurch antieuropäische Narrative in den öffentlichen Diskurs in Nordmazedonien Einzug halten;

24. zeigt sich ernsthaft besorgt über fortdauernde Versuche, die öffentliche Debatte zu stören und das Vertrauen in die demokratische Institutionen und den Weg des Landes in die EU durch koordinierte Manipulation der Informationsumwelt, darunter verdeckte

---

[7] Richtlinie (EU) 2024/1069 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über den Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L, 2024/1069, 16.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1069/oj).

Einflussoperationen und böswillige Narrative, zu untergraben; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um Nordmazedonien bei der Bekämpfung böswilliger Einflussnahme aus dem Ausland in dem Land unter anderem durch technische Hilfe zu unterstützen; betont, dass durch böswillige Einflussnahme aus dem Ausland die Glaubwürdigkeit von Institutionen geschwächt und die Polarisierung der Gesellschaft vorangetrieben wird; fordert die Behörden auf, einen umfassenden, institutionalisierten Rahmen für demokratische Resilienz mit klar definierten Zuständigkeiten, regelmäßigen Risikobewertungen und öffentlicher Berichterstattung im Einklang mit den sich weiterentwickelnden Standards der EU für den Schutz demokratischer Prozesse zu schaffen; fordert darüber hinaus, die Medienkompetenz und die digitale Kompetenz zu verbessern, Faktenprüfungen zu fördern, Hetze in all ihren Formen zu bekämpfen und die Widerstandsfähigkeit gegenüber hybriden Bedrohungen zu stärken, die sich gegen die demokratischen Werte und das Ziel des Landes richten, Mitglied der EU zu werden;

25. stellt fest, dass das Fehlen einer EU-Beitrittsperspektive in den vergangenen Jahren Raum für verstärkte Umtriebe autoritärer Akteure geschaffen hat; fordert daher eine transparente und faktenbasierte öffentliche Kommunikation über EU-bezogene Reformen und den Beitrittsprozess, um eine breite gesellschaftliche Unterstützung aufrechtzuerhalten und Desinformation entgegenzuwirken; fordert von der Kommission in diesem Zusammenhang nachdrücklich eine wirksamere Kommunikation mit der mazedonischen Öffentlichkeit in Bezug auf den mangelnden politischem Willen auf, Reformen voranzutreiben, mit denen Probleme angegangen werden, von denen alle Bürger Nordmazedoniens betroffen sind;

26. begrüßt die allgemein günstigen Rahmenbedingungen für Organisationen der Zivilgesellschaft, betont jedoch, dass die Zivilgesellschaft stärker in vorrangige Bereiche und öffentliche Konsultationen einbezogen werden muss; nimmt die Reaktivierung des Rates für die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft zur Kenntnis; fordert eine transparente öffentliche Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft sowie eine Verbesserung der Vorschriften und deren Angleichung an internationale Standards, wie die Empfehlungen der Venedig-Kommission und die Empfehlung der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI); erachtet es als wichtig, für inklusive Konsultationen und Transparenz gegenüber Organisationen der Zivilgesellschaft zu sorgen; fordert die Kommission auf, Organisationen der Zivilgesellschaft zu unterstützen, die die Umsetzung von Reformen mit EU-Bezug gründlich überwachen und erforderlichenfalls Kritik daran üben;

Grundrechte

27. betont, dass alle Mitgliedstaaten des Europarats verpflichtet sind, anhängige Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte unverzüglich umzusetzen; betont, dass alle Gesetzesänderungen internationalen Standards und den Empfehlungen der Venedig-Kommission entsprechen und mit der Empfehlung der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) im Einklang stehen sollten, auch mit dem Gesetz über Vereine und Stiftungen und der Umsetzung der Gerichtsentscheidungen zur Registrierung von Vereinigungen;

28. stellt fest, dass der allgemeine Rechtsrahmen für die Grundrechte weitgehend den europäischen Standards entspricht; fordert die nordmazedonische Regierung jedoch auf,

die praktische Umsetzung voranzubringen, insbesondere durch Verbesserung des institutionellen Rahmens für die Gleichstellung der Geschlechter sowie die Bereitstellung wirksamer Mechanismen für den Schutz vor geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt, den Zugang zu Gesundheitsdiensten und die Bewilligung angemessener Ressourcen für Opferunterstützungsdienste; fordert den endgültigen Erlass des Gesetzes über die Gleichstellung der Geschlechter, des Gesetzes über Arbeitsbeziehungen und des Gesetzes über die Prävention von und den Schutz vor Belästigung am Arbeitsplatz im Einklang mit internationalen Standards und dem Besitzstand der EU, um die Lebensqualität von Frauen zu verbessern, indem zentrale Fragen der Gleichstellung der Geschlechter angegangen werden, insbesondere im Hinblick auf den Zugang zum politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben;

29. begrüßt die Änderungen des Strafgesetzbuchs von 2023 zur Angleichung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften an das Übereinkommen von Istanbul; nimmt insbesondere den Übergang zu einer auf Einwilligung basierenden Definition von Vergewaltigung und die ausdrückliche Anerkennung geschlechtsspezifischer Gewalt zur Kenntnis; begrüßt ferner die Änderungen von 2026, mit denen die strafrechtliche Verfolgung häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt gestärkt und die nicht einvernehmliche Verbreitung intimer Bilder unter Strafe gestellt wird; ist der Ansicht, dass diese Reformen eine sinnvolle Angleichung an europäische Standards darstellen;

30. betont, dass weiterhin darauf hingearbeitet werden muss, die Lage von Gemeinschaften, die nicht der Mehrheit angehören, zu verbessern, auch was den Gebrauch von Sprachen anbelangt, und dass Diskriminierung bekämpft und Vielfalt gefördert werden muss; begrüßt die Fortschritte beim Aktionsplan zum Schutz der Rechte von Personen, die Minderheiten oder Gemeinschaften angehören, und fordert Nordmazedonien auf, diesen Plan auf inklusive Art und Weise abzuschließen, indem klare Richtwerte, messbare Indikatoren und ein spezieller Überwachungsmechanismus festgelegt werden, um einen wirksamen Schutz vor Diskriminierung zu gewährleisten und die Grundrechte aller Bürger Nordmazedoniens zu verbessern; fordert die einschlägigen politischen Interessenträger nachdrücklich auf, von dem Gebrauch einer polarisierenden und eskalierenden Sprache abzusehen, die sich negativ auf die Beziehungen zwischen Gemeinschaften und Minderheiten auswirken könnten;

31. betont, dass die ethnische und kulturelle Vielfalt Nordmazedoniens von unschätzbarem Wert ist und zu einer Quelle der Stärke werden sollte, um die demokratische und inklusive Regierungsführung weiter zu festigen und den Weg Nordmazedoniens zum EU-Beitritt zu beschleunigen; fordert Nordmazedonien auf, alle seine ethnischen Gemeinschaften in seine Verfassung aufzunehmen, Inklusivität zu fördern, Vielfalt zu schützen, Diskriminierung zu bekämpfen, den sozialen Zusammenhalt im Einklang mit den europäischen Werten und demokratischen Grundsätzen zu stärken und uneingeschränkt gleiche Rechte und Chancen für alle zu gewährleisten;

32. fordert verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung der anhaltenden sozioökonomischen Ausgrenzung der Roma; fordert die Behörden nachdrücklich auf, die wirksame Umsetzung der Strategie zur Integration der Roma mit messbaren Indikatoren, einer geeigneten institutionellen Überwachung und einer angemessenen Mittelzuweisung sicherzustellen; ist besorgt über die anhaltende Praxis der Segregation in Schulen in bestimmten Gemeinden und fordert proaktive Maßnahmen zur Aufhebung dieser Segregation;

33. stellt mit Besorgnis fest, dass kaum Fortschritte beim Abbau der Hindernisse erzielt wurden, mit denen Menschen mit Behinderungen in den meisten Lebensbereichen konfrontiert sind; fordert, dass größere Anstrengungen unternommen werden, um den rechtlichen und institutionellen Rahmen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu vervollständigen und dessen Umsetzung und Durchsetzung zu verbessern; stellt fest, dass die Arbeit der Kommission Nordmazedoniens für Prävention und Schutz vor Diskriminierung aufgrund fehlender Ressourcen nach wie vor mit strukturellen Herausforderungen verbunden ist;

34. fordert, dass der rechtliche Schutz der Rechte von LGBTIQ+-Personen verbessert und dass gegen Hetze vorgegangen wird, die sich gegen die Gemeinschaft richtet, auch wenn sie im Internet erfolgt; ist zutiefst beunruhigt über die Eskalation des Hasses auf LGBTIQ+-Personen und -Organisationen der Zivilgesellschaft in Nordmazedonien;

35. fordert alle politischen Akteure nachdrücklich auf, das Gesetz über das Personenstandsregister zu ändern, eine rasche, zugängliche und ungehinderte rechtliche Anerkennung des Geschlechts sicherzustellen und ein transparentes juristisches Verfahren im Einklang mit internationalen Standards und dem entsprechenden Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus dem Jahr 2019 einzurichten;

36. fordert die Behörden nachdrücklich auf, wichtige Begriffe zur Bekämpfung von Diskriminierung wieder in das Gesetz über die Grundschulbildung aufzunehmen, und fordert die Wiedereinführung von Bestimmungen zur Meldepflicht bei Gewalt an Schulen, um gefährdete Gruppen zu schützen;

37. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, welche Lebensbedingungen in Gefängnissen in Nordmazedonien vorherrschen, was dringend angegangen werden muss;

38. begrüßt die verstärkte Zusammenarbeit beim Grenzmanagement und fordert Nordmazedonien auf, die Migrationssteuerung zu stärken, die kriminellen Netze von Schleusern und Menschenhändlern sowie andere Formen der organisierten Kriminalität zu bekämpfen, die Angleichung an den EU-Besitzstand zu verbessern und die anhaltenden Herausforderungen beim Umgang mit regulärer und irregulärer Migration unter vollständiger Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts anzugehen; betont, dass illegale Push-back-Aktionen an den Grenzen Nordmazedoniens verhindert werden müssen;

39. lobt die Regierung Nordmazedoniens für ihre rasche Reaktion auf den antisemitischen Brandanschlag auf ein Gebäude der jüdischen Gemeinschaft in Skopje am 12. April 2026;

Rechtsstaatlichkeit

40. bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass in Bezug auf das Justizsystem, die Unabhängigkeit der Gerichte und der Staatsanwaltschaft und die Bemühungen um eine Stärkung der Rahmen für Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung nicht genügend Fortschritte erzielt wurden; fordert die politischen Interessenträger auf, dringend von politischer Einmischung in die Justiz abzusehen; nimmt mit Besorgnis die tiefen strukturellen Schwächen und negativen Tendenzen in der Arbeitsweise der Justiz zur Kenntnis, darunter eine unzureichende Finanzierung und Personalausstattung der Justizbehörden, wodurch deren Unabhängigkeit untergraben wird; fordert

Nordmazedonien daher auf, die Umsetzung der Strategie für die Justizreform 2024-2028 zu beschleunigen;

41. erachtet es als wichtig, die Integrität und Unabhängigkeit der Justiz zu wahren, unter anderem durch die Stärkung des Justizrats im Einklang mit der Empfehlung und Stellungnahme der Peer-Review-Mission der Venedig-Kommission aus dem Jahr 2023;

42. ist besorgt darüber, dass durch die Änderungen des Strafgesetzbuchs in Nordmazedonien, mit denen die Verjährungsfristen verkürzt und die Strafen für Korruption auf hoher Ebene und Amtsmissbrauch verringert wurden, laufende Gerichtsverfahren ausgehöhlt werden, auch bei Fällen, die im Fokus der Öffentlichkeit stehen, was den Eindruck von Straflosigkeit für prominente politische Akteure erweckt und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Justiz weiter schwächt;

43. fordert die zuständigen Behörden auf, für angemessene Folgemaßnahmen bei Fällen möglicher Hassverbrechen zu sorgen, auch wenn ethnische Gruppen und Gemeinschaften betroffen sind;

44. stellt mit Besorgnis fest, dass bei der Verhütung und Bekämpfung von Korruption keine Fortschritte zu verzeichnen sind und dass Korruption in vielen Bereichen nach wie vor weitverbreitet ist; betont, dass es nach wie vor eine erhebliche und unerklärliche Kluft zwischen offiziell angekündigten Korruptionsermittlungen und gerichtlichen Schuldsprüchen in Korruptionsfällen auf hoher Ebene gibt; fordert die Regierung Nordmazedoniens auf, die Umsetzung ihrer nationalen Strategie zur Verhütung von Korruption und Interessenkonflikten zu verbessern und ein neues Strafgesetzbuch anzunehmen, das im Einklang mit dem EU-Besitzstand und internationalen Standards steht; fordert darüber hinaus einen verstärkten Schutz von Hinweisgebern, da dieser nach wie vor schwach ist, wodurch Einzelpersonen davon abgehalten werden, Korruptionsfälle zu melden; begrüßt jedoch die aktive Beteiligung Nordmazedoniens am Internationalen Vertrag über den Datenaustausch zur Überprüfung von Vermögenserklärungen, wodurch das Land zu einem regionalen Vorreiter bei diesem Mechanismus wird;

45. fordert nachdrücklich die zeitnahe Annahme einer umfassenden Strategie zur Korruptionsbekämpfung für den Zeitraum 2026-2030, die auch klare Zuständigkeiten und messbare Ziele umfasst, und fordert die Umsetzung der noch ausstehenden Empfehlungen der Gruppe der Staaten gegen Korruption (GRECO);

46. stellt mit Besorgnis fest, dass Verzögerungen bei Gerichtsverfahren und Ressourcenknappheit einer soliden Erfolgsbilanz bei der Verfolgung von Korruptionsfällen auf hoher Ebene nach wie vor entgegenstehen; fordert insbesondere Ermittlungen und rechtskräftige Verurteilungen in Fällen von Korruption auf hoher Ebene, die als Beispiel dafür herangezogen werden könnten, dass Korruption auf allen Ebenen bekämpft und dass es keine Straflosigkeit geben wird;

47. stellt fest, dass das wahrgenommene Vertrauen in die Justiz nach wie vor sehr gering ist und dass weitere Anstrengungen erforderlich sind, um unzulässige Einflussnahme und Einschüchterung zu verhindern;

48. fordert Nordmazedonien auf, seine Anstrengungen zur Bekämpfung der Geldwäsche zu verstärken;

49. fordert, dass bei der wirksamen Bekämpfung der organisierten Kriminalität verstärkt konzertierte Anstrengungen unternommen werden; fordert die Regierung Nordmazedoniens auf, die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften über Waffen, Suchtstoffe und psychotrope Substanzen an den Besitzstand der EU anzugleichen;

50. fordert die nationalen Behörden auf, einen umfassenden Unterstützungsrahmen für weibliche Überlebende geschlechtsspezifischer Gewalt zu schaffen, unter anderem durch Bereitstellung von rechtlich garantierter finanzieller Unterstützung, die Gewährleistung kostenloser Prozesskostenhilfe und die Befreiung von Gerichtskosten, die Einrichtung eines staatlichen Fonds zur Deckung unbezahlter Unterhaltsansprüche von Kindern und die Erhöhung der Investitionen in die wirtschaftliche Stärkung von Frauen durch gezielte Ausbildung, Sozialunternehmen und lokale Beschäftigungsinitiativen;

Sozioökonomische Reformen

51. unterstützt die anhaltenden Bemühungen um die Modernisierung der Wirtschaft, die Beseitigung des Missverhältnisses zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage, die Stärkung der digitalen Wirtschaft und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen, was einer Reaktion auf den Wettbewerbsdruck im EU-Binnenmarkt gleichkommt; betont, dass nachhaltiges Wirtschaftswachstum von Rechtsstaatlichkeit, der Berechenbarkeit der Justiz und wirksamen Maßnahmen gegen Korruption abhängt; fordert die Umsetzung des Haushaltsgrundlagengesetzes von 2023, die Einführung von Haushaltsregeln und eines Fiskalrats sowie die Stärkung des Verfahrens zur Festlegung des mittelfristigen Haushaltsplans;

52. betont, dass es erforderlich ist, die sozialen Herausforderungen zu bewältigen, für hochwertige beschäftigungspolitische Maßnahmen zu sorgen, die soziale Konvergenz hin zu den EU-Standards zu fördern und Fortschritte bei der europäischen Säule sozialer Rechte zu erzielen;

53. begrüßt die ersten Schritte bei der Umsetzung der Reformagenda und des mehrjährigen Arbeitsprogramms im Rahmen der Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan, die auf dem besten Weg sind, konkrete Vorteile für die Bürger zu erbringen; fordert Nordmazedonien auf, mit der Umsetzung seiner Reformagenda fortzufahren; betont, dass die Reformagenda erheblich beschleunigt und umgesetzt werden muss, insbesondere in Bezug auf den Cluster „Wesentliche Elemente“; betont, dass die Auszahlung von Mitteln weiterhin strikt von der Erfüllung vereinbarter Reformziele und Etappenziele abhängig gemacht werden muss; begrüßt die Annahme des umfassenden Cybersicherheitsrahmens und des aktualisierten Gesetzes über elektronische Dokumente, elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste; begrüßt die objektive und faktenbasierte Art und Weise, in der die Kommission die Umsetzung der Reformschritte bislang bewertet hat; begrüßt nachdrücklich die jüngste Auszahlung von 65,7 Mio. EUR an Nordmazedonien im Rahmen der Reform- und Wachstumsfazilität nach einer positiven Bewertung der Umsetzung der Reformen, insbesondere in den Bereichen Digitalisierung und Bildung;

54. fordert, dass die EU und Nordmazedonien eine verstärkte Aufsicht durchführen und Organisationen der Zivilgesellschaft, Wirtschaftsverbände und Sozialpartner in allen Phasen der Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan sinnstiftend einbinden, auch bei der Ausgestaltung von Reformmaßnahmen, der Umsetzung von Projekten und

der Überwachung der Ergebnisse; räumt ein, dass das Geschäftsklima und das Funktionieren der Marktwirtschaft verbessert werden müssen; fordert, den Schwerpunkt stärker auf Maßnahmen zur Behebung von Marktverzerrungen und auf soziale Schutzmaßnahmen zu legen; fordert, dass den rückläufigen demografischen Tendenzen und der Bekämpfung der informellen Wirtschaft und ihrer negativen sozialen und steuerlichen Auswirkungen mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird;

55. fordert die Behörden auf, die Unabhängigkeit und die legitime Rolle repräsentativer Gewerkschaften zu wahren und die Einhaltung grundlegender Arbeitnehmerrechte, einschließlich des Rechtes auf Tarifverhandlungen, in Recht und Praxis sicherzustellen; fordert die Behörden überdies auf, für einen konstruktiven und sinnvollen Dialog mit den Gewerkschaften zu sorgen, um dringende Fragen wie Löhne, Arbeitsbedingungen und Sozialschutz anzugehen, auch im Zusammenhang mit Plattformarbeit;

56. erkennt die strategische Bedeutung der Kultur- und Kreativbranche und die Notwendigkeit eines stabilen, an die EU angeglichenen Urheberrechtsrahmens an; fordert Nordmazedonien auf, eine gerechte Vergütung für Urheber und ausübende Künstler sicherzustellen, die kollektive Rechtewahrnehmung an den EU-Besitzstand anzupassen und die Bekämpfung der Piraterie zu stärken; betont, dass durch einen schwachen Schutz der Rechteinhaber die Tragfähigkeit der Medien und die Entwicklung hochkarätiger audiovisueller Inhalte untergraben werden;

57. fordert, dass weiterhin Strategien zur Aktivierung des Arbeitsmarktes für junge Menschen, Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte und benachteiligte Bevölkerungsgruppen wie Frauen, Menschen mit Behinderungen, Roma und Balkan-Ägypter umgesetzt werden;

58. fordert, die Jugendpolitik zu stärken, und zwar durch eine Änderung des Gesetzes über Jugendbeteiligung und Jugendpolitik, die Einführung einer wirksamen Überwachung und eines speziellen Haushaltskodexes und die Verbesserung der Strukturen für die Jugend vor Ort;

59. begrüßt die Integration Nordmazedoniens in den geografischen Anwendungsbereich des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (SEPA);

60. begrüßt nachdrücklich, dass die Kommission den Vorschlag unterbreitet hat, Verhandlungen über die Ausweitung der EU-Regelung „Roaming zu Inlandspreisen“ auf Albanien, Bosnien und Herzegowina, das Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien aufzunehmen, und dass der Rat dies genehmigt hat, und fordert die Kommission und die Partner im Westbalkanraum auf, rasch die notwendigen Schritte zur gegenseitigen Öffnung der Roamingmärkte der EU und der Partner im Westbalkanraum zu unternehmen; betont, dass die Ausweitung der Regelung „Roaming zu Inlandspreisen“ auf die Westbalkanländer sowohl für die Bürger als auch für die Unternehmen greifbare Vorteile mit sich bringen würde, denn dadurch würden nicht nur die Kontakte zwischen den Menschen gefördert und Wirtschaftsbeziehungen gestärkt, sondern auch der Bildungsaustausch würde unterstützt und der Tourismus begünstigt;

61. fordert Nordmazedonien auf, sich an den EU-Besitzstand hinsichtlich der Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen anzugleichen;

Umwelt, biologische Vielfalt, Energie und Verkehr

62. fordert verstärkte Investitionen in die Verkehrs- und Energieinfrastruktur und Fortschritte bei den Bemühungen um eine Annäherung der Rechtsvorschriften in den Bereichen Verkehr, Energie und Umwelt an die EU-Standards; fordert, dass die nationale Gesetzgebung an die EU-Vorschriften über Passagierrechte angeglichen wird; betont, dass die Konnektivität gestärkt werden muss und dass ungehinderte Handelsströme, insbesondere im Straßenverkehr, sichergestellt werden müssen; fordert die Einführung des Einreise-/Ausreisesystems der EU, wobei dessen Auswirkungen auf Berufskraftfahrer und Lieferketten zu berücksichtigen sind;

63. betont, dass grenzüberschreitende Verbindungen wie die Korridore des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) VIII und X wichtig sind, da sie für die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit benachbarten Ländern und der zwischenmenschlichen Kontakte eine entscheidende Rolle spielen; vertraut auf die wirksame Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen; begrüßt das Abkommen zwischen Bulgarien und Nordmazedonien über den Bau eines grenzüberschreitenden Eisenbahntunnels, das einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Fertigstellung der Eisenbahnverbindung entlang des Korridors VIII darstellt; weist auf die strategische Bedeutung des Korridors VIII für die geostrategische Autonomie der EU und der NATO hin, da er eine wichtige Logistikstrecke entlang der Südflanke der NATO darstellt;

64. begrüßt die Annahme des Energiegesetzes im Mai 2025, betont jedoch, dass das Land nach wie vor stark von Kohle abhängig ist; fordert eine rasche Nutzung erneuerbarer Energieträger und eine stärkere Konzentration auf Energieeffizienz, insbesondere bei Gebäuden;

65. bedauert, dass bei den Umweltvorschriften nur geringe Fortschritte erzielt wurden; fordert insbesondere, dass sich dringend mit der Luft- und Wasserqualität und der Abwasserbewirtschaftung befasst wird, unter anderem durch mehr und eindeutig zweckgebundene nationale Mittel für die Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsinfrastruktur in städtischen und ländlichen Gebieten, wobei dörfliche Wasserversorgungssysteme, soweit möglich, in die öffentlichen Versorgungsbetriebe integriert werden sollten, samt klar zugewiesener institutioneller Zuständigkeiten, und regelmäßige Hygiene- und Laborkontrollen samt öffentlicher Bekanntgabe der Ergebnisse sowie eine Stärkung der Inspektionsaufsicht, einschließlich der Einführung von Sanktionen für unregulierte, schlecht gewartete oder umweltverschmutzende Systeme, sichergestellt werden sollten;

66. nimmt mit Besorgnis die anhaltend hohe Luftverschmutzung, insbesondere in städtischen Gebieten, zur Kenntnis, die stark mit der Kohleverbrennung und der Zementproduktion zusammenhängt; bringt in diesem Zusammenhang seine ernste Besorgnis über das neue Gesetz über die Kontrolle industrieller Emissionen zum Ausdruck und fordert die Behörden nachdrücklich auf, es durch ein transparentes und inklusives öffentliches Verfahren zu ändern, an dem alle einschlägigen Interessenträger, insbesondere Umweltsachverständige und Organisationen der Zivilgesellschaft, beteiligt werden; betont, dass es dringend notwendig ist, die Luftqualität in Städten zu verbessern, unter anderem durch die Einführung von Umweltzonen und die Anschaffung moderner Fahrzeuge für den öffentlichen Verkehr, die weniger Verschmutzung verursachen;

67. nimmt mit Besorgnis die begrenzten Fortschritte bei der Umsetzung horizontaler

Umweltvorschriften zur Kenntnis und fordert Nordmazedonien nachdrücklich auf, seine Rechtsvorschriften vollumfänglich an die Richtlinien über die Umweltverträglichkeitsprüfung[8] und über die strategische Umweltprüfung[9], einschließlich des Sekundärrechts im Zusammenhang mit kleinen Wasserkraftprojekten, anzugleichen und diese wirksam umzusetzen;

68. fordert die Regierung Nordmazedoniens und die örtlichen Behörden mit Nachdruck auf, die Maßnahmen im Bereich der biologischen Vielfalt zu stärken, einen wirksamen juristischen Schutz für die im Rahmen des Berner Übereinkommens ausgewiesenen Smaragdgebiete zu schaffen und die Ermittlung und Ausweisung künftiger Natura-2000-Gebiete zu beschleunigen; fordert die Regierung Nordmazedoniens eindringlich auf, der Annahme eines neuen Naturschutzgesetzes Vorrang einzuräumen und diese zu beschleunigen, um den veralteten Rechtsrahmen zu ersetzen und die vollständige Angleichung an die Habitatrichtlinie[10] und die Vogelschutzrichtlinie[11] der EU sicherzustellen;

69. begrüßt die weitere Zusammenarbeit Nordmazedoniens mit dem Kosovo und Albanien in Bezug auf den grenzüberschreitenden Nationalpark Sharr; bekräftigt die dringende Notwendigkeit, das Gesetz über die erneute Ausweisung des Mavrovo-Nationalparks anzunehmen und den damit verbundenen Bewirtschaftungsplan fertigzustellen und wirksam umzusetzen; fordert, dass Jablanica in die nationale Liste der Schutzgebiete aufgenommen wird; fordert Nordmazedonien nachdrücklich auf, einen nationalen Aktions- und Bewirtschaftungsplan für die Erhaltung des Balkanluchses im Einklang mit der regionalen Strategie und in Zusammenarbeit mit den Nachbarländern auszuarbeiten und umzusetzen, auch im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der ökologischen Vernetzung zwischen wichtigen Lebensräumen, einschließlich der Nationalparks Mavrovo und Jablanica und grenzüberschreitenden Gebieten;

Regionale Zusammenarbeit und Außenpolitik

70. begrüßt den wertvollen und bedeutenden Beitrag Nordmazedoniens zur regionalen Zusammenarbeit und Stabilität, und zwar durch seine Beteiligung an regionalen wirtschaftlichen und diplomatischen Initiativen wie dem Berlin-Prozess, dem Wachstumsplan für den Westbalkan und der Umsetzung von Abkommen über den gemeinsamen regionalen Markt;

71. fordert einen konsequenten Einsatz für Dialog und Zusammenarbeit mit den Nachbarländern, um die regionale Stabilität zu stärken und das gegenseitige Vertrauen

---

8 Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. L 26 vom 28.1.2012, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2011/92/oj).

9 Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (ABl. L 197 vom 21.7.2001, S. 30, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2001/42/oj).

10 Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/1992/43/oj).

11 Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. L 20 vom 26.1.2010, S. 7, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2009/147/oj).

zu fördern; fordert, dass die Kontakte zwischen den Menschen in ganz Südosteuropa weiter gefördert werden; betont, wie wichtig es ist, dass internationale Abkommen wie das Prespa-Abkommen und der Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit mit Bulgarien nach Treu und Glauben umgesetzt werden;

72. erkennt an, dass es unterschiedliche Auslegungen in Bezug auf die historischen Charakteristika der mazedonischen Gesellschaft gibt; betont, dass der Bericht nicht darauf abzielt, dem wissenschaftlichen Diskurs über diese Fragen vorzugreifen oder diesen einzuengen, und dass die darin enthaltenen Auslegungen keinen Einfluss auf die Bewertung der Fortschritte Nordmazedoniens auf dem Weg zum EU-Beitritt durch das Parlament haben, zumal für die Bewertung weiterhin die Kopenhagener Kriterien und die Grundsätze gutnachbarschaftlicher Beziehungen ausschlaggebend sind; fordert alle Parteien nachdrücklich auf, die Arbeit der gemeinsamen multidisziplinären Historiker- und Schulbuchkommission Bulgariens und Nordmazedoniens wieder aufzunehmen und dieser Tätigkeit nach Treu und Glauben nachzugehen, sodass die Gesellschaften näher zusammenrücken; verurteilt jeden Versuch, historische Denkmäler und/oder Artefakte zu ersetzen, einschließlich der Zerstörung von authentischem Kulturerbe; bedauert die Zerstörung und Fälschung bulgarischer Aufschriften;

73. ist zutiefst besorgt darüber, dass die letzte Tagung der gemäß Artikel 12 des Vertrags über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit eingesetzten gemeinsamen zwischenstaatlichen Kommission am 17. Juli 2022 stattfand und dass seitdem keine neue Tagung einberufen wurde; fordert die Regierungen Bulgariens und Nordmazedoniens nachdrücklich auf, die dritte Tagung der gemeinsamen zwischenstaatlichen Kommission rasch zu planen, um die Umsetzung des Vertrags und seiner Protokolle voranzutreiben;

74. fordert die gemeinsame multidisziplinäre Historiker- und Schulbuchkommission, die von Bulgarien und Nordmazedonien auf der Grundlage des Vertrags über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit mit Bulgarien eingesetzt wurde, mit allem Nachdruck auf, konkrete und greifbare Ergebnisse zu erzielen; betont, dass in den Texten der Auslegung historischer Fakten und Zahlen aus der gemeinsamen Geschichte beider Völker, wie im zweiten Protokoll des Vertrags mit Bulgarien festgelegt, auf der Grundlage objektiver, authentischer und faktenbasierter historischer Quellen und Dokumente, wissenschaftlicher Interpretation und historischer Ereignisse Rechnung getragen werden sollte;

75. nimmt mit Besorgnis die immer engeren Beziehungen zwischen Nordmazedonien und der Regierung Serbiens zur Kenntnis, die eine illiberale Agenda verfolgt; warnt vor dem wachsenden wirtschaftlichen und politischen Einfluss Chinas in der Region, der sich insbesondere durch Infrastrukturvorhaben und Kreditvergaben bemerkbar macht; nimmt ebenfalls mit Besorgnis Berichte zur Kenntnis, wonach Russland Anstrengungen unternimmt, um Einfluss in Nordmazedonien zu gewinnen; fordert die EU auf, Nordmazedonien dabei zu unterstützen, seine Resilienz gegenüber Einflussnahme aus dem Ausland, die durch religiöse Netzwerke erfolgt, zu stärken; ist besorgt über die in der Region verbreiteten Narrative, die die Souveränität und territoriale Integrität von Ländern, auch in der sogenannten serbischen Welt, infrage stellen;

76. weist erneut darauf hin, dass die jugoslawischen Geheimdienstarchive (UDBA und KOS), die sowohl in Nordmazedonien als auch in Serbien aufbewahrt werden, geöffnet werden müssen; betont, dass diese Archive in der gesamten Region geöffnet werden

müssen, um die totalitäre Vergangenheit transparent aufzuarbeiten, sodass Demokratie, Rechenschaftspflicht und die Institutionen in den Westbalkanländern aus dem Prozess gestärkt hervorgehen;

77. würdigt die enge und seit Langem betriebene Angleichung Nordmazedoniens an die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, darunter wenn es um restriktive Maßnahmen geht; bedauert jedoch die zunehmende Tendenz, sich bei wichtigen Abstimmungen in internationalen Gremien eher zu enthalten als sich dem Standpunkt der Mehrheit in der EU anzuschließen; fordert die Regierung Nordmazedoniens daher auf, sich im Zweifelsfall dem Standpunkt der Mehrheit innerhalb der EU anzuschließen; hebt die geostrategische Bedeutung Nordmazedoniens und seine wichtige Rolle als NATO-Mitglied hervor; begrüßt die aktive Beteiligung des Landes an Missionen und Operationen der EU im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und seinen Beitrag zur führenden Rolle der EU bei der Friedenssicherung, der Konfliktverhütung und der Bewältigung internationaler Krisen; würdigt die Bereitschaft Nordmazedoniens, seine Zusammenarbeit mit der EU im Rahmen der Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft zu verstärken;

°

° °

78. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Präsidenten des Europäischen Rates, dem Rat, der Kommission, der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie der Präsidentin, der Regierung und der Versammlung der Republik Nordmazedonien zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0220

Bericht 2025 der Kommission über das Kosovo

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 2026 zu dem Bericht 2025 der Kommission über das Kosovo (2025/2252(INI))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Kosovo andererseits[1], das seit dem 1. April 2016 in Kraft ist,

– unter Hinweis auf den Antrag des Kosovo vom 15. Dezember 2022 auf Beitritt zur Europäischen Union,

– unter Hinweis auf den Antrag des Kosovo vom 12. Mai 2022 auf Aufnahme in den Europarat,

– unter Hinweis auf das Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Kosovo über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme des Kosovo an den Programmen der Union[2], das seit dem 1. August 2017 in Kraft ist,

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2021/1529 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. September 2021 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA III)[3],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2023/850 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. April 2023 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1806 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind[4], in Bezug auf das Kosovo, mit der Inhaber biometrischer Reisepässe des Kosovo ab dem 1. Januar 2024 von der Visumpflicht befreit werden,

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2024/1449 des Europäischen Parlaments und

---

1 ABl. L 71 vom 16.3.2016, S. 3. ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_internation/2016/342/oj.
2 ABl. L 195 vom 27.7.2017, S. 3, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_internation/2017/1388/oj.
3 ABl. L 330 vom 20.9.2021, S. 1, ELI: https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2021/1529/oj).
4 ABl. L 110 vom 25.4.2023, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2023/850/oj.

des Rates vom 14. Mai 2024 zur Einrichtung der Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan[5],

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Vorsitzes bei der Tagung des Europäischen Rates vom 19./20. Juni 2003 in Thessaloniki,

– unter Hinweis auf die Gipfeltreffen EU-Westbalkan von 2018, 2020 und 2021 in Sofia, Zagreb und Brdo pri Kranju und ihre Erklärungen,

– unter Hinweis auf das Treffen der Staats- und Regierungschefs der Westbalkanländer vom 1. Juli 2025 in Skopje (Nordmazedonien) zum Wachstumsplan für den Westbalkan,

– unter Hinweis auf die am 17. Dezember 2025 auf dem Gipfeltreffen EU-Westbalkan abgegebene Erklärung,

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Ratsvorsitzes vom 16. Dezember 2025 zur Erweiterung,

– unter Hinweis auf den am 28. August 2014 eingeleiteten Berlin-Prozess,

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Gipfeltreffens 2025 zum Berlin-Prozess vom 22. Oktober 2025,

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 6. Oktober 2020 mit dem Titel „Ein Wirtschafts- und Investitionsplan für den Westbalkan“ (COM(2020)0641),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 8. November 2023 mit dem Titel „Ein neuer Wachstumsplan für den Westbalkan“ (COM(2023)0691),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 20. März 2024 über Reformen und Überprüfungen von Politikbereichen im Vorfeld der Erweiterung (COM(2024)0146),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 4. November 2025 mit dem Titel „Mitteilung 2025 über die Erweiterungspolitik der EU“ (COM(2025)0690) und die der Mitteilung beigefügte Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen mit dem Titel „Kosovo 2025 Report“ (Bericht 2025 über das Kosovo) (SWD(2024)0752),

– unter Hinweis auf den am 25. Oktober 2005 in Athen unterzeichneten Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft, mit dem die EU-Vorschriften für den Energiebinnenmarkt auf Südosteuropa ausgedehnt werden sollen,

– unter Hinweis auf die Resolution 1244 vom 10. Juni 1999 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom 22. Juli 2010 über die Vereinbarkeit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo mit dem Völkerrecht und die Resolution 64/298 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 9. September 2010, in der der Inhalt des Gutachtens des IGH zur Kenntnis genommen und die Bereitschaft der Europäischen Union begrüßt wurde, den Dialog zwischen Serbien und dem Kosovo zu fördern,

---

5 ABl. L, 2024/1449, 24.5.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1449/oj.

– unter Hinweis darauf, dass das Kosovo weiterhin die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU übernimmt,

– unter Hinweis auf das erste Abkommen über die Grundsätze der Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo vom 19. April 2013 und die Abkommen vom 25. August 2015 sowie auf den von der EU unterstützten laufenden Dialog zur Normalisierung der Beziehungen,

– unter Hinweis auf die Vereinbarung von Brüssel vom 27. Februar 2023 und das Ohrid-Abkommen vom 18. März 2023 und seinen Anhang zur Durchführung,

– unter Hinweis darauf, dass die von der NATO geführte Kosovo-Truppe nach wie vor im Kosovo stationiert ist und ihr Mandat wahrnimmt, wodurch sie weiterhin dazu beiträgt, ein sicheres Umfeld aufrechtzuerhalten und die Freizügigkeit im Land zu sichern,

– unter Hinweis auf den Beschluss (GASP) 2025/1161 des Rates vom 5. Juni 2025 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo, EULEX Kosovo[6], mit dem das Mandat der Mission bis zum 14. Juni 2027 verlängert wurde,

– unter Hinweis auf den endgültigen Bericht der Wahlbeobachtungsmission der Europäischen Union über die Parlamentswahl 2025 im Kosovo,

– unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zum Kosovo,

– unter Hinweis auf die gemeinsamen Empfehlungen, die auf der am 9. Dezember 2024 abgehaltenen zwölften Tagung des Parlamentarischen Stabilitäts- und Assoziationsausschusses EU-Kosovo angenommen wurden,

– unter Hinweis auf den von Transparency International erstellten Korruptionswahrnehmungsindex 2025 (Corruption Perception Index),

– unter Hinweis auf die Rangliste der Pressefreiheit 2025 von Reporter ohne Grenzen,

– unter Hinweis auf die Informationsreise der Plattform des Europarates zur Förderung der Sicherheit von Journalisten vom 24./25. März 2026 nach Pristina/Priština,

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (A10-0166/2026),

A. in der Erwägung, dass die Erweiterungspolitik zu den wirksamsten außenpolitischen Instrumenten der EU gehört, eine der erfolgreichsten Maßnahmen zur Förderung grundlegender Reformen und zur Schaffung entsprechender Anreize in Bewerberländern ist und eine strategische geopolitische Investition in langfristigen Frieden, Stabilität und Sicherheit in ganz Europa darstellt;

B. in der Erwägung, dass Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit die Grundwerte sind, auf die sich die EU gründet; in der Erwägung, dass diese Grundwerte

[6] ABl. L 2025/1161, 6.6.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2025/1161/oj.

im Rahmen des Erweiterungsprozesses nicht aufgeweicht werden dürfen;

C. in der Erwägung, dass die Verfassung der Republik Kosovo im Hinblick auf Minderheitenrechte eine der fortschrittlichsten ist;

D. in der Erwägung, dass jedes Bewerberland ausschließlich nach seinen eigenen Leistungen beurteilt wird; in der Erwägung, dass es von der Umsetzung der erforderlichen Reformen, der Einhaltung der Kriterien und der Wahrung der gemeinsamen europäischen Werte abhängt, wie schnell und in welchem Umfang der Beitritt voranschreitet; in der Erwägung, dass der Beitrittsprozess nicht voranschreiten kann, wenn die erforderlichen Reformen nicht umgesetzt werden;

E. in der Erwägung, dass das Kosovo zudem die Beziehungen zu Serbien normalisieren und gutnachbarschaftliche Beziehungen pflegen muss, damit es der EU beitreten kann;

F. in der Erwägung, dass die Wahrung der Integrität demokratischer Prozesse zu einem zentralen Anliegen der Erweiterungspolitik der EU geworden ist; in der Erwägung, dass das Kosovo insbesondere seitens Russlands und über nationalistische Medienunternehmen aus Serbien der Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformationskampagnen ausgesetzt ist, mit dem Ziel, die demokratischen Institutionen ins Wanken zu bringen, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu schwächen und die europäische Integration des Kosovo zu behindern; in der Erwägung, dass die Stärkung der demokratischen Widerstandsfähigkeit ein wesentlicher Bestandteil ist, um die politischen Beitrittskriterien zu erfüllen;

G. in der Erwägung, dass Griechenland, Rumänien, die Slowakei, Spanien und Zypern die Unabhängigkeit des Kosovo – abweichend von der allgemeinen in Europa verfolgten Linie – noch nicht anerkannt haben;

Engagement für den EU-Beitritt

1. würdigt, dass das Kosovo den Beitritt zur EU weiter anstrebt und dass es mit dieser Entscheidung unmissverständlich zum Ausdruck bringt, dass es eine sicherheitsförderliche, strategisch-geopolitische Position einnimmt, eine starke Verbundenheit mit Europa hat, ein allgemeiner, parteiübergreifender Konsens hinsichtlich der europäischen Integration besteht und dass die Bevölkerung den vom Kosovo eingeschlagenen Weg in die EU in großen Teilen unterstützt, und begrüßt insbesondere, dass das Land zu diesem Zweck enge und konkrete Beziehungen zur EU aufbaut;

2. bekräftigt seine feste Überzeugung, dass insbesondere angesichts der derzeitigen geopolitischen Entwicklungen in der Region, des raschen Wandels in der Weltpolitik und der sich verschärfenden Konkurrenzsituation mit autoritären Regimen die Zukunft des Kosovo in der EU liegt; betont, dass die Annäherung zwischen dem Kosovo und der EU Teil eines Prozesses der schrittweisen Integration ist, der über den rein formellen Beitritt hinausgeht; betont, dass es für die Stärkung der Beziehungen zum Kosovo entscheidend ist, konkrete Formen der Zusammenarbeit und der schrittweisen Integration zu entwickeln, unter anderem indem branchenbezogene Partnerschaften geschlossen werden, dem Land die Teilnahme an EU-Programmen wie Erasmus+ ermöglicht wird und es in bestimmte Maßnahmen der EU einbezogen wird; betont, dass diese Instrumente dazu beitragen, die Verbundenheit des Kosovo mit Europa zu festigen

und die geostrategischen Herausforderungen in der Region anzugehen, unter anderem indem der Einfluss Dritter verhindert wird, ohne dem Tempo oder dem Ergebnis des Erweiterungsprozesses vorzugreifen;

3. begrüßt, dass nach der vorgezogenen demokratischen Parlamentswahl im Dezember 2025 und nach mehr als einem Jahr des politischen Stillstands sowie tiefgreifender politischer Polarisierung am 12. Februar 2026 im Kosovo eine neue Versammlung und eine neue Regierung konstituiert wurden; bedauert jedoch, dass der politische Prozess im Jahr 2025 zum Erliegen kam, was dazu führte, dass dem Kosovo ein Jahr „verloren ging“; bedauert ferner, dass es der Versammlung nicht gelungen ist, innerhalb der verfassungsmäßigen Frist einen neuen Präsidenten zu wählen; nimmt zur Kenntnis, dass die Versammlung am 6. März 2026 per Präsidialerlass aufgelöst wurde und dass das Verfassungsgericht diesen Erlass in einem anschließenden Urteil aufgehoben und den Mitgliedern der Versammlung eine Frist von 34 Tagen eingeräumt hat, um einen neuen Präsidenten zu wählen, da andernfalls Neuwahlen stattfinden würden; stellt fest, dass es innerhalb dieser Frist nicht gelungen ist, einen Präsidenten zu wählen, woraufhin Neuwahlen für den 7. Juni 2026 angekündigt wurden;

4. begrüßt zudem, dass die Versammlung des Kosovo am 13. Februar 2026 die Abkommen im Rahmen der Reform- und Wachstumsfazilität ratifiziert hat; stellt fest, dass dadurch der Weg dafür geebnet wird, dass das Kosovo zu Vorzugsbedingungen Zugang zu umfangreichen Zuschüssen und Darlehen erhält, mit denen das Ziel verfolgt wird, wichtige Reformen voranzubringen, die Wirtschaftskonvergenz zu beschleunigen und weitere Fortschritte auf dem Weg in die EU zu erzielen; bedauert zutiefst, dass das Land aufgrund des „verloren gegangenen Jahres“ und angesichts der Gefahr, weitere Monate durch einen Wahlkampf zu verlieren, möglicherweise nicht in der Lage sein wird, alle notwendigen Reformen fristgerecht umzusetzen, und damit riskiert, erhebliche finanzielle Unterstützung im Rahmen der Reform- und Wachstumsfazilität zu verlieren;

5. betont, dass ein leistungsbasierter Prozess die Grundlage einer glaubhaften Erweiterung bildet und dass hierfür eine anhaltende und unumkehrbare Reformdynamik erforderlich ist und Reformen im Einklang mit den EU-Standards – insbesondere den Kopenhagener Kriterien – streng umgesetzt werden müssen; fordert das Kosovo auf, insbesondere in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Grundfreiheiten und Korruptionsbekämpfung größere Fortschritte bei der Umsetzung der EU-bezogenen Reformen zu erzielen, seine Bemühungen fortzusetzen und sich zu diesem Zweck stärker für die Werte und Standards der Union einzusetzen; betont, dass Heranführungshilfe und der damit verbundene finanzielle Beistand nur dann gewährt werden dürfen, wenn in diesen Bereichen messbare und nachprüfbare Ergebnisse erzielt werden; weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es wichtig ist, die Rechtsstaatlichkeit zu wahren, die Meinungsfreiheit aller Personen zu gewährleisten und die Gesetze in der Praxis wirksam anzuwenden; hebt hervor, dass das Kosovo diesen Reformen erneut Vorrang einräumen und konkrete Fortschritte bei diesen Reformen erzielen muss, damit es seine Verbundenheit zu Europa stärken und in Bezug auf den Beitritt zur EU wieder auf Kurs kommen kann; betont, dass der Erweiterungsprozess auch eine gründliche Vorbereitung der EU-Organe und der Mitgliedstaaten erfordert, um die erfolgreiche Integration möglicher neuer Mitgliedstaaten unter Wahrung der wirtschaftlichen Stabilität des Binnenmarkts, der Sozial- und Umweltstandards und des ordnungsgemäßen Funktionierens der EU-Organe sicherzustellen;

6. befürwortet, dass das Kosovo im Dezember 2022 einen Antrag auf Beitritt zur EU eingereicht hat; fordert die Mitgliedstaaten im Rat erneut auf, die Kommission zu ersuchen, ihren Fragebogen unverzüglich vorzulegen und ihre Stellungnahme zur Begründetheit des Beitrittsantrags des Landes abzugeben, und fordert den Rat auf, anschließend Eile walten zu lassen und in diesem Sinne unter anderem den Kandidatenstatus zu verleihen, sobald die einschlägigen Kriterien erfüllt sind; fordert die fünf Mitgliedstaaten, die die Unabhängigkeit des Kosovo noch nicht anerkannt haben, auf, dies unverzüglich zu tun, damit es mit den anderen Kandidaten gleichberechtigt voranschreiten kann; weist auf das Gutachten des (IGH) vom 22. Juli 2010 hin, in dem festgestellt wird, dass das Kosovo mit seiner einseitigen Unabhängigkeitserklärung nicht gegen das allgemeine Völkerrecht verstoßen hat;

7. bekräftigt, dass es den Antrag des Kosovo auf Beitritt zum Europarat, seine strategisch ausgerichtete Absicht, sich am NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ zu beteiligen, und seine Anträge auf Beitritt zu anderen internationalen Organisationen voll und ganz befürwortet; fordert die betreffenden Organisationen und die Mitgliedstaaten auf, diese Anträge aktiv zu unterstützen; stellt fest, dass die Annäherung des Kosovo an die NATO die Sicherheit Europas stärkt; fordert die Kommission und das EU-Büro im Kosovo auf, ihre Bemühungen zu verstärken, damit die EU und die konkreten Vorteile einer engeren Partnerschaft zwischen der EU und dem Kosovo dort sichtbarer werden und das diesbezügliche Verständnis verbessert wird; fordert Serbien mit Nachdruck auf, keine Einwände gegen die Mitgliedschaft des Kosovo im Europarat und in anderen internationalen Organisationen zu erheben, da ein solches Vorgehen im Widerspruch zu dem Abkommen von 2023 zwischen dem Kosovo und Serbien über die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern steht;

8. würdigt, dass das Kosovo weiterhin aus freien Stücken die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU übernimmt, die restriktiven Maßnahmen der EU gegen Russland und Belarus nach wie vor umsetzt sowie Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine entschieden verurteilt und damit deutlich gemacht hat, dass es ein verlässlicher Partner der EU ist, und zollt dem Land Anerkennung für die anhaltend hohe öffentliche Unterstützung der Bevölkerung für den EU-Beitritt; erwartet, dass das Kosovo diese Ausrichtung beibehält und weiterhin Anstrengungen unternimmt, um der Bedrohung durch Russland entgegenzuwirken;

9. begrüßt, dass am 18. März 2025 die trilaterale Erklärung zur Verteidigungszusammenarbeit zwischen dem Kosovo, Albanien und Kroatien unterzeichnet wurde, mit der die Verteidigungsfähigkeiten gestärkt werden sollen und die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung hybrider Bedrohungen verbessert werden soll;

10. begrüßt, dass die EU die längst überfällige Entscheidung getroffen hat, ihre Maßnahmen gegen das Kosovo aufzuheben, und im Dezember 2025 Mittel in Höhe von 216 Mio. EUR für vorrangige Verträge und Programme und Anfang 2026 die verbleibenden 205 Mio. EUR freigegeben hat; ist der Ansicht, dass diese Maßnahmen in klarem Widerspruch zu dem vom Kosovo bekundeten Bekenntnis zu den europäischen Werten und seiner Angleichung an die EU-Politik standen und nicht mehr gerechtfertigt waren, da alle erforderlichen Voraussetzungen erfüllt wurden; stellt fest, dass diese Maßnahmen negative Auswirkungen auf die Gesellschaft im Kosovo hatten, insbesondere auf lokale Gemeinschaften, Organisationen der Zivilgesellschaft sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU); hält es für bedenklich, dass die Maßnahmen derart lange andauerten, dass es an Transparenz und Planungssicherheit mangelte und

die Öffentlichkeit unzureichend informiert wurde, obgleich das Kosovo die von der EU festgelegten Anforderungen erfüllt hatte;

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

11. begrüßt, dass die Abhaltung der Parlamentswahl und Kommunalwahl im Jahr 2025 insgesamt positiv bewertet wurde, und stellt fest, dass sie im Rahmen eines überarbeiteten Wahlsystems, das den früheren Empfehlungen der EU-Wahlbeobachtungsmission entspricht, auf friedliche, wettbewerbsfähige und inklusive Weise durchgeführt wurden; zollt den staatlichen Stellen Anerkennung dafür, dass sie das elektronische Wahlsystem im Kosovo eingeführt haben; stellt jedoch fest, dass bei der Durchführung der Wahlen einige Mängel festgestellt wurden, und fordert die staatlichen Stellen des Kosovo nachdrücklich auf, diese bei der Organisation künftiger Wahlen zu berücksichtigen;

12. begrüßt, dass die Kosovo-Serben an der Parlamentswahl und der Kommunalwahl 2025 teilgenommen haben und dass vier neu gewählte serbische Bürgermeister in den Gemeinden mit serbischer Mehrheit im Norden des Kosovo die Nachfolge ihrer albanischen Vorgänger angetreten haben; ist besorgt darüber, dass Wählerinnen und Wähler, die auf von Serbien geleistete Sozialhilfe angewiesen sind oder ihren Lebensunterhalt dort verdienen, unter Druck gesetzt wurden, bei der Parlamentswahl im Februar 2025 für Vertreterinnen und Vertreter der „Srpska Lista“ zu stimmen;

13. bedauert, dass immer wieder versucht wird, unabhängige Institutionen wie die Zentrale Wahlkommission zu politisieren, und dass es bei der Unabhängigen Medienkommission steuerungsbedingte Mängel gibt; fordert das Kosovo auf, den Rechtsrahmen für die Unabhängige Medienkommission weiter an die Empfehlungen des Europarats und die EU-Standards anzugleichen, um die regulatorische Unabhängigkeit, die Rechtssicherheit und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Medienaufsicht zu stärken; fordert die staatlichen Stellen auf, für nach Leistung ausgerichtete Ernennungsverfahren, Transparenz bei den Einstellungsverfahren und die uneingeschränkte Achtung der Unabhängigkeit dieser Institutionen zu sorgen; betont, dass widerstandsfähige demokratische Institutionen eine erste Verteidigungslinie gegen Manipulation des Informationsraums, verdeckte Einflussnahme und politisch motivierte Verzerrung der öffentlichen Debatte darstellen; fordert das Kosovo auf, einen institutionalisierten Rahmen für demokratische Resilienz zu schaffen, der die Versammlung, die Regierung, unabhängige Regulierungsstellen und die Wahlverwaltung zusammenführt und klar definierte Zuständigkeiten, regelmäßige Risikobewertungen sowie eine öffentliche Berichterstattung vorsieht;

14. begrüßt, dass die Organisationen der Zivilgesellschaft in einem insgesamt günstigen Umfeld tätig sind, und fordert die staatlichen Stellen auf, dafür zu sorgen, dass die Zivilgesellschaft von Anfang an sinnstiftend in die Vorbereitung und Umsetzung EU-bezogener Reformen einbezogen wird; erachtet es als wichtig, die Rechenschaftspflicht und Transparenz in Bezug auf die öffentliche Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft zu verbessern; betont, dass die Zivilgesellschaft entscheidend ist, wenn es darum geht, Demokratie und Pluralismus zu stärken und eine verantwortungsvolle Staatsführung sowie den sozialen Fortschritt zu fördern;

15. zollt den staatlichen Stellen Anerkennung dafür, dass sie die Venedig-Kommission zu dem Paket mit Entwürfen von Gesetzen zur Justiz sowie zum Gesetz über den Rat der

Staatsanwaltschaft des Kosovo konsultiert haben; ist jedoch nach wie vor besorgt darüber, dass die Regierung die Strategie für Rechtsstaatlichkeit nur teilweise umsetzt und Reformen nicht konsequent durchsetzt sowie dass der Justizrat des Kosovo noch nicht vollständig besetzt ist und es bei der Umsetzung der Justizreformen zu Verzögerungen kommt; ist besorgt darüber, dass die Regierung den erforderlichen untergeordneten Rechtsakt nicht angenommen hat, in dem die Organisationsstruktur und die Mechanismen der Zusammenarbeit zwischen der Sonderermittlungseinheit der Kosovo-Polizei und der Sonderstaatsanwaltschaft festgelegt sind; begrüßt die Fortschritte bei der Ernennung des neuen Vorsitzenden des Rates der Staatsanwaltschaft des Kosovo und geht davon aus, dass die neue Zusammensetzung des Rates nach Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit endgültig festgelegt wird; begrüßt, dass der Justizrat des Kosovo im Rahmen eines transparenten und leistungsorientierten Verfahrens 17 neue Richter ernannt hat, und fordert die Präsidentin des Kosovo nachdrücklich auf, diese Ernennungen unverzüglich zu bestätigen; fordert das Kosovo nachdrücklich auf, entschlossene Schritte zu unternehmen, um die Mängel zu beheben, und sicherzustellen, dass die Rechtsvorschriften zur Integrität und Rechenschaftspflicht der Justiz an die europäischen Standards und die einschlägigen Empfehlungen der Venedig-Kommission angepasst werden;

16. begrüßt, dass das Kosovo den Verwaltungsaufwand durch die Umsetzung des Programms zur Verhinderung und Verringerung des Verwaltungsaufwands für den Zeitraum 2025-2028 und seines Aktionsplans für 2025-2026 verringert hat; begrüßt diese Verbesserung und befürwortet, dass die Änderungen des Gesetzes über öffentliche Bedienstete angenommen wurden, und fordert das Kosovo auf, die öffentliche Verwaltung und den leistungsorientierten öffentlichen Dienst weiter zu verbessern; stellt fest, dass das Kosovo zwar über einen strategischen Rahmen für die öffentliche Verwaltung verfügt, dieser aber nicht wirksam umgesetzt wird;

17. ist zutiefst besorgt darüber, dass bei der Korruptionsbekämpfung im Großen und Ganzen nur unzureichende Fortschritte erzielt wurden; bedauert die trotz der eingegangenen Verpflichtungen mangelnden greifbaren strukturellen Fortschritte in diesem Bereich und betont, dass Korruption nach wie vor ein systemisches Problem ist, das die Funktionsfähigkeit öffentlicher Stellen einschränkt und das Vertrauen der Bevölkerung schmälert; nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass sich das Kosovo im Korruptionswahrnehmungsindex 2025 gegenüber 2024 um drei Plätze verschlechtert hat und nunmehr unter 182 Ländern und Gebieten Rang 76 einnimmt, was einen besorgniserregenden Rückschritt gegenüber dem bisherigen Trend einer allmählichen Verbesserung darstellt, wobei das Kosovo jedoch weiterhin vor einigen anderen Ländern der Region rangiert; fordert die staatlichen Stellen auf, unverzüglich konkrete, wirksame und überprüfbare Maßnahmen zur Verbesserung der Prävention, Ermittlung und Strafverfolgung im Bereich der Korruption zu ergreifen und umzusetzen; fordert insbesondere, dass rasch eine nationale Strategie zur Korruptionsbekämpfung und ein Aktionsplan für den Zeitraum 2025-2028 angenommen werden, dass Vermögensangaben und Integritätspläne verstärkt genutzt werden und dass die Instrumente zur Einziehung in Korruptionsfällen wirksamer genutzt werden; betont, dass die Unabhängigkeit und die operativen Kapazitäten der Korruptionsbekämpfungsstellen gestärkt werden müssen und eine wirksame Koordinierung zwischen Staatsanwaltschaft, Polizei und Finanzermittlungsstellen sichergestellt werden muss; weist darauf hin, dass die früheren Empfehlungen der Kommission zur Stärkung der Kapazitäten der Agentur für Korruptionsprävention und zur Umsetzung der Rechtsvorschriften zur Korruptionsbekämpfung noch nicht

umgesetzt wurden; fordert, dass die Qualität der Ermittlungen von Korruption auf hoher Ebene kontinuierlich verbessert wird;

18. stellt mit Besorgnis fest, dass bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität nur begrenzt Fortschritte erzielt wurden; fordert, dass zeitnah eine nationale Strategie und ein Aktionsplan zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität angenommen wird; erachtet es als wichtig, gegen kriminelle Netze vorzugehen und zu diesem Zweck die internationale Zusammenarbeit durch den Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse sowie die Zusammenarbeit von Akteuren im Bereich der Strafverfolgung zu stärken; fordert die Nachbarn des Kosovo auf, dem Land die Beteiligung an der internationalen Zusammenarbeit auf allen Ebenen zu ermöglichen, um die Wirkung der Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu maximieren; betont, dass die Zusammenarbeit im Kampf gegen Drogen verstärkt werden muss; fordert, dass die Maßnahmen in Bezug auf die Terrorismusbekämpfung weiter angeglichen werden;

19. unterstreicht die anhaltenden Bemühungen der EULEX, die staatlichen Stellen des Kosovo beim Aufbau tragfähiger und unabhängiger rechtsstaatlicher Institutionen zu unterstützen; stellt fest, dass anhaltende Herausforderungen, darunter begrenzte Durchsetzungsbefugnisse, die Wirksamkeit ihrer Tätigkeit eingeschränkt haben; fordert eine kontinuierliche Neubewertung des Mehrwerts, des Umfangs und der strategischen Ziele der Mission, um ihre Relevanz und Effizienz sicherzustellen;

20. ist besorgt über die gemeldeten Fälle von übermäßiger Gewaltanwendung und Fehlverhalten einiger kosovarischer Polizeibeamter im Norden des Landes; fordert die Polizei des Kosovo auf, dafür zu sorgen, dass ihr Personal alle Anforderungen in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte uneingeschränkt einhält; weist erneut darauf hin, dass es in der gemeinsamen Verantwortung aller politischen Vertreter und Menschen im Kosovo liegt, den Frieden und die Rechtsstaatlichkeit zu wahren;

Grundfreiheiten und Menschenrechte

21. stellt fest, dass ein rechtlicher und institutioneller Rahmen für Menschenrechte zwar weitgehend vorhanden ist, dieser jedoch nach wie vor nicht ausreichend umgesetzt wird; begrüßt, dass die Strategie zum Schutz und zur Förderung der Rechte der Gemeinschaften angenommen wurde; begrüßt, dass das Kosovo das Urteil des Verfassungsgerichts zum Grundbesitz des Klosters Deçani/Dečani umsetzt; fordert das Kosovo auf, in eine wirksamere Umsetzung des Menschenrechtsrahmens zu investieren;

22. stellt fest, dass die Verfassung des Kosovo im Hinblick auf Minderheitenrechte sehr fortschrittlich ist; stellt in diesem Zusammenhang mit Bedauern fest, dass die Versammlung des Kosovo die im Januar 2023 eingegangene Petition, die von fast 500 Personen unterzeichnet wurde, die sich aus historischen Gründen als Bulgaren identifizieren, noch immer nicht behandelt hat, und empfiehlt, ihre Rechte gesetzlich zu verankern und in der Praxis zu gewährleisten, damit die historische, kulturelle und politische Identität der bulgarischen Minderheit geschützt werden kann; fordert das Kosovo auf, dafür zu sorgen, dass alle nach dem Gesetz über den Schutz und der Förderung der Minderheitenrechte anerkannten Minderheiten und die Mitglieder ihrer Gemeinschaften vollständig in die Verfassung des Landes aufgenommen werden;

23. stellt fest, dass das Strafvollzugssystem im Kosovo weitgehend an die Mindestgrundsätze der VN und des Europarats angeglichen ist; fordert einen besseren

Schutz der Rechte von Häftlingen, insbesondere von Insassinnen, Angehörigen von Minderheiten sowie Häftlingen mit psychischen Problemen;

24. betont, dass die Rechtsvorschriften zum Schutz der Rechte schutzbedürftiger Gruppen und von Personen, die Minderheiten angehören, konsequenter umgesetzt werden müssen, insbesondere hinsichtlich ihrer Vertretung in öffentlichen Einrichtungen und des Sprachgebrauchs, und dass zu Diesem Zweck unter anderem sichergestellt werden muss, dass sie gleichberechtigten und wirksamen Zugang zu staatlicher Bildung in ihrer Muttersprache sowie zu medizinischer Versorgung und öffentlichen Dienstleistungen haben, dass ihre Sprach- und Eigentumsrechte geachtet werden, dass sie in der zentralen und lokalen Verwaltung angemessen vertreten sind und dass das materielle und immaterielle religiöse, traditionelle und kulturelle Erbe geschützt wird; fordert das Kosovo auf, seine Bemühungen zu intensivieren, um Minderheiten Chancengleichheit und eine angemessene Vertretung im politischen und kulturellen Leben, in den öffentlichen Medien, in der Verwaltung und in der Justiz zu bieten; fordert, dass religiöse Minderheiten im Kosovo geschützt werden und der Zugang zu Gotteshäusern gewährleistet wird;

25. bedauert, dass Frauen aus Minderheitengruppen – insbesondere aus den Gemeinschaften der Roma, der Aschkali und der Ägypter – vor allem in den Bereichen Bildung, Beschäftigung und Zugang zur Gesundheitsversorgung zahlreichen Formen der Diskriminierung ausgesetzt sind; ist besorgt darüber, dass die Verwaltung im Kosovo Minderheitengruppen nicht angemessen vertritt und dass der Anteil der Frauen in Führungspositionen nach wie vor gering ist;

26. fordert das Kosovo auf, seine bestehenden Mechanismen zum Schutz der Rechte von Minderheiten, Religionsgemeinschaften und der LGBTIQ+-Gemeinschaft besser umzusetzen und zu diesem Zweck das neue, noch nicht angenommene Zivilgesetzbuch fertigzustellen; ist weiterhin besorgt darüber, dass Frauen und LGBTIQ-Personen nach wie vor diskriminierenden Äußerungen ausgesetzt sind;

27. betont, dass die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frau im Kosovo gestärkt werden müssen; stellt fest, dass der rechtliche und institutionelle Rahmen für die Gleichstellung der Geschlechter und die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt weitgehend vorhanden ist; begrüßt, dass die Mittel für spezialisierte Unterstützungsdienste aufgestockt wurden, darunter für Unterkünfte für Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt, dass eine voll funktionsfähige Datenbank zur Erfassung von Fällen häuslicher Gewalt eingerichtet wurde und dass weiterhin Aufklärungsarbeit geleistet wird; ist besorgt darüber, dass geschlechtsspezifische Gewalt fortbesteht und dass die Umsetzung und Durchsetzung weiterhin unzureichend sind, insbesondere angesichts der Tatsache, dass Frauen, vor allem aus Minderheitengemeinschaften, nach wie vor verschiedenen Formen der Diskriminierung ausgesetzt sind;

28. fordert die staatlichen Stellen erneut auf, den internen Dialog zu verbessern und aufrichtig und unmittelbar mit den unabhängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen der Kosovo-Serben, insbesondere im Norden, zusammenzuarbeiten, um Vertrauen zu schaffen, das Alltagsleben der Kosovo-Serben zu erleichtern und ihre erfolgreiche Integration zu fördern;

29. begrüßt, dass die Regierung die Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2025-2030 sowie den dazugehörigen Aktionsplan für den Zeitraum

2025-2027 verabschiedet hat; bedauert jedoch, dass das Kosovo das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen noch nicht angenommen hat; ist besorgt darüber, dass das Kosovo den Besitzstand der EU in diesem Bereich noch nicht ausreichend übernommen hat und dass Menschen mit Behinderungen, darunter auch Kinder, beim Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und sozialen Dienstleistungen mit Diskriminierung und Hindernissen konfrontiert sind; fordert die staatlichen Stellen auf, die Rechte dieser Personen besser zu schützen und den Gesetzentwurf über die Anerkennung des Status sowie über Leistungen und Dienste anzunehmen;

30. betont, dass es wichtig ist, das multikulturelle Erbe des Kosovo, einschließlich der kroatischen Gemeinschaft, zu schützen und gleichzeitig eine nachhaltige lokale Entwicklung und das gemeinschaftliche Engagement zu unterstützen; begrüßt das von der EU finanzierte Projekt, das vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen durchgeführt wird und auf die Erhaltung und Wiederbelebung des kulturellen Erbes von Janjeva/Janjevo abzielt;

31. bedauert, dass die Versammlung des Kosovo den neuen Entwurf des Schulbuchgesetzes noch nicht angenommen hat; ist besorgt darüber, dass die Umsetzung der Bildungsstrategie des Kosovo für den Zeitraum 2022-2026 im Rückstand ist und dass die Mittel für die öffentliche Grundschulbildung weiter gekürzt werden; fordert das Kosovo auf, das Verfahren für die Annahme des Entwurfs des Schulbuchgesetzes abzuschließen, die Überarbeitung der derzeitigen Schulbücher fertigzustellen und Lehrkräften kontinuierliche und systematische Schulungen anzubieten;

32. nimmt die pluralistische Medienlandschaft des Kosovo zur Kenntnis, weist aber darauf hin, dass diese weiterhin zerbrechlich und verschiedenen Formen von Druck ausgesetzt ist; bedauert zutiefst die mangelnden Fortschritte bei der Gewährleistung der Meinungsfreiheit und des tatsächlichen Schutzes von Journalistinnen und Journalisten; bedauert, dass das Kosovo in der Rangliste der Pressefreiheit 2025 um 24 Plätze auf Rang 99 zurückgefallen ist, was einen bedeutenden und besorgniserregenden Rückschritt darstellt; stellt fest, dass die Pressefreiheit ein grundlegender europäischer Wert ist und dass das Kosovo wirksamere Maßnahmen als bisher ergreifen muss, um sie zu schützen;

33. bekräftigt seine tiefe Besorgnis darüber, dass sich das Medienumfeld und das Arbeitsklima für Fachkräfte im Informationsbereich verschlechtert haben, und hält es insbesondere für höchst bedenklich, dass Journalistinnen und Journalisten sowie Medienschaffende angegriffen und bedroht werden, wozu auch beleidigende Äußerungen hochrangiger Amtsträgerinnen und Amtsträger des Kosovo gegenüber den Medien während des Wahlkampfs zählen; bedauert, dass der Entwurf eines Gesetzes über den Schutz journalistischer Quellen noch immer nicht verabschiedet wurde, wodurch Journalistinnen und Journalisten keinen angemessenen Rechtsschutz genießen; betont, dass körperliche Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten unter keinen Umständen hingenommen werden dürfen, und fordert, dass in Bezug auf sämtliche gegen Medienschaffende gerichteten Drohungen strengere Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen eingeleitet werden sowie die medienbezogenen Rechtsvorschriften an den EU-Besitzstand, insbesondere an das Europäische

Medienfreiheitsgesetz[7] und die EU-Richtlinie gegen SLAPP-Klagen[8], sowie an andere einschlägige internationale Menschenrechtsverpflichtungen angepasst werden; fordert die staatlichen Stellen in dieser Hinsicht auf, umgehend konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Unabhängigkeit der Medien zu gewährleisten, gegen Einschüchterung vorzugehen und für ein Umfeld zu sorgen, in dem ein freier und pluralistischer Journalismus gefördert wird;

34. ist zutiefst besorgt über Berichte, wonach Journalistinnen und Journalisten von politischen Akteuren und organisierten kriminellen Gruppen unter Druck gesetzt werden, was zu Fällen von Selbstzensur geführt hat; stellt fest, dass Journalistinnen und Journalisten aus Sorge um ihre körperliche Unversehrtheit oder ihren Arbeitsplatz möglicherweise davon absehen, kritische investigative Berichterstattung zu betreiben; hebt ferner Berichte hervor, wonach staatliche Stellen Werbung von Medien, die kritische Inhalte veröffentlichen, zurückziehen können, wodurch indirekter wirtschaftlicher Druck ausgeübt wird;

35. bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Annahme des Entwurfs eines Gesetzes über die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt des Kosovo „Radiotelevizioni i Kosovës / Radio-televizija Kosova“ (RTK) noch aussteht, und fordert daher, dass dieser zeitnah angenommen wird; betont, dass dafür gesorgt werden muss, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nachhaltig finanziert wird und seine Unabhängigkeit gewahrt bleibt; bedauert, dass die Stelle des Generaldirektors der RTK seit September 2024 unbesetzt ist und dass der Vorstand der RTK seit Dezember 2024 nicht beschlussfähig ist, was dazu führt, dass die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt faktisch handlungsunfähig ist und ihren Auftrag nicht erfüllen kann; fordert, dass die RTK einer ausgewogenen, repräsentativen und politisch unabhängigen Aufsicht unterliegt; fordert die staatlichen Stellen des Kosovo auf, die Mitglieder des RTK-Vorstands und den Generaldirektor der RTK in einem transparenten und leistungsorientierten Verfahren zu ernennen, um das wirksame Funktionieren des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Kosovo zu gewährleisten; betont, dass bei jeder Reform der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt die redaktionelle Unabhängigkeit gewahrt, politische Einflussnahme verhindert und eine nachhaltige und transparente Finanzierung sichergestellt werden muss;

36. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass in dem über Menschenhandel aus dem Jahr 2025 hervorgehoben wird, dass die zuständigen staatlichen Stellen im Kosovo die Mindeststandards für die Beseitigung des Menschenhandels nicht vollständig erfüllt haben, obwohl sie verstärkte Anstrengungen unter Beweis gestellt haben, einschließlich verbesserter Strafverfolgungsquoten und verstärkter Unterstützung für Opfer;

37. ist besorgt darüber, dass ausländische Akteure, darunter vor allem staatlich kontrollierte

---

[7] Verordnung (EU) 2024/1083 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU (Europäisches Medienfreiheitsgesetz) (ABl. L, 2024/1083, 17.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1083/oj).

[8] Richtlinie (EU) 2024/1069 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über den Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L, 2024/1069, 16.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1069/oj).

Quellen aus Russland und Serbien, insbesondere in Zeiten von Wahlen zunehmend Desinformationen – unter anderem über interethnische Spannungen – in den Ländern der Region verbreiten, was die politische Polarisierung weiter verschärft; ist nach wie vor ernsthaft besorgt über böswillige Einflussnahme aus dem Ausland, Destabilisierungsbemühungen und hybride Bedrohungen, einschließlich KI-generierter Desinformation und koordinierter Online-Kampagnen, die darauf abzielen, politische Prozesse und die öffentliche Meinung zu beeinflussen; fordert, dass die institutionelle Reaktion verstärkt und die Medienkompetenz verbessert wird und zu diesem Zweck Maßnahmen wie eine umfassendere Lehrkräfteausbildung, moderne Unterrichtsmaterialien und eine verstärkte Zusammenarbeit mit unabhängigen Medien, Faktenprüfungsorganisationen und einschlägigen EU-Programmen ergriffen werden, damit kritisches Denken und ein verantwortungsbewusster Umgang mit digitalen Medien gefördert werden; fordert das Kosovo und seine regionalen Partner auf, geeint zu bleiben und die Zusammenarbeit in der Region weiter zu stärken, wobei auch die Zusammenarbeit zwischen Europa und dem Kosovo ausgebaut werden muss, um externen Bedrohungen, Desinformation, Einflussnahme aus dem Ausland sowie Cyberbedrohungen und hybriden Bedrohungen entgegenzuwirken, die darauf abzielen, die Aussicht des Landes und der Region auf einen Beitritt zur EU zu beeinträchtigen;

38. würdigt das aktive Engagement des Kosovo für eine Reihe regionaler Kooperationsinitiativen, etwa das Mitteleuropäische Freihandelsabkommen, die Energiegemeinschaft, die Verkehrsgemeinschaft, den Südosteuropäischen Kooperationsprozess und den Regionalen Kooperationsrat;

39. begrüßt, dass die staatlichen Stellen des Kosovo den Fahrplan für eine nachhaltige Lösung für den illegalen Besitz und den Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen und Explosivstoffen sowie den unerlaubten Handel damit erfolgreich umgesetzt haben; begrüßt, dass die Vorschriften des Feuerwaffenprotokolls der Vereinten Nationen in hohem Maße eingehalten werden;

Aussöhnung und gutnachbarschaftliche Beziehungen

40. weist erneut darauf hin, dass es für die Aussichten des Kosovo auf einen Beitritt zur EU wesentlich und unerlässlich ist, die Beziehungen zu Serbien zu normalisieren und sämtliche im Rahmen des Dialogs zwischen Belgrad und Prishtina/Priština getroffenen Vereinbarungen umzusetzen, und dass dies auch künftig ein zentrales Anliegen sein wird; betont, dass konkrete, dauerhafte und überprüfbare Fortschritte in diesem Bereich von entscheidender Bedeutung sind, um die regionale Stabilität zu stärken und die Aussichten des Landes auf einen Beitritt zur EU voranzubringen; betont, dass die Normalisierung nicht vernachlässigt werden darf, sondern weiterhin höchste politische Priorität haben muss; betont, dass es wichtig ist, die Vermittlungsbemühungen der EU zwischen den Parteien weiter zu verstärken, um den derzeitigen Stillstand zu beenden;

41. bekräftigt, dass es den von der EU geförderten Dialog uneingeschränkt unterstützt, und begrüßt, dass das Mandat von Peter Sørensen in seiner Eigenschaft als EU-Sonderbeauftragter für den Dialog zwischen Belgrad und Prishtina/Priština bis zum 29. Februar 2028 verlängert wurde;

42. fordert erneut, dass die Qualität des Dialogprozesses durch die Beteiligung von Frauen, durch mehr Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit und durch eine sinnstiftende Einbeziehung der Zivilgesellschaft verbessert wird;

43. erachtet es nach wie vor als wichtig, dass sich die staatlichen Stellen des Kosovo als auch Serbiens konstruktiv um die Umsetzung des Abkommens über den Weg zur Normalisierung und seines Anhangs zur Durchführung bemühen, das für beide Parteien nach wie vor gültig und rechtlich bindend ist; fordert das Kosovo und Serbien auf, das Brüsseler Abkommen und das Ohrid-Abkommen vollumfänglich umzusetzen, d. h. die Vereinigung/Gemeinschaft der Gemeinden mit serbischer Mehrheit zu gründen, seitens Serbiens keine Einwände gegen die Mitgliedschaft des Kosovo in regionalen und internationalen Organisationen zu erheben und keine einseitigen Maßnahmen zu ergreifen, durch die der Dialog gefährdet werden könnte;

44. begrüßt die am 14. März 2026 erzielte Einigung über die Umsetzung des Ausländergesetzes des Kosovo, mit dem Abhilfemaßnahmen für Mitglieder der serbischen Gemeinschaft eingeführt werden; stellt fest, dass mit dieser Regelung dazu beigetragen wird, einen fortwährenden Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen sicherzustellen, und dem Risiko eines De-facto-Ausschlusses der Kosovo-Serben entgegengewirkt wird; betont, dass solche Lösungen zur Vertrauensbildung beitragen und einen positiven Schritt hin zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Belgrad und Prishtina/Priština und zur Förderung gutnachbarschaftlicher Beziehungen darstellen;

45. nimmt zur Kenntnis, dass im Norden des Kosovo zahlreiche von Serbien geförderte Einrichtungen ohne vorherige Abstimmung geschlossen wurden;

46. erwartet, dass Serbien uneingeschränkt mit dem Kosovo zusammenarbeitet, damit die Täter des im Jahr 2023 in Banjska verübten Terroranschlags endlich vor Gericht gestellt werden können; verurteilt, dass Serbien noch immer keine strafrechtlichen Schritte gegen die Verantwortlichen eingeleitet hat, insbesondere gegen den ehemaligen Vizepräsidenten der Srpska Lista, Milan Radoičić; bekräftigt, dass alle Personen, die für Gewalttaten verantwortlich sind, im Einklang mit der Rechtsstaatlichkeit und in einem ordnungsgemäßen Verfahren unverzüglich zur Rechenschaft gezogen und vor Gericht gestellt werden müssen; verurteilt aufs Schärfste den im November 2024 verübten Anschlag auf den Kanal Ibër-Lepenc/Ibar-Lepenac im Norden des Kosovo und fordert, dass die Täter rasch festgenommen und vor Gericht gestellt werden; fordert Serbien auf, unverzüglich auf das im Januar 2025 eingereichte Ersuchen des Kosovo um Rechtshilfe im Zusammenhang mit diesem Anschlag zu reagieren und uneingeschränkt an den Ermittlungen mitzuwirken;

47. stellt fest, dass nach wie vor unklar ist, was mit den bis zu 1 590 Vermissten geschehen ist, und dass zwischen April 2024 und dem Ende des Berichtszeitraums im September 2025 nur das Schicksal von lediglich 26 Vermissten aufgeklärt werden konnte; fordert sowohl das Kosovo als auch Serbien auf, sich konstruktiv und in gutem Glauben an allen fachlichen Beratungen zu beteiligen, in denen das Schicksal der verbleibenden vermissten Personen geklärt werden soll, auch im Rahmen der Unterarbeitsgruppe für kriminaltechnische Fragen, und von jeglicher Politisierung abzusehen; begrüßt die erste Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses für vermisste Personen, die von den Chefunterhändlern des Kosovo und Serbiens im Januar 2026 im Rahmen des von der EU unterstützten Dialogs einberufen wurde, und fordert eine weitere Zusammenarbeit, um die Ermittlung von Massengräbern und den Informationsaustausch zu beschleunigen;

48. fordert Serbien auf, sämtliche mit dem Krieg 1998-1999 im Kosovo im Zusammenhang

stehenden Polizei- und Militärdokumente freizugeben, die entsprechenden Archive zu öffnen und diese Informationen offenzulegen, um Wahrheit und Gerechtigkeit walten lassen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen zu können, auch in Fällen sexueller Gewalt in Konflikten; stellt fest, dass noch keine allgemeine Vereinbarung über den Austausch über solche Informationen umgesetzt wurde, und bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass höhere Geheimhaltungsstufen festgelegt wurden, was die Gefahr birgt, dass weitere Verzögerungen eintreten, bevor die Justiz tätig werden kann und die überlebenden Opfer als solche anerkannt werden;

49. weist erneut darauf hin, dass für den uneingeschränkten Zugang zu den Archiven des Geheimdienstes des jugoslawischen Staates (Uprava državne bezbednosti – UDBA) und des Geheimdienstes der jugoslawischen Volksarmee (Kontraobaveštajna služba – KOS) gesorgt werden muss, darunter auch zu den Archiven in Prishtina/Priština und Belgrad, damit Straftaten und kriminelle Organisationen aus der Zeit des Kommunismus gründlich untersucht und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden können; betont, dass die Öffnung dieser Archive in der gesamten Region dazu dienen könnte, die Wahrheitsfindung voranzubringen und den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen sowie zur Aussöhnung und zur Konsolidierung der demokratischen Regierungsführung beizutragen;

50. fordert das Kosovo auf, sich weiterhin an zahlreichen Initiativen der regionalen Zusammenarbeit zu beteiligen; bekräftigt, dass die NATO-geführte Kosovo-Truppe für die allgemeine Sicherheit wichtig ist, und würdigt ihre anhaltenden Bemühungen, sowohl im Kosovo als auch in der gesamten Westbalkanregion ein sicheres Umfeld zu schaffen und zu wahren; weist darauf hin, dass die Mission für den derzeitigen Aufbau der Sicherheitskräfte des Kosovo wichtig ist, da sie Beratung, Ausbildung und Unterstützung im Bereich Kapazitätsaufbau bereitstellt; fordert die Mitgliedstaaten, die zur Kosovo-Truppe beitragen, auf, von einer Reduzierung ihrer Truppenstärke abzusehen;

51. fordert als Teil eines breiter angelegten Engagements für Pluralismus, Versöhnung und die Achtung des gemeinsamen Kulturerbes Europas erneute Anstrengungen zum Schutz des religiösen und kulturellen Erbes im Kosovo, zu dem orthodoxe, islamische und katholische Stätten sowie Stätten anderer Glaubensgemeinschaften zählen;

Sozioökonomische Reformen

52. stellt fest, dass das Kosovo in den Bereichen Wirtschafts- und Währungspolitik sowie Wettbewerbsfähigkeit mäßig gut vorbereitet ist; betont, dass das Kosovo seinen Haushaltsrahmen an den Besitzstand der EU angleichen und strukturelle Schwächen angehen muss, insbesondere die begrenzte Fertigungsbasis sowie die Tatsache, dass KMU nur schwer Zugang zu Finanzmitteln erhalten; betont, dass es wichtig ist, für nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu sorgen, die Arbeitslosigkeit zu verringern und das Sozialschutzsystem des Landes im Einklang mit dem sozialen Besitzstand der EU zu stärken; betont, dass es umfassendere Reformen vornehmen muss, um die verbleibenden strukturellen Schwächen zu beheben;

53. begrüßt die Feststellung der Kommission, dass das Kosovo einige Fortschritte beim Aufbau einer funktionierenden Marktwirtschaft erzielt hat, insbesondere durch stärkeres Wachstum, einen soliden und widerstandsfähigen Bankensektor, die Verringerung der Schattenwirtschaft und die schnellere Beilegung von Handelsstreitigkeiten; stellt fest,

dass die Schattenwirtschaft weiterhin ausgeprägt ist, und fordert die staatlichen Stellen auf, der Arbeitsaufsichtsstelle die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie ihre Aufgaben in vollem Umfang wahrnehmen kann;

54. begrüßt, dass das Handelsgericht des Kosovo Fälle von Rechten des geistigen Eigentums wirksam bearbeitet; fordert das Handelsgericht auf, weiter mit dem Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum zusammenzuarbeiten;

55. fordert einen angemessenen Arbeitsschutz, gerechte Löhne und die Durchsetzung des Arbeitsrechts im Einklang mit den EU-Standards; bedauert, dass der soziale Dialog im Kosovo nach wie vor begrenzt ist; fordert, dass für den Aufbau von Kapazitäten der Sozialpartner gezielte Unterstützung bereitgestellt wird; fordert die staatlichen Stellen auf, die Unabhängigkeit und die Rechtmäßigkeit anerkannter Gewerkschaften sowie die Grundrechte der Arbeitnehmer, insbesondere das Recht auf Tarifverhandlungen, sowohl rechtlich als auch in der Praxis im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft zu gewährleisten; fordert die staatlichen Stellen des Kosovo auf, das Mandat des Wirtschafts- und Sozialrates zu verlängern, den sozialen Dialog zu fördern und die Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan zu nutzen, um den Kapazitätsaufbau der Sozialpartner zu unterstützen;

56. begrüßt die Konsolidierung des Besoldungssystems im Rahmen des Gesetzes über die Gehälter im öffentlichen Dienst; bedauert jedoch, dass die berufliche Einstufung und die Systematisierung von Stellenbezeichnungen noch immer nicht begonnen wurde sowie die Befassung mit dem Urteil des Verfassungsgerichts, wonach einige Bestimmungen verfassungswidrig sind, nach wie vor aussteht; fordert die staatlichen Stellen auf, den Entwurf eines Gesetzes über die Verwaltung der öffentlichen Finanzen anzunehmen und die Bewertung der Haushaltsrisiken und die Verfahren für öffentliche Investitionen in die Rechtsvorschriften aufzunehmen;

57. bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt nach wie vor unter dem EU-Durchschnitt liegt und dass die Kindersterblichkeit nach wie vor die höchste in der Region ist und deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt; bedauert, dass die Fortschritte auf dem Weg zu einer universellen Gesundheitsversorgung unverändert sehr begrenzt sind und dass erhebliche Ineffizienzen fortbestehen; fordert die staatlichen Stellen auf, dafür zu sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger einen besseren Zugang zu Gesundheitsdiensten erhalten;

58. fordert das Kosovo auf, einer hochwertigen beruflichen Bildung, einer stärkeren Verknüpfung von Bildung und dem Bedarf auf dem Arbeitsmarkt sowie der gezielten Unterstützung für junge Unternehmer und Forscher Vorrang einzuräumen, damit jungen Menschen im Land glaubhafte Perspektiven eröffnet werden;

59. fordert das Kosovo auf, auch künftig Abkommen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit mit den EU-Mitgliedstaaten abzuschließen;

60. stellt fest, dass das Kosovo einige Fortschritte bei der Vorbereitung auf den digitalen Wandel erzielt hat, unter anderem beim Ausbau der Online-Dienste und der 5G-Abdeckung; bedauert, dass derzeit nur 10 % der öffentlichen Dienste online angeboten werden und dass die Digitalisierung nach wie vor fragmentiert ist; betont, dass das Kosovo seine Rechtsvorschriften an die einschlägigen EU-Rechtsvorschriften im Digitalbereich angleichen muss, auch an den Europäischen Kodex für die elektronische

Kommunikation, die NIS-2-Richtlinie, das EU-Instrumentarium für die 5G-Cybersicherheit, das Gesetz über digitale Dienste, das Gesetz über digitale Märkte und den EU-Rahmen für die digitale Identität; bedauert, dass das Kosovo nur 8 von 14 Vorschriften des abgeleiteten Rechts, die sich aus dem Gesetz über die Cybersicherheit ergeben, übernommen hat und dass sowohl die Agentur für Cybersicherheit als auch der Nationale Rat für Cybersicherheit noch nicht vollständig einsatzbereit sind; fordert, dass das Kosovo eine umfassende E-Governance-Strategie annimmt, die mit den EU-Standards im Einklang steht, und dass die Interoperabilität der Systeme der öffentlichen Verwaltung verbessert wird; fordert das Kosovo auf, die Digitalisierung intensiver zu fördern und sichere digitale öffentliche Dienste weiterzuentwickeln;

61. begrüßt, dass das Kosovo die ersten Schritte zu einem strategischeren Ansatz für Forschung und Innovation unternommen und dabei auch mit der Finanzierung von Innovationsförderungsmaßnahmen begonnen hat und sich am Netz europäischer digitaler Innovationszentren beteiligt;

62. begrüßt den Vorschlag der Kommission, Verhandlungen über die Ausweitung der EU-Regelung „Roaming zu Inlandspreisen“ auf die Westbalkanländer, einschließlich des Kosovo, aufzunehmen, um den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen greifbare Vorteile zu verschaffen und die regionale Vernetzung zu verbessern; stellt fest, dass diese Initiative auf bestehenden regionalen Roaming-Vereinbarungen aufbaut; fordert, dass die Verhandlungsmandate rasch angenommen und die Abkommen zeitnah abgeschlossen werden, damit eine schnelle und wirksame Integration in den EU-Raum „Roaming zu Inlandspreisen“ erfolgen kann;

Energie, Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Konnektivität

63. stellt fest, dass das Kosovo nach wie vor stark auf veraltete Kohlekraftwerke angewiesen ist und stärker in die Energieeffizienz investieren muss; begrüßt, dass in der Energiebranche einige Fortschritte erzielt wurden, insbesondere die Einleitung einer Auktion für die Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Erzeugungskapazität von 100 MW; fordert das Kosovo nachdrücklich auf, den grünen Wandel zu beschleunigen und seine Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und Kohlekraftwerken erheblich zu verringern; fordert die EU auf, größere Anstrengungen zu unternehmen, um dem Kosovo dabei zu helfen, diese Ziele zu erreichen; fordert die Regierung des Kosovo auf, in einen diversifizierten Energiemix zu investieren, mit dem die Versorgungssicherheit gestärkt wird; fordert das Kosovo auf, seine Bemühungen um die Integration seines Strommarkts in die europäischen Strommärkte fortzusetzen, unter anderem durch die wirksame Umsetzung von Strommarktreformen und eine verstärkte länderübergreifende Zusammenarbeit in der Strombranche;

64. fordert das Kosovo auf, seine institutionellen und administrativen Kapazitäten zur Umsetzung strategischer Infrastrukturprojekte zu stärken, unter anderem durch die Durchführung umfassender Umweltverträglichkeitsprüfungen und die Einbeziehung von Nachhaltigkeitsmaßnahmen in der Planungsphase, und noch ausstehende Projekte im Bereich der Verkehrs- und Energievernetzung weiter umzusetzen; fordert die Kommission und das Kosovo auf, strategischen Konnektivitätsprojekten Vorrang einzuräumen, die die Westbalkanregion mit den europäischen Verkehrs-, Energie- und Digitalkorridoren sowie dem Schwarzmeerraum verbinden, unter anderem durch Energieverbundnetze, Maßnahmen für Energieeffizienz, Investitionen in Energie aus erneuerbaren Quellen, die Integration in den einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum

(SEPA) und die Verbesserung des Zugangs von KMU zu Finanzmitteln; betont, dass mit derartigen Investitionen die sozioökonomische Konvergenz, die geostrategische Widerstandsfähigkeit und die wirtschaftliche Sicherheit Europas gestärkt werden;

65. fordert das Kosovo nachdrücklich auf, die Schutzgebiete im Land zu vergrößern und dafür zu sorgen, dass geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um Schutzgebiete und Stätten des kulturhistorischen Erbes so zu bewirtschaften, dass die biologische Vielfalt erhalten bleibt, darunter auch die wichtigsten Lebensräume des vom Aussterben bedrohten Balkanluchses; begrüßt, dass das Kosovo die Zusammenarbeit mit Nordmazedonien und Albanien in Bezug auf den länderübergreifenden Nationalpark Sharr bzw. Šar Planina fortsetzt; fordert das Kosovo auf, die Zusammenarbeit mit seinen Nachbarländern weiter zu intensivieren und rascher voranzutreiben, um länderübergreifende Schutzgebiete auszuweisen und kohärente länderübergreifende Bewirtschaftungspläne zu erstellen; fordert das Kosovo nachdrücklich auf, das Gesetz über die Abfallbewirtschaftung zu ändern und das Gesetz über den Klimawandel umzusetzen;

°

° °

66. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Präsidenten des Europäischen Rates, der Kommission, der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie der Präsidentin, der Regierung und der Versammlung des Kosovo zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0222

Bericht 2025 der Kommission über Georgien

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 2026 zu dem Bericht 2025 der Kommission über Georgien (2025/2257(INI))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 4. November 2025 mit dem Titel „Mitteilung 2025 über die Erweiterungspolitik der EU“ (COM(2025)0690) und die der Mitteilung beigefügte Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen mit dem Titel „Georgia 2025 Report“ (Bericht 2025 über Georgien) (SWD(2025)0757),

– unter Hinweis auf das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Georgien andererseits[1],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2025/2441 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2025 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1806 hinsichtlich der Überarbeitung des Aussetzungsmechanismus[2],

– unter Hinweis auf Artikel 78 der Verfassung Georgiens, der vorsieht, dass alle tunlichen Maßnahmen zu ergreifen sind, um die vollständige Integration Georgiens in die EU und die NATO sicherzustellen,

– unter Hinweis auf die am 12. November 2025 angenommene dringliche Stellungnahme des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu den Änderungen des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten und des Strafgesetzbuchs Georgiens,

– unter Hinweis auf die Europäische Menschenrechtskonvention, zu deren Vertragsparteien Georgien gehört,

– unter Hinweis auf die früheren Erweiterungsberichte der Kommission über Georgien,

– unter Hinweis auf den von Freedom House veröffentlichten Bericht von 2025 mit dem Titel „Freedom in the World“ (Freiheit in der Welt),

– unter Hinweis auf den von World Justice Project veröffentlichten

[1] ABl. L 261 vom 30.8.2014, S. 4, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_internation/2014/494/oj.
[2] ABl. L 2025/2441, 10.12.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2025/2441/oj.

Rechtsstaatlichkeitsindex (Rule of Law Index) von 2025,

– unter Hinweis auf den von Transparency International veröffentlichten Korruptionswahrnehmungsindex von 2025,

– unter Hinweis auf den Bericht über die OSZE-Erkundungsmission zu Georgien (2026) gemäß Ziffer 12 des Dokuments zum Moskauer Mechanismus mit dem Titel „Developments in Georgia in Respect of Human Rights and Fundamental Freedoms since Spring 2024“ (Entwicklungen in Georgien im Hinblick auf die Menschenrechte und Grundfreiheiten seit Frühjahr 2024),

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Ratsvorsitzes vom 16. Dezember 2025 zur Erweiterung,

– unter Hinweis auf die von der Venedig-Kommission am 9./10. Oktober 2025 angenommene Stellungnahme zu dem Gesetz über die Registrierung ausländischer Agenten, zu den Änderungen des Gesetzes über Finanzhilfen und zu anderen Gesetzen über ausländische Einflussnahme,

– unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zu Georgien,

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 11. März 2006 zu der EU-Erweiterungsstrategie[3],

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (A10-0140/2026),

A. in der Erwägung, dass Georgien am 3. März 2022 einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt hat; in der Erwägung, dass der Europäische Rat auf seiner Tagung vom 14./15. Dezember 2023 Georgien den Status eines Bewerberlandes unter der Voraussetzung zuerkannt hat, dass die in der Empfehlung der Kommission vom 8. November 2023 dargelegten einschlägigen Schritte unternommen werden; in der Erwägung, dass der Beitrittsprozess Georgiens in der Praxis seit 2024 de facto ausgesetzt ist;

B. in der Erwägung, dass die Kommission Georgien nur noch auf dem Papier als Bewerberland betrachtet, nachdem der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen vom 19. Dezember 2024 festgehalten hat, dass die Handlungen der staatlichen Stellen Georgiens de facto zu einem Stillstand des Heranführungsprozesses geführt haben, und Georgien seither fortwährend erhebliche Rückschritte bei den wesentlichen Elementen gemacht hat;

C. in der Erwägung, dass Kommissionsmitglied Marta Kos den Bericht 2025 der Kommission über Georgien zu Recht als den negativsten Bericht bezeichnet hat, der jemals für ein Bewerberland erstellt wurde;

D. in der Erwägung, dass sich die Lage in Georgien weiter dramatisch verschlechtert und die Handlungen der Partei Georgischer Traum zu weiteren Rückschritten in den Bereichen Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit geführt haben; in der

[3] Angenommene Texte, P10_TA(2026)0077.

Erwägung, dass in den Methoden der Repression, den Desinformationskampagnen und der politischen Schikanierung die hybriden Taktiken Russlands widergespiegelt sind;

E. in der Erwägung, dass am 29. Januar 2026 24 teilnehmende OSZE-Staaten den Moskauer Mechanismus aktiviert haben, in dessen Rahmen eine unabhängige Expertendelegation mutmaßliche Menschenrechtsverletzungen untersuchen kann, insbesondere was die Entwicklungen seit Frühjahr 2024 betrifft; in der Erwägung, dass in dem am 12. März 2026 veröffentlichten Bericht über die OSZE-Erkundungsmission zu Georgien im Rahmen des Moskauer Mechanismus ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Integrität von Wahlprozessen behandelt werden, darunter Vorwürfe von Unregelmäßigkeiten und Druck auf die politische Opposition sowie der Einsatz rechtlicher Maßnahmen gegen Anführer der Opposition und politische Parteien; in der Erwägung, dass in dem Bericht die Aufhebung restriktiver Rechtsvorschriften gefordert wird, zu denen das Gesetz über die Transparenz ausländischer Einflussnahme und Änderungen, die sich auf die Medienfreiheit auswirken, zählen; in der Erwägung, dass darin Fälle unverhältnismäßiger Gewaltanwendung gegen Demonstrierende dokumentiert und Bedenken in Bezug auf Verstöße gegen das Verbot von Folter und Misshandlung geäußert werden, wobei auch von Fällen die Rede ist, die als an der Grenze zu Folter eingestuft werden; in der Erwägung, dass in dem Bericht ferner die sofortige Freilassung von Personen gefordert wird, die aus politischen Gründen inhaftiert wurden, darunter auch Mitglieder der Opposition und Journalistinnen und Journalisten, und betont wird, dass Georgien uneingeschränkt mit internationalen Gremien, so auch mit der Venedig-Kommission und relevanten internationalen Mechanismen, zusammenarbeiten muss;

F. in der Erwägung, dass die Regierung unter der Führung der Partei Georgischer Traum die Gewaltenteilung systematisch geschwächt hat, indem sie die Unabhängigkeit der Justiz, der Staatsanwaltschaft und des Verfassungsgerichts ausgehöhlt hat, weswegen Georgien strukturell nicht in der Lage ist, unter den derzeitigen Bedingungen die Kriterien für eine EU-Mitgliedschaft zu erfüllen;

G. in der Erwägung, dass die Proteste gegen das Vorgehen der Partei Georgischer Traum– die als Ausdruck des beständigen demokratischen Willens der georgischen Bevölkerung zu werten sind – seit dem 28. November 2024 andauern, obwohl gegen die Teilnehmenden mit systematischer und unverhältnismäßiger Gewalt und Festnahmen vorgegangen wird und bei einer Beteiligung zunehmend drakonische Strafen eingesetzt werden; in der Erwägung, dass groß angelegte Proteste begannen, nachdem die Regierung angekündigt hatte, die Vorbereitungen für die EU-Beitrittsverhandlungen bis 2028 auszusetzen;

H. in der Erwägung, dass in dem am 1. Dezember 2025 ausgestrahlten Dokumentarfilm der BBC mit dem Titel „When Water Burns“ Belege dafür geliefert wurden, dass im November und Dezember 2024 Wasser, dem eine toxische Chemikalie beigemischt war, gegen Demonstrierende in Georgien eingesetzt wurde; in der Erwägung, dass der Einsatz toxischer Chemikalien langfristige Gesundheitsprobleme verursachen kann;

I. in der Erwägung, dass das BDIMR der OSZE aufgrund einer verspäteten Einladung vonseiten der staatlichen Stellen Georgiens daran gehindert wurde, die Kommunalwahl vom 4. Oktober 2025 zu beobachten;

J. in der Erwägung, dass im Zuge der kürzlich angenommenen Gesetzesänderungen

zusätzliche Beschränkungen für die Finanzierung aus dem Ausland eingeführt und sogenannte ausländische Lobbytätigkeiten unter Strafe gestellt werden; in der Erwägung, dass mit den Rechtsvorschriften die Bedeutung des Begriffs „Finanzhilfen“ erheblich erweitert und auf technische oder unentgeltliche Unterstützung und Überweisungen zwischen ausländischen Organisationen und ihren lokalen Zweigstellen ausgedehnt wird, der Kreis der als Finanzhilfeempfänger geltenden Einrichtungen ausgeweitet wird, sodass im Ausland ansässige Organisationen, die sich mit Themen rund um Georgien befassen, einbezogen werden, und strafrechtliche Sanktionen für Verstöße im Zusammenhang mit Finanzhilfen eingeführt werden; in der Erwägung, dass mit den Rechtsvorschriften darüber hinaus Haftstrafen von bis zu sechs Jahren für „externe Lobbyarbeit“, ein achtjähriges Verbot der Mitgliedschaft in politischen Parteien für Personen, die in aus dem Ausland finanzierten Organisationen tätig waren, und zusätzliche Strafen für Unternehmen, die politische Aktivitäten ausüben, die nicht mit ihrer Haupttätigkeit in Zusammenhang stehen, eingeführt werden; in der Erwägung, dass mit den Rechtsvorschriften auch eine „Extremismus“-Klausel eingeführt wird, die die Verhängung von Haftstrafen von bis zu drei Jahren für „systematische Handlungen“ ermöglicht, die darauf abzielen, „den Eindruck zu erwecken“, dass es der Regierung an Legitimität fehlt;

K. in der Erwägung, dass durch die angenommenen Änderungen des Strafgesetzbuchs Haftstrafen für Personen eingeführt werden, die sich weigern, die Rechtmäßigkeit der Regierung unter der Führung der Partei Georgischer Traum anzuerkennen, was ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Meinungsfreiheit, des politischen Pluralismus und der demokratischen Standards aufwirft;

L. in der Erwägung, dass die Vereinigten Staaten als Reaktion auf die Rückschritte im Bereich der Demokratie in Georgien unter dem Regime der Partei Georgischer Traum und auf die geopolitische Neuausrichtung des Landes die strategische Partnerschaft mit dem Land ausgesetzt und Sanktionen verhängt haben, die weiterhin in Kraft sind; in der Erwägung, dass der US-Kongress ein Gesetz zur Mobilisierung und Stärkung der Optionen Georgiens für den Aufbau von Rechenschaftspflicht, Resilienz und Unabhängigkeit (Mobilizing and Enhancing Georgia's Options for Building Accountability, Resilience, and Independence Act – MEGOBARI Act) eingebracht hat, mit dem ermöglicht werden soll, die Handlungen der georgischen Regierung und ihre Verbindungen zu Russland und anderen autoritären Regimen, darunter China, einer stärkeren Kontrolle zu unterwerfen;

M. in der Erwägung, dass die Vereinigten Staaten im Dezember 2024 Sanktionen gegen Bidsina Iwanischwili verhängt haben, und zwar mit der Begründung, dass er die demokratische und euro-atlantische Zukunft Georgiens zum Vorteil der Russischen Föderation gefährdet; in der Erwägung, dass die Vereinigten Staaten zu dem Schluss gelangten, dass Iwanischwili und die Partei Georgischer Traum durch ihr Vorgehen die demokratischen Institutionen ausgehöhlt, Menschenrechtsverletzungen ermöglicht und die Ausübung der Grundfreiheiten in Georgien eingeschränkt haben; in der Erwägung, dass durch dieses Vorgehen die euro-atlantische Zukunft Georgiens weiter unterminiert wurde, sodass das Land zunehmend in eine Schwächeposition im Verhältnis zu Russland gerät, das bis heute über 20 % des georgischen Hoheitsgebiets besetzt hält;

N. in der Erwägung, dass am 2. März 2026 neun Oppositionsparteien in Georgien die Bildung eines Bündnisses als Reaktion auf die anhaltenden Rückschritte im Bereich der Demokratie und die autoritäre Machtkonsolidierung durch die Partei Georgischer

Traum angekündigt haben, was auf eine Stärkung der proeuropäischen demokratischen Kräfte und eine zunehmende gesellschaftliche Forderung nach der Verteidigung des europäischen Kurses Georgiens schließen lässt;

O. in der Erwägung, dass acht Oppositionsführer und -politiker – namentlich Nika Gwaramia, Surab Dschaparidse, Badri Dschaparidse, Mamuka Chasaradse, Nika Chasaradse, Irakli Okruaschwili, Giwi Targamadse und Giorgi Waschadse – zu sieben bis acht Monaten Haft verurteilt wurden und zwei Jahre lang kein öffentliches Amt bekleiden dürfen, weil sie sich geweigert hatten, vor dem zeitweiligen Untersuchungsausschuss des georgischen De-facto-Parlaments zu erscheinen;

P. in der Erwägung, dass die Staatsorgane der Partei Georgischer Traum ein System politisch motivierter Repression geschaffen haben, das zur Inhaftierung zahlreicher politischer Gefangener geführt hat, darunter Oppositionspolitiker, Aktivisten, Journalisten und friedliche Demonstrierende, die allein deshalb ihrer Freiheit beraubt wurden, weil sie sich geweigert hatten, sich der Autorität der Regierungspartei zu unterstellen, oder weil sie ihre Grundrechte ausgeübt hatten; in der Erwägung, dass solche Inhaftierungen Teil einer vorsätzlichen Strategie der Einschüchterung sind, mit der das Ziel verfolgt wird, Andersdenkende zum Schweigen zu bringen, politischen Pluralismus abzubauen und autoritäre Herrschaftsformen zu konsolidieren; in der Erwägung, dass die anhaltende Inhaftierung dieser Personen eine schwerwiegende Verletzung der verfassungsmäßigen Ordnung Georgiens, seiner internationalen Menschenrechtsverpflichtungen und der Grundwerte darstellt, auf denen der Status Georgiens als EU-Bewerberland beruht; in der Erwägung, dass zahlreiche Studierende, Vertreter der Zivilgesellschaft und Künstler wegen ihrer Teilnahme an den Protesten inhaftiert oder mit einer Geldstrafe belegt wurden;

Q. in der Erwägung, dass die politische Verfolgung von Oppositionellen weiterhin Anlass zu ernster Besorgnis gibt, so auch die systematischen Angriffe auf Giorgi Gacharia, Vorsitzender der Partei Für Georgien, der zweimal körperlichen Übergriffen zum Opfer gefallen ist und wegen politisch motivierter Straftaten angeklagt wurde, was zu seinem derzeitigen Aufenthalt im Exil geführt hat;

R. in der Erwägung, dass der ehemalige Präsident Micheil Saakaschwili seit mehr als vier Jahren seiner Freiheit beraubt ist und de facto ein politischer Gefangener des Oligarchen Bidsina Iwanischwili ist, der Kontrolle über den Staat und unrechtmäßige Einflussnahme auf dessen Institutionen ausübt;

S. in der Erwägung, dass die georgische Zivilgesellschaft bis Januar 2026 48 politische Gefangene ermittelt hat, die wegen ihrer Teilnahme an den Protesten und deren Unterstützung Unrecht inhaftiert wurden, sowie 68 weitere politische Gefangene, die sich aufgrund politisch motivierter Anschuldigungen weiterhin in Untersuchungshaft befinden;

T. in der Erwägung, dass Demonstrantinnen in Georgien regelmäßig berichten, bei Protesten, in Haft und bei Hausdurchsuchungen erniedrigender Behandlung durch die Polizei ausgesetzt zu sein, einschließlich sexistischer Beleidigungen, routinemäßiger Leibesvisitationen, Vergewaltigungsandrohungen und anderer Androhungen körperlicher Gewalt; in der Erwägung, dass diese Tendenz sich in ein umfassenderes Muster von Missbrauch und Straflosigkeit innerhalb der georgischen Strafverfolgungsbehörden einschreibt;

U. in der Erwägung, dass Msia Amaghlobeli, eine inhaftierte georgische Journalistin und Direktorin der Online-Medien Batumelebi und Netgaseti, zusammen mit Andrzej Poczobut aus Belarus vom Europäischen Parlament mit dem Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2025 ausgezeichnet wurde; in der Erwägung, dass der Oberste Gerichtshof Georgiens die Berufung von Msia Amaghlobeli zurückgewiesen hat, sodass ihr in ihrem Streben nach Gerechtigkeit nur noch der Rechtsweg über den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg bleibt;

V. in der Erwägung, dass sich die Lage der Medienfreiheit und des Rechts auf freie Meinungsäußerung dramatisch verschlechtert hat; in der Erwägung, dass auf der Plattform des Europarats zur Förderung der Sicherheit von Journalisten im Jahr 2025 32 Warnmeldungen zu Georgien erfasst wurden, was einem Anstieg um 78 % gegenüber 2024 entspricht;

W. in der Erwägung, dass der zunehmende Druck auf das Bildungssystem und die Versuche der Partei Georgischer Traum, mittels ihrer Initiative „Eine Stadt, eine Fakultät“ den Hochschulen ihre Autonomie zu entziehen, die Gefahr mit sich bringen, dass eine der wichtigsten institutionellen Säulen zur Förderung der demokratischen Debatte, des bürgerschaftlichen Engagements und des Kurses Georgiens in Richtung einer europäischen Integration geschwächt und der Zugang zu Bildung eingeschränkt wird; in der Erwägung, dass Angriffe auf die Zivilgesellschaft, unabhängige Medien und den akademischen Bereich ein breiteres Muster erkennen lassen, was den Druck auf die Freiheit der Meinungsäußerung und die akademische Freiheit in Georgien anbelangt;

X. in der Erwägung, dass die Gewinnung von Mangan in Georgien für den Export in die EU zu Erdrutschen, der Verschmutzung der umliegenden Gebiete und der Verletzung der Rechte der Arbeitskräfte in der Bergbauregion um Tschiatura geführt hat; in der Erwägung, dass nach Angaben von Umweltorganisationen Abfälle direkt in den Fluss Kwirila eingeleitet werden; in der Erwägung, dass Personen, die gegen den Manganabbau protestieren, über Fälle von Überwachung, Einschüchterung und Inhaftierung durch die staatlichen Stellen Georgiens berichten; in der Erwägung, dass europäische Unternehmen gemäß der Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit[4] verpflichtet sind, die Einhaltung der Menschenrechte, gute Arbeitsbedingungen und die Beachtung des Umweltschutzes in ihren Lieferketten sicherzustellen;

Y. in der Erwägung, dass Teile des international anerkannten Hoheitsgebiets Georgiens nach wie vor besetzt sind; in der Erwägung, dass Russland Abchasien und Zchinwali bzw. Südossetien im Jahr 2008 als unabhängige Staaten anerkannt hat und in diesen Gebieten immer noch Tausende von Soldaten stationiert hält, was einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt; in der Erwägung, dass Russland seine Maßnahmen zur „Festlegung der Grenzen“, d. h. die Errichtung physischer Barrieren entlang der Verwaltungsgrenzen der Regionen Abchasien und Zchinwali bzw. Südossetien, fortsetzt und damit die Souveränität und territoriale Unversehrtheit Georgiens verletzt; in der Erwägung, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ferner festgestellt hat, dass dies zu Menschenrechtsverletzungen wie Einschränkungen der Freizügigkeit, Hinderung am Zugang zu Eigentum oder Land und Trennung von Familienangehörigen geführt hat;

---

4 ABl. L, 2024/1760, 5.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1760/oj.

Z. in der Erwägung, dass Russland infolge politischer und wirtschaftlicher Kampagnen sowie von Informationskampagnen einen wachsenden Einfluss auf Georgien ausübt; in der Erwägung, dass die EU nicht in einer Reaktionshaltung verharren darf, die darin besteht, lediglich die Verschlechterung der Lage im Land zur Kenntnis zu nehmen; in der Erwägung, dass sie stattdessen einen proaktiven und strategischen Ansatz gegenüber Georgien verfolgen muss, um die Angriffsflächen des Landes für externen Zwang zu verringern und die regionale Konnektivität zu wahren;

AA. in der Erwägung, dass Georgien seit 2022 seine Einfuhren von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck aus westlichen Ländern und aus China erheblich erhöht hat; in der Erwägung, dass verfügbare statistische Daten darauf schließen lassen, dass Georgien als Transitstaat fungiert und die Verbringung von mit Sanktionen belegten Waren in die Russische Föderation erleichtert, wo sie für die Herstellung von militärischer Ausrüstung und Waffen verwendet werden können; in der Erwägung, dass solche Unregelmäßigkeiten vielfach auf vorsätzliche Strategien zurückgeführt werden können, mit denen die gegen Russland verhängten internationalen Sanktionen umgangen werden sollen; in der Erwägung, dass ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Rolle geäußert wurden, die informelle Governance-Strukturen und Personen, die mit Bidsina Iwanischwili in Verbindung stehen, bei der Schaffung eines Umfelds einnehmen, das der Umgehung von Sanktionen förderlich ist; in der Erwägung, dass derzeit etwa 40 000 Unternehmen, die sich im Besitz russischer Bürgerinnen und Bürger oder Organisationen befinden, in Georgien tätig sind, von denen etwa 30 000 seit Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine registriert wurden; in der Erwägung, dass Unternehmen, die mit Russland Handel treiben, der auch mit Sanktionen belegte Güter umfasst, häufig über Offshore-Strukturen gegründet werden, was für Intransparenz sorgt und die Feststellung des wirtschaftlichen Eigentümers erschwert, und zwar auch in Bezug auf Unternehmensnetze, die mit Bidsina Iwanischwili in Verbindung stehen; in der Erwägung, dass immer wieder davon berichtet wird, dass mit Sanktionen belegte Waren, darunter Fahrzeuge und Technologie, weiterhin über Georgien auf den russischen Markt gelangen;

AB. in der Erwägung, dass die Attraktivität der EU als Modell für demokratische Staatsführung, Wirtschaftswachstum und regelbasierte Zusammenarbeit nach wie vor als wichtige Inspirationsquelle für die georgische Zivilgesellschaft fungiert; in der Erwägung, dass aus Meinungsumfragen beständig hervorgeht, dass die georgische Bevölkerung die Integration in die EU nachdrücklich unterstützt und etwa 75 % der Bürgerinnen und Bürger zum Ausdruck bringen, dass sie den Weg des Landes in die EU befürworten;

AC. in der Erwägung, dass der groß angelegte Angriffskrieg, den Russland seit 2022 gegen die Ukraine führt, die europäische Sicherheitslandschaft verändert und die strategische Bedeutung der EU-Erweiterung erhöht hat; in der Erwägung, dass sich viele Georgierinnen und Georgier seit Beginn des Krieges an der Unterstützung der Ukraine beteiligt haben;

AD. in der Erwägung, dass die EU mit einem Anteil von etwa 22,1 % am Gesamthandel Georgiens der größte Handelspartner des Landes ist; in der Erwägung, dass dieser Austausch durch das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Georgien und die entsprechende vertiefte und umfassende Freihandelszone geregelt wird, die 2016 vollständig in Kraft getreten ist und georgischen Unternehmen einen präferenziellen Zugang zum EU-Markt mit mehr als 450 Millionen Verbrauchern gewährt;

AE. in der Erwägung, dass die Kommission am 6. März 2026 angekündigt hat, dass sie den visumfreien Reiseverkehr für Inhaber georgischer Diplomaten-, Dienst- und Amtspässe aufgrund von Bedenken hinsichtlich der Verschlechterung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit bis mindestens März 2027 aussetzt; in der Erwägung, dass gewöhnliche georgische Bürgerinnen und Bürger im Einklang mit dem Beschluss von 2017 weiterhin von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte im Schengen-Raum befreit sind;

Aussetzung der Integration Georgiens in die EU

1. bekundet seine uneingeschränkte Solidarität mit dem georgischen Volk, das den Rückschritten im Bereich der Demokratie, der wachsenden Unterdrückung, den willkürlichen Verhaftungen, den unablässigen feindseligen Äußerungen, der Desinformation und den Bedrohungen zum Trotz weiter für ein europäisches und demokratisches Georgien kämpft; betont, dass fast 75 % der Georgierinnen und Georgier nach wie vor eine weitere Integration in die EU befürworten; bekräftigt, dass die Tür der EU für das georgische Volk nach wie vor weit offen steht, wenn es um eine neuerliche Hinwendung zur EU geht;

2. stellt mit großer Enttäuschung fest, dass die Partei Georgischer Traum den Kurs Georgiens in Richtung europäische Integration nicht nur ausgesetzt, sondern sogar umgekehrt hat; bedauert, dass es bei der Umsetzung aller neun Prioritäten, die Voraussetzung dafür waren, Georgien den Status eines Bewerberlandes zuzuerkennen, Rückschritte gegeben hat; hebt hervor, dass die Behauptungen der Partei Georgischer Traum, die Integration in die EU habe nach wie vor oberste Priorität, nicht vereinbar sind mit dem Umstand, dass gleichzeitig ihre ranghöchsten Mitglieder und regierungsnahe Medien eine orchestrierte und systematische Kampagne führen, mit der manipulative, dem russischen Muster folgende Narrative, Desinformation und Verschwörungstheorien gegen die EU und ihre Amtsträger und Diplomaten verbreitet werden;

3. missbilligt, dass die Partei Georgischer Traum seit der manipulierten Parlamentswahl vom Oktober 2024 ihren Kurs hin zu uneingeschränktem Autoritarismus weiter verstärkt hat; ist bestürzt über den raschen Abbau der demokratischen Grundfesten Georgiens durch gezielte Angriffe auf die demokratischen Institutionen, die Grundfreiheiten und den demokratischen Pluralismus, was in völligem Widerspruch zu der für die EU-Mitgliedschaft erforderlichen demokratischen Entwicklung steht; teilt die Einschätzung der Kommission, dass es wichtigen Institutionen wie der zentralen Wahlkommission, der Kommunikationskommission, dem Hohen Justizrat, dem Verfassungsgericht, der Staatsanwaltschaft, der Nationalbank sowie den Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden an Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und demokratischer Kontrolle mangelt; betont, dass Georgien keine Fortschritte im EU-Beitrittsprozess erzielen kann, solange es nicht auf den Weg demokratischer Reformen zurückkehrt, indem es unter anderem freie, faire und von Wettbewerb geprägte Wahlen garantiert, die Unabhängigkeit offizieller Institutionen schützt, oligarchischer Kontrolle wirksam begegnet und den Schutz der Menschenrechte und der Medienfreiheit verbessert;

4. betont, dass die EU und die Mitgliedstaaten ein wichtiges Instrument gegen Straflosigkeit in der Hand hätten, wenn sie Bidsina Iwanischwili, führende Mitglieder der Partei Georgischer Traum, Richter, Staatsanwälte und andere Amtsträger, die für die

kontinuierliche Demontage der Demokratie in Georgien, Wahlbetrug, schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen und die Verfolgung politischer Gegner und engagierter Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sind, mit gezielten persönlichen Sanktionen belegen würden, genauso wie regimetreue Eigentümer von Gesellschaften und Medienunternehmen, die mit der Partei Georgischer Traum in Verbindung stehen; begrüßt, dass angesichts der fehlenden Einstimmigkeit auf EU-Ebene immer mehr Mitgliedstaaten individuelle Einreiseverbote und andere Sanktionen gegen georgische Amtsträger verhängen; fordert weitere Mitgliedstaaten auf, diesem Beispiel zu folgen;

5. bekräftigt seine nachdrückliche Forderung an die EU und ihre Mitgliedstaaten, sofortige und gezielte persönliche Sanktionen gegen Bidsina Iwanischwili, seine Familienangehörigen und seine Unternehmen zu verhängen, und fordert die EU auf, seine Vermögenswerte einzufrieren und in dieser Angelegenheit mit anderen Ländern, insbesondere dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten, zusammenzuarbeiten;

6. verurteilt die systemische Straflosigkeit von Amtsträgern und Institutionen, die für politische Unterdrückung, Schikanierung von Journalistinnen und Journalisten und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern und Verfolgung von Oppositionellen verantwortlich sind; betont, dass die bisherige Reaktion der EU angesichts der sich beschleunigenden Verfestigung autoritärer Strukturen in Georgien unzureichend und verspätet war; fordert den Rat und die Mitgliedstaaten auf, dringend EU-weite restriktive Maßnahmen gegen sämtliche verantwortliche Politiker, Amtsträger und Hintermänner anzunehmen, zu denen auch eine Ausweitung der Sanktionslisten, das umfassende Einfrieren von Vermögenswerten und Visumsperren gehören sollten, die gezielt gegen all jene eingesetzt werden, die für die Vereinnahmung des Staates, Repressionen und vom Regime geförderte Propaganda verantwortlich sind; fordert die neue ungarische Regierung nachdrücklich auf, die von der Vorgängerregierung verhängte Blockade der EU-weiten gezielten Sanktionen gegen Iwanischwili und die Führungsriege der Partei Georgischer Traum aufzuheben; fordert den Rat auf, zu prüfen, welche kollektive Mechanismen in Fällen, in denen keine Einstimmigkeit erzielt werden kann, zum Einsatz kommen können, um eine wirksame und einheitliche Reaktion der EU sicherzustellen;

Weitere Rückschritte in den Bereichen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Konsolidierung der autokratischen Macht

7. bedauert, dass die Partei Georgischer Traum keine Schritte unternommen hat, um ihren antidemokratischen und antieuropäischen Kurs umzukehren; ist der Ansicht, dass die Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen Georgiens strikt von greifbaren und überprüfbaren Schritten abhängig gemacht werden sollte, die sie zur Umkehrung ihres aktuellen Kurses des Demokratieabbaus, der Unterdrückung, der Restriktionen und der aggressiven EU-feindlichen Desinformation nach russischem Muster unternehmen; hält daher an seinen früheren Standpunkten in Bezug auf die Nichtanerkennung der Legitimität des Parlaments und des von ihm ernannten Präsidenten fest; bedauert, dass das georgische Parlament de facto ein Einparteienparlament ist, das Gesetzesinitiativen, die darauf abzielen, die Grundlagen einer pluralistischen parlamentarischen Demokratie zu zerschlagen, widerspruchslos abnickt; nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass das De-facto-Parlament Georgiens seinen vorübergehenden Austritt aus der Parlamentarischen Versammlung EURO-NEST erklärt hat;

8. fordert die Vertreter der EU und der Mitgliedstaaten sowie die Mitglieder der Parlamente erneut auf, von Treffen mit Vertretern des Regimes und allen voran mit dem derzeitigen De-facto-Präsidenten abzusehen, solange die staatlichen Stellen Georgiens den Demokratieabbau und die Repressionen weiterbetreiben; fordert die Mitgliedstaaten auf, einen einheitlichen und koordinierten Ansatz zu konsolidieren, um die politischen Kontakte mit den von der Partei Georgischer Traum gestellten Staatsorganen auf absolut notwendige Angelegenheiten zu beschränken und gleichzeitig die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, den unabhängigen Medien und den akademischen Einrichtungen Georgiens aufrechtzuerhalten und zu intensivieren; verurteilt die unablässigen aggressiven Äußerungen gegenüber Diplomaten, Politikern und Amtsträgern der EU und der Mitgliedstaaten; erachtet es als wichtig, bei der Bevölkerung und den politischen Kräften Georgiens, die sich für demokratische Grundsätze einsetzen, weiter für die europäischen Normen, die demokratischen Werte und den europäischen Weg einzutreten;

9. nimmt mit Besorgnis die aggressiven Äußerungen gegen die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und andere Verbündete zur Kenntnis;

10. fordert die staatlichen Stellen Georgiens auf, Mechanismen zur Sicherstellung eines leistungsorientierten öffentlichen Dienstes sowie einen wirksamen rechtlichen Schutz gegen politisch motivierte Entlassungen wiederherzustellen und für die wirksame Umsetzung des Rechts auf Zugang zu öffentlichen Informationen zu sorgen;

11. weist darauf hin, dass die Kommunalwahl vom 4. Oktober 2025 von den meisten Oppositionsparteien boykottiert wurde, was Ausdruck des tiefen Misstrauens der Mehrheit der Gesellschaft im Hinblick auf die Unabhängigkeit des Wahlprozesses ist; bedauert, dass durch die im Dezember 2024 sowie im März und April 2025 vorgenommenen Änderungen des georgischen Wahlgesetzes die Dominanz der Regierungspartei weiter verfestigt und neue Beschränkungen für die Registrierung von lokalen Beobachtern, Medien und Wahlsubjekten eingeführt wurden; bekräftigt, dass die staatlichen Stellen Georgiens die Forderungen der Venedig-Kommission, die 2024 vorgenommenen Änderungen aufzuheben, ignoriert haben; betont, dass die Transparenz des Wahlprozesses und die Glaubwürdigkeit der Wahlergebnisse erheblich beeinträchtigt wurden, da es keine Wahlbeobachtung durch das BDIMR der OSZE gab, da dieses verspätet eingeladen wurde, und aufgrund von Einschränkungen auch keine Wahlbeobachtung durch lokale Beobachterorganisationen möglich war; bekräftigt seine Forderung nach verbesserten Rahmenbedingungen für Wahlen durch eine unabhängige und unparteiische Organisation künftiger Wahlen unter sorgfältiger Beobachtung durch internationale und nationale nichtstaatliche Organisationen; bringt seine tiefe Besorgnis über die Änderung des Wahlgesetzes vom Dezember 2025 zum Ausdruck, mit der es georgischen Bürgerinnen und Bürgern im Ausland verboten ist, an Wahlen teilzunehmen; betont, dass die Teilnahme an Wahlen ein verfassungsmäßiges Grundrecht aller Bürgerinnen und Bürger ist und unabhängig vom Wohnort ermöglicht werden muss;

12. verurteilt die Einführung von beispiellosen und zunehmend restriktiven Rechtsvorschriften, mit denen es in der Praxis unmöglich gemacht werden soll, dass internationale Unterstützung – einschließlich finanzieller Mittel– die Zivilgesellschaft und die Medien erreicht, und mit denen die Zivilgesellschaft und die Medien von jeder Form der unabhängigen Finanzierung abgeschnitten werden sollen; weist auf die jüngsten Änderungen des Gesetzes über Finanzhilfen hin, die am 5. März 2026 in Kraft

getreten sind und mit denen der Definitionsbereich dessen, was als „Finanzhilfe“ gilt, erheblich erweitert und der Erhalt von Finanzhilfen oder Fördermitteln aus dem Ausland ohne vorherige Genehmigung der Regierung unter Strafe gestellt und mit bis zu sechs Jahren Haft geahndet wird; stellt fest, dass dies eine unmittelbare Verletzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Georgien darstellt; fordert Schutzmaßnahmen für politische Stiftungen, internationale nichtstaatliche Organisationen und Entwicklungsagenturen; weist die staatlichen Stellen Georgiens erneut darauf hin, dass jedwede Drangsalierung von Organisationen aus EU-Mitgliedstaaten unmittelbare Folgen nach sich zieht;

13. stellt fest, dass diese Änderungen auf die im April 2025 angenommenen Änderungen des Gesetzes über Finanzhilfen folgen, mit denen die Möglichkeiten für finanzielle Unterstützung aus dem Ausland bereits erheblich eingeschränkt wurden und internationalen Gebern die Verpflichtung auferlegt wurde, bei den staatlichen Stellen Georgiens eine Vorabgenehmigung für Finanzhilfen einzuholen, und dass diese Änderungen zudem restriktive Überwachungsmaßnahmen und eine strafbewehrte verwaltungsrechtliche Haftung für Empfänger beinhalten, um Organisationen davon abzuhalten, Unterstützung aus dem Ausland, etwa Finanzmittel aus der EU, anzunehmen; betont, dass die weit gefasste Definition des Begriffs „Finanzhilfe“ ein breites Spektrum von Transaktionen abdecken kann, die einer vorherigen Genehmigung bedürfen, und dass dadurch unter Umständen alle Bürgerinnen und Bürger ins Visier des Staates geraten können; nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass allen Personen, die jemals bei einer Organisation beschäftigt waren, die sich auf ausländische Finanzmittel stützte, die Mitgliedschaft in einer Partei für acht Jahre untersagt ist, wodurch einer großen Zahl gesellschaftlich engagierter Personen eine parteipolitische Betätigung verwehrt wird; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um die verbleibenden unabhängigen Medien und Organisationen der Zivilgesellschaft in Georgien zu schützen und zu erhalten;

14. missbilligt die ständigen Versuche der regierenden Partei Georgischer Traum, politische Gegner zu verfolgen, etwa in Form rechtswidriger Festnahmen, Inhaftierungen, Drohungen und körperlicher Übergriffe; verurteilt, dass politische Gegner festgenommen wurden, weil sie sich geweigert hatten, vor dem zeitweiligen Untersuchungsausschuss des georgischen De-facto-Parlaments zu erscheinen, der von der Partei Georgischer Traum als eine Form des politischen Schauprozesses inszeniert wurde, um der weiteren Verfolgung politischer Gegner und dem Verbot von Oppositionsparteien den Weg zu ebnen; betont, dass die Tatsache, dass es in Georgien politische Gefangene gibt, mit Georgiens Verpflichtungen aus dem Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Georgien unvereinbar ist; fordert, dass alle aus politischen Gründen Inhaftierten, einschließlich Oppositionspolitiker und ehemaliger Amtsträger, sofort und bedingungslos freigelassen werden; stellt fest, dass der De-facto-Präsident im Vorfeld der Kommunalwahl zwei Oppositionspolitiker begnadigt hat, um den Schein einer wettbewerbsgeprägten Wahl zu wahren; bekräftigt nachdrücklich seine Forderung, den ehemaligen Präsidenten Micheil Saakaschwili sofort aus humanitären Gründen freizulassen, um ihm die notwendige medizinische Behandlung im Ausland zu ermöglichen; fordert die von der Partei Georgischer Traum gestellten Staatsorgane darüber hinaus auf, dafür zu sorgen, dass Mitgliedern des Europäischen Parlaments ungehinderter Zugang zu Micheil Saakaschwili und anderen politischen Gefangenen gewährt wird;

15. stellt fest, dass im Zusammenhang mit der Inhaftierung des ehemaligen

Ministerpräsidenten Irakli Gharibaschwili – ungeachtet dessen, dass er seine Schuld eingestanden hat und glaubhafte öffentliche Beweise für Korruption vorliegen – erhebliche Bedenken bestehen, ob die Standards für ein faires Verfahren eingehalten wurden; betont, dass an dem Fall generelle Bedenken erkennbar werden, was die politisch beeinflusste Justiz, informelle Machtstrukturen und interne Unstimmigkeiten in der regierenden Partei Georgischer Traum, auch bezüglich der Rolle von Bidsina Iwanischwili, anbelangt;

16. fordert die staatlichen Stellen Georgiens auf, unabhängige Mechanismen der Rechenschaftspflicht einzuführen, die Unparteilichkeit der Justiz sicherzustellen und dafür zu sorgen, dass diejenigen, die politisch motivierte Übergriffe begangen haben, gemäß internationalen Menschenrechtsnormen zur Verantwortung gezogen werden;

17. fordert eine umfassende Reform des Hohen Justizrats nach Maßgabe der Empfehlungen der Venedig-Kommission, zu denen auch die Einführung fester, nicht verlängerbarer Amtszeiten, transparente Ernennungsverfahren und außerordentliche Integritätsprüfungen für hochrangige Amtsträger der Justiz unter konkreter Mitwirkung internationaler Sachverständiger zählen, um die Unabhängigkeit der Justiz und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Justiz zu stärken; nimmt mit Enttäuschung zur Kenntnis, dass das 2022 eingerichtete Büro für Korruptionsbekämpfung, das eine der wichtigsten Voraussetzungen der EU dafür war, Georgien den Status eines Bewerberlandes zuzuerkennen, aufgelöst wurde; fordert die staatlichen Stellen Georgiens auf, das Verfahren zur Ernennung des Generalstaatsanwalts so zu ändern, dass dafür eine qualifizierte parlamentarische Mehrheit erforderlich ist, und das Gesetz über die Staatsanwaltschaft an europäische Standards anzugleichen;

18. fordert den Bürgerbeauftragten Georgiens nachdrücklich auf, sein Mandat entschlossener wahrzunehmen und die Menschenrechte mit allen verfügbaren Mechanismen zu schützen und dabei in einen konstruktiven Dialog mit Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern und der Zivilgesellschaft in Georgien einzutreten und mit ihnen zusammenzuarbeiten; betont, dass eine selektive Ausübung seines Mandats verhindert werden muss, worauf auch im Bericht 2025 der Kommission über Georgien Bezug genommen wird; hebt die besondere Befugnis des Bürgerbeauftragten hervor, Gutachten des BDIMR der OSZE zu autoritären oder undemokratischen Rechtsvorschriften anzufordern;

19. bedauert, dass es keine Fortschritte bei der Beseitigung von oligarchischen Strukturen gibt, und fordert die staatlichen Stellen Georgiens auf, nach Maßgabe der entsprechenden Empfehlungen der Venedig-Kommission systematisch vorzugehen, unter anderem durch strengere Transparenzanforderungen, wirksame Vorschriften hinsichtlich Interessenkonflikte und Schutzvorkehrungen gegen unzulässige Einflussnahme auf die Entscheidungsfindung in Politik und Wirtschaft;

20. verurteilt aufs Schärfste die Versuche der staatlichen Stellen Georgiens, Oppositionsparteien zu verbieten; fordert die staatlichen Stellen auf, diese Versuche umgehend zu unterbinden und dafür zu sorgen, dass die von 88 Mitgliedern des georgischen De-facto-Parlaments eingereichte Verfassungsklage zurückgezogen wird, in der sie beantragen, dass die Tätigkeiten von drei großen Oppositionsparteien – der Vereinten Nationalen Bewegung, der Koalition für den Wandel und der Koalition Starkes Georgien-Lelo – für verfassungswidrig erklärt werden und ihre Eintragung annulliert wird; betont, dass ein derartiges Vorgehen die Grundprinzipien der

Demokratie und den politischen Pluralismus in gefährlicher Weise bedroht; hebt hervor, dass eine gesunde Demokratie einen fairen und freien Wettbewerb zwischen den verschiedenen Parteien voraussetzt;

21. missbilligt entschieden, dass vor Kurzem ein neuer Artikel in das Strafgesetzbuch eingefügt wurde, mit dem öffentliche und systematische Kritik an staatlichen Stellen oder die Infragestellung ihrer Legitimität sowie jede andere öffentliche und systematische Handlung derselben Person untersagt wird, wobei es sich um einen auslegbar Passus handelt, der allerdings eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren vorsieht; betont, dass hierdurch de facto das Recht auf freie Meinungsäußerung kriminalisiert werden kann, und fordert die Regierung auf, dieses Gesetz zurückzuziehen;

Massive Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten und Grundrechte

22. ist überaus besorgt darüber, dass die Partei Georgischer Traum bereits eine Reihe von Rechtsakten angenommen hat, mit denen die Zivilgesellschaft und unabhängige Medien unterdrückt werden sollen und der Pluralismus eingeschränkt werden soll, z. B. das Gesetz über die Registrierung ausländischer Agenten, restriktive Änderungen des Rundfunkgesetzes, das Gesetz über den öffentlichen Dienst, das Gesetz über Versammlungen und Demonstrationen sowie strengere Bestimmungen im Strafgesetzbuch und im Gesetz über Ordnungswidrigkeiten; verurteilt insbesondere, dass Gesetzgebungsmaßnahmen getroffen wurden, mit denen die verwaltungsrechtlichen Bußgelder erhöht werden, was immer öfter dazu führt, dass Demonstrierende inhaftiert werden, weil sie diese Bußgelder nicht zahlen können; bekräftigt seine Forderung, alle politischen Gefangenen und andere illegal inhaftierte Personen unverzüglich freizulassen; weist warnend darauf hin, dass die Bestrebungen der staatlichen Stellen Georgiens, die dynamische Zivilgesellschaft Georgiens in ein streng kontrolliertes Umfeld aus regierungstreuen Organisationen umzuwandeln, einen weiteren Schritt hin zu einem autoritären Regime darstellen; weist erneut darauf hin, dass mit den meisten dieser Gesetze die frühen Entwicklungen unter Putins totalitärem Regime in Russland kopiert werden; fordert die staatlichen Stellen Georgiens auf, diese Rechtsakte aufzuheben und so einen konkreten Schritt zu setzen, um das Land zurück auf seinen Weg in die EU zu bringen;

23. verurteilt, dass Elene Choschtaria in ihrer Haft erniedrigend und unmenschlich behandelt wurde; fordert, dass sie sofort und bedingungslos freigelassen wird und die gegen sie erhobenen politisch motivierten Anklagepunkte umgehend fallen gelassen werden;

24. ist zutiefst besorgt darüber, dass fortwährend missbräuchlich auf das Mittel der Ingewahrsamnahme von Demonstrierenden und engagierten Bürgerinnen und Bürgern zurückgegriffen wird; nimmt das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in der Rechtssache Mekwabischwili/Georgien zur Kenntnis, in dem festgestellt wird, dass es ein faires Verfahren beeinträchtigt und zur Verhängung unverhältnismäßiger Sanktionen gegen friedliche Demonstrierende beigetragen hat, dass man sich ausschließliche auf polizeiliche Zeugenaussagen ohne unabhängige Beweise gestützt hat; fordert die staatlichen Stellen Georgiens auf, ihre Verfahren bei Ordnungswidrigkeiten zu reformieren und mit der Europäischen Menschenrechtskonvention in Einklang zu bringen;

25. verurteilt, dass es zu übermäßiger Gewaltanwendung, Folter und Misshandlung von Demonstrierenden und Häftlingen gekommen ist, worüber glaubhafte Berichte vorliegen, zu denen auch die jüngsten Erkenntnisse des Europäischen Ausschusses zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) zählen, in denen Vorwürfe der Misshandlung durch die Polizei und systematische Mängel bei den Sicherheitsvorkehrungen und Verantwortlichkeiten dokumentiert sind; fordert die staatlichen Stellen Georgiens auf, rasche, unabhängige und effektive Ermittlungen durchzuführen, die Verantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen und die Empfehlungen des CPT vollständig umzusetzen;

26. verurteilt, dass Bedienstete der Strafverfolgungsbehörden Georgiens im Rahmen einer Kampagne zur Einschüchterung von Dissidentinnen und Dissidenten – insbesondere von Demonstrantinnen – und zur Beschneidung der Menschenrechte der georgischen Bevölkerung auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung immer stärker auf verbale und physische Übergriffe gegen Demonstrierende, Androhung von Vergewaltigung und anderer geschlechtsbezogener Gewalt sowie unrechtmäßige Leibesvisitationen setzen;

27. verurteilt, dass Rechtsvorschriften verabschiedet wurden, die eine automatische Festnahme und anschließende Verhängung strafrechtlicher Sanktionen, einschließlich einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr, für Personen vorsehen, die friedlich auf Gehsteigen und in Fußgängerzonen protestieren; betont, dass derlei Maßnahmen repressive Instrumente sind, mit denen abweichende Meinungen aus politischen Gründen unterdrückt werden sollen; missbilligt, dass Personen häufig festgenommen werden, weil sie in den sozialen Medien ihre Meinung geäußert haben;

28. ist zutiefst beunruhigt über Vorwürfe, nach denen in Georgien im Zusammenhang mit Protesten ein verbotener chemischer Kampfstoff gegen Personen eingesetzt worden sein soll; betont, dass der Einsatz chemischer Kampfstoffe gegen die Zivilbevölkerung – sollte er belegt werden – eine schwerwiegende Verletzung der grundlegenden Menschenrechte, der internationalen humanitären Normen und der Verpflichtungen Georgiens nach dem Völkerrecht, einschließlich des Verbots chemischer Waffen, darstellen würde; bedauert, dass die staatlichen Stellen Georgiens diese Sache unzureichend untersuchen; fordert eine unverzügliche, unabhängige und transparente internationale Untersuchung dieser Vorwürfe; fordert eine Prüfung durch die Organisation der Vereinten Nationen für das Verbot chemischer Waffen und appelliert an die Mitgliedstaaten, ihr diesen Fall zur weiteren Untersuchung vorzulegen;

29. ist zutiefst besorgt darüber, dass die Menschenrechte in Georgien systematisch verletzt und schutzbedürftige Gruppen, darunter auch LGBTIQ+-Personen, diskriminiert werden; betont, dass diese Verstöße mit den Verpflichtungen Georgiens im Rahmen des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Georgien und den internationalen Menschenrechtsnormen unvereinbar sind; fordert die staatlichen Stellen Georgiens auf, das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und politische Teilhabe zu wahren und sicherzustellen, dass allen Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern sowie engagierten Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit und Schutz gewährt werden und wirksame Rechtsbehelfe zur Verfügung stehen; drängt darauf, dass die EU und die Mitgliedstaaten diese Verstöße beobachten, gefährdeten Personen Unterstützung und Schutz zuteilwerden lassen und Fortschritte hinsichtlich der Unterstützung durch die EU, der Zusammenarbeit mit der EU und eines Beitritts zur EU von greifbaren Verbesserungen beim Schutz der

Menschenrechte abhängig machen;

30. fordert das De-facto-Parlament Georgiens nachdrücklich auf, das Gesetz über Familienwerte und den Schutz Minderjähriger aufzuheben, mit dessen Bestimmungen die Menschenrechte gravierend verletzt werden, darunter die Rechte auf Gleichheit, Freiheit von Diskriminierung, Bildung, Gesundheit, Meinungsfreiheit, friedliche Versammlung und Vereinigung sowie Privatsphäre, Freiheit und Sicherheit; steht an der Seite der LGBTIQ+-Gemeinschaft Georgiens und ist zutiefst entsetzt darüber, dass in dem genannten Gesetz einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Beziehungen und Inzest fälschlich gleichgesetzt werden; weist erneut darauf hin, dass ähnliche Gesetze in Russland unter Putins Regime den Weg dafür geebnet haben, dass Minderheiten noch stärker unterdrückt werden und in Russland letztlich eine Atmosphäre der Einschüchterung und Diskriminierung entstanden ist;

31. ist zutiefst besorgt über die in der Umgebung der georgischen Stadt Tschiatura infolge des Abbaus von Mangan für den EU-Markt entstandenen Situation und fordert, dass die Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit durchgesetzt wird, da die EU eine Verantwortung für das Wohlergehen der Bevölkerung vor Ort und den Schutz der Umwelt, die von den verursachten Schäden betroffen ist, trägt;

32. bekräftigt, dass es sich gegen den Rückbau in den Bereichen Arbeitsrecht und Arbeitnehmerrechte in Georgien ausspricht, wie er mit den Änderungen des Gesetzes über den öffentlichen Dienst aus dem Jahr 2024 erfolgt ist; fordert die staatlichen Stellen Georgiens auf, die Standards im Arbeitsrecht einzuhalten und von Einschränkungen der Arbeitnehmerrechte abzusehen; weist darauf hin, dass der Besitzstand der EU die Einhaltung der Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation, der Europäischen Sozialcharta und der EU-Rechtsvorschriften über Arbeitsbedingungen umfasst;

33. begrüßt, dass die OSZE auf Initiative von 24 Teilnehmerstaaten den sogenannten Moskauer Mechanismus aktiviert hat, sodass eine Expertendelegation mit dem Auftrag entsandt werden kann, die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen durch Georgien zu bewerten, insbesondere im Hinblick auf die Lage der Menschenrechte und Grundfreiheiten seit dem Frühjahr 2024; fordert die staatlichen Stellen Georgiens auf, sich eingehend mit den Erkenntnissen der Delegation zu befassen und deren Empfehlungen innerhalb klarer Fristen umzusetzen, unter anderem in Bezug darauf, aus politischen Gründen Inhaftierte freizulassen, mit internationalen Verpflichtungen unvereinbare Rechtsvorschriften aufzuheben und die für Misshandlungen Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen; betont, dass die Teilnehmerstaaten und die relevanten internationalen Institutionen für den Fall, dass die staatlichen Stellen des Landes keine konkreten und überprüfbaren Schritte zur Umsetzung der Empfehlungen unternehmen, geeignete Folgemaßnahmen in Erwägung ziehen sollten, um für die Durchsetzung der Rechenschaftspflicht zu sorgen, wozu auch gezielte Sanktionen und der Einsatz entsprechender völkerrechtlicher Mechanismen zählen; fordert die EU-Mitgliedstaaten, die auch Mitglied der OSZE sind, auf, sich in Anbetracht der systematischen und gut dokumentierten Verstöße, die eine umfassende unabhängige Beurteilung erfordern, aktiv für eine Ausweitung des Mandats der Mission stark zu machen;

34. begrüßt die Entschließung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vom

Oktober 2025, in der die Gremien des Europarats nachdrücklich aufgefordert werden, alle verfügbaren Mittel zu nutzen – auch Artikel 52 der Europäischen Menschenrechtskonvention und Staatenbeschwerden beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gemäß Artikel 33 –, mit denen sichergestellt werden kann, dass Georgien seinen Verpflichtungen als Mitgliedstaat des Europarats nachkommt; fordert die Mitgliedstaaten der EU und des Europarates auf, die Umsetzung dieser Empfehlung in Betracht zu ziehen;

35. verurteilt aufs Schärfste, dass Medienunternehmen, die auf Linie mit der Partei Georgischer Traums sind, darunter Imedi TV, PosTV und Rustavi 2 TV, bei der Verbreitung systematischer Desinformation, Verleumdungskampagnen und feindseliger Propaganda gegen die EU und ihre Organe und Vertreter, insbesondere gegen den Leiter der EU-Delegation in Georgien und diplomatisches Personal der EU-Mitgliedstaaten, eine Rolle spielen; nimmt die jüngste Entscheidung des Vereinigten Königreichs zur Kenntnis, Sanktionen gegen Imedi TV und PosTV zu verhängen; fordert die EU-Organe auf, die Akkreditierung solcher Medienunternehmen bei den EU-Organen zu prüfen, und bestärkt die EU-Mitgliedstaaten darin, dem Beispiel des Vereinigten Königreichs zu folgen und angemessene und verhältnismäßige restriktive Maßnahmen gegen Personen und Einrichtungen zu ergreifen, die für die Organisation und Finanzierung dieser Desinformationskampagnen verantwortlich sind, und zwar auch im Rahmen der globalen Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte; fordert, dass Mitglieder der Führungsriege der Nationalen Kommunikationskommission Georgiens und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Georgiens in die Sanktionsliste der EU aufgenommen werden;

36. äußert seine Besorgnis über den auf die unabhängigen Medien ausgeübten Druck und die gegen sie eingeleiteten Gerichtsverfahren; betont, dass Medienpluralismus und die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten wesentliche Voraussetzungen für eine demokratische Gesellschaft sind;

37. nimmt mit Besorgnis die jüngsten Reformen im Bildungssektor Georgiens zur Kenntnis, die dem Anschein nach die Kontrolle über akademische Einrichtungen zentralisieren, die akademische Freiheit und die Hochschulautonomie schwächen und die Integration Georgiens in das europäische Hochschulsystem behindern; weist warnend auf Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, die Struktur und Dauer von Studienprogrammen zu ändern, und auf die Einführung des Grundsatzes „Eine Stadt – eine Fakultät“ hin, wodurch das Spektrum der von den einzelnen Hochschulen angebotenen Studienfächer eingeschränkt wird; ist besorgt über den Regulierungsdruck, der auf Einrichtungen wie die Staatliche Ilia-Universität ausgeübt wird, nachdem diese Studentenproteste öffentlich unterstützt haben, während gleichzeitig die Unterstützung für private Einrichtungen, die mit Personen im Umkreis der Machtelite in Verbindung stehen, ausgeweitet wird; betont, dass unabhängige Bildungsexperten davor warnen, dass die kumulative Wirkung dieser Maßnahmen die Gefahr birgt, den akademischen Pluralismus abzubauen und das Hochschulsystem weiter zu politisieren;

38. ist besorgt über die organisierten Callcenter-Betrugsnetzwerke, die von Georgien aus tätig sind, insbesondere über jene, die EU-Bürgerinnen und -Bürger ins Visier nehmen; betont, dass internationale journalistische Untersuchungen darauf hindeuten, dass hochrangige Amtsträger der Partei Georgischer Traum diesen Betrugsnetzwerken im Gegenzug für finanzielle Leistungen Schutz bieten, was diesen Amtsträgern dabei hilft, den Wirtschaftssanktionen standzuhalten;

39. begrüßt, dass die Kommission im Rahmen des überarbeiteten und flexibleren Visa-Aussetzungsmechanismus, der am 30. Dezember 2025 in Kraft getreten ist, den seit 6. März 2026 in allen EU-Mitgliedstaaten geltenden Beschluss erlassen hat, den visumfreien Reiseverkehr für Inhaber georgischer Diplomaten-, Dienst- und Amtspässe auszusetzen und damit unmittelbar auf gegen die Grundwerte gerichtete Handlungen des Regimes der Partei Georgischer Traum reagiert hat; fordert die Mitgliedstaaten auf, Visumantragsteller aus diesen Gruppen sorgfältig zu durchleuchten, ein Gespräch mit ihnen zu führen und Belege von ihnen anzufordern sowie die Erteilung des Visums zu verweigern, wenn Zweifel an der Verlässlichkeit der von ihnen bereitgestellten Informationen bestehen; bedauert, dass EU-weite Visumsperren für georgische Amtsträger, die für schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, demokratische Rückschritte und Unterdrückung verantwortlich sind, aufgrund des Widerstands der Regierungen Ungarns und der Slowakei nicht möglich waren; stellt fest, dass im achten Bericht über den Visa-Aussetzungsmechanismus hervorgehoben wird, dass Georgien wichtige Vorgaben nicht erfüllt und frühere Empfehlungen nicht einhält; gibt zu bedenken, dass die fortdauernde Untätigkeit der staatlichen Stellen Georgiens dazu führen könnte, dass der visumfreie Reiseverkehr für die gesamte Bevölkerung ausgesetzt wird, wofür die Partei Georgischer Traum die volle Verantwortung tragen würde; fordert die Kommission auf, einen Mechanismus einzurichten, über den engagierte Mitglieder der Zivilgesellschaft, Journalistinnen und Journalisten sowie Studierende weiter visumfrei in die EU reisen können, und Austauschprogramme für direkte Kontakte zwischen den Menschen wie Erasmus+, Horizont Europa, das Europäische Solidaritätskorps und Kreatives Europa stärker direkt zu unterstützen;

40. betont, dass der Mangel an sorgfältiger akademischer Forschung, historischer Bildung und öffentlichem Bewusstsein in Bezug auf die sowjetische Besatzung und ihre langfristigen Folgen die Verbreitung von Geschichtsmanipulation und Desinformationskampagnen ermöglicht, die von der Russischen Föderation ausgenutzt werden, um die euroatlantischen Bestrebungen der georgischen Gesellschaft zu untergraben; betont daher den Stellenwert von akademischer Forschung, Dokumentation und der Verbreitung von Wissen über die Geschichte Georgiens unter sowjetischer Besatzung, einschließlich der politischen Unterdrückung, Massenhinrichtungen und der Geschichte des Widerstands gegen die sowjetisch-russische Besatzung, sowie das Zurückbringen dieser Ereignisse in das kollektive Gedächtnis; bedauert, dass in den letzten Jahren zumindest mit passiver Zustimmung der Behörden Bemühungen zur Relativierung kommunistischer Verbrechen und zur Umkehrung des Prozesses der Entstalinisierung beobachtet wurden; betont in diesem Zusammenhang die wichtige Rolle unabhängiger Historiker, Forscher und Organisationen der Zivilgesellschaft wie SovLab, wenn es darum geht, sich mit der sowjetischen Besatzung und ihren politischen, rechtlichen und moralischen Folgen zu befassen sowie die Orte zu ermitteln, an denen Opfer des kommunistischen Terrors begraben liegen, und für ihre Identifizierung und ein würdevolles Gedenken zu sorgen; fordert relevante Einrichtungen in den Mitgliedstaaten, die sich mit der Dokumentation der Folgen der sowjetischen Besetzung, kommunistischer Verbrechen und anderer totalitärer Regime beschäftigen, auf, die Zusammenarbeit mit entsprechenden Stellen in Georgien zu vertiefen, gemeinsame Forschungsprojekte voranzutreiben und sich an Bildungsprogrammen und -initiativen zu beteiligen, die darauf abzielen, Informationen über dieses Kapitel der Geschichte Georgiens ans Licht zu bringen, zu dokumentieren und zu verbreiten; ist besorgt über die systematische Behinderung des Zugangs zu Archiven im Zusammenhang mit Repressionen und Verbrechen, die während der

sowjetischen Besatzung begangen wurden; fordert die staatlichen Stellen Georgiens auf, Wissenschaftlern, Forschern und Organisationen der Zivilgesellschaft uneingeschränkten, transparenten und diskriminierungsfreien Zugang zu Archiven im Zusammenhang mit der Sowjetzeit zu gewähren;

Angleichung in außen- und sicherheitspolitischen Angelegenheiten

41. bedauert, dass der Grad der Angleichung Georgiens an die Erklärungen der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und an die Beschlüsse des Rates über Sanktionen weiter gesunken ist, und zwar von 53 % im Jahr 2024 auf nunmehr 40 %, womit das mangelnde Bekenntnis des Landes zur EU-Integration offenkundig wird; ist besonders enttäuscht darüber, dass Georgien sich nicht systematisch an internationalen Initiativen und EU-Initiativen zur Unterstützung der Ukraine beteiligt hat – darunter Resolutionen der Generalversammlung und des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen und Entschließungen des Europarats – und stattdessen seine Beziehungen zu Russland vertieft hat und Narrative, mit denen Russland versucht, die Verantwortung für den Angriffskrieg und für die von Russland verübten Verbrechen von sich zu weisen, unterstützt hat;

42. ist überaus dankbar dafür, dass das georgische Volk während des Angriffskriegs Russlands große Solidarität mit der Ukraine gezeigt hat, was ein Ausdruck des weitverbreiteten Widerstands der Öffentlichkeit gegen die imperialistische Politik Russlands, der eigenen Erfahrungen des Landes mit der militärischen Aggression Russlands und des starken Willens des Volkes ist, seine Unabhängigkeit zu wahren und außerhalb des Einflussbereichs Moskaus zu bleiben; weist darauf hin, dass viele georgische Freiwillige an der Seite der ukrainischen Streitkräfte kämpfen – insbesondere in der Georgischen Legion – und dass sich die georgische Zivilgesellschaft an Kampagnen für humanitäre Hilfe zur Unterstützung der Ukraine beteiligt hat;

43. stellt fest, dass sich Georgien den allermeisten Sanktionen gegen Russland, Belarus und Iran immer noch nicht angeschlossen hat; fordert die staatlichen Stellen Georgiens auf, überprüfbare Maßnahmen zu beschließen und die Zusammenarbeit und die Zollkontrollen zu verstärken, damit restriktive Maßnahmen der EU nicht über das Hoheitsgebiet Georgiens bzw. in Georgien registrierte juristische Personen umgangen werden können; ist der Ansicht, dass der derzeitige Stand der Angleichungs- und Durchsetzungsbemühungen offenkundig unzureichend ist und ein EU-Bewerberland seiner Verantwortung so nicht gerecht wird; betont, dass dringend entschlosseneres Handeln geboten ist, was auch eine vollständige Angleichung an die restriktiven Maßnahmen der EU, wirksame Überwachungs- und Durchsetzungsmechanismen und eine transparente Zusammenarbeit mit den Organen der EU zwecks Verhinderung der Umgehung von Sanktionen umfasst, unter anderem in Bezug auf Güter mit doppeltem Verwendungszweck, Ölausfuhren und Finanzströme im Zusammenhang mit russischen und iranischen Einrichtungen; gibt zu bedenken, dass sich die fortgesetzte Unterlassung der Angleichung an die Außenpolitik und die Sanktionsregelung der EU unmittelbar auf den EU-Beitrittsprozess Georgiens auswirken wird; fordert, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten die Einhaltung der EU-Sanktionsregelung durch Georgien weiterhin genau überwachen, darunter auch die Risiken im Zusammenhang mit der Umgehung von Sanktionen über das Hoheitsgebiet Georgiens oder in Georgien registrierte juristische Personen;

44. fordert, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten dringend entschlossene Maßnahmen ergreifen, um der systematischen und von den staatlichen Stellen Georgiens unterstützten Umgehung von EU-Sanktionen durch Russland Einhalt zu gebieten, und zwar unter anderem durch die Einrichtung eines speziellen EU-Überwachungsmechanismus zur Verfolgung der Handelsströme von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck und Luftfahrtkomponenten mit hoher Priorität, die über Georgien laufen; fordert die staatlichen Stellen Georgiens ferner auf, bei diesen Bemühungen uneingeschränkt zu kooperieren und regelmäßig transparente Berichte über solche Handelsströme zu veröffentlichen, damit die Durchsetzung der Zollvorschriften gestärkt und eine weitere Umgehung von Sanktionen verhindert wird;

45. ist besorgt darüber, dass die Wiederausfuhr oder der Verschnitt von Erdölerzeugnissen aus Russland unter Umständen über Häfen, die Raffinerieinfrastruktur und Ölumschlaganlagen in Georgien erfolgen und so internationale Sanktionsregelungen umgangen werden; ist zutiefst besorgt über Berichte, wonach Rohöl aus Russland zu Georgiens neu gebauter und teilweise staatlich finanzierter Raffinerie Kulewi an der Schwarzmeerküste verschifft wird; fordert die staatlichen Stellen Georgiens auf, solche Aktivitäten umgehend einzustellen und zu verhindern sowie sicherzustellen, dass der Umgehung der gegen Russland verhängten EU-Sanktionen nicht über die Infrastruktur Georgiens Vorschub geleistet wird; hält fest, dass das Ölterminal Kulewi nicht in das 20. Sanktionspaket der EU gegen Russland aufgenommen wurde, weil die staatlichen Stellen Georgiens und der Terminalbetreiber zugesagt haben, die EU-Sanktionen strikt einzuhalten; fordert, dass es in künftige Sanktionen einbezogen wird, wenn die staatlichen Stellen Georgiens und die Terminalbetreiber die EU-Sanktionen nicht strikt einhalten; fordert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und internationalen Partnern, um die vollständige Durchsetzung restriktiver Maßnahmen zu gewährleisten;

46. fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit der Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung den Rechts- und Regelungsrahmen Georgiens zu bewerten, einschließlich der Bestimmungen der georgischen Abgabenordnung, die unter Umständen die Nutzung von an Offshore-Standorten registrierten Gesellschaften und die Verschleierung des wirtschaftlichen Eigentümers und so wiederum die Umgehung von Sanktionen und Geldwäsche erleichtern; fordert, dass in Georgien registrierte Unternehmen, die sich im Eigentum oder unter der Kontrolle russischer Bürgerinnen oder Bürger bzw. Organisationen befinden, und insbesondere seit Februar 2022 gegründete Unternehmen verstärkt überwacht und kontrolliert werden; fordert die staatlichen Stellen Georgiens auf, eine Vermögensabschöpfungsstelle, eine Vermögensverwaltungsstelle und ein Verzeichnis der tatsächlichen wirtschaftlichen Eigentümer einzurichten, um die Vorkehrungen zur Bekämpfung von Geldwäsche zu stärken und das Risiko der Umgehung von Sanktionen zu verringern;

47. stellt fest, dass die Partei Georgischer Traum den Weg der euro-atlantischen Integration verlassen hat und nun – wie sich in zahlreichen Berichten bestätigt – eine strategische Wende hin zur Zusammenarbeit mit China, Russland und Iran vollzieht; betont, dass diese Neuausrichtung aufzeigt, dass die verfassungsmäßige Verpflichtung Georgiens zur euro-atlantischen Integration und der eindeutige und konsequent zum Ausdruck gebrachte Wille der georgischen Gesellschaft missachtet werden; bringt seine Empörung darüber zum Ausdruck, dass nicht etwa auf glaubhafte Erkenntnisse über den zunehmenden Einfluss autoritärer Mächte eingegangen wird, sondern vielmehr Ermittlungen gegen diejenigen eingeleitet wurden, die derlei Berichte verfassen, beispielsweise gegen den am Hudson Institute tätigen Forscher Giorgi Kandelaki und

gegen Tinatin Chidascheli;

48. äußert seine Besorgnis über die Beteiligung chinesischer staatseigener Unternehmen an strategischen Projekten wie dem Tiefseehafen Anaklia, der ursprünglich mit westlichen Partnern entworfen wurde und dazu gedacht war, die Anbindung zwischen Ost und West unabhängig von russischem und chinesischem Einfluss zu stärken; weist die staatlichen Stellen Georgiens erneut darauf hin, dass der Erfolg des Mittleren Korridors davon abhängt, dass Georgien die Rechtsstaatlichkeit wahrt, und dass Georgien bei den Global-Gateway-Investitionen ein stabiler und transparenter Partner sein muss;

49. nimmt Initiativen für strategische Konnektivitätsprojekte im Schwarzmeerraum zur Kenntnis, einschließlich des Unterseekabels für die digitale Konnektivität im Schwarzen Meer und des Unterseestromkabels im Schwarzen Meer, mit denen die Energie- und Digitalverbindungen zwischen der EU und dem Südkaukasus verbessert werden können;

50. stellt fest, dass die Georgische Orthodoxe Kirche nach wie vor eine einflussreiche Institution in der Gesellschaft Georgiens ist und den öffentlichen Diskurs maßgeblich prägt; ist besorgt darüber, dass Russland religiöse Netzwerke als Kanäle für Desinformation und Beeinflussungsoperationen in ganz Georgien nutzt, um eine proeuropäische Ausrichtung und die demokratische Resilienz zu untergraben; weist erneut darauf hin, dass einige Geistliche in Georgien sich dieser Instrumentalisierung widersetzen und sich gegen den Einfluss Russlands wie auch gegen die politischen Maßnahmen des Regimes der Partei Georgischer Traum aussprechen; betont, dass die Georgische Orthodoxe Diözese und die georgischen orthodoxen Gemeinschaften auch in der EU vertreten sind, was verdeutlicht, dass es angesichts transnationaler Desinformationsbemühungen Wachsamkeit und Widerstandsfähigkeit braucht;

51. nimmt mit besonderer Besorgnis zur Kenntnis, dass der iranische Einfluss im Land zunimmt, insbesondere über religiöse Einrichtungen und Bildungseinrichtungen und die Mobilisierung junger Menschen sowie durch Wirtschaftsstrukturen, die es Iran effektiv ermöglichen, Sanktionen zu umgehen; ist zudem besorgt darüber, dass in Georgien tätige Wirtschaftsakteure, die mit dem iranischen Regime in Verbindung stehen, an Einfluss gewinnen; betont, dass solche Akteure benutzt werden können, um finanzielle Sanktionen zu umgehen, Geldwäsche zu betreiben und Güter illegal aus Iran auszuführen, was Akteuren zugutekommt, die über Korruption und manipulierte öffentliche Ausschreibungen Verbindungen sowohl zum iranischen Regime als auch zum Regime der Partei Georgischer Traum haben;

52. ist der Ansicht, dass Georgien konstruktiv an der Erleichterung des Zugangs Armeniens zu internationalen Seehandelsrouten mitwirken und so zur regionalen Konnektivität, wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit und Stabilität im Südkaukasus beitragen sollte;

53. bringt erneut seine unverminderte Befürwortung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit Georgiens zum Ausdruck; verurteilt aufs Schärfste, dass Russland Georgiens Regionen Abchasien und Zchinwali bzw. Südossetien besetzt hält und weiter Grenzanlagen errichtet, was eine Verletzung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit Georgiens darstellt; fordert die Regierung Georgiens nachdrücklich auf, eine klare und kohärente Haltung zur Aggression Russlands beizubehalten; verurteilt entschieden die Bestrebungen Russlands, die besetzten Gebiete politisch, militärisch und wirtschaftlich in die Russische Föderation einzugliedern; nimmt mit tiefer

Besorgnis zur Kenntnis, dass georgischstämmige Menschen in Abchasien und der Region Zchinwali – darunter Frauen und junge Menschen – auf der Grundlage konstruierter Anschuldigungen wie Spionage oder des Besitzes eines georgischen Passes weiterhin rechtswidrig inhaftiert und ins Visier genommen werden; verurteilt diese Praktiken als schwere Menschenrechtsverletzungen, die zur Einschüchterung, Diskriminierung und Vertreibung der georgischen Bevölkerung beitragen; verurteilt aufs Schärfste, dass in Otschamtschire derzeit ein Marinestützpunkt Russlands errichtet wird, was nicht nur eine Verletzung der territorialen Unversehrtheit darstellt, sondern unmittelbar die Sicherheit des gesamten Schwarzmeerbeckens und Georgiens eigene Seehandelsambitionen gefährdet; bekräftigt seine Forderung nach einem sofortigen und bedingungslosen Rückzug der Streitkräfte Russlands aus den georgischen Regionen Abchasien und Zchinwali bzw. Südossetien;

54. fordert gezielte restriktive Maßnahmen, die auf Präzedenzfällen wie der „Otchosoria-Tatunaschwili-Liste“ aus dem Jahr 2018 aufbauen, gegen diejenigen, die für Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten verantwortlich sind;

55. betont erneut den Stellenwert der Mitwirkung der Beobachtermission der Europäischen Union (EUMM) in Georgien an der Konfliktlösung, der Überwachung der Lage der Menschenrechte und der Unterstützung der betroffenen Gemeinschaften; verurteilt aufs Schärfste, dass die Russische Föderation den Zugang der EUMM zu den besetzten Gebieten Georgiens fortwährend behindert und es frühere Einschüchterungsversuche gegen Überwachungskräfte der EUMM gegeben hat, einschließlich rechtswidriger Inhaftierungen und anderer Vorfälle, mit denen Drohungen und Einmischung in die Arbeit der EUMM einhergingen; ist der Ansicht, dass die sichtbare und öffentliche Ausübung des Mandats der EUMM durch mehr Unterstützung und zusätzliches Personal weiter gestärkt und deutlicher kommuniziert werden sollte, da die Mission erheblich zum Engagement der EU in der Region beiträgt und die aggressiven Taktiken Russlands aufdeckt, die der Region seit dem Krieg gegen Georgien im Jahr 2008 unablässig Tod, Leid und Instabilität gebracht haben;

°

° °

56. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, der Kommission und den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie dem Europarat, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Georgiens Präsidentin Salome Surabischwili und den De-facto-Staatsorganen Georgiens zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0228

Umsetzung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser und Risiken für die Versorgungssicherheit bei Arzneimitteln

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. Juni 2026 zu der Umsetzung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser und den Risiken für die Versorgungssicherheit bei Arzneimitteln (2026/2652(RSP))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), insbesondere auf die Artikel 168 und 191,

– unter Hinweis auf Artikel 35 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die Richtlinie (EU) 2024/3019 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2024 über die Behandlung von kommunalem Abwasser[1] (überarbeitete Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser), die am 1. Januar 2025 in Kraft getreten ist,

– unter Hinweis auf die Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik[2] (Wasserrahmenrichtlinie),

– unter Hinweis auf die Richtlinie 2006/118/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zum Schutz des Grundwassers vor Verschmutzung und Verschlechterung[3] und die Richtlinie 2008/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien des Rates 82/176/EWG, 83/513/EWG, 84/156/EWG, 84/491/EWG und 86/280/EWG sowie zur Änderung der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates[4],

– unter Hinweis auf den Beschluss (EU) 2022/591 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. April 2022 über ein allgemeines Umweltaktionsprogramm der Union für

1 ABl. L, 2024/3019, 12.12.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/3019/oj.
2 ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2000/60/oj.
3 ABl. L 372 vom 27.12.2006, S. 19, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2006/118/oj.
4 ABl. L 348 vom 24.12.2008, S. 84, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2008/105/oj.

die Zeit bis 2030[5],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 17. September 2020 zu Engpässen bei Arzneimitteln und dem Umgang mit einem sich abzeichnenden Problem[6],

– unter Hinweis auf die Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen vom 26. Oktober 2022 mit dem Titel „Impact assessment accompanying the Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council concerning urban wastewater treatment“ (Folgenabschätzung zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Behandlung von kommunalem Abwasser) (SWD(2022)0541),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 12. Mai 2021 mit dem Titel „Auf dem Weg zu einem gesunden Planeten für alle – EU-Aktionsplan: ‚Schadstofffreiheit von Luft, Wasser und Boden‘“ (COM(2021)0400),

– unter Hinweis auf den Bericht der Gemeinsamen Forschungsstelle vom 10. Dezember 2025 mit dem Titel „Updated estimation of the costs of quaternary wastewater treatment in the EU – A comparison of cost models“ (Aktualisierte Schätzung der Kosten der Viertbehandlung von Abwasser in der EU – ein Vergleich von Kostenmodellen),

– unter Hinweis auf die laufenden Arbeiten an dem Rechtsakt zu kritischen Arzneimitteln,

– gestützt auf Artikel 142 Absatz 5 und Artikel 136 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung,

A. in der Erwägung, dass in Artikel 191 AEUV festgelegt ist, dass die „Umweltpolitik der EU [...] unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Regionen der Union auf ein hohes Schutzniveau [abzielt]“ und „auf den Grundsätzen der Vorsorge und Vorbeugung, auf dem Grundsatz, Umweltbeeinträchtigungen mit Vorrang an ihrem Ursprung zu bekämpfen, sowie auf dem Verursacherprinzip [beruht]“;

B. in der Erwägung, dass Wasser für das Leben und die Menschheit von wesentlicher Bedeutung ist; in der Erwägung, dass die EU die derzeitigen und künftigen Wasserressourcen effizient bewirtschaften und wirksam auf die aktuellen Herausforderungen im Bereich Wasser reagieren muss, da diese unmittelbare Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, die Umwelt und ihre Ökosysteme sowie auf strategische sozioökonomische Tätigkeiten haben;

C. in der Erwägung, dass Mikroschadstoffe, die in allen Arten von Gewässern vorkommen und in allen Gewässern in der EU nachgewiesen werden, selbst in geringen Konzentrationen schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit – unter anderem durch ihre krebserregende und endokrinschädigende Wirkung – sowie auf Wasserorganismen haben und zur Ausbreitung antimikrobieller Resistenzen beitragen; in der Erwägung, dass die Weltgesundheitsorganisation antimikrobielle Resistenzen zu einer globalen gesundheitlichen Notlage erklärt hat, die bis 2050 voraussichtlich weltweit mehr Todesfälle verursachen wird als Krebs; in der Erwägung, dass viele von Arzneimitteln ausgehende Mikroschadstoffe erst nach der Verwendung der Arzneimittel durch die Patienten ins Wasser gelangen und nicht bei deren Herstellung oder Entsorgung;

---

5 ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 22, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2022/591/oj.
6 ABl. C 385 vom 22.9.2021, S. 83.

D. in der Erwägung, dass die Wasserverschmutzung, etwa durch Mikroschadstoffe, eine wachsende und schwerwiegende Bedrohung für Ökosysteme, die biologische Vielfalt sowie die Gesundheit von Mensch und Tier darstellt und die EU derzeit jährlich über 75 Mrd. EUR kostet; in der Erwägung, dass kommunales Abwasser eine der Hauptursachen für Wasserverschmutzung ist, wenn es nicht angemessen gesammelt und behandelt wird; in der Erwägung, dass Mikroschadstoffe aus kontaminiertem Abwasser entfernt werden müssen, um dessen schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit und die Umwelt abzuwenden;

E. in der Erwägung, dass viele Gemeinden und Gemeinschaften in der EU für ihr Trinkwasser auf Uferfiltration angewiesen sind, was dazu führt, dass die Wasserressourcen zunehmend durch Mikroschadstoffe verunreinigt werden;

F. in der Erwägung, dass die Kosten für die Erst-, Zweit- und Drittbehandlung in der Regel – über Steuergelder oder Wassergebühren – von den Behörden getragen werden; in der Erwägung, dass die Anwendung des in Artikel 191 AEUV verankerten Verursacherprinzips bei der Wasserbehandlung erstmals in die überarbeitete Fassung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser aufgenommen wurde;

G. in der Erwägung, dass mit der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser der Rechtsrahmen für die Sammlung, Behandlung und Einleitung von kommunalem Abwasser und die Einleitung von biologisch abbaubarem Abwasser aus bestimmten Industriezweigen festgelegt wird; in der Erwägung, dass mit der überarbeiteten Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser das Ziel verfolgt wird, die Wasserverschmutzung, auch durch Mikroschadstoffe, zu verringern und die Wasserqualität in der gesamten EU zu schützen; in der Erwägung, dass Mikroschadstoffe im Abwasser durch die konventionelle Abwasserbehandlung nicht wirksam entfernt werden; in der Erwägung, dass mit der überarbeiteten Richtlinie die Verpflichtung zur Viertbehandlung von Abwasser, im Rahmen derer Mikroschadstoffe entfernt werden, eingeführt wird, wodurch im Einklang mit dem Konzept „Eine Gesundheit“ ein hohes Maß an Gesundheits- und Umweltschutz sichergestellt wird; in der Erwägung, dass die überarbeitete Richtlinie die systematische Modernisierung – mit Blick auf die Viertbehandlung – von großen Abwasserbehandlungsanlagen vorschreibt, die mehr als 150 000 Menschen versorgen (d. h. in Großstädten, da die Konzentration von Mikroschadstoffen dort besonders hoch ist), wohingegen kleinere Abwasserbehandlungsanlagen nur dann modernisiert werden müssen, wenn sie sich in Risikogebieten befinden;

H. in der Erwägung, dass die Viertbehandlung ab Dezember 2033 schrittweise eingeführt wird, wobei zunächst nur 20 % der größeren Anlagen und 10 % der kleineren Anlagen modernisiert werden müssen, und dass die vollständige Umsetzung bis Dezember 2045 erreicht werden soll; in der Erwägung, dass eine Viertbehandlung als zusätzliche und fortschrittliche Behandlung von kommunalem Abwasser zur Beseitigung möglichst vieler Mikroschadstoffe eingeführt werden muss, um diese Schadstoffe zu verringern und die öffentliche Gesundheit und die Umwelt zu schützen; in der Erwägung, dass die Einführung einer Viertbehandlung das kostenintensivste Element der Richtlinie darstellt;

I. in der Erwägung, dass das Verursacherprinzip ein in Artikel 191 AEUV verankertes rechtsverbindliches Prinzip ist, mit dem gewährleistet werden soll, dass die Kosten für die Vermeidung, Kontrolle und Beseitigung der Verschmutzung von jenen getragen

werden, die für Umweltschäden verantwortlich sind, und nicht von den Steuerzahlern oder der Gesellschaft insgesamt;

J. in der Erwägung, dass durch die erweiterte Herstellerverantwortung Umweltkosten internalisiert werden sollten; in der Erwägung, dass die erweiterte Herstellerverantwortung den Herstellern einen Anreiz bietet, während des gesamten Lebenszyklus von Produkten, der von der Entwurfsphase bis zum Ende der Lebensdauer reicht, Umwelterwägungen zu berücksichtigen, wodurch das Verursacherprinzip wirksam umgesetzt wird; in der Erwägung, dass die meisten bestehenden Systeme der erweiterten Herstellerverantwortung im Zusammenhang mit Abfallströmen aus identifizierbaren Punktquellen entwickelt wurden, bei denen die Hersteller Sammel- und Behandlungssysteme wirksam gestalten, überwachen und kontrollieren können;

K. in der Erwägung, dass Arzneimittel zur Behandlung von Patienten entwickelt und zugelassen werden; in der Erwägung, dass Umweltverträglichkeitsprüfungen ein notwendiges Kriterium für die Zulassung von Arzneimitteln sind, das Umweltrisiko jedoch im Rahmen der bei der Zulassung von Arzneimitteln durchgeführten Nutzen-Risiko-Bewertung nicht berücksichtigt wird;

L. in der Erwägung, dass Daten und Analysen der Kommission und der Gemeinsamen Forschungsstelle zeigen, dass der größte Anteil an potenziell schädlichen und schwer biologisch abbaubaren Stoffen im Abwasser auf Arzneimittel und Kosmetika zurückgeht; in der Erwägung, dass Berichten einiger Zulassungsinhaber zufolge die Giftstoffbelastungen, die in diesen Analysen bestimmten Produkten zugeordnet werden, von den Daten aus den Umweltverträglichkeitsprüfungen von Arzneimitteln abweichen;

M. in der Erwägung, dass mit der überarbeiteten Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser Bestimmungen bezüglich einer erweiterten Herstellerverantwortung gemäß dem Verursacherprinzip eingeführt wurden, wonach mindestens 80 % der Kosten für die Viertbehandlung von jenen Branchen getragen werden müssen, die als für die Freisetzung der Schadstoffe in besonderem Maße verantwortlich ermittelt wurden, nämlich der Arzneimittel- und der Kosmetikbranche;

N. in der Erwägung, dass die Einführung einer Viertbehandlung das kostenintensivste Element der Richtlinie darstellt;

O. in der Erwägung, dass die Kostenschätzungen der Mitgliedstaaten deutlich über den in der Folgenabschätzung der Kommission aufgeführten Schätzungen liegen (z. B. fallen die von Deutschland und Spanien projizierten Kosten um ein Mehrfaches höher aus);

P. in der Erwägung, dass durch die erweiterte Herstellerverantwortung die Entfernung von Mikroschadstoffen aus dem Abwasser finanziert und die Entwicklung weniger toxischer, besser biologisch abbaubarer Produkte gefördert werden soll, die von der erweiterten Herstellerverantwortung ausgenommen sind; in der Erwägung, dass mit dem System der erweiterten Herstellerverantwortung Anreize und Belohnungen für die innovative Entwicklung und Nutzung weniger schädlicher Stoffe in den betroffenen Branchen geschaffen werden;

Q. in der Erwägung, dass der Zugang zu sicheren, wirksamen und erschwinglichen Arzneimitteln eine tragende Säule der öffentlichen Gesundheitssysteme in der EU ist

und dass es die Versorgungssicherheit bei Arzneimitteln in der EU zu wahren gilt;

R. in der Erwägung, dass der Folgenabschätzung der Kommission und unabhängig erhobenen Daten zufolge der mögliche Anstieg der Produktkosten oder die mögliche Verringerung der Gewinnspannen der Unternehmen, die Produkte in der EU in Verkehr bringen, aufgrund der Anwendung der erweiterten Herstellerverantwortung nur geringfügig wäre und dass die Erschwinglichkeit, Verfügbarkeit und Zugänglichkeit solcher Produkte auf dem EU-Markt nicht gefährdet würde;

S. in der Erwägung, dass die Kostenschätzungen der Stellen einiger Mitgliedstaaten über den in der Folgenabschätzung der Kommission aufgeführten Schätzungen liegen (z. B. fallen die von Deutschland und Spanien projizierten Kosten um ein Mehrfaches höher aus); in der Erwägung, dass die Folgenabschätzung der Kommission auch von einigen Interessenträgern angefochten wurde, insbesondere hinsichtlich des Umweltbeitrags von Arzneimitteln und Kosmetika und der Berechnungen der Auswirkungen auf die Preise von Arzneimitteln; in der Erwägung, dass die Gemeinsame Forschungsstelle eine zweite Studie durchgeführt hat, um die möglichen Kosten, die von den von der Richtlinie betroffenen Branchen zu tragen sind, zu klären und weiter zu untersuchen; in der Erwägung, dass im Rahmen dieser neuen Studie die bisherigen Daten und Ergebnisse weitgehend bestätigt wurden;

T. in der Erwägung, dass die von der Kommission vorgenommene Zuordnung, wonach die Mikroschadstoffbelastung zu etwa 92 % auf Arzneimittel und Kosmetika zurückgeht, aus methodischen und wissenschaftlichen Gründen angezweifelt wird, insbesondere da die Folgen mit Blick auf die Zugänglichkeit für Patienten und die nationalen Gesundheitshaushalte nicht eingehend analysiert wurden; in der Erwägung, dass dieses Versäumnis insbesondere für das gesamte pharmazeutische Ökosystem – auch mit Blick auf innovative, generische und patentfreie Arzneimittel – von großem Belang ist, welches kollektiv die Zugänglichkeit für Patienten, die Versorgungssicherheit und die langfristige Nachhaltigkeit der europäischen Gesundheitssysteme fördert und gleichzeitig dafür sorgt, dass weiterhin in Forschung und Entwicklung investiert wird und die Produktionsstrukturen, von denen die strategische Autonomie Europas im Gesundheitsbereich abhängt, erhalten bleiben;

U. in der Erwägung, dass es sich bei fast 70 % der in der EU vertriebenen Arzneimittel um Generika handelt[7] und diese für die Nachhaltigkeit des Gesundheitssystems von wesentlicher Bedeutung sind; in der Erwägung, dass Hersteller von Generika üblicherweise innerhalb straffer Preisrahmen sowie nach einem Geschäftsmodell mit hohen Absatzmengen und geringen Gewinnmargen agieren, weshalb sie zusätzliche Regulierungskosten nur in begrenztem Maße tragen können und bei Kostensteigerungen möglicherweise anfälliger sind, sodass die Umsetzung der Richtlinie sorgfältig überwacht werden muss;

V. in der Erwägung, dass Generika auf demselben Wirkstoff basieren wie die jeweiligen Referenzarzneimittel, was es für Hersteller von Generika noch schwieriger macht, die Umweltverschmutzung an der Quelle zu bekämpfen;

W. in der Erwägung, dass sich die Engpässe bei Arzneimitteln in der EU in den letzten

---

[7] Mitteilung der Kommission vom 24. Oktober 2023 mit dem Titel „Bewältigung von Arzneimittelengpässen in der EU“ (COM(2023)0672).

Jahren verschärft haben und die Patientenversorgung gefährden; in der Erwägung, dass die EU bei pharmazeutischen Wirkstoffen nach wie vor in hohem Maße von Drittländern abhängig ist; in der Erwägung, dass die EU Maßnahmen ergreift, um Engpässen bei Arzneimitteln entgegenzuwirken und für Versorgungssicherheit zu sorgen, unter anderem im Wege der überarbeiteten allgemeinen Arzneimittelvorschriften sowie des Rechtsakts zu kritischen Arzneimitteln;

X. in der Erwägung, dass den Mitgliedstaaten mit der überarbeiteten Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser Flexibilität bei der Gestaltung von Systemen der erweiterten Herstellerverantwortung und bei der Festlegung von Methoden zur Berechnung der Beiträge eingeräumt wird, wobei sie Systeme der erweiterten Herstellerverantwortung demnach konkret so gestalten können, dass für Verhältnismäßigkeit gesorgt ist und unbeabsichtigte Folgen, einschließlich Risiken hinsichtlich der Arzneimittelversorgung, verhindert werden, sodass die Ziele im Bereich der öffentlichen Gesundheit auf ausgewogene Weise mit umweltbezogenen Verantwortlichkeiten in Einklang gebracht werden;

Y. in der Erwägung, dass nach Artikel 10 der überarbeiteten Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser Überwachungs- und Durchsetzungsmechanismen vorgeschrieben sind, wobei unter anderem sicherzustellen ist, dass die Auswirkungen der Richtlinie, einschließlich der Auswirkungen auf die Arzneimittelpreise, ordnungsgemäß überwacht werden;

Z. in der Erwägung, dass in Erwägung 20 der überarbeiteten Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser bestätigt wird, dass die Richtlinie bereits eine regelmäßige Bewertung auf der Grundlage von Überwachungsdaten und wissenschaftlichen Erkenntnissen vorsieht, wobei auch die Möglichkeit vorgesehen ist, den Anwendungsbereich des Systems bei Bedarf anzupassen, sodass innerhalb des bestehenden Rechtsrahmens für ausreichend Flexibilität gesorgt ist, ohne dass die Richtlinie erneut überarbeitet werden muss;

AA. in der Erwägung, dass die Kommission nach der überarbeiteten Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser verpflichtet ist, bis Ende 2033 und sodann erneut bis Ende 2040 eine umfassende Evaluierung durchzuführen, was die Möglichkeit bietet, die Auswirkungen der Richtlinie zu prüfen und gegebenenfalls Anpassungen vorzuschlagen;

AB. in der Erwägung, dass sich die Auswirkungen auf die Arzneimittelpreise nach Schätzungen der Kommission selbst bei einer vollständigen Kostenweitergabe bis 2045 auf 2,64 bis 3,20 EUR pro Person und Jahr belaufen würden; in der Erwägung, dass diese Schätzung im Dezember 2025 von der Gemeinsamen Forschungsstelle – unter Berücksichtigung des von den beiden gesetzgebenden Organen angenommenen endgültigen Textes – erneut bestätigt wurde;

AC. in der Erwägung, dass die Richtlinie einen langen Zeitrahmen für die Umsetzung vorsieht, wobei bestimmte Bestimmungen erst 2045 uneingeschränkt gelten, wodurch genügend Zeit für eine schrittweise und ausgewogene Umsetzung der Richtlinie und der Verpflichtungen hinsichtlich der Viertbehandlung eingeräumt wird, sodass bis 2033 eine Abdeckung von 20 %, bis 2039 eine Abdeckung von 60 % und bis 2045 eine vollständige Abdeckung erreicht wird; in der Erwägung, dass den Mitgliedstaaten im Rahmen der Richtlinie Zeit eingeräumt wird, die Preisgestaltung bei Verträgen im

Rahmen neuer Ausschreibungsverfahren für Arzneimittel anzupassen;

AD. in der Erwägung, dass der Folgenabschätzung der Kommission und der Studie der Gemeinsamen Forschungsstelle zufolge selbst bei einer vollständigen Weitergabe der Kosten der daraus resultierende Anstieg der Arzneimittelpreise im Vergleich zu den Kosten bei Nichttätigwerden marginal bleibt, da die erheblichen langfristigen Gesundheitsausgaben in Verbindung mit Krankheiten, die mit der Exposition gegenüber Mikroschadstoffen zusammenhängen, darunter insbesondere Krebs, die öffentlichen Gesundheitssysteme bereits deutlich stärker belasten und diese Belastung voraussichtlich noch erheblich zunehmen wird;

AE. in der Erwägung, dass die Kosten im Zusammenhang mit den Beiträgen zu den Viertbehandlungen auf den in Verkehr gebrachten Produkten beruhen und daher alle Produkte abgedeckt werden, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb der EU hergestellt wurden; in der Erwägung, dass die Verpflichtung der erweiterten Herstellerverantwortung gleichermaßen für alle Unternehmen, die in der EU Produkte in Verkehr bringen, gilt, wodurch gleiche Wettbewerbsbedingungen gewährleistet und unfaire Wettbewerbsvorteile verhindert werden; in der Erwägung, dass mit der Richtlinie daher darauf abgezielt wird, keine Marktverzerrungen oder Nachteile für Hersteller in der EU und die allgemeine Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu bewirken; in der Erwägung, dass es von großer Bedeutung ist, dafür zu sorgen, dass alle eingeführten Produkte, einschließlich aller privaten Kleinsendungen wie Online-Bestellungen, die mit der erweiterten Herstellerverantwortung verbundenen Verpflichtungen erfüllen und diese finanzieren;

AF. in der Erwägung, dass aus der Folgenabschätzung der Kommission hervorgeht, dass die geschätzten Kosten der Viertbehandlung, die sich bis 2040 auf etwa 1,186 Mrd. EUR pro Jahr belaufen, ohne die erweiterte Herstellerverantwortung in erster Linie durch höhere Wassergebühren und aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden müssten, wodurch die Kosten der Verschmutzung von der Industrie auf die Bürger und Steuerzahler verlagert und die Haushalte, einschließlich der besonders schutzbedürftigen Haushalte, ungerecht belastet würden;

AG. in der Erwägung, dass das System der erweiterten Herstellerverantwortung umgesetzt werden muss, um für Rechtssicherheit und finanzielle Sicherheit zu sorgen, insbesondere für öffentliche Einrichtungen, um sicherzustellen, dass die Investitionen in die Abwasserinfrastruktur getätigt werden, die erforderlich sind, um die Ziele in den Bereichen Umwelt und öffentliche Gesundheit zu erreichen, und um zu gewährleisten, dass die Bürger und Wasserverbraucher nicht die Kosten der Verschmutzung tragen, für die sie nicht verantwortlich sind;

AH. in der Erwägung, dass die neuen Umweltqualitätsnormen, insbesondere die neun pharmazeutischen Umweltqualitätsnormen gemäß der Wasserrahmenrichtlinie, ohne eine fortschrittliche und zusätzliche Wasseraufbereitung nicht erfüllt werden können;

AI. in der Erwägung, dass die Kommission nach der überarbeiteten Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser verpflichtet ist, auf der Grundlage der Ergebnisse der Überwachung von kommunalem Abwasser und der neuesten wissenschaftlichen Daten regelmäßig zu bewerten, ob andere Produkte in das System der erweiterten Herstellerverantwortung einbezogen werden sollten; in der Erwägung, dass die Kommission die erste förmliche Überprüfung bis spätestens 2033 vorlegen

sollte;

1. bekräftigt seine nachdrückliche Unterstützung für die Umweltziele und die Umsetzung der überarbeiteten Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser innerhalb der festgelegten Fristen; betont, dass es notwendig ist, die Wasserverschmutzung, auch Mikroschadstoffe, zu verringern und dagegen vorzugehen;

2. hebt hervor, dass die menschliche Gesundheit und die Umwelt im Rahmen des ambitionierten Vorhabens, gegen Verschmutzung aus allen Quellen vorzugehen und auf eine schadstofffreie Umwelt hinzuwirken, besser geschützt werden müssen, wobei insbesondere gegen gefährliche Mikroschadstoffe vorgegangen werden muss, die eine erhebliche und akute Bedrohung für die Gesundheit und die Umwelt darstellen;

3. weist darauf hin, dass die Umweltpolitik auf den Grundsätzen der Vorsorge und Vorbeugung, auf dem Grundsatz, Umweltbeeinträchtigungen mit Vorrang an ihrem Ursprung zu bekämpfen, sowie auf dem Verursacherprinzip beruhen sollte;

4. betont, dass es erforderlich ist, die Viertbehandlung einzuführen, um die Gesundheit und die Ökosysteme zu schützen und neuen Risiken wie antimikrobiellen Resistenzen entgegenzuwirken; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass es sich bei der erweiterten Herstellerverantwortung um das wirksamste Instrument zur Umsetzung des Verursacherprinzips gemäß Artikel 191 Absatz 2 AEUV und zur Sicherstellung ausreichender Mittel für die notwendige Behandlung von kommunalem Abwasser handelt;

5. nimmt zur Kenntnis, dass die Schätzungen der Kosten, die im Rahmen der Folgenabschätzung der Kommission und der öffentlichen Bewertungen, die nach der Annahme der Richtlinie insbesondere in Deutschland und Spanien durchgeführt wurden, vorgenommen wurden, voneinander abweichen; nimmt ferner die Bedenken der Interessenträger bezüglich der Belastbarkeit der Methoden, die zur Zuordnung von Giftstoffbelastungen verwendet wurden, und die Bedenken hinsichtlich der Unterschiede zwischen den von der Kommission verwendeten Daten und den Daten zur Umweltverträglichkeitsprüfung, die der Europäischen Arzneimittel-Agentur im Rahmen des Zulassungsverfahrens vorgelegt wurden, zur Kenntnis; ist der Ansicht, dass diesen Bedenken umfassend Rechnung getragen werden sollte, um sicherzustellen, dass die den Kostenanalysen in Bezug auf die Viertbehandlung und das System der erweiterten Herstellerverantwortung zugrunde liegenden Fakten belastbar sind; stellt jedoch fest, dass einige der Unterschiede anhand der unterschiedlichen Methoden, die in den Studien angewandt wurden, erklärt werden können; hebt hervor, dass die in der Folgenabschätzung angegebenen Schätzungen kürzlich von der Gemeinsamen Forschungsstelle erneut bestätigt wurden;

6. fordert die Kommission auf, bis Ende 2026 eine neue Folgenabschätzung zu erstellen, in der die im kommunalen Abwasser vorhandenen Stoffe ermittelt werden, die Kosten der Viertbehandlung geprüft werden, die Verteilung der Verantwortlichkeiten auf die einschlägigen Branchen gemäß dem Verursacherprinzip überprüft wird und die potenziellen Auswirkungen auf die Verfügbarkeit, Erschwinglichkeit und Zugänglichkeit von Arzneimitteln, insbesondere von Generika und kritischen Arzneimitteln und ihren Wirkstoffen, ermittelt werden; ist der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten über den Ausschuss für Humanarzneimittel, die Europäische Umweltagentur und die Europäische Arzneimittel-Agentur – im Rahmen ihrer

Zuständigkeiten – angemessen in die Studie einbezogen werden sollten; fordert die Kommission auf, die Bewertung der Zuordnung von Stoffen zu beschleunigen und sich dabei erforderlichenfalls auf die Ergebnisse der Folgenabschätzung zu stützen; fordert sie ferner auf, die mit der erweiterten Herstellerverantwortung verbundenen Verpflichtungen unverzüglich auf die Branchen umzuverteilen, die als verantwortlich ermittelt wurden, falls dies erforderlich ist; fordert die Kommission auf, bis Ende Juli 2026 eine Mitteilung vorzulegen, in der die Mitgliedstaaten über die unabhängige Studie und über die im Rahmen der Richtlinie gebotene Flexibilität informiert werden, mit der die Zugänglichkeit, Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Arzneimitteln gewährleistet werden sollen; fordert die Kommission ferner auf, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Versorgungssicherheit bei Arzneimitteln und die Krisenvorsorge zu überwachen und unbeabsichtigte Folgen für die Versorgung mit Arzneimitteln, wie sie sich etwa aus den Bestimmungen bezüglich der erweiterten Herstellerverantwortung ergeben, zu verhindern; ist der Ansicht, dass die Kommission rasch Schutzmaßnahmen ergreifen sollte, wenn die Ergebnisse der Folgenabschätzung auf ein erhebliches Risiko mit Blick auf die Erschwinglichkeit, Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Arzneimitteln, insbesondere von kritischen Arzneimitteln und Generika, hindeuten, damit die Versorgungssicherheit bei diesen Arzneimitteln gewährleistet wird, wobei solche Schutzmaßnahmen etwa die vorübergehende Aussetzung der mit der erweiterten Herstellerverantwortung verbundenen Verpflichtungen umfassen können;

7. fordert die Kommission auf, bei der Annahme von Durchführungsrechtsakten über den Umfang der Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Viertbehandlung Fortschritte zu erzielen, damit den Mitgliedstaaten, den Abwasserunternehmen und den einschlägigen Interessenträgern Klarheit in Bezug auf die damit einhergehenden Kosten geboten wird;

8. betont, dass die mit der fortschrittlichen Abwasserbehandlung zusammenhängenden Kosten nicht auf die Steuerzahler und Wasserverbraucher abgewälzt werden sollten, sondern auf gerechte und verhältnismäßige Weise von den Branchen getragen werden sollten, die zur Wasserverschmutzung beitragen;

9. fordert eine vorübergehende Aussetzung („Stop the Clock“) der Bestimmungen bezüglich der erweiterten Herstellerverantwortung, der Verpflichtungen bezüglich der Viertbehandlung und der damit verbundenen finanziellen Verpflichtungen, bis die Studie und die Bewertung ihrer Ergebnisse durch die Kommission abgeschlossen worden sind;

10. betont, dass die Verpflichtung der erweiterten Herstellerverantwortung gleichermaßen für alle Unternehmen gilt, die in der EU Produkte in Verkehr bringen, unabhängig davon, ob die Produkte innerhalb oder außerhalb der EU hergestellt werden, damit gleiche Wettbewerbsbedingungen sichergestellt und unfaire Wettbewerbsvorteile verhindert werden; fordert die Kommission auf, die Modalitäten der Einhaltung der mit der erweiterten Herstellerverantwortung verbundenen Verpflichtungen durch Hersteller aus Nicht-EU-Ländern zu präzisieren, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern und für gleiche Wettbewerbsbedingungen zu sorgen;

11. betont, dass Arzneimittelengpässe in der EU bereits jetzt eine große und wachsende Herausforderung darstellen; betont, dass die Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionskapazitäten für Arzneimittel in der EU gesichert und die

Widerstandsfähigkeit der Lieferkette gewahrt werden müssen;

12. nimmt den Sonderfall von Generika und des Zugangs zu Behandlungen im Allgemeinen zur Kenntnis; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Auswirkungen der Richtlinie auf die Erschwinglichkeit, Verfügbarkeit und Zugänglichkeit dieser Arzneimittel sorgfältig und kontinuierlich zu überwachen, wie es in der überarbeiteten Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser vorgeschrieben ist, um unbeabsichtigten Störungen oder Preiserhöhungen entgegenzuwirken;

13. weist darauf hin, dass im Rahmen der Richtlinie Flexibilität und die Möglichkeit vorgesehen sind, verhältnismäßige Maßnahmen anzuwenden, damit die Erschwinglichkeit, Verfügbarkeit oder Zugänglichkeit von Arzneimitteln durch die mit der erweiterten Herstellerverantwortung verbundenen Verpflichtungen nicht beeinträchtigt werden; fordert die Mitgliedstaaten auf, bei der Gestaltung und Umsetzung der nationalen Systeme der erweiterten Herstellerverantwortung hinreichend begründete und auf Fakten beruhende Bedenken im Zusammenhang mit unbeabsichtigten Auswirkungen der Richtlinie sorgfältig zu bewerten und anzugehen, wobei Generika besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; weist auf die Verpflichtung der Kommission hin, die Auswirkungen auf die Erschwinglichkeit, Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Arzneimitteln zu überwachen, darüber Bericht zu erstatten und bis Ende 2033 und erneut bis Ende 2040 eine umfassende Bewertung vorzulegen;

14. stellt fest, dass es aufgrund der Komplexität der Änderungen an Formulierungen von Arzneimitteln, die umfangreiche Forschungsarbeiten oder neue Zulassungen für das Inverkehrbringen erfordern können, insbesondere für Generika, schwierig ist, den Anreiz in der Praxis wahrzunehmen;

15. weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Kommission regelmäßig bewerten muss, ob weitere Produkte und Branchen, die einen erheblichen Einfluss auf die Giftstoffbelastung im Abwasser haben, in das System der erweiterten Herstellerverantwortung einbezogen werden sollten, damit sichergestellt wird, dass die damit verbundenen Kosten gerecht verteilt und nicht den Bürgern und Wasserverbrauchern aufgebürdet werden;

16. unterstützt Forschung und Innovation in den Bereichen ökologisch nachhaltige Arzneimittel und fortschrittliche Abwasserbehandlungstechnologien;

17. weist darauf hin, dass der Schutz der Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt im Einklang mit dem Konzept „Eine Gesundheit“ untrennbar verbunden und verflochten ist; betont, dass der Zugang zu Arzneimitteln und der Umweltschutz gleichzeitig angestrebt werden müssen, ohne dass einer dieser Aspekte als Vorwand dafür genutzt werden kann, die Zielsetzungen in Verbindung mit dem jeweils anderen Aspekt zu beeinträchtigen;

18. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0229

Politische Unterdrückung und humanitäre Lage in Kuba

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. Juni 2026 zur politischen Unterdrückung und humanitären Lage in Kuba (2026/2735(RSP))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zur Lage in Kuba, insbesondere die Entschließung vom 19. September 2024 zu dem Fall José Daniel Ferrer García in Kuba[1], die Entschließung vom 29. Februar 2024 zur kritischen Lage in Kuba[2] und die Entschließung vom 12. Juli 2023 zur Lage des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit EU-Kuba vor dem Hintergrund des jüngsten Besuchs der Insel durch den Hohen Vertreter[3],

– unter Hinweis auf das Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Kuba andererseits[4], das im Dezember 2016 unterzeichnet wurde und seit dem 1. November 2017 vorläufig angewandt wird, und insbesondere auf die Menschenrechtsklausel nach Artikel 1 Absatz 5 sowie die Aussetzungsklausel nach Artikel 85 Absatz 3 Buchstabe b,

– unter Hinweis auf die Zustimmung des Parlaments zum Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit vom 5. Juli 2017, die an eine spürbare Verbesserung der Lage der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Kuba geknüpft war,

– unter Hinweis auf die globale Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte (Magnitski-Rechtsakt der EU),

– unter Hinweis auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte sowie den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe und das Übereinkommen über die Rechte des Kindes, denen Kuba allesamt als Vertragspartei angehört,

---

1 ABl. C, C/2024/7213, 10.12.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/7213/oj.
2 ABl. C, C/2024/6748, 26.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/6748/oj.
3 ABl. C, C/2024/4001, 17.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/4001/oj.
4 ABl. L 337I vom 13.12.2016, S. 3, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_internation/2016/2232/oj.

– unter Hinweis auf die Berichte der nichtstaatlichen Organisation „Prisoners Defenders“, insbesondere den am 11. Juni 2026 veröffentlichten Monatsbericht für Mai 2026, in dem es um Folter, strukturelle Verstöße gegen ordnungsgemäße Verfahren, Verurteilungen wegen „Gefährdung der Gesellschaft im Vorfeld von Straftaten“, digitale Überwachung und Unterernährung in kubanischen Gefängnissen geht,

– unter Hinweis auf die gemeinsame Anhörung seines Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und seines Unterausschusses für Menschenrechte zur Lage in Kuba, die am 5. Mai 2026 stattfand, sowie auf die Aussagen des Berichterstatters für Kuba der Interamerikanischen Menschenrechtskommission, Stuardo Ralón Orellana, und des kubanischen Oppositionsführers und ehemaligen politischen Gefangenen José Daniel Ferrer,

– unter Hinweis auf die Reden der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Kaja Kallas, im Plenum des Parlaments, insbesondere die Reden vom 6. Mai 2025 und vom 19. Mai 2026, sowie die Menschenrechtsdialoge zwischen der EU und Kuba,

– unter Hinweis auf die Erklärungen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission zu Kuba vom 25. März 2026,

– unter Hinweis auf das Abkommen über die Befreiung Kubas (Befreiungsabkommen), das am 2. März 2026 in Miami von den kubanischen Oppositionsbündnissen „Pasos de Cambio“ (Schritte des Wandels) und „Asamblea de la Resistencia Cubana“ (Versammlung des kubanischen Widerstands) unterzeichnet wurde,

– unter Hinweis auf den Bericht der Interamerikanischen Menschenrechtskommission vom 12. Juni 2023 über den Fall der Menschenrechtsverteidiger Oswaldo Payá und Harold Cepero in Kuba,

– unter Hinweis auf die am 20. Mai 2026 beim US-Bezirksgericht für den südlichen Gerichtsbezirk des Staates Florida veröffentliche Anklageschrift gegen Raúl Castro und fünf weitere Funktionäre im Zusammenhang mit dem Abschuss von zwei Zivilflugzeugen der Organisation „Brothers to the Rescue“ im Jahr 1996,

– gestützt auf Artikel 136 Absätze 2 und 4 seiner Geschäftsordnung,

A. in der Erwägung, dass mehr als fünf Jahrzehnte politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen des kommunistischen Regimes Kubas das Land in eine tiefe Krise gestürzt haben, die von Stromausfällen von bis zu 22 Stunden pro Tag, akuten Engpässen bei Nahrungsmitteln, Wasser, Kraftstoffen und Arzneimitteln sowie weit verbreiteter Armut geprägt ist, und das unter einem verfassungsrechtlich verankerten Einparteiensystem, das seit mehr als 67 Jahren besteht und in dem es die einzige zulässige politische Kraft ist; in der Erwägung, dass dieser Zusammenbruch eines politischen und wirtschaftlichen Modells, das auf Unbeweglichkeit, Unterdrückung und Widerstand gegen Veränderungen beruht und durch das Fehlen freier, fairer und von Wettbewerb geprägter Wahlen und das Verbot des politischen Pluralismus noch verschärft wird, dazu führt, dass Kuba zunehmend die Kriterien eines gescheiterten Staates erfüllt und eine antidemokratische Anomalie in seiner Region darstellt;

B. in der Erwägung, dass nach Angaben der nichtstaatlichen Organisation „Prisoners

Defenders“ Ende Mai 2026 in Kuba eine Rekordzahl von 1 281 politischen Gefangenen inhaftiert war, darunter Minderjährige – von denen einige zusammen mit Erwachsenen in Hochsicherheitsgefängnissen festgehalten wurden –, wobei sich viele Häftlinge in einem sehr schlechten Gesundheitszustand befanden, darunter Sportler, Künstler, unabhängige Journalisten und friedliche Aktivisten; in der Erwägung, dass die Organisation systematische Folter, sexuelle Gewalt und Morddrohungen gegen Häftlinge dokumentiert und in einer statistisch repräsentativen Studie festgestellt hat, dass jeder untersuchte politische Gefangene, einschließlich Minderjähriger, Folter erlitten hat und ihm medizinische Versorgung verweigert worden war, und zwar vor dem Hintergrund wiederkehrender Muster willkürlicher Inhaftierung und Isolationshaft, erzwungener vorübergehender Verschleppung sowie Schikanierung der Familien; in der Erwägung, dass der Fall des gewaltlosen politischen Gefangenen José Daniel Ferrer, des Gründers der Patriotischen Union Kubas, dessen Freilassung das Parlament wiederholt gefordert hat, bezeichnend für die Vorgehensweise des Regimes ist und im Oktober 2025 zu seinem erzwungenen Exil führte;

C. in der Erwägung, dass gewöhnliche Kubanerinnen und Kubaner in ihrem Alltag Krankenhäuser vorfinden, die nicht in der Lage sind, einen normalen Betrieb zu gewährleisten, in denen es an grundlegenden Medikamenten mangelt und in denen Patienten ihre eigenen Vorräte mitbringen müssen, dass es zudem chronische Versorgungsengpässe bei Lebensmitteln, Wasser und unverzichtbaren Gütern gibt, die ausschließlich in Devisenläden erhältlich sind, die für Menschen mit normalen staatlichen Löhnen unerschwinglich sind; in der Erwägung, dass nach Angaben der kubanischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte 89 % der Familien in extremer Armut leben und sieben von zehn Kubanerinnen und Kubanern Mahlzeiten auslassen müssen, während die Vereinten Nationen einen Rückstand von mehr als 96 000 ausstehenden Operationen melden, darunter 11 000 für Kinder, und dass etwa eine Million Menschen auf den Transport von Wasser angewiesen sind, der durch Dieselmangel eingeschränkt ist;

D. in der Erwägung, dass die EU im April 2026 zusätzlich zu den 4 Mio. EUR, die in diesem Jahr bereits für den karibischen Raum bereitgestellt wurden, weitere 2 Mio. EUR an humanitärer Hilfe freigegeben hat, um humanitäre Partner zu unterstützen, die Soforthilfe für die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen leisten; in der Erwägung, dass der aktualisierte Aktionsplan der Vereinten Nationen für Kuba, mit dem etwa zwei Millionen Menschen geholfen werden soll, nach wie vor stark unterfinanziert ist, da die Vereinten Nationen 26,2 Mio. USD mobilisiert haben und ein Fehlbetrag von 68 Mio. USD verbleibt;

E. in der Erwägung, dass die kumulierte Inflationsrate der letzten vier Jahre in Kuba bei über 500 % liegt und die Gehälter im öffentlichen Dienst nach dem Schwarzmarktkurs – dem einzigen realistischen Wechselkurs auf der Insel – zwischen 15 und 25 US-Dollar pro Monat liegen; in der Erwägung, dass das Regime das Land von importiertem Brennstoff abhängig gemacht hat und dass sich die Energiekrise verschärft hat, da seine traditionellen Lieferanten Russland und Venezuela ihre Lieferungen eingeschränkt haben, was im Oktober 2024 zum vollständigen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes für mehrere Tage geführt hat, sodass 11 Millionen Menschen ohne Strom waren;

F. in der Erwägung, dass Kuba heute mehr als 70 % der im Land konsumierten Lebensmittel einführt – und das in einem fruchtbaren tropischen Land, das einst einer

der größten Zuckererzeuger der Welt war –, ein Zusammenbruch, der die unmittelbare Folge jahrzehntelanger kollektivierter, staatlich kontrollierter und militarisierter Landwirtschaft sowie eines unproduktiven Wirtschaftsmodells ist;

G. in der Erwägung, dass die humanitäre Notlage nicht das Ergebnis eines externen Embargos ist, sondern unmittelbar auf das vom Regime verfolgte Staatsmodell und seine Versäumnisse zurückzuführen ist, das auf der Militarisierung und staatlichen Monopolisierung der Wirtschaft, der Unterdrückung privater Unternehmen und der Umleitung von Ressourcen in den Sicherheitsapparat statt in die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Medikamenten und Strom beruht; in der Erwägung, dass dieses Modell durch den korrupten Militärkonzern GAESA (Grupo de Administración Empresarial de las Fuerzas Armadas – Gruppe für Unternehmensmanagement der Streitkräfte) verkörpert wird, der fast die Hälfte der Wirtschaft der Insel kontrolliert, niemandem gegenüber Rechenschaft ablegt und die Hartwährungseinnahmen des Regimes abschöpft – auch aus medizinischen Einsätzen, die die Vereinten Nationen mit Zwangsarbeit gleichgestellt haben –, während die Krankenhäuser nicht einmal über die grundlegendsten Versorgungsgüter verfügen; in der Erwägung, dass diese Krise nicht losgelöst von jahrzehntelanger staatlicher Unterdrückung betrachtet werden kann und eine weitere Instabilität noch schwerwiegendere humanitäre, migrationsbezogene und sicherheitspolitische Folgen nach sich ziehen könnte;

H. in der Erwägung, dass die Beziehungen zwischen der EU und Kuba durch das Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit geregelt werden, dessen erklärtes Ziel darin bestand, dass sich das Regime schrittweise öffnet und die Lage seiner Bevölkerung verbessert; in der Erwägung, dass das Regime fast neun Jahre, nachdem das Parlament dem Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit zugestimmt hat, keinerlei nennenswerte Öffnung vorgenommen, sondern stattdessen die Unterdrückung verstärkt, Dissidenten verfolgt und die Zahl der politischen Gefangenen erhöht hat, während sich die wirtschaftliche Lage in unzumutbarem Maße verschlechtert hat; in der Erwägung, dass das Abkommen in seinem Kernzweck gescheitert ist und die VP/HR eingeräumt hat, dass die Ziele des Abkommens nicht erreicht wurden, und dass es derzeit überprüft wird;

I. in der Erwägung, dass die Ablehnung des Regimes sowohl auf der Insel als auch darüber hinaus weitverbreitet ist, was durch immer wiederkehrende Demonstrationen und Proteste mit „Topfklopfen“ (*cacerolazo*) und den größten Exodus in der Geschichte Kubas belegt wird, im Rahmen dessen Hunderttausende auf der Suche nach einer besseren Zukunft das Land verlassen haben, während vielen, die geflohen sind oder vertrieben wurden, die Rückkehr verwehrt bleibt und sie im Exil leben müssen; in der Erwägung, dass die einzige Reaktion des Regimes auf Forderungen nach Veränderungen darin besteht, sich entschlossen an die Macht zu klammern und Repressionen zu verstärken;

J. in der Erwägung, dass brutale und unerbittliche Unterdrückung das einzige Mittel ist, mit dem das Regime am Leben erhalten wird; in der Erwägung, dass im Juli 2021 Tausende spontan in mehr als fünfzig Ortschaften auf die Straße gegangen sind und laut „Freiheit!“ skandiert haben – die größte Protestwelle seit 1994, die jedoch von Polizisten in Zivil, paramilitärischen Gruppen und den Komitees zur Verteidigung der Revolution niedergeschlagen wurde; in der Erwägung, dass Hunderte willkürlich festgenommen und mehr als 700 Menschen in Massen-Schnellverfahren vor Gericht

gestellt wurden – die das Parlament als „gerichtliche Farce“ scharf kritisierte – und die wegen friedlicher Proteste zu Haftstrafen von bis zu 25 Jahren verurteilt wurden, was möglicherweise Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleichkommt; in der Erwägung, dass die Botschaft bewusst abschreckend war: wer protestiert, riskiert seine Arbeit, seine Freiheit, seine Familie und sein Leben;

K. in der Erwägung, dass das Regime Delegationen des Europäischen Parlaments, Sonderberichterstattern der Vereinten Nationen und unabhängigen Beobachtern beständig die Einreise verweigert und darauf beharrt, die demokratische Opposition und die unabhängige Zivilgesellschaft von jeglichem politischen Dialog auszuschließen;

L. in der Erwägung, dass in den letzten Monaten Gespräche zwischen dem Regime und der US-Regierung stattgefunden haben, deren Inhalt nach wie vor nicht bekannt ist, und dass das Regime die Verhandlungen mit Washington bestätigt hat; in der Erwägung, dass die USA gezielte Sanktionen gegen hochrangige Vertreter des Regimes und die Institutionen seines Sicherheits- und Militärapparats verhängt und dies mit der Unterdrückung der kubanischen Bevölkerung im Land und feindseligen Aktivitäten im Ausland begründet haben; in der Erwägung, dass jeder Prozess einer Normalisierung der Beziehungen nicht auf Kosten der Menschenrechte gehen oder das Regime von seiner Verantwortung entbinden darf;

M. in der Erwägung, dass das Regime eine enge militärische Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation unterhält, wobei Berichten zufolge Tausende kubanische Staatsangehörige rekrutiert wurden, um im Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zu kämpfen, was mit dem Geist des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit unvereinbar ist und den Sicherheitsinteressen der EU zuwiderläuft; in der Erwägung, dass Ende März 2026 ein in russischem Besitz befindlicher Tanker, der schätzungsweise 730 000 Barrel Rohöl beförderte, an der Nordküste Kubas anlegen durfte;

N. in der Erwägung, dass am 2. März 2026 mehr als 50 kubanische Oppositionsgruppen und zivilgesellschaftliche Organisationen von der Insel und im Exil einen Fahrplan für einen Übergang zur Demokratie vorgelegt haben, der als „Acuerdo de Liberación“ (Befreiungsabkommen) bezeichnet wird und drei Phasen vorsieht – Befreiung, Stabilisierung und Wiederaufbau sowie Demokratisierung –, die in freien, fairen Mehrparteienwahlen unter Aufsicht der internationalen Gemeinschaft münden sollen; in der Erwägung, dass ein Übergang unter kubanischer Führung erfolgen und alle Kubanerinnen und Kubaner auf der Insel und in der Diaspora einbeziehen muss;

1. verurteilt aufs Schärfste die systematische Unterdrückung durch das kubanische Regime – insbesondere Folter, sexuelle Gewalt, Todesdrohungen, erzwungene Unterernährung, Massenüberwachung, Zwangsarbeit und gerichtliche Verfolgung von politischen Gefangenen, Demonstranten, Dissidenten, Studenten, religiösen Führern und Menschenrechtsverteidigern – sowie die Inhaftierung von Kindern; bekundet seine uneingeschränkte Solidarität mit dem kubanischen Volk und allen, die wegen der Verteidigung ihrer Grundrechte verfolgt werden, einschließlich der Anführer der historischen und aufstrebenden demokratischen Opposition und unabhängiger Bürgerbewegungen;

2. fordert die sofortige und bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen und aller Personen, die wegen der Ausübung ihrer Grundrechte willkürlich inhaftiert

wurden, einschließlich Minderjähriger, ein Ende der Folter und Misshandlung, den sofortigen Zugang zu freien und fairen Gerichtsverfahren und zu medizinischer Versorgung für Personen, die schwer krank sind, sowie die vollständige Wiedergutmachung für die Opfer von Folter; fordert, dass das Regime dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, den Sonderberichterstattern und -verfahren der Vereinten Nationen, einer Delegation des Europäischen Parlaments sowie unabhängigen Beobachtern ungehinderten Zugang zu allen Haftanstalten gewährt, und beklagt, dass es sich bislang wiederholt geweigert hat, dies zu tun;

3. vertritt die Auffassung, dass der einzige Ausweg aus Not, Armut und Isolation, unter denen das kubanische Volk leidet, in tiefgreifenden wirtschaftlichen und politischen Veränderungen liegt, die rasch zu einem Übergang zu einer uneingeschränkten Mehrparteiendemokratie führen, in der Dissidenten nicht verfolgt, inhaftiert, gefoltert oder ermordet werden und in der die Grundrechte und Freiheiten durch einen inklusiven nationalen Dialog im Hinblick auf diesen Übergang ohne Einschränkungen geachtet werden;

4. fordert das kubanische Regime nachdrücklich auf, nachhaltige und sinnvolle Wirtschaftsreformen auf den Weg zu bringen, mit denen für Rechtssicherheit gesorgt wird und unabhängige Wirtschaftsakteure, private Initiativen, Investitionen und Freiheiten unterstützt werden, da dies wesentliche Maßnahmen zur Verhinderung eines Zusammenbruchs sind;

5. fordert die kubanischen Staatsorgane auf, die Menschenrechte zu schützen und das Recht auf friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung ohne Diskriminierung aufgrund politischer Ansichten zu gewährleisten; verurteilt aufs Schärfste alle Verletzungen der bürgerlichen und politischen Rechte und Freiheiten, darunter willkürliche Inhaftierungen, Misshandlungen, Folter, Einschränkungen der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit sowie des Rechtes, sich friedlich zu versammeln, Schikanen gegen unabhängige Journalisten, Menschenrechtsverteidiger und Akteure der Zivilgesellschaft sowie die unverhältnismäßige Anwendung strafrechtlicher Sanktionen gegen friedliche Demonstranten;

6. bekräftigt seine bisherigen Standpunkte zur Aktivierung der Aussetzungsklausel des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit und fordert die VP/HR und die Mitgliedstaaten auf, klarzustellen, dass, sofern keine klaren, konkreten und bedeutenden Schritte zur Einführung solcher Änderungen unternommen werden – einschließlich eines klaren Vorschlags für einen Fahrplan für den Übergang zur Demokratie in Kuba, der sofortigen und bedingungslosen Freilassung der fast 1 300 politischen Gefangenen und der Erlaubnis für Kubanerinnen und Kubaner, die gezwungen waren, den schmerzhaften Weg des Exils einzuschlagen, ohne Repressalien zurückzukehren –, die EU unverzüglich das Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit, gegen das das kubanische Regime systematisch verstoßen hat, aussetzen sollte;

7. fordert gezielte Maßnahmen im Rahmen des Magnitski-Rechtsakts der EU gegen diejenigen, die für Repressionen verantwortlich sind, angefangen bei den höchsten Amtsträgern des Regimes, einschließlich Miguel Díaz-Canel und der obersten Befehlskette des Sicherheits-, Justiz- und Strafvollzugsapparats, und gegen die Führung der GAESA;

8. fordert das Regime auf, die Vorverurteilungsmechanismen, die es dem Staat ermöglichen, Bürgerinnen und Bürger zum Schweigen zu bringen und willkürlich zu inhaftieren, in all ihren Formen abzuschaffen und alle Menschen freizulassen, die im Rahmen dieser Mechanismen verurteilt wurden, ohne dass sie eine Straftat begangen hätten;

9. fordert eine unabhängige internationale Untersuchung der Haftbedingungen, des Systems der Unterernährung von Häftlingen und der Todesfälle in der Haft;

10. verurteilt die materielle Unterstützung, die das Regime für den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine bereitstellt, einschließlich der Rekrutierung kubanischer Staatsangehöriger für den Kampf gegen die Ukraine, sowie die Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit mit Moskau und besteht darauf, dass dies als zentraler Aspekt bei der Überprüfung der Beziehungen der EU zu Kuba berücksichtigt wird; verurteilt gleichermaßen die Annäherung des Regimes an das Lukaschenko-Regime in Belarus, einschließlich der engen militärischen und sicherheitspolitischen Beziehungen, die die europäische Sicherheit untergraben;

11. besteht darauf, dass sich die unabhängige Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition ohne Repressalien an jedem Dialog im Rahmen des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit beteiligen – deren Einbeziehung das Abkommen selbst vorsieht –, und dass sich die EU in keiner Weise an Menschenrechtsverletzungen auf der Insel beteiligt, einschließlich der medizinischen Einsätze, bei denen Zwangsarbeit zum Einsatz kommt, und fordert das Regime auf, diese in all seinen Formen zu beenden;

12. bringt seine tiefgehenden und dringenden Bedenken darüber zum Ausdruck, dass sich die Lebensbedingungen in Kuba dramatisch verschlechtert haben und der fehlende Zugang zu Kraftstoffen, Arzneimitteln, Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern und öffentlichen Dienstleistungen immer stärkere humanitäre Auswirkungen nach sich zieht, von denen insbesondere schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen betroffen sind; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, humanitäre Kanäle zu schaffen, über die die kubanische Bevölkerung und unabhängige Unternehmen am Staat vorbei direkt mit Energie, Nahrungsmitteln und Medikamenten versorgt werden, und fordert alle Geber auf, die humanitäre Hilfe aufzustocken, die weiterhin geschützt und frei von staatlicher Einflussnahme sein muss und niemals der Finanzierung des Regimes dienen darf;

13. ist bereit, Kuba zusammen mit der internationalen Gemeinschaft durch von der Regierung unabhängige Kanäle substanzielle Unterstützung zukommen zu lassen, während das Land einen plausiblen Übergang zur Demokratie einleitet, damit die Insel florieren und das Wohlergehen ihrer Bürgerinnen und Bürger sicherstellen kann; fordert die VP/HR und die Mitgliedstaaten auf, diese Fälle in allen einschlägigen Foren konsequent zur Sprache zu bringen und die Rechenschaftspflicht und einen friedlichen, von den Bürgerinnen und Bürgern geführten Übergang zu unterstützen;

14. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, dem turnusmäßig wechselnden Vorsitz im Rat, der Vizepräsidentin der Kommission / Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, der EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten, der Organisation Amerikanischer Staaten, den Vereinten Nationen, der Parlamentarischen

Versammlung Europa-Lateinamerika, der Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten sowie dem kubanischen Regime zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0230

Rekrutierung von Kindern durch die organisierte Kriminalität

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. Juni 2026 zu der Rekrutierung von Kindern durch die organisierte Kriminalität (2026/2725(RSP))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes,

– unter Hinweis auf die Resolution 79/188 der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Prävention und Bekämpfung der von organisierten kriminellen Gruppen und terroristischen Vereinigungen ausgehenden Gewalt gegen Kinder im Bereich der Kriminalprävention und der Strafjustiz,

– unter Hinweis auf die Resolution 2024/12 des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen zum Umgang mit Kindern, die mit terroristischen Gruppen in Verbindung stehen, darunter auch Kinder, die von diesen Gruppen rekrutiert und ausgebeutet werden,

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 1. April 2025 mit dem Titel „ProtectEU – eine Europäische Strategie für die innere Sicherheit“ (COM(2025)0148) für den Zeitraum 2025 bis 2030,

– unter Hinweis auf den Bericht von Europol mit dem Titel „EU Serious and Organised Crime Threat Assessment (EU-SOCTA) 2025“ (Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der schweren und organisierten Kriminalität in der EU (EU-SOCTA) für 2025),

– unter Hinweis auf den bevorstehenden EU-Aktionsplan zum Schutz von Kindern vor Kriminalität,

– unter Hinweis auf das Projekt „STRIVE Juvenile“ der EU und des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und seine Bewertungsergebnisse,

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste)[1], insbesondere ihre

[1] ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj.

Bestimmungen über den Schutz Minderjähriger im Internet, die Bewertung und Minderung systemischer Risiken im Zusammenhang mit illegalen Inhalten und schädlichem Online-Verhalten, Empfehlungssysteme und die Verantwortlichkeiten sehr großer Online-Plattformen und Suchmaschinen,

– unter Hinweis auf die Leitlinien der Kommission im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste zum Schutz Minderjähriger vom 14. Juli 2025[2],

– unter Hinweis auf die nachrichtendienstliche Mitteilung von Europol vom 12. November 2024 mit dem Titel „The recruitment of young perpetrators for criminal networks“ (Rekrutierung junger Täter für kriminelle Netze),

– unter Hinweis auf das Arbeitspapier des Global Office of Research and Foresight von UNICEF Innocenti vom September 2024 mit dem Titel „Children’s Involvement in Organized Violence: Emerging trends and knowledge gaps“ (Die Verwicklung von Kindern in organisierte Gewalt: sich abzeichnende Tendenzen und Wissenslücken),

– unter Hinweis auf die EU-Kinderrechtsstrategie und die Europäische Drogenstrategie,

– unter Hinweis auf die Anhörung seines Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres vom 4. Juni 2025 zu dem Thema „Radicalisation online, with a focus on the recruitment of children for organised crime and terrorism“ (Radikalisierung im Internet mit Schwerpunkt auf der Anwerbung von Kindern für organisierte Kriminalität und Terrorismus),

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 20. Januar 2026 zu den dringend erforderlichen ambitionierten Maßnahmen Europas zur Bekämpfung des Drogenhandels angesichts der Ermordung von Mehdi Kessaci[3],

– unter Hinweis auf die Richtlinie (EU) 2016/800 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über Verfahrensgarantien in Strafverfahren für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind[4],

– gestützt auf Artikel 136 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,

A. in der Erwägung, dass organisierte kriminelle und terroristische Gruppen im Rahmen ihrer operativen Strategien zunehmend Kinder rekrutieren und ausbeuten, unter anderem um erwachsene Täter vor der Aufdeckung und Verfolgung zu schützen und um illegale Aktivitäten auszuweiten;

B. in der Erwägung, dass der nachrichtendienstlichen Mitteilung von Europol vom November 2024 zufolge Minderjährige, die von kriminellen Netzen rekrutiert werden, in der Regel keinen direkten Kontakt zu den höheren Ebenen der Organisationen haben und über kriminelle Diensteanbieter mobilisiert werden; in der Erwägung, dass diese Minderjährigen aufgrund ihrer begrenzten Kenntnisse über die Struktur der Netze und des häufigen Fehlens von Vorstrafen als risikoarme Handlanger gelten, von denen im Falle einer Festnahme kaum zu erwarten ist, dass sie den Strafverfolgungsbehörden nützliche Informationen liefern;

---

2 ABl. C, C/2025/5519, 10.10.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/5519/oj.
3 Angenommene Texte, P10_TA(2026)0007.
4 ABl. L 132 vom 21.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2016/800/oj.

C. in der Erwägung, dass die Rekrutierung und Ausbeutung von Kindern durch organisierte kriminelle und terroristische Gruppen gegen die Grundrechte von Kindern, einschließlich ihrer Würde, verstoßen und schwerwiegende Folgen für ihre Sicherheit und Zukunft haben; in der Erwägung, dass die Anfälligkeit von Kindern für die Rekrutierung durch kriminelle Organisationen auf ein Zusammenspiel verschiedener, sich überschneidender Risikofaktoren zurückzuführen ist, darunter ein fehlendes Zugehörigkeitsgefühl, negative Kindheitserfahrungen und psychische Probleme, die gezielt ausgenutzt werden; in der Erwägung, dass eine wirksame Prävention ganzheitliche Maßnahmen erfordert, mit denen diese Faktoren angegangen werden;

D. in der Erwägung, dass sich die Rekrutierung von Kindern von einer in erster Linie humanitären Problematik zu einem systemischen Wegbereiter der organisierten Kriminalität entwickelt hat und in die Vorgehensweise krimineller Netze fest eingebunden wurde und dass sie Frieden, Sicherheit und Entwicklung behindert; in der Erwägung, dass kriminelle Gruppen, die Kinder rekrutieren, die Sicherheit der EU gefährden, der Kriminalität Vorschub leisten und generationenübergreifende Zyklen von Gewalt und Unsicherheit aufrechterhalten;

E. in der Erwägung, dass diese Praktiken durch bestimmte technologische Entwicklungen begünstigt werden, die kriminelles Verhalten unter Kindern normalisieren und fördern können;

F. in der Erwägung, dass in der Bestandsaufnahme 2024 von Europol 821 kriminelle Netze mit hohem Risiko ermittelt wurden, die in der EU aktiv sind und jährliche Einnahmen in Höhe von schätzungsweise 92-188 Mrd. EUR generieren, was etwa 0,7-1,4 % des BIP der EU entspricht[5]; in der Erwägung, dass an mehr als 70 % der illegalen Marktaktivitäten, darunter Drogenhandel, Erpressung, Online-Betrug, Geldwäsche, illegaler Handel mit Feuerwaffen und Gewalt als angebotene Dienstleistung, Minderjährige beteiligt sind, wobei kriminelle Netze Kinder im Alter von gerade einmal 12 Jahren für Zwecke wie Straßenhandel, Bargeldkurierdienste und die Extraktion von Drogen aus Schiffscontainern einsetzen;

G. in der Erwägung, dass kriminelle Organisationen systematisch Kinder in besonders prekären Verhältnissen ins Visier nehmen, vor allem solche, die von sozioökonomischer Ausgrenzung, Schulabbruch und dem Zerfall der Familie betroffen sind, bzw. Kinder mit Migrationshintergrund, und dabei deren finanzielle Unsicherheit, gesellschaftliche Ausgrenzung und mangelndes Risikobewusstsein ausnutzen;

H. in der Erwägung, dass Mädchen und junge Frauen zunehmend in die organisierte Kriminalität verwickelt sind, wenngleich sie vom Strafjustizwesen selten beachtet werden, und dass 22 % der in West- und Südeuropa erfassten Opfer von Menschenhandel zu kriminellen Aktivitäten gezwungen werden, allen voran zum Drogenhandel;

I. in der Erwägung, dass der illegale Handel mit Feuerwaffen und die illegale Verwendung von Pyrotechnik zu einer Verlagerung von geringfügigen Verstößen hin zu schwereren und von mehr Gewalt gekennzeichneten Straftaten unter Beteiligung von

---

5 Europol-Bericht vom 4. April 2024 mit dem Titel „Decoding the EU's most threatening criminal networks“ (Entschlüsseln der gefährlichsten kriminellen Netze der EU), aktualisiert im Mai 2026.

Minderjährigen, darunter Erpressungen und Morde, beitragen; in der Erwägung, dass kriminelle Anwerber Minderjährigen unter Umständen erhebliche finanzielle Anreize bieten, die von einigen Tausend Euro bis zu 20 000 EUR für Auftragsmorde reichen;

J. in der Erwägung, Einschüchterung und Nötigung im Zusammenhang mit Drogen häufig die Hauptwege sind, über die organisierte kriminelle Netze Kinder anwerben und ausbeuten, wozu sie auf Schulden, Grooming und Gewalt setzen; in der Erwägung, dass diese Phänomene aufgrund der länderübergreifenden Reichweite solcher Netze nicht allein durch nationale Maßnahmen adäquat bekämpft werden können;

K. in der Erwägung, dass die expandierenden Drogenmärkte dazu geführt haben, dass Minderjährige in alarmierendem Ausmaß in diese Aktivitäten verwickelt sind, was sich in der stark gestiegenen Nutzung wichtiger logistischer Knotenpunkte, darunter auch Häfen, zeigt; in der Erwägung, dass die uneinheitliche Auslegung des Begriffs der organisierten Kriminalität in den Mitgliedstaaten der EU die Datenerhebung und die Vergleichbarkeit der Daten erschwert, und in der Erwägung, dass Daten über Minderjährige in der organisierten Kriminalität nur spärlich vorhanden, oft unzuverlässig und aufgrund unterschiedlicher Altersgrenzen für die Strafmündigkeit sowie aufgrund von Dunkelziffern kaum vergleichbar sind;

L. in der Erwägung, dass unzureichende Investitionen in öffentliche Dienstleistungen, was auch Prävention, Bildung und Gesundheitsdienste umfasst, die Hauptursachen für die Rekrutierung von Kindern durch organisierte kriminelle Gruppen sind;

M. in der Erwägung, dass eine unsystematische Reaktion der Institutionen und eine unzureichende Koordinierung der Systeme zum Schutz von Kindern, der Justizbehörden, der Sicherheitsbehörden und der Aufsichtsbehörden für den digitalen Bereich Lücken entstehen lassen, die kriminelle Gruppen ausnutzen; in der Erwägung, dass das Parlament in seiner Entschließung zur Ermordung von Mehdi Kessaci in Marseille die systematische Rekrutierung junger Menschen durch kriminelle Banden verurteilt und verstärkte Prävention, Schutz und Strafverfolgung gefordert hat, einschließlich spezialisierter Unterstützung für Minderjährige, damit sie der Ausbeutung entkommen und sich wieder in die Gesellschaft integrieren können;

N. in der Erwägung, dass Europol im April 2025 eine operative Taskforce mit der Bezeichnung „GRIMM“ für die Koordinierung mit Technologieunternehmen eingerichtet hat, um Versuche zur Anwerbung von Kindern über soziale Medien und Messaging-Plattformen zu identifizieren, wobei diese Taskforce unter der Leitung von Schweden steht und Polizeikräfte aus Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und Norwegen zusammenbringt;

O. in der Erwägung, dass evidenzbasierte Vorgehensweisen, wie sie im Rahmen des „STRIVE Juvenile“-Projekts der EU und UNODC entwickelt wurden, die Wirksamkeit von Maßnahmen belegen, bei denen Prävention im Vordergrund steht, die bereichsübergreifend ausgelegt sind, Traumata berücksichtigen, geschlechtergerecht gestaltet und kindzentriert sind;

1. verurteilt aufs Schärfste die Rekrutierung und Ausbeutung von Kindern durch organisierte kriminelle und terroristische Gruppen in allen Formen, sowohl im Internet als auch in der realen Welt;

2. stellt fest, dass die Rekrutierung von Kindern eine schwere Straftat gegen Kinder und eine schwere Menschenrechtsverletzung darstellt; betont, dass es sich hierbei um eine sich wandelnde Bedrohung der inneren und äußeren Sicherheit der Europäischen Union handelt, die eine umfassende Reaktion erfordert, deren Schwerpunkt auf Schutz, frühzeitiger Prävention, Zugang zu Rechten und der Aufrechterhaltung des Schulbesuchs und der Ausbildung liegt und die die Systeme der inneren Sicherheit, die Justiz, das Sozial- und Bildungswesens sowie Strategien und Maßnahmen miteinander verbindet, um das schützende Umfeld für Kinder im Internet und im realen Leben zu stärken;

3. weist darauf hin, dass ein Kind in erster Linie ein Kind ist und entsprechend behandelt werden sollte, und fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass das Wohl des Kindes stets von vorrangiger Bedeutung ist;

4. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Prävention von und die Reaktionen auf die Rekrutierung von Kindern durch organisierte kriminelle und terroristische Gruppen ausdrücklich als vorrangigen Bereich im Rahmen des bevorstehenden EU-Aktionsplans zum Schutz von Kindern vor Kriminalität anzuerkennen; fordert, dass dieser Aktionsplan eine spezielle Säule der Prävention mit Frühwarnmechanismen umfasst, an denen Schulen, Sozialdienste und Familien beteiligt sind, sowie ein auf junge Menschen ausgerichtetes Konzept, das auf die Entwicklung von Lebenskompetenzen durch direktes gemeinschaftliches Engagement ausgerichtet ist;

5. fordert die Kommission auf, sich auch in dem anstehenden Gesetzgebungsvorschlag für modernisierte Vorschriften zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität mit der Rekrutierung von Kindern durch organisierte kriminelle Gruppen zu befassen; fordert die Kommission auf, in Erwägung zu ziehen, in diesen Vorschlag spezifische Bestimmungen aufzunehmen, etwa die Einstufung der Rekrutierung von Kindern als erschwerenden Umstand; bekräftigt in diesem Zusammenhang seine Forderung nach der Festlegung einer neuen gemeinsamen Definition des Begriffs „kriminelle Vereinigung“, bei der auch die Anwendung von Gewalt, Korruption und Einschüchterung durch kriminelle Gruppen berücksichtigt wird;

6. fordert die Kommission auf, so bald wie möglich einen Gesetzgebungsvorschlag für die Überarbeitung der EU-Richtlinie zur Pyrotechnik[6] zu veröffentlichen, um die Verwendung von Pyrotechnik als Waffen und auch die Ausbeutung gefährdeter junger Menschen anzugehen; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Zusammenarbeit mit Europol und Eurojust zu intensivieren, insbesondere in Häfen, logistischen Knotenpunkten und städtischen Gebieten mit schutzbedürftigen Gemeinschaften, indem bewährte Verfahren ausgetauscht und Schulungen zur Ermittlung und Meldung verdächtiger Aktivitäten, in die Kinder verwickelt sind, angeboten werden;

7. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Einschüchterung im Zusammenhang mit Drogen als etablierten Rekrutierungsweg in die organisierte Kriminalität anzuerkennen; fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass

---

6 Richtlinie 2013/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung pyrotechnischer Gegenstände auf dem Markt (ABl. L 178 vom 28.6.2013, S. 27, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2013/29/oj).

nationale Strategien zur Bekämpfung der Rekrutierung von Kindern ausdrücklich behördenübergreifende Maßnahmen gegen die Einschüchterung im Zusammenhang mit Drogen vorsehen, wobei sie sich auf neue Verfahrensmodelle stützen sollten, die sich bereits bewährt haben;

8. fordert nachdrücklich die Annahme eines präventiven Konzepts und integrierter Schutzsysteme, die kindzentriert und geschlechtergerecht sind, Traumata berücksichtigen und bereichsübergreifend gestaltet sind, wobei der Schwerpunkt auf der frühzeitigen Erkennung gefährdeter Kinder, gemeindenahen Maßnahmen und der Stärkung von Familien und sozialen Diensten liegen sollte; hebt die positive Rolle von Sport, Bildungsverbänden und Gemeinschaftsorganisationen hervor, wenn es darum geht, ein sicheres, gesundes und inklusives Umfeld zu bieten;

9. ist der Ansicht, dass der ländergreifende Charakter der organisierten Kriminalität dazu führt, dass rein nationale Maßnahmen zum Opferschutz für Kinder und Jugendliche unzureichend sind; fordert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Bereichen Sicherheit, Justiz, Kinderschutz, Bildung und Gesundheit sowie öffentlich-private Partnerschaften, um integrierte und bereichsübergreifende Rahmenbedingungen für den Schutz von Kindern sowohl im realen Leben als auch im Internet sicherzustellen;

10. betont, dass der Aspekt der Online-Rekrutierung von Kindern mittlerweile eine zentrale Stellung in den Vorgehensweisen organisierter krimineller und terroristischer Gruppen einnimmt, wobei diese digitale Dienste systematisch nutzen, um Kinder zu identifizieren, anzusprechen, zu umgarnen, zu manipulieren und unter Druck zu setzen; betont, dass die Online-Rekrutierung von Kindern durch organisierte kriminelle Netze aufgrund der begrenzten Zusammenarbeit seitens der Plattformen eine erhebliche Lücke bei der Strafverfolgung schafft; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die derzeitigen Pflichten der Plattformen Anwendung finden;

11. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, für eine solide, schlüssige und mit den Rechten des Kindes vereinbare Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste im Einklang mit den Leitlinien der Kommission zum Schutz Minderjähriger zu sorgen;

12. fordert die Kommission auf, für die umfassende Durchsetzung der EU-Rechtsvorschriften im Digitalbereich zu sorgen und erforderlichenfalls die Verpflichtungen der Plattformen auszuweiten, Maßnahmen gegen die Ausbeutung und Rekrutierung von Kindern zu ergreifen, sowie den Schutz von Minderjährigen im Internet durch den anstehenden Rechtsakt über digitale Fairness zu stärken, wobei Regelungslücken in Bereichen wie eingebaute Sicherheit, altersgerechte Standardeinstellungen und gezielte kommerzielle Praktiken, die sich an Kinder richten, zu schließen sind und gleichzeitig sicherzustellen ist, dass neue Maßnahmen weiterhin verhältnismäßig, evidenzbasiert und mit dem übergeordneten Rechtsrahmen für den Digitalbereich vereinbar sind;

13. betont die wachsende Bedrohung durch „Verbrechen als Dienstleistung“, einschließlich als Dienstleistung angebotene Gewalt, durch die junge Menschen im Internet rekrutiert werden, um Gewalttaten zu begehen; begrüßt die operative Taskforce GRIMM von Europol und fordert die Mitgliedstaaten, Europol und Eurojust auf, die gemeinsamen Ermittlungen gegen Anwerber, Anstifter und hochrangige Akteure zu verstärken, anstatt die Durchsetzungsmaßnahmen auf die Minderjährigen zu beschränken, die die Straftaten begehen;

14. betont, dass Kinder, die infolge einer Rekrutierung in kriminelle Aktivitäten verwickelt sind entsprechend internationalen Standards behandelt werden müssen; weist darauf hin, dass die Verbindung zu gewalttätigen Gruppen häufig eher auf schleichenden Zwang und Gruppendynamiken zurückzuführen ist als auf ideologische Überzeugung;

15. betont, dass stets die individuellen Umstände des Einzelfalls, einschließlich Nötigung oder Ausbeutung, sowie die Schwere der begangenen Straftat, das Ausmaß der vom Täter ausgehenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit und das geltende EU-Recht und nationale Recht gebührend berücksichtigt werden müssen;

16. fordert, dass die Justizsysteme kinderfreundlich und geschlechtergerecht sind und Traumata berücksichtigen und dass es maßgeschneiderte bereichsübergreifende Wiedereingliederungsprogramme, bei denen erlittenen Traumata Rechnung getragen wird, gibt, einschließlich des Zugangs zu Bildung, psychologischer und psychosozialer Betreuung sowie zu Dienstleistungen für Genesung und Rehabilitation, Schutz vor Vergeltungsmaßnahmen – auch für die Familien –, Wege zu menschenwürdiger Beschäftigung und Maßnahmen zur Verhinderung von Stigmatisierung und erneuter Rekrutierung; weist darauf hin, dass gemäß der Richtlinie (EU) 2016/800 der Freiheitsentzug eines Kindes, insbesondere die Inhaftnahme, nur als letztes Mittel verhängt werden darf und dass die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten nach Möglichkeit auf alternative Maßnahmen zurückgreifen sollten; stellt fest, dass sich die opferorientierte Justiz in einigen Mitgliedstaaten als wirksam erwiesen hat;

17. fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die interoperable, bereichsübergreifende Erhebung von Daten über die Rekrutierung von Kindern für organisierte kriminelle und terroristische Gruppen und deren Austausch, einschließlich aufgeschlüsselter und harmonisierter EU-weiter Daten, zu verbessern, um Tendenzen und Risikofaktoren besser zu verstehen; betont, dass bei der Erhebung, Verarbeitung oder Weitergabe von Daten, die Kinder betreffen, die Datenschutzvorschriften und der Grundsatz der Nichtdiskriminierung uneingeschränkt eingehalten werden müssen;

18. unterstützt die Ausweitung erfolgreicher evidenzbasierter Initiativen wie des „STRIVE Juvenile“-Projekts der EU und UNODC und seines strategischen Nachfolgers, der Initiative „Protecting Futures“ seitens der EU und UNODC, auch in von Fragilität und Konflikten betroffenen Kontexten;

19. fordert eine stärkere internationale Zusammenarbeit mit Partnerländern, um gegen länderübergreifende Rekrutierungsnetze vorzugehen und die Externalisierung krimineller Ausbeutung zu verhindern;

20. betont, dass im Rahmen einer solchen Zusammenarbeit besonderes Augenmerk auf Kinder in Situationen erhöhter Schutzbedürftigkeit, darunter unbegleitete Kinder und Migrantenkinder, gelegt und der Zugang zu sicheren Meldekanälen, Vormundschaft, Rechtsbeistand und rechtebasierten grenzüberschreitenden Verfahren zum Schutz von Kindern sichergestellt werden muss;

21. betont, dass es wichtig ist, gegen die Ursachen vorzugehen, darunter Armut, Ungleichheit, Ausgrenzung, mangelnde Bildung sowie Gewalt und unzureichende Investitionen in öffentliche Dienstleistungen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die finanzielle Unterstützung für Organisationen der Zivilgesellschaft, gemeinschaftsbasierte Initiativen, Sportverbände und

Bildungsprogramme in Bereichen, die am stärksten von der Rekrutierung durch die organisierte Kriminalität betroffen sind, aufzustocken und überzeugende Alternativen zu kriminellen Laufbahnen anzubieten;

22. ist besonders besorgt darüber, dass Mädchen und junge Frauen besonders häufig von organisierten kriminellen Netzen anvisiert und ausgebeutet werden, unter anderem durch Grooming, Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung; betont, dass Mädchen mit besonderen Hürden konfrontiert sehen, wenn es darum geht, sich der kriminellen Nötigung zu entziehen und Zugang zu Justiz, Rehabilitation und Wiedereingliederung zu erhalten, und fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass sämtliche Maßnahmen zur Prävention, zum Schutz und zur Unterstützung geschlechtsspezifisch ausgerichtet sind und konkret der besonderen Gefährdung und den Bedürfnissen von Mädchen Rechnung tragen; weist in diesem Zusammenhang auf die in der Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels[7] festgelegten Verpflichtungen hin;

23. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, im Rahmen der einschlägigen EU-Programme angemessene Mittel bereitzustellen, um die Rekrutierung von Kindern durch organisierte kriminelle und terroristische Gruppen zu verhindern und wirksam darauf zu reagieren, und insbesondere das Netz der Notrufnummer 116 000 für vermisste Kinder als wichtigen behördenübergreifenden Partner bei der Ermittlung gefährdeter Kinder zu unterstützen;

24. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten, Europol und dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung zu übermitteln.

---

7 Richtlinie (EU) 2024/1712 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Änderung der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer (ABl. L, 2024/1712, 24.6.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1712/oj).

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0231

Russlands inakzeptable provokative Handlungen und das inakzeptable Eindringen russischer Drohnen in den Luftraum Rumäniens, Finnlands und der baltischen Staaten

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. Juni 2026 zu Russlands inakzeptablen provokativen Handlungen und dem inakzeptablen provokativen Eindringen russischer Drohnen in den Luftraum Rumäniens, Finnlands und der baltischen Staaten (2026/2772(RSP))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zu Russland und zur Ukraine, insbesondere die Entschließung vom 9. Oktober 2025 zu einer geeinten Reaktion auf die jüngsten Verletzungen des Luftraums und die jüngsten Bedrohungen der kritischen Infrastruktur der EU-Mitgliedstaaten durch Russland[1],

– unter Hinweis auf die Charta der Vereinten Nationen und die Grundsätze des Völkerrechts,

– unter Hinweis auf den Vertrag über die Europäische Union (EUV), insbesondere auf die Artikel 24 Absatz 3, 42 Absatz 7 und 222,

– unter Hinweis auf den Nordatlantikpakt vom 4. April 1949, insbesondere auf die Artikel 4 und 5,

– unter Hinweis auf die Gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 19. März 2025 mit dem Titel „Gemeinsames Weißbuch zur europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030“ (JOIN(2025)0120) und auf seine Entschließung vom 12. März 2025 zu dem Thema[2],

– unter Hinweis auf die Gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 16. Oktober 2025 mit dem Titel „Frieden sichern: Fahrplan für die Verteidigungsbereitschaft 2030“ (JOIN(2025)0027),

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 19. März 2026 zur anhaltenden Unterstützung der Ukraine durch die EU,

1 ABl. C, C/2026/1530, 15.4.2026, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2026/1530/oj.
2 ABl. C, C/2025/3151, 20.6.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3151/oj.

– unter Hinweis auf die Erklärungen von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vom 20. Mai 2026 zu den gegen die baltischen Staaten gerichteten Drohungen Russlands,

– unter Hinweis auf die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik Kaja Kallas vom 29. Mai 2026, in der die rücksichtslose Verletzung des Luftraums der EU durch Russland verurteilt wird,

– gestützt auf Artikel 136 Absätze 2 und 4 seiner Geschäftsordnung,

A. in der Erwägung, dass Russland vor mehr als vier Jahren einen unrechtmäßigen, durch nichts provozierten und ungerechtfertigten groß angelegten Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen hat, nachdem es zuvor bereits im Jahr 2014 die Krim annektiert und Teile des Donezbeckens besetzt hatte, was einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht und die territoriale Unversehrtheit der Ukraine darstellt; in der Erwägung, dass es seit Beginn des groß angelegten Einmarschs Russlands in die Ukraine bereits mehrmals zu Verletzungen des Luftraums der EU und der NATO gekommen ist, die von Russland verursacht wurden, diese Vorfälle jedoch in jüngster Zeit an Häufigkeit und Intensität zugenommen haben;

B. in der Erwägung, dass die Verstärkung der militärischen Präsenz Russlands entlang der Ostflanke der EU weiter andauert und auch das Hoheitsgebiet von Belarus einschließt, das sich an Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine mitschuldig macht, und dass die EU zudem hybriden Angriffen ausgesetzt ist, insbesondere durch die Instrumentalisierung der irregulären Migration, die organisierte Kriminalität, Desinformationskampagnen und den Einsatz von Wetterballons, die eine ernsthafte Sicherheitsbedrohung darstellen, unter anderem durch die ständige Unterbrechung der zivilen Luftfahrt, die Terrorisierung der an Belarus angrenzenden Länder, etwa Lettland, Litauen und Polen, und die Schädigung der lokalen Wirtschaft;

C. in der Erwägung, dass Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Rumänien und andere EU-Mitgliedstaaten von den Destabilisierungsversuchen Russlands in Form des Eindringens von Drohnen und von Verletzungen des Luftraums, Propaganda und Desinformation, elektronischer Kriegsführung, Eingriffen in das globale Satellitennavigationssystem, Cyberangriffen und Sabotage betroffen sind;

D. in der Erwägung, dass am 29. Mai 2026 eine russische Drohne in ein Wohngebäude in Galați (Rumänien) gestürzt und explodiert ist, wodurch zwei Menschen verletzt wurden; in der Erwägung, dass dies der erste Vorfall dieser Art war, der sich im Hoheitsgebiet eines EU- und NATO-Mitgliedstaats ereignete und zu Verletzungen führte, die medizinisch behandelt werden mussten; in der Erwägung, dass über 70 Menschen evakuiert werden mussten;

E. in der Erwägung, dass am 19. Mai 2026 eine in den estnischen Luftraum eindringende Drohne von einem rumänischen Kampfflugzeug abgeschossen wurde, das an der Luftraumüberwachungsmission der NATO im Baltikum beteiligt war; in der Erwägung, dass am 20. Mai 2026 das Eindringen einer nicht identifizierten Drohne in den litauischen Luftraum die Behörden dazu zwang, eine beispiellose Luftangriffswarnung abzugeben, sodass die Zivilbevölkerung gezwungen war, Schutz zu suchen; in der Erwägung, dass an einer NATO-Mission beteiligte französische NATO-

Kampfflugzeuge am 8. Juni 2026 Drohnen über Lettland abschossen; in der Erwägung, dass das derartige Eindringen von Drohnen eine direkte Folge des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine ist, wobei die meisten Drohnen infolge der elektronischen Kriegsführung Russlands in den Luftraum der EU eindringen; in der Erwägung, dass im März 2026 aufgrund der Störung durch von Russland eingesetzte Systeme für die elektronische Kampfführung mindestens drei ukrainische Drohnen von ihrem geplanten Kurs abkamen und in das Hoheitsgebiet Finnlands gelangten, wo sie abstürzten;

F. in der Erwägung, dass eine ukrainische Seedrohne aufgrund der von der Russischen Föderation verwendeten Methoden der elektronischen Kriegsführung am 29. Mai 2026 im rumänischen Hafen Constanța explodierte, wodurch Sachschäden, aber keine Todesopfer verursacht wurden;

G. in der Erwägung, dass am 7. Mai 2026 zwei ukrainische Drohnen, die von Russland mithilfe von Systemen der elektronischen Kriegsführung gestört worden waren, in ein Treibstofflager in Rēzekne (Lettland) stürzten; H. in der Erwägung, dass im Ostseeraum sehr viel kritische Infrastruktur verläuft, darunter unterseeische Energieversorgungs- und Telekommunikationsnetze, Verkehrsverbindungen und andere strategische Ressourcen, wodurch dieser Raum besonders anfällig für hybride Angriffe, Sabotage und Gefahrenlagen im Zusammenhang mit Drohnen ist; in der Erwägung, dass eine der Erkenntnisse aus den Angriffen Russlands auf die Infrastruktur der Ukraine ist, dass der Schutz kritischer Infrastruktur sowohl eine physische Härtung als auch mehr Redundanz und Dezentralisierung erfordert;

I. in der Erwägung, dass die Stilllegung des Kernkraftwerks Ignalina in Litauen erhebliche Risiken für die regionale Sicherheit und die Umwelt birgt, da große Mengen abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle in vorübergehenden oberirdischen Lagerstätten gelagert werden; in der Erwägung, dass jeder Unfall oder jede vorsätzliche Provokation an dieser kritischen Infrastruktur schwerwiegende Folgen für den gesamten Ostseeraum und darüber hinaus haben könnte;

J. in der Erwägung, dass es weitere schwerwiegende Vorfälle mutmaßlicher Verletzungen des Luftraums von EU-Mitgliedstaaten durch Russland gegeben hat;

K. in der Erwägung, dass die Sicherheit und der Schutz der EU-Mitgliedstaaten entlang ihrer Ostflanke eine unmittelbare Priorität und eine gemeinsame europäische Verantwortung sind, insbesondere angesichts der Tatsache, dass hybride Angriffe mithilfe moderner Drohnenkriegsführung durchgeführt werden – ein Bereich, in dem die Fähigkeiten der Mitgliedstaaten bei Weitem nicht ausreichen;

L. in der Erwägung, dass Drohnenvorfälle an der Ostflanke der EU erhebliche Lücken sowohl bei der militärischen als auch bei der zivilen Vorsorge offenbart haben; in der Erwägung, dass sich bestehende Radarsysteme häufig als nicht in der Lage erweisen, Objekte in geringer Höhe zu verfolgen, dass die für das Abfangen unbemannter Luftfahrzeuge (UAV) gewählten Methoden wirtschaftlich ineffizient sind und dass Berichte über Vorfälle gezeigt haben, dass einige Luftschutzbunker für die Öffentlichkeit gesperrt oder unzugänglich waren; in der Erwägung, dass diese Versäumnisse akute systemische Schwachstellen bei Warn- und Reaktionsverfahren sowie bei der gesellschaftlichen Widerstandsfähigkeit im weiteren Sinne deutlich machen;

M. in der Erwägung, dass Russland bei seinen jüngsten Angriffen auf die Ukraine die Lawra von Petschersk in Kyjiw, ein historisches Höhlenkloster des östlichen Christentums und eine UNESCO-Welterbestätte, sowie weitere Kulturerbestätten von unschätzbarem Wert in Brand gesetzt hat;

N. in der Erwägung, dass diese jüngsten Drohnenvorfälle gezeigt haben, dass dringend mehrschichtige Verteidigungsfähigkeiten benötigt werden, die kinetische und nicht-kinetische Abwehrsysteme für unbemannte Luftfahrzeuge (C-UAS) umfassen; in der Erwägung, dass Drohnen zu einem bestimmenden Merkmal der modernen Kriegsführung und hybrider Konflikte geworden sind und ihr Einsatz in der Ukraine die Verteidigungsanforderungen und operativen Doktrinen auf dem gesamten Kontinent grundlegend verändert hat;

O. in der Erwägung, dass die Arktis und der Hohe Norden für die Sicherheit Europas immer wichtiger werden, wobei durch die begrenzte Abdeckung mit Erkennungssystemen und die spärliche ständige Präsenz Schwachstellen entstehen, die feindselige Akteure durch unbemannte Systeme und hybride Operationen ausnutzen könnten, wodurch sich das Risiko des Eindringens feindlicher Drohnen in das Gebiet der EU erhöht;

1. verurteilt Russlands inakzeptable provokative Handlungen und das inakzeptable provokative Eindringen russischer Drohnen in den Luftraum der EU-Mitgliedstaaten aufs Schärfste;

2. bekräftigt seine uneingeschränkte Solidarität mit Estland, Finnland, Lettland, Litauen und Rumänien, deren Hoheitsgebiet, Luftraum und kritische Infrastruktur Ziel hybrider Provokationen seitens Russlands geworden sind; bekräftigt, dass sich die EU durch die Destabilisierungskampagne Russlands nicht einschüchtern lassen wird, und steht geeint in seiner Entschlossenheit, die Sicherheit, Souveränität und territoriale Integrität aller EU-Mitgliedstaaten zu verteidigen und die Ukraine weiterhin zu unterstützen;

3. erkennt die besondere Schutzbedürftigkeit der Bürgerinnen und Bürger in den EU-Grenzregionen an der Ostflanke an, die den schwerwiegendsten Bedrohungen ausgesetzt sind und infolgedessen auch erhebliche wirtschaftliche und soziale Kosten tragen, und bekundet seine uneingeschränkte Solidarität mit ihnen; fordert gezielte Maßnahmen auf EU-Ebene, einschließlich gezielter finanzieller Unterstützung, um den Schutz der betroffenen Gemeinschaften und der kritischen Infrastruktur zu stärken und für die Prävention, die Vorsorge, die Resilienz sowie Notfallmaßnahmen und den Wiederaufbau in diesen besonders gefährdeten Regionen zu sorgen;

4. verurteilt entschieden den Drohnenangriff Russlands auf ein Wohngebäude in Galați (Rumänien), der unmittelbar zivile Opfer forderte, was eine schwerwiegende und ernsthafte Eskalation darstellt; ist der Ansicht, dass das wiederholte Eindringen von Drohnen in EU-Länder und die wiederholten Verletzungen ihres Luftraums keine Einzelfälle darstellen, sondern ein integraler Bestandteil der umfassenderen Strategie Russlands zur Einschüchterung der EU und ihrer Verbündeten sind;

5. erklärt, dass Russland die volle und eindeutige Verantwortung für diese rücksichtslosen, zur Eskalation führenden Angriffe trägt, die Menschenleben gefährden; bekräftigt, dass die Handlungen der Russischen Föderation eine vorsätzliche, systematische und anhaltende Bedrohung für die Sicherheit, Widerstandsfähigkeit und Souveränität der

EU und ihrer Mitgliedstaaten darstellen; verurteilt erneut aufs Schärfste den unrechtmäßigen, durch nichts provozierten und ungerechtfertigten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sowie die Teilnahme von Belarus daran; verurteilt nachdrücklich die Entscheidung Russlands, seinen Angriffskrieg fortzusetzen, einschließlich seiner jüngsten gezielten Angriffe auf Kulturerbestätten und auf das Höhlenkloster von Kyjiw-Petschersk – eine UNESCO-Welterbestätte –, während es direkte Verhandlungen mit der Ukraine, wie sie kürzlich vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj vorgeschlagen wurden, ablehnt;

6. verurteilt erneut, dass Russland in der Ostsee und im Schwarzen Meer vorsätzlich GNSS-Signale stört, und dass Belarus vorsätzlich Wetterballons einsetzt, was schwerwiegende Sicherheitsrisiken für die zivile Luftfahrt und den Seeverkehr birgt; verurteilt ferner die hybriden Angriffe von Belarus auf die EU;

7. bekräftigt seine Forderung, die Herstellung und Lieferung vorrangiger militärischer Ausrüstung an die Ukraine, insbesondere von Luftabwehrsystemen, Munition, Drohnen und Flugkörpern, in dieser kritischen Phase, in der die Bevölkerung und die Infrastruktur der Ukraine aufgrund akuter Defizite bei den Luftabwehrfähigkeiten zunehmend gefährdet sind, dringend zu beschleunigen;

8. betont, dass diese feindseligen Handlungen durch eine aggressive Desinformationskampagne verschärft werden, die darauf abzielt, die lokale Bevölkerung einzuschüchtern, Angst zu verbreiten, die lokale Wirtschaft zu schädigen und die Grundlage für mögliche Vergeltungsmaßnahmen zu schaffen, wie im Fall der unbegründeten Anschuldigungen Russlands, die baltischen Staaten würden es der Ukraine gestatten, ihr Hoheitsgebiet und ihren Luftraum für Drohnenangriffe auf Ziele in Russland zu nutzen;

9. bekräftigt seine Forderung nach der umgehenden Schaffung einer echten Europäischen Verteidigungsunion, einschließlich Vorschlägen für zügige Entscheidungsprozesse, die über die bestehenden Rahmen, darunter das Weißbuch zur europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030 und der nachfolgende Fahrplan für die Verteidigungsbereitschaft 2030, hinausgeht; betont, dass eine stärkere Integration, Koordinierung und Bündelung von Ressourcen unverzichtbar sind, damit die EU wirksam auf die wachsenden Bedrohungen durch Russland reagieren kann; fordert, dass die technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung und ihre Produktionskapazität in der gesamten EU durch eine verstärkte Koordinierung auf EU-Ebene gestärkt werden, indem nationale Initiativen und EU-Instrumente bestmöglich genutzt werden;

10. fordert, dass die Solidaritätsklausel (Artikel 222 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union) und die Beistandsklausel (Artikel 42 Absatz 7 EUV) weiter operationalisiert werden, auch wenn ein konventioneller oder hybrider Angriff einen Mitgliedstaat dazu veranlasst, sich darauf zu berufen;

11. betont, dass die Ostflanke der EU und der NATO entlang ihrer gesamten Länge von der Arktis bis zum Schwarzen Meer auf dem Land, auf See und in der Luft kohärent gestärkt werden muss, indem in den Mitgliedstaaten an den Außengrenzen Kapazitäten zur Bekämpfung von Drohnen und Wetterballons aufgebaut und angemessene Ressourcen für diesen Zweck bereitgestellt werden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Fähigkeiten zur Erkennung, Störung, Abfangung und Neutralisierung entlang der Ostflanke der EU dringend zu stärken; fordert zudem

regelmäßige gemeinsame Übungen zwischen den Mitgliedstaaten, den EU-Organen, der Ukraine und der NATO, um die Einsatzbereitschaft dieser Schnellreaktionsmechanismen zu testen und zu verbessern;

12. empfiehlt, dass die C-UAS in gemeinsame Übungen und in die Planung des Zivilschutzes auf der Ebene der EU mit Schwerpunkt auf kritischer Infrastruktur aufgenommen wird, die der Polizei, den Flughafenbehörden und den Betreibern in der Energiewirtschaft den Zugang zu EU-weiten Schulungen und standardisierten C-UAS-Fähigkeiten ermöglicht;

13. hebt mit Besorgnis hervor, dass die derzeitigen europäischen Systeme für die Drohnenerkennung und -abwehr unzureichend sind, und betont, dass die Erkennung und die Abwehr dringend verbessert werden müssen; betont in diesem Zusammenhang, dass ein allumfassender Ansatz notwendig ist, der darauf ausgerichtet ist, die Strafverfolgungsbehörden und den Zivilschutz besser für die Drohnenerkennung und -abwehr auszustatten;

14. legt den Mitgliedstaaten nahe, sich vorrangig um die Integration von Befehls- und Kontrollsystemen mit Ersthelfern, dem Zivilschutz und den Doktrinen zur UAS-Abwehr zu bemühen, um sicherzustellen, dass die zivile Vorsorge, die Unterbringung, die Frühwarnung und die technologische Integration so weit wie möglich optimiert werden;

15. betont, dass die vorsätzlichen Übergriffe Russlands an der Ostflanke der EU und der NATO nicht nur darauf abzielen, Mitgliedstaaten zu provozieren und zu destabilisieren, sondern auch darauf, Schwächen bei den Fähigkeiten der NATO zur Erkennung und Reaktion zu testen und auszunutzen; nimmt zur Kenntnis, dass Russland seine destabilisierenden Aktivitäten im Schwarzmeerraum sowohl durch konventionelle als auch durch hybride Maßnahmen fortsetzt, unter anderem durch Treibminen, Störoperationen mit elektronischen Mitteln und die Gefährdung der Freiheit der Schifffahrt, weshalb die Stärkung der Sicherheit in dieser Region eine strategische Priorität darstellt, die dringend angegangen werden muss, um der Bedrohung der Sicherheit in Europa entgegenzuwirken;

16. fordert die vollständige Umsetzung des strategischen Ansatzes der EU für den Schwarzmeerraum und fordert, dass die Einrichtung einer Plattform für maritime Sicherheit im Schwarzmeerraum beschleunigt wird;

17. begrüßt die kürzlich erfolgte Annahme des 20. Sanktionspakets der EU gegen Russland und die Vorlage des 21. Sanktionspakets; fordert die Kommission, den EU-Sanktionsbeauftragten und die Mitgliedstaaten auf, die neuen und die bereits geltenden Sanktionen strikt durchzusetzen und der Schließung von Schlupflöchern in Lieferketten unverzüglich Vorrang einzuräumen; fordert die Kommission auf, unverzüglich weitere Sanktionen zu verhängen, darunter Sanktionen gegen Aluminiumoxid und andere strategische Rohstoffe sowie Waren mit doppeltem Verwendungszweck, und fordert alle Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Listung nicht aus Gründen des nationalen wirtschaftlichen Interesses zu blockieren; befürwortet zusätzliche Maßnahmen im Rahmen des bevorstehenden Sanktionspakets, die auf den Energie- und Finanzsektor der Russischen Föderation abzielen, sowie ein Einreiseverbot in die EU für ehemalige russische Soldaten, die in der Ukraine gekämpft haben, und fordert die Mitgliedstaaten, die die Russische Föderation weiterhin unterstützen, auf, diese Unterstützung

einzustellen;

18. fordert die Mitgliedstaaten – und insbesondere diejenigen, die die Mehrheit der Visa für Staatsangehörige Russlands ausstellen – auf, den Durchführungsbeschluss der Kommission vom 6. November 2025 zur Festlegung angepasster Vorschriften über die Erteilung von Visa für die mehrmalige Einreise an Staatsangehörige Russlands, die in der Russischen Föderation wohnhaft sind und in der Russischen Föderation Kurzaufenthaltsvisa[3] beantragen, strikt umzusetzen und die Leitlinien der Kommission von 2022 für eine verstärkte Kontrolle, vor allem bei Reisen zu touristischen Zwecken und anderen nicht unbedingt notwendigen Reisen, uneingeschränkt anzuwenden, gleichzeitig aber politisch engagierten Kriegsgegnern, unabhängigen Journalisten, Menschenrechtsverteidigern, Vertretern der Zivilgesellschaft und in humanitären Fällen weiterhin Visa zu erteilen;

19. fordert die Schaffung eines horizontalen EU-Sanktionsrahmens, der speziell auf hybride Bedrohungen zugeschnitten ist und parallel zur hybriden Sanktionsregelung gegen Russland bestehen würde, um die aktive Beteiligung Russlands an hybriden Operationen weltweit hervorzuheben und gleichzeitig eine schnellere und systematischere Verhängung von Sanktionen gegen Akteure zu ermöglichen, die für hybride Kampagnen verantwortlich sind; weist darauf hin, dass einige Personen, darunter Ksenia Fedorova in Frankreich, die für sanktionierte russische Propagandamedien wie RT tätig waren, nach wie vor Desinformation in Europa verbreiten; fordert, dass sie im nächsten Sanktionspaket in die Liste der sanktionierten Personen aufgenommen werden;

20. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, eine angemessene Finanzierung für den Bau und die Sanierung ziviler Luftschutzbunker in den Mitgliedstaaten der Ostflanke und anderen EU-Mitgliedstaaten sicherzustellen und EU-weite Informationskampagnen sowie zivile Übungen durchzuführen, um die Bürgerinnen und Bürger dafür zu sensibilisieren, wie sie sich im Falle eines Luftangriffs oder einer ähnlichen Krisensituation verhalten sollen; ist der Ansicht, dass der Schutz der Zivilbevölkerung der EU vor Bedrohungen aus der Luft als integraler Bestandteil der europäischen Verteidigungsbereitschaft, -vorsorge und -resilienz behandelt werden muss; betont, dass im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen dringend mehr Mittel für Sicherheits- und Verteidigungsprogramme und -projekte bereitgestellt werden müssen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf den Ländern an der Ostflanke liegen sollte; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, einen umfassenden, gesamtgesellschaftlichen Verteidigungsansatz zu verfolgen und dabei anzuerkennen, dass dauerhafte Sicherheit nicht nur angemessene militärische Fähigkeiten, sondern auch sozialen Zusammenhalt, wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit, demokratische Stabilität und starke öffentliche Dienstleistungen erfordert;

21. betont, dass die Ukraine beispielloses operatives und industrielles Fachwissen im Bereich der Drohnenproduktion und bei Drohnenabwehrsystemen entwickelt hat; ist daher der Ansicht, dass die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine im Bereich der Verteidigungsindustrie in diesem Bereich eine strategische Notwendigkeit ist; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, das Fachwissen und die industriellen Kapazitäten der Ukraine vollständig in die Entwicklung europäischer Fähigkeiten zur Abwehr unkonventioneller Bedrohungen aus der Luft zu integrieren;

---

[3] (C(2025)7552).

22. betont, dass bei der Bewältigung der von Russland ausgehenden Drohnenbedrohungen die Zusammenarbeit mit der Republik Moldau – neben der Zusammenarbeit mit der Ukraine – im Hinblick auf operative Effizienz, Lagebewusstsein und Informationsaustausch von entscheidender Bedeutung ist; fordert die Mitgliedstaaten daher auf, die Mittel für Moldau über die Europäische Friedensfazilität aufzustocken, auch angesichts der wiederholten Verletzungen des moldauischen Luftraums durch russische Drohnen und Flugkörper; fordert die Mitgliedstaaten ferner auf, Moldau und die Ukraine in gemeinsame Beschaffungen einzubeziehen;

23. fordert die Mitgliedstaaten auf, dringend die im Weißbuch zur europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030 genannten vorrangigen Fähigkeiten bereitzustellen, insbesondere Luft- und Raketenabwehr, Drohnen und Drohnenabwehrsysteme; fordert die Mitgliedstaaten auf, rasch gemeinsame mehrschichtige und kosteneffiziente Drohnenabwehrsysteme einzurichten, beginnend an der Ostflanke, die in der Lage sind, Bedrohungen aus der Luft und von der See von außerhalb der EU zu erkennen und abzufangen, unter anderem durch eine verstärkte Luft- und Seeüberwachung, Frühwarnsysteme, Krisenreaktionsmittel und eine verbesserte Infrastruktur für die militärische Mobilität;

24. fordert die Einrichtung eines europäischen Kompetenzzentrums für den Einsatz von Drohnen im Krieg, in dem ukrainische Fachkräfte ihr Fachwissen an die EU-Mitgliedstaaten weitergeben;

25. fordert die vollständige und rasche Umsetzung der Europäischen Drohnenabwehrinitiative und des Schutzschilds für die Ostflanke; fordert die Mitgliedstaaten auf, sich in enger Zusammenarbeit mit der NATO aktiv an beiden Initiativen zu beteiligen und einen Beitrag dazu zu leisten;

26. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten, dem Generalsekretär der NATO, der UNESCO, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie dem Präsidenten, der Regierung und der Werchowna Rada der Ukraine, den Staatsorganen Russlands und den De-facto-Staatsorganen des Lukaschenka-Regimes zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0232

Einwand gemäß Artikel 115 Absätze 2 und 3 GO: Finanzierung des Jahresaktionsplans 2026 für die Vereinigte Republik Tansania

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. Juni 2026 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Finanzierung des Jahresaktionsplans 2026 für die Vereinigte Republik Tansania (D115284/01 – 2026/2749(RSP))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Finanzierung des Jahresaktionsplans 2026 für die Vereinigte Republik Tansania (D115284/01),

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2021/947 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2021 zur Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt, zur Änderung und Aufhebung des Beschlusses Nr. 466/2014/EU des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2017/1601 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates[1] (Verordnung über NDICI/Europa in der Welt), insbesondere auf Artikel 25,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des in Artikel 45 der Verordnung (EU) 2021/947 genannten Ausschusses vom 20. Mai 2026,

– unter Hinweis auf Artikel 11 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren[2],

– unter Hinweis auf die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27. November 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Finanzierung des Jahresaktionsplans 2025 für die Vereinigte Republik Tansania[3],

– unter Hinweis auf die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27. November

1 ABl. L 209 vom 14.6.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/947/oj.
2 ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj.
3 Angenommene Texte, P10_TA(2025)0314.

2025 zu den Tötungen nach den Wahlen in Tansania und der sich verschlechternden Menschenrechtslage in dem Land, einschließlich des Falls des inhaftierten Oppositionsführers Tundu Lissu,

– unter Hinweis auf die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Mai 2025 zu der Festnahme und drohenden Hinrichtung von Tundu Lissu, Vorsitzender der Chadema, der wichtigsten Oppositionspartei Tansanias,

– gestützt auf Artikel 115 Absätze 2 und 3 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die gemeinsamen Beratungen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und des Entwicklungsausschusses gemäß Artikel 59 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Entschließungsantrag des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und des Entwicklungsausschusses,

A. in der Erwägung, dass die Kommission im November 2025 das Verfahren zur Annahme des Entwurfs eines Durchführungsbeschlusses über die Finanzierung des Jahresaktionsplans 2025 für die Vereinigte Republik Tansania aufgrund von Bedenken des Europäischen Parlaments ausgesetzt hat;

B. in der Erwägung, dass der überarbeitete Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission dem NDICI-Ausschuss am 20. Mai 2026 vorgelegt wurde;

C. in der Erwägung, dass der überarbeitete Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission denselben Gesamtbetrag und weitgehend dieselben Maßnahmen enthält wie der vorherige Entwurf des Beschlusses und darin gleichzeitig vorgeschlagen wird, dass die Durchführung hauptsächlich im Wege der indirekten Mittelverwaltung statt durch direkte Budgethilfe für die staatlichen Stellen Tansanias erfolgen sollte;

D. in der Erwägung, dass die nationale Untersuchungskommission Tansanias bei der Untersuchung der Gewalttaten im Zusammenhang mit der Wahl vom 29. Oktober 2025 am 23. April 2026 festgestellt hat, dass mindestens 518 Menschen gestorben sind, es jedoch versäumt hat, die Verantwortlichen ausfindig zu machen, wodurch die Rechenschaftspflicht beeinträchtigt und den Opfern Gerechtigkeit verwehrt wurde, und dass sie ihre Ergebnisse nicht veröffentlicht hat;

E. in der Erwägung, dass die staatlichen Stellen Tansanias den Besuch einer Delegation des Unterausschusses Menschenrechte des Europäischen Parlaments im Mai 2026 verweigert haben;

F. in der Erwägung, dass Tundu Lissu, Vorsitzender der wichtigsten Oppositionspartei Tansanias namens Chadema, seit mehr als einem Jahr inhaftiert ist und gegen ihn aus politisch motivierten Gründen Anklagepunkte erhoben werden, die schwerwiegende rechtliche Folgen, einschließlich der Todesstrafe, nach sich ziehen;

G. in der Erwägung, dass die Regierung Tansanias keiner der vom Europäischen Parlament in seinen Entschließungen vom 8. Mai und 27. November 2025 erhobenen Forderungen nachgekommen ist, unter anderem der Forderung, Oppositionsmitglieder sofort und bedingungslos freizulassen, die Menschenrechtslage zu verbessern und eine unabhängige und unparteiische internationale Untersuchungskommission für die

Untersuchung der Gewalttaten nach der Wahl einzurichten;

H. in der Erwägung, dass die Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) nicht wirksam nachgewiesen haben, dass sie die tatsächlichen Bedenken, die im November 2025 zu dem Einwand führten, ausgeräumt haben;

1. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die in der Verordnung (EU) 2021/947 vorgesehenen Durchführungsbefugnisse hinausgeht;

2. ist der Ansicht, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission mit dem Unionsrecht insofern unvereinbar ist, dass er gegen den Zweck der Verordnung (EU) 2021/947 verstößt;

3. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission den vom Europäischen Parlament in seiner Entschließung vom 27. November 2025 geäußerten Bedenken nicht angemessen Rechnung trägt;

4. bedauert, dass die Kommission das Verfahren zur Annahme des Entwurfs eines Durchführungsbeschlusses erneut nicht ausgesetzt hat, obwohl sie vom Europäischen Parlament über die Bedenken in Kenntnis gesetzt worden war; missbilligt, dass die Kommission und der EAD die vom Europäischen Parlament in seinen Entschließungen zu Tansania geäußerten Bedenken nicht berücksichtigt haben;

5. fordert die Kommission auf, ihren Entwurf eines Durchführungsbeschlusses zurückzuziehen und dem Ausschuss einen neuen Entwurf vorzulegen und dabei dafür zu sorgen, dass sich neue Änderungen nicht nachteilig auf die inklusive Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen für die Bevölkerung, den Schutz der Menschenrechte und der Demokratie oder die Unterstützung von Organisationen der Zivilgesellschaft auswirken;

6. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.



Европейски парламент Parlamento Europeo Evropský parlament Europa-Parlamentet Europäisches Parlament
Euroopa Parlament Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο European Parliament Parlement européen Parlaimint na hEorpa
Europski parlament Parlamento europeo Eiropas Parlaments Europos Parlamentas Európai Parlament
Parlament Ewropew Europees Parlement Parlament Europejski Parlamento Europeu Parlamentul European
Európsky parlament Evropski parlament Euroopan parlamentti Europaparlamentet